Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 88. Freitag, den 2. November 1894. Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzung des Gemeinderathes.

Freitag, den 9. November 1894, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **30. October 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Dr. Mittler entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Bei der Wahl von zwei Mitgliedern der Gewölbewach-Commission wurden 64 Stimmzettel abgegeben, vier waren leer. Es verbleiben somit 60 giltige Stimmzettel, die absolute Majorität beträgt 31. Es erhielt Herr Gem.-Rath Gfrorner 60, Herr Gem.-Rath Haßfurther 58 Stimmen. Die beiden Herren sind sonach gewählt.

3. Ich erlaube mir die verehrten Herren darauf aufmerksam zu machen, dass der Bürstenabzug für den Communal-Kalender pro 1895, Abschnitt „Gemeinderath", im Zimmer Nr. V zur gefälligen Einsicht und etwaigen Correctur aufliegt.

4. Frau Julie v. Boschan spendete 1000 fl. zur Vertheilung an die Armen Wiens.

Der Frau Spenderin wird der Dank ausgesprochen.

5. Ich erlaube mir mitzutheilen, dass das Erkenntnis der Statthalterei, betreffend die Regulierung des Kehrbaches zum Zwecke der Sicherung des Wasserbezuges zu Gunsten der Flasselbesitzer, erflossen ist. Diese Entscheidung leite ich unter einem an den Stadtrath zur weiteren geschäftsordnungsmäßigen Behandlung. Damit die Herren Mitglieder des Gemeinderathes in Kenntnis dieser Entscheidung kommen, wird dieselbe vollinhaltlich in der nächsten Nummer des Amtsblattes zum Abdrucke gelangen. (Ruf: Verlesen lassen!) Wünscht die Versammlung die Verlesung? (Rufe: Nein!) Wird ein Antrag gestellt? (Niemand meldet sich.) Wenn kein Antrag gestellt wird, so wird die Entscheidung in der nächsten Nummer erscheinen. Die sofortige Behandlung ist deswegen nothwendig, weil die Ergreifung eines Rechtsmittels voraussichtlich nothwendig sein wird.

6. Herr Gem.-Rath Seiler hat in der letzten Sitzung wegen Errichtung einer Kühlanlage in der Großmarkthalle interpelliert. Ich habe die Ehre, hierüber Folgendes mitzutheilen:

Der Magistrat hat mit dem Referate vom 27. April 1894, Z. 11964, Projecte für die Herstellung einer Kühlanlage in der Großmarkthalle an den Stadtrath vorgelegt und die Ausschreibung einer Offertverhandlung beantragt.

Nachdem jedoch die Generaldirection der k. k. Staastbahnen den Umbau des Hauptzollamts-Bahnhofes, beziehungsweise die Umwandlung der Verbindungsbahn bei der Großmarkthalle in eine Untergrundbahn beabsichtigt und diesfalls Studien macht, und nachdem verlautet, dass bei einer solchen Umwandlung Veränderungen an dem Gebäude der Großmarkthalle nothwendig werden dürften, so musste der Stadtrath die Berathungen über das Project einer Kühlhalle vertagen.

Mittlerweile sind von der Generaldirection der Staatsbahnen die Pläne für den Umbau des Hauptzollamts-Bahnhofes, beziehungsweise die beabsichtigten Veränderungen an der Verbindungsbahn fertiggestellt worden.

Infolge dessen wurde das Stadtbauamt beauftragt, zu berichten, ob mit Rücksicht auf das ausgearbeitete Project über die Umwandlung der Verbindungsbahn in eine Untergrundbahn eine Kühlhalle im Souterrain der Großmarkthalle schon jetzt anstandslos ausgeführt werden kann oder nicht.

Nach Erstattung dieses Berichtes wird die Angelegenheit in weitere Verhandlung genommen werden.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

7. Herr Gem.-Rath Bachofen v. Echt hat in der letzten Sitzung wegen Erweiterung eines Kindergartens in Nussdorf interpelliert.

Diesbezüglich habe ich die Ehre, Folgendes mitzutheilen:

Das für Zwecke des Kindergartens im XIX. Bezirke, Nussdorf, gewidmte Capital beträgt dermalen 22.012 fl. 28 kr.

Was die Erweiterung dieses Kindergartens betrifft, so ist darüber Folgendes zu sagen: Der Kindergarten ist im Schulgebäude der allgemeinen Volksschule, Nussdorf, Heiligenstädterstraße 26, untergebracht. Der Eingang hiezu ist vollkommen isoliert. In dieser Schule ist derzeit ein Turnsaal, der wegen seiner räumlichen Unzulänglichkeit den Anforderungen nicht entspricht, und soll deshalb im nächsten Jahre auf den hiezu erworbenen Gründen ein neuer Turnsaal errichtet werden. Hiedurch wird der vorgenannte derzeitige Turnsaal, der unmittelbar an die Räumlichkeiten des Kindergartens grenzt, frei und kann sohin voraussichtlich schon während der Schulferien im kommenden Jahre die Erweiterung des Kindergartens durch Einbeziehung dieses Raumes erfolgen.

8. Herr Gem.-Rath Strobach hat interpelliert wegen der langen Fahrtintervalle der Wiener Tramway-Gesellschaft in der Hundsthurmerstraße im V. Bezirke.

Ich habe die Ehre, hierüber Folgendes mitzutheilen:

Nach dem neuesten, provisorisch genehmigten Winter-Fahrplane der Wiener Tramway-Gesellschaft soll das Fahrtintervall in der Zeit von ½7 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags 6·3 Minuten betragen. Da jedoch diese Gesellschaft, um nicht eine eigene Frühschichte des Personales einführen zu müssen, trotz der wiederholten Beschwerden der Gemeinde Wien, an der „20percentigen Verkehrsreduction in den Tagesabschnitten der erfahrungsgemäß schwächsten Frequenz, d. i. in den zeitlichen Morgen- und späten Abendstunden," festhält, beträgt das fahrplanmäßige Intervall in den Frühstunden thatsächlich 7·5 Minuten. Durch Unregelmäßigkeiten in der Wagenexpedition kommt es nun sehr oft vor, dass auch dieses fahrplanmäßige Intervall seitens der Gesellschaft nicht eingehalten wird.

Nachdem sich der Stadtrath consequent gegen die Eintheilung des Verkehres in mehrere Tagesabschnitte mit verschiedenen Intervallen, insbesondere aber auch gegen die Clausel der 20percentigen Verkehrsreduction in den Frühstunden und die späte Betriebseröffnung bei jeder Fahrordnung aus mehrfachen sachlichen Gründen ausgesprochen hat, erübrigt nur, den Inhalt dieser Beschwerde der k. k. Polizei-Direction, welcher die Überwachung des Tramwaybetriebes obliegt, wegen der thatsächlichen Nichteinhaltung der Fahrordnung zur Kenntnis zu bringen, was unter einem veranlasst wird.

9. Herr Gem.-Rath Strobach hat weiters in der letzten Sitzung betreffs Beschleunigung des Baues des Sammelcanales am rechten Wienflussufer interpelliert.

Von Seite des Magistrates wird berichtet, dass thatsächlich der Bau dieses Sammelcanales nicht so schnell fortschreitet, als wünschenswert wäre. Die Verzögerung ist jedoch darin begründet, dass nicht nur der neue Canal hergestellt, sondern auch der bestehende Canal entfernt werden muss, dass weiters gleichzeitig die Einmündung der Hauscanäle auszuführen ist, und dass ferner der Aushub des Erdmateriales, sowie die Verführung desselben durch den dichten Verkehr in der Hundsthurmerstraße und Schönbrunner Hauptstraße bedeutend erschwert wird. Es wird übrigens dem Bauamte der Auftrag ertheilt werden, auf die möglichste Beschleunigung der Arbeiten hinzuwirken.

10. Herr Gem.-Rath Beutnitz hat interpelliert: „Ist der Bürgermeister geneigt, sofort Erhebungen anzuordnen und auf Grund derselben der Wiener Tramway-Gesellschaft aufzutragen, das Geleise bei der Mariahilferlinie geradlinig durchzuführen?"

Ich habe diesfalls zu bemerken:

Für die Regulierung des vormaligen Mariahilfer Linienamtsplatzes wurde vom Magistrate durch Einstellung eines Betrages von 22.000 fl. in das Pflaster-Präliminare pro 1895 Vorsorge getroffen; hiebei wird auch die angeregte Umlegung des bestehenden Geleises der Wiener Tramway-Gesellschaft in die Fahrbahn der Mariahilferstraße, beziehungsweise Schönbrunnerstraße durchgeführt werden.

Ich bitte um Mittheilung des Einlaufes.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

11. Interpellation des **Gem.-Rathes Gräf:**

In der Nummer 294 des „Illustrierten Wiener Extrablatt" vom 26. October 1894 wird unter Rubrik „Criminalgeschichten" mit Spitzmarke „Bierhansel gesundheitsschädlich" angeführt, dass anlässlich der gegen einen Gastwirt im XVII. Bezirke wegen Verwendung saueren Tropfbieres durchgeführten Verhandlung von den communalen Marktorganen dieses Bezirkes ein Gutachten abgegeben wurde, dass in Wien der Brauch herrsche, das sogenannte Tropfbier als Hansel in das zu verkaufende Bier zu mengen, ohne Rücksicht, ob es sauer ist oder nicht.

Da durch eine derartige, im allgemeinen Sinne gehaltene und sohin auch alle Wiener Gastwirte verdächtigende Äußerung der ganze Stand der Schankgewerbetreibenden Wiens der Übertretung gegen die körperliche Sicherheit, beziehungsweise der Übervortheilung des Publicums geziehen wird und somit discreditierend und ehrenkränkend wirkt, stellt der Gefertigte die Anfrage:

1. Ist dem Herrn Bürgermeister dieser Vorfall bekannt?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die Marktorgane anzuweisen, dass es nicht angehe, einem achtbaren und hoch besteuerten Gewerbestande in ganz unverantwortlicher und ungerechtfertigter Weise einer unehrenhaften, unsoliden und strafbaren Gebarungsweise zu zeihen, daher den Marktorganen aufzutragen, bei gerichtlichen Vernehmungen ihre Aussagen nicht in allgemein gehaltenen Ausdrücken, sondern stets im concreten Sinne abzugeben?

Bürgermeister: Ich kann darauf nur erwidern, dass mir der Fall momentan unbekannt ist. Ich kann auch für Notizen, welche ja begreiflicherweise flüchtig verfasst sind, nicht eintreten. Sollte aber eine derartige Äußerung vorgekommen sein, so werde ich trachten, dass eine entsprechende Aufklärung erfolge.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

12. Interpellation des **Gem.-Rathes Schlögl:**

Vor beinahe zwei Jahren habe ich den Antrag auf Errichtung von Pferdeschlachtkammern eingebracht, ohne dass man bis heute zu einem Resultate gelangt wäre.

Nachdem nun dieser Antrag in sanitärer und hygienischer Weise hochwichtig ist, so erlaube ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister folgende Fragen zu richten:

1. Warum wurde dieser dringende Antrag von der Tagesordnung abgesetzt?

2. Was für Hindernisse obwalten, die die Erledigung dieses Antrages so lange verzögern?

Bürgermeister: Der Gegenstand ist im Stadtrathe wiederholt zur Verhandlung gebracht worden. Zuletzt hat der Stadtrath den Beschluss gefasst, es solle ein Pferdeschlachthaus im V. Bezirke auf der Realität des dortigen Pferdemarktes errichtet werden, was mit verhältnismäßig geringen Kosten durchführbar gewesen wäre. Es hat aber der angrenzende Bezirk dagegen Protest erhoben. Es sind lebhafte Beschwerden laut geworden, dass durch die Activierung dieses Schlachthauses der umliegende Besitz bedeutend entwertet werde. Mit Rücksicht darauf hat der Magistrat den Auftrag bekommen, sich um einen anderen geeigneten Platz für die Errichtung des Schlachthauses umzusehen. Es ist dann das Schlachthaus in Hernals in Aussicht genommen worden. Allein auch da haben sämmtliche Interessenten sofort Beschwerde ergriffen und darauf hingewiesen, dass die Wahl dieses Hauses eine sehr ungeeignete wäre, weil die meisten Pferdeschlächter in anderen Theilen Wiens wohnhaft sind, ihnen durch die Auswahl dieses Platzes außerordentlich große Spesen erwachsen und das Gewerbe sehr empfindlich geschädigt würde. Bis zur Stunde ist ein geeigneter Platz nicht gefunden worden. Alle Plätze, welche bisher in Vorschlag gebracht wurden, sind von der einen oder anderen Seite lebhaft bekämpft worden.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

13. Interpellation des **Gem.-Rathes Schlögl:**

Seit länger als einem halben Jahre habe ich den Antrag auf Einsetzung einer Commission, bestehend aus zwölf Mitgliedern des Gemeinderathes, welche sich mit der Verwertung des Rathhauskellers befassen soll, eingebracht. Derselbe wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Da nun schon so geraume Zeit verflossen, so erlaube ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister die Frage:

warum in dieser Angelegenheit noch nichts geschehen, und was für Gründe vorhanden sind, dass dieser Antrag noch nicht zur Verhandlung gelangt ist?

Bürgermeister: Es wird mir mitgetheilt, dass ich früher vom Schlachthause in Hernals gesprochen habe. Ich habe das Schlachthaus in Nussdorf gemeint.

Diese Interpellation werde ich in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

14. Interpellation des **Gem.-Rathes Wärtl:**

Bei Berathung des Präliminares pro 1894 wurde von der Budget-Commission der Antrag auf Einsetzung einer Gartenüberwachungs-Commission gestellt und wurde dieser Antrag auch vom Plenum des Gemeinderathes in der betreffenden Sitzung genehmigt.

Da nun seit diesem Beschlusse acht Monate verstrichen sind und seit dieser Zeit nichts geschehen ist, um den Antrag zu realisieren, erlaubt sich der Gefertigte an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

1. Was ist mit obigem Antrage bis heute geschehen?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, zu veranlassen, dass der Plenar-Beschluss ehestens zur Ausführung kommt?

Bürgermeister: Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen und in der nächsten Sitzung berichten.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

15. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner:**

Das Referat über den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger puncto Abänderung der Vorschriften über die Sonntagsruhe bei dem Handel mit Lebensmitteln sollte im Gemeinderathe zur Berathung gelangen, dasselbe wurde jedoch aus mir nicht bekannten Gründen zurückgezogen.

Es ist jedoch der Wunsch zahlreicher Gewerbetreibender, insbesondere in den Vorortebezirken, dass eine Änderung der letzten Vorschriften betreffs der Sperrstunden an Sonntagen eintrete, und ich hatte eben beabsichtigt, die Wünsche der betroffenen Gewerbetreibenden bei Berathung des Gegenstandes zur Sprache zu bringen.

Ich erlaube mir daher die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, das erwähnte Referat doch dem Gemeinderathe vorzulegen, oder wenigstens maßgebenden Ortes die geeigneten Schritte zu thun, dass die Sperrstunden mit Rücksicht auf die localen Verhältnisse und Bedürfnisse des Verkehres festgesetzt werden?

Bürgermeister: Ich werde mir den Beschluss des Stadtrathes vorlegen lassen und die Competenz zur definitiven Erledigung dieses Gegenstandes prüfen und je nach dem Ausfalle dieser Entscheidung die Vorlage an den Gemeinderath machen oder nicht.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

16. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner:**

Die Einführung der Gasbeleuchtung in der Kasgrabenstraße in Sievering wurde vom Stadtrathe bereits längst beschlossen und vom städtischen Bauamte der Gasgesellschaft übertragen.

Da der Winter vor der Thüre steht und die Rohrlegung noch nicht in Angriff genommen ist, stelle ich die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, wegen schleuniger Inangriffnahme der bezüglichen Arbeiten das Geeignete zu verfügen?

Bürgermeister: Ich werde den Gegenstand urgieren.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

17. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner:**

Nachdem die Angelegenheit wegen der Verwertung des Kehrichtes ungeachtet wiederholter Interpellationen des Gem.-Rathes Frauenberger noch nicht in Fluss gekommen ist, durch die weitere Verzögerung einer definitiven Beschlussfassung aber der Gemeinde erwiesenermaßen namhafte Vermögensvortheile entgehen, so erlaube ich mir die Anfrage:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den berührten Gegenstand, unbekümmert um die Gegner der eigenen Regie der Gemeinde in Bezug auf die Straßenreinigung und unbekümmert um die etwaigen Interessen der Transport-Gesellschaft, ehethunlichst der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuführen?

2. Beabsichtigt der Herr Bürgermeister die zur Berathung der Angelegenheit vom Gemeinderathe eingesetzte Commission ehestens wieder in Activität zu setzen, damit die Angelegenheit rasch zu Ende geführt wird?

Bürgermeister: Ich habe diesfalls Folgendes zu berichten: Zuerst muss ich versichern, dass weder die eigene Regie, noch die Interessen der Transport-Gesellschaft in dieser Angelegenheit irgendwelche Rolle spielen. Mir ist von derartigen Einflüssen nichts bekannt. Es ist in dieser Angelegenheit mit dem größten Fleiße gearbeitet worden. Die Gemeinden, welche früher Offerte überreicht haben, sind veranlasst worden, neue, viel günstigere Offerte zu überreichen. Das ist auch geschehen. Gegenwärtig beschäftigt sich das Magistratsdepartement mit der Ausarbeitung des entsprechenden Referates, und ich glaube, es wird möglich sein, vielleicht schon am nächsten Dienstag im Stadtrathe zu referieren und sohin den Bericht dem Gemeinderathe vorzulegen.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

18. Interpellation des **Gem.-Rathes Jedlička:**

Der Hausbesitzer des Hauses XVIII., Krentzgasse Nr. 14, hat am 19. September 1894 um Abgabe des Hochquellenwassers angesucht, aber bis heute noch keines erhalten.

Nachdem in den Häusern in der Nachbarschaft, für welche um Abgabe des Wassers viel später angesucht wurde, schon Wasser abgegeben wird, und nachdem es kränkend, ja ungerecht ist, dass man denjenigen, der früher um Wasserabgabe angesucht hat, warten lässt, und nachdem schließlich aus diesem Vorgange zu ersehen ist, dass es bei der Wasserabgabe an irgendeinem gerechten Modus fehlt, erlaubt sich der Gefertigte an den Herrn Bürgermeister folgende Anfrage zu richten:

Wird das Wasser nach der Reihenfolge der Anmeldungen oder nach der Nummer abgegeben?

Oder geschieht die Wasserabgabe nach dem Alphabet oder gar nach der Protection?

Bürgermeister: Im allgemeinen wird nach der Reihe der Anmeldungen vorgegangen; es kann aber aus irgendwelchen technischen oder sonstigen Gründen nothwendig sein, dass mit

einem später angemeldeten Hause früher vorgegangen wird, je nachdem sich das aus den Verhältnissen ergibt. Ich werde übrigens über diesen speciellen Gegenstand Erhebungen pflegen und dem Herrn Interpellanten das Nähere mittheilen.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

19. Interpellation des **Gem.-Rathes Jedlička:**

Der in Görz ansässige Weingroßhändler und Weinessig-Fabrikant Josef Geriup hat seit länger als einem Jahre in Wien, III., Schützengasse Nr. 23, eine Mechanikerwerkstätte.

Derselbe beschäftigt einen Geschäftsführer und mehrere Arbeiter, erzeugt elektrische Läutewerke, Elemente, Glocken und verschiedene andere Telegraphenbestandtheile, befasst sich ferner mit der Installierung von Telegraphen- und Telephonleitungen, sowie mit der Erzeugung und Installation von elektrischen Schlössern und Thürschlössern (sogenannten Fernschließern), auf welche er ein Patent besitzt.

Geriup hat aber, trotzdem er, wie bereits erwähnt, seit länger als ein Jahr sich mit den obigen Erzeugnissen befasst, weder die Ausübung seines Privilegiums noch die Ausübung des Mechanikergewerbes angemeldet.

Nachdem das magistratische Bezirksamt Landstraße über die seitens der Genossenschaft der Mechaniker am 29. September d. J. erstattete Anzeige bisher nichts verfügt hat, so stellt der Gefertigte an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, an das magistratische Bezirksamt Landstraße den Auftrag zur sofortigen zwangsweisen Einstellung des unangemeldeten Gewerbebetriebes,

2. zur Eintreibung der Nachbesteuerung für die Zeit des unangemeldeten Gewerbebetriebes und der unangemeldeten Privilegiumsausübung, und

3. zur Bestrafung des Geriup nach dem § 132, lit. a der Gewerbeordnung ergehen zu lassen?

Bürgermeister: Ich muss bemerken, dass diese Angelegenheit in den Wirkungskreis des Magistrates als der Gewerbebehörde gehört und nicht in die Competenz des Gemeinderathes. Ich werde also diese Interpellation als eine Anzeige betrachten und das Weitere verfügen.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

20. Anfrage des **Gem.-Rathes Gregorig:**

Vor zweieinhalb Jahren habe ich im Gemeinderathe den Antrag gestellt, der Gemeinderath möge an die hohe Regierung eine Petition richten (deutsch: bittlich einschreiten), gegen die Concessionierung von großen Warenhäusern à la Louvre, Bonmarche ꝛc. ꝛc., weil durch derartige Unternehmungen, welche für den Handelsstand dieselbe Gefahr bilden, wie die Fabriken für Handwerker, die ohnehin einen schweren „Kampf ums Dasein" führenden Kaufleute und Gewerbetreibenden unrettbar dem Untergange preisgegeben wären, und weil ferner der Hausbesitz, infolge des eintretenden Leerstehens der Geschäftslocale ebenfalls ins Mitleid gezogen, einen großen Rückgang seines Realwertes sicher zu gewärtigen hätte.

Mit den angedeuteten Gefahren ist aber auch ein Steuerentgang für die Commune, Land und Reich in doppelter Richtung verbunden. Erstens ein Entgang von Erwerb- und Einkommensteuer, weil nach den bestehenden Steuergesetzen mit dem Maximal-Erwerbsteuersatz von 1575 fl. eine äquivalente Besteuerung solcher Unternehmungen ausgeschlossen ist, und zweitens infolge der Verminderung des Zinserträgnisses der Häuser ein Entgang an Hauszinssteuer verbunden wäre.

Ein gleichzeitig von mir im hohen n.-ö. Landtage eingebrachter Antrag kam wegen Schlusses desselben nicht mehr zur Verhandlung. Der von mir in der letzten Session eingebrachte gleiche Antrag, welcher sich namentlich gegen eine Gesellschaft belgischer Capitalisten richtete, wurde über Beschluss des Landtages der hohen Regierung zur Würdigung abgetreten.

Mein im Gemeinderathe gestellter Antrag kam wohl im Sommer d. J. im Stadtrathe zur Verhandlung, dem Gemeinderathe aber wurde bis heute noch nicht darüber berichtet, ja, das Referat steht nicht einmal auf der gedruckten Tagesordnung.

Ich frage daher den Herrn Bürgermeister:

wann derselbe meinen Antrag zur Berichterstattung gelangen lassen wird?

Bürgermeister: Ich werde den Gegenstand urgieren.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

21. Anfrage des **Gem.-Rathes Heb. Grünbeck:**

Der Unternehmer Herr Baumeister Chailly baut gegenwärtig in der Hauptstraße in Hernals die Strecke von der Kirchengasse bis zur Bergsteiggasse in der Länge von 60° den Hauptcanal und ist daher trotz der Kürze der Strecke dieser Bezirkstheil der Hauptstraße durch 7 bis 8 Wochen abgesperrt, was selbstverständlich ein bedeutender Schaden für die Geschäftsleute ist.

Trotz aller Mühe des Bezirks-Ingenieurs geht es sehr langsam und wird die schöne Zeit förmlich mit Absicht unbenützt gelassen, ja, nicht genug, heute früh wurden, statt Leute noch aufzunehmen, 18 Arbeiter entlassen, trotzdem die Canalcunette offen steht, was gewiss bei dem herannahenden Winter als eine Rücksichtslosigkeit den Geschäftsleuten gegenüber zu bezeichnen ist.

Wäre daher der Herr Bürgermeister nicht geneigt, im Interesse der Geschäftsleute der Hauptstraße, die bisher ruhig zugesehen haben, zu veranlassen, dass die Arbeit mit größter Beschleunigung durchgeführt wird und, wenn der Unternehmer seine Arbeitskräfte nicht vermehrt, auf seine Kosten von Seite des Bauamtes dasselbe geschieht?

Ebenso dass die Baubedingnisse puncto Termin strenge gehandhabt werden?

Bürgermeister: Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen und die Angelegenheit möglichst beschleunigen.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

22. Antrag des **Gem.-Rathes Heb. Grünbeck** und Genossen:

Gegenwärtig wurde im löblichen Stadtrathe für die Erweiterung der 18jährigen Steuerfreiheit auch auf andere Realitäten als bisher gesetzlich bestimmt war, berathen, und vermisste ich leider die Veronikagasse von der Ottakringerstraße aus bis zur Alsbachstraße in Hernals, und zwar die Häuser Nr. 1, 3, 5, 7, 11, 13, 15, 17, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38.

Es wäre wünschenswert, wenn obige Häuser der Hernalser Veronikagasse in die 18jährige Steuerfreiheit eingereiht würden, da der Verkehr ein sehr lebhafter ist und vier Bezirke miteinander verbindet, überdies aber auch von Ottakring bis Hernals bedeutend breit, ebenso auch in der Fortsetzung nach Währing ist.

Dieselbe Straße war infolge ihrer Bedeutung eine Bezirksstraße, was damit wohl besagt, dass es eine Verkehrsstraße ist.

Ich stelle daher den Antrag:

Es sollen die Häuser der Hernalser Veronikagasse Nr. 1, 3, 5, 7, 11, 13, 15, 17, 26, 28, 30, 32, 34, 36 und 38 in die 18jährige Steuerfreiheit eingereiht werden und in das Referat des St.-R. Wurm einbezogen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrath zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

23. Antrag des **Gem.-Rathes Schuh** und Genossen:

Die an dem oberen Theile der Kärnthnerstraße bereits durchgeführte Regulierung erfüllt jeden Wiener mit wahrer Freude und gerechtem Stolze.

Stattliche Häuser mit groß angelegten Geschäftslocalitäten mahnen so recht an andere Großstädte und versetzen uns in das Getriebe von Paris, Berlin, London u. s. w., ja sie zeigen uns klar, was Wien noththut.

Wie begrüßen wir nicht alle die Demolierung jener beiden bekannten Objecte, welche im November in der Kärnthnerstraße in Angriff genommen wird.

Leider geht der Localpatriotismus so mancher Bewohner der Inneren Stadt nicht so weit, ihre Objecte, die schon längst aufgehört haben, gesunde Wohnstätten ihrer Mieter zu sein, der Demolierung zuzuführen, ja selbst nicht einmal dann, wenn ihnen dieselbe weit über den Wert in horrender Summe vergütet wird.

Ich glaube daher, dass es schon längst an der Zeit wäre, durch Schaffung des Expropriationsgesetzes auch in solchen Fällen Wien vor weiterem Schaden zu bewahren.

Um nun die Kärnthnerstraße, eine unserer wichtigsten Verkehrsstraßen unserer Stadt, der baldigsten und vollständigsten Regulierung zuzuführen, dürfte der Moment gekommen sein, die beiden der Commune Wien gehörigen Objecte der Hotels „Munsch" und „Schadn", die gewiss nach jeder Richtung den Anforderungen nicht mehr entsprechen und auch schon längst aufgehört haben, Hotels ersten Ranges zu sein, durch einen Neubau zu ersetzen; es würde dies für die Gemeinde eine gewiss lucrativere Einnahmsquelle als derzeit sein, ohne des Wertes zu gedenken, Wiens ärgsten Engpass in seiner regsten Verkehrsstraße beseitigt zu haben.

Nachdem es ferner im Interesse des Geschäftslebens und der Verkehrsverhältnisse dringend gelegen ist, dass die Demolierung der restlich im Wege stehenden fünf Häuser gleichzeitig in Angriff genommen werde, und in Erwägung, dass die am 2. December 1898 vorzunehmende Eröffnung der vollständig regulierten Kärnthnerstraße als eine würdige Feier den zahlreich geplanten Festlichkeiten sich anschließen möge, erlaube ich mir nachstehenden Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen:

1. Es seien die Hotels „Munsch" und „Schadn" in der Kärnthnerstraße zu demolieren und wieder durch ein im größten Stile angelegtes Hotel zu ersetzen.

2. Es seien mit den Pächtern die Unterhandlungen betreffs Lösung bestehender Verträge zu pflegen.

3. Es sei ein Concurs wegen Erlangung geeigneter Pläne auszuschreiben oder ein hervorragender Architekt mit der Anfertigung derselben zu betrauen.

4. Der Herr Bürgermeister wird ersucht, in Betreff des Ankaufes der sodann noch in den Regulierungsrayon fallenden fünf Objecte mit den Besitzern in Unterhandlungen zu treten und dem Gemeinderathe darüber Bericht zu erstatten.

5. Im Falle die Unterhandlungen an den allzu großen Forderungen scheitern sollten, im Interesse des Verkehres und der Sicherheit der Person das Expropriationsrecht zu erwirken.

6. Der Herr Bürgermeister wird ersucht, mit dem Stadterweiterungsfonde bezüglich des ihm von Sr. Majestät bei dessen Gründung aufgetragenen Wirkungskreises behufs Beitragsleistung für die Erweiterung dieser Straße die Unterhandlungen einzuleiten.

7. Das Stadtbauamt wird beauftragt, die herrliche Façade Fischers von Erlach am Hotel „Munsch", um sie auch späteren Generationen zu erhalten und wiederherzustellen, in ihren Maßverhältnissen sicherzustellen und zu copieren.

8. Es seien die Arbeiten sowie Unterhandlungen so zu beschleunigen, dass die vollständige Regulierung und Durchführung bis 2. December 1898 beendet und die Eröffnung derselben in die Festfeier im Jahre 1898 mit einbezogen werde.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

24. Antrag des **Gem.-Rathes Rißaweg:**

In dem im I. Bezirke zwischen der Seilerstätte und der Kärnthnerstraße liegenden, mit Metallic gepflasterten Theile der Johannesgasse befinden sich sechs mit Gittern versehene Wassereinlauf-Öffnungen.

Das Straßenniveau fällt nun in unmittelbarer Nähe dieser Öffnungen derart steil ab, dass jeder Fuhrwerker, welcher diesen Theil der betreffenden Gasse passiert, ängstlich diese Stelle meidet, weil die Gefahr besteht, dass nicht nur bei nasser, sondern selbst bei trockener Witterung die Pferde ausgleiten und stürzen und sich hiebei für Passanten und Pferdebesitzer manches Unglück ereignen könnte. Viele Klagen von Fuhrwerksbesitzern sind bereits laut geworden, ohne dass bisher Abhilfe geschaffen worden wäre.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Herr Bürgermeister wolle unverzüglich das Stadtbauamt beauftragen, dass vorerwähnte Stellen in der Johannesgasse im I. Bezirke untersucht und noch vor Eintritt der schlechten Jahreszeit in einer für das gesammte Fuhrwerk weniger gefahrdrohenden Weise hergestellt werde.

Bürgermeister: Dieser Antrag wird geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Wir kommen zur Tagesordnung.

25. (7925.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Ich habe die Ehre, zur Beilage Nr. 256 das Referat zu erstatten. Dasselbe betrifft das Project für die Erbauung des rechtsseitigen Sammelcanales längs des Donaucanales. Es ist hier wieder ein großes Stück der Verkehrsanlagen den geehrten Herren vorgelegt, ein großes Stück geistiger und physischer Arbeit. Die Herren wissen, dass der Gemeinde durch ein Übereinkommen mit der Verkehrs-Commission die Arbeiten für die Herstellung des Sammelcanales übertragen worden sind; die Gemeinde kommt durch das Stadtbauamt diesem Auftrage nach und legt das Project vor. Im Programm ist das Jahr 1895 und das Jahr 1896 zur Fertigstellung dieses Sammelcanales in Aussicht genommen. Dies ist jedoch an die Bedingung geknüpft, dass früher das große Wehr am Nussdorfer Spitz fertiggestellt sein soll. Diese Bedingung ist aber noch immer nicht erfüllt. Es handelt sich daher für die Gemeinde darum, zu erwägen, ob es besser ist, die Arbeiten früher zu beginnen und den Übelständen, welche die derzeitigen Ausläufe der Canäle in den Donaucanal mit sich bringen, abzuhelfen, oder zu warten, bis das Wehr fertig ist, damit die Arbeit in der Cunette dieses Canales leichter und eventuell mit geringeren Kosten durchgeführt werden könne. Durch eine Vorrichtung wird am Nussdorfer Spitz das Wasser gestaut, der Zufluss des Wassers, daher auch das aufsteigende Wasser ist geringer und kann daher mit geringeren Kosten erbaut werden.

Über diese Frage hat eigentlich der Gemeinderath schon einen Beschluss gefasst, indem er die Sammelcanäle am linken Ufer genehmigt hat, welche ganz unter denselben Bedingungen auszuführen waren, wie der rechtsseitige Canal. Auch bei diesem Beschlusse war sich der Gemeinderath darüber klar, dass die Übelstände viel größer sind, als eventuell der finanzielle Ausfall, welcher sich durch die schwierigere Ausführung dieser Sammelcanal-Cunetten einstellt. Es wurde damals der Beschluss gefasst, gleich mit dem linken Sammelcanale zu beginnen, welcher auch bereits fertiggestellt ist. Dieselben Umstände sind bei dem rechtsseitigen Sammelcanale maßgebend, und glaube ich, dass auch hier der Gemeinderath sich entschließen wird, den Canal früher fertigzustellen, ehe dieses Wehr fertiggestellt sein wird, um den so crassen sanitären Übelständen abzuhelfen. Ich werde mir erlauben, einiges über den Sammelcanal selbst den geehrten Herren mitzutheilen.

Das Niederschlagsgebiet, welches für den rechten Sammelcanal vorhanden ist, ist ein sehr ausgedehntes, und zwar umfasst es nahezu das ganze Gemeindegebiet am rechten Ufer, welches heute einbezogen ist. Die Herren sehen auf den Karten 1 und 2 das Niederschlagsgebiet gezeichnet. Es sind daselbst verschiedene Streifen in verschiedenen Farben und bedeuten die einzelnen Streifen das Niederschlagsgebiet der einzelnen Bäche, Canäle, Gräbern 2c., die hier das Wasser in den Donaucanal abführen. Das ganze Niederschlagsgebiet beträgt bis zur Staatsbahnbrücke 12.127 ha, das Stück dazu gerechnet bis zur Ausmündung in den Donaucanal 14.000 ha, also eine Fläche, die gewiss eine ganz kolossale ist.

Nun ist zur Berechnung der Profile auch nothwendig, die Bevölkerungsziffer zu wissen, welche hier in Betracht kommt, nachdem es hievon abhängt, wie viel Schmutzwässer abzuleiten sind, und zwar darf nicht die jetzige Bevölkerung angenommen werden, sondern man muss Rücksicht auf die Vermehrung derselben während einer langen Reihe von Jahren nehmen, nachdem ja die Sammelcanäle ihrem Zwecke durch einen längeren Zeitraum zu dienen haben. Die jetzige Bevölkerung, welche hier in Betracht kommt, ist 1,160.000; es wird nun angenommen, dass dieselbe auf 3,946.000 oder rund 4,000.000 anwachsen wird, und es wird also ausreichend sein, wenn man für diese Zahl das Canalprofil herstellt.

Die abzuführende Wassermenge besteht hauptsächlich aus zwei Factoren, dem sogenannten Niederschlagswasser und dem Brauchwasser. Letzteres ist dasjenige, welches infolge täglichen Verbrauches aus den einzelnen Häusern abläuft. Es werden nun per Person täglich 90 l Schmutzwasser gerechnet, und auf dieser Basis ergibt sich bis zur Staatsbahnbrücke eine Menge von 4296 l pro Secunde

an Brauchwasser, welches in den Donaucanal abgeführt werden soll, bis zur Ausmündung in die Donau eine solche von 4992 l pro Secunde.

Der Canal muss nun auch dasjenige Wasser aufnehmen, welches durch den Regen herbeigeführt wird, und zwar wird, wie das bei derartigen Canälen gewöhnlich geschieht, eine Niederschlagsmenge von 18·3 l pro Secunde und Hectar angenommen. Unter Zugrundelegung dieses Maximums beträgt die abfließende Wassermenge bis zur Staatsbahnbrücke 222.749 l pro Secunde und bis zur Einmündung 257.300 l.

Der Sammelcanal hat jedoch nicht dieses ganze Wasserquantum aufzunehmen, denn sonst müssten die Profile eine derartige Größe erhalten, dass man sie wegen der großen technischen Schwierigkeiten eigentlich gar nicht ausführen könnte. Es wird daher eine Vorrichtung geschaffen, dass bei größeren Zuflüssen an Wasser eine gewisse Quantität desselben aus diesen Sammelcanälen in den Donaucanal überflutet und austritt, und zwar geschieht dies durch Ausflüsse, welche von Strecke zu Strecke angebracht sind, überall dort, wo große Zuflüsse in den Sammelcanal stattfinden. Das sind die sogenannten Nothausläße.

Die Profile sind derart berechnet, dass ihr Fassungsraum viermal so groß ist als das Brauchwasser, welches abfließen kann; wird die Wassermenge durch Regengüsse mehr als viermal so groß, so tritt sie aus den Nothausläßen und geht dann in den Donaucanal über.

Wenn man diese Wassermenge im Verhältnisse zu jener, welche der Donaucanal führt, vergleicht, so findet man, dass eine circa 74malige Verdünnung dieses Wassers im Donaucanale stattfindet, also eine Verdünnung, welche gewiss die Schädlichkeiten nicht mehr hat, wie eventuell der jetzige Zustand.

Die Führung des Sammelcanales ist, wie die Herren auf dem Plane sehen, folgende: Der Sammelcanal beginnt beim Schreiberbache, das ist in Nussdorf, nimmt dort das Niederschlagsgebiet des Schreiberbaches auf, geht von dem Nussdorferplatze längs der Nussdorfer Hauptstraße, wo die Tramway geführt ist, bis zur Rampengasse, das ist eine Quergasse, welche zur Franz Josefs-Bahn führt.

In dieser Strecke ist der Schreiberbach, Nestelbach und Krottenbach aufzunehmen.

Von der Kreuzung der Rampengasse mit der Nussdorferstraße geht er längs der Rampengasse hinüber bis zur Franz Josefs-Bahn, unterfahrt dieselbe und gelangt in die Donaucanallände, zieht sich von hier ununterbrochen längs der Donaucanallände hinbei der Brigittabrücke und Augartenbrücke, wo der Alsbach aufgenommen wird, bis gegen die Postgasse. Von der Postgasse wird der Donaucanal verlassen, und zwar deshalb, weil ein höherer Punkt im Wienflusse aufgesucht werden muss, um die Unterführung zu ermöglichen. Wäre das nicht nothwendig, würde eventuell die Anlage eines Syphons geplant werden, welche jedoch im Programme ausgeschlossen ist. So könnte man an der Lände verbleiben. Die Strecke geht nunmehr von der Ferdinandsbrücke gegen die Dominikanerbastei, welche bereits durch die Baulinien soweit erweitert ist, dass sie diesen Canal gut aufnehmen kann. Von der Dominikanerbastei geht der Canal im Winkel bis an die äußere Ausmündung der Wollzeile. Wenn die Herren diese Strecke hier ansehen, so finden Sie, dass dieselbe noch nicht vollkommen fixiert ist.

Sie finden in dem Plane eine mit grüner Farbe ausgeführte Alternative, und zwar aus dem Grunde, weil die Baulinien für die Franz Josefs-Kaserne noch nicht vollkommen bestimmt sind. Es ist möglich, dass eine Änderung in den Baulinien, wie sie der Stadtrath vorgeschlagen hat, eintreten könnte, weshalb auch dieser Eventualität durch die Alternative Rechnung getragen wurde. Von hier geht die Trace unter dem Wienflusse. Dieser Punkt des Wienflusses ist ein etwas schwieriger geworden, weil hier der Sammelcanal die zwei großen Choleracanäle aufnehmen muss. Der linksseitige Choleracanal führt ebensoviel Wasser als die Strecke des Sammelcanales von Nussdorf bis hieher, und der rechtsseitige ebensoviel. Es kommt daher in diesem Punkte die dreifache Menge Wassers zusammen. Der Punkt ist schon darum an und für sich ein schwieriger, weil man sich mit dem Profile unter dem Wienflusse nicht gut entwickeln kann. Es sind das gegebene Größen, die man einhalten muss. Die Abführung ist daher folgendermaßen — meiner Ansicht nach — sehr gut geplant. Es wird der linksseitige Choleracanal in einem separaten Profile neben dem Profile des rechtsseitigen Sammelcanales durchgeführt, wie die Herren dort in dem gedruckten Doppelprofile sehen. Das eine Profil dient zur Aufnahme des linksseitigen Choleracanales, und das andere führt den Sammelcanal unter der Wien durch. Der rechtsseitige Choleracanal, welcher ebensoviel Wasser führt, wird nicht direct in den Sammelcanal eingeleitet, und zwar aus dem Grunde, weil die dreifache Wassermenge mit einem bedeutend größeren Profile hätte durchgeführt werden müssen.

Die Marxergasse ist, wie die Herren sehen, heute noch nicht derart breit und gut reguliert, dass man ohne große Einlösungen durch die Marxergasse kommen kann. Es ist daher hier eine Theilung vorgesehen, und zwar derart, dass der rechte Choleracanal über den Sammelcanal darüber geht, das alte Bett zugleich benützt und bis an die Erdbergerlände geführt wird, bis zur Einmündung in den Nebensammelcanal, so dass nur das doppelte Quantum Wasser durch die Marxergasse durchgeführt wird. Von der Übersetzung, beziehungsweise Unterfahrung der Wien geht der Canal quer über den sogenannten Eislaufplatz. Dies ist nicht gefährlich, weil wahrscheinlich der Eislaufplatz zur Ausgestaltung einer großen Bahnhofsanlage benützt werden soll, wie die Herren ja wissen. Sollte dies nicht der Fall sein, sondern doch eine Verbauung stattfinden, so ist immerhin möglich, eine Verbauung über den Canal herzustellen.

Es gestaltet sich auf Grund dieser Führung die Unterfahrung dieses Canales unter die Verbindungsbahn bedeutend besser.

Ich habe nunmehr die Situation beschrieben bis zum Auslaufe an dem unteren Theile der Marxergasse.

Zur Aufnahme der ganzen Wässer, welche zwischen dem Canale in der Marxergasse und dem Donaucanale gelegen sind, muss ein zweiter Sammler errichtet werden, der nächst dem Donaucanale führt. Er hat die Aufgabe, erstens den rechtsseitigen Choleracanal, und zweitens sämmtliches Abfall- und Regenwasser dieses Districtes aufzunehmen, und vereinigt sich mit dem Sammelcanale am unteren Ende der Marxergasse. Von hier sind die dreifachen Wässer vereinigt. Es ist auch hier im Zusammenflusse dieser beiden Canäle ein Nothauslaß, wie Sie sehen, geplant. Im weiteren Verlaufe zieht sich der Canal ununterbrochen parallel zum Donaucanale hin, und zwar führt derselbe bis zur sogenannten Erdbergermais. In dieser Strecke sehen die Herren ebenfalls eine Variante. Es sind hier zwei große Bassins, in welchen die sogenannten Kohlenhöfe Platz finden sollen. Dieses Project ist heute noch nicht vollkommen greifbar, es ist eben nur ein Project, und man weiß nicht, in

welcher Weise es ausgestaltet werden wird, und man weiß nicht, in welcher Größe, in welcher Situation dieser Zufluss des Donaucanales definitiv eigentlich geplant ist. Nachdem dies aber immerhin ein Project ist, mit dem man rechnen muss, so muss man auch daran denken, dass eventuell der Canal nicht längs des Donaucanales zu führen sein wird, sondern, um diese Kohlenhöfe zu ermöglichen, eine andere Richtung nehmen wird, weshalb hier diese zwei Varianten eingezeichnet sind. Von dieser Stelle ab verläuft der Canal wieder nahezu parallel mit dem Donaucanale bis zur Ausmündung bei der Staatsbahnbrücke. Die Herren wissen auch, dass die Fortsetzung von der Staatsbahnbrücke bis zur Einmündung in die Donau projectiert ist, und zwar soll dies im Jahre 1900 hergestellt werden.

Bezüglich der Höhenlage und des Gefälles dieses Canales möchte ich bemerken, dass das Gefälle nicht in seiner ganzen Höhe ausgenützt werden konnte, nämlich nicht in der Höhe, welche aus dem Unterschiede zwischen dem Einlaufe und Auslaufe nach der Länge des Canales sich ergibt, weil ja unterwegs so viele Fixpunkte, die man einhalten muss, vorkommen, und so viele andere Factoren eintreten, denen man Rechnung tragen muss.

Es sind das insbesondere die Nothausläufe.

Die Herren wissen, dass die Nothausläufe eine gewisse Höhe gegenüber dem Donaucanale haben müssen.

Der zweite Fixpunkt ist die Unterfahrung des Wienflusses.

Ebenso sind noch mehrere andere Umstände zu berücksichtigen, so dass nicht das ganze Gefälle ausgenützt werden kann, sondern dass man sich an diese von mir besprochenen Factoren halten muss.

Im großen ganzen ist aber das Gefälle ziemlich gut, und zwar beträgt es im ersten Theile 0·8 pro Mille, im zweiten Theile 0·6 pro Mille und im dritten Theile 0·4 pro Mille, also circa $^1/_2$ m auf 1000 m. Es ist das zwar kein bedeutendes, aber für derartige Canäle noch ausreichendes Gefälle.

Der Sammler, welcher in der Erdbergerlände geführt ist, hat ein Gefälle von 0·6 pro Mille und derjenige Sammler, welcher in Nussdorf eingefügt werden musste, hat ein Gefälle von 0·7 pro Mille.

Das Materiale, aus welchem diese Canäle hergestellt werden sollen, ist hauptsächlich Beton, weil dieses Materiale sich nach den neuesten Erfahrungen für derartige Bauten als vorzüglich eignet, keine schwierige Arbeit verursacht, und die Arbeit rasch vorwärts geführt werden kann.

Die Form der Canäle ist eine ziemlich verschiedene, und zwar sind in dieser ganzen Länge circa zehn Profile eingeschaltet, welche Sie an der Tafel sehen. Dieselben sind auch abhängig von verschiedenen Factoren. Erstens von der Menge der zu führenden Fäcalien, von dem Zuströmen des Wassers und dem Ausgleiche des Niveaus des Wassers, welches nahezu parallel mit der Sohle sein soll; zweitens sind sie auch von der Überschüttung, welche hier möglich ist, abhängig, wie Sie dies z. B. bei den zwei Profilen unter dem Wienflusse sehen; diese müssen da ziemlich gedrückt gehalten werden, weil dort keine besondere Höhe zur Verfügung steht. In den letzten Strecken sind, nachdem diese bedeutende Profile haben — $5^1/_2$ m Höhe und 8 m Breite — sogenannte Baukettenprofile angenommen worden, und zwar deshalb, weil dort die Säuberung eine größere ist, und damit man die Säuberung längs der Bauketten vornehmen kann. Auch die Geschwindigkeiten des abfließenden Wassers sind verschiedene, und zwar wird die Geschwindigkeit zunächst für diejenigen Stoffe berechnet, welche als Brauchwasser geführt werden; diese Geschwindigkeiten sind bedeutend geringer und variieren zwischen $^1/_2$ und 1 m in der Secunde. Tritt eine Vergrößerung des Wassers ein, so ist die Geschwindigkeit auch eine viel größere, wie ich mir schon zu erwähnen erlaubt habe, und müssen, um das ganze Wasser abzuleiten, sogenannte Nothausläße hergestellt werden; das sind Ausläße, die es ermöglichen, dass das Überquantum aus diesem Canale heraus und in den Donaucanal geführt wird.

Diese Nothausläße unterliegen bestimmten Gesetzen. Die Ausläufe sind ganz bestimmt fixiert, damit dieselben in einem ganz bestimmten Verhältnisse mit dem Nullpunkte und dem sogenannten Stauwasserpunkte stehen. Es sind im ganzen elf solcher Nothausläße geplant, und zwar am Schreiberbache, Nesselbache, Krottenbache, Wolfsgraben, Alsbach, Ringstraßencanal nächst der Postgasse, an der Einmündung des linken, sowie an der des rechten Cholera-canales, an der Einmündung des Weißgärber Sammlers und an der Einmündung des Favoritener Sammelcanales. Sie sehen, dass auch hier ausreichend dafür gesorgt ist, dass das Wasser überall ungehindert hinausbefördert werden kann.

Zum Zwecke der Spülung und Ventilation sind verschiedene Vorrichtungen projectiert, und zwar werden ebenfalls am Donaucanale, dessen Ufer mit Mauern ausgestattet werden, Schützer angebracht, welche gehoben werden können. Bei einem gewissen Wasserstande kann das Wasser aus dem Donaucanale in den Sammelcanal hineingeleitet werden und kann auf diese Art die Spülung des Sammelcanales vorgenommen werden. Außerdem sind im XVIII. und XIX. Bezirke gewisse Reservoirvorrichtungen geplant. Zur Ventilation sind Schächte projectiert und zum Einsteigen werden in je 1000 m Entfernung Schächte in der Art von Kiosken hergestellt, die versperrbar sind.

Bezüglich der Rechtsverhältnisse möchte ich Folgendes bemerken: Nachdem der Canal nicht durchwegs auf communalem Grunde geführt ist, sondern, und zwar insbesondere in seinem ersten Drittel über Privatgründe seinen Lauf nimmt, so muss zuerst mit dem betreffenden Eigenthümer verhandelt werden über die Führung des Canales, was auf zweierlei Weise geschehen kann, entweder wird beim wasserrechtlichen Verfahren die Duldung einer Servitut ausgesprochen, die auf dem Grunde sichergestellt wird, oder es wird erst nach Ablösung oder Abtretung des Grundes dort, wo sich Straßen vorfinden, reguliert werden können. Es kommen hier auch einige Objecte zur Einlösung, und zwar das sogenannte Wasserzollamt bei der Bergstraße, welches in die Trace fällt, und dann finden mehrere Einlösungen in der Marxergasse successive nach dem Fortschritte des Baues statt.

Es ist geplant, die ganze Strecke von Nussdorf bis zur Ausmündung bei der Staatsbahnbrücke in zehn Losen auszuführen; von diesen sollen drei gleich zur Ausführung gelangen, und zwar von Nussdorf bis zum sogenannten Schanzl, und zwar deshalb, weil dort keine bedeutenden Schwierigkeiten sind und weil die Trace mehr weniger durch in den bestehenden Straßen bestimmten Baulinien fixiert ist. Im unteren Theile ist die Frage der zwei Varianten noch zu lösen — es ist das die Variante bei der Kaserne und die am Erdbergermais — ehe an den Bau der zweiten Hälfte des Canales geschritten werden kann.

Die gesammten Baukosten der Strecke von Nussdorf bis zur Staatsbahnbrücke betragen 4,665.000 fl. Hiezu kommen an Kosten für Grundeinlösungen mit 300.000 fl., an Kosten für die Bauleitung &c. circa 200.000 fl., in Summe 5,165.000 fl. Ich bemerke, dass diese Kosten nicht über die Summe hinausgehen,

welche programmäßig festgesetzt ist, die Kosten sind sogar noch niedriger als die im Programme fixierte Summe.

Für die drei Baulose, welche nun zur Ausführung gelangen sollen, entfällt, und zwar für das erste Baulos ein Betrag von 345.309 fl., für das zweite 270.827 fl. und für das dritte ein Betrag von 325.639 fl., also in Summe 941.776. Hiezu kommt noch für Grundeinlösungen ein Betrag von circa 100.000 fl., für Regie 2c. circa 60.000 fl., weshalb die drei Baulose eine Summe von circa 1,101.776 fl. in sich schließen. Die Arbeiten sollen daher für diese drei Baulose sofort vergeben werden, selbstverständlich successive nach den hier gelösten Rechtsfragen des Eigenthumes und der Duldung, und sollen dieselben auch durch Offerte sichergestellt werden. Ich bemerke noch, dass für diese Arbeiten im Sinne des Programmes die Gemeinde 90 Percent des Betrages, der Staat 5 Percent, das Land 5 Percent zahlt. Für die Kosten ist in der Verkehrs-Commission vollkommen Sorge getragen worden. Ich ersuche daher um Annahme der Ihnen vom Stadtrathe vorgelegten Anträge.

Bürgermeister: Die Anträge sind der Versammlung bekannt, sie liegen gedruckt vor. Wird die Verlesung gewünscht? (Rufe: Nein!) Wünscht jemand das Wort?

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich möchte nur den Herrn Referenten fragen, ob der Antrag gestellt wird, dass dem Stadtbauamte der Dank ausgesprochen werde?

Referent: Diesen Antrag habe ich im Stadtrathe gestellt, aber es ist hier leider im Antrage des Stadtrathes dieser Antrag nicht aufgenommen. Ich nehme jedoch diese Anregung mit Vergnügen auf (Heiterkeit), ich habe schon im Anfange gesagt, dass es eine große geistige Arbeit ist, welche volles Lob verdient. Das Stadtbauamt hat in der kürzesten Zeit eine Leistung vollführt, welche gewiss nur lobenswert ist und die volle Anerkennung des Gemeinderathes verdient. (Bravo! rechts.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Es ist im Stadtrathe von Seite des Herrn Referenten beantragt worden, dem Stadtbauamte den Dank auszusprechen für den außerordentlichen Fleiß, den es in diesem Falle entwickelt hat. Ich habe ebenfalls für diesen Antrag gestimmt, weil die Arbeit, die hier geleistet worden ist, als solche aller Anerkennung würdig ist. Ich bin dafür von meinen Collegen etwas ausgelacht worden, weil ich als entschiedener Gegner des Stadtbauamtes bekannt bin. In der heutigen Sitzung des Stadtrathes habe ich wieder einige Erfahrungen gemacht, die jeden, der für das Stadtbauamt geschwärmt hat, eines Besseren belehren müssten. Damit nun nicht ein Irrthum über meine Tendenz obwaltet, stelle ich den Antrag, dass von Seite des Gemeinderathes den Verfassern dieser Pläne und den Mitarbeitern hiebei der Dank ausgesprochen werden soll. Diese verdienen den Dank, nicht das Amt als solches; wir müssen im vorliegenden Falle auf Personen Rücksicht nehmen, und wenn einzelne Beamten des Stadtbauamtes voll und ganz ihre Pflicht erfüllen, dies in irgendeiner Weise zu erkennen geben. Ich stelle also den Antrag, dass den Verfassern der Pläne und deren Mitarbeitern der Dank des Gemeinderathes ausgesprochen werde.

Gem.-Rath Dr. Mechansky: Ich bitte, meine Herren, einen solchen feinen Unterschied kann man nicht machen. (Rufe links: O ja!) Es wäre etwas anderes vom Standpunkte des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger, wenn der Antrag dahin gienge, dass dem Herrn Stadtbaudirector die Anerkennung ausgesprochen werde — von Dank ist überhaupt nicht gesprochen worden. Das Stadtbauamt gilt uns als Verfasser. Diejenigen, die nicht mitgewirkt haben, trifft auch nicht die Anerkennung. Wir müssten dann nicht im allgemeinen sprechen, sondern die Namen der Personen nennen, welche als Verfasser der Projecte gelten und welchen speciell die Anerkennung ausgesprochen wird. So kann das nicht gemeint sein. Der Dank gilt dem Amte und keiner Person.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent wünscht nichts mehr zu bemerken. (Zum Gem.-Rathe Dr. Lueger:) Halten Herr Gemeinderath Ihren Antrag aufrecht? (Gem.-Rath Dr. Lueger: Selbstverständlich!) Der Antrag des Herrn Referenten geht dahin, dass dem Stadtbauamte für die Verfassung des vorliegenden Projectes die Anerkennung des Gemeinderathes ausgesprochen werde. Ein Gegen-Antrag geht dahin, es werde den Verfassern des Projectes die Anerkennung ausgesprochen. (Rufe: Und den Mitarbeitern!) Also den Verfassern und Mitarbeitern. (Zustimmung.)

Ich bringe den Gegen-Antrag zuerst zur Abstimmung und ersuche jene Herren, welche mit diesem einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gegen die übrigen Anträge des Stadtrathes ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Dieselben sind daher angenommen.

Beschluss: 1. Das vom Stadtbauamte vorgelegte Project für die Erbauung des rechtsseitigen Haupt-Sammelcanales längs des Donaucanales vom Schreiberbache in Nussdorf bis zur provisorischen Ausmündung in den Donaucanal nächst der Staatseisenbahn-Brücke wird principiell, hinsichtlich der Theilstrecke vom Schreiberbache in Nussdorf bis zur Postgasse im I. Bezirke jedoch endgiltig genehmigt.

2. Das Project ist in diesem Sinne der Commission für Verkehrsanlagen in Wien zur weiteren Genehmigung mit dem Ersuchen vorzulegen, nach erfolgter Genehmigung um die Durchführung des wasserrechtlichen Verfahrens hinsichtlich der Theilstrecke vom Schreiberbache in Nussdorf bis zur Postgasse im I. Bezirke bei der k. k. n.-ö. Statthalterei einzuschreiten.

3. Die Strecke des Canales vom Schreiberbache bis zum Kaiserbade ist sofort in Angriff zu nehmen und sind die erforderlichen Arbeiten und Lieferungen nach drei Baulosen nach Genehmigung des Projectes durch die Commission für Verkehrsanlagen in Wien im Offertwege sicherzustellen.

Die Kostenanschläge für diese drei Baulose werden mit dem Gesammtkostenbetrage von 941.776 fl. 65 kr. genehmigt.

4. Die Ausführung des Baues und die Vergebung der Arbeiten erfolgt auf Grundlage des zwischen der Gemeinde Wien und der Commission für Verkehrsanlagen in Wien abgeschlossenen Übereinkommens.

5. Dem Stadtbauamte wird für die Verfassung des vorliegenden Projectes die Anerkennung des Gemeinderathes ausgesprochen.

26. (8545.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Weiters habe ich die Ehre, zu referieren ad Beilage 257, betreffend das Project für die Einwölbung des Arbesbaches im XIX. Bezirke. Ich bemerke gleich hier, dass im Punkte 1 ein kleiner Irrthum vorkommt. Es steht nämlich hier: „Das vorliegende Project für die Einwölbung des Arbesbaches vom Krottenbache aufwärts bis zum Döblinger Friedhofe", das ist nicht richtig, es soll heißen: „bis zum Hause Nr. 83 Sieveringer Hauptstraße." Ich bemerke weiters, dass der Gemeinderath bereits beschlossen hat, den Krottenbach in seiner ganzen Länge einzuwölben. Ich habe in einer der letzten Sitzungen über die Sicherstellung des letzten Theiles referiert und es wurde auch hierüber Beschluss gefasst, so dass die Einwölbung des Krottenbaches in seiner ganzen Länge gesichert ist. Es werden nun auch die Consequenzen davon zu tragen sein, nämlich dass auch die größeren Bäche, welche in den Krottenbach einmünden, ebenfalls zur Einwölbung gelangen. Es sind auch für den sogenannten Arbesbach oder Erbsenbach im Budget pro 1894 36.000 fl. eingestellt worden. Die Vorlage des Bauamtes gelangte an den Stadtrath am 3. August 1894 und der Stadtrath hat damals, nachdem die Sitzungen des Gemeinderathes sistiert waren, um die Sache nicht aufzuhalten, den Beschluss gefasst, das wasserrechtliche Verfahren einzuleiten, die Offertverhandlungen zu besorgen und die Vorlage des ganzen Projectes mit den Kostenvoranschlägen zu verlangen, selbstverständlich vorbehaltlich der Genehmigung des Gemeinderathes.

Über die Lage des Arbesbaches bemerke ich Folgendes: Derselbe beginnt in dem Districte von Ober-Sievering, verläuft nach Unter-Sievering bis gegen den Anfang des verbauten Theiles, wendet sich dann in den unverbauten Theil und läuft über die unverbauten Gründe bis in den Krottenbach, etwa oberhalb der Privat-Irrenanstalt.

Die Einwölbung soll jedoch nicht in diesem ganzen Terrain stattfinden, weil der Bach Districte durchfließt, wo keine Straßen bestehen und die Niveauverhältnisse ganz ungeregelt sind; der Arbesbach soll auch derart situiert werden wie der Krottenbach und durch die bereits bestehenden Straßen, in welchen die Baulinien fixiert sind, gelegt werden.

Wie die Herren aus dem Plane ersehen, ist die Einmündung des Arbesbaches in den Krottenbach gegenüber dem Rudolfinerhause geplant. Von da läuft derselbe innerhalb der Grinzingerstraße bis zum Friedhofe, wendet sich hier in stumpfem Winkel von Grinzing in die Sieveringer Hauptstraße und verläuft bis zum Hause Nr. 83, woselbst die Aufnahme des offenen Gerinnes stattfindet. Bis dahin wird derzeit die Einwölbung vorgenommen werden und soll an dieser Stelle ein Schotterfang hergestellt werden. Das Gefälle ist in dieser Strecke ziemlich gut; es variiert zwischen 29 und 19 pro Mille; es sollen Profile von 5 bis 6 m² eingeschaltet werden, welche aus Ziegeln mit Klinkersohle herzustellen sind. Die Kosten betragen hiefür, und zwar für den Theil vom Rudolfinerhause bis zum Döblinger Friedhofe 38.790 fl., von da bis zum Hause Nr. 83, wo vorläufig die Einwölbung stattfinden soll, betragen die Kosten 99.157 fl., daher in Summa 137.947 fl.

Wie ich mir bereits erlaubt habe zu bemerken, sind für diese Arbeiten 36.000 fl. eingestellt. Es soll gleich mit der Arbeit begonnen werden, weil das eine sehr wichtige Arbeit ist. Sie geschieht nicht im offenen Einschnitte, sondern in Form eines minierten kleinen Tunnels, daher die Durchführung und Fortsetzung auch im Winter geschehen kann. Für das Jahr 1895 soll derjenige Betrag eingesetzt werden, welcher nicht in diesem Jahre zur Ausgabe gelangt.

Ich erlaube mir die geehrten Herren zu ersuchen, den Antrag, wie er vorliegt, anzunehmen (liest):

„1. Das vorliegende Project für die Einwölbung des Arbesbaches vom Krottenbache aufwärts bis zum Ober-Döblinger Friedhofe mit dem veranschlagten Gesammtkosten-Erfordernisse von 137.947 fl. 49 kr. wird genehmigt.

2. Die Arbeiten sind sofort in Angriff zu nehmen und nach Maßgabe der Witterungsverhältnisse auch während der Wintermonate fortzusetzen.

Die über den im Jahre 1894 präliminierten Betrag von 36.000 fl. hinausgehenden Kosten sind im Budget des Jahres 1895 sicherzustellen."

Gem.-Rath Steiner: Es ist sehr erfreulich, dass der Herr Referent in Aussicht gestellt hat, dass bei der Ausführung dieser Arbeit miniert werden wird. Nun ist dort nur eine Straße, die den Verkehr von Döbling mit Sievering vermittelt. Ich habe mir im Laufe des Sommers den Antrag einzubringen erlaubt, der dahin geht, dass die Straße von Sievering nach Grinzing provisorisch reguliert werden soll, um den Verkehr abzuleiten. Ich habe jetzt gelegentlich der Einbettung der Wasserleitungsrohre das Erdreich gesehen; es ist größtentheils Sand. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass, wenn der betreffende Unternehmer auf Sand geräth, mit der Minierarbeit aufgehört und offen ausgehoben werden muss, so dass der Verkehr dann für die ganze Gemeinde unmöglich gemacht wäre, weil eine zweite Straße zur Ableitung des Verkehres nicht existiert. Ich würde mir daher an den Herrn Bürgermeister die Bitte erlauben, ob nicht vielleicht der von mir eingebrachte Antrag rechtzeitig seine Erledigung finden könnte, um den Verkehr von Sievering nach Grinzing provisorisch abzuleiten. Weiters erlaube ich mir die Bitte, dass gleichzeitig mit diesem Canalbaue die Röhren zur Wasserleitung gelegt werden. Man kann doch nicht jetzt die Einwölbung des Arbesbaches und im Frühjahre die Wasserleitung durchführen. Es ließe sich das vielleicht unter einem machen, so dass der Verkehr nicht zu oft gestört wird. Sonst begrüße ich dieses Project mit Freuden, weil es großen sanitären Übelständen abhilft.

Bürgermeister: Die Erledigung der Angelegenheit ist im Zuge und wird darüber berichtet werden.

Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Gegen die Anträge ist keine Einwendung erhoben worden, sie sind daher angenommen.

Beschluss: Das vorliegende Project für die Einwölbung des Arbesbaches vom Krottenbache aufwärts bis zum Ober-Döblinger Friedhofe mit dem veranschlagten Gesammtkosten-Erfordernisse von 137.947 fl. 49 kr. wird genehmigt.

2. Die Arbeiten sind sofort in Angriff zu nehmen und nach Maßgabe der Witterungsverhältnisse auch während der Wintermonate fortzusetzen.

Die über den im Jahre 1894 präliminierten Betrag von 36.000 fl. hinausgehenden Kosten sind im Budget des Jahres 1895 sicherzustellen.

27. (8292.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Dieser Antrag betrifft eine Baulinien- und Niveaubestimmung für die Hackinger Allee in Hütteldorf.

Die sogenannte Hackinger Allee ist eine Hauptverbindungsstraße zwischen der Hütteldorferstraße und Augasse und hat auch infolge dieses ihres Charakters eine namhafte Frequenz aufzuweisen. Es wird da ziemlich viel gefahren. Der jetzige Zustand kann nicht belassen werden, weil er ein so schlechter ist, dass das Fahren nahezu unmöglich gemacht wird. Es ist daher eine Verbesserung dringend nothwendig. Zu diesem Zwecke ist es auch nothwendig, dass man die Baulinien bestimmt. Dieselben sind im Jahre 1892 für die Fortsetzung bereits bestimmt worden, und zwar in gerader Fortsetzung und mit einer Breite von 16 m. Dieses Princip soll auch hier eingehalten werden und soll an der linken Seite die Baulinie nach den Buchstaben a b c d e f, auf der anderen Seite m l k i h j festgehalten werden. Der Theil gegen die Hütteldorferstraße längs der Parcelle 482/1 und 510/2 kann derzeit noch nicht bestimmt werden, nachdem es noch nicht fixiert ist, wie der Anschluss dieser Straße an den Bahndamm geführt werden soll. Also dieser Theil bleibt in suspenso.

Bezüglich des Niveaus ist Folgendes zu erwähnen: Die Niveauverhältnisse sind hier im Längsprofile dargestellt. Es soll ein Niveau eingeschaltet werden, welches von der Station bis gegen die Kirchengasse ziemlich flach verläuft, ist aber in dieser Strecke noch nicht vollkommen bestimmbar, weil, wie ich gesagt habe, der Anschluss nicht existiert. Von der Kirchengasse bis hinauf soll das Gefälle derart reguliert werden, dass es so niedrig als möglich ist, und zwar ist das Gefälle im ersten Theile mit 3615 pro Mille und im zweiten Theile mit 38 pro Mille. Der Anschluss kann jedoch in dieser Lage, wie das Niveau jetzt besteht, nicht geschehen, und zwar deshalb nicht, weil die Realität der Gaswerke durch den Damm theilweise verschüttet wird. Nach der Erklärung, die diese Gesellschaft abgegeben hat, lässt sie sich das nicht gefallen. Es müsste daher, um dieses Niveau herzustellen, eine große Stützmauer aufgeführt werden. Die Kosten hiefür müsste die Gemeinde tragen. Um dem jedoch abzuhelfen, ist ein Beschluss dahin gefasst, dass man vorläufig ein provisorisches Niveau bestimmt, welches den Verhältnissen Rechnung trägt, bis seinerzeit die Verbauung eintritt. Das heißt: bis die Parcellierung stattfindet, muss auch die Herstellung einer derartigen Abschlussmauer erfolgen, welche eventuell auch auf Kosten des betreffenden Parcellierungswerbers hergestellt werden könnte. Aus diesem Grunde wird der Antrag gestellt, das Niveau derart zu bestimmen, wie es hier vorgeschlagen ist.

Die Anträge des Stadtrathes sind folgende (liest):

„1. Es werde die Baulinie für die Hackinger Allee in Hütteldorf im XIII. Bezirke unter Zugrundelegung einer Straßenbreite von 16 m in der Strecke A F, beziehungsweise G M nach den Linien A B C D E F einerseits und M L K I H G andererseits bestimmt; die Baulinie für die Cat.-Parc. 482/1 und 510/2 daselbst aber in suspenso belassen.

2. Es werde die Regulierung der Hackinger Allee in der Strecke von der Einfahrt zum Gaswerke bis zur Hütteldorferstraße nach der gestrichelten Linie vorläufig ausgeführt, dagegen das künftige definitive Niveau für diese Straße in derselben Strecke nach der mit ═══ ausgeführten Linie bestimmt."

Ich ersuche um die Annahme dieser Anträge.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Die Anträge sind a n g e n o m m e n.

Beschluss: Der vorstehende vollinhaltlich zur Verlesung gebrachte Referenten-Antrag.

Bürgermeister: Ich bitte den Herrn Gem.-Rath M a t t h i e s, zu referieren.

28. (8312.) **Referent Gem.-Rath Matthies:** Es handelt sich um die Zustimmung zu dem Vorbaue von fünf Pfeilern in Simmering, Blumengasse, beim Hause des Herrn Josef K o c h. Es soll ein schmiedeeisernes Gitter um das Haus herumgeführt und dazu fünf kleine Pfeiler erbaut werden, deren Vorsprung 8 cm über die Baulinie beträgt. Das Gesammtausmaß des abzutretenden Grundes ist 0·3 m² und es wird beantragt, denselben entsprechend dem Preise von 5 fl. für den Quadratmeter gegen den Betrag von 1 fl. 50 kr. abzutreten. Ich bitte, diesen Antrag des Magistrates und Stadtrathes anzunehmen.

Bürgermeister: Zuerst constatiere ich, dass Herr Gem.-Rath K o c h nach § 58 des Gemeindestatuts abgetreten ist.

Die Herren Schriftführer constatieren die Anwesenheit von 92 Herren Gemeinderäthen.

Gem.-Rath Dr. Linke: Es wäre zu kleinlich, wenn ich wegen eines solchen Betrages von 1 fl. 50 kr. erst sehr viel Zeit verlieren würde, aber nachdem ich die Ehre habe, den Herrn Gem.-Rath M a t t h i e s als Referenten über eine unserer Angelegenheiten hier zu sehen, erachte ich es als meine Pflicht, hier zu constatieren, dass diese Angelegenheit gewiss nicht eine so dringende ist, wie andere Angelegenheiten, welche unseren Bezirk betreffen. In dieser Beziehung muss ich insbesondere hinweisen auf die Dringlichkeit bezüglich der Errichtung des Volksbades und möchte den Herrn Bürgermeister bitten, mit Rücksicht auf die vielen Interpellationen, die ich schon eingebracht habe, dieser Angelegenheit den Vorzug vor dieser zu geben, welche überhaupt gar nicht einmal als dringlich angesehen werden kann.

Bürgermeister: Da kann ich nur sagen, dass von allen anhängigen Angelegenheiten diejenigen erledigt werden, deren Erledigung möglich ist.

Die Erledigung des Antrages, den der Herr Vorredner berührt hat, war früher nicht möglich, weil die Verhandlungen mit der betreffenden Gesellschaft zu einem Resultate noch nicht geführt haben.

Referent: Sie ist inzwischen erledigt. Die Arbeit ist schon vergeben!

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Die Angelegenheit selbst ist, von finanzieller Seite aus betrachtet, gar nicht wichtig, es ist eine ganz nebensächliche Angelegenheit; sie ist nur wichtig, wenn man sie von einer anderen Seite betrachtet; sie ist insofern wichtig, als sich hier wieder zeigt, wie man sich auf das Stadtbauamt verlassen kann.

Das Stadtbauamt ist doch verpflichtet, darauf zu sehen, dass die bekanntgegebene Baulinie auch eingehalten wird; das wird jeder Herr zugeben. Hier ist man erst nachträglich darauf gekommen, dass der Betreffende über die Baulinie hinausgebaut hat. Es ist vollkommen gleichgiltig, ob das ein Mitglied des Gemeinderathes ist oder nicht. Es ist Pflicht des Stadtbauamtes, darauf zu sehen, dass die Baulinie eingehalten wird.

Ich bin fest überzeugt, dass das Stadtbauamt dem Gem.-Rathe K o c h keine Gefälligkeit erweisen wollte. Es ist aber — wie soll ich mich ausdrücken, um den Herrn Bürgermeister nicht allzu sehr in Angst zu bringen, der eingelebte — Schlendrian, will ich nicht sagen, sondern (Ruf links: Schimmel!) — ja, der eingelebte

Schimmel, es ist dies das Sich-gehen-lassen. Sehen Sie, darum bin ich gegenüber dem Stadtbauamte außerordentlich vorsichtig und drücke ich einem Amte nicht meinen Dank aus, wenn ich weiß, dass dort solche Dinge vorkommen. Lassen Sie sich von Ihren liberalen Herren Collegen die Dinge erzählen, die heute im Stadtrathe vorgekommen sind, und dann werden Sie über das Stadtbauamt auch eine ganz gehörige Meinung haben. Wir haben auch bei dieser Gelegenheit im Stadtrathe beschlossen, dem Stadtbauamte bekanntzugeben, dass in Hinkunft bei Bauführungen strenge darauf zu sehen ist, dass die bekanntgegebene Baulinie wirklich eingehalten wird. Hoffentlich wird das Stadtbauamt dieser Weisung in Hinkunft nachkommen. Ich habe mich verpflichtet gefühlt, dies auch in öffentlicher Sitzung bekanntzugeben, damit mir nicht immer der Vorwurf gemacht werden kann, dass ich irgendein Amt in ungerechtfertigter Weise angreife. Ich werde von nun an jeden Fehler, der von Seite des Stadtbauamtes begangen wird, öffentlich in öffentlicher Sitzung bekanntgeben, damit auch die gesammte Bevölkerung von diesem Treiben Kenntnis bekomme. (Beifall links.)

Bürgermeister: Die Debatte ist geschlossen.

Referent: Wenn die Herren den Plan ansehen würden, so würden Sie finden, dass der Besitzer gar keinen Nutzen davon hat und dass er unbedingt die Bewilligung bekommen hätte (Lebhafter Widerspruch links und Rufe: Um das handelt es sich nicht!), wenn er darum angesucht hätte. (Bürgermeister: 0·3 m²!) Übrigens bemerke ich, dass gerade Herr Gem.-Rath Koch 372 m² unentgeltlich zum Straßengrunde abgetreten hat. Ich bitte um die Annahme des Antrages.

Bürgermeister: Man muss in solchen Fällen auch immer den Gegenstand selbst im Auge haben. 0·3 m² — ein solcher Fehler ist immer möglich. Wenn man auch einen Fehler nicht beschönigen soll, so muss man doch constatieren, dass ein so kleiner Fehler leicht möglich ist.

Ich constatiere die Anwesenheit von 92 Gemeinderäthen. Die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Beschluss: Der für den Vorsprung von fünf Einfriedungspfeilern der Realität Einl.-Z. 1433 in Simmering erforderliche Grund im Gesammtausmaße von 0·30 m² wird dem Josef Koch um den Betrag von 1 fl. 50 kr. überlassen.

29. (8227.) **Referent Gem.-Rath Schlechter:** Ich habe die Ehre, über den Antrag des Stadtrathes, betreffend eine Grundtransaction mit der Gemeinde Liesing, zu referieren, welche anlässlich der Parcellierung eines dieser Gemeinde gehörigen Grundcomplexes zwischen dem Hochquellenaquäduct und der der Gemeinde Wien gehörigen Versorgungsanstalt in Liesing vorgenommen werden soll. Die Gemeinde Liesing will die genannte Area parcellieren und kommt hiebei die Gemeinde Wien in dreierlei Rücksicht in Betracht. Erstens bezüglich der Versorgungsanstalt, beziehungsweise des Parkes daselbst, zweitens bezüglich der Ableitung des Wassergrabens durch die Auflassung des Mühlbachgrabens, und drittens bezüglich des Grundstreifens, welcher längs des Aquäductes sich befindet. Was zunächst den Park der Versorgungsanstalt anbelangt, so liegt die Sache folgendermaßen: An der Nordseite des Parkes befindet sich an derselben anstoßend die sogenannte alte oder Färbermühle und diese ist Eigenthum der Gemeinde Liesing geworden. Die Gemeinde Liesing beabsichtigt nun zwischen dem Versorgungshause und dem Liesingbach eine Straße durchzulegen und dann einen Kirchenplatz zu schaffen, und soll die Kirche in der Richtung des Versorgungshausparkes angelegt werden. Die Straße wird mit der bestehenden Mühlbachgasse in Verbindung kommen und sich sohin bis zum Aquäduct fortsetzen. Durch die selbstverständlich geradlinige Anlage dieser Straße würde einerseits ein Theil von dem Versorgungshausparke abgeschnitten werden, andererseits sowohl auf der einen wie auf der andern Ecke ein kleiner Grundtheil, welcher der Gemeinde Liesing gehört, zum Parke zuzuschlagen sein. Was nun die Wasserableitungs-Angelegenheit anbelangt, so ist da eine Beschlussfassung im Augenblicke nicht nothwendig, weil das wasserrechtliche Verfahren eingeleitet wurde und, wie aus dem Berichte des Stadtbauamtes hervorgeht, im Sinne der Forderung der Gemeinde Wien die Angelegenheit geregelt ist.

Ferner handelt es sich um einen Streifen Grund, welcher längs des Aquäductes liegt. Dieser Grund ist seinerzeit von der Gemeinde Wien angekauft worden, weil das Ablassrohr der Hochquellenleitung in denselben eingebettet wurde. Dieses Grundstück fällt aber nunmehr in die zukünftige Straße, so dass von einer Verwertung desselben absolut keine Rede sein kann. In dieser Richtung finden die Herren Vorsorge getroffen, dass der Bestand des Rohres gesichert ist, auch für den Fall, als wir den Grund zur Straße abtreten. Es muss übrigens darauf aufmerksam gemacht werden, dass dieses Rohr ohnehin theilweise schon in einer von der Gemeinde Liesing hergestellten Straße liegt. Das kleine Grundstück, welches nur 2° breit, aber circa 70° lang ist, ist, wie ich aus den Acten erhoben habe, vom Fabriksbesitzer Seybel mit Vertrag vom 4. August 1884 um den Betrag von 200 fl. erworben worden.

Es ist gewiss wünschenswert, dass die Bestrebungen der Gemeinde Liesing bezüglich der Schaffung des Kirchenplatzes und der Erbauung der Kirche unterstützt werden, und es ist andererseits auch ein Vortheil für den Park der Versorgungsanstalt, wenn er auf der nördlichen Seite vollständig an die Straße verlegt ist. Also auch in der Richtung hat die Gemeinde Wien gewiss alle Ursache, den Bestrebungen der Gemeinde Liesing entgegenzukommen. Es hat sich nur darum gehandelt, die Bedingnisse festzustellen, unter welchen diese Grundtransaction vorgenommen wird. Das Stadtbauamt hat nun eine Reihe von Punkte vorgeschlagen, die vom Magistrate begutachtet wurden. Die Herren finden dieselben in den Punkten 1 bis 6 des Antrages, und zwar sind das die Forderungen, welche die Gemeinde Wien stellt, unter welchen Bedingungen diese Transaction vorgenommen wird. Ich werde mir erlauben, diese Anträge zur Verlesung zu bringen (liest):

„Die Gemeinde Wien ertheilt der Gemeinde Liesing zur beabsichtigten Parcellierung der ihr eigenthümlich gehörigen Parcellen Nr. 356/1, 357 und 358/1, sowie mehrerer zur Färbermühle gehörigen Parcellen die Zustimmung.

Zum Behufe der Durchführung dieser Parcellierung werden die im Plane mit den Buchstaben i' h' l' m' bezeichneten Grundstreifen der städtischen Parcelle 356/3 der Gemeinde Liesing gegen dem überlassen, dass auf der künftigen Straßenparcelle dieselben Servitutsbestimmungen einzuverleiben sind, wie selbe auf der Cat.-Parc. 354/221 pränotiert sind.

Weiters werden die in dem Plane mit den Buchstaben a b e f a, ferner h l i bezeichneten Grundflächen im Ausmaße

von 845·5 m² des Areales der städtischen Versorgungsanstalt in Liesing unter folgenden Bedingungen in das Eigenthum der Gemeinde Liesing übertragen:

1. Die Gemeinde Liesing überträgt an die Gemeinde Wien die Flächen i j k und f g h im Ausmaße von 11 m², ferner die Fläche Cat.-Parc. 358/43, Fig. a' b' c' d' e' a' im Ausmaße von 144 m².

2. Die Gemeinde Liesing verpflichtet sich, die Niveauregulierung der Mühlbachgasse auf ihre Kosten allein durchzuführen und die letztere in ihrer ganzen Ausdehnung und Breite bis zur Ausmündung in die Perchtoldsdorferstraße sofort in das Verzeichnis für das öffentliche Gut eintragen zu lassen.

3. Die Gemeinde Liesing verpflichtet sich, sofort nach Abtragung der alten Einfriedungsmauer zum mindesten auf die Länge a' (b') f h i j ein eisernes Gitter auf gemauertem Sockel mit Steinuntersätzen für die Säulen herzustellen.

4. Die Gemeinde Liesing übernimmt auf ihre Kosten die nöthigen Arbeiten behufs Regulierung der durch die Abtretung alterierten Parkanlagen und Ergänzung der Wege.

5. Das auf den abzutretenden Grundstücken vorkommende Holz, sowie das Materiale der alten zu demolierenden Mauer wird der Gemeinde Liesing überlassen.

6. Die Baulichkeiten auf Parcelle 46 dürfen vorläufig nicht demoliert werden und wird der in die Straße fallende Theil derselben erst nach ihrer Beseitigung seinerzeit der Gemeinde Liesing in den physischen Besitz übergeben."

Ich habe die Ehre, diese Anträge zur Annahme zu empfehlen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (der inzwischen den Vorsitz übernommen hat): Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.)

Die Schriftführer constatieren die Anwesenheit von 92 Mitgliedern.

Ich bitte jene Herren, welche die Anträge des Referenten annehmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Nach einer Pause:) Die Anträge sind mit allen Stimmen angenommen.

Beschluss: Der vorstehende vollinhaltlich zur Verlesung gebrachte Referenten-Antrag.

30. (8291.) **Referent Gem.-Rath Schlechter:** Ich habe ferner zu referieren in Angelegenheit der Überlassung einer weiteren Grundfläche für die Thorportalanlage VI., Gumpendorferstraße 25. Dem Eigenthümer dieses Neubaues wurde seinerzeit der Bauconsens ertheilt und ist bei der Gelegenheit vom Stadtrathe der Beschluss gefasst worden, dass der für die Risalite und der Thorportalherstellung nothwendige Grund gegen dem überlassen werde, dass derselbe zu compensieren ist, und zwar mit einem von der abzutretenden Fläche zu berechnenden Grunde.

Nun hat sich aber bei der Übernahme des Grundes herausgestellt, dass die Thorportalanlage, welche mit einer Länge von 3 m angenommen wurde, um 20 cm länger gemacht werden muss. Der Bauherr musste selbstverständlich neuerdings um die Genehmigung herantreten, und nachdem seinerzeit bezüglich der von mir mit 3 m genannten Compensation vom Gemeinderathe noch kein Beschluss gefasst worden ist, wird hier beides zusammengefasst, und ich habe die Ehre, den Antrag zu stellen (liest):

„Überlassung des weiters für die Thorportalanlage in Anspruch genommenen Grundes per 0·06 m², beziehungsweise des ganzen, für diese Thorportalanlage und Risalite verwendeten Grundes im Gesammtausmaße von 2·04 m² gegen Abrechnung von dem zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grunde."

Ich bitte, diesen Antrag zu genehmigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Die Schriftführer constatieren die Anwesenheit von 93 Mitgliedern des Gemeinderathes.

Ich bitte diejenigen Herren, welche die Anträge annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Die Anträge sind einstimmig angenommen.

Beschluss: Der für die Thorportalanlage beim Hause VI., Gumpendorferstraße 25, weiters in Anspruch genommene Grund per 0·06 m², beziehungsweise der ganze für diese Thorportalanlage verwendete Grund per 2·04 m² wird gegen Abrechnung von der zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grundfläche dem Jakob Franz Neugebauer überlassen.

31. (7077.) **Referent Gem.-Rath Wurm:** Ich habe die Ehre, zu referieren über den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Herrdegen wegen Verlegung der Amtslocalitäten des städtischen Arztes im VI. Bezirke. Die Herren werden sich erinnern, dass seinerzeit eine Ofen-Explosion in diesem Amtshause stattfand, und bei dieser Gelegenheit kam auch zur Sprache, dass die Localitäten des Gemeindearztes im dritten Stockwerke gelegen sind. Eine Verlegung derselben in tiefere Stockwerke ließ sich nicht gut durchführen und es hat dies die Anregung gegeben, sich überhaupt mit den mangelhaften Raumverhältnissen des dortigen Gemeindehauses neuerdings zu beschäftigen. Seinerzeit, wie die Bezirksämter eingerichtet wurden, gieng man mit der größtmöglichsten Sparsamkeit vor und darum wurde es auch in diesem Hause unterlassen, den Wahlsaal zu untertheilen. Nun muss constatiert werden, dass nur durch eine Untertheilung desselben es möglich wäre, entsprechende Localitäten zu schaffen und die Ämter derart in Verbindung zu bringen, wie es die Amtsthätigkeit erfordert. Auf diese Art könnten jene Ämter, welche für das Publicum hauptsächlich zugänglich sein sollen, ins erste Stockwerk verlegt, und jene Ämter, welche den internen Dienst besorgen und auch zusammengehören, also Concept, Einreichungsprotokoll, Expedit, Kanzlei in ein Geschoss gebracht und die anderen Ämter in die obersten Stockwerke verlegt werden. Dies wird durch den Vorschlag erreicht, den Wahlsaal zu untertheilen. Derselbe wird eigentlich nur alle zwei Jahre benützt und ist jedenfalls nicht so dringend nothwendig als die Localitäten für den Amtsverkehr. Es ist auch der Bezirksausschuss hiemit einverstanden. Die Adaptierungskosten betragen zusammen 7348 fl. 31 kr. Es wird auch beantragt, im ersten Stocke nebst den Localitäten für das Steueramt, Cassa, den städtischen Arzt unterzubringen. Der Antrag des Stadtrathes geht dahin, die Summe von 7348 fl. 31 kr. in das Budget pro 1895 einzustellen, um die Arbeiten im Gemeindehause im besprochenen Sinne ausführen zu können.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Eigner: Sehr geehrte Herren! Der Herr Referent hat unter Z. 7077 beantragt, in den Amtslocalitäten im Gemeindehause im VI. Bezirke die Herstellung einer Wohnung für den städtischen Arzt um den Betrag von 7348 fl. 31 kr. vorzunehmen.

Nun erlaube ich mir die Anfrage an den Herrn Referenten, was denn da eigentlich hergestellt wird? Das Haus steht ja dort,

es können vielleicht einige neue Thüren ausgebrochen oder einige Thüren vermauert, neue Fußböden gelegt oder neue Fensterstöcke hergestellt werden, der Anstrich, die Verglasung ꝛc erneuert werden — wie das 7348 fl. 31 kr. ausmachen kann, das ist etwas merkwürdig! Darum kann man ja schon ein einstöckiges Haus und den Bauplatz dazu kaufen! Ich glaube, dass hier wieder die gewissen 40 bis 50 Percent inbegriffen sind und dass der Auftrag an das Bauamt, sich den jetzigen Preisen anzupassen, nicht durchgeführt wird. Der Herr Bürgermeister und die beiden Herren Vice-Bürgermeister haben mir schon oft versprochen, dass die Voranschläge nach den jetzigen Preisen verfasst werden; diese Preise, die das Bauamt hat, sind aber noch immer aus den Siebzigerjahren und dadurch stellt sich eine solche Summe heraus! Ich erlaube mir nun den Herrn Referenten zu bitten, über diesen Betrag näheren Aufschluss zu geben, damit sämmtliche Gemeinderaths-Mitglieder wissen, was da gemacht wird, ob nur eine Umänderung für den Arzt oder was sonst hergestellt wird.

Referent: Es ist leider etwas unruhig, so dass es mir schwer wird, mich verständlich zu machen. Ich habe in ganz ausführlicher Weise dargelegt, dass es sich nicht allein darum handelt, für den städtischen Arzt Unterkunft zu bieten, sondern das ganze Gebäude in einer Weise umzugestalten, dass die Amtszwecke dort völlig erreicht und die zusammengehörigen Ämter zusammengelegt werden.

Als die magistratischen Bezirksämter errichtet wurden, ist mit der allergrößten Sparsamkeit vorgegangen worden und hat man es unterlassen, den Wahlsaal zu untertheilen. Damals schon ist von Seite der Bezirksvertretung sowohl, als von Seite des magistratischen Bezirksamtes darauf hingewiesen worden, dass eine solche Untertheilung wünschenswert wäre. Man hat es, um zu sparen, nicht gethan und muss es endlich thun, um den Wünschen des Publicums Rechnung zu tragen. Durch die Untertheilung des Saales sind gewisse Auslagen nothwendig, und der Herr Collega, der Fachmann ist, wird zugeben, dass, wenn ein so großer Saal wie dieser durch eine Decke untertheilt werden muss, wenn in dem oberen und unteren Stockwerke der Raum durch senkrechte Wände in mehrere Theile getheilt werden muss, dies gewiss eine bedeutende Auslage macht. Wenn noch hinzukommt, dass die Heizanlage geändert werden muss, um die kleineren Räume zu heizen, und außerdem gewisse andere Veränderungen vorgenommen werden müssen, die aber von geringerer Art sind, und dann alles zusammen diese Summe ausmacht, so ist das durchaus nicht übertrieben.

Was die zweite Anregung bezüglich der Änderung des städtischen Tarifes und Anpassung desselben an die gegenwärtigen Preise betrifft, so haben darüber langwierige Berathungen stattgefunden, welche bereits zum Abschlusse gekommen sind. Der Stadtrath hat bereits vor circa 8 oder 14 Tagen den neuen Tarif angenommen und er wird demnächst auch in Gebrauch genommen werden.

Gem.-Rath Eigner: Ich muss auf die Ausführungen des Herrn Referenten noch einiges bemerken. Den Herrn Referenten wird wohl keine Schuld treffen, auch nicht den Herrn Gemeinderath, der die Sache angeregt hat, sondern denjenigen, der den vorliegenden Antrag geschrieben hat und der sehr mangelhaft ist. Wenn in diesem Antrage dasjenige stehen würde, was der Herr Referent uns detailliert hat, so würden wir ja vielleicht zufrieden gewesen sein. Hier steht aber ausdrücklich schwarz auf weiß geschrieben, dass das Amtsgebäude nur für den städtischen Arzt umgestaltet wird.

Dann fragt man sich, wieso hier 7348 fl. 31 kr. herauswachsen können. Der Herr Referent hat aber erwähnt, dass die Amtslocalitäten noch für das Steueramt, die Cassa u. s. w. hergerichtet werden, dass überhaupt das ganze Gebäude umgestaltet wird, dass man früher bei der Commune so gespart hat, dass die Gebäude nicht so ausgestattet wurden, wie es hätte sein müssen: man hat weiche Böden gelegt, keine Luft- oder Niederdruckheizung u. s. w. Das wird alles dort vielleicht eingeführt. Wenn das aber alles gleich darin stünde, so würde niemand zu fragen brauchen. Deshalb ersuche ich den Herrn Vorsitzenden, dass in Zukunft in den dem Gemeinderathe unterbreiteten Anträgen genauer ersichtlich gemacht werde, um was es sich handle. Der Herr Referent wird mir vollständig recht geben. Übrigens ist es bei uns Usus, dass zuerst gebaut und dann umgeändert wird. Das geschieht in jedem Bezirke.

Gem.-Rath Stehlik: Es ist nothwendig, diesen Gegenstand zur Debatte zu bringen, und ich bedauere nur sehr, dass die Gemeinderäthe des VI. Bezirkes sich nicht darüber moquieren, wie dort gebaut wird.

Ich möchte gerne die Summe wissen, welche vor zwei Jahren der Umbau des Ganzen gekostet hat. Ich bin überzeugt, dass man vielleicht ein ganzes Stockwerk aufgesetzt hat. Ich kenne ja diese Bauerei, wie sie das Stadtbauamt macht, genau; man wirft das Geld dreimal im Jahre hinaus. Wie bei der Gasröhrenlegung und Wasserleitung, so machen sie es auch bei den Bauten; das ist eine Schlamperei, die man nicht angehen lassen soll, und ich würde bitten, dass man uns Auskunft gibt, denn ich möchte wissen, was seinerzeit die Adaptierung gekostet hat. Da werden wir dann sehen, was die Geschichte den Steuerträgern kostet. Wir sitzen hier, um zu verhüten, dass nicht gar soviel hinausgeworfen werde. Sie brauchen uns hier zu sonst nichts, als uns zur Thür hinauszuexpedieren und auszuschließen, das ist Ihre ganze Kunst. (Bravo! links.)

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Ich habe mich selbst nicht ausgekannt nach dem Vortrage des geehrten Herrn Referenten. Er hat gesagt, im Gemeindehause soll ein Saal untertheilt werden, indessen ist herausgekommen, dass dies im neuen Bezirksamte geschehen soll. Wir haben nämlich im Gemeindehause einen Saal, und da hätte es mich groß gewundert, wenn wir, speciell die Vertretung des VI. Bezirkes, eingewilligt hätten, dass hier etwas geschehen soll. Sie werden sich erinnern können, dass ursprünglich die Gemeindekanzlei auch in dem magistratischen Bezirksgebäude war. Da man aber gesehen hat, dass es nicht so geht, hat wieder die Gemeindekanzlei in das alte Gebäude übersiedeln müssen, und man hat dort die Amtslocalitäten errichten müssen. Ich finde, dass diese Summe von 7000 fl., welche hier beantragt wird, nicht zu hoch ist, weil hier etwas ganz anderes geschehen soll. In dem neuen Bezirksamtsgebäude befindet sich nämlich auch ein Saal, der aber gar keine Verwendung hat, man nennt ihn „Wahlsaal"; es ist aber dieser Ausdruck nicht genehmigt worden, weil man keinen Wahlsaal braucht. Dieser „Wahlsaal" ist ungemein hoch und der soll jetzt untertheilt werden; es soll noch eine Etage errichtet werden. Nun, mir ist es erklärlich, dass das viel Geld kosten wird. Aber diese Localitäten fehlen in diesem Gebäude, und es ist vielleicht sehr gut, dass es gemacht wird. Die Localitäten waren ursprünglich zu wenig, und mit der Zeit wird es immer mehr zu wenig, wenigstens dem Zwecke nicht entsprechend.

Also, ich bitte, dem Antrage des Herrn Referenten zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen.

Referent (zum Schlusswortе): Ich habe ganz deutlich gesagt, dass es sich handelt um Adaptierungen im Gemeindehause, VI. Bezirk, und das Gemeindehaus im VI. Bezirke ist eben das Gebäude, wo gegenwärtig das magistratische Bezirksamt untergebracht ist, aber der officielle Titel ist noch immer „Gemeindehaus", weil es als Gemeindehaus seinerzeit gebaut worden ist, und die ehemalige Eßterházy'sche Realität nicht als Gemeindehaus bekannt ist, wenn auch der Bezirksausschuss dort untergebracht ist. Ich glaube, dass es gewiss ein Verdienst ist, wenn man mit der Reconstruction eines ganz neuen Gebäudes so lange wie möglich zurückhält. Man hat gestrebt, so lange als möglich den Wahlsaal zu erhalten; es geht jetzt nicht mehr. Es ist inzwischen das Steueramt hineingekommen und eine Menge Localitäten, die ursprünglich nicht in Betracht zu ziehen waren. (Rufe: Erst zwei Jahre!) Eben seit zwei Jahren frettet man sich, denn als die magistratischen Bezirksämter errichtet wurden, war das Steueramt noch nicht decentralisiert. Die Adaptierungen, die übrigens damals gemacht wurden, waren ganz unbedeutend. Heute ist eine ganze Reconstruction nothwendig.

Ich bitte, den Antrag anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, meine Herren, zur Abstimmung gelangt der Antrag des Referenten. Ich bitte jene Herren, die ihn annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Für Herstellungen im Mariahilfer Gemeindehause ist in das Budget pro 1895 ein Betrag in der Höhe des Kostenbetrages von 7348 fl. 31 kr. einzustellen.

32. (8424.) **Referent Gem.-Rath Wurm:** Es handelt sich um die Restaurierung des Monumentalbrunnens Alserstraße nächst der Skodagasse. In der Spitze, welche die Ecke zwischen der Skodagasse und Alserstraße bildet, befindet sich ein Brunnen, dessen Figur von Martin Fischer herstammt, eine Bleifigur, wie solche auf den meisten älteren Wiener Brunnen vorkommen. (Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich hitte um Ruhe; der Herr Referent kann sich nicht verständlich machen. (Rufe links: Ausschließen!)

Referent (fortfahrend): Dieser Brunnen hat, wie die meisten Brunnen aus jener Zeit, ein sehr großes Becken, welches so wie die Figur selbst schon schadhaft ist. Es ist also nothwendig, diese Figur vollkommen zu restaurieren und bei dieser Gelegenheit ist es auch angezeigt, den Brunnen an eine Stelle zu versetzen, wo er nicht direct ein Verkehrshindernis bildet; denn wo er jetzt steht, ist er nicht aufrecht zu erhalten. Es wird also beantragt, den Brunnen auf 8 m Entfernung von dem dort befindlichen Trottoir zurückzurücken und in kleinerer Form aufzustellen, das heißt, es soll ein Postament gebildet werden, auf dem die Figur von Martin Fischer zu stehen kommt, die entsprechend zu restaurieren ist; unten sollen eine kleine Brunnenschale und kleine Consols angebracht werden, um eben den Verkehr nicht zu hindern. Das Bauamt hat eine Skizze vorgelegt, deren Ausführung nicht ganz 5000 fl. kosten würde; allein ein weit schöneres Project ist vom Baurathe Conservator Hauser vorgelegt worden; dieses Project schlägt der Stadtrath zur Ausführung vor, und er beantragt, dass die Kostensumme von 5700 fl. zu diesem Zwecke bewilligt werde. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Meine Herren! Ich habe im großen nichts gegen die Restaurierung, aber wer durch die Alserstraße — sei es im Sommer, sei es im Winter — geht, wird — namentlich zu schlechter Jahreszeit — darüber empört sein, dass bei diesem Brunnen ein Pferdestand sich befindet. Das verstehe ich nicht! Wenn ein anderer als die Wiener Tramway keinen Pferdestand hat, muss er ganz einfach dazuschauen, sich in der Nähe einen Stall zu mieten. (Sehr richtig! links.) Ich weiß eigentlich nicht, wo da der Thierschutzverein ist, der sich sonst erbarmt, wenn er sieht, dass Thiere in der Kälte und Hitze im Freien stehen müssen.

Ich weiß nicht, ob, wenn man jetzt den Brunnen kleiner machen will, dabei die Absicht besteht, zu ermöglichen, dass die hochlöbliche Tramway noch mehr Pferde hinstellen kann. Ich hoffe, dass bei dieser Restaurierung dieser Pferdestand wegkommt und stelle auch den bestimmten Antrag, dass dieser Pferdestand, welcher ein wahrer Scandal ist, unbedingt wegzukommen habe. (Beifall links.)

Gem.-Rath Hawranek: Ich wollte dasselbe besprechen; nachdem es jedoch Herr Gem.-Rath Grünbeck gesagt hat, verzichte ich auf das Wort.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent (zum Schlusswortе): Ich habe nichts zu bemerken, nachdem gegen meine Anträge keine Einwendung erhoben wurde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Anträge des Herrn Referenten sind nicht angefochten worden, ich erkläre dieselben für angenommen.

Ich bitte jene Herren, welche den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Grünbeck, „der dort bei dem Brunnen befindliche Pferdestand ist zu entfernen", dem Stadtrathe zuweisen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Die Ausführung des Projectes I für die Restaurierung des Monumentalbrunnens in der Alserstraße nächst der Skodagasse wird mit dem Kostenerfordernisse von 5700 fl. genehmigt, welcher Betrag in das Budget pro 1895 einzustellen ist.

33. (7668.) **Referent Gem.-Rath Wurm:** Beilage 259. Hier handelt es sich um die Abtretung von einem Theile des Überschwemmungsdammes in der Brigittenau an die Donauregulierungs-Commission behufs Herstellung der Schleusenanlage. Die Herren werden wissen, dass außer dem Donaucanale noch ein schmälerer Canal vom Hauptstrome aus in den Donaucanal hereingeleitet wird; dort ist die Schleusenanlage geplant, und für die Anlage dieser Schleuse und als Manipulationsraum wird ein Theil des Überschwemmungsdammes in Anspruch genommen.

Nach dem Gesetze vom 18. Juli 1892 hat die Gemeinde bekanntlich die Verpflichtung, alle Gründe, welche nicht verkäufliche Baugründe sind, der Verkehrs-Commission unentgeltlich zu überlassen. Aus diesem Grunde wird auch der Antrag gestellt, dass die zu dem genannten Zwecke in Anspruch genommene Grundfläche der Donauregulierungs-Commission umsonst zu überlassen wäre. Der Antrag geht dahin (liest):

„Der Commission für Verkehrsanlagen in Wien, vertreten durch die Donauregulierungs-Commission, wird zur Herstellung eines Verbindungscanales zwischen dem Donaustrome und dem Donaucanale und eines Manipulationsraumes zur Durchschleusung der Fahrzeuge gemäss des Art. XIII, Punkt 3, des Gesetzes vom

18. Juli 1892, R.-G.-Bl. Nr. 109, der im vorgelegten Plane mit den Buchstaben a b c d e f g h bezeichnete und 2493·91 m² enthaltende Theil der städtischen Parcelle 3873/2, Einl.-Z. 342, im II. Bezirke (Überschwemmungsdamm) unentgeltlich abgetreten und wird die sofortige Occupation der genannten Commission gestattet."

Ich bitte, den Antrag anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Jene Herren, welche den Antrag annehmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Der vorstehende vollinhaltlich zur Verlesung gebrachte Referenten-Antrag.

34. (8718.) **Referent Gem.-Rath Wurm:** Hier handelt es sich um die Ertheilung des Bauconsenses für die Doppelschule im XVII. Bezirke, Stiftgasse 29. Das Project ist seitens des Gemeinderathes bereits genehmigt, ebenso auch die Kosten. Aus dem detaillierten Kostenvoranschlage geht hervor, dass die Kostensumme nicht überschritten werden wird. Demnach stellt der Stadtrath den Antrag, es möge der Bauconsens für diese Schule vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Local-Commission ertheilt werden. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Für den Bau einer Doppel-Volksschule im XVII. Bezirke, Hernals, Stiftgasse 29, wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Bau-Commission die Baubewilligung ertheilt.

35. (8500.) **Referent Gem.-Rath Wurm:** Dies betrifft die Ertheilung des Bauconsenses für den Schulhausbau im VI. Bezirke, Mittelgasse 24. Auch für diese Schule ist das Project bereits genehmigt, ebenso auch die Kosten auf 103.000 fl.

Nach dem Kostenvoranschlage betragen sie nur 99.000 fl. und nach der Offertverhandlung wahrscheinlich nur 88.000 fl. Es sind auch in diesem Falle die Kosten des Voranschlages nicht überschritten. Der Stadtrath stellt den Antrag auf Ertheilung des Bauconsenses vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses dieser Local-Commission.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Für den Schulhausbau im VI. Bezirke, Mittelgasse 24, wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Local-Commission die Baubewilligung ertheilt.

36. (8480.) **Referent Gem.-Rath Dr. Vogler:** Der Antrag ist auf der geschriebenen Tagesordnung.

Der Landesschulrath hat verfügt, dass der Unterricht, welchen Lehrpersonen an fremden Schulen ertheilen, das ist von solchen Schulen, deren Lehrkörper sie nicht angehören, besonders remuneriert werden, und zwar haben diese Lehrpersonen per Unterrichtsstunde und Jahr an Volksschulen 30 und an Bürgerschulen 40 fl. zu bekommen. Es wurden nun die Lehrpersonen aufgefordert, die Verzeichnisse über diese geleisteten Stunden an fremden Schulen vorzulegen, und es hat sich ergeben, dass hiefür ein ziemlich namhafter Betrag erforderlich ist. Nachdem im Budget eine Vorsorge für diese Sache nicht getroffen ist, so ergibt sich die Nothwendigkeit, einen Zuschusscredit zur Rubrik XLIII 24 zu beantragen. Mit Rücksicht auf den Betrag, welcher in Anspruch genommen wird, wird beantragt, einen Zuschusscredit in der Höhe von 10.500 fl. zu bewilligen.

Ich bitte um die Genehmigung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall; der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Anlässlich der Remunerationsbewilligung für die Unterrichtsertheilung an fremden Schulen wird zur Rubrik XLIII 24 ein Zuschusscredit von 10.500 fl. bewilligt.

Gem.-Rath Hawranek: Ich habe den Referenten nicht verstanden und sitze doch so nahe!

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich würde bitten, etwas lauter zu sprechen!

Gem.-Rath Strobach: Man hört absolut nichts!

Referent: In der Regel haben die Herren Referenten die Gewohnheit, zu dieser (linken) Seite hinüber zu sprechen. Ich habe mir, weil ich rechts sitze und weiß, wie unangenehm es ist, wenn da hinüber (links) gesprochen wird, zum Principe gemacht, gradaus zu sprechen. (Lebhafte Heiterkeit links.) Daher mag es kommen, dass die Herren mich hie und da nicht verstehen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wenn jedes Mitglied der Versammlung den Wunsch hat, den Referenten zu hören, so wird es still sein und dann wird es möglich sein, ihn zu hören. (Unruhe.)

37. (6332.) **Referent Gem.-Rath Dr. Vogler:** Dr. Rafael Coën, Leiter der unentgeltlichen Heilcurse für stotternde Schulkinder, bittet neuerdings um eine Subvention. Derselbe unterrichtet in seinen Cursen unentgeltlich stotternde Kinder und hat schon erhebliche Resultate auf diesem Gebiete erreicht. Er hat bisher vom Gemeinderathe eine Subvention von 100 fl. gehabt und diese Subvention soll ihm nunmehr für ein weiteres Jahr verliehen werden.

Ich bitte um Genehmigung dieses Antrages.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Wenn ich nicht irre, ist über diese Anstalt keine besonders günstige Äußerung gerade von einer competenten Seite abgegeben worden, und ich bitte daher meine Parteigenossen, gegen den Antrag zu stimmen.

Gem.-Rath Weitmann: Meine Herren! Ich glaube, keinem von uns dürften die Resultate dieser Anstalt bekannt sein, indem wir nicht wissen, wie die Kinder in dieser Beziehung dort Fortschritte machen, oder überhaupt, was mit dem Gelde bezweckt wurde, das wir als Subvention hergeben. Ich werde daher gegen diesen Antrag stimmen, so lange ich nicht überzeugt bin, dass wirklich etwas Gediegenes geschehen ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent (Schlusswort): Ich kann nur bemerken, dass von Seite des Herrn Bezirksschulinspectors ein sehr günstiges Urtheil über die Resultate ausgesprochen worden ist. Der Herr Inspector hat nur bemerkt, dass bei seinem Besuche, den er an einem bestimmten Tage gemacht hat, die Frequenz bei den Mädchen eine schlechte gewesen ist (Rufe links: Na also!), indem von sieben den Curs besuchenden Mädchen nur vier anwesend waren. Es ist möglich, dass das ein Zufall gewesen ist, übrigens hindert das nichts; auch wenn man nur bezüglich derjenigen Kinder, die diesen Curs fleißig besuchen, günstige Resultate erzielt, so zahlt das schon den geringen Betrag aus, der hier als Subvention gegeben wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es wird beantragt, für den unentgeltlichen Heilcurs für stotternde Schulkinder 100 fl. als Subvention pro 1894 zu geben. Ich bitte jene Herren, welche diesen Antrag annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität, der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Dem Dr. Rafael Coën wird für den unentgeltlichen Heilcurs für stotternde Schulkinder eine Subvention von 100 fl. pro 1894 bewilligt.

38. (3460.) **Referent Gem.-Rath Dr. Vogler:** Beilage Nr. 177. Die Professoren der Wiedener Communal-Oberrealschule haben eine Eingabe an den Gemeinderath gerichtet, in welcher sie verschiedene Wünsche aussprechen. Einer dieser Wünsche geht dahin, dass ihnen die Überstunden, welche sie über das gesetzliche Lehrpensum hinaus zu ertheilen haben, nach demselben Ausmaße, welches bisher bei der Gemeinde Wien gegolten hat, auch in Zukunft — nach erfolgter Verstaatlichung der Anstalt — honoriert werden. Der Staat remuneriert die Überstunden mit einem geringeren Betrage, die Gemeinde hat dieselben bisher mit 60 fl. pro Unterrichtsstunde und Jahr honoriert.

Das zweite Petitum der Herren Professoren geht dahin, dass in dem Falle, wenn sie durch die staatliche Begünstigung in die VIII. Rangclasse versetzt werden und dadurch einen Mehrbezug von staatswegen erhalten, dieser Mehrbezug ihnen bei Abrechnung der Differenzen zwischen den staatlichen und den ehemaligen Communalbezügen nicht in Abrechnung gebracht werde.

Es ist den Herren bekannt, dass in dem Übereinkommen zwischen Staatsverwaltung und Gemeinde Wien bezüglich der Verstaatlichung der Mittelschulen bestimmt ist, dass die Gemeinde Wien verpflichtet ist, die Differenz zwischen den Bezügen, welche die Professoren bisher bei der Commune hatten, und jenen Bezügen, welche sie nach der Verstaatlichung beim Staate haben, aus eigenem zu bezahlen. Nun ist das bei den bisher verstaatlichten Mittelschulen so prakticiert worden, dass, wenn ein solcher Professor in eine höhere Rangclasse vorgerückt ist und dadurch einen Mehrbezug hat — mag derselbe 100 fl. und darüber gewesen sein — wieder in Rechnung gezogen worden ist, und er hat in der Regel von dieser Erhöhung seines Ranges keinen materiellen Vortheil gehabt. Die Gemeinde Wien hat eben ihre Professoren bisher ebenso honoriert oder höher remuneriert als der Staat die Professoren der VIII. Rangclasse, in welche Rangclasse jedoch nur ein Theil der Gymnasial- und Realschul-Professoren versetzt wird.

Die Herren Professoren führen in der Eingabe an, dass es ungerechtfertigt und unbillig sei, dass, wenn der Staat ihnen in Anerkennung ihrer Verdienste auf dem Lehrgebiete den Rang erhöht und ihnen dadurch auch größere Bezüge anweist, die Gemeinde kommt und ihnen diese Bezüge wieder wegnimmt.

Ganz so verhält sich die Sache jedoch nicht, weil die Gemeinde eben nur auf dem Standpunkte des Vertrages steht, den sie mit der Staatsverwaltung geschlossen hat, und weil den Professoren dadurch eine Einbuße jedenfalls nicht zutheil wird. Immerhin sprechen aber Billigkeitsmomente dafür, dass man den Wünschen der Professoren in dieser Richtung gerecht wird. Es ist in der That nicht ganz billig, dass, wenn eine solche Rangerhöhung eintritt, die Professoren eigentlich gar nichts davon haben sollen, sondern, dass die Bezüge nur für den Säckel der Gemeinde, für die städtische Cassa erhöht werden. Aus diesem Grunde stellt nun der Stadtrath folgenden Antrag (liest):

„1. Die Gemeinde erkläre sich bereit, für den Fall der Einreihung von in den Staatsdienst übergetretenen Mittelschul-Professoren in die VIII. Rangclasse die den Professoren dadurch zugehenden Mehrbezüge von der ihnen nach Punkt VII des Vertrages zwischen der Staatsverwaltung und der Stadtgemeinde Wien wegen Übernahme der Communal-Mittelschulen seitens der Gemeinde auszubezahlenden Differenz zwischen den communalen und staatlichen Bezügen nicht in Abzug zu bringen."

Dieses Petitum ist nur von den Wiedener Oberrealschul-Professoren gestellt; ein ähnliches Petitum wurde allerdings früher von den Professoren des Mariahilfer Gymnasiums gestellt, man ist aber damals nicht darauf eingegangen. Es wäre nun gewiss nicht billig, wenn man bloß jenen Professoren, welche jetzt einschreiten, dieses Beneficium zuerkennen und die anderen, welche sich in gleicher Lage befinden, davon ausschließen würde; infolge dessen beantragt der Stadtrath weiter (liest):

„Dieser Beschluss habe auch auf die bereits in den Staatsdienst übergetretenen Professoren der bereits vom Staate übernommenen communalen Mittelschulen Anwendung zu finden.

2. Auf das weitere Ansuchen der Professoren der Wiedener Communal-Oberrealschule werde nicht eingegangen."

Ich empfehle diese Anträge Ihrer Genehmigung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich bitte jene Herren, welche den Referenten-Anträgen zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte zu zählen. (Nach einer Pause:) Es sind 34 Herren dafür. (Gem.-Rath Hawranek: Das ist wieder eine Wahlmacherei!) Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) Es sind 34 dagegen, ich kann nicht für den Antrag stimmen, er ist also abgelehnt. (Beifall links.)

Beschluss: Das Ansuchen der Professoren der Wiedener Communal-Oberrealschule um Honorierung von Überstunden und Fortbezug der Differenzen zwischen den communalen und staatlichen Bezügen für den Fall ihrer Einreihung in die VIII. Rangclasse wird abgelehnt.

39. Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir haben Wahlen auf der Tagesordnung.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Auf der Tagesordnung steht heute die Wahl von zwei Mitgliedern in den Wiener Bezirksschulrath, von drei Mitgliedern in den k. k. n.-ö. Landesschulrath, von vier Mitgliedern in die Gewerbeschul-Commission und von sechs Mitgliedern in den Verwaltungsausschuss des Vereines zur Errichtung und Erhaltung des Franz Josef-Jugendasyles.

Ich bemerke, dass die Minorität des Wiener Gemeinderathes in allen diesen vier Körperschaften nicht vertreten ist. Nicht ein einziges Mitglied der Minorität des Wiener Gemeinderathes ist für eine dieser Körperschaften gewählt.

In den Wiener Bezirksschulrath wollen Sie heute zwei Herren wählen, Bittner und Wehle, die nichts sind, als judenliberale Agitatoren. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Bevölkerung, die ausschließlich wir vertreten, ist in den Schulbehörden nicht vertreten. (Lebhafte Pfuirufe links.) Dadurch werden die Schulbehörden die reinsten Parteibehörden, welche gegen die Kirche unserer Religion und gegen das Christenthum entscheiden. (Lebhafte Rufe links: Schämt Euch!) In die Gewerbeschul-Commission ist keiner von uns entsendet worden, trotzdem in unserer Mitte speciell das Gewerbe außerordentlich vertreten ist.

Wir sind die Vertreter des III. Wahlkörpers. Auch dort kommt niemand von uns hinein, und dass es zweckmäßig wäre, wenn christliche Ideen vielleicht auch bei der Verwaltung des Franz Josef-Jugendasyles Einkehr halten würden, ist zweifellos. Man braucht nur zu hören, wie dort die Kinder geprügelt werden, um zu wissen, welche Erziehungsmethode in diesem Asyle vorhanden ist. (Stürmischer Beifall links.) Ich will aber nicht über die Majorität aburtheilen, vielleicht geht sie noch in sich und sieht das schwere Unrecht ein, welches sie dadurch, dass sie uns ausschließt, der gesammten christlichen Bevölkerung zufügt. Vielleicht ist noch das Gefühl der Scham in Ihnen. (Stürmischer Beifall links, anhaltender Lärm.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich muss den Herrn Redner bitten, mir eine Bemerkung zu gestatten. Es werden meiner Ansicht nach in ganz missbräuchlicher Weise unter dem Prätexte der Geschäftsordnung Partei-Angelegenheiten . . . . . (Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe links.) Ich bitte mich ausreden zu lassen. (Gem.-Rath Grünbeck: Ist es nicht parteiisch, wenn man so vorgeht?) Herr Gem.-Rath Grünbeck, Sie haben nicht das Wort. (Anhaltender Lärm.) Herr Gem.-Rath Jedlička, ich muss sehr bitten. Herr Gem.-Rath Stehlik, ich bitte, sich ruhig zu verhalten.

Es heißt in der Geschäftsordnung, dass außer der Reihe jenem das Wort zu ertheilen ist, der auf die Geschäftsordnung verweisen will. Nun bitte ich, mir einen Punkt der Geschäftsordnung zu nennen, welcher eine Begründung oder einen Anlass für alle diese Ausführungen gibt, die wir gehört haben. Das sind Dinge, die eigentlich in den . . . . (Stürmische Unterbrechung links.) Ich bitte mich ausreden zu lassen. Das ist eine Sache, die zwischen den Parteien auszutragen ist, aber nicht hier in öffentlicher Sitzung. (Lebhafter Widerspruch links; Rufe links: Es gibt keine Parteisachen!)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Wenn der Herr Vorsitzende die Güte gehabt hätte, nur noch eine Secunde zu warten. Ich beantrage nämlich die Vertagung der Wahl, damit der Majorität Gelegenheit gegeben werde, uns Gerechtigkeit angedeihen zu lassen. Sie müssen jemanden von uns in die Schulbehörden hineinwählen; sonst sind die Schulbehörden Parteibehörden, reine judenliberale Conventikel, in welchen gegen das Christenthum entschieden wird. Ich beantrage, Herr Vorsitzender, die Vertagung der Wahl, damit die Majorität Gelegenheit habe, zu bekunden, ob sie noch ein Rechtsgefühl besitzt oder nicht. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist beantragt, die Wahl zu vertagen. Ich bitte jene Herren, welche für die Vertagung stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Nach einer Pause:) Es sind 33 dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Es sind 36 dagegen. Die Vertagung ist abgelehnt. Ich bitte, mit dem Namensaufrufe zu beginnen. (Unruhe links. — Gem.-Rath Jedlička: Lassen wir die Judengesellschaft!)

Gem.-Rath Stehlik (zur Geschäftsordnung): Es sind zwei Mitglieder in eine Commission zu wählen, welche nicht einmal Mitglieder des Gemeinderathes sind. So weit gehen Sie. Und da wundern Sie sich, wenn wir sagen, man hat uns das Kreuz genommen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das gehört nicht zur Geschäftsordnung. Ich muss Ihnen das Wort entziehen. (Großer Lärm links.) Ich bitte nur um so viel Ruhe, dass man hört, was die einzelnen Herren wünschen.

Gem.-Rath Strobach (zur Geschäftsordnung): Ich möchte den Herrn Vice-Bürgermeister darauf aufmerksam machen, dass er vorhin gesagt hat, das gehört nicht hieher, es sei eine Parteisache. In der letzten Sitzung des Gemeinderathes hat Herr Bürgermeister Dr. Grübl bei der Angelegenheit des Herrn Gem.-Rathes Steiner erklärt: „Wir kennen hier keine Partei". Also wir werden vom Präsidium einfach zum Besten gehalten. Entweder das eine ist richtig oder das andere. Eines muss unrichtig sein. Gegen solches Vorgehen protestieren wir.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es kann nicht angehen, dass in dieser Weise die Geschäftsordnung missbraucht werde, das gehört nicht zur Geschäftsordnung. (Stürmische Unruhe und Widerspruch links. — Rufe links: Pfui! Pfui! — Die Mitglieder der Linken verlassen den Saal.)

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dr. Zimmermann geben nun die Herren Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

40. (2274.) **Referent Gem.-Rath Dr. Lederer:** Der Lagerhausdirector legt das Präliminare für das nächste Jahr vor. Der Natur der Sache nach sind diese Präliminarien für das Lagerhaus eigentlich nur annähernde Präliminarien, weil ja bei einem derartigen Geschäfte die Ergebnisse nach beiden Richtungen nicht vorauszusehen sind, weil sie ja von den Geschäftsverhältnissen des Jahres abhängen.

Ich bemerke, dass die Anträge infolge dessen nach einem dreijährigen Durchschnitte gemacht sind.

Es werden die Gesammteinnahmen im Betrage von 353.876 fl. und die Gesammtausgaben mit einem Betrage von 305.410 fl. vorgeschlagen, so dass ein Überschuss von ungefähr 48.400 fl. bliebe.

Ich bemerke noch, dass auch die Ausgaben in derselben Weise nach einem dreijährigen Durchschnitte angenommen worden sind, und dass nur bei zwei Posten eine Ausnahme gemacht ist. Zunächst bei dem Gehaltsposten, indem der Lagerhausdirector eine Erhöhung dieses Voranschlages von 50.529 fl. auf 54.850 fl. beantragt, weil er eben der Ansicht ist, dass wahrscheinlich im Laufe des heurigen Jahres eine Vermehrung des Personales eintreten wird. Ich bemerke, dass für diesen Antrag durch die Genehmigung dieses Voranschlages die Bewilligung nicht erfolgt. Es ist nur vorläufig eine derartige Erhöhung in Aussicht genommen und bleibt die Entscheidung selbstverständlich vorbehalten.

Weiters wurden bezüglich der Lagerhausbahn die Expositurgehalte nach dem wirklichen Erfordernisse eingestellt. Es wurde seinerzeit ein Vertrag mit dem Handelsministerium abgeschlossen, und infolge der Erhöhung der Ausgaben hat das Handelsministerium auf Grund dieses Vertrages eine Revision verlangt; diese ist auch vorgenommen worden und dann im Einverständnisse dieser Betrag von 5000 fl. als wirkliches Erfordernis eingestellt worden; sonst ist der dreijährige Durchschnitt angenommen worden. Dieses Erfordernis von 48.000 fl. entspricht einer $5^3/_4$percentigen Verzinsung des investierten Capitales. Ich bitte, diesem Präliminare Ihre Zustimmung zu geben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? Angenommen.

Beschluss: Das vorliegende Präliminare des städtischen Lagerhauses pro 1895 wird genehmigt.

41. (8720.) **Referent Gem.-Rath Dr. Lederer:** Diese Angelegenheit betrifft eine Anfrage des Magistrates um eine Entscheidung. Der Magistrat war nicht vollständig sicher, ob die Bestimmungen, die bei der Regulierung der Bezüge der städtischen Beamten in dem § 9, Alinea 2, aufgenommen sind, auch wirklich auf alle Angestellten der Gemeinde Bezug haben, und es ist schon damals, insbesondere bei den Feuerwehr-Chargen die Frage zweifelhaft gewesen. Das letztere ist nun durch ein besonderes Referat, wodurch die Angestellten der Feuerwehr einbezogen wurden, erledigt worden. Nichtsdestoweniger hat der Stadtrath gemeint, in dieser Richtung einen allgemeinen Beschluss fassen zu sollen, um eben den Zweifeln des Magistrates in Zukunft zu begegnen.

Dieser allgemeine Beschluss geht dahin, dass bei der Pensionierung der städtischen Angestellten jeder Art, ob sie nun in den betreffenden Gemeinderaths-Beschlüssen über die Rang- und Bezugsclassen-Eintheilung nicht eingereiht sind, dieselben die Hälfte jenes Quartiergeldes beziehen sollen, welches sich in dem der Pensionierung vorausgegangenen Quartale bezogen haben einerseits, und zweitens, dass, wenn solche zu pensionierende städtische Angestellte ein Naturalquartier zu beziehen haben, dieses Quartiergeld nun mit 30 Percent der Bezüge zu bemessen ist. Es ist dies also nur eine Auslegung und Ergänzung einer Lücke in dem seinerzeit gefassten Beschlusse über die Regulierung der Bezüge der städtischen Bediensteten. Ich bitte diesem Antrage zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: 1. Es sei den mit Jahresgehalt definitiv angestellten pensionsberechtigten städtischen Bediensteten, welche in die mit den Gemeinderaths-Beschlüssen vom 31. Mai, 14. und 17. Juni und 28. October 1892 genehmigten Rang-, beziehungsweise Bezugsclassenschema nicht eingereiht sind, im Falle der Pensionierung die Hälfte jenes Quartiergeldes anzuweisen, welches sie in dem der Pensionierung vorausgegangenen Quartale bezogen haben.

2. Im Falle diese in die Rang-, beziehungsweise Bezugsclassen nicht eingereihten städtischen Bediensteten ein Naturalquartier genießen, ist ihnen die Hälfte des mit 30 Percent des Gehaltes zu berechnenden Quartiergeldes außer der normalmäßigen Pension anzuweisen.

42. (3698.) **Referent Gem.-Rath Dr. Huber:** Ich habe die Ehre, zu referieren über einen Antrag, den seinerzeit Herr Dr. Vogler im Stadtrathe gestellt hat und der darauf hinausläuft, dem deutsch-österreichischen Lehrerbunde, der im Jahre 1892 eine Stiftung gegründet hat, zu dem Zwecke, um aus den Interessen des Capitales solche literarische Werke, welche im Sinne und Geiste des Hasner'schen Schulgesetzes geschrieben sind, zu unterstützen, einen Betrag zuzuwenden. Der Stadtrath hat den Beschluss gefasst, anlässlich der 25jährigen Feier des Reichs-Volksschulgesetzes den Betrag von 1000 fl. dieser Stiftung zuzuwenden. Ich bitte Sie, diesem Antrage zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Anlässlich der Feier des 25jährigen Bestandes des Reichs-Volksschulgesetzes wird der Hasner-Stiftung ein Beitrag von 1000 fl. zugewendet. Zur Deckung dieser Ausgabe wird ein Zuschusscredit in der Höhe des genehmigten Betrages zur Ausgabs-Rubrik XLVI 2 a genehmigt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen; es folgt eine kurze vertrauliche Sitzung.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 7 Uhr 45 Minuten abends).

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **30. October 1894.**

Vorsitz: **Vice-Bürgermeister Dr. Richter.**

1. (2832.) **Gem.-Rath Dr. Lederer** beantragt, den Pensionsfond der Beamten und Diener der bestandenen Gemeinde Unter-Meidling aufzulassen und die Beiträge desselben einzustellen.

(Angenommen.)

2. (9352, 161, 686, 1991.) **Derselbe** beantragt: Es sei den ansuchenden Bezirksvorsteher-Stellvertretern für den XI. und XIII. Bezirk, Franz Bader und Johann Kahlig, aus Billigkeitsgründen, und zwar für den ersteren der auf die Zeit vom 1. September 1893 bis Ende December 1893, für letzteren der auf die Zeit vom 9. October 1893 bis 14. December 1893 entfallende Theil der jährlichen Functionsgebür per 1500 fl. flüssig zu machen.

Jedoch seien dem neugewählten Bezirksvorsteher Anton Baumann die Functionsgebüren erst nach dem Tage seines Amtsantrittes, d. i. dem 14. December 1893, anzuweisen.

(Angenommen.)

3. (7829.) **Derselbe** beantragt, es sei dem Präsidenten der Ausstellung für Volksernährung ꝛc. Fürsten Alfred Wrede, ferner den übrigen Mitgliedern des Executivcomités: Dr. Leo Přibyl, Schriftsteller, Adolf Lichtblau, Schriftsteller, und Johann Eißler, Hausbesitzer und Industrieller, die volle Anerkennung der Gemeinde Wien auszusprechen. (Angenommen.)

4. (8371.) **Gem.-Rath Dr. Vogler** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Steiner — dem Gemeinderaths-Präsidium wegen Nichtbefolgung des ihm bezüglich der Berichterstattung über die Erbauung der städtischen Gaswerke ertheilten Auftrages die Missbilligung auszusprechen — und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 6. November 1894.
Mittwoch, den 7. November 1894.
Donnerstag, den 8. November 1894.
Freitag, den 9. November 1894.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **24. October 1894.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Grübl.
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Schlechter, Stiaßny, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Beurlaubt: Vice-Bürgermeister Matzenauer.
Entschuldigt: St.-R. Kreindl, Rückauf, Schneiderhan.
Experte: Magistratsrath Schnitt.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

Die St.-R. Rückauf, Kreindl und Schneiderhan entschuldigen ihr Ausbleiben wegen Theilnahme an der Commission wegen Überprüfung der Pferde für die Straßensäuberung im I. Bezirke.

(Zur Kenntnis.)

Antrag des St.-R. Dr. Vogler: Die Gemeinde Wien wolle aus Anlass des 25jährigen Bestehens des Künstlerhauses den Bürgermeister ermächtigen, im Rathhause einen Empfangsabend zu veranstalten, zu welchem die Stifter, Gründer und Mitglieder der Genossenschaft der bildenden Künstler, sowie Vertreter der Gemeinde, im Ganzen 450 Personen, zu laden sind.

(Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.)

Interpellation des St.-R. Schlechter, betreffend die Auszahlung des Quartiergeldes für die Beamten der städtischen Pfandleihanstalt im XIV. Bezirke.

(Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.)

(8415.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Bewilligung von Gleichengeldern für die bei dem Baue des Reservoirs für die Neunkirchener Wasserleitung beschäftigten Arbeiter und beantragt die Auszahlung der vom Magistrate beantragten Gleichengelder im Gesammtbetrage von 59 fl. 95 kr. (Angenommen.)

(8418.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Lieferung der Rohre im Kostenbetrage von 40.000 fl. und der Maschinenbestandtheile im Kostenbetrage von 10.500 fl. zur Ergänzung des Vorrathes im Depot am Laaerberge pro 1894 und beantragt:

1. die Rohrlieferung dem erzherzoglichen Productenverschleiße III. Bezirk, Neulinggasse 12, die Lieferung von geraden Rohren zum Preise von 8 fl. 95 kr., von Façonrohren mit Muffen zum Preise von 12 fl. und von Façonrohren mit Flanschen zum Preise von 13 fl. 50 kr. per je 100 kg und unter Abänderung des Punktes 13 der Lieferungsvorschrift in der Weise, dass eine etwaige Nachbestellung nur innerhalb sechs Monaten vom Bestellungstage der Lieferung erfolgen und nur 10 Percent der Gesammtlieferung betragen dürfe, dass die Lieferzeit für die Nachbestellungen separat zu vereinbaren sei und dass andere Façonrohre als die im Kostenanschlage ersichtlichen überhaupt nicht nachbestellt werden können;

2. die Lieferung der Maschinenbestandtheile dem S. Kelsen, I. Bezirk, Getreidemarkt 8, gegen den offerierten Nachlass von 32·7 Percent zu übertragen. (Angenommen.)

(8324.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Müller um Bewilligung zur Herstellung eines Asphalttrottoirs beim Hause VI. Bezirk, Strohmaiergasse 13, und beantragt die Gesuchsgewährung unter den vom Stadtbauamte vorgeschlagenen Bedingungen.

(Angenommen.)

(8322.) **Derselbe** referiert über den Antrag des St.-R. Kreindl wegen Wasserabgabe in die Häuser des XIX. Bezirkes und beantragt, den vom Magistrate erstatteten Bericht über die fortschreitende Versorgung der Häuser des XIX. Bezirkes mit Hochquellenwasser zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(8317.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Julius Hofmaier als Vormund der Eigenthümer der Häuser Nr. 61 und 63 Margarethenstraße um Bewilligung des Revirements um Wasserbezug dieser beiden Häuser und beantragt, das angesuchte Revirement vom IV. Quartal 1893 an auf solange zu bewilligen, als diese Häuser einem und demselben Eigenthümer gehören und eine bauliche Veränderung in denselben nicht stattfindet. (Angenommen.)

(8513.) **St.-R. Vaugoin** referiert über das Ansuchen der Amtsdienerswitwe Bertha Pobisch um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt die Bewilligung des Fortbezuges der Gnadengabe jährlicher 120 fl. auf die Dauer von drei Jahren, eventuell bis zu einer anderweitigen Versorgung vom 20. Mai 1895 an.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

Derselbe referiert über rückständige Beerdigungsgebüren.

(8437.) nach 4 Parteien im XV. Bezirke per zusammen 12 fl. 40 kr.;

(8382.) nach 35 Parteien im XVI. Bezirke per zusammen 55 fl. 30 kr.;

(8408.) nach 5 Parteien im VIII. Bezirke per zusammen 16 fl. 15 kr., und beantragt in allen Fällen die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(8312.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Koch um nachträgliche Genehmigung des Vorbaues von fünf Pfeilern der Einfriedung der Realität Einl.-Z. 1433 in Simmering um 8 cm über die Baulinie und beantragt, zu diesem Vorbaue gegen dem die Zustimmung zu ertheilen, dass der Bauwerber den hiezu erforderlichen Straßengrund per 0·30 m² um den Betrag von 1 fl. 50 kr. einlöse.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

Über Anregung des St.-R. Dr. v. Billing wird ferner beschlossen, es sei der Magistrat aufmerksam zu machen, dass die Bauinspicienten darauf zu verweisen sind, dass sie ihr Augenmerk auf die genaue Einhaltung der Baulinie zu richten haben.

(8357.) **Derselbe** referiert über die Herstellung einer wasserdichten Sohle und einer wasserdichten Böschung für das im Wiener-Neustädter-Canale zu erbauende Volksbad und beantragt, es sei das Mehrerfordernis per 1058 fl. 41 kr. für das laufende Jahr nicht mehr zu bewilligen, sondern hierauf anlässlich der ganzen Kostengenehmigung pro 1895 Bedacht zu nehmen. (Angenommen.)

(8367.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Stojan um Löschung des auf Einl.-Z. 1724, V. Bezirk, haftenden Bauverbotes und der auf Einl.-Z. 1723 und 1724, V. Bezirk, haftenden Reallast, betreffend die Verpflichtung zur Entschädigung der Gemeinde Wien für die Übergabe der Arrondierungstheile der Mohngasse mit 20 fl. per Quadratmeter und beantragt die Bewilligung auf Kosten des Gesuchstellers. (Angenommen.)

(8388.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Michael und der Marie Müller um Consens für einen Zubau Einl.-Z. 1431 in Simmering an der 7. Haidequerstraße, XI. Bezirk, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses gegen Ausstellung des üblichen intabulationsfähigen Demolierungsreverses. (Angenommen.)

(8521.) **St.-R. Matthies** referiert über das Ansuchen des Victor Mautner Ritt. v. Markhof (III. Bezirk) um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

Derselbe referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem VII. Bezirke und beantragt:

a) die Zusicherung der Aufnahme an:

(8468.) Pollak Dr. Henoch (Richard), praktischer Arzt;

Frank Emil, Handelsgesellschafter;

b) die Verleihung der Zuständigkeit an:

(8456.) Schleritzko Matthias, Hausdiener;

Bretterbauer Franz, Maurergehilfe;

Schaller Marie, Maurergehilfe und Hausbesorger;

Kornher Johann, Hilfsarbeiter, und

Ecker Ludwig, Commis. (Angenommen.)

(8475.) **Derselbe** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Verzögerung der Regulierung und Neupflasterung der Simmeringerstraße von der Gellertgasse bis zur Laimäckergasse im X. Bezirke und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8431.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wendelin Kühnel um Schadloshaltung für den von den Realitäten Or.-Nr. 148 bis 150 Erdbergstraße, III. Bezirk, abgetretenen Straßengrund und beantragt, die Schadloshaltung für den in der Erdbergstraße abgetretenen Grund per circa 89·37 m² mit 10 fl. per Quadratmeter und in der Gestettengasse per circa 207·72 m² mit 6 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(8434.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Kurz um Schadloshaltung für den von der Realität Nr. 14 Landgutgasse, X. Bezirk, zur Straßenverbreiterung abgetretenen Grund per 172·78 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 10 fl. per Quadratmeter, d. i. mit dem Gesammtbetrage von 1727 fl. 80 kr. festzusetzen.

(Angenommen.)

(8392.) **Derselbe** referiert über die Demolierung des Hofquertractes von Or.-Nr. 3 Thomasgasse, III. Bezirk, und beantragt, die Demolierung nach dem November-Ausziehtermine 1894 zu genehmigen.

(Angenommen.)

(8546.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Demolierung des städtischen Hauses Nr. 102 Erdbergstraße, III. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des Offertes des Anton Gürlich, Architekten und Stadtbaumeisters, womit sich derselbe erbietet, die Demolierung gegen Überlassung des Altmateriales und gegen eine von der Gemeinde zu leistende Aufzahlung von 30 fl. unter den Bedingungen der Demolierungsvorschrift und des Protokollaroffertes vom 15. d. M. zur Ausführung zu bringen

(Angenommen.)

(8403.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über die Vorstellung des Karl Hoffmeister gegen die Entscheidung des Stadtrathes vom 28. August 1894, Z. 6647, womit die Baulinienbestimmung für die Realität Einl.-Z. 1077, 1078, XII. Bezirk, Gerichtsweg, der Festsetzung des General-Regulierungsplanes vorbehalten wurde und beantragt, auf diese Vorstellung nicht einzugehen, sondern dieselbe als Recurs der Baudeputation für Wien vorzulegen.

(Angenommen.)

(7114.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Helene Dilg gegen den Auftrag zur Erhöhung des Rauchfanges des Hauses Nr. 69 Herrengasse, Währing, XVIII. Bezirk, wegen Rauchbelästigung und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(7592.) **Derselbe** referiert über die vom Magistrate, beziehungsweise Bauamte beantragte Verwendung von Monteuren bei Ausbesserungen an Centralheizanlagen.

Über Antrag des Vorsitzenden, Vice-Bürgermeisters Dr. Richter, welchem sich Referent accommodiert, wird der diesbezüglich vom Magistrate gestellte Antrag abgelehnt und der Magistrat beauftragt, andere zweckdienliche Vorschläge wegen Herstellung derartiger Reparaturen zu erstatten.

(8430.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das Ansuchen des Friedrich Szarvasy um Bestimmung des Schadloshaltungsbetrages für den anlässlich des Umbaues des Hauses II., Taborstraße 9, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund per 57·45 m².

Über Antrag des Vorsitzenden, Vice-Bürgermeisters Dr. Richter, welchem sich Referent accommodiert, wird beschlossen, die Schadloshaltung mit dem Pauschalbetrage von 3900 fl. festzusetzen.

(8127.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Accumulatorenfabriks-Actiengesellschaft in Wien um Bewilligung zur Herstellung einer provisorischen elektrischen Luftleitung vom Fabriksgebäude XIII., Baumgarten, Hauptstraße 3, durch die Gusenleithenstraße bis zur Neuen Wiener Tramway in der Hütteldorferstraße und beantragt die Ertheilung der Bewilligung nach dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen.)

(8520.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Entscheidung des Bezirksgerichtes Rudolfsheim vom 9. August 1894, Z. 14555/3, womit die Überbrückungsgebür für das zur Concursmasse der J. M. Baierlein gehörige Haus Conscr.-Nr. 768, Einl.-Z. 1270, Rudolfsheim, im Betrage von 130 fl. als Vorzugspost nicht anerkannt werde, und beantragt, von der Einbringung eines Recurses Abstand zu nehmen. (Angenommen.)

(8412.) **Derselbe** referiert über die Resultatlosigkeit der neuerlichen Concursausschreibung der an der Karl Diehl'schen Fortbildungsschule für Mädchen im V. Bezirke frei gewordenen Lehrstelle für Buchhaltung und beantragt die Ausschreibung eines neuerlichen Concurses unter Ausdehnung auf Lehrerinnen und unter entsprechender Publication.

(Angenommen.)

(8372.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des erkrankten Magistrats-Concipisten Rudolf Knoblach um Ertheilung eines sechsmonatlichen Urlaubes ab 1. November 1894 und beantragt die Bewilligung. (Angenommen.)

(8350.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Executions-Officialen Anton Bauer um Verlängerung des mit 8. October d. J. abgelaufenen Urlaubes auf weitere vier Wochen und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(8457.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Marktamts-Inspectors Matthias Kinzl um Verlängerung des mit 1. October 1894 abgelaufenen Urlaubes auf weitere sechs Wochen und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(8348.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dienstmänner-Unterstützungsvereines um Subvention und beantragt die Ablehnung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(8399.) **Derselbe** referiert über den Eröffnungsbericht der Direction des Communal-Obergymnasiums im XIX. Bezirke für das Schuljahr 1894/95 und beantragt, es sei:

1. dieser Bericht mit den darin gegenüber der genehmigten Lehrfächervertheilung pro 1894/95 enthaltenen Änderungen genehmigend zur Kenntnis zu nehmen;

2. dem Professor Wenzel Wild für die Besorgung der Bibliotheksgeschäfte wie alljährlich ein Betrag von 100 fl. zuzuerkennen;

3. die Flüssigmachung der im vorstehenden Referate bezeichneten Bezüge für die Religionslehrer, für Überstunden, für die Supplenten, Assistenten, Neben- und Hilfslehrer, sowie für den Bibliothekar zu genehmigen;

4. das Resultat der Aufnahmsprüfungen für die I. Classe zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(8343.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Kanzleipraktikanten Karl Fiala um Bewilligung eines einjährigen Urlaubes zur Ablegung des zweiten Präsenzdienstjahres und beantragt, dieses Ansuchen im Sinne der §§ 4 und 5 der Vorschrift über die Personal- und Dienstverhältnisse der der bewaffneten Macht angehörigen städtischen Bediensteten als Anzeige genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(8349.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung des Uniformierungsbeitrages für die städtischen Ingenieur-Adjuncten Willomitzer und Schneider und beantragt die Anweisung des Uniformierungsbeitrages von je 100 fl. an die Genannten und die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Ausgabs-Rubrik III 2 in der Höhe des Erfordernisses. (Angenommen.)

(8316.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Bezirksaufsehers-Witwe Marie Uhl um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt, der Genannten den Fortbezug der Gnadengabe von 150 fl. auf die Dauer von drei Jahren, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung vom 21. August 1894 an zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8330.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Eduard Mößmer um Herabsetzung der Verpflegsgebür für seinen in der städtischen Versorgungsanstalt am Alserbache verpflegten Sohn Wilhelm und beantragt, die monatliche Verpflegsgebür im vorliegenden Falle auf 10 fl. herabzusetzen und zu gestatten, dass Wilhelm Mößmer im übrigen auf Rechnung des allgemeinen Versorgungsfondes weiter verpflegt werde. (Angenommen.)

(8344.) **Derselbe** referiert über die Gesuche des Josef und der Amalia Seichert, Eigenthümer des Hauses XIV., Märzstraße 84, und des Johann Schrepfer, Eigenthümers des Hauses XIV., Jadengasse 3, um Abschreibung der für diese Häuser vorgeschriebenen Überbrückungsgebüren per 208 fl., respective 103 fl. und beantragt in beiden Fällen die Gesuchsgewährung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(8272.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Adolf Ehrenfeld, XIII., Hietzing, Auhofstraße 11, um grundbücherliche Zuschreibung der communalen Parcelle Nr. 662 in Hietzing (Mariabrunner Mühlbach) zu seinem Besitzstande und beantragt die Abweisung dieses Ansuchens nach dem Magistrats-Antrage. Weiters wird der Magistrat aufgefordert, wegen Grenzvermarkung der erwähnten communalen Parcelle das Erforderliche einzuleiten.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, es sei der Magistrat weiters zu beauftragen, zu erheben und zu berichten, ob die im Jahre 1885 erfolgte Überlassung der Parcelle 247 an die Zwierzina'sche Gewerkschaft in legaler Weise erfolgt ist.

Referent accommodiert sich diesem Zusatz-Antrage.

Referenten-Anträge angenommen.

(8093.) **St.-R. Matthies** referiert über die Erwerbung des Hauses Or.-Nr. 5 Rudolfsgasse, Or.-Nr. 6 Hühnergasse, III. Bezirk, zum Zwecke der Verbreiterung der Rudolfsgasse und beantragt, dieses Haus um den Preis von zwölftausend Gulden (12.000 fl.) käuflich zu erwerben. Die noch bestehenden grundbücherlichen Lasten hat die Gemeinde auf Abschlag vom Kaufschillinge zur Zahlung zu übernehmen. Die Quittungs-, Löschungs- und Depurierungskosten hinsichtlich der noch nicht gelöschten Posten haben die Verkäufer zu tragen, sowie sie für die sonstige Lastenfreiheit Gewähr und Vertretung zu leisten haben. Die Vertragskosten, Vermögensübertragungsgebüren, sowie die Kosten der grundbücherlichen Einverleibung hat die Gemeinde zu tragen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8417.) **St.-R. Dr. Nechansky** referiert über das Ansuchen der Direction des Josefstädter Theaters um Bewilligung zur Anbringung einer an einem Spannseile hängenden Bogenlampe vor dem Theatergebäude und beantragt die Ertheilung der Bewilligung auf Widerruf und unter den im Augenscheinsprotokolle sub Punkte 2 bis 5 angeführten Bedingungen. (Angenommen.)

(8377.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Privilegiums-Inhaber Flora Steinbrecher & Robert Gabriel um Bewilligung zur Aufstellung von elektrisch beleuchteten Annoncenkiosken auf vier bezeichneten Plätzen des I. Bezirkes, und zwar: 1. am Franzensring, 2. am Kärnthnerring, 3, am Burgring, 4. am Graben, und beantragt die Gesuchsgewährung unter den mit Stadtraths-Beschluss vom 28. November 1893, Z. 7702, dem Rechtsvorgänger der Gesuchsteller, Josef Wratitsch, anlässlich der Aufstellung eines Probekioskes am Stubenring, Ecke der Wollzeile, auferlegten Bedingungen. (Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt den Vorsitz.)

(8429.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen des Vereines zur Errichtung von Dienstboten-Asylen um Verlängerung des Termines zur Räumung der Realität VI., Mittelgasse 24, bis zum Maitermin 1895 und beantragt die Gesuchsgewährung.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Miete bis 28. Februar 1895 zu belassen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt die Belassung bis Ende November d. J.

Der Antrag Dr. Lueger, dem sich Referent accommodiert, wird angenommen.

(Bei vorstehendem Referate fungierte Magistratsrath Schnitt als Experte.)

(8544.) **St.-R. Müller** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Einwölbung des Alsbaches von der Augasse bis zum Hause Nr. 26 Neuwaldegger Hauptstraße (II. Theilstrecke), XVII. Bezirk, und beantragt:

1. die Erd- und Baumeisterarbeiten im Kostenbetrage von 68.949 fl. 54 kr. und 9710 fl. Pauschale an Heinrich Sikora gegen die begehrte Aufzahlung von 9·5 Percent;

2. die Lieferung des erforderlichen Roman-Cementes je zur Hälfte an die Firma Emanuel Tichy (Ramsauer Roman-Cement) zum offerierten Preise von 1 fl. 20 kr. per 100 kg (beziehungsweise dem reducierten Einheitspreise von 97·2 kr.) und an die Perlmooser Actiengesellschaft (Lilienfelder Roman-Cement) gegen den offerierten Nachlass von 18·8 Percent (beziehungsweise den reducierten Einheitspreis von 1 fl. 1·3 kr.);

3. die Lieferung des erforderlichen Portland-Cementes an die Firma Michael Egger zum offerierten Einheitspreise von 2 fl. 70 kr. per 100 kg (beziehungsweise dem reducierten Einheitspreise von 2 fl. 19·6 kr.);

4. die Lieferung der erforderlichen Thonwaren an die Firma C. Schlimp zum Preise von 87 fl. per 1000 Stück Klinkerziegel und von 3 fl. per Currentmeter Steinzeugrohre, und

5. die erforderlichen Steinmetzarbeiten im Kostenbetrage von 5880 fl. an die Firma Loewenfeld's Witwe gegen den offerierten Nachlass von 7·7 Percent.

Bei Annahme dieser Offerte ergibt sich gegenüber den Kostenanschlagspreisen ein Mehrerfordernis von 635 fl. 5 kr.

Die für das Jahr 1894 noch in Aussicht zu nehmenden Arbeiten finden in dem mit Gemeinderaths-Beschluss vom 5. October 1894, Z. 7855, bewilligten Zuschusscredite von 30.000 fl. die Bedeckung. (Angenommen.)

(8426.) **Derselbe** referiert über die Einlösung der den Eheleuten Thomas und Francisca Srpek gehörigen Cat.-Parc. 156/8, Einl.-Z. 2 (Auhof) und 57/1 in der Gemeinde Hadersdorf-Weidlingau zu Zwecken der Wienfluss-Regulierung und beantragt, die Einlösung dieser Grundstücke um den Gesammtpreis von 960 fl. 40 kr. (50 kr. per Quadratmeter) unter der Voraussetzung zu genehmigen, dass das k. k. Ärar seine Rechte auf den streitigen Theil dieser Parcellen sammt dem physischen Besitze dieses Grundtheiles unentgeltlich der Commission für Verkehrsanlagen abtritt. (Angenommen.)

(8405.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Heinrich und Consorten um Durchführung einer Gasse zwischen der Obkircher- und Friedlgasse in Ober-Döbling auf dem durch die Zuschüttung des Krottenbaches gewonnenen Terrain und beantragt, dieses Ansuchen mit dem Bedeuten abzulehnen, dass die durch die erwähnte Zuschüttung entstandenen Grundflächen zum Verkaufe an die Anrainer bestimmt sind. (Angenommen.)

(8293.) **Derselbe** referiert über das Project für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Dornbacher Hauptstraße von Or.-Nr. 92 bis 119, XVII. Bezirk, und beantragt:

1. Es sei das vorgelegte Project mit dem veranschlagten (bedeckten) Kostenerfordernisse von 4996 fl. 83 kr. zu genehmigen;

2. der Canalbau ist noch im heurigen Jahre auszuführen und ist mit dem Unternehmer für die Einwölbung des Alsbaches Heinrich Sikora zu verhandeln, die Arbeiten für den Canalbau zu den für die Alsbacheinwölbung zugestandenen Preisen in Ausführung zu bringen (9·6 Percent Nachlass). (Angenommen.)

(8234.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 5. October 1894, Z. 76832, betreffend die Anlage des Schleppgeleises zum Baue der Schleuse und des Wehres bei Nussdorf, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8427.) **Derselbe** referiert über die Beschwerde des Stadtbaumeisters Löwitsch gegen die Abweisung seines Ansuchens um Bewilligung einer Aufzahlung von 3 fl. per Cubikmeter für die Aushebung des Rohrgrabens in Breitensee (Baulos III a) und beantragt die Abweisung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(8347.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Regulierung und Neupflasterung der Porzellangasse von der Thurngasse bis zum Bauernfeldplatze im IX. Bezirke und beantragt, die fragliche Arbeit auf das Jahr 1895 zu verschieben und sohin das vorliegende Anbot des Eduard Berger (5 Percent Nachlass) abzulehnen und im Frühjahre 1895 eine neuerliche Offertverhandlung auszuschreiben.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt die Annahme des Offertes.

Antrag Dr. Klotzberg abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

(8292.) **Derselbe** referiert über die Baulinien- und Niveaubestimmung für die Hackinger Allee in Hütteldorf, XIII. Bezirk, und beantragt:

1. Es werde die Baulinie für die Hackinger Allee in Hütteldorf im XIII. Bezirke unter Zugrundelegung einer Straßenbreite von 16 m in der Strecke A F, beziehungsweise G M nach den Linien A B C D E F einerseits und M L K I H G andererseits bestimmt, die Baulinie für die Cat.-Parc. 482/1 und 510/2 daselbst aber in suspenso belassen.

2. Es werde die Regulierung der Hackinger Allee in der Strecke von der Einfahrt zum Gaswerke bis zur Hütteldorferstraße — nach den im Profilplane roth eingetragenen Höhencoten vorläufig ausgeführt, dagegen das künftige definitive Niveau für diese Straße, und zwar in der Strecke von der Einfahrt des Gaswerkes bis zur Kirchengasse nach den im Profilplane roth eingetragenen Höhencoten und in der Strecke von der Kirchengasse bis zur Hütteldorferstraße nach den in diesem Plane blau eingetragenen Höhencoten bestimmt.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8389.) **Derselbe** referiert über eine Änderung des Projectes für die Herstellung des Bades in der städtischen Versorgungsanstalt in St. Andrä a. d. T. und beantragt, die vom Stadtbauamte beantragte Projectsänderung mit dem hiedurch bedingten (bedeckten) Mehrerfordernisse von 223 fl. 40 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(5369.) **Derselbe** referiert über das Schlussrechnungselaborat des k. und k. Hof-Zimmermeisters Johann Österreicher für den Bau der Nothbrücke über den Donaucanal und beantragt, das vorgelegte Schlussrechnungselaborat nach der von der städtischen Buchhaltung vorgenommenen Adjustierung, wonach dem Unternehmer unter Berücksichtigung der geleisteten à conto-Zahlungen noch ein Betrag von 648 fl. 48 kr. zu vergüten kommt, unter Zuerkennung eines weiteren Betrages von 200 fl. als Ersatz für sechs durch Elementarereignisse abgerissene Piloten aus Billigkeitsrücksichten, zu genehmigen.

St.-R. Schlechter beantragt die Ablehnung des Referenten-Antrages bezüglich der Zuerkennung weiterer 200 fl.

Referenten-Antrag puncto 200 fl. abgelehnt; im übrigen angenommen.

(8391.) **Derselbe** referiert über das Offert der Josefa Palm auf Abverkauf ihrer Baustellen Cat.-Parc. 999/6, 999/7 und 998/8 in Ottakring, XVI. Bezirk, um den Gesammtpreis von 28.000 fl. und beantragt:

1. das Offert sei abzulehnen;

2. das Bauamt werde beauftragt, weitere Erhebungen darüber zu pflegen, ob nicht die Gemeinde selbst im XVI. Bezirke für die Anlage eines Schöpfwerkes und die Errichtung eines Materiallagerplatzes geeignete Gründe besitzt und in dieser Beziehung baldigst entsprechende Vorschläge zu erstatten. (Angenommen.)

Der Bürgermeister theilt mit, dass die Veranstaltung eines Balles der Stadt Wien im kommenden Fasching zu dem gleichen Zwecke wie in den Vorjahren in Aussicht genommen sei.

(Wird zustimmend zur Kenntnis genommen.)

Petition von Hauseigenthümern in der Dehnegasse, XIII. Bezirk, um Einleitung des Hochquellenwassers, resp. Aufstellung eines Auslaufbrunnens. (Überreicht durch St.-R. v. Götz.)

(Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.)

Interpellation des St.-R. Dr. Klotzberg, betreffend die Regulierung der Lazarethgasse, IX. Bezirk.

(Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien pro 1895.

(Nach dem Magistrats-Antrage.)

In mehreren außerordentlichen Sitzungen hat der Magistrat, über Vortrag des Magistratsrathes Silberbauer, den von der städtischen Buchhaltung vorgelegten Budget-Entwurf pro 1895 berathen und es stellt sich das Präliminare, dem Beschlusse des Magistrats-Gremiums gemäß, in folgender Weise dar:

Das Gesammterfordernis beträgt 42,646.820 fl.

Dieses findet seine Bedeckung:

1. Durch die eigenen Einnahmen per . . .	12,190.880 fl.
2. Durch Steuern und Umlagen im bisherigen Ausmaße per	20,554.950 „
3. Durch Heranziehung eines Betrages der Cassabestände und Wertpapiere per	3,575.240 „
4. Durch einen Theilbetrag des Wasserleitungs-Anlehens zur Bedeckung der für den Ausbau und für die Ergänzung der Hochquellenleitung pro 1895 veranschlagten und im obigen Gesammterfordernisse enthaltenen Kosten per	6,325.750 „
Summe .	42,646.820 fl.

Der Vorrath an Bargeld, sowie der Courswert der Wertpapiere werden am Schlusse des Jahres 1894 zusammen rund 5,700.000 fl. betragen, wovon theils zur Bewältigung der ungestörten Cassabewegung, theils als Reserve zur Erfüllung gewisser Verpflichtungen zusammen . . . . . 2,000.000 fl. zurückbehalten werden müssen, so dass der unter Post 3 in die Bedeckung eingestellte Betrag als verfügbar erscheint.

(Bescheid der k. k. Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen vom 1. October 1894, Z. 35278, betreffend das Erkenntnis der k. k. n.-ö. Statthalterei in Angelegenheit der Regulierung des Kehrbaches zum Zwecke der Sicherung des Wasserbezuges zu Gunsten der Flasselbesitzer.)

Z. 35278.

Mit dem h. ä. Erkenntnisse vom 24. October 1891, Z. 19539, wurde der Stadtgemeinde Wien die Bewilligung zur Entnahme einer täglichen Wassermenge von 36.400 m³ aus dem Quellengebiete der Schwarza oberhalb des Kaiserbrunnens ertheilt. Hiebei wurde im Punkte V dieser Concession die Gemeinde Wien im Grunde der §§ 26 und 89 des n.-ö. Wasserrechtsgesetzes vom 28. August 1870 (L.-G.- und V.-Bl. Nr. 56) beauftragt, vor Beginn der Wasserentnahme sämmtliche Ausleitungen (Flasseln) der Bewässerungsberechtigten am Kehrbache auf eigene Kosten insofern einer Regulierung zu unterziehen, als dies geboten erscheint, um auch nach Entnahme der concedierten Wassermenge den rechtmäßigen Ansprüchen dieser Wasserinteressenten zu genügen.

Insoweit diese anzustrebende Sicherstellung der zu Recht bestehenden Bewässerungsansprüche nicht oder nicht vollständig erreicht werden könnte, hatte die Stadtgemeinde für den durch die zugestandene Wasserentnahme zugefügten, behördlich ermittelten Schaden nach Maßgabe der Bestimmungen des Wasserrechtsgesetzes zu haften.

Diese Entscheidung wurde seither mit der Entscheidung des hohen k. k. Ackerbauministeriums vom 3. October 1893, Z. 5498, in letzter Instanz bestätigt.

Noch vor eingetretener Rechtskraft dieser Entscheidung hat die Gemeinde Wien das ihr zur Ausführung aufgetragene Project für die Regulierung der Bewässerungsanlagen am Kehrbache zur wasserrechtlichen Genehmigung vorgelegt, über welches die h. ä. Entscheidung vom 31. October 1893, Z. 26496, erflossen ist.

Mit derselben wird die Genehmigung des in einzelnen Details abgeänderten Projectes unter der Bedingung ertheilt, dass zu dessen Ausführung im einzelnen die Zustimmung der bezüglichen Bewässerungsberechtigten ertheilt sein müsse. Für diese Zustimmungserklärung wird den Betheiligten eine sechswöchentliche Präclusivfrist eingeräumt, nach deren Ablauf ihre Ansprüche auf die Ausführung des Projectes, beziehungsweise ihre Schadenersatzansprüche erlöschen.

Des weiteren erkennt die Entscheidung, ob und inwieweit die Bewässerungsberechtigten durch die neuen Wasserzuleitungen schadlos gehalten, beziehungsweise auf welchem Wege die Ermittlung des von der Gemeinde Wien noch zu leistenden Schadenersatzes zu erfolgen haben wird.

Der letzte Theil der Entscheidung handelt noch insbesondere von der im Regulierungsprojecte ebenfalls vorgesehenen Wiederherstellung des consensmäßigen Zustandes, der heute consenswidrig bestehenden Ausleitungsanlagen.

Gegen diese Entscheidung wurden Berufungen eingebracht von der Gemeinde Wien, von einer Anzahl von Bewässerungsberechtigten, vertreten durch Dr. Josef Eberstaller, von der k. k. Forst- und Domänen-Direction in Wien, von den Bewässerungsberechtigten in den Gemeinden Peisching, Breitenau und Schwarzau a. St. durch Dr. Josef Wenisch, und endlich von der Austro-belgischen Eisenbahn-Gesellschaft in Wien durch Dr. Karl v. Feistmantel.

Diese Berufungen sind im wesentlichen nachstehenden Inhaltes:

Die Berufung der Gemeinde Wien richtet sich 1. gegen den Ausspruch, dass zur Ausführung des Projectes in seinen einzelnen Theilen die ausdrückliche Zustimmung der bezüglichen Wasserbezugsberechtigten erforderlich sei (Artikel II, Punkt 2 der Entscheidung), 2. dagegen, dass den Besitzern der gegenwärtig im Oberwasser von Triebwerken liegenden Ausleitungen ein Entschädigungsanspruch gegen die Gemeinde Wien für den Fall vorbehalten wird, dass bei Auflassung dieser Triebwerke die Schadenersatzpflicht nicht etwa einem dritten zur Last fiele (Artikel II, Punkt 5, Absatz 1 und 2 der Entscheidung), 3. dagegen, dass in der Frage der Ersatzpflicht hinsichtlich der etwaigen Beeinträchtigung der Ausleitungen Nr. 183 bis einschließlich 191, welche im Staugebiete der elektrischen Kraftcentrale in Wr.-Neustadt gelegen sind, schon dermalen ausgesprochen wurde, dass der genannten Unternehmung keine Herstellungen oder Auslagen zur Last fallen können, deren Nothwendigkeit lediglich aus der Erweiterung der Wiener Hochquellenleitung resultiert (Artikel II, Punkt 5, Absatz II der Entscheidung), weiter 4. gegen die Nichtaufnahme einer Anzahl von Ausleitungen in das Verzeichnis jener Flasseln, bei welchem durch die Regulierung jede Schädigung ausgeschlossen erscheint (Artikel II, Punkt 6, Absatz 3 dieser Entscheidung), und endlich 5. gegen den Ausspruch, dass die Kosten der nachträglichen Erhebung über die in der Entscheidung bei einer Anzahl von Ausleitungen offen gelassene Frage, hinsichtlich der Erfüllung der be-

rechtigten Bewässerungsansprüche durch die auszuführende Regulierung von der Stadtgemeinde Wien zu tragen sein werden (Artikel II, Punkt 6, Absatz 4 der Entscheidung).

Die Berufungen der durch Dr. Eberstaller und Dr. Wenisch vertretenen Wasserinteressenten am Kehrbache, sowie der k. k. Forst- und Domänen-Direction in Wien sind im allgemeinen gegen die Projectsgenehmigung, und zwar sowohl hinsichtlich der Wiederherstellung des consensmäßigen Zustandes als auch hinsichtlich der Änderung der zu Recht bestehenden Zuleitungsvorrichtungen und gegen die Aussprüche über die Erfüllung der berechtigten Bewässerungsansprüche durch die neuen Wasserzuführungen gerichtet.

Im einzelnen erheben die von Dr. Wenisch vertretenen Bewässerungsberechtigten noch Einwendungen gegen die Inanspruchnahme ihrer Gründe zur Projectsausführung, die k. k. Forst- und Domänen-Direction beschwert sich wegen Beeinträchtigung des Fischereirechtes des Fondsgutes Wr.-Neustadt in der Fischa.

Die Austro-belgische Eisenbahn-Gesellschaft hält sich durch die Beeinträchtigung des Wasserzuflusses aus dem Kehrbache in den Wr.-Neustädter Schiffahrtscanal im allgemeinen und insbesondere durch die genehmigten Ausleitungen Nr. 3, 33 und 162 geschädigt.

Schließlich kommt noch zu bemerken, dass die Berufungen der Wasserinteressenten im einzelnen auch formelle Einwendungen gegen das Verfahren wegen Einleitungen desselben vor eingetretener Rechtskraft der Hauptentscheidung über die Zulässigkeit der erhöhten Wasserentnahme aus dem Schwarza-Quellengebiete und wegen mangelhafter Feststellung des Thatbestandes enthalten, und dass in denselben vielfach auf die bereits gegen die erwähnte Hauptentscheidung vorgebrachten Einwendungen zurückgegriffen wird.

Über diese Berufungen fand die hohe k. k. n.-ö. Statthalterei, wie folgt, zu erkennen:

Die angefochtene Entscheidung wird unter nachfolgenden Abänderungen, beziehungsweise Ergänzungen bestätigt.

Der im Artikel II, Punkt 2, der Entscheidung in negativer Form gefällte Ausspruch, dass die Gemeinde Wien die lediglich die Schadloshaltung der Wasserbezugsberechtigten bezweckenden Herstellungen nur unter Zustimmung dieser Bewässerungsberechtigten vornehmen dürfe, wird außer Kraft gesetzt.

Desgleichen wird die im Artikel II, Punkt 3, getroffene Anordnung, dass die Wasserberechtigten innerhalb von sechs Wochen zu erklären haben, ob sie die zu ihren Gunsten in Aussicht genommenen Neuherstellungen ausgeführt wissen wollen, widrigenfalls angenommen würde, dass sie auf den Anspruch hinsichtlich der ihnen durch das Regulierungsprojeet gewährten Vortheile und damit auch auf jede andere wie immer geartete Entschädigung hiefür verzichten, behoben.

Mit dieser Abänderung der Entscheidung werden auch die lediglich in Consequenz der erwähnten Aussprüche im Punkt 4, Absatz 1 und 2, Punkt 6, Absatz 2, Punkt 8, Absatz 2, und Punkt 11, Absatz 2, desselben Artikels getroffenen Anordnungen wegen Regelung des gegenseitigen Rechtsverhältnisses der Mitbesitzer gemeinschaftlicher Bewässerungsanlagen, in Absicht auf die Zustimmung zur Ausführung des Regulierungsprojectes der Gemeinde Wien, über die Bestimmung des Umfanges der Rechtswirkung des durch das ungenützte Verstreichenlassen der obigen Fallfrist stillschweigend erklärten Verzichtes, endlich über die Unzulässigkeit eines solchen Verzichtes, insofern es sich um die Beseitigung des consenswidrigen Zustandes bestehender Bewässerungsanlagen handelt, von selbst hinfällig.

Der im Artikel II, Punkt 5, Absatz 1, gefällte Ausspruch über die der Gemeinde Wien erwachsenden Verpflichtungen, falls die im Oberwasser von Triebwerken gelegenen Ausleitungen infolge der etwaigen Beseitigung der bezüglichen Stauanlagen den Zufluss verlieren sollten, wird dahin ergänzt, dass es in einem solchen Falle Sache der seinerzeitigen behördlichen Entscheidung sein wird, auszusprechen, ob und inwiefern in letzter Linie die Gemeinde für einen, jedoch keinesfalls größeren Schaden aufzukommen hat, als jener, welcher ausschließlich auf die durch die erhöhte Wasserentnahme aus dem Schwarza-Quellengebiete verursachte Verringerung der im Kehrbache jeweilig vorhandenen Wassermenge zurückzuführen ist.

Die nicht im Oberwasser von Triebwerken an beweglichen Stauschleusen liegenden Ausleitungen Nr. 159, 165 und 169, welche gleichzeitig im Artikel II, Punkt 6, Absatz 3, verzeichnet erscheinen, kommen bei Artikel II, Punkt 5, Absatz 1, zu löschen.

Die im zweiten Absatze desselben Punktes schon jetzt getroffene Entscheidung, dass hinsichtlich der Ausleitung im Staugebiete des provisorischen Triebwerkes der elektrischen Kraftcentrale in Wr.-Neustadt dieser Unternehmung auch im Falle der künftigen definitiven Einrichtung dieser Wasserbenützung keine Herstellungen oder Auslagen zur Last fallen können, deren Nothwendigkeit sich lediglich aus der Erweiterung der Wiener Hochquellenleitung ergibt, wird behoben.

Die im Artikel II, Punkt 6, Absatz 3, enthaltene Aufzählung jener Ausleitungen, welche künftig die gleiche Wassermenge zu Bewässerungszwecken liefern werden, wie bisher, wird noch durch die Anführung der Ausleitung Nr. 73 ergänzt, bei welcher obige Voraussetzung ebenfalls zutrifft.

Hinsichtlich der weiteren von der Gemeinde Wien zur Aufnahme beantragten Ausleitungen wird bemerkt, dass diese Flasseln sämmtlich bereits im Artikel II. Punkt 5, aufgeführt erscheinen; hinsichtlich der Ausleitungen Nr. 58 und 77 wird noch überdies auf Artikel II, Punkt 10, der erstinstanzlichen Entscheidung verwiesen.

In theilweiser Abänderung der beiden letzten Absätze des Artikels II, Punkt 6, wird ausgesprochen, dass hinsichtlich sämmtlicher Ausleitungen, mit Ausnahme der im Oberwasser von Stauanlagen liegenden (Punkt 5, Absatz 1) der sonstigen constatiertermaßen durch die Wasserentnahme aus dem Kehrbache nicht berührten (Punkt 6, Absatz 3) und jener Ausleitungen, hinsichtlich welcher gütliche Vergleiche bereits zustande gekommen sind (Punkt 10), oder noch zustande kommen werden, die Erhebungen über die von der Gemeinde noch überdies zu leistenden Geldentschädigungen von amtswegen auf Kosten dieser Gemeinde vorzunehmen sind. Diese Erhebungen sind sofort nach erfolgter Collaudierung der Projectsausführungen einzuleiten. Die Ermittlung und eventuell Sicherstellung des gebürenden Schadenersatzes hat, sofern es die Betheiligten verlangen, noch vor Beginn der erhöhten Wasserentnahme aus dem Schwarza-Quellengebiete zu erfolgen.

In Ergänzung des Artikels II, Punkt 8, der angefochtenen Entscheidung wird schließlich noch erkannt, dass in jenen Fällen, wo zur Ausführung des Regulierungsprojectes die Inanspruchnahme fremden Grundes nothwendig ist, im Falle des Nichtzustandekommens eines bezüglichen gütlichen Ausgleiches noch vor Beginn

der Inanspruchnahme das behördliche Erkenntnis über die Zwangsbestellung der erforderlichen Dienstbarkeiten, beziehungsweise über die Enteignung der erforderlichen Grundflächen zu erwirken und die festgestellte Entschädigung zu leisten sein wird.

Die in vorstehender Entscheidung nicht berücksichtigten Recursbegehren werden abgewiesen.

Diese Entscheidung stützt sich auf nachstehende

Gründe:

Die gegen die erstinstanzliche Entscheidung erhobenen formellen Einwendungen waren einerseits gegen die Einleitung des Verfahrens vor Eintritt der Rechtskraft der Hauptentscheidung über die Zulässigkeit der erhöhten Wasserentnahme aus dem Schwarza-Quellengebiete, andererseits gegen die Mangelhaftigkeit des Verfahrens selbst gerichtet.

Erstere Einwendung ist durch die seither bereits eingetretene Rechtskraft des im vorliegenden Falle maßgebenden Theiles der erwähnten Hauptentscheidung gegenstandslos geworden, letztere kommt als unzutreffend zu bezeichnen, nachdem das bemängelte Verfahren unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des siebenten Hauptstückes des Wasserrechtsgesetzes durchgeführt wurde und dasselbe auch thatsächlich ein vollkommen geeignetes Substrat für die zu fällende Entscheidung bildete.

Es war daher mit der meritorischen Entscheidung vorzugehen.

Hiebei musste vor allem die Beseitigung des erstinstanzlichen Ausspruches hinsichtlich der Unzulässigkeit der Vornahme der projectierten Änderungen der consensmäßigen Ausleitungen gegen den Willen der Bewässerungsberechtigten, beziehungsweise wegen Festsetzung einer Präclusivfrist für die Abgabe einer solchen Zustimmungserklärung deshalb erfolgen, weil dieser Theil der angefochtenen Entscheidung in offenbarem Widerspruche mit der grundlegenden Bestimmung des Punktes V des Erkenntnisses der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen vom 24. October 1891, Z. 19539, steht, und weil insbesondere der Verwaltungsbehörde jede gesetzliche Handhabe zur Festsetzung einer Fallfrist mangelt, deren Versäumnis das Erlöschen der aus dem obigen Erkenntnisse erwachsenden Ansprüche mit sich brächte.

Es war vielmehr Sache der Behörde, von amtswegen dafür vorzusorgen, dass die Gemeinde Wien selbst gegen den Willen der Bewässerungsberechtigten am Kehrbache jene Vorkehrungen treffe, damit diesen Wasserinteressenten auch nach der concedierten höheren Wasserentnahme aus dem Schwarza-Quellen gebiete nach Möglichkeit die gleiche Menge Wassers zu Bewässerungszwecken zur Verfügung stehe, als dies bisher rechtlich der Fall war.

Erst hinsichtlich des auf dem Wege der Regulierung der Bewässerungsanlagen am Kehrbache nicht mehr zu befriedigenden Rechtsanspruches auf Wasser war das wasserrechtliche Entschädigungsverfahren durchzuführen.

Der vollen Erfüllung dieser der k. k. Bezirkshauptmannschaft obliegenden Aufgaben standen aber die vorerwähnten erstinstanzlichen Aussprüche im Wege, weshalb derenBehebung verfügt werden musste.

Aus denselben Gründen waren die correspondierenden erstinstanzlichen Verfügungen wegen Regelung des gegenseitigen Rechtsverhältnisses der Mitbesitzer gemeinschaftlicher Bewässerungsanlagen in Absicht auf die Zustimmung zur Ausführung des Regulierungsprojectes, ferner jene wegen Begrenzung des Umfanges der Rechtswirkungen eines Versäumnisses der obenerwähnten Fallfrist, endlich der Ausspruch über die Unzulässigkeit des Verzichtes auf die Wiederherstellung des consensmäßigen Zustandes consenswidrig bestehender Anlagen außer Kraft zu setzen.

Die Ergänzung des Artikels II, Punkt 5, Absatz 1, der erstinstanzlichen Entscheidung erfolgte lediglich zu dem Zwecke, um zweifellos festzustellen, dass die Gemeinde Wien unter allen Umständen nur für jene Änderungen in den Wasserständen des Kehrbaches haftbar gemacht werden könne, welche in unmittelbarem ursächlichen Zusammenhange mit der erhöhten Wasserentnahme aus dem Schwarza-Quellengebiete stehen, und stützt sich zur Gänze auf die Gründe der in diesem Punkte bestätigten erstinstanzlichen Entscheidung.

Der Ausspruch der erstinstanzlichen Entscheidung, dass die Unternehmung der elektrischen Kraftcentrale in Wiener-Neustadt auch für den Fall der definitiven Genehmigung ihrer Wasserbenützungsanlage zu keinen solchen Herstellungen verpflichtet werden könne, deren Nothwendigkeit sich lediglich aus der Erweiterung der Wiener Hochquellenleitung ergibt, erscheint im Hinblicke auf den vorläufig nur provisorischen Charakter dieses Unternehmens verfrüht und war deshalb auszuscheiden.

Dem Begehren der Gemeinde Wien wegen Aufnahme der Ausleitung Nr. 73 in das Verzeichnis derjenigen Flasseln, welche auch in Zukunft keine Beeinträchtigung erfahren werden, wurde als in den Verhandlungsergebnissen gerechtfertigt stattgegeben. Das hinsichtlich einer Reihe anderer Ausleitungen gestellte gleiche Begehren erscheint nach dem bereits in der Entscheidung Gesagten gegenstandslos.

Dagegen war dem Begehren der Gemeinde Wien um Löschung der Ausleitungen Nr. 159, 165 und 169 bei Artikel II, Punkt 5, Absatz 1, stattzugeben, nachdem bei denselben thatsächlich, wie auch bereits im erstinstanzlichen Erkenntnisse im Artikel II, Punkt 6, Absatz 3, ausgesprochen wurde, eine künftige Schädigung nicht zu gewärtigen ist.

Die in Abänderung, beziehungsweise Ergänzung der beiden letzten Absätze des Artikels II, Punkt 6, sowie des Artikels II, Punkt 8, der erstinstanzlichen Entscheidung getroffenen neuen Verfügungen über die Durchführung des wasserrechtlichen Entschädigungsverfahrens hinsichtlich der eintretenden Beeinträchtigungen der bestehenden Bewässerungsrechte, sowie bezüglich der Inanspruchnahme fremder Gründe zur Ausführung des Regulierungsprojectes stellen sich nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 35 und 83 des Wasserrechtsgesetzes als unerlässlich dar.

Auf die Einwendung der Gemeinde Wien gegen die Bestimmung der erstinstanzlichen Entscheidung über die Tragung der Kosten für die amtliche Erhebung hinsichtlich der künftigen Beeinträchtigung der bestehenden Bewässerungsansprüche konnte im Hinblicke auf die Bestimmung des § 94 des Wasserrechtsgesetzes, wonach die einschreitende Partei die Kosten des Verfahrens zu bestreiten hat, nicht eingegangen werden.

Die Beschwerden der Austro-belgischen Eisenbahngesellschaft wegen Schmälerung des Wasserzuflusses aus dem Kehrbache in den Wiener-Neustädter Schiffahrtscanal und der k. k. Forst- und Domänen-Direction wegen Beeinträchtigung des Fischereirechtes des Fondsgutes Wiener-Neustadt werden als sachlich nicht gerechtfertigt abgewiesen, nachdem die auszuführende Flasselregulierung zum mindesten die Ausleitung keine größeren Wassermengen zu Bewässerungszwecken im Gefolge haben wird, als heute zu diesem Zwecke unangefochten verwendet werden.

Im übrigen erfolgte die Abweisung der durch die Recurs-entscheidung nicht berücksichtigten Berufungsbegehren aus den Gründen der bestätigten erstinstanzlichen Entscheidung.

Gegen vorstehende Entscheidung steht der binnen 14 Tagen einzubringende Recurs an das hohe k. k. Ackerbauministerium offen.

Der nachfolgende Ausweis über die bestehenden Ausleitungen am Kehrbache, die an denselben vorzunehmenden Änderungen und die weiter noch zustehenden, beziehungsweise offen gelassenen Entschädigungsansprüche bildet einen Bestandtheil dieser Entscheidung.

Hievon werden der löbliche Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien und sämmtliche Interessenten zufolge Statthalterei-Erlasses vom 22. August 1894, Z. 35278, verständigt.

Neunkirchen, am 1. October 1894.

Der k. k. Bezirkshauptmann:

Friedrich Ritt. v. Hentl.

ad Statthalterei-Z. 35278/1894.

Ausweis

über die Bewässerungsanleitungen (Flassel-) am Kehrbache, die der Gemeinde Wien aus Anlass der Erweiterung der Wiener Hochquellenleitung obliegenden Umgestaltungen derselben, sowie über das Ergebnis des Entschädigungsverfahrens hinsichtlich der künftigen Beeinträchtigung dieser Bewässerungsansprüche.

Flassel-Nr.	Besitzer	Nach dem genehmigten Regulierungsprojecte in Aussicht genommene Umgestaltung der Bewässerungsanlage	Ergebnis der Verhandlung hinsichtlich der zu gewärtigenden künftigen Beeinträchtigung des Bewässerungsanspruches	Erkenntnis über den Bestand eines Entschädigungsanspruches
1	Johann Stix	Höhenlage der Pölster unverändert 354·617, Öffnung 0·1/0·46 m	Schaden nicht wahrscheinlich aber möglich	Entschädigungsverfahren vorbehalten
2	Koderholt und Schneider	Höhenlage des Polsters unverändert 353·427, Öffnung 0·1/0·46 m	dto.	dto.
3	Feuerlöschbach der Gemeinde Pitsching	Höhenlage des Polsters unverändert 353·130, Öffnung 0·13/0·19 m	—	dto.
4, 5	Niederdecker und Fiertinger	Um 50 m bachaufwärts verlegt, Oberkante in der der Höhencote 352·27	—	dto.
6	Leopold Stix und Dobler	höher zu legen um 0·114 m	Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt
7	Teix und Susar	höher zu legen um 0·114 m	dto.	dto.
8, 9	Karl Reiterer, Juliana Weninger und 4 Consorten	höher zu legen um 0·040 m	dto.	dto.
10	Michael Hauel und Juliana Weninger	bleibt unverändert	dto.	dto.
11	Neunkirchner, Spies Jos. und Holzbauer Marie, Strohstoffabr. Breitenau	tiefer zu legen um 0·201 m	Schaden nicht wahrscheinlich aber möglich	Entschädigungsverfahren vorbehalten
12	Kaufmann Ferdinand	unmittelbar unterhalb 11 verlegen, Oberkante in die Höhencote 347·69	—	dto.
13	Feuerbach Breitenau	bleibt unverändert	Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt
14 15	Pöldl Maria	höher zu legen um 0·078 m	Schaden nicht wahrscheinlich aber möglich	Entschädigungsverfahren vorbehalten
16	Kaiser Anton	zu vereinigen mit 17 bis 22, 24 und 25 zu einer ständ. Ausleitung bei 16 Querschnitt 213/213 mm, Oberkante in die Cote 346·710 m	Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt
17	Kaufmann Ferdinand	zu vereinigen mit 16, 18 bis 22, 24 und 25, vide 16	dto.	dto.
18	Bauer Peter	zu vereinigen mit 16, 17, 19 bis 22, 24 und 25, vide 16	dto.	dto.
19	Kaufmann Ferdinand	zu vereinigen mit 16, 18, 20 bis 22, 24 und 25, vide 16	dto.	dto.
20	Püringer Heinrich	zu vereinigen mit 16 bis 19, 21, 22, 24 und 25, vide 16	dto.	dto.
21	Bauer Florian	zu vereinigen mit 16 bis 20, 22, 24 und 25, vide 16	dto.	dto.
22	Strebinger Michael	zu vereinigen mit 16 bis 21, 24 und 25, vide 16	dto.	dto.
23	Kaufmann Ferdinand	tiefer zu legen um 0·135 m	Schaden nicht wahrscheinlich aber möglich	Entschädigungsverfahren vorbehalten
24	dto.	zu vereinigen mit 16 bis 22 und 25, vide 16	Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt
25	Engelhart Franz	zu vereinigen mit 16 bis 22 und 24, vide 16	ausgeglichen	dto.

Klassel-Nr.	Besitzer	Nach dem genehmigten Regulierungsprojecte in Aussicht genommene Umgestaltung der Bewässerungsanlage	Ergebnis der Verhandlung hinsichtlich der zu gewärtigenden künftigen Beeinträchtigung des Bewässerungsanspruches	Erkenntnis über den Bestand eines Entschädigungsanspruches
26	Püringer Heinrich	zu vereinigen mit 28 bis 30, unmittelbar unter 25, Oberkante in die Cote 345·815, Querschnitt 235/235 mm	—	Entschädigungsverfahren vorbehalten
27	dto.	zu vereinigen mit 29, 31 und 32 bei 27, Querschnitt 341/341 mm, Oberkante in die Cote 345·70m	Schaden nicht wahrscheinlich aber möglich	dto.
28	Bauer Peter	zu vereinigen mit 26 und 30, vide 26	—	dto.
29	dto.	zu vereinigen mit 27, 31 und 32, vide 27	Schaden nicht wahrscheinlich aber möglich	dto.
30	Reiterer Josef	zu vereinigen mit 26 und 28, vide 26	—	dto.
31	Schlögler Josef	zu vereinigen mit 27, 29 und 32, vide 27	Schaden nicht wahrscheinlich aber möglich	dto.
32	Stuppacher Johann	zu vereinigen mit 27, 29 und 31, vide 27	dto.	dto.
33	Gemeinde Breitenau	tiefer zu legen um 0·073 m	Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt
34	Maschler Josef	tiefer zu legen um 0·183 m	Schaden nicht wahrscheinlich aber möglich	Entschädigungsverfahren vorbehalten
36	Müller Martin	Höhenlage des Polsters unverändert 344·891 m, Öffnung 0.06/0·45 m	dto.	dto.
37	Strohstoffabrik Breitenau	zu vereinigen mit 40·1, 37 Querschnitt 357/357, Oberkante in die Cote 344·95 m	ausgeglichen	Entschädigung entfällt
38	Schlögl Josef	verlegt unmittelbar unterhalb 36, Oberkante in die Cote 344·95	—	Entschädigungsverfahren vorbehalten
40	Strohstoffabrik Breitenau	zu vereinigen mit 37, vide 37	ausgeglichen	Entschädigung entfällt
41	Schlögl Georg	tiefer zu legen um 0·45 m	Schaden nicht wahrscheinlich aber möglich	Entschädigungsverfahren vorbehalten
42	Strohstoffabrik Breitenau	bleibt an der Stelle, Querschnitt 211/211, Oberkante in die Cote 344·23	ausgeglichen	Entschädigung entfällt
43	Holzbauer Jakob	bleibt an der Stelle, Querschnitt 316/316, Oberkante in die Cote 344·23	—	Entschädigungsverfahren vorbehalten
44	Schlögl Josef	tiefer zu legen um 0·246 m	Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt
45 I 5 a	Haid von Heidberg	bleibt an der Stelle, Querschnitt 316/316, Oberkante in die Cote 344·03	—	Entschädigungsverfahren vorbehalten
46	dto.	bleibt an der Stelle, Querschnitt 395/395, Oberkante in die Cote 343·97	—	dto.
47	Piewald Josef und Spieß Marie	bleibt an der Stelle, Querschnitt 395/395, Oberkante in die Cote 343·31	—	dto.
48	Strohstoffabrik Breitenau	bleibt an der Stelle, Querschnitt 316/316, Oberkante in die Cote 343·31	ausgeglichen	Entschädigung entfällt
49	Kaufmann Ferdinand	verzichtet auf die projectierte Tieferlegung und auf jeden Ersatzanspruch unter der Voraussetzung, dass die genehmigte und in Angriff genommene Gefällsausnützung im Oberwerkscanale des Franz Engelhart in Breitenau zur Ausführung gelangt	bedingt auf Ersatz verzichtet	Entschädigungsanspruch suspendiert
51	Zierhofer Michael	liegt im Oberwasser	Schaden beim heutigen Bestande ausgeschlossen	Entschädigung entfällt, Entschädigungsanspruch im Falle der Auflassung des Triebwerkes der seinerzeitigen Entscheidung vorbehalten
53	Holzbauer Jakob	liegt im Oberwasser	dto.	dto.
54	dto.	liegt im Oberwasser	dto.	dto.
55	Linsener Hauser	liegt im Oberwasser	dto.	dto.
56	Engelhart Franz Wiedermann Josef Dorfmeister Jakob Stuppacher Franz Fenz Jakob und Mauser Martin	liegt im Oberwasser	dto.	dto.
58	Strohstoffabrik Breitenau	liegt im Oberwasser	ausgeglichen	Entschädigung entfällt

Flassel-Nr.	Besitzer	Nach dem genehmigten Regulierungsprojecte in Aussicht genommene Umgestaltung der Bewässerungsanlage	Ergebnis der Verhandlung hinsichtlich der zu gewärtigenden künftigen Beeinträchtigung des Bewässerungsanspruches	Erkenntnis über den Bestand eines Entschädigungsanspruches
59	Feuerbach der Gemeinde Schwarzau	liegt im Oberwasser	Schaden beim heutigen Bestande ausgeschlossen	Entschädigung entfällt, Entschädigungsanspruch im Falle der Auflassung des Triebwerkes der seinerzeitigen Entscheidung vorbehalten
60	Linshalm Josef und Strohstoffabrik Breitenau	liegt im Oberwasser	dto.	dto.
61 62 63 64 65 66 67	Weißenbacher Georg Dorfmeister Jakob Gesellschaft Breitenau Bauer Florian Bauer Peter Sigl Michael	ad 61 bis 67 liegen im Oberwasser	dto.	dto.
68	Braunsdorfer Johann	höher zu legen um 0·078 m	Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt
69	Engelbart Franz	zu trennen, höher zu legen um 0·181 m	ausgeglichen	dto.
69½	Burger Johann	zu trennen, höher zu legen um 0·047 m	Schaden ausgeschlossen	dto.
70 71	Fritz Anton Fuchs Katharina	vide Erkenntnis vom 10. August 1893, Z. 18935	dto.	dto.
72	Kuntner Josef und Pfarre Schwarzau	zu vereinigen, Querschnitt bei 72—272/272, Oberkante in die Cote 331·39	Schaden nicht wahrscheinlich aber möglich	Entschädigungsverfahren vorbehalten
73	Gesellschaft Groß-Schwarzau		Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt
74	Bauer Josef	zu vereinigen mit 75 gegenüber dem jetzigen Flassel 72, Oberkante in die Cote 331·39, Querschnitt 242/242	—	Entschädigungsverfahren vorbehalten
75	dto.	zu vereinigen mit 74, vide 74	—	dto.
76	Nagel Karl	höher zu legen um 0·119 m	Schaden nicht wahrscheinlich aber möglich	dto.
77	Storeck	ad 77 bis 81 liegen im Oberwasser	ausgeglichen	Entschädigung entfällt
78 79 80 81	Weiner Johann Glatzl Franz Kirche Schwarzau Glatzl Franz		Schaden beim heutigen Bestande ausgeschlossen	Entschädigung entfällt, Entschädigungsanspruch im Falle der Auflassung des Triebwerkes der seinerzeitigen Entscheidung vorbehalten
82	Slonek	tiefer zu legen um 0·186 m	ausgeglichen	Entschädigung entfällt
83	Wagner Johann und Kaiser Johann	zu vereinigen mit 85, 86, 86½, 88 und 89 bei 83, Querschnitt 0·22/0·48, Polsterlager 325·26	—	Entschädigungsverfahren vorbehalten
84	Ungersfeld Marcus	höher zu legen um 0·061 m	Schaden nicht wahrscheinlich aber möglich	dto.
85	Litacher Johann	zu vereinen mit 83, 86, 86½, 88 u. 89, vide 83	—	dto.
86	Steierer Johann	zu vereinen mit 83, 85, 86½, 88 u. 89, vide 83	—	dto.
86½	Gesellschaft Groß-Schwarzau	zu vereinen mit 83, 85, 86, 88 u. 89, vide 83	—	dto.
87	Steiner Johann	tiefer zu legen um 0·148 m	Schaden nicht wahrscheinlich aber möglich	dto.
88	Spanblechl Peter	zu vereinen mit 83, 85, 86, 86½ u. 89, vide 83	—	dto.
89	Reiner Matthias	zu vereinen mit 83, 85, 86, 86½ u. 88, vide 83	—	dto.
90	14 Interessenten	tiefer zu legen um 0·045 m	Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt
91	Herrschaft Frohsdorf und Stadt Wr.-Neustadt	tiefer zu legen um 0·119 m	dto.	dto.
92	Steiner Johann	bleibt unverändert	dto.	dto.
93	Dorfmeister Caspar	tieferlegen um 0·093 m	dto.	dto.
94	Bierbaumer Georg	höher zu legen um 0·045 m	dto.	dto.
95	dto.	höher zu legen um 0·022 m	dto.	dto.
96	Pfarre Schwarzau und 5 Interessenten	Querschnitt 211/211, Oberkante in die Cote 323·67	—	Entschädigungsverfahren vorbehalten

Plafel-Nr.	Besitzer	Nach dem genehmigten Regulierungsprojecte in Aussicht genommene Umgestaltung der Bewässerungsanlage	Ergebnis der Verhandlung hinsichtlich der zu gewärtigenden künftigen Beeinträchtigung des Bewässerungsanspruches	Erkenntnis über den Bestand eines Entschädigungsanspruches
97	Wagner Johann	Querschnitt 211/211, Oberkante in die Cote 323·67	—	Entschädigungsverfahren vorbehalten
98	Kapicher Franz	höher zu legen um 0·072 m	Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt
99	Weninger Lorenz	Durchschnitt 211/211, Oberkante in die Cote 323·275	—	Entschädigungsverfahren vorbehalten
100	Mitterbach 120 Interessenten	tiefer zu legen um 0·12 m	Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt
101	Pinkel Matthias	zu verlegen, unmittelbar unter 100, Oberkante in die Cote 323·13	—	Entschädigungsverfahren vorbehalten
102	Neue Wehre 19 Interessenten	Stauvorrichtung zu erhöhen um 0·15 m in die Höhencote 322·353, Oberkante zu verlegen in die Cote 322·58	—	dto.
130	Neue Wehre 7 Interessenten	Stauvorrichtung zu erhöhen um 0·15 m in Cote 322·353, Oberkante in Cote 322·58	—	dto.
131	Neustiftgraben 14 Interessenten	Stauvorrichtung zu erhöhen um 0·15 m in Cote 319·357, Oberkante in die Cote 319·71	—	dto.
132	Taufner Georg	wird verlegt unmittelbar unter 131, Oberkante in die Cote 319·64	—	dto.
133	dto.	zu vereinen mit 137 und 138 bei 133, Querschnitt 235/235, Oberkante in die Cote 318·78	Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt
134	Weninger Lorenz	Stauvorrichtung zu erhöhen um 0·1 m in die Cote 319·047, Oberkante in die Cote 319·27	—	Entschädigungsverfahren vorbehalten
135	dto.	tiefer zu legen um 0·056	Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt
137	Winkler Johann	zu vereinen mit 133 und 138, vide 133	Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt
138	Ungersbeck Johann	zu vereinen mit 133 und 137, vide 133	dto.	dto.
139	Koderhold Heinrich, Lilacher Johann und Weik Nikolaus	bleiben an der Stelle, Querschnitt 211/211, Oberkante in die Cote 318·37	—	Entschädigungsverfahren vorbehalten
140			—	dto.
141	Ungersbeck Johann 9 Interessenten	ad 141 und 142 Stauvorrichtung erhöhen um 0·1 m in die Cote 317·298, Oberkante ad 141 . . . 317·84, Oberkante ad 142 . . . 317·70, Querschnitt ad 141 . . . 158/158, Querschnitt ad 142 . . . 421/421	—	Entschädigungsverfahren vorbehalten
142			—	dto.
143	Leitha-Fischa-Wasserwerksverein	ad 143 und 144 auf Tieferlegung verzichtet	ausgeglichen	Entschädigung entfällt
144				
145	Braunsdorfer Johann	höher zu legen um 0·066 m	Schaden nicht wahrscheinlich aber möglich	Entschädigungsverfahren vorbehalten
146	Stadt Wiener-Neustadt	Stauvorrichtung erhöhen um 0·1 m in der Cote 315·306, Oberkante in die Cote 315·63, Querschnitt 316/316 bleibt an der Stelle	ausgeglichen	Entschädigung entfällt
147	Steierer Johann	Stauvorrichtung erhöhen um 0·1 m in die Cote 315·306, Oberkante in die Cote 315·61, Querschnitt 158/158 bleibt an der Stelle	—	Entschädigungsverfahren vorbehalten
148	Braunsdorfer Johann	höher zu legen um 0·066 m	Schaden nicht wahrscheinlich aber möglich	dto.
149	Fuchs Katharina	höher zu legen um 0·139 m	Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt
150	Ehepaar Kührner, jetzt Wasserwerksverein	auf Tieferlegung verzichtet	ausgeglichen	dto.
151	Stadt Wiener-Neustadt	tiefer zu legen um 0·048 m	dto.	dto.
152	dto.	höher zu legen um 0·065 m, keine Einwendung erhoben	dto.	dto.
153	Roßbacher Johann und Regenschoriwiese Stadt Wiener-Neustadt	höher zu legen um 0·010, in Ansehung der Regenschoriwiese, keine Einwendung	Regenschoriwiese ausgeglichen, Schaden ausgeschlossen	dto.
154	Rau Johann	Stauvorrichtung zu erhöhen um 0·1 m in Cote 301·723, Oberkante in die Cote 301·94	—	Entschädigungsverfahren vorbehalten
155	Roßbacher Johann	höher zu legen um 0·163 m	Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt

Flassel-Nr.	Besitzer	Nach dem genehmigten Regulierungsprojecte in Aussicht genommene Umgestaltung der Bewässerungsanlage	Ergebnis der Verhandlung hinsichtlich der zu gewärtigenden künftigen Beeinträchtigung des Bewässerungsanspruches.	Erkenntnis über den Bestand eines Entschädigungsanspruches
156 157	Rau Johann	Stauvorrichtung zu erhöhen um 0·1 m in die Cote 301·723, Oberkante in die Cote 301·94	—	Entschädigungsverfahren vorbehalten
158	Stift Neukloster	höher zu legen auf die Höhe von Nr. 159, liegt an einer beweglichen Stauschleuse	Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt
159	dto.	liegt an einem beweglichen Stauwehre, bleibt unverändert	dto.	dto.
160	Zöchl Josef und Fuchs Anton	höher zu legen, auf die Höhe von Nr. 159, liegt an einer beweglichen Stauschleuse	dto.	dto.
161	Trenker Gustav	höher zu legen, auf die Höhe von Nr. 159, liegt an einer beweglichen Stauschleuse	dto.	dto.
162	Herzog von Parma Kainz Florian und Stift Neukloster	Öffnung umzugestalten in den Querschnitt 0·240/0·850, Polsterlage bleibt in der Höhencote 299·223	dto.	dto.
163	Stift Neukloster	zu vereinigen mit 164, Querschnitt 273/273, Oberkante in die Cote 298·569, liegt an einer beweglichen Stauschleuse	Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt
164	dto.	zu vereinigen mit 163, vide 163, liegt an einer beweglichen Stauschleuse	dto.	dto.
165	dto.	liegt an einer beweglichen Stauschleuse, bleibt unverändert	dto.	dto.
167 168	Baron Haber-Linsberg Neuhold Johann	bleiben an der Stelle, Querschnitt 316/316, Oberkante in die Cote 292·160, liegen an beweglichen Stauschleusen	dto.	dto.
169	Bernhardt Friedrich	liegt an beweglicher Stauwehre, bleibt unverändert	dto.	dto.
170 171	Resch Josef Niedermayer Johann Mohr Anna Egger Caspar Wagenhofer Josef Turner Michael Zimmerer Josef Wagenhofer Josef	bleiben an der Stelle, Querschnitt ad 170 316/316, Querschnitt ad 171 211/211, Oberkante in die Cote 287·373	dto.	dto.
172	Seiser Franz	tiefer zu legen um 0·072 m	Schaden möglich	Entschädigungsverfahren vorbehalten
173 174	Stadt Wr.-Neustadt Gerstecker Franz	bleiben an der Stelle, Querschnitt ad 173 92/92 keine Einwendung erhoben, Querschnitt ad 174 176/176, Oberkante in die Cote 284·780	ausgeglichen Schaden ausgeschlossen	Entschädigung entfällt dto.
175	Seiser Franz	tiefer zu legen um 0·017 m	Schaden möglich	Entschädigungsverfahren vorbehalten
176	Bauhof Wr.-Neustadt	tiefer zu legen um 0·038 m	dto.	dto.
177	Seiser Franz	höher zu legen um 0·043 m	dto.	dto.
178	dto.	höher zu legen um 0·009 m	dto.	dto.
179	dto.	höher zu legen um 0·197 m	dto.	dto.
180	Bauhof Wr.-Neustadt	höher zu legen um 0·104 m	dto.	dto.
181 182	Religionsfond	zu vereinigen, bachaufwärts zu verlegen bis zu jener Stauschleuse, an welcher Nr. 180 liegt, Oberkante in die Cote 384·328, Querschnitt 273/273	—	dto.
183 184 185	Schreiner Matthias Ehold Johann Bauhof Wr.-Neustadt	unverändert, liegen an Oberwasser oder an beweglichen Stauwehren, das Erkenntnis bleibt in suspenso, bis an Stelle des jetzigen provisorischen Zustandes bei der elektrischen Kraftcentrale in Wr.-Neustadt ein definitiver geschaffen ist	Erhebung und Entschädigungsverfahren vorbehalten	
186 187 188 189 190 191	Bauhof Wr.-Neustadt dto. Wallner Franz Trauker Gustav Bauhof Wr.-Neustadt Buchgraber Franz	dto.	dto.	

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 30. und 31. October 1894.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	3685	Stück
Fettschweine	8859	„
Summa	12544	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	10363	Stück
für das Land	1865	„
unverkauft blieben	316	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine	von 33	bis 39	(—)	kr.	per Kg. Lebendgewicht
Fettschweine	„ 34	„ 37	(—)	„	

Der Geschäftsverkehr war am Dienstag-Hauptmarkte ruhig und konnten sich die vorerwähnten Preise behaupten.

Am heutigen Nachmarkte ist bei sehr flauer Tendenz in den mittleren und minderen Qualitäten der Jung- und Fettschweine ein Preisfall von 14 kr. per Kilo eingetreten.

* * *

Pferdemarkt vom 30. October 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 388 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—550 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 20— 80 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 31. October 1894.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 2441, Kälber lebend 223, Lämmer Waidner 142, Lämmer lebend 25, Schafe Waidner 499 Schafe lebend 7005, Schweine Waidner 935.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg.	von 42	(—)	bis 64	(—)	kr.
Kälber lebend	„ „ „	40	(—)	„ 56	(—)	„
Lämmer Waidner	per Paar	von 4		bis 9		fl.
Lämmer lebend	„ „ „	7		„ 11		„
Schafe Waidner	„ Kg.	von 20	(—)	bis 40	(—)	kr.
Schafe lebend	„ Paar	von 8		bis 22		fl.
Schweine Waidner	„ Kg.	„ 40	(—)	bis 52	(—)	„
Schweine lebend junge	„ „ „	—		„ —		„
Schweine lebend fette	„ „ „	—		„ —		„

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 231 Stück Kälber mehr zugeführt. Anlässlich des dieswöchentlichen Feiertages verkehrte der Markt in lebhafter Stimmung und haben sich die vorwöchentlichen Preise fest behauptet.

Auf dem Schafmarkte wurden um 230 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Infolge ungünstiger Exportverhältnisse und im allgemeinen schwächerer Nachfrage konnten trotz der zu Markte gestellten besseren Qualitäten nur gegen die Vorwoche relativ geringe Preissätze erzielt werden.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 31. October 1894 749 Stück Mast- und 467 Stück Beinlvieh aufgetrieben. In den Montagspreisen ist keine Veränderung eingetreten.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 29. October bis 1. November 1894:

Für Neubauten:

III. Bezirk: Haus, Gürtelstraße, Grundb.-Einl. 2722, von Ed. Rösner, Baumeister (7942).
„ „ Haus, Kleist- und Kölblgasse, Grundb.-Einl. 2691, von Marcus Siebenschein, Bauführer A. Brunner (7989).
V. Bezirk: Haus, Spengergasse, Grundb.-Einl. 2032, von Wilh. Freyberg, I., Schottenring 31, Bauführer Joh. Ev. Adler (7943).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Fichtegasse 9 und 11, von Joh. Feichtinger, Maurermeister (7969).
„ „ Spiegelgasse 10, Dorotheergasse 11, von Ignaz Fleischer, Bauführer Dehm & Olbricht (7975).
II. Bezirk: Klosterneuburgerstraße 30, von Franz Bernert, Baumeister (7931).
III. Bezirk: Mohsgasse 17, von Emil Wehle, IX., Kolingasse 9, Bauführer F. Wögler (7967).
V. Bezirk: Rampersdorfgasse 34, von Heinrich Egger, Bauführer Edm. Czada (7987).
IX. Bezirk: Porzellangasse 6, von C. Armbruster, Bauführer Karl Hofmann (7957).
XI. Bezirk: Haus, Kaiser-Ebersdorf, Hauptstraße 16, von R. Lechner, Kaiser-Ebersdorf 17, Bauführer? (14599).
XVI. Bezirk: Ottakring, Hauptstraße 161, von Karl Müller, ebenda, Bauführer Ferdinand L. Baldia (48035).
„ „ Ottakring, Lerchenfelderstraße 39, von Johann Čech, ebenda, Bauführer Franz Gräf (48328).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Stiegen-Herstellung, Gonzagagasse 13, von Ernst Schiewick, I., Opernring 11, Bauführer? (7941).
„ „ Hofmauer, Spiegelgasse 10, Dorotheergasse 11, von Ignaz Fleischer, Bauführer Dehm & Olbricht (7975).
VIII. Bezirk: Rauchfang, Piaristengasse 34, von Franz Rumwolf, Bauführer F. Prokesch (7921).
XI. Bezirk: Hauscanal, Simmering, Feldgasse, Grundb.-Einl. 1396, C.-Nr. 616, von Emil Sammer, IX., Kinderspitalgasse 3, Bauführer Hugo Steiner, Architekt und Stadtbaumeister (14623).

Stockwerks-Aufsetzungen:

II. Bezirk: Schiffmühlenstraße 95, von Rudolf Silberstern und Otto Kößler, Bauführer Ed. Schätz (7960).
XVI. Bezirk: Ottakring, Lienfeldergasse 16, von Marie Schreiber, Lienfeldergasse 17, Bauführer Franz Ferenda (48261).

Gesuche um Bekanntgabe der Bauliaie wurden überreicht:

VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 34, von Karl Suchy, Rögerg. 22 (7981).
XII. Bezirk: Einl.-Z. 137, Cat.-Parc. 212 Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 78, von Heinrich Hayek, ebenda (30197).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

V. Bezirk: Siebenbrunnengasse 55, von S. Steiner, Siebenbrunnengasse 53 (7956).

Gewerbeanmeldungen vom 30. October 1894.

Stiegleithner Johann — Anstreicher — XV., Fünfhaus, Robert Hamerlinggasse 7.

Schlesinger Franz — An- und Verkauf von gebrauchten Theaterbüchern, Druckschriften, Musikalien und Ausleihen dieser Gegenstände — VI., Getreidemarkt 1.

Lang Otto — fabriksmäßige Erzeugung von Portalen und Geschäftseinrichtungen — III., Hauptstraße 70.

Willig Johann — Fleischhauer — VIII., Großmarkthalle.

Bauer Wilhelm — Fleischselcher — XVIII., Währing, Annagasse 31.

Riha Adalbert — Fleisch-Verschleiß — XV., Neubaugürtel, Markt.

Wallig Johann — Gast- und Schankgewerbe — XVI., Ottakring, Payergasse 14.

Glaser Leopold — Gastwirt — V., Mittersteig 8.

Wichra Francisca — Gastwirtin — X., Hasengasse 24.

Deutschmann Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Lerchenfelderstraße 20.

Göthling Albert — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Rennweg 33.
Kappl Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Pötzleinsdorf, Hauptstraße 83.
Pestinsky Albine — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Hörndlgasse 15.
(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:

Sitzung des Gemeinderathes 2277

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 30. October 1894.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung des Gem.-Rathes Dr. Mittler wegen Fernbleibens 2277
2. Ergebnis der Wahl von zwei Mitgliedern der Gewölbewach-Commission (Gem.-Räthe Grorner und Haßfurther) . . . 2277
3. Auflegen des Bürstenabzuges für den Communal-Kalender pro 1895 behufs Einsicht und etwaiger Correctur 2277
4. Spende der Frau Julie v. Boschan 2277
5. Entscheidung der Statthalterei, betreffend die Regulierung des Kehrbaches zum Zwecke der Sicherung des Wasserbezuges zu Gunsten der Flasselbesitzer 2277
6. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Seiler, betreffend die Erstattung des Referates über die Herstellung von Kühlanlagen in der Großmarkthalle 2277
7. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Bachofen v. Echt, betreffend die Erweiterung des Nussdorfer Kindergartens . . 2278
8. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Strobach, betreffend Übelstände im Tramwayverkehre 2278
9. Desgleichen jener desselben Gemeinderathes, betreffend die Verzögerung der Arbeiten für den rechtsseitigen Sammelcanal längs des Wienflusses 2278
10. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Beutnitz, betreffend die Verlegung des Tramwaygeleises bei der Mariahilferlinie . . . 2278

Interpellationen:

11. Gem.-Rath Gräf, betreffend eine seitens städtischer Marktorgane angeblich gemachte Äußerung, betreffend die Verwendung von sauerem Tropfbier in den Wiener Gasthäusern 2278
12. Gem.-Rath Schlögl, betreffend seinen Antrag auf Errichtung von Pferdeschlachtkammern 2278
13. Derselbe, betreffend seinen Antrag auf Einsetzung einer gemeinderäthlichen Commission behufs Verwertung des Rathhauskellers 2279
14. Gem.-Rath Bärtl, betreffend die Einsetzung einer Gartenüberwachungs-Commission 2279
15. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Erstattung des Referates über den Antrag des Gem.-Rathes Frauenberger, puncto Abänderung der Vorschriften über die Sonntagsruhe bei Handelsgewerben 2279
16. Derselbe, betreffend die Beschleunigung der Arbeiten für die Einführung der Gasbeleuchtung in der Kasgrabenstraße in Sievering 2279
17. Derselbe, betreffend die Finalisierung der Berathungen über die Verwertung des Kehrichtes 2279
18. Gem.-Rath Jedlička, betreffend die Wassereinleitung in Häuser des XVIII. Bezirkes, Währing 2279
19. Derselbe, betreffend den angeblich unangemeldeten Gewerbebetrieb des Josef Geriup 2280
20. Gem.-Rath Gregorig, betreffend seinen Antrag wegen Petitionierung gegen die Concessionierung von sogenannten Warenhäusern 2280
21. Gem.-Rath Sebastian Grünbeck, betreffend die Durchführung der Canalisierungsarbeiten in der Hernalser Hauptstraße . . . 2280

Anträge:

22. Gem.-Rath Sebastian Grünbeck, betreffend die Erwirkung einer 18jährigen Steuerfreiheit für fünfzehn Häuser der Veronikagasse im XVII. Bezirke 2280
23. Gem.-Rath Schuh, betreffend die Erbauung eines modernen Hotels an Stelle der Hotels „Munsch“ und „Schadn“ 2280
24. Gem.-Rath Rißaweg, betreffend die Verbesserung der Fahrbahn in der Johannesgasse im I. Bezirke 2281

Referate:

25. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend das Project für die Erbauung des rechtsseitigen Sammelcanales längs des Donaucanales 2281
26. Derselbe, betreffend das Project für die Einwölbung des Arbesbaches im XIX. Bezirke 2285
27. Derselbe, betreffend die Baulinien- und Niveaubestimmung für die Hackinger Allee in Hütteldorf, XIII. Bezirk 2286
28. Gem.-Rath Matthies, betreffend die Grundüberlassung für den Vorsprung von fünf Einfriedungspfeilern bei der Realität Einl.-Z 1433 in Simmering des Kosef Koch 2286
29. Gem.-Rath Schlechter, betreffend die Grundtransaction mit der Gemeinde Liesing mit Rücksicht auf einen Grundstreifen der städt. Versorgungshaus-Realität daselbst 2287
30. Derselbe, betreffend die Thorportalanlage beim Hause 25 Gumpendorferstraße im VI. Bezirke des Jakob Franz Neugebauer 2288
31. Gem.-Rath Wurm, betreffend Adaptierungen im Mariahilfer Bezirksamtsgebäude behufs Verlegung vom Amtslocalitäten . . 2288
32. Derselbe, betreffend die Restaurierung des Monumentalbrunnens in der Alserstraße nächst der Skodagasse 2290
33. Derselbe, betreffend eine Grundabtretung an die Donauregulierungs-Commission anläßlich der Errichtung der Schleusenanlage in Nußdorf 2290
34. Derselbe, betreffend die Ertheilung des Bauconsenses für den Bau einer Doppel-Volksschule im XVII. Bezirke, Hernals, Stiftgasse 29 2291
35. Derselbe, betreffend die Ertheilung des Bauconsenses für den Schulhausbau VI. Bezirk, Mittelgasse 24 2291
36. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend die Remunerationsbewilligung für die Unterrichtsertheilung an fremden Schulen (Zuschusscredit) 2291
37. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Dr. Rafael Coën für den unentgeltlichen Heilcurs für stotternde Schulkinder 2291
38. Derselbe, betreffend das Ansuchen der Professoren der Wiedener Communal-Oberrealschule um Honorierung von Überstunden und Fortbezug der Differenzen zwischen den communalen und staatlichen Bezügen für den Fall ihrer Einreihung in die VIII. Rangclasse 2292
39. Siehe unter Wahlen.
40. Gem.-Rath Dr. Lederer, betreffend das Präliminare des städt. Lagerhauses pro 1895 2293
41. Derselbe, betreffend die Bewilligung des halben Quartiergeldes bei der Pensionierung eines in die Rang-, beziehungsweise Bezugsclassen nicht eingereihten, mit Jahresgehalt definitiv angestellten städt. Bediensteten 2294
42. Gem.-Rath Dr. Huber, betreffend die Bewilligung eines Beitrages zur Hafner-Stiftung anläßlich des 25jährigen Bestandes des Reichs-Volksschulgesetzes 2294

Wahlen:

39. Vornahme der Wahl von zwei Mitgliedern in den Wiener Bezirksschulrath, von drei Mitgliedern in den k. k. nied.-öst. Landesschulrath, von vier Mitgliedern in die Gewerbeschul-Commission und von sechs Mitgliedern in den Verwaltungsausschuss des Vereines zur Errichtung und Erhaltung des Franz Josef-Jugendasyles 2292

Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 30. October 1894.

Inhalt:

1. Gem.-Rath Dr. Lederer, betreffend Auflassung des Pensionsfondes der bestandenen Gemeinde Unter-Meidling 2294
2. Derselbe, betreffend Functionsgebür für die Bezirksvorsteher-Stellvertreter des XI. und XIII. Bezirkes 2294
3. Derselbe, betreffend Anerkennung für die Functionäre der Ausstellung für Volksernährung 2294
4. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend den Antrag des Gem.-Rathes Steiner wegen Missbilligung des Gemeinderaths-Präsidiums 2294

Stadtrath:

Sitzungen des Stadtrathes 2294
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 24. October 1894 2295

Allgemeine Nachrichten:

Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien pro 1895 2299
Bescheid der k. k. Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen vom 1. October 1894, Z. 35278, betreffend das Erkenntnis der k. k. n.-ö. Statthalterei in Angelegenheit der Regulierung des Kehrbaches zum Zwecke der Sicherung des Wasserbezuges zu Gunsten der Flasselbesitzer 2299
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 30. und 31. October 1894 2307
Pferdemarkt vom 30. October 1894 2307
Stechviehmarkt vom 31. October 1894 2307
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 29. October bis 1. November 1894 2307
Gewerbeanmeldungen 2307
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen *)

1894.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
8. Novemb. 10 Uhr	Departement VII Stiege 7 (Mag.-Rath Stadler)	Vergebung der Lieferung von Wassermesser-Schutzkästen im Kostenbetrage von 5790 fl. 3—3

*) Pläne, Kostenanschläge &c. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von **5 Percent der Kostenanschlagssumme** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Prot.-Nr. 156686 ex 1894.

IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten, der Lieferung der hydraulischen Bindemittel, der Steinmetz-, Zimmermanns-, Spenglerarbeiten, der Falzziegel-Eindeckung, der Lieferung der Traversen, der Herstellung der Falzziegelgewölbe, der Bautischler-, Schlosser-, Anstreicher-, Glaser- und Bildhauerarbeiten, der Lieferung der Isolierplatten, der Herstellung der Holzcementdachung, der Asphaltiererarbeiten, der Lieferung der Steinzeugwaren, der Füllöfen, der Küchenherde, der Möbeltischlerarbeiten, der Lieferung der Schulbänke, der Installation der Gas- und der Wasserleitung, der Herstellung der Pissoirbespülung und der Closetlieferung, endlich der Brunnenmeisterarbeiten, der Lieferung der Pumpenanlage und des Gasmotors** für den Bau einer allgemeinen Doppel-Volksschule im XVII. Bezirke, Hernals, Stiftgasse Or.-Nr. 29, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Freitag den 16. November d. J., präcise 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle des Rathhauses**, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 31. October 1894. 1—3

Prot.-Nr. 178736 ex 1894.

Ref.-Nr. 3935. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der für den Bau des Lainzerbachcanales in der Strecke von der Bahnstation „Neue Welt" durch die Badhausgasse bis zum Wienflusse in Hietzing und den Bau der Nothausläße des Sammelcanales am rechten Wienflussufer zwischen Hietzing und Hütteldorf im XIII. Bezirke erforderlichen Arbeiten und Lieferungen, u. zw:

1. der **Erd-, Baumeister- und Pflastererarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 38.152 fl. 1 kr. und 6000 fl. Pauschale;

2. der **Lieferung der hydraulischen Bindemittel** im veranschlagten Kostenbetrage von 11.471 fl. 50 kr.;

3. der **Thonwarenlieferung** im veranschlagten Kostenbetrage von 4354 fl. 46 kr.;

4. der **Steinmetzarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 13.776 fl. 54 kr.

wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 13. November d. J., präcise um 10 Uhr vormittags,** im Bureau des Herrn Magistratsrathes **Linsbauer,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen Bedingnisse im Stadtbauamte (Bureau für Wienfluss-Regulierung) ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Das Vadium beträgt 5 Percent der Kostenanschlagssumme; dasselbe ist bei der städtischen Hauptcassa zu erlegen und die Bestätigung über den erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. November 1894. 1—3

*

Z. 30085.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am **19. November 1894** und eventuell an den darauffolgenden Tagen werden Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, Möbel, Fiakerwägen ꝛc. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen bare Bezahlung hintangegeben.

Kauflustige wollen sich im Amtshause des magistratischen Bezirksamtes XVIII. Bezirk, Währing, Martinsstraße Or.-Nr. 100, einfinden.

Die Auctionsstunden sind von 9 bis 12 Uhr vormittags.

Von dem magistratischen Bezirksamte für den XVIII. Bezirk.

Wien, am 13. October 1894. 2—3

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 19. d. M., Z. 28464, wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate Februar** 1894 verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 5013 bis inclusive Pfand-Nr. 10062 und **Effecten** von Pfand-Nr. 9241 bis inclusive Pfand-Nr. 18156 **am 9. November 1894, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5,** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,

am 22. October 1894. 3—3

Z. 62301.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am Mittwoch den 14. November 1894 wird eine Partie von 100 Säcken Mehl im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen sofortige bare Bezahlung des Kaufpreises veräußert werden.

Kauflustige werden aufgefordert, sich am obbezeichneten Tage im **Licitationslocale II., Untere Augartenstraße 11,** einzufinden.

Die Versteigerung beginnt **um 10 Uhr vormittags.**

Vom magistratischen Bezirksamte für den II. Bezirk im übertragenen Wirkungskreise

Wien, am 27. October 1894. 2—3

G.-Z. 170.208.

X.

Kundmachung.

(Lehrstellen.)

Auf Grund des Stadtraths-Beschlusses vom 17. October 1894, Z. 8205, und in Abänderung des Stadtraths-Beschlusses vom 25. September 1894, Z. 7493, kommen vom Beginne des II. Semesters des Schuljahres 1894/95 **am Communal-Obergymnasium im XIX. Bezirke von Wien, Ober-Döbling, zwei definitive Lehrstellen für classische Philologie** zur Besetzung.

Mit jeder dieser Lehrstellen sind die für definitive Lehrpersonen an staatlichen Mittelschulen normierten Bezüge, nämlich ein jährlicher Gehalt von 1200 fl., fünf Quinquennalzulagen à 200 fl. und eine Activitätszulage von jährlich 500 fl. verbunden.

Die Verleihung dieser Lehrstellen ist auch an die Bedingung geknüpft, dass sich die Competenten rücksichtlich der Lehrverpflichtung (des Ausmaßes an wöchentlich zu ertheilenden Lehrstunden ꝛc.) in Gemäßheit des Gemeinderaths-Beschlusses vom 3. Juli 1883, Z. 2907, den für das Lehrpersonale an k. k. Staatsmittelschulen geltenden gesetzlichen Bestimmungen und zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 9. October 1888, Z. 455, der für die communalen Beamten und Diener bestehenden Dienstpragmatik unterwerfen, daher sich insbesondere auch an eine andere communale Mittelschule Wiens versetzen lassen und weiters sich vertragsmäßig verpflichten, den Communaldienst niemals während der Dauer eines Schuljahres zu verlassen und gelegentlich der Übernahme in den Staatsdienst die Dienst- und Carenztaxen zu entrichten.

Bewerber um diese Stellen haben ihre vollständig, insbesondere auch mit dem Nachweise der österreichischen Staatsbürgerschaft und dem staatsgiltigen Lehrbefähigungs-Zeugnisse, sowie den Verwendungs-Zeugnissen instruierten, an den Wiener Stadtrath gerichteten Gesuche **bis längstens 1. December** 1894 beim Magistrate der Stadt Wien zu überreichen.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. October 1894. 3—3

Kundmachung.

(Ergänzungswahl eines Landtags-Abgeordneten für den IV. Wahlbezirk der Stadt Wien. — Reclamationen gegen die Wählerlisten.)

Nachdem mit der Kundmachung der h. k. k. n.-ö. Statthalterei vom **17. October** 1894 die Ergänzungswahl eines Landtags-Abgeordneten für den IV. Wahlbezirk der Stadt Wien ausgeschrieben wurde und der **26. November** 1894 als Wahltag festgesetzt worden ist, so wird in Gemäßheit des § 25 der Landtags-Wahlordnung Folgendes zur öffentlichen Kenntnis gebracht:

1. Die nach den Bestimmungen der §§ 12 und 17 der Landtags-Wahlordnung verfassten Wählerlisten werden durch acht Tage, **d. i. vom 29. October bis inclusive 7. November 1894,** täglich, mit Ausnahme des Sonn- und Feiertages, von 9 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags in der Gemeindebezirkskanzlei des IV. Bezirkes, Schäffergasse Nr. 3, zu jedermanns Einsicht aufgelegt.

2. **Reclamationen** gegen die Wählerlisten können daselbst von den Wahlberechtigten während dieser Frist (wegen Aufnahme in die Wählerlisten oder Weglassung aus denselben) eingebracht werden.

Die rechtzeitig eingebrachten Reclamationen werden innerhalb drei Tagen der h. k. k. Statthalterei vorgelegt, deren Entscheidung in jedem Falle endgiltig ist.

Reclamationen, die nach dem 7. November d. J. einlangen, werden als verspätet zurückgewiesen.

3. Die Bestimmungen über den Ort, die Zeit und die Art der Wahl werden seinerzeit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Wien, am 24. October 1894.

Der Bürgermeister:

Dr. Raimund Grübl. 2—3

Zur Statth.-Z. 76281 ex 1894.

Kundmachung.

(Maria Ferner'sche Waisenausstattungs-Stiftung.)

Auf zwei Maria Ferner'sche Waisenausstattungen à 150 fl. haben Personen männlichen oder weiblichen Geschlechtes Anspruch, welche in den **k. k. Waisenanstalten in Wien** oder **Judenau** erzogen wurden und nachweisen, durch diese Unterstützung in vollkommen erwerbsfähigen Stand gesetzt zu werden, Mädchen auch noch im Falle ihrer Verehelichung.

Gesuche sind **bis längstens Ende November 1894** bei der k. k. n.-ö. Statthalterei zu überreichen und mit dem Taufscheine, dem legalen Armutszeugnisse, dem Zeugnisse über das Wohlverhalten in der Waisenanstalt, sowie über den seitherigen Lebenswandel und die Arbeitsamkeit, beziehungsweise im Falle der beabsichtigten Verehelichung über die Moralität und Erwerbsfähigkeit des Bräutigams zu belegen.

Die Auszahlung der Ausstattung kann erst nach erbrachtem Nachweise über den stattgefundenen Antritt eines Gewerbes oder Erwerbes, beziehungsweise bei Mädchen über nach Verleihung der Stiftung erfolgte Verehelichung erfolgen.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Wien, am 28. September 1894. 2—3

Ad M.-Z. 152579 ex 1894.

XII.

Kundmachung.

(Waisenstiftung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass am **6. Februar 1895** die fälligen Interessen der **Adolf Ignaz Mautner Ritt. v. Markhof**'schen Stiftung für Wiener Waisenknaben und der **Julie Marcellin Mautner v. Markhof**'schen Stiftung für Wiener Waisenmädchen im Betrage von **2520 fl. für jede Stiftung,** nach Abrechnung der Insertions- und Druckkosten zur Vertheilung gelangen werden.

Laut des Stiftbriefes der **Adolf Ignaz Mautner Ritt. v. Markhof**'schen Stiftung für die Wiener Waisenknaben sind zur Bewerbung um diese Stiftung **alle jene armen Waisenknaben** berufen, welche in **Wien heimatberechtigt** sind, ob selbe in oder außer Waisenanstalten sich befinden, und in dem **Alter** von **12 bis 16 Jahren** stehen.

Zur Bewerbung um die Julie Marcelline **Mautner v. Markhof**'schen Waisenstiftung zur Ausstattung von Wiener Waisenmädchen sind laut des Stiftbriefes **alle jene armen Waisenmädchen** berufen, welche in **Wien heimatberechtigt** sind, ob selbe in oder außer Waisenanstalten sich befinden und in dem **Alter** von **10 bis 14 Jahren** stehen.

Nach den stiftbrieflichen Bestimmungen sind die Stiftungsinteressen zu gleichen Theilen, und zwar mit je 310 fl. an acht, die obigen Eigenschaften besitzenden Waisenknaben und an acht stiftbrieflich geeignete Waisenmädchen zu verleihen, von denen vier Waisenknaben und vier Waisenmädchen der katholischen Religion, zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der evangelischen Religion A. C. oder H. C. und zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der israelitischen Religion anzugehören haben.

Die Bestimmung jener acht Waisenknaben und jener acht Waisenmädchen, welchen ein Stiftungsbetrag zuzuwenden ist, erfolgt durch das Los in der durch die Stiftbriefe für die Verlosung festgesetzten Weise.

Den Waisenknaben oder Waisenmädchen, welchen ein Stiftungsbetrag zufällt, wird dieser Betrag **nicht sofort ausbezahlt,** sondern es wird derselbe fructificiert und nach Maßgabe der diesfälligen Bestimmungen der Stiftbriefe zum Beginne eines Gewerbes, Fortsetzung der Studien (als Stipendium), bei Mädchen bei der Verehelichung nach vollendetem 18. Lebensjahre ausgefolgt.

Mütter, Vormünder oder Pflegeparteien, welche für die in ihrer Obsorge befindlichen Waisen um einen Stiftungsbetrag aus einer dieser beiden Stiftungen bittlich werden wollen, haben ihre Gesuche mit dem Tauf- (Geburts-)scheine, Impfzettel der Waisen, einem Nachweise über deren Heimatberechtigung in Wien, dem Todtenscheine der Eltern oder des Vaters der Waisen und endlich mit den Schulfortgangszeugnissen (Jahreszeugnissen oder Schulnachrichten) oder den Zeugnissen über deren Fortgang in einer Berufsbildung zu belegen und bis **längstens 20. November 1894** im Einreichungsprotokolle des **Wiener Magistrates** zu überreichen.

Auf verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 1. October 1894. 1—3

Z. 61443.

XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass beim **Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsfonde** nachstehende Stiftplätze in Erledigung gekommen sind, und zwar:

1. Ein **Philipp Andreas Freiherr v. Gigant'scher Johannesspital-Stiftplatz** für eine arme Person mit monatlichen 4 fl. 20 kr.

Laut Fundationsbriefes vom 17. December 1789 ist die Präsentation den Erben des Stifters vorbehalten.

2. Ein **Katharina Sprukh'scher Johannesspital-Stiftplatz** monatlicher 3 fl. 30 kr. für eine arme Weibsperson.

Laut Fundationsbriefes vom 12. Jänner 1737 ist den Erben der Stifterin das Präsentationsrecht vorbehalten.

3. Eine **Johann Friedrich Günter v. Sternegg'sche Johannesspital-Stiftung** monatlicher 3 fl. 70 kr. „auf einen veraltet mühseligen Mann".

Das Präsentationsrecht ist laut Fundationsbriefes vom 2. Jänner 1739 den Erben vorbehalten.

5. Ein **Georg Friedrich Schick und Johann Georg Managetta'scher Großarmenhaus-Stiftplatz** monatlicher 4 fl. für eine arme Person.

Laut Fundationsbriefes vom 20. Juli 1708 ist das Präsentationsrecht den Stiftern und deren Nachfolger vorbehalten.

5. Eine **Josefa Gräfin v. Starhemberg'sche Großarmenhaus-Stiftung** für eine arme Person mit monatlichen 4 fl. und 3½ kr. täglicher Zulage.

Laut Fundationsbriefes vom 1. December 1745 ist die Präsentation der Stifterin vorbehalten; letzter Präsentant war Se. Durchlaucht der Fürst Josef Rudolf Colloredo zu Mansfeld in Prag.

6. Ein **Antonius de Rossi'scher Großarmenhaus-Stiftplatz** mit 3 fl. 20 kr. monatlich und 3½ kr. täglicher Zulage für einen Armen.

Laut Fundationsbriefes vom 30. August 1775 ist das Präsentationsrecht dem Rossi'schen Universalerben und dessen Nachfolger vorbehalten.

Diejenigen Personen, welche auf das Präsentationsrecht zu einer dieser Stiftungen Anspruch erheben zu können glauben, wollen unter Nachweisung ihres Rechtstitels **längstens bis 10. November d. J.** eine stiftbriefmäßig geeignete Person anher präsentieren. Nach fruchtlosem Ablaufe dieses Termines wird die Besetzung der vorerwähnten Stiftplätze von amtswegen erfolgen.

Wien, am 13. October 1894. 2–3

INSERATE.

PATENTE im In- und Auslande

Muster- u. Markenschutz in allen Ländern besorgt das Erste beh. autorisierte Privilegien-Bureau

H. Palm (Michalecki & Co.) Wien, I., Stefansplatz 8, Brandstätte 1.

Durch dieses Bureau wird fast der vierte Theil aller in Österreich-Ungarn ertheilten Patente erwirkt und wurden durch dasselbe bis nun über **18.000 Patentbesorgungen** durchgeführt. — Herausgabe und Redaction des **„Illustrierten österreichisch-ungarischen Patentblattes"**. — Besorgung von Copien in- und ausländischer Patentschriften. — Telegramm-Adresse: „Patent" Wien. — Telephon Nr. 387. — Preis-Courante und Probe-Nummern gratis und franco. 117

Unverwüstliche Drahtnetzmatratzen mit 10jähr. Garantie



von ärztlichen Autoritäten aufs beste empfohlen, werden nach Einsendung der genauen Bettgrösse billigst ausgeführt. **Maschindrahtgeflechte, Drahtgitter, Drahtgewebe** jeder Art, **Park- und Garteneinfriedungen** in bester, billigster Ausführung empfehlen

G. Bernhardt's Söhne, Wien,
Gaudenzdorf, Hauptstrasse 23. — Preislisten gratis.

Zur gefl. Aufklärung!

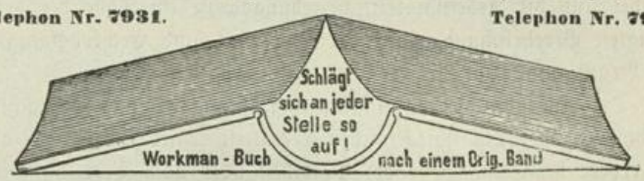
Trotz der vielfachen Anfeindungen und abfälligen Urtheile, welcher sich die Workman'sche patentirte Zwirnheftung von Seite der Concurrenz erfreut, erringt sich dieselbe wegen ihrer grossen Vorzüge immer weitere Freunde.

Von vielen hiesigen und auswärtigen ersten Firmen, welche Geschäftsbücher mit Workman's Patentheftung bereits längere Zeit im Gebrauche haben, sind mir über das flache Aufliegen und die unverwüstliche Dauerhaftigkeit derselben die schmeichelhaftesten Anerkennungen zugekommen.

Workman-Geschäftsbücher sind im Preise nicht höher als die Bücher von anderen Fabrikanten mit der veralteten mangelhaften Heftung.

Einband nach System Workman (Chicago).

Telephon Nr. 7931. **Telephon Nr. 7931.**



Geschäftsbücher mit Workmans Patent-Zwirnheftung

legen sich ganz flach auf, bilden keine krummen oder welligen Flächen, und ist die Haltbarkeit derselben unverwüstlich.

Geschäftsbücher-Fabrik **Jacques Fischer** I., Börsegasse 3.

Geschäftsgründung 1781.



Geschäftsgründung 1781.

Eduard Hauser

k. u. k. Hof-Steinmetzmeister

Wien, IX., Spitalgasse 19

empfiehlt sich zur

Ausführung aller Gattungen Steinmetz-Arbeiten.

Grosses Lager selbsterzeugter stylgerechter **Grabmonumente.**

Kohle

50 Kilo Bohemia-Salonkohle **55** kr.

50 Kilo prima preussische Steinkohle **72** kr.

in plombierten Säcken franco ins Haus gestellt nach allen Bezirken Wiens. — Bei Fuhren bedeutend billiger.

J. Peter, Bergwerksbesitzer,

Wien, Stefansplatz, Jasomirgottstrasse 6.

Telephon Nr. 3495.



Dessin-Tafeln

jeder Art für **Stiegenhäuser, Windfänge, Oberlichten, Auslage-Fenster** nach eigenen Mustern und jeder eingesandten Zeichnung, weiss und bunt geätzt und geschliffen.

Matt- und Mouslinglas

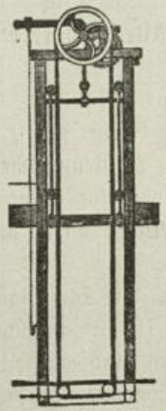
Spiegelgläser

für Schaufenster und Portale.

Musterbuch und Preisüberschläge gratis. 103

Herb & Schwab

Wien, XVIII., Hauptstrasse Nr. 82—84.



Lasten-Aufzug für Seilantrieb.

Aufzüge

aus der k. u. k.

Hof-Maschinen- u. Aufzüge-Fabrik

A. FREISSLER

Ingenieur.

Wien, X., Erlachplatz 4.
Budapest, VI., Hunyadiplatz 9.

Befasst sich seit 25 Jahren ausschliesslich mit der Erzeugung aller Arten von Aufzügen nach eigener bewährter Construction für **Lagerhäuser, Bahnhöfe, Zuckerfabriken, Brauereien** und **Brennereien, Hôtels** und **Privathäuser.**

Zur coulanten Besorgung aller **im Cursblatte notirten Effecten und Valuten** bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses **SCHELHAMMER & SCHATTERA** WIEN, I., Kärntnerstrasse Nr. 20.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 89. Dienstag, den 6. November 1894. Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **25. October 1894.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Grübl.
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Boschan, Müller, v. Götz, Dr. Nechansky, Dr. Hackenberg, Rückauf, Dr. Huber, Schlechter, Dr. Klotzberg, Schneiderhan, Kreindl, Stiaßny, Dr. Lederer, Vaugoin, Dr. Lueger, Dr. Vogler, Matthies, Witzelsberger, Mayer, Wurm.

Beurlaubt: Vice-Bürgermeister Matzenauer; St.-R. R. v. Neumann.
Entschuldigt: St.-R. Dr. v. Billing.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung und macht nachstehende Mittheilungen:

Dem St.-R. Ritt. v. Neumann wurde aus Familienrücksichten ein Urlaub vom 25. bis inclusive 31. October d. J. ertheilt.

St.-R. Dr. v. Billing entschuldigt sein Fernbleiben wegen Theilnahme an einer Sitzung der Gesellschaft der Musikfreunde.

(Zur Kenntnis.)

In Beantwortung der Interpellation des St.-R. Dr. Klotzberg, betreffend die Regulierung der Lazarethgasse, IX. Bezirk, theilt der Bürgermeister mit, dass die Arbeiten durch Erhebungen hinsichtlich der Frage der Verpflichtung zur Vornahme von Adaptierungen an im provisorischen Niveau erbauten Häusern in dieser Gasse verzögert wurden, dass aber nunmehr das Detailproject für diese Regulierung dem Stadtrathe vorgelegt wurde. (Zur Kenntnis.)

Die Interpellation des St.-R. Schlechter, betreffend die Änderung in den Modalitäten der Auszahlung des Quartiergeldes an die Bediensteten der Pfandleihanstalt im XIV. Bezirke, beantwortet der Bürgermeister dahin, dass eine Änderung dieser Modalitäten in dem Sinne, dass nunmehr bloß eine monatliche Auszahlung des Quartiergeldes stattzufinden habe, nicht vorliege und daher die Nothwendigkeit entfalle, eine Weisung wegen Beibehaltung des bisherigen Modus zu erlassen. (Zur Kenntnis.)

(8073.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das Ansuchen des Ignaz Löwi um Zusammenlegung der Baustellen 2 und 3, Grundbuch Reihe XVII, Grundb.-Einl. 3731 und 2863 im II. Bezirke, Engerthstraße, und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(8483.) **Derselbe** referiert über die Errichtung einer Schupfe zur Unterbringung der Schneepflüge und eines Wächterhäuschens auf dem von der Gemeinde gepachteten Grunde Or.-Nr. 16 Obere Augartenstraße im II. Bezirke und beantragt die Ertheilung der Baubewilligung. (Angenommen.)

(5634.) **Derselbe** referiert über die Herstellung einer Heizungs- und Lüftungsanlage in der Schule XVII., Alsbachstraße 22, und beantragt, den Magistrat aufzufordern, im nächsten Jahre über die nothwendigen Adaptierungen, beziehungsweise Restaurierung der Heiz- und Lüftungsanlagen Bericht zu erstatten. (Angenommen.)

(8484.) **St.-R. Matthies** referiert über das Ansuchen des Karl Aigner um Bewilligung zur Herstellung eines Glashauses auf der Bürgerspitalfondsparcelle 979 und 980 in Simmering und Cat.-Parc. 694, 706/123 und 707/704 in Kaiser-Ebersdorf und beantragt, vom Standpunkte der Gemeinde Wien noe. des Wiener Bürgerspitalfondes als Grundeigenthümers die Bewilligung zu dieser Herstellung mit dem Beifügen zu ertheilen, dass der Bauwerber auf Grund der allgemeinen Pachtbedingnisse verpflichtet ist, bei Endigung

des Bestandverhältnisses die Baulichkeiten auf eigene Kosten zu entfernen. (Angenommen.)

(8533.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Rathausky um Ertheilung des Consenses zu Adaptierungen XI., Wintergasse 9, und beantragt die Zustimmung zur Ertheilung des Bauconsenses. (Angenommen.)

(8477.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Peter Helfert, Sectionsdieners der k. k. Krankenanstalt Rudolfstiftung, III. Bezirk, um Ermäßigung der Einbürgerungstaxe und beantragt, die Taxe von 100 fl. auf 50 fl. herabzusetzen. (Angenommen.)

(8527.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über die Abhaltung der Turnlehrer-Bildungscurse im Schuljahre 1894/95 und beantragt, sämmtliche männliche Bewerber unter den üblichen Bedingungen dem Turncurse I., Renngasse 20, zuzuweisen. Die Lehrerbildungscurse, welche vom I. Wiener Turnvereine und von den Herren Ludwig v. Balajthy und Anton Jahn abzuhalten wären, hätten für heuer ausnahmsweise zu entfallen.

Dem Wiener Bezirksschulrathe sei von der von Jahr zu Jahr rapid sinkenden Frequenz dieser Curse mit dem Ersuchen Mittheilung zu machen, dass in geeigneter Weise den Lehrpersonen auf die Nützlichkeit des Besuches dieser Turncurse hingewiesen werde wolle.

(Angenommen.)

(8512.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Kirchenmusikvereines der Pfarre St. Florian im V. Bezirke um Subventionierung und beantragt, diesem Vereine eine Subvention von 50 fl. ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8313.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Oberlehrers Josef Kaute um Entschädigung für die Errichtung des bestandenen Schulgartens II., Engerthstraße 105, und für Wagenauslagen und Beheizung anlässlich seiner Übersiedlung in das neue Schulgebäude II., Vorgartenstraße, und beantragt, dem Genannten in Gemäßheit des Magistrats-Antrages eine Entschädigung von 80 fl. zu bewilligen.

St.-R. Mayer beantragt eine Entschädigung im Betrage von 150 fl.

Referent accommodiert sich diesem Antrage unter der Bedingung, dass hinzugefügt werde: „zur gänzlichen Befriedigung der Ansprüche des Gesuchstellers."

Antrag Mayer mit Zusatz des Referenten angenommen.

(8428.) **Derselbe** referiert über die Ergänzungswahl in den Armenrath des IV. Bezirkes und beantragt, die Wahl des Berger Josef, Fachschuldirectors, zum Armenrathe mit der Functionsdauer bis Ende 1898 zu bestätigen. (Angenommen.)

(8366.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Adolf Spitzer um Nachsicht der Verpflegskosten für die Dienstmagd Francis.a Baumann im Betrage von 25 fl., beziehungsweise um Ermäßigung derselben, und beantragt die Abweisung des Ansuchens.

(Angenommen.)

(8331.) **Derselbe** referiert über die Schulgeldbefreiungen an der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule und beantragt die Genehmigung der diesbezüglich gestellten Magistrats-Anträge.

St.-R. Schlechter beantragt, dem Schüler Felix Kraus die Bezahlung des Schulgeldes sofort nachzusehen.

Antrag Schlechter abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

(8369.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Emanuel und Eduard Schweinburg um grundbücherliche Löschung der auf den Einl.-Z. 2779, 2780, 2781, 2782, 2535 im III. Bezirke haftenden Reallast zur unentgeltlichen Übergabe der halben Strohgasse im richtigen Niveau und beantragt, die angesuchte Löschung auf Kosten der Gesuchsteller zu genehmigen. (Angenommen.)

(8489.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Internationalen Elektricitäts-Gesellschaft um Bewilligung zur Kabellegung im III. und VI. Bezirke und beantragt, dieses Ansuchen unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Bedingungen zu genehmigen. (Angenommen.)

(8490.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Internationalen Elektricitäts-Gesellschaft um Bewilligung zur Kabellegung im II., VIII. und IX. Bezirke und beantragt, die Bewilligung unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Bedingungen zu ertheilen. (Angenommen.)

(8233.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Richard Langwara um Bewilligung einer Remuneration für die aushilfsweise Besorgung des Gesangsunterrichtes in der Wiedener Communal-Oberrealschule vom 1. Juni bis 15. Juli 1894 und beantragt, dem Genannten hiefür eine Entlohnung von 35 fl. zuzusprechen.

(Angenommen.)

(8212.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Samuel Steiner, Realitätenbesitzers, VI., Wallgasse 41, um Reducierung des Pachtzinses von 85 fl. 14 kr. pro Vierteljahr für Straßengründe in der Kohlgasse im V. Bezirke und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(8580.) **St.-R. Rückauf** referiert über den neuerlichen Bericht, betreffend die Lieferung von Arbeitspferden für die Straßenäußerung im I. Bezirke, und beantragt, in Genehmigung des Anbotes der Firma „Neuer Wiener Tattersall" (W. Schlesinger & Comp.) dieser Firma die Lieferung von zehn Stück Pferden schweren Schlages zum Preise von 460 fl. per Stück zu übertragen. (Angenommen.)

(8170.) **Derselbe** referiert über den Bericht, betreffend die bisher für das Schöpfwerk in der Wehrgasse, XIV. Bezirk, gemachten Auslagen und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8499.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Bestellung eines ständigen städtischen Unternehmers für die currenten Schmiedearbeiten zu Zwecken der Stadtsäuberung und beantragt, das Offert Nr. 11 des Josef Kaiser, V. Bezirk, Mauthausgasse 2, mit einem Nachlasse von 20 Percent für sämmtliche Tarifposten zu genehmigen und den genannten Offerenten als ständigen städtischen Unternehmer für die currenten Schmiedearbeiten zu Zwecken der Straßensäuberung im I. Bezirke für die Zeit vom 15. October 1894 bis 15. October 1897 zu bestellen.

Sämmtliche übrige Offerte wären zurückzuweisen.

(Angenommen.)

(8470.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Bespannung der Schneepflüge im I. Bezirke pro 1894 bis 1897, und beantragt, die Beistellung der Bespannung der Schneepflüge für alle fünf Sectionen des I. Bezirkes für die Winterperioden 1894/95, 1895/96 und 1896/97 zum angeforderten Offertpreise von 8 fl. für den ganzen, 5 fl. für den halben Tag, 10 fl. für die ganze, 6 fl. für die halbe Nacht per 1. und 2. Pferdepaar sammt Kutscher der Vienna General Omnibus-Company lim. I. Bezirk, Jasomirgottstraße 2, zu übertragen. (Angenommen.)

(8385.) **St.-R. Kreindl** referiert über den Verkauf des alten Gasmotors im Türkenschanzparke und Bewilligung eines Betrages zur Vergrößerung der Motorenhütte daselbst und beantragt:

1. Für die Vergrößerung der Motorenhütte im Türkenschanzparke wird ein Betrag von 225 fl. bewilligt und aus diesem Anlasse zur Rubrik XXIV 1 f „Auslagen für die Bewässerung" ein Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses genehmigt.

2. Unter einem wird für diese Hütte der Bauconsens ertheilt.

3. Der Verkauf des alten Gasmotors daselbst an Laurenz Dobek zum Preise von 60 fl. wird genehmigt. (Angenommen.)

(8530.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über die Ausführung eines Waghäuschens am Kärnthnerthormarkte im IV. Bezirke und beantragt die Ertheilung des Bauconsenses. (Angenommen.)

(8528.) **St.-R. Mayer** referiert über die Verpachtung von städtischen Gründen in Kaiser-Ebersdorf und beantragt die Genehmigung des bezüglichen Licitationsprotokolles. (Angenommen.)

(8383.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für den Petroleumbedarf der Humanitätsanstalten pro 1895 und beantragt, die besagte Lieferung dem bisherigen städtischen Contrahenten Hermann Stiaßni unter Annahme seines diesbezüglichen Offertes zu übertragen, nach welchem derselbe bereit ist, amerikanisches Petroleum Nr. 2 mit einem specifischen Gewichte von 799·55° und dem Entflammungspunkte von 27·7 C zum Preise von 21 fl. per 100 kg netto für Wien und 22 fl. 25 kr. für die auswärtigen Anstalten loco Anstalten gegen Einhaltung der zuliegenden Bedingungen zu liefern.

Es wäre jedoch noch ausdrücklich zu bedingen, dass sich in dem Falle, als im Asyl- und Werkhaus der bisherige Bedarf an Petroleum nicht mehr vorhanden sei, das zu liefernde Quantum um 1400 kg verringere. (Angenommen.)

(8582.) **St.-R. Schlechter** referiert über die weitere Nachbestellung von Wasserleitungs-Anbohrungsbestandtheilen (dritte Nachbestellung) für die neuen Bezirke pro 1894 und beantragt, diese Nachbestellung im Kostenbetrage von 22.420 fl. 99 kr., welche auf Rubrik XXVI 5 zu verrechnen und von Fall zu Fall von den Parteien rückzuvergüten sind, bei dem Ersteher dieser Lieferung pro 1894 S. Kelsen zu bewilligen. (Angenommen.)

(8526.) **Derselbe** referiert über die Vergebung der zum Baue des Hochreservoirs in Breitensee erforderlichen Façonrohre und beantragt, diese Lieferung der Wittkowitzer Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft zum Preise von 13 fl. 50 kr. für Flanschen und von 11 fl. für Muffenrohre und unter Bewilligung der Vergütung der Modellkosten per 350 fl. zu übertragen. (Angenommen.)

(8588.) **Derselbe** referiert über das Ausgleichsanbot der Erben nach Karl Scholtes puncto Wassermehrverbrauchsgebüren für die Häuser IX., Spittelauerlände 3 a und b, und beantragt, das Ausgleichsanbot per 793 fl. anzunehmen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(8394.) **St.-R. Wurm** referiert über das Project der k. k. Bauleitung der Vorortelinie der Stadtbahn, betreffend die provisorische Regulierung der Hohewartgasse und der Gemeindegasse in Unter-Döbling und beantragt, dem vorgelegten Alternativprojecte für diese provisorische Regulierung unter der Bedingung zuzustimmen:

1. dass die Straßenböschungen nach Erfordernis entsprechend versichert werden, und dass die definitive Regulierung nach dem vom Stadtrathe mit dem Beschlusse vom 19. Juni 1894, Z. 4914, genehmigten Projecte im Jahre 1895 unverändert ausgeführt werde;

2. dass sich das Bahnunternehmen, conform dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 17. April 1894, Z. 2411, verpflichtet, hinsichtlich etwaiger Entschädigungsansprüche der Eigenthümer der Häuser Or.-Nr. 26, 28 und 30 Gemeindegasse die Gemeinde Wien vollkommen klag- und schadlos zu halten.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Zustimmung mit dem Ausdrucke des Bedauerns zu ertheilen, dass die definitive Regulierung der Hohewartgasse auf so lange Zeit verzögert werde.

Referenten-Antrag mit Zusatz Dr. Lueger angenommen.

(8393.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Bauunternehmung Brüder Redlich & Berger um Bewilligung zur probeweisen Anlage eines Zweiggeleises zum Baumaterialientransporte auf dem Territorium des Heiligenstädter Bahnhofes der Wiener Stadtbahn und beantragt, dieser Anlage vom Standpunkte der Straßenbenützung unter der Bedingung zuzustimmen, dass:

1. durch die provisorische Niveaukreuzung der Halteraugasse der öffentliche Verkehr nicht beeinträchtigt und der Abfluss der Niederschlagswässer nicht behindert wird, und

2. die Unternehmung die erforderlichen Vorkehrungen für die Sicherheit des allgemeinen Verkehres trifft. (Angenommen.)

(8384.) **Derselbe** referiert über die Überlassung der infolge der Übersiedlung der Sparcassa disponibel werdenden Localitäten im Hernalser Amtshause zu Armeninstituts- und Ortsschulrathszwecken und beantragt:

1. die bisher der „Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals" im Hernalser Amtshause XVII., Elterleinplatz Or.-Nr. 2, um den jährlichen Mietzins von 250 fl. inclusive Nebengebüren vermieteten Localitäten werden nach Übersiedlung dieser Sparcassa in ihr eigenes Haus, beziehungsweise nach Durchführung der erforderlichen Adaptierungsarbeiten für Zwecke des Armeninstitutes Hernals, respective zum Theile auch für Zwecke des Ortsschulrathes des XVII. Bezirkes gewidmet;

2. die im Localaugenscheins-Protokolle vom 11. October 1894, Z. 169649, näher detaillierten Adaptierungsarbeiten werden mit der Maximalkostensumme per 260 fl., welche zum Theile auf der Rubrik IV 4 „Beleuchtung der Amtslocalitäten" und zum restlichen Theile auf der Rubrik XII 4 d „Erhaltung und Reparatur der gemischten Häuser" Deckung findet, genehmigt;

3. von dem sub Z. 1 erwähnten Zeitpunkte angefangen werden dem Armeninstitute die in der beiliegenden Planskizze mit den Buchstaben H, I und K bezeichneten Localitäten, dem Ortsschulrathe das mit dem Buchstaben E bezeichnete Zimmer und dem Obmanne des Ortsschulrathes und dem der Armeninstituts-Vorstehung als gemeinsames Amtslocale das mit dem Buchstaben G bezeichnete Cabinet zugewiesen;

4. nach der Übersiedlung des Ortsschulrathes aus den bisherigen, im zweiten Stocke des Hofquertractes gelegenen Localitäten in die im vorhergehenden Punkte genannten Ubicationen werden erstere dem magistratischen Bezirksamte für den XVII. Bezirk behufs einer zweckmäßigeren Unterbringung der Marktcommissariats-Abtheilung gegen dem überlassen, dass das am Ende des linksseitigen Hoftractes im zweiten Stocke gelegene Zimmer nicht nur als Amtslocale der Veterinäramts-Abtheilung, sondern auch zur Aufbewahrung eines Theiles der Registratursacten benützt wird;

5. die von der Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals in den im Punkte 1 dieser Anträge genannten Localitäten auf ihre Kosten veranlassten Herstellungen, nämlich die gesammte Gasleitung exclusive der Gasbeleuchtungskörper, eine circa 5·50 m lange und circa 4 m hohe Glaswand, den harten Brettelboden im Directionszimmer, sowie den in diesem Zimmer aufgestellten schwedischen Ofen, vier Dosi'sche Schlösser in den beiden mit Eisenblech beschlagenen Zugangsthüren einschließlich der Versicherungsvorrichtungen gegen das „Ausheben dieser Thüren im gesperrten Zustande", ferner drei Stück Fensterplachen (sogenannte Selbstroller), endlich einen der beiden Schalter

erwirbt die Gemeinde Wien käuflich um den Pauschalbetrag von 137 fl. von der genannten Sparcassa. (Angenommen.)

(8424.) **Derselbe** referiert über die Restaurierung des Monumentalbrunnens in der Alserstraße nächst der Skodagasse und beantragt:

1. nach Cassierung des bestehenden alten Bassins die Herstellung des neuen Brunnens mit der vom Bildhauer Wilhelm Sturm zu restaurierenden Fischer'schen Bleifigur auf der im Situationsplane roth lasierten Stelle vor dem Hause Nr. 35 (8 m von der Trottoirkante entfernt), und zwar nach dem Projecte I zu genehmigen;

2. den Brunnen aus Hundsheimerstein und die Stufen aus Mauthausener Granit ausführen zu lassen;

3. den hienach resultierenden Kostenbetrag (unvorgreiflich der allfälligen Ermäßigung durch die Offertverhandlung mit 5700 fl. zu genehmigen und im Präliminare pro 1895 einzusetzen, und

4. zur Sicherstellung der Steinmetzarbeiten nach der vorliegenden Vorschrift eine beschränkte Offertverhandlung unter Beiziehung der Herren Eduard Hauser, Paul Wasserburger und der Union-Baugesellschaft abzuhalten.

Der Referenten-Antrag wird genehmigt und weiters beschlossen, den Magistrat aufzufordern, wegen Anbringung eines für den gewöhnlichen Gebrauch benützbaren Brunnens an einer anderen Stelle Anträge zu erstatten.

(Genehmigung des Projectes I an den Gemeinderath.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **26. October 1894.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Grübl.
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Entschuldigt: St.-R. R. v. Neumann.
Experten: Baudirector Berger, Oberingenieur Kohl.
Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung.

(8589.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über den Erlass des Landesschulrathes vom 4. September 1894, Z. 8224, puncto provisorischer Bestellung einer weiblichen Lehrkraft für die Parallelclasse zur dritten Bürgerschulclasse an der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Mädchen II., Holzhausergasse 7, und beantragt die Ergreifung des Recurses gegen den vorstehenden Landesschulraths-Erlass, insoweit der Wiener Bezirksschulrath ermächtigt wird, eine provisorische weibliche Lehrkraft in Verwendung zu nehmen. (Angenommen.)

(8525.) **Derselbe** referiert über die Art der Systemisierung des Lehrstatus an mehreren Mädchenschulen im XIV. Bezirke und beantragt die Ergreifung des Recurses gegen die Art der Systemisierung an den im Magistrats-Referate bezeichneten Mädchenschulen aus dem von der Gemeinde in allen analogen Fällen angeführten Gründen. (Angenommen.)

(8480.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Rubrik XLIII 24 anlässlich Remunerationsbewilligungen für die Unterrichtsertheilung an fremden Schulen und beantragt, zur obigen Rubrik einen Zuschusscredit von 10.500 fl. zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(8342.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des n.-ö. Volksbildungsvereines um Überlassung des Zeichensaales in der Webschule VI., Marchettigasse 3, und beantragt, demselben zur Abhaltung von Vorlesungen für Fortbildungsschulen den Zeichensaal in obiger Schule an mehreren Sonntagsnachmittagen unter Vorbehalt die Genehmigung des k. k. n.-ö. Landesschulrathes und unter den mit den Beschlüssen des Stadtrathes vom 10. September 1891, Z. 1517, und vom 3. Jänner 1893, Z. 7208, genehmigten Bedingungen, jedoch unter Nachsicht der Beleuchtungs- und Beheizungskosten zur Mitbenützung bis auf Weiteres überlassen zu wollen. (Angenommen.)

(8250.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Gustav Ritter um Anbringung einer Ankündigungstafel an dem Wienflussgitter neben dem rechten und linken Brückenkopfgitter der Elisabethbrücke im IV. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(7685, 8260.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Frauenberger puncto Abänderung der Vorschrift über die Sonntagsruhe und beantragt, mit Rücksicht auf den seither von der hohen Regierung dem hohen Abgeordnetenhause vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Sonntagsruhe ist der Act unter Anschluss der zur Z. 8260 überreichten Petition an den Magistrat mit dem Auftrage zurückzuleiten, über die muthmaßlichen Rückwirkungen des fraglichen Gesetzes auf die in Wien diesfalls bestehenden Verhältnisse Bericht zu erstatten. (Angenommen.)

(8510.) **Derselbe** referiert über die Genehmigung des Stiftbrief-Entwurfes für die Stiftung der Geschwister Karl und Marie Braun für Blinde und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Stiftbrief-Entwurfes. (Angenommen.)

(8361.) **Derselbe** referiert über die Bezeichnung der städtischen Schulen XVI., Ottakring, Hauptstraße 158, und Ottakring, Arnethgasse 27, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8146, 8147, 8142, 8141, 8140, 8143, 8148, 8145, 8144.) **Derselbe** referiert über den Besetzungsvorschlag für Volksschullehrer-, -Unterlehrer-Stellen, respective Volksschullehrerinnen-, -Unterlehrerinnen-Stellen an allgemeinen Volksschulen für Knaben und Mädchen und beantragt zu Volksschullehrern zu ernennen (zu präsentieren):

für die Schule II., Schüttaustraße 78: Salomon Kulka;

für die Schule II., Aspernallee: Adolf Tegel;

zu Unterlehrern zu ernennen (zu präsentieren):

für die Schule XIX., Grinzing, Schulgasse 1: Richard Kargl;

für die Schule XIX., Schulgasse 50: Rudolf Fitz;

für die Schule XIX., Ober-Döbling, Kirchengasse 8: Ignaz Mahler;

für die Schule XVIII., Pötzleinsdorf, Hauptstraße 87: Theodor Illenberger;

für die Schule III., Hörnesgasse 12: Hans Gigler;
für die Schule VII., Zollergasse 41: Anton Mayer;
für die Schule X., Himbergerstraße 30: Anton Nasinski.
(Angenommen.)

(8519.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Eingabe des Karl Hettner, k. k. Forstmeisters in Neuwaldegg, wegen Verwertung der Laubstreu in den städtischen Gemeindewäldern von Hütteldorf, Ottakring, Pötzleinsdorf, Ober-Sievering und Ober-St. Veit und beantragt, es sei derselbe zu ermächtigen, aus obigen Gemeindewäldern die an den Promenadewegen und sonstigen einer Feuersgefahr ausgesetzten Örtlichkeiten sich anhäufende Laubstreu an sich meldende Parteien, und zwar die Traglast um 15 kr. oder den Raummeter um 45 kr. aus dem Hütteldorfer Gemeindewalde oder ein Joch Raumfläche um 5 fl. abgeben zu dürfen, wobei die Insassen der bestandenen Gemeinde Hütteldorf besonders zu berücksichtigen sind. (Angenommen.)

(8400.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Vorstehers des XII. Bezirkes um Einleitung der nöthigen Verhandlungen behufs Einlösung der zur Durchführung der Bischof- und Millergasse von der Schönbrunner Hauptstraße bis zur Fabriksgasse im XII. Bezirke erforderlichen Realitäten und beantragt diesem Ansuchen dermalen keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(8416.) **Derselbe** referiert über die Errichtung einer Beetz'schen Bedürfnisanstalt in der Schönbrunnerstraße in Ober-Meidling und beantragt, den Act an den Bezirksvorsteher mit dem Ersuchen zurückzuleiten, mit Herrn Weigl als Vertreter des Herrn Dreher Verhandlungen darüber einzuleiten, ob die Beetz'sche Anstalt nicht in den an das Frauenheim anstoßenden Gartentheil, welcher sehr selten benützt wird, aufgestellt werden kann. (Angenommen.)

(8585.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Anträge in Betreff der Verlassenschaft nach Anna Baminger und beantragt:

1. die Gemeinde Wien namens der zu Erben des Nachlasses nach Anna Baminger eingesetzten armen verlassenen Kinder des IX. Bezirkes ertheilt die Einwilligung zur Überlassung der Verwaltung des erblasserischen Hauses in Dornbach, Hauptstraße 132, Conscr.-Nr. 108, Einl.-Z. 13, sammt Zugehör an die Barmherzigen Brüder als Legatar derselben, jedoch mit dem Vorbehalte der eventuellen Legatsreduction gemäß § 692 a. b. G.-B. und der separaten Verwaltung und Verrechnung der Hauseinnahmen und -Ausgaben, bis zur definitiven Übertragung des Eigenthumsrechtes an dieselben;

2. die Forderungen des Dr. Franz Sobotka an ärztlichem Honorar per 30 fl., sowie des Dr. v. Duniecki an gemachten Auslagen für die erblasserische Haushälfte per 363 fl. 36 kr. compensatis expensis werden liquidiert und aus dem zu behebenden Sparcassabuche berichtigt; bezüglich der Anmeldung der Johanna Pisecky per 2000 fl. sind jedoch weitere Erhebungen zu pflegen;

3. der Rest von der für die Beerdigung legierten Rente per 1000 fl. abzüglich der verausgabten Leichenkosten per 713 fl. 72 kr. und den circa 13percentigen Übertragungs- und frommen Gebüren per 130 fl. im Betrage von 156 fl. ist seitens des Magistrates zum Ankaufe eines Grabsteines beim städtischen Contrahenten Hauser und zur Deckung der Kosten der Aufstellung desselben auf dem erblasserischen Grabe am Dornbacher Friedhofe, Gruppe 11, Grab Nr. 23, zu verwenden;

4. die im erblasserischen Testamente angeordnete Widmung eines Betrages von 500 fl. Rente wird seitens der Gemeinde Wien unter den für Graberhaltungen bestehenden allgemeinen Bestimmungen angenommen und hat als Bedeckungscapital der nach Abzug der circa 13percentigen Übertragungs- und frommen Gebüren per 65 fl. verbleibende Rest von circa 435 fl. zu dienen und sind die hievon alljährlich zu prästierenden Leistungen mit dem Todtengräber zu vereinbaren, endlich

5. ist auch zu Allerheiligen des laufenden Jahres das erblasserische Grab herrichten und mit einem einfachen Blumenschmucke um den Betrag von 5 bis 6 fl. durch den Todtengräber versehen zu lassen.
(Angenommen.)

(8627.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Bürgermeisters wegen Verleihung einer communalen Auszeichnung an Hofrath Professor Dr. Robert Zimmermann und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes taxfrei.
(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8542.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Adolf Hruschka, Kanzleipraktikanten, um Statuierung der Gleichwertigkeit der an der Wiener Handelsakademie zurückgelegten Studien mit jenen an einer Oberrealschule oder eines Obergymnasiums behufs Erlangung einer Buchhaltungs-Praktikantenstelle und beantragt die Abweisung.
(Angenommen.)

(8543.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des August Edelmüller, technischen Diurnisten, um definitive Anstellung respective Erhöhung des Diurnums und beantragt, das Ansuchen des Gesuchstellers um definitive Anstellung abzuweisen, demselben jedoch mit Rücksicht auf seine Verwendbarkeit und im Hinblicke auf seine fünfjährige Dienstzeit das bisherige Adjutum von 2 fl. 15 kr. auf 2 fl. 50 kr. zu erhöhen. (Angenommen.)

(8511.) **St.-R. Vaugoin** referiert über das Ansuchen der k. k. zoologisch-botanischen Gesellschaft in Wien um Subvention und beantragt, derselben eine Subvention von je 500 fl. für die Jahre 1895, 1896 und 1897 zu bewilligen.
(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8314.) **Derselbe** referiert über den Magistratsbericht in Betreff der Anbringung von Vorrichtungen an den Arcadengrüften am Central-Friedhofe behufs Verhinderung des Durchganges durch dieselben und beantragt:

1. Es seien zur Verhinderung des Durchganges durch die Arcaden, beziehungsweise über die Arcadengrüfte an den Arcadenpfeilern Kettengehänge nach der vom Stadtbauamte vorgelegten Zeichnung anzubringen.

2. Es sei zur Bedeckung der diesfälligen Auslage im Budget pro 1895 ein Betrag von rund 1100 fl. einzustellen.

3. Die betreffenden Arbeiten seien im Wege einer beschränkten Offertverhandlung sicherzustellen.

4. Es sei der letzte Absatz des § 6 der Vorschrift für die Überlassung der Arcadengrüfte in nachstehender Weise abzuändern: „Die Umschließung der einzelnen Arkadengrüfte mit Gittern oder Barrièren ist nicht gestattet." Der Schlusssatz wäre jedoch mit Rücksicht auf die bisherigen Erfahrungen ganz zu streichen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, es werde den Gruftbesitzern überlassen, die Absperrung der Grüfte auf ihre eigenen Kosten geschmackvoll herzustellen.

Punkt 4 des Referenten-Antrages angenommen.

Weiters wird beschlossen, den Magistrat zu beauftragen, eine Vorlage wegen einer gefälligeren Abschließung zu machen.

Der Stadtrath behält sich vor, bei Berathung der neuen Vorlage zu entscheiden, ob die Abschließung der Arcadengrüfte auf Kosten der Gemeinde oder Gruftbesitzer zu erfolgen hat.

(8551.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungsgebüren nach sieben Parteien im Betrage von 22 fl. 40 kr. aus dem XIV. Bezirke und beantragt die Abschreibung.

(Angenommen.)

(8545.) **St.-R. Müller** referiert über das Project für die Einwölbung des Arbesbaches und beantragt:

A. 1. der Stadtraths-Beschluss vom 3. August d. J., Z. 5814, Punkt 1, bezüglich des Projectes, dessen Kosten sich nunmehr auf 137.947 fl. 49 kr. belaufen, wird aufrecht erhalten. Der Punkt 2 dieses Beschlusses wird dahin abgeändert, dass die Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen und nach Maßgabe der Witterung auch im Winter fortzusetzen sind. Die über den im Jahre 1894 präliminierten Betrag von 36.000 fl. hinausgehenden Kosten sind im Budget des Jahres 1895 sicherzustellen.

Punkte 3 und 4 des Stadtraths-Beschlusses vom 3. August bleiben aufrecht. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

B. Vorbehaltlich der Genehmigung des Projectes durch den Gemeinderath werden die erforderlichen Arbeiten und Lieferungen in nachstehender Weise vergeben:

1. die Erd- und Baumeisterarbeiten an Julius Chailly gegen den offerierten Nachlass von 4·2 Percent vom Kostenbetrage von 115.062 fl. 99 kr. einschließlich 13.000 fl. Pauschale unter Zugestehung der Ausführung aller geraden Strecken über 8 m Tiefe im Wege der Minierung. Der Unternehmer ist zu verhalten, den Betrag der für den Fall einer Terminüberschreitung zu entrichtenden Conventionalstrafe nachträglich in das Offert einzusetzen;

2. die Lieferung des erforderlichen Roman-Cementes je zur Hälfte an die Firma Emanuel Tichy (Ramsauer Roman-Cement) zum offerierten Preise von 1 fl. 20 kr. per 100 kg (beziehungsweise zum reducierten Einheitspreise von 97·2 kr.) und an die Perlmooser Actiengesellschaft (Lilienfelder Roman-Cement) zum offerierten Nachlasse von 18·70 Percent (beziehungsweise zum reducierten Einheitspreise von 1 fl. 1·5 kr.);

3. die Lieferung des Portland-Cementes an die Firma M. Egger in Kufstein (Marke Egger & Luthi) zum offerierten Preise von 2 fl. 70 kr. per 100 kg (beziehungsweise zum reducierten Einheitspreise von 2 fl. 19 kr.);

4. die Lieferung der erforderlichen Thonwaren an die Firma C. Schlimp zum Preise von 92 fl. per 1000 Stück Klinkerziegel und von 3 fl. per Currentmeter Steinzeugrohre;

5. das nicht vorschriftsmäßig überreichte Offert der fürstl. Liechtenstein'schen Thonwarenfabrik ist nicht zu berücksichtigen und der genannten Fabrik uneröffnet zurückzustellen.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt, das uneröffnet vorliegende Offert der fürstl. Liechtenstein'schen Thonwarenfabrik zu eröffnen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, in der Erwägung, dass nach den Angaben des Oberingenieurs Kohl die Überzeugung gewonnen worden ist, dass das Offert der Liechtenstein'schen Thonwarenfabrik rechtzeitig überreicht worden ist, dasselbe zu eröffnen und der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Über Beschluss des Stadtrathes wird das versiegelte Couvert „Offert für die Lieferung von Klinkerziegel und Steinzeugrohre zur Einwölbung des Arbesbaches im XIX. Bezirke für die löbl. Commune Wien" und stampigliert: „Fürstlich Liechtenstein'sche Thonwaren- und Ziegelfabriks-Niederlage, Wien, IX., Liechtensteinstraße 46" — eröffnet und darin vorgefunden: 1. ein Einlagsbuch der I. österr. Sparcassa Nr. 222494, Folio 494/223, lautend auf Ludwig Schoderböck und über eine Einlage von 100 fl., saldo 13. October 1894, und darin in Barem ein Betrag von 75 fl.; 2. ein Offert ohne Stempel, datiert von 15. October 1894, unter Fertigung stampigliert wie oben und darunter geschrieben L. Schoderböck mit der Bemerkung, als Vadium:

ein Sparcassabuch Nr. 222494 auf ö. W. 100 fl.
und bar . . . . . „ „ 75 „
zusammen . ö. W. 175 fl.

1 Stück ganzer Ziegel
2 „ halbe „
1 Rohrbruchstück
} Muster.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt, die Arbesbach-Einwölbung in der Strecke von der Lerchengasse bis zur Einmündung in den Krottenbach an die Liechtenstein'sche Fabrik zu übertragen.

Der Antrag des St.-R. Dr. Klotzberg wird abgelehnt, der Referenten-Antrag 1 bis 4 angenommen.

Hiedurch erledigt sich auch der am 22. Juli 1894 vom Gem.-rathe Steiner eingebrachte Antrag, betreffend die Einwölbung des Arbesbaches.

(7925.) **Derselbe** referiert über das Project für die Erbauung des rechtsseitigen Sammelcanales längs des Donaucanales und beantragt:

1. Das vom Stadtbauamte vorgelegte Project für die Erbauung des rechtsseitigen Haupt-Sammelcanales längs des Donaucanales vom Schreiberbache in Nussdorf bis zur provisorischen Ausmündung in den Donaucanal nächst der Staatseisenbahnbrücke wird principiell, hinsichtlich der Theilstrecke vom Schreiberbache in Nussdorf bis zur Postgasse im I. Bezirke jedoch endgiltig genehmigt.

2. Das Project ist in diesem Sinne der Commission für Verkehrsanlagen in Wien zur weiteren Genehmigung mit dem Ersuchen vorzulegen, nach erfolgter Genehmigung um die Durchführung des wasserrechtlichen Verfahrens hinsichtlich der Theilstrecke vom Schreiberbache in Nussdorf bis zur Postgasse im I. Bezirke bei der k. k. n.-ö. Statthalterei einzuschreiten.

3. Die Strecke des Canales vom Schreiberbache bis zum Kaiserbade ist sofort in Angriff zu nehmen und sind die erforderlichen Arbeiten und Lieferungen nach drei Baulosen nach Genehmigung des Projectes durch die Commission für Verkehrsanlagen in Wien im Offertwege sicherzustellen.

Die Kostenanschläge für diese drei Baulose werden mit dem Gesammtbetrage von 941.776 fl. 65 kr. genehmigt.

4. Die Ausführung des Baues und die Vergebung der Arbeiten erfolgt auf Grundlage des zwischen der Gemeinde Wien und der Commission für Verkehrsanlagen in Wien abgeschlossenen Übereinkommens.

5. Die Verhandlungen mit den Grundeigenthümern wegen Erwerbung der zum Baue der zunächst auszuführenden Canalstrecke erforderlichen Grundflächen sind ungesäumt einzuleiten.

Zum Zwecke der Durchführung dieser Verhandlungen wird die Aufnahme einer Hilfskraft auf die Dauer des Bedarfes mit einem Bezuge von 1 fl. 30 kr. und einem Zehrungsbeitrage von 1 fl. täglich im Falle der auswärtigen Verwendung auf Rechnung der Commission für Verkehrsanlagen in Wien bewilligt.

6. Der Stadtrath spricht dem Stadtbauamte für die in rascher und lobenswerter Weise erfolgte Verfassung der Pläne die Anerkennung aus. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8355.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Zuschrift der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen vom 19. September 1894, Z. 20357, wegen Verhandlung bezüglich der Beseitigung der Eisanschoppungen beim Peischinger Landwehre und beantragt, die Abgeordneten des Magistrates für die am 31. October 1894 stattfindende Verhandlung zu folgender Erklärung zu ermächtigen:

Die Gemeinde Wien als Besitzerin des Werkes Nr. 48 in Stuppach stimmt den von dem k. k. Staatstechniker in dem technischen Gutachten vom 2. Jänner 1894 hinsichtlich der Eisabfuhr gemachten Vorschlägen zu und ist mit der Bestellung von ständigen Wasserführern einverstanden, sie verpflichtet sich auch, für die Dauer des Besitzes dieses Werkes die hiedurch erwachsenden, percentual aufzutheilenden Kosten zu tragen; als Besitzerin der Grießmühle in Köttlach Nr. 20 aber wird jeder Beitrag zu den Kosten der Eisabfuhr von den Werkscanälen abgelehnt und sich nur bereit erklärt, den Werksleiter anzuweisen, dem zu bestellenden Wasserführer des Wimpassinger Canales eine etwaige Eisabfuhr beim Werkscanale rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen. (Angenommen.)

(8534.) **St.-R. Mayer** referiert über die Verpachtung von Theilen der städtischen Parcelle 1265/7 und 1833 in Simmering an Marie Graber und beantragt die Genehmigung des vorliegenden Pachtoffertes (Pachtzins 100 fl.). (Angenommen.)

(8630.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung eines Mehrbedarfes an Schotter für den II. Bezirk und beantragt, den ausgewiesenen Mehrbedarf an Schotter für den II. Bezirk mit dem bedeckten Erfordernisse von 5450 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(8531.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das Ansuchen des Ferdinand Edlinger um Baubewilligung Einl.-Z. 4365 bis 4374 II., Schiffmühlen- und Harrachgasse, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses unter der Bedingung, dass für die drei Rohrleitungen ein jährlicher Anerkennungszins von 6 fl. (à 2 fl.) an die städtische Hauptcassa entrichtet, in Betreff dieser Rohrleitungen ein intabulationsfähiger Revers nach Maßgabe des vorliegenden Entwurfes ausgestellt und die beiden Baustellen nach vorher erwirkter baubehördlicher Genehmigung in eine Grundbuchs-Einlage zusammengelegt werden. (Angenommen.)

(7936.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Juliana Schaffer und Francisca Dalecky um Parcellierung Einl.-Z. 275, 274, 276 und 277 im XVII. Bezirke, Hernals, und beantragt, die nachgesuchte Bewilligung unter den vom Magistrate aufgestellten Bedingungen zu ertheilen. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

3. November 1894.

In der abgelaufenen Woche hat die Anzahl der bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen verwendeten Arbeiter 1427 betragen: hievon waren 650 an der Gürtel- und Vorortelinie der Stadtbahn, 455 beim Bau des Schleusencanales nächst Nussdorf, 322 an den Sammelcanälen beiderseits des Wienflusses beschäftigt. Außerdem standen in Verwendung beim Bahnbau 32 Fuhrwerke und 1 Dampfmaschine, beim Schleusenbau 4 Dampfmaschinen, bei den Canalbauten 34 Fuhrwerke.

* * *

82. Ziehung des Prämien-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874.

Verzeichnis der am 2. November 1894 gezogenen Serien und Gewinst-Nummern des Prämien-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874 per 30 Millionen Gulden und der auf dieselben gefallenen Treffer.

Gezogene Serien: **20, 300, 493, 522, 561, 784, 857, 1026, 1281, 1748, 1754, 1867, 1988, 2056, 2156, 2243, 2480, 2623, 2715, 2827, 2900.**

Serie 493, Nr. 88, Gewinn 1000 fl.; Serie 522, Nr. 5, Gewinn 20.000 fl.; Serie 522, Nr. 43, Gewinn 1000 fl.; Serie 522, Nr. 81, Gewinn 250 fl.; Serie 561, Nr. 20, Gewinn 250 fl.; Serie 561, Nr. 43, Gewinn 250 fl.; Serie 561, Nr. 88, Gewinn 250 fl.; Serie 857, Nr. 55, Gewinn 250 fl.; Serie 857, Nr. 70, Gewinn 250 fl.; Serie 1754, Nr. 66, Gewinn 250 fl.; Serie 1988, Nr. 59, Gewinn 250 fl.; Serie 1988, Nr. 100, Gewinn 1000 fl.; Serie 2056, Nr. 65, Gewinn 1000 fl.; Serie 2480, Nr. 38, Gewinn 5000 fl.; Serie 2480, Nr. 62, Gewinn 1000 fl.; Serie 2715, Nr. 23, Gewinn 250 fl.; Serie 2750, Nr. 70, Gewinn 250 fl.; Serie 2715, Nr. 97, Gewinn 200.000 fl.; Serie 2827, Nr. 10, Gewinn 250 fl.; Serie 2827, Nr. 13, Gewinn 250 fl.

Die übrigen 2080 Antheilscheine, welche in den gezogenen Serien enthalten sind, gewinnen à 150 fl.

Die Auszahlung der planmäßigen Gewinne erfolgt vom 1. Februar 1895 ab, durch die Cassa der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Die nächste Ziehung findet am 1. März 1895 statt.

Verzeichnis jener gezogenen Serien des Communal-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874, von welchen bisher noch nicht sämmtliche Lose zur Einlösung beigebracht worden sind: 9 13 21 31 32 34 41 47 62 63 64 66 68 75 79 81 83 85 99 103 105 113 122 126 127 129 135 144 145 152 156 173 175 188 195 204 226 227 238 245 248 250 254 258 261 265 268 271 288 292 295 297 302 324 326 327 329 330 346 358 363 369 395 398 399 407 425 432 437 446 447 448 454 461 462 463 473 478 484 491 516 519 524 529 533 543 548 554 559 562 571 575 578 579 597 603 624 627 629 649 650 651 656 670 681 688 690 694 698 702 710 732 733 742 747 752 754 778 804 805 809 815 826 831 835 837 844 869 870 875 889 901 925 952 956 963 965 977 978 984 986 988 996 998 1003 1006 1007 1010 1029 1034 1041 1043 1051 1063 1074 1076 1077 1089 1094 1110 1111 1114 1121 1124 1125 1148 1149 1157 1163 1183 1186 1222 1237 1258 1291 1303 1304 1310 1321 1323 1325 1341 1345 1350 1351 1352 1353 1363 1364 1375 1376 1381 1383 1387 1392 1406 1418 1424 1449 1450 1469 1473 1479 1484 1485 1489 1498 1503 1520 1536 1556 1557 1558 1562 1565 1576 1580 1592 1595 1597 1606 1608 1609 1611 1612 1613 1622 1624 1632 1636 1637 1657 1672 1674 1677 1682 1685 1697 1698 1709 1710 1713 1722 1739 1740 1742 1750 1751 1757 1760 1766 1788 1797 1798 1834 1841 1843 1848 1851 1878 1880 1881 1890 1906 1909 1914 1916 1928 1934 1950 1957 1964 1965 1971 1973 1982 1991 1993 1994 2001 2011 2014 2023 2029 2031 2041 2043 2047 2068 2071 2082 2104 2110 2111 2115 2120 2124 2128 2130 2144 2152 2160 2164 2170 2181 2190 2195 2202 2207 2213 2222 2228 2229 2232 2235 2236 2239 2246 2247 2266 2268 2293 2309 2319 2320 2324 2331 2335 2341 2345 2346 2349 2363 2364 2369 2377 2388 2389 2413 2439 2452 2460 2463 2483 2487 2493 2497 2508 2510 2516 2535 2547 2557 2562 2566 2576 2580 2600 2602 2612 2617 2621 2622 2631 2640 2660 2666 2669 2670 2672 2689 2697 2698 2705 2707 2709 2720 2721 2725 2727 2732 2735 2737 2757 2760 2768 2770 2774 2781 2790 2815 2822 2835 2838 2839 2840 2849 2878 2880 2893 2904 2910 2925 2937 2945 2953 2980 2982 2991 2994 2997 3000.

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals.

October 1894.

Stand der Einlagen am 30. September 1894 . 5,379,617 fl. 10 kr.

Einlagen . . . . . 348.364 fl. 91 kr. von 1858 Parteien
Rückgezahlt . . . . . 388.639 „ 47 „ an 1463 „

Stand der Einlagen am 31. October 1894 . 5,339.342 fl. 54 kr.
Stand der Hypothekar-Darlehen . . . . . 3,717.106 „ 79 „

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing.

October 1894.

Einlagen . . . . . 258.668 fl. 35 kr. von 1433 Parteien
Rückgezahlt . . . . . 318.008 „ 86 „ an 1451 „

Das Gesammt-Interessenten-Guthaben beträgt mit 31. October 1894 . . . . . 6,306.503 fl. 33 kr.

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Döbling.

October 1894.

Eingelegt wurden von 496 Parteien .	69.374 fl.	19 kr.
Behoben wurden von 370 Parteien .	108.839 „	94 „
Es ergibt sich daher ein Minus von .	39.465 fl.	75 kr.
Dieses abgerechnet vom Stande mit Ende September per	1,479.528 „	57 „
gibt mit Ende October 1894 bei 3595 offenen Conti einen Einlagestand . . von	1,440.062 fl.	82 kr.
Stand der Hypothekar-Darlehen . . .	842.236 fl.	30 kr.

* * *

Bestreuung der Trottoirs und Gehwege.

Zur Vermeidung von Unglücksfällen, welche bei Schneefall oder Glatteis für die Fußgeher entstehen könnten, wird in Gemäßheit des § 93 der Gemeindeordnung für Wien seitens des Magistrates mit Kundmachung vom 11. October 1894, M.-Z. 107867, Folgendes angeordnet:

1. Die Eigenthümer, Administratoren, Pächter oder Besorger der Häuser, der Baugründe oder sonstigen Plätze in sämmtlichen Bezirken Wiens, in den Bezirken X bis inclusive XIX nur innerhalb der verbauten geschlossenen Bezirkstheile, haben bei einem Schneefalle das Trottoir oder den Gehweg längs ihrer Realität schleunigst vom Schnee reinigen, und sohin, wenn **das Trottoir oder der Gehweg gepflastert ist, allsogleich** mit Sand oder Asche bestreuen zu lassen. Beim Glatteise ist das Trottoir oder der Gehweg jederzeit **allsogleich** mit Sand oder Asche bestreuen zu lassen.

Ist das Trottoirpflaster über zwei Meter breit, so ist von Seite der Hauseigenthümer, Administratoren, Pächter oder Hausbesorger dasselbe nur in einer Breite von zwei Meter von der Hausflucht gegen die Straße vom Schnee und Eis reinigen **und mit Sand oder Asche bestreuen zu lassen,** beim Glatteise aber das Trottoir in seiner ganzen Breite bestreuen zu lassen.

In Gassen, wo keine eigentliche Trottoirpflasterung besteht, ist von Seite der Hauseigenthümer, Administratoren und Pächter ein Fußweg von mindestens 1·25 m in der Breite längs ihrer Realität reinigen und bei Glatteis bestreuen zu lassen.

2. Bei einem während der Nacht eingetretenen Schneefalle, Froste oder Glatteise hat die Reinigung, Aufeisung oder Bestreuung jedesmal zeitlich früh, und zwar **längstens bis 7 Uhr morgens,** bei fortdauerndem Unwetter **aber auch wiederholt** während des Tages, und zwar in der Art zu geschehen, dass die Trottoire und Gehwege stets **gefahrlos** begangen werden können.

3. Der Schnee aus den Realitäten und von den Dächern darf nicht auf der Straße abgelagert werden, sondern ist, wenn kein anderer Privatplatz zur Verfügung steht, auf die angewiesenen Abladeplätze zu bringen. Der Transport hat in der Weise zu geschehen, dass ein Herabfallen des Schnees auf die Straße vermieden wird.

Das Herabwerfen des Dachschnees hat mit aller nöthigen Vorsicht gegenüber den Passanten und zu einer Zeit zu erfolgen, in welcher die Passage eine weniger frequente ist.

4. Die Nichtbefolgung dieser Anordnung wird auf Grund des §. 93 des Gemeinde-Statutes vom 19. December 1890, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 45 mit einer Geldstrafe bis zum Betrage von 200 fl. ö. W. oder mit einer Arreststrafe bis zu 14 Tagen an dem Schuldtragenden geahndet. Nach Maßgabe eintretender Umstände wird in Fällen der unterlassenen Aufeisung, sowie der unterlassenen Bestreuung die Anzeige an das competente Strafgericht geleitet und in allen Fällen dieser Unterlassungen die nöthige Verfügung auf Gefahr und Kosten der Säumigen getroffen werden.

Die k. k. Sicherheitswache ist beauftragt, damit die am Morgen vorzunehmende erste Reinigung und Bestreuung der Gehwege rechtzeitig erfolge, auf ihrem in den frühen Morgenstunden vorzunehmenden Rundgange die Verpflichteten etwa durch Läuten an der Hausthorglocke an ihre diesfällige Obliegenheit zu erinnern.

Personal-Angelegenheiten.

(Karl Mortenthaler †.) Der Buchhalter der Gemeinde Wien Karl Mortenthaler ist am 4. November 1894 im 56. Lebensjahre gestorben.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 28. October bis 3. November 1894.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . .	220.876	kg	(Davon aus Nieder-Österreich — 169.243; aus Ober-Österreich — 1008; aus Tirol — 39; aus Mähren — 5386; aus Galizien — 38.953; aus Ungarn — 3385; aus der Bukowina — 1862; aus Croatien — —; aus Australien — 1000 kg)
Kalbfleisch . .	6.068	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 2015; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren 27; aus Galizien — 3989; aus Ungarn — 37; aus der Bukowina — — kg)
Schaffleisch .	17.147	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 98; aus Mähren — —; aus Galizien — 12.662; aus Ungarn 48; aus der Bukowina — 4339 kg)
Schweinfleisch .	62.119	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 38.184; aus Ober-Österreich — —; aus Böhmen — 422; aus Croatien — —; aus Mähren 2527; aus Galizien 13.992; aus Ungarn — 6994 kg)
Kälber	1.002	Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 149; aus Ober-Österreich — ; aus Mähren — 50; aus Galizien — 784; aus Ungarn — 18; aus der Bukowina — 1;
Schafe	356	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 265; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren —; aus Galizien — 34; aus der Bukowina — 57 St.)
Schweine . .	1.121	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 91; aus Mähren — 8; aus Galizien — 1008; aus Ungarn — 14; aus der Bukowina — — St.)
Lämmer	—	„	(Davon aus Nieder-Österreich — —; aus aus Galizien — St.)

Die Zufuhren für den Approvisionierungsverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	25	bis	74	kr.	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	50	„	85	„	„ „
„	Australisches: vorderes				50	„	„ „
„	„ hinteres				64	„	„ „
Kalbfleisch		von	45	bis	75	„	„ „
Schaffleisch		„	28	„	46	„	„ „
Schweinfleisch		„	46	„	68	„	„ „
Kälber		„	50	„	64	„	„ „
Schafe		„	25	„	42	„	„ „
Schweine		„	46	„	56	„	„ „
Lämmer		„	—	„	—	fl.	„ St.

Während die Zufuhren der abgelaufenen Woche die Höhe der Vorwoche etwas überschritten, war der Geschäftsverkehr ein durchaus lebhafter und blieb fast gar keine Ware unverkauft. Rindfleisch wurde um 2 bis 4 kr., Kälber, Kalbfleisch und Schaffleisch um 4 bis 6 kr. besser bezahlt; die übrigen Fleischwaren behaupteten die vorwöchentlichen Preise.

* * *

Pferdemarkt vom 2. November 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 395 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—510 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 20—70 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 5. November 1894.

1. Auftrieb.

Mastvieh 2530, Weidevieh 1230, Beinlvieh 1955.

Summa . 5715.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	3146
Galizische „ . . .	839
Deutsche „ . . .	1473
Büffel „ . . .	257

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	4539
Stiere	402
Kühe	774

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von	48	bis	69	fl.	Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 35 bis 46 %) welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung: a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung; b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt 2c.; c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt 2c., zugesteht.
(extrem	„	—	„	—	„)	
Galiz. Schlachtthiere	„	51	„	65	„	
(extrem	„	—	„	—	„)	
Deutsche Schlachtthiere	„	54	„	70	„	
(extrem	„	—	„	71	„)	
Weidevieh	„	48	„	58	„	

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von	20	bis	32 ( )	fl.
Stiere	„	22	„	35	„
Kühe	„	22	„	32 ( )	„
Büffel	„	19	„	27	„
Beinlvieh	„	16	„	22	„
Weidevieh	„	—	„	—	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . von 24½ bis 60 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen	169 Stück
Beinlvieh	242 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 61 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war ruhig und ist nur in ungarischer Primaware eine Preissteigerung von ½ fl. per 100 kg zu verzeichnen, während im allgemeinen die Marktlage gegen die Vorwoche unverändert blieb.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 3. November 1894.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 78—82 kg)	von	6	fl.	60	kr.	bis 7 fl. 40 kr.
Roggen („ „ „ „ 71—78 „)	„	5	„	55	„	„ 5 „ 95 „
Gerste	„	5	„	—	„	„ 9 „ 10 „
Mais	„	6	„	85	„	„ 7 „ — „
Hafer	„	5	„	90	„	„ 6 „ 75 „

b) Mahlproducte.

Grieß	von	11	fl.	—	kr.	bis 12 fl. 50 kr.
Weizenmehl	„	5	„	—	„	„ 12 „ 50 „
Roggenmehl	„	6	„	—	„	„ 10 „ 30 „
Weizenkleie	„	3	„	60	„	„ 4 „ 10 „
Roggenkleie	„	3	„	80	„	„ 4 „ — „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 25. October bis 1. November 1894.

Waren eingelagert	42.674 Meter-Centner
„ ausgelagert	41.460 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 16.827 Meter-Centner.

Lagerstand vom 1. November 1894: 370.953 Meter-Centner, und zwar:

86.652	Meter-Centner	Weizen,	81.983	Meter-Centner	Roggen,
89.933	„	Gerste,	26.106	„	Hafer,
5.066	„	Mais,	35.027	„	Ölsaaten,
18.932	„	Mehl u. Kleie,	1.678	„	Wein,
1.511	„	Zucker,	—	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,251.800 fl. öst. Währ.

* * *

Vom 1. bis 31. October 1894.

Waren eingelagert	198.970 Meter-Centner
„ ausgelagert	180.905 „

Der Lagerstand betrug am 31. October 370.953 Meter-Centner im Assecuranzwerte von 3,251.800 fl. gegen 423.779 Meter-Centner im Werte von 3,924.110 fl. in der gleichen Zeit des Vorjahres; darunter waren:

86.652	Meter-Centner	Weizen	gegen	65.830
81.983	„	Roggen	„	91.392
89.933	„	Gerste	„	109.606
26.106	„	Hafer	„	44.776
5.066	„	Mais	„	33.799

35.027	Meter-Centner	Ölsaaten	gegen	16.116
18.932	„	Mehl und Kleie . .	„	18.617
1.678	„	Wein	„	5.304
1.511	„	Zucker	„	269 und
	— Hektoliter à 100% Spiritus . . .		„	1.864 im Vorjahre.

Die durchschnittliche Tagesbewegung während des Monates October bezifferte sich auf . . . . . 14.069 Meter-Centner; es wurden 38 Lagerscheine ausgegeben und bei 2 Lagerscheinen im Versicherungswerte von . . . . . 3.480 fl. — kr. eine Lombardierung von . . . . . 2.249 „ 52 „ in die Lagerbücher vorgemerkt.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Behebung der Beschränkungen bezüglich der Einfuhr von Klauenthieren aus den Comitaten Baranya und Somogy in Ungarn nach Niederösterreich.

Amtlichen Mittheilungen zufolge ist die Maul- und Klauenseuche im Comitate Somogy erloschen und im Comitate Baranya nur mehr in zwei Höfen ausgewiesen.

Die k. k. Statthalterei findet daher laut Kundmachung vom 25. October 1894, Z. 83464, die mit der Kundmachung vom 30. Juli 1894, Z. 54420, angeordneten Beschränkungen bezüglich der Einfuhr von Klauenthieren (Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen) aus den Comitaten Baranya (einschließlich des Gebietes der königlichen Freistadt Fünfkirchen) und Somogy in Ungarn nach Niederösterreich wieder zu beheben.

Es können demnach aus den erwähnten Gebieten Thiere der bezeichneten Gattungen unter Beobachtung der vorgeschriebenen veterinärpolizeilichen Maßregeln und der Bestimmungen über den Viehverkehr wieder nach Niederösterreich eingeführt werden.

* * *

Seuchenartige Krankheit bei Hasen.

Die hohe k. k. n.-ö. Statthalterei hat mit dem Erlasse vom 25. October 1894, Z. 84621, M.-Z. 181910, Folgendes eröffnet:

Nach einer Mittheilung des n.-ö. Landessanitätsrathes wurde in der letzten Zeit in einigen Gegenden Niederösterreichs das Auftreten einer seuchenartigen Krankheit unter den Hasen beobachtet, die durch einen Rundwurm (Strongylus), welcher sich in den Lungen in großer Zahl festsetzt, hervorgerufen wird. Nach dem Gutachten der Sachverständigen unterliegt es keinem Bedenken, das Fleisch der mit einer solchen Krankheit behafteten Thiere zum Genusse zuzulassen, wenn die Lungen, welche auf dem Markte unter dem sogenannten „Jungen" verkauft werden, beseitigt werden.

Militär-Angelegenheiten.

Vom 1. bis 27. October 1894 sind von den meldepflichtigen Landsturmpersonen erschienen:

Einheimische	10.370
Fremde	20.377
Designierte	1.201
Zusammen .	31.948

Von dem städtischen Arzte wurden 327 untersucht und hievon 257 für die Stellungs- (Superarbitrierungs-) Commission bestimmt.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Besuch der städt. Volksbäder im October 1894

			männliche Personen	weibliche Personen
II. Bez., Treustraße 60 (Eröffnet August 1892.)	—	2780, davon	2408	372
III. Bez., Apostelgasse 18 (Eröffnet August 1891.)	—	4225, „	3781	444
IV. Bez., Klagbaumgasse 4 (Eröffnet Juni 1893.)	—	2415, „	2102	313
V. Bez., Einsiedlerplatz (Eröffnet August 1890.)	—	5400, „	4748	652
VI. Bez., Eßterházygasse 2 (Eröffnet August 1892.)	—	4557, „	3654	903
VII. Bez., Mondscheingasse 9 (Eröffnet December 1887.)	—	3639, „	3523	116
VIII. Bez., Florianigasse 30 (Eröffnet August 1892)	—	4389, „	3638	751
IX. Bez., Wiesengasse 17 (Eröffnet August 1892.)	—	2909, „	2460	449
X. Bez., Erlachplatz (Eröffnet August 1890.)	—	4729, „	4230	499

Gewerbe-Angelegenheiten.

(Eislaufplätze.) Der Magistrat hat in der Sitzung vom 31. Mai d. J., M.-Z. 16932, die Entscheidung gefällt, dass das Halten von Eislaufplätzen unter den Begriff der Veranstaltung von öffentlichen Belustigungen falle, auf welche gemäß Art. V, lit. o, des Kundmachungs-Patentes zur Gewerbeordnung die letztere keine Anwendung findet. Es werden daher in Zukunft für Unternehmungen dieser Art keine Gewerbescheine mehr ausgefertigt und haben sich die Unternehmer lediglich um die polizeiliche Licenz zu bewerben. Die magistratischen Bezirksämter wurden infolge dessen angewiesen, falls dennoch derartige Gesuche eingebracht werden sollten, dieselben an die k. k. Polizei-Direction zur competenten Amtshandlung mit dem Ersuchen abzutreten, in analoger Anwendung des § 19 der Statthalterei-Verordnung vom 9. Februar 1851, Nr. 424/Praes., über den Wirkungskreis der k. k. Polizeibehörden, für die genannten Unternehmungen, vorbehaltlich der vom Magistrate etwa in localpolizeilicher Hinsicht zu treffenden Anordnungen, polizeiliche Licenzen auszufertigen.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 1. bis 5. November 1894:

Für Neubauten:

VI. Bezirk: Haus, Gumpendorferstraße 17, von Franz und Therese Kommarek, Bauführer A. Langer (8012).

VII. Bezirk: Haus, Kaiserstraße 81, von Elisabeth Schmutz, XVI., Hauptstraße 130, Bauführer Ferd. F. Baldia (8050).

X. Bezirk: Schulhausbau, Knöllgasse, vom Wiener Stadtbauamt, Bauführer dasselbe (37104).

XIII. Bezirk: Hausbau, Parcelle 15/5, Einl.-Z. 195, Baumgarten, Berggasse, von Matth. und Marie Karwantz, Baumgarten, Hauptstraße 112, Bauführer Josef Kopf (30822).

Für Umbauten:

XVI. Bezirk: Kesselhaus, Ottakring, Engerthgasse 15/17, von Karoline Greger, ebenda, Bauführer Ludwig Gussenbauer (48925).

Für Zubauten:

V. Bezirk: Hoftract, Hundsthurmerstraße 36, von Leop. Foest, Bauführer J. Schneider (8033).

X. Bezirk: Holzschupfe, Stephaniestraße 7, von Johann Beer, Bauführer ? (37171).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Wipplingerstraße 29, von Wilh. Schönfeld, Bauführer M. Göd (8069).

II. Bezirk: Handelskquai 92, von F. Hardtmuth & Comp., Bauführer A. Micheroli (8010).

III. Bezirk: Hintere Zollamtsstraße 13, von Emilie Brunner, Bauführer J. Schobesberger (8090).

IV. Bezirk: Floragasse 1, von Leopold Robitschek, Bauführer ? (8087).

V. Bezirk: Herthergasse 27, von Ludwig Becker, Bauführer C. Palisa (8049).

VIII. Bezirk: Langegasse 20, von Johann Fesemayer, Maurermeister (7997).

IX. Bezirk: Türkenstraße 25, von F. Dehm & F. Olbricht, Baumeister (8009).

X. Bezirk: Simmeringerstraße 184, von Jakob Wichra, Bauführer ? (37175).

XII. Bezirk: Unter-Meidling, Ruckergasse 26, von Franz und Aloisia Reif, Bauführer ? (30360).

XIII. Bezirk: Breitensee, Hütteldorferstraße 66, von Adelheid Lewy, Bauführer Ludwig Zatzka (30658).

XVII. Bezirk: Dornbach, Heuberggasse 9, von Pius Klinger, ebenda, Bauführer Rudolf Reichelt (35935).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Rohrcanal, Ballgasse 8, von Johann Jedliczka, Bauführer Franz Simlinger (8044).

II. Bezirk: Einfriedungsmauer, Gießmannstraße 18, von Fr. Strasser, Wallensteinstraße 80, Bauführer J. Wagner (8039).

„ „ Hütte, Schüttelstraße 21, von Thomas Fink, Zimmermeister (8060).

„ „ Selchofen, Circusgasse 50, von Johann Nowak, Maurermeister (8076).

VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 92, von Georg Demski, Baumeister (8038).

„ „ Großkessel-Aufstellung, Mollardgasse 31, von Richard Brand, Bauführer ? (8047).

VII. Bezirk: Schupfe, Zieglergasse 76, von Franz Weleber, Bauführer Josef Juca (8028).

X. Bezirk: Grenzmauer, Neilreichgasse 17, von Franz Tomaschek und Francisca Drtikol, Bauführer Lorenz Wetsch (37483).

XIII. Bezirk: Abortherstellung, Hietzing, Neugasse 8, Consc.-Nr. 114, von Gräfin Uiberacker, Bauführer Josef Kopf (30821).

„ „ Fenster- und Ladenausbruch, Unter-St. Veit, Kirchengasse 18, Consc.-Nr. 60, von Karl Schumann, Bauführer Josef Kopf (30899).

XVII. Bezirk: Holzschupfe, Hernals, Karlsgasse 43, von der Allg. wechselseitigen Capitalien- und Rentenversicherungs-Gesellschaft, Wien, I., Schottenring 8, Bauführer Gotthilf Geßwein (35903).

XIX. Bezirk: Glashaus, Abort mit Senkgrube, Unter-Sievering, Sieveringerstraße Or.-Nr. 148, Consc.-Nr. 60, von Eduard und Katharina Wilhelmy, Bauführer Johann Schäffer, Maurermeister (19782).

„ „ Zwei Aborte und eine Mistgrube, Döbling, Gatterburggasse Or.-Nr. 21, Consc.-Nr. 257, von Leopold Brandl, ebenda, Bauführer Franz Feigl (19784).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 130, von Moriz Korwill & Siegmund Pick, Kärnthnerstraße 32 (8043).

VII. Bezirk: Lerchenfelderstraße 67, von Charles Cabos, Em., Ed. und Al. Schweinburg, durch Ed. Schweinburg (7994).

„ „ Burggasse 70, von Adolf Jäger, XVIII., Gürtelstraße 49 (8041).

„ „ Neustiftgasse 81, von Adolf Jäger, XVIII., Gürtelstr. 49 (8042).

XII. Bezirk: Cat.-Parc. 212, Einl.-Z. 137, Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 78, von Heinrich Hayek (30197).

Gewerbeanmeldungen vom 30. October 1894.

(Fortsetzung.)

Strondl Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Haberlgasse 30.

Schönberger Josef Hugo — Handelsagentie — I., Pestalozzigasse 4.

Wischniovsky Gustav Josef — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Assecuranz-Revue" — VIII., Laudongasse 25.

Mötschl Blasius — Holz- und Kohlenkleinhandel — III., Krieglergasse 5.

Jisonios Constantin — Kaffeesieder — I., Franz Josefs-Quai 17.

Cely Josef — Kaffeeschank — X., Triesterstraße 35.

Garnie Magdalena — Kleidermacherin — XVIII., Währing, Säuleng. 3.

Hutter Anna — Kleidermacherin — XII., Ober-Meidling, Schulgasse 3.

Ajdeschek Lichonia — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — X., Neilreichgasse 23.

Novak Marie — Obsthandel im Umherziehen — XII., Meidling, Louisengasse 9.

Braun Emanuel — Pfaidler — I., Graben 8.

Hofer Heinrich — Reibsand-, Waschel- und Sägespäne-Hausierhandel — X., Bergstraße 1.

Heim Heinrich — Repräsentanz der Badischen Schiffahrts-Assecuranz-Gesellschaft — I., Elisabethstraße 3.

Springinsfeld Rudolf — Schuhmacher — XIII., Speising, Meierhofg. 6.

Schetka Wilhelm Theodor — Trödler, XV., Thalgasse 10.

Fraßl Franz — Verschleiß von Gips und hydraulischem Kalk — I., Rathhausstraße 21.

Winter Jakob — Vermittlung von Realitäten und Wohnungsvermietung — XV., Beingasse 23.

Arnold Ferdinand — Victualien-Großhandel — I., Am Hof.

Burscha Johann — Victualienhandel — XVI., Ottakring, Yppenplatz, Markt.

Bartl Theresia — Victualien-Verschleiß — XVIII., Währing, Säuleng. 1.

Marian Eva — Marktvictualienhandel — III., Kolonitzplatz 9.

Gregal Emma — Wäscheputzerin — XVI., Ottakring, Abelegasse 30.

Lehr Heinrich — Wohnungsvermietung — VIII., Alserstraße 59.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 31. October 1894.

Lichtenstern Hermine — Commissionswaren-Verschleiß — I., Marc Aurelstraße 2.

Productiv-Genossenschaft der Wiener Bau- und Portaltischler r. G. m. b. H. — Erzeugung oder anderweitige Anschaffung und Weiterveräußerung von allen in das Fach der Tischler einschlagenden Arbeiten — IX., Alserbachstr. 33.

Stoffella dalla Croce Rudolf — Erzeugung diactetischer Präparate — XIX., Heiligenstadt, Nussdorferplatz 8.

Schwab Engelbert — Fiaker — I., Akademiestraße.

Lapka Josefa — Fragnerin — X., Himbergerstraße 72.

Bernert Clara — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Dorotheergasse 4.

Königstein Rosa — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 47.

Lazar Adam — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Pramergasse 19.

Welz Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Stiftg. 6.

Endler Johann — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Technischer Wegweiser" — IV., Hauptstraße 32.

Schmid Francisca — Kaffeeschank — XV., Fünfhaus, Märzstraße 11.

Hofbauer Johann — Kastanienbrater — IX., Lichtensteinstraße, Ecke der Kolingasse.

Knifes Matthias — Kastanienbrater — XII., Meidling, bei der Kirche.

König Emanuel — Kleidermacher — III. Rennweg 18.

Pfeiffer Franz — Kleinfuhrwerk — X., Staatsbahnhof.

Watzl Rosina — Kleinfuhrwerk — IX., Rossauerlände 5.

Assenbaum Josef — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IV., Schäfferg. 10.

Weymann Robert Anton — Musiker — IX., Brünnlbadgasse 4.

Kohn Adolf, Kassowitz Philipp, Winter Arnold — Pfaidler — I., Franz Josefs-Quai 3.

Madle Josef — Schuhmacher — XIV., Rudolfsheim, Braunhirschengasse 4.

Hofbauer Robert — Schul-, Gebetbücher-, Kalender- und Heiligenbilder-Verschleiß — XVI., Ottakring, Liebhartsgasse 23.

Zigeiner Sophie — Steindruckerei — III., Hörnesgasse 4.

Wenzel Franz — Thierausstopfer — XIII., Ober-St. Veit, Amalienstr. 31.

Mörzinger-Cabos Christian — Verabreichung von Kaffee, Thee, Chocolate und anderen warmen Getränken — I., Kärnthnerstraße 37.

Berger Augustin — Victualienhandel — IX., Lustkandlgasse 6.

Wallach Anna — Wäscherin — XVII., Hernals, Stiftgasse 87.

Sandtner Franz — Zeitungs-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Plankengasse 12.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 2. November 1894.

Schmeichler Emil, Dr. — Advokatie — II., Praterstraße 10.

Guidugli Josef — Bildhauer — VIII., Josefstädterstraße 12.

Knopf Isidor Emil — Erzeugung von Spirituosen auf kaltem Wege — I., Stubenbastei 4.

Adler Nathan — Escomptierung von Gewinstickets gegen sofortige Barzahlung — II., Trabrennplatz.
Koschniak Rosa — Federnschmückerin — XII., Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 72.
Horwath Anna — Fleisch-Verschleiß — II., Othmargasse 11.
Alexander Fanni — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Miesbachgasse 3.
Fenner Amalie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Negerlegasse 9.
Goldsand Michael — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Wallensteinstr. 16.
Hala Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Prager Reichsstraße 9.
Kahlenhoff Hersch — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Wallensteinstr. 19.
Schiller Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Praterstraße 47.
Schön Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Lilienbrunngasse 13.
Tetteles recte Flohr Bruno — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Hafnergasse 1.
Tiedemann Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Lichtenauergasse 15.
Marzik Emil — Handelsagentie — VIII., Lerchengasse 2.
Pirquet Peter, Freih. v. — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Cicerone" — I., Jasomirgottstraße 3.
Roth Johann — Herausgabe der Druckschrift „Industrielle Neuheiten" — I., Reichsrathsstraße 7.
Rotter Heinrich — Herausgabe der Druckschrift „Die Coulisse" — I., Walfischgasse 8.
Rotter Heinrich — Herausgabe der Druckschrift „Journal für Sparcassen" — I., Walfischgasse 8.
Thalberg Josef — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Extrapost, Montagszeitung" — I., Minoritenplatz 4.
Spiegel Ferdinand — Holzagentie — II., Klosterneuburgerstraße 22.
Adler Sophie — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — II., Jägerstr. 38.
Resl Leopold — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — II., Novaragasse 12.
Wimmer Ignaz — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — II., Winterg. 31.
Fritz Peter — Kaffeeschänker — II., Kleine Pfarrgasse 11.
Hertzka Adolf Max — Kalender-Verschleiß — I., Graben 14.
Wolf Siegmund — Kalender-Verschleiß — I., Rothenthurmstraße 26.
Ganzwohl Florian — Kleinfuhrwerk — II., Große Mohrengasse 36.
Baan Karl — Pferdehandel — XII., Meidling, Ehrenfelsgasse 8.
Hiltscher Emilie — Schreib-, Zeichen-, Papier- und Rauchrequisiten-, Kurzwaren-Verschleiß — II., Karmelitergasse 1.
Mihatsch Johann — Tischler — XVII., Hernals, Blumengasse 8.
Dobrowolny Adolf — Verschleiß von Chromolithographien, Gratulations- und Juxkarten und von Photographien — II., Taborstraße 3.
Menčik Karoline — Victualienhandel — II., Karmelitermarkt.
Willstorfer Juliana — Victualien-Verschleiß — XII., Meidling, Bischofgasse 9.
Weiß Fanni — Bordruckerin — II., Glockengasse 6.
Cerwenka Pauline — Zeitungs-Verschleiß — II., Klosterneuburgerstr. 22.
Gräßing Elisabeth — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — VIII., Josefstädterstraße 91.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 3. November 1894.

Holly Franz — Bier- und Wein-Verschleiß in verschlossenen Flaschen — V., Kompertgasse 8.
Großheim Karoline — Gastwirtin — XVIII., Währing, Wienerstr. 8.
Höring Gustav — Gastwirt — III., Klimschgasse 2.
Mayer Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Ebendorferstraße 3.
Tisov Josef — Kastanienbrater — IV., Phorusplatz, bei der Markthalle.
Burkert Wilhelmine — Kleidermacherin — V., Untere Bräuhausgasse 34.
Justin Josef — Kleidermacher — XVIII., Währing, Johannesgasse 19.
Orian Jakob Löbl — Obst- und Gemüseexporthandel — IV., Wienstraße 15.
Jary Johann — Schuhmacher — XII., Meidling, Breitenfurterstr. 45.
Kauba Katharina — Zier- und Küchengärtnergewerbe — XIII., Speising, Mayerhofgasse 19.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 5. November 1894.

Rieder Rosa — Canditen-Verschleiß — VII., Neubaugasse 49.
Bizan Johann — Drechsler — XVI., Ottakring, Römergasse 30.
Rosenauer Johann — Einspänner — XVI., Neulerchenfeld, Lerchenfelderlinie.
Zweigelt Josef — Erzeugung von Boraxmischungen — VII., Zieglergasse 37.
Pokorny Thomas — Erzeugung von Haarwasser auf kaltem Wege — V., Wolfganggasse 10.
Zeiser Anton, Habiger Karl, Arbter Engelbert — Fabriksmäßige Erzeugung von Lustern und Bronzewaren — VII., Neustiftgasse 72.
Barke Josef — Fiaker — IV., Naschmarkt.
Fried Ignaz — Fischhandel — I., Fischmarkt.
Wirth Marie — Fleckausputzergewerbe — VII., Schottenfeldgasse 71.
Kornfeil Johann — Fleischhauer — XII., Meidling, Rauchgasse 32.
Valenta Christof — Futteralmacher — VII., Guttenberggasse 25.
Frisch Josef — Gast- und Schankgewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Haberlgasse 51.
Feistl Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Margarethenstraße 25.
Tesarz Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neubaugasse 48.
Wachutka Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Favoritenstraße 20.
Weingärtler Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Walthergasse 8.
Oser Emil — Geschäftsbesorgung gegen Provision — I., Graben 14.
Wachtl Bernhard — Halten einer Tigeldruckpresse — VII., Kirchberggasse 37.
Stieglitz Lipot — Handel mit altem Eisen — XVI., Neulerchenfeld, Payergasse 2.
Perzina Karl — Handschuhmacher — XVI., Neulerchenfeld, Lerchenfelderstraße 37.
Bauer Margarethe — Holz- und Kohlenkleinhandel — VII., Bernardgasse 29.
Kerschbaum Mathilde — Holz- und Kohlenkleinhandel — XVI., Ottakring, Seebögasse 6.
Sterbenz Johann — Kastanienbrater — VII., Lerchenfelderstraße bei Nr. 13/15.
Pist Betti — Kleidermacherin — VII., Neubaugasse 27.
Polta Franz — Kleidermacher — VII., Neubaugasse 70.
Spačil Johanna — Kleidermacherin — VII., Zollergasse 16.
Fürst Franz — Milchmeier — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 27.
Weißenböck Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Stättermayergasse 22.
Schild Karl Albrecht — Musiker — VII., Bernardgasse 9.
Horwath Martha — Naturblumen-Verschleiß — VII., Lindengasse 7.
Čápalka Anna — Obst- und Grünwarenhandel im Umherziehen — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 37.
Frankl Josef — Parfumerie-Toiletteartikel-Verschleiß — I., Hohenstaufengasse 14.
Adler Adolf — Pelzwaren- und Kappen-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 39 a.
Jellinek Edmund — Pfaidlerwaren-Verschleiß — VII., Kirchengasse 20.
Kollmannhuber Mathilde — Privatlehranstalt für Schnittzeichnen, Maßnehmen und Kleidermachen — VII., Siebensterngasse 46.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 25. October 1894 2309
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 26. October 1894 2312
Allgemeine Nachrichten:
Commission für Verkehrsanlagen 2315
82. Ziehung des Prämien-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874 2315
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals 2315
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing 2315
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Döbling 2316
Bestreuung der Trottoirs und Gehwege 2316
Personal-Angelegenheiten:
Karl Mortenthaler † 2316
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 28. October bis 3. November 1894 . . 2316
Pferdemarkt vom 2. November 1894 2317
Schlachtviehmarkt vom 5. November 1894 2317
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 3. November 1894 2317
Städtisches Lagerhaus 2317
Approvisionierungs-Angelegenheiten:
Behebung der Beschränkungen bezüglich der Einfuhr von Klauenthieren aus den Comitaten Baranya und Somogy in Ungarn Niederösterreich 2318
Seuchenartige Krankheit bei Hasen 2318
Militär-Angelegenheiten 2318
Sanitäts-Angelegenheiten:
Besuch der städtischen Volksbäder im Monate October 1894 . . . 2318
Gewerbe-Angelegenheiten:
Eislaufplätze 2318
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 1. bis 5. November 1894 2318
Gewerbeanmeldungen 2319
Kundmachungen.
Beilage:
Mittheilungen des statistischen Departements des Wiener Magistrates pro September 1894.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Prot.-Nr. 156686 ex 1894.

IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten, der Lieferung der hydraulischen Bindemittel, der Steinmetz-, Zimmermanns-, Spenglerarbeiten, der Falzziegel-Eindeckung, der Lieferung der Traversen, der Herstellung der Falzziegelgewölbe, der Bautischler-, Schlosser-, Anstreicher-, Glaser- und Bildhauerarbeiten, der Lieferung der Isolierplatten, der Herstellung der Holzcementdachung, der Asphaltiererarbeiten, der Lieferung der Steinzeugwaren, der Füllöfen, der Küchenherde, der Möbeltischlerarbeiten, der Lieferung der Schulbänke, der Installation der Gas- und der Wasserleitung, der Herstellung der Pissoirbespülung und der Closetlieferung, endlich der Brunnenmeisterarbeiten, der Lieferung der Pumpenanlage und des Gasmotors** für den Bau einer allgemeinen Doppel-Volksschule im XVII. Bezirke, Hernals, Stiftgasse Or.-Nr. 29, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Freitag den 16. November d. J., präcise 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle des Rathhauses**, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 31. October 1894. 2—3

Prot.-Nr. 178736 ex 1894.

Ref.-Nr. 3935. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der für den Bau des Lainzerbachcanales in der Strecke von der Bahnstation „Neue Welt" durch die Badhausgasse bis zum Wienflusse in Hietzing und den Bau der Nothausläße des Sammelcanales am rechten Wienflussufer zwischen Hietzing und Hütteldorf im XIII. Bezirke erforderlichen Arbeiten und Lieferungen, u. zw:

1. der **Erd-, Baumeister- und Pflastererarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 38.152 fl. 1 kr. und 6000 fl. Pauschale;

2. der **Lieferung der hydraulischen Bindemittel** im veranschlagten Kostenbetrage von 11.471 fl. 50 kr.;

3. der **Thonwarenlieferung** im veranschlagten Kostenbetrage von 4354 fl. 46 kr.;

4. der **Steinmetzarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 13.776 fl. 54 kr.

wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 13. November d. J., präcise um 10 Uhr vormittags,** im Bureau des Herrn Magistratsrathes **Linsbauer,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen Bedingnisse im Stadtbauamte (Bureau für Wienfluss-Regulierung) ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Das Vadium beträgt 5 Percent der Kostenanschlagssumme; dasselbe ist bei der städtischen Hauptcassa zu erlegen und die Bestätigung über den erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. November 1894. 2—3

Prot.-Nr. 184708 ex 1894.

IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung **der Herstellung einer combinierten Niederdruck-Dampfheizung für das neue Schulgebäude im XVII. Bezirke, Hernals, Stiftgasse 29,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Samstag den 24. November d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene **Vadium in der Höhe von 600 fl. anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. November 1894. 1—3

Z. 180564.
IV.

Kundmachung.

(Currente Arbeiten und Lieferungen.)

Wegen Bestellung ständiger städtischer Unternehmer für die currenten Arbeiten und currenten Lieferungen, welche bei der Wiener Gemeindeverwaltung innerhalb der Bezirke I bis XIX in den Jahren 1895, 1896 und 1897 zur Ausführung kommen, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 21., 22. und 23. November 1894** jedesmal um **10 Uhr vormittags** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung in der **Volkshalle** des Rathhauses abgehalten werden.

Am Mittwoch den 21. November 1894 werden die Offerten für die Preistarife:

1. Erd- und Baumeisterarbeiten;
2. Deichgräberarbeiten;
3. Stuccaturarbeiten;
4. Steinmetzarbeiten;
5. Zimmermannsarbeiten;
6. Spenglerarbeiten;
7. Ziegeldeckerarbeiten;
8. Schieferdeckerarbeiten;
9. Kupferschmiedarbeiten;
10. Bautischlerarbeiten;
11. Schlosserarbeiten;

am Donnerstag den 22. November 1894 werden die Offerten für die Preistarife:

12. Anstreicherarbeiten;
13. Glaserarbeiten;
14. Hafnerarbeiten;
15. Asphaltiererarbeiten;
16. Zimmermalerarbeiten;
17. Tapeziererarbeiten;
18. Holzjalousien;
19. Holzstöckelpflasterungen;
20. Pflasterungsarbeiten;
21. Steinzeug-, Thon- und Chamotte-Fabrikate;
22. Brunnenmeisterarbeiten;

am Freitag den 23. November 1894 werden die Offerten für die Preistarife:

24. Gasrohrleitung und Gaseinrichtung;
25. Eisenwaren;
26. Maschinistenarbeiten;
27. Möbeltischlerarbeiten;
28. Schultafellieferung;
29. Turnsaal-Einrichtung;
30. Schriftgießer- und Schriftenmalerarbeiten;
31. Hölzerne Werkzeuge;
32. Binderarbeiten;
33. Wagnerarbeiten;
34. Schmiedearbeiten;
35. Lösch- und Rettungsgeräthe;
36. Bettwaren und Kotzen;
37. Bürstenbinderarbeiten;
38. Seilerarbeiten;
39. Riemerarbeiten;
40. Schuhmacherarbeiten;
41. Buchbinderarbeiten;
42. Buchdruckerarbeiten;
43. Zeichenrequisiten

eröffnet werden.

Die Übernahme der Offerten seitens der Offertverhandlungs-Commission findet an den angegebenen Tagen **bis zur bezeichneten Stunde**, und zwar ebenfalls in der **Volkshalle** des Rathhauses statt.

Die Vergebung der Arbeiten und Lieferungen erfolgt auf Grundlage der revidierten, vom Stadtrathe mit dem Beschlusse vom **17. October 1894, Z. 8295,** genehmigten Vorschrift und der mit demselben Beschlusse genehmigten **neuen Preistarife,** in welchen die Preise in **Kronenwährung** eingesetzt sind.

Unternehmungslustige können die Preistarife sammt Regulativen und die Vorschrift für die Bestellung ständiger städtischer Unternehmer im **Stadtbauamte, Abtheilung für Hochbau,** sowie in den **Bauamtsabtheilungen** der magistratischen Bezirksämter **X bis XIX** während der Amtsstunden einsehen und bei der städtischen **Hauptcassa,** sowie den **Hauptcassa-Abtheilungen der magistratischen Bezirksämter II bis VII und X bis XIX** zu den festgesetzten Verkaufspreisen erwerben.

Die unter den Tarifnummern 9, 18, 19, 25, 26, 29, 31, 35, 36, 37, 38, 40, 42 und 43 verzeichneten currenten Arbeiten und currenten Lieferungen werden, wenn möglich, für das ganze Gemeindegebiet **gemeinsam,** die übrigen bezirksweise vergeben; Offerenten, welche hinsichtlich der letzteren für mehrere Bezirke Anbote in einer Offerte stellen, müssen sich daher die **Zuweisung einzelner Bezirke** gefallen lassen, wenn nicht eine entgegenstellende Erklärung in der Offerte enthalten ist.

Bei den Hafnerarbeiten werden auch Offerten, welche sich auf nur eine der beiden Gruppen „Ofenarbeiten" (Post 1 bis 98 des städtischen Preistarifes Nr. 14) und „Geschirrlieferung" (Post 99 bis 151) beziehen, angenommen.

Die Offerten sind in der Weise abzufassen, dass der Offerent auf eines der gedruckten Exemplare der Vorschrift, und zwar in die leer gelassenen Stellen der am Schlusse beigedruckten Erklärung den Bezirk oder die mehreren Bezirke, die Nummer des Preistarifes nebst Angabe der Arbeitsgattung, sowie den angesprochenen Preis, und zwar den Percentsatz in **Buchstaben** und **einheitlich für sämmtliche Postnummern des betreffenden Preistarifes** einsetzt, dieses Exemplar mit seinem Namen und unter Beisetzung seines Berufes und Wohnortes unterfertigt und mit dem gesetzmäßigen Stempel versehen in verschlossenem Couvert, auf welch letzterem die Arbeitsgattung, sowie der Bezirk oder die mehreren Bezirke, für welche offeriert wird, ersichtlich zu machen sind, der Offertverhandlungs-Commission überreicht.

Das im § 9 der Vorschrift für jede Arbeitsgattung bestimmte Vadium ist entweder der Offerte beizuschließen oder vor Beginn der Offertverhandlung bei der städtischen Hauptcassa zu erlegen.

Auf Offerten von Gewerbetreibenden, die in Wien **nicht gewerbsbehördlich berechtigt sind,** dann auf **verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerten,** insbesondere daher auch auf solche, in welche nicht für **alle** Posten des betreffenden Tarifes der gleiche Percentualnachlass oder -Zuschuss angeboten erscheint, **wird keine Rücksicht genommen.**

Ebenso ist es unzulässig, sich auf allfällige für die im Jahre 1894 in Ausführung kommenden currenten Arbeiten und Lieferungen bereits erliegende Cautionen zu berufen, da dieselben noch

bis Ende des Jahres 1895 zu diesem Zwecke mit dem Cautionsbande belegt erscheinen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. October 1894. 1—3

Z. 179993.
XV.

Kundmachung.

(Concursausschreibung.)

Infolge der mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 9. October 1894, Z. 7821, erfolgten Pensionierung des Schlachthaus-Verwalters Franz Koblitz ist im städtischen Marktamte (Veterinär-Abtheilung) in der IX. Rangclasse **die Verwalterstelle im St. Marxer Schlachthause mit dem Jahresgehalte von 1600 fl.** und einem Naturalquartier erledigt worden.

Im Falle für dieselbe ein Beamter der X. a Rangclasse ausersehen wird, erledigt sich auch in dieser Rangclasse eine Thierarztenstelle mit dem Jahresgehalte von 1300 fl. und dem dieser Rangclasse entsprechenden Quartiergelde, und in der Voraussetzung, dass diese Stelle mit einem Beamten der X. b Rangclasse besetzt wird, eine Stelle dieser letzteren Rangclasse mit dem Jahresgehalte von 900 fl. und dem dieser Rangclasse entsprechenden Quartiergelde, und im Falle, dass diese Stelle mit einem Beamten der XI. Rangclasse besetzt wird, eine Stelle dieser letzten Rangclasse mit dem Jahresgehalte von 700 fl. und dem systemisierten Quartiergelde. Bewerber um dieselben haben ihre gehörig belegten Gesuche **bis längstens 14. November d. J.** im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen, wobei bemerkt wird, **dass auf Gesuche, welche nach diesem Termine eingebracht werden, keine Rücksicht genommen werden würde.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. October 1894. 1—3

Z. 30085.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am **19. November 1894** und eventuell an den darauffolgenden Tagen werden Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, Möbel, Fiakerwägen 2c. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen bare Bezahlung hintangegeben.

Kauflustige wollen sich im Amtshause des magistratischen Bezirksamtes XVIII. Bezirk, Währing, Martinsstraße Or.-Nr. 100, einfinden.

Die Auctionsstunden sind von 9 bis 12 Uhr vormittags.

Von dem magistratischen Bezirksamte für den XVIII. Bezirk.

Wien, am 13. October 1894. 3—3

M.-D.-Z. 1630.

Currende

(für die Herren Concipisten der X. Rangclasse 1. und 2. Kategorie und die Herren Concepts-Praktikanten).

Infolge der Quiescierung eines Magistrats-Commissärs gelangen im Concepts-Status

1 Magistrats-Commissärsstelle in der IX. Rangclasse,

1 Magistrats-Concipistenstelle in der X. Rangclasse 1. Kategorie und

1 Magistrats-Concipistenstelle in der X. Rangclasse 2. Kategorie,

sämmtliche Stellen mit den systemisierten Bezügen zur Besetzung.

Diejenigen von den obgenannten Herren Conceptsbeamten, welche sich um eine dieser Stellen bewerben wollen, haben ihre diesbezüglichen Competenzgesuche **längstens bis inclusive 10. November 1894 im magistratischen Einreichungsprotokolle** zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Wien, am 30. October 1894.

Der Magistrats-Vice-Director:

Tachau. 1—1

Z. 63241.

Kundmachung.

(Wasserrechtliches Verfahren.)

Das hohe k. k. Ackerbauministerium hat mit dem. Erlasse vom 3. August 1894, Z. 13033, der Statthalterei die **Ergänzung des wasserrechtlichen Verfahrens hinsichtlich des** im Projecte der Stadtgemeinde Wien für die Canalisierung des Gebietes „Kaisermühlen" des II. Wiener Gemeindebezirkes vorgesehenen **Canalauslasses in das alte abgebaute Donaubett** aufgetragen.

Hierüber findet die Verhandlung **am 10. November 1894** unter der Leitung des Bezirks-Commissärs **v. Luschin** statt.

Die Commissionsmitglieder versammeln sich am bezeichneten Tage um 10 Uhr vormittags an der Kreuzung der Schüttaustraße mit der Bellegardestraße.

Dies wird gemäß § 79 des n.-ö. Wasserrechtsgesetzes mit dem Beifügen verlautbart, dass bei dieser Verhandlung die nicht schon früher geltend gemachten Einwendungen vorzubringen sind, widrigens die Betheiligten der beabsichtigten Unternehmung und der dazu nöthigen Abtretung oder Belastung von Grundeigenthum als zustimmend angesehen würden und auf spätere Einwendungen keine Rücksicht genommen werden würde.

Wien, am 16. October 1894.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei. 1—1

Z. 35185 ex 1894.

Kundmachung.

(Provisorische Lehrstelle für Buchhaltung.)

Zufolge Beschlusses des Wiener Stadtrathes vom 24. October 1894, Z. 8412, wird hiemit der Concurs für die an der Karl Diehl'schen Fortbildungsschule für Mädchen im V. Bezirke, Hundsthurmerplatz Nr. 14, erledigte **provisorische Lehrstelle für Buchhaltung neuerlich ausgeschrieben.**

Mit dieser Lehrstelle ist die Verpflichtung zur Ertheilung von 7 wöchentlichen Unterrichtsstunden gegen eine Remuneration von 40 fl. jährlich für eine wöchentliche Unterrichtsstunde verbunden.

Zufolge des obencitierten Stadtraths-Beschlusses **werden auch weibliche Lehrkräfte zur Bewerbung zugelassen.**

Die Bewerber, beziehungsweise Bewerberinnen um diese Stelle haben ihre gehörig instruierten, insbesondere mit dem Nachweise der erforderlichen Befähigung versehenen Gesuche **bis längstens Dienstag den 6. November 1894** bei der Vorstehung des V. Wiener Gemeindebezirkes zu überreichen.

Auf verspätet eingebrachte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom magistratischen Bezirksamte für den V. Bezirk.

1—1

Z. 172901.
XI.

Kundmachung.

(Wißmann'sche Bürgerstiftung.)

Am 26. Jänner 1895 gelangen die Interessen der Pauline Wißmann'schen Stiftung aus dem Jahre 1894 im Betrage von 930 fl. an sechs arme Bürgerswitwen, welche in Wien geboren und katholischer Religion sind, zur Vertheilung.

Die Wahl der zu Betheilenden steht stiftbriefmäßig dem Magistrate zu.

Bewerberinnen um eine Betheilung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen vor allem ein das Bürgerrecht des verstorbenen Gatten nachweisendes Document, sodann aber auch ihren Taufschein, den Todtenzettel des Gatten und ein legales Armutszeugnis anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 28. November 1894** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. October 1894.

2—3

G.-Z. 4576.

Kundmachung.

(Armenstiftung für Schüler.)

Aus der **Ignaz Kussner'schen Stiftung** gelangen vier Stipendien an arme, sittliche und durch besonderen Fleiß sich auszeichnende Schüler, welche aus der II. Volksschule Ottakrings in eine Mittelschule übertreten und ihre erfolgte Aufnahme in einem Gymnasium oder einer Realschule nachzuweisen vermögen, im Betrage von je 42 fl. ö. W. zur Persolvierung,

Schüler des Hernalser Gymnasiums genießen den Vorzug.

Mangels geeigneter Bewerber aus der II. Volksschule sind solche aus der I. und III. Volksschule zu berücksichtigen.

Ordnungsmäßig gestempelte und belegte Gesuche sind in der Bezirksausschuss-Kanzlei, XVI. Bezirk, Neulerchenfeld, Hauptstraße 54, 1. Stock, **bis längstens 14. November 1894** zu überreichen, woselbst auch der Stiftsbrief eingesehen werden kann.

Auf später einlangende oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Von der Bezirksvorstehung im XVI. Wiener Gemeindebezirke.

Wien, am 28. October 1894.

1—1

Z. 61443.
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass beim **Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsfonde** nachstehende Stiftplätze in Erledigung gekommen sind, und zwar:

1. Ein **Philipp Andreas Freiherr v. Gigant'scher Johannesspital-Stiftplatz** für eine arme Person mit monatlichen 4 fl. 20 kr.

Laut Fundationsbriefes vom 17. December 1789 ist die Präsentation den Erben des Stifters vorbehalten.

2. Ein **Katharina Sprukh'scher Johannesspital-Stiftplatz** monatlicher 3 fl. 30 kr. für eine arme Weibsperson.

Laut Fundationsbriefes vom 12. Jänner 1737 ist den Erben der Stifterin das Präsentationsrecht vorbehalten.

3. Eine **Johann Friedrich Günter v. Sternegg'sche Johannesspital-Stiftung** monatlicher 3 fl. 70 kr. „auf einen veraltet mühseligen Mann".

Das Präsentationsrecht ist laut Fundationsbriefes vom 2. Jänner 1739 den Erben vorbehalten.

4. Ein **Georg Friedrich Schick und Johann Georg Managetta'scher Großarmenhaus-Stiftplatz** monatlicher 4 fl. für eine arme Person.

Laut Fundationsbriefes vom 20. Juli 1708 ist das Präsentationsrecht den Stiftern und deren Nachfolger vorbehalten.

5. Eine **Josefa Gräfin v. Starhemberg'sche Großarmenhaus-Stiftung** für eine arme Person mit monatlichen 4 fl. und 3½ kr. täglicher Zulage.

Laut Fundationsbriefes vom 1. December 1745 ist die Präsentation der Stifterin vorbehalten; letzter Präsentant war Se. Durchlaucht der Fürst Josef Rudolf Colloredo zu Mansfeld in Prag.

6. Ein **Antonius de Rossi'scher Großarmenhaus-Stiftplatz** mit 3 fl. 20 kr. monatlich und 3½ kr. täglicher Zulage für einen Armen.

Laut Fundationsbriefes vom 30. August 1775 ist das Präsentationsrecht dem Rossi'schen Universalerben und dessen Nachfolger vorbehalten.

Diejenigen Personen, welche auf das Präsentationsrecht zu einer dieser Stiftungen Anspruch erheben zu können glauben, wollen unter Nachweisung ihres Rechtstitels **längstens bis 10. November d. J.** eine stiftbriefmäßig geeignete Person anher präsentieren. Nach fruchtlosem Ablaufe dieses Termines wird die Besetzung der vorerwähnten Stiftplätze von amtswegen erfolgen.

Wien, am 13. October 1894.

3—3

Zur coulanten Besorgung aller im Cursblatte notirten Effecten und Valuten bestens empfohlen:
Wechselstube des Bankhauses
SCHELHAMMER & SCHATTERA
WIEN, I., Kärntnerstrasse Nr. 20.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 90. Freitag, den 9. November 1894. Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 13. November 1894, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 16. November 1894, 5 Uhr nachmittags.

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 13. November 1894.
Mittwoch, den 14. November 1894.
Freitag, den 16. November 1894.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **30. October 1894.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.
Bürgermeister Dr. Grübl.

Beurlaubt: Vice-Bürgermeister Matzenauer, St.-R. v. Neumann.

Entschuldigt: St.-R. v. Götz.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

St.-R. v. Götz entschuldigt sein Ausbleiben wegen Theilnahme an einer communalen Commission; die St.-R. Müller und Kreindl entschuldigen ihr Späterkommen. (Zur Kenntnis.)

(8419.) **St.-R. Vaugoin** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die vierte Erweiterung am Central-Friedhofe, und beantragt, die Arbeiten an die General-Offerenten Wilhelm Doderer & Göhl zum Nachlasse von 8·1 Percent zu vergeben.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, dass die Arbeiten an die betreffenden Special-Offerenten vergeben werden sollen.

St.-R. Boschan beantragt, eine neue Offertverhandlung auszuschreiben, bei welcher die Verwendung von Schwechater Schlackenschotter zugelassen wird.

Das Referat wird hierauf vertagt.

(8605.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Gustav Jonak Edl. v. Freyenwald um Ermäßigung der Renovationsgebür für das Einzelgrab der Susanna v. Jonak am Hernalser Friedhofe von 60 fl. auf 30 fl. und beantragt die Abweisung dieses Ansuchens nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

Derselbe referiert über rückständige Beerdigungsgebüren, und zwar:

(8622.) nach 19 Parteien im XVI. Bezirke per zusammen 58 fl. 60 kr.;

(8620.) nach 38 Parteien im XIII. Bezirke per zusammen 102 fl. 87 kr. — und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(8638.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Eincassierung der Beträge für das Austragen der Hauskehrichtgefäße aus bestimmten Häusern des I. Bezirkes vom 1. November 1894 ab und beantragt:

1. das Anbot des Leopold Bennet abzuweisen;

2. für die Eincassierung der Beträge für das Austragen der Hauskehrichtgefäße aus bestimmten Häusern des I. Bezirkes vom 1. November 1894 angefangen, sowie für die Überwachung dieser Leistung zwei Personen provisorisch und gegen beiderseitige einmonatliche Kündigung vom 10. November d. J. angefangen zu bestellen.

Von diesen hat der erste (Eincassierer) einen Monatsgehalt von 50 fl. und 8 Percent von den abgeführten Beträgen, der zweite (Revisor) einen Monatsgehalt von 40 fl. und 5 Percent von den eingegangenen Beträgen zu erhalten.

Die Einhebung dieser Beträge hat durch den Eincassierer im nachhinein zu erfolgen.

Wenn möglich, wäre Herr Bennet als Vertragsabschließender und Eincassierer zu gewinnen.

Es wird beschlossen:

Dieses Geschäft wird dem Offerenten Bennet auf ein Jahr übertragen. Derselbe hat 9000 fl. jährlich an die Gemeinde Wien, und zwar in vierteljährigen Anticipativraten mit je 2250 fl., am ersten der betreffenden Monate pünktlich zu entrichten und eine Caution von 1000 fl. zu erlegen. Bei Nichteinhaltung obiger Raten erlischt der Vertrag von selbst.

Nach Ablauf des Vertragsverhältnisses hat Bennet seine Aufschreibungen (Bücher &c.) der Gemeinde zu übergeben.

(8721.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Schneeplanierung auf den Schneeablageplätzen für den I. Bezirk und der sonstigen mit dieser Arbeit in Verbindung stehenden Arbeiten und Leistungen während der Winterperiode 1894/95 und beantragt, diese Arbeiten der Firma S. Kößler & Sohn, Großfuhrwerksbesitzer, II., Kaiser Josefstraße 25, gegen einen Pauschalbetrag von 1000 fl. für die im § 2, Abs. 1 und 2 der bezüglichen Bedingnisse näher bezeichneten Leistungen und gegen eine Bezahlung von 6 kr. ö. W. per Cubikmeter abgeführten Schnees, respective für die im § 2, Abs. 3 und 4 der genannten Bedingnisse bezeichneten Leistungen zu übertragen. (Angenommen.)

(8722.) **Derselbe** referiert über die Sicherstellung der Lieferung von 1200 m³ Aufstreusand für den I. Bezirk für die Zeit vom 15. November 1894 bis inclusive 14. November 1895 und beantragt, die Bestellung eines Lieferanten im Wege einer allgemeinen öffentlichen, schriftlichen Offertverhandlung auf Grund der vorgelegten Bedingnisse zu veranlassen. (Angenommen.)

(8286.) **St.-R. Stiaßny** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 4. Juli 1894, Z. 50994, betreffend Verzichtleistung auf die Durchführung von Straßenzügen innerhalb des Complexes der Alserkaserne für den Fall der Verwendung derselben für Universitätszwecke, respective Herstellung klinischer Institute, und beantragt:

Es werde für den Fall der Erwerbung der Alserkaserne durch den k. k. Krankenanstaltenfond und der Errichtung klinischer, eventuell auch anderer Universitätsinstitute daselbst auf die Durchführung von Straßenzügen durch den Complex der Alserkaserne mit dem Vorbehalte verzichtet, dass beim Umbaue der bestehenden Objecte die Straßenerweiterung in der Alserstraße entsprechend der genehmigten Baulinie für diese Straße vom k. k. Krankenanstaltenfonde vorgenommen, der Abschluss der Area gegen die Frankgasse, Schwarzspanierstraße und Rothehausgasse in einer den ästhetischen Anforderungen möglichst entsprechenden Weise und im Einvernehmen mit der Gemeinde Wien hergestellt, beziehungsweise, im Falle die beabsichtigte Erwerbung der Baustellen IV, V, VI an der Rothehausgasse thatsächlich erfolgen und hiedurch die Schließung der Rothehausgasse ermöglicht werden sollte, wegen Erwerbung des Straßengrundes dieser Gasse das Einvernehmen mit der Gemeinde Wien gepflogen werde.

St.-R. Müller beantragt, dass auch der Abschluss gegen die Nachbargebäude im Einvernehmen mit der Gemeinde festzustellen sei.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, es sei weiters zu bedingen, dass die Abtretung des zur Verbreiterung der Alserstraße erforderlichen Grundes unentgeltlich zu erfolgen habe.

Referent accommodiert sich beiden Zusätzen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8476.) **Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über die Zuschrift der Imperial-Continental-Gas-Association vom 9. October 1894, Z. 5820, womit die Intervention dieser Gesellschaft bei den Druckerhebungen an den Straßenflammen in Hernals, Neulerchenfeld und Ottakring, unter Hinweis auf die mit diesen ehemaligen Vorortegemeinden abgeschlossenen Verträge, neuerlich abgelehnt wurde, und beantragt, gegen die Gasgesellschaft eine Präjudicialklage rücksichtlich der Vertragsfrage einzubringen. (Angenommen.)

(Während des vorstehenden Referates fungierte Stadtanwalt Dr. Schmitt als Experte.)

(7863.) **Derselbe** referiert über die Verwahrung der österreichischen Gasbeleuchtungs-Actiengesellschaft gegen die der Actiengesellschaft für Wasserleitungen, Beleuchtungs- und Heizanlagen zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 11. September 1894, Z. 7224, ertheilte Bewilligung zur probeweisen Beleuchtung der Badgasse und eines Theiles der Schönbrunnerstraße in Gaudenzdorf mit Wassergas und beantragt, diese Eingabe abzuweisen und der beschwerdeführenden Gesellschaft zu überlassen, wegen Geltendmachung ihres vermeintlichen Rechtsanspruches den ordentlichen Rechtsweg zu betreten. (Angenommen.)

(8500.) **St.-R. Wurm** referiert über das Detailproject für eine Mädchen-Volksschule im VI. Bezirke, Mittelgasse 24, und beantragt:

1. das vorgelegte Detailproject wird mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 99.334 fl. 15 kr. genehmigt;

2. als Vollendungstermin für dasselbe wird der 31. Jänner 1896 festgesetzt; der Bau ist im Frühjahre 1895 nach Räumung des alten Bestandes durch den Verein zur Errichtung von Dienstbotenasylen ehestens zu beginnen;

3. das im Parterre gelegene Lehrzimmer wird zur Unterbringung der Lehrerbibliothek des VI. Bezirkes gewidmet;

4. unter der Voraussetzung des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Local-Commission wird der Bauconsens ertheilt;

5. die Vergebung der Arbeiten und Lieferungen hat in der vom Bauamte beantragten Weise zu erfolgen;

6. dem mit der permanenten Überwachung des Baues betrauten Bauamtsbeamten wird nach § 25 des provisorischen Normales ein Zehrgeld von täglich 1 fl. 50 kr. bewilligt.

(Angenommen; Punkt 4 an den Gemeinderath.)

(8718.) **Derselbe** referiert über das Detailproject für den Bau einer Doppel-Volksschule im XVII. Bezirke, Hernals, Stiftgasse 29, und beantragt:

1. das vom Stadtbauamte vorgelegte Detailproject, dessen Kosten vom Stadtbauamte nach den städtischen Tarifpreisen mit 292.908 fl. 19 kr. veranschlagt wurden, wird in Berücksichtigung der durch die öffentliche Offertverhandlung zu gewärtigenden Preisnachlässe mit dem Maximalkostenbetrage von 270.000 fl. genehmigt;

2. die erforderlichen Arbeiten und Materiallieferungen sind in der von der städtischen Buchhaltung in der Übersichtstabelle ddto. 26. October 1894, B.-Z. 11934, angegebenen Art zu vergeben, jedoch ist bezüglich der Turnsaal-Einrichtung auf Grund der vom Stadtbauamte erst noch zu verfassenden Detailkostenanschläge eine nachträgliche Verhandlung einzuleiten;

3. der Termin für die Vollendung des Baues wird mit 31. October 1895 festgesetzt;

4. für den mit der permanenten Beaufsichtigung dieses Schulhausbaues betrauten Stadtbauamtsbeamten wird im Sinne des § 26 lit. a des „Normales über die den städtischen Beamten und sonstigen Bediensteten zukommenden Entfernungsgebüren ꝛc." ein Zehrgeld von täglich 2 fl. 50 kr. bewilligt;

5. vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Baucommission wird die Baubewilligung im Sinne des § 105, Punkt 4, der Wiener Bauordnung ertheilt.

Gem.-Rath Dr. Nechansky beantragt, es seien auch die in Rohbau ausgeführten Stellen zu verputzen.

Dieser Antrag abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

(Punkt 5 an den Gemeinderath.)

(8719.) **Derselbe** referiert über das von der k. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen vorgelegte Detailproject für die Ausgestaltung der Viaductpartie zwischen der Rosinagasse und der Nussdorferstraße im Zuge der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn von Kilometer 7·169 bis Kilometer 7·48 und beantragt, diesem Projecte und der durch dasselbe bedingten Verbreiterung des Bahnkörpers in der bezeichneten Bahnstrecke von 8·60 m auf 9·20 m unter der Bedingung zuzustimmen, dass das für die Gürtelstraße von der Gemeinde Wien festgesetzte Niveau eingehalten wird.

St.-R. Müller beantragt, es sei der Wunsch auszusprechen, dass die Bogenconstructionen der Viaducte gegen die Bergseite verkleidet werden.

Antrag Müller abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

(8629.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Erd- und Pflastererarbeiten für die Neu-, beziehungsweise Umpflasterung der außerhalb der Tramwaygeleise liegenden Theile der Fahrbahn in der Währingerstraße zwischen der Eisengasse und Schlagergasse im IX. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1997 fl. 54 kr. und 300 fl. Pauschale, und beantragt die Genehmigung des einzigen Offertes des Eduard Berger mit dem Nachlasse von 6 Percent von den Kostenanschlagspreisen mit Ausnahme der Zufuhr der neuen Steine, wofür die Kostenanschlagspreise ohne Nachlass ausgesprochen werden (= 108 fl. 9 kr. Ersparnis). (Angenommen.)

(8748.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über die Wahl von 47 Armenräthen im XVIII. Bezirke und beantragt, die Wahl des

Barries Karl, Magistrats-Executionsofficial;
Hauer Karl, k. k. Kanzlei-Adjunct;
Holzer Rudolf, Restaurateur;
Drobnik Johann, Schneider;
Höfermayer August, Hauseigenthümer;
Holleczek Franz, Wagner;
Rauch Eduard, Schlosser;
Schmidt Karl, Korbflechter;
Immervoll Johann, Gastwirt;
Hein Gustav, Cafétier;
Lindmayer Georg, Tischler;
Klötzl Matthias, Kaufmann;
Schörg Alois, Kaufmann;
Seyfried Josef, Kaufmann;
Fuchs Josef, Kaufmann;
Schimak Laurenz, Kaufmann;
Kostka Anton, Kaufmann;
Steininger Arthur, Magistrats-Executionsofficial;
Krejcik Josef, Messerschmied;
Kronberger Karl, Gastwirt;
Müller Franz Josef, Privat;
Neubauer Andreas, Schlosser;
Wilczek Leopold, Hutmacher;
Jahn Josef, Hauseigenthümer;
Dintler Maximilian, Postsparcassenbeamter;
Schmidt Josef, Fleischselcher;
Klenner Karl, Friseur;
Heller Adalbert, k. k. Beamter;
Scheidl Josef, Hauseigenthümer;
Wanko Josef, Fleischhauer;
Panz Rudolf, Gastwirt;
Weißböck Nikolaus, Badehausbesitzer;
Schitthelm Karl, Leichenbestattungs-Unternehmer;
Laub Josef, Schlosser;
Putterlik Karl, Cafétier;
Paar Johann, Schuhmacher;
Holzer Florian, Gastwirt;
Brunner Karl, Magistrats-Official;
Putschi Ferdinand, Meßapparat-Erzeuger;
Weiß Julius, Tischlermeister;
Liebmann Johann, Bäckermeister;
Schöffmann Franz, Hauseigenthümer;
Nemetz Franz, Bäckermeister;
Obergschwandtner Josef, Buchbinder;
Brix Franz, Bildhauer;
Glößner Josef, Jalousien-Erzeuger, und
Hornyk Ignaz, Gastwirt,

zu bestätigen. (Angenommen.)

(8586.) **St.-R. Müller** referiert über das Project für die Regulierung der Lazarethgasse von der n.-ö. Landes-Irrenanstalt bis zum Zimmermannsplatze im IX. Bezirke und beantragt, das vom Magistrate vorgeschlagene Provisorium herzustellen, ferner aber an die betreffenden Anrainer den Auftrag zu erlassen, die von ihnen jetzt noch benützten, unter das künftige Niveau fallenden Räumlichkeiten bis Ende Februar zu räumen, damit sohin die definitive Regulierung durchgeführt werden kann.

Es wird beschlossen, der Magistrat werde beauftragt, wegen Herstellung des definitiven Niveaus geeignete Anträge zu stellen und zu diesem Behufe die Eigenthümer jener Häuser, welche nicht im richtigen Niveau stehen, anzuweisen, die Evacuierung der unter das künftige Niveau zu liegen kommenden Localitäten, sowie die diesbezüglichen Herstellungen auf ihre Kosten bis Ende Februar 1895 zu bewerkstelligen.

(8485.) **Derselbe** referiert über das Project für die Herstellung der Fahrbahn in der Märzstraße zwischen der Rudolfstraße und Buchgasse, XIV. Bezirk, und beantragt, diese Herstellung nach dem vorgelegten Projecte mit dem veranschlagten, bedeckten Kostenbetrage von 4108 fl. 78 kr. und die Auszahlung eines Zehrungsbeitrages von täglich 2 fl. an den Bauinspicienten nach dem provisorischen Normale zu genehmigen. (Angenommen.)

(8130.) **Derselbe** referiert in Betreff der Regulierung der Dornbacherstraße von der Ottakringer Hauptstraße bis zur Wilhelminenstraße, XVI. Bezirk, und beantragt die Einleitung von Verhandlungen.

mit dem Stifte Schotten wegen Regulierung dieser Straßenstrecke in der ganzen Breite. (Angenommen.)

Antrag des St.-R. Dr. Hackenberg: Der Magistrat sei zu beauftragen, wegen Neupflasterung der Wiedener Hauptstraße, Favoritenstraße und Schleifmühlgasse in der Nähe der Paulanerkirche und des an Stelle des bestandenen „Hotel Kreuz" aufgeführten großen Neubaues noch im Laufe des Herbstes 1894 ehestens Bericht zu erstatten und Anträge mit Project in Vorlage zu bringen.

(Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **31. October 1894.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Grübl.
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger.

Beurlaubt: Vice-Bürgermeister Matzenauer, St.-R. R. v. Neumann.

Entschuldigt: St.-R. Rückauf, Wurm.

Experten: Magistrats-Vice-Director Tachau, Baurath Clauser, Stadtanwalt Dr. Schmitt.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung und macht nachstehende Mittheilungen:

St.-R. Wurm entschuldigt sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung wegen dringender Geschäfte.

St.-R. Rückauf entschuldigt sein Fernbleiben wegen Unwohlseins. (Zur Kenntnis.)

(8398.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Ansuchen des Kirchenmusikvereines an der Pfarrkirche in Gersthof um Subventionierung und beantragt die Bewilligung eines Unterstützungsbeitrages von 50 fl. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8373 und 8328.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung bezüglich nachstehender Bewerber:

a) aus dem XVI. Bezirke:

Neumayer Franz, Private;

Rigler Franz, Gemischtwaren-Verschleißer;

Kronus Franz, Spengler;

b) aus dem XVII. Bezirke:

Elischberger Constantin, Gemischtwaren-Verschleißer;

Rainer Theodor, Beamter der n.-ö. Escompte-Gesellschaft;

Korothwitschka Hugo Mauriz. (Angenommen.)

(8674.) **St.-R. v. Götz** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 19. October 1894, Z. 78204, puncto Genehmigung des Projectes der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft für bauliche Herstellungen in der Station Breitensee der Linie Westbahnlinie—Hütteldorf und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8684.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des A. Francini um Genehmigung der Herstellung eines Asphalttrottoirs vor dem Hause IV., Alleegasse 2, Karolinenplatz 5, und beantragt, die Genehmigung unter den im Magistratsberichte enthaltenen Bedingungen und Vorbehalten zu ertheilen. (Angenommen.)

(8712.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Otto Bondy um Baubewilligung für Penzing, Hauptstraße 35 im XIII. Bezirke, und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Zustimmung nicht zu ertheilen.

Referent modificiert seinen Antrag dahin, dass die Genehmigung mit dem Zusatze zu ertheilen sei, dass bei Belästigung der Nachbarschaft durch den erweiterten Betrieb derselbe eingestellt werden kann.

Referenten-Antrag abgelehnt.

(8419.) **St.-R. Baugoin** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die vierte Erweiterung des Central-Friedhofes. Die in der letzten Sitzung begonnene Debatte wird fortgesetzt.

(Baurath Clauser fungiert als Experte.)

St.-R. Boschan modificiert seinen in der letzten Sitzung gestellten Antrag dahin, dass das zweite Offert von Doderer & Göhl (mit Zulassung von Schwechater Schotter und einem Nachlasse von 15.000 fl.) zu genehmigen sei.

Der in der letzten Sitzung gestellte Antrag des St.-R. Dr. Lueger (Vergebung an die Special-Offerenten) wird abgelehnt.

Referenten-Antrag, die Arbeiten im allgemeinen an die Unternehmer Wilhelm Doderer & Göhl zu übertragen, angenommen.

Modificierter Antrag Boschan abgelehnt.

Referenten-Antrag auf Annahme der ersten Alternative der Offerenten Doderer & Göhl angenommen.

(8645.) **St.-R. v. Götz** referiert über die Herstellung von Halbguttrottoirs vor der Kirche und dem Pfarrhofe in der Hütteldorfer Hauptstraße und beantragt die Herstellung desselben im Sinne des Magistrats-Antrages und Bewilligung eines Zuschusscredites in der Höhe des Theilbetrages von 619 fl. 59 kr. des gesammten Erfordernisses per 1085 fl. 97 kr.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Herstellung eines Klinkerpflasters.

Antrag Dr. Lueger angenommen; puncto Erwirkung des betreffenden Zuschusscredites an den Gemeinderath.

(8371.) **Derselbe** referiert über die Drucklegung des Reiseberichtes des zur 34. Jahresversammlung des deutschen Vereines der Gas- und Wasserfachmänner nach Karlsruhe entsendeten Ingenieurs Josef Harbich und beantragt, den betreffenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen und die Drucklegung desselben in 350 Exemplaren nach dem vorgelegten Muster mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 27 fl. 7 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(8435.) **Derselbe** referiert über den Tarif der Gasgesellschaft der Imperial-Continental-Gas-Association für Gasanbohrungsarbeiten und Gasmesseraufstellungen pro 1895 und beantragt, denselben zu genehmigen. (Angenommen.)

(6926.) **St.-R. Dr. Lueger** referiert neuerlich über die Besetzung der Bademeisterstelle im XIV. Bezirke und beantragt:

1. es sei Franz Grausam vom städtischen Volksbade im IV. Bezirke als Bademeister in das städtische Volksbad des XIV. Bezirkes zu übersetzen, und

2. Franz Wlczek als Bademeister für das städtische Volksbad des IV. Bezirkes mit einem Monatsbezuge von 60 fl. und dem Naturalquartiere im Anstaltsgebäude zu bestellen;

3. die bezüglichen, auf die Zeit vom 1. November 1894 an entfallenden Kosten im Betrage von 952 fl. seien auf den Reservefond zu verweisen und auf der neu zu eröffnenden Rubrik XXXIV 3 k „Auslagen für das städtische Volksbad im XIV. Bezirke" zu verrechnen. (Angenommen.)

(8677.) **Derselbe** referiert über die Anzeige der Wiener Tramway-Gesellschaft puncto Umgestaltung der Geleiseanlage und Aufnahme des Peageverkehres seitens der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft in der Alserbachstraße im IX. Bezirke und beantragt die Kenntnisnahme. (Zur Kenntnis.)

(8532.) **Derselbe** referiert über die Entscheidung der k. k. Bezirkshauptmannschaft Waidhofen an der Thaya vom 21. August 1894, Z. 26008, puncto Erwerb- und Einkommensteuerbemessung für die Firma Joh. Anderl & Söhne, VI., Liniengasse 12, und beantragt, gegen diese Entscheidung keinen Recurs zu ergreifen. (Angenommen.)

(8404.) **Derselbe** referiert über die Eingabe der Accumulatoren-Actiengesellschaft, worin dieselbe zur Kenntnis bringt, dass dieselbe von der Bewilligung zur Inbetriebsetzung von Accumulatorenwägen auf der Tramwaystrecke Rudolfsheim—Penzing, respective Rudolfsheim—Praterstern keinen Gebrauch machen kann, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8639.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung einer Personalzulage für den städtischen provisorischen Armenarzt im Bezirkstheile Kaisermühlen Dr. S. Engelsmann und beantragt, dem Genannten eine jährliche Personalzulage von 300 fl. vom 1. November d. J. an bis zur endgiltigen Regelung des Sanitätsdienstes zu bewilligen. (Angenommen.)

(8683.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über das Ansuchen der Firma Holzmann & Comp. um Bewilligung zur Herstellung eines Asphalttrottoirs vor dem Hause IV., Hauptstraße 20, und beantragt, diese Bewilligung ausnahmsweise und unter den im Antrage des magistratischen Bezirksamtes für den IV. Bezirk enthaltenen Bedingungen zu ertheilen. (Angenommen.)

(8624.) **Derselbe** referiert über die Wahl des zweiten Obmann-Stellvertreters des Armeninstitutes des X. Bezirkes und beantragt, die Wahl des Schwarzbrunn Raimund, Fischhändlers, zum zweiten Obmann-Stellvertreter des genannten Institutes zu bestätigen. (Angenommen.)

(8570.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über den Eröffnungsbericht des Leopoldstädter Communal-Real- und Obergymnasiums pro 1894/95 und beantragt:

1. diesen Bericht genehmigend zur Kenntnis zu nehmen;

2. die Vertheilung des israelitischen Religionsunterrichtes auf 20 wöchentliche Stunden zu genehmigen und dem Religionslehrer Moriz Kanitz den Betrag von 1600 fl. als Jahresremuneration anzuweisen;

3. es seien die den Supplenten und Assistenten für das Schuljahr 1894/95 zukommenden Remunerationen in der üblichen Weise flüssig zu machen, den Nebenlehrern die festgesetzten Remunerationen zu belassen und sei dem Professor A. Seidl für die Besorgung der Bibliotheksgeschäfte wie alljährlich der Betrag von 100 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(8604.) **Derselbe** referiert über den Eröffnungsbericht der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule pro 1894/95 und beantragt:

1. den genannten Bericht genehmigend zur Kenntnis zu nehmen;

2. die Bestellung des absolvierten Technikers Franz Kleinwaechter als Assistenten für geometrisches Zeichnen und darstellende Geometrie in der II. a, V. und VI. Classe mit je zwei wöchentlichen Stunden nachträglich zu genehmigen;

3. den Supplenten und Assistenten, Hilfs- und Nebenlehrern die gebürenden Remunerationen in der üblichen Weise flüssig zu machen und dem Professor Josef Sturm für die Besorgung der Bibliotheksgeschäfte wie alljährlich den Betrag von 100 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(8581.) **Derselbe** referiert über die Aufnahme von Diurnisten als Ersatz für die zur activen Militärdienstleistung einberufenen Beamten und Praktikanten und beantragt, für die einberufenen acht Beamten einen Ersatz in der Weise zu bewilligen, dass die aus dem gleichen Anlasse vom Vorjahre her im Dienste stehenden fünf Diurnisten auch fernerhin belassen und weiters noch drei Diurnisten neu aufgenommen werden, welche sämmtliche acht Diurnistenstellen nur auf die Dauer der militärischen Ausbildung der einberufenen Beamten zu bestehen und daher nach Maßgabe des Austrittes der einzelnen Beamten aus dem Heeresverbande wieder einzugehen haben. Zur Deckung der Auslage pro 1894 im Betrage von 700 fl. wäre ein Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses zu bewilligen.

(Angenommen; puncto Zuschusscredit an den Gemeinderath.)

(8518.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines zur Errichtung von Dienstboten-Asylen um mietweise Überlassung von Localitäten im städtischen Hause IV., Starhemberggasse 10, und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(8574.) **Derselbe** referiert über die Zulassung der Irene Zycha zum Besuche des französischen Curses am städtischen Pädagogium als Hospitantin und beantragt die ausnahmsweise Bewilligung dieser Zulassung, insolange dies mit dem Unterrichte vereinbar ist. (Angenommen.)

(8569.) **Derselbe** referiert über die Eröffnungsberichte, betreffend den Turnunterricht an den drei communalen Mittelschulen 1894/95 und beantragt, diese Berichte genehmigend zur Kenntnis zu nehmen.

Matthias Muck ist als Hilfsturnlehrer am Döblinger Communal-Gymnasium für die Zeit des Bedarfes zu bestellen und demselben mit Rücksicht auf die bevorstehende Übernahme dieser Mittelschule durch den Staat nach den diesfälligen bei Staats-Lehranstalten geltenden Bestimmungen eine Remuneration von 30 fl. jährlich für jede wöchentliche Unterrichtsstunde flüssig zu machen. (Angenommen.)

(8664.) **St.-R. Mayer** referiert über Tauschanträge behufs Arrondierung der Bürgerspitalfondsgründe auf dem Jauerling und beantragt:

I. Die mit Bericht des Forstamtes Spitz vom 6. September 1894, Z. 117, vorgelegten vier Tauschofferte, und zwar:

1. des Franz Schweighofer, wonach sich derselbe bereit erklärt, seine Wiesenparcellen in der Catastralgemeinde Gießhübel Nr. 152 und 171 per 6 Joch 968 □° für die Bürgerspitalfondsgründe Acker und Niederwald in Schlaubing, Abth. I und II der Cat.-Parc. 255, 256, 257 im Ausmaße von 3 Joch 399 □° zu vertauschen;

2. des Josef Staffenberger in Schlaubing, wonach sich derselbe bereit erklärt, seine Wiesenparcellen Nr. 172 und 173 in der Catastralgemeinde Gießhübel mit 4 Joch 222 □° für die Abth. I der Bürgerspitalfonds-Parcellen 253 und 254 in der Catastralgemeinde Schlaubing mit 1 Joch 881 □° Weide und Acker zu vertauschen;

3. des Johann Siebenhandl in Schlaubing, wonach derselbe bereit ist, seine Wiesenparcelle Nr. 170 in der Catastralgemeinde Gießhübel per 3 Joch 556 □° für die Bürgerspitalfondsgründe, Abth. IV der Cat.-Parc. 255, 256, 257 in der Catastralgemeinde Schlaubing, Acker und Niederwald mit 1 Joch 1396 □° gegen eine Aufzahlung seitens des Bürgerspitalfondes per 10 fl. zu vertauschen;
4. des Johann Zant in Wiesmannsreith, wonach derselbe bereit ist, seine Wiesenparcelle Nr. 198 in der Catastralgemeinde Wiesmannsreith mit 3 Joch 34 □° für die Wiesenparcellen Nr. 102 und 103 des Bürgerspitalfondes in der Catastralgemeinde Gießhübel mit 2 Joch 871 □° gegen eine Aufzahlung seitens des Bürgerspitalfondes per 25 fl. zu vertauschen —

werden genehmigt.

II. Der von Franz Schweighofer gemachte Vorbehalt, ihm für das Jahr 1895 das Grasfutter der Cat.-Parc. 171 und die auf beiden Wiesen Cat.-Parc. 152 und 171 befindlichen stärkeren Fichtenstämme zu belassen, ferner der Vorbehalt des Josef Staffenberger, ihm ebenfalls pro 1895 das Grasfutter der Wiesen Cat.-Parc. 172 und 173 zu lassen, endlich der von Johann Siebenhandl gemachte Vorbehalt, ihm das Grasfutter der Cat.-Parc. 170 pro 1895 zu belassen, werden genehmigt.

III. Die Übertragung der beiderseitigen Tauschobjecte hat lastenfrei zu erfolgen, jedoch auf Kosten der beiderseitigen Erwerber.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8689.) **Derselbe** referiert über die Vornahme von Reparaturen an dem Blechdache der Markthalle im VI. Bezirke und beantragt die Genehmigung derselben und die Bewilligung eines Zuschusscredites von 400 fl. zur Ausgabs-Rubrik XXIX 4 b gegen seinerzeitige Detailverrechnung.

St.-R. Boschan beantragt zu erheben, warum der Magistrat gegen den säumigen Contrahenten nicht nach Maßgabe der Bedingnisse vorgegangen ist.

Referenten-Antrag mit Zusatz Boschan angenommen.

(8678.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites von 800 fl. zur Rubrik XII 4 d für die Herstellungen im städtischen Amts- und Schulgebäude XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 52/54, und in den Schulgebäuden XVI., Ottakring, Wagnergasse 27, Hauptstraße 158, und Langegasse 32, und beantragt die Bewilligung. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8652.) **Derselbe** referiert über die Offerte des Jakob Schick auf mietweise Überlassung der Parterre-Geschäftslocalitäten im Kalcherschen Stiftungshause I., Sterngasse 8, um den Bruttojahreszins per 1300 fl. und beantragt, diese Offerte unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Modalitäten zu genehmigen.

Der Referenten-Antrag wird abgelehnt und beschlossen, den Magistrat zu beauftragen, für eine entsprechende Publication der Leerstehung Sorge zu tragen, damit ein anderer Mieter sich finde.

(8713.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Anton und der Marie Rother um pachtweise Überlassung der im Straßengrunde zwischen ihren Häusern XVIII. Bezirk, Währing, Frankgasse 3 und 4 gelegenen Kellerräume und beantragt, den Genannten den Zugang zu den im Straßengrunde zwischen den oberwähnten Realitäten gelegenen Kellerräumen gegen dem zu gestatten, dass sie diese Räumlichkeiten in keiner anderen Weise benützen, eine beiden Theilen zustehende Kündigungsfrist von 14 Tagen eingehen, zur Anerkennung des Eigenthumsrechtes der Gemeinde Wien einen jährlichen Zins per 3 fl bei der städtischen Hauptcassa-Abtheilung für den XVIII. Bezirk bezahlen, für die Erhaltung des guten Bauzustandes entsprechend vorsorgen und auf jede Vergütung von Seite der Gemeinde bei einem durch allfälliges Eindringen von Wasser bei einem Canal- oder Rohrgebrechen oder anderweitig entstehenden Schaden ausdrücklich verzichten.

Die St.-R. Dr. Huber und Dr. v. Billing beantragen, diese Gestattung auf jederzeitigen Widerruf einzuschränken.

Referenten-Antrag mit der Modification Dr. Huber-Dr. v. Billing, welcher sich Referent anschließt, angenommen.

(8613.) **Derselbe** referiert über die Erwirkung eines Zuschusscredites zur Ausg.-Rubr. LII 18 in der Höhe von 22 fl. zur Begleichung der Rechnung des Christian Petersen für geleistete Malerarbeiten und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(8319.) **Derselbe** referiert über die Erwirkung eines Zuschusscredites zur Ausgabs-Rubrik IV 22 in der Höhe von 262 fl. 21 kr. zur Begleichung der Rechnung der Firma L. Weinmann für Cementierungsarbeiten im neuen Rathhause und beantragt die Bewilligung des Zuschusscredites und Ausfolgung der Caution per 50 fl. an den Rechnungsleger.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, den Magistrat zu beauftragen, über den Grund der auffallenden Verzögerung dieser Angelegenheit Bericht zu erstatten.

Referenten-Antrag mit Zusatz Dr. v. Billing angenommen.

(Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt den Vorsitz.

(8811.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert in Anwesenheit des Stadtanwaltes Dr. Schmitt über die Entscheidung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 22. August 1894, Z. 35278, in Betreff der Regulierung der Ausleitungen (Flasseln) der Bewässerungsberechtigten am Kehrbache und beantragt, gegen diese Entscheidung den Recurs an das k. k. Ackerbauministerium zu ergreifen.

(Angenommen.)

(8611.) **St.-R. Matthies** referiert über das Ansuchen der Firma Em. Tichy & Sohn um Baubewilligung auf dem der Südbahngesellschaft gehörigen Lagerplatze Nr. 4 a im X. Bezirke, Vordere Südbahnstraße, und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung unter der Bedingung der Ausstellung eines Demolierungsreverses. (Angenommen.)

(8750.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 8. October 1894, Z. 78682, betreffend Äußerung über das Project der Herstellung eines Schuppens auf dem Holzlagerplatze des J. Kehrer, X. Bezirk, Vordere Südbahnstraße Platz 2, und beantragt, diesem Projecte vom Standpunkte der Localinteressen unter der Bedingung zuzustimmen, dass

1. vor Erbauung dieses Schuppens von Johann Kehrer ein intabulationsfähiger Revers des Inhaltes beigebracht und dem Magistrate übergeben werde, dass der gegenwärtige Grundeigenthümer über jederzeitiges Verlangen der Gemeinde Wien sich und seine Rechtsnachfolger zur Demolierung dieses Schuppens verpflichtet;
2. dass eine für diese Reversverbindlichkeit haftende Caution von 100 fl. ö. W. ebenfalls vor Herstellung dieses Schuppens erlegt wird;
3. dass die Eindeckung des Holzschuppens in feuersicherer Weise erfolgt. (Angenommen.)

(8606.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift des Schulausschusses der Gremial-Handelsschule der Wiener Kaufmannschaft, mit welcher dieselbe zur Kenntnis bringt, dass sie die ihr überlassenen Localitäten in der Schule III., Hörnesgasse 12, im laufenden Schuljahre nicht benützen werde.

Referent beantragt die Kenntnisnahme. (Zur Kenntnis.)

(8541.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über die Stellvertretung des beurlaubten Custos der Stadtbibliothek Dr. Karl Schalk und beantragt, den Volontär Trost zum Substituten vom 1. November 1894 an auf die Dauer von sechs Monaten zu bestellen und demselben einen aus dem suspendierten Gehalte des Custos Dr. Schalk zu bestreitenden Sustentationsbetrag von täglich 2 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(8214.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Wäninger, Hausseelsorgers in der Versorgungsanstalt in Mauerbach, um eine Diensteszulage und beantragt, es sei demselben vom Tage seines Dienstantrittes, d. i. vom 1. August 1894, ein Gehaltszuschuss von jährlich 75 fl. aus den eigenen Geldern der Gemeinde Wien zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8097.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Leopoldine Budik, Rathsdienerswitwe, um Belassung des Erziehungsbeitrages für ihre Tochter Ottilie, eventuell um Gnadengabe und beantragt, es sei derselben die Gnadengabe von jährlich 65 fl. auf ein Jahr, eventuell bis zu einer früheren anderweitigen Versorgung zu belassen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(7715.) **Derselbe** referiert über Anerkennungen und Remunerationen anlässlich der Verfassung des statistischen Jahrbuches pro 1892 und beantragt:

Es sei dem Magistratsrathe Dr. Sedlaczek und dem Magistratssecretär Dr. Löwy die vollste Anerkennung schriftlich auszusprechen.

Außerdem werden den an den bezüglichen Arbeiten Betheiligten Remunerationen bewilligt.

(8289.) **St.-R. Dr. Nechansky** referiert über das Ansuchen des Hermann und Adolf Beck um Grundentschädigung für das Haus VIII., Langegasse 1, und beantragt, die Entschädigung mit dem Pauschalbetrage von 12.000 fl. festzustellen. (Angenommen.)

(8517.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Melzer, Hörers der Rechte (I. Bezirk), um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an den Genannten. (Angenommen.)

(8051, 8561.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über das Ansuchen der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft um Gestattung der versuchsweisen Inbetriebsetzung eines Druckluftwagens auf der Strecke Schottenring—Viriotplatz durch sechs Monate im Jahre 1895 und beantragt, diesem Ansuchen vom Standpunkte der Straßenbenützung unter den im Magistrats-Antrage angesuchten Bedingungen Folge zu geben. (Angenommen.)

(Magistrats-Vice-Director Tachau erscheint als Experte.)

(8175.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über den Besetzungsvorschlag für erledigte Stellen im Steuerexecutionsamte und beantragt zu ernennen:

Es werden ernannt:

1. Zum Official in der X. Rangclasse, 1. Kategorie: Zigeuner v. Blumendorf Eduard.

2. Zum Official in der X. Rangclasse, 2. Kategorie: Landa Karl.

3. Zu provisorischen Accessisten in der XI. Rangclasse:

Frauendörfer Adolf,

Schatz Josef,

Schediwy Ludwig,

die drei Letztgenannten mit dem im Magistrats-Antrage enthaltenen Vorbehalte.

(8270.) **Derselbe** referiert über den Besetzungsvorschlag für erledigte Stellen in der Stadtbuchhaltung.

Es werden ernannt:

1. Zum Official in der X. Rangclasse, 1. Kategorie: Bauer Leopold.

2. Zum Official in der X. Rangclasse, 2. Kategorie: v. Steinius Nikolaus.

3. Zum Accessisten in der XI. Rangclasse: Nagl Franz.

(8273.) **Derselbe** referiert über den Besetzungsvorschlag für erledigte Stellen im Marktamte.

Es werden ernannt:

1. Zum Marktcommissär in der X. Rangclasse, 1. Kategorie: Hackl Heinrich.

2. Zum Marktcommissär in der X. Rangclasse, 2. Kategorie: Wimazal Jakob.

3. Zum Accessisten in der XI. Rangclasse: Nowatschek Alexander.

(8600) **Derselbe** referiert über den Besetzungsvorschlag für erledigte Stellen im Wasserbezugsrevisorate.

Es werden ernannt:

1. Zu Officialen in der X. Rangclasse, 2. Kategorie:

Schardmihlner Leopold,

Groll Otto,

Bobatsch Josef,

Koditschek Alois recte Lazar.

2. Zu Accessisten in der XI. Rangclasse:

Mathis August,

Fleischmann Alexander,

Pomp Ferdinand.

Eine Accessistenstelle bleibt in suspenso.

(8640.) **Derselbe** referiert über den Besetzungsvorschlag für erledigte Stellen in der städtischen Versorgungsanstalt in Wien.

Es werden ernannt:

1. Zum Official in der X. Rangclasse 2. Kategorie: Infeld Johann, Ritt. v.

2. Zum Accessisten in der XI. Rangclasse: Knaipp Ernst.

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Schul-Angelegenheiten.

Gewerbeschul-Commission in Wien.

25. October 1894.

Die Commission nimmt zur Kenntnis, dass die n.-ö. Handels- und Gewerbekammer einen Beitrag von 150 fl. für Schulprämien, das k. k. Unterrichtsministerium eine Subvention von 400 fl. für die kaufmännische Fortbildungsschule in Hernals gewidmet haben und seitens der Buchbindergenossenschaft zwei Druckschriften über die internationale Ausstellung des Buchgewerbes zu Paris im Jahre 1894, an welcher sich die Genossenschaft mit vielem Erfolge betheiligt hatte, eingelangt sind.

Weiters wird der Handels- und Gewerbekammer für die Spende einer namhaften Anzahl Bücher, und dem Wiener Volksbildungsvereine für die Wiederaufnahme seiner von den Lehrlingen zahlreich besuchten Vorträge der Dank votiert.

Die Errichtung einer gewerblichen Fortbildungsschule im XIV. Bezirke, Selzergasse 19, mit Beginn des nächsten Schuljahres wird beschlossen, desgleichen die Fortführung der Verhandlungen wegen Eröffnung eines neuen (4.) Vorbereitungs- und Fortbildungscurses für die Angehörigen des Bäckergewerbes.

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 6. und 8. November 1894.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	5085 Stück
Fettschweine	6369 „
Summa .	11454 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	9850 Stück
für das Land	630 „
unverkauft blieben	974 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 33 bis 37 (—) kr.
Fettschweine . . „ 37 „ 40 (—) „ } per Kg. Lebendgewicht.

Der Geschäftsverkehr war am Dienstag-Hauptmarkte für Jungschweine infolge veterinärpolizeilicher Beschränkung derselben für Wien flau, daher diese Gattung 2 bis 3 kr. per Kilo im Preise eingebüßt hat. Fettschweine haben bei mäßigem Angebote und besserer Nachfrage 2 bis 4 kr. per Kilo gewonnen.

* * *

Pferdemarkt vom 6. November 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 311 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 78—410 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 21— 95 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 8. November 1894.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 2459, Kälber lebend 56, Lämmer Waidner 190, Lämmer lebend —, Schafe Waidner 780 Schafe lebend 6176, Schweine Waidner 1139.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg.	von	50 (—)	bis	70 (—)	kr.
Kälber lebend	„ „	„	54 (—)	„	60 (—)	„
Lämmer Waidner	per Paar	von	4	bis	10	fl.
Lämmer lebend	„ „	„	—	„	—	„
Schafe Waidner	„ Kg.	von	20 (—)	bis	40 (—)	kr.
Schafe lebend	„ „	„	21	„	34	„
Schafe lebend	„ Paar	von	9	bis	24	fl.
Schweine Waidner	„ Kg.	„	38 (—)	bis	52 (—)	„
Schweine lebend junge . .	„ „	„	—	„	—	„
Schweine lebend fette . . .	„ „	„	—	„	—	„

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 149 Stück Kälber weniger zugeführt. Das schwache Angebot steigerte bei sehr lebhaftem Markte die Preise der Primaware um 4 kr., der mittleren und minderen Sorten um 4 bis 6 kr. per Kilo.

Auf dem Schafmarkte wurden um 829 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust war ruhig und blieben die letztwöchentlichen Preise unverändert.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 8. November 1894 176 Stück Mast-, 273 Stück Weide- und 568 Stück Beinlvieh aufgetrieben und zu den Preisen des letzten Montagsmarktes verkauft.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 5. bis 8. November 1894:

Für Neubauten:

III. Bezirk: Haus, Baustelle I, Grundb.-Einl. 726/III Keinergasse, Ecke der Hainburgerstraße, von Wendelin Kühnel, Bauführer Heinrich Winkler (8131).
IX. Bezirk: Haus, Mariannengasse 18, von Ludw. Richter, nos. Dr. Anton Löw, Bauführer Ferd. Dehm & F. Olbricht (8158).
XIX. Bezirk: Maschinenhaus für Nutzwasseranlage, Nussdorf, Einl.-Z. 501, Boschgasse, von Nathaniel Freih. v. Rothschild, Bauführer Adolf Tichy (20215).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Praterhütte 160, von Johann Marak, Bauführer A. Tiesel (8095).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Neuthorgasse 6, von S. Trebitsch & Sohn, Schottenfeldgasse 13—15, Bauführer Josef Bauer (8121).
„ „ Bräunerstraße 5, von Ch. N. Fritz, Bauführer C. Michna (8159).
„ „ Augustengasse 3, von Wilh. Fränkel, Bauführer Luckeneder & Miserowski (8134).
II. Bezirk: Kleine Schiffgasse 6, von Jakob Klein, Sechsschimmelg. 16, Bauführer L. Klima (8119).
„ „ Klosterneuburgerstraße 5, von Leop. Heumann, Bauführer F. Bernert (8137).
III. Bezirk: Hetzgasse 28, von Dr. Julius Bermann, Glockengasse 1, Bauführer L. Klima (8118).
V. Bezirk: Hauslabgasse 14, von Rudolf Reichelt, Baumeister (8167).
„ „ Hundsthurmerstraße 28, von Karl Kammerer, Karlsg. 11, Bauführer Franz Doleyschka (8180).
VI. Bezirk: Stumpergasse 54, von Josef Weidinger, Bauführer Josef Müller (8154).
VII. Bezirk: Lerchenfelderstraße 83, von Robert Bittner, Bauführer Josef Bauer (8122).
VIII. Bezirk: Wickenburggasse 5, von Dr. Rudolf Schiefrer, XIX., Hauptstraße 69, Bauführer J. Drbal (8106).
IX. Bezirk: Sobieskigasse 1, von Anton John, Maurermeister (8107).
„ „ Rögergasse 29, von Bertha Feintuch, Bauführer ? (8128).
XVI. Bezirk: Ottakring, Lerchenfelderstraße 66, von Johann Burscha, ebenda, Bauführer Thomas Hofer (49081).
„ „ Ottakring, Wilhelminenstraße Conscr.-Nr. 664, von Franz Kubiczek, ebenda, Bauführer Leopold Roth (49083).
„ „ Ottakring, Wilhelminenstraße Conscr.-Nr. 1237, von Josef Spilka, ebenda, Bauführer Leopold Roth (49084).
„ „ Ottakring, Hauptstraße 234, von Franz Mandl, ebenda, Bauführer Ferd. Baldia (49309).
„ „ Ottakring, Breitenseerstraße 12, von Franz Blahak, Bauführer Franz Schobesberger (49313).
„ „ Neulerchenfeld, Hauptstraße 30, von Jakob Goldblatt, ebenda, Bauführer Josef Baldia (49468).
„ „ Neulerchenfeld, Grundsteingasse 51, von Peter Krapfl, ebenda, Bauführer Josef Baldia (49469).
„ „ Ottakring, Lienfeldergasse 11, von Martin Leiß, ebenda Bauführer Laurenz Prigl (49470).
„ „ Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 69, von Moriz Deutsch, Bauführer Thomas Mann (49541).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Comptoir, Wintergasse 18, von Antonie Menzel, Bauführer J. Wögler (8127).
„ „ Geschäftsportal, Untere Augartenstraße, Grundb.-Einl. 4353, von Josef Sucharipa, Bauführer ? (8142).

II. Bezirk: Geschäftsportal, Untere Augartenstraße, Grundb.-Einl. 4354, von Josef Sucharipa, Bauführer ? (8143).
III. Bezirk: Reconstruction eines Einwurfschachtes, Hauptstraße 38, von Friedrich Gutmann, Baumeister (8101).
„ „ Gasmotor-Aufstellung, Steingasse 7, von Julius König, Bauführer ? (8148).
„ „ Gewächshaus, Kleingasse 6—14, von Dr. Wilh. Svetlin, Leonhardgasse 5, Bauführer Frauenfeld & Berghof (8151).
V. Bezirk: Schupfe, Hundsthurmerstraße 27, von Joh. Anderle, Bauführer ? (8120).
„ „ Schupfe, Mauthausgasse 2, von Josef Kaiser, Bauführer G. Strohmayr (8164).
VII. Bezirk: Atelier, Sigmundsgasse 5, von F. A. Hänsler, Bauführer C. Michna (8116).
XIII. Bezirk: Gassenladenausbruch, Hietzing, Lainzerstraße 81, von Marie Razim, Bauführer ? (31030).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

I. Bezirk: Rothenthurmstraße 9, von der Allg. österr. Baugesellschaft (8178).
II. Bezirk: Kronprinz Rudolfsstraße, Grundb.-Einl. 3108, von Rudolf Reichelt, Baumeister (8166).
III. Bezirk: Baumgasse 32, von Karl Pabst (8112).
„ „ Kleingasse 6—14, von Dr. Wilh. Svetlin, Leonhardgasse 5, (8150).
VII. Bezirk: Neustiftgasse 35, von A. Schmid, Maurermeister (8146).
VIII. Bezirk: Fuhrmannsgasse 12, von Franz Prokſch, Baumeister, für Kath. Czermak (8126).
IX. Bezirk: Bindergasse 6, von Dr. Heinrich Klitsch, XIX., Parkstr. 37 (8172).

Bauconsense wurden ertheilt:

vom 1. October bis 31. October 1894:

a) Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus und Werkstätte, Engerthstraße, Grundb.-Einl. 3731 und 2663, an Ignaz Löwi, Bauführer R. Reichelt.
„ „ Wagenfabrik, Dresdnerstraße, Grundb.-Einl. 4211, an Magd. Hoffmann, Bauführer Anton Hofmann.
„ „ Haus, Wallensteinstraße 34, an P. Dobias & R. Au, Bauführer L. Waldmann.
„ „ Rueppgasse, Grund.-Einl. 1148, an Karl Kittel, Maurermeister.
„ „ Stall und Werkstätte, Pasettigasse, Grundb.-Einl. 3459, an Leo Weiß, für Karl Vopelius, Bauführer R. Reichelt.
III. Bezirk: Haus, Hohlweggasse, Grundb.-Einl. 2743, an Jakob Modern, für Pauline Epstein, Bauführer F. Freitag.
„ „ Haus, Kleist- und Kölblgasse, Grundb.-Einl. 2662, an Kath. Wünsch, Bauführer W. Schulz.
IV. Bezirk: Haus, Heugasse 28, an Alb. Frh. v. Rothschild, durch Fellner & Helmer, Bauführer D. Zifferer.
V. Bezirk: Haus, Rampersdorfgasse, Grundb.-Einl. 2019, an Adolf Jäger, Bauführer Th. Bauer.
„ „ Haus, Reinprechtsdorferstraße, Grundb.-Einl. 1724 und Jahngasse, an Josef Stojan, Bauführer C. Kittel.
VII. Bezirk: Haus, Mariahilferstraße 126, an Ch. M. Cabos und Gebr. Schweinburg, Bauführer Ed. Schweinburg.
„ „ Haus, Burggasse 122, an Johann F. Kast, Bauführer A. Sallatmeyer.
IX. Bezirk: Czermakgasse, Grundb.-Einl. 1583, Baustelle XIII, an Josef Sucharipa, Bauführer W. Klingenberg.
X. Bezirk: Fabrik, Dampfgasse, Ecke der Sonnleitnergasse, Einl.-Z. 2079, an Ferdinand und Marie Henneberg.
„ „ Schröttergasse, Einl.-Z. 1527, an Jakob Straßberg, Bauführer Johann Schweitzer.
XII. Bezirk: Wohnhaus, Unter-Meidling, Ecke der Radetzky- und Millergasse, an Michael Wollner, Bauführer Friedrich Sonnenburg.
XIII. Bezirk: Villa, Parterre, Hacking, Auhofstraße 24, an Pfeiffenberger's Witwe, Bauführer Klingenberg (Bohdal).
„ „ Villa, Hütteldorf, Halm- und Kirchengasse, an Zdenko Straßer, Bauführer J. Schaufler.
„ „ Villa (einstöckig), Hietzing, Wattmanngasse, an Franz Bergauer, Bauführer Mochal & Prokop.
„ „ Haus (zweistöckig), Penzing, Bahngasse 16, an Leop. Höfer, Bauführer derselbe.
XIV. Bezirk: Drei Stock hohes Wohnhaus, Rudolfsheim, Sueßgasse 8, Jadengasse 13, an Anton Groß, Bauführer Johann Schrepfer.
„ „ Drei Stock hohes Wohnhaus, Rudolfsheim, Rudolfsstraße 41, an Heinrich Leonhard, Bauführer W. Gabauer.
„ „ Werkstätte und Stall, Rudolfsheim, Lerchenstraße 17, an Karl Böhm und Anna Rein, Bauführer Heinrich Staud.
XV. Bezirk: Drei Stock hohes Wohnhaus, Fünfhaus, verl. Pelzgasse, an Josefine Grüll, Bauführer Ferd. Meißner.
XVI. Bezirk: Ottakring, Seitenberggasse 43, an Georg und Anna Zitek, ebenda, Bauführer Franz Ferenda.
„ „ Drei Stock hohes Wohnhaus, Ottakring, Lerchenfelderstraße 11, an Matth. Millik, Engerthgasse 6, Bauführer derselbe.
XVIII. Bezirk: Wohn- und Geschäftshaus, Gerstlhof, Wallrißgaße, Ecke der Erndtgasse, Einl.-Z. 737, an Paul Oberst, Maurermeister, Neuwaldeggerstraße 28.
XIX. Bezirk: Wohnhaus, Ober-Döbling, Neustiftgasse, Einl.-Z. 529, Parcelle 770, an Anton Hauser, Bauführer E. Spieß.
„ „ Schupfe, Heiligenstadt, Grinzingerstraße 51 und 53, an die Commune Wien, Bauführer Josef Spilka.
„ „ Wohnhaus, Ober-Döbling, Park- und Dittesgasse, Einl.-Z. 861, an Johann Heinrich und Marie Mühlinghaus, Bauführer Victor Fiala.

b) Für Umbauten:

II. Bezirk: Haus, Obere Donaustraße 85, an Ludwig Tischler, nomine Marie Gräfin Rasumoffski, Bauführer Allgem. österr. Baugesellschaft.
III. Bezirk: Haus, Marokkanergasse 20, an Karl Bluntschli, Bauführer J. Dolezal.
VI. Bezirk: Haus, Gumpendorferstraße 20, an H. F. Lederer und Al. Schweinburg, Bauführer H. F. Lederer.
„ „ Haus, Magdalenenstraße 61, an Joh. und Pauline Kraus, durch L. A. Fuchsit, Bauführer A. Zwerina.
VII. Bezirk: Haus, Kaiserstraße 91, an Jg. und Ernestine Deutsch, Bauführer Joh. Schneider.
XI. Bezirk: Hoftract, Simmering, Hirschengasse 1 a, an Franz und Marie Pagler, Hauptstraße 101, Bauführer Ferd. Keindl.
XV. Bezirk: Dreistöckiger Gassentract, Fünfhaus, Clementinengasse 11, an Kath. Kloos, Bauführer Stagl & Brodhag.
XVI. Bezirk: Ottakring, Habichergasse 19/21, an Karoline Greger, XVI., Engerthgasse 17, Bauführer Matth. Millik.

c) Für Zubauten:

II. Bezirk: Kesselhaus, Kaisermühlendamm 93, an die Actiengesellschaft für Dampfwäscherei und Appretur, Bauführer C. Höllerl.
„ „ Praterhütte Nr. 6, an Magdalena Wittmann, Bauführer Martin Neubauer.
„ „ Praterhütte Nr. 67, an Anna Krieger, Bauführer Anton Tiesel.
„ „ Praterhütte Nr. 137, an Karl Pretscher, Bauführer Joh. Anderl.
III. Bezirk: Baumgasse 35, an Karl Kronsteiner, Bauführer F. Guttmann.
„ „ Atelier, Rennweg 57, an Giovanni Horvath, Bauführer Ferd. Steiner.
IV. Bezirk: Hoftract, Theresianumgasse 6, an Jul. Mayreder, nomine Achilles Thommen, Bauführer Max Kaiser.
V. Bezirk: Seitentract, Nikolsdorferstraße 39, an Oreste Bastreri, Bauführer Josef Spilka.
VI. Bezirk: Windmühlgasse 18, an Hutter & Schrantz, Bauführer W. Stadler.
„ „ Wallgasse 12, an Theresia Czerny, Bauführer J. Hartl.
VIII. Bezirk: Lerchenfelderstraße 38, an Karl und Leopoldine Lechner, Bauführer Ed. Schätz.
X. Bezirk: Weldengasse 20, an Johann und Magdalena Parth, Bauführer Lorenz Wetsch.
„ „ Himbergerstraße 103, an Adolf und Marie Henn, Bauführer Josef Zeitlinger.
„ „ Laxenburgerstraße 66, an Hutter & Schrantz, Bauführer W. Stadler.
„ „ Heinrichgasse 17/19, an Moriz Hafner, Bauführer Josef Mayer.
„ „ Heinrichgasse 20, an Moriz Hafner, Bauführer Josef Zeitlinger.
„ „ Hansengasse 24, an Ignaz Alois Fleischer, Bauführer Joh. Schweitzer.
„ „ Altmüttergasse 5, an Francisca Felsmayer, Bauführer Karl Holzmann.
XI. Bezirk: Magazinszubau, Simmering, Spinngasse 404, an die I. öst. Jutespinnerei und -Weberei, I., Maria Theresienstraße 22, Bauführer Johann Schneider.
„ „ Wohnungszubau, Kaiser-Ebersdorf, Pressburger Reichsstraße 388, an August Höniger, ebenda, Bauführer Joh. Mikſch.
XII. Bezirk: Wohntract, Unter-Meidling, Rauchgasse 9 a, an Franz und Eleonore Pils, Bauführer Josef Bayer.
„ „ Abortgruppe, Unter-Meidling, Wilhelmsstraße 54, an Karl Linsenmayer, Bauführer Franz Doleyschka.
XIII. Bezirk: Veranda (1 Stock), Hacking, Auhofstraße 74, an Leopold Grünberger, Bauführer Jg. Schaufler.
XIV. Bezirk: Wohnhaus, Rudolfsheim, Rudolfsstraße 14, an die Eheleute Blecha, Bauführer Heinrich Staud.

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Gürtel 55, an Ernst Kleist, ebenda, Bauführer Otto Ettmayer.
XVII. Bezirk: Hernals, Kirchengasse 25, an Josef und Paula Rohrhofer, Bauführer Johann Gschwandner.
" " Hernals, Weinhauserstraße 53, an Johann und Marie Willmann, Bauführer W. Stadler.
" " Hernals, Frauengasse 6, an Johann und Anna Weidner, Bauführer Thomas Mann.
" " Hernals, Rötzergasse, an Max Korn, Bauführer Adolf Jäger & T. Bauer.
" " Dornbach, Hauptstraße 68, an Abraham Herzog, Bauführer H. & F. Glaser.
XIX. Bezirk: Werkstätten-Zubau, Unter-Sievering, Hauptstraße 147, an Josef Nowotny, ebenda, Bauführer E. Spieß.
" " Waschküche und Wohnraum-Zubau, Unter-Döbling, Paradiesgasse 8 und 10, an Josef und Josefa Lehner, Bauführer A. Micheroli.
" " Requisitenschupfe, Heiligenstadt, Hohe Warte 52, an Barbara Schenker, Bauführer Franz Kubacsek.
" " Lastenaufzug, Unter-Döbling, Nußwaldgasse 8 und 10, an Groh & Raudnitz, Bauführer Oskar Laske.

d) Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Bräunerstraße 5, an Max Konn, Bauführer C. Michna.
" " Sonnenfelsgasse 13, an Johann Krimm, Bauführer ?.
" " Rudolfsplatz 2, an Karl Mayer, Baumeister.
" " Schmerlingplatz 3, an Karl Diebel, Bauführer W. Lischka.
" " Postgasse 22, an Moriz Wawrinetz, Maurermeister.
" " Maximilianstraße 2, an Dr. Julius Richter, Bauführer F. Notthaft.
" " Tiefer Graben 27, an Anna Laski, Bauführer Franz Weese.
" " Kärnthnerstraße 37, an die Malteser-Ritterordens-Commende St. Johann, Bauführer Luckeneder & Miserowski.
" " Volksgartenstraße 1, an M. J. Elsinger & Söhne, Bauführer Ed. Schwarzer.
" " Schwarzenbergstraße 3, an Karl Auspitz, Bauführer C. Quidenus.
" " Seitenstettengasse 5, an Franz List, Baumeister.
" " Franz Josefs-Quai 3, an die Wiener Baugesellschaft.
" " Judengasse 4, an Heinrich Kropf, Bauführer ?
" " Tiefer Graben 7/9, an die Union-Baugesellschaft.
II. Bezirk: Kleine Schiffgasse 6—8, an Jakob Klein, Bauführer Leop. Klima.
" " Obere Augartenstraße 70, an Johann Kreutzer, Maurermeister.
" " Obere Donaustraße 29, an Ludw. Schmitt, Bauführer G. Löwitsch.
" " Waschhausgasse 2, an Johann Nowak, Maurermeister.
" " Volkertstraße 23, an Rudolf Stummer Ritt. v. Traunfels, Bauführer ?
" " Praterstraße 33, an Em. Bachmayer, Bauführer F. Drexler.
" " Marchfeldstraße 27, an Franz Thier, Bauführer ?
" " Wasnergasse 27, an Bertha Bloch, Bauführer ?
" " Rueppgasse 21, an Johann Pacher, Bauführer Johann Müller.
" " Kronprinz Rudolfsstraße 19, an Rudolf Reichelt, Baumeister.
III. Bezirk: Haidingergasse 18, an Martin Kriegler, Bauführer L. Witzmann.
" " Metternichgasse 3, an Fritz Rumpelmayer, nomine Deutsche Botschaft, Bauführer R. Jäger.
" " Obere Viaductgasse 10, an Heinrich Zaufal, Maurermeister.
" " Leonhardgasse 10, an Th. Schleimer, Bauführer C. Hörmann.
" " Schimmelgasse 11, an J. Schramm, Bauführer Leopold Witzmann.
" " Khunngasse 15, an Anton Brunner, Maurermeister.
" " Hörnesgasse 24, an N Reunagel, Bauführer Chr. Gatty.
" " Lorbeergasse 12, von Johann Graf, Bauführer F. Gutmann.
" " Landstraßergürtel 19, an Wilh. Pollak, Bauführer ?
" " Streichergasse 5, an Wenzel Frtschka, Maurermeister.
" " Mostgasse 12, an Eleonore Jarath, Bauführer P. Witzmann.
" " Wienstraße 15, an F. Biela, Bauführer E. Schätz.
" " Starhemberggasse 25, an Wilh. Watzek, Bauführer ?
" " Weyringergasse 15, an Dr. August Leon, Bauführer F. Doleyschka.
V. Bezirk: Wehrgasse 27, an Emilie Medl, Bauführer Ch. Gatty.
" " Pressgasse 23, an Leop. Brichta, Bauführer Joh. Binder.
" " Hauptstraße 60 b, an Mich. und Therese Laurer, Bauführer H. Ohrner.
V. Bezirk: Wienstraße 61, an Karl Langer, Baumeister.
" " Hundsthurmerstraße 83, an Jg. Schöllinger, Bauführer Ed. Schätz.
" " Nikolsdorferstraße 38, an Therese Wolf, Bauführer J. Hecht.
" " Wimmergasse 8, an Joh. Paul Strattner, Bauführer Ferd. Hofer.
VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 88 b, an H. F. Lederer, Baumeister.
" " Gumpendorferstraße 118, an Martin Draxlmeyer, Maurermeister.
" " Mariahilferstraße 109, an Anton Klement, Maurermeister.
VII. Bezirk: Mentergasse 7, an Ad. Müller's Söhne, Bauführer J. Baldia.
" " Lindengasse 30, an Karl Matusch, Bauführer ?
" " Zieglergasse 69, an J. Gasterstädt, Bauführer J. Drbal.
" " Bandgasse 45, an Moriz und Josef Sturany, Baumeister.
" " Kirchengasse 34, an Francisca Hisch, Bauführer J. Dolezal.
" " Spittelberggasse 8, an Thomas Loskot, Maurermeister.
" " Seidengasse 11, an C. Meßmer, Bauführer J. Seichert.
" " Mechitaristengasse 11, an Ed. Frauenfeld & Berghof.
" " Schottenfeldgasse 39, an Wilh. Pfannhauser, Bauführer Josef Drbal.
IX. Bezirk: Grünethorgasse 10, an Max Mandl, noe. Max Weiß, Bauführer Jul. Mitschke.
" " Berggasse 5, an Franz Gilly, Bauführer H. Gerl.
" " Hahngasse 17, an J. Schmeidel, Bauführer M. Trimmel.
" " Rossauerlände 4, an Julius Stiaßny, Bauführer Edm. Czada.
" " Eisengasse 28, an Wenzel Gabauer, Maurermeister.
XI. Bezirk: Simmering, Theresiengasse, Conscr.-Nr. 403, an Lorenz Willinger, ebenda, Bauführer Anton Kurz.
" " Simmering, Hirschengasse 1 a, an Franz und Marie Pagler, XI., Hauptstraße 101, Bauführer Ferdinand Kaindl.
" " Simmering, Feldgasse 51, an die I. österr. Seifensieder-Gewerksgesellschaft in Wien, Bauführer Johann Schneider.
" " Kaiser-Ebersdorf, Presburger Reichsstraße 388, an August Höniger, ebenda, Bauführer Johann Mikisch.
" " Simmering, Hauptstraße 30—32, an die Wiener Tramway-Gesellschaft, IX., Kolingasse 11, Bauführer Johann Schneider.
" " Simmering, Hauptstraße 19, an Anna Schmock, ebenda, Bauführer Ferdinand Kaindl.
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Rudolfsgasse 54 b, an Anton Brunner, Bauführer derselbe.
" " Unter-Meidling, Fabriksgasse 4, 6, 8, an Johann Schima's Erben, Bauführer Friedrich Sonnenburg.
" " Unter-Meidling, Ferdinandsgasse 24, an Wilhelm Schediwy, Bauführer derselbe.
" " Gaudenzdorf, Jakobsstraße 14, von Josef Johann Krätzer, Bauführer Wenzel Voit.
" " Unter-Meidling, Meidlinger Hauptstraße 8, an Anton Schreivogl, Bauführer Johann Neuwirth.
XIII. Bezirk: Penzing, Poststraße 154/6, an Tanner, Laetsch & Cie., Bauführer Karl Ziegelwanger.
" " Unter-St. Veit, Kirchengasse 17, an Emilie Demuth (Josef Linttner), Bauführer ?
" " Ober-St. Veit, Rudolfsgasse 30, an Franz Stepnička, Bauführer ?
" " Hietzing, Hetzendorferstraße 36, an David Geiringer, Bauführer Franz List.
" " Breitensee, Kirchengasse 30, an Franz Kutschera, Bauführer Ludwig Zatka.
" " Ober-St. Veit, Reichgasse, an die Wiener Baugesellschaft.
" " Hietzing, Hauptgasse 17, an Eduard Neustadtl, Bauführer Josef Kopf.
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Dreihausgasse 23, an Jos. Haldenwang, Bauführer Julius Stättermayer.
" " Rudolfsheim, Felberstraße 102, an Rup. Deimel, Bauführer Heinrich Staud.
" " Rudolfsheim, Fischergasse 40, an Anna Jordis, Bauführer Heinrich Staud.
XV. Bezirk: Fünfhaus, Blüthengasse 6, an Moriz Josef Sturany, Bauführer Sturany.
" " Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 29, an ?, Bauführer Johann Giller.
" " Fünfhaus, Märzstraße 28, an L. Geiringer, Bauführer B. Gettwert.
" " Fünfhaus, Clementinengasse 7, an Elisabeth Knoth, Bauführer Stagl & Brodhag.
XVI. Bezirk: Ottakring, Hofergasse 22, an Amalia Schwarz, ebenda, Bauführer Ferd. L. Baldia.
" " Neulerchenfeld, Herbststraße 50, an Ferd. Meißner, XVI., Peyerlgasse 17, Bauführer derselbe.

XVI. Bezirk: Ottakring, Lerchenfelderstraße 41, an Ferdinand Scheinert, ebenda, Bauführer Franz Bock.
„ „ Ottakring, Seitenberggasse 69—71, an Wilhelm Langer, ebenda, Bauführer Franz Baumann.
„ „ Ottakring, Paletzgasse 2, an Martin Twarosch, XVII., Hernals, Hauptstraße 108, Bauführer Johann Dolezal.
„ „ Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 41, an Josef Kolb und Hubert Bartsch, ebenda, Bauführer Johann Schmetterer.
„ „ Neulerchenfeld, Grundsteingasse 66, an Marie Maurer, ebenda, Bauführer Engelbert Schrammel.
„ „ Ottakring, Hauptstraße 45, an Karl Deffner, ebenda, Bauführer Thomas Mann.
„ „ Neulerchenfeld, Fröbelgasse 5, an S. Huber, ebenda, Bauführer Josef Orbal.
„ „ Ottakring, Ganglbauergasse 3, an Regina Trebitsch, ebenda, Bauführer Georg Kowarik.
„ „ Ottakring, Hauptstraße 170, an Anna Hübel, ebenda, Bauführer Wilh. Maisser und Fr. Roth.
„ „ Neulerchenfeld, Burggasse 42, an Matthias Engel, ebenda, Bauführer Vincenz Haschek.
„ „ Ottakring, Wurlitzergasse 39 a, an Anna und Wenzel Königswieser, ebenda, Bauführer Martin Vogler.
„ „ Neulerchenfeld, Haberlgasse 46, an Johann Male, ebenda, Bauführer Franz Lehninger.
„ „ Neulerchenfeld, Gaullachergasse 12, an Willibald Kreuziger, ebenda, Bauführer Josef Pollak.
„ „ Ottakring, Abelegasse 16, an Karl Schmidt, ebenda, Bauführer Thomas Hofer.
„ „ Neulerchenfeld, Koppstraße 50, an Franz Kornherr, XVI., Peyerlgasse 23, Bauführer Ferd. Meißner.
„ „ Neulerchenfeld, Gaullachergasse 15, an Marianne Hebetshuber, ebenda, Bauführer Josef Baldia.

XVII. Bezirk: Hernals, Kirchengasse 55, an Johann Hopfmüller, Bauführer Franz Haslinger.
„ „ Hernals, Schmerlinggasse 11, an Karoline Richter, Bauführer Thomas Hofer.
„ „ Dornbach, Hauptstraße 127, an Josefa Konrath, Bauführer H. und F. Glaser.
„ „ Hernals, Rötzergasse 16, an Franz Unger, Bauführer Wenzel Gabauer.
„ „ Hernals, Karlsgasse 28, an Anton und Franz Übelherr, Bauführer Karl Haas.
„ „ Dornbach, Hauptstraße 121, an Anton Blöckinger, Bauführer Johann Steinmetz.
„ „ Dornbach, Paschinggasse 6, an Anton Krumm, Bauführer Franz Lehninger.
„ „ Neuwaldegg, Hauptstraße 40, an Leopoldine Wittgenstein, Bauführer Ed. Frauenfeld.
„ „ Hernals, Hauptstraße 53, an Georg Klein, Bauführer Karl Haas.

XVIII. Bezirk: Währing, Antonigasse 90, an die Hauseigenthümer Franz und Marie Swalla, VII., Lerchenfelderstraße 1, Bauführer Alexander Jungwirth.
„ „ Währing, Kirchengasse 1, an Ludwig und Emilie Huss, XVIII., Kirchengasse 1, Bauführer Franz Kaindl.

XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Hirschengasse, Or.-Nr. 28, an Lucian Brunner, Bauführer Anton Honus.
„ „ Josefsdorf, C.-Nr. 32, an Johann und Karoline Scheidl, Bauführer Em. Kamenicky.

e) Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Abort, Wollzeile 13, an Karl Michna, Maurermeister.
„ „ Elektromotor-Aufstellung, Seilergasse 14, an Albert Schipler, Bauführer ?

II. Bezirk: Schupfe, Brigittaplatz 19, an L. Strakosch & J. Bonners Nachfolger, Bauführer W. Marek.
„ „ Rohrcanal, Große Schiffgasse 30, an Gustav Hemetsberger, Bauführer J. Kielmayer.
„ „ Holzmagazin, Praterquai, an die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Bauführer Frauenfeld & Berghof.
„ „ Backofen, Leystraße 130, an Ludwig Hartl, Bauführer Joh. Wagner.
„ „ Schupfe und Schweinestall, Gerhardusgasse 37, an Wolfgang Eckert, Bauführer A. Wenzel.

III. Bezirk: Magazin, Arsenalweg, an Karl Slexander, Bauführer J. Maruna.
„ „ Schupfe, Schlachthausgasse 19, an Siemens & Halske, Bauführer C. O. Ponisch.
„ „ Gartenhaus, Mechelgasse 4, an Hans Friedrich, Bauführer Anton Gürlich.
„ „ Canal, Erdbergerlände 38, an die Imperial-Continental-Gas-Association, Bauführer F. Olbricht.

IV. Bezirk: Canal, Preßgasse 16, an Johann Scheibenbogen, Bauführer J. Spilka.
„ „ Abort, Preßgasse 9, an Auguste Winter, Bauführer C. M. Draxlmayer.
IV. Bezirk: Canal, Karolinengasse 18, an Pittel & Brausewetter noe. L. Biber & F. Felbermaier, Bauführer R. Hornek.

V. Bezirk: Aufstellung provisorischer Objecte, Lainzerstraße, Bürgerspitalfondsgrund, an Fritz Kraus, Bauführer Ferd. Seif.

VI. Bezirk: Rauchfang, Magdalenenstraße 42, an Ferd. Hartwieger, Bauführer C. Frick.
„ „ Hofeindeckung, Gumpendorferstraße 88 B, an Dr. Th. Schlosser, Bauführer E. Kamenicky.
„ „ Bedürfnisanstalt, Mariahilferstraße, an Wilh. Beetz, Bauführer Aug. Titz.

VII. Bezirk: Holzgang, Lindengasse 20, an Oskar Laske, Baumeister, für Lederer & Comp.
„ „ Selchofen, Neubaugasse 34, an Johann Förchtgott und Amalia Schill, Bauführer A. Sallatmeyer.

VIII. Bezirk: Pissoir, Piaristengasse 28, an Camilla Lichtenstein durch Dr. Moriz Lichtenstein, Bauführer J. Lauseker.

IX. Bezirk: Hofbalkon, Schlickgasse 4, an Franz Kobierski, Bauführer A. Krones.
„ „ Atelier, Liechtensteinstraße 89, an J. Pick, Bauführer Rupert Kollwinger.

X. Bezirk: Quellengasse 74, an Ferdinand Zimprich, Bauführer J. Zeitlinger.
„ „ Landgutgasse 8, an Franz Wagner, Bauführer W. Stadler.
„ „ Schaumbergerstraße 13, an Agnes Neubauer, Bauführer Josef Kellner.
„ „ Simmeringerstraße 154, an Josef Petrowitzky, Bauführer W. Laitl.
„ „ Muhrengasse 13, an M. Stracka, Bauführer derselbe.

XI. Bezirk: Rauchfang, Simmering, 5. Landengasse 159, an Marie Menhart, ebenda, Bauführer Ferd. Kaindl.
„ „ Holzschupfen, Kaiser-Ebersdorf, Fabriksgasse, Conscr.-Nr. 86, an die Fußbodenfabrik Baiersdorf & Biach, I., Kolowratring 9, Bauführer Leopold Prager.
„ „ Senkgrube, Kaiser-Ebersdorf, Ebersdorferstraße 192, an Therese Müller, ebenda, Bauführer Anton Kurz.
„ „ Senkgrube, Kaiser-Ebersdorf, Ebersdorferstraße 222, an Ludwig Namharter, ebenda, Bauführer Anton Kurz.
„ „ Senkgrube, Kaiser-Ebersdorf, Ebersdorferstraße 228, an Anton Schnaitt, ebenda, Bauführer Anton Kurz.
„ „ Abortanlage, Kaiser-Ebersdorf, Dorfgasse 144, an Johann Gerringer, Conscr.-Nr. 31 Kaiser-Ebersdorf, Bauführer Johann Harhammer.
„ „ Abortanlage, Simmering, 4. Landengasse 381, an Michael Kalser, ebenda, Bauführer Anton Heindl.
„ „ Erhöhung eines Rauchschlotes, Simmering, Felbergasse 4, an Georg Krepp, ebenda, Bauführer Ferdinand Kaindl.
„ „ Rauchfang, Simmering, 4. Landengasse 91, an Franz X. Karl, ebenda, Bauführer Anton Heindl.

XII. Bezirk: Eiseinwurfsschacht, Unter-Meidling, Bonygasse 67, an Wilh. Buhl, Bauführer Friedrich Sonnenburg.
„ „ 6 Lusthäuser, Hetzendorf, Schönbrunnerstraße 19 und 21, an Leander Huschauer, Bauführer Franz Dezorf.
„ „ Gewächshaus, Hetzendorf, Gärtnergasse 16, an Karl Zuber, Bauführer Franz Prosser.
„ „ Dampfkessel-Aufstellung, Gaudenzdorf, Plankengasse 59/61, an Karl Blaimschein, Bauführer Tanner, Laetsch & Comp.
„ „ Abortzubau, Gaudenzdorf, Gärtnergasse 10, an Johann Steinhagl, Bauführer Karl Palisa.

XIII. Bezirk: Schupfen, Speising, Bergheidengasse 194, an Engelbert Kerner (Heinrich Kabelas), Bauführer ?
„ „ Wasserreservoire, Ober-St. Veit, Auhofstraße 9/13, an Winkler & Schindler, Bauführer Anton Trillsam.
„ „ Rauchfang, Breitensee, Hauptstraße 86, an Ferdinand Biba, Bauführer ?
„ „ Canal, Penzing, Pfarrgasse 22, an Franz Herrmann, Bauführer Josef Kopf.
„ „ Abortanlage, Penzing, Poststraße 154/6, an Tanner, Laetsch & Comp., Bauführer Karl Ziegelwanger.
„ „ Abort im 1. Stocke, Penzing, Bahngasse 10, an Kraetzer & Helm, Bauführer Leopold Höfer.
„ „ Schupfen, Breitensee, Hütteldorferstraße, Parc. 430, an die Accumulatoren-Fabrik, Bauführer Oskar Laske.
„ „ Hühnerstall, Lainz, Wambachergasse 131, an F. Baron Skal, Bauführer Adolf Zwekina.
„ „ Hundestall, Lainz, Hauptstraße 1, an Albert Jones, Bauführer Adolf Zwekina.
„ „ Gitter, Lainz, Wambachergasse 131, an F. Baron Skal, Bauführer Franz Peydl.

XIV. Bezirk: Canal und Aborte, Sechshaus, Ullmannstraße 37, an Anna Jerger, Bauführer Otto Ettmayer.

XV. Bezirk: Canaleinmündung, Fünfhaus, Clementinengasse 11, an Kath. Kloos, Bauführer Stagl & Brodhag.

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Gürtelstraße 32, an Jos. Nagy, ebenda, Bauführer Karl Kapp.
„ „ Ottakring, Wilhelminenstraße 108, an Marie Straßer, ebenda, Bauführer Wilhelm Maißer & Ferd. Roth.

XVI. Bezirk: Ottakring, Wilhelminenstraße 104, an Ed. Fichtner, ebenda, Bauführer Wilhelm Maißer & Ferd. Roth.
„ „ Ottakring, Wilhelminenstraße 106, an Ferd. und Juliana Leitner, ebenda, Bauführer Wilhelm Maißer und Ferd. Roth.
„ „ Ottakring, Galitzynstraße, Villa, an M. Freund, ebenda, Bauführer A. Zagórski.
XVII. Bezirk: Portal, Sonnenschutzplache und drei Gaslaternen, Hernals, Kirchengasse 54, an Heinrich und Francisca Frischmann, Bauführer Leopold Robiczek.
„ „ Glashaus, Dornbach, Hauptstraße 81, an Geza Benisch, Bauführer Johann Steinmetz.
XVIII. Bezirk: Schupfenzubau, Gersthof, Feldgasse 36, an Anton und Marie Karl, ebenda, Bauführer Gotthilf Geßwein, Zimmermeister.
XIX. Bezirk: Einfriedung, Kahlenbergerdorf, Conscr.-Nr. 32, an Anna Heichmer, Bauführer Karl Höllerl jun.
„ „ Steinzeugrohr-Canalisierung, Nussdorf, Hauptstraße 1, an Ernestine v. Leis, Bauführer Michael Stierling.
„ „ Verbindungsgang, Ober-Döbling, Billrothstraße 53, an Dr. Hermann Hillischer, Bauführer Franz Feigl.
„ „ Glashaus, Ober-Döbling, Ferdinandsgasse 5, an Bertha Satori und Dr. Ludwig Calligaris, Bauführer M. & C. Hinträger.
„ „ Steinzeugrohr-Canalisierung, Nussdorf, Gärtnergasse 54, an Johann Weinzinger, Bauführer A. Micheroli.
„ „ Steinzeugrohr-Canalisierung, Ober-Döbling, Neustiftgasse 68, an Anton Schwertmann, Bauführer Anton Schwertmann jun.
„ „ Stakettengitter, Ober-Döbling, Stephaniegasse 9, an Erich Condit, Bauführer Victor Fiala.
„ „ Steinzeugrohr-Canalisierung, Heiligenstadt, Hohe Warte 40, an Ignaz Bleier, Bauführer Feigl.
„ „ Errichtung eines Darraumes, Unter-Döbling, Nussdorf-Waldgasse 14, an Z. Zacherl, Bauführer Eduard Prabitz.

f) Stockwerks-Aufsetzungen:

X. Bezirk: Simmeringerstraße 140/142, an Jakob Schya Straßberg, Bauführer Peregrin Zimmermann.
XI. Bezirk: Simmering, Spinngasse 404, an die I. österr. Jutespinnerei und Weberei, I., Maria Theresienstraße 22, Bauführer Johann Schneider.
XIII. Bezirk: I. Stock, Hütteldorf, Hauptstraße 69, an Josef Angermayer, Bauführer Rohdal Klingenberg.
XVI. Bezirk: Ottakring, Ecke Schottengasse und Seeböckgasse 45, an Johann Glaser, XVI., Seitenberggasse 45, Bauführer Georg Kowarik.

g) Baulinien wurden bestimmt:

I. Bezirk: Laurenzerberg 4.
„ „ Adlergasse 14, 16 und 18.
II. Bezirk: Franzensbrückenstraße 17 und 19.
III. Bezirk: Hauptstraße 78.
IX. Bezirk: Liechtenstein'sche Brauhaus-Realität.
X. Bezirk: Grenzstraße zwischen Inzersdorf und der Gemeinde Wien.
XIII. Bezirk: Hütteldorf, Hackinger Allee.
„ „ Lainz, Hetzendorferstraße.

Realitäten-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 31. October 1894.

I. Bez., Weihburggasse, E.-Z. 1380, bisheriger Besitzer Christ v. Rheinthal Clara 1/6, Christ v. Rheinthal Johanna 1/6, grundbücherlich übertragen an Weinberger Jakob 1/3, am 14. Sept. 1894.
„ „ Freisingergasse, E.-Z. 320, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hardt-Stummer v. Tavarnok Albert, Freiherr 1/5, Hardt Wilhelm 1/5, Hardt Rudolf 1/5, Conradi Marianne 1/5, Wehler Emma 1/5, am 17. Sept. 1894.
„ „ Bauernmarkt, E.-Z. 100, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma Ferd. Dehm & F. Olbricht, am 7. Sept. 1894.
„ „ Schulerstraße, Or.-Nr. 10, E.-Z. 1119, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Vogelsang-Greisberger Walpurga, am 11. Sept. 1894.
„ „ Regierungsgasse, E.-Z. 914, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schweinburg Emanuel 15/32, Schweinburg Eduard 15/32, am 22. Juni 1894.
„ „ Herrengasse, E.-Z. 451, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schweinburg Emanuel 15/32, Schweinburg Eduard 15/32, am 22. Juni 1894.
„ „ Rauhensteingasse, E.-Z. 910, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Dumont Bertha, am 13. Oct. 1894.
II. Bez., Praterstraße, E.-Z. 1365, bish. Bes. Moller Karl 1/16, grdb. übertr. an Schwartz v. Mohrenstern Anna 1/16, am 14. Sept. 1894.
II. Bez., Dietmayrgasse, E.-Z. 198, bish. Bes. Safer Theresia 1/2, grdb. übertr. an Safer Franz 1/2, am 11. Sept. 1894.
„ „ E.-Z. 873, bish. Bes. Haftner Ferdinand 1/2, grdb. übertr. an Haftner Karoline 1/2, am 4. Sept. 1894.
„ „ Nordbahnstraße, E.-Z. 1146, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Heintschel Edl. v. Heinegg Oskar, am 3. Oct. 1894.
„ „ Salzachstraße, E.-Z. 3155, bish. Bes. Bleyer Johanna, geb. Herold, grdb. übertr. an Herold Anna 3/4, Bleyer Josef 1/4, am 13. Juli 1894.
„ „ Karmelitergasse, E.-Z. 822, bish. Bes. Uhl Roman 1/6, grdb. übertr. an Uhl Wilhelmine 1/6, am 17. Aug. 1894.
„ „ Herminengasse, E.-Z. 721, bish. Bes. Weixelbaum Marie 1/2, grdb. übertr. an Weixelbaum Johann 1/6, Weixelbaum Engelbert 1/6, Weixelbaum Ferdinand 1/6, am 7. Sept. 1894.
„ „ Praterstraße, E.-Z. 1365, bish. Bes. Moller Gabriel 1/16, grdb. übertr. an Schwartz v. Mohrenstern Anna 1/16, am 2. Oct. 1894.
„ „ Praterstraße, E.-Z. 1365, bish. Bes. Pichler Anna 1/8, grdb. übertr. an Schwartz v. Mohrenstern Anna 1/8, am 2. Oct. 1894.
„ „ Hedwiggasse, E.-Z. 700, bish. Bes. Dolansky Therese, grdb. übertr. an Dolansky Franz 1/2, Dolansky Albert 1/2, am 14. Sept. 1894.
„ „ Kaisermühlendamm, E.-Z. 807, bish. Bes. Schlosser Karoline, geb. Bauer 1/4, grdb. übertr. an m. Schlosser Hermine 1/4, am 18. Sept. 1894.
„ „ Malzgasse, E.-Z. 1015, bish. Bes. Selch Rosa 1/2, grdb. übertr. an Wilhelm Hermine 1/2, am 18. Sept. 1894.
„ „ Marchfeldstraße, E.-Z. 1037, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hofbauer Georg 1/2, Hofbauer Marie 1/2, am 8. Oct. 1894.
„ „ Taborstraße, E.-Z. 2076, bish. Bes. Meißl Karl, grdb. übertr. an „Karl Meißl'sche Stiftung für arme christliche Gewerbetreibende", am 25. Sept. 1894.
„ „ Mathildenplatz, E.-Z. 4026, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schmits Karl 1/2, Schmits Elise 1/2, am 29. Sept. 1894.
„ „ Brigittenauerlände, E.-Z. 4036, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schmits Karl 1/2, Schmits Elise 1/2, am 29. Sept. 1894.
„ „ Mathildengasse, E.-Z. 4037, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schmits Karl 1/2, Schmits Elise 1/2, am 29. Sept. 1894.
III. Bez., Thomasgasse, E.-Z. 1638, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 4. Sept. 1894.
„ „ Dietrichgasse, E.-Z. 264, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Lachner Anton, am 14. April 1894.
„ „ Mohsgasse, E.-Z. 1143, 1144, bish. Bes. Holzer Karl 1/2, grdb. übertr. an Dunay de Duna-Becse Hugo, Graf v. 1/2, am 31. Aug. 1894.
„ „ Kleistgasse, E.-Z. 2687, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Fischer Bernhard, am 27. Sept. 1894.
„ „ Landstraße Hauptstraße, E.-Z. 944, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mautner v. Markhof Dorothea, am 15. Sept. 1894.
„ „ E.-Z. 1059, bish. Bes. Zikes Elise 1/2, grdb. übertr. an Zikes Heinrich, Dr. 1/4, Ballmann Stephanie, geb. Zikes 1/4, am 24. Aug. 1894.
„ „ Mohsgasse, E.-Z. 1143, 1144, bish. Bes. Blau Adolf 1/2, grdb. übertr. an Dunay Marie, Gräfin 1/2, am 12. Sept. 1894.
„ „ Paulusgasse, E.-Z. 1175, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Trösch Franz 1/2, Trösch Aloisia 1/2, am 22. Sept. 1894.
„ „ Marxergasse, E.-Z. 2386, bish. Bes. Jaeger Rudolf 1/4, grdb. übertr. an Schindler Karoline 1/4, am 14. Sept. 1894.
IV. Bez., Karolinengasse, E.-Z. 363, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Franz Josef, am 17. Sept. 1894.
„ „ E.-Z. 342, bish. Bes. Mack Theresia 1/16, grdb. übertr. an m. Mack Gustav 1/32, m. Mack Eduard 1/32, am 24. Aug. 1894.
„ „ Schönburgstraße, E.-Z. 297, bish. Bes. Bamberger Moriz Adam 1/2, grdb. übertr. an Bamberger Franz 1/2, am 18. Sept. 1894.
„ „ Wohllebengasse, E.-Z. 1000, bish. Bes. Becker Johann 1/2, grdb. übertr. an Becker Marie 1/2, am 8. Juni 1894.
V. Bez., Hundsthurmplatz, E.-Z. 86, bish. Bes. Miska Francisca 1/2, grdb. übertr. an Janke Theodor 1/2, am 25. Sept. 1894.
„ „ Obere Amtshausgasse, E.-Z. 11, bish. Bes. Goos Margaretha 1/4, grdb. übertr. an Goos Ludwig 1/4, am 11. Sept. 1894.
„ „ Rampersdorfgasse Or.-Nr. 4, E.-Z. 923, bish. Bes. Binder Barbara 3/4, grdb. übertr. an Dworrak Barbara 3/4, am 3. Aug. 1894.
„ „ Reinprechtsdorferstraße, E.-Z. 971, bish. Bes. Heidenreich Franz 1/8, Schön Clara 1/8, grdb. übertr. an Heidenreich Karl 1/4, am 19. und 20. Sept. 1894.
„ „ Franzensgasse, E.-Z. 258, bish. Bes. Bolfek Marie 9/98, grdb. übertr. an Dorfleuthner Josef 9/98, am 2. Oct. 1894.
„ „ E.-Z. 1820, bish. Bes. Mayer Richard, grdb. übertr. an m. Mayer Frida 1/3, m. Mayer Paul Oskar 1/3, m. Mayer Ernst Louis 1/3, am 21. Aug. 1894.
„ „ Diehlgasse, E.-Z. 1526, 1527, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Zach Matthäus, Dr., am 28. Sept. 1894.
„ „ Schallergasse, E.-Z. 1808, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Ebert Karl, am 17. Juli 1894.

V. Bez., Hundsthurmerstraße, E.-Z. 459, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Korwill Moriz, Pick Siegmund, am 4. Oct. 1894.
" " E.-Z. 1125, bish. Bes. Prečechtel, richtig Prečechtil ½, grdb. übertr. an Prečechtil Franz ½, am 21. Aug. 1894.
" " Castelligasse, E.-Z. 115, bish. Bes. Kern Alois, grdb. übertr. an Kern Johann, am 27. Juli 1894.
" " Zentagasse, E.-Z. 1382, bish. Bes. Kern Alois ½, grdb. übertr. an Kern Johann ½, am 27. Juli 1894.

VI. Bez., Bürgerspitalgasse, E.-Z. 101, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kühne Emil, am 6. Sept. 1894.
" " Strohmayergasse, E.-Z. 944, bish. Bes. Reichel Marie, grdb. übertr. an Reichel Peter 1/3, Rieger Marie 1/3, Reichel Vincenz Hubert 1/3, am 10. Juli 1894.
" " E.-Z. 382, bish. Bes. Philipp Theresia ½, grdb. übertr. an Philipp Richard 1/4, Philipp Johann 1/4, am 28. Aug. 1894.
" " Königsklostergasse, E.-Z. 43, bish. Bes. Böhm Anna, geb. Schöppesdorfer ½, grdb. übertr. an Böhm Simon ½, am 31. Aug. 1894.
" " Brückengasse, E.-Z. 71, bish. Bes. Preiß Josefa 1/4, grdb. übertr. an Stöhr Eduard 1/4, am 25. Sept. 1894.
" " Brückengasse, E.-Z. 71, bish. Bes. Wondrasch Marie 1/4, grdb. übertr. an Stöhr Eduard 1/4, am 22. Sept. 1894.
" " Hofmühlgasse, E.-Z. 402, bish. Bes Höfelmayer Aloisia, grdb. übertr. an Steinberg Ludmilla ½, Höfelmayer Josef ½, am 14. Sept. 1894.
" " Brückengasse, E.-Z. 71, bish. Bes. m. Bernhardt Ferdinand Gottfried 1/12, Bernhardt Richard Johann 1/12, Bernhardt Karl Wilhelm 1/12, grdb. übertr. an Stöhr Amalie 1/4, am 22. Sept. 1894.

VII. Bez., Siegmundsgasse, E.-Z. 1046, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Tennhardt Christian, Dr. ½, Tennhardt Marie ½, am 31. Juli 1894.
" " Seidengasse, E.-Z. 1295, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Gelbhaus Moritz ½, Gelbhaus Malvine ½, am 24. Sept. 1894.
" " Zieglergasse, E.-Z. 1229, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Weleba Franz ½, Weleba Francisca ½, am 1. Sept. 1894.
" " Burggasse, E.-Z. 210, bish. Bes. Schestak Ignaz 1/3, grdb. übertr. an Frankfurter Leopold 1/3, am 27. Sept. 1894.
" " Spittelberggasse, E.-Z. 1081, bish. Bes. Wegenstein Josef ½, grdb. übertr. an Wegenstein Josef 1/4, Janitschek Katharina 1/4, am 28. Aug. 1894.
" " Siebensterngasse, E.-Z. 1029, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Baldaß Adele, Edle v. ½, Felmayer Helene ½, am 22. Sept. 1894.
" " Burggasse, E.-Z. 194, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Meindl Barbara, am 26. Sept. 1894.
" " Halbgasse, E.-Z. 287, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Specht Hugo, am 9. Oct. 1894.

VIII. Bez., E.-Z. 826, bish. Bes. Stockinger Magdalena 1/5, grdb. übertr. an Stockinger Mathilde 1/10, Gruhner Leopoldine 1/10, am 22. Juni 1894.
" " Pfeilgasse, E.-Z. 611, bish. Bes. Kirchmayer Marie ½, grdb. übertr. an Kirchmayer Andreas ½, am 1. Aug. 1892.
" " E.-Z. 558, bish. Bes. Scheibl Marie, grdb. übertr. an Münzberg Leopoldine 1/3, Sift Marie 1/3, Scheibl Anna 1/3, am 4. Sept. 1894.
" " Laudongasse, E.-Z. 423, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Dorfinger Ferdinand ½, Dorfinger Julianne ½, am 29. Sept. 1894.
" " Schlösselgasse, E.-Z. 697, bish Bes. ?, grdb. übertr. an Herzog Albert ½, Herzog Marie ½, am 3. Sept. 1894.
" " Piaristengasse, E.-Z. 637, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Lichtenstein Camilla, am 18. Juli 1894.

IX. Bez., Waisenhausgasse, E.-Z. 1184, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Deri Max, am 6. Sept. 1894.
" " Fechtergasse, E.-Z. 188, 189, bish. Bes. Verlassenschaft nach Bischoff August ½, Bischoff Anna ½, grdb. übertr. an Strauß Joh. 1/1, am 14. Sept. 1894.
" " Bleichergasse, E.-Z. 190, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Tutein Emil Louis ½, Tutein Marie ½, am 22. Sept. 1894.
" " Bindergasse, E.-Z. 151, bish. Bes. Miesicz Marie 2/16, grdb. übertr. an Miesicz Wilhelmine 2/16, am 7. Sept. 1894.
" " Liechtensteinstraße, E.-Z. 373, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Lederer Leon ½, Lederer Anna Louise ½, am 25. Sept. 1894.
" " Schlagergasse, E.-Z. 1404, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Allemand Louise Baptistine Victorine, verwitwete Leutand, am 24. Sept. 1894.
" " Bindergasse, E.-Z. 151, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Klitsch Heinrich, Dr., am 3. Oct. 1894.
" " Pfluggasse, E.-Z. 690, bish. Bes. Stimpfl Peter ½, grdb. übertr. an Strabeck Anna 1/12, Stimpfl Karl 1/12, Stimpfl Ferd. 1/12, Bartuschek Wilhelmine 1/12, Stimpfl Edmund 1/12, Dürbek Aloisia 1/12, am 28. August 1894.
" " Fluchtgasse, E.-Z. 193, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Spilka Josef, am 6. u. 12. Juli 1894.
" " Pfluggasse, E.-Z. 689, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Klitsch Heinrich, Dr., am 3. Oct. 1894.

IX. Bez., Mariannengasse, E.-Z. 469, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Löw Anton, Dr., am 3. Oct. 1894.
" " Lazarethgasse, E.-Z. 339, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hörandner Rudolf, am 3. Oct. 1894.
" " E.-Z. 1028, bish. Bes. Höllerer Georg ½, grdb. übertr. an Höllerer Marie ½, am 7. Sept. 1894.
" " Eisengasse, E.-Z. 1301, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Gemmel-Fluchbach Alfred, Freih. v., am 4. Oct. 1894.

X. Bez., E.-Z. 1606, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Heber August ½, Heber Barbara ½, am 25. Sept. 1894.
" " Inzersdorf, E.-Z. 624, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Neubauer Marie, am 20. Sept. 1894.
" " Inzersdorf, E.-Z. 525, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hafner Moritz, am 20. Sept. 1894.
" " Inzersdorf, E.-Z. 516, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Jung Franz ½, Jung Marie ½, am 30. Sept. 1894.
" " E.-Z. 1154, bish. Bes. Stefan Johann, grdb. übertr. an m. Stefan Johann ½, m. Stefan Franz ½, am 25. Sept. 1894.
" " E.-Z. 580, 582, bish. Bes. Steininger Franz ½, grdb. übertr. an Steininger Eleonore ½, am 19. Sept. 1894.
" " E.-Z. 518, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Nußer Eduard, am 29. Sept. 1894.
" " E.-Z. 1376, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Steger Johann ½, Steger Elisabeth ½, am 13. Oct. 1894.
" " E.-Z. 2261, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an den Verein für Arbeiterhäuser in Wien, am 5. Mai 1894.

XI. Bez., Simmering, E.-Z. 7, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Zehetner Leopold ½, Zehetner Johanna ½, am 23. Oct. 1894.

XII. Bez., Hetzendorf, E.-Z. 371, bish. Bes. Zuber Karl ½, grdb. übertr. an Zuber Marie ½, am 12. Sept. 1894.
" " Unter-Meidling, E.-Z. 603, 1195, bish. Bes. Ondrejicka Adam ½, grdb. übertr. an m. Ondrejicka Josef ½, am 12. Sept. 1894.
" " Unter-Meidling, E.-Z. 206, bish. Bes. Schuh Rosalia, grdb. übertr. an Löffler Anton, am 11. Sept. 1894.
" " Gaudenzdorf, E.-Z. 220, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mesner Josef, am 20. Sept. 1894.
" " Altmannsdorf, E.-Z. 114, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Koppels Karl, Koppels Katharina, am 1. Oct. 1894.
" " Hetzendorf, Reinhartsgasse 12, E.-Z. 413, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Knies Karl ½, Knies Elise ½, am 8. Aug. und 18. Sept. 1894.
" " Hetzendorf, E.-Z. 214, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hrasko Simon ½, Hrasko Anna ½, am 29. Sept. 1894.
" " Gaudenzdorf, E.-Z. 186, bish. Bes. Andel Anna ½, grdb. übertr. an Glogar Anna ½, am 1. Sept. 1894.
" " Gaudenzdorf, E.-Z. 95, bish. Bes. Stiastny Karoline 1/16, grdb. übertr. an Stiastny Antonie 1/16, am 3. Oct. 1894.
" " Unter-Meidling, E.-Z. 562, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wild August, am 19. Sept. 1894.
" " Unter-Meidling, E.-Z. 332, bish. Bes. Mikulka Johann, grund. übertr. an Schulmeister Johann ½, Schulmeister Amalie ½, am 28. Sept. 1894.
" " Unter-Meidling, E.-Z. 613, bish. Bes. Schmid Elisabeth ½, grdb. übertr. an Schmid Georg ½, am 14. Sept. 1894.
" " Unter-Meidling, E.-Z. 27, bish. Bes. Hoffmann Josefa, grdb. übertr. am Ježek Wenzel ½, Ježek Marie ½, am 8. Oct. 1894.
" " Unter-Meidling, E.-Z. 627, bish. Bes. Kreutzer Anton ½, grdb. übertr. an Kreutzer Anton 1/4, Kreutzer Johann 1/4, am 10. Juli 1894.
" " Hetzendorf, E.-Z. 473, bish. Bes. Siller Lorenz, grdb. übertr. an Siller Katharina ½, Siller Franz 1/10, Siller Marie 1/10, m. Siller Johann 1/10, m. Siller Katharina 1/10, m. Siller Johann 1/10, am 7. Sept. 1894.
" " Altmannsdorf, E.-Z. 188, bish. Bes. Benaček Josefa, Malschinger Karl, grdb. übertr. an Stoppel Philomena, am 21. Oct. 1894.

XIII., Bez., Penzing, E.-Z. 43, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schurich Josef ½, Schurich Josefa ½, am 22. Sept. 1894.
" " Hietzing, E.-Z. 206, bish. Bes. Pfisterer Johann ½, grdb. übertr. an Pfisterer Anna, am 7. Aug. 1894.
" " Ober-Baumgarten, E.-Z. 11, bish. Bes. Baumgartner Benedict, grdb. übertr. an Baumgartner Anna, am 20. Aug. 1894.
" " Unter-St. Veit, E.-Z. 24, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Groissinger Wilhelm, am 12. Oct. 1894.
" " Hütteldorf, E.-Z. 103, bish. Bes. Verlassenschaft nach Ackerl Adam und Marie zu je ½, grdb. übertr. an Breitegger Magdalena, am 21. Aug. 1894.
" " Breitensee, E.-Z. 244, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wiesböck Josef ½, Wiesböck Marie ½, am 8. Oct. 1894.
" " Breitensee, E.-Z. 224, bish. Bes. Materna Anna ½, grdb. übertr. an Materna Wenzel ½, am 8. Oct. 1894.
" " Penzing, E.-Z. 273, bish. Bes. I. öst. Sparcassa, grdb. übertr. an Geiringer Siegmund, am 15. Sept. 1894.
" " Speising, E.-Z. 239, bish. Bes. Straßmeier Anton, Straßmeier Anna, grdb. übertr. an Lebzelter Ferdinand ½, Lebzelter Marie ½, am 3. Oct. 1894.

XIII. Bez., Hietzing, E.-Z. 62, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mikulka Joh., am 28. Sept. 1894.
" " Hietzing, E.-Z. 206, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Grießler Franz, am 9. Oct. 1894.
" " Hütteldorf, E.-Z. 88, bish. Bes. Bistritschan Wilhelm 1/2, grdb. übertr. an Bistritschan Wilhelm 1/12, Bistritschan Ernst 1/12, Bistritschan Karl 1/12, Bistritschan Robert 1/12, Bistritschan Hugo 1/12, Bistritschan Emil 1/12, am 9. Oct. 1894.
" " Penzing, E.-Z. 692, bish. Bes. Selch Rosa, grdb. übertr. an Wilhelm Hermine, am 18. Sept. 1894.
" " Penzing, E.-Z. 690, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kysilka Anton 1/2, Kysilka Anna 1/2, am 13. Oct. 1894.

XIV. Bez., Rudolfsheim, E.-Z. 472, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Oppelik Anton 1/5, Oppelik Raimund 1/5, Obert Marie 1/5, Lackner Emilie 1/5, Zahradniček Leopoldine 1/5, am 11. Sept. 1894.
" " Sechshaus, E.-Z. 75, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Funk Franz 1/2, Funk Theresia 1/2, am 6. Sept. 1894.
" " Sechshaus, E.-Z. 14, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Duschek Josef, am 31. Aug. 1894.
" " Rudolfsheim, E.-Z. 509, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Perzina, geb. Petzl Rosina, am 10. Oct. 1894.
" " Rudolfsheim, E.-Z. 494, bish. Bes. Duchon Dominik 3/8, grdb. übertr. an Aust Karl 3/8, am 18. Aug. 1894.
" " Rudolfsheim, E.-Z. 514, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Pristinger Josef, am 6. Oct. 1894.

XV. Bez., Fünfhaus, Robert Hamerlinggasse 23, E.-Z. 159, bish. Bes. Proschek Karl 1/5, grdb. übertr. an m. Proschek Josef 1/5, am 9. Aug. 1894.
" " Fünfhaus, E.-Z. 624, bish. Bes. Krämmer Josef 1/2, grdb. übertr. an Krömmer Elisabeth 1/2, am 5. Sept. 1894.
" " Fünfhaus, E.-Z. 750, bish. Bes. Stagl Rosalia 1/2, grdb. übertr. an Stagl Heinrich 1/2, am 17. Oct. 1894.
" " Fünfhaus, E.-Z. 310, bish. Bes. Bauer Johann 1/4, grdb. übertr. an Bauer Theresia, 4/32, m. Bauer Johann 1/32, m. Bauer Ludwig 1/32, m. Bauer Josef 1/32, m. Bauer Marie 1/32, am 27. Sept. 1894.
" " Fünfhaus, E.-Z. 407, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bachofen v. Echt Adolf sen. 1/2, Medinger Johann 1/2, am 19. Oct. 1894.
" " Fünfhaus, E.-Z. 76, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Risterer Josef, am 11. Oct. 1894.
" " Fünfhaus, E.-Z. 81, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Knesl Vincenz, am 22. Oct. 1894.
" " Fünfhaus, E.-Z. 94, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hausknost Josef 1/2, Hausknost Antonie 1/2, am 24. Oct. 1894.

XVI. Bez., Ottakring, E.-Z. 2191, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Fuchshofer Johann 1/2, Schippits Aloisia 1/2, am 1. Sept. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 576, 583, 584, 585, bish. Bes. Zajiček Andreas, grdb. übertr. an Zajiček Karoline, am 16. Juli 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 581, 582, bish. Bes. Zajiček Andreas, grdb. übertr. an m Zajiček Marie 1/5, Zajiček Johann 1/5, Zajiček Hermine 1/5, Zajiček Katharina 1/5, Zajiček Franz 1/5, am 16. Juli 1894.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 512, bish. Bes. Swoboda Johann 3260/100000 und 277/110000, grdb. übertr. an Swoboda Anna 3260/100000 und 277/110000, am 14. Sept. 1894.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 45, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Ring Jakob 1/2, Ring Katharina 1/2, am 22. Sept. 1894.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 756, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Fabery Johann 1/2, Zorn Karoline 1/2, am 27. Sept. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 2109, bish. Bes. Großul-Tolstoy Johann, grdb. übertr. an Groß Josef 1/2, Groß Marie 1/2, am 17. Oct. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 402, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Angelmeyer Franz 1/2, Angelmeyer Katharina 1/2, am 1. Oct. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 482, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Rogan Peter 1/2, Rogan Marie 1/2, am 29. Sept. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 489, 490, 501, 502, 503, 504, 505, 1276, bish. Bes. Fernau Reinhard, grdb. übertr. an Mixich v., geb. Fernau Olga, am 7. Aug. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 1064, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kraßnigg Oswald 1/2, Kraßnigg Katharina 1/2, am 20. Sept. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 799, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Särgel Johann 1/2, Särgel Marie 1/2, am 25. Sept. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 1173, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kiesewetter Marie, am 5. Oct. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 670, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schlesinger Amalia, am 8. Oct. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 2117, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Weikart Robert 1/2, Weikart Josefine 1/2, am 6. Oct. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 1721, bish. Bes. Kaschpar Josef 1/2, grdb. übertr. an Anastasia Kaschpar, auch Kaspar 1/2, am 31. Aug 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 1033, bish. Bes. Schwarz Ignaz 1/2, grdb. übertr. an m. Schwarz Anna 1/14, Schwarz Theresia 1/14, Schwarz Hermine 1/14, Schwarz Ignaz 1/14, Schwarz Marie 1/14, Schwarz Ottilie 1/14, Schwarz Karl 1/14, am 1. Sept. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 984, bish. Bes. Steckdaub Johann 4/6, grdb. übertr. an Steckdaub August 4/18, Steckdaub Elisabeth 4/18, Probst Marie 4/18, am 10. Aug. 1894.

XVI. Bez., Ottakring, E.-Z. 1146, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an m. Gold Karoline 1/2 und Verlassenschaft nach m. Gold Otto 1/2, am 17. Sept. 1894.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 216, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an m. Gold Karoline 1/2 und Verlassenschaft nach m. Gold Otto 1/2, am 17. Sept. 1894.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 245, bish. Bes. Charlemont Marie, grdb. übertr. an Charlemont Emilie 1/6, Charlemont Eduard 1/6, Charlemont Hugo 1/6, Charlemont Theodor 1/6, Charlemont Rudolf 1/6, Charlemont Laura 1/6, am 18. Sept. 1894.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 230, bish. Bes. Moser Franz, grdb. übertr. an Furchheimer Leopoldine, am 22. Aug. 1894.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 229, bish. Bes. Moser Franz 1/2, grdb. übertr. an Furchheimer Leopoldine 1/2, am 22. Aug 1894.

XVII. Bez., Hernals, E.-Z. 1115, bish. Bes. Mettinger Theresia 1/2, grdb. übertr. an Mettinger Marie 1/4, m. Mettinger Theresia 1/4, am 13. Aug. 1894.
" " Hernals, E.-Z. 33, bish. Bes. Egger Karl 5/14, Egger Theresia 5/14, grdb. übertr. an Steindl Johann 5/14, Steindl Susanna 5/14, am 15. Sept. 1894.
" " Hernals, E.-Z. 42, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Röhrhofer Josef 1/2, Röhrhofer Pauline 1/2, am 15. Sept. 1894.
" " Hernals, E.-Z. 1041, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Swoboda Hubert 1/2, Swoboda Josefine 1/2, am 22. Sept. 1894.
" " Dornbach, E.-Z. 166, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schindler Johann 1/2, Schindler Anna 1/2, am 11. Sept. 1894.
" " Dornbach, E.-Z. 313, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schmidt Johann 1/2, Schmidt Marie 1/2, am 29. Sept. 1894.
" " Dornbach, E.-Z. 244, bish. Bes. Pasching Ferdinand 1/2, grdb. übertr. an Pasching Ludmilla 1/2, am 21. Sept. 1894.
" " Hernals, E.-Z. 518, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Weidner Johann 1/2, Weidner Anna 1/2, am 3. Oct. 1894.
" " Hernals, E.-Z. 781, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schubert Heinrich, am 28. Sept. 1894.
" " Hernals, E.-Z. 769, bish. Bes. Lorenz Michael 1/2, grdb. übertr. an Semenez Mathilde 1/4, m. Bäumel Gisela 1/4, am 29. Juli 1894.
" " Hernals, E.-Z. 908, bish. Bes. Kammer Ludmilla 1/12, grdb. übertr. an Trczka Emanuel 1/12, am 6. Oct. 1894.
" " Hernals, E.-Z. 908, bish. Bes. Hofbauer Francisca 5/12, Kammer Ludmilla 1/12, grdb. übertr. an Trczka Francisca 6/12, am 6. Oct. 1894.
" " Hernals, E.-Z. 114, bish. Bes. Szekerak Rudolf 2/12, grdb. übertr. an Hedenig Wilhelm 2/12, am 3. u. 8. Oct. 1894.
" " Hernals, E.-Z. 906, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Ringelmann Andreas, am 24. Sept. 1894.

XVIII. Bez., Währing, E.-Z. 1527, bish. Bes. Herz Elise 1/2, grdb. übertr. an Sulke Karl 1/4, Sulke Magdalena 1/4, am 22. Mai 1894.
" " Währing, E.-Z. 907, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Sieß v. Phillipitsch Max 1/2, Sieß v. Phillipitsch Marie 1/2, am 17. März 1894.
" " Gerstlhof, E.-Z. 572, bish. Bes. Mayer Eleonore 1/2, grdb. übertr. an Mayer Josef 1/2, am 19. Sept. 1894.
" " Neustift a. W., E.-Z. 100, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Breitner Hermann, Dr., am 25. Sept. 1894.
" " Währing, E.-Z. 1297, 1298, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Arco Wenzel, am 30. Sept. 1894.
" " Pötzleinsdorf, E.-Z. 96, bish. Bes. Gröger Adelheid Christine 9/16, grdb. übertr. an Kreuzinger Johann 9/16, am 27. Sept. 1894.
" " Neustift a. W., E.-Z. 120, bish. Bes. Niedermayer Marie 1/2, grdb. übertr. an Niedermayer Leopold 1/10, Niedermayer Ferdinand 1/10, Niedermeyer Johann 1/10, Niedermayer Magd. 1/10, Niedermayer Rochus 1/10, am 12. Sept. 1894.
" " Gerstlhof, E.-Z. 228, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Rezek Marie, am 4. Oct. 1894.
" " Währing, E.-Z. 1499, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Löwy Adolf, am 12. Sept. 1894.
" " Währing, E.-Z. 1527, bish. Bes. Kienast Josefine 1/2, grdb. übertr. an Sulke Karl 1/4, Sulke Magdalena 1/4, am 27. Aug. 1894.
" " Währing, E.-Z. 1069, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Tanzer Eduard 1/2, Tanzer Elisabeth 1/2, am 22. Sept. 1894.
" " Währing, E.-Z. 767, bish. Bes. Köppl Johann Georg 1/2, grdb. übertr. an Köppl Barbara 1/2, am 9. Oct. 1894.
" " Währing, E.-Z. 1017, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma „Neudorfer Brauerei Robert Herzfelder & Cie." am 16. Oct. 1894.
" " Gerstlhof, E.-Z. 312, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Passecker Franz 1/2, Passecker Rosalia 1/2, am 18. Oct. 1894.
" " Währing, E.-Z. 273, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an m. Steinböck Sophie, am 15. Oct. 1894.

XIX. Bez., Grinzing, E.-Z. 397, bish. Bes. Assert Julius, Assert Francisca, grdb. übertr. an Dolezalek Oskar 1/2, Dolezalek Marie 1/2, am 18. Sept. 1894.
" " Unter-Sievering, E.-Z. 241, bish. Bes. Mauzer Leopold 1/2, grdb. übertr. an Prokop Theresia 1/14, Fischer Josefa 1/14, Winter Marie 1/14, Mauzer Julie 1/14, Mauzer Rudolf 1/14, Mauzer Pauline 1/14, Mauzer Anna 1/14, am 7. Juni 1894.

XIX. Bez., Heiligenstadt, E.-Z. 202, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Weinzinger Wilhelmine, am 4. Oct. 1894.
„ „ Ober-Döbling, E.-Z. 238, bish. Bes. Blosky Pauline, m. Blosky Ferdinand, grdb. übertr. an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien, am 26. Mai 1894.
„ „ Ober-Döbling, Einl.-Z. 164, bish. Bes. Pfeningberger Magd. ½, grdb. übertr. an Pfeningberger Josef 1/14, Pfeningberger Rudolf 1/14, Pfeningberger Karl 1/14, Pfeningberger Franz 1/14, Flesch Pauline 1/14, Schneider Bertha 1/14, Kühn Emma 1/14, am 3. Juli 1894.
„ „ Ober-Döbling, E.-Z. 71, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kubelka Josef, am 3. Oct. 1894.

Baustellen-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 31. October 1894.

II. Bez., Zwischenbrücken, E.-Z. 3388, Baustelle IV, P. 4926, E.-Z. 3389, Baustelle VI, P. 4928, E.-Z. 3390, Baustelle VIII, P. 4930, bisheriger Besitzer ?, grundbücherlich übertragen an Kmunke Rudolf, am 30. Juli 1894.
„ „ E.-Z. 3960, Baustelle XV, Gruppe A, Reihe XLI, P. 2104/11, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Weiner Ferdinand ½, Weiner Josefa ½, am 30. Juni 1894.
III. Bez., Hohlweggasse, E.-Z. 2743, Baustelle XIV, Gruppe A, P. 1126/25, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Epstein Pauline, am 11. Sept. 1894.
„ „ Trubigasse, E.-Z. 2725, Baustelle XI, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Rösner Eduard, am 14. Sept. 1894.
„ „ Gürtelstraße, E.-Z. 2722, Baustelle IV, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Rösner Eduard, am 14. Sept. 1894.
„ „ Salmgasse, E.-Z. 2824, Baustelle II, P. 287/1, 285, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kalas Josef, am 1. Mai 1894.
„ „ E.-Z. 2823, P. 1593/2, 1593/3, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Svetlin Wilhelm, Dr., am 25. Sept. 1894.
„ „ E.-Z. 2662, Baustelle IX, Gruppe D, P. 1126/70, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wünsch Katharina, am 18. Sept. 1894.
„ „ Kleistgasse, E.-Z. 2821, Baustelle IV, P. 1195/15, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Spitzer Maximilian, am 20. Sept. 1894.
„ „ Hegergasse, E.-Z. 2822, Baustelle V, P. 1195/16, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Spitzer Maximilian, am 20. Sept. 1894.
V. Bez., Siebenbrunnengasse, E.-Z. 1862, P. 859/18, 859/20, bish. Bes. Anderl Ignaz ½, grdb. übertr. an Anderl Elisabeth ½, am 8. Juni 1894.
IX. Bez., Porzellangasse, E.-Z. 703, Baustelle III, P. 1188/3, 1189/3, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Ziak Johann ½, Strobl Ferdinand ½, am 3. Sept. 1894.
„ „ Müllnergasse, E.-Z. 1556, Baustelle IV, P. 1188/2, 1188/4, 1189/2, E.-Z. 1557, Baustelle V, P. 1188/1, 1189/1, 1208/2, 1208/7, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Ziak Johann ½, Strobl Ferdinand ½, am 3. Sept. 1894.
„ „ E.-Z. 1615, P. 547/24, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Stern J. Siegmund ½, Berger Eduard ½, am 21. Juli 1894.
„ „ Klammergasse, E.-Z. 1397, Baustelle IV, P. 468/4, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mogyorosy Adolf, am 27. Sept. 1894.
X. Bez., Weldengasse, E.-Z. 1878, Baustelle IX, E.-Z. 1880, Baustelle XIII, bish. Bes. Baumgartner Benedict, grdb. übertr. an Baumgartner Anna, am 20. Aug. 1894.
„ „ E.-Z. 55, 57, 1521, 1790, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Frankfurther Moritz, am 17. Sept. 1894.
„ „ Inzersdorf, E.-Z. 277, bish. Bes. Müller Amalia ½, grdb. übertr. an m. Müller Johann 1/4, m. Müller Hermann 1/4, am 22. Mai 1894.
„ „ Inzersdorf, E.-Z. 595, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Neubauer Marie, am 3. Oct. 1894.
„ „ Weldengasse, E.-Z. 1878, Baustelle IX, E.-Z. 1880, Baustelle XIII, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Baumgartner Anna, am 20. Aug. 1894.
„ „ E.-Z. 2494, 2502, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hayek Anna, am 4. Oct. 1894.
„ „ Quellengasse, E.-Z. 2498, Baustelle VIII, Gruppe C, E.-Z. 2500, Baustelle X, Gruppe C, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Ellinger Regine, am 4. Oct. 1894.
„ „ Ober-Laa, E.-Z. 60, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bruckner Andreas, am 2. Sept. 1894.
„ „ Ober-Laa, E.-Z. 637, bish. Bes. Schöpplein Josef ½, grdb. übertr. an Schöpplein Theresia ½, am 29. Sept. 1894.
„ „ Gellertgasse, E.-Z. 2516, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Weiser Paula, am 12. Oct. 1894.
XI. Bez., Kaiser-Ebersdorf, E.-Z. 185, bish. Bes. Czerny Franz ½, grdb. übertr. an Czerny Susanna ½, am 30. Aug. 1894.
„ „ Kaiser-Ebersdorf, E.-Z. 437, P. 1232, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Gigerien Karl ½, Gigerien Theresia ½, am 20. Sept. 1894.
„ „ Simmering, E.-Z. 1072, bish. Bes. Blaich Josef ½, grdb. übertr. an Blaich Pauline 1/4, Pfisterer Josefa 1/4, am 20. Sept. 1894.
XI. Bez., Simmering, E.-Z. 105, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Fornleitner Katharina, am 20. Sept. 1894.
„ „ Simmering, E.-Z. 52, 1302, bish. Bes. Schöpplein Josef ½, grdb. übertr. an Schöpplein Theresia ½, am 29. Sept. 1894.
„ „ Simmering, E.-Z. 1547, P 365/2, bish. Bes.?, grdb. übertr. an die I. österr. Jutespinnerei und -Weberei, am 4. Oct. 1894.
„ „ Simmering, E.-Z. 808, 1476, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Eckert Karl ½, Eckert Ludmilla ½, am 10. Oct. 1894.
„ „ Simmering, E.-Z. 493, bish. Bes. Ostertag Katharina ½, grdb. übertr. an Ostertag Franz 1/4, Heller Katharina 1/4, am 17. Oct. 1894.
„ „ Simmering (Freiüberland), E.-Z. 1548, P. 1689/4, 1689/5, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Plaß Matthias ½, Plaß Katharina ½, am 15. Oct. 1894.
„ „ Simmering, E.-Z. 1549, Baustelle II, P. 286/7, 1851/5, E.-Z. 1550, Baustelle III, P. 286/8, E.-Z. 1551, Baustelle IV, P. 1851/4, E.-Z. 1552, Baustelle V, P. 292/6, 286/10, 293/2, 1851/3, E.-Z. 1553, Baustelle VI, P. 286/11, E.-Z. 1554, Baustelle VII, P. 286/12, 849/3, E.-Z. 1555, Baustelle VIII, P. 286/13, E.-Z. 1456, Baustelle IX, P. 286/14, 1849/4, 287/1, E.-Z. 1557, Baustelle X, P. 287/2, 1849/5, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Ostertag Franz ½, Heller Kath. ½, am 26. Juli 1894.
XII. Bez., Unter-Meidling, E.-Z. 1055, P. 109/6, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wallner Michael, am 10. Sept. 1894
„ „ Hetzendorf, E.-Z. 109, P. 132/31, bish. Bes. Hartl Josef, Hartl Francisca, grdb. übertr. an Haufek Franz ½, Haufek Kath. ½, am 19. Juli 1894.
„ „ Unter-Meidling, E.-Z. 1320, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Engel Bernhard, am 16. Sept. 1894.
„ „ Hetzendorf, E.-Z. 295, P. 397/1, E.-Z. 296, P. 403/1, 403/2, E.-Z. 273, P. 358/1, 358/2, bish. Bes. Beißer Josef ½, grdb. übertr. an Schmutzer Karl ½, am 31. Aug. 1894.
„ „ Unter-Meidling, E.-Z. 1268, P. 114/17, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mazal Justine ½, Tauber Amalia ½, am 24. Sept. 1894.
„ „ Unter-Meidling, E.-Z. 1247, P. 280/17, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Horak Juliana, am 3. Oct. 1894.
„ „ Altmannsdorf, E.-Z. 233, P. 282/1, bish. Bes. Benaček Josefa 1/6, Malschinger Karl 1/6, grdb. übertr. an Malschinger Albert 1/3, am 11. Oct. 1894.
„ „ Hetzendorf, E.-Z. 104, P. 132/23, bish. Bes. Siller Lorenz, grdb. übertr. an Siller Katharina ½, Siller Franz 1/10, Siller Marie 1/10, m. Siller Josef 1/10, m. Siller Katharina 1/10, m. Siller Johann 1/10, am 7. Sept. 1894.
XIII. Bez., Ober-Baumgarten, E.-Z. 57, P. 103, E.-Z. 58, P. 104, bish. Bes. Baumgartner Benedict, grdb. übertr. an Baumgartner Anna, am 20. Aug. 1894.
„ „ Breitensee, E.-Z. 560, P. 293/4, 293/5, 293/6, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Biba Ferdinand Eugen ½, Biba Josefine ½, am 16. Sept. 1894.
„ „ Ober-St. Veit, E.-Z. 1094, P. 712/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Coeln Anna, am 7. Juli 1894.
„ „ Hütteldorf, E.-Z. 194, P. 497/1, bish. Bes. ?, grdb. übertr an Straßer Zdenko ½, Straßer Helene ½, am 29. Sept. 1894.
„ „ Breitensee, E.-Z. 304, P. 258, E.-Z. 308, P. 262, bish. Bes. Wegenstein Josef ½, grdb. übertr. an Wegenstein Josef 1/4, Jenitschek Katharina 1/4, am 28. Aug. 1894.
„ „ Hietzing, E.-Z. 83, P. 240/3, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Timmel Gabriel 1/3, Timmel Karoline 1/3, Timmel Emilie 1/3, am 6. Oct. 1894.
„ „ Lainz, E.-Z. 315, P. 336/9, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Skal Friedrich, Baron, am 8. Oct. 1894.
„ „ Breitensee, E.-Z. 368, 484, bish. Bes. Moser Franz, grdb. übertr. an Furchtheimer Leopoldine, am 22. Aug. 1894.
„ „ Breitensee, E.-Z. 381, 428, bish. Bes. Moser Franz ½, grdb. übertr. an Furchtheimer Leopoldine ½, am 22. Aug. 1894.
XIV. Bez., Rudolfsheim, Neubergenstraße und Flachgasse, E.-Z. 1050, P. 458, bish. Bes. Proschek Karl 1/10, grdb. übertr. an m. Proschek Josef 1/10, am 9. Aug. 1894.
XV. Bez., Fünfhaus, E.-Z. 796, P. 221/10, E.-Z. 812, P. 221/9, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Weiß Leo, Commanditgesellschaft, am 3. Oct. 1894.
„ „ Fünfhaus, E.-Z. 730, P. 229/6, E.-Z. 748, Baustelle VIII, P. 229/47, bish. Bes. Stagl Rosalia ½, grdb. übertr. an Stagl Heinrich ½, am 17. Oct. 1894.
„ „ Fünfhaus, E.-Z. 811, P. 198/7, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Heim Dominik, am 16. Oct. 1894.
XVI. Bez. Ottakring, E.-Z. 1667, bish. Bes. Weinreich Netti, grdb. übertr. an Kollmann Johann 1/2, Kollmann Anna 1/2, am 15. Sept. 1894.
„ „ Ottakring, E.-Z. 1705, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Lubina Franz, am 15. Sept. 1894.
„ „ Ottakring, E.-Z. 1280, 1281, bish. Bes. Fasching Karl 1/2, grdb. übertr. an Fasching Theresia 1/2, am 13. Aug. 1894.
„ „ Ottakring, E.-Z. 1328, bish. Bes. Tasch Anton, grdb. übertr. an Holub Leopold 1/2, Holub Marie 1/2, am 5. Sept. 1894.

XVI. Bez., Ottakring, E.-Z. 1148, bish. Bes. Speth Josef 1/12, grdb. übertr. an Benda Josef 1/24, Benda Marie 1/24, am 12. Sept. 1894.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 617, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Klar Wilhelm 1/2, Klar Marie 1/2, am 18. Sept. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 1148, bish. Bes. Loth Amalie 1/12, grdb. übertr. an Benda Josef 1/24, Benda Marie 1/24, am 15. Sept. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 2570, P. 2810/3, E.-Z. 2573, P. 2866, bish. Bes. Frankl Julius, grdb. übertr. an Grüll Friedrich, am 25. Sept. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 3075, 3076, 3077, 3078, 3079, 674, bish. Bes. Gebauer Josef, grdb. übertr. an Gedlitzka Maximilian 1/4, Gedlitzka Karl Josef 1/4, am 10. Oct. 1894.
" " Ottakring, E.-Z. 2057, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2070, 178, bish. Bes. Gabauer Adelheid 7/30, Söllner Marie 5/30, grdb. übertr. an Gedlitzka Maximilian 6/30, Gedlitzka Karl Josef 6/30, am 10. Oct. 1894.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 217, P. 77/2, 78, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an m. Gold Karoline 1/2, Verlassenschaft nach m. Gold Otto 1/2, am 17. Sept. 1894.

XVII. Bez., Hernals, E.-Z. 1784, P. 359/2, 326/2, 360/1, 633/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Höranduer Rudolf, am 22. Jän. 1894.
" " Hernals, E.-Z. 1749, 1773, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bartosch Alfred, am 28. Sept. 1894.
" " Dornbach, E.-Z. 854, P. 1183/1, 1183/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Fürnkranz Leopold 1/2, Fürnkranz Louise 1/2, am 24. April 1894.
" " Dornbach, E.-Z. 439, P. 812, bish. Bes. Hauner Johann 1/4, grdb. übertr. an m. Hauner Ludwig 1/4, am 9. Aug. 1894.
" " Dornbach, E.-Z. 855, P. 703, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Tomasek Josef 1/2, Tomasek Eleonore 1/2, am 26. Sept. 1894.
" " Dornbach, E.-Z. 167, P. 732/1, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Dienst Anton 1/2, Dienst Anna 1/2, am 11. Oct. 1894.
" " Dornbach, E.-Z. 167, P. 732/1, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Koller Marie, am 11. Oct. 1894.
" " Dornbach, E.-Z. 236, bish. Bes. Moser Franz, grdb. übertr. an Furchheimer Leopoldine, am 22. Aug. 1894.

XVIII. Bez., Währing, E.-Z. 1834, P. 268/3, 268/4, 818/2, 297/27, E.-Z. 1835, P. 267/3, 267/4, 818/3, 297/35, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Lichtenstern Heinrich, am 18. Aug. 1894.
" " Gersthof, E.-Z. 369, P. 683, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Weißhappel Therese, am 23. Aug. 1894.
" " Gersthof, E.-Z. 343, P. 657, E.-Z. 344, P. 658, E.-Z. 345, P. 659, E.-Z. 347, P. 661, E.-Z. 349, P. 663, E.-Z. 369, P. 683, E.-Z. 326, P. 640, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Dub Albert, am 22. Juli 1894.
" " Neustift a. W., E.-Z. 278, P. 452, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Neustift Anna, verehel. Traitbauer, am 6. Oct. 1894.
" " Gersthof, E.-Z. 343, P. 657, E.-Z. 344, P. 658, E.-Z. 545, P. 659, E.-Z. 326, P. 640, E.-Z. 347, P. 661, E.-Z. 349, P. 663, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Brunner Anton, am 8. März 1894.
" " Neustift a. W., E.-Z. 149, P. 469, E.-Z. 278, P. 452, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Traitbauer Franz 1/2, am 8. Oct. 1894.
" " Neustift a. W., E.-Z. 116, P. 329, 330/24, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Neustift Anna, verehel. Traitbauer, am 8. Oct. 1894.
" " Neustift a. W., E.-Z. 121, P. 265, bish. Bes. Niedermayer Marie 1/2, grdb. übertr. an Niedermayer Leopold 1/10, Niedermayer Johann 1/10, Niedermayer Ferdinand 1/10, Niedermayer Magdalena 1/10, Niedermayer Rochus 1/10, am 12. Sept. 1894.
" " Pötzleinsdorf, E.-Z. 25, P. 399/1, bish. Bes. Niedermayer Marie 1/2, grdb. übertr. an Niedermayer Leopold 1/10, Niedermayer Johann 1/10, Niedermayer Ferdinand 1/10, Niedermayer Magdalena 1/10, Niedermayer Rochus 1/10, am 12. Sept. 1894.
" " Neustift a. W., E.-Z. 122, P. 307, 330/7, E.-Z. 242, P. 280, 281, bish. Bes. Niedermayer Marie 1/1, grdb. übertr. an Niedermayer Leopold 1/5, Niedermayer Johann 1/5, Niedermayer Ferdinand 1/5, Niedermayer Magdalena 1/5, Niedermayer Rochus 1/5, am 12. Sept. 1894.
" " Pötzleinsdorf, E.-Z. 276, P. 554/39, 554/18, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Brecher Adolf, am 16. Oct. 1894.
" " Pötzleinsdorf, E.-Z. 59, P. 377/2, 378/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bauer Franz 1/2, Bauer Marie 1/2, am 22. Oct. 1894.
" " Pötzleinsdorf, E.-Z. 523, P. 377/1, 378/1, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Karl Josef 1/9, Karl Johann 1/9, Karl Franz 1/9, Bernzweig Barbara 1/9, m. Karl Josefa 1/9, m. Karl Ludwig 1/9, m. Karl Anna 1/9, m. Karl Alois 1/9, m. Karl Leopold 1/9, am 22. Juli 1894.
" " Währing, E.-Z. 347, P. 162/2, 162/3, 1005/3, bish. Bes ?, grdb. übertr. an Houdek Franz, am 17. Oct. 1894.

XIX. Bez., Ober-Döbling, E.-Z. 532, P. 838/1, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Raff Theresia 1/2, Jonientz Melanie 1/2, am 11. Oct. 1894.
" " Unter-Sievering, E.-Z. 94, P. 383, 384, bish. Bes. Fenz Josef sen. 1/2, Fenz Josef jun. 1/2, grdb. übertr. an Wittmann Franz 1/2, Wittmann Barbara 1/2, am 29. Sept. 1894.
" " Grinzing, E.-Z. 386, P. 280/1, 280/2, 281, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schachinger Johann 1/2, Schachinger Josefa 1/2, am 11. Oct. 1894.
" " Heiligenstadt, E.-Z. 119, P. 507, 508, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien, am 27. Juni 1894.
" " Heiligenstadt, E.-Z. 154, P. 484/1, 484/2, E.-Z. 155, P. 509, 510, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien, am 9. Aug. 1894.
" " Heiligenstadt, E.-Z. 165, P. 537/1, 539, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien, am 10. Aug. 1894.
" " Heiligenstadt, E.-Z. 147, P. 490/1, 490/2, 491, 492, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien, am 29. Aug. 1894.
" " Unter-Sievering, E.-Z. 244, P. 721/2, bish. Bes. Aron Michael, grdb. übertr. an Heiß Samuel, am 25. Sept. 1894.
" " Unter-Sievering, E.-Z. 243, P. 721/1, bish. Bes. Mauzer Leopold 1/2, grdb. übertr. an Prokop Theresia 1/14, Fischer Josefa 1/14, Winter Marie 1/14, Mauzer Julie 1/14, Mauzer Rudolf 1/14, Mauzer Pauline 1/14, Mauzer Anna 1/14, am 7. Juni 1894.
" " Ober-Döbling, E.-Z. 1105, P. 450/3, 450/2, 451/2, 176/3, 849, 5, 175, 176/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien, am 8. Mai 1894.
" " Ober-Döbling, E.-Z. 861, P. 870/35, 870/51, bish. Bes. Kuffner Moriz, v. 1/2, Kuffner Wilhelm 1/4, Kuffner Karl 1/4, grdb. übertr. an Mühlingshaus Johann Heinrich 1/2, Mühlingshaus Marie 1/2, am 21. Sept. 1894.
" " Grinzing, E.-Z. 378, P. 633/1, 633/2, bish. Bes. Knoll Josefa, grdb. übertr. an Hengl Leopold jun., am 27. Sept. 1894.
" " Grinzing, E.-Z. 115, P. 665/1, 665/2, 665/3, bish. Bes. Hengl Francisca, grdb. übertr. an Hengl Leopold jun., am 27. Sept. 1894.
" " Ober-Sievering, E.-Z. 129, bish. Bes. Niedermayer Marie 1/2, grdb. übertr. an Niedermayer Leopold 1/10, Niedermayer Johann 1/10, Niedermayer Ferdinand 1/10, Niedermayer Magdalena 1/10, Niedermayer Rochus 1/10, am 12. Sept. 1894.
" " Nußdorf, E.-Z. 494, P. 82/31, bish. Bes. m. Bürzl Karoline 1/6, grdb. übertr. an Pulkert Marie 1/2, am 29. Sept. 1894.
" " Nußdorf, E.-Z. 127, P. 671, E.-Z. 128, P. 685, bish. Bes. Welser Josef jun., Welser Katharina, grdb. übertr. an Leibenfrost Franz Heinrich, am 30. Sept. 1894.
" " Ober-Döbling, E.-Z. 1107, P. 837/6, E.-Z. 1108, P. 837/3, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Lexa Francisca, am 30. Aug. 1894.
" " Ober-Döbling, E.-Z. 967, P. 870/55, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Borkowska Friederike, Edl. v., am 24. Sept. 1894.

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 2321
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 2321
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 30. October 1894 2321
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 31. October 1894 2324
Allgemeine Nachrichten:
Schul-Angelegenheiten:
Gewerbeschul-Commission in Wien 2327
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 6. und 8. November 1894 2328
Pferdemarkt vom 6. November 1894 2328
Stechviehmarkt vom 8. November 1894 2328
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 5. bis 8. November 1894 2328
Ertheilte Bauconsense vom 1. bis 31. October 1894 2329
Realitäten-Verkehr in Wien vom 1. bis 31. October 1894 2332
Baustellen-Verkehr in Wien vom 1. bis 31. October 1894 2335
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Prot.-Nr. 156686 ex 1894.

IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten, der Lieferung der hydraulischen Bindemittel, der Steinmetz-, Zimmermanns-, Spenglerarbeiten, der Falzziegel-Eindeckung, der Lieferung der Traversen, der Herstellung der Falzziegelgewölbe, der Bautischler-, Schlosser-, Anstreicher-, Glaser- und Bildhauerarbeiten, der Lieferung der Isolierplatten, der Herstellung der Holzcementdachung, der Asphaltiererarbeiten, der Lieferung der Steinzeugwaren, der Füllöfen, der Küchenherde, der Möbeltischlerarbeiten, der Lieferung der Schulbänke, der Installation der Gas- und der Wasserleitung, der Herstellung der Pissoirbespülung und der Closetlieferung, endlich der Brunnenmeisterarbeiten, der Lieferung der Pumpenanlage und des Gasmotors** für den Bau einer allgemeinen Doppel-Volksschule im XVII. Bezirke, Hernals, Stiftgasse Or.-Nr. 29, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Freitag den 16. November d. J., präcise 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle des Rathhauses**, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 31. October 1894. 3—3

Prot.-Nr. 178736 ex 1894.

Ref.-Nr. 3935. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der für den Bau des Lainzerbachcanales in der Strecke von der Bahnstation „Neue Welt" durch die Badhausgasse bis zum Wienflusse in Hietzing und den Bau der Nothausläße des Sammelcanales am rechten Wienflußufer zwischen Hietzing und Hütteldorf im XIII. Bezirke erforderlichen Arbeiten und Lieferungen, u. zw:

1. der **Erd-, Baumeister- und Pflastererarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 38.152 fl. 1 kr. und 6000 fl. Pauschale;

2. der **Lieferung der hydraulischen Bindemittel** im veranschlagten Kostenbetrage von 11.471 fl. 50 kr.;

3. der **Thonwarenlieferung** im veranschlagten Kostenbetrage von 4354 fl. 46 kr.;

4. der **Steinmetzarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 13.776 fl. 54 kr.

wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 13. November d. J., präcise um 10 Uhr vormittags,** im Bureau des Herrn Magistratsrathes **Linsbauer,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen Bedingnisse im Stadtbauamte (Bureau für Wienfluss-Regulierung) ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Das Vadium beträgt 5 Percent der Kostenanschlagssumme; dasselbe ist bei der städtischen Hauptcassa zu erlegen und die Bestätigung über den erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. November 1894. 3—3

Prot.-Nr. 184708 ex 1894.

IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung **der Herstellung einer combinierten Niederdruck-Dampfheizung für das neue Schulgebäude im XVII. Bezirke, Hernals, Stiftgasse 29,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Samstag den 24. November d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene **Vadium in der Höhe von 600 fl. anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. November 1894. 2—3

Ad Prot.-Nr. 170472 ex 1894.
Ref.-Nr. 3712. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung von 1200 m³ Aufstreusand für die Stadtsäuberung im I. Bezirke in der Zeit vom 15. November 1894 bis inclusive 14. November 1895** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 17. November d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die mit Stadtraths-Beschluss vom 30. October d. J., Z. 8722, genehmigten Bedingnisse im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben die am Schlusse eines derartigen Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und dieses Exemplar, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. November 1894. 1—2

Prot.-Nr. 127772 ex 1894.
IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Baumeisterarbeiten, der Lieferung der hydraulischen Bindemittel, der Steinmetzarbeiten, der Lieferung der Traversen, der Zimmermanns-, Spengler-, Schieferdecker-arbeiten, der Holzcementeindeckung, der Lieferung der Asphalt-isolierplatten, der Asphaltiererarbeiten, der Herstellung der Falz-ziegelgewölbe, der Bau- und Möbeltischlerarbeiten, der Lieferung der Schulbänke, der Schlosser-, Anstreicher-, Glaser- und Bildhauer-arbeiten, der Lieferung der Steinzeug- und Klinkerwaren, der Füllöfen, der Herstellung der Holz- und Kohlenaufzüge, der Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten, der Installation der Wasserleitung, der Closet- und Pissoirherstellung und -Bespülung für den Ausbau der allgemeinen Volksschule der Stadt Wien im VI. Bezirke, Mittelgasse 24,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Donnerstag den 6. December d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle des Rathhauses,** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jeder mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. November 1894. 1—3

Ad Prot.-Nr. 136658 ex 1894.
Ref.-Nr. 2874. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der zur **Herstellung eines Schöpfwerkes für Straßenbespritzung** auf dem Grunde Cat.-Parc. 637/1 an der Ebersdorferstraße im XI. Bezirke erforderlichen Arbeiten und Lieferungen, und zwar:

1. der **Brunnenmeisterarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 1510 fl.,
2. der **Herstellung der Pumpenanlage** im veranschlagten Kostenbetrage von 500 fl.,
3. der **Lieferung und Aufstellung eines Reservoirs** im veranschlagten Kostenbetrage von 700 fl.,

wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 19. November d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Offerenten haben ein mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehenes Offert versiegelt zu überreichen.

Das Vadium beträgt 5 Percent der Kostenanschlagssumme; dasselbe ist dem Offerte anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. November 1894. 1—3

Z. 180564.
IV.

Kundmachung.

(Currente Arbeiten und Lieferungen.)

Wegen Bestellung ständiger städtischer Unternehmer für die currenten Arbeiten und currenten Lieferungen, welche bei der Wiener Gemeindeverwaltung innerhalb der Bezirke I bis XIX in den Jahren 1895, 1896 und 1897 zur Ausführung kommen, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 21., 22. und 23. November 1894** jedesmal um **10 Uhr vormittags** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung in der **Volkshalle** des Rathhauses abgehalten werden.

Am Mittwoch den 21. November 1894 werden die Offerten für die Preistarife:

1. Erd- und Baumeisterarbeiten;
2. Deichgräberarbeiten;
3. Stuccaturarbeiten;
4. Steinmetzarbeiten;
5. Zimmermannsarbeiten;
6. Spenglerarbeiten;
7. Ziegeldeckerarbeiten;
8. Schieferdeckerarbeiten;
9. Kupferschmiedarbeiten;
10. Bautischlerarbeiten;
11. Schlosserarbeiten;

am Donnerstag den 22. November 1894 werden die Offerten für die Preistarife:

12. Anstreicherarbeiten;
13. Glaserarbeiten;
14. Hafnerarbeiten;
15. Asphaltiererarbeiten;
16. Zimmermalerarbeiten;
17. Tapeziererarbeiten;
18. Holzjalousien;
19. Holzstöckelpflasterungen;
20. Pflasterungsarbeiten;
21. Steinzeug-, Thon- und Chamotte-Fabrikate;
22. Brunnenmeisterarbeiten;

am Freitag den 23. November 1894 werden die Offerten für die Preistarife:

24. Gasrohrleitung und Gaseinrichtung;
25. Eisenwaren;
26. Maschinistenarbeiten;
27. Möbeltischlerarbeiten;
28. Schultafellieferung;
29. Turnsaal-Einrichtung;
30. Schriftgießer- und Schriftenmalerarbeiten;
31. Hölzerne Werkzeuge;
32. Binderarbeiten;
33. Wagnerarbeiten;
34. Schmiedearbeiten;
35. Lösch- und Rettungsgeräthe;
36. Bettwaren und Kotzen;
37. Bürstenbinderarbeiten;
38. Seilerarbeiten;
39. Riemerarbeiten;
40. Schuhmacherarbeiten;
41. Buchbinderarbeiten;
42. Buchdruckerarbeiten;
43. Zeichenrequisiten

eröffnet werden.

Die Übernahme der Offerten seitens der Offertverhandlungs-Commission findet an den angegebenen Tagen **bis zur bezeichneten Stunde**, und zwar ebenfalls in der **Volkshalle** des Rathhauses statt.

Die Vergebung der Arbeiten und Lieferungen erfolgt auf Grundlage der revidierten, vom Stadtrathe mit dem Beschlusse vom **17. October 1894, Z. 8295,** genehmigten Vorschrift und der mit demselben Beschlusse genehmigten **neuen Preistarife,** in welchen die Preise in **Kronenwährung** eingesetzt sind.

Unternehmungslustige können die Preistarife sammt Regulativen und die Vorschrift für die Bestellung ständiger städtischer Unternehmer im **Stadtbauamte, Abtheilung für Hochbau,** sowie in den **Bauamtsabtheilungen** der magistratischen Bezirksämter **X bis XIX** während der Amtsstunden einsehen und bei der städtischen **Hauptcassa,** sowie den **Hauptcassa-Abtheilungen der magistratischen Bezirksämter II bis VII und X bis XIX** zu den festgesetzten Verkaufspreisen erwerben.

Die unter den Tarifnummern 9, 18, 19, 25, 26, 29, 31, 35, 36, 37, 38, 40, 42 und 43 verzeichneten currenten Arbeiten und currenten Lieferungen werden, wenn möglich, für das ganze Gemeindegebiet **gemeinsam,** die übrigen bezirksweise vergeben; Offerenten, welche hinsichtlich der letzteren für mehrere Bezirke Anbote in einer Offerte stellen, müssen sich daher die **Zuweisung einzelner Bezirke** gefallen lassen, wenn nicht eine entgegenstellende Erklärung in der Offerte enthalten ist.

Bei den Hafnerarbeiten werden auch Offerten, welche sich auf nur eine der beiden Gruppen „Ofenarbeiten" (Post 1 bis 98 des städtischen Preistarifes Nr. 14) und „Geschirrlieferung" (Post 99 bis 151) beziehen, angenommen.

Die Offerten sind in der Weise abzufassen, dass der Offerent auf eines der gedruckten Exemplare der Vorschrift, und zwar in die leer gelassenen Stellen der am Schlusse beigedruckten Erklärung den Bezirk oder die mehreren Bezirke, die Nummer des Preistarifes nebst Angabe der Arbeitsgattung, sowie den angesprochenen Preis, und zwar den Percentsatz in **Buchstaben** und **einheitlich für sämmtliche Postnummern des betreffenden Preistarifes** einsetzt, dieses Exemplar mit seinem Namen und unter Beisetzung seines Berufes und Wohnortes unterfertigt und mit dem gesetzmäßigen Stempel versehen in verschlossenem Couvert, auf welch letzterem die Arbeitsgattung, sowie der Bezirk oder die mehreren Bezirke, für welche offeriert wird, ersichtlich zu machen sind, der Offertverhandlungs-Commission überreicht.

Das im § 9 der Vorschrift für jede Arbeitsgattung bestimmte Vadium ist entweder der Offerte beizuschließen oder vor Beginn der Offertverhandlung bei der städtischen Hauptcassa zu erlegen.

Auf Offerten von Gewerbetreibenden, die in Wien **nicht gewerbsbehördlich berechtigt sind,** dann auf **verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerten,** insbesondere daher auch auf solche, in welchen nicht für **alle** Posten des betreffenden Tarifes der gleiche Percentualnachlass oder -Zuschuss angeboten erscheint, **wird keine Rücksicht genommen.**

Ebenso ist es unzulässig, sich auf allfällige für die im Jahre 1894 in Ausführung kommenden currenten Arbeiten und Lieferungen bereits erliegende Cautionen zu berufen, da dieselben noch

bis Ende des Jahres 1895 zu diesem Zwecke mit dem Cautionsbande belegt erscheinen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. October 1894. 2—3

Z. 179993.
XV.

Kundmachung.

(Concursausschreibung.)

Infolge der mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 9. October 1894, Z. 7821, erfolgten Pensionierung des Schlachthaus-Verwalters Franz Koblitz ist im städtischen Marktamte (Veterinär-Abtheilung) in der IX. Rangclasse **die Verwalterstelle im St. Marxer Schlachthause mit dem Jahresgehalte von 1600 fl.** und einem Naturalquartier erledigt worden.

Im Falle für dieselbe ein Beamter der X. a Rangclasse ausersehen wird, erledigt sich auch in dieser Rangclasse eine Thierarztenstelle mit dem Jahresgehalte von 1300 fl. und dem dieser Rangclasse entsprechenden Quartiergelde, und in der Voraussetzung, dass diese Stelle mit einem Beamten der X. b Rangclasse besetzt wird, eine Stelle dieser letzteren Rangclasse mit dem Jahresgehalte von 900 fl. und dem dieser Rangclasse entsprechenden Quartiergelde, und im Falle, dass diese Stelle mit einem Beamten der XI. Rangclasse besetzt wird, eine Stelle dieser letzten Rangclasse mit dem Jahresgehalte von 700 fl. und dem systemisierten Quartiergelde. Bewerber um dieselben haben ihre gehörig belegten Gesuche **bis längstens 14. November d. J.** im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen, wobei bemerkt wird, **dass auf Gesuche, welche nach diesem Termine eingebracht werden, keine Rücksicht genommen werden würde.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. October 1894. 2—3

Z. 62301.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am Mittwoch den 14. November 1894 wird eine Partie von 100 Säcken Mehl im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen sofortige bare Bezahlung des Kaufpreises veräußert werden.

Kauflustige werden aufgefordert, sich am obbezeichneten Tage im **Licitationslocale II., Untere Augartenstraße 11,** einzufinden.

Die Versteigerung beginnt **um 10 Uhr vormittags.**

Vom magistratischen Bezirksamte für den II. Bezirk im übertragenen Wirkungskreise

Wien, am 27. October 1894. 3—3

Ad Z. 6482.
XVII.

Kundmachung.

(Ergebnis der Neu- und Ergänzungswahlen für das Gewerbegericht für die Maschinen- und Metallwaren-Industrie in Wien pro 1895.)

Bei der am 26. October d. J. aus dem Wahlkörper der **Arbeitgeber** vorgenommenen Wahl von **vier** Mitgliedern mit dreijähriger und **eines** Mitgliedes mit einjähriger Functionsdauer sind im ganzen je 94 Stimmzettel abgegeben und nachstehend verzeichnete Herren gewählt worden, und zwar:

a) mit dreijähriger Functionsdauer:

Herr Hofherr Matthias, Maschinenfabrikant, mit 94 Stimmen
„ Homolka Eduard, öffentlicher Gesellschafter der Firma Deckert & Homolka „ 94 „
„ Sasse Heinrich, k. u. k. Hofschlosser . „ 93 „
„ Zipperling Hugo, Director der Maschinen- u. Waggonbaufabriks-Actiengesellschaft in Simmering . . . . . „ 94 „

b) mit einjähriger Functionsdauer:

Herr Fernau Ernst, Director der Maschinenfabriks-Actiengesellschaft „Vulcan" . . . mit 94 Stimmen.

Aus dem Wahlkörper der **Arbeitnehmer** wurden bei der am 28. October d. J. stattgehabten Wahl, wobei 6216 Wähler erschienen, mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt:

a) mit dreijähriger Functionsdauer:

Herr Freißmuth Michael, Dreher bei der Firma Kremenezky, Meyer & Comp. mit 6191 Stimmen
„ Grad Josef, Bohrist bei der Firma Th. Schultz & L. Goebel . . . „ 6185 „
„ Macht Anton, Metalldrucker bei der Firma Joh. Schwetz . . . . . „ 6182 „
„ Pöltinger Matthäus, Eisenhobler bei der Firma Brüder Scherb . . . . . „ 6118 „

b) mit zweijähriger Functionsdauer:

Herr Wahra Jg., Mechaniker bei der Firma Siemens & Halske . . . . . mit 5941 Stimmen

c) mit einjähriger Functionsdauer:

Herr Hecht Karl, Schlosser bei der Firma H. Wagner . . . . . mit 6107 Stimmen.

Dieses Wahlergebnis wird mit dem Beifügen öffentlich bekanntgemacht, dass nach § 19 des Gesetzes vom 14. Mai 1869, R.-G.-Bl. Nr. 63, **Reclamationen gegen das Wahlverfahren** innerhalb der Frist von 14 Tagen, d. i. bis 14. November d. J., im Bureau des Herrn Magistratsrathes Karl Wopalensky, im Rathhause, II. Stock, Stiege 5, Departement XVII, während der gewöhnlichen Amtsstunden erhoben werden können.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
als politischer Behörde I. Instanz.

Wien, am 31. October 1894. 1—1

G.-Z. 148682.
X.

Kundmachung.

(Theobald Uffenheimer'sche Studenten-Stiftung.)

Im Studienjahre 1894/95 gelangen **vier** Theobald Uffenheimer'sche Stiftplätze, und zwar je einer an einen Hörer der juridischen, der medicinischen und der philosophischen Facultät an der k. k. Wiener Universität und an einen Hörer der k. k. technischen Hochschule in Wien mit dem jährlichen Genusse von je einhundertfünf Gulden (105 fl.) für die Dauer **eines** Jahres zum erstenmale zur Verleihung.

Auf Grund der stifterischen Anordnung hat die Verleihung dieser Stiftplätze alljährlich zu alternieren, so zwar, dass in einem Jahre nur Studierende der israelitischen Confession und im nächsten Jahre nur Studierende der christlichen Confession zur Berücksichtigung gelangen.

Dieser Turnus wird nach den Bestimmungen des Stiftbriefes derart eröffnet, dass im Studienjahre 1894/95 die vier Stiftplätze lediglich an israelitische Studierende verliehen werden.

Außer den vorerwähnten normalmäßigen vier Stiftplätzen für israelitische Studenten gelangen im Studienjahre 1894/95 noch weitere 16 Stiftplätze, und zwar die eine Hälfte für christliche und die andere Hälfte für israelitische Studenten mit dem halbjährigen Stiftungsgenusse von je 52 fl. 50 kr. zur Verleihung. Bei der Verleihung sämmtlicher Stiftplätze genießen Verwandte des Stifters, dann in Wien zuständige, oder im Bezirke Leopoldstadt in Wien, oder in Wien überhaupt geborene Studierende ein Vorrecht.

Bewerber um diese Stipendien haben ihre Gesuche **bis längstens 14. November 1894** beim Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu überreichen und denselben den Tauf- respective Geburtsschein, das Impfzeugnis, ferner die Ausweise über ihre Zuständigkeit und ihre Immatriculierung als ordentlicher Hörer der k. k. Universität, respective der k. k. technischen Hochschule in Wien, dann über wahre Dürftigkeit und eventuell über die Verwandtschaft mit dem Stifter beizulegen.

Auf nicht gehörig belegte oder verspätet überreichte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Nur die mit einem legalen Armutszeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. October 1894. 3—3

Z. 174337.
XI.

Kundmachung.

(August Zang'sche Stiftung.)

Am 4. März 1895 gelangen die Interessen der **August Zang'schen Stiftung für nothleidende Kleingewerbetreibende** im Betrage von 2175 fl. zur Vertheilung.

Auf den Genuss dieser Stiftung haben jene Kleingewerbetreibenden Anspruch, welche ohne ihr Verschulden in eine Nothlage gerathen sind, ohne Rücksicht auf ihre Confession oder Heimatsberechtigung, doch müssen dieselben in Wien wohnen und ihr Gewerbe noch betreiben.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Heimatschein, den Tauf-, respective Geburtsschein, eventuell den Trauungsschein, die Tauf-, respective Geburtsscheine der Kinder, ferner den Gewerbeschein oder das Concessionsdecret, den Erwerbsteuerschein und ein legales Mittellosigkeitszeugnis, Witwen aber außerdem den Todtenschein des Gatten beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 6. December 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates** zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. October 1894. 1—3

M.-Z. 179658.
X.

Kundmachung.

(Franz Josef Pisko'sche Lehramtscandidaten-Stiftung.)

Vom Beginne des Studienjahres 1894/95 gelangt ein Franz Josef Pisko'sches Stipendium im Betrage von vierzigvier (44 fl.) Gulden österr. Währung für einen armen in Wien absolvierten Lehramtscandidaten für Mittelschulen, welcher seine Lehramtsprüfung bereits mit gutem Erfolge abgelegt hat, noch keine mit Gehalt, Adjutum oder Remuneration dotierte öffentliche Stellung bekleidet und sittlich tadellos ist, zur Verleihung.

Unter sonst gleichen Umständen haben zunächst Verwandte des Stifters den Vorzug vor anderen Bewerbern. Der Genuss dieser Stiftung dauert ein Jahr.

Die Bewerber um dieses Stipendium haben ihre ordnungsmäßig belegten, insbesondere mit dem Lehramtszeugnisse für Mittelschulen, dem Tauf- oder Geburtsscheine, dem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, dem Impfscheine und einem Sittenzeugnisse versehenen Gesuche **bis längstens 12. December 1894** beim Wiener Magistrate zu überreichen.

Nur die mit einem legalen Armutszeugnisse belegten Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. November 1894. 1—3

Z. 174333.
XI.

Kundmachung.

(D. L. Lothringer'sche Stiftung.)

Demnächst gelangen die Interessen der **David Leon Lothringer'schen Stiftung für christliche Wohlthätigkeits-Institute** im Betrage von 250 fl. zur Vertheilung.

Das Vertheilungsrecht steht dem Stadtrathe der Stadt Wien zu.

Den Eingaben um eine Betheilung aus dieser Stiftung sind die Statuten der Anstalt, sowie der letzte Rechenschaftsbericht anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens **bis 26. November 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates** zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. October 1894. 1—3

G.-Z. 184976.
X.

Kundmachung.

(Stipendium für Mittelschüler.)

Aus dem **Franz Xaver Muthsam'schen Stiftungsfonde** gelangt vom Beginne des Studienjahres 1894/95 angefangen ein Stipendium im Betrage von 248 fl. für einen Schüler an einer Mittelschule (Gymnasium oder Realschule) zur Verleihung.

Der Bezug des Stipendiums dauert für die Zeit des öffentlichen Studiums an einer Mittelschule in Wien oder anderswo insolange, als sich der Stipendist jährlich zweimal mit einem Zeugnisse seines sehr guten Fortganges und seiner guten Aufführung ausweist.

Die Bewerber um dieses Stipendium haben ihre gehörig belegten, insbesondere mit den Zeugnissen über die mit gutem Erfolge absolvierte Volks- oder Bürgerschule, eventuell den letzten zwei Semestral-Studien-Zeugnissen belegten Gesuche **bis spätestens am 12. December d. J.** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen und müssen die Competenten im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Weinhaus geboren oder wohnhaft sein und ein tadelloses sittliches Betragen ausweisen.

Nur die mit einem legalen Armutszeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Auf verspätet einlangende oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. November 1894. 1—3

G.-Z. 157464.
III

Kundmachung.

(Heiratsausstattungs-Stiftung.)

Aus der **Karoline Prugberger**'schen Heiratsausstattungs-Stiftung sind die zweijährigen Interessen im Betrage von 840 fl. als eine Heiratsausstattung an die Tochter eines mittellosen verdienstvollen Beamten des Wiener Magistrates zu verleihen.

Diese Stiftung kann nur an Bräute verliehen werden; der Bräutigam hat das Ansuchen um Verleihung der Stiftung auszufertigen. Die Auszahlung derselben erfolgt jedoch erst nach Vorlegung des Nachweises der geschehenen Verehelichung mit diesem Bräutigam; wird dieser Nachweis nicht innerhalb sechs Monaten vom Tage der Verleihung der Stiftung geliefert, so ist die Verleihung erloschen und ein neuerlicher Concurs auszuschreiben.

Die Gesuche sind mit dem Tauf-, respective Geburtsscheine, dem Mittellosigkeits- und Sittenzeugnisse, sowie mit dem Nachweise der Eigenschaft des Vaters als Beamter des Wiener Magistrates zu belegen und **bis Ende November 1894** im Einreichungs-Protokolle des Magistrates zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden könnte.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 30. October 1894. 1—3

Z. 172901.
XI.

Kundmachung.

(Wißmann'sche Bürgerstiftung.)

Am 26. Jänner 1895 gelangen die Interessen der Pauline Wißmann'schen Stiftung aus dem Jahre 1894 im Betrage von 930 fl. an sechs arme Bürgerswitwen, welche in Wien geboren und katholischer Religion sind, zur Vertheilung.

Die Wahl der zu Betheilenden steht stiftbriefmäßig dem Magistrate zu.

Bewerberinnen um eine Betheilung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen vor allem ein das Bürgerrecht des verstorbenen Gatten nachweisendes Document, sodann aber auch ihren Taufschein, den Todtenzettel des Gatten und ein legales Armutszeugnis anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 28. November 1894** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. October 1894. 3—3

Zur Statth.-Z. 76281 ex 1894.

Kundmachung.

(Maria Ferner'sche Waisenausstattungs-Stiftung.)

Auf zwei Maria Ferner'sche Waisenausstattungen à 150 fl. haben Personen männlichen oder weiblichen Geschlechtes Anspruch, welche in den **k. k. Waisenanstalten in Wien** oder **Indenau** erzogen wurden und nachweisen, durch diese Unterstützung in vollkommen erwerbsfähigen Stand gesetzt zu werden, Mädchen auch noch im Falle ihrer Verehelichung.

Gesuche sind **bis längstens Ende November 1894** bei der k. k. n.-ö. Statthalterei zu überreichen und mit dem Taufscheine, dem legalen Armutszeugnisse, dem Zeugnisse über das Wohlverhalten in der Waisenanstalt, sowie über den seitherigen Lebenswandel und die Arbeitsamkeit, beziehungsweise im Falle der beabsichtigten Verehelichung über die Moralität und Erwerbsfähigkeit des Bräutigams zu belegen.

Die Auszahlung der Ausstattung kann erst nach erbrachtem Nachweise über den stattgefundenen Antritt eines Gewerbes oder Erwerbes, beziehungsweise bei Mädchen über nach Verleihung der Stiftung erfolgte Verehelichung erfolgen.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Wien, am 28. September 1894. 3—3

Ad M.-Z. 152579 ex 1894.
XII.

Kundmachung.

(Waisenstiftung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass am **6. Februar 1895** die fälligen Interessen der **Adolf Ignaz Mautner Ritt. v. Markhof**'schen

Stiftung für Wiener Waisenknaben und der **Julie Marcelline Mautner v. Markhof**'schen Stiftung für Wiener Waisenmädchen im Betrage von **2520 fl. für jede Stiftung,** nach Abrechnung der Insertions- und Druckkosten zur Vertheilung gelangen werden.

Laut des Stiftbriefes der **Adolf Ignaz Mautner Ritt. v. Markhof**'schen Stiftung für die Wiener Waisenknaben sind zur Bewerbung um diese Stiftung **alle jene armen Waisenknaben** berufen, welche in **Wien heimatberechtigt** sind, ob selbe in oder außer Waisenanstalten sich befinden, und in dem **Alter von 12 bis 16 Jahren** stehen.

Zur Bewerbung um die **Julie Marcelline Mautner v. Markhof**'schen Waisenstiftung zur Ausstattung von Wiener Waisenmädchen sind laut des Stiftbriefes **alle jene armen Waisenmädchen** berufen, welche in **Wien heimatberechtigt** sind, ob selbe in oder außer Waisenanstalten sich befinden und in dem **Alter von 10 bis 14 Jahren** stehen.

Nach den stiftbrieflichen Bestimmungen sind die Stiftungsinteressen zu gleichen Theilen, und zwar mit je 310 fl. an acht, die obigen Eigenschaften besitzenden Waisenknaben und an acht stiftbrieflich geeignete Waisenmädchen zu verleihen, von denen vier Waisenknaben und vier Waisenmädchen der katholischen Religion, zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der evangelischen Religion A. C. oder H. C. und zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der israelitischen Religion anzugehören haben.

Die Bestimmung jener acht Waisenknaben und jener acht Waisenmädchen, welchen ein Stiftungsbetrag zuzuwenden ist, erfolgt durch das Los in der durch die Stiftbriefe für die Verlosung festgesetzten Weise.

Den Waisenknaben oder Waisenmädchen, welchen ein Stiftungsbetrag zufällt, wird dieser Betrag **nicht sofort ausbezahlt,** sondern es wird derselbe fructificiert und nach Maßgabe der diesfälligen Bestimmungen der Stiftbriefe zum Beginne eines Gewerbes, Fortsetzung der Studien (als Stipendium), bei Mädchen bei der Verehelichung nach vollendetem 18. Lebensjahre ausgefolgt.

Mütter, Vormünder oder Pflegeparteien, welche für die in ihrer Obsorge befindlichen Waisen um einen Stiftungsbetrag aus einer dieser beiden Stiftungen bittlich werden wollen, haben ihre Gesuche mit dem Tauf- (Geburts-)scheine, Impfzettel der Waisen, einem Nachweise über deren Heimatberechtigung in Wien, dem Todtenscheine der Eltern oder des Vaters der Waisen und endlich mit den Schulfortgangszeugnissen (Jahreszeugnissen oder Schulnachrichten) oder den Zeugnissen über deren Fortgang in einer Berufsbildung zu belegen und bis **längstens 20. November 1894** im Einreichungsprotokolle des **Wiener Magistrates** zu überreichen.

Auf verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 1. October 1894. 2—3

Z. 174334.
XI.

Kundmachung.

(Ignaz Baum'sche Armenstiftung.)

Am 20. Februar 1895 gelangen die verfügbaren Jahresinteressen der **Ignaz Baum'schen Armenstiftung** im Betrage von 200 fl. zur Vertheilung.

Nach den stiftbrieflichen Bestimmungen sind mit diesen Interessen zehn Arme christlicher Religion zu betheilen, welche ihre Mittellosigkeit und Unbescholtenheit ausweisen, und es soll bei der Vertheilung vor allem auf Verwandte des Stifters von väterlicher oder mütterlicher Seite, sodann auf diejenigen, welche zwar in Wien wohnen, jedoch aus der Vaterstadt des Stifters, Bielitz, gebürtig sind, endlich auf Verheiratete, mit zahlreichen Kindern Gesegnete Rücksicht genommen werden.

Die Dauer des Stiftungsgenusses ist auf ein Jahr beschränkt, jedoch steht den bereits einmal Betheilten das Recht zu, sich auch neuerlich zur Betheilung anzumelden.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 1. December 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates** zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. October 1894. 1—3

Z. 174335.
XI.

Kundmachung.

(J. G. Ertl'sche Armenstiftung.)

Am 26. Februar 1895 gelangen die verfügbaren Jahresinteressen pro 1894 von dem Johann Georg Ertl'schen Stiftungscapitale zur Vertheilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben arme in Wien wohnhafte Familien, deren Familienoberhaupt oder von denen eines oder mehrere der im gemeinschaftlichen Haushalte lebenden Familienmitglieder von Krankheit betroffen sind.

Bewerber um eine Betheilung aus dieser Stiftung haben ihre Gesuche mit einem legalen Armutszeugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über die Krankheit eines Familienmitgliedes, dem Tauf- und Trauungsscheine, dem Zuständigkeitsnachweise und den Taufzetteln ihrer Kinder zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 3. December 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates** zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. October 1894. 1—3

Zur coulanten Besorgung aller im Cursblatte notirten Effecten und Valuten bestens empfohlen:
Wechselstube des Bankhauses
SCHELHAMMER & SCHATTERA
WIEN, I., Kärntnerstrasse Nr. 20.

Geschäftsgründung 1781.

Geschäftsgründung 1781.

Eduard Hauser

k. u. k. Hof-Steinmetzmeister

Wien, IX., Spitalgasse 19

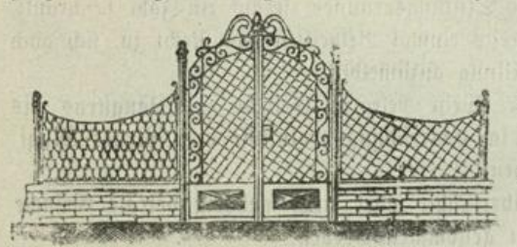
empfiehlt sich zur

Ausführung aller Gattungen Steinmetz-Arbeiten.

Grosses Lager selbsterzeugter stylgerechter

Grabmonumente.

Billige und praktische Einfriedungen.



Franz

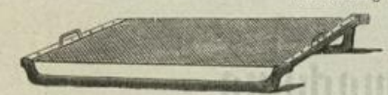
Koczor

Wien,

XI., Simmering, Leberstr. 24.

Fabrication von Drahtgeflechten, Drahtgittern, Drahtgeweben jeder Art, verzinkte Stahlstacheldrähte und Stahldrahtlitzen, Funkenfänger, Blumenrabatten, Einfassungen, Stahldrahtfussmatten und wie immer Namen habende Drahtwaren.

Specialität: Die anerkannt besten Drahtmatratzen und massiven Drahtnetzbettstellen, von welchen viele Tausend Stück in Civil- und Militärkranken- und sonstigen Anstalten in Verwendung sind.



Illustrierte Preiscourante und Kostenberechnungen gratis und franco.

Verhütung von Brandunglück.



Ein Zugiessen von Petroleum ins Feuer unmöglich, keinerlei Holz, Späne etc. mehr nothwendig zum Feuermachen. Man bediene sich nur der k. k. a. priv.

Vulkan-Kohlen-Unterzünder,

welche sofort ein mächtiges Kohlenfeuer entzünden und von welchen 500 Stück Einfache für kleine Kohlenfeuer oder 250 Stück Doppelte für grössere Kohlenfeuer nur 2 fl. kosten, **spesenfrei** ins Haus gestellt. Probe-Pakete mit 100 Einfachen oder 50 Doppel-Vulkans 50 kr. Provinz per Nachnahme.

Josef Weiss,

Vulkan-Fabrik

Wien, III., Hauptstrasse 122.



Dessin-Tafeln

jeder Art für **Stiegenhäuser, Windfänge, Oberlichten, Auslage-Fenster** nach eigenen Mustern und jeder eingesandten Zeichnung, weiss und bunt geätzt und geschliffen.

Matt- und Mouslinglas

Spiegelgläser

für Schaufenster und Portale.

Musterbuch und Preisüberschläge gratis.

Herb & Schwab 103

Wien, XVIII., Hauptstrasse Nr. 82—84.

Kohle

50 Kilo Bohemia-Salonkohle 55 kr.

50 Kilo prima preussische Steinkohle 72 kr.

in plombierten Säcken franco ins Haus gestellt nach allen Bezirken Wiens. — Bei Fuhren bedeutend billiger.

J. Peter, Bergwerksbesitzer,

Wien, Stefansplatz, Jasomirgottstrasse 6.

Telephon Nr. 3495.

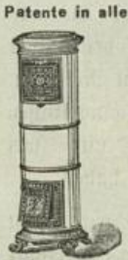
Vom Erfinder Prof. Dr. Meidinger ausschl. autoris. Fabrik für

MEIDINGER-OEFEN

H. HEIM, Wien, I., Kohlmarkt 7

k. und k. Hoflieferant

Patente in allen Staaten. — Mit ersten Preisen prämiiert auf allen Ausstellungen.



Vorzüglichste Regulir-, Füll- u. Ventilations-Oefen.

Ueber 40.000 Oefen in Verwendung.

In Oesterreich-Ungarn werden von **449 Unterrichtsanstalten 3747 unserer Oefen** verwendet, darunter **in 121 Schulen der Commune Wien 988 Oefen, in 95 Schulen der Commune Budapest 599 Oefen.**

Wir warnen vor Nachahmung unter Hinweis auf nebenstehende, auf der Innenseite der Ofenthüren eingegossene Schutzmarke.

MEIDINGER-OFEN H. HEIM

Schutzmarke.

„Hestia"-Oefen.

Centralheizungen aller Systeme

mit rauchfreier Feuerung, für jedes Brennmaterial.

Luftheizungen, Warmwasserheizungen, Heisswasserheizungen, Dampfheizungen, Dampfniederdruckheizungen mit selbstthätiger Regulierung **eigenen Systems.**

Telephon Nr. 7109.

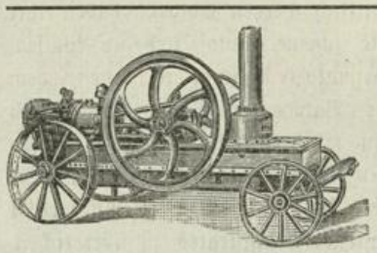
Stadt-Steinmetzmeister

WULKAN & NEUBRUNN

Wien, III./1, ausser der St. Marxer Linie

empfehlen sich zur 127

Ausführung aller Steinmetz-Arbeiten für Bauten wie auch für Grab- und Gruft-Monumente.



G. Bernhardt's Söhne

WIEN

Gaudenzdorf, Hauptstr. 23

empfehlen ihre bestanerkannten

Sicherheits-Petroleummotoren

für gewöhnliches Lampenpetroleum, stabil und fahrbar auf Rädern.

Gasmotoren und Dampfmotoren

für alle technischen Betriebe.

Preislisten gratis.

Die besten Referenzen liegen zur Einsicht auf.

Man verlange stets ausdrücklich: **LIEBIG** Company's

Fleisch-Extract

Dient zur augenblicklichen Herstellung von Fleischbrühe und zur Verbesserung von Suppen, Gemüsen, Saucen und Fleischspeisen jeder Art.

Vortreffliches Stärkungsmittel für Kranke und Genesende.

Als Bürgschaft für die Echtheit und Güte achte man besonders auf den Namenszug des Erfinders J. Liebig **in blauer Schrift.**

134

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 91. Dienstag, den 13. November 1894. Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **9. November 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Am 1. November ist Kaiser Alexander III. von Russland seinem Leiden erlegen. (Die Versammlung erhebt sich.) Aus Anlass dieses traurigen Ereignisses, welches auch in Wien innige Theilnahme erregt hat, habe ich dem russischen Botschafter im Namen der Gemeinde Wien das Beileid ausgesprochen.

2. Es ist folgende Zuschrift an mich gelangt:

Die Generaldirection der Allerhöchsten Fonde beehrt sich, mitzutheilen, dass Se. k. u. k. apostolische Majestät zu der im Jahre 1895 zum Besten der Armen Wiens stattfindenden Effectenlotterie ein silbernes Tafelservice in einem Lederkasten huldvollst zu spenden geruht hat.

Der Gemeinderath ist damit einverstanden, dass ich den ehrerbietigsten Dank in entsprechender Weise zum Ausdrucke bringe. (Zustimmung.)

3. Frau Adele Wagenmann hat anlässlich des Ablebens ihres Gatten 2000 fl. gespendet, und zwar 1000 fl. für Arme im X. Bezirke und 1000 fl. für Arme der übrigen Bezirke Wiens.

4. Herr Victor Mautner Ritt. v. Markhof hat anlässlich seiner Bürgerrechtsverleihung für die Armen Wiens den Betrag von 500 fl. gespendet.

5. Die verstorbene Frau Amalie Urbany hat für die Armen Wiens den Betrag von 500 fl. legiert.

6. Herr August Rath, Generalrath der Österr.-ungar. Bank, hat dem Franz Josef-Jugendasylvereine einen Betrag von 100 fl. gespendet.

7. Ein Ungenanntseinwollender hat für die Armen des XIV. Bezirkes 250 fl. gespendet.

8. Herr kais. Rath Johann Evang. A. Ruthmayer hat dem Armeninstitute des VIII. Bezirkes für eine zu veranstaltende Christbaumfeier 100 fl. gespendet.

9. Herr Johann Preleuthner theilt mit, dass er eine Marmorbüste, darstellend Kaiser Franz, welche von dessen seligem Stiefvater Johann Schaller, dem ehemaligen Professor an der k. k. Akademie der bildenden Künste zu Wien, ausgeführt wurde, ferner ein Medaillon, Napoleon I. darstellend, dem Museum der Stadt Wien zum Geschenke mache.

Den Spendern wird der Dank ausgesprochen.

10. Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg entschuldigt sein Ausbleiben aus der heutigen Sitzung wegen schwerer Erkrankung eines Familienmitgliedes, Herr Gem.-Rath Zweig wegen Unwohlseins, Herr Gem.-Rath Brauneiß wegen eines Trauerfalles. Herr Gem.-Rath Dr. v. Billing ist verhindert, der heutigen Sitzung beizuwohnen.

11. Für die Wahl in den Bezirksschulrath wurden 51 Stimmzettel abgegeben; gewählt wurden die Herren Eduard Bittner und Julius Wehle.

12. Für die Wahl in den Landesschulrath wurden 51 Stimmzettel abgegeben; gewählt wurden die Herren Gem.-Räthe Dr. v. Billing, Dr. Prockſch und Dr. Lerch.

13. Die Gesellschaft für vervielfältigende Kunst spricht für die ihr gewährte Subvention von 2000 fl. ihren Dank aus.

14. Der Schillerverein „Die Glocke" hat den Gemeinderath zu der am 10. November um 7 Uhr abends im Festsaale der kais. Akademie der Wissenschaften stattfindenden Festfeier eingeladen. Diejenigen Herren Gemeinderäthe, welche von dieser Einladung Gebrauch machen wollen, bitte ich, die Karten im Präsidialbureau zu beheben.

15. Herr Gem.-Rath Bärtl hat in der letzten Sitzung interpelliert: „Bei Berathung des Präliminares pro 1894 wurde von der Budget-Commission der Antrag auf Einsetzung einer Gartenüberwachungs-Commission gestellt und wurde dieser Antrag auch vom Plenum des Gemeinderathes in der betreffenden Sitzung genehmigt." Er fragt nun: „Was ist mit diesem Antrage bis heute geschehen? Ist der Herr Bürgermeister geneigt, zu veranlassen, dass der Plenarbeschluss ehestens zur Ausführung kommt?"

Ich habe die Ehre, diesfalls Folgendes mitzutheilen: Der Stadtrath hat in seiner Sitzung vom 6. d. M. beschlossen, dem Gemeinderathe die Wahl einer aus fünf Mitgliedern bestehenden Commission zur Prüfung der Geschäftsführung in Gartenangelegenheiten nach § 47 des Gemeindestatutes zu empfehlen. Das bezügliche Referat wird auf die nächste Tagesordnung für den Gemeinderath gesetzt werden.

16. Herr Gem.-Rath Schlögl hat interpelliert wegen Einsetzung einer Commission, bestehend aus 12 Mitgliedern, welche sich mit der Verwertung des Rathhauskellers befassen soll.

Die Angelegenheit befindet sich derzeit im Stadtrathe in Verhandlung und wird ehestens referiert werden.

Gem.-Rath Schlögl: Es dauert schon hübsch lange, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister: Es wird schon werden. Ich bitte um Mittheilung der Einläufe.

Gem.-Rath Gregorig: Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung.

Bürgermeister: Ich bitte, jetzt müssen die Einläufe verlesen werden. (Gem.-Rath Gregorig: Zu den Interpellationen bitte ich um das Wort!) Ich bitte, zuerst müssen sie ja mitgetheilt werden; nach Verlesung des Einlaufes werden Herr Gemeinderath das Wort erhalten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

17. Zuschrift der n.-ö. Statthalterei:

Die k. k. Statthalterei hat mit Note vom 27. August 1894, Z. 65220, der Baudeputation für Wien den Protest des A. Fritz und fünf Genossen gegen den Beschluss des Wiener Gemeinderathes vom 9. (richtig 10.) Juli 1894 in Angelegenheit der Baulinienbestimmung für das Haus Or.-Nr. 1 Bognergasse im I. Bezirke mit dem Beifügen zur competenten Amtshandlung im Sinne des § 107 der Bauordnung für Wien vom 17. Jänner 1883, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 35, übermittelt, dass der angefochtene Gemeinderaths-Beschluss keinen Anlass zu einer gemäß § 100 des Gemeindestatutes vom 19. December 1890 (L.-G.- und V.-Bl. Nr. 45) seitens des k. k. Statthalters zu treffenden Verfügung gibt.

Die Baudeputation findet im Grunde des § 107 der Bauordnung für Wien über die vorliegende Beschwerde, soweit sich dieselbe gegen die mit dem eingangs erwähnten Gemeinderaths-Beschlusse festgesetzten Baulinien im allgemeinen richtet, der Beschwerde Folge zu geben, weil die für die Naglergasse festgesetzte Straßenbreite den Bestimmungen des § 2 der Wiener Bauordnung insofern nicht entspricht, als dieselbe auf die Verkehrsbedürfnisse keine genügende Rücksicht nimmt. Die Beschwerde jedoch, sofern dieselbe eine bestimmte Baulinie unter Zugrundelegung der Beseitigung der Häusergruppe zwischen der Nagler- und Bognergasse vom Graben bis zur Irisgasse begehrt, keine Folge zu geben, nachdem ein solches Begehren der gesetzlichen Basis entbehrt.

Gründe.

Durch den angefochtenen Beschluss des Gemeinderathes wurde für die Realität Or.-Nr. 1 in der Bognergasse eine Straßenbreite bestimmt, welche vom Standpunkte der Bauordnung zu einer Bemerkung keinen Anlass bietet. Dagegen resultiert aus der für die Naglergasse erfolgten Baulinienbestimmung eine zukünftige Straßenbreite von 12 m für diese Straße.

Die Naglergasse, wie selbe nach dem Beschlusse des Gemeinderathes vom 10. Juli 1894 projectiert ist, wird in Hinkunft eine directe und gerade Verkehrsader zwischen der Freyung und dem Graben bilden und als solche zweifellos einem ganz außerordentlichen Verkehre zu dienen haben.

Die Baudeputation, welche sich lediglich die zukünftige Bestimmung dieses durch die Baulinienfestsetzung neu geschaffenen Verkehrsobjectes vor Augen gehalten hat, konnte sich der Überzeugung nicht verschließen, dass bei einem so wichtigen, mitten im Weichbilde der Stadt gelegenen, zur Bewältigung eines außergewöhnlichen Verkehres bestimmten Straßenzuge ein Herabgehen unter das bei Straßen in der Regel einzuhaltende Maß der Breite aus öffentlichen Rücksichten nicht zulässig erscheint.

Durch die Festsetzung einer Breite von nur 12 m erscheint dem Verkehrsbedürfnisse, welchem die zukünftige Naglergasse, wie selbe dem in Rede stehenden Beschlusse des Gemeinderathes zugrunde lag, zu dienen haben wird, jedoch keineswegs im genügenden Maße Rechnung getragen.

Die Beschwerde musste daher, soweit dieselbe sich gegen die Baulinienbestimmung im allgemeinen richtet, als gerechtfertigt erkannt werden.

Nachdem jedoch die Art der Baulinienbestimmung dem Gemeinderathe vorbehalten ist, demselben daher auch ausschließlich vorbehalten bleibt, zu bestimmen, ob eine allfällige Regulierung in dem in Frage stehenden Theile der Stadt unter Inaussichtnahme der Beseitigung einzelner Objecte oder einer Gruppe derselben, oder in anderer Weise erfolgen soll, erscheint jener Theil der Beschwerde, welcher eine bestimmte Art der Regulierung in Aussicht nimmt, ohne jede gesetzliche Begründung.

Die Beilagen des an die k. k. Statthalterei gerichteten Berichtes vom 16. August 1894, Z. 6729, folgen im Anschlusse zur entsprechenden Veranlassung zurück.

Wien, am 6. November 1894.

Kielmansegg m. p.

Bürgermeister: Der Gegenstand ist bereits dem Stadtrathe zur weiteren Behandlung zugewiesen worden.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

18. Interpellation des **Gem.-Rathes Burscht:**

Wien genießt den Ruf einer Großstadt. Und dies mit Recht. Nur von Zeit zu Zeit wird dieser Ruf durch irgendein Krähwinkelstückchen gelockert.

Ein solches ist die Einführung der neuen Wiener Tramwaytype, recte „Folterwaggon oder Marterkasten". Es gibt vieles, wo die Meinungen getheilte sind, aber in diesem Falle herrscht nur eine Stimme, welche dieses Imperial-Ungethüm mit vollem Recht verurtheilt. Es ist nun eine merkwürdige Erscheinung, dass sich gerade der XVII. Bezirk stets als Versuchskaninchen bei allen neuen Wagentypen der Reitzes-Gesellschaft hergeben muss, und es wäre eine Hauptaufgabe der Gemeinde Wien, diese neue Unzukömmlichkeit zu beseitigen. Trotz aller sofort in die Augen springenden Fehler haben die von dem Gemeinderathe bevollmächtigten Experten dieser Type ihre vollste Sympathie entgegengebracht und ich glaube nur im Interesse aller Bewohner Wiens zu handeln, wenn ich an den Herrn Bürgermeister das Ersuchen stelle,

dem Gemeinderathe die Namen der von letzterem entsendeten Experten bekanntzugeben.

Bürgermeister: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

19. Interpellation des **Gem.-Rathes Schieferl:**

Das „Wiener Tagblatt" bringt in seiner Nummer vom 7. November 1894 einen Bericht über eine bei der h. k. k. Statthalterei in Wien abgehaltene Conferenz wegen Abhilfe gegen die Fleischtheuerung.

Nach diesem Berichte soll der Marktvorstand Kainz den Standpunkt vertreten haben, dass trotz der Erhöhung der Viehpreise die Fleischtheuerung in Wien nicht gerechtfertigt sei, sowie derselbe auch die Behauptung aufstellte, dass die bei der Fleischhauer-Versammlung bei Schwender gemachten Angaben unrichtig seien, da die Fleischhauer sich noch besondere Percentabzüge bedingen, welche 25, 30 und 45 Percent betragen.

Als Marktvorstand sollte er wissen, dass die heutigen Fleischpreise durch den theueren Einkauf und die Entwertung der Nebenproducte, Haut und Unschlitt, gerechtfertigt sind; er sollte wissen, dass die Percentabzüge nicht Gewinn des Fleischhauers sind, sondern bei lebender Abwage für die wertlosen Theile, Blut, Gedärme, Mageninhalt u. dgl. abgerechnet werden; er sollte wissen, dass dank der auf dem Wiener Markte geduldeten Überfütterung nach amtlicher Constatierung Mägen mit über 100 kg Inhalt vorkommen, welcher Inhalt sich ja nicht mit 60 bis 70 kr. per Kilo verwerten lässt; er sollte endlich auch wissen, dass der weitaus größere Theil der Wiener Fleischhauer bei der Wiener Vieh- und Fleischmarktcasse arg verschuldet ist, so dass jede Woche eine große Anzahl Ochsen gepfändet werden.

Durch dieses Vorgehen erleidet die Bevölkerung von Wien einen unberechenbaren Schaden, da die h. Regierung dadurch in der Meinung bestärkt wird, die Eröffnung der rumänischen Grenze sei nicht nothwendig.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Ist derselbe geneigt, falls der obenerwähnte Bericht auf Wahrheit beruht, die von dem Marktvorstande aufgestellten Behauptungen richtigzustellen?

Gem.-Rath Fuchs (zur Geschäftsordnung): Ich ersuche den Herrn Bürgermeister, die Interpellation dem vollen Inhalte nach verlesen zu lassen, wie ich sie eingebracht habe. Es ist anders gelesen worden. (Unruhe links. — Gem.-Rath Gregorig: Das sind wir schon gewohnt! — Gem.-Rath Weitmann: Interpellationen müssen verlesen werden!)

Bürgermeister: Ich habe verfügt, dass zwei Passus' aus dieser Interpellation nicht vorgelesen werden. (Rufe links: Warum?) Aus dem einfachen Grunde, weil der Inhalt dieser beiden Passus' ein solcher ist, dass möglicherweise daraus eine strafrechtliche Verantwortung entstehen kann und ich mir selbst eine solche Verantwortung nicht auferlegen will und auch dazu nicht verpflichtet bin.

Was nun das Meritum der Sache betrifft, so habe ich Folgendes zu bemerken:

Ich bedauere, dass dieser Bericht, auf den in der Interpellation Bezug genommen wird, erschienen ist. Der Bericht enthält Vorgänge aus einer Versammlung, in welcher außer mir nur beeidete Beamte anwesend waren. Alle diese Anwesenden waren zur Beobachtung des Amtsgeheimnisses verpflichtet. Durch die Veröffentlichung dieses Berichtes ist leider der Verdacht entstanden, als ob einer dieser Beamten sein Gelöbnis verletzt hätte. Davon abgesehen, ist der Bericht unvollständig und er enthält viele Ungenauigkeiten ..... (Gem.-Rath Hawranek: Da dürfen Sie den Szeps nicht zulassen!) Darf ich bitten, mich nicht zu unterbrechen! ... Ungenauigkeiten, welche geeignet sind, ein unrichtiges Urtheil über die dort gepflogene Verhandlung herbeizuführen, die auch weiter geeignet sind, die eine oder andere Persönlichkeit, oder die eine oder andere Äußerung gehässig zu machen.

Was die einzelnen Behauptungen betrifft, so ist es mir nicht möglich, auf dieselben einzugehen, weil sie in einer vertraulichen Sitzung gemacht worden sind. Das eine aber kann ich den Herren versichern, dass ich bemüht bin, dafür zu sorgen, dass alle Äußerungen, welche von Seite der Gemeindeorgane gemacht werden, thatsächlich richtig sind und dass ich, insoweit von einzelnen Persönlichkeiten einseitige oder individuelle Meinungen abgegeben, beziehungsweise Conclusionen aus Thatsachen gezogen werden, ich dafür gesorgt habe und auch in Zukunft dafür sorgen werde, dass auch andere Meinungen dagegen vorgeführt werden. So ist das Marktcommissariat nicht durch einen Beamten, sondern durch drei Beamte vertreten, welche jeder nach ihrer Überzeugung aussagen, so dass es ganz und gar ausgeschlossen ist, dass lediglich eine individuelle Meinung zum Ausdrucke gebracht werde, und daraus vielleicht unrichtige Consequenzen gezogen werden. Ich würde auch nicht zugeben, dass irgendwelche beleidigende Äußerung gegen eine Genossenschaft oder gegen einen anderen bürgerlichen Stand vorgebracht werde, wenn dieselbe unrichtig ist, ohne dagegen aufzutreten und für eine entsprechende Berichtigung zu sorgen. Ich glaube, dass damit die Interpellation beantwortet ist. (Gem.-Rath Gregorig: Wasch' mir den Pelz und mach' mir ihn nicht nass!)

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

20. Interpellation des **Gem.-Rathes Schuh:**

Herrn Bürgermeister Dr. Raimund Grübl!

Hochwohlgeboren, Hier.

Der Wiener Gemeinderath hat in seiner Sitzung vom 10. Juli d. J. auf Grund des ihm vom Stadtbauamte vorgelegten Planes über die Regulierung der Nagler- und Bognergasse im I. Bezirke einen Beschluss gefasst, jedoch wurde hiebei merkwürdigerweise keine Debatte gepflogen, was mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Gegenstandes sehr merkwürdig erscheint.

Der betreffende Beschluss hat denn auch vermöge seines eigenthümlichen Inhaltes in allen Kreisen der Bevölkerung, welche sich für eine einer Großstadt entsprechenden Entwicklung unserer Stadt interessieren, die lebhafteste Bewegung und Unruhe hervorgerufen.

Es hat dieser Beschluss auch, wie bekannt, die dabei zunächst und unmittelbar betheiligten Interessenten veranlasst, eine Beschwerde an die höhere competente Behörde wegen Annullierung dieses Beschlusses zu richten.

Es hat sich in diesem Beschlusse des Wiener Gemeinderathes vom 10. Juli d. J. neuerdings gezeigt, wie reformbedürftig die bestehende Bauordnung ist, um die Bauentwicklung in einer einer Großstadt würdigen Weise zu gestalten. Es sollte dies eine neue Anregung sein, die Schaffung einer neuen, schon so oft urgierten zweckentsprechenden Bauordnung zu beschleunigen, dann wird es auch nicht mehr so leicht möglich sein, Beschlüsse ins Leben zu rufen, welche geeignet sind, die ästhetischen und einem entsprechenden Verkehre dienenden Anforderungen zu verletzen, ohne dass es möglich wäre, dagegen im Recurswege Abhilfe zu schaffen.

Überhaupt hätte mit einer Baulinienbestimmung im vorliegenden Falle dermalen gar nicht vorgegangen werden sollen, weil doch die Gemeinde Wien im Begriffe steht, den in der Bauordnung vorgeschriebenen General-Regulierungsplan zu realisieren, dessen Vollendung bei einigem größeren Eifer doch schon in kurzer Frist gewärtigt werden könnte.

Vor Feststellung des General-Regulierungsplanes soll aber der Gemeinderath nicht mit Baulinienbestimmungen vorgehen, welche geeignet erscheinen, die Verwirklichung eines den ästhetischen Anforderungen und Verkehrsbedürfnissen einer Großstadt entsprechenden General-Regulierungsplanes späterhin zu erschweren.

Nachdem der Beschluss des Wiener Gemeinderathes vom 10. Juli d. J., betreffend die Baulinienbestimmung der Bogner- und Naglergasse, somit als ein Fehler bezeichnet werden muss, und wir nicht den Fluch auf uns laden sollen, unsere Stadt auf ganze Generationen hin geschädigt zu haben, nachdem somit eine Abänderung dieses Beschlusses dringend geboten erscheint, und auch nicht vollständig klar zu sein scheint, welche Bedeutung und Rückwirkung der diesfalls getroffenen Entscheidung der Baudeputation gegenüber dem Beschlusse des Wiener Gemeinderathes beizumessen ist, so sehe ich mich, indem ich ausdrücklich bemerke, dass ich in diesem Falle, ebensowenig wie in früheren Fällen, wie man mir stets mit Unrecht zumuthete, irgendein privates Interesse, sondern nur das allgemeine Interesse unserer Stadt im Auge habe, veranlasst, an den Herrn Bürgermeister folgende Anfrage zu stellen:

1. Welches sind die Resultate des von den Interessenten der Naglergasse wider die Baulinienbestimmung des Wiener Gemeinderathes vom 10. Juli 1894 eingebrachten Recurses?

2. Ist diese Baulinienbestimmung der betreffenden Partei hinausgegeben worden, und wann?

3. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, gleichviel, ob diese Baulinienbestimmung bereits hinausgegeben wurde oder nicht, diese Baulinienbestimmung im Hinblicke auf die bisher bloß in den Journalen mitgetheilte, jedoch dem Gemeinderathe bisher merkwürdigerweise officiell noch nicht bekanntgegebene Entscheidung der Baudeputation zu sistieren und zu veranlassen, dass diese Baulinienbestimmung dem Gemeinderathe neuerlich zur Beschlussfassung vorgelegt wird?

4. Welche Bedeutung und präjudicielle Wirkung hat diese Entscheidung der Baudeputation für die weitere Beschlussfassung des Gemeinderathes?

5. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, um derartige Unzukömmlichkeiten fürderhin zu vermeiden, auf die Beschleunigung des General-Regulierungsplanes und der projectierten neuen Bauordnung hinzuwirken?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten, möchte aber schon heute bemerken, dass ja seit der Fällung dieser Entscheidung eine Gemeinderaths-Sitzung nicht stattgefunden hat und es mir selbstverständlich nicht möglich war, diese Entscheidung früher mitzutheilen als heute. Heute ist die erste Sitzung, seitdem diese Entscheidung erflossen ist.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

21. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner:**

Da in dem Bezirkstheile Unter-Döbling gegenwärtig großer Wassermangel herrscht, die Rohre der Hochquellenleitung zwar bereits gelegt sind, aber die Einleitung des Wassers noch nicht gesichert erscheint, stelle ich die Anfrage:

ob der Herr Bürgermeister in dem Falle, als die Versorgung des benannten Bezirkstheiles mit Wasser nicht in nächster Zukunft stattfinden könnte, geneigt wäre, zu veranlassen, dass Unter-Döbling ähnlich wie andere Theile des Bezirkes durch Zufuhr von Hochquellenwasser von der bestehenden Wassercalamität befreit werde?

Bürgermeister: Ich werde diese Anregung in Erwägung ziehen und nach Möglichkeit Abhilfe treffen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

22. Antrag des **Gem.-Rathes Steiner:**

Die Beleuchtung der Döblinger Hauptstraße zwischen der ehemaligen Nussdorferlinie und der Billrothstraße ist, ungeachtet dass vor zwei Jahren eine Vermehrung der Gaslaternen stattgefunden hat, noch immer eine sehr schlechte, sowie auch die ganze Hauptstraße äußerst mangelhaft beleuchtet ist.

Da diese Straße die Hauptverkehrsstraße des XIX. Bezirkes ist, so erscheint eine ausgiebige Vermehrung und Verbesserung der Beleuchtung auf der ganzen Hauptstraße dringend geboten.

Der gleiche Übelstand besteht an dem Kreuzungspunkte der Billrothstraße und der Sieveringerstraße im XIX. Bezirke, wo gleichfalls im Interesse des Verkehres, namentlich aber um eine bessere Orientierung für die den Bezirk besuchenden Ortsfremden zu ermöglichen, es dringend geboten erscheint, eine intensivere Beleuchtung, etwa durch Anbringung besserer Gasbrenner, zu schaffen.

Demzufolge beantrage ich:

Der Magistrat werde beauftragt, im Sinne der berührten Vorschläge das Nöthige mit thunlichster Beschleunigung zu verfügen.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

23. Antrag des **Gem.-Rathes Steiner:**

Es ist der Wunsch eines großen Theiles der Bevölkerung, dass die gegenwärtig sich in sehr schlechtem Zustande befindlichen Fahrstraßen und Gehwege auf dem Leopoldsberge ordentlich hergestellt werden.

Insbesondere ist der sogenannte „Touristenweg" an manchen Stellen so vernachlässigt und schlecht, dass dessen Begehung geradezu lebensgefährlich erscheint.

Die Fahrstraße, namentlich bei der Einfahrt zur Restauration, bedarf gleichfalls einer gründlichen Restaurierung.

Ich stelle daher den Antrag:

Es sei die städtische Bauamtsabtheilung des XIX. Bezirkes zu beauftragen, ehestens wegen Instandsetzung der bezeichneten Wege, beziehungsweise Straßen das Geeignete zu veranlassen.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

24. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Gegenwärtig wird im XVII. Bezirke die Weinhauserstraße in der Strecke zwischen der Karlsgasse und der Leopoldigasse gepflastert.

Einer vollständigen Regulierung dieses wichtigen Straßenzuges steht aber die Realität des Herrn Franz Albertini, Weinhauserstraße 1 bis 7, hinderlich im Wege. Dieselbe ist wohl zum Theile bereits parcelliert, an der Ecke ist sogar schon ein Neubau aufgeführt, die Planke in der Weinhauserstraße steht aber noch immer auf ihrem alten Platze, obwohl der Straßengrund bereits grundbücherlich abgeschrieben ist.

Ich stelle daher den Antrag:

Es sei mit dem Eigenthümer dieser Realität ein Übereinkommen dahin anzubahnen, dass die Zurückrückung der Planke in die Baulinie noch im Verlaufe des heurigen Jahres durchgeführt werde, und dieser Straßentheil, der heute ein trauriges Bild der Verwahrlosung darbietet, entsprechend zu regulieren, um die Pflasterung dieses Theiles der Weinhauserstraße noch im Verlaufe des Jahres 1895 durchführen zu können.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

25. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Dem Vernehmen nach wird beabsichtigt, das zum Betriebe der am Exelberge aufzustellenden Schotterbrechmaschinen erforderliche Wasser mit Wägen zuzuführen.

Nachdem eine solche Art der Wasserbeschaffung bedeutende Kosten verursachen würde, so beantrage ich im Anhange zu meinem Antrage in der Sitzung vom 29. März 1894, Amtsblatt Nr. 27 vom 3. April:

Es sei zum Zwecke der Wasserbeschaffung für den maschinellen Betrieb der Schottererzeugung am Exelberge an einer geeigneten Stelle ein entsprechend großes Grundstück zu pachten und daselbst ein entsprechend dimensionierter Brunnen herzustellen und erforderlichenfalls für den maschinellen Betrieb einzurichten.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

26. Antrag des **Gem.-Rathes Pursche:**

Unter Hinweis auf meinen vor einiger Zeit eingebrachten Antrag bezüglich der Reform im Licitationsverfahren bei steuerexecutierten Pfandobjecten erinnere ich in erster Linie auf die von mir beantragten Projecte, die noch immer ihrer Erledigung harren. Es wird fortwährend der alte Schlendrian angewendet, durch welchen nicht nur die armen Steuerträger, denen man oft ihr letztes Hab und Gut weggenommen, hart bedrückt werden, sondern auch nicht selten die Commune durch den Erlös der Gegenstände nicht einmal die Transportkosten hereinbringt. Es liegt der Grund hauptsächlich darin, dass die Kundmachung bezüglich dieser Licitationen zu wenig bekanntgegeben wird, daher das Publicum auch meist nur aus jüdischen, sogenannten Licitationshyänen besteht. Es bilden sich bei dieser Gelegenheit kleine Compagnien, die den Preis der Gegenstände tief herabdrücken, so zwar, dass es vorkommt, dass kaum der hundertste Theil des wahren Wertes geboten wird und bei der geringen Theilnahme des allgemeinen Publicums sehr oft um solche Schundpreise hintangegeben wird.

Nachdem diese Zustände nicht länger geduldet werden können, stelle ich hiemit nachfolgende Anträge:

1. Es sei eine Berathung zu pflegen; bei derselben seien der Leiter Dr. Kosak, Beamter im magistratischen Bezirksamte I. Bezirk, Herr Arthur Steininger, Steuercommissär der Stadt Wien, und Herr Obrist, k. k. Schätzmeister, als Experten einzuladen, um die endliche Regelung dieser Missstände durchzuführen.

2. Soll die Bekanntmachung der Licitationen durch Placate sowie durch Kundmachung in allen christlichen Journalen geschehen.

Bürgermeister: Wird dem Stadtrathe zur Vorberathung zugewiesen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

27. Antrag des **Gem.-Rathes Herold:**

In der am Sonntag den 28. October im Florasaale des Schwender'schen Etablissements abgehaltenen Versammlung der Fleischhauer wurde bittere Beschwerde darüber geführt, dass selbe bei der bestehenden schleppenden Verzehrungssteuer-Manipulation am Viehmarkte ungemein viel Zeit verlieren und außerdem ihre Geschäfte durch das Zuwarten — herbeigeführt durch das reihenweise Anstellen, welches oft stundenlang dauert — große Störung erleiden. Diesem Übelstande würde durch die Vermehrung der Beamten des Verzehrungssteueramtes abgeholfen.

Ich stelle hiemit den Antrag:

Der Herr Bürgermeister werde ersucht, sich mit den betreffenden Behörden ins Einvernehmen zu setzen und thunlichst bald Abhilfe zu schaffen.

Bürgermeister: Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

28. Ich habe noch mitzutheilen, dass bei der Wahl in die Gewerbeschul-Commission 51 Stimmzettel abgegeben wurden. Gewählt erscheinen die Herren Gem.-Räthe Schenzl, Tagleicht, Wessely Ignaz Franz und Gauguscb.

29. Bei der Wahl in die Franz Josef-Jugendasyl-Commission wurden 51 Stimmzettel abgegeben. Gewählt wurden die Gem.-Räthe Erndt, Simon, Dr. Vogler, Billicus, Wünsch und Koch.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Der von mir in der letzten Sitzung gestellte Antrag auf Vertagung der Wahlen ist mit 36 gegen 33 Stimmen abgelehnt worden. Nach der Abstimmung über diesen Antrag hat die Opposition den Gemeinderathssaal verlassen. Die 36, welche für den Antrag votiert haben, und fünf, welche mit uns gestimmt haben, sind zurückgeblieben. Das sind 41 Gemeinderäthe. Der Gemeinderath war also nicht mehr beschlussfähig. Nichtsdestoweniger ist die Sitzung fortgesetzt worden und wurden die Beschlüsse Nr. 40, 41 und 42 gefasst. Auch wurden in der vertraulichen Sitzung Beschlüsse gefasst, und zwar sub Nr. 1, 2, 3 und 4. Ich erkläre die Beschlüsse für ungiltig, weil sie in einer nicht beschlussfähigen Sitzung gefasst worden sind. Ich mache überdies aufmerksam, dass der in der ver-

traulichen Sitzung sub Nr. 2 gefasste Beschluss ein geradezu gesetzwidriger ist, nachdem er nämlich den § 52 c des Statutes in eclatanter Weise verletzt. (Zustimmung links.) Es werden hiedurch zwei Bezirksvorsteher-Stellvertretern, darunter Kahlig, Functionsgebüren zuerkannt, trotzdem nach dem Gesetze ausdrücklich nur dem Bezirksvorsteher Functionszulagen zuerkannt werden dürfen und können. (Beifall links.) Ich erkläre dies hiemit öffentlich für eine eclatante Verletzung des Gesetzes und überlasse es dem Statthalter, ohne dass ich mich an ihn besonders wenden werde, von dem ihm nicht bloß zustehenden Rechte, sondern von der ihm obliegenden Pflicht, das Gesetz zu wahren, endlich einmal Gebrauch zu machen. (Lebhafter Beifall links.)

Bürgermeister: Dagegen habe ich Folgendes zu bemerken: Es wurde sofort, nachdem ein Theil der Herren Mitglieder während der letzten Sitzung die Versammlung verlassen hatte, ausgezählt und constatiert, dass die Versammlung beschlussfähig ist. (Rufe links: Von wem?) Es wurde das vom Vorsitzenden constatiert, und ich kann bestätigen, dass von den Herren Schriftführern ausgezählt und constatiert wurde, dass mehr als 46 Mitglieder anwesend waren. (Gem.-Rath Gregorig: Nach der bekannten Geometrie!) Nach Schluss der öffentlichen und Eröffnung der vertraulichen Sitzung wurde über meinen speciellen Wunsch von den Schriftführern und von den Beamten ausgezählt (Rufe links: O je!) und constatiert, dass mehr als 46 Mitglieder anwesend waren; auch bei Schluss der vertraulichen Sitzung waren mehr wie 46 Mitglieder anwesend. (Gem.-Rath Jedlicka: Nach Adam Riese oder liberal?) Soll das ein Witz sein? Es geht doch nicht an, solche Bemerkungen in die Versammlung hineinzuschreien. Was die andere Bemerkung betrifft, dass ein oder zwei Beschlüsse angeblich gegen das Gesetz verstoßen, so bitte ich den Herrn Gemeinderath, die nach dem Gesetze zulässigen Mittel zu ergreifen. Wenn der Herr Gemeinderath hier einen derartigen Protest anmeldet, so bin ich bereit, die Vorlage an den Herrn Statthalter gelangen zu lassen und demselben die Beurtheilung zu überlassen, ob die Beschlüsse dem Gesetze entsprechend sind oder nicht.

Gem.-Rath Dr. Nechansky (zur Geschäftsordnung): Ich will die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass heute das Resultat der Wahlen verlesen worden ist und sich aus der Ziffer der Wahl ergibt, dass eine beschlussfähige Anzahl anwesend war. (Lebhafter Widerspruch links und Zwischenruf seitens des Gem.-Rathes Dr. Geßmann.)

Bürgermeister: Herr Dr. Geßmann, ich bitte Sie, schreien Sie nicht!

Gem.-Rath Dr. Nechansky (fortfahrend): Es wurden die Namen der einzelnen Gemeinderathsmitglieder verlesen und dabei die Stimmzettel abgegeben. Es dürfte wohl niemandem, auch von der Opposition, einfallen, vielleicht einem Mitgliede zu imputieren, dass er mehrere Stimmzettel abgegeben hat. (Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Aber fortgegangen sind viele!)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Grünbeck, Sie haben nicht das Wort! Ich habe übrigens erklärt: es ist ausgezählt worden, die Versammlung war beschlussfähig. Wenn Sie an der Richtigkeit dieser Mittheilung zweifeln, so bitte ich, ein anderesmal hier zu bleiben. (Lebhafte Heiterkeit.)

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Geehrter Herr Bürgermeister! Es ist zu wiederholtenmalen vorgekommen, dass an den von einzelnen Mitgliedern des Gemeinderathes gestellten Interpellationen — und wenn ich nicht irre — auch schon einmal an einem von einem Gemeinderathsmitgliede gestellten Antrage eine sogenannte Censur ausgeübt worden. (Zustimmung links.) Die Censur hat, wenn ich mich recht erinnere, nur vor dem Jahre 1848 unter dem Drucke des Absolutismus zur Zeit der größten Reaction bestanden. Heutzutage besteht eine Censur nicht mehr, und es ist Sache eines jeden einzelnen Mitgliedes des Gemeinderathes, die Verantwortung für das zu übernehmen, was er schreibt. (Zustimmung links.) Es ist nach meiner innigsten Überzeugung durchaus unzulässig, dass eine solche Correctur von Seite des hohen Präsidiums vorgenommen wird. Ich würde bitten, dass dies in Hinkunft nicht mehr geschehe. Wenn die Herren von der Majorität sich das gefallen lassen, so bekunden sie damit, dass es nothwendig ist, ihre Aufsätze einer Correctur zu unterziehen (Sehr gut! links); wir von der Minorität werden es uns nie und nimmermehr gefallen lassen, dass eine solche vorgenommen wird. (Lebhafter Beifall links.)

Bürgermeister: Demgegenüber muss ich Folgendes bemerken: Eine solche Censur vorzunehmen, ist für den Vorsitzenden außerordentlich peinlich. Aber der Vorsitzende ist, wie jeder andere, dem Strafgesetze unterworfen und muss sich an die Bestimmungen des Strafgesetzes halten. (Zustimmung rechts.) Und wenn er findet, dass in einem Schriftstücke, das zur Verlesung gelangen soll, eine Beleidigung liegt, so macht er sich mitschuldig, wenn er zu dieser Verlesung beiträgt und mitwirkt. (Widerspruch links.) Meine Herren! Das ist meine juristische Ansicht; und nach dieser Ansicht muss ich vorgehen. Die Herren wissen ja, dass ich nicht als letzte Instanz entscheide.

Wenn jemand sich durch die Entscheidung des Vorsitzenden verletzt erachtet, so steht ihm nach dem Gesetze ein Rechtsmittel zu. Ich aber muss nach meiner Ansicht und Überzeugung vorgehen. Es ist möglich, dass ein Mitglied der Versammlung einer anderen Ansicht ist; dafür ist die obere Instanz da, welche in solchen streitigen Fällen entscheidet. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Ich constatiere vor allem anderen, dass hier die Geschäftsordnung nach zwei Richtungen gehandhabt wird — eine für die Majorität und eine für die Minorität. Ich, der Minorität angehörig, bin verwiesen worden, dann zu sprechen, wenn die Verlesungen vorüber sind; einem Mitgliede der Majorität ist es früher gestattet worden, zu sprechen. Nun ist meine Ansicht die, dass die Geschäftsordnung zu dem Zwecke da ist, um gewahrt zu werden. Wenn nun zu irgendeiner Zeit etwas geschieht, wodurch die Geschäftsordnung nicht richtig gehandhabt wird, so steht es jedem einzelnen Gemeinderathsmitgliede frei, sofort das Wort zur Geschäftsordnung zu ergreifen und das richtigzustellen. Dieser Fall hat sich heute zugetragen. Ich habe in der letzten Sitzung den Herrn Bürgermeister interpelliert, was es mit der Petition bezüglich der Warenhäuser für ein Bewandtnis hat, wann diese auf die Tagesordnung kommt. Der Herr Bürgermeister hat gesagt, er wird sich informieren, er hätte infolge dessen heute antworten müssen. Er hat aber geschwiegen. Ich bitte dies nachzuholen und meine Interpellation heute zu beantworten, wie es im Gesetze vorgeschrieben ist.

Bürgermeister: Sie haben meines Wissens und Erinnerns angefragt, ob dieser Gegenstand schon zur Berichterstattung reif ist; ich habe geantwortet, ich werde den Gegenstand urgieren, und ich habe ihn auch urgiert. Was soll ich weiter? (Widerspruch links.)

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Der Herr Bürgermeister hat meine letzte Interpellation nur dahin beantwortet: ich werde mich informieren. (Bürgermeister: Ich habe gesagt, ich werde urgieren!) Oder urgieren, alleseins, ein Fremdwort war es unter allen Umständen, wir sind aber im deutschen Gemeinderathe. Nachdem aber der Gegenstand im Stadtrathe berathen wurde, so müssen Herr Bürgermeister nach dem Gesetze mir heute antworten. Ich habe gefragt, wann Sie ihn auf die Tagesordnung stellen werden und warum Sie ihn nicht auf die Tagesordnung gestellt haben. Ich bitte, heute darauf zu antworten.

Bürgermeister: Ich bin heute noch nicht informiert; ich werde also dem Herrn Gemeinderathe in der nächsten Sitzung Auskunft darüber geben, in welchem Stadium sich die Behandlung dieses Gegenstandes befindet. (Unruhe links.)

Gem.-Rath Gregorig: Ich bedauere lebhaft, dass der Herr Bürgermeister die Geschäftsordnung und die Gesetze nicht kennt.

Bürgermeister: Aber, ich kann doch nicht über jeden Gegenstand sofort informiert sein. (Erneuerte Unruhe links.)

Gem.-Rath Gregorig: Das ist Ihre Pflicht, Herr Bürgermeister, dafür werden Sie bezahlt, dafür bekommen Sie 24.000 fl., das müssen Sie machen! (Rufe links: Wir haben das Gesetz nicht gemacht!)

Gem.-Rath Jedlička: Der Herr Bürgermeister hat soeben erklärt, dass er bei der Censur nur die verletzenden Stellen eliminiert hat. Nun habe ich in der vorletzten Sitzung eine Interpellation wegen Beschädigung eines Wirtes durch die Gasgesellschaft eingebracht und habe in dieser Interpellation mehrere Anfragen gestellt, darunter eine beiläufig dahin, ob der Herr Bürgermeister geneigt ist, die Interessen der Steuerzahler gegenüber der Gasgesellschaft zu vertreten. Das hat der Herr Bürgermeister jedenfalls auch eliminiert, weil im Protokolle nichts davon vorkommt. (Widerspruch rechts.) Ich bitte, so ist es, ich lüge nicht, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister: Ich kann dem Herrn Gemeinderathe nur erklären, dass ich in dieser Interpellation nicht die geringste Änderung vorgenommen habe.

Gem.-Rath Jedlička: Diese Anfrage ist eliminiert worden, denn im Protokolle ist sie nicht zu finden!

Bürgermeister: Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen und dann darüber berichten. (Rufe links: Da herrscht die Willkür, das sind zweierlei Geschäftsordnungen!)

Wir schreiten zur Tagesordnung und ich ersuche den Herrn Gem.-Rath Müller zum Referate.

30. (8575.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Beilage 262. Dieses Referat behandelt ein Project für die Erbauung eines Reservoirs zur Wasserversorgung der hoch gelegenen Theile des XVIII. und XIX. Bezirkes, und zwar auf dem sogenannten kleinen Schafberge in Dornbach im XVII. Bezirke. Die bezüglichen, vorzüglich gearbeiteten Pläne liegen hier zur Einsicht der Herren Gemeinderäthe auf und ich bitte, dieselben hier anzusehen.

Den Herren ist bekannt, dass das ganze Territorium Wiens behufs der Wasserversorgung in drei Zonen getheilt ist, und zwar in die sogenannte Niederdruck-, Mitteldruck- und Hochdruckzone.

Die Niederdruckzone wird durch den natürlichen Druck aus dem Reservoir am Rosenhügel versorgt und es ist infolge der Vergrößerung des zu versorgenden Territoriums auch hier eine Erweiterung geplant und bereits vom Gemeinderathe genehmigt. Die Versorgung der Niederdruckzone ist also bereits gesichert. Die Mitteldruckzone ist jene, welche sich zwischen der Niederdruck- und Hochdruckzone erstreckt, jene Zone, welche die dichter bevölkerten Theile der ehemaligen Vororte umfasst. Diese Mitteldruckzone soll durch zwei Reservoirs versorgt werden, und zwar ein Reservoir auf der Realität der sogenannten Windmühle, welches bereits vom Gemeinderathe genehmigt und im Baue begriffen ist.

Das zweite Reservoir ist jenes, über welches ich heute zu referieren habe. Es ist dies das Reservoir auf dem sogenannten kleinen Schafberge, die Herren, welche die Gegend von Gersthof kennen, werden auch die Gegend, wo sich der Gersthofer Friedhof befindet, kennen, in unmittelbarer Nähe dieses Friedhofes, an dem östlichen Theile, wo bereits der Abhang gegen Hernals hinunter führt, ist seitens des Gemeinderathes beschlossen worden, eine Realität zum Zwecke der Erbauung dieses Reservoirs anzukaufen. Nun kommt die Vorlage des Reservoirs selbst. Dasselbe hat die Aufgabe, einen größeren District mit Wasser zu versehen, und zwar insbesondere das höher gelegene Währing, Weinhaus, Pötzleinsdorf, Gersthof, Sievering und Grinzing. Die Druckverhältnisse sind, wie gesagt, solche, dass die dichtest bevölkerten Theile dieser Vorortegemeinden mit Wasser versorgt werden können.

Die Situation ist eine derartige, dass die Entfernung dieses Reservoirs von dem Reservoir auf der Windmühlrealität 3400 m beträgt, und wird die Zuführung von diesem Reservoir mit einer Rohrleitung, welche eine Dimension von 685 mm, das sind 26", hat, besorgt. Die Geschwindigkeit, mit welcher das Wasser in dieses Reservoir zufließt, ist ziemlich groß. Es sind 0·9 m pro Secunde. Infolge dieser Geschwindigkeit und des Querschnittes der Rohrleitung, welche die Zuführung in dieses Reservoir ermöglicht, wird eine Quantität von circa 0·3 m³ genau 0·3317 m³ pro Secunde befördert, das gibt eine Quantität von 28.658·88 m³, respective 504.396 Eimer pro Tag. Es wird die Zuführung des Wassers in dieses Reservoir auf zweierlei Wegen geschehen, und zwar erstens direct aus der Pumpstation an der Hütteldorferstraße bei der Gummifabrik, andererseits auch direct aus dem Reservoir der Windmühle. Nachdem die Pumpstation das Reservoir auf der Windmühlrealität und dieses Reservoir zu versorgen hat, müssen die Maschinen unter gleichem Drucke arbeiten. Nachdem die Entfernung zu diesem Reservoir eine größere ist, muss auch auf den sogenannten Druckverlust Rücksicht genommen werden. Derselbe beträgt 6·36 m, daher rund 6½ m. Daraus ergibt sich die Höhenlage dieses Reservoirs gegenüber der Höhe des Wasserspiegels in der Windmühlrealität. Die letztere hat einen Wasserspiegel in der Höhe von 274 m über dem adriatischen Meere oder, auf den Pegel von Wien an der Ferdinandsbrücke bezogen, von 117·183 m. Da nun der Druckverlust 6½ m beträgt, so muss, um die Maschinen gleichmäßig in der Pumpstation zu belasten, der Wasserspiegel um so viel niedriger sein, daher eine Höhe von 267 m haben. Das ist immerhin eine Höhe des Wasserspiegels, welche für die Versorgung der dicht bevölkerten Ortschaften hinreicht. Der Ausfluss des Rohres von dem Reservoir auf der Windmühle geschieht, wie die Herren hier sehen, von dem Wasserspiegel in einer Tiefe von 4·1 m. Es kann daher das Wasser direct durch die eigene Schwere von dem Reservoir des Rosenhügels in dieses Reservoir hineinfließen. Der Fassungsraum dieses Reservoirs beträgt — wenn man die Höhe des Wasserstandes von 5 m mit dem Flächeninhalte multipliciert — 18.232 m³ oder 322.183 Eimer.

Wenn wir zu diesem Fassungsraume noch die anderen Reservoirs dazu nehmen, und zwar das Rosenhügel-Reservoir mit 120.087 m³, das Wienerberger Reservoir mit 36.046 m³, das Schmelzer Reservoir mit 36.850 m³, das Laaerberg-Reservoir mit 2370 m³, das Windmühl-Reservoir mit 28.808 m³, daher die ganze Magazinierung in den sämmtlichen Reservoirs 263.093 m³ beträgt oder, auf Eimer umgerechnet, 4,649.193 Eimer. Das ist ein Quantum, welches hinreicht, um für einige Tage auf eine nicht sehr lange Zeit, wenn irgendwo ein Gebrechen entsteht, die Versorgung der Stadt Wien nicht vollkommen zu unterbrechen.

Bezüglich des Projectes selbst möchte ich mir Folgendes zu bemerken erlauben: Wie die Herren aus dem Querprofile auf Blatt I ersehen, liegt das ganze Reservoir tief in der Erde drin, so dass der Wasserspiegel noch immer und in allen seinen Theilen unter dem natürlichen Terrain gelegen ist, daher auch die Bedingung des Frischhaltens dadurch erfüllt ist. Das Äußere dieses Reservoirs ist, wie die Ansicht hier zeigt, ganz conform gehalten mit dem Wasserbauten, welche die Gemeinde Wien bereits ausgeführt hat, und es ist gleich an dem Charakter derselben zu ersehen, dass das ein Bauwerk ist, welches zur Wasserversorgung von Wien errichtet ist.

Die innere Einrichtung soll ebenfalls nach dem Muster der bestehenden Reservoirs, welche sich auch bei den bisherigen Ausführungen immer bewährt hat, hergestellt werden. Aus dem Grundriss auf Blatt II werden Sie ersehen, dass das Reservoir durch die hier gelb bezeichnete Mauer in zwei Theile getheilt ist Es soll dieses Reservoir zwei Theile erhalten, damit die Reinigung vor sich gehen kann, ohne dass das ganze Reservoir von Wasser entblößt ist. Dann sehen ferner die Herren auch Quermauern gezogen, so dass das Wasser, welches hier hineingeführt wird, einen gewissen circulierenden Weg beschreiben muss, daher immer in Bewegung erhalten bleibt, was unbedingt nothwendig ist, um das Wasser in frischem Zustande zu erhalten. Auch sind hier, wie aus dem Längenprofile zu ersehen ist, sogenannte Entlüftungsschächte angebracht, wo die Luft circuliert und herausgetrieben wird, um eine gleichmäßige, kalte Temperatur zu erzielen. Außerdem ist zur Beleuchtung der Schächte in den Gewölben ein Raum ausgelassen, welcher mit Glas überdeckt ist, um den Innenraum ausgiebig zu beleuchten. Die Pfeiler, welche hier vorkommen und in den Plänen mit blauer Farbe lasiert erscheinen, sollen aus sehr hartem Stein ausgeführt werden; es ist angenommen worden, dass es aus Gmündner Granitsteinen oder aus einem diesem gleichwertigen Stein geschehen soll.

Um die constante Beaufsichtigung des Zuflusses des Wassers zu ersparen, sind beim Einflusse sogenannte „Schwimmer" angebracht. Sie sehen sie an dem Plane dort, „selbstthätige Schwimmer", welche, wenn ein gewisser Wasserstand erzielt ist, das Zuflussrohr zusperren, daher kein Ausfluss mehr erfolgen kann. Wenn der Wasserspiegel infolge der Abgabe von Wasser sinkt, sinkt auch gleichzeitig der sogenannte Schwimmer, öffnet das Rohr und der Zufluss kann ungehindert stattfinden. Diese mechanische Einrichtung ist deshalb, um nicht continuierlich Kräfte zur Beaufsichtigung zu benöthigen. Gleichzeitig ist auch vorgesorgt für den Fall, als irgendein Gebrechen in der Rohrleitung entstehen sollte, dass nicht eventuell eine beträchtliche Quantität Wasser aus dem Reservoir zurückfließt und an dem Orte des Gebrechens herausfließt; es sind sogenannte Sperrklappen angebracht, welche, falls ein Gebrechen entsteht, durch die Schwere des Wassers im Reservoir geschlossen werden, so dass ein Abfluss des Wassers in die Rohrleitung zurück nicht stattfinden kann.

Dann sind auch sogenannte Ausläße geplant, welche dazu dienen, die Reinigung vorzunehmen. Wenn einer von diesen zwei Theilen gereinigt werden soll, werden diese Ausläße geöffnet und es wird das Wasser aus diesem Theile des Reservoirs entfernt. Auch sind Ausläße deshalb angeordnet, dass, falls die Schwimmer undicht werden, d. h., falls wenn der Wasserspiegel schon in der Maximalhöhe sich vorfindet, die Sperrung nicht erfolgt, doch immer ein Ausfluss stattfindet. Damit am Ende nicht eine Überschwemmung im Reservoir stattfindet, ist in gewisser Höhe ein Rohr angebracht, durch welches der Abfall wird ermöglicht werden. Sie sehen, dass für alle Eventualitäten Sorge getragen wurde.

Nun möchte ich noch erwähnen, dass, wie Sie auf einem dieser Pläne sehen, auch ein sogenanntes Aufsichts- oder Wächterhäuschen angebracht wird. Dasselbe kostet 7500 fl. Es ist nothwendig, dass dieses Reservoir unter constanter Beaufsichtignng sich befindet, wie das überall ist. In dem Aufsichtshäuschen soll eine kleine Wohnung für den Aufseher und für einen Diener und die Telegraphenstation sich befinden. Wenn Sie auf dem Plane nachsehen, werden Sie es finden.

Die Kosten betragen für den Bau dieses Reservoirs 420.000 fl., für das Wächterhäuschen, wie ich bereits gesagt habe, 7500 fl., in Summa 427.500 fl. Dazu kommt ein Betrag von 2175 fl. für die Anschaffung von sogenannten Façonröhren, welche separat bestellt werden müssen, daher als Totalsumme der Betrag von 429.675 fl. herauskommt.

Dieselbe soll nun durch die Einsetzung eines Betrages für das Jahr 1895 gedeckt werden, nachdem jetzt erst die Arbeiten begonnen werden. Ich möchte noch eines bemerken. Es wird vielleicht interessant sein, zu wissen, wie sich die Preise für die einzelnen Reservoirs gegenseitig stellen. Für dieses Reservoir wird sich mit Berücksichtigung des erwarteten Nachlasses der Cubikmeter auf 18 fl. 40 kr. stellen. Der bezügliche Preis für das Rosenhügel-Reservoir hat sich mit 16 fl. 49 kr. herausgestellt, er ist also etwas geringer, weil dieses Reservoir viel größer ist. Je kleiner nämlich das Object ist, desto größer ist dann der Preis. In diesem Sinne weisen auch die anderen Reservoirs einen ziemlich gleichen Betrag aus, und zwar das Reservoir am Wienerberge 19 fl. 63 kr., das auf der Schmelz 18 fl. 10 kr., das am Laaerberge 16 fl. 51 kr., das Windmühl-Reservoir 16 fl. 52 kr. Sie sehen also, dass sich die Einheitsziffer für den Cubikmeter nahezu in einem gleichen Niveau bewegt. Die Fertigstellung dieses Reservoirs soll gleichzeitig mit dem Fertigstellungstermin des Reservoirs auf der Windmühlrealität geschehen; am 1. August 1896 soll auch dieses Reservoir fertig werden, und es sollen dann diese vorbesagten Districte mit Wasser versehen werden. Ich ersuche daher um die Annahme des den geehrten Herren vorliegenden Antrages. Derselbe lautet (liest):

„1. Es sei das Project nach den vorliegenden Plänen mit dem Kostenanschlage von 427.500 fl. für den Bau des Reservoirs und Wächterhauses und mit dem Erfordernisse von 2175 fl. für die gusseisernen Façonröhren, zusammen von 429.675 fl. zu genehmigen.

2. Die auflaufenden Kosten seien bei Gruppe VI, Rubrik XXVI 6 f „Reservoirbauten" zu verrechnen und sei die nach dem Bau-

programme pro 1895 entfallende Quote von 200.000 fl. im Präliminare pro 1895 einzustellen."

Gem.-Rath Wünsch: Es ist gewiss freudigst zu begrüßen, dass uns endlich einmal dieses Project vorliegt, welches, wenn es ausgeführt ist, was allerdings erst im Jahre 1896 stattfinden soll, einem großen Theile des XVIII. und XIX. Bezirkes, der heute noch der Wasserversorgung entbehrt, diesen Segen wird zukommen lassen können. Aber es ist ebenso bedauerlich, dass ein großer Theil dieser Bezirke, des XVIII. und XIX. Bezirkes, noch nicht in der Lage sein wird, von diesem Reservoir, welches Sie hier planen, gespeist zu werden. Insbesondere sind es die höher gelegenen Theile von Pötzleinsdorf, Neustift und Salmannsdorf, welche nach wie vor des Segens einer Wasserleitung entbehren werden. Ich will nur beispielsweise an den Zustand erinnern, welcher derzeit in der Julien- und Bergstraße in Pötzleinsdorf herrscht. Dort also, wo über den Sommer hunderte von Wienern ihre Erholung suchen, sind die Bewohner ausschließlich auf ihre Hausbrunnen angewiesen. Diese Hausbrunnen versiegen jedoch im Sommer zumeist wegen der großen Höhenlage. Die Leute in diesen beiden Straßen sind also nur auf den einzigen öffentlichen Auslaufbrunnen angewiesen. Dieser Auslaufbrunnen ist derart belagert, dass die Parteien sogar überwachen, damit nicht der eine oder der andere mehr Wasser entnimmt als zum unmittelbaren Trinkbedarfe nothwendig ist. Ebenso sind die Zustände in Neustift, wo nicht einmal das nöthige Wasser da ist, um das Vieh zu tränken. College Steiner wird mir die Richtigkeit des Gesagten bestätigen. Es ist also bekannt, dass zur Abhilfe gegen diese Missstände die Erbauung des Reservoirs für die dritte Zone unbedingt nothwendig ist. Sie sehen, dass wir, nachdem bereits die Pläne vorliegen, noch zwei Jahre warten müssen, ehe der Bau selbst vollendet ist. Ich glaube daher, es ist zeitgemäß, heute zu veranlassen, dass das löbliche Bauamt aufgefordert werde, unverzüglich die Pläne für die Erbauung jenes Reservoirs vorzulegen, welches für die dritte Zone nothwendig ist.

Ich erlaube mir demgemäß an die Herren die Bitte zu richten, Sie mögen nachstehenden Antrag annehmen: „Das Bauamt wird aufgefordert, die erforderlichen Vorarbeiten für die Erbauung des Reservoirs am Michaelerberge für die III. Zone unverzüglich in Angriff zu nehmen und die betreffenden Pläne mit thunlichster Beschleunigung dem löblichen Stadtrathe vorzulegen."

(Während vorstehender Rede hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

Gem.-Rath Rosenstingl: Fürchten Sie nicht, dass ich Sie mit meritorischen Ausführungen belästigen werde. Ich möchte nur eine Pflicht der Gerechtigkeit hier üben und aufmerksam machen, auf welche Art derartige Pläne, wie sie Ihnen hier vorliegen, entstehen.

Ich begreife, dass die Bewohner der Vororte eine ungeheure Ungeduld entwickeln, um endlich auch das Wasser zu bekommen, das ihnen gespendet wird, wie es möglich ist. Ich glaube, es wird nicht schaden, wenn die Herren Vertreter der äußeren Bezirke hier hören und ihren Mitbürgern draußen mittheilen, dass niemals — ich kann das behaupten — im Wiener Stadtbauamte so energisch gearbeitet worden ist, wie gerade in dieser Angelegenheit. Ich will nur ein paar Ziffern nennen. Zu Arbeiten in demselben Umfange wie jetzt, also zur Legung des Rohrnetzes, Errichtung von Pumpstationen und Reservoirs waren im Zeitraume von 1869 bis in die Siebzigerjahre, in welcher Zeit ich die Ehre hatte, Beamter dieser Abtheilung zu sein, über 20 Ingenieure thätig, und diese Ingenieure waren nicht faul; es ist sehr fleißig gearbeitet worden. Jetzt ist beinahe schon die Hälfte des Rohrnetzes, wie es im Jahre 1874 gelegt wurde, auch schon gelegt, im nächsten Jahre wird noch ein erheblicher Theil gelegt werden. Es ist auch eine Pumpstation zu bauen, die kein Vorbild hat, die Original ist, etwas, was nach den neuesten Erfahrungen gemacht wird, und in Dimensionen, wie man es nicht gewohnt ist, wo es sich darum handelt, eine Wasserleitung zu schaffen, die nicht mit natürlichem Drucke allein arbeitet, sondern wo der natürliche Druck und der künstliche Druck combiniert werden müssen. Das ist, wie jedem Techniker klar ist, eine außerordentliche Schwierigkeit. Denn es ist viel leichter, eine Wasserleitung zu bauen, entweder nur mit natürlichem Drucke oder nur mit Pumpen, als eine solche Combination, wie sie hier durch die Verhältnisse eben geboten war und auch gemacht worden ist. Auch die Projecte für diese Pumpstationen sind in diesem Bureau gemacht worden, ebenso jenes für das Reservoir. Meine Herren! Alle diese kolossalen Arbeiten, die Millionen kosten, sind gemacht worden von — sage — einem Oberingenieur und vier Diurnisten. Das war das ganze Personal. Ich kann Sie versichern, ich war wiederholt in diesem Bureau, habe diese Arbeiten fortwährend verfolgt und mit meinem Freunde und ehemaligen Collegen wiederholt darüber gesprochen.

Ich bin also genau unterrichtet, und der Herr Referent wird, glaube ich, bestätigen, was ich hier sage. Es ist in einer Weise gearbeitet worden, wie man es eigentlich nicht verlangen sollte. Es ist, wie der Wiener sagt, nicht mehr schön, was hier verlangt worden ist. Es ist gearbeitet worden mit Aufbietung aller Kräfte. Es ist Sonntag gearbeitet worden und in die Nacht hinein gearbeitet worden. Und ich glaube nun, Sie werden mir zustimmen, wenn ich einen recht bescheidenen Antrag stelle, nämlich denjenigen, welche diese Arbeit geleistet, die Anerkennung auszusprechen. Ich bitte Sie darum, es ist das allergeringste, was der Gemeinderath gegenüber einer solchen kolossalen Leistung aussprechen kann. Ich glaube, der Herr Referent und Sie alle werden meinem Antrage zustimmen und ihn annehmen.

Gem.-Rath Eigner: Ich begrüße dieses Project mit Freude, indem endlich darangegangen wird, die ehemaligen Vororte, die höher gelegenen äußeren Bezirke, mit Wasser zu versorgen. Ich will über das Project nichts Näheres sagen und nur über einen Gegenstand sprechen, nämlich über das Aufsichtsgebäude.

Dieses Aufsichtsgebäude kostet 7500 fl. und besteht aus zwei Küchen, zwei Zimmern, ein Cabinet, ein Telegraphenzimmer und ein Magazin. Es ist nicht ein Hochparterre, man kann es ein Halbhochparterre nennen; es ist nämlich von der Kellersohle bis zum Parterre-Fensterstock 2·80 m hoch; wenn man von den 2·80 m auf das Niveau 1·25 m abzieht, so bleiben 1·55 m. Dort ist das natürliche Niveau. Mithin ist die Kellersohle vom Niveau 1·55 m tief. Wenn Sie diese 1·55 m umrechnen, sind sie gleich 4′ 11″, das ist circa 5′. 5′ Tiefe vom Niveau hinunter nimmt man aber bei einem gewöhnlichen Baue als Fundament an. Hier bei diesen Plan sind nicht alle Räume unterkellert, sondern nur der mittlere Raum: Küche, Telegraphenzimmer und Cabinet. Ich beantrage nun, dass alle Räume dieses Gebäudes, die bewohnt werden, unterkellert werden, und zwar aus dem Grunde, weil dieses Gebäude allen Witterungseinflüssen ausgesetzt ist, indem es hoch und von allen Seiten frei liegt. Da soll nun noch die Erdfeuchtigkeit einwirken. Durch die Niederschläge wird das Erdmaterial sehr feucht sein, und

das Gebäude, das Mauerwerk wird von der Nässe durchdrungen; es wird also die Nässe über den Fußboden hinaufziehen und die bewohnten Räume werden mit der Zeit in sanitärer Beziehung schlecht sein.

Ich glaube, nachdem dieses Gebäude ohnehin 7500 fl. kostet, und die Erdaushebungen nur 1·55 m = 5′ betragen würden, so macht dies auch nicht viel aus, weil auch die Verführung des Erdreiches nicht nothwendig ist. Es kann dasselbe ganz in der Nähe planiert werden. Man soll doch, wenn man schon ein Gebäude errichtet, dies ordentlich bauen, damit der Wächter oder Telegraphist, der dort sein wird, eine gesunde Wohnung hat, und ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen, das Aufsichtsgebäude bei der Erbauung des Wasserreservoirs im XVIII. Bezirke ganz zu unterkellern, damit es trocken bleibt und den sanitären Anforderungen entspricht.

Ich glaube, diesem Antrage können Sie vollkommen zustimmen. Es liegt nichts daran, nachdem das Reservoir 430- bis 440.000 fl. kostet, wenn Sie noch 200 bis 300 fl. mehr für die Unterkellerung ausgeben. Dieser Mehrbetrag ist so gering, dass man gar nicht darüber zu sprechen braucht. Dafür haben Sie aber das Gebäude so erbaut, dass es nicht heute oder morgen heißen kann, das Gebäude kann nicht bewohnt werden, und Sie dann vielleicht einen Stock aufsetzen oder ein neues Gebäude hinbauen müssen. Ich glaube also, Sie sollten meinem Antrage zustimmen.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Selbstverständlich werde ich den Antrag des Herrn Collegen unterstützen; aber es wird hier gesagt, dass es eine Niederdruck-, Mitteldruck- und Hochdruckzone gibt; nun haben wir in unserem Bezirke zum großen Theile die Niederdruckzone, wir kriegen aber doch kein Wasser. Was nützen uns die wunderbaren Pläne, wenn die Unternehmung, welche die Anbohrungen hat, nicht ein bisschen schärfer ins Zeug geht? Bei uns in Hernals werden nur vier bis fünf Anbohrungen pro Tag gemacht. Wo kommen wir da hin? Das Reservoir wird vielleicht fertig sein und das Wasser ist nicht einmal in der Niederdruckzone eingeleitet. Es ist zu bedauern, dass die Anbohrungen in so laxer Weise gemacht werden.

Ich habe vor kurzem den Herrn Bürgermeister in einer Art Interpellation ersucht, es möge ein bisschen rascher vorgegangen werden, aber bis heute ist nichts geschehen. Ich weiß nicht, muss man vielleicht die Protection einiger Stadträthe dazu haben, damit man endlich die Anbohrung bekommt? So kann es nicht weiter fortgehen und ich ersuche daher den Herrn Bürgermeister, zu veranlassen, dass diese Actiengesellschaft mehr Leute aufnimmt. Andere müssen auch mehr Leute anstellen, und die Gesellschaft ist verpflichtet, mehr Leute aufzunehmen und nicht mit ein bis zwei Partien Arbeitern, wie der Wiener sagt, herumzuwursteln.

Ich möchte also den Herrn Vorsitzenden ersuchen, der Gesellschaft ein bisschen den Standpunkt klar zu machen, damit wir nicht weiter von ihr zum besten gehalten werden. Zeit ist Geld und auch die Commune verliert dabei, weil nach der Einleitung jeder bezahlen muss.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich möchte dem Herrn Redner bemerken, dass die Anbohrungen nach der Reihenfolge der Anmeldungen erfolgen und dass nach dem Berichte, der gestern vorgelegt wurde, 30 bis 40 Anbohrungen täglich stattfinden. (Gem.-Rath Grünbeck: Im ganzen Bezirke Hernals sind nur vier Anbohrungen!)

Gem.-Rath Steklik: Meine Herren! Bei der Einverleibung der Vororte mit Wien hat man den Vororten versprochen, baldigst Wasser, Communicationen, Beleuchtung &c. zu schaffen. Nun bin ich nicht ganz einverstanden mit dem, was die Herren von jener Seite gesprochen haben, nämlich mit dem Lobe und Gott weiß was alles. Damit macht man gar nichts! Dieses Wasserreservoir hätte schon voriges Jahr begonnen werden können. Das sind keine Ausreden mit dem hohen und minderen Druck, dass heute erst unsere Ingenieure gescheit geworden sind. Wir haben viel anständigere und bessere Wasserleitungen in der Welt, wo Sie vielleicht lernen können, so dass sie heute nichts erfunden haben. Deshalb hätte man nicht so viele Jahre warten müssen und wäre es nicht nothwendig, dass die Vororte erst im Jahre 1896 das Wasser bekommen. Voriges Jahr ist der Grund bei der amerikanischen Windmühle gekauft worden; ich habe mich damals dafür sehr interessiert. Man hat ihn horrend theuer bezahlt. Und heuer im Sommer hat man erst mit dem Baue begonnen. Hätte man nicht früher beginnen können, für die Vororte zu sorgen? Sie haben es schon gewusst und auch der Herr Bürgermeister, dass diese Wasseralmquelle gefunden ist. Das ist ja keine Neuigkeit mehr. Wir haben gewusst, dass wir Wasser bekommen; und wenn wir es nicht bekommen hätten, hätten Sie die Donau anpumpen müssen, wie es der Herr Baudirector schon vor sechs Jahren wollte. Man hat also gewusst, dass man, wenn man die Donauleitung nicht braucht, eine Hochquellenleitung mit Pumpstationen bekommt. Es ist ja nichts daran an der ganzen Geschichte. Was man für die amerikanische Windmühle braucht, braucht man auch dafür. Es ist ein Unsinn, dass man heute hier eine Lobhudelei vornimmt. Verfault ist die Zeit, so sagen Sie lieber den Bewohnern! Voriges Jahr ist der Grund verkauft worden, stehen haben Sie ihn lassen und nichts gemacht! Braucht man zwei Jahre, um einen solchen Plan zu machen? Wenn die Ingenieure so lange brauchen, dann muss ich sagen, da protestiere ich ein anderesmal bei der Einverleibung der Vororte, wenn man wieder dieselben Ingenieure nimmt. Sie waren und sind es der Bevölkerung längst schuldig, ihr Wasser und Communicationen zu geben, und heute bringen die Herren von dieser Seite solche Dinge vor. Warum? Weil Sie es in den Wählerversammlungen brauchen. (Widerspruch rechts.) Das ist der ganze Witz, weiter gar nichts.

Gem.-Rath Steiner: Ich werde selbstverständlich bei diesem Referate über technische Ausarbeitung nicht sprechen, weil ich kein Techniker bin, verkenne aber durchaus nicht die großen Schwierigkeiten, mit denen das Bauamt mit Rücksicht auf die territorialen Verhältnisse in den ziemlich hoch gelegenen Vorortegemeinden zu kämpfen hat. Aber ich muss mir an den Herrn Referenten eine Frage zu stellen erlauben, wobei ich um bestimmte Antwort bitte.

Es werden nämlich bei uns draußen jetzt die Wasserleitungsrohre gelegt und heute steht auch auf dem Referate, dass die höher gelegenen Gebietstheile des XVIII. und XIX. Bezirkes durch Erbauung dieses Reservoirs mit Wasser versorgt werden sollen. Ich erinnere mich aber auch ganz gut, dass vor ungefähr anderthalb Jahren — wenn ich mich nicht irre — derselbe Herr Referent referiert hat, dass zuerst am Fuße des Kahlenberges ein Reservoir erbaut werden soll, bevor wir mit Wasser versorgt werden können. Ich würde mir daher an den Herrn Referenten die Bitte erlauben, mir zu sagen, ob durch die Erbauung dieses Reservoirs die höher gelegenen Gebietstheile in Währing und im XIX. Bezirke mit Wasser versorgt werden können, oder ob noch in diesem Jahrhundert das zweite Reservoir erbaut wird, damit wir endlich Wasser bekommen? Ich schließe mich aber vollständig den Aus-

führungen des Herrn Collegen Wünsch an. Bezüglich der Bemerkung des Collegen Grünbeck, dass die Actiengesellschaft langsam arbeitet, erkläre ich dem Herrn Collegen Grünbeck, dass die Actiengesellschaft noch cavaliermäßig arbeitet, gegenüber dem Contrahenten Sikora. Das, Herr Bürgermeister, spottet jeder Beschreibung. Unzählige Anzeigen von Seite des Magistrates, von Seite der Bezirksvertretung, und es ist keine Abhilfe getroffen worden. Es sind unzählige Pferde verunglückt und in die Cunetten und Gräben gestürzt, Straßen werden aufgerissen und des Nachts ist daselbst nicht beleuchtet, es muss durch Gemeindeorgane beleuchtet werden. Über alle diese Vorfälle wurden Anzeigen erstattet, ich weiß nicht, was mit denselben geschehen ist. Nun wird mir mitgetheilt, dass bereits derartige rücksichtslose Contrahenten von Seite eines magistratischen Bezirksamtes bestraft wurden, dass man aber im Stadtrathe immer die größtmögliche Milde walten lässt und die Strafe herabsetzt. Das sollte man, meine Herren, nicht thun gegenüber von Contrahenten, welche ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, sondern derjenige, welcher eine Verpflichtung übernimmt und derselben nicht nachkommt, soll rücksichtslos bestraft werden.

Nun bitte ich den Herrn Referenten, mir die Frage zu beantworten, ob meine Ansicht richtig ist oder nicht?

Referent: Bezüglich der Anfrage des Herrn Collegen Steiner antworte ich Folgendes: Es war nach dem ursprünglichen Generalprojecte bezüglich der Vertheilung des Wassers an die angegliederten Vororte, über welches ich referiert habe, ein Reservoir auf dem Kahlenberge geplant; es war auch die ganze Eintheilung eine etwas andere, als wie sie zur Durchführung gelangt ist. Es ist infolge dessen das Reservoir auf dem Kahlenberge nicht nothwendig, um die Wasserversorgung in den höher gelegenen Vororten zu ermöglichen. Die Herren wissen, dass im Stadtrathe der Antrag gestellt worden ist, das Wasser auch über die Mitteldruckzone so weit einzuführen, als es der Druck gestattet. Es wird daher heute von der Mitteldruckzone auch ein Territorium versehen, welches eigentlich in die Hochdruckzone gehört, und zwar so weit, als der Druck noch ausreicht. An der Grenze des Mitteldruckes ist noch eine Druckhöhe von drei Atmosphären, d. h. nachdem eine Atmosphäre bei dem Wasser gleich 10 m hoch ist, 30 m hoch; es steigt das Wasser an der Niederdruckzone noch 30 m in die Höhe, um die drei Stock hohen Häuser mit Wasser zu versehen, so dass also eine gewisse Ausnützung der Curve jetzt möglich ist. Diese Districte werden nach Herstellung dieses Reservoirs auch mit dem Wasser von dem Windmühl- und von dem Schafberg-Reservoir versehen. Die Mitteldruckzone reicht in Pötzleinsdorf etwa bis zur Kirche, d. h. von diesem Reservoir werden noch die Häuser, die in der Pötzleinsdorfer Hauptstraße gelegen sind, versehen.

Wenn Sie von der Pötzleinsdorfer Kirche eine Horizontale ziehen — denn die Straße ist ansteigend — so werden alle Häuser, welche an der Hauptstraße gelegen und auch höher gelegen sind, bis zur Höhe der Cote der Kirche mit Wasser versehen werden können.

Dasselbe ist der Fall in Sievering. In Sievering geht das Wasser von diesem Reservoir bis zur Kirche. Wenn Sie daher wieder eine Horizontale in der Höhe der Kirche ziehen, so werden alle unter dieser Horizontale gelegenen Häuser auch mit Wasser aus diesem Reservoir versehen werden können.

Die Rohrlegung, welche ich die Ehre hatte, hier zu referieren, wird bereits jetzt für alle Districte auch für Mitteldruck gemacht, so dass die Rohre bereits vorbereitet da liegen, und wenn dieses Reservoir fertig ist, sofort die Zuleitung in diese Rohre geschehen kann.

Bezüglich des Reservoirs auf dem Kahlenberge erwähne ich, dass es nicht auf das Terrain des Kahlenberges hinkommt, dass aber ein höher gelegenes Reservoir nothwendig ist, um die noch höher gelegenen Theile zu versehen. Das ist die sogenannte Hochdruckzone. Es wird von diesem Reservoir, an welchem eine Pumpstation angebracht ist, das Wasser noch eine Station höher hinaufgezogen, etwa bis zum Michaelerberg, und zwar in solche Höhe, wo noch diejenigen Theile versehen werden, die noch bewohnt sind, zwar nicht dicht bewohnt, die aber immerhin eine Berechtigung haben, das Wasser zu beziehen.

Diese Arbeiten — um auf den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Wünsch einzugehen, gegen den ich nichts einzuwenden habe — sind bereits in Vorbereitung begriffen und werden successive vorgelegt werden, und zwar wie mir versichert worden ist, in allernächster Zeit.

Gem.-Rath Steiner: Ich bitte, ich habe noch eine kleine Frage an den Herrn Referenten. Herr Referent geben die bestimmte Erklärung ab, dass mit 1. August 1896, so wie dieses Reservoir fertig wird, die höher gelegenen Gebietstheile mit Wasser versorgt werden können?

Referent: Soweit der Druck aus dieser Station möglich ist. (Gelächter links.)

Gem.-Rath Steiner: Sehen Sie, meine Herren, das ist ja das, was ich will.

Referent: Ich bitte, ich glaube, das ist klar geantwortet habe. Das Reservoir wird am 1. August 1896 fertig; damit ist der Moment eingetreten, wo die Wasserversorgung stattfinden kann; sie kann aber nur so weit eintreten, als der Druck von diesem Reservoir es ermöglicht, und das ist, wie ich gesagt habe, der Fall für eine horizontale Ebene in der Höhe der Pötzleinsdorfer und Sieveringer Kirche.

Bezüglich der höher gelegenen Vororte wird, wahrscheinlich schon in nächster Zeit, ein Project vorgelegt, und dasselbe wird auch in der nächsten Zeit durchgeführt werden.

Ich kann auch noch bemerken, dass diese Bauten wahrscheinlich etwas früher fertiggestellt werden, als im Jahre 1896. Es hat sich herausgestellt, dass bei der Windmühl-Realität die Arbeiten ziemlich rasch vor sich gehen. Also in dem Momente, da es möglich ist, wird die Wasserversorgung durchgeführt werden, und es wird gewiss nicht einen Tag gesäumt werden.

Gem.-Rath Steiner: Nachdem die Herren lächeln, will ich Ihnen sagen, dass ich den Herrn Referenten ganz gut verstanden habe, aber warum ich eine bestimmte Erklärung will, geht aus Folgendem hervor. Bei der Einverleibung hat man gesagt, das Wasser kommt sofort. Später, als wir zwei Jahre herinnen waren, hat es geheißen, der Druck reicht nicht aus. Ob nun die Vororte heute höher gelegen sind als bei der Einverleibung, werden die Herren selbst beurtheilen. Aber es wird immer gesprochen von „ehethunlichst" und „möglichst", das sind jene parlamentarischen Bezeichnungen, die man gebraucht, wenn man keine bestimmte Erklärung abgeben will; und darum war meine Frage gestellt, damit ich mich nach zwei Jahren darnach halten kann. Denn der Herr Stadtrath hat selbst in einer Versammlung gelegentlich der Wahl im ersten Wahlkörper in Ober-Döbling gesagt, im nächsten Jahre wird der ganze Bezirk bis hinaus (Gelächter links) mit Hochquellenwasser versorgt werden. Deshalb bin ich dem gegenwärtigen

Herrn Referenten gegenüber vorsichtig und wünsche bestimmte Daten zu haben, wann das Wasser hinauskommt, sonst wird man im nächsten Jahre wieder sagen: „Sie können nicht verlangen, dass Sie mit Wasser versorgt werden!" Um eine derartige bestimmte Antwort habe ich gebeten, damit ich nicht wieder auf einer so zweifelhaften Basis mich bewege.

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Ich glaube einmal wird das Wasser doch kommen; vor den Wahlen haben wir es überall gehabt, aber in den Häusern haben wir es noch heute nicht. Aber ich begrüße doch die Vorlage und werde ihr zustimmen. Auf eines erlaube ich mir jedoch aufmerksam zu machen. Es geht in dieser Richtung etwas vor, was der Bevölkerung nicht gleichgiltig sein kann und daher hier besprochen werden muss. Die Wasserabgabe an die Parteien erfolgt unter verschiedenen Modalitäten. Ich habe nun zu Hause das Circulare eines Hausadministrators, in welchem er von den Parteien eine 9·8percentige Erhöhung des Zinses mit der Begründung, dass sie das Wasser bekommen, verlangt. Damit die Leute diese Wohlthat, welche ihnen in dem Wasser zugute kommt, nicht zu Wasser werden sehen, möchte ich anregen, dass zu dem Zwecke, damit die Parteien wissen, was das Wasser factisch kostet, in jedem Hause angeschlagen wird: soviel kostet der Hektoliter Trinkwasser, soviel Liter werden per Person als Nutzwasser abgegeben u. s. w., damit aber die Leute wissen, was sie factisch für das Wasser zu zahlen haben und inwieweit eine Steigerung berechtigt ist. Ein anderer Hausherr, von dem ich die Schrift nicht in der Hand habe — in der Nähe der Anastasius Grüngasse — verlangt sogar 11 Percent vom Zinse. Dass solche Übergriffe fernerhin geschehen, dem kann nur derart abgeholfen werden, dass man den Leuten nicht nur im Amtsblatte bekanntgibt, was factisch das Wasser kostet, sondern auch in den Einfahrten durch Anschlag, dass ein Hektoliter Trinkwasser soundsoviel kostet und auf einen Kopf 25 l kommen. So können dann die Leute calculieren, was sie für das Wasser zahlen sollen und um wieviel sie gesteigert worden sind, denn bei den heutigen traurigen Verhältnissen werden sich wohl sehr wenige Parteien steigern lassen. Heute glauben sie, es ist für das Wasser, und lassen sich ein bisschen schrauben. (Rufe rechts: Ausziehen!) Ja, das werden sie thun, wenn sie es wissen werden. Sie wissen das aber heute noch nicht. Wenn sie aber lesen würden, der Hektoliter Wasser kostet per Person soundsoviel, dann würden sie wissen, was der Hausherr zahlen muss. Wenn der Hausherr das investierte Capital amortisieren will, so wird dem jeder zustimmen, er soll aber nicht horrende Beträge verlangen, damit den Leuten diese Wohlthat nicht verbittert wird.

Ich stelle also den positiven Antrag, dass an sämmtlichen Hausthoren durch Anschlag den Parteien bekanntgegeben wird, was der Hektoliter Trink- und Nutzwasser kostet und wieviel auf jede Person entfällt, damit die Leute wissen, was sie zahlen sollen.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich habe nicht die Absicht gehabt, ein zweitesmal zu sprechen, denn ich glaube, es ist genug über die Sache gesprochen worden und schließlich lässt sich jetzt nichts mehr ändern. Ich muss jedoch dem Herrn Vice-Bürgermeister in Bezug auf die Anbohrungen erwidern. Der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter hat mit einem großen Pathos gesagt: 30 bis 40 Anbohrungen werden täglich vorgenommen. Ich weiß nicht, ob er sich darüber klar ist, wenn so fortgefahren wird, wie weit es dann kommt. Nehmen wir z. B. Hernals. Hernals hat 1200 Häuser, täglich werden vier Anbohrungen gemacht. Wenn wir von den 365 Tagen 70 Feiertage abrechnen und drei Wintermonate, so braucht man zu den Anbohrungen für alle Häuser mindestens $1\frac{1}{4}$ Jahre. Da muss doch der Glaube erweckt werden, dass man für die Bevölkerung nichts machen will. Der Herr Vice-Bürgermeister hat gesagt, es werde genug gemacht.

Das ist nicht wahr. 38 Anbohrungen täglich, das ist keine Arbeitsleistung für eine Actiengesellschaft. Es ist ein Fehler, dass man die Sache einer einzelnen Person übergeben hat; die Arbeiten hätten getheilt werden sollen. Wenn es aber nicht geschehen ist, soll der Unternehmer wenigstens seiner Pflicht nachkommen. In Hernals haben 600 Anmeldungen stattgefunden, aber kaum 100 Einleitungen respective Anbohrungen. Wenn das so lax betrieben wird, dann muss ich sagen, ich weiß nicht, wofür wir das Wasser haben. Ich bedauere, dass der Herr Vice-Bürgermeister sich nicht besser hat informieren lassen, das ist keine Arbeitsleistung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bin vollkommen genau informiert und weiß, was geleistet wird. Meine Kenntnisse basieren auf amtlichen Nachweisungen. Es sind bis 3. November des heurigen Jahres 2728 Einleitungen in die Häuser vorgenommen worden. (Gem.-Rath Grünbeck: Für sämmtliche Bezirke!)

Gem.-Rath Eigner: Ich kann die Ausführungen der beiden Vorredner durchaus bestätigen. Die Leute von der Gas- und Wasserleitungs-Gesellschaft, welche die Wasseranbohrungen von der Straße in die Häuser machen, sind vollkommen herrenlos, sie können machen, was sie wollen und schreiben den Hauseigenthümern auf, was sie wollen . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Wir sind ohnehin sehr pressiert in der Zeit. Diese Sache gehört ja nicht zum Referate. Es handelt sich um den Bau eines Reservoirs und nicht um die Einleitungen. (Gem.-Rath Gregorig: Mehr Sitzungen abhalten!)

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Ich werde eine genaue Darstellung der von mir beobachteten Verhältnisse schon bei einem anderen Referate dem Herrn Bürgermeister zur Kenntnis bringen und werde beweisen, wie es zugeht, welche Leute in Verwendung sind; diese Leute haben keinen Dunst von der Sache, es sind Taglöhner und auch Schinder dabei (Lebhafte Heiterkeit), welche die Anbohrungen machen. So geht es zu; nicht einmal gelernte Leute werden verwendet.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich muss in ein Reich hinübergreifen, das, strenge genommen, nicht hieher gehört. Ich könnte einige Daten widerlegen, aber ich fürchte, dass ich dann zu tief hineingreife. Ich möchte nur auf eines aufmerksam machen. Wenn der Herr College aus dem VII. Bezirke meint, die Herren hätten früher anfangen sollen, muss er als alter Gemeinderath wissen, dass das Bauamt nicht früher mit den Arbeiten anfangen kann, bevor es nicht den Auftrag bekommen hat. Es hat, wie der Auftrag gekommen, sofort zu arbeiten begonnen und es haben die Herren, wie nirgends auf der Welt, gearbeitet. Das muss zur Steuer der Wahrheit gesagt werden. Das ist keine Lobhudelei, das ist eine einfache Thatsache, die ich hier zur Kenntnis bringe, von der sich jeder überzeugen kann. Wenn sie sich die Mühe nehmen wollten, nicht nur diese Blätter anzuschauen, sondern sich nebenan ins zweite Zimmer zu begeben, um dort das Material: die Tabellen, Berechnungen, Zeichnungen 2c. zu besehen, werden Sie einen Begriff von diesen Arbeiten bekommen, die hier geleistet worden sind. Wenn hier die Langsamkeit erwähnt worden ist, so möchte ich mir erlauben, noch auf Folgendes aufmerksam zu machen:

Im October 1861 hat der Gemeinderath von Wien beschlossen, eine Wasserleitung zu bauen. Im Jahre 1866 sind die fertigen Generalpläne unten im Augarten ausgestellt gewesen. Vom Jahre 1866 bis 1869 sind die Detailpläne und die Rohrberechnungen ausgearbeitet worden. Im November 1869 ist das erste Rohr am Hungelbrunn gelegt worden und am 24. October 1873 ist der Hochstrahlbrunnen in Thätigkeit gesetzt worden. Nun mache ich Sie darauf aufmerksam (Zwischenrufe) ....., ich bitte mich nicht zu unterbrechen, ich habe Sie auch nicht unterbrochen — auf diese Zeit, die dort bei einer höchst emsigen und fleißigen Arbeit verbraucht worden ist, und bitte jetzt nicht zu vergessen, dass im Jahre 1891 die Vereinigung Wiens mit den Vororten stattgefunden hat, und dass vor dem Jahre 1892 gar keine Rede davon sein konnte, dass der Gemeinderath dem Bauamte irgendeinen Auftrag geben konnte. Es sind also noch nicht einmal zwei Jahre verflossen, dass diese Arbeit thatsächlich begonnen hat. Wenn Sie diese thatsächlichen Ziffern, die ich genannt habe, mit den heutigen vergleichen, dann müssen Sie zugeben, dass man nicht rascher arbeiten konnte. Ich mache aufmerksam, dass die Wiener Bevölkerung seinerzeit außerordentlich ungerecht war gegen die Hochquellenleitung, indem sie sich über die Rohrbrüche moquiert hat. Ich kann Ihnen aus der Statistik aller Städte sagen: noch keine Stadt hat so wenig Rohrbrüche gehabt, wie Wien. Jede Stadt hat viel mehr Rohrbrüche gehabt, als Wien. Diese Stadt hat drei auf 1000, während es Städte gibt, welche sogar ein oder zwei Rohrbrüche auf 100 haben. Eine so vorzügliche Rohrlegung war das; dieselbe wie sie hier auch zum Princip gemacht wurde. Eine schnelle Arbeit ist selten gut, und speciell bei diesen Dingen, wo mit einem so kolossalen Drucke zu rechnen ist und kolossale Differenzen zu berücksichtigen sind, geht es nicht an, hudriwudri zu arbeiten; man muss sehr solid arbeiten, sonst kommen wieder Sie und sagen, man hätte sich Zeit lassen, man hätte ordentlich arbeiten sollen. Ich mache aufmerksam, dass im Jahre 1876 .....

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich muss den Herrn Redner bitten, sich an den Gegenstand zu halten, sonst werden wir überhaupt nicht fertig.

Gem.-Rath Rosenstingl (fortfahrend): Ich habe nur noch ein Wort zu sagen. Gewisse Behauptungen müssen doch richtiggestellt werden, sonst bleiben sie hängen. Ein Herr hat sich aufgehalten über die Langsamkeit der Anbohrungen; im Jahre 1876 haben wir in Wien 1100 Anbohrungen gehabt, nachdem die Wasserleitung bereits zwei Jahre thätig war, und hier haben wir schon über 2000. (Unterbrechungen links.) Ich bitte, nur gerecht zu sein; ich verlange nicht mehr. Ich begreife die Ungeduld, aber man muss nicht Unmögliches verlangen.

Nachdem der Herr Vorsitzende mit Recht aufmerksam gemacht, dass ich mich auf ein abseits liegendes Gebiet begeben habe, so will ich es verlassen; aber ich bitte es mir zu verzeihen, denn wenn solche Behauptungen aufgestellt werden und niemand dieselben widerlegt, so heißt es, sie sind wahr, und das ist nicht so!

Gem.-Rath Steßlik: Ich wollte nicht mehr erwidern, aber nach solchen Ausführungen, wie sie der Herr Ingenieur, der bei der Wasserleitung gewesen ist, gemacht hat, muss ich es thun. Er hat uns weiß Gott welche Weisheit mittheilen wollen und was hat er uns dann gesagt? Gar nichts. (Heiterkeit links.) Er sagte nur, dass die Bestellung der Pläne früher hätte gemacht werden sollen. Nun, das ist es ja, sie hätten eben früher bestellt werden sollen, und zwar von denen, die damit zu thun hatten. Das ist aber nicht geschehen, und da soll der Herr Gem.-Rath Rosenstingl, der einmal den Wasserschuber aufgemacht hat, um das Donauwasser in unsere Leitungen einzuführen, um zu probieren, ob die Leute dann an der Cholera sterben, uns mit seiner Weisheit in Ruhe lassen. (Beifall links.)

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren, ich möchte die Debatte nicht verzögern, sondern nur einiges richtigstellen. Herr Gem.-Rath Rosenstingl hat das Bauamt in Schutz genommen; nach meiner Ansicht hat niemand das Bauamt angegriffen, und Herr Gem.-Rath Rosenstingl, wenn Sie bemerken, dass bis zum Jahre 1876 nur 1100 Anbohrungen stattfanden, und jetzt in kurzer Zeit 2300, nun so will ich dies freundlichst zur Kenntnis nehmen. Denn Sie waren ja damals dem Bauamte zugetheilt und haben wahrscheinlich so schnell gearbeitet! (Heiterkeit links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Zunächst möchte ich auf den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Eigner eingehen. Er beantragt, dass das Aufseherhaus ganz unterkellert werde, projectiert ist, dass nur ein Theil unterkellert werde, und zwar nur jener Theil, welcher unbedingt nothwendig ist für den Gebrauch der Leute, die dort wohnen. Ich bin gewiss auch ein Anhänger davon, wo es nothwendig ist, die Unterkellerung ganz vorzunehmen, aber in diesem Falle ist es wirklich nicht nothwendig.

Wenn sich die Herren das Project ansehen, so finden Sie, dass der Fußboden 90 cm ober dem Terrain gelegen ist und dass, wie es bei solchen Bauten immer der Fall ist, unter dem Fußboden eine Isolierschichte gelegt wird, so dass die aufsteigende Feuchtigkeit keinen bedeutenden Einfluss ausübt. Die Herren, welche das dortige Terrain kennen, wissen ferner, dass es ziemlich abschüssig ist, so dass sich das Wasser dort nicht hält. Es wird wohl ein Plateau hergestellt werden, aber von dem Terrain selbst wird kein Wasser zufließen, weil die Gegend, wie gesagt, ziemlich abschüssig ist.

Dann ist das Terrain, wie mir persönlich bekannt ist, ein schotteriges Terrain, so dass sich schon deswegen das Wasser nicht hält, aus allen diesen Gründen halte ich die vollständige Unterkellerung für nicht nothwendig. Die Räume würden ganz unbenützt bleiben und reicht die theilweise Unterkellerung, wie sie geplant ist, vollständig aus.

Ich möchte noch etwas bezüglich des Fortganges dieser Arbeiten erwähnen. Ich stehe der ganzen Angelegenheit mindestens objectiv gegenüber, ich sage, „mindestens" objectiv, weil ich doch als Vertreter der Vororte gewiß das höchste Interesse habe, dass diese Sache so rasch als möglich durchgeführt werde. Ich muss aber doch erwähnen, dass in der vorliegenden Angelegenheit bereits sehr viel geschehen ist. Nehmen Sie z. B. an, dass zuerst die ganzen Rohre bestellt werden mussten, wozu eine ganz ausreichende Vergebung an diverse Fabriken nothwendig war. Diese Rohre kosten über 1 Million. Ferner ist zur Vertheilung des Wassers in die Hochreservoirs und in die anderen Districte nothwendig gewesen, dass das Reservoir am Rosenhügel verbreitert wurde. Wie die Herren sich zu erinnern wissen, beträgt die Bausumme für diese Erweiterung ebenfalls eine Million. Den Herren ist hier das Project des Windmühl-Reservoirs mit den Pumpstationen vorgelegt worden, welches zum mindesten ebenfalls 1 Million erfordert. So sind das — so weit ich mich momentan erinnere — 3 bis $3^1/_2$ Millionen Gulden, die hier bereits verausgabt worden sind. Um diese

zu verausgaben, müssen auch die nöthigen Vorarbeiten gemacht werden, es müssen die Einkäufe geschehen, die Rohre bestellt, die Pläne gemacht werden. Das Ganze nimmt also einen gewissen Zeitraum in Anspruch, und ich, der ich mindestens objectiv der Sache gegenüberstehe, weil ich ein Vertreter der Vororte bin, muss erklären, dass in der Wasserfrage wirklich sehr viel geschehen ist und die Sache auch in der nächsten Zeit ihren gedeihlichen Abschluss finden wird. Ich ersuche daher, die Anträge des Stadtrathes anzunehmen.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck (zur Berichtigung): Gegenüber dem geehrten Herrn Gem.-Rathe Rosenstingl berichtige ich, dass er wahrscheinlich nicht recht zugehört hat, denn ich habe das Bauamt nicht angegriffen, sondern lediglich die Actiengesellschaft, weil sie lax vorgeht. Was den Umstand betrifft, dass im Jahre 1876 nur 1100 Anbohrungen gemacht wurden, so muss ich das dahin berichtigen, dass leider damals von den Anbohrungen so wenig Gebrauch gemacht wurde, dass die Commune Wien bemüssigt war, die zwangsweise Einleitung durchzuführen. (So ist es! links.) Heute geschieht es nicht zwangsweise. Heute melden sich Hunderte von Hausbesitzern, und es ist nur berechtigt, wenn man verlangt, dass die Anbohrungen rascher geschehen. Ich habe nicht mehr verlangt und habe niemanden einen Vorwurf gemacht, außer der Actiengesellschaft; und der ist berechtigt, wie jeder zugeben wird, der die Sache kennt.

Gem.-Rath Eigner (zur Berichtigung): Der Herr Referent hat erwähnt, dass in dem Aufsichtsgebäude ohnehin Kellern vorhanden sind. Das bestätige ich. Die Kellern sind aber unter solchen Räumen angebracht, die nur zufällig bewohnt und bei Tag benützt werden; ein Cabinet, eine Küche und ein Telegraphenzimmer. Das sind keine Schlafräume. Die zwei Zimmer, die als Schlafräume dienen, sind nicht unterkellert. Wenn man schon einen Keller macht . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich muss sehr bitten, Herr Redner, es ist nothwendig, sich an die Berichtigung zu halten.

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Ich bitte, Herr Vice-Bürgermeister, ganz bestimmt. (Heiterkeit.) Ferner sagt der Herr Referent, dass das Gebäude ohnehin 90 cm herausgebaut ist. Das sind circa 2′ 10″. Das ist keine Höhe. Der Herr Referent sagt weiters, dass das Terrain abschüssig ist. Es ist abschüssig, aber weiter weg von dort, wo das Gebäude hinkommt. Ferner muss ich berichtigen, wenn der Herr Referent gesagt hat, dass dort Schottergrund ist. Ich berichtige durch meine Augen selbst (Lebhafte Heiterkeit), dass ich dabei gestanden bin, wie die Arbeiter von der Commune Wien Aufgrabungen bis zu 2 m tief und den Grund untersucht haben. Ich berichtige, dass der Grund nicht Schotter-, sondern Lettengrund ist. Und wenn der Herr Referent will, werde ich ihm morgen oder zur nächsten Sitzung eine Probe bringen. (Stürmische Heiterkeit.) Und wenn der Herr Referent es nicht glaubt, so lasse ich auf meine Kosten eine Bohrung vornehmen und constatieren, dass 1 m 55 cm, so tief als die Kellersohle ist und noch tiefer, Lettenboden hinuntergeht. Ferner berichtige ich, dass bei einem solchen Baue, wie das Wasserreservoir, welches 430.000 fl. kostet, gewisse Werkzeuge, die man braucht, irgendwo untergebracht werden müssen.

Ich will nicht sagen, was für Werkzeuge das sind, sie sind dort ganz gut untergebracht, wenn solche Kellerräumlichkeiten da sind; und ein Keller in einem Hause ist nie überflüssig, er wird immer gebraucht werden.

Ferner berichtige ich Folgendes: Der Herr Referent hat gesagt, dass Mehrkosten dadurch entstehen. Nun, er ist selbst Sachverständiger, Baumeister und Civilingenieur, er weiß, was das kostet; Fundamente muss man ja machen, die Erde muss man ja auch ausheben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, bleiben Sie bei der Berichtigung; das ist keine Berichtigung. (Rufe links: Er berichtigt ja doch!)

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Ich berichtige noch weiter (Lebhafte Heiterkeit), dass die Mehrkosten sehr gering sind, und ich ersuche sämmtliche Herren Collegen vom Gemeinderathe, die ein Gefühl haben (Lebhafte Heiterkeit), meinen Antrag anzunehmen, damit dieser Aufseher, der dort wohnt, ruhig dort wohnen kann und nicht krank werde. Bauen Sie nicht so, wie ein Bauspeculant, der vielleicht Ersparungen machen will.

Ich ersuche Sie, meinen Antrag — es handelt sich ja dabei nur um 200 fl. — anzunehmen.

Gem.-Rath Strobach (zur Berichtigung): Der Herr Referent hat erklärt, dass die Anschaffung der Rohre längere Zeit erfordert hat. Dem gegenüber erlaube ich mir thatsächlich zu berichtigen, dass der Herr Baudirector anlässlich einer Excursion des Hausherrenvereines erklärt hat, dass die sämmtlichen Rohre für die Wasserleitung seit einigen Jahren fertig sind. Ich erlaube mir daher die Anfrage, wer von den Herren sich geirrt hat.

Referent: Ich kann darauf nur erwidern, der Herr Vorredner möge die Protokolle aufschlagen, in welchen der im Gemeinderathe erstattete Bericht auf Bestellung von Rohrlieferungen enthalten ist; er wird darin finden, dass ich persönlich mindestens viermal den Antrag auf Bestellung von Röhren vertreten habe. Ich bitte, nur in den Protokollen nachzusehen, dort werden Sie finden, dass es nicht vor Jahren auf einmal geschehen ist, sondern successive, und zwar innerhalb zwei bis drei Jahren. Die letzte Bestellung war, wenn ich nicht irre, vor einem halben bis drei Vierteljahren. Bezüglich einer Bemerkung möchte ich noch erwidern, dass die Kundmachungen bezüglich des Preises und die Kundmachungen über den Bezug des Wassers in den Bezirksämtern affichiert sind. (Gem.-Rath Jedlička: Aber nicht in den Häusern!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung, Punkt 1. Der Referenten-Antrag geht dahin, es würde das Project nach den vorgelegten Plänen mit einem Kostenanschlage von 427.500 fl. für den Bau des Reservoirs und Wächterhauses und mit dem Erfordernisse von 2175 fl. für die gusseisernen Façonröhren, zusammen von 429.675 fl. genehmigt.

Bezüglich des Baues des Wächterhauses beantragt Herr Gem.-Rath Eigner, dass dasselbe vollständig zu unterkellern sei.

Ich werde diesen Antrag als Amendement zuerst zur Abstimmung bringen. Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage Eigner zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag Eigner auf vollständige Unterkellerung ist angenommen.

Der Referenten-Antrag 1 ist nicht angefochten. Ich erkläre ihn für angenommen.

Der Antrag 2 ist nicht angefochten. Ich erkläre denselben für angenommen.

Herr Gem.-Rath Jedlička beantragt, es sei durch Anschlag in den Häusern den Wohnparteien bekanntzugeben, wie viel die Kosten per Hektoliter Trinkwasser ausmachen, und wie viel Liter Wasser per Kopf entfallen.

Die Herren, welche der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Wünsch hat den Antrag gestellt:

„Das Bauamt werde aufgefordert, die erforderlichen Vorarbeiten für die Erbauung des Reservoirs auf dem Michaelerberge für die dritte Zone unverzüglich in Angriff zu nehmen, die betreffenden Pläne mit thunlichster Beschleunigung dem Stadtrathe vorzulegen."

Jene Herren, welche für die Zuweisung an den Stadtrath stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Rosenstingl hat beantragt:

„Es sei dem Bauamte die Anerkennung für diese Arbeiten auszusprechen."

Ich bitte jene Herren, welche dem zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: 1. Das Project wird nach den vorliegenden Plänen mit dem Kostenanschlage von 427.500 fl. für den Bau des Reservoirs und Wächterhauses und mit dem Erfordernisse von 2175 fl. für die gusseisernen Façonröhren, zusammen von 429.675 fl., genehmigt.

2. Die auflaufenden Kosten sind bei Gruppe VI, Rubrik XXVI 6 f „Reservoirbauten" zu verrechnen und die nach dem Bauprogramme pro 1895 entfallende Quote von 200.000 fl. im Präliminare pro 1895 einzustellen.

3. Das Wächterhaus ist vollständig zu unterkellern.

4. Dem Bauamte wird die Anerkennung ausgesprochen.

31. (8425.) **Referent Gem.-Rath Dr. Vogler:** Nr. 263 der Beilagen. Nachdem der Gemeinderath die Erbauung einer Schule auf dem Yppenplatze abgelehnt hat, hat sich die Nothwendigkeit ergeben, wegen eines anderen Schulbauplatzes Umschau zu halten.

Es hat nun der Ortsschulrath des XVI. Bezirkes mit den zwei Eigenthümern der Häuser Nr. 51 und 49 der Gaullachergasse unterhandelt, und es ist auch in dieser Richtung ein Antrag vom Herrn Gem.-Rathe Maresch hier gestellt worden, welcher gleichfalls beantragt hat, diese Häuser Nr. 51 und 49 Gaullachergasse ganz anzukaufen. Es sind dies jene Häuser, welche unmittelbar an das Gemeindehaus in der Neulerchenfelder Hauptstraße von rückwärts anstoßen. Durch den Ankauf dieser beiden Häuser ergibt sich auch eine entsprechende Arrondierung der Gemeinderealität. Die dort bestehende Schule ist sanitätswidrig und soll mit der Zeit aufgelassen werden, sobald der erforderliche Neubau auf der anderen Seite hergestellt wird. Dadurch wird auch das Gemeindehaus mehr Licht und Luft bekommen. Die Verhandlungen haben schließlich zum Resultate geführt, dass der Eigenthümer des Hauses Nr. 49 sich mit dem Preise von 17.000 fl. und derjenige des Hauses Nr. 51 mit dem Preise von 13.000 fl. einverstanden erklärt haben. Beide Preise sind nach dem Gutachten unseres sachverständigen Organes, des Stadtbauamtes, entsprechend, und es wird infolge dessen von Seite des Stadtrathes beantragt (liest):

„Ankauf des Hauses Nr. 49 Gaullachergasse, XVI. Bezirk, um den Preis von 17.000 fl. und des Hauses Nr. 51, ebenda, um den Preis von 13.000 fl. Diese Realitäten sind der Gemeinde Wien lastenfrei zu übergeben. Die Vertrags- und Übertragungsgebüren trägt die Gemeinde Wien."

Was die Bedeckung betrifft, so erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, dass im Budget für die Erbauung einer Schule auf dem Yppenplatze ein Betrag von 60.000 fl. eingestellt erscheint. Diese 60.000 fl. kommen infolge des Gemeinderaths-Beschlusses nicht zur Verwendung, und es wird nun von Seiten des Stadtrathes weiter beantragt (liest:)

„Behufs Bedeckung dieser Auslage wird ein Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses bewilligt."

Ich bitte um die Genehmigung dieser Anträge.

Gem.-Rath Maresch: Ich begrüße diesen Antrag mit besonderer Freude und bitte die geehrten Herren, Sie mögen denselben gefälligst acceptieren.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es wünscht sonst niemand das Wort. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Ankauf des Hauses Nr. 49 Gaullachergasse, XVI. Bezirk, um den Preis von 17.000 fl. und des Hauses Nr. 51, ebenda, um den Preis von 13.000 fl.; diese Realitäten sind der Gemeinde Wien lastenfrei zu übergeben; die Vertrags- und Übertragungsgebüren trägt die Gemeinde Wien.

Behufs Bedeckung dieser Auslage wird ein Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses bewilligt.

32. (8852.) **Referent Gem.-Rath Schneiderhan:** Es handelt sich hier um die Umpflasterung der Wilhelmsstraße im XII. Bezirke, respective um den hiezu nothwendigen Zuschusscredit von 7057 fl. 34 kr. Nachdem es nicht möglich ist, die im Präliminare vorgesehenen Pflasterungen in der Nähe des Amtshauses heuer noch durchzuführen, da die Zeit für Holzstöckelpflasterungen, bei denen eine Beton-Unterlage nothwendig ist, zu weit vorgeschritten ist, so soll doch die zweite Pflasterung, welche für den XII. Bezirk bewilligt wurde, vom Gemeinderathe nicht verzögert werden. Nachdem nun die alten Steine nicht zur Verwendung kommen können, so wird vom Stadtrathe die Verwendung neuer beantragt, und ist, um dies rechnungsmäßig durchzuführen, ein Zuschusscredit von 7057 fl. 34 kr. erforderlich. Ich bitte die Herren, diesem Antrage ihre Zustimmung zu geben.

Gem.-Rath Eigner: Der Herr Referent wird mir wohl die Erklärung abgeben, dass diese 7057 fl. 34 kr. ein Nachtragscredit sind; die Arbeit ist nämlich noch nicht ausgeführt. Sie ist doch eine Granitwürfelpflasterung? (Referent: Ja!) Denkt der Herr Referent, dass jetzt noch Zeit ist, diese Arbeit auszuführen? (Referent: Gewiss; es werden auch noch andere Pflasterungen ausgeführt!) Ich glaube nicht. Das ist übrigens die gewöhnliche Unsitte hier in Wien, dass die Pflasterungen im Spätherbste begonnen werden.

Jetzt haben wir den 9. November. Das ist keine Zeit, um zu pflastern. In der Budget-Debatte werden die Ausgaben für die Pflasterung in den einzelnen Bezirken festgestellt. Das geschieht also im Jänner oder Februar. Ich glaube nun, dass man doch bis Ende Juni mit den Voranschlägen und mit allem, was dazu gehört, fertig sein kann, so dass im Juli, August, September und October gepflastert werden kann. Geschieht das? Nein. Schauen Sie nur, wie viel Zuschusscredite wir in den vergangenen Sitzungen bewilligt haben. Ich habe es einmal in einer Sitzung zusammen-

gezählt, da haben wir 50.000 fl. Nachtragscredite bewilligt; also für Arbeiten, für die schon vielleicht 10.000, 20.000 oder 30.000 fl. eingestellt sind. Ich möchte also den Herrn Bürgermeister bitten, er möge dahin wirken, dass die Pflasterungen nur im Sommer gemacht werden. Nur der Sommer ist dafür günstig. Jetzt werden ja die Straßen auch sehr stark vom Fuhrwerke in Anspruch genommen. Überall fahren Holzwägen, Kohlenwägen, Futterwägen u. s. w., weil sich die Leute einwintern. Gerade jetzt werden aber die Straßen aufgerissen, im Sommer geschieht nichts. (Zwischenruf eines Gemeinderathes.) Sie wissen ja nichts, mein lieber Collega Beutnitz, weil Sie sich um gar nichts bekümmern. (Lebhafte Heiterkeit.) Gegenwärtig wird die Weinhauserstraße im XVII. Bezirke gepflastert. Die hätte auch im August oder September gepflastert werden können, nein, jetzt muss sie gepflastert werden.

Ich bin der Sache Schritt für Schritt nachgegangen, ich gieng von einem Amte ins andere, ich selbst habe die Acten genommen und habe sie den Referenten hingetragen (Heiterkeit), endlich wurde die Sache bewilligt; aber wann? Jetzt im November wird gepflastert. Ich bitte unseren Herrgott, er soll noch 14 Tage so schönes Wetter sein lassen, sonst ist's ein Unglück. Kein Mensch kann hinaus- und hineinfahren. Die Fiaker, Milchmeier, Futterhändler, Tischler und Rossfleischhacker und andere Geschäftsleute haben alle Wagen und Pferde; die Straßen sind nun abgegraben und die Trottoirs aufgerissen. Wenn es drei Tage regnet, muss jeder Canalräumerstiefel anziehen (Lebhafte Heiterkeit), sonst kann er nicht hinaus. Fragen Sie den Pflasterermeister, ob er jetzt mit Liebe arbeitet, nein, er muss jetzt, wo nur von 7 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags gearbeitet wird, so viel zahlen wie im Sommer, wo von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends gearbeitet wird, geleistet kann aber nichts werden. Das ist ein Unfug, und ich ersuche, dass das im künftigen Jahre anders gemacht wird. Der Bürgermeister hat zu sagen: „Ich wünsche, dass die Präliminarien für die Pflasterungen und Canalisierungen bis Ende Juni vorgelegt werden." Der Stadtrath und der Gemeinderath werden diese sohin bewilligen und die Arbeiten können im Juli beginnen; man soll das nicht Ende October und im November machen; das ist keine solide Arbeit. Jetzt werden auch die Betoncanäle in den Straßen gebaut; wenn wir einen Grad Kälte bekommen, können Sie den Beton mit dem Besen wegkehren. (Heiterkeit.) Es ist jetzt keine Jahreszeit, um solche Arbeiten durchzuführen; da wird das Geld beim Fenster hinausgeworfen, das ist eine Unwirtschaft.

Wenn ein Privatmann so etwas macht, sagt man, er ist unwirtschaftlich. Das bezahlen auch die Steuerträger, nicht der Magistrat oder jemand anderer. Man soll also nicht alle Straßen aufreißen, dass kein Mensch durchgehen kann. Jeder fürchtet sich, wenn es schneit. Eine solche Straße ist eine ganze Revolution (Heiterkeit), und das bleibt so bis zum Frühjahre. Man kann erschlagen werden, wenn man durchgeht. (Heiterkeit.) Wer an dieser Wirtschaft mit den Canalbauten und Pflasterungen schuld ist, das weiß ich nicht. Ich komme in ein Bureau und frage den Vorstand — ich will das Bureau nicht nennen, aber wenn die Herren es wissen wollen, kann ich es Ihnen sagen (Heiterkeit) — wo ist derjenige Beamte, der über diese Angelegenheit zu referieren hat? „Der ist am Lande." Also der ist vier Wochen auf Urlaub, und der Act bleibt vier Wochen liegen. Ich will nicht sagen, dass der Beamte nicht aufs Land gehen soll, aber man soll den Act jemand anderem zuweisen, dem Herrn N. oder Peter Zapfl oder wie er heißt (Große Heiterkeit), und der soll den Act erledigen. Aber nein, der Act bleibt liegen. Ich als Vorstand würde sagen: Sie gehen auf Urlaub, was haben Sie für Acten und Referate? Sind wichtige dabei? Solche müssen erledigt werden. Wenn ich die Macht hätte, da wollte ich eine Organisation schaffen (Heiterkeit), da würden Sie spitzen (erneuerte Heiterkeit), es müsste alles nach dem Schnürl gehen. Alles müsste erledigt werden. Ich bedauere nur, dass ich nicht General geworden bin. (Stürmische Heiterkeit.) Damit schließe ich und hoffe, dass nächstes Jahr mit den Pflasterungen und Canalisierungen ganz anders vorgegangen wird, nicht wie jetzt.

Ich ersuche, diese 7057 fl. 34 kr. zu bewilligen, mit dem Bemerken, dass erst nächstes Jahr gepflastert wird, heuer nicht mehr, heuer ist keine Zeit mehr.

Gem.-Rath Bärtl: Was der Herr Vorsprecher gesagt hat, ist Thatsache. Ich erinnere Sie an Straßen im XI. Bezirke, welche geradezu häßlich anzuschauen sind. Ich kann mich aber auch nicht mit dem Antrage des Referenten befreunden. Etwas anderes ist es, wenn die Summe präliminiert ist und man erst so spät fertig wird. Allein die Summe ist nicht einmal präliminiert. Es existiert ein Gemeinderaths-Beschluss — ich weiß nicht, ob derselbe heute noch im neugewählten Gemeinderathe Giltigkeit hat — dass nach dem 15. October weder eine Pflasterung noch eine Canalisierung ausgeführt werden darf. Das war Gemeinderaths-Beschluss. Heute ist man wieder in diese langweiligen Sachen hineingefallen und beantragt sogar anfangs November eine neue Pflasterung. Es ist nicht nothwendig, diesen Zuschusscredit zu bewilligen; wie der Herr Vorsprecher gesagt hat, kann man die Summe präliminieren und die Arbeit zeitlich im Frühjahre machen.

Ich werde dafür stimmen, dass diese Arbeit nicht ausgeführt wird. Schauen Sie die Straßen an, wo heute gepflastert und canalisiert wird. Und das geht so fort bis Ende December. Die Bewohner der betreffenden Straßen sind zu bedauern. Da dies doch nicht nothwendig ist, so üben Sie Rücksicht. Präliminieren Sie die Summe für das Jahr 1895 und lassen Sie die Arbeit im Frühjahre ausführen.

Referent: Es ist dies der Wunsch des Bezirksausschusses, die Arbeit ist wirklich dringend nothwendig. Ich habe schon erklärt, dass das keine neue Post ist, es sollten Steine von einer anderen Pflasterung verwendet werden. Es handelt sich um zwei Bermen, die rechts und links von der Fahrbahn der Breitenfurterstraße liegen.

Im Winter ist es dort ungeheuer gefährlich. Die Bermen sind sehr abschüssig und die Wagen rutschen leicht herunter. Die ganze Pflasterung kann ja in acht Tagen durchgeführt werden. Es ist ein sehr geringer Betrag. (Rufe links: So!) Ich bitte also um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Referent beantragt, einen Zuschusscredit behufs Umpflasterung der Wilhelmsgasse im XII. Bezirke zu bewilligen. Herr Gem.-Rath Eigner hat den Antrag gestellt, die Ausführung sei auf das nächste Jahr zu verschieben. Ich bitte jene Herren, die dem Referenten-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun bitte ich jene Herren, die für den Zusatz-Antrag des Herrn Gem.-Rathes Eigner stimmen, die Ausführung sei auf das nächste Jahr zu verschieben, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte, zu zählen. (Geschieht.) 29 Herren sind dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) 37 Herren sind dagegen. Der Antrag ist abgelehnt. Damit ist der Gegenstand erledigt.

Beschluss: Behufs Umpflasterung der Wilhelmstraße von Or.-Nr. 7 bis Or.-Nr. 29 im XII. Bezirke wird ein Zuschusscredit von 7057 fl. 34 kr. zur Rubrik XXII 1 c bewilligt.

33. Wir haben eine Wahl auf der Tagesordnung, nämlich die Wahl der vier Schriftführer für den Gemeinderath. Ich bitte, mit dem Namensaufrufe zu beginnen.

Gem.-Rath Vincenz Wessely (zur Geschäftsordnung): Nachdem die Opposition bei der heute vorzunehmenden Wahl abermals nicht berücksichtigt ist, beantrage ich, dass diese Wahl von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und für die nächste Sitzung anberaumt werde, um der Majorität Gelegenheit zu geben, vielleicht doch nachzudenken, ob wir zu berücksichtigen sind oder nicht.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte jene Herren, welche für die Vertagung stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es sind 34 Herren dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Es sind 37 Herren dagegen. Der Antrag ist abgelehnt. (Pfui-Rufe links.)

Gem.-Rath Vincenz Wessely (zur Geschäftsordnung): Nachdem uns nicht willfahrt wurde, erlaube ich mir, die Mandate sämmtlicher fünf Mitglieder der Approvisionierungs-Commission von dieser Seite (links) zuhanden des Herrn Bürgermeisters zurückzulegen. (Übergibt dem Herrn Vice-Bürgermeister die bezüglichen Documente. — Beifall und Händeklatschen links.)

(Über Namensaufruf des Schriftführers Gem.-Rath Dehm geben die Herren Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

34. (8958.) **Referent Bürgermeister Dr. Grübl:** Ich habe die Ehre, im Namen des Stadtrathes über eine Vermehrung des Personales bei der städtischen Buchhaltung zu referieren. Der Oberbuchhalter äußert sich in einer sehr ausführlichen, eingehenden Eingabe darüber, dass der Zuwachs an Agenden bei der städtischen Buchhaltung ein ganz kolossaler ist. (Gem.-Rath Gregorig: Das haben wir schon lange gesagt!) Er weist darauf hin, dass vor der Vereinigung der Vororte mit Wien der gesammte Personalstand der städtischen Buchhaltung sich auf 124 Personen belaufen hat, und dass nach der Vereinigung die Zahl der Beamten successive auf 165 erhöht worden ist, d. i. also eine Vermehrung der Arbeitskräfte um 33%. Der Herr Oberbuchhalter führt nun Punkt für Punkt die einzelnen Rubriken des städtischen Budgets an und führt aus, dass bei den einzelnen Rubriken die Vermehrung der Geschäfte bis zu 100 und noch mehr Percent ausmacht, dass aber auch ganz neue Agenden zugewachsen sind. Er weist namentlich auf die Erweiterung der Hochquellenleitung hin, auf die große Anzahl neuer Conti, welche eine Abrechnung verursachen, auf das Steuerwesen, auf das Armenwesen, welche Rubriken einen rapiden Zuwachs von Geschäften ausweisen. Ich habe mich infolge dieser Eingabe selbst durch einen Besuch der einzelnen Departements von dem Stande der Dinge überzeugt und habe die feste Überzeugung gewonnen, dass es wirklich nicht möglich ist, mit dem gegenwärtigen Personale die Agenden, die, man kann fast sagen, von Tag zu Tag, von Woche zu Woche, von Monat zu Monat steigen, zu erledigen. Die Vermehrung der Bevölkerung, das Entstehen von neuen Gesetzen, von neuen Gemeinde-Aufgaben, der Neubau von so vielen Häusern, die dadurch entstehenden Steuerobjecte, das Zuwachsen von Steuerträgern, die stetige Vergrößerung der Administration, eine Vergrößerung, die, man kann wirklich sagen, sich in rapider Weise vollzieht, die Kranken- und Unfallversicherung mit einer Unzahl von Agenden, das Armenwesen mit einer Unzahl von Agenden, kurz, man kann sagen, die Arbeit, welche die städtische Buchhaltung durchzuführen hat, ist eine kolossale, sich stetig vergrößernde, und die seinerzeit systemisierte Anzahl von 165 Personen reicht derzeit nicht mehr aus, um diese Geschäfte durchzuführen. Infolge dessen hat sich auch bedauerlicherweise eine Anhäufung von Rückständen ergeben und es wird nothwendig sein, auch die Kräfte der Buchhaltung in außergewöhnlicher Weise in Anspruch zu nehmen, um nach der Vergrößerung des Status nach und nach wieder in das Laufende zu kommen.

Ich habe mir bei meinem Rundgange durch die einzelnen Departements die Überzeugung verschafft, dass das Ansuchen des Oberbuchhalters, eine Vermehrung des Status um 20 Praktikanten eintreten zu lassen, eine bescheidene und durch die Verhältnisse vollkommen begründete ist. Der Oberbuchhalter ist dann allerdings weiter gegangen; er weist bei der Stellung des Antrages, wie ich ihn eben angeführt habe, auch darauf hin, dass das Avancement in den einzelnen Partien des Status ein ungünstiges ist, und dass eine Vermehrung der besser dotierten Stellen eintreten soll. Ich schließe mich auch diesem Punkte des Oberbuchhalters voll und ganz an und bin der Überzeugung, dass gewisse Correcturen und Aufbesserungen in der Systemisierung des Buchhaltungsstatus werden eintreten müssen, ich bin aber nicht in der Lage, heute einen diesfälligen Antrag zu stellen.

Ich glaube, es muss jetzt vor allem anderen der Status vermehrt werden. Es müssen die 20 Praktikanten eingereiht werden. Es müssen auch die verschiedenen Arbeiten eingeleitet werden, wie z. B. die Durchführung der Conti für das Wasseranlehen; das ist noch im Zuge. Wenn diese Arbeiten durchgeführt sein werden, und wenn auch mit einem Aufwande von besonderer Kraft der wichtigste Theil der Rückstände erledigt sein wird, dann wird es möglich sein, zu beurtheilen, ob der Status genügt oder nicht.

Ich hoffe, dass das jedenfalls noch im Laufe dieses Jahres möglich sein wird. Dann wird es möglich sein, zu sehen, ob die Systemisierung, wie sie sich der Herr Oberbuchhalter vorstellt, eine richtige und ausreichende ist oder nicht; und in diesem Zeitpunkte wird es dann auch möglich sein, wegen der etwaigen Aufbesserung in den einzelnen Partien dieses Status Anträge zu stellen.

Ich halte es für meine Pflicht zu erklären, dass eine solche Aufbesserung nothwendig sein wird, weil die Buchhaltung bei der seinerzeitigen Systemisierung etwas stiefmütterlich behandelt, beziehungsweise etwas schlecht weggekommen ist. Ich halte mich aber verpflichtet, dafür einzutreten, dass die Vermehrung des Status um 20 Praktikanten sofort erfolge, weil diese Maßregel eine unaufschiebbare ist, weil der Herr Oberbuchhalter erklärt — so leid es ihm thut, eine solche Äußerung machen zu müssen — dass er die Verantwortung nicht übernehmen könnte, wenn nicht eine solche Vermehrung des Personales eintreten würde.

Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen, der löbliche Gemeinderath beschließe, es sei eine Vermehrung des Personales bei der städtischen Buchhaltung um 20 Praktikanten mit einem Adjutum von 500 fl., wie dasselbe systemisiert ist, zu bewilligen.

Ich bitte um Genehmigung dieses Antrages.

Gem.-Rath Hawranek: Meine Herren! Ich habe als früherer Contrahent Einblick bekommen in das, was die städtische Buchhaltung leisten kann, und schon damals waren sehr wenig Beamte, und jetzt, nachdem die Vororte dazugekommen sind, sind sie durch so viel neue Arbeiten viel mehr angestrengt, und ich weiß, dass die Beamten der Buchhaltung jetzt, zu dieser späten Stunde noch arbeiten. Wenn

Sie sich überzeugen wollen, werden Sie noch einige finden, die in ihren Bureaux sind und arbeiten. Nachdem jetzt die Verhältnisse derartige sind, dass schon die Arbeiter nur mehr acht Stunden arbeiten wollen, und wenn Sie sehen, dass die städtischen Buchhaltungsbeamten den ganzen Tag bis in die sinkende Nacht arbeiten und nachher noch sich Acten nach Hause nehmen müssen, so werden Sie einsehen, dass es auch nothwendig ist, dass man als Vertreter der Commune darauf schaut, dass auch den Beamten ihr Recht wird. Das ist nicht nur in der Buchhaltung allein. Was die Buchhaltung leistet, muss auch durch die Cassa gehen. Ich will da gar keinen Antrag stellen, ich glaube, Sie werden von selbst kommen. Es ist aber nicht nur wegen der Beamten. Es sind sehr viele Geschäftsleute; die machen Arbeiten und wollen ihr Geld haben; sie beklagen sich immerwährend, dass das Geld so langsam ausgefolgt wird.

Ich habe schon im alten Gemeinderathe den Antrag gestellt, dass das rascher sein soll. Einige, die viel zu bekommen haben, gehen zum Herrn Bürgermeister — der Herr Bürgermeister wird mir das Zeugnis abgeben — und sagen: „Herr Bürgermeister! ich brauche das Geld, ich muss das Geld haben!" Der Bürgermeister lässt sich den betreffenden Buchhaltungsbeamten kommen und gibt den Auftrag, dass er das geschwind machen soll, weil der Geschäftsmann sein Geld braucht. Es wird gemacht, aber dadurch bleiben wieder die anderen im Rückstande und bekommen umso länger nicht ihr Geld. Es ist auch im Interesse der Contrahenten, dass sie ihr Geld bekommen und im Interesse der Beamten, damit sie nicht so angestrengt werden wie Sclaven — sie werden ausgebeutet — der Herr Doctor von der Wieden —, ich weiß nicht (Rufe links: Hackenberg — lacht!), ich weiß nicht, warum er lacht; wahrscheinlich hat er keinen Begriff davon. (Heiterkeit.) Ich begrüße diesen Antrag sehr, Herr Bürgermeister, und ich glaube, dass die 20 Praktikanten uns nicht umbringen. Ich glaube übrigens, dass das auch noch nicht langen wird. Ich stimme für den Antrag. (Bravo! Bravo!)

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich bin selbstverständlich auch mit diesem Antrage einverstanden; ich will aber noch einige Bemerkungen machen und muss sagen, dass ich doch etwas anderes erwartet hätte, weil auch der Referent, der Herr Bürgermeister, bemerkt hat, dass die Buchhaltung bei der letzten Reorganisation etwas stiefmütterlich davongekommen ist. Ich beziehe dieses „stiefmütterlich" nicht darauf, dass vielleicht der eine oder der andere im Gehalte nicht soweit vorgerückt ist, wie in einer anderen Kategorie. Ich betrachte diese ganze Sache nicht von dem Standpunkte, dass wir bei Reorganisationen den Einzelnen etwas zuschanzen sollen oder sie in eine bessere Lage zu bringen haben, sondern ich nehme die Geschichte einfach kaufmännisch: Gut bezahlte Beamte und so wenige Beamte als möglich; denn mir sind wenige und gut bezahlte Beamte viel lieber als eine doppelte Anzahl weniger gut bezahlter Beamten, weil man viel schneller fertig wird und weil Alles rascher geht, was auch für die Contrahenten und die Commission besser ist. Von diesem Standpunkte aus habe ich seinerzeit, als die erste Reorganisation in Bewegung gebracht wurde, im Parteiverbande und hier den Anträgen des verstorbenen Herrn Bürgermeisters opponiert. Ich habe nämlich die Anträge, die der Herr Oberbuchhalter schon damals gestellt hat — ich möchte ihm fast den Vorwurf machen, dass er in seinen Forderungen etwas zu bescheiden ist — für sehr im Interesse des Amtes und der Commission gelegen gehalten, und ich hätte damals sehr gewünscht, dass diesen Anträgen Folge gegeben werde. Nun hat der Herr Bürgermeister heute wohl durchblicken lassen, dass er der Sache sympathisch gegenübersteht, dass er sobald als möglich auch in den anderen Kategorien etwas vorzusorgen gedenkt. Ich freue mich, wenn die Beamten sich sehr gut befinden, aber ich stehe nur auf dem Standpunkte der Geschäfte, der Organisation und ich möchte den Herrn Bürgermeister darauf hinweisen, weil eben er das Referat hat — ich werde keinen Antrag stellen, weil ich hoffe, dass der Herr Bürgermeister sich das merken wird — dass es beispielsweise ein einer großen Commune unwürdiger Zustand ist, dass von den bestehenden 14 Departements nur 12 mit Rechnungsräthen besetzt sind, während den beiden anderen Rechnungs-Revidenten vorstehen. Ich glaube, ein solcher Zustand darf nicht in Permanenz erklärt werden, er kann höchstens als ein Provisorium gelten. Wenn man vielleicht darauf hinweist, dass das auch beim Staate vorkommt, so ist das nicht richtig, denn dort sind die Stellen systemisiert. Ich habe schon seinerzeit verlangt, dass ebensoviele Rechnungsrathsstellen systemisiert werden, als Departements sind. Ich thue das nicht, um ein paar Rechnungsrevidenten zu einem Avancement zu verhelfen, sondern weil ich es logisch finde, dass ein Departement wie das andere behandelt wird. Sind diese beiden Departements überflüssig, so hätte man sie nicht creieren sollen. Wenn man sie aber creiert hat, so gehört nach meiner Auffassung an die Spitze dieser Departements ein Rechnungsrath. Ich möchte also den Herrn Bürgermeister bitten, dass diese zwei Departements mit Rechnungsräthen besetzt werden, wie es sonst der Fall ist. Ich möchte auch bitten, dass die von dem Herrn Oberbuchhalter seinerzeit vorgeschlagene Dreitheilung in allgemeine Wirtschafts-Departements — sieben Departements — in die technische Abtheilung vier Departements — und in die Departements, welche sich mit den Angelegenheiten des Bürgerspitalfondes befassen — drei Departements — vorgenommen werde und dass dann die Besetzung von Oberrechnungsrath- oder Buchhalterstellen erfolgen möge.

Ich glaube doch darauf hinweisen zu dürfen, dass ich einen Begriff habe von dem Organismus der Buchhaltung. Ich habe damals das Referat kennen gelernt und glaube, dass diese Dreitheilung eine sehr gute Gliederung ist, weil die drei Gruppen dann gemeinsam arbeiten. Es wird so eine bessere Übersicht geschaffen, und dann kann die Buchhaltung wirklich in die Lage kommen, was sie jetzt nicht kann, einen Initiativ-Antrag zu stellen. Heute ist die Buchhaltung thatsächlich so überlastet, dass sie froh sein muss, wenn sie alles aufarbeitet. Meines Erachtens ist aber gerade die Buchhaltung dazu berufen, dem Gemeinderathe gegenüber Initiativ-Anträge zu stellen, weil die Buchhaltung eigentlich das Geschäft ganz genau kennt. Aber das kann erst, wenn eine Übersicht eintritt und der Oberbuchhalter entlastet ist, geschehen.

Ich lege diese Sache dem Herrn Bürgermeister nahe und wünsche, dass diese organisatorischen Arbeiten, ganz unbekümmert um den Gefühlsstandpunkt, den ich hier nicht gelten lasse, nur im Interesse der Sache so bald als möglich inscenieret werde.

Gem.-Rath Steiner: Ich stimme dem Antrage des Herrn Referenten aus dem Grunde zu, damit in Wien die Geschäfte auf gesetzlicher Basis und auf Grund des Gesetzes vom 19. December 1890 geführt werden. Zu wiederholtenmalen seit der Einverleibung der Vororte mit Wien wurde beim Rechnungsabschlusse, sowie beim Budget darauf hingewiesen, dass die gesetzliche Frist zur Überreichung des Rechnungsabschlusses und zur Erledigung desselben im Gemeinderathe nach § 51 des Statutes sechs Monate

nach Ablauf jedes Verwaltungsjahres ist. Herr Bürgermeister, wir befinden uns gegenwärtig abermals in einem gesetzwidrigen Zustande, weil der Rechnungsabschluss bis heute nicht erledigt ist. Nach § 50 des Gemeindestatutes hat das Budget zwei Monate vor Ablauf eines jeden Jahres dem Gemeinderathe vorgelegt zu werden. Meines Wissens ist das Budget noch gar nicht im Stadtrathe erledigt und es wundert mich nur, dass Se. Excellenz der Herr Statthalter von Niederösterreich diese Gesetzwidrigkeit noch nicht abgestellt hat.

Meine Herren, ich habe gelegentlich der Budgetberathung pro 1894 darauf hingewiesen, dass sich dieser gesetzwidrige Zustand wiederholen wird. Ich habe darauf hingewiesen, dass die Buchhaltung mit Arbeit überhäuft ist, dass die Leute nervös und krank werden. Ich habe mich überzeugt, dass die Herren in der Buchhaltung um 6, 7 Uhr noch arbeiten und dass es nicht möglich ist, die Arbeit in der gehörigen Frist zu erledigen. Aber wie soll Abhilfe geschaffen werden? Mit diesen zwanzig Herren werden Sie nicht auskommen, wenn Sie die Verwaltung nicht decentralisieren. Es muss eine Änderung des Statutes herbeigeführt, die Competenz der Bezirksausschüsse erweitert werden, es muss dem Bezirksvorsteher ein fester Betrag ausgeworfen werden, damit er nicht mit jeder Lappalie an die Buchhaltung herantreten muss. Herr Bürgermeister, das sind hunderte von Agenden, die die Buchhaltungsbeamten unnöthig beschäftigen.

Ich habe mir gedacht, dass man das in den Vororten so machen wird, wenn man schon einmal ein magistratisches Bezirksamt creiert, welches politische Behörde I. Instanz ist, dass man dort ein kleines Ökonomat errichtet, wo der betreffende Magistratsrath, wenn ihm ein Buchhaltungsbeamter zugewiesen wird, kleinliche wirtschaftliche Angelegenheiten im eigenen Wirkungskreise erledigen kann. Dass diese meine Ansicht richtig ist, geht aus Folgendem hervor: In der vorletzten Nummer des Amtsblattes ist zu lesen, dass in einer Sitzung des Stadtrathes — das Datum ist mir entfallen — Herr St.-R. Kreindl über den Verkauf von Nüssen referiert hat. Die Nüsse sind gepflückt und im August verkauft worden und im November referiert der Herr Stadtrath über Nüsse um 15 fl. (Heiterkeit links.) Das geht durch die Buchhaltung u. s. w. Kann das nicht draußen im magistratischen Bezirksamte selbst erledigt werden? Das ist doch zweifellos. Und so sind unzählige Agenden. Es ist bei uns im Bezirke so weit gekommen, dass, wenn ich eine Tafel oder sonst irgendetwas Ähnliches wünsche, ich es lieber dem Straßenaufseher sage, weil ich es da früher bekomme als vom Bezirksausschusse. Eine solche Angelegenheit wird durch den Straßenaufseher schneller erledigt. Hier muss eine rationelle Decentralisation eintreten. Es muss die Competenz des Bezirksvorstehers erweitert werden und derartige Lappalien müssen in die Competenz des Bezirksamtes fallen. Aus diesem Grunde stimme ich für die Vermehrung der Buchhaltungsbeamten und für das gegenwärtige Referat.

Ich bitte aber für die Zukunft — wenn es möglich sein sollte, vor Zusammentritt des Landtages — dass die im Gemeinderathe eingebrachten, die Organisation der Verwaltung betreffenden Anträge im Stadtrathe und Gemeinderathe zur Erledigung kommen, damit doch noch in der heurigen Session die Erledigung im Landtage stattfinden kann. (Beifall links.)

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich habe mir nicht das Wort erbeten, um gegen das Referat zu sprechen. Ich sehe ganz gut die Nothwendigkeit der Vermehrung des Buchhaltungspersonales ein, ja ich betone es ganz aufrichtig, dass ich es nicht für angebracht halte, bei der Vermehrung in den Ämtern immer so vorzugehen, dass man bei der allerletzten Stelle anhängt. Es wird heute mit Recht gegen die ungerechtfertigte Ausbeutung gesprochen, es ist aber eine traurige Thatsache, dass gerade die geistige Arbeit sowohl seitens des Staates als auch bei der Commune in ungehöriger Weise ausgebeutet und ausgenützt wird, indem man — und ich brauche nur das Elend bei unseren Magistrats- und Kanzleipraktikanten ins Auge zu fassen — die Leute jahrelang mit einer Entlohnung sitzen lässt, die ein menschenwürdiges Dasein nahezu ausschließt. Aber, meine Herren, etwas anderes ist die principielle Seite der Frage, die hier berührt werden muss.

Wir haben gesehen, dass die Buchhaltung nicht mit den neuen Agenden aufkommen kann. Dieselbe Erscheinung wird sich beim Marktamte, bei allen anderen Ämtern des Magistrates früher oder später geltend machen. Es werden die Kosten sich gerade aus diesem Verwaltungstitel außerordentlich steigern. Ich mache Sie aufmerksam, dass jetzt ein Heimatsgesetz vorbereitet wird, welches der Gemeinde Millionen von Gulden an Mehrlasten auferlegen wird. Wie der Herr Bürgermeister sehr richtig gesagt hat, ist eine der Hauptursachen, aus denen diese Vermehrung eingetreten ist, in der ungeheuren Erhöhung der Agenden seit der Einverleibung der Vororte gegeben. Diese Einverleibung stellt sich gerade auch aus dem Titel der Vermehrung des Personales von Jahr zu Jahr mehr als furchtbare Last der Gemeinde dar. Sie sind seinerzeit, wie die Einverleibung geplant war, wiederholt in der entschiedensten Weise aufmerksam gemacht worden, man möge nicht so blind einfach alle Kosten, die da erwachsen, auf sich nehmen, und es wurde seinerzeit vom Herrn Gem.-Rathe Dr. Lueger beantragt, man möge nicht ohneweiters vom Staate den ganzen politischen Dienst in den Vororten unentgeltlich übernehmen, man solle sich doch vor Augen halten, dass in dieser Richtung vom Staate eine Gegenleistung beansprucht werde. Alle diese Anträge und Anregungen sind einfach in den Wind gesprochen worden, weil die Herren nur bestrebt waren, ein neues Statut zu erlangen, damit sie auf diese Weise ihre Herrschaft aufrecht erhalten. (Sehr richtig! links.) Die Kosten, die jetzt kommen und die von Jahr zu Jahr steigen werden, soll die Bevölkerung Wiens zahlen; sie soll die Kosten Ihrer Parteiherrschaft tragen! (Richtig! links — Widerspruch rechts.) Hätten Sie nicht das neue Statut um jeden Preis, ohne jedes Entgelt erzwungen, man hätte damals für Wien etwas herausschlagen können; aber nein! Da ist sogar der sonst so bekämpfte Finanzminister Dunajewsky umschwärmt worden, nur damit das Gesetz durchgeht. Von uns (links) wurde darauf hingewiesen, man solle wenigstens aus dem Titel der Verzehrungssteuer für Wien etwas herausschlagen und die Überschüsse für Wien in Anspruch nehmen. Herr Gem.-Rath Dr. Lueger wurde aber damals verhöhnt und verlacht, und jetzt, meine Herren, kommen diese Dinge heraus! Von Jahr zu Jahr wächst die Last. Wir haben dies bei der früheren Wasserdebatte gehört und hören es jetzt aus dem Munde des Herrn Bürgermeisters selbst. Eine solche Wirtschaft muss geradezu als leichtfertig bezeichnet werden! Wir sind nicht dazu da, meine Herren, um die Kosten eines Parteiregimentes zu tragen.

Als damals der Antrag gestellt wurde, man möge wenigstens versuchen, die Überschüsse der Verzehrungssteuer zu erlangen, da wurde darauf hingewiesen, es komme ja gar nicht mehr herein, wir werden ja weniger einnehmen; diese Meinung hat sowohl der

damalige Bürgermeister als auch der Statthalter zum Ausdrucke gebracht.

Und nun hat sich gerade das Gegentheil davon gezeigt, der Staat steckt jetzt die Geschichte ein und wir tragen die gesammten Kosten.

Und, meine Herren, was ist es denn bei den steigenden Lasten mit der Steuerkraft der Bevölkerung? Gehen Sie gefälligst hinaus in die Vororte und schauen Sie nach, wie dort die Steuerkraft rapid sinkt, und es wird nicht lange mehr dauern, so wird sich das auch ziffermäßig ausdrücken!

Ich schließe, indem ich betone, dass ich für diese Vermehrung stimme und auch damit einverstanden bin, wenn eine gerechte Organisation des Status platzgreift, dass aber die Verantwortung für diese Mehrauslagen, die im Laufe der Jahre wahrscheinlich noch kolossal steigen werden, Sie (die Majorität) trifft, die einfach in blinder Parteiwuth und von unerhörter . . . . (Widerspruch und Lärm rechts; die nächsten Worte sind unverständlich). Da gibt es kein Dagegenreden, das ist so! (Lebhafter Beifall links — Widerspruch rechts.)

Meine Herren, es hat jemand drüben (rechts) gelacht, als College Steiner sagte, die Geschichte mit der verspäteten Vorlage des Rechnungs-Abschlusses und Budgets sei illegal; ja, meine Herren, wenn es Ihnen passt, dann ist es freilich ein legaler Zustand; in Reichenberg haben Sie gleich gewusst, was zu thun ist, und wenn heute ein anderer Bürgermeister aus unserer Partei oben sitzen würde, bin ich überzeugt, dass die Herren die ersten wären, die zu der Statthalterei rennen, dort eine Denunciation anbringen und begehren würden, dass eingegriffen werde! Der Vorwurf ist deshalb nicht lächerlich; entweder besteht das Gesetz, dann hat es auch durchgeführt zu werden, oder Sie hätten nicht dieses Statut geben sollen, wenn Sie wissen, dass Sie nicht imstande sein werden, es einzuhalten. Wenn Sie sich schon das Statut auf den Leib geschrieben haben, so hätten Sie damals wenigstens nicht solche Bestimmungen hineinnehmen sollen. Ich schließe, indem ich erkläre, für den Antrag zu stimmen, die Verantwortung für die stets steigenden Lasten jedoch der verehrlichen Majorität auferlege. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Herrdegen: Ich bin einigermaßen überrascht, dass sämmtliche Redner sich für den Antrag ausgesprochen haben. Ich bin nicht in derselben Lage. Schon bei einem früheren Anlasse habe ich die Meinung ausgesprochen, dass es doch um Gottes-willen nicht angeht, eine große Administration auf Praktikanten und Diurnisten zu stellen.

Wer Einblick in einen großen Verwaltungsapparat hat, wird bald zur Überzeugung kommen müssen, dass man ja mit fortwährend neuen und ungeschulten Kräften den Apparat nicht nur äußerst schwerfällig macht, sondern geradezu in gefährliche Functionen hineinbringt. Ich kann mein Lebtag nicht glauben, dass diese 20 Praktikanten eine Besserung in dem Buchhaltungsdienste herbeiführen werden, das ist entschieden ein Trugschluss. Ich bedauere, dass der Herr Oberbuchhalter nicht selbst hier ist, der die Auskünfte geben könnte. Aber er wird wahrscheinlich in einer Zwangslage sein und kann nichts anderes beantragen.

Ich glaube aber, dass man auf diesem Wege nicht reorganisieren kann. Die Verwaltung wird außerordentlich theuer werden und es wird an allen Ecken und Enden happern. Zu diesen zwanzig Praktikanten werden Sie vielleicht zehn alte Beamte dazustellen müssen, die sie abrichten und hinter ihnen stehen. Dann muss man sich noch etwas anderes vor Augen halten. Wir haben eine solche Unzahl von Praktikanten und eine so bedeutende Anzahl von Diurnisten. Von den letzteren will ich nicht sprechen. Aber die Praktikanten werden mit dem Anrechte aufgenommen, Beamte zu werden; welche Aussicht haben sie, Beamte zu werden, wenn der Stand der Praktikanten gegenüber den definitiv angestellten Beamten so hoch ist? Es wird nun zweifellos eine große Unzufriedenheit bei diesen Praktikanten nach einigen Jahren eintreten, weil die Avancementsverhältnisse unter jeder Kritik sind. Was wird dann geschehen? Es wird offenbar dazu kommen, dass dann Neusystemisierungen beantragt werden, welche der Commune neue, sehr empfindliche Lasten auferlegen werden. Es ist natürlich für den Gemeinderath sehr schwer, zu solchen Vorlagen Stellung zu nehmen und bestimmte Anträge zu stellen. Wir haben ja nicht den nöthigen Einblick. Aber darüber können wir klar sein, dass es doch außerordentlich wünschenswert und von größter Dringlichkeit ist, dass endlich in systematischer Weise derartige Anträge eingebracht werden, dass man anfängt zu reorganisieren. Die ganze Bevölkerung ist sich vollständig klar, dass ein so großer Verwaltungsapparat ungeheuer schwer functioniert und dass hier eine reorganisierende Thätigkeit eingreifen muss. So kann es auf die Dauer nicht gehen, denn die Verwaltungskosten werden ganz unverhältnismäßig hoch sein und werden sich nicht rechtfertigen lassen. Ich will mich kurz fassen. Nachdem ich aber einen positiven Antrag nicht stellen kann — wir sind ja nicht in der Lage, derartige Anträge hier ohne entsprechende weitere Information zu stellen — beschränke ich mich darauf, an den Herrn Bürgermeister das Ersuchen zu richten, er möge doch in Erwägung ziehen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, statt dieser zwanzig jungen Praktikanten, von denen jeder einzelne oder wenigstens zwei zusammen einen Abrichter brauchen, bereits geschulte Buchhalter in geringerer Anzahl zu engagieren. Es wird genug geschulte Buchhaltungskräfte geben, welche im Handelsfache oder in industriellen Zweigen ohne Altersversorgung angestellt sind. (Gem.-Rath Gregorig: Das sind dann gebogene Nasen! — Gem.-Rath Lang: Frechheit!)

Ich bemerke, dass es mir selbst vorschwebt, dass derartige Personen eine hinreichende Qualification bezüglich der Vorstudien und des Alters haben müssen, und ich meine, dass man mit einer geringeren Anzahl derartiger Kräfte gewiss einen größeren Effect erzielen wird, als mit den 20 jungen Leuten, die man — ich kann mir den Ausdruck nicht versagen — hinsichtlich ihrer Zukunft gewissermaßen täuscht. (Gem.-Rath Wünsch: Und die alten Praktikanten?)

Wenn wir etwa einen geschulten Buchhalter vom Herrn Wünsch oder einer industriellen Firma engagieren, so wird der Mann wohl solche Kenntnisse besitzen, um einen Buchhaltungsbeamtenposten bei uns vollständig auszufüllen. Aber bei einem 18jährigen jungen Manne wird das nicht in drei Jahren erreicht. (Gem.-Rath Wünsch: Aber die Alten haben keine Chancen!) Die Alten kommen nicht als Praktikanten, sie können sofort als Beamte angestellt werden. (Gem.-Rath Wünsch: Die jetzigen Praktikanten!) Ich weiß nicht, ob diese Zwischenrufe angezeigt sind. Ich kann nur das eine bemerken, dass wir vor allem anderen dafür zu sorgen haben, nicht nur Leute hereinzubringen, die von eins bis fünf oder zehn zählen, sondern die ihren Platz ausfüllen können, welche wirkliche Arbeitskräfte sind und die Eignung haben, die Schwierigkeiten der Buchhaltung zu bewältigen. Mit 20 Praktikanten

wird das nicht geschehen; ich werde daher für diesen Antrag nicht stimmen.

Gem.-Rath Gregorig: Ich habe mich früher zum Worte gemeldet, aber der Herr Schriftführer hat es nicht bemerkt. Nun habe ich nichts mehr zu reden und verzichte auf weitere Ausführungen.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich muss auf etwas aufmerksam machen. Der Herr Bürgermeister hat es zwar gestreift, aber man soll es lauter sagen, dass auch die Regierung sehr viel Schuld hat, und zwar deshalb, weil sie uns die Agenden des übertragenen Wirkungskreises aufgebürdet hat. Die Gemeinde hat damals alles in Bausch und Bogen auf sich genommen, aber gerade bei den Steuern ist es fühlbar, was uns das eigentlich kostet. Die Regierung hat heute den größten Nutzen; der ältere Theil von Wien gewinnt, aber wir draußen haben nichts davon, wir werden langsam verarmen. Die Regierung hat an der Verzehrungssteuer den Vortheil von mindestens 3 bis 4 Millionen jährlich. Ich weiß nicht, warum man nicht die Regierung angeht und sagt, wir haben immer Auslagen, gebt auch etwas vom Steuergulden her, zumal man uns bei der Verzehrungssteuer dupiert hat. (Unruhe.) Ich weiß, den Herren ist es viel zu lächerlich, sie haben schon den Nutzen daraus gezogen.

Eines möchte ich aber bitten, wenn man an die Regulierung und Aufbesserung der Beamtengehalte geht; so möge man nicht immer oben anfangen, indem man die wenigen Bessergestellten bevorzugt, sondern man berücksichtige die unteren Classen der Beamten, damit sie nicht immer das Nachsehen haben.

Bei dieser Gelegenheit habe ich noch einen anderen Wunsch. Der Herr Bürgermeister ruft allmonatlich die einzelnen Vorstände zusammen. Es würden viel Schreibereien erspart werden, wenn der Herr Bürgermeister auch die Bezirksvorsteher zu sich laden würde; es möchte ihm zu eigenem Nutzen sein und es würde viel Geld erspart. Seinerzeit hat der selige Bürgermeister Dr. Prix die Sache angeregt, aber er ist leider darüber gestorben. Vielleicht wird es unter dem jetzigen Bürgermeister geschehen. Es wird nur von Vortheil sein.

Gem.-Rath Lang: Ich beantrage Schluss der Debatte. (Gelächter links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte jene Herren, welche dafür stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. Vorgemerkt sind die Herren Gem.-Räthe Eigner, Dr. Prockſch, Hawranek, Gregorig.

Gem.-Rath Eigner: Ich erkläre, dass ich mit den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters vollständig einverstanden bin und auch für den Antrag stimmen werde, nur bitte ich den Herrn Bürgermeister, dass die Cassageschäfte nicht centralisiert, sondern decentralisiert werden. (Gem.-Rath Hawranek: Das hat schon Gem.-Rath Steiner gesagt!) Macht nichts, das kann auch ein zweiter sagen, und Gem.-Rath Hawranek hat schon öfter etwas gesagt, was schon sechsmal gesagt worden ist. (Heiterkeit. — Gem.-Rath Hawranek: Das gibt es nicht!) Wenn diese Cassengeschäfte decentralisiert sind, so wird das Verfahren ein leichteres sein. Wenn in jedem Bezirke, wo eine solche Hauptcassa ....

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, der Herr Redner möge entschuldigen, aber wir sprechen jetzt von der Buchhaltung.

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Ich bitte, darauf komme ich schon. (Heiterkeit.) Es sollen nämlich jeder Cassa in jedem Bezirke auch ein oder zwei Buchhaltungsbeamte beigegeben werden, so dass die Rechnungen auch für solche Arbeiten, die auf Anschaffung des Bezirksvorstehers oder des Bezirksingenieurs gemacht werden, im Bezirke selbst ausbezahlt werden. Heute muss sich ein Geschäftsmann wegen drei Fensterscheiben eine Bestätigung vom Bezirksvorsteher oder Bezirksingenieur geben lassen und muss in dieses Palais wandern. Da wandert er von einem Departement zum anderen, wird in 20 Büchern eingetragen u. s. w. Das könnte im einzelnen Bezirke viel einfacher geschehen. Der Bezirksvorsteher gibt die Bestätigung, der Betreffende geht zum Beamten der Buchhaltung, der das einträgt und revidiert, und die Cassa bezahlt ihm das Geld aus. Das ist ein kurzer Weg. Die Haupt-Centralcassa kann ja existieren, aber auch in den Bezirken können Cassen sein. So war es ja auch schon früher in den Vororten. Dort hat wohl der Bürgermeister kein Geld in der Hand gehabt, sondern er hat nur das Recht der Anschaffung bis zu einem gewissen Betrage gehabt, und für alles, was über diesen Betrag gieng, musste er vom Gemeinderathe einen Beschluss einholen; dann hat er die Cassa angewiesen und diese hat es ausgezahlt.

Der Herr College Steiner hat erwähnt, man möge das Recht der Bezirksvorsteher erweitern. Dem stimme ich auch zu, aber in einer Beziehung bin ich dagegen, und zwar insofern, dass die Geldgebarungen nicht dem Bezirksvorsteher, sondern der Hauptcassa in jedem Bezirke eingeräumt werden sollen, wie es früher bei den Vororte-Bürgermeistern selbst war.

Der Bürgermeister hat angewiesen, und die Cassa hat bezahlt. (Rufe links: Verlagsgelder!) Bitte, das waren nur kleine Gelder, von 200 bis 500 fl., Bettelgelder. Aber wenn die Geschäftsleute etwas gemacht haben, so hat der Bürgermeister nur seine Anweisung gegeben, respective bei höheren Beträgen den Gemeinderath befragt.

Nachdem eine Cassa in jedem Bezirke ohnedies ist, nur ein Buchhaltungsbeamter beigegeben werden müsste, welcher die Rechnungen revidiert und die Cassa anweist, so ist das ein einfaches Gebaren. (Schluss-Rufe links.) Ich bitte, Redefreiheit!

Die wöchentlichen Auszahlungen von Straßenkehrern und anderen Arbeitern, die 500 bis 800 fl. ausmachen, könnten so erfolgen, dass der Herr Partieführer oder Straßenübergeher seine Wochenliste schreibt, dieselbe am Samstag früh dem Bezirksvorsteher übergibt, und der Bezirksvorsteher dem Buchhaltungsbeamten überreicht, der sie revidiert.

Der Herr Bezirksvorsteher erhebt das Geld; so würde ich die Sache einführen, wenn ich Bürgermeister wäre. (Heiterkeit.) So ist eine richtige Controle gegeben, und die Geschäfte würden klappen; so ist die Sache am leichtesten durchführbar. Jeder, der eine Rechnung hat, müsste sie aus dieser Cassa bezahlt bekommen. Ein Geschäftsmann kann auch nicht drei Cassen haben, so dass er sagen sollte, von dort nehme ich für das Fleisch, von dort für das Gemüse und von dort für Wein und Bier. Das geht nicht, und ich empfehle dem Herrn Bürgermeister, es so durchzuführen, dass in jedem Bezirke eine Hauptcassa besteht und ein oder zwei Buchhaltungsbeamte angestellt werden.

Es sollen alle Beträge, die ausgezahlt werden, von den Bezirks-Hauptcassen zu beziehen sein und diese sollen von der Central-Hauptcassa dotiert werden. Ich glaube, die Herren werden da mit mir übereinstimmen.

Gem.-Rath Hawranek: Ich hätte nicht gesprochen, wenn nicht der Herr Gem.-Rath Herrdegen gesagt hätte, man soll geschulte Buchhalter aufnehmen. Man kann doch nicht 50jährige Buchhalter abgekrachter Firmen mit großen Nasen (Heiterkeit links) nehmen, damit sie dann von der Commune pensioniert werden.

Das geht nicht. Die jungen Leute müssen doch auch ihre Prüfung ablegen, bevor sie als Praktikanten aufgenommen werden. Auch der alte geschulte Buchhalter muss seine Arbeit dem Rechnungsrathe vorlegen, der revidiert sie. So geht sie durch drei und mehr Hände und es ist also keine Gefahr, dass Leute genommen werden müssen, die die jungen Praktikanten unterrichten. Ich kenne zufällig die Geschäftsgebarung bei der Buchhaltung sehr gut. Ich glaube also, man soll keine alten „Tager" aufnehmen (Heiterkeit), sondern junge Leute, die arbeiten können. Sie werden dann vorrücken und auch tüchtige Beamte werden.

Referent (zum Schlusswortе): Meine Herren! Ich kann mit Genugthuung constatieren, dass sämmtliche Redner mit Ausnahme eines einzigen die Anträge des Stadtrathes befürwortet haben. Nur auf ein paar Bemerkungen muss ich jedoch antworten. Die Herren Gem.-Räthe Steiner und Eigner haben eine weitere Decentralisierung der communalen Verwaltung gewünscht, um die Buchhaltung zu entlasten. Das ist kein Weg, um die Buchhaltung zu entlasten. Über die Decentralisierung kann man sprechen. Der Gemeinderath kann sie auch beschließen. Darauf möchte ich den Herrn Gem.-Rath Steiner aufmerksam machen, denn im § 54 heißt es (liest): „Der Gemeinderath bestimmt, welche Gegenstände des selbständigen Wirkungskreises in den einzelnen Bezirken, abgesehen von den schon auf Grund dieses Gemeindestatutes dem Wirkungskreise der Bezirksausschüsse zugewiesenen Angelegenheiten, noch außerdem der Beschlussfassung der Bezirksausschüsse überlassen werden und kann auch fallweise einzelne Gegenstände einem Bezirksausschusse übertragen." Da braucht man keine Änderung des Statutes. Über die Decentralisierung lässt sich also, wie gesagt, sprechen, aber ob eine Post im Bezirke draußen gebucht wird oder hier, bleibt sich gleich. Jede Ausgabe wird gebucht werden müssen, eine Ersparung an buchhalterischen Kräften wird nicht erzielt. Herr Dr. Geßmann hat gemeint, es sei nicht recht, 20 neue Kräfte am Ende anzuhängen, und auch Gem.-Rath Herrdegen hat das erwähnt. Da muss man aber beachten, dass wir in der Buchhaltung Beamte aus Privatgeschäften nicht nehmen können, denn wir haben keine kaufmännische Buchhaltung, sondern eine cameralistische. Dann kann ich den Herrn Collegen Herrdegen, der, wie ich weiß, ein sehr warmfühlendes Herz für die Beamten hat, versichern, dass, wenn ich mit einem solchen Antrage kommen würde, ältere, geschulte Buchhaltungsbeamte anzustellen, die nicht am Ende angehängt, sondern weiter oben im Status eingereiht werden müssten, lebhafte Beschwerden laut werden würden. (Zustimmung.) Alle jüngeren Beamten, die durch die Eingeschobenen präteriert werden, würden sich beschwert erachten und bitten, man solle so etwas nicht thun.

Es ist bei der Buchhaltung die Zeit gekommen, in der, wie ich schon früher bemerkt habe, weitere Correcturen an einzelnen Stellen des Status nothwendig sind, und ich habe erklärt, dass ich noch in diesem Jahre darüber referieren werde. Jetzt, zur Zeit des Bedarfes, bleibt nichts anderes übrig, als junge Leute, die sehr intelligent sind, weil sie die Mittelschulen absolviert und die Maturitätsprüfung gemacht haben und sich infolge dessen sehr schnell abrichten lassen, aufzunehmen und anzuhängen, und wenn nach einer gewissen Zeit sich herausstellt, dass die Avancementsverhältnisse für einzelne Gruppen in diesem Status ungünstige sind, weil einzelne Leute zu lange warten müssen, dann muss man eine andere, den Verhältnissen entsprechende neue Systemisierung vornehmen. Das ergibt sich aus dem Bedürfnisse, die betreffenden Wünsche werden laut und der Gemeinderath ist jederzeit in der Lage, das entsprechende Nothwendige zu veranlassen. Erstaunt war ich, dass Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann den alten, bekannten Einverleibungs-Prachtschimmel noch immer nicht verlassen hat. (Zwischenruf. — Gem.-Rath Dr. Geßmann: Das ist kein Prachtschimmel, das kostet uns Millionen!) Ja gewiss! Kennen Sie aber eine städtische Verwaltung oder eine Landeshauptstadt, die nicht diese Lasten trägt, und haben wir diese Lasten früher nicht gehabt? Wir haben die Geschäfte von ein paar Bezirkshauptmannschaften übernommen und damit den übertragenen Wirkungskreis. Im übrigen haben wir die Agenden im eigenen Wirkungskreise. Aber, meine Herren, glauben Sie nicht, dass wir so gleichgiltig gegenüber den Interessen der Gemeinde waren und dass nicht in der energischesten Weise und immer wieder betont und von dem damaligen Finanzminister verlangt worden ist, dass er uns etwas leistet. Die Angelegenheit musste in Fluss kommen; denn der Staat hat erklärt, dass er ohne Rücksicht auf alles andere, ob jetzt die Einverleibung stattfindet oder nicht, die Verzehrungssteuer in den Vororten reformiert, weil er der Ansicht war, dass die dortigen Verzehrungssteuerverhältnisse so nicht länger bestehen können. Das ist officiell durch den Vertreter der Regierung bei der ersten Conferenz ausgesprochen worden. Diese Angelegenheit wäre in gar keinem Falle verschoben worden, damit bitte ich, zu rechnen.

Es war nur die Frage, soll diese Reform in den Vororten durchgeführt werden, ohne dass man sich um die Sache weiter kümmere, oder soll eine solche Reform durchgeführt werden, wie sie den alten und neuen Bezirken entspricht. Es war kein Zufall, keine Laune von uns, die Sache gerade damals zu machen, sie hat durch die bevorstehende Steuerreform den Impuls erhalten und ebenso durch ein Wort, welches, wie den Herren bekannt ist, von Allerhöchster Stelle ausgesprochen wurde. Aber, meine Herren, das Interesse der Gemeinde wurde vertreten und soweit als möglich gewahrt, und die Feststellung des Verzehrungssteuertarifes hat im Sinne eines Gemeinderaths-Beschlusses stattgefunden, im Sinne des Tarifes, der hier die Genehmigung erhalten hat und genau besprochen worden ist. Meine Herren, die ersten Eingänge von Verzehrungssteuern waren auch allerdings günstig, aber doch ungefähr so, wie man sie angenommen hat. Allerdings hat in den nächsten Jahren eine rapide Steigerung der Erträgnisse der Verzehrungssteuer stattgefunden — ein Beweis, dass die Steuerkraft und der Consum größer geworden sind, als man angenommen hat. Wenn Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann sagt, dass die Steuerkraft der Bevölkerung von Tag zu Tag sinkt .... (Gem.-Rath Dr. Geßmann: In den Vororten gewiss! — Rufe links: Steuerschraube!) .... ich sehe, dass in den Vororten riesig viel gebaut wird, die Häuser werden doch auch bewohnt und bezogen (Lebhafte Unterbrechungen und Zwischenrufe links) .....

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, in dieser Weise lässt sich eine Discussion nicht führen; wenn jemand von Ihnen spricht, wird er ruhig und geduldig angehört; jeder Referent kann verlangen, dass man ihn ausreden lässt; wer etwas zu bemerken hat, möge sich melden, Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann ist schon zu einer Berichtigung vorgemerkt.

Referent (fortfahrend): Grund und Boden sind überall gestiegen, nicht bloß in den Händen von Speculanten, sondern auch in den Händen solcher, welche Grund und Boden seit 50 und noch mehr Jahren besitzen. Es ist ja viel Noth und Elend, aber man muss die Sache nicht noch schlechter machen, als sie ist. (Gem.-

Rath Gregorig: Das ist gut!) Ich möchte daher bitten, das Argument, dass die Vereinigung mit den Vororten und das neue Gemeindestatut nur gemacht worden sind, um die liberale Parteiherrschaft zu retten, fallen zu lassen. Das ist nicht richtig.

Das frühere Statut war genau so. In den ganzen Parteiverhältnissen hat sich nicht das Geringste geändert. (Widerspruch links.) Schauen Sie sich den alten Gemeinderath an, und Sie werden finden, dass kein wesentlicher Unterschied gegen jetzt ist. (Rufe links: Wahlgeometrie!) Das sind nur so geflügelte Worte, die man in die Bevölkerung hineinschleudert. So oft über die Vermehrung des Beamtenpersonales referiert wird, kommen die Einwendungen. (Gem.-Rath Gregorig: Natürlich, immer wieder!) Aber Ihre Gründe passen nicht zu diesem Antrage. (Gem.-Rath Gregorig: Ihnen passen sie nicht!) Es ist selbstverständlich, dass in einem lebenskräftigen, gesunden Gemeinwesen auch die Agenden zunehmen, und es wäre traurig, wenn das Entgegengesetzte der Fall wäre. In jeder aufstrebenden, wachsenden Stadt äußert sich dies, aber ebenso auch in der Zunahme der Steuern und Umlagen. Dass die Agenden sich mehren, ist ja selbstverständlich und wünschenswert und demzufolge muss auch eine entsprechende Vermehrung der Beamten eintreten. Es ist dies eine ganz natürliche Erscheinung; gegen diese soll und kann man sich nicht aufhalten. (Gem.-Rath Gregorig: Wir wehren uns auch nicht dagegen!)

Gem.-Rath Dr. Geßmann (zur Berichtigung): Ich berichtige thatsächlich, dass es nicht richtig ist, wie der Herr Bürgermeister sagte, es sei ein Rückgang in der Steuerkraft nicht zu verzeichnen. Die Herren wissen sehr wohl, dass vor kurzem erst der bekannte Plener'sche Erlass gekommen ist, in welchem die Steueradministrationen aufgefordert werden, nachdem, glaube ich, die Hälfte der gesammten Erwerbsteuern im Rückstande ist, eine strengere Durchführung der Eintreibung eintreten zu lassen. Es ist ebenso nicht richtig, wenn der sehr verehrte Herr Bürgermeister behauptet, es sei nicht ein bedeutender Rückgang der Wohlhabenheit im ganzen Standard of life in den Vororten wahrzunehmen.

Ich constatiere dem gegenüber thatsächlich, dass die Wirte, Fleischhauer und Fleischselcher, überhaupt alle Approvisionierungsgewerbe einen auffälligen Rückgang aufweisen und ich lade den Herrn Bürgermeister ein, er möge um den ganzen Gürtel mit mir herumgehen und sich von den dortigen Geschäftsleuten über den Geschäftsgang Auskunft geben lassen! (Rufe rechts: Ja natürlich, am Gürtel!) Ja, das ist nicht nur am Gürtel, sondern durchwegs in den gesammten Vororten; verkehren Sie doch mit den Leuten; aber Sie trauen sich ja in keine Versammlung mehr zu gehen und der Bevölkerung gegenüberzutreten.

Ich berichtige ferner, dass es nicht richtig ist, wie der sehr verehrte Herr Bürgermeister gesagt hat, dass die Einverleibung zu diesem Zeitpunkte und unter diesen Bedingungen unvermeidlich gewesen wäre; es ist auch nicht richtig, dass die Parteiverhältnisse im Gemeinderathe vor der Einverleibung dieselben waren wie jetzt, das ist absolut unrichtig; nur infolge der neuen künstlichen Wahlkörpereintheilung war es überhaupt für Sie möglich, die Majorität zu bekommen, denn ziffermäßig konnte man bei jeder Ergänzungswahl den Augenblick vorherbestimmen, wo die Majorität für Sie verloren gegangen wäre und nur dadurch erhalten wurde, dass Sie eine sehr weitgehende Verschiebung in den Wählerclassen vornahmen, z. B. den gesammten kleinen bürgerlichen Hausbesitz aus dem II. Wahlkörper hinausgeworfen und gewisse Leute dafür hineingenommen haben. Nur so war es möglich für Sie, die Mehrheit zu behaupten!

Es ist aber, meine Herren, und dies sei vor allem betont, unrichtig, wenn der sehr verehrte Herr Bürgermeister behauptet, es hätte damals keinen anderen Ausweg gegeben, als die Vereinigung der Vororte mit Wien, weil, wenn dieselbe nicht eingetreten wäre, die Verzehrungssteuergrenze trotzdem hinausgerückt worden wäre.

Ich berichtige dem gegenüber thatsächlich, dass Herr Dr. Lueger Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter den Vorschlag gemacht hat, er möge die Verzehrungssteuer hinausrücken, ohne „dieses" Statut durchzuführen, und Se. Excellenz hat erklärt, darauf lasse sich die Regierung unter gar keiner Bedingung ein; es werde die Verzehrungssteuer nur dann hinausgerückt, wenn die Vereinigung der Vororte mit Wien zustande komme.

Das ist die Wahrheit, meine Herren, und daraus ergibt sich am besten der Beweis, dass Sie einfach aus Partei-Egoismus diese Zustände herbeigeführt und sohin auch die volle Verantwortung für die Folgen, die sich von Jahr zu Jahr steigern werden, zu tragen haben. (Beifall links.)

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck (zur Berichtigung): Ich berichtige thatsächlich, dass die Einbeziehung nicht ein Muss war, sondern durch lange Jahre von der Commune angestrebt war, um sich in ihrer Finanzlage zu bessern, und dass diese Einbeziehung nichts als eine rein fiskalische Maßnahme war.

Ich berichtige, dass es in den Vororten bald keine Fünf-Gulden-Männer mehr geben wird, weil dieselben alle bedeutend höher besteuert werden.

Ich berichtige thatsächlich, dass zwar Häuser gebaut werden, aber leider von Bauspeculanten, und dass sie nicht bezogen werden.

Ich berichtige schließlich noch thatsächlich, dass jede mindeste Arbeiterfamilie seit dieser großen Einbeziehung der Vororte in Wien wenigstens um 60 fl. theuerer lebt. Es ist also selbstredend, meine Herren, dass das rein nur eine Einbeziehung war, um die Finanzen der Commune zu bessern (Lebhafte Heiterkeit rechts) und uns ins Unglück zu stürzen.

Referent: Gegenüber der Berichtigung des Herrn Gem.-Rathes Dr. Geßmann halte ich alle meine Behauptungen aufrecht. (Gelächter links.) Das ist mir ganz gleichgiltig, ich lasse mich nicht irre machen.

Gem.-Rath Steiner: Die jüdischen Journalisten glauben Ihnen das, Herr Bürgermeister!

Referent: Wie, bitte?

Gem.-Rath Steiner: Die Journalisten da oben glauben Ihnen das, Herr Bürgermeister!

Referent: Das freut mich außerordentlich!

Gem.-Rath Steiner: Mich nicht, und die Bevölkerung auch nicht!

Referent: Also lassen Sie es bleiben! — Gegenüber dem Herrn Gem.-Rathe Dr. Geßmann möchte ich auf § 6 des Gesetzes vom 10. Mai 1890, betreffend die Reform der Verzehrungssteuer, hinweisen, welcher lautet: „Dieses Gesetz tritt ein Jahr nach jenem Zeitpunkte in Wirksamkeit, mit welchem die Regelung hinsichtlich der Gemeindezuschläge zur Linienverzehrungssteuer in dem kraft § 1 geschlossenen Verzehrungssteuergebiete giltig festgestellt sein wird."

Am 10. Mai 1890 ist dieses Gesetz, betreffend die Reform der Verzehrungssteuer, zustande gekommen und sanctioniert worden.

Zu jener Zeit war es eine vollkommen offene Frage, ob die Einverleibung stattfindet oder nicht (Beifall rechts), es war festgesetzt, dass dieses Gesetz erst dann in Kraft treten soll, wenn die Zuschläge geregelt sein werden. Es hat sich dann um die Regelung der Zuschläge gehandelt und bei dieser Gelegenheit haben die Vertreter der Vororte erklärt: wenn wir bereits mit der gleichen Verzehrungssteuer belastet sind wie die alten Bezirke, dann haben wir natürlich auch nichts mehr gegen die Vereinigung, dann sollen wir eine Stadt sein. Daraus ist erst das neue Statut und die Vereinigung der gewesenen Vororte mit Wien entstanden.

Gem.-Rath Dr. Geßmann (zur Berichtigung): Ich berichtige gegenüber den letzten Ausführungen des sehr verehrten Herrn Bürgermeisters, dass die ganze Welt sehr genau weiß, dass mit den Herren Vororte-Bürgermeistern, sowie mit dem damaligen Präsidium die Geschichte von A bis Z abgemacht war. (Zustimmung links.) Freilich hat man den Gemeinderath nicht gefragt. Und dann, meine Herren, Sie kennen ja die famose Geschichte, welche dann abzuleugnen versucht wurde, von dem Statut, welches bereits in 2000 Exemplaren gedruckt war. (Hört! Hört! links.) Das alles wissen wir recht gut. Wir wissen trotz dieser Anführung der Daten bezüglich der Gesetzesvorlagen, dass in der That die ganze Action auch bezüglich der Hinausschiebung der Verzehrungssteuerlinie erst dann zur That geworden ist, nachdem die ganze Geschichte auf dem Wege ganz merkwürdiger Vorgänge mit der Gemeinde Wien und den Vororte-Bürgermeistern abgemacht war (Beifall links), hinter dem Rücken der Bevölkerung, ja, hinter dem Rücken des Gemeinderathes. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche jene Herren, welche die Referenten-Anträge annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Dieselben sind angenommen.

Beschluss: Die Aufnahme von 20 Praktikanten mit dem systemisierten Adjutum von jährlich 500 fl. für die Stadtbuchhaltung wird genehmigt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 8 Uhr 35 Minuten.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **6. November 1894.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Entschuldigt: St.-R. R. v. Götz.

Experte: Oberingenieur Borkowitz.

Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung. St.-R. v. Götz entschuldigt sein Ausbleiben.

(Zur Kenntnis.)

Der Vorsitzende verliest den Geschäftsausweis des Wiener Stadtrathes pro October 1894, wonach:

Einlauf im Monate October	967	Acten
von diesen Acten erledigte der Stadtrath	510	„
wurden dem Magistrate zugewiesen	120	„
befanden sich noch am Schlusse des Monates in Berathung	337	„
Weiters erledigte der Stadtrath aus den Vormonaten	198	Acten
hiezu obige	510	„
daher insgesammt im Monate October	708	Acten
Gesammteinlauf vom 1. Jänner bis 31. October 1894	8810	Acten

Recapitulation aus dem Monate September 1894:

Einlauf im Monate September	776	Acten
von diesen Acten erledigte der Stadtrath	403	„
wurden dem Magistrate zugewiesen	78	„
befanden sich noch in Berathung	295	„
Außerdem erledigte der Stadtrath aus den Vormonaten	192	Acten
hiezu obige	403	„
daher insgesammt im Monate September	595	Acten

In Berathung befinden sich noch aus dem Monate:

Jänner	18	Acten
Februar	16	„
März	26	„
April	21	„
Mai	30	„
Juni	31	„
Juli	40	„
August	39	„
September	35	„

Gesammtrückstand 593 Acten.

Ferner wird vom Vorsitzenden der Ausweis über die Commissionen 2c., bei welchen Mitglieder des Stadtrathes interveniert haben, bekanntgegeben. (Zur Kenntnis.)

(8768.) **St.-R. Kreindl** referiert über die Anschaffung von Schotter zur Neuherstellung der Macadamisierung von Straßenflächen im III. Bezirke und beantragt, die Anschaffung von 400 m³ Gebirgsschlägelschotter und 200 m³ Gebirgsrieselschotter zur Neuherstellung der Macadamisierung einzelner Straßenflächen im III. Bezirke mit dem bedeckten Kostenbetrage von 2400 fl. zu genehmigen und die Lieferung dieser Schotterquantitäten zum Preise von 4 fl. per Cubikmeter zum Gesammtpreise von 2400 fl. dem Karl Meißgeier und Josef Hödl in Atzgersdorf zu übertragen. (Angenommen.)

(8694.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Georg Fischer um käufliche Überlassung von altem Eisenblech aus der Schule VII., Neustiftgasse 100, und beantragt die käufliche Überlassung des in obiger Schule erliegenden alten verzinkten Eisenbleches per circa 70 kg an den Genannten um den Pauschalbetrag von 4 fl., wobei jedoch die Abfuhr des Materiales auf Kosten des Offerenten zu erfolgen hat; desgleichen hat derselbe den Vertragsstempel zu bestreiten.

(Angenommen.)

(8625.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem XIX. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung an:

Liebezeit Josef, Schneider;

Eipeldauer Josef, Brunnenmacher und Kohlen-Verschleißer;

Kastner Anton, Tischler. (Angenommen.)

(8409.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wollstein Leopold, Börsegeschäfts-Inhabers aus dem XIX. Bezirke, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(8376.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Schag Jakob, Pfaidlers, und Götz Johann, Stallmeisters, aus dem XVI. Bezirke, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(8179.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit aus dem XVIII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung an:

Moser Georg, Hausdiener;

Reichl Karl, Selchwaren-Verschleißer

Krbetz Josef, Glasbläser;

Kainrath Anna, Dienstmagd;

Böklinger Josef, Hausbesorger;

Capek Josef, Schlosser;

Irlwek Franz, Tischlergehilfe. (Angenommen.)

(8182.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Gemeindeverband aus dem XVII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Schriefl Michael, Einspänner-Eigenthümer;

Szith Katharina, Bedienerin;

Schafranek Adolf, Hilfsbeamter;

Sumreich Johann, Kleiderhändler;

Goldberger Ignaz, Pfeifenbeschläger. (Angenommen.)

(8707.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Gemeindeumlage per 4 fl. 20 kr. pro 1891 nach Lotti Kanitzer und beantragt die Nachsicht dieser Gemeindeumlage. (Angenommen.)

(8381.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Hundesteuerbeträgen nach 22 Parteien aus dem IX. Bezirke per 125 fl. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(8739, 8740, 8488, 8623, 8741.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Hundesteuerbeträgen, respective -Strafen von Parteien aus dem V., XI. und XIV. Bezirke per 216 fl. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(8572.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Einbringlichmachung eines Schadenersatzanspruches für zertrümmerte Fenster am Schulhause XIV., Krollgasse 20, und beantragt die Kenntnisnahme.

Weiters sei von der Einbringlichmachung des Ersatzanspruches per 45 fl. im Civilrechtswege mit Rücksicht auf das vorliegende Armutszeugnis abzusehen.

Es wird beschlossen, den Stadtanwalt zu beauftragen, die Klage zu überreichen, vorher jedoch einen Vergleichsversuch zu machen und hierüber zu berichten.

(8648.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Magistrats-Concipisten Wilhelm Ritt. v. Damaschka um Urlaubsverlängerung und beantragt, dem Bittsteller noch zum letztenmale den Urlaub zu verlängern und demselben vom 1. October d. J. einen neuerlichen Urlaub in der Dauer von drei Monaten zu bewilligen.

Nach Ablauf des Urlaubes ist, falls die Berufsfähigkeit des Bittstellers nicht eingetreten sein sollte, das Verfahren nach § 107, eventuell §§ 120, 121 und 122 der Dienstpragmatik einzuleiten. (Angenommen.)

(8803.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Leopold Tremmel, thierärztlichen Praktikanten, um Belassung des halben Adjutums während der Militärdienstleistung und beantragt, demselben für die Dauer der Militärdienstleistung die Hälfte des Adjutums per 500 fl. zu belassen. (Angenommen.)

(8760.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des städtischen Arztes Dr. Heinrich Adler um Urlaubsverlängerung und beantragt, den erbetenen zweimonatlichen Erholungsurlaub in der Dauer vom 1. November bis 31. December 1894 zu ertheilen, beziehungsweise die Fortdauer der bisherigen Supplierung des Gesuchsstellers im Sanitätsdienste durch den praktischen Arzt Dr. Hans Koritschan gegen Bezug des gewöhnlichen Honorars von monatlich 50 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(8869.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Steiner um Zusicherung einer Provision für die von ihm bekanntgegebenen Depots im landesgerichtlichen Depositenamte zur Geltendmachung von Ersatzansprüchen seitens der Gemeinde und beantragt, demselben hiefür die vom Magistrate beantragten Provisionen zu bewilligen. (Angenommen.)

(8680.) **St.-R. Matthies** referiert über die Eingabe des Vorstehers des III. und XI. Bezirkes um Parcellierung der dem Wiener Bürgerspitalfonde gehörigen Lagerplätze im III. und XI. Bezirke, rechts außerhalb der St. Marxerlinie und beantragt, die Parcellierung der dem Wiener Bürgerspitalsfonde gehörigen Lagerplätze im III. und XI. Bezirke, rechts außerhalb der St. Marxerlinie, wird im Principe genehmigt und wird das Stadtbauamt beauftragt, sofort nach definitiver Genehmigung der diese Pachtgründe durchschneidenden Gürtelstraße das Project für die Parcellierung vorzulegen; rücksichtlich der im III. Bezirke gelegenen Gründe ist die Parcellierung sofort durchzuführen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die ganze Parcellierung durchzuführen.

Es wird beschlossen, den Magistrat zu beauftragen, die Vorarbeiten für die Parcellierung vorzunehmen und als Grundlage die Linien anzunehmen, welche der Stadtrath mit dem Referate Zahl 1359, Beilage Nr. 124, in Vorschlag gebracht hat.

(8831.) **Derselbe** referiert über die Überschreitung des Arbeitstermines für den Canalumbau in der Apostelgasse im III. Bezirke und beantragt, den mit 18 Arbeitstagen bestimmten Arbeitstermin für obigen Canalumbau um sechs Arbeitstage zu verlängern. (Angenommen.)

(8653, 8706, 8794.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Gemeindeverband aus dem III. Bezirke und beantragt die Zusicherung der Aufnahme in den Gemeindeverband an:

Deutsch Josef, Diurnist;

Kollek Gustav, Hausbesorger;

Stamer Elisabeth, Wirtschafterin;

Jung Eleonore, Private;

Geidner Albert, Schlossergehilfe;

die Verleihung der Zuständigkeit an:

Skudrna Wenzel, Fleischselchergehilfe;

Kantner Edmund, Privatbeamter;

Redl Franz, Gemischtwaren-Verschleißer;

Kregsamer Franz, Flaschenbier-Händler;

Horak Adolf, fürstlich Schwarzenberg'scher Silberputzer;
Krizan Theresia, Bedienerin;
Welischek Johann, Goldarbeiter;
Maresch Marie, Bedienerin;
Baclawek Franz, Diener;
Lunacek Johann, Schlossergehilfe;
Richter Karl, Sicherheitswachmann;
Fleischer Franz, Gastwirt;
Pömerl Matthias, Gemischtwaren-Verschleißer;
Molik Josef, Tischlergehilfe;
Balzarek Karl, Gastwirt;
Zeyda Marie, Bedienerin;
Obenaus Franz, Gastwirt;
Prasky Adalbert, Schuhmacher;
Weinwurm Josef, Taglöhner;
Standl Agnes, Wäscherin. (Angenommen.)

(8672.) **St.-R. Müller** referiert über das Ansuchen der Leopoldine Freiin v. Bertrand um Grundentschädigung XVII., Hernalser Hauptstraße 15, und beantragt, die Schadloshaltung für den vom Hause Nr. 15 Hernalser Hauptstraße Consc.-Nr. 6, Grundb.-Einl.-Z. 27, abzutretenden Grund per 116·83 m² mit 20 fl. per Quadratmeter, das ist mit 2336 fl. 60 kr., zu bestimmen.

(Angenommen.)

(8671.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Heinrich und der Karoline Sattler um Erhöhung des Schadloshaltungsbetrages für die Grundabtretung XVII., Hernalser Hauptstraße 9, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(8681.) **Derselbe** referiert über die Zurückziehung des Offertes Berthold Mannheimer in Betreff Ankauf der Baustelle 84 der Schlosspark-Realität in Baumgarten und beantragt die Kenntnisnahme und Ausfolgung des Vadiums per 80 fl. aus Billigkeitsrücksichten.

(Angenommen.)

(8587.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma Dehm & Olbricht um Bewilligung zur Umparcellierung der sechs Baustellen Grundb.-Einl. Nr. 1847 bis 1849 und 2261 bis 2263 im Prater, II. Bezirk, und beantragt die Genehmigung der Umparcellierung.

(Angenommen.)

(8280.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Emanuel und Eduard Schweinburg um Grundentschädigung für den über die Hälfte der Strohgasse abzutretenden Grund Einl.-Z. 1698 im III. Bezirke, Ungargasse 54, Grundb.-Einl.-Z. 1698, per 430·91 m², und beantragt, die Schadloshaltung des in das freie Eigenthum der Gemeinde Wien abzutretenden Grundes mit 16 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(8673.) **Derselbe** referiert über den Antrag des St.-R. v. Götz wegen Ausdehnung der Wasserleitungs-Rohrlegungsarbeiten für das I. Baulos auch auf Hütteldorf und beantragt, den bezüglichen Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(8695.) **Derselbe** referiert über die Sicherstellung der Zimmermannsarbeiten zur Erhaltung der städtischen Brücken vom 1. Jänner 1895 auf drei Jahre und beantragt, es seien die Zimmermannsarbeiten und Lieferungen zur Erhaltung der städtischen Donau-, Donaucanal- und Wienflussbrücken vom 1. Jänner 1895 an auf die Dauer von drei Jahren auf Grundlage der vorliegenden Bedingnisse und des städtischen Preistarifes Nr. 5 für Zimmermannsarbeiten im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung sicherzustellen. (Angenommen.)

(5990.) **Derselbe** referiert über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Eigenthümern des Hauses XII., Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 57, und Lainzerstraße 48, behufs Durchführung der Stiegergasse, und beantragt die Ablehnung der Offerte wegen zu hoher Forderungen. (Angenommen.)

(8767.) **Derselbe** referiert über die Durchführung der Breitenfeldergasse von der Bennogasse bis zum Hernalser Gürtel im VIII. Bezirke und beantragt:

1. die Durchführung der Breitenfelderga e von der Bennogasse bis zum Hernalser Gürtel im VIII. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 2000 fl. zu genehmigen, und

2. zur Bedeckung des Erfordernisses einen Zuschusscredit in der gleichen Höhe zur Rubrik XXII 1 a beim Gemeinderathe zu erwirken.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8708.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Sebastian Grünbeck wegen Entfernung der Dornbacher Spodiumfabrik und beantragt die Einsetzung eines Comités aus drei Mitgliedern des Stadtrathes zur Verhandlung mit dem Eigenthümer.

Vice-Bürgermeister Matzenauer beantragt, dass auch Verhandlungen mit dem Adjacenten behufs Beitragsleistung gepflogen werden.

Referenten-Antrag und der Antrag des Vice-Bürgermeisters Matzenauer angenommen.

(8287.) **Derselbe** referiert über den Alternativ-Antrag des Julius Pastrée wegen Parcellierung der Realität Einl.-Z. 1367 in Simmering und beantragt die Genehmigung des sub M.-Z. 162790 eingebrachten Alternativ-Antrages, d. h. auf Abänderung, respective Beschränkung der Parcellierungsbewilligung ddto. 15. August 1894, M.-Z. 162218 ex 1893, auf die Baustellen 1 bis 4 im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(8575.) **Derselbe** referiert über das Project für die Erbauung eines Reservoirs nebst Aufsichtsgebäude zur Wasserversorgung der hochgelegenen Theile des XVIII. und XIX. Bezirkes auf dem kleinen Schafberge in Dornbach, XVII. Bezirk, und beantragt:

1. das Project nach den vorliegenden Plänen mit dem Kostenbetrage von 427.500 fl. für den Bau des Reservoirs und Wächterhauses und mit dem Erfordernisse von 2175 fl. für die gusseisernen Façonröhren, zusammen von 429.675 fl. zu genehmigen;

2. die sämmtlichen Arbeiten und Lieferungen (mit Ausnahme der Beistellung der sonst noch erforderlichen im städtischen Vorrathe befindlichen und diesem Vorrathe zu entnehmenden Gusseisenröhren und Maschinenbestandtheile) sind auf Grund der vorliegenden Bedingnisse und Vorschriften im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung durch Bestellung eines Generalunternehmers sicherzustellen und ist das Ergebnis dieser Offertverhandlung dem Stadtrathe zur Genehmigung vorzulegen;

3. die auflaufenden Kosten sind bei Gruppe VI, Rubr. XXII 6 f, „Reservoirbauten", zu verrechnen und ist die nach dem Bauprogramme pro 1895 entfallende Quote von 200.000 fl. im Präliminare pro 1895 einzustellen.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, die Steinmetzarbeiten separat zu vergeben.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Frage wegen Errichtung offener Reservoirs zu studieren, und die Ausschreibung der Offertverhandlung für Generalunternehmer und Specialofferenten.

Der Referenten-Antrag wird mit der Modification angenommen, dass die Offertverhandlung für einen Generalunternehmer und ein Theiloffert für die Steinlieferung zur Herstellung der Pfeiler, und zwar auf Gmündner Granit oder ein demselben gleichwertiges Steinmaterial auszuschreiben ist.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8733.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Ansuchen des Josef Rieck um Bewilligung zur Wasserentnahme aus dem Schöpfwerke in Altmannsdorf behufs Eisgewinnung und beantragt, das vorliegende Offert abzulehnen. (Angenommen.)

(8852.) **Derselbe** referiert über den von ihm gestellten Antrag wegen Umpflasterung der Wilhelmstraße im XII. Bezirke und beantragt:

1. die durch die Beistellung neuer Würfel zur Umpflasterung der Wilhelmstraße von Or.-Nr. 7 bis Or.-Nr. 29 im XII. Bezirke gegenüber dem Stadtraths-Beschlusse vom 21. August 1894, Z. 6696, genehmigten Kostenerfordernisse von 6291 fl. 99 kr. erwachsenden Mehrkosten von 7057 fl. 34 kr. zu genehmigen, und

2. zur Bedeckung dieses Mehrerfordernisses einen Zuschusscredit in der gleichen Höhe zur Rubrik XXII 1 c beim Gemeinderathe zu erwirken. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8687.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Gewährung einer Unterstützung an die Stollenarbeiters-Witwe Marie Kimbink und beantragt, derselben eine Unterstützung aus den Baugeldern im Betrage von 45 fl. zu gewähren.

St.-R. Dr. Lueger beantragt 50 fl.

Der Referent accommodiert sich.

Der modificierte Referenten-Antrag angenommen.

(8505.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Moriz Spitzer um Grundentschädigung VI., Gumpendorferstraße 16, und Bienengasse 2, und beantragt, den bereits gefassten Stadtraths-Beschluss vom 17. Mai 1894, Z. 3646, aufrechtzuerhalten und daher die Vorstellung bezüglich einer Erhöhung der Grundentschädigung abzulehnen. (Angenommen.)

(8321.) **Derselbe** referiert über den neuerlichen Bericht bezüglich des Ankaufes der Parcellen Nr. 205, 206, 213, 214 und 219 in Köttlach behufs Arrondierung der Pottschacher Werksanlage und beantragt behufs Durchführung dieser Grundkäufe die Bewilligung des Maximalbetrages von 6300 fl. (Angenommen.)

(8370.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wilhelm Beetz um Wasserabgabe für die Bedürfnisanstalt in Penzing nächst der Brücke und beantragt die Bewilligung des angesuchten Revirements bezüglich des Wasserbezuges. (Angenommen.)

(8555.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Verleihung der Zuständigkeit aus dem VI. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Lippold Johann, Geschäftsleiter;
Aspelsberger Johann, Kutscher;
Schönberg Franz, Gürtlergehilfe;
Ehrlich Moses, Privatbeamter;
Bauer Johann, Hutmachergehilfe;
Pallan Alois, Kellner;
Erteltha ler Josef, Privatbeamter;
Charvat Wenzel Karl, Taschnergehilfe;
Bednar Franz, Hausbesorger;
Wipler Johann, Schuhmacher;
Taul Ferdinand, Tischlergehilfe;
Groß Alois, Gemischtwaren-Verschleißer;
Kotek Josef, Schuhmacher;
Reiner Jakob, Drechsler;
Prokesch Johann, Rauchfangkehrergehilfe;
Dreyer Gustav, Buchhalter;
Dlouhy Peter, Drechsler;
Huber Eusebius, Schuhmacher;
Raab August Ad., Tischlergehilfe;
Hochmann Philipp, Pfaidler;
Hochberger Wenzel, Goldarbeitergehilfe;
Waschler Franz, Hausdiener;
Voith Josef, Schneider;
Swoboda Josef, Schlosser;
Stiegler Rudolf, Comptoirist;
Stiegler Hugo, Bauzeichner. (Angenommen.)

(8726.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über die Eingabe des Lagerhausdirectors, betreffend den Beitritt des Lagerhauses zum Giroverkehre der Österreichisch-ungarischen Bank, und beantragt zu genehmigen:

1. dass das Lagerhaus der Stadt Wien dem Giroverkehre der Österreichisch-ungarischen Bank beitrete und zu diesem Behufe einen Mindestbetrag von 1000 fl. ständig unverwendet bei der Bank zu halten, und

2. die Lagerhausverwaltung zur Durchführung der zu dem gedachten Zwecke erforderlichen Schritte zu ermächtigen.

(Angenommen.)

(8628.) **Derselbe** referiert über den Bericht des Scriptors an der Stadtbibliothek Dr. Wilhelm Englmann über seine Theilnahme als Delegierter der Gemeinde Wien an dem kunsthistorischen Congresse zu Köln und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8509.) **Derselbe** referiert über die Josef Schwarzinger'sche Stiftung zur Betheilung eines armen Knaben aus der Schule in der Schwarzingergasse im II. Bezirke mit Winterkleidern und beantragt die Übernahme dieser Stiftung in die Verwaltung der Gemeinde Wien und Genehmigung des vorliegenden Stiftbrief-Entwurfes. (Angenommen.)

(8514.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Comités zur Errichtung eines Gutenberg-Denkmales um einen Beitrag und beantragt, hiezu einen Beitrag von 1000 fl. zu bewilligen, welcher jedoch erst nach dem 1. Jänner 1895 flüssig zu machen ist. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8216.) **Derselbe** referiert über die Geltendmachung einer Pfründen-Rückersatzforderung des Bürgerspitalfondes per 36 fl. 90 kr. gegen Franz und Leopoldine Pischinger und beantragt, diese Forderung durch den Stadtanwalt im Klagewege geltend zu machen. (Angenommen.)

(7677.) **Derselbe** referiert über den Roh-Rechnungsabschluss des städtischen Lagerhauses für die erste Hälfte des Jahres 1894 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8907.) **Derselbe** referiert über die Einsetzung einer Gartenüberwachungs-Commission und beantragt, es ist eine Commission zur Prüfung der Geschäftsführung in Garten-Angelegenheiten, bestehend aus fünf Mitgliedern, nach § 47 des Gemeindestatutes zu wählen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8788.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Flüssigmachung der communalen Ergänzungszulagen und Rückvergütung der Dienstaxen für die Professoren an der verstaatlichten Wiedener Communal-Oberrealschule und beantragt, den Professoren an obiger Anstalt Anton Keller, Franz Daurer, Karl Hoch, Johann Steyrer, Friedrich Haßlwander, Franz Schromm, Karl Beiling und Ignaz Pölzl die im vorliegenden Ausweise A der städtischen Buchhaltung im einzelnen berechneten Ergänzungszulagen vom 1. September 1894 an flüssig zu machen und die städtische Hauptcassa anzuweisen, die pro 1894 an berechneten Zulagen im Gesammtbetrage von 245 fl. 22 kr. ab 1. September 1894 in vier gleichen anticipativen Monatsraten unter sofortiger Erfolglassung der bereits fälligen Raten für die Monate September, October und November 1894 auszubezahlen, vom

1. Jänner 1895 an oder bis zu einer allfälligen Änderung die mit dem dermaligen Jahresbetrage von 1980 fl. ermittelte Ergänzungszulage den Bezugsberechtigten nach Maßgabe des im Ausweise A für jeden einzelnen ermittelten Betrages in 12 monatlichen Anticipativraten flüssig zu machen.

Es seien die dem Director Richard Trampler und den vorgenannten Professoren beim Rechnungs-Departement der k. k. n.-ö. Statthalterei zur Zahlung vorgeschriebenen Diensttaxen im Gesammtbetrage von 4766 fl. 68 kr. denselben rückzuvergüten und sei die städtische Hauptcassa anzuweisen, die erste Monatsrate im Gesammtbetrage von 397 fl. 19 kr., sowie die zweite und dritte Monatsrate im Gesammtbetrage von je 397 fl. 19 kr. sofort, die weiteren Raten per zusammen je 397 fl. 19 kr. jedoch vom 1. December 1894 angefangen durch acht Monate anticipando den Bezugsberechtigten zu erfolgen.

Zur Bedeckung der hiedurch sich ergebenden Auslage pro 1894 per 1589 fl. 16 kr. zur Rubrik XLII 12 sei ein Zuschusscredit in dieser Höhe zu bewilligen. (Angenommen.)

(8690.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Professoren an dem Leopoldstädter Communal-Realgymnasium und Obergymnasium um Flüssigmachung von Quinquennalzulagen und beantragt die Zuerkennung und Flüssigmachung der fünften, beziehungsweise vierten, dritten und ersten Quinquennalzulage an die Professoren Dr. Kürschner v. Renner, E. Friedl, Prix und Dr. Washietl im Sinne der Äußerung des Magistrates.

(Angenommen.)

(8609.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wilhelm Kuttig, Religionslehrer an der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule um Genehmigung der supplitorischen Ertheilung des katholischen Religionsunterrichtes am k. k. Staatsgymnasium im VI. Bezirke und beantragt, diesem Ansuchen gegen dem gewährende Folge zu geben, dass keine Collision bezüglich der Lehrverpflichtung an der Gumpendorfer Oberrealschule eintritt. (Angenommen.)

(8753, 8816.) **Derselbe** referiert über die Note des Bezirksschulrathes Z. 6653 in Betreff des Landesschulraths-Erlasses vom 29. September 1894, Z. 9368, bezüglich der Parallelclassen-Eröffnung und Classentrennung an Schulen des XVII. Bezirkes und wegen Systemisierung des Lehrstatus und beantragt, gegen die Art der Systemisierung der Lehrstellen an der Mädchenschule XVII., Schulgasse, den Recurs zu ergreifen. (Angenommen.)

(8846.) **Derselbe** referiert über die Eröffnung der vierten Parallelclasse zur I. Classe an der Mädchen-Bürgerschule XIV., Braunhirschengasse, und beantragt, die Zustimmung zur Eröffnung dieser Parallelclasse zu ertheilen. (Angenommen.)

(8576.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Männer-Turnvereines in Hernals um Benützung des Turnsaales in der Volksschule im XVII. Bezirke, Dornbach, Gemeindegasse 6, und beantragt die Ertheilung der Bewilligung zur unentgeltlichen Benützung des Turnsaales im obgenannten städtischen Schulgebäude an zwei Tagen der Woche von 7 bis 9 Uhr abends an den genannten Turnverein gegen Bezahlung der Beheizungs- und Beleuchtungskosten.

(Angenommen.)

(8571.) **Derselbe** referiert über die Anweisung der Witwenpension für die Bürgerschuldirectors-Witwe Francisca Czatschkowitsch und beantragt, derselben, da ihr Gatte Andreas am 17. September 1894 gestorben ist, vom 1. October d. J. angefangen die normalmäßige Witwenpension jährlicher 666 fl. 66 kr. auf die Dauer der Witwenschaft aus der Wiener Lehrerpensionscassa gegen seinerzeitige entsprechende Abrechnung mit der n.-ö. Landes-Lehrerpensionscassa an die Quartiergeldsquote für das Quartal vom 1. November 1894 bis Ende Jänner 1895 per 125 fl. mit dem Fälligkeitstermine 1. November 1894 aus den eigenen Geldern zuzuerkennen. (Angenommen.)

(8579.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Bürgerschullehrerswitwe Marie Hiendler, wiederverehelichte Oswald, um Vorbehalt der Witwenpension für den Fall eines abermaligen Witwenstandes und um Concretalpension für ihre zwei Söhne aus erster Ehe und beantragt, derselben nach Einstellung ihrer Witwenpension und die Erziehungsbeiträge für ihre beiden Söhne Leopold und Heinrich per je 80 fl. jährlich unter Anerkennung des Wiederauflebens der Pension, respective der Erziehungsbeiträge für den Fall eines abermaligen Witwenstandes eine Concretalpension jährlicher 216 fl. 66 kr. für die vorbezeichneten zwei Kinder vom 1. September 1894 an bis zum vollendeten zwanzigsten Lebensjahre derselben oder bis zum Tage einer etwa früher erlangten Versorgung zuzuerkennen.

(Angenommen.)

(8823, 8608, 8595, 8607.) **Derselbe** referiert über die Parallelclassenеröffnung, respective Auflassung an der allgemeinen Volksschule für Knaben I. Bezirk, Werderthorgasse 6, und an der allgemeinen Volksschule für Mädchen I. Bezirk, Werderthorgasse 6; über die Parallelclassenеröffnung an der Knaben-Bürgerschule XVIII. Bezirk, Währing, Cottagegasse 17, und der Mädchen-Bürgerschule Währing, Josefigasse 21, über die Eröffnung, respective Auflassung von Parallelclassen an Schulen des XII., XIII. und XIV. Bezirkes, beziehungsweise Trennung von Classen an Schulen des XIII. Bezirkes nach Geschlechtern; über die Parallelclassenеröffnung an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen, II. Bezirk, Pöchlarngasse, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8765.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das Project für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters vor dem Gebäude der k. k. Normalaichungs-Commission in der Trunnerstraße im II. Bezirke, und beantragt:

1. das vorliegende Project für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters vor dem Gebäude der k. k. Normalaichungs-Commission in der Trunnerstraße im II. Bezirke mit dem die Gemeinde treffenden Kostenerfordernisse von 4172 fl. 29 kr. unter der Bedingung zu genehmigen, dass das k. k. Ärar als Eigenthümer des Gebäudes das Trottoir vor demselben in der Länge des herzustellenden Holzstöckelpflasters auf eigene Kosten mit 0·316 m hohen und 0·237 m breiten Granitsteinen auf einer Untermauerung von drei Ziegelscharen versieht;

2. die Auszahlung eines Zehrungsbeitrages von 1 fl. pro Tag an den Bauinspicienten im Sinne des provisorischen Normales zu bewilligen;

3. Einsetzung eines Betrages von 4200 fl. in das Präliminare pro 1895. (Angenommen.)

(8651.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Eigenthümer der Realität II. Bezirk, Taborstraße 82, um käufliche Überlassung des zur Arrondierung dieser Realität erforderlichen Grundes und beantragt die Einsetzung eines Verhandlungscomités. (Angenommen.)

(7912.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Schmalzbauer um Baubewilligung auf der Bürgerspitalfondsparcelle 284 in Unter-Meidling, Rudolfsgasse 42, und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung gegen Widerruf. (Angenommen.)

(7916.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Samuel Glaser um Consens zum Baue einer Schupfe auf der Bürgerspitalfondsparcelle 285/1 in der Steinbauergasse im XII. Bezirke und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung gegen Widerruf.

(Angenommen.)

(8905.) **St.-R. Wurm** referiert in Betreff der Ertheilung des Bauconsenses für den Schulhausbau in der Knöllgasse im X. Bezirke und beantragt:

1. Die Gemeinde Wien findet sich nicht bestimmt, von der Erbauung eines Schulhauses auf den bereits zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 17. November 1893 angekauften Gründen in der Knöllgasse nächst dem Wienerberger Wasserleitungsreservoir aus Anlass der bei der Baucommission am 3. November 1894 seitens der Vertreter des Wiener k. k. Krankenanstaltenfondes und der Direction des k. k. Kaiser Franz Josef-Spitales vorgebrachten Bedenken abzugehen, und es wird daher die mit Gemeinderaths-Beschluss vom 19. October 1894, Z. 8309, ertheilte Baubewilligung aufrecht erhalten.

2. Das magistratische Bezirksamt für den X. Bezirk wird angewiesen, bei der Ausfertigung des Bauconsenses sowohl der k. k. n.-ö. Statthalterei noe. des Wiener k. k. Krankenanstaltenfondes und als Oberleitung und Oberverwaltung der Wiener k. k. Krankenanstalten als auch der Direction des k. k. Franz Josef-Spitales bekanntzugeben, dass die Stadtgemeinde Wien sich im Falle der Erweiterung, beziehungsweise Verlegung des Baracken-Infectionsspitales vorbehalten muss, ihre Einwendungen mit Rücksicht auf den Bestand des Wienerberger Wasserleitungsreservoirs, sowie mit Rücksicht auf den allgemeinen Verkehr an der sehr frequenten Triester Reichsstraße auf Grund der bestehenden Gesetze rechtzeitig zu erheben und dass sie sich daher erlaubt, die hohe k. k. n.-ö. Statthalterei schon derzeit zu ersuchen, bei Verfassung des diesbezüglichen Detailprojectes auf die benachbarte Lage des Wienerberger Hochquellen-Wasserleitungsreservoirs, welches für die öffentlichen sanitären Verhältnisse Wiens von hoher Wichtigkeit ist, entsprechend Rücksicht nehmen zu wollen, beziehungsweise alles zu vermeiden, wodurch für die Bevölkerung Wiens eine wirkliche Gefahr oder eine Beunruhigung der Bevölkerung in Bezug auf eine auch nur mögliche Gefahr hervorgerufen werden könnte. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

10. November 1894.

In der abgelaufenen Woche waren bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen 1422 Arbeiter verwendet; hievon waren 626 an der Gürtel- und Vorortelinie der Stadtbahn, 460 am Baue des Schleusencanales nächst Nussdorf, 336 beim Baue der Sammelcanäle beiderseits des Wienflusses beschäftigt; außerdem standen in Verwendung: beim Bahnbaue 31 Fuhrwerke und eine Dampfmaschine, beim Schleusencanale vier Dampfmaschinen, beim Canalbaue 44 Fuhrwerke.

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim.

October 1894.

Eingelegt 540.769 fl. 58 kr. von 2326 Parteien (auf Sparcassa-Bücheln).

Rückgezahlt 621.542 fl. 79 kr. an 1972 Parteien.

Stand vom 31. October 1894:

Gesammteinlagen auf 20.747 Conti	11,338.995 fl. 54 kr.
Hypothekar-Darlehen	8,646.042 „ 80 „

Personal-Angelegenheiten.

(Ernennungen.) Zufolge Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 12. October d. J., Z. 79763, wurde Baurath Josef Schiebek zum Mitgliede der Commission für die Prüfung der Praktikanten des Wiener Stadtbauamtes für den Staatsbaudienst, und Baurath Adolf Wilhelm zu dessen Stellvertreter ernannt.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 4. November bis 10. November 1894.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	283.418	kg	(Davon aus Nieder-Österreich — 205.460; aus Ober-Österreich — 2140; aus Tirol — 10; aus Mähren — 6447; aus Galizien — 63.736; aus Ungarn — 4690; aus der Bukowina — 534; aus Croatien — 151; aus Australien — 250 kg)
Kalbfleisch	8.500	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 3672; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren 81; aus Galizien — 4645; aus Ungarn — 15; aus der Bukowina — 87 kg)
Schaffleisch	25.880	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 1366; aus Mähren — 22; aus Galizien — 16.216; aus Ungarn 145; aus der Bukowina — 8131 kg)
Schweinfleisch	77.957	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 43.570; aus Ober-Österreich — 86; aus Böhmen — 727; aus Croatien — 183; aus Mähren 1537; aus Galizien 25.088; aus Ungarn — 6558; aus Steiermark — 208 kg)
Kälber	1.257	Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 151; aus Ober-Österreich 15; aus Mähren — 46; aus Galizien — 1017; aus Ungarn — 7; aus der Bukowina — 4; aus Tirol — 6; aus Croatien — 11 St.)
Schafe	510	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 405; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren 4; aus Galizien — 29; aus der Bukowina — 72 St.)
Schweine	1.390	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 187; aus Mähren — 15; aus Galizien — 1177; aus Ungarn — 11; aus der Bukowina — — St.)
Lämmer	7	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 6; aus Galizien — 1 St.)

Die Zufuhren für den Approvisionierungsverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	20	bis	74	kr.	per	Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	50	„	90	„	„	„
„	Australisches: vorderes				40	„	„	„
„	„ hinteres				50	„	„	„
Kalbfleisch		von	40	bis	80	„	„	„
Schaffleisch		„	26	„	48	„	„	„
Schweinfleisch		„	40	„	68	„	„	„
Kälber		„	44	„	70	„	„	„
Schafe		„	25	„	42	„	„	„
Schweine		„	52	„	58	„	„	„

Infolge bedeutend stärkerer Zufuhren als in der Vorwoche konnten sich trotz lebhafter Nachfrage die anfangs der Woche erzielten besseren Preise nicht behaupten und mussten am Wochenschlusse für vorderes Rindfleisch, Kalbfleisch, Schaffleisch, Schweinfleisch, Kälber und Schweine Preisnachlässe von 2 bis 6 kr. per Kilogramm gewährt werden. Die übrigen Fleischwaren behaupteten die vorwöchentlichen Preise. — Ein großer Theil der samstägigen Zufuhr blieb unverkauft.

* * *

Pferdemarkt vom 9. November 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 549 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 80—400 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 18—85 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 12. November 1894.

1. Auftrieb.

Mastvieh 2611, Weidevieh 934, Beinlvieh 1535.

Summa . 5080.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	2297
Galizische „ . . .	755
Deutsche „ . . .	1692
Büffel „ . . .	336

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3918
Stiere	452
Kühe	710

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von 49	bis	69	fl.	Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 34½ bis 46 %) welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung: a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung; b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt 2c.; c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt 2c., zugesteht.
(extrem	„ —	„	—	„)	
Galiz. Schlachtthiere	„ 52	„	65	„	
(extrem	„ —	„	—	„)	
Deutsche Schlachtthiere	„ 54	„	68	„	
(extrem	„ 69	„	70	„)	
Weidevieh	„ 49	„	58	„	

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von 22	bis	35½	fl.
Stiere	„ 25	„	37	„
Kühe	„ 24	„	32 (—)	„
Büffel	„ 18	„	25	„
Beinlvieh	„ 14	„	22	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . von 26 bis 60 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen	248 Stück
Beinlvieh	123 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 635 Stück Schlachtthiere weniger aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des zum größten Theile nur in Beinlvieh verringerten Auftriebes ruhig und haben die Preise der Vorwoche keine Änderung erfahren.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 10. November 1894.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 78—82 kg)	von 6 fl. 60 kr.	bis	7 fl. 35 kr.
Roggen („ „ „ „ 71—78 „)	„ 5 „ 50 „	„	5 „ 95 „
Gerste	„ 5 „ — „	„	9 „ 10 „
Mais	„ 6 „ 85 „	„	7 „ 10 „
Hafer	„ 5 „ 95 „	„	6 „ 80 „

b) Mahlproducte.

Grieß	von 11 fl. 20 kr.	bis	12 fl. 50 kr.
Weizenmehl	„ 5 „ — „	„	12 „ 50 „
Roggenmehl	„ 6 „ — „	„	10 „ 30 „
Weizenkleie	„ 3 „ 60 „	„	4 „ 10 „
Roggenkleie	„ 3 „ 80 „	„	4 „ — „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 1. November bis 8. November 1894.

Waren eingelagert . . . . . 60.350 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 40.083 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 16.739 Meter-Centner.

Lagerstand vom 8. November 1894: 391.218 Meter-Centner, und zwar:

88.753	Meter-Centner	Weizen,	85.828	Meter-Centner	Roggen,
87.708	„	Gerste,	34.014	„	Hafer,
12.146	„	Mais,	34.902	„	Ölsaaten,
19.004	„	Mehl u. Kleie,	1.732	„	Wein,
1.498	„	Zucker,	— Hektoliter à 100% Spiritus.		

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,360.260 fl. öst. Währ.

Militär-Angelegenheiten.

Nachcontrole der Urlauber, Reservemänner und Ersatzreservisten des Heeres (Kriegsmarine), sowie der Angehörigen der Seewehr und der königl. ungar. Landwehr (Honvéd) für das Jahr 1894.

Die Nachcontrole der Urlauber, Reservemänner, Ersatzreservisten, sowie der Angehörigen der Seewehr und der königl. ungar. Landwehr (Honvéd) wird für das Jahr 1894 vom 21. bis incl. 26. November in Drehers Saallocalitäten, III., Hauptstraße Nr. 97, I. Stock, vorgenommen und beginnt dieselbe am 21., 22., 23., 24. und 26. November um 8 Uhr früh, am 25. November um 10 Uhr vormittags.

Der Nachcontrole haben alle jene Urlauber, Reservemänner und Ersatzreservisten des Heeres (Kriegsmarine), sowie die Angehörigen der Seewehr und königl. ungar. Landwehr (Honvéd) beizuwohnen, welche ihrer Verpflichtung, bei der Hauptcontrole zu erscheinen, nicht nachkommen konnten.

Die Reihenfolge, in welcher dieselben bei der Nachcontrole sich einzufinden haben, ist die nachstehende:

Am 21. November die Controlpflichtigen, deren Namen mit dem Buchstaben A, B, C, D, E, F beginnen,

am 22. November die Controlpflichtigen, deren Namen mit dem Buchstaben G, H, J beginnen,

am 23. November die Controlpflichtigen, deren Namen mit dem Buchstaben K, L, M beginnen,

am 24. November die Controlpflichtigen, deren Namen mit dem Buchstaben N, O, P, Q, R, T, U, V beginnen,

am 25. November die Controlpflichtigen, deren Namen mit dem Buchstaben W, X, Y, Z beginnen, und

am 26. November die Controlpflichtigen, deren Namen mit dem Buchstaben S, Sch, St beginnen.

Es werden sonach diese Controlversammlungen am 26. November gänzlich geschlossen.

Gegen die auch von der Nachcontrole ungerechtfertigt weggebliebene Mannschaft wird nach den Strafvorschriften unnachsichtlich vorgegangen werden. (Kundmachung des Magistrates vom 12. November 1894, M.-Z. 138274.)

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 8. bis 12. November 1894:

Für Neubauten:

IX. Bezirk: Haus, Sobieski- und Sechsschimmelgasse, Grundb.-Einl. 1515, von Auguste Tischler, Bauführer Josef Tischler (8215).

X. Bezirk: Van der Nüllgasse, Einl.-Z. 1789, von Paula Weiser, Bauführer ? (37806).

„ „ Gellertgasse, Einl.-Z. 2516, von Paula Weiser, Bauführer ? (37807).

XVII. Bezirk: Haus, Hernals, Hauptstraße 17, von Alfred Wünsch, II., Praterstraße 49, Bauführer Josef Wägler (36708).

Für Zubauten:

VII. Bezirk: Fabrikszubau, Schottenfeldgasse 60, von Karoline Tobisch, Bauführer M. und J. Sturany (8274).

„ „ Fabrikszubau, Neustiftgasse 119, von Louis Rößler, Kaiserstraße 80, Bauführer M. Kaiser (8275).

X. Bezirk: Erlachplatz 3, von Anton Freißler, Bauführer Holzmann (38355).

XVI. Bezirk: Seitentract, Ottakring, Wilhelminenstraße 143, von Peter Rogan, XVI., Eisnerstraße 22, Bauführer Franz Gräf (49627).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Ebendorferstraße 3, von Rosa Wirth, Bauführer Karl Zeller (8192).

„ „ Schwangasse 2, von Stanislaus Hanusch, Baumeister (8222).

„ „ Freyung 1, von Moriz v., Wilh. und Karl Kuffner, XVI., Hauptstraße 71, Bauführer Franz Bock (8240).

„ „ Giselastraße 6, von Dr. Friedrich Rechen, Bauführer M. Göd (8252).

„ „ Gonzagagasse 19, von Moriz und Josef Sturany, Baumeister (8253).

III. Bezirk: Hauptstraße 117, von Anton Schnabls Erben, Bauführer Jos. Leitner (8213).

„ „ Fasangasse 29, von Ignaz und Josef Kölbl, Bauführer Jos. Gruber (8246).

V. Bezirk: Griesgasse 14, von Mausch & Buchwald, Bauführer ? (8211).

VII. Bezirk: Schottenfeldgasse 85, von Franz Descovich, Bauführer ? (8198).

„ „ Apollogasse 3, von Moriz und Josef Sturany, Baumeister (8245).

VIII. Bezirk: Alserstraße 67, von Karl Hörandner, VII., Seidengasse 44, Bauführer W. Schulz (8249).

X. Bezirk: Leebgasse 18, von Anton Freißler, Bauführer Holzmann (38356).

XV. Bezirk: Fünfhaus, Goldschlagstraße 22, von Magdalena Kreipl, ebenda, Bauführer Joh. Lackner, Maurermeister (26561).

XVI. Bezirk: Ottakring, Brestlgasse 4, von Rupert Weikart, Brestlgasse 6, Bauführer Wilhelm Maißer & Franz Roth (43626).

„ „ Neulerchenfeld, Hauptstraße 27, von Laurenz und Theresia Pollak, ebenda, Bauführer Franz Haslinger (50001).

XVII. Bezirk: Dornbach, Hauptstraße 103, von Anton Trimmel, ebenda, Bauführer Johann Steinmetz (36497).

„ „ Hernals, Weinhauserstraße 38, von Martin Pischler, ebenda, Bauführer Wenzel Gabauer (36530).

XVII. Bezirk: Hernals, Hauptstraße 123, von Emanuel Winter, ebenda, Bauführer Karl Haas (36566).

„ „ Hernals, Kirchengasse 85, von Hans Peschl, ebenda, Bauführer Wenzel Voit (36651).

XIX. Bezirk: Sievering, Hauptstraße 253, von Franz Waas, Billrothstraße 24, Bauführer Leopold Rettinger (20256).

„ „ Döbling, Hohe Warte 23, von Wilhelm Meindl, I., Gonzagagasse 7, Bauführer Schlaf & Peratlik (20400).

„ „ Döbling, Hauptstraße 62, von M. Haymann, ebenda, Bauführer A. Micheroli (20403).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Warenaufzug, Nestroygasse 9, von Flach & Keil, Bauführer ? (8241).

III. Bezirk: Hütte, Untere Weißgärberstraße 9, von Ferd. Nyitrai und Josef Krause, Bauführer M. Neubauer (8230).

V. Bezirk: Gewächshaus, Siebenbrunnengasse 15, von Amalia Eckstein, Bauführer M. Kaiser (8185).

IX. Bezirk: Gartenhaus, Kapellengasse 3, von Alexander Müller, Waisenhausgasse 10, Bauführer ? (8212).

XI. Bezirk: Senkgrube, Simmering, 4. Landengasse, Consc.-Nr. 127, von Moriz Giller, Bauführer Anton Haindl (14995).

„ „ Simmering, Feldgasse 51, von der I. österr. Seifensieder-Gewerks-Gesellschaft „Apollo", Bauführer Johann Schneider (14900).

XIV. Bezirk: Herstellung eines Rohrcanales, Rudolfsheim, Buchgasse 39, von Gottfried Alber, ebenda, Bauführer derselbe (30003).

XVII. Bezirk: Hauscanal, Dornbach, Hauptstraße 117, von Ferdinand Paschings Witwe, ebenda, Bauführer Heinr. Sikora (36463).

„ „ Hauscanal, Dornbach, Hauptstraße 123, von Anton und Theresia Schatzinger, ebenda, Bauführer Heinr. Sikora (36464).

XIX. Bezirk: Steinzeug-Rohrcanalisierung, Döbling, Hohe Warte 9, von Theodor Schultz, ebenda, Bauführer Franz Feigl (19870).

„ „ Stützmauer, Döbling, Hofzeile 33, von Bernhard Salzer, ebenda, Bauführer Adolf Micheroli (19967).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

II. Bezirk: Gießmanngasse 18, von Franz Strasser, Wallensteinstraße 80 (8220).

IV. Bezirk: Favoritenstraße 36, von Holzmann & Comp., Weyringergasse 40, für Raimunde Anders (8223).

VI. Bezirk: Laimgrubengasse 17, von Karl Stigler, VII., Bernardgasse 22 (8232).

VII. Bezirk: Zieglergasse 75, von Holzmann & Comp., Weyringergasse 40, für Franz und Ferd. Katzer (8224).

IX. Bezirk: Porzellangasse 45, von Emil Schnizer v. Lindenstamm, für Anton und Marie Rother, Berggasse 10 (8217).

XV. Bezirk: Fünfhaus, Cat.-Parc. 227/9—228/7, Einl.-Z. 359 und 806, Pelzgasse Consc.-Nr. 709, von Jakob und Theresia Blamm, XVI., Burggasse 10 (26740).

XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Billrothstraße 24, von Franz Waas (20257).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

I. Bezirk: Riemergasse 12, von Julius Mraczek und Marie Lentsch III., Gärtnergasse 4 (8186).

VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 20, von H. F. Lederer & Al. Schweinburg, Gumpendorferstraße 40 (8236).

VIII. Bezirk: Langegasse 2, von Ch. M. Cabos & Al. Schweinburg, VI., Gumpendorferstraße 40 (8235).

XI. Bezirk: Simmering, Dorfgasse 7, Consc.-Nr. 80, von Jos. Schmelzer, Demolierender Ferd. Kaindl (14993).

Gewerbeanmeldungen vom 5. November 1894.

(Fortsetzung.)

Bruckmann Ignaz — Provisionsagentie — V., Anzengrubergasse 30.

Wieser Edler v. Brunecken Hannibal — Provisionsagent — V., Siebenbrunnengasse 28.

Eckelhart Elisabeth — Rauchrequisiten- und Toilettegegenstände-Verschleiß — III., Hörnesgasse 16.

Neumann Aloisia — Schlittschuh-Verschleiß — V., Ziegelofengasse 12.

Baran Johann — Schuhmacher — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 53.

Müller Lorenz — Selchwaren-Verschleiß — IV., Hauptstraße 2, 3. Hof.

Stiel Karl — Selchwaren-Verschleiß — IV., Schikanedergasse 4.

Weikmann Franz — Selchwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse, Markt.

Bolis Anna — Verschleiß von färbiger Seide — VII., Kandlgasse 23.

Modern Adolfine — Verschleiß von neuen Herrenkleidern — VII., Burggasse 81.

Wagner Julius Edmund — Verschleiß von Rohrwaren und Korbmachermaterialien — VII., Kaiserstraße 98.

Hartl Marie — Victualienhandel — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 35.
Gamsjäger Marie — Victualien-Verschleiß — III., Reisnerstraße 1.
Stehlik Katharina — Weißnäherin — VII., Myrthengasse 7.
Eckelhart Elisabeth — Zeitungs-Verschleiß — III., Hörnesgasse 16.
Ramharter Johann — Ziergärtner — XI., Simmering, Schußlinie Nr. 373.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 6. November 1894.

Poglies Edmund — Commissionswaren-Verschleiß — I., Stubenbastei 4.
Birke Anton — Einspänner — VI., Magdalenenstraße.
Schäfer Josefine, Stefanowski Felix — Erzeugung von Cigarettenhülsen und Papierspitzen — I., Schulerstraße 18.
Tipel Marie — Erzeugung von plastischen Figuren — VIII., Lerchenfelderstraße 44.
Klinger Emma — Feinputzerei — IX., Glasergasse 16.
Pessel Siegmund — Friseur — VIII., Josefstädterstraße 16.
Heilinger Adolf — Futterartikelhandel — X., Vordere Südbahnstraße nächst der Matzleinsdorferlinie.
Boček Ottilie — Gastwirtin — X., Buchengasse 64.
Höbarth Georg — Gastwirt — XVII., Hernals, Blumengasse 17.
Kamptner Johann — Gastwirt — XIV., Rudolfsheim, Morizgasse 10.
Link Agnes — Gastwirtin — V., Einsiedlerplatz 11.
Böhm Therese — Gastwirtin — XIV., Rudolfsheim, Siegmundsgasse 9.
Punitzer Julius, Singer Lazarus — Gemischtwarenhandel — I., Jasomirgottstraße.
Haslinger Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Reindorfgasse 10.
Krispin Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Alserstraße 32.
Schreiber Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Liechtensteinstr. 62.
Stockinger Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Gymnasiumstraße (Feldgasse) 27.
Tiefenbacher Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unt.-Meidling, Rauchgasse 30.
Tinkel Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Hietzing, Eskelesg. 4.
Worel Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Alserstraße 30.
Suttner Richard, Freiherr von — Handel mit Grabmonumenten und Grabsteinen — XI., Kaiser-Ebersdorf, an der Preßburger Reichsstraße, Parcelle 710/2.
Klein Regine — Haus- und Küchengeräthe-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Hauptstraße 43.
Gißwein Franz — Holz- und Kohlen-Verschleiß — IX., Fechtergasse 15.
Kiß Julius — Holz- und Kohlen-Verschleiß — X., Leibnitzgasse 36.
Losert Josef — Holz- und Kohlen-Verschleiß — X., Laxenburgerstr. 99.
Nefzger Georg — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XVII., Dornbach, Kainzgasse 9.
Schober Magdalena — Holz- und Kohlen-Verschleiß — X., Himbergerstraße 147.
Brabetz Charlotte — Käse-, Salami-, Delicatessen- und Wein-Verschleiß — XVIII., Währing, Theresiengasse 33.
Reger Ursula — Kaffeeschank — XIV., Rudolfsheim, Märzstraße 55.
Sedlakik Ladislaus — Kleidermacher — VIII., Alserstraße 55.
Eckhart Anna — Markifierantie — X., Laxenburgerstraße 11.
Seefischer Michael — Marktfierant — XII., Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 36.
Pattis Anna — Milch-, Gebäck- und Obst-Verschleiß — XVIII., Währing, Schulgasse 10.
Vavra Alois — Mineralwasser-Verschleiß — V., Arbeitergasse 14.
Kokesch Beile — Pfaidlerin — VIII., Skodagasse 8.
Lux Julius — Pfaidler — V., Wolfganggasse 33.
Schmidt Anna — Pfaidlerin — XIV., Rudolfsheim, Herklotzgasse 43.
Winter Karoline — Pfaidlerin — XVIII., Währing, Schulgasse 10.
Losert Josef — Pferdefleisch-Verschleiß — X., Richardgasse 13.
Horvath Johann — Photograph — III., Rennweg 57.
Budinsky Franz — Schuhmacher — V., Krongasse 9.
Wertheim Pankratz — Schuhmacher — XIV., Rudolfsheim, Sechshauser Hauptstraße 50.
Tabischetzky Eduard — Selchfleisch-Verschleiß — I., Volksgartenstraße 5.
Spitzer Jakob — Verabreichung von koscheren Speisen — X., Himbergerstraße 48.
Schüller Franz — Verschleiß von Reliefbildern, Juxkarten und Wunschbüchern — XIV., Rudolfsheim, Hauptstraße 63.
Brandl Leopoldine — Victualienhandel — III., Custozzagasse 3.
Jakubovics Apollonia — Victualienhandel — IX., Nussdorferstraße 68.
Prokisch Marianne — Victualienhandel — III., Hörnesgasse 24.
Humann Marie — Victualien-Verschleiß — XVII., Hernals, Palffygasse 13.
Lackner Johann — Victualien-Verschleiß — I., Stadiongasse, Markthalle.
Winter Josef — Wäscherei — III., Fasangasse 29.
Matauschek Hermine — Zeitungs-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 28.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 7. November 1894.

Böck Franz — Bauunternehmer — V., Wienstraße 20.
Hermann Michael — Feilbieten von Gebäck, Butterbrot und Würstel im Umherziehen — I., Judengasse 10.
Schrank Johann — Gastwirt — XVII., Hernals, Syringgasse 11.
Gaschnitz Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Vor dem Linienamtsgebäude in Inzersdorf.
Pagler Laurenz — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Hietzing, Nisselgasse 16.
Perzi Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Quellengasse 59.
Redl Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Meidling, Quelleng. 17.
Anton Rudolf — Geschäftsbesorgung — I., Fleischmarkt 3.
Lochay-Buresch Emanuel — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Österr.-ung. Holz-Interessent" — X., Raaberbahngasse 10.
Springer Ignaz, Goldberger Jacques — Kunstblumen-Erzeugung — I., Sterngasse 8.
Roskosz Victor — Kunstblumen-Erzeugung — XVII., Hernals, Mayßengasse 33.
Israel Hermine — Modistin — I., Goldschmiedgasse 8.
Mateovics Karoline — Obst- und Grünwarenhandel — XVII., Hernals, Rosensteingasse 1.
Wittenburg Karl — Pfaidler — IV., Hauptstraße 20.
Ackermann Nafil — Putzen und Verschleiß von Viehhaaren aller Art — XVII., Hernals, Teichgasse 1.
Jelinek Franz — Schuhmacher — XIV., Rudolfsheim, Reindorfg. 12.
Schlachthammer Adele — Schulhefte-, Kurz- und Galanteriewaren-Verschleiß — XII., Meidling, Wilhelmstraße 4.
Pippa Franz — Stadtlohnfuhrwerk — XII., Meidling, Radetzkyg. 21.
Strnad Josefa — Stadtlohnfuhrwerk — XVII., Hernals, Hauptstr. 119.
Krammer Heinrich Maximilian — Taschner — I., Rothenthurmstr. 29.
Udel Anton — Uhrmacher — XIII., Penzing, Lainzerstraße 383.
Saitz Johann Nep. — Vergrößerung von Bildern auf photographischem Wege — XV., Fünfhaus, Neubaugasse 34.
Giuliani Josef — Verschleiß von Material- und Parfumeriewaren, sowie Verbandstoffen — I., Haarhof 4.
Buchta Michael — Victualienhandel — I., Zedlitzhalle.
Schuh Johann — Victualienhandel — XVII., Hernals, Dorotheerg. 44.
Hofmeister Johanna — Victualien-Verschleiß — XVIII., Währing, Mitterberggasse 8.
Herzog Norbert — Wagner — XV., Fünfhaus, Tellgasse 8.
Kraus Karoline — Wildbret- und Geflügelhandel — XIV., Rudolfsheim, Cardinal Rauscherplatz 5.
Spergel Barbara — Wilbret- und Geflügelhandel — XV., Fünfhaus, Reithofferplatz.
Fronner Katharina — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Michaelerstraße 29.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 8. November 1894.

Berger Katharina — Auskocherei (koscher) — XVI., Ottakring, Friedmannsgasse 64.
Abel Isidor — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse
Blau Isidor — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse
Hoffmann Karl — Betrieb eines Marionettentheaters — III., Ungarg. 2
Weßely Rudolf — Betrieb einer Privatzeichen- und Malschule — III., Beatrixgasse 14.
Nowak Amalie — Brantweinschank — XVI., Ottakring, Hauptstr. 129.
Quastler Johanna — Brantwein- und Theeschank — VII., Siebensterngasse 31.
Schwarz Karoline — Cravatten-Erzeugung — VI., Stumpergasse 6.
Neuhold Alois — Dachdecker — XIV., Rudolfsheim, Sturzgasse 15.
Schwarz Amalie — Drechslergewerbe — XVI., Ottakring, Hoferg. 22.
Weishaar Karl — Drechsler — VI., Gumpendorferstraße 81.
Jenichel Hinde — Federnschmückerin — I., Adlergasse 14.
Haslinger Andreas — Fleischhauer — V., Hertbergasse 24.
Punzet Johann — Fleischhauer — XIX., Heiligenstädterstraße 148.
Fritsch Franz — Fleisch-Verschleiß — VII., Kandlgasse 28.
Linka Ottokar — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Brestelgasse 3.
Hunadiny Leopold — Friseur — X., Quellengasse 43.
Kurzwart Georg — Gast- und Schankgewerbe — III., Schlachthausgasse 423.
Wolf Wilhelm — Gast- und Schankgewerbe — XII., Meidling, Josefigasse 10.
Moser Franz — Gastwirt — VII., Kaiserstraße 26.
Pazelt Ignaz — Gastwirt — VIII., Alserstraße 67.
Gansel Anna — Geflügelhandel — VI., Esterházygasse 22.
Dechant Juliana — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 30.
Goldblatt Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Mariahilferstraße 105.
Latscher Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Steudelgasse 15.
Mader Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Herbststraße 46.
Österreicher Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Millergasse 17.

Pokorny Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 154.
Schäfer Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Getreidemarkt 13.
Weilguni Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 72.
Bach Georg — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — XVII., Hernals, Teichgasse 13.
Hasse Karl Friedrich — Industriemaler — XIII., Penzing, Rochusg. 6.
Schulmeister Amalie — Kaffeeschank — VI., Brauergasse 2.
Klubal Gottlieb — Klaviermacher — X., Wielandplatz 6.
Bürger Antonie Marie — Kleidermacherin — VII, Burggasse 42.
Kochwasser Victoria — Kleidermacherin — I., Fleischmarkt 12.
Mohrle Eleonore — Kleidermacherin — VII., Kaiserstraße 6.
Petarek Franz — Kleidermacher — VII., Zollergasse 15.
Baumgärtner Victor — Kleinfuhrwerk — XVI., Ottakring, Liebhartsgasse 44.
Beier Marie — Kleinfuhrwerk — XVI., Ottakring, Dornbacherstraße 7.
Nawratil Vincenz — Korbflechter — XVII., Ottakring, Ottakringerstraße 88.
Přibik Otto — Lederzurichter — XII., Meidling, Breitenfurterstraße 38.
Herglotz Wendelin — Margarinbutter- und Schmalzfabrication — VI., Mollardgasse 84.
Weber Friederike — Milch-Verschleiß — VI., Luftbadgasse 13.
Szokoll Stephan — Musiker — XVII., Hernals, Krongasse 18.
Huschek Marie — Obst- und Gemüsehandel im Umherziehen — VI., Gumpendorferstraße 161.
Walek Stephan — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 44.
Argauer Wilhelm — Privat-Clavierschule — XIX., Heiligenstadt, Billrothstraße 15.
Kowarovics Anna — Sauerkraut-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 2 D.
Latal Johann — Schuhmacher — XVII., Hernals, Gschwandnergasse 22.
Skala Franz — Schuhmacher — XVII., Hernals, Sterngasse 60.
Szabó Michael — Schuhmacher — XVI., Ottakring, Kirchstetterng. 43.
Sündermann Anton — Sonn- und Regenschirmmacher — XVII., Hernals, Veronikagasse 44.
Dinstl Wilhelm, Meinl Alfred — Specereiwarenhandel — I., Johannesgasse 27.
Schuschny Paul — Theehandel — XVII., Hernals, Rokitanskygasse 44.
Junik Johann — Tischler — XII., Meidling, Leopoldgasse 4.
Schmutzer Karl — Tischler — XII., Meidling, Breitenfurterstraße 51.
Mikan Anna — Verschleiß von Schulbüchern, Kalender und Heiligenbildern — VI., Gumpendorferstraße 127.
Pachinger Stephan — Victualien-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Wehrgasse 15.
Pell Amalie — Victualien-Verschleiß — VI., Haydngasse 17.
Weidlich Theresia — Wäscheputzerin — XVI., Neulerchenfeld, Lerchenfelderstraße 54.
Lach Rosa — Webstuhlvorrichterei und Litzenstrickerei — VI., Garberg. 8.
Kosa Franz — Wildbret- und Geflügelhandel — VII., Kandlgasse 28.
Gittner Wenzel — Ziergärtner — XIII., Breitensee, Schanzgasse 21.
Valent Juliana — Zuckerbäckerwaren- und Canditen-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 137.

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 9. November 1894.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Beileidskundgebung anläßlich des Ablebens des Kaisers Alexander III. von Rußland . . . 2337
2. Spende Sr. Majestät des Kaisers für die Armenlotterie . . 2337
3. Spende der Adele Wagenmann . . . 2337
4. Spende des Victor Mautner Ritt. v. Markhof . . . 2337
5. Legat nach Amalie Urbany . . . 2337
6. Spende des August Rath . . . 2337
7. Spende eines Ungenanntseinwollenden . . . 2337
8. Spende des kaiserl. Rathes J. E. A. Ruthmayer . . . 2337
9. Spende des Johann Preleuthner für die städtischen Sammlungen . . . 2337
10. Entschuldigung der Gem.-Räthe Dr. Klotzberg, Zweig, Brauneiß und Dr. v. Billing wegen Fernbleibens . . . 2337
11. Ergebnis der Wahl in den Bezirksschulrath . . . 2337
12. Ergebnis der Wahl in den Landesschulrath . . . 2337
13. Dank der Gesellschaft für vervielfältigende Kunst für die gewährte Subvention . . . 2337
14. Einladung des Gemeinderathes seitens des Schillervereines „Die Glocke“ . . . 2337
15. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Bärtl, betreffend die Einsetzung einer Gartenüberwachungs-Commission . 2338
16. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Schlögl, betreffend seinen Antrag auf Einsetzung einer gemeinderäthlichen Commission behufs Verwertung des Rathhauskellers . . . 2338
28. Ergebnis der Wahl in die Gewerbeschul-Commission . . . 2340
29. Ergebnis der Wahl in die Franz Josef-Jugendasyl-Commission 2340

Einlauf:
17. Erlaß der k. k. n.-ö. Statthalterei, betreffend die Entscheidung der Baudeputation über den seitens einer Gruppe Interessenten eingebrachten Recurs gegen die Baulinienbestimmung für die Nagler- und Bognergasse im I. Bezirke . . . 2338

Interpellationen:
18. Gem.-Rath Purscht, betreffend die Namhaftmachung jener Experten der Gemeinde Wien, welche sich für die Zulassung der neuen Imperial-Wagentype der Wiener Tramway-Gesellschaft ausgesprochen haben . . . 2338
19. Gem.-Rath Schieferl, betreffend die Richtigstellung einiger angeblich vom Vorstande des Marktamtes in einer Enquête aufgestellter Behauptungen über die Ursachen der Fleischtheuerung . 2338
20. Gem.-Rath Schuh, betreffend die Regulierung der Nagler- und Bognergasse . . . 2339
21. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Zufuhr von Hochquellenwasser nach Unter-Döbling . . . 2339

Anträge:
22. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Verbesserung der Beleuchtung der Döblinger Hauptstraße . . . 2340
23. Derselbe, betreffend die Instandsetzung der Fahrstraßen und Gehwege auf den Leopoldsberg . . . 2340
24. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Regulierung der Weinhauserstraße im XVII. Bezirke . . . 2340
25. Derselbe, betreffend die Wasserbeschaffung für den maschinellen Betrieb der Schottererzeugung auf dem Exelberge . . . 2340
26. Gem.-Rath Purscht, betreffend die Reform im Licitationsverfahren bei steuerexecutierten Pfandobjecten . . . 2340
27. Gem.-Rath Herold, betreffend die Vermehrung der Beamten des Verzehrungssteueramtes auf dem Central-Viehmarkte . . . 2340
28. und 29. Siehe unter Mittheilungen des Vorsitzenden.

Referate:
30. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend das Project für die Erbauung eines Wasserleitungs-Reservoirs auf der sogenannten Schafbergalpe in Dornbach . . . 2342
31. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend die Erwerbung der Realitäten Nr. 49 und 51 in der Gaullachergasse im XVI. Bezirke für Schulbauzwecke . . . 2350
32. Gem.-Rath Schneiderhan, betreffend die Umpflasterung der Wilhelmstraße von Nr. 7 bis Nr. 29 im XII. Bezirke (Zuschusscredit) . . . 2350
33. Siehe unter Wahl.
34. Bürgermeister Dr. Grübl, betreffend die Systemisierung von 20 Praktikantenstellen für die Stadtbuchhaltung . . . 2352

Wahl:
33. Vornahme der Wahl von vier Schriftführern des Gemeinderathes . . . 2352

Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 6. November 1894 . . . 2359

Allgemeine Nachrichten:
Commission für Verkehrsanlagen . . . 2364
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim . . . 2364
Personal-Angelegenheiten:
Ernennungen . . . 2364
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 4. bis 10. November 1894 . . . 2364
Pferdemarkt vom 9. November 1894 . . . 2365
Schlachtviehmarkt vom 12. November 1894 . . . 2365
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 10. November 1894 . . . 2365
Städtisches Lagerhaus . . . 2365
Militär-Angelegenheiten:
Nachcontrole der Urlauber, Reservemänner und Ersatzreservisten des Heeres (Kriegsmarine), sowie der Angehörigen der Seewehr und der königl. ungar. Landwehr (Honvéd) für das Jahr 1894 . . . 2365
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 8. bis 12. November 1894 . . . 2366
Gewerbeanmeldungen . . . 2366
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik. — J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß). Wien, I., Walfischgasse 10.

Prot.-Nr. 127772 ex 1894.

IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Baumeisterarbeiten, der Lieferung der hydraulischen Bindemittel, der Steinmetzarbeiten, der Lieferung der Traversen, der Zimmermanns-, Spengler-, Schieferdeckerarbeiten, der Holzcementeindeckung, der Lieferung der Asphaltisolierplatten, der Asphaltiererarbeiten, der Herstellung der Falzziegelgewölbe, der Bau- und Möbeltischlerarbeiten, der Lieferung der Schulbänke, der Schlosser-, Anstreicher-, Glaser- und Bildhauerarbeiten, der Lieferung der Steinzeug- und Klinkerwaren, der Füllöfen, der Herstellung der Holz- und Kohlenaufzüge, der Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten, der Installation der Wasserleitung, der Closet- und Pissoirherstellung und -Bespülung für den Ausbau der allgemeinen Volksschule der Stadt Wien im VI. Bezirke, Mittelgasse 24,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Donnerstag den 6. December d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle des Rathhauses,** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jeder mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. November 1894. 2–3

Ad Prot.-Nr. 170472 ex 1894.

Ref.-Nr. 3712. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung von 1200 m³ Aufstreusand für die Stadtsäuberung im I. Bezirke in der Zeit vom 15. November 1894 bis inclusive 14. November 1895** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 17. November d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die mit Stadtraths-Beschluss vom 30. October d. J., Z. 8722, genehmigten Bedingnisse im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben die am Schlusse eines derartigen Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und dieses Exemplar, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. November 1894. 2–2

Ad Prot.-Nr. 136658 ex 1894.

Ref.-Nr. 2874. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der zur **Herstellung eines Schöpfwerkes für Straßenbespritzung** auf dem Grunde Cat.-Parc. 637/1 an der Ebersdorferstraße im XI. Bezirke erforderlichen Arbeiten und Lieferungen, und zwar:

1. der **Brunnenmeisterarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 1510 fl.,
2. der **Herstellung der Pumpenanlage** im veranschlagten Kostenbetrage von 500 fl.,
3. der **Lieferung und Aufstellung eines Reservoirs** im veranschlagten Kostenbetrage von 700 fl.,

wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 19. November d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Offerenten haben ein mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehenes Offert versiegelt zu überreichen.

Das Vadium beträgt 5 Percent der Kostenanschlagssumme; dasselbe ist dem Offerte anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. November 1894. 2–3

Prot.-Nr. 184708 ex 1894.
IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung **der Herstellung einer combinierten Niederdruck-Dampfheizung für das neue Schulgebäude im XVII. Bezirke, Hernals, Stiftgasse 29,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Samstag den 24. November d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene **Vadium in der Höhe von 600 fl. anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. November 1894. 3—3

Z. 180564.
IV.

Kundmachung.

(Currente Arbeiten und Lieferungen.)

Wegen Bestellung ständiger städtischer Unternehmer für die currenten Arbeiten und currenten Lieferungen, welche bei der Wiener Gemeindeverwaltung innerhalb der Bezirke I bis XIX in den Jahren 1895, 1896 und 1897 zur Ausführung kommen, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 21., 22. und 23. November 1894** jedesmal um **10 Uhr vormittags** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung in der **Volkshalle** des Rathhauses abgehalten werden.

Am Mittwoch den 21. November 1894 werden die Offerten für die Preistarife:

1. Erd- und Baumeisterarbeiten;
2. Deichgräberarbeiten;
3. Stuccaturarbeiten;
4. Steinmetzarbeiten;
5. Zimmermannsarbeiten;
6. Spenglerarbeiten;
7. Ziegeldeckerarbeiten;
8. Schieferdeckerarbeiten;
9. Kupferschmiedarbeiten;
10. Bautischlerarbeiten;
11. Schlosserarbeiten;

am Donnerstag den 22. November 1894 werden die Offerten für die Preistarife:

12. Anstreicherarbeiten;
13. Glaserarbeiten;
14. Hafnerarbeiten;
15. Asphaltiererarbeiten;
16. Zimmermalerarbeiten;
17. Tapeziererarbeiten;
18. Holzjalousien;
19. Holzstöckelpflasterungen;
20. Pflasterungsarbeiten;
21. Steinzeug-, Thon- und Chamotte-Fabrikate;
22. Brunnenmeisterarbeiten;

am Freitag den 23. November 1894 werden die Offerten für die Preistarife:

24. Gasrohrleitung und Gaseinrichtung;
25. Eisenwaren;
26. Maschinistenarbeiten;
27. Möbeltischlerarbeiten;
28. Schultafellieferung;
29. Turnsaal-Einrichtung;
30. Schriftgießer- und Schriftenmalerarbeiten;
31. Hölzerne Werkzeuge;
32. Binderarbeiten;
33. Wagnerarbeiten;
34. Schmiedearbeiten;
35. Lösch- und Rettungsgeräthe;
36. Bettwaren und Kotzen;
37. Bürstenbinderarbeiten;
38. Seilerarbeiten;
39. Riemerarbeiten;
40. Schuhmacherarbeiten;
41. Buchbinderarbeiten;
42. Buchdruckerarbeiten;
43. Zeichenrequisiten

eröffnet werden.

Die Übernahme der Offerten seitens der Offertverhandlungs-Commission findet an den angegebenen Tagen **bis zur bezeichneten Stunde,** und zwar ebenfalls in der **Volkshalle** des Rathhauses statt.

Die Vergebung der Arbeiten und Lieferungen erfolgt auf Grundlage der revidierten, vom Stadtrathe mit dem Beschlusse vom 17. October 1894, Z. 8295, genehmigten Vorschrift und der mit demselben Beschlusse genehmigten **neuen Preistarife,** in welchen die Preise in **Kronenwährung** eingesetzt sind.

Unternehmungslustige können die Preistarife sammt Regulativen und die Vorschrift für die Bestellung ständiger städtischer Unternehmer im **Stadtbauamte, Abtheilung für Hochbau,** sowie in den **Bauamtsabtheilungen** der magistratischen Bezirksämter **X bis XIX** während der Amtsstunden einsehen und bei der städtischen **Hauptcassa,** sowie den **Hauptcassa-Abtheilungen der magistratischen Bezirksämter II bis VII und X bis XIX** zu den festgesetzten Verkaufspreisen erwerben.

Die unter den Tarifnummern 9, 18, 19, 25, 26, 29, 31, 35, 36, 37, 38, 40, 42 und 43 verzeichneten currenten Arbeiten und currenten Lieferungen werden, wenn möglich, für das ganze Gemeindegebiet **gemeinsam,** die übrigen bezirksweise vergeben; Offerenten, welche hinsichtlich der letzteren für mehrere Bezirke Anbote in einer Offerte stellen, müssen sich daher die **Zuweisung**

einzelner Bezirke gefallen lassen, wenn nicht eine entgegenstellende Erklärung in der Offerte enthalten ist.

Bei den Hafnerarbeiten werden auch Offerten, welche sich auf nur eine der beiden Gruppen „Ofenarbeiten" (Post 1 bis 98 des städtischen Preistarifes Nr. 14) und „Geschirrlieferung" (Post 99 bis 151) beziehen, angenommen.

Die Offerten sind in der Weise abzufassen, dass der Offerent auf eines der gedruckten Exemplare der Vorschrift, und zwar in die leer gelassenen Stellen der am Schlusse beigedruckten Erklärung den Bezirk oder die mehreren Bezirke, die Nummer des Preistarifes nebst Angabe der Arbeitsgattung, sowie den angesprochenen Preis, und zwar den Percentsatz in **Buchstaben** und **einheitlich für sämmtliche Postnummern des betreffenden Preistarifes** einsetzt, dieses Exemplar mit seinem Namen und unter Beisetzung seines Berufes und Wohnortes unterfertigt und mit dem gesetzmäßigen Stempel versehen in verschlossenem Couvert, auf welch letzterem die Arbeitsgattung, sowie der Bezirk oder die mehreren Bezirke, für welche offeriert wird, ersichtlich zu machen sind, der Offertverhandlungs-Commission überreicht.

Das im § 9 der Vorschrift für jede Arbeitsgattung bestimmte Vadium ist entweder der Offerte beizuschließen oder vor Beginn der Offertverhandlung bei der städtischen Hauptcassa zu erlegen.

Auf Offerten von Gewerbetreibenden, die in Wien **nicht gewerbsbehördlich berechtigt sind,** dann auf **verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerten,** insbesondere daher auch auf solche, in welchen nicht für **alle** Posten des betreffenden Tarifes der gleiche Percentualnachlass oder -Zuschuss angeboten erscheint, **wird keine Rücksicht genommen.**

Ebenso ist es unzulässig, sich auf allfällige für die im Jahre 1894 in Ausführung kommenden currenten Arbeiten und Lieferungen bereits erliegende Cautionen zu berufen, da dieselben noch bis Ende des Jahres 1895 zu diesem Zwecke mit dem Cautionsbande belegt erscheinen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. October 1894. 3—3

Z. 179993.
XV.

Kundmachung.

(Concursausschreibung.)

Infolge der mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 9. October 1894, Z. 7821, erfolgten Pensionierung des Schlachthaus-Verwalters Franz Koblitz ist im städtischen Marktamte (Veterinär-Abtheilung) in der IX. Rangclasse **die Verwalterstelle im St. Marxer Schlachthause mit dem Jahresgehalte von 1600 fl.** und einem Naturalquartier erledigt worden.

Im Falle für dieselbe ein Beamter der X. a Rangclasse ausersehen wird, erledigt sich auch in dieser Rangclasse eine Thierarztenstelle mit dem Jahresgehalte von 1300 fl. und dem dieser Rangclasse entsprechenden Quartiergelde, und in der Voraussetzung, dass diese Stelle mit einem Beamten der X. b Rangclasse besetzt wird, eine Stelle dieser letzteren Rangclasse mit dem Jahresgehalte von 900 fl. und dem dieser Rangclasse entsprechenden Quartiergelde, und im Falle, dass diese Stelle mit einem Beamten der XI. Rangclasse besetzt wird, eine Stelle dieser letzten Rangclasse mit dem Jahresgehalte von 700 fl. und dem systemisierten Quartiergelde. Bewerber um dieselben haben ihre gehörig belegten Gesuche **bis längstens 14. November d. J.** im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen, wobei bemerkt wird, **dass auf Gesuche, welche nach diesem Termine eingebracht werden, keine Rücksicht genommen werden würde.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. October 1894. 3—3

Z. 185879.
XV.

Currende

an die Herren städtischen Kanzleipraktikanten.

Im Status des Marktamtes (Marktcommissariates) gelangt **eine Accessistenstelle der XI. Rangclasse** mit den systemisierten Bezügen zur Besetzung.

Diejenigen, für den Dienst des Marktcommissariates qualificierten Herren Kanzleipraktikanten, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, haben ihre diesbezüglichen Competenzgesuche **bis inclusive 20. November 1894 im magistratischen Einreichungsprotokolle** zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Wien, am 7. November 1894.

Der Magistrats-Director:

Krenn. 1—2

Z. 174337.
XI.

Kundmachung.

(August Zang'sche Stiftung.)

Am 4. März 1895 gelangen die Interessen der **August Zang'schen Stiftung für nothleidende Kleingewerbetreibende** im Betrage von 2175 fl. zur Vertheilung.

Auf den Genuss dieser Stiftung haben jene Kleingewerbetreibenden Anspruch, welche ohne ihr Verschulden in eine Nothlage gerathen sind, ohne Rücksicht auf ihre Confession oder Heimatsberechtigung, doch müssen dieselben in Wien wohnen und ihr Gewerbe noch betreiben.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Heimatschein, den Tauf-, respective Geburtsschein, eventuell den Trauungsschein, die Tauf-, respective Geburtsscheine der Kinder, ferner den Gewerbeschein oder das Concessionsdecret, den Erwerbsteuerschein und ein legales Mittellosigkeitszeugnis, Witwen aber außerdem den Todtenschein des Gatten beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 6. December 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates** zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. October 1894. 2—3

G.-Z. 157464.
III.

Kundmachung.

(Heiratsausstattungs-Stiftung.)

Aus der Karoline Prugberger'schen Heiratsausstattungs-Stiftung sind die zweijährigen Interessen im Betrage von 840 fl. als eine Heiratsausstattung an die Tochter eines mittellosen verdienstvollen Beamten des Wiener Magistrates zu verleihen.

Diese Stiftung kann nur an Bräute verliehen werden; der Bräutigam hat das Ansuchen um Verleihung der Stiftung auszufertigen. Die Auszahlung derselben erfolgt jedoch erst nach Vorlegung des Nachweises der geschehenen Verehelichung mit diesem Bräutigam; wird dieser Nachweis nicht innerhalb sechs Monaten vom Tage der Verleihung der Stiftung geliefert, so ist die Verleihung erloschen und ein neuerlicher Concurs auszuschreiben.

Die Gesuche sind mit dem Tauf-, respective Geburtsscheine, dem Mittellosigkeits- und Sittenzeugnisse, sowie mit dem Nachweise der Eigenschaft des Vaters als Beamter des Wiener Magistrates zu belegen und **bis Ende November 1894** im Einreichungs-Protokolle des Magistrates zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden könnte.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 30. October 1894. 2—3

Z. 174335.
XI.

Kundmachung.

(J. G. Ertl'sche Armenstiftung.)

Am 26. Februar 1895 gelangen die verfügbaren Jahresinteressen pro 1894 von dem Johann Georg Ertl'schen Stiftungscapitale zur Vertheilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben arme in Wien wohnhafte Familien, deren Familienoberhaupt oder von denen eines oder mehrere der im gemeinschaftlichen Haushalte lebenden Familienmitglieder von Krankheit betroffen sind.

Bewerber um eine Betheilung aus dieser Stiftung haben ihre Gesuche mit einem legalen Armutszeugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über die Krankheit eines Familienmitgliedes, dem Tauf- und Trauungsscheine, dem Zuständigkeitsnachweise und den Taufzetteln ihrer Kinder zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 3. December 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates** zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. October 1894. 2—3

M.-Z. 179658.
X.

Kundmachung.

(Franz Josef Pisko'sche Lehramtscandidaten-Stiftung.)

Vom Beginne des Studienjahres 1894/95 gelangt ein Franz Josef Pisko'sches Stipendium im Betrage von vierzigvier (44 fl.) Gulden österr. Währung für einen armen in Wien absolvierten Lehramtscandidaten für Mittelschulen, welcher seine Lehramtsprüfung bereits mit gutem Erfolge abgelegt hat, noch keine mit Gehalt, Adjutum oder Remuneration dotierte öffentliche Stellung bekleidet und sittlich tadellos ist, zur Verleihung.

Unter sonst gleichen Umständen haben zunächst Verwandte des Stifters den Vorzug vor anderen Bewerbern. Der Genuss dieser Stiftung dauert ein Jahr.

Die Bewerber um dieses Stipendium haben ihre ordnungsmäßig belegten, insbesondere mit dem Lehramtszeugnisse für Mittelschulen, dem Tauf- oder Geburtsscheine, dem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, dem Impfscheine und einem Sittenzeugnisse versehenen Gesuche **bis längstens 12. December 1894** beim Wiener Magistrate zu überreichen.

Nur die mit einem legalen Armutszeugnisse belegten Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. November 1894. 2—3

Z. 174333.
XI.

Kundmachung.

(D. L. Lothringer'sche Stiftung.)

Demnächst gelangen die Interessen der **David Leon Lothringer'schen Stiftung für christliche Wohlthätigkeits-Institute** im Betrage von 250 fl. zur Vertheilung.

Das Vertheilungsrecht steht dem Stadtrathe der Stadt Wien zu.

Den Eingaben um eine Betheilung aus dieser Stiftung sind die Statuten der Anstalt, sowie der letzte Rechenschaftsbericht anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens **bis 26. November 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates** zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. October 1894. 2—3

Zur coulanten Besorgung aller im **Coursblatte** notierten **Effecten und Valuten** bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 92. Freitag, den 16. November 1894. Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 20. November 1894, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 23. November 1894, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **13. November 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig. Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

1. Das Project für den Bau der städtischen Gasbeleuchtungsanstalt sammt Rohrnetz wird vom Montag den 19. November 1894 an durch drei Tage im Buffetraum im 1. Stocke nächst dem Gemeinderaths-Präsidium von 10 bis 2 Uhr, und am Dienstag den 20. d. M. auch nachmittags von 4 bis 7 Uhr während der Plenarsitzung zur Besichtigung ausgestellt werden.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

2. Von Herrn Dr. Eduard Herbst, k. k. Oberlandesgerichtsrath in Prag, ist folgende Zuschrift an mich gerichtet worden:

„Euer Hochwohlgeboren!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Heimgekehrt von der Beisetzung der sterblichen Überreste unseres innigstgeliebten Familienoberhauptes zur letzten Ruhe, erlaube ich mir im Namen und Auftrage der gesammten Familie Herbst, aufrichtigen Dank zu sagen für das Zeichen der Erinnerung, welches uns die Stadt Wien anlässlich dieser Beisetzung hat zukommen lassen!

Wir halten uns aber bei diesem Anlasse auch für verpflichtet, der Vertretung der Reichshaupt- und Residenzstadt dafür, dass sie den Verdiensten des Verewigten um das öffentliche Wohl durch die Widmung jener letzten Ruhestätte eine dauernde Ehrung zu erweisen beschlossen hat, nochmals unseren verbindlichsten Dank hiemit auszusprechen.

Unter einem erlauben wir uns die Bitte an Euer Hochwohlgeboren, die anruhende Spende von 500 fl. ö. W. zum besten der Armen von Wien entgegenzunehmen und dieser ihrer Bestimmung nach eigenem Ermessen zuführen zu wollen."

Dem Spender wird der Dank ausgesprochen.

3. Bei der am 9. November 1894 stattgehabten Wahl von vier Schriftführern wurden 54 Stimmzettel abgegeben und wurden gewählt die Herren Gem.-Räthe Ferdinand Dehm mit 54 Stimmen, Johann Schrenckh mit 54, Dr. Karl Zimmermann mit 53 und Karl Kaiser mit 50 Stimmen.

4. Die Herren Gem.-Räthe Ferdinand Gräf, Josef Schlögl, Franz Geyer, Vincenz Wessely und Martin Schneeweiß zeigen an:

„Geehrter Herr Bürgermeister!

Im Hinblicke auf den Umstand, dass die Mitglieder der Opposition bei fast keinen Wahlen, insbesondere nicht bei den Wahlen in die Schul-Commissionen, Berücksichtigung gefunden haben, erklären wir Unterzeichnete, dass wir nunmehr auch die uns überlassenen Mandate für die Controls-Commission in Markt- und Approvisionierungs-Angelegenheiten niederlegen und uns vorbehalten, das Interesse unserer Wähler in öffentlicher Gemeinderaths-Sitzung mit aller Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit zu vertreten."

5. Herr Philipp Thorsch hat anruhend einen Betrag von 100 fl. mit der Bitte übergeben, denselben den Zwecken des Central-Vereines für Verpflegung armer Kinder gütigst zuführen zu wollen.

Dem Spender wird der Dank ausgesprochen.

6. Herr Gem.-Rath Jedlička hat in der letzten Sitzung die Behauptung aufgestellt, dass ich an einer Interpellation, welche er vor einigen Tagen eingebracht hat und welche mehrere Fragepunkte enthalten hat, eine Änderung vorgenommen habe. (Gem.-Rath Jedlička: Gewiss!) Das Original dieser Interpellation liegt hier vor und der Herr Gemeinderath kann sich überzeugen, dass ich an diesem Schriftstücke nicht die geringste Änderung vorgenommen habe. (Gem.-Rath Jedlička: Es ist geändert worden, Herr Bürgermeister, ich constatiere es!)

Hören Sie nur zu, Sie werden gleich die Aufklärung erhalten. Sämmtliche Stücke müssen für die Druckerei copiert werden, da die Orginale zurückbehalten werden. Bei dieser Copierungsarbeit hat sich leider, wie ich erhoben habe, der Fehler eingeschlichen, dass der zweite Fragepunkt jener Interpellation ausgelassen worden ist. Punkt 1 ist am Schlusse einer Seite geschrieben und auf der nächsten Seite ist mit Punkt 3 angefangen worden. Infolge dessen erscheint Punkt 2 nicht im Drucke. Ich bedauere diesen Vorfall; wenn der Herr Gemeinderath es wünscht, werde ich Punkt 2 im nächsten Protokolle nachtragen lassen.

Gem.-Rath Jedlička: Ich wünsche es!

Bürgermeister: Gut, es wird geschehen!

7. Herr Gem.-Rath Gregorig hat mich interpelliert in Betreff einer Eingabe an die Regierung, worin ersucht werden soll, dass von der Concessionierung von großen Warenhäusern à la Louvre und bon marché Umgang genommen werden soll. Ich habe die Ehre, über den Stand dieser Angelegenheit Folgendes zu berichten (liest):

„Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Gregorig, betreffend die Abfassung einer Petition gegen die Concessionierung der Louis Bürger'schen Warenhaus-Actiengesellschaft, wurde in der Stadtraths-Sitzung vom 1. März 1894, sub Z. 1220, als gegenstandslos erklärt, weil

1. dem Louis Bürger die angesuchte vorläufige Bewilligung zur Gründung eines solchen Unternehmens nicht ertheilt wurde;

2. damals andere Gesuche wegen Gründung von ähnlichen Actienunternehmungen beim k. k. Ministerium des Innern nicht anhängig waren.

Gleichzeitig wurde der Magistrat beauftragt, über die Gründe, aus denen das Ansuchen des Louis Bürger abgewiesen wurde, Bericht zu erstatten.

Dieser Bericht wurde vorgelegt und in der Stadtraths-Sitzung vom 11. Mai 1894, zur Z. 2422, zur Kenntnis genommen."

Gem.-Rath Gregorig: Ich bitte um das Wort zur Richtigstellung.

Bürgermeister: Ich werde Ihnen nach Mittheilung des Einlaufes das Wort ertheilen.

Gem.-Rath Gregorig: Ich muss zu diesem Gegenstande das Wort zur Berichtigung jetzt ergreifen.

Bürgermeister: Also bitte, aber lediglich zur Berichtigung.

Gem.-Rath Gregorig: Ich berichtige, dass ich in meinem seinerzeitigen Antrage nie den Namen Louis Bürger gebraucht habe, folglich konnte es sich nicht um Louis Bürger gehandelt haben, sondern es wurde ein allgemein lautender Antrag eingebracht, und was man vorbringt, ist unrichtig.

Weiter bedauere ich recht sehr, dass der Herr Bürgermeister die Bestimmung des § 60 Geschäftsordnung sehr gut kennt und ich wiederholt auf Urlaub geschickt wurde, aber den § 52, Absatz r, kennt der Herr Bürgermeister nicht ....

Bürgermeister (unterbrechend): Ich muss bitten, zur Berichtigung!

Gem.-Rath Gregorig (fortfahrend): .. wonach das Petitionsrecht dem Gemeinderathe vorbehalten ist. Folglich muss über diesen Gegenstand im Gemeinderathe referiert werden und kann derselbe nicht durch den Stadtrath ad acta gelegt werden. Ich bitte, gesetzmäßig vorzugehen, sonst bin ich gezwungen, an jenem Orte, wo es nothwendig ist, mein Recht zu wahren. (Beifall links.)

8. Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Purscht hat mich interpelliert wegen Verwendung von Imperialwägen auf einer Strecke der Wiener Tramway-Gesellschaft.

Es wird:

1. über die angebliche Unzweckmäßigkeit der neuen Imperialwagentype Nr. 200 der Wiener Tramway-Gesellschaft, und

2. über die Verwendung derselben im Bezirke Hernals Beschwerde geführt, endlich

3. die Nennung der Vertreter der Gemeinde Wien bei den bezüglichen Verhandlungen gefordert.

Ich habe die Ehre, diesfalls Folgendes zu bemerken (liest):

Zu 1. In der am 26. September 1893 abgehaltenen sechsten Sitzung des von der Tramway-Enquête gewählten Comités legte die Wiener Tramway-Gesellschaft ein im Detail ausgearbeitetes Project eines Imperialwagens vor.

Der Vertreter der k. k. General-Inspection der österr. Eisenbahnen als Vorsitzender des Comités empfahl den Vertretern der Gemeinde (Wien) die Annahme dieses Wagens, da dessen Construction allen Forderungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit entspricht, die Handhabung des Überfüllungsverbotes ermöglicht und an Stelle der Leiter zu den Dachsitzen einen dem großstädtischen Betriebe entsprechenderen bequemeren Aufstieg auf die Imperiale besitzt. Auf Grund des Berichtes der Vertreter der Gemeinde fasste der Stadtrath in der Sitzung vom 14. November 1893 den Beschluss, der Inbetriebsetzung von 50 Imperialwagen unter der Bedingung zuzustimmen, dass Gepäcktraggitter und Schutzvorrichtungen an den Wägen angebracht werden und die beweglichen Fenster derart festsitzen, dass ein Rütteln derselben während der Fahrt nicht stattfindet.

Hiebei muss betont werden, dass es sich lediglich um einen Versuch handelt, dass also auch die Gemeinde in der Lage ist, nach Ablauf der Probezeit ihre diesbezüglichen Wünsche zur Geltung zu bringen.

Zu 2. Die Wahl der Route „Hernals—Favoriten", beziehungsweise „Praterstern" zur ausschließlichen Befahrung mit diesen neuen Wägen, für welche das Überfüllungsverbot gehandhabt wird, erfolgt in der Sitzung der Tramway-Enquête vom 16. November 1893, weil für diese Strecke die vom Stadtrathe bewilligte Zahl von 50 solchen Wägen knapp ausreicht, während andere Routen wegen des kürzeren Fahrintervalles eine weit größere Zahl erfordert hätten. Die Behauptung, dass gerade der XVII. Bezirk bei allen neuen Wagentypen als Versuchsbezirk benützt wird, entspricht nicht den Thatsachen, da die Verwendung von Probewagen bis zum November 1893 vorzugsweise auf der Strecke „Rudolfsheim—Bellaria—Prater", beziehungsweise „Nordwestbahnhof" erfolgte.

Zu 3. Als Vertreter der Gemeinde Wien bei den diesbezüglichen Enquête-Verhandlungen intervenierten die Herren Gem.-Räthe Dr. Hackenberg und Stiaßny.

9. Herr Gem.-Rath Schuh hat eine Interpellation gestellt; ich habe die Ehre, darauf zu erwidern, und zwar:

Ad Frage I, welche lautet:

„Welches sind die Resultate des von den Interessenten der Naglergasse wider die Baulinienbestimmung des Wiener Gemeinderathes vom 10. Juli 1894 eingebrachten Recurses?", folgende Antwort:

Der von fünf Hauseigenthümern an der linken Seite der Naglergasse eingebrachte Protest gegen die bezeichnete Baulinienbestimmung war an die k. k. n.-ö. Statthalterei, beziehungsweise den Herrn Statthalter gerichtet und bezweckte zunächst eine Sistierung des Gemeinderaths-Beschlusses durch den Statthalter.

Dieses Ansuchen wurde vom Statthalter als unbegründet zurückgewiesen, der Protest jedoch an die Bauoberbehörde, die Baudeputation für Wien, nach § 107 der Bauordnung geleitet, worüber die bereits in der Gemeinderathssitzung vom 9. November 1894 bekanntgegebene Entscheidung erfolgte, mit welcher dem als Recurs behandelten Protest gegen den in Rede stehenden Gemeinderaths-Beschluss, betreffend die Baulinienbestimmung für die genannten Gassen, im allgemeinen Folge gegeben wurde, weil die Breite der Naglergasse von 12 m dem Verkehrsbedürfnisse nicht genüge, dagegen in eine bestimmte Art der Baulinienbestimmung, als der Gemeinde zustehend, sich nicht eingelassen wurde.

Ad Frage II:

„Ist diese Baulinienbestimmung der betreffenden Partei hinausgegeben worden, und wann?":

Die Bekanntgabe der Baulinie an den Eigenthümer des Hauses O.-Nr. 1 Tuchlauben (Ecke der Bogner- und Naglergasse) erfolgte am 12. August 1894, sub M.-Z. 78493, in Erledigung seines diesfälligen Ansuchens.

Ad Frage III:

„Ist der Herr Bürgermeister geneigt, diese Baulinienbestimmung im Hinblicke auf die Entscheidung der Baudeputation zu sistieren und zu veranlassen, dass diese Baulinienbestimmung dem Gemeinderathe neuerlich zur Beschlussfassung vorgelegt wird?":

Da mit der bezeichneten Entscheidung der Baudeputation dem Proteste (Recurse?) gegen die erfolgte Baulinienbehandlung im allgemeinen Folge gegeben wurde, so erscheint die Baulinienbestimmung ohnehin behoben und bedarf es keiner weiteren Sistierung. Sollte die Entscheidung der Baudeputation in Rechtskraft erwachsen, so ist bereits auf Grund dieser Entscheidung eine neue Beschlussfassung des Gemeinderathes über die Baulinienbestimmung erforderlich.

Ad Frage IV:

„Welche Bedeutung und präjudicierte Wirkung hat diese Entscheidung der Baudeputation für die weitere Beschlussfassung des Gemeinderathes?":

Sollte die Entscheidung der Baudeputation im Recurswege aufgehoben werden, so ist diese Entscheidung ohne meritorische Bedeutung. Im entgegengesetzten Falle müsste die Gemeinde eine Baulinie bestimmen, welche der Naglergasse eine größere Breite als 12 m gibt.

Übrigens wurde die Entscheidung der Baudeputation einer besonderen Berathung vorbehalten. (Magistratsbericht vom 9. November 1894, Z. 184995.)

Ad Frage V:

„Ist der Herr Bürgermeister geneigt, auf die Beschleunigung des General-Regulierungsplanes und der projectierten neuen Bauordnung hinzuwirken?":

Mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 11. September 1894 wurde die Bildung eines bauämtlichen Bureaus für Anfertigung eines General-Regulierungsplanes, sowie die Bestellung eines Architekten, womöglich eines der bei der Concurrenz zur Erlangung von Entwürfen eines solchen Planes prämiierten Künstler, dann weiterer Hilfskräfte genehmigt, die Activierung des Bureaus spätestens für 1. December 1894 in Aussicht genommen und für die Vorlage der wichtigsten Theile des Regulierungsplanes der Termin vom Tage der Activierung des Bureaus bestimmt.

Was die projectierte neue Bauordnung betrifft, so ist die Berathung des Entwurfes beim Magistrate mit Ausnahme eines noch streitigen Punktes beendigt und die baldige Vorlage an den Stadtrath in Aussicht.

Ich bitte um die Mittheilung der Einläufe.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Haßfurther:**

In der Sitzung des Gemeinderathes vom 21. April vorigen Jahres habe ich den Antrag eingebracht, dass künftig auf den Hauszinssteuerbögen die von den Mietparteien zu bezahlenden Zins- und Schulkreuzer in einer separaten Rubrik verzeichnet erscheinen sollen, damit jeder Hausbesitzer nicht erst einer umständlichen Berechnung bedarf, um dieselben zu ermitteln. Der Antrag gieng an den Magistrat.

Ich stelle nun an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

ob der Magistrat hierüber mit der k. k. Finanz-Landes-Direction in Verhandlung getreten und ob es nicht möglich wäre, die Hauszinssteuerbögen für das Jahr 1895 schon mit dieser neuen Zinskreuzer-Rubrik zu versehen.

Bürgermeister: Ich werde Erhebungen pflegen und diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

11. Interpellation des **Gem.-Rathes Herrdegen:**

Zeitungsnachrichten zufolge hat sich am 8. d. M. am Central-Viehmarkte in St. Marx zwischen einem dem Stande der Fleischhauer angehörigen Mitgliede des Gemeinderathes und dem Marktdirector Herrn Karl Kainz in Gegenwart des Herrn Bürgermeisters ein Auftritt abgespielt, in welchem eine auf Einschüchterung der städtischen Marktorgane berechnete Kundgebung der Fleischhauer erblickt werden muss.

Diese Annahme hat durch die in der letzten Gemeinderaths-Sitzung von mehreren dem Fleischhauerstande angehörigen Gemeinderäthen eingebrachte Interpellation Bestätigung gefunden, in welcher der Herr Marktdirector wegen seines in der Conferenz bei dem Herrn Statthalter erstatteten Berichtes derart angegriffen wurde, dass der Herr Bürgermeister in Rücksicht auf strafrechtliche Bestimmungen einige Stellen dieser Interpellation gar nicht zur Verlesung bringen lassen konnte.

Im Hinblicke auf diese Vorfälle und in der Erwägung, dass durch ein derartiges Vorgehen von Marktinteressenten eine gefährliche Beeinflussung der städtischen Marktorgane zum Schaden der ganzen Bevölkerung herbeigeführt werden würde, gestatte ich mir, an den Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage zu richten:

Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Bürgermeister zu treffen, um die städtischen Marktorgane vor den Einschüchterungsversuchen einzelner Gruppen von Marktinteressenten zu schützen (Hört! Hört! rechts) und die volle Unbefangenheit dieser Beamten sowohl bei ihren Berichterstattungen als auch in der sonstigen Ausübung ihres den Interessen der Gesammtbevölkerung von Wien dienenden Dienstes zu sichern? (Beifall rechts.)

Bürgermeister: Darauf habe ich die Ehre, Folgendes zu bemerken: Die gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen über die Approvisionierung Wiens und anderer großer Städte im volkswirtschaftlichen Ausschusse des Abgeordnetenhauses und die Conferenz bei der Statthalterei hat begreiflicherweise in den Kreisen der Marktinteressenten eine gewisse Bewegung und Discussion her-

vorgerufen. (Rufe links: Eine berechtigte!) Einer dieser Marktinteressenten hat am 8. d. M. in meinem Beisein den Herrn Marktdirector über seine Äußerungen bei der Conferenz in der Statthalterei interpelliert, wie ich zugeben muss, in ziemlich erregter Weise. Ich trat diesen Äußerungen entgegen und wies dieselben zurück. Von einer Einschüchterung der Beamten kann keine Rede sein, weil es ausreichende Mittel gibt, um die städtischen öffentlichen Beamten in jeder Beziehung zu schützen. Das Verhältnis der Marktbehörde zu den Marktinteressenten war bisher das denkbar günstigste und ich hoffe, dass die Aufregung, welche mit diesen Verhandlungen verbunden war, sich legen und das alte gute Verhältnis sich alsbald wieder einstellen werde.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

12. Interpellation des **Gem.-Rathes Maresch:**

Die vielfachen Beschwerden, welche die Eigenthümer der an die Cassenfabrik Wien, XVI., Ottakring, Payergasse 4, anstoßenden Häuser an mich gelangen lassen, veranlassen mich, an den Herrn Bürgermeister folgende höfliche Fragen zu richten:

Ist es dem Herrn Bürgermeister bekannt, dass die dieser Fabrik benachbarten Häuser durch die starken Erschütterungen, welche beim Strecken der Platten hervorgerufen werden, in hohem Grade leiden und bei längerer Fortdauer dieser Gefahr vielleicht unbewohnbar werden können?

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, das Ergebnis der schon dreimal in dieser Fabrik stattgefundenen Local-Commissionen bekanntzugeben?

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, mit thunlichster Beschleunigung die von diesen Commissionen getroffenen Verfügungen zum Schutze der bedrohten Anrainer ins Werk zu setzen und gegebenen Falles die Einstellung des Betriebes zu veranlassen?

Bürgermeister: Ich muss bemerken, dass dieser Gegenstand nicht ins Plenum des Gemeinderathes gehört. Die Angelegenheit, um die es sich handelt, gehört vor die politische Behörde erster Instanz. Ich kann mir nun allerdings vorstellen, dass sich weite Kreise für solche Angelegenheiten interessieren und mit diesfälligen Fragen an die Herren Gemeinderäthe herantreten. Ich möchte aber dringend bitten, derlei Angelegenheiten nicht zum Gegenstande einer öffentlichen Interpellation zu machen. Wenn die Herren zu mir kommen und mich persönlich um Auskunft ersuchen, werde ich jederzeit bereitwilligst diese Auskunft ertheilen. Ich kann diese Interpellation nur als Anzeige betrachten und nachsehen, was in der Sache geschehen ist, ob alles in Ordnung ist oder nicht; aber eine meritorische Beantwortung dieser Interpellation kann ich hier nicht ertheilen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

13. Interpellation des **Gem.-Rathes Dobeš** und Genossen:

Am 22. December 1893 hat die Genossenschaft der Maschinenbauer und Mechaniker in Wien gegen den Herrn k. k. Hof- und Ministerial-Concipisten im k. u. k. Ministerium des Äußern Dr. Eduard Suchanek bei dem magistratischen Bezirksamte für den I. Bezirk die Anzeige erstattet, dass sich derselbe unberechtigterweise mit der Ausübung des Mechanikergewerbes befasse und belegte diese Anzeige mit mehreren concreten Fällen.

Nachdem nun diese vor elf Monaten erstattete Anzeige bis heute unerledigt ist, der obbenannte Herr aber fortfährt, Licht- und Telegraphen-Installationen weiter auszuführen und dermalen eine ähnliche Beleuchtungs-Installation bei dem Herrn Hof- und Gerichtsadvocaten Dr. Max Strauß, I., Schottenring 14, übernommen hat und momentan durch seine Monteure ausführen lässt, so beehren sich die ergebenst Gefertigten, an den Herrn Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Chef des Magistrates die höfliche Anfrage zu stellen:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, untersuchen zu lassen, aus welchen Gründen die obenangeführte Anzeige nicht erledigt wurde?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die an dieser unglaublichen Verschleppung schuldigen Organe zur Verantwortung zu ziehen?

3. Ist der Herr Bürgermeister endlich geneigt, dem magistratischen Bezirksamte für den I. Bezirk den Auftrag zu ertheilen, nach dem § 132 a der Gewerbeordnung vorzugehen, sowie die sofortige Sistierung der Installationsarbeiten des besagten Herrn, respective seiner Monteure in der Wohnung des Herrn Dr. Max Strauß, I., Schottenring 14, zu veranlassen?

Bürgermeister: Bei dieser Gelegenheit kann ich nur das wiederholen, was ich eben früher gesagt habe. Der Interpellant erklärt ja selbst, er richte diese Anfrage an mich als Chef der politischen Behörde erster Instanz. Das ist nun nicht Sache der Verhandlungen des Gemeinderathes. Ich kann das lediglich zur Kenntnis nehmen und mich überzeugen, wie die Sache steht, kann aber in eine meritorische Behandlung des Gegenstandes hier nicht eingehen. (Rufe: Weil es Ihnen unangenehm ist!) Es ist mir gar nicht unangenehm, aber es ist nicht in der Ordnung, Dinge, welche nicht in den Gemeinderath gehören, in den Gemeinderath zu bringen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

14. Antrag der Controls-Commission für Markt- und Approvisionierungswesen:

Die Fleischpreise haben schon jetzt eine Höhe erreicht, welche für breite Schichten der Bevölkerung eine schwere Bedrückung bedeutet, und schon für die nächste Zeit steht eine neue bedeutende Erhöhung in Aussicht, welche naturgemäß einen noch schwereren Druck auf die arme Bevölkerung ausüben wird. Es droht aber eine noch weit größere Gefahr, die Gefahr des Viehmangels in den nächsten Jahren und damit Mangel an Fleisch trotz noch höherer Preise.

Die Ursachen liegen theils in der Futternoth des vorigen Jahres in Deutschland und einigen Theilen Österreichs, welche eine Verminderung des Viehstandes zur Folge hatte, dessen Ergänzung die alten Bestände neuerdings schwächt, theils in der verminderten Aufzucht durch die Noth der kleineren Viehbesitzer, welche schon der wenigen Gulden wegen die Kälber und einjähriges Jungvieh verkaufen. Dieser letztere Umstand hat nun eine übermäßige Schlachtung von Kälbern und Jungvieh zur Folge, durch welche dem Fleischbedürfnis wenig genützt, wohl aber der Viehstand in Zukunft sehr geschwächt wird.

Sollte sich weiter bestätigen, dass getrocknete Schlempe bei Ausfuhr nach Deutschland ein besseres Erträgnis liefert, als deren Verwendung zur Mast, so erscheint auch der Umfang der Mästung bedroht, und es liegt die Möglichkeit vor, dass wir in einigen Jahren kein Vieh zur Mästung und auch keine Mastställe haben.

Es ist noch Zeit vorzubeugen, wenn die geeigneten Mittel zur Anwendung gebracht werden. Als eines dieser Mittel wäre die Verhinderung der Schlachtung von Jungvieh und die Aufzucht desselben. Nun ist vom kleinen Landwirte nicht zu verlangen, dass er in seiner Noth das Vieh nicht verkaufe, oder dass er es aufziehe bei Mangel an dem nöthigen Futter. Wohl aber könnte das Reich und die Länder diese Aufgabe lösen, wenn Bezirks- und Landes-Aufzuchtställe gebaut, den kleinen Grundbesitzern das brauchbare Jungvieh abgekauft und aufgezogen würde.

Viele tausende Stück Vieh ließen sich so alljährlich erhalten und dann der Mästung zuführen. Eine zweite Methode bestände darin, dass das Vieh als Einstellvieh bei geeigneten Landwirten belassen, und diese bei der Aufzucht unterstützt würden, bei der Abgabe des Viehes wäre die geleistete Unterstützung abzurechnen.

Diese Fragen weichen aber weit über die Machtsphäre der Stadt Wien hinaus, sie können nur von der Reichsgewalt in Verbindung mit den Ländern gelöst werden. Die Approvisionierung der Reichshauptstadt ist eine so wichtige Frage, dass sie die Aufmerksamkeit der Regierung in höchstem Maße verdient; auf die Dauer werden die derzeitigen, dem Zufalle überlassenen Verhältnisse unhaltbar werden, und muss eine geregelte Fürsorge eintreten.

In Erwägung dieser Verhältnisse stellt die obgenannte Commission den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen:

Es sei eine Petition an die hohe Regierung und an die beiden hohen Häuser des Reichsrathes zu richten, in welcher unter Hinweisung und Begründung der gegebenen Verhältnisse die Verminderung der Schlachtung und die Aufzucht des Jungviehes der dringenden Beachtung und Aufmerksamkeit empfohlen wird. Der Herr Bürgermeister werde mit der Abfassung und Überreichung dieser Petition betraut.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

15. Antrag der Controls-Commission für Markt- und Approvisionierungswesen:

Der Gemeinderath beschließe:

Der Magistrat wird beauftragt, über die Einleitung geregelter und ständiger Fischtransporte von der Adria nach Wien zu berichten. In diesem Berichte sei auch die Äußerung aufzunehmen, auf welche Weise ein Einvernehmen mit der Handels- und Gewerbekammer, sowie der Städteverwaltungen des Küstenlandes (wie Triest, Zara, Spalato, Sebenico und Cattaro) und der k. k. priv. Südbahn-Gesellschaft in dieser Angelegenheit erzielt werden kann.

Weiters sei eine Fischhalle zu errichten.

Bürgermeister: Wird geschäftsordnungsmäßig vorberathen werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

16. Antrag des **Gem.-Rathes Gfrorner:**

Die Märkte Am Hof und Freyung werden um 2 Uhr nachts eröffnet und herrscht dabei eine geradezu lebensgefährliche Finsternis für Käufer und Verkäufer, dazu kommt, dass in einer Nacht oft 3- bis 4000 Wagen in der Stadt verkehren und die Markt-Commissäre außerstande sind, ihrer Pflicht zu entsprechen, da es nicht möglich ist, mit einer einfachen Laterne in der Hand oft 1000 bis 1500 kg Schwämme zu untersuchen; da diese Finsternis aber auch noch in anderer Weise zu den größten Störungen Anlass gibt, empfiehlt es sich, diese Plätze mit elektrischen Bogenlampen zu beleuchten.

Es erscheint daher um so auffallender, dass schon voriges Jahr eine commissionelle Besichtigung dieser Plätze aus diesem Anlasse stattgefunden und bis heute noch nichts veranlasst wurde, trotzdem im Punkte der Kabellegung gar keine Schwierigkeiten bestehen und die Marktleute sogar gewillt sind, zu den Beleuchtungskosten einen Theil beizutragen.

Ich stelle daher den Antrag:

Das Stadtbauamt sei zu beauftragen, sofort und ohne Aufschub das Nöthige zu veranlassen, dass der Hof mit wenigstens vier und die Freyung mit zwei elektrischen Bogenlampen beleuchtet werden.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

17. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Die Vorsteher der einzelnen Gemeindebezirke beziehen zur Bestreitung der laufenden Ausgaben Verlagsgelder in großen Summen und besorgen alle damit verbundenen Cassageschäfte.

Zu diesem Zwecke steht ihnen eine eigene Cassa und die Mithilfe von Magistratsbeamten zur Verfügung, deren Beruf in der Regel dem Cassageschäfte ferne liegt.

Da ein solcher Modus einerseits aus mehrfachen Gründen unzweckmäßig, andererseits aber ohnehin fast in jedem Bezirke eine städtische Hauptcassa-Abtheilung besteht, welcher solche Geschäfte übertragen werden können, so stelle ich den Antrag:

Es sei die Persolvierung der den Bezirksvorstehern zugewiesenen Verlagsgelder in der Weise zu regeln, dass das eigentliche Cassageschäft von der dem betreffenden Bezirke zugewiesenen Hauptcassaabtheilung besorgt wird.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

18. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Gegenwärtig wird eine Reihe von Stiftungen und Sammelgeldern durch die Vorsteher der einzelnen Bezirke persolviert, während die Auszahlung von Pfründen und Unterstützungen vom Armeninstitute besorgt wird.

Dies führt dazu, dass einzelne Individuen oft an demselben Tage zweimal betheilt werden, was jedenfalls nicht in der Ordnung ist.

Ich stelle daher den Antrag:

Es sei auch die Persolvierung von Stiftungen, gelegentlichen Sammlungen, Spenden &c. durch den Armenrath des betreffenden Gemeindebezirkes zu besorgen.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung zugewiesen.

Wir schreiten zur Tagesordnung.

19. (8050). **Referent Gem.-Rath Boschan:** Ich habe die Ehre Bericht zu erstatten. Es handelt sich um einen Zuschusscredit zur Ausgabs-Rubrik XX 1 a „Currente Erhaltung des Pflasters". Wie den Herren bekannt ist, werden die Ausgaben für das Pflaster in Rubrik XX 1 unter drei Abtheilungen budgetiert, und zwar: a) Currente Erhaltung, b) Straßenpflasterungen, c) Straßenherstellungen.

In b) und c) werden die Objecte nominativ aufgeführt und die Beträge hiefür vom Gemeinderathe bewilligt, während unter Rubrik a) die currente Erhaltung mit einem Pauschalbetrage von 200.000 fl. veranschlagt wurde. Diese Position ist zur Zeit der Berichterstattung seitens der städtischen Buchhaltung mit 174.000 fl. belastet und sind weitere bedeutende Beträge und Voranschläge über theils vom Gemeinderathe beschlossene, theils noch in Verhandlung stehende Pflasterungen und Straßenherstellungen im Betrage von 91.700 fl. noch auf diese Rubrik verwiesen.

Außerdem sind von Seite der Bezirksvorsteher im eigenen Wirkungskreise zur Verbesserung und Herstellung von Straßen 44.000 fl. verausgabt worden und stehen noch weitere solche Ausgaben in Aussicht. Es ist daher nothwendig, zu dieser Rubrik einen Zuschusscredit in der Höhe von 120.000 fl. vom Gemeinderathe zu erbitten.

Die Ursache dieser bedeutenden Überschreitung liegt größtentheils darin, dass eine Anzahl von Objecten, welche unter Rubrik XXII b und c aufgeführt worden sind, entweder gar nicht oder nur zum Theile zur Ausführung gelangen konnten und inzwischen die Straßen im currenten Wege in einen besseren Zustand versetzt werden mussten. Durch Beschlüsse des Stadtrathes und Gemeinderathes ist eine Anzahl neuer Objecte, die in der Einzelaufführung nicht enthalten waren, ebenfalls zur Pflasterung bestimmt worden. Ich erlaube mir daher, namens des Stadtrathes die Bitte zu stellen, zu dieser Rubrik einen Zuschusscredit im Betrage von 120.000 fl. zu bewilligen.

(Während dieser Rede hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

Gem.-Rath Steiner: Meine sehr geehrten Herren! Heute haben wir wieder das schöne Schauspiel, dass wir einen Nachtragscredit von 120.000 fl. zur Erhaltung ungepflasterter und gepflasterter Straßen bewilligen müssen, richtiger gesagt, bewilligen sollen, weil ich und zwar aus folgenden Gründen dagegen stimmen werde. Ich habe hier zu wiederholtenmalen über die viel zu große Verwendung von Arbeitern in den einzelnen Bezirken draußen gesprochen; bedauerlicherweise aber wurde von Seite des geehrten Präsidiums eine Abhilfe noch nicht geschaffen. Ich bin daher gezwungen, heute die Sache neuerlich hier zu besprechen, um vielleicht doch bedeutende Ersparnisse bei der Straßenerhaltung zu erzielen. Ich habe mir erlaubt, bei der Budgetdebatte darauf hinzuweisen, dass viel zu viel Arbeiter in Verwendung sind; leider ist nicht viel geschehen.

Ich erlaube mir zu bemerken, dass vor der Einverleibung der Vororte mit Wien in der ehemaligen Gemeinde Ober-Döbling von Seite der Gemeinde 18 Taglöhner verwendet wurden, von Seite des Bezirks-Straßenausschusses 5 Arbeiter, das ist in Summa 23, jetzt seit der Einverleibung sind 56 Arbeiter in Verwendung. Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, dass in der ehemaligen Gemeinde Grinzing

vor der Einverleibung der Vororte ein Taglöhner von Seite der Gemeinde und zwei Arbeiter von Seite des Bezirks-Straßenausschusses auf den Straßen arbeiteten, seit der Einverleibung der Vororte sind durchschnittlich sechs, mitunter auch acht Arbeiter in Verwendung. Ich kann Ähnliches von sämmtlichen Gemeinden anführen, dies würde aber zu weit führen. Eines muss ich aber doch noch besprechen. Gelegentlich des Verkaufes des berühmten Steinriegels in dem Steinbruche von Djörup habe ich darauf hingewiesen, dass auf einer kurzen Straße, welche von dem Ausgange der Berggasse in Grinzing bis zu dem Steinbruche führt, welche vielleicht einige hundert Meter lang ist, und worauf niemand anderer verkehrt, als die Steinwagen des Hof-Steinmetzmeisters Hauser und des Herrn Djörup, vier bis sieben Taglöhner seit November 1893 jahraus jahrein in Verwendung stehen. Diese Straße benützt sonst niemand.

Ich habe gelegentlich der Abhaltung der Commission, welche vom Herrn Dr. Nechansky im Stadtrathe beantragt worden ist, dort gesehen, dass der Schotter, welcher vom Herrn Hof-Steinmetzmeister nach grundbücherlicher Vorschrift zu liefern wäre, eigentlich gar kein Schotter, sondern ein schlechter Schutt ist und mitunter in so großen Stücken geliefert wird, dass er von Taglöhnern zerschlagen werden muss und daher theuerer zu stehen kommt als der Schotter, der vom Contrahenten bezogen wird. Ich habe bei dieser Commission den Herrn Amtsleiter gleich darauf aufmerksam gemacht, und bei dem Pflichteifer des Herrn Amtsleiters des XIX. Bezirkes zweifle ich gar nicht, dass derselbe einen Bericht an den Bezirksvorsteher des XIX. Bezirkes gemacht hat, worin er um Abstellung dieses Übelstandes bittet.

Ich bin ferner der Meinung, dass, wenn auf dieser Straße niemand verkehrt als die Wagen des Steinmetzmeisters Hauser, dieser auch verpflichtet wäre, diese Straße zu erhalten. So viel Steuer zahlt Herr Hauser für diesen Steinbruch gar nicht, dass man jahraus jahrein vier bis sieben Taglöhner hinstellen kann; das wird mir jeder der geehrten Anwesenden zugeben.

Was in dieser Sache geschehen ist, weiß ich nicht, ich glaube aber, dass der Amtsleiter an den Bezirksvorsteher des XIX. Bezirkes berichtet haben wird; aber nachdem die Thätigkeit des Bezirksvorstehers im XIX. Bezirke täglich nur eine halbe Stunde dauert und es schon ein Glück ist, wenn man ihn telephonisch in der Kanzlei aufrufen kann, so weiß ich nicht, was geschehen ist. Das ist aber schade, weil der Bezirksvorsteher des XIX. Bezirkes sich um den kolossal ausgedehnten Bezirk nicht kümmert. Das ist einfach der Grund. Der Herr Bürgermeister soll den Bezirksvorsteher aufmerksam machen, dass er die Straßen und Taglöhner und überhaupt alles zu controlieren hat.

Bezüglich des Schotters habe ich unzähligemale darauf hingewiesen — es ist zwar jetzt eine strengere Controle eingetreten — dass es mir schon längere Zeit bekannt war, dass der von der Übernahms-Commission zurückgewiesene Schotter einfach in einen anderen Bezirkstheil verführt wird, wo ich ihn nicht finden soll. Nun habe ich ein ganzes Jahr gewartet und endlich sind sie mir doch ins Garn gerannt. Am Hirschberg in Ober-Döbling wurden vergangene Woche von Seite des Bauamtes von den 27 Haufen Schotter 16 zurückgewiesen. Diese 16 wurden dann im Auftrage des Contrahenten auf die Straße gegen das Kahlenbergerdorf und auch in die Barawitzkagasse geführt. Ich habe davon die Anzeige an den Herrn Magistratsleiter gemacht, und er dürfte den Bericht hereingesendet haben, und ich erlaube mir gleich heute an die Herren Stadträthe die Bitte zu richten, rücksichtslos vorzugehen, nicht wie es im Stadtrathe Usus ist. So referierte zum Beispiele Herr St.-R. Müller heuer am 6. September in der Stadtraths-Sitzung, dass ein Anstreichermeister in Währing nicht contractmäßig arbeite, und mit Beschluss des Stadtrathes wurden ihm die städtischen Arbeiten entzogen und in der Sitzung vom 9. November unter Zahl 8908 wurden Sie demselben Contrahenten, welcher nicht vertragsmäßig arbeitet, vom Stadtrathe wieder zugewiesen. (Rufe: Hört!) Da wird der Schwindel nie aufhören.

Derselbe Referent, der am 6. September jemanden von den städtischen Arbeiten ausschließt, beantragt seine Zulassung zu den städtischen Arbeiten zwei Monate später. So kommen Sie auf keinen grünen Zweig. Was wird dem Contrahenten jetzt geschehen? Ich werde die Sache scharf im Auge behalten. Es ist ein Passus in seinem Vertrage, wonach die Gemeinde berechtigt ist, auf seine Kosten besseren Schotter sich liefern zu lassen. Qualitätmäßiger Schotter wurde noch nicht geliefert, daher ist der Contrahent einfach von der städtischen Lieferung auszuschließen. Wenn der Herr Referent oder jemand sagt, ja, das Bauamt! Sie werden sich erinnern, als über das Geld-zum-Fenster-hinauswerfen in der Neustiftgasse gesprochen wurde, da ist von Seite des Bauamtes ein Bericht eingelangt, den ich zwar nicht kritisieren will, weil ich glaube, dass das Bauamt etwas vorsichtiger sein soll mit solchen Berichten, denen die Absicht zugrunde liegt, den Gemeinderath zum besten zu halten. Ich erkläre noch einmal, dass ich dasjenige, was ich gesagt habe, aufrechthalte und dass das Bauamt die Schuld trifft, dass die Neustiftgasse heute in einem nicht fahrbaren Zustande ist, trotzdem dort circa 20.000 fl. hineingegraben sein sollen.

Was die gepflasterten Straßen betrifft, so habe ich Folgendes zu erwähnen: Es wird durch den Contrahenten, welcher die Wasserleitungsrohre legt, das Pflaster provisorisch hineingelegt. Ich erlaube mir, darauf aufmerksam zu machen, dass derselbe die Verpflichtung besitzt, das Pflaster binnen zwei Jahren in tadellosem Zustande zu übergeben.

Es wird aber wieder die Straße zur Umpflasterung gelangen und der betreffende Contrahent wird vielleicht wieder durchrutschen bei der ganzen Geschichte. Da soll man schärfer auf die Finger sehen, damit er seinen Verpflichtungen nachkommt.

Bezüglich der Arbeiter habe ich mich geäußert. Da gestatten Sie mir eines. Sonntag vormittags gieng ich selbst Schotter suchen, weil ich einige Steinriegel hinter dem Krapfenwaldl entdeckt habe, deren Qualität vorzüglich sein soll. Da haben die Taglöhner ganz oben am Berge auf dem Feldwege, welcher zum Krapfenwaldl führt, im heurigen Jahre das Laub auf einen Haufen zusammengeführt, und dieser soll vom Contrahenten für Koth verführt werden. Das, Herr Bürgermeister, werden Sie zugeben, ist auch nicht am Platze.

Ich bin für die Reinigung der Straßen, aber wenn man Laub zusammenkehrt, soll man es auf der Ringstraße thun, da hat es einen Sinn, bei uns im Gebirge aber bezahlt die Gemeinde die Taglöhner, und diese warten förmlich, bis das Laub von den Bäumen fällt, um dasselbe zusammenzukehren.

Das ist einfach lächerlich, und das Geld ist hinausgeworfen. Ich bitte nochmals den Herrn Bürgermeister, den Bezirksvorsteher des XIX. Bezirkes an seine Pflicht zu erinnern und strenge Con-

trole zu üben, damit nicht die Steuerträger in der empfindlichsten Weise geschädigt werden.

Gem.-Rath Gregorig: Es bleibt mir nach den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Steiner wenig zu sagen übrig. Hier steht wohl ausdrücklich, dass 120.000 fl. nur für die Erhaltung der Pflasterung bestimmt sind. Ich weiß nicht, ob das richtig ist. (Referent: Ja wohl!) Das ist noch schöner. Wie muss in Wien gearbeitet werden, wenn man 120.000 fl. auf Flickereien ausgibt? Erst in der letzten Sitzung hat man beschlossen, dass in Meidling eine Straße statt mit altem Materiale mit neuen Steinen gepflastert werde. Das ist wieder eine Straße, in die niemand hineinkommt, in der aber vielleicht eine Bezirks- oder Parteigröße ihre Häuser besitzt.

Schauen Sie sich einmal die ausgebesserten Straßen an. Im vorigen Jahre habe ich bezüglich der Kaiserstraße am Neubau constatiert, dass die Flickkosten doppelt so viel ausmachen, als die Kosten einer neuen Pflasterung betragen würden. Es werden Löcher hineingegraben, dass es eine Schande ist. Es bleiben kolossale Fugen, über die Mist geschüttet wird. Die Straße wird ein Kothmeer, und das nennt man Straßenausbesserung! Früher gab es nur kleine Löcher, sogenannte Schlaglöcher, jetzt sind sie schon so groß, dass die Pferde hineinfallen. Das ist eine Wirtschaft, von der man eigentlich gar nicht mehr sprechen kann. Die ganze Wirtschaft heute ist kopflos. Alle Ihre Lieferanten sind Ihre Parteigenossen; über die trauen Sie sich nicht. Wenn Sie über die kommen, so bleiben sie bei der Wahl aus und mit Ihrer Herrlichkeit ist es zu Ende. Die können machen, was sie wollen, es geschieht ihnen nichts. Handelt es sich um eine große Gesellschaft, so gibt sie für die Wahlen das Geld her. Handelt es sich um kleine Leute, so treiben Sie die Arbeiter und andere Lieferanten zur Wahl hin. Darum haben wir heute eine solche Wirtschaft. Wenn das noch längere Zeit so fortgeht, dann haben wir keine Straßen und gar nichts mehr. Niemand traut sich, etwas zu sagen. (Gelächter rechts.) Ob die Herren drüben auch lachen, Sie wissen dies doch recht gut, aber Sie trauen sich nicht, es zu sagen. Überall ist das so, die Spatzen pfeifen es schon am Dache und ich werde daher gegen diese Summe, welche geradezu horrend und ganz ungerecht ist, entschieden stimmen.

Gem.-Rath Eigner: Sehr geehrte Herren! Diese Summe von 120.000 fl. ist offenbar ein Nachtragscredit. Im Budget für 1894 wurde ohnehin schon für jeden Bezirk, vom I. bis XIX., eine gewisse Summe ausgeworfen, und diese Summe ist vollständig verschwunden. Wenn Sie die jetzige Summe durch 19 dividieren, so kommen auf jeden Bezirk 6316 fl. Nachtragscredit. Ich glaube, man sollte bei diesen Umpflasterungen und Manipulationen, die vorgenommen werden — sie mögen ja wirklich zweckmäßig sein und nothwendig erscheinen — vorsichtig sein. Aber hie und da geschehen Sachen, die wirklich nicht nothwendig sind, und da kann man sagen, dass das Geld beim Fenster hinausgeworfen wird. Wenn auch betreffs der Pflasterungen der Bezirks-Ingenieur oder Straßenaufseher wegen Mangels an Sand und Schotter, wegen schlechtem Sand, wegen der nicht richtigen Höhe der Sand- und Schotterschichte und verschiedener anderer Übelstände, die da wahrgenommen werden, Anzeige macht, was geschieht dann? Dieser Ingenieur oder Straßenaufseher stellt die Arbeit ein, oder sagt: „Wenn Sie das nicht so machen, kann ich Sie nicht fortarbeiten lassen!" Dann geht der Pflasterermeister ganz einfach zum Bauamte herein, lässt eine Commission, bestehend aus einem Oberingenieur oder Baurathe, hinauskommen, was natürlich große Auslagen verursacht, die doch gezahlt werden müssen, weil die Herren natürlich ja nicht umsonst hinausgehen; und schließlich hat der Ingenieur oder Straßenaufseher unrecht und der Pflasterer hat recht. Dann muss doch einem solchen Ingenieur oder Straßenaufseher jeder Muth, dem Pflasterermeister eine Ausstellung zu machen, schwinden. Er traut sich dann nicht mehr, ihm etwas zu sagen. Denn, wenn er ihm etwas sagt und die Übelstände auch wirklich bestehen, so sagen doch die Vorgesetzten: „Nein, die Sache ist doch ganz gut".

Solche Übelstände, wie sie hier geschildert wurden, kommen nicht in einem einzelnen Bezirke vor, sie finden sich fast in jedem Bezirke, und so ist es auch mit den Schotterlieferungen, über die schon so viele Worte gesprochen worden sind. Das nützt aber alles nichts. Wenn der Ingenieur oder Bezirksausschuss etwas beanständet, so lässt sich der Lieferant vom Stadtbauamte eine Commission anordnen, die sich wohl auch an Ort und Stelle begibt — aber der Schotter wird wiederum übernommen.

So muss einem jeden, ob er nun gewählt ist oder ein Amt bekleidet, der Muth genommen werden, darüber zu sprechen oder ein Gutachten diesbezüglich abzugeben, ob die Lieferung gut oder schlecht bewerkstelligt worden ist.

Diese Zustände müssen verschwinden. Wenn ein Ingenieur oder Straßenaufseher etwas bemängelt, so muss man ihm rechtgeben; und wenn man das nicht thut, so sollte der Ingenieur oder Aufseher einfach sagen, sie sollen machen, was sie wollen.

Wenn ein Wachmann jemanden auf der Straße arretiert, wird der Commissär in den seltensten Fällen sagen: „Sie, Wachmann, haben unrecht", sondern er wird sagen: „Sie haben recht". Er wird vielleicht in manchen Fällen ihm unter vier Augen sagen: „Sie hätten in dem und dem Falle anders handeln sollen", aber auch das wird er nicht vor dem, den der Wachmann eingebracht hat, sagen. Nie aber wird er in Gegenwart desselben sagen: „Sie haben unrecht".

Das wird er nicht thun; aber da kommt es vor, dass man an Ort und Stelle gleich sagt: „Sie haben nicht recht, die Arbeit ist gut und solid ausgeführt". Das führt zu keinem guten Resultate. Das macht die Ingenieure und die anderen Organe in ihrer Thätigkeit lau; sie thun nichts mehr, sie denken sich, der Betreffende soll machen und liefern, was er will. Die Herren müssen das Recht haben, die Lieferung zurückstellen zu können und wenn die Oberaufsicht kommt und sich herausstellt, dass die Leute ihrer Pflicht nicht nachgekommen sind, müssen sie aufreißen und umpflastern oder das gelieferte Material wegführen. Dann werden die Lieferanten sich überlegen, so einen Schund zu liefern.

Ich empfehle meine Anregung dem Herrn Bürgermeister; aus vollstem Gewissen kann ich sagen, dass es die reine Wahrheit ist, und dass es an Ort und Stelle überall vorkommt.

Gem.-Rath Jedlička: Ich muss geradezu staunen, dass man heute an uns mit einem Nachtragscredite von 120.000 fl. herantritt für Pflasterungen. Mit den Pflasterungen ist es eine eigenthümliche Sache. Damit werden die Bezirke zweimal beschenkt. Vor zwei oder drei Jahren sind in das Präliminare 18.000 fl. aufgenommen worden für die Pflasterung der Weinberggasse, aber geschehen ist nichts. Im vorjährigen Budget ist diese Pflasterung wieder beschlossen worden. Endlich wurde gepflastert. Dasselbe ist heute wieder mit der Martinsstraße der Fall. Dafür wurde ein Betrag von 40.000 fl. bewilligt und jetzt fängt man unten bei

der Czermakgasse zu arbeiten an, oben aber geschieht noch nichts. Damals ist die eine Gasse nicht gemacht worden, und heuer wird die Martinsstraße nicht gemacht, folglich sind die Gelder, die dazu bewilligt wurden, nicht ausgegeben worden und es ist schon ein Deficit. Hier ist über jeden Übergang referiert worden. Unser Ingenieur lamentiert, er habe für die Übergänge keine Steine und kein Pflaster. Wo kommt das Pflaster hin? Trägt jeder Stadtrath ein Pflaster davon? (Heiterkeit links.) Wenn man 120.000 fl. ausgibt, ohne den Gemeinderath zu fragen, so ist das eine Übertretung der Geschäftsordnung, eine Überschreitung der Rechte des Bürgermeisters und des ganzen Stadtrathes. Beim Budget wird wegen 5000 fl. gesprochen und der ganze Gemeinderath muss sie beschließen. Hier werden aber 120.000 fl. verlangt und wir wissen nicht, wozu. Es wäre vielleicht auch nöthig, dass die Herren ein wenig auf den Schotter schauen. Gehen Sie in die Vororte und schauen Sie, wie die Grundsteine, das sind nämlich die Steine unter dem Schotter, ausschauen. Wenn der Commune geklagt wird, dass auf den Straßen nichts geschieht, so werden Taglöhner ausgeschickt; die graben einen Stein aus, zerklopfen ihn sauber und das Pflaster ist fertig. In anderen Gassen wird der Schotter fein zerschlagen und damit wird die Straße bestreut. Das kommt mir so vor, als ob arme Leute einen Guglhupf machen und ihn statt mit Zucker mit Mehl bestreuen wollten. Es geschieht eben, meine Herren, auf den Plätzen, wo etwas geschehen soll, nichts, und auf anderen wird mit dem Gelde herumgeschmissen. 120.000 fl. wurden ausgegeben, ohne den Gemeinderath gefragt zu haben. Das ist eine Überschreitung der Rechte des Bürgermeisters und Stadtrathes. Ich stimme daher gegen den Betrag.

Referent: Ich erlaube mir auf die Bemerkung des Herrn Gem.-Rathes Steiner, dass ein Anstreichermeister vom Stadtrathe von der Arbeit entfernt und nach zwei Monaten wieder zur Arbeit zugelassen wurde, anzuführen, dass die Ausschließung dieses betreffenden Anstreichermeisters am 6. September 1893 geschehen ist und die Zulassung am 9. November 1894 erfolgte; es war also ein Zwischenraum von vierzehn und nicht von zwei Monaten, also ist das ein gewaltiger Unterschied. Ich bemerke weiters, dass nachgewiesen worden ist, dass der Betreffende, welchem das Malheur bei seinen Arbeiten an der Schule in Währing geschehen ist, seine Arbeiten, die ihm im Amtshause im XIX. Bezirke und in noch einem Schulhause übertragen worden waren, nicht nur vorzüglich und tadellos, sondern zur vollkommenen Zufriedenheit durchgeführt hat und, wie es in dem betreffenden Referate heißt, sogar belobt worden ist.

Daraus ist zu ersehen, dass der Betreffende die Mahnung, die ihm der Stadtrath zukommen ließ, sich gewiss angelegen sein lässt, um die Arbeiten ordentlich herzustellen. Ich glaube nicht, dass der Stadtrath dazu da ist, um Leute, denen ein Malheur passiert ist, überhaupt auszuschließen und dadurch vielleicht Geschäftsleute zu ruinieren.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren, ich muss eine kleine Ansicht von mir heute ändern. Die Bevölkerung hat sie bereits längst: nämlich, dass im Stadtrathe die Juristen für die Bevölkerung nicht so gefährlich sind wie die Techniker. Da sehen Sie den Fall. Das sage ich Ihnen offen: wie kann ein Fachmann so etwas vertheidigen? Ich appelliere an Sie. Ich habe selbst die Schule in der Anastasius Grüngasse in Währing durch Wochen controliert. Statt eines zweimaligen Anstriches ist nur ein einmaliger geschehen. Der Bericht des Stadtbauamtes, der dem Herrn Bürgermeister vorgelegt worden ist, sagt, dass ein zweimaliger Anstrich stattgefunden hat. Ich appelliere an die Fachmänner: wenn einmal lasiert ist, lässt sich das nicht mehr constatieren. Es war auch nichts gekittet, man musste die ganze Schule machen. Wenn sich der Bericht des Bauamtes auf das Amtshaus im XIX. Bezirke bezieht, Herr College Müller, dann gestatten Sie mir zu sagen, dass ich derjenige war, der vom Beginne an die Arbeiten controliert hat, der auch den betreffenden Ingenieur beaufsichtigt hat, so dass Musterthüren hergestellt worden sind, sonst wäre das auch nicht geschehen. Der Stadtrath hat durch sein Vorgehen seine Pflicht verletzt. Ich sage es öffentlich, jemand, der die Gemeinde übervortheilt, der nicht vertragsmäßig liefert, der kann kein Vertrauen mehr genießen und muss ausgeschlossen werden.

In welche Lage kommt der betreffende Bauamts-Ingenieur, wenn ich hinterher komme und eine Anzeige erstatte; es wird der Herr Bürgermeister in der unangenehmen Lage sein, gegen ihn eine Disciplinaruntersuchung einleiten zu müssen. Der Mann kann oft nichts dafür, weil er drei, vier Bauten zu beaufsichtigen hat, das ist zweifellos. Aber wir haben ein Recht, zu fordern, dass die Arbeiten pflichtgemäß und vertragsmäßig durchgeführt werden. Wenn dies im Stadtrathe nicht so behandelt wird, ist es sehr traurig.

Gem.-Rath Frauenberger: Es wäre gewiss sehr interessant, in dieser Angelegenheit einen Vertreter des Bauamtes zu hören. Es sind gegen das Bauamt schwere Anklagen erhoben worden und ich sehe, dass ein Vertreter des Bauamtes heute nicht hier ist. Meine Herren! Ich mache darauf aufmerksam, dass das in der Folge nicht angehen darf. Wenn solche Referate erstattet werden, muss vom betreffenden Amte jemand hier sein, welcher in der Lage ist, sofort antworten zu können. An der Spitze der Straßenpflasterung steht Baurath Schiebek, und ich glaube, er sollte heute hier sein. Es ist das jener Baurath, welcher auch in der Straßenreinigung eine Rolle spielt und daher bin ich vorsichtig — ich will mich des weiteren hier nicht aussprechen — und verlange, dass der Baurath Schiebek über diese Angelegenheit hier Auskunft gebe. Wenn er selbst im Hause nicht anwesend ist, so möge ein anderer Vertreter des Bauamtes hieher kommen und uns Aufklärung geben. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Es ist richtig, dass der betreffende Anstreichermeister am 6. September 1893 von den städtischen Arbeiten ausgeschlossen wurde, aber es muss beigefügt werden, dass dieser Beschluss des Stadtrathes nicht etwa über Antrag eines Opponenten, eines Anhängers der scharfen Partei gefasst wurde, sondern, dass dieser Beschluss vom Stadtrathe gefasst wurde über Anregung des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter und über Antrag des damaligen Referenten, des Herrn Gem.-Rathes Müller. Wenn diese beiden Herren den Antrag auf Ausschließung eines Contrahenten stellen, so werden Sie sich doch wohl denken können, dass der betreffende Contrahent seine Pflicht gewiss nicht erfüllt hat, denn sonst hätten die beiden Herren gewiss nicht einen solchen Antrag gestellt. Dass der betreffende Meister, nachdem das geschehen, nachdem er so überwacht worden ist, eine spätere Arbeit gut hergestellt haben mag, das will ich nicht bezweifeln. Das ist aber nicht sein Verdienst, sondern das ist das Verdienst jenes fleißigen Gemeinderathes, der ordentlich controliert. (Zwischenrufe rechts.) Und wenn Sie fragen, mit welchem Rechte ein Gemeinderath controliert, so erkläre ich Ihnen, er controliert mit dem Rechte eines ehrlichen Mannes, der will,

dass die Gemeinde nicht geschädigt werde. (So ist es! links.) Nun ist es ja richtig, dass erst im heurigen Jahre dieser Beschluss wieder zurückgenommen wurde, und zwar, wenn ich nicht irre, am 8. November d. J. Die betreffende Zurücknahme ist nicht einstimmig erfolgt, sondern mit einer sehr geringen Mehrheit. Es waren acht dagegen und neun oder zehn dafür. Ich habe den Herren Collegen im Stadtrathe ausdrücklich gesagt, dass eine solche Handhabung der Geschäfte nur zur Discreditierung der Beschlüsse des Stadtrathes nothwendigerweise führen muss. (So ist es! links.) Es geht durchaus nicht an, dass man einen Geschäftsmann am 6. November 1893 ausschließt und ihn heuer wieder als zuläßig zur Lieferung öffentlicher Arbeiten für die Gemeinde erklärt.

Das ist ein Vorgang, der entschieden missbilligt werden muss, und ich freue mich, dass diese Sache hier öffentlich zur Sprache gebracht worden ist. Der Stadtrath darf nicht in solcher Weise mit seinen eigenen Beschlüssen umspringen, wenn er Achtung in der Bevölkerung erringen will. Das zur Klarstellung der ganzen Sache.

Gem.-Rath Hawranek: Zuerst muss ich den Herren Collegen Frauenberger dahin berichtigen, dass niemand hier das Stadtbauamt angegriffen und dem Ingenieur schuld gegeben hat, sondern Herr Gem.-Rath Eigner verlangt, dass auf die Worte des Ingenieurs oder Straßenaufsehers etwas mehr gegeben werde, und dass nicht in Gegenwart des Contrahenten ihm gesagt werde, derselbe liefere seine Sache ordentlich.

Nun muss ich noch auf die früheren Sectionen zurückkommen. Das ist nie vorgekommen, wenn ein Contrahent einmal ausgeschlossen worden ist, dass er je einmal wieder eine Arbeit bei der Commune bekommen hat. Es ist bedauerlich, dass Herr St.-R. Müller als Gewerbetreibender überhaupt einen solchen Antrag stellt.

Bürgermeister: Ich möchte nur eine ganz kurze Bemerkung gegenüber dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger machen. Wie es öfters vorkommt, so ist auch heute im Laufe der Debatte von einem Gegenstande auf einen anderen übergegangen worden. Es ist das wohl im Wege einer Ideenassociation geschehen, aber Thatsache ist, dass nicht mehr von dem Zuschusscredite für Straßenreparaturen die Rede ist, sondern von dem Anstriche in einem Schul- oder Amtshause u. s. w., von dem Ausschlusse eines Anstreicher-Contrahenten und Wiederverleihung von Arbeiten an denselben. Was soll nun Herr Baurath Schiebek, der Straßenreferent ist, wenn er vorgeladen wird, über die Anstreicherarbeit sagen? Ich kann es Ihnen im vorhinein mittheilen. Er wird sagen, dass er davon absolut nichts weiß. Ich möchte also freundlichst bitten, nachdem das Referat dringend ist und einige Straßenausbesserungen noch heuer gemacht werden müssen, dass Sie die Güte haben, heute in die Beschlussfassung einzugehen, und den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger abzulehnen.

Gem.-Rath Becker: Sie wissen, dass ich mich nur selten zum Worte melde. Ich hätte es auch jetzt nicht gethan, wenn nicht Herr Dr. Rechansky immerfort sein Klampfl dazugegeben hätte. Ich möchte den Herrn Doctor fragen: Wer hat ein Recht auf Aufsicht? Er als Jurist kann keine Antwort darauf geben. Dieses Recht kann nur der Gemeinderath haben. Es wäre gut, wenn er die geschmacklosen Reden, die er hier hält, unterlassen würde. (Lebhafte Heiterkeit links. — Widerspruch rechts.)

Was die 120.000 fl. anbelangt, so sagt man, das ist keine so große Summe. Ich begreife ja das; denn wie geht es hier zu? Es wird geschottert, dann wird gewalzt, es gehen sechs Pferde drei bis vier Tage auf der Straße herum. Dann wird canalisiert, es wird der Schotter aufgerissen, dann wird wieder gepflastert. Hierauf kommt wieder die Wasserleitung, da wird wieder das Pflaster aufgerissen, es wird canalisiert und wieder gepflastert. Dann kommt die Gasleitung; da wird wieder das Pflaster aufgerissen, die Gasrohre werden hineingelegt und die betreffenden Straßen werden wieder gepflastert. Von der Legung der elektrischen Leitungen spreche ich gar nicht, denn das geht mehr auf Kosten der betreffenden Elektricitäts-Gesellschaften. Da wundern Sie sich, meine Herren, dass dafür 120.000 fl. verlangt werden? Ich werde nicht dafür stimmen, so gut wie meine Gesinnungsgenossen; aber den Herrn Dr. Rechansky möchte ich bitten, dass er in solchen Dingen mit seinen Reden etwas vorsichtiger sein möge.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich habe einige Worte auf die Bemerkung des Herrn Bürgermeisters zu sagen. Es fällt mir durchaus nicht ein, den Herrn Baurath Schiebek hier sprechen zu hören, etwa deswegen, dass er vielleicht über Tischlerarbeiten oder über Anstreicherarbeiten Auskunft gebe; dass er davon nichts versteht, davon bin ich auch überzeugt. (Heiterkeit.) Aber mir handelt es sich um etwas anderes.

Es heißt hier im Referate: Bewilligung eines Zuschusscredites von 120.000 fl. zur Rubrik XXII 1 a „Currente Erhaltung des Pflasters". Nun werden hier im Gemeinderathe Stimmen laut, dass diese Summe eine sehr hohe ist. Wenn man bedenkt, dass wir alle Jahre das Pflaster-Präliminare festsetzen, muss eine solche Summe, wenn sie verlangt wird, gewiss als eine sehr hohe bezeichnet werden. Wenn nun im Gemeinderathe Stimmen laut werden, welche eine Aufklärung über die Verwendung eines so hohen Betrages wünschen, so muss der Chef des betreffenden Amtes hier sein und muss dem Gemeinderathe diese Aufklärung geben können, und wenn er nicht selbst hier ist, muss ein Vertreter von ihm da sein, denn, wenn wir hier eine Aufklärung wünschen, müssen wir sie bekommen, sonst können wir nicht richtig abstimmen.

Ich mache auf etwas anderes aufmerksam. Die Herren vom Stadtrathe können leicht lachen, sie wissen davon, sie haben es im Stadtrathe durchberathen ... (Gem.-Rath Dr. Lueger: Wir wissen noch nichts! — Heiterkeit.) Vielleicht! Vielleicht haben Sie sich dem Antrage des Referenten angeschlossen, weil immer das das einfachste und billigste ist, man braucht nicht zu denken, sondern sagt einfach: Ich schließe mich dem Antrage des Stadtrathes oder Magistrates an. Vielleicht ist es auch in diesem Falle geschehen. (Zustimmung links.) Aber wir Gemeinderäthe, die wir doch eine große Verantwortung zu tragen haben, wollen wissen, warum dieser Zuschusscredit bis zu dieser Höhe verlangt wird, und daher habe ich recht, wenn ich beantrage: Es werde der Baurath Schiebek, der Chef dieses Amtes, vorgeladen, um uns Auskunft zu geben. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Der erste Redner in der Debatte hat über eine Angelegenheit gesprochen, welche eigentlich mit dem Referate nichts zu thun hat. Er hat gesprochen von den Arbeiten für die Erhaltung der ungepflasterten Straßen, Verwendung von Schotter u. dgl. Das wird der Gegenstand des Referates meines Nach-

folgers sein, welcher, wie ich glaube, für die Erhaltung der ungepflasterten Straßen ebenfalls um einen Zuschusscredit zu bitten hat. Auf die Pflasterung hat dies keinen directen Bezug gehabt.

Dann möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass eine Überschreitung der ganzen Rubrik XXII 1 höchstwahrscheinlich nicht eintreten wird.

Ich habe schon auseinandergesetzt, dass diese Rubrik aus drei Sub-Rubriken, a b und c, besteht; a sind currente Erhaltung des Pflasters, also sammt den Reparaturen derjenigen Pflasterungen, welche sich ereignen, wenn ein Haus umgebaut, eine Straße verbreitert wird u. dgl., das sind nicht bloß Flickereien, und endlich diejenigen Pflasterungen, welche im Pflaster-Präliminare, wo die einzelnen Objecte nominativ aufgeführt sind, nicht enthalten waren, die über Beschluss des Gemeinderathes oder nach der Competenz über Beschluss des Stadtrathes vom Gemeinderathe beschlossen worden sind. Die Gesammtrubrik wird höchstwahrscheinlich unter dem präliminierten Betrage zurückbleiben. Nachdem wir aber — und das ist ein großer Vorzug unserer Budgets — Revirements in unserem Budget nicht kennen, und Ersparnisse, die bei Rubrik 1 b höchstwahrscheinlich erzielt werden, nicht dazu verwenden dürfen, um Mehrausgaben in der Rubrik 1 a wett zu machen, so müssen wir mit solchen Beträgen um einen Zuschusscredit an den Gemeinderath kommen.

Sehen Sie, bei den Pflasterungen regnet es Wünsche. Jeder hat einen Wunsch und will Gassen besser gepflastert haben, und wenn meine Wenigkeit herkommt und sagt, die Sache kostet so viel, bitte, bewilligen Sie das, so wird ein Vorwurf gemacht.

Was den Antrag des Herrn Collegen Frauenberger betrifft, so hat sich der Herr Bürgermeister darüber ausgesprochen. Wenn das zur Übung werden sollte, so müssten wir beständig eine große Anzahl von Beamten consigniert halten, weil wir nicht wissen können, welcher Gegenstand hier zur Verhandlung kommt, oder weil — wie es sich heute gezeigt hat — von einem Gegenstande zu einem ganz fernliegenden abgeschweift wird; wir müssten die Zahl der Magistratsräthe und Bauräthe um fünf bis sechs vermehren, das kostet sehr viel Geld.

Endlich ist für alle neunzehn Bezirke der Betrag von 120.000 fl. bei den großen Anforderungen, welche von Seite der Bevölkerung gestellt werden, gar kein hoher, und die Herren werden höchstwahrscheinlich beim nächsten Präliminare gleich im voraus einen Betrag bestimmen müssen, welcher diesem Betrage ungefähr gleichkommt.

Aus diesen Gründen bitte ich, wenn Sie nicht wollen, dass die Arbeiten, welche noch nicht alle beendigt sind, sistiert werden sollen, den Betrag zu bewilligen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Ich bin der Meinung, dass Sie nicht rechtgethan haben, die Debatte für geschlossen zu erklären.

Es ist der Antrag gestellt worden, ein Organ des Stadtbauamtes zu vernehmen. Über diesen Antrag muss nach meiner Ansicht früher abgestimmt werden, denn es geht nicht an, jetzt einen solchen Beschluss zu fassen, weil wir dann nichts mehr reden könnten. Wir könnten nur mehr das Organ des Stadtbauamtes hören. Meine Meinung geht dahin, dass über einen solchen Zwischen-Antrag sofort im Laufe der Debatte zu entscheiden ist und dann erst die Debatte geschlossen werden kann. Es ist nicht anders möglich, sonst — der Herr Vorsitzende wird mir recht geben — ist dem Gemeinderathe die Möglichkeit der Debatte über Auskünfte, welche das betreffende Organ gibt, geradezu genommen. Das liegt gewiss nicht in der Tendenz der Geschäftsordnung. Ich bitte, diese Bemerkung nicht so sehr als für jetzt, denn für die Zukunft gemacht aufzufassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich glaube, dass der Herr Redner mit seiner Bemerkung vom Standpunkte der bestehenden Geschäftsordnung nicht recht hat. Wenn das, was der Herr Redner meint, hätte eintreten sollen, dann hätte der Herr Gem.-Rath Frauenberger, nachdem er die Motivierung vorausgeschickt hat, beantragen müssen, das Referat sei zu vertagen. Über den Vertagungs-Antrag ist sofort abzustimmen. Statt dessen hat er den Antrag gestellt, es sei in der vorliegenden Angelegenheit ein Vertreter des Bauamtes zu vernehmen zum Zwecke näherer Aufklärung, zunächst Herr Baurath Schiebek, eventuell ein Stellvertreter. Das ist nichts anderes, als eine motivierte Vertagung. Es kann daher der Antrag nicht anders erledigt werden, als indem er vor dem Referenten-Antrage zur Abstimmung gebracht wird. Wenn er angenommen wird, wird einfach die Einvernehmung der betreffenden Persönlichkeiten das nächstemal erfolgen, anders kann die Sache nicht gemacht werden.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Der verstorbene Bürgermeister Dr. Prix war gewiss nicht sanft in der Auslegung der Geschäftsordnung und dennoch könnte ich dem Herrn Vorsitzenden aus dem Protokolle nachweisen, dass er, wenn ein solcher Antrag gestellt worden ist, immer sofort den Gemeinderath über diesen Antrag befragt hat. Das war die Übung des verstorbenen Herrn Dr. Prix und ich würde bitten, dass der Herr Dr. Richter den Herrn Dr. Prix nicht „überprixen" möge.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte den Herrn Redner, den § 11 der Geschäftsordnung zurathe zu ziehen. Dieser spricht davon, dass über Verfügung des Bürgermeisters Mitglieder des Gremiums des Magistrates zur Auskunftsertheilung vor dem Gemeinderathe zu erscheinen haben, und es wurde früher offenbar mit Rücksicht auf diese discretionäre Gewalt die Abstimmung in gewissen Fällen beliebt, um zu constatieren, ob die Versammlung darauf eingehen wolle, jemanden noch zu hören oder nicht. Das wird also hier auch seinen Ausdruck finden und ich glaube, dass der Gemeinderath in seinen Entschließungen durchaus nicht beengt wird.

Die Herren kennen die Anträge des Herrn Referenten. Herr Gem.-Rath Frauenberger wünscht die Vertagung der Verhandlungen zu dem Zwecke der Beiziehung eines Vertreters des Stadtbauamtes zur Ertheilung näherer Aufklärungen. Ich bitte, diejenigen Herren, welche mit dem Vertagungs-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Abgelehnt. Ich bringe nun den Referenten-Antrag zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Herren, welche mit demselben einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Zur Rubrik XXII 1 a „Currente Erhaltung des Pflasters" wird ein Zuschusscredit von 120.000 fl. bewilligt.

20. (8959.) **Referent Bürgermeister Dr. Grübl:** Ich habe die Ehre, namens des Stadtrathes über eine an das hohe Abgeordnetenhaus zu richtende Petition in Angelegenheit der Approvisionierung Wiens Bericht zu erstatten. Der Anlass zu dieser Petition ist einerseits die stetige Vertheuerung des Fleisches auf dem Central-Viehmarkte sowie in den Detailgeschäften; andererseits liegt er in den Verhandlungen, welche im volkswirtschaft-

lichen Ausschusse des Abgeordnetenhauses über diesen Gegenstand geführt worden sind, insbesondere in dem Referate, das in dieser Angelegenheit von dem Herrn Reichsraths-Abgeordneten Proskowetz erstattet worden ist. Die Verhandlungen über diesen Gegenstand haben sich nach zwei Richtungen bewegt.

Zunächst haben sich diese Verhandlungen auf die Frage bezogen: Ist der Viehstand in der österreichisch-ungarischen Monarchie ein solcher, dass in Zukunft auf eine ausreichende Beschickung des Wiener Marktes und der anderen Märkte Österreichs gerechnet werden kann? Wenn diese Frage aufgeworfen wird, so muss man dabei in Betracht ziehen, dass die Auftriebe auf dem Wiener Markte, insbesondere was die Qualität betrifft, in einem fortwährenden Zurückgehen begriffen sind, dass die Wiener Geschäftsleute nicht imstande sind, in gleicher Weise wie früher sich mit Fleisch, beziehungsweise mit Thieren erster Qualität zu versehen, und dass sie infolge dessen seit geraumer Zeit gezwungen sind, ihren Bedarf nicht am Wiener Markte, sondern außerhalb desselben in Stallungen zu decken. Es kommt dabei weiter in Betracht, dass es anerkannt ist, dass der Export aus der österreichisch-ungarischen Monarchie nach Deutschland und nach der Schweiz stetig zunimmt, dass er in diesem Jahre ungeahnte Dimensionen angenommen hat. Darüber bestehen statistische Erhebungen bis zum heutigen Tage. Ich glaube, es ist nicht nothwendig, auf diese Ziffern einzugehen, nachdem dieselben ja wiederholt genannt und nicht bestritten worden sind. Es ist die Frage, ob, wenn das so fortgeht, es fernerhin möglich sein wird, noch einen ausreichenden Vorrath von Thieren in der österreichisch-ungarischen Monarchie zu finden. Von hervorragenden Landwirten wird die Befürchtung ausgesprochen, dass bei den heutigen Exportverhältnissen es nicht möglich sein werde, den künftigen Bedürfnissen des Reiches zu genügen.

Es wird behauptet, dass bei dem großen Export, der derzeit stattfindet, sehr viele Landwirte sozusagen nicht die Zinsen, die Früchte ihrer Thierzucht, verkaufen, sondern auch schon das Capital.

Es kommt weiter in Betracht, dass wir gewiss nicht in der Lage sind, die Bedürfnisse des Auslandes, wie sie sich in der nächsten Zeit herausstellen werden, zu kennen, so dass niemand in der Lage sein wird, zu beurtheilen, wie groß die Ansprüche des Auslandes an die österreichisch-ungarische Monarchie sein werden und wie groß sich der Export weiter gestalten wird. Wir haben geglaubt, dass es unter solchen Umständen unsere Pflicht ist, die hohe Regierung darauf aufmerksam zu machen, dass bei der Fortdauer eines solchen Verhältnisses sehr schwere Verlegenheiten für die Bevölkerung überhaupt und für den Wiener Markt speciell eintreten können. (Sehr richtig!) Es kann dahin kommen, dass aus der heutigen Fleischtheuerung geradezu ein Thiermangel sich entwickelt. Es ist ja begreiflich, wenn die Landwirtschaft den Export als ein Glück, als einen wünschenswerten Zustand ansieht, weil durch diese Erscheinung die Handelsbilanz Österreichs wesentlich verbessert wird. Allein, es kann durch eine solche Entwicklung der Verhältnisse eine schwere Gefahr für die österreichische Bevölkerung entstehen. Es kann dahin kommen, dass wir nicht in der Lage sind, den Bedürfnissen der consumierenden Bevölkerung zu entsprechen. (Sehr gut!) Das ist der eine Theil der Frage.

Wenn wir uns nun überlegen, was wir in dieser Richtung thun können, so kommen wir zu dem Schlusse, dass die hohe Regierung auf diese Erscheinung aufmerksam gemacht und ersucht werden muss, mit allen ihr zugebote stehenden Mitteln alles aufzuwenden, um die österreichische Viehzucht zu heben, um dem Bauer, der in der Lage wäre, Thiere zu züchten, weil er Futter hat, Vorschüsse zu geben, damit er sich Einstellvieh kaufen kann, um dasselbe aufzuziehen.

Es kann sich aber, wenn sich herausstellen sollte, dass der Viehstand Österreichs infolge des großen Exportes, infolge der weitgehenden Inanspruchnahme des inländischen Marktes zurückgegangen ist, die Nothwendigkeit ergeben, auch das Ausland in Anspruch zu nehmen. Wenn dabei auf Rumänien verwiesen wird, so geschieht das deswegen, weil seinerzeit aus Rumänien ein sehr großer und wertvoller Import nach Österreich stattgefunden hat. Ein solcher Hinweis auf Rumänien ist durchaus nicht unpatriotisch. (Sehr richtig!) Es ist uns allen gewiss sehr lieb und wir legen den größten Wert darauf, dass, insolange es möglich ist, die Bedürfnisse aus der österreichisch-ungarischen Monarchie bedeckt werden und dass nur dann aufs Ausland gegriffen werde, wenn es absolut nothwendig ist. Wenn wir wünschen, dass eventuell an Rumänien herangetreten werde, so geschieht das selbstverständlich nur mit dem Vorbehalte und in der Voraussetzung, dass bei den Verhandlungen mit diesem Lande auch die Interessen Österreichs in entsprechender Weise gewahrt werden. Wir sind aber eben der Ansicht, dass das bei solchen Verhandlungen auch möglich wäre. (Beifall.)

Der zweite Theil der Verhandlungen, welche aus diesem Anlasse geführt worden sind, bezieht sich auf den Zustand der Approvisionierungsanstalten in Wien und in den übrigen Städten. In dieser Richtung ist es unmöglich, dass wir uns heute in alle Details unserer Approvisionierungsanstalten einlassen.

Soviel, glaube ich aber, kann ich im Namen der Gemeinde aussprechen, dass der Gemeinderath überall dort, wo sich Übelstände herausstellen oder wo wir aufmerksam gemacht werden, dass dieses oder jenes besser gemacht werden kann, mit Vergnügen bereit sein wird, die Frage zu studieren und überall dort zu verbessern, wo es möglich und wünschenswert ist. In dieser Richtung haben wir ja jederzeit den Anregungen, welche gemacht worden sind, mit Vergnügen Folge geleistet. (Widerspruch links.) Meine Herren, ich bitte, mich dann zu widerlegen. — In dieser Richtung kann nur die Bereitwilligkeit ausgesprochen werden, dass überall dort, wo sich das als wünschenswert herausstellt, die nothwendigen Reformen durchgeführt werden. Aber das eine glaube ich schon heute sagen zu können, dass so manches, was heute als Übelstand bezeichnet wird, vor Jahren als anstrebenswerter Zustand bezeichnet wurde, und dass über manches, was heute als anstrebenswert, als Ideal bezeichnet wird, eine andere Meinung sich bilden wird, wenn die Sache in Wirklichkeit durchgeführt worden ist.

Ich glaube damit vorläufig die Petition, deren Überreichung ich zu beantragen die Ehre habe, begründet zu haben. Es ist in dieser Petition auf die Auftriebsverhältnisse auf dem Wiener Viehmarkte hingewiesen. Es ist dieser Hinweis mit sehr zahlreichen statistischen Belegen ausgestattet, und es sind die Vorwürfe, die Abgeordneter Ritter v. Proskowetz gegen die Approvisionierungsverhältnisse und -Anstalten in Wien erhoben hat, entschieden zurückgewiesen. Ich glaube überhaupt, dass mit solchen einfachen, allgemeinen Bemerkungen, wie: die Approvisionierungs-Anstalten sind desolat — gar nichts gethan ist. (Zustimmung.) Man kann das nehmen, wie man will; besser wird die Sache sicher nicht. Wenn man an den Approvisionierungs-Anstalten Kritik üben will, muss man es im einzelnen thun, muss sagen, was vom Übel ist, und sich äußern, wie man sich die Verbesserung der Sache vorstellt.

Ich erlaube mir die Anfrage, ob Sie wünschen, dass die Petition vorgelesen wird, oder ob Sie einverstanden sind, dass bloß das Petitum derselben vorgelesen werde. (Rufe: Petition!) Also die ganze Petition. (Liest:)

„Hohes Abgeordnetenhaus!

Der Herr Reichsraths-Abgeordnete Ritter v. Proskowetz hat gelegentlich seines über die Petitionen von Fleischhauer-Genossenschaften um Aufhebung der Grenzsperre gegen Rumänien im volkswirtschaftlichen Ausschusse des hohen Reichsrathes erstatteten Referates sich in abfälliger Weise über die Approvisionierung der Stadt Wien ausgesprochen, indem er die Verhältnisse daselbst als „desolate" hinstellt.

Die Gemeindevertretung der Stadt Wien sieht sich deshalb veranlasst, die ihr bei diesem Anlasse gemachten Vorwürfe entschieden zurückzuweisen und den vom Herrn Abgeordneten Ritter v. Proskowetz diesfalls ausgesprochenen Anschauungen entgegenzutreten. Der Herr Abgeordnete Ritter v. Proskowetz constatiert mit Genugthuung, dass sich seit 1. Jänner 1882 die Rindviehzucht und Rindfleischproduction namentlich in Österreich in erfreulicher Weise sowohl quantitativ als qualitativ, wenn auch langsam, so doch stetig progressiv fast in den meisten Kronländern gehoben habe.

Zur Klarstellung des Sachverhaltes wird Folgendes bemerkt: Vergleicht man die Resultate der Viehzählungen in den Jahren 1880 und 1890, so ergibt sich, dass der Rindviehstand in Cisleithanien innerhalb dieser zehnjährigen Periode von 8,584.077 Stück auf 8,643.936 Stück Rinder gestiegen ist, sonach sich um 59.859 Stück vermehrt hat. Ob dies ein zufriedenstellendes Resultat genannt werden kann, muss der allgemeinen Beurtheilung überlassen werden. Bei dieser Beurtheilung darf jedoch nicht außeracht gelassen werden, dass die Bevölkerung in diesen Ländern von 22,144.244 nach dem Stande vom 31. December 1880 auf 23.895.413 nach dem Stande vom 31. December 1890, demnach um circa 1,751.169 Köpfe gestiegen ist, welcher Zunahme der Bevölkerung der Zuwachs von 59.859 Stück Rindvieh absolut nicht entspricht.

Fasst man jedoch den Rindviehstand der einzelnen Kronländer näher ins Auge, so zeigt sich, dass der Rindviehstand in den Ländern Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Kärnten, Küstenland, Tirol und Vorarlberg, Böhmen, Mähren, Schlesien und Bukowina zurückgegangen ist, und sich nur in Steiermark, Krain, Galizien und Dalmatien, also keineswegs in den meisten Kronländern etwas vermehrt hat, wobei nicht übersehen werden darf, dass die unbedeutende Vermehrung des Rindviehes in Krain und Dalmatien für die Wiener Approvisionierung ganz belanglos ist. Dagegen fällt der Ausfall in Böhmen, Mähren, Schlesien, Nieder- und Oberösterreich deshalb ins Gewicht, weil diese Länder dem Markte viel weniger Vieh zuführen, als in früheren Jahren.

Im heurigen Jahre — in den letzten und allerletzten Monaten — sind sogar Käufer aus Böhmen, Mähren und Oberösterreich ꝛc. auf diesem Markte erschienen und haben demselben wöchentlich viele hundert Rinder, darunter Böhmen allein von Mitte Juni bis Mitte September wöchentlich 400 bis 500, ja selbst bis 700 Stück entzogen. (Hört! Hört!)

Der Rückgang der Viehproduction hat denn auch auf die Auftriebe auf dem Wiener Markte einen nachtheiligen Einfluss geübt. Auf demselben sind nämlich

im Jahre	1889	. . . . .	265.641 Stück
„ „	1890	. . . . .	264.864 „
„ „	1891	. . . . .	249.309 „
„ „	1892	. . . . .	231.206 „
„ „	1893	. . . . .	235.994 „

Schlachtvieh aufgetrieben worden, es ist mithin der Auftrieb seit dem Jahre 1889 — von 265.000 auf 235.000 — um circa 30.000 Stück zurückgegangen.

In den vorerwähnten Auftriebsziffern ist auch das sogenannte Beinlvieh enthalten, dessen Zahl im Jahre 1893 nicht weniger als 46.730 Stück betrug, welche Viehgattung nur zur Wurstfabrication verwendet wird. Diesem Rückgange in der Viehzufuhr zum Wiener Markte steht jedoch eine Vermehrung der Bevölkerung Wiens von 1,364.548 Personen im Jahre 1890, auf 1,450.657 Personen im Jahre 1893 gegenüber, wodurch das Misverhältnis sich nur noch ungünstiger gestaltet.

Was aber besonders betont werden muss, ist, dass schon seit einigen Jahren die Qualität der zu Markte gebrachten Mastrinder in der Mehrzahl den Anforderungen der Käufer nicht entspricht. Für die Fleischapprovisionierung Wiens waren bisher vorwiegend die Schlachtviehzutriebe aus den Provinzen Galizien, Bukowina und aus Ungarn maßgebend.

Galizien hat nun dem Wiener Markte

im Jahre	1889	. . . . .	55.033 Stück
„ „	1890	. . . . .	46 547 „
„ „	1891	. . . . .	50.879 „
„ „	1892	. . . . .	31.863 „
„ „	1893	. . . . .	41.075 „

Schlachtvieh zugeführt, und es hat auch die Rindfleischzufuhr aus diesem Lande, welche

im Jahre	1889	. . . . .	2,727.670 kg
„ „	1890	. . . . .	2,506.832 „
„ „	1891	. . . . .	2,203.562 „
„ „	1892	. . . . .	1,765.784 „
„ „	1893	. . . . .	1,972.378 „

betrug, abgenommen.

Aus der Provinz Bukowina gelangten im Jahre 1886 noch 16.669 Stück Schlachtvieh auf den Wiener Markt, im Jahre 1893 aber nur 9.922 Stück.

Besonders auffällig ist der stete Rückgang in den Schlachtviehzufuhren aus Ungarn.

Es betrug nämlich die Zahl der von dort auf den Viehmarkt St. Marx zugeführten Rinder

im Jahre	1890	. . . . .	163.232 Stück
„ „	1891	. . . . .	139.806 „
„ „	1892	. . . . .	133.731 „
„ „	1893 dagegen	. . .	110.082 „

daher seit dem Jahre 1890 ein Ausfall von 53.000 Stück zu verzeichnen ist. Die Hauptursache des Rindviehmangels bildet der sehr lebhafte Export inländischen Viehes nach Deutschland und der Schweiz. Diese Ausfuhr betrug im 1. Semester 1894 nicht weniger als 84.345 Stück, worunter sich 36.489 Ochsen befanden, während in der gleichen Periode des Jahres 1893 nur 17.318 Rinder, darunter 8490 Ochsen, zur Ausfuhr gelangten; diese Rinder, zumeist von bester Qualität, wären unter anderen Verhältnissen der Mehrzahl nach auf den Wiener Markt gebracht worden. Bei der Fortdauer der Viehausfuhr nach Deutschland und der Schweiz ist nun die Besorgnis nur zu begründet, dass die Zufuhr von

qualitätsmäßigem Schlachtvieh auf dem Wiener Markte sich noch bedeutend verminderte und die in der Fleischapprovisionierung Wiens geschaffenen schwierigen Verhältnisse sich noch weiter verschärfen werden.

Bei dieser Sachlage erscheint daher die Forderung nach Erschließung neuer Bezugsquellen für Rindvieh mehr denn je begründet, und muss dieselbe mit allem Nachdrucke erneuert werden, um der Bevölkerung die nothwendige Fleischnahrung zu sichern.

Der Abgeordnete Ritter v. Proskowetz beklagt, dass auch die Schaffleischzucht im Verfalle begriffen ist, und gibt als Gründe hiefür an, dass der Schaffleischconsum in Österreich, namentlich in Wien unbegreiflicherweise im Gegensatz zur Richtung des Consums in Frankreich, England und Deutschland geradezu verpönt ist. Die Anregung, dass die Bevölkerung Wiens auch dem Schaffleischconsum sich zuwende, wurde schon seinerzeit nach der Grenzsperre gegen Russland und Rumänien von anderer Seite gemacht; allein es steht nicht in der Macht der Gemeinde Wien, die Bevölkerung zum regelmäßigen Consum des Schaffleisches, welches ja in den Fleischverkaufsstellen zu bekommen ist, zu verhalten. Warum in Wien wenig Schaffleisch consumiert wird, hat seinen Grund darin, dass der Mehrzahl der Bevölkerung der Geschmack desselben weniger zusagt und dieselbe das gekochte Rindfleisch wegen der Suppe vorzieht. Dem Arbeiter und selbst auch dem Mittelstande ist das gekochte Rindfleisch mit Suppe und einer Zuspeise das beliebteste und auch das billigste Nahrungsmittel.

Der Abgeordnete Ritter v. Proskowetz hat die ämtlichen Ausweise über die aus Rumänien zum Wiener Schlachtviehmarkte zugeführten Rinder vorgelegt, nach welchen diesem Markte innerhalb neun Jahren, nämlich vom Jahre 1874 bis zum Jahre 1882 (dem Beginne der Grenzsperre) 68.946 Stück Ochsen, das ist pro Jahr 7660⅔ Stück zugeführt wurden. Auf diese Ziffer gründet er seine Behauptung, dass der Einfuhr aus Rumänien keineswegs jene Bedeutung zukomme, welche ihr beigelegt werde, und glaubt bewiesen zu haben, dass der Ruf nach Eröffnung der rumänischen Grenze lediglich eine Mystification des Publicums bedeute. (Ruf links: Großartig!) Zunächst übersieht hiebei der Herr Abgeordnete, dass der damalige Import von rumänischen Rindern nach St. Marx vom Jahre 1874 bis 1881 eine stetige Zunahme aufweist und sich von 5158 Stück Ochsen im Jahre 1874 auf 11.279 Stück im Jahre 1881 erhöht hat.

Weiters muss darauf hingewiesen werden, dass Herr v. Proskowetz in seine Durchschnittsberechnung auch das Jahr 1882 noch einbezieht, in welchem nur mehr 97 Contumazochsen auf den Wiener Contumazmarkt gelangten.

Noch auffälliger ist, dass Ritter v. Proskowetz lediglich mit den Ziffern des nach Wien importierten rumänischen Viehes rechnet, während ihm doch bekannt sein muss, dass in dem direct nach Wien importierten rumänischen Vieh noch tausende von dieser Provenienz nach Österreich-Ungarn importiert wurden, um als Einstellvieh in die Mastanstalten eingestellt zu werden, von wo sie schließlich als Mastvieh auf den hiesigen Markt gelangten. (Sehr richtig! rechts.) Diesfalls wird darauf hingewiesen, dass:

im Jahre 1871	19.463	Stück
„ „ 1872	30.699	„
„ „ 1873	43.392	„
„ „ 1874	31.857	„
„ „ 1875	26.111	„
„ „ 1876	44.920	„
im Jahre 1877	41.061	Stück
„ „ 1878	16.235	„
„ „ 1879	24.780	„
„ „ 1880	16.824	„
„ „ 1881	15.056	„

Rinder nach Österreich-Ungarn eingeführt wurden. Diese Ziffern haben übrigens für die Gegenwart überhaupt gar keine Bedeutung, denn gegenwärtig handelt es sich lediglich um die Frage, ob Rumänien mit Rücksicht auf den Stand der dortigen Veterinärpolizei für den Viehimport nach Österreich-Ungarn in Betracht kommen kann, und im bejahenden Falle, wie die Viehstandverhältnisse dort beschaffen sind, so dass man im Falle der Eröffnung der Grenze für die Vieheinfuhr aus Rumänien auf einen Rindviehimport auch rechnen kann. Um diese Frage zu studieren, hat die Gemeinde kürzlich zwei städtische Thierärzte nach Rumänien entsendet, deren Bericht, welcher in der Anlage mitfolgt, dahin lautet, dass die veterinären Verhältnisse in Rumänien derart befriedigende sind, dass man dieses Land als für den Viehexport befähigt, bezeichnen kann. Aber auch die Viehstandsverhältnisse in Rumänien werden von den städtischen Thierärzten als günstige bezeichnet. Im Jahre 1892 betrug nämlich der Rindviehstand Rumäniens 2,520.380 Rinder, darunter 1,250.590 Ochsen, und sind in den 48 Brennereien, welche durch die Organe der Gemeinde Wien zum Theile in Augenschein genommen worden sind, nach glaubwürdigen Privatmittheilungen 15- bis 26.000 Stück pro Jahr zur Mast eingestellt, worunter sich kein Viehstück unter 600 kg Lebendgewicht befindet. Selbstverständlich sind auch die obigen Ziffern für die Zukunft nicht maßgebend, weil es außer Zweifel steht, dass, wenn für einen bestimmten Zeitpunkt die Eröffnung der Grenze für die Vieheinfuhr zugesichert wird, die dortige Viehproduction einen sehr lebhaften Aufschwung nehmen wird. Wenn auf den Einlass von rumänischen Rindern nach Österreich hingewiesen wird, so geschieht dies nicht in der Absicht, die Action der hohen Regierung in Bezug auf die Herbeiführung einer Zollvereinigung mit Rumänien irgendwie zu stören.

Der Wiener Platz hat durch die Absperrung der rumänischen Grenze gegen österreichische Industrieartikel empfindliche Verluste erlitten (Sehr richtig! rechts), und das von Seite der Gemeinde Wien gestellte Ersuchen, rumänischen Rindern den Übertritt in österreichisches Consumtionsgebiet zu gestatten, kann daher nur dahin verstanden werden, dass Rumänien für Zugeständnisse, welche seitens der österreichischen Regierung in Bezug auf Import von Rindern gemacht werden, gleichwertige Concessionen in Bezug auf den Import von österreichischen Industrieartikeln macht. (Beifall rechts.)

Abgeordneter Ritter v. Proskowetz empfiehlt als Mittel zur Abhilfe des Rindermangels die Schlachtviehzufuhr aus Bosnien.

Wenn auch zugegeben werden muss, dass es sich empfiehlt, die Zufuhr von bosnischem Vieh nach Wien zu unterstützen, so überschätzt Herr v. Proskowetz, nach hierortiger Ansicht, vorläufig den Wert und die Bedeutung des bosnischen Viehes für den Wiener Markt um ein Bedeutendes, denn diese Rinder sind von sehr kleiner Race (Rufe rechts: Katzen!) und nur wenig gemästet, sind der Mehrzahl nach unter das Beinlvieh einzureihen und sind hier nur wenig begehrt, so dass der aus den nachfolgenden Ziffern ersichtliche Rückgang des Auftriebes solcher Thiere erklärlich wird.

Es wurden aufgetrieben:

Jahr	Mastvieh	Weidevieh	Beinlvieh	Summe	Durchschnittszahl pro Woche	Durchschnittszahl der Mastthiere pro Woche
1892	761	1104	3618	5483	$105\frac{23}{52}$	$14\frac{23}{52}$
1893	208	725	13 3	2286	$43\frac{50}{52}$	4
1894 bis 1. Nov.	105	1337	2344	3786	$88\frac{2}{43}$	$2\frac{19}{43}$

Selbst jene wenigen Rinder, die unter das Mastvieh eingereiht werden, haben nur ein Gewicht von höchstens 300 kg per Stück und können daher mit Mastvieh anderer Provenienz gar nicht in Vergleich gezogen werden.

Der genannte Herr Abgeordnete hat weiters gefunden, dass die Fleischconsumfrage in Budapest in zufriedenstellender Weise gelöst ist, während dies in Wien nicht der Fall ist. Wenn in Budapest die Fleischpreise sich nominell niedriger stellen, so ist damit gar nichts bewiesen, weil es hiebei auf die Qualität und Verkaufsmodalitäten der verschiedenen Sorten des zum Verkaufe gelangenden Fleisches ankommt. (Sehr richtig! rechts.)

Gegen die weiteren Vorschläge des Herrn Berichterstatters des volkswirtschaftlichen Ausschusses: „die Marktordnung für den Central-Viehmarkt und die Satzungen der Wiener Vieh- und Fleischmarktcassa sind einer Revision zu unterziehen", wird vom Standpunkte der Gemeinde keine Einwendung erhoben. Es ist jedoch zu bemerken, dass diese Marktordnung gegen den Willen der Gemeinde von der hohen Regierung erlassen worden ist (So ist es! rechts); sowie, dass die hohe k. k. Regierung die Geschäfte der Vieh- und Fleischmarktcassa der allgemeinen Depositenbank übertragen hat, wobei der städtischen Marktbehörde auf die Geschäftsführung der Vieh- und Fleischmarktcassa keinerlei Ingerenz eingeräumt worden ist. (So ist es! rechts.)

Der Vorschlag, dass den Fleischzufuhren nach Wien die größte Obsorge zugewendet, und behufs rationeller Organisierung von Fleischzügen, die mit Hilfe der Eisenbahnverwaltungen in Anspruch genommen werden soll, ist sicherlich im Interesse der Approvisionierung Wiens gelegen, und hat die Gemeindeverwaltung im Laufe der Jahre sich mit dieser Angelegenheit oftmals beschäftigt, um namentlich die Fleischzufuhr aus Galizien zu verbessern. (So ist es! rechts.)

Der weitere Antrag: „Die Fleischzufuhren sollen von den Abgabsorten nur in geschlossenen Wagen als volle Waggonladungen abgefertigt werden", wird namentlich in Galizien, wo ein Ansammeln der Fleischwaren von Station zu Station stattfindet, nicht durchführbar sein.

Auf die Errichtung von Schlachthäusern in den Provinzen nahe den Bahnstationen besitzt die Gemeinde Wien gar keinen Einfluss.

Die Errichtung von Großschlächtereien in Wien durch Geschäftsleute hat die Gemeindeverwaltung schon seit Decennien als zweckmäßig und förderlich erkannt; es sind jedoch bisher solche Unternehmungen nicht zustande gekommen. Es zeigen sich wohl einige Anläufe; zu einer Entwicklung im großen Stile ist es aber bis jetzt nicht gekommen.

Alle diese und andere Vorschläge, welche Herr Abgeordneter Ritter v. Proskowetz gemacht hat, sind jedoch nicht geeignet, dem wichtigsten und in erster Linie maßgebenden Übelstande, d. i. dem jetzt notorisch bestehenden Mangel von Schlachtvieh guter Qualität abzuhelfen und die Viehzufuhr auf den Wiener Markt ausreichend zu vermehren.

Wenn die Percentrechnung auf diesem Viehmarkte als Unfug bezeichnet wird, der raschest abgestellt werden soll, und wenn weiters verlangt wird, dass der Viehhandel nur nach Lebendgewicht stattzufinden habe, so wird darauf entgegnet, dass nach § 22 der Marktordnung für den Central-Viehmarkt vom 3. September 1883 der Verkauf nach Lebendgewicht mit und ohne Percentabzug, nach Stück (auf dem Fuße), nach Schlachtgewicht und nach Probeschlachtung gestattet ist, und dass diese Marktordnung ohne Zustimmung der Gemeinde Wien von der hohen k. k. Regierung erlassen wurde (So ist es! rechts), sowie, dass für den Verkauf nach Schlachtgewicht, sowie mit Probeschlachtung ohnedies eine behördlich erlassene Schlachtungsvorschrift besteht.

Gegenüber den Vorschlägen des Herrn Berichterstatters in Bezug auf den Viehtransport und Hebung der einheimischen Viehzucht ꝛc. ꝛc. wird darauf hingewiesen, dass der Gemeinderath der Stadt Wien in seiner Sitzung vom 20. Februar 1891 beschlossen hat:

a) Der Viehtransport habe in Expresszügen zu geschehen;

b) bezüglich der Haftung beim Viehtransporte sei eine Reform der Vorschriften wünschenswert;

c) die Eisenbahnen seien zu verhalten, eine genügende Menge geeigneter Waggons zur Verfügung zu stellen;

d) für ausgezeichnete Viehzuchten sollen von Zeit zu Zeit Prämien an kleine Viehzüchter zur Anspornung vertheilt werden;

e) die k. k. Regierung wolle dahin wirken, dass in den einzelnen Kronländern landwirtschaftliche Casinos und Vorschusscassen gebildet werden, um den kleinen Viehzüchter zu unterstützen.

Diese Beschlüsse wurden dem hohen k. k. Ministerium des Innern mit dem Berichte vom 10. März 1891, Z. 71571, mit der Bitte um wohlwollende Erwägung und Berücksichtigung derselben zur Kenntnis gebracht.

Die Einschränkung des massenhaften Schlachtens von Kälbern ist wohl kein Mittel, welches sofort Abhilfe schaffen könnte; immerhin muss aber die Abstellung dieses Übelstandes mit allem Ernste angestrebt werden. Die Marktbehörde ist allerdings nicht in der Lage, hierauf Einfluss zu nehmen, und es soll hier nur constatiert werden, dass in der Großmarkthalle im Jahre 1893 68.000 kg unreifes Kalbfleisch, meist galizischer Provenienz, confisciert und vertilgt werden musste (Rufe: Hört!), eine Thatsache, welche beweist, in welch irrationeller Weise in Österreich die Viehzucht betrieben wird. Diesfalls soll übrigens noch hinzugefügt werden, dass in letzter Zeit selbst trächtige Kühe und Schweine auf dem Wiener Markte zum Zwecke der Schlachtung aufgetrieben wurden.

Was endlich den Antrag des Herrn Ritter v. Proskowetz, dass eine den Bedürfnissen der Haupt- und Residenzstadt entsprechende Central-Markthalle nebst vielen anderen Detailmarkthallen in allen Bezirken, wie auch eine eigene Fischhalle schon in nächster Zeit erbaut werden, betrifft, so beschäftigt sich die Gemeinde Wien ohnehin mit der Regelung des Marktwesens, wie sie durch die Vereinigung der Vororte mit Wien und durch die geänderten Verhältnisse geboten erscheint. Insbesondere steht die Erbauung einer Großmarkthalle mit einer Kühlhalle in Verhandlung.

Die Frage der Erbauung einer Großmarkthalle, sowie einer Fischhalle steht jedoch mit der Ausgestaltung der Verkehrsanlagen im Zusammenhange und kann nur mit diesen gelöst werden. Die Gemeinde Wien hält als geeignete Maßnahmen, um die Approvisionierung der Bevölkerung mit Fleisch zu für dieselbe erschwinglichen Preisen zu ermöglichen, Nachstehendes für nothwendig:

1. Die Hebung der einheimischen Viehzucht durch Gewährung hinreichender Vorschüsse, Prämien ꝛc. seitens des Reiches an Viehzüchter;

2. da auf eine genügende Beschickung des Wiener Central-Viehmarktes mit qualitätsmäßigem Rindvieh bei dem andauernden und bedeutenden Export von Rindern nach dem Auslande nicht gerechnet werden kann, die Eröffnung ausländischer Productionsgebiete, eventuell der rumänischen Grenze für den Viehimport direct nach Wien;

3. Die möglichste Förderung des Fleischimportes aus dem In- und Auslande, auch aus Australien und anderen überseeischen Ländern.

Indem die Gemeinde Wien schließlich die ergebene Bitte stellt, diesen Sachverhalt geneigtest zur Kenntnis zu nehmen und bei der Beschlussfassung über die von den Fleischhauer-Genossenschaften überreichten Petitionen, betreffend die Wiedereröffnung der Grenzen Rumäniens für die Vieheinfuhr — selbstverständlich unter Wahrung aller Interessen der Monarchie gegenüber diesem Lande — berücksichtigen zu wollen, erlaubt sie sich die weitere Bitte, diese Petition auch dem volkswirtschaftlichen Ausschusse des hohen Reichsrathes zur Kenntnis zu bringen." (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Hawranek: Meine Herren! Wie der Wiener Fleischhauerverein die Versammlung beim Schwender einberufen hat, hat er an alle Gemeinderäthe und Reichsraths-Abgeordnete die Einladung ergehen lassen, aber es waren sehr wenige dort, vielleicht fünf bis sechs Gemeinderäthe, darunter auch meine Wenigkeit, und ich habe damals aufmerksam zugehört. Meine Herren! Es wird vielfach den Fleischhauern in die Schuhe geschoben, dass sie Unbilliges verlangen. Nun, soweit ich die Fleischhauer kenne, haben sie nie gejammert, sie waren conträr immer stolz auf ihr Gewerbe und haben es nie kennen lassen, dass sie überhaupt Noth leiden. Nachdem sie aber jetzt anfangen, zu lamentieren und in so trauriger Lage sich befinden und alle die Ursachen angeben, so muss es doch wahr sein und man muss etwas darauf geben. Bedenken Sie, was das Fleischhauergewerbe für eine Steuer zahlt! Nun, es wird Verschiedenes angerathen: Kühlräume, Schlachthäuser ꝛc., meine Herren, ich glaube, wir brauchen keine Schlachthäuser an den Grenzen, wir brauchen kein stinkendes Fleisch, sondern lebendes Vieh, und ich glaube, es sollte der Herr Bürgermeister mit allem Nachdrucke darauf hinwirken — es steht das noch nicht in der Petition, was ich meine — dass von der Regierung ein Ausfuhrverbot für Ochsen ergehen solle. (Zwischenruf: Das gibt's nicht!) Es heißt immer: dass Herr Ritter v. Proskowetz gesagt habe, das gäbe nichts aus, wenn man die rumänische Grenze aufmacht. Das wird doch nothwendig sein, und man kann probieren, ob das ausgibt oder nicht. Wenn es nicht ausgibt, muss man verlangen, dass die Schienenausfuhr verboten wird. Denn zuerst muss die Familie selbst etwas essen, bevor sie einer anderen hungrigen Familie etwas gibt. Also wir sind uns viel lieber, als das Ausland. Nun aber, meine Herren, wird alles nichts nützen, wenn sie auch die eine Grenze zusperren und die andere aufmachen, dass die Ochsen herein kommen; solange jüdische Zwischenhändler am Central-Viehmarkte fungieren, wird das Fleisch nie billiger. Es wird immer etwas hervorgesucht und immer sind es nur Juden, die das Geld einheimsen und es hat sich niemand getraut . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte den Herrn Redner, mit diesen abgebrauchten Sachen aufzuhören. (Widerspruch links.)

Gem.-Rath Hawranek: Herr Bürgermeister, ich bitte, mich nicht zu unterbrechen. Ich habe jetzt das Wort. (Oho-Rufe rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich muss sehr bitten, ich habe nicht nur das Recht, sondern unter Umständen auch die Pflicht, Sie zu unterbrechen. Ich habe das Recht dazu, und im Interesse einer ungestörten Debatte, die gerade bei dieser Gelegenheit, wie ich glaube, sehr noththut, möchte ich bitten, alle solche Ausfälle zu unterlassen.

Gem.-Rath Hawranek (fortfahrend): Es ist merkwürdig, sobald man auf die richtige Ursache kommt, dann wird gleich das Wort entzogen und wird dreingeredet. Nun, wir wissen das alle, auch die Fleischhauer, wenn sie auch liberal sind, wissen, wo der Schuh sie drückt. Als der Herr Abgeordnete Schneider sich zum Worte gemeldet hat, ist er gebeten worden, nur nicht über die Juden zu sprechen. Er hat Wort gehalten; er hat nur über das Großcapital gesprochen. Natürlich, es versteht sich von selbst, wer das Großcapital repräsentiert. Die Christen haben kein Großcapital. Also, solange als jüdische Commissionäre am Central-Viehmarkte existieren, wird das Fleisch nie billiger, mögen Sie thun, was Sie wollen, und wir sind verpflichtet, unseren Steuerträgern gutes, billiges Fleisch zukommen zu lassen.

Es sind beantragt Kühlräume und Großschlächtereien auf den Grenzen. Zu was nützt das? Das wird vielleicht zwölf Millionen Gulden kosten, das schmeißt man hinaus, und die nehmen wieder den Schab, das Geld dem Steuerträger. Es heißt: Es kommt viel Gold herein von Deutschland, wenn die Ochsen hinausgehen. Wer kriegt das Gold? Wieder nur ein paar Juden, wieder Juden, und ich glaube, der Bürgermeister der christlichen Haupt- und Residenzstadt Wien, als solcher christlicher Bürgermeister, sollte lieber ein paar Hausknechte nehmen oder draußen die Schlachtaufseher mit Stöcken versehen und soll die jüdischen Zwischenhändler hinausjagen. (Widerspruch rechts. — Rufe links: Recht hat er! — Rufe rechts: Nein! — Rufe links: Hinaus mit den Juden! — Unruhe rechts. — Rufe links: Ruhig Juden!) Es ist genug daran, wenn eine Wampe 115 kg Dreck hat und der Blinddarm 86kg. Das hätten Sie sich sollen ansehen, wenn Ihnen das nicht recht ist; Dr. Stern, da hätten Sie vielleicht anders geredet. Wer überfüttert das? Wieder die Juden!

Nun ist es sehr wahr, es ist sehr viel auf dem Central-Viehmarkte zu regeln. Wir haben auch seinerzeit gegen die Verzehrungssteuer innerhalb Wiens protestiert. Es ist ein Unsinn, wenn die Verzehrungssteuer innerhalb Wiens ist. Wien geht bis Schwechat, und den Markt erklärte man außerhalb der Verzehrungssteuer, der Fleischhauer soll sich selbst sein Vieh versteuern. Es lässt sich die Sache wieder beim Verkaufe regulieren, die Verzehrungssteuer kann wieder draufgeschlagen werden, aber Sie ersparen den Fleischhauern sehr viel Zeit, wenn der jetzige Modus geändert wird. Denken Sie sich ein paar Viehmäster, die 50, 100, 200, 500 Ochsen auf den Markt bringen, da geht nur einer zur Cassa und versteuert, während da 200 Fleischhauer participieren

die müssen sich anstellen, warten und die Zeit vergeuden. Also das ist ein großer Übelstand.

Ich habe nicht viel mehr zu sagen — ich werde wieder etwas vergessen haben, natürlich — (Heiterkeit links), aber so viel kann ich nur sagen, dass die Übelstände bestehen, und es nützt alles nichts, wir müssen einmal tabula rasa machen mit der jüdischen Wirtschaft; es nützt nichts; so lange die Juden in Wien Lebensmittel zu verkaufen haben, wird alles vertheuert, und die Leute werden vergiftet auch noch dazu. (Beifall links. — Lebhafter Widerspruch rechts. — Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ordnungsruf! — Gelächter links.)

Gem.-Rath Dr. Scholz: Da durch die Debatte eine Verbesserung der Petition nicht stattfinden wird, stelle ich den Antrag auf Schluss der Debatte. (Lebhafter Widerspruch, Lärm und Rufe links: Schämen Sie sich!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Debatte beantragt; ich bitte die Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Rufe links: Minorität!) Ich bitte, Herr Gem.-Rath Pursch, Ruhe zu halten. Der Antrag ist abgelehnt. (Beifall links.)

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur Geschäftsordnung): Ich habe mich zur Geschäftsordnung aus folgendem Grunde zum Worte gemeldet: Der Herr Vorredner hat seine Rede mit folgenden Worten geschlossen — ich weiß die Worte nicht genau, aber der Sinn war so: so lange der Lebensmittelverkauf in den Händen der Juden ist, wird keine Ordnung werden, es wird vielmehr die Bevölkerung vergiftet. Dies war, so viel ich mich erinnere, der Schluss der Rede des Herrn Vorredners. Obwohl ich persönlich eine solche Geringschätzung gegen den Vorredner hege, dass ich gar keinen Wert darauf lege, was er spricht, so würde ich doch den Herrn Vorsitzenden bitten, daraufhin dem Herrn Vorredner den Ordnungsruf zu ertheilen, weil dies eine ganz unqualificierbare Beleidigung der jüdischen Bevölkerung Wiens ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe eine Bitte an die geehrte Versammlung zu richten. Es handelt sich hier um eine Lebensfrage für die Stadt, um eine Frage, in welcher, wie ich glaube, der gesammte Gemeinderath einig sein sollte, und es kann nicht dazu beitragen, diese Einigkeit herbeizuführen, wenn in dieser Weise die Debatte geführt wird. Ich richte daher an alle Herren das Ersuchen, sich zu mäßigen und sich strenge an die Sache zu halten. Das Gewicht dieser Petition wird um so größer sein, je einstimmiger und je würdiger die Berathung vorgenommen wird.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur Geschäftsordnung): Ich fühle allerdings, dass der Herr Vorsitzende in keiner Weise verpflichtet ist, mir Rede zu stehen in Bezug auf die Bitte, die ich an ihn gerichtet habe. Ich habe aber doch erwartet, dass der Herr Vorsitzende sich über diese Angelegenheit äußern wird. Es ist die Bemerkung gefallen, dass die Juden die Bevölkerung Wiens vergiften, und würde ich in dieser Beziehung bitten, dass eine Äußerung vom Stuhle des Präsidiums aus gemocht wird. Es ist der Ausspruch gefallen, „so lange in den Händen der Juden der Lebensmittelverkauf sich befindet, kann keine Ordnung sein und wird die Bevölkerung vielmehr vergiftet".

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich gestehe, ich habe diesen Ausdruck nicht gehört; übrigens, wenn er gefallen ist, so ist er so absurd, dass er sich von selbst richtet und dass es dazu eines besonderen Stigmas gar nicht bedarf. Das Wort hat Herr Gem.-Rath Herold. (Derselbe verzichtet.)

Gem.-Rath Tagleicht: Auch ich würde gerne auf das Wort verzichten, wenn ich dazu beitragen könnte, dass das Referat ohne weitere Einflüsse, ohne weiteren Lärm im Hause einstimmig angenommen werde; aber der Ton, welcher vom ersten Herrn Redner, vom Gem.-Rathe Hawranek, hier bei Beginn der Debatte in diese Sache hineingeschleudert wurde, ist geradezu empörend. Ich gestehe Ihnen, meine Herren, dass ich hier stehe, entrüstet über das Vorgehen, über die Manierlosigkeit des Herrn Gem.-Rathes Hawranek. Vorwürfe, wie sie hier gefallen sind, können nicht genug zurückgewiesen werden. Ich erhebe Protest gegen den Sinn der Worte des Gem.-Rathes Hawranek.

Zur Sache selbst habe ich zu sagen: Ich hätte gewünscht, dass gar keine Debatte stattgefunden hätte. (Gelächter links.) Ich hätte gewünscht, dass der Antrag des Herrn Referenten einstimmig angenommen worden wäre, und wenn ich irgendetwas als gerechtfertigt erkennen würde, so ist es Folgendes. Man müsste dem Herrn Referenten sagen: Herr Referent, Sie hätten auch so freundlich sein und vom Herrn Bürgermeister die Erlaubnis einholen können, dieses Referat in Druck legen zu lassen und dem Gemeinderathe zu vertheilen. Der einzelne von uns hat heute zum erstenmale diese Petition gehört. Im Stadtrathe selbst wurde dieselbe nicht einmal verlesen, sondern nur das Petitum bekanntgegeben. Wenn man den Gemeinderath betrachtet und die Petition, welche vom Herrn Referenten heute vorgelegt wird, so muss man sich nothwendigerweise fragen: Welcher Ansicht ist denn der Gemeinderath gegenüber derselben, und was sieht man? Einen sehr traurigen Umstand, dass nämlich, wenn die Fleischfrage im Gemeinderathe zur Sprache kommt, gleich der Teufel los ist. Entweder wird der Teufel von Herrn Hawranek oder von irgendeiner anderen Seite losgelassen, das stört und man wird mit Recht erregt, wenn man über diese Sache zu sprechen hat. Eine so wichtige Enunciation des Gemeinderathes hätte nicht allein den Mitgliedern hier zur Vorberathung in Form eines gedruckten Exemplares überreicht werden sollen, sondern ich hätte auch gewünscht, dass bei dieser Petition das Gutachten der bestehenden Approvisionierungs-Commission eingeholt worden wäre. Dort sitzen Fachmänner, praktische Männer, die nach verschiedenen Richtungen ihre Meinung abgegeben oder eventuell Abänderungs-Anträge gestellt hätten. (Rufe: Sie sprechen ja dagegen!) Nachdem aber das Referat außerordentlich wichtig ist und der Erfolg so rasch als möglich eintreten soll im Interesse der Bevölkerung und nach den Wünschen des Gemeinderathes, so empfehle ich die En bloc-Annahme des Referenten-Antrages.

Gem.-Rath Jedlička: Der Herr Referent hat uns gesagt, dass der Stadtrath sich alle mögliche Mühe gab, um in dieser Angelegenheit etwas für die Bevölkerung zu thun. Ich glaube, so leicht ist es nicht, dass der Stadtrath etwas machen kann. Aber ich werde mir erlauben, den Herrn Bürgermeister an etwas zu erinnern. Ich habe voriges Jahr einen Antrag wegen der Approvisionierung Wiens eingebracht, und in Erwägung der sich heute fühlbar machenden Missstände auf dem Markte, in Anbetracht des von Woche zu Woche steigenden Rindfleischpreises wäre dieser Antrag wohl wert gewesen, dass über ihn im Stadtrathe discutiert worden wäre. Vielleicht wäre er gefallen. Gut! Aber reden hätte man darüber können.

Ich habe mir Folgendes gedacht und auch in dem Antrage niedergeschrieben:

An der Verproviantierung großer Städte hat nicht bloß die Commune Wien ein Interesse, sondern auch andere große Städte, das ganze Land, ja der ganze Staat, und weil ich aus Erfahrung und aus vielen von vertrauenswürdigen Personen mir erzählten Geschichten weiß, dass mit dem Auftriebe auf die Märkte gewisse Machinationen ausgeführt werden, dachte ich mir die Abhilfe folgendermaßen. Im Antrage war beantragt: man solle an die hohe Regierung herantreten und die soll in Gemeinschaft mit den großen Städten in jeder Bezirkshauptmannschaft, beziehungsweise in jedem politischen Bezirke ein Kaufhaus für Schlachtvieh einrichten. In diesem würde ein k. k. Commissär und ein Sachverständiger fungieren, der sich von der Qualität des zu kaufenden Schlachtviehes zu überzeugen hätte. Diese würden an die Landeshauptstädte berichten und diese an die eventuelle Centrale in Wien oder Pest. In dieser Centrale wüsste man tagtäglich, wie viel Schlachtvieh in der ganzen Monarchie der Bevölkerung zur Verfügung steht, und aus der Anzahl des Schlachtviehes wird sich dann der Grundpreis bestimmen. Ist das Anbot groß, so wird der Preis um einige Kreuzer sinken, ist das Anbot kleiner, so wird der Preis um einige Kreuzer steigen, aber diese Sprünge, wie seit einigen Jahren, hätten die Preise nie machen können, weil das ganze Approvisionierungswesen in der Hand des Staates gelegen ist. Es könnte der Bauer im Amtsblatte lesen, was er für sein Vieh bekommt, und er könnte ohne Besorgnis sein Vieh zum Amtshause behufs Verkaufes hinführen, nachdem die Verkaufsstellen nicht in großen Städten, sondern draußen in den Bezirkshauptmannschaften sein werden. Das Vieh könnte billiger sein, indem es auf der Weide bleiben könnte, wodurch die Fütterung und sonstigen Auslagen nicht so hoch kämen.

Die Regierung könnte, nachdem sie die Macht hat, im Falle es noththut, billigere Frachtsätze für Getreide einführen; sie könnte auch bei den Eisenbahnen etwas machen; diese könnten den Viehtransport in beschleunigten Zügen nach Wien oder nach anderen Städten verfügen, damit das Vieh nicht abgemattet, halb verdurstet und halb verreckt nach Wien komme. Dies würde auch eine große Rolle spielen bei einem eventuellen Unglücke durch einen Krieg, das uns treffen könnte. Heute ist es Sache der Intendanz, für den Proviant des Militärs zu sorgen. Die Intendanz weiß aber nicht, wo alles ist, sie muss sich auf das verlassen, was ihr die Lieferanten sagen. Was sind aber die Lieferanten? Die Lieferanten sind Händler; sie wissen alles genau, die Regierung weiß nichts. Hätte man in solchen Fällen gewusst, woher das Vieh ist und ob die Steigerung des Preises, wie sie von den Lieferanten verlangt wird, berechtigt ist oder nicht, so hätte man entsprechend vorgehen können. Im Jahre 1878 war auch die Rede davon, die rumänische Grenze zu öffnen. Man sagte, es stehe eine Menge Vieh an der Grenze, die Leute wollen es hereintreiben. Was geschah nun? Der Minister des Innern hat sich an die Finanz-Exposituren gewendet, und diese haben telegraphisch berichtet, dass 200 Stück Vieh an der Grenze stehe. Der Preis des Viehes ist infolge dessen gestiegen Wo glauben Sie aber, ist das Vieh gestanden? Bei Blumenau und Pressburg. Bis dann die Preise hinaufgegangen sind, hat man das Vieh nach Wien gebracht. Auf diese Art wurde die Bevölkerung betrogen und ausgebeutet. Wer es thut, ist eine andere Sache, die Herren wissen es. Heute geht der Agent auf dem Lande herum, jagt dem Bauer das Vieh ab, und kommt der Bauer auf den Viehmarkt, wird es ihm gleichfalls abgejagt.

In Wien wird Schmattes und Reback von ihm verlangt. Dann bekommt auch der Käufer nicht, was er bezahlt hat, sondern er bekommt Futter, nicht Vieh. Wie die Fleischhauer bewiesen haben, haben sie Vieh, welches 500 kg schwer war, mit 100 kg Futter überfüttert gefunden. Es wird dem Vieh die Zunge mit Salz eingerieben, dann wird ihm zu fressen und zu saufen gegeben und so kauft der Fleischhauer statt Vieh Futter. Das ist reiner Betrug. Jetzt heißt es ausführen oder einführen. Wenn Sie einführen, so ist es gut. Wenn man aber Vieh ausführt und die Bevölkerung Hunger leiden soll, so kann man dagegen steuern. Wir haben es bei der Trockenheit im vorigen Jahre gesehen, da hat sich der Staat ins Mittel gelegt und hat ein Futterausfuhrverbot erlassen. Warum soll man jetzt nicht dafür sorgen und die Ausfuhr des Viehes sistieren, bis sich die Verhältnisse verbessert haben. Das wäre alles möglich. Dazu kommt noch ein anderer Umstand, den Herr Gem.-Rath Hawranek angeführt hat. Es ist nämlich Wahrheit, dass auf dem Markte, beim Approvisionierungsgeschäfte lauter Ringe bestehen. Auf dem Central-Viehmarkte sind Ringe, wo große Capacitäten alles in der Hand haben, so dass jeder sich eine Gnade daraus machen muss, dass sie ihm etwas geben. Er muss dem Unterläufer Schmattes zahlen, damit er ihm etwas zukommen lässt. Die schöne Qualität wird überhaupt nur Einigen zutheil.

Was geschieht nun mit dem Fleischhauer, der das Vieh gekauft hat? Die Verzehrungssteuer, die der Händler bezahlen sollte, muss der Fleischhauer zahlen. Dann kommt er nach Hause und findet eine solche Wampe, wie ich früher erwähnt habe. Das kann er wegschmeißen. Jetzt gibt er die Haut und das Unschlitt zur Seite. Wo soll er damit hingehen? Der Seifensieder darf das nicht kaufen. Er muss zu einem gehen, der einem Ringe angehört, ein anderer darf ihm das nicht abkaufen. So wie das früher unter den Bräuern und mit dem Petroleum war, so ist es jetzt mit dem Unschlitt und der Haut.

Der Fleischhauer kauft das Rindfleisch mit 50 bis 60 kr. per Kilogramm Lebendgewicht auf dem Markte, während man ihm für das Unschlitt nur 10 kr. und für die Haut nur 26 kr. gibt. Der Fleischhauer ist der Betrogene und die Bevölkerung leidet mit.

Freilich, wenn Capacitäten in der Commission sitzen, wie Herr Dr. Scholz, der gesagt hat, wenn es den armen Leuten um das Fleisch zu thun ist, so sollen sie Fisch- oder Rossfleisch essen! Ich möchte ihm empfehlen, diesen Ausdruck in einer Arbeiterversammlung zu machen; die würden ihm die paar Haare zurecht legen, die er hat! (Lebhafte Heiterkeit.)

Der ganze Markt ist verlottert. Die Anschauung des Gem.-Rathes Hawranek ist richtig. Durch die Hand der Juden muss gekauft und durch den Juden muss verkauft werden. Solange diese Verhältnisse existieren, kann die Bevölkerung niemals billiges Fleisch haben. Würde mein Antrag beachtet, würde er einer Berathung unterzogen worden sein, dann würde vielleicht ein Schritt gethan worden sein, der zur Lösung führt. Dass mein Antrag der einzig richtige wäre, bilde ich mir nicht ein. Er ist aber eine gewisse Anregung, die, vielleicht etwas verbessert, doch zum Ziele führen kann.

So lange die gegenwärtigen Zustände auf dem Markte, solange die Zustände mit den Zwischenhändlern existieren, solange kann kein Fleischhauer existieren, solange wird die Bevölkerung kein billiges Fleisch essen. Wenn das so bleibt, so werden die einverleibten Vororte mit der Zeit alle ihre Fleischhauer verlieren; diese müssen zugrunde gehen und die Bevölkerung wird elendes Fleisch

essen. Ich werde mich auch der Petition anschließen, aber ich kann nicht umhin es zu bedauern, dass man diesen hochwichtigen Angelegenheiten im Präsidium und im Stadtrathe so wenig Aufmerksamkeit schenkt. Bei der Commission, die das regeln will, erzählen uns einige Herren, dass Kühlräume und weiß ich was nothwendig sind. Wer erzählt das? Der Herr Dr. Nechansky, glaube ich, ist dabei, und der Herr Dr. Scholz mit seinen Kenntnissen. Die Kühlräume werden die Fleischhauer nicht retten. Man muss doch zuerst Fleisch haben, um es conservieren zu können; zuerst muss man es herbringen und darauf sehen, wie man es billig herbekommt. Für die Verwendung des Fleisches werden die Leute schon selbst sorgen.

Gem.-Rath Gregorig: Meine geehrten Herren! Diese Petition enthält Behauptungen, die unrichtig sind. (Oho-Rufe rechts.) Der geehrte Herr bürgermeisterliche Referent hat zuvor erwähnt, dass eine Compensation für die Einfuhr mit der österreichischen Industrie von Rumänien zu verlangen sei, dass man das Recht, Rumäniens Vieh nach Österreich einzuführen, dadurch compensiere, dass Österreich wieder Industrieproducte nach Rumänien ausführen kann. Meine Herren, mit diesem Schlagworte kriegen Sie die Rumänen nicht! Man muss unsere Povelindustrie kennen. (Lebhafter Widerspruch rechts; Beifall und Händeklatschen links. — Gem.-Rath Frauenberger: Wir haben keine Povelindustrie!) Ich habe erklärt, unsere Povelindustrie, und ich werde sofort den Beweis dafür erbringen.

Nicht wegen der Zollverhältnisse sind wir aus Rumänien ausgeschlossen worden, sondern wegen der Lieferung von schlechten Waren. Früher haben wir Exporthäuser gehabt, Firmen und Fabriken ersten Ranges — und sehen Sie sich heute an, was exportiert wird! Sie können jetzt in Rumänien nicht ein Hemd verkaufen, das österreichische Firma trägt, sondern es muss eine englische oder französische Enveloppe haben. Sie können in Rumänien nicht ein Paar Schuhe verkaufen, das nicht französische Marke hat, weil man Hemden ohne Unterstock gemacht, Hosen mit nur einem Fuß, kurz den größten Mist hinunter geliefert hat. (Gelächter links.) So ist es gekommen, dass man von uns nicht ein Stück mehr nimmt. Schuhe von Pappendeckel und Kunstleder hat man geliefert, Kleider, mit deren Stoff ein Erzeugungsschwindel getrieben wurde, der großartig ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich glaube, dass die Versammlung zugeben wird, dass die Redefreiheit in jeder Beziehung gewahrt werden muss; aber wie dies mit der Petition zusammenhängt, verstehe ich nicht. Wenn Sie wünschen, dass diese wichtige Frage heute noch erledigt wird, dann bitte ich sich kürzer zu fassen und sich insbesondere an den Gegenstand der Debatte zu halten, nachdem noch eine große Reihe von Rednern vorgemerkt ist.

Gem.-Rath Gregorig (fortfahrend): Ich muss den Gegenstand, wie er uns vorgebracht wird, wo durch Behauptungen die Bevölkerung getäuscht wird, richtigstellen. Ich habe widerlegt die Behauptung des Bürgermeisters, dass wir den Export zu fördern haben. Bringen Sie die orientalischen Exporteure aus unserem Reiche hinaus und wir werden unser altes solides Geschäft wieder haben.

Meine Herren! Wenn man der liberalen Partei zuhört, weiß man nicht, ist man ein Mandl oder ein Weibl. Ich erinnere mich an die Jahre 1870 und 1871. Da wurde uns erzählt, Österreich hat damals einen großen volkswirtschaftlichen Aufschwung genommen, weil Österreich damals glückliche Jahre gehabt hat. Es hat kolossalen Export gehabt von Naturproducten. Heute exportieren wir wirklich Vieh, jetzt sagt man, es sei ein Unglück, und will das Schlachtvieh von Rumänien heraufbringen. Man stellt die volkswirtschaftlichen Sätze geradezu auf den Kopf. Wenn ein Land productionsfähig ist und exportiert, kommt Geld hinein. Sie aber wollen Geld hinausführen, indem Sie die rumänische Grenze öffnen, und machen der Bevölkerung vor, dass es billiger wird. Ich will nicht glauben, dass Sie das absichtlich thun, aber die Herren verstehen es nicht besser. (Gelächter rechts.) Wer bringt das Vieh herauf? Die orientalischen Viehhändler, die werden das Geld einstecken, jene, welche für die judenliberale Partei das Wahlgeld hergeben. Es wird angeführt, dass das Vieh zumeist aus Oberösterreich, Salzburg und Böhmen exportiert wird. Ja, meine Herren! Ich gehe der Sache auf den Leib, warum gerade aus diesen Ländern das Vieh exportiert wird? abgesehen davon, dass dort gutes Vieh existiert. Aber es sind dort die socialen Verhältnisse anderer Art. Der Bauer in Oberösterreich, in Salzburg und theilweise in Böhmen ist unverschuldet und hat daher freies Verfügungsrecht über sein Vieh. Der kann direct hinausexportieren. Die Leute kaufen bei ihm das Vieh um bares Geld, er hat keinen Vorschuss. Wenn von dort oben wirklich einige Commissionäre am Fleischmarkte sind, so sind es Christen. Gehen wir aber unsere Hauptproductionsländer durch, die nach Wien liefern, sehen wir Ungarn und Galizien an. Wer bringt das Vieh hieher, wem gehören die Spiritusbrennereien, wer sind die Mäster? Entweder Juden, die mit fremdem Capitale arbeiten, oder ein total verschuldeter Cavalier, und beide kriegen früher Vorschüsse auf ihr Vieh. Sie werden finden, dass unsere Commissionäre auf jeder größeren Mastanstalt ihre Hand darauf haben, sie haben Vorschuss gegeben auf das Vieh, bevor es gemästet ist.

Ist es nicht naturgemäß, dass das Vieh dem Betreffenden, der den Vorschuss gibt, um jeden von ihm bestimmten Preis ausgefolgt werden muss? Das liegt in der Natur der Sache. Sie haben mit dem Momente, wo sie Vorschuss geben, die Leute in der Hand. Das sehen Sie bei den Bauern, auf Wein, auf Getreide, auf alle möglichen Producte werden Vorschüsse gegeben und sie müssen der Vorschüsse wegen die Producte um beliebigen Preis ablassen. Diese drücken dort das Vieh ab und hier auf dem Markt verkaufen sie es zu Preisen wie ihnen beliebt. Darin ist der Unterschied gegenüber der Behauptung des Bürgermeisters; die freien unverschuldeten Bauern exportieren, und die in der Knechtschaft der Juden sind, müssen das Vieh hergeben und bringen den Nutzen in die Hände der Orientalen. Man schreit in allen Blättern und geradezu lächerlich in den Judenblättern — die unser Vieh und Fleisch nichts angeht, die sollten ihr Koscherfleisch essen — es sollen unsere Fleischhauer neue Productionsweisen einführen. Zu welchem Zwecke? Damit die anderen mehr verdienen! Es sollen Großschlächtereien errichtet werden, in die Sie ein Heer zukunftsloser Arbeiter hineinbefördern werden. Heute ist es einem Selcher- oder Fleischergehilfen möglich, wenn er als Arbeiter bei einem Meister sich ehrlich fortbringt, und sich ein paar Gulden spart, Meister zu werden. Nach der Productionsweise, wie sie hier vorgeschlagen wird, haben wir wieder ein Proletariat und ein Fabrikswesen, das wir in der entschiedensten Weise bekämpfen. Deshalb kann ich mich mit dem Bürgermeister nicht einverstanden erklären. Ich sympathisiere vollkommen mit den Ansichten des geehrten Collegen Hawranek und des geehrten Collegen Jedlička.

Die haben den Nagel wirklich auf den Kopf getroffen. Es ist nur der orientalische Einfluss bei uns, der die Sache verdirbt und alle möglichen Zustände auf dem Markte — ich will sie nicht wiederholen und neue anführen, jedermann kennt sie — herbeiführt. Und wie beim Fleische, ebenso ist es beim Korn und Getreide. Schauen Sie unsere Semmeln an, in welchem Verhältnisse sie zu den Kornpreisen sind. Und der überflüssige Zwischenhandel, das sind die Juden. Deshalb möchte ich einen Zusatz-Antrag zu den Anträgen des Referenten stellen.

Ich beantrage, es möge der Petition beigefügt werden, dass die Juden gesetzlich vom Handel mit Lebensmitteln ausgeschlossen werden, und dies umsomehr, weil es den Juden gestattet ist, gefallenes Vieh den Christen zu verkaufen, den Juden aber nicht. Bei den Gojim ist es gestattet. Wenn ich als Christ ein Stück Fleisch berühre, ist es verunreinigt. Wie komme ich dazu, das zu nehmen, was der Jude verunreinigt hat? Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Jetzt haben wir genug schon gehört; diesen bedauerlichen Eindruck muss jeder von uns haben. Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich ersuche jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. Vorgemerkt sind noch die Herren Gem.-Räthe Dr. Klotzberg, Dr. Stern, Dr. Lueger, Frauenberger, Bärtl, Seiler, Hipp, Stehlik, Herold, Herrdegen, Schieferl, Steiner, Weitmann, Gregorig, Dr. Friedjung.

Gem.-Rath Dr. Huber (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Wahl von Generalrednern.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Wahl von Generalrednern beantragt; ich ersuche jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich werde nun die einzelnen Herren, die vorgemerkt sind, fragen, ob sie pro oder contra sprechen wollen.

(Über Befragen des Vorsitzenden erklären pro sprechen zu wollen die Gem.-Räthe Dr. Klotzberg, Dr. Stern, Frauenberger, Bärtl, Seiler, Hipp, Herold, Herdegen, Schieferl, Steiner, Dr. Friedjung; contra: die Gem.-Räthe Dr. Lueger, Stehlik, Weitmann, Gregorig.)

Ich bitte die Herren Gem.-Räthe Dr. Lueger, Stehlik, Weitmann, Gregorig, einen Generalredner, ebenso die übrigen Herren, ebenfalls einen Generalredner zu wählen. (Nach einer Pause:) Zum Generalredner contra ist Herr Gem.-Rath Dr. Lueger, zum Generalredner pro Herr Gem.-Rath Seiler gewählt.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Nachdem nur ein einziger Redner von dieser Seite zum Worte kommt, und Angriffe von anderer Seite gefallen sind, die doch ins richtige Licht gesetzt werden müssen, was heute unmöglich durchzuführen ist, beantrage ich Schluss der Sitzung. (Lebhafter Widerspruch.)

Referent: Ich bitte Sie dringendst, diesen Antrag abzulehnen. Wir haben eine Menge dringender Gegenstände auf der Tagesordnung. Nächsten Freitag wird die Petition, betreffend das Heimatsrecht, zur Berathung kommen. Diese muss am Freitag erledigt werden, weil sonst — das hat man mir ganz authentisch gesagt — es nicht möglich sein wird, auf sie länger zu warten und auf ihren Inhalt Rücksicht zu nehmen. Ich bedaure — jetzt ist es ein paar Minuten nach einhalb acht Uhr, und nach fünf Uhr haben wir angefangen. Die verehrten Herren müssen sich eben gewöhnen, sich etwas kürzer zu fassen und länger hier zu bleiben.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine sehr geehrten Herren! Ich bin der Meinung, dass denn doch locale Ursachen an der Fleischtheuerung schuld sein müssen, denn die Preise der Ochsen sind ja für Wien ebenso wie für andere Städte und für andere Staaten. Nun ist es Thatsache, dass die Preußen, welche angeblich die Ochsen so theuer einkaufen, dass wir mit ihnen im Einkaufe nicht concurrieren können, das Fleisch billiger hergeben. Das Gold spielt dann gar keine Rolle, denn sie kaufen in Gold und verkaufen in Gold, und dennoch ist es draußen billiger als hier. Zweitens ist es eine Thatsache, dass jene Fleischhauer, welche noch nicht ganz verschuldet, von Zwischenhändlern noch ziemlich frei sind, unter sich einen Ring bilden und zumeist in den Ställen der betreffenden Großgrundbesitzer oder Mäster direct mit Übergehung des hiesigen Marktes kaufen.

Das sind zwei Thatsachen, die unter jeder Bedingung feststehen. Es muss daher die Fleischtheuerung in Wien ihre localen Ursachen haben. Da muss man sich zuerst fragen: Wer profitiert an dem Fleisch? Da kommt in erster Linie der Fleischhauer. Der Fleischhauer erklärt — und das lässt sich auch ziffermäßig ausrechnen — dass er bei dem Einzelnverkauf des Fleisches nichts profitieren kann. Er kauft den guten Ochsen, wenn ich nicht irre, zum Preise von 60 bis 70 kr. per Kilo; das Unschlitt, welches er ebenso theuer kauft — denn das wird bei dem Abzug, von dem man gar so viel spricht, nicht abgerechnet — muss er aber um 10, oder sagen wir auch, um 20 kr. verkaufen. Ich bin in der Hinsicht nicht ängstlich und gebe noch ein paar Kreuzer zu. Für die Haut bekommt er, wenn es eine gute Haut ist, einige zwanzig Kreuzer. Dann hat er weiter die Schlachtgebüren, die Verzehrungssteuer, den Fuhrlohn, die ganze Regie u. s. w. zu bestreiten. Der Mann kann also wirklich unter den jetzigen Verhältnissen, bei diesen Preisen, nichts verdienen. Dazu kommt noch, dass das sogenannte vordere Fleisch, wie sich die Herren überzeugen können, auch bei den sogenannten besten Fleischhauern bereits billiger verkauft wird, als der Ochs beim Einkauf bezahlt wird. Das sind lauter Thatsachen, die niemand bestreiten kann. Es hat mich daher sehr unangenehm berührt, dass von Seite des Stadtrathes und auch einiger anderer Organe ruhig den Fleischhauern in Wien die Schuld an der sogenannten Fleischtheuerung zugeschrieben wurde.

Wenn ich mich nun weiter frage: Wer beschäftigt sich mit dem Verkaufe? so bleibt nichts anderes übrig, als dass wir uns auf den Markt begeben. Auf dem Markte sind zwei Zwischenhändler: nämlich erstens die sogenannte Depositenbank, welche riesige Gebüren einzuheben in der Lage ist, beziehungsweise die Vieh- und Fleischmarktcassa, die der Depositenbank zugesprochen worden ist und die man zu diesem Zwecke gegründet hat, um die anderen Zwischenhändler, die Commissionäre, zu beseitigen. (Zwischenrufe rechts.) Lassen Sie mich nur ausreden. Die Commissionäre sind aber trotz der Depositenbank wieder auf den Markt gekommen und jetzt haben Sie zwei Zwischenhändler, nämlich die Depositenbank und die Commissionäre. Und sehen Sie, meine Herren, ich sage es offen, die Angehörigen der jüdischen Nation sollten sich nicht immer als beleidigt erachten, wenn man das, was wahr ist,

sagt: Gehen Sie hinaus, und wenn Sie mir einen christlichen Ochsenverkäufer oder Commissionär bringen, will ich denselben mit Gold aufwiegen. Es ist eben keiner zu finden. Erlauben Sie, dass ich Ihnen jetzt Folgendes sage: Ich weiß es, dass, wenn irgend jemand, der zufälligerweise ein paar Ochsen zu verkaufen hat, die ihm gehören, z. B. ein Bauer, auf den Markt geht, dann dürfen jene Fleischhauer — diese Behauptung stelle ich mit aller Bestimmtheit auf — die bei einem Commissionär schuldig sind, bei diesem gar nicht kaufen. Die Thiere bleiben dem Bauer stehen für den nächsten Markt. Der Bauer verliert sein Geld und sieht, auf dem Wiener Markt lässt sich nichts machen.

Meine Herren! Das ist alles so wahr, als ich hier stehe. Nun kommt der Bauer und wendet sich an einen Commissionär, sei es nun, dass der Bauer Kälber zu verkaufen hat oder was anderes. Wenn er nun nicht eine große Kundschaft ist, liegt es nicht im Interesse des Commissionärs, mit einer solchen Kundschaft zu thun zu haben. Er muss jeden Verkäufer von dem Markte abschrecken, damit er in der Lage ist, den Auftrieb auf den Markt vollständig zu beherrschen. (Sehr richtig!) Das alles sind Thatsachen, das kann nicht geleugnet werden. Wenn nun der Bauer sich des Commissionärs bedient, geschieht Folgendes: Es wird dem Bauer die Haut über die Ohren gezogen, als wenn er der verkaufte Ochs wäre. Daraus folgt nun, dafür könnte ich Zeugen bringen, dass gar kein Mensch mehr auf den Wiener Central-Schlachtviehmarkt Vieh zum Verkaufe schickt, mit Ausnahme jener Mäster, welche Commissionäre haben. Die Commissionäre beschicken den Markt, sie regulieren den Auftrieb, beherrschen ihn vollständig. Ohne Rücksicht darauf, ob sie nun der einen oder anderen Nation angehören, ist es daher unbedingt nothwendig, dass in der Richtung etwas geschieht. Es ist wahr, es war eine Ungerechtigkeit für die Städte, den Export frei zu geben und den Import zu sperren. Das war eine Ungerechtigkeit. Sie werden aber das Gegentheil im Abgeordnetenhause kaum durchsetzen, weil sämmtliche Parteien, auch die liberale Partei — die sogenannte „liberale" Partei — in dieser Frage nicht auf der Seite der Städte stehen.

Sie müssen daher etwas anderes thun. Sie müssen wirklich die Schuld dort suchen, wo sie zu finden ist. Sie müssen das Ministerium aufmerksam machen, dass es speciell die Pflicht des Ministeriums ist, dafür zu sorgen, dass auf unserem Central-Viehmarkte Ordnung geschaffen werde. Es ist richtig, nicht wir haben die Marktordnung erlassen, die Marktordnung ist erlassen von Seite des Ministeriums. Ich habe mich dagegen gewehrt; schließlich hat die Majorität des Wiener Gemeinderathes, ich glaube nicht mit Recht, nachgegeben, aber es ist nachgegeben worden.

Es ist von Seite des Gemeinderathes anerkannt, dass das Ministerium das Recht hat, die Marktordnung für den Central-Viehmarkt zu erlassen. Hat das Ministerium das Recht, so muss das Ministerium auch auf diesem Markte Ordnung schaffen, und es wäre sehr traurig, wenn die Behörden nicht imstande wären, dem Treiben der Zwischenhändler endlich einmal ein Ziel zu setzen.

Ich bemerke noch Folgendes: Es gibt draußen Commissionäre — und ich weiß einen Fall — welche die an sie gesandten Rinder partienweise wieder an andere Commissionäre vergeben, damit sie leichter den Markt beherrschen können und auch leichter die Fleischhauer im Einkaufe beherrschen. Das ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Einer ist erwischt worden, weil er von einem anderen Juden, der es mir auch erzählt hat, angezeigt worden ist. Wissen Sie, wie jener gestraft worden ist?! Er hat 200 fl. Geldstrafe bekommen! Ja, das ist rein lächerlich! An einem Tage verdient er eine solche Geldstrafe. Er lacht förmlich die Behörden aus. Ein solcher Mann sollte rücksichtslos vom Markte weggejagt werden, ob er der einen oder anderen Nation angehört.

Um allen Herren Gelegenheit zu geben, ihr Urtheil über die Verhältnisse des Marktes sich zu bilden, erlaube ich mir folgenden Antrag zu stellen: Es sei der Petition beizufügen, die hohe Regierung werde aufgefordert, die Zwischenhändler und auch die allgemeine Depositenbank auf dem Central-Schlachtviehmarkte zu beseitigen und eine neue Marktordnung zum Schutze der Käufer und noch mehr der Verkäufer zu erlassen. (Lebhafter Beifall links.)

Gem.-Rath Seiler: Der Herr Vorredner hat über die Reorganisation der Marktordnung gesprochen. Mit dieser Reorganisation sind wir alle einverstanden, und ich habe schon vor Jahren, wenn wir über die Approvisionierung gesprochen haben, diese Frage berührt; aber gestatten Sie mir, hier einiges über das Fleisch und die Fleischfrage zu sprechen.

Es wird seit letzter Zeit sehr viel gesprochen und sehr viel von Seite solcher, die von dieser Fleischfrage wenig oder sehr wenig verstehen. Wenn ich über Diphtheritis und ihre Heilung solche Vorträge halten würde, würde man mich sofort einsperren.

Die Frage, ob eine Theuerung besteht, ist von zwei Seiten in Betracht zu ziehen.

Der Fleischhauer, welcher hier das Mastvieh um den hohen Preis kauft und das Fleisch desselben wieder zum Verkaufe bringt, also solche Theile, die nur von dem besseren und wohlhabenderen Publicum gekauft werden, hat das Recht dazu, denjenigen Preis zu fordern, welchen er eben jetzt hat und bei welchem er noch daraufzahlt, und ich wäre entschieden nicht dagegen, wenn er für diese Fleischstücke einen theuereren Preis berechnet.

Nicht gerecht ist dagegen der Fleischpreis derjenigen Fleischverschleißer, die ihr Fleisch um billiges Geld in der Markthalle einkaufen und dasselbe an die ärmere Bevölkerung verkaufen, dabei aber die Preise der größeren und ersten Fleischhauer haben.

Wenn man erwägt, wie der Fleischhauer auf dem Viehmarkte einkauft und sich die besten Ochsen aussuchen muss, um sie zu schlachten, so ist es selbstverständlich, dass sie auch theuer verkaufen. Wenn wir daran gehen, diese Frage zu lösen, wie die arme Bevölkerung zu billigem Fleisch kommt, so haben wir nicht so sehr auf die Qualität und auf das Mastvieh zu schauen, wie auf das Fleisch als Nahrungsmittel überhaupt.

Ich begrüße die Petition mit Freuden. Ich hatte mir gedacht, sie werde ohne ein Wort angenommen werden. Es ist aber leider immer in die Debatte dasjenige hineingefallen, was die ganze Geschichte auf ein anderes Feld bringt, und was eigentlich gar nicht hieher gehört. Ob jetzt an diesem „Fleischwucher" — ich will das Wort gebrauchen — wer immer schuldträgt, wenn er nur überhaupt stattfindet, so haben wir und insbesondere das hohe Ministerium, welches die Marktordnung geschaffen hat, die Pflicht, denselben zu beseitigen.

Wenn bei einem Geschäfte zwei Compagnons da sind und dasselbe zugrunde geht, so macht immer einer dem anderen Vorwürfe. So ist es auch hier. Der volkswirtschaftliche Ausschuss macht der Commune Vorwürfe und die Commune macht dem volkswirtschaftlichen Ausschusse Vorwürfe und alle beide haben Fehler.

Von unserer Seite wurde, seit der neue Gemeinderath beisammen ist, nichts in der Approvisionierungsfrage gemacht. Ich

habe einen Antrag zur Errichtung eines Marktcuratoriums eingebracht; er ist nicht einmal noch zur Berathung gekommen. Was meinen Antrag auf Errichtung von Kühlräumen anbelangt, so ist derselbe nicht so lächerlich, wie von der anderen (linken) Seite erklärt wurde. Wenn man bedenkt, dass man aus Australien Fleisch nach Wien bringen kann, das drei Monate am Wege und genießbar ist, wird es doch hier möglich sein, auf dem Central-Viehmarkte bei besserer Marktconjunctur, wenn das Fleisch billiger ist, einzukaufen und das Fleisch in der Kühlhalle einzulagern. Das ist doch eine ganz natürliche Sache und keine Neuerung. In London ist das seit jeher gewesen und in Deutschland haben jetzt beinahe alle Großstädte Kühlhallen.

Meine Herren, wenn Sie die Großmarkthalle betrachten, in die beim letzten Markte 76.000 kg Fleisch gebracht wurden, so werden Sie doch zugeben müssen, dass diese viel zu klein ist; Kühlanlagen haben wir keine, und tritt dann einmal eine wärmere Witterung ein, so geht am anderen Tage so und soviel Fleisch zugrunde. Dazu sind also die Kühlanlagen da. Die drei Eisgruben, die man einmal in der Markthalle gemacht hat, sind doch viel zu ungenügend. Ein großer Fehler liegt auch in unserem Marktberichte. In diesem wird ganz einfach gesagt: Rindfleisch von diesem Preis bis zu jenem Preis; es wird weder von einer Qualität, noch von einer Gattung gesprochen. Ja, meine Herren, wenn wir in einemfort wegen Fleischtheuerung schreiben und unsere Berichte schlecht abgefasst sind, dann können weder die Fleischhauer, noch diejenigen dafür, die dagegen klagen. Wenn wir in unserem Fleischberichte schreiben würden: Vorderes kostet so viel, Hinteres so viel, diese Gattung so viel, der Durchschnittspreis ist so viel, das Kuhfleisch hat diesen Preis, das Ochsen- und Mastviehfleisch diesen, Büffel jenen Preis, dann könnte man sich sofort richten, welcher Fleischpreis eigentlich herrscht. Es wird jetzt nur auf dem einen Fleischpreise von 85 kr. losgehaut, was den Mastochsen betrifft. Sehen Sie sich die Berichte von Budapest an, dort steht klar und deutlich, welche Sorte, welcher Preis und welcher Durchschnittspreis und auch die Qualität, ob es von Ochs, Kuh oder Büffel ist, und das ist, meine Herren, einer der hochwichtigen Punkte.

Weiters vermisse ich in der Petition die Berührung der Verzehrungssteuer, insbesondere für Wild und für andere Approvisionierungsartikel. Es wäre sehr gut gewesen, auch das zu berühren, dass sie nicht allein für Rindvieh, sondern auch für alle anderen Approvisionierungsartikel fallen solle, denn ich weiß nicht, wieso wir dazu kommen, dass unsere Stadt als geschlossen betrachtet wird und wir daher einen viel theuereren Kaufpreis als die Nachbarortschaften zu zahlen haben.

Das hätte also in der Petition näher berührt werden sollen. (Gem.-Rath Hawranek: Das ist der Antrag Schlögl!)

Meine Herren! Es ist schon spät; ich hätte sehr viel in dieser Angelegenheit zu sagen, aber es wird jedenfalls die Gelegenheit kommen, wo ich mich ganz aussprechen kann. Ich will heute nicht öffentlich Vorwürfe gegen die Commune oder gegen unsere Verwaltung erheben, bezüglich dessen, was sie in der Approvisionierungsfrage zu thun unterlassen hat; aber bei nächster Gelegenheit werde ich diesbezüglich meine Meinung aussprechen.

Ich bitte Sie, meine Herren, die Petition womöglich einstimmig anzunehmen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Referent: Nach diesem Contraredner (Sehr gut! rechts) muss ich wohl etwas ausführlicher werden. Ich werde Sie aber doch nur einige wenige Minuten aufhalten. Ich habe geglaubt, es sei nothwendig, dem löblichen Gemeinderathe die Gelegenheit zu geben, sich über diesen Gegenstand auszusprechen, weil die ganze Bevölkerung Wiens durch diese Frage lebhaft afficiert ist, und weil diese Frage auch in den Kreisen der Interessenten eine begreifliche Aufregung hervorgerufen hat. Es ist also nothwendig, dass eine Gemeindevertretung, in welcher alle Kreise der Gesellschaft vertreten sind, sich über den Gegenstand ausspreche; natürlich aber habe ich mir vorgestellt, dass, wenn sich jemand ausspricht, er sich in diesem Sinne ausspreche, wie ich beantragt habe (Sehr richtig! rechts), nämlich, dass er Stellung nimmt zu dem, was jetzt vorgeht, und gegen das, was von anderer Seite beabsichtigt wird, und was wir alle — das ist anerkannt — als nachtheilig ansehen. (Sehr richtig! rechts.)

Ich habe mir also gedacht, dass deswegen von diesem Gesichtspunkte aus alle anderen Fragen, also insbesondere die, welche sich auf die Details in unseren Approvisionierungsanstalten beziehen, vorläufig in den Hintergrund geschoben werden, selbst die Frage der Commissionäre und all das. Aber, meine Herren, was soll man mit einer Phantasie, wie sie die Herren Collegen Hawranek und Gregorig haben, anfangen. Da ist alles vergeblich. Wenn vom Ochsen am Schlachtviehmarkte die Rede ist, ist der Jude schuld, und handelt es sich um Unterziehhosen mit einem Fuß, so so ist der Jude daran schuld. Ja, das ist die krankhafte Phantasie. (Rufe: Das ist Thatsache!) Sehen Sie, meine Herren, die gefesselte Phantasie, was sie immer hört und sieht, immer ist nur der Jude dahinter. (Unruhe und Unterbrechung links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte Sie, Sie sind in aller Ruhe angehört worden; ich weiß nicht, welchen Begriff Sie von Redefreiheit haben. (Widerspruch und Zwischenrufe seitens des Gem.-Rathes Jedlička.) Wenn es Ihnen so lästig ist, gehen Sie hinaus. (Gem.-Rath Jedlička: Ich lasse mich nicht hinaus schaffen.) Wenn Sie hier bleiben, müssen Sie Ruhe halten. Dasselbe Recht, wie Sie, hat auch jeder andere.

Referent (fortfahrend:) Sehen Sie, ich habe ganz ruhig gesprochen und bin auch niemandem nahe getreten. Wenn ein solcher Gegenstand zur Verhandlung kommt, muss man ihn sachlich behandeln.

Nachdem man Stellung nimmt zu dem Ansuchen der Fleischhauer-Genossenschaften, welche sagen: Wir besorgen, dass im Inlande zu wenig Vieh ist, dass der Viehstand immer mehr zurückgehen wird, wir sind der Meinung, es muss in dieser Richtung etwas geschehen, entweder müssen besondere Anstrengungen im Inlande gemacht oder ausländische Productionsgebiete herangezogen werden, und nachdem der volkswirtschaftliche Ausschuss beschließen soll, darüber wird zur Tagesordnung übergegangen, so muss man dagegen Stellung nehmen und das ist jetzt das Dringende. Ich habe geglaubt, dass in dieser Beziehung ein einmüthiger Beschluss des Gemeinderathes gefasst werden wird, dem gegenüber werde alles andere minder Wichtige zurückgedrängt werden.

Das ist mein Wunsch gewesen; ich habe mich getäuscht. Herr Gem.-Rath Gregorig hat sich sogar bestimmt gefunden, über die österreichische Industrie zu sprechen und sie eine Povelindustrie zu nennen. Meine Herren! Wenn das wo anders geschehen würde, in einem anderen Gemeinderathe, in einer anderen Stadt, es würde alles aufstehen und so einen Ausspruch annageln für alle Zeiten. (Lebhafter Beifall rechts!) Das darf man nicht. Wenn es selbst so wäre, so müsste man eine solche Bemerkung unterdrücken. (So ist

es! rechts.) Es ist aber Gott sei gedankt nicht so, die österreichische Industrie steht mit Ehren da und kann sich überall blicken lassen und hat überall erste Preise errungen. Deßhalb spricht man auch nicht so; das ist meine Meinung. (Lebhafter Beifall rechts. — Gem.-Rath Gregorig: Jüdischer Schwindel! Judenschwindel!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Gregorig, ich muss Sie zur Ordnung rufen!

Gem.-Rath Gregorig: Die drüben auch!!

Referent (fortfahrend): Herr Collega Dr. Lueger hat sich auch mit den Übelständen am Wiener Markte beschäftigt; alles andere interessiert ihn nicht, nur das, dass die Übelstände am Wiener Markte constatiert werden.

Dasselbe sagen Oberndorfer und Dötz auch. Sie wollen mit den Ochsen gar nicht nach Wien kommen, sondern sind der Ansicht, die Fleischhauer sollen hinauskommen und schön bitten, dass sie Ochsen bekommen, um damit nach Wien fahren zu können.

Das, was Herr Jedlička angeregt hat, wird ja von der Regierung versucht, und man beschäftigt sich damit, allerdings nicht in der Form, sondern die landwirtschaftlichen Casinos sollen constatieren: Wie viel Thiere sind in jedem Bezirke? Wann werden die Thiere fertig? Wann können sie zur Station gebracht werden, wer ist der Mittelsmann, ein Bauer oder ein Geschäftsmann, der die Thiere nach Wien bringt und den Verkauf vermittelt? Das geschieht ja.

Eine weitere Intervention, die eines kaiserlichen Commissärs, der den Preis bestimmen soll, ist nicht möglich. Wenn nach dem Auslande exportiert wird, so wird man sich nicht darum kümmern, welche Organe aufgestellt sind, sondern man wird die Thiere verkaufen, wo sie am besten an den Mann zu bringen sind.

Meine Herren! Ich schließe. Ich bitte noch einmal, wenn schon die Debatte nicht das ersprießliche Resultat geliefert, wie ich hoffte, wenigstens die Anträge einstimmig anzunehmen. Dagegen möchte ich bitten, die anderen Anträge, insbesondere den Antrag Dr. Lueger, abzulehnen. (Widerspruch.) Das geht nicht in der Weise. Wir werden uns ja selbst in der Gemeinde mit den Details beschäftigen. Aber wenn man sagt, eine neue Marktordnung soll erlassen werden, so müssen wir doch sagen, was soll darin stehen? Aber heute erklären: Hinaus mit den Commissionären und der Depositenbank, das geht nicht. Wir müssen der Regierung sagen, was an deren Stelle gesetzt werden soll.

Dass der Großmarkt ohne Vermittler, Agenten, Sensale, ohne Factoren oder wie immer Sie sie nennen, nicht bestehen kann, das ist klar; wer sollte die Sachen dann verkaufen? Oder soll jeder mit seinem Ochsen nach Wien kommen und ihn selbst verkaufen? Das wäre eine Unmöglichkeit. Darum geht es nicht an, die Sache so in Bausch und Bogen, mit dem großen Besen zu behandeln, sondern eine solche Sache muss studiert werden. Dazu ist heute keine Zeit, ich glaube, wir sollten uns jetzt nicht mit eigenen Angelegenheiten beschäftigen, sondern Stellung nehmen zur ersten und wichtigsten Frage. Deshalb bitte ich, die Anträge, wie ich sie gestellt habe, anzunehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Dr. Scholz (zur Berichtigung): Es hat sich ein College von dieser (linken) Seite mit einigen Aussprüchen beschäftigt, die ich gethan haben soll. Dem gegenüber constatiere ich, was ich gesagt habe.

Ich habe bei Gelegenheit der Commission in der Central-Markthalle zu einigen Collegen dieser Commission geäußert: Wenn die Bevölkerung sich entschließen könnte, an einem Tage der Woche Fische zu essen, so wäre dieser Umstand allein geeignet, einen Druck auf die Fleischpreise auszuüben. Wenn des weiteren der Fisch so billig wäre, als er damals angekündigt war, so würde die Ersparnis beim Einkaufe den ärmeren Leuten ermöglichen, diese Ersparnis auf den Fleischpreis zu werfen und doch Fleisch einzukaufen. Das habe ich gesagt. Das hat nun einer von den Marktinteressenten gehört, rennt in die Markthalle, und erzählt dort die Äußerungen, die Herr Gem.-Rath Jedlička angeführt hat. Diese habe ich aber nicht gethan. Die Herren, die bei der Commission waren, wissen es schon.

Gem.-Rath Dr. Stern (zur Geschäftsordnung): Es ist zu Beginn der Debatte von einigen Rednern das Wort in einer Weise geführt worden, welche zu qualificieren ich das richtige Wort nicht finde, daher auch unterlasse. Es ist mir leider durch den angenommenen Schluss der Debatte und Wahl der Generalredner unmöglich geworden, darauf zu erwidern. Umsomehr musste ich erwarten und hätte erwartet, dass ein solcher Ton einer Debatte, wie er wahrhaftig dem Gemeinderathe nicht zur Ehre und der Stadt Wien nicht zum Nutzen gereicht (Unruhe links), von competenter Seite aufs entschiedenste zurückgewiesen werden würde. (Lebhafter Widerspruch und Lärm links.) Dies ist nicht geschehen und darüber fühle ich mich verpflichtet und berufen, das Bedauern auszusprechen. Ich erkläre ganz offen und ein für allemal: ich werde in keiner Weise dulden, dass hier im Gemeinderathe so lange ich Mitglied desselben bin, die Angehörigen meiner Confession in solcher Weise verletzt werden. Dagegen gewährt die Geschäftsordnung Schutz, und ich hoffe und spreche die Erwartung aus, dass die Geschäftsordnung in entsprechendem Sinne gehandhabt werden wird. (Widerspruch links.)

Gem.-Rath Bärtl (zur Abstimmung): Ich beantrage über dieses Referat, respective über diese Petition, namentliche Abstimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich ersuche die Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Abstimmung): Ich beantrage, dass über den von mir gestellten Antrag ebenfalls namentlich abgestimmt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es wird beantragt, über den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger ebenfalls namentlich abzustimmen. Ich ersuche jene Herren, welche hiemit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Zwischenrufe und Gelächter links.) Es ist wirklich im höchsten Grade unzulässig, die Abstimmung zu kritisieren. Sie verlangen für sich selbst die Freiheit der Abstimmung und wollen Sie anderen nicht zugestehen. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist abgelehnt.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte um das Wort zur Abgabe einer Erklärung, wie es Herr Dr. Stern gethan hat. Angesichts des Umstandes, dass der Herr Bürgermeister der Stadt Wien sich gegen meinen Antrag ausgesprochen hat, angesichts des Umstandes, dass die Majorität die namentliche Abstimmung über den von mir gestellten Antrag abgelehnt hat, angesichts des Umstandes also, dass auf den eigentlichen Krebsschaden der ganzen Approvisionierung Wiens nicht eingegangen wird, werde ich den Saal verlassen und es der Majorität überlassen, wie sie mit der Sache

fertig wird. (Zustimmung links. — Die meisten Herren Gemeinderäthe der linken Seite verlassen den Saal.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte jene Herren, welche für den Referenten-Antrag sind, mit Ja, die anderen mit Nein zu stimmen.

Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Schrenckh stimmen mit Ja folgende Herren Gem.-Räthe: Adam, Altenberg, v. Bachofen, Bärtl, Beutnitz, Dehm, Dolainski, Erndt, Dr. Friedjung, Fuchs, Gerhardus, Geyer, Glasauer, v. Götz, Ritt. v. Goldschmidt, Bürgermeister Dr. Grübl, Herold, Herrdegen, Dr. Huber, Kaiser, Kaspar, Kirchmayer, Dr. Klotzberg, Koch, Dr. Linke, Vice-Bürgermeister Matzenauer, Mayer, Dr. Mittler, Müller Josef, Müller Karl Joh., Dr. Nechansky, Vice-Bürgermeister Dr. Richter, Schieferl, Schneiderhan, Schöderböck, Dr. Scholz, Schrenckh, Seidler, Seiler, Dr. Stern, Stiaßny, Tagleicht, Taubler, Dr. Uhl, Vaugoin, Dr. Vogler, Wessely Ignaz Fr., Wessely Vinc., Winter, Witzelsberger, Wünsch, Wurm, Dr. Zimmermann.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Antrag des Herrn Referenten wurde mit 53 Stimmen angenommen und bringe ich zur Abstimmung den Antrag Dr. Lueger, welcher dahin geht: Es sei der Petition noch beizufügen eine Bitte: es möge der Zwischenhandel und die Depositenbank auf dem Schlachtviehmarkte beseitigt und eine neue Marktordnung zum Schutze der Käufer und Verkäufer eingeführt werden.

Ich bitte jene Herren, welche dafür stimmen, dass dieser Zusatz zur Petition gemacht werde, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Der Gegenstand ist erledigt.

Beschluss: Die zur Verlesung gebrachte Petition in Angelegenheit der Fleischapprovisionierung ist dem hohen Abgeordnetenhause zu überreichen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, ich appelliere an Ihren Opfermuth, nur noch kurze Zeit hier zu bleiben, es sind noch zwei höchst dringende Referate.

21. (8286.) **Referent Gem.-Rath Stiaßny:** Beilage Nr. 260. Der Gegenstand, über welchen ich zu referieren die Ehre habe, betrifft den Statthalterei-Erlass bezüglich der Verzichtleistung auf die Durchführung von Straßenzügen innerhalb des Complexes der Alserkaserne für den Fall der Verwendung derselben für Universitätszwecke, beziehungsweise Herstellung klinischer Institute.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte die Herren Schriftführer, auszuzählen. Ich bitte zu diesem Behufe die Herren, ihre Plätze einzunehmen. (Nach der Auszählung:) Es sind 47 Mitglieder anwesend.

Referent (fortfahrend): Im Jahre 1888 hat der Gemeinderath angenommen, dass durch die Realität des Allgemeinen Krankenhauses Straßen geführt werden, und zwar drei Längs- und zwei Querstraßen.

Damals ist der Gedanke vorgeschwebt, dass das Allgemeine Krankenhaus von der Stelle, an welcher es sich seit der Gründung unter Kaiser Josef befindet, beseitigt und an eine andere Stelle verlegt werden soll. Von diesem Gedanken ist aber die Unterrichtsverwaltung seit einigen Jahren abgekommen und trägt sich mit der Absicht der Erwerbung der Alserkaserne und der Hinzufügung des Areals derselben zur Vergrößerung des Allgemeinen Krankenhauses. Soll das Krankenhaus an seiner Stelle belassen werden, was jetzt als ausgemachte Sache gilt, dann müsse den traurigen Zuständen, welche, wie der geehrte Gemeinderath weiß, an einigen klinischen Instituten herrschen, ein Ende gemacht werden. Insbesondere sind es die chirurgischen Kliniken, welche sowohl infolge Raummangels für Patienten als noch mehr durch Raummangel für die Studenten ein Gegenstand fortwährender Klagen in den betheiligten Kreisen geworden sind.

Die Unterrichtsverwaltung will nicht nur die klinischen Institute vermehren und ausdehnen, sondern beabsichtigt auch, einige wissenschaftliche Institute auf der Area der Alserkaserne zu erbauen. Der Erwerb der Kaserne geschieht jedoch nur dann, wenn das ganze Areale der Alserkaserne und einiger anderer Realitäten, die hier nicht in Betracht kommen, da sie sich im Privatbesitze befinden, in das Eigenthum der Unterrichtsverwaltung, beziehungsweise in das Eigenthum der Krankenanstalt, übergeht.

Aus diesem Grunde hat die Statthalterei an den Gemeinderath das Ansuchen gestellt, die Baulinienbestimmung in der Weise vorzunehmen, dass die ganze Area der Alserkaserne zu der Fläche des Krankenhauses geschlagen werden könne.

Die Vortheile, welche für die Gemeinde erwachsen, sind in die Augen springend. Erstens wird durch den Umbau der Alserkaserne der Beginn zur Erweiterung der Alserstraße an ihrer schmälsten Stelle gegenüber dem Landesgerichtsgebäude vorgenommen werden, und dieser Umbau erfolgt gewiss nur, wenn die Kaserne von der Unterrichtsverwaltung erworben werden wird; zweitens wird den Zuständen, welche in den Kasernenhöfen, die gegen die Frank- und Schwarzspanierstraße liegen, herrschen und welche geradezu beschämend sind, ein Ende gemacht werden; die Herren wissen, dass Stallungen dort postiert sind, welche durch ihren penetranten Geruch die ganze Gegend behelligen; dass an die Renovierung dieses Kasernentractes nicht gedacht wird, weil die Militärverwaltung weiß, dass über der Kaserne der Beschluss der Demolierung schwebt. Endlich ist der dritte große Vortheil der erzielt wird, dass für die Wissenschaft eine passende Bildungsstätte geschaffen wird, und dass eine große Anzahl von Kranken, welche jetzt vergeblich auf Heilung im Krankenhause harren und dort abgewiesen werden müssen, ihre Unterkunft finden werden.

Gegenüber diesen bedeutenden Vortheilen, welche der Gemeinderath gewiss würdigen wird, tritt vollkommen in den Hintergrund, wenn das Stück der Schwarzspanierstraße zwischen der Garnisonsgasse und der Kaserne und das gleichgelegene Stück der Frankgasse zu Sackgassen gemacht werden.

Der dadurch herbeigeführte Übelstand kann zum Theile wettgemacht werden. Die Gemeinde kann sich bei Verbauung der Area der Alserkaserne ein maßgebendes Votum in Bezug auf die Art und Weise der Verbauung bedingen. Beispielsweise soll angenommen werden, dass die genannten Gassen mit Portalanlagen abgeschlossen werden, dass die neu zu erbauenden Häuser Fronten gegen jene Gassen bekommen werden, so dass die Gegend durch die Neubauten gewiss nur geziert wird.

Demzufolge werden Sie begreiflich finden, wenn ich Ihnen den einstimmig gefassten Beschluss des Stadtrathes vorlege, welcher lautet (liest):

„Es werde für den Fall der Erwerbung der Alserkaserne durch den k. k. Krankenanstaltenfond und der Errichtung klinischer, eventuell auch anderer Universitätsinstitute daselbst auf die Durchführung von Straßenzügen durch den Complex der Alserkaserne mit dem

Vorbehalte verzichtet, dass beim Umbaue der bestehenden Objecte die Straßenerweiterung in der Alserstraße entsprechend der genehmigten Baulinie für diese Straße vom k. k. Krankenanstaltenfonde vorgenommen, der Abschluss der Area gegen die Frankgasse, Schwarzspanierstraße und Rothehausgasse in einer den ästhetischen Anforderungen möglichst entsprechenden Weise und im Einvernehmen mit der Gemeinde Wien hergestellt, beziehungsweise im Falle die beabsichtigte Erwerbung der Baustellen IV, V, VI (welche sich im Privatbesitze befinden) an der Rothehausgasse thatsächlich erfolgen und hiedurch die Schließung der Rothehausgasse ermöglicht werden sollte, wegen Erwerbung des Straßengrundes dieser Gasse das Einvernehmen mit der Gemeinde Wien gepflogen werde; ferner, dass auch der Abschluss gegen die Nachbargebäude im Einvernehmen mit der Gemeinde festzustellen sei.

Weiters wird bedungen, dass die Abtretung des zur Verbreiterung der Alserstraße erforderlichen Grundes unentgeltlich zu erfolgen habe."

Diese Anträge wahren das Interesse der Gemeinde vollständig, und ich bitte daher um deren Annahme.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ich habe nur zwei Worte zu bemerken und bitte Sie, auf Folgendes Ihr Augenmerk zu lenken. Der Complex des Krankenhauses ist ein so großer, dass er nicht vollständig vom Verkehre abgesperrt werden kann. Ich beantrage demnach, dass der Gemeinderath wenigstens den Wunsch ausspreche, es möge bei der Anlage, beim Ausbaue dieses Complexes auch darauf Rücksicht genommen werden, dass ein Durchgang angelegt wird. Es kann dies ein gedeckter Raum sein und sich unter dem ersten Stock befinden. Ich bitte also, dem Wunsche der Bevölkerung in diesem Bezirke Rechnung zu tragen.

Gem.-Rath Karl Müller: Meine Herren! Ich kann mich in meinen Ausführungen dem geehrten Herrn Vorredner nur anschließen. Von der Garnisonsgasse bis zur Mariannengasse ist dann keine einzige Verbindung. Es ist dann ein großer Complex da und kein Durchgang daselbst. Ich glaube, dass sogar eine Durchfahrt durch das Spital nothwendig ist. Sie schädigen sonst die ganze Häusergruppe dort. Bezüglich des Spitales ist das eine Leichtigkeit; wir müssen das schaffen, was bei einer Neuanlage möglich ist. Es ist also als Wunsch ausgedrückt, zu wissen, dass dort eine Fahrstraße durchgeführt werde. Wie, das ist Sache der Verwaltung.

Gem.-Rath Dr. Scholz: Ein Durchgang durch das Krankenhaus, meine Herren, findet auch jetzt statt. Durch die Einbeziehung der Alserkaserne wird der Stadt ein weiterer Schaden nicht zugefügt, man kann heute durch die Kaserne so wie so nicht durchgehen. Eine Durchfahrtsstraße durchs Krankenhaus halte ich für absolut unmöglich, weil durch ein Krankenhaus, besonders von dieser Ausdehnung, keine Straße durchgeführt werden kann. Wenn also der Wunsch acceptiert wird, dass ein Durchgang für die Bevölkerung offen gehalten werde, so könnte ich mich dem insofern noch anschließen, als vielleicht der bestehende Zustand erhalten und gewahrt werde. Aber gegen eine Durchfahrt müsste ich mich entschieden aussprechen, weil diese in einem Krankenhause unzulässig ist.

Gem.-Rath Ritt. v. Goldschmidt: Meine Herren! Ich werde mich mit Rücksicht auf die späte Stunde sehr kurz fassen. Ich stehe mehr auf dem Standpunkte der beiden ersten Vorsprecher, der Herren Dr. Friedjung und Karl Müller; ich gehe aber viel weiter wie dieselben. Wenn Sie sich den Plan ansehen, so werden Sie staunen über die große Distanz, welche zwischen jenen Straßen existiert, welche heute noch verkehrsfähig sind, und welche uns nun für immer abgeschlossen werden sollen. Einen Abänderungs-Antrag zu stellen ist jedoch in diesem Momente nicht möglich und bleibt nichts übrig, als gegen den Antrag zu stimmen. Von den vielen Straßen, die hier aufgelassen werden, sollte wenigstens eine erhalten werden.

Das kann gewiss in irgendeiner Weise combiniert werden. Ich schließe mich dem Herrn Vorredner an, welcher gesagt hat, dass noch einige wissenschaftliche Institute gegründet werden sollen. Um so besser, man kann sie ganz gut separieren, es ist ja nicht nothwendig, dass sie in demselben Complex sind.

Ich werde also ein Project verfassen lassen, in dem wenigstens eine Straße geschont wird. Da ich aber nicht in der Lage bin, heute ein solches Project vorzulegen, so bitte ich um die Rückleitung des Antrages an den Stadtrath. Ich bitte meinen hochgeehrten Freund und Referenten, mich diesfalls zu entschuldigen.

Gem.-Rath Dehm: Als Vertreter des IX. Bezirkes habe ich auch einige Worte an Sie zu richten. Als es bekannt geworden ist, dass die Alserkaserne ebenfalls zur Demolierung bestimmt wurde, habe ich das mit großer Freude begrüßt, weil ich dachte, dass nun endlich diesen sanitären Übelständen abgeholfen werden wird, und dass es auch möglich sein wird, eine Straße durchzuführen. Hiebei habe ich aber eine Straße hauptsächlich im Auge gehabt, welche an der Grenze der Alserkaserne bestimmt war, in welche die beiden neu gebauten Straßen, die Frankgasse und Schwarzspanierstraße, einzumünden hätten. Nachdem aber diese Hoffnung nicht erfüllt werden kann, und ich sehe, dass der Krankenhausfond diese Objecte ankaufen und einer Art der Verbauung zuführen wird, welche genügenden Licht- und Luftzutritt gewährt, so dass die sanitären Verhältnisse unter allen Umständen verbessert werden, so werde ich mich nicht dagegen aussprechen. Ich habe nur den Wunsch, nachdem der Herr Referent ohnehin erwähnt hat, dass als Abschluss der beiden erwähnten Straßen ein Portale hergestellt wird, dass an das Krankenhaus das Ersuchen gestellt werde, dass wenigstens einer davon als Durchgang benützt wird, so zwar, dass die Verbindung der Frankgasse mit der Mariannengasse wenigstens für Fußgänger ermöglicht werde, dass aber zweitens unter allen Umständen darauf hingewirkt werde, dass als Abschluss der heutigen Alserkaserne gegen die neu erbauten Häuser keine Feuermauer aufgestellt werde, weil durch dieselbe die Hauseigenthümer und Parteien der neu erbauten Häuser in empfindlicher Weise geschädigt würden. Es soll ein freier Platz geschaffen werden, damit es ermöglicht würde, eine Verbindung der Frankgasse mit der Mariannengasse vielleicht durch einen Durchgang für Fußgänger herzustellen. Ich bitte, dem Antrage des Referenten zuzustimmen, als Zusatz aber diesen Wunsch einzufügen.

Gem.-Rath Josef Müller: Ich möchte Folgendes bemerken: Als man geglaubt hat, dass die Alserkaserne noch als solche lange Zeit bestehen werde, wurde allgemein der Wunsch rege, sie zu cassieren und zu Zwecken von Spitalsinstituten zu adaptieren. Jetzt ist die Sache auf der Tagesordnung und jetzt will man wieder, dass überall dort Straßen durchgehen. Ich mache Sie auf die Situation aufmerksam. Durch Annahme dieses Projectes wird keine große directe Straße gestört. Denn die Alserstraße vereinigt sich mit der Lazarethgasse nahezu in einer Spitze.

Es ist also nicht nothwendig, das, was dazwischen liegt, zu einer großen Straße auszugestalten.

Die Lazarethgasse und die Währingerstraße treffen unterhalb des Bürgerspitales in einem Dreieck zusammen. Wollen Sie noch eine Parallelstraße der Alserstraße, so wäre das eine ganz secundäre Straße. Wenn es wirklich wahr wäre, dass ein großer Straßenzug durch diese Realität unterbunden würde, so müsste man das verlangen. Aber Sie sehen, dass beide Linien, die Alserstraße mit der Lazarethgasse und die Lazarethgasse mit der Währingerstraße in Verbindung stehen; die Entfernungen sind keine großen und daher ist eine genügende Verbindung gewiss hergestellt.

Wenn ein Durchgang verlangt wurde, so kann man ja dem zustimmen, aber man muss auch den Zweck im Auge haben, welchem die Realität dienen soll, und dieser Zweck ist ein so löblicher und liegt so im eminenten Interesse der Bevölkerung, dass man die Interessen des Localverkehres hier beiseite lassen muss. Ich ersuche, den Anträgen des Referenten zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zum Worte ist Herr Gem.-Rath Kaiser gemeldet. Da jedoch die Versammlung nicht mehr beschlussfähig ist, so wird derselbe in der nächsten Sitzung zu Worte kommen.

Die Debatte über die Anträge ist geschlossen.

Vor Schluss der Sitzung hat sich zur Geschäftsordnung Herr Gem.-Rath Steiner zum Worte gemeldet. Er ist nicht anwesend.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 8 Uhr 30 Minuten abends.)

* * *

Nachtrag: In der öffentlichen Sitzung des Gemeinderathes vom 5. October d. J. hat Herr Gem.-Rath Jedlička eine Interpellation wegen Beschädigung eines Wirtes durch die Gasgesellschaft eingebracht, welche mit drei Fragepunkten an den Bürgermeister schloss. Durch ein Versehen bei der Copierung dieser Interpellation für das Amtsblatt ist der Punkt 2 ausgeblieben. Dieser hier nachgetragene Punkt 2 lautet:

„Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dem auf diese Art Beschädigten durch seine Intervention zu seinem Rechte zu verhelfen?"

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 20. November 1894.
Mittwoch, den 21. November 1894.
Donnerstag, den 22. November 1894.
Freitag, den 23. November 1894.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **7. November 1894.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

(8848.) **St.-R. Wurm** referiert über die Baulinienbestimmungen in der Quaistraße von der Kaiser Franz Josefsbrücke in Hietzing aufwärts und beantragt:

Es werden folgende Baulinien bestimmt:

1. Für die Quaistraße (oberer Theil) die Linie A B von der Verbindungsbahnbrücke bis zur Kirchengasse;

für die Quaistraße (oberer Theil) die Linie C D E von der Kirchengasse bis zur Fleischgasse;

für die Quaistraße (oberer Theil) die Linie F G von der Fleischgasse bis zur Josefigasse; mit 7·50 m breiten Vorgärten.

2. Für die Badhausgasse zwischen der neuen Quaistraße und der Wiengasse die Linien L' L'' und M O ([23 m Breite] Vorgärten bei L' L'' 5 m).

3. Für die Quaistraße (unterer Theil) die Linie H' I' von der Josefigasse bis zur Wienflussgasse;

für die Quaistraße (unterer Theil) die Linie K' L' von der Wienflussgasse bis zur Badhausgasse; mit 7·50 m breiten Vorgärten.

4. Für die Quaistraße von der Badhausgasse bis zur Einmündung der Wiengasse die Baulinie a b mit der Abkappung b c und der Breite von 15 m, von da bis zur Hauptstraße die Baulinie e'' f mit einer Abkappung bei f und mit 4 m breiten Vorgärten. Für die Wiengasse parallel zu der Straßenfront bei Nr. 7, 9, 11, 13 die Baulinie c' d'' bei einer Breite von 12 m und die Baulinien c d e einerseits und d'' e'' andererseits (in letzterer Strecke mit 4 m breiten Vorgärten).

5. Der Platz bei der Kaiser Franz Josefsbrücke wird symmetrisch auszubilden sein.

6. Die Niveaux nach dem Längenprofile, beziehungsweise den eingezeichneten Coten des Lageplanes.

7. Die Verbauungsart mit geschlossenen Fronten in der Vorgartenlinie.

8. Verweisung der Einwendungen der Anrainer auf die Nothwendigkeit, eine genügende Breite der Verkehrsstraße und die Möglichkeit einer Überbrückung durch Niveauhebung zu schaffen, hinsichtlich der Vorgärten aber auf die im § 82 der Bauordnung und im Charakter dieses Gebietstheiles gelegene Angemessenheit einer solchen Anordnung von Vorgärten, hinsichtlich der übrigen Anforderungen aber auf die seinerzeitige Straßendurchführung, beziehungsweise Niveauherstellung, endlich bezüglich der Änderung der Stationsanlage das Ersuchen an die Commission für die Wiener Verkehrsanlagen zu richten, das Erforderliche wegen Änderung des Bahnprojectes einleiten zu wollen, wobei sich die Gemeinde Wien selbstverständlich die Stellung der erforderlichen Bedingungen bei der einzuleitenden politischen Begehung vorbehält. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8797.) **Derselbe** referiert über die Schlussrechnung für die Aufsetzung des dritten Stockwerkes auf das städtische Schulgebäude XVI. Bezirk, Ottakring, Seitenberggasse 10, und beantragt, dem bei dieser Bauführung beschäftigt gewesenen Hauptpolier August Peciwal an Stelle der Gleichengelder eine Gratification von 40 fl. und dem Vicepolier und Bauzeichner Adolf Ilek eine solche von 30 fl. zu bewilligen, ferner zur Ausgabs-Rubrik XII g 1 einen Zuschusscredit von 2323 fl. 67 kr. zu bewilligen. (Angenommen.)

(8728.) **Derselbe** referiert über die Vergebung der Kunststeinarbeiten, der Specialrundbrenner und der Etagen-Gasdruckregulatoren für den Schulbau III. Bezirk, Kölbl-Kleistgasse, und beantragt auf Grund des Kostenanschlages:

1. die Herstellung der Kunststeinarbeiten der Firma J. Matschcko & Schrödl mit einem Nachlasse von 4 Percent;

2. die Lieferung der Specialrundbrenner der Firma Emil Jaeckle zu den Einheitspreisen;

3. die Lieferung der Etagen-Gasdruckregulatoren der Firma Moriz Ramsberger zu den Einheitspreisen zu übertragen. (Angenommen.)

(8871.) **Derselbe** referiert über das infolge Wasserleitungs-Rohrlegung unter dem Bahnobjecte in der Gunoldstraße in Heiligenstadt mit der k. k. Eisenbahn-Betriebsdirection zu treffende Übereinkommen und beantragt die Ausstellung des diesfalls geforderten, in derlei Fällen üblichen Reverses und Zahlung des angeforderten Anerkennungszinses von jährlich 50 kr. seitens der Gemeinde. (Angenommen.)

(8813.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des städt.-del. Bezirksgerichtes Hernals um Einführung der Gasbeleuchtung in die Küche des Gefangenaufsehers und beantragt, diese Gaszuleitung mit dem Kostenbetrage von 22 fl. auf Kosten der Gemeinde herstellen zu lassen; Zuleitung und Gascluster haben jedoch im Eigenthume der Gemeinde zu bleiben und hat das k. k. Ärar die Beleuchtungskosten und die Gasmesserrente zu tragen. (Angenommen.)

(8504.) **Derselbe** referiert über die Bestimmung der Verbauungsweise für einen Theil der Alseggerstraße in Gersthof, XVIII. Bezirk, und beantragt, es seien in der Strecke der Alseggerstraße zwischen der Feld- und Bergsteiggasse auch auf der Seite der ungeraden Nummern Vorgärten in der Breite von 4·45 m anzulegen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8432.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ferd. Seif um Bekanntgabe der Schadloshaltung für den von der Realität Or.-Nr. 8 Schulerstraße, I. Bezirk, abzutretenden Grund und beantragt die Einleitung der Schadloshaltungsverhandlung noch vor Durchführung des Umbaues, jedoch auf Kosten des Gesuchstellers und Beschränkung der Giltigkeit der zu bestimmenden Schadloshaltung auf die Dauer von zwei Jahren. (Angenommen.)

(8433.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Georg König und Brüder um Schadloshaltung für die Grundabtretung bei Nr. 6 Fischerstiege, I. Bezirk, und beantragt, die Schadloshaltung für den von dieser Realität abgetretenen Grund im Ausmaße von 26·28 m² mit 40 fl. per Quadratmeter festzusetzen. (Angenommen.)

(8198.) **Derselbe** referiert über das neuerliche Offert der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. um käufliche Übernahme der städtischen Parcellen 134/1, 135, 136/1, 2 und 3, Einl.-Z. 511, 512/1 und 2 in Hietzing und Einl.-Z. 354 in Penzing und beantragt, den Magistrat zu beauftragen, einen neuen Antrag auf Grund der bestimmten Baulinien zu stellen. (Angenommen.)

(8455, 8838.) **Derselbe** referiert über dringende Herstellungen in der Naturalwohnung des Leiters der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing Umgebung und beantragt die Herstellung eines harten Breitelbodens im Zimmer top. Nr. 137 und die Reparatur der Fenster der Amtswohnung des Leiters der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing Umgebung mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 152 fl. 92 kr. sowie die Bewilligung eines weiteren Betrages von 150 fl. für die Instandsetzung der Tapeten, Malerei &c. Zur Deckung der Kosten ist ein Zuschusscredit von 302 fl. 92 kr. zur Ausgabs-Rubrik XII 4 d zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8603.) **Derselbe** referiert über den neuerlichen Bericht puncto Herstellung einer Fahrbrücke sammt Zufahrtsstraße über den Lainzerbach zwischen der Brunnengasse und Hetzendorferstraße im XIII. Bezirke Lainz und beantragt:

1. für die Abtretung des 82·16 □° umfassenden Theiles der Parcellen 314, Grundb.-Einl. 150 in Speising, zu Straßenzwecken wird den Eheleuten Ferdinand und Thekla Handl die Erhöhung des Kaufpreises von 2 fl. auf 3 fl. per Quadratklafter gnadenweise bewilligt;

2. das Project für die Hebung des Heustadels Parcelle 139/2 und der Gartenplanke längs der Parcellen 139/2 und 120/7 wird im Sinne des Localaugenscheins-Protokolles vom 11. October 1894 mit dem Kostenbetrage von 220 fl. genehmigt;

3. zur Ausgabs-Rubrik XXIII 10 wird ein Zuschusscredit von 304 fl. 16 kr. bewilligt. (Angenommen.)

(8524.) **Derselbe** referiert über die Anregung des Vorstehers des VII. Bezirkes, betreffend die Durchführung der Dreilaufergasse von der Felberstraße bis zur Lindengasse, und beantragt, die Baulinienbestimmung für die eventuelle Verlängerung der Dreilaufergasse der Festsetzung des General-Baulinienplanes vorzubehalten. (Angenommen.)

(8679.) **St.-R. Dr. Lueger** referiert über den vom Gem.-Rathe Kaiser und Genossen gestellten Antrag auf Umbau von drei dem Wiener Bürgerspitalsfonde gehörigen Häusern in der Kärnthnerstraße, I. Bezirk, und beantragt, es sei der Umbau der Häuser I., Kärnthnerstraße 24 (Hotel Meißl & Schadn) und I., Kärnthnerstraße 28 (Hotel Munsch), nach Ablauf der mit 1. November 1897 endigenden Bestandverträge im Principe zu beschließen, und hat das Stadtbauamt seinerzeit die geeigneten Vorschläge und Pläne, sowie die Bauprogramme derart rechtzeitig vorzulegen, dass im November 1897 mit dem Umbaue begonnen werden kann. (Angenommen.)

(8766.) **Derselbe** referiert über die Entscheidung des Oberlandesgerichtes vom 23. October 1894, Z. 14538, mit welcher bekanntgegeben wird, dass das Oberlandesgericht nicht in der Lage ist, allgemeine Weisungen an die unterstehenden Gerichte bezüglich Erledigung von Ansuchen um Bewilligung einer Trennung, beziehungsweise um bücherliche Ab- und Zuschreibung von Grundstücken zu ertheilen, dass es vielmehr der Gemeinde Wien überlassen bleibt, in jedem einzelnen Falle, in welchem sie sich beschwert erachtet, gegen den bezüglichen Grundbuchsbescheid zu recurrieren.

Referent beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8747.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über das Ansuchen der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft um Einlegung eines Stockgeleises vor der Expeditionshütte beim Durchbruche der Arbeitergasse zur Steinbauergasse in der Arbeitergasse und beantragt, den Magistrat anzuweisen, wegen eventueller Anlegung eines Stockgeleises, falls die Ausführung eines solchen geplant ist, auf dem benachbarten Grundstücke — Anträge zu stellen. (Angenommen.)

(8598.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Lagerhausdirectors um Anschaffung einer Draisine und beantragt, die durch die Lagerhausverwaltung zu veranlassende Bestellung eines Bahnwägelchens bei der Maschinen- und Waggonbau-Fabriks-Actiengesellschaft in Simmering zu genehmigen und hiefür einen auf Requisiten-Conto zu verrechnenden Credit von 490 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(8390.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft um Gestattung der Verwendung von Wägen ohne Deichsel auf allen ihren Strecken und beantragt, diese Bewilligung aus Sicherheitsrücksichten nicht zu ertheilen. (Angenommen.)

(8829.) **Derselbe** referiert über die Erlässe der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 13. October d. J., Z. 81481, und vom 11. October d. J., Z. 80585, betreffend die Winterfahrordnung der Wiener Tramway-Gesellschaft, und beantragt:

Der vorliegende provisorische Winterfahrplan der Wiener Tramway-Gesellschaft (dritter Entwurf) wird seitens der Gemeinde Wien grundsätzlich abgelehnt, weil derselbe den von der letzteren und den anderen öffentlichen Factoren hinsichtlich einer angemessenen Fahrordnung wiederholt gestellten Forderungen in keiner Weise entspricht.

Im einzelnen muss hervorgehoben werden,

1. dass dieser Fahrplan nicht einmal den im h. Erlasse vom 11. October 1894, Z. 80585, zum Ausdrucke gebrachten Forderungen der k. k. General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen hinsichtlich der Ausdehnung des verstärkten Nachmittagsverkehres entspricht, da dieselbe sich auf die große Strecke „Remise Hernals—Ottakringerstraße—Ring—Favoritenstraße—Himbergerstraße" gar nicht bezieht und für die stets überfüllte Linie „Simmering, Remise II—Rennweg—Porzellangasse" diese Verstärkung des Verkehres am frühesten, nämlich um 7 Uhr 6 Minuten abends endet;

2. dass die an und für sich mit Rücksicht auf die ohnehin großen fahrplanmäßigen Intervalle ganz unzulässige Clausel der 20percentigen Reduction des Verkehres in den Frühstunden noch immer aufgenommen erscheint, während doch die erfahrungsmäßig stärkste (und nicht schwächste) Frequenz in den Morgenstunden ungefähr zwischen ¾7 bis ½9 Uhr auf allen wichtigen Radiallinien, insbesondere Hernals—Ring—Favoritenstraße — Himbergerstraße, Rudolfsheim — Nordwestbahnhof, Döbling — Ring — Margarethen — Schönbrunn, Kaiserstraße—Hotel Union, Rennweg—Porzellangasse, Weinhaus—Landstraße, herrscht.

Der Stadtrath stellt sohin an die hochlöbl. k. k. n.-ö. Statthalterei das dringende Ansuchen, die vorliegende provisorische Winterfahrordnung der Wiener Tramway ehethunlichst außer Kraft zu setzen, auf der präcisen Abstellung der in den Punkten 1 bis 4 des h. Erlasses vom 16. September 1894, Z. 69574, aufgezählten, bereits stereotyp gewordenen Gebrechen der Fahrordnung mit allem Nachdrucke zu beharren und die Gesellschaft zur Erbauung von Remisen in der Nähe der solcher entbehrenden Endstrecken, Vermehrung des Wagenparkes und Fahrpersonales zu verhalten. Auch wäre eine verschärfte Überwachung für die wirkliche Einhaltung der Fahrordnung, welche insbesondere hinsichtlich der rechtzeitigen Eröffnung des Betriebes von der Gesellschaft häufig nicht beachtet wird, in dringende Erwägung zu ziehen, wozu im Interesse der Controle und des Verkehres die Einführung thunlichst gleichmäßiger Intervalle auf den einzelnen Linien, wie dies bei der Neuen Wiener Tramway seit Jahren gilt, sich empfehlen dürfte.

St.-R. Dr. Lueger stellt folgenden Antrag:

Bei dem Umstande, als die Staatsbehörden den entscheidenden Einfluss auf den Tramwaybetrieb als in ihre Competenz gehörig betrachten und die Behörden der Gemeinde Wien nur Gutachten abzugeben haben, erwartet die Gemeinde, dass die h. k. k. n.-ö. Statthalterei endlich mit allen ihr zugebote stehenden Mitteln, eventuell mit der Verhängung der Sequestration gegen die Tramway-Gesellschaft vorgehe, um den geradezu scandalösen Zuständen in dem Betriebe des Tramwayverkehres seitens der Wiener Tramway-Gesellschaft ein Ende zu machen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, angesichts der stets gegen die Gemeinde gerichteten Anschuldigungen ausdrücklich hervorzuheben, dass die Gemeinde im Hinblicke auf die ihr zugewiesene geringe Einflussnahme in Tramway-Angelegenheiten jede wie immer geartete Verantwortung ablehnen müsse.

St.-R. Dr. Nechansky beantragt, statt des Wortes „scandalösen Zuständen" im Antrage Dr. Lueger folgende Formulierung: „.... unerträglichen und den Unwillen der Bevölkerung berechtigterweise erregenden Verhältnissen".

Die Referenten-Anträge, ferner der Zusatz-Antrag Dr. Lueger mit Modification Dr. Nechansky und der Zusatz-Antrag Dr. v. Billing werden einstimmig angenommen.

(8246.) **Derselbe** referiert über drei Gesuche aus dem IV. Bezirke um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Bewilligung der Einbürgerung an:

Lorenz Barbara, Wirtschafterin;

Moschner Julius Hermann, Taschner, und

Brennerberg Dr. Franz Alfred v., prakt. Arzt.

(Angenommen.)

(7969.) **Derselbe** referiert über den Recurs des A. Francini anlässlich der Abweisung des Ansuchens um Entfernung, eventuell Versetzung des Pissoirs auf dem Karolinenplatze im IV. Bezirke und beantragt, den Magistrat zu beauftragen, unter Zuziehung des Bezirksausschusses für den IV. Bezirk Erhebungen wegen eventueller Verlegung dieses Pissoirs zu pflegen und Anträge zu stellen.

(Angenommen.)

(8503.) **Derselbe** referiert über die Benennung des durch die Parcellierung der Realität E.-Z. 729 im IV. Bezirke entstandenen Gassentheiles, bestehend aus sechs Baustellen, und beantragt, diesen Gassentheil vorläufig in die Bezeichnung „Mühlbachgasse" einzubeziehen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, dass gleichzeitig auch die Mühlgasse (Fortsetzung der Mühlbachgasse) in Mühlbachgasse umgeändert werde.

Referent stellt diesbezüglich den Antrag, es sei der Act an den Magistrat mit dem Auftrage zurückzuleiten, über eine einheitliche Benennung des ganzen Straßenzuges Bericht zu erstatten.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, den ganzen Straßenzug Mühlgasse zu benennen, somit die Mühlbachgasse in Mühlgasse umzuändern.

Antrag Dr. Lueger angenommen.

(7935.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 29. September 1894, Z. 72499, betreffend die Bewilligung zu baulichen Änderungen im k. u. k. Militär-Thierarznei-Institute und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(7970.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 29. September 1894, Z. 77146, an die Wiener Tramway-Gesellschaft puncto Bewilligung zur Inbetriebsetzung von Imperial-Wägen nach Type B und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8064.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 11. September 1894, Z. 68891, betreffend die Ausführung einer Dampftramwaylinie „Nussdorferstraße—Heiligenstadt—Grinzing, event. Sievering" seitens der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8395.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über Herstellungen im Schlosse Spitz und beantragt, die Herstellung eines Abortes in der Wohnung des Hausbesorgers im Schlosse Spitz, ferner zweier neuer äußerer Fenster in der an Theodor Starzengruber vermieteten Wohnung daselbst mit dem Kostenerfordernisse von 52 fl. 75 kr. und 23 fl. 60 kr., zusammen per 76 fl. 35 kr., zu genehmigen.

(Angenommen.)

Ferner wird beschlossen, den Magistrat aufzufordern, bezüglich der Verwertung der leerstehenden möblierten Wohnung Bericht zu erstatten.

(8866.) **Derselbe** referiert über ein Vergleichsanbot des Leo Ritt. v. Herlberg, betreffend die Zahlung der für die außerordentliche

Wasserentnahme in der Winterperiode 1893/94 angeforderten Entschädigung puncto Fischerei und Triftrechtschädigung per 350 fl., und beantragt die Ablehnung dieses von dem Stadtanwalte empfohlenen Vergleiches. (Angenommen.)

(8787.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Forstamtes in Spitz um Ermächtigung zur Pachtung der Jagd der Ortsgemeinde Maria-Lach bei der nächsten Licitation und beantragt, das genannte Forstamt zu ermächtigen, die der Ortsgemeinde Maria-Lach zugewiesene Jagd bis zu einem Maximal-Pachtschillinge von 60 fl. jährlich zu pachten, beziehungsweise, falls die Verpachtung dieser Jagd nach Catastralgemeinden erfolgen sollte, die Jagd in den zu obiger Ortsgemeinde gehörigen Catastralgemeinden mit Ausnahme der Catastralgemeinde Schlaubing bis zu dem Maximal-Pachtschillinge von 52 fl. in Pacht zu nehmen. (Angenommen.)

(8425.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Erwerbung der Realitäten 49 und 51 Gaullachergasse für Schulbauzwecke und beantragt den Ankauf des Hauses Nr. 49 um den Preis von 17.000 fl. und des Hauses Or.-Nr. 51 um den Preis von 13.000 fl.; diese Realitäten sind der Gemeinde Wien lastenfrei zu übergeben; die Vertrags- und Übertragungsgebüren trägt die Gemeinde Wien. Zur Bedeckung ist die im Budget pro 1894 für den Schulbau am Yppenplatze eingestellte Summe, I. Baurate, heranzuziehen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, behufs Bedeckung einen Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses zu bewilligen.

Referenten-Antrag mit Modification nach Antrag Dr. Lueger angenommen.

Hiedurch erledigt sich der denselben Gegenstand betreffende Antrag Maresch; ferner erledigt sich hiedurch das Offert der Eigenthümer der Häuser 28, 30 und 23 Reinhartgasse auf käufliche Überlassung ihrer Realitäten an die Gemeinde. (An den Gemeinderath.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(8921.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Erhöhung des Pferdestandes für die Straßensäuberung im I. Bezirke und beantragt:

1. den Pferdestand von 32 auf 38 Paar Pferde zu erhöhen;

2. die fehlenden 6 Paar Pferde (schwere Pferde kaltblütigen Schlages) sind von Adolf Glaser unter den vom Stadtrathe mit Beschluss vom 13. August d. J., Z. 6530, festgesetzten Modalitäten und um den Preis von 920 fl. per Paar anzukaufen;

3. bis zur Durchführung des Ankaufes sind 6 Paar Pferde von Glaser leihweise beizustellen. (Angenommen.)

(8870.) **Derselbe** referiert über Adaptierungen am Pferdemarkte im V. Bezirke und beantragt die Genehmigung der Herstellung eines Vorbaues vor dem Parteienzimmer im Administrationsgebäude mit dem Kostenbetrage von 80 fl. und von vier eisernen Thüren sammt Plateaux bei den Doppelstallungen III bis IV und VI bis VII mit dem Kostenbetrage von 440 fl. und die Genehmigung eines Zuschusscredites von 520 fl. zur Ausg.-Rubr. XXVIII 4 a „Auslagen für den städtischen Pferdemarkt". (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

(8854.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 25. October 1894, Z. 84394, betreffend Beibehaltung der alten Baulinie der k. k. Gewehrfabrik in der Schwarzspanierstraße, IX. Bezirk, und beantragt, die Straßenbreite der Schwarzspanierstraße in der Strecke von der Währingerstraße bis zur Garnisonsgasse wird anstatt mit 18·96 m mit 17·07 m bestimmt, und wird dementsprechend, unter Aufrechthaltung der Baulinie an der Seite mit den geraden Nummern, die Baulinie an der gegenüberliegenden Seite abgeändert. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8874.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert in Anwesenheit von mehr als 16 Stadträthen über das Ansuchen der Katharina Reichel, Schlachtbrücken-Oberaufseherswitwe, um Anweisung der Pension und beantragt, derselben vom 1. October 1894 an die Witwenpension jährlicher 320 fl. und für deren Kinder Marie, geboren 13. Juli 1884, und Katharina, geboren 20. October 1876, einen jährlichen Erziehungsbeitrag von je 50 fl. anzuweisen, und zwar letzterer bis zum Tage der Erreichung des 18. Lebensjahres, das ist am 20. October 1894. (Angenommen.)

(8647.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Amtsdieners Moriz Tremel um Anrechnung seiner im III. städtischen Waisenhause zugebrachten Dienstzeit und Zuerkennung des 2. Quinquenniums und beantragt, demselben vom 1. October 1893 als dem Einreihungstage, den höheren Gehalt von 650 fl. anzuweisen. (Angenommen.)

(8853.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Hugo Fischer, Diurnist, um Studiennachsicht und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(8636.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über den Verleihungsvorschlag für zwei erledigte Freiplätze am Conservatorium und beantragt, dem Karl Kittel (Nr. 5 der Competenten-Tabelle), Contrapunktisten, und der Leopoldine Fabigan, Schülerin des I. Jahrganges, der Ausbildung für Gesang, je einen Communal-Stiftungsplatz am Wiener Conservatorium vom Studienjahre 1894/95 an auf die Studiendauer zu verleihen.

Der Gesuchstellerin Wilhelmine Müller wird der Stiftungsplatz noch auf ein weiteres Jahr, das ist pro 1894/95, belassen. (Angenommen.)

(8873.) **Derselbe** referiert in Anwesenheit von mehr als 16 Stadträthen über die Pensionierung des städtischen Arztes Dr. Ignaz Schiffmann und beantragt, denselben in den bleibenden Ruhestand zu versetzen und vom 1. des auf die Versetzung in den Ruhestand nächstfolgenden Monates an 82½ Percent seines letzten Activitätsgehaltes, das ist 1650 fl., und vom 1. Februar 1895 an die Hälfte des von ihm zuletzt bezogenen Jahresquartiergeldes, das ist 300 fl., daher zusammen 1950 fl. als jährlichen Ruhegenuss anzuweisen. (Angenommen.)

(8410.) **Derselbe** referiert über vier Gesuche aus dem IX. Bezirke um Einbürgerung und beantragt die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Bodnar Gustav, Privatbeamter;

Wirthschafter Marcus (Max), Kaufmann;

Hann Josef, Metalldreher, und

Mraz, geb. Palkovic Rosalia, Hausbesorgerin. (Angenommen.)

(8469.) **Derselbe** referiert über ein Gesuch aus dem IX. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Broukal Josef Wilhelm und Marie, Kinder erster Ehe der Anna Riener, verwitwete Broukal, geb. Ramol. (Angenommen.)

(8466.) **Derselbe** referiert über 13 Gesuche aus dem VIII. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Reckendorfer Amalie, Hausbesorgerin;

Wagner Franz, Hausdiener;

Czubko Johann, Herrschaftsdiener;
Wanaczek Franz, Hausbesorger;
Elleder Leopold, Schuhmacher;
Sogl Jakob, Schlossermeister;
Holoubek Franz, Schuhmachergehilfe;
Durada Helene, geb. Kälbl, Hausbesorgerin;
Horniczky Kaspar, Amtsdiener;
Musil Jakob, Schneidermeister;
Bedlan Franz, Schuhmachermeister;
Mahel Eduard, Herrenschneidergehilfe, und
Kißlinger Franz, Spenglermeister. (Angenommen.)

(8467.) **Derselbe** referiert über 15 Gesuche aus dem IX. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Schönhof Thomas, Holzleger;
Jiru Johann, Tischlermeister;
Hießberger Josef, Tischlergehilfe;
Aigner Alois, Flaschenbierhändler;
Schindler Josef, Arbeiter im k. k. Haupt-Münzamte;
Reinelt Eduard, Gastwirt;
Baromek Anna, Hausnäherin;
Fiedler Eduard, Hausbesorger;
Doležal Franz, Schneidergehilfe;
Helm Bernhard, Gasthauspächter;
Besely Antonie, geb. Huschek, Bedienerin;
Kagenhuber Johann, Kutscher;
Kunze Josef, k. k. Postamtsdiener;
Holub, auch Tauber Josef, Stadtträger, und
Beiner Rudolf, Zimmergehilfe. (Angenommen.)

(8833.) **Derselbe** referiert über 13 Gesuche aus dem IX. Bezirke betreffs Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Wieselberg Samson, Börseagent;
Knopp Franz, Victualienhändler;
Pavliček Josef, Gepäckträger;
Burger, geb. Vogelsang Francisca, Handarbeiterin;
Wurm Engelbert, Gastwirt;
Wieninger Stephan, Schneidergehilfe;
Schulz Johann, Schneidermeister;
Widi Josef, Bettwaren-Erzeuger;
Felser Johann, Gemischtwaren-Verschleißer;
Böraus, geb. Suchopar Marie, Gasthausköchin;
Forgatsch Augustin, Schlossergehilfe;
Binder Martin, Zimmerpolier und Hausbesorger, und
Heiliger, geb. Amor, Kindsfrau. (Angenommen.)

(8507.) **St.-R. Dr. Nechansky** referiert über das Ansuchen des Michael und der Margaretha Eiles um grundbücherliche Löschung Einl.-Z. 393 im VII. Bezirke, Kaiserstraße 77, und beantragt die Bewilligung der Ausstellung der Löschungserklärung auf Kosten der Gesuchsteller. (Angenommen.)

(8473.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Anna Pellini gegen die Entscheidung des Magistrates vom 22. Mai 1894, Z. 65787/III, betreffend die Executionsführung auf den Gehalt des städtischen Rechnungsofficiales Marcus Pellini und beantragt, der seit 1. April 1894 bereits in Abzug gebrachte Betrag von 137 fl. 44 kr., sowie die weiteren allmonatlich in Abzug zu bringenden Beträge von je 14 fl. 68 kr. sind bis zur Deckung der Finanzprocuratur als streitig bei Gericht zu erlegen. (Angenommen.)

(8751.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** beginnt das Referat über die Besetzung der Architektenstelle für die Ausarbeitung des General-Regulierungsplanes.

St.-R. Dr. Huber beantragt die Vertagung.

Antrag Dr. Huber wird angenommen.

(8650.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Union-Baugesellschaft um Gestattung der Lieferung des Roman- oder Portland-Cementes für den Bau des Wasserreservoirs in Breitensee in Säcken statt in Fässern und beantragt, diesem Ansuchen bei Abzug von 10 kr. per 100 kg stattzugeben. (Abgelehnt.)

(8808, 8807, 8809.) **St.-R. Baugoin** referiert über mehrere Gesuche um Gehaltsvorschüsse und beantragt die Bewilligung eines Gehaltsvorschusses von

108 fl. an den Amtsdiener Georg Mattes;
175 „ „ „ Steueramts-Accessisten Alexius Kummer;
175 „ „ „ städtischen Accessisten Clemens Lohr

unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten. (Angenommen.)

Derselbe referiert über rückständige Beerdigungsgebüren

(8742.) nach vier Parteien im I. Bezirke per zusammen 10 fl. 35 kr.;

(8810.) nach vier Parteien im I. Bezirke per zusammen 16 fl. 10 kr.;

(8832.) nach zwölf Parteien im XVI. Bezirke per zusammen 40 fl. 10 kr.;

(8702.) nach vierzehn Parteien im XVII. Bezirke per zusammen 58 fl. 35 kr.;

(8705.) nach sechzig Parteien im III. Bezirke per zusammen 252 fl. 22½ kr.;

(8704.) nach vierundsechzig Parteien im XVII. Bezirke per zusammen 76 fl. 30 kr.

und beantragt in allen Fällen die Abschreibung im Sinne der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

Der Vorsitzende theilt das Ergebnis zweier am 6. November 1894 vorgenommener Comitéwahlen mit, und zwar wurden gewählt:

In das Comité puncto Verhandlungen mit der Familie Halmschläger die St.-R. Stiaßny, Mayer, Dr. Nechansky;

und in jenes mit dem Besitzer der Spodiumfabrik in Hernals die St.-R. Müller, Dr. Lueger und Dr. Lederer.

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **8. November 1894.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende:

Dr. v. Billing,	Müller,
Boschan,	Dr. Nechansky,
v. Götz,	v. Neumann,
Dr. Hackenberg,	Rückauf,
Dr. Huber,	Schlechter,
Dr. Klotzberg,	Schneiderhan,
Kreindl,	Stiaßny,
Dr. Lederer,	Baugoin,
Dr. Lueger,	Dr. Vogler,
Matthies,	Wurm.
Mayer,	

Bürgermeister Dr. Grübl.

Entschuldigt: St.-R. Witzelsberger.
Experten: Bau-Director Berger.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung und theilt mit, dass St.-R. Witzelsberger sein Fernbleiben wegen Unwohlseins entschuldige. (Zur Kenntnis.)

(8751.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über die Besetzung der Architektenstelle für das bauämtliche Bureau zur Schaffung des General-Regulierungsplanes.

(Baudirector Berger fungiert als Experte.)

Es werden nachstehende Beschlüsse gefasst:

Die Bewerbung des Architekten Herrn Karl Mayreder um die ausgeschriebene Architektenstelle für das bauämtliche Bureau zur Schaffung eines General-Regulierungsplanes wird unter nachfolgenden Bestimmungen acceptiert:

1. Herr Karl Mayreder wird provisorisch als Architekt für das bauämtliche Bureau zur Schaffung eines General-Regulierungsplanes gegen beiderseitig zulässige halbjährige Kündigung bestellt.

2. Dessen dienstliche Verwendung ist in der Weise zu regeln, dass demselben die Fortsetzung seiner Lehrthätigkeit an der technischen Hochschule ermöglicht bleibt.

3. Als Jahreshonorar wird für Herrn Karl Mayreder 3000 fl., ohne Anspruch auf Abfertigungen oder Nebenbezügen bestimmt.

Etwaige Wagenauslagen sind nach Maßgabe des bestehenden Normales zu vergüten.

Wegen Erhöhung des Monatsbezuges für einen Aushilfsbeamten von 90 fl. auf 140 fl. monatlich ist an den Gemeinderath heranzutreten und die Bestellung des Hilfsbeamten dem Bürgermeister zu überlassen.

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

Der **Bürgermeister** theilt mit, dass die Tagsatzung zur ämtlichen Übergabe des Schätzungsoperates bezüglich der Gaswerke, zunächst für den 15. d. M. in Aussicht genommen, auf den 18. d. M. erstreckt wurde.

Das Detailproject für die Errichtung neuer Gaswerke ist mit allen Kostenvoranschlägen fertig und wird in den nächsten Tagen in den Buffeträumen zur Aufstellung gelangen.

Es wird daher der Gemeinderath in nächster Zeit Gelegenheit haben, das Resultat der Schätzung, das Detailproject, die Kostenvoranschläge, sowie die Gewinstberechnung für die Erbauung neuer Gaswerke kennen zu lernen. (Zur Kenntnis.)

Ferner theilt der Bürgermeister den Bericht über die Prüfung des Rechnungsabschlusses der Commission für Verkehrsanlagen in der Gebarungsperiode vom 25. Juli 1892 bis 31. December 1893 mit, demzufolge sich bei der Prüfung kein Anstand ergeben hat.

(Zur Kenntnis.)

(8958.) **Derselbe** referiert über die Vermehrung der Personales der Stadtbuchhaltung und beantragt die Aufnahme von 20 Praktikanten mit dem systemisierten Adjutum von jährlich 500 fl.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8959.) **Derselbe** referiert über die Petition in Angelegenheit der Fleischapprovisionierung Wiens und beantragt die Überreichung einer Petition an das hohe Abgeordnetenhaus.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 13. und 14. November 1894.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	2712 Stück
Fettschweine	7439 „
Summa .	10151 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8118 Stück
für das Land	— „
unverkauft blieben	2033 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 34 bis 39 (—) kr.
Fettschweine . . „ 36 „ 38 (—) „ } per Kg. Lebendgewicht.

Der Geschäftsverkehr war sehr lebhaft und sind die Preise der Jungschweine um 1 bis 2 kr. per Kilogramm gestiegen, während Fettschweine bei schwächerer Nachfrage 1 bis 2 kr. per Kilogramm im Preise eingebüßt haben.

* * *

Pferdemarkt vom 13. November 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 568 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 80—600 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 14— 48 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 14. November 1894.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 2768, Kälber lebend 81, Lämmer Waidner 473, Lämmer lebend 74, Schafe Waidner 493, Schafe lebend 5506, Schweine Waidner 1224.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg.	von	40 (—)	bis	65 (—) kr.
Kälber lebend	„ „	„	30 (—)	„	56 (—) „
Lämmer Waidner	per Paar	von	6	bis	11 fl.
Lämmer lebend	„ „	„	—	„	12 „
Schafe Waidner	„ Kg.	von	22 (—)	bis	40 (—) kr.
Schafe lebend	„ „	„	—	„	28 „
Schafe lebend	„ Paar	von	5	bis	24½ fl.
Schweine Waidner	„ Kg.	„	36 (—)	bis	52 (54) „
Schweine lebend junge . .	„ „	„	—	„	— „
Schweine lebend fette . .	„ „	„	—	„	— „

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 339 Stück Kälber mehr zugeführt. Bei flauer Tendenz haben Kälber die in der Vorwoche erzielten namhaften Preisavancen wieder eingebüßt.

Auf dem Schafmarkte wurden um 670 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust war infolge schlechter Pariser Berichte und der gegen Böhmen erfolgten Sperre flau und ist ein Preisfall von 1 fl. in allen Quantitäten eingetreten.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 14. November 1894 462 Stück Mast- und 240 Stück Beinlvieh aufgetrieben und zu unveränderten Montagspreisen gehandelt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 12. bis 15. November 1894:

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Kronprinz Rudolfstraße, Grundb.-Einl. 3108, von Rudolf Reichelt, Baumeister (8298).
IV. Bezirk: Haus, Schäffergasse 19, von Rudolf Reichelt, Baumeister (8363.)
VII. Bezirk: Haus, Lerchenfelderstraße 67, von Ch. M. Cabos und Em. und Al. Schweinburg, Bauführer Ed. Schweinburg (8339).

Für Umbauten:

XII. Bezirk: Gaudenzdorf, Gärtnergasse 14, von Ad. Parthey, Gärtnergasse 15, Bauführer Josef Schneider (30978).

Für Zubauten:

XII. Bezirk: Magazinstract, Unter-Meidling, Neuwallgasse 4/6, von Franz Schaffler, ebenda, Bauführer Wenzel Voit (31110).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Canovagasse 5, von Regine v. Luder, Bauführer Franz Kozmich (8312).
„ „ Nibelungengasse 1/3, von Franz Prokesch, Baumeister (8317).
„ „ Salzgries 13, von Jakob Neumayr, Bauführer Josef Schretter (8361).
II. Bezirk: Schüttelstraße 19, von Schöller & Comp., Bauführer Joh. Kernast jun. (8304).
„ „ Kronprinz Rudolfstraße, von Rudolf Reichelt, Baumeister (8362).
III. Bezirk: Hörnesgasse 19, von Dr. Leopold Dömeny, Bauführer ? (8315).
„ „ Hauptstraße 155, von Barbara Gabriel, Bauführer Johann Kernast (8364).
VI. Bezirk: Stumpergasse 15, von Franz Fischer, Bauführer Chr. Gatty (8306).
„ „ Gumpendorferstraße 79, von Franz Richter, Bauführer M. Draxlmayer (8310).
VII. Bezirk: Zieglergasse 76, von Franz Wilewar, Bauführer Chr. Gatty (8305).
VIII. Bezirk: Josefstädterstraße 3, von Franz Prokesch, Baumeister, noe. Dr. Max Menger (8318).
XII. Bezirk: Hetzendorf, Hauptstraße 50, von Marie Endlweber, Bauführer Josef Schaufler (30977).
„ „ Unter-Meidling, Fabriksgasse 4/6, von B. Fischer, Bauführer Friedr. Sonnenburg (31106).
XVI. Bezirk: Schaufenster, Neulerchenfeld, Hasnerstraße 44, von Omobono Vitali, ebenda, Bauführer Engelb. Schrammel (50629).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Waschküche, Leopoldsgasse 11, von Dr. Anton Kastner, Bauführer C. Michna (8328).
IV. Bezirk: Einfriedung, Weyringergasse 35, von Anton Jarsko, Bauführer Frauenfeld & Berghof (8324).
„ „ Atelier, Schleifmühlgasse 1, von Michael Moser, Floridsdorf, Pragerstraße 17, Bauführer J. Matschinger (8325).
V. Bezirk: Wagenschupfe, Kompertgasse 5, von Josef Jostal, Baumeister (8349).
„ „ Wagenschupfe, Högelmüllergasse 12, von J. und B. Trawnitschek, Bauführer J. Zeitlinger (8356).
VI. Bezirk: Magazin, Eisvogelgasse 4, von Friderich Leiritz, Bauführer J. Schrepfer (8367).
„ „ Hofüberdeckung, Luftbadgasse 12, von Eduard Swoboda, Bauführer J. Spilka (8368).
VIII. Bezirk: Rauchfang-Reconstruction, Neudeggergasse 3, von Alexander Engelbreit, Bauführer ? (8369).
XII. Bezirk: Thür-Auswechslung, Altmannsdorf, Breitenfurterstraße 60, von Franz Hondl, Bauführer Jos. Schaufler (30904).
„ „ Dachpappendeckung, Unter-Meidling, Rudolfsgasse 42, von Anton Brunner, III., Brigittenauerlände 26, Bauführer ? (30905).
„ „ Schupfenbau, Unter-Meidling, Miesbachgasse 52, von Josef Dobes, ebenda, Bauführer Josef Retzer (31294).
XIV. Bezirk: Herstellung von Aborten, Rudolfsheim, Dreihausgasse 15, von Josef Trojan, Bauführer Johann Lackner (30461).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

VI. Bezirk: Wallgasse 29, von Karl Hörandner, VII., Seidengasse 44 (8307).
VIII. Bezirk: Wickenburggasse 18, von Franz Hartleben (8291).
IX. Bezirk: Berggasse 33, Porzellangasse 1 und 3, von Emil R. v. Förster, k. k. Baurath, noe. Franz Macht (8322).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

I. Bezirk: Kärnthnerstraße 22, von Moriz und Josef Sturany, Baumeister (8321).
„ „ Rothenthurmstraße 9, von der Allg. österr. Baugesellschaft (8330).
III. Bezirk: Keinergasse 4, von Heinrich Winkler, Baumeister (8326).
„ „ Keinergasse 6, von Heinrich Winkler, Baumeister (8327).
VI. Bezirk: Mariahilferstraße 29, von Emanuel Kamenicky, Baumeister (8311).

Gewerbeanmeldungen vom 9. November 1894.

Reschreiter Josef — Fleischhauer — XVI., Neulerchenfeld, Yppenplatz, Markt.
Weindler Franz — Fleischhauer — XII., Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 58.
Hellar Alois — Fleisch-Verschleiß — III., Kolonitzplatz.
Schramm Wilhelm — Gastwirt — X., Columbusgasse 27.
Polatschek Therese — Geflügelhandel — X., Kepplergasse 5.
Beigel Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Kinskygasse 13.
Charwat Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Seidlgasse 17.
Drexler Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 45.
Kaspar Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Rennweg 92.
Walter Juliana Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 64.
Nowak Johann — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — III., Trübelg. 13.
Kuhn Karl — Holz- und Kohlen-Kleinverschleiß — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 36.
Ozanič Jakob — Kastanienbrater — XV., Fünfhaus, Palmgasse, Ecke Mariahilfergürtel.
Streit Johann — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IV., Blechthurmg. 4.
Bildstein Karl — Naturblumenhandel — XVII., Hernals, Kircheng. 46.
Fischer Ignaz — Sammeln von Pränumeranten auf Druckwerke — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße 19.
Dvořak Josef — Schuhmacher — X., Senefeldergasse 12.
Kotrba Johann — Schuhmacher — IV., Schäffergasse 22.
Matovizs Johann — Schuhmacher — V., Matzleinsdorferstraße 64.
Lauber Siegfried — Spengler — V., Hundsthurmerstraße 86.
Lehmann Anton — Thee-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Grenzgasse 16.
Hölzl Anna — Victualienhandel — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße, Markt.
Stefkova Anna — Victualienhandel — III., Hohlweggasse 6.
Wrchlavsky Barbara — Wäschefeinputzerei — IV., Schleifmühlgasse 11.
Maxa Max — Wildbret-, Geflügel- und Fische-Verschleiß — XII., Meidlinger Markt.
Buchansky Therese — Zuckerbäcker- und Lebzelterwaren- und Sodawasser-Verschleiß — XII., Meidling, Bischofgasse 5.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 10. November 1894.

Medl Anna Emilie — Auskocherin — V., Wehrgasse 27.
Adler Arthur — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Berlyak F. — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Blitz Louis A. — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Rößler Karl — Buchbinder — VII., Schottenfeldgasse 85.
Dostal Pauline — Dienstvermittlung für weibliche Dienstboten gewöhnlicher Kategorie — I., Himmelpfortgasse 7.
Pußovač Alexander, Dr. — Ertheilung von Privatunterricht an Universitätshörer zur Vorbereitung für die Staatsprüfungen — IX., Alserstraße 6.
Daleschitzky Theresia — Fiakergewerbe — V., Fockygasse 3.
Huber Elisabeth — Fiakergewerbe — I., verlängerte Wipplingerstraße.
Buckl Wilhelmine — Fleischselchergewerbe — IX., Marktgasse 15.
Krammer Franz — Fleischverschleiß — III., Großmarkthalle.
Endres Michael — Friseur — XVII., Leitermayergasse 1.
Mayer Marie — Friseurgewerbe — XI., Hauptstraße 139.
Nowotny Wenzel — Friseur — IX., Liechtensteinstraße 77.
Schwager Heinrich Johann — Friseur — XVII., Hauptstraße 31 a.
Christenheit Johann Michael — Gastwirt — I., Elisabethstraße 3.
Dirnwöber Leopold — Gastwirt — XI., Kaiser-Ebersdorf 330.
Mödlagl Johann — Gastwirt — I., Zedlitzgasse 11.
Winkler Raimund — Gastwirt — VI., Gumpendorferstraße 25.
Eisler Josef — Gebäck- und Brothausierhandel — VII., Zollergasse 13.
Brunner Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Martinsstraße 57.

Kafka Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Braunhirschengasse 13.
Martin Adelheid — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Mollardgasse 45.
Schlor Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Lerchenfelderstraße 39.
Schneider Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Kreutzgasse 52.
Steiner Salomon — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Hahngasse 3.
Stermann Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Kreutzgasse 32.
Vlček Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Wimmergasse 3.
Wagner Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Custozzagasse 3.
Wottitz Manfred — gewerbsmäßige Herstellung von Clichés auf photozinkographischem Wege — VIII., Blindengasse 20.
Fanto Adolf — Herausgabe der Druckschrift „Illustrierte Gemeindezeitung" — IX., Liechtensteinstraße 5.
Polansky Franz — Holzbildhauer — XII., Meidling, Hauptstraße 18.
Klement Theresia — Kaffeesiederin — V., Spengergasse 25.
Förster Johann — Kaffeeschank — VII., Kaiserstraße 11.
Arnold Anton — Kleidermacher — I., Wipplingerstraße 27.
Schwarz Alois — Kleidermacher — XVIII., Währing, Theresiengasse 67.
Waneček Vincenz — Kleidermacher — XVIII., Währing, Kreutzgasse 47.
Swoboda Anton — Kürschner — VI., Laimgrubengasse 29.
Simerek Rosalie — Maschinstrickerei — XIV., Rudolfsheim, Karolinengasse 10.
Knorr Julius — Mechaniker — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteing. 51.
Riederer Johann — Milch-Verschleiß — VIII., Stolzenthalergasse 12.
Přichaček Amalie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VI., Stiegengasse 4.
Eschner Leopold — Modistin — IX., Brünnlgasse 7.
Basch Gustav, Braun Adolf — Pfaidler — I., Kohlmessergasse 4.
Mierer Moses — Pfaidler — IX., Dietrichsteingasse 10.
Schrötter Rosalie — Pfaidlerin — XVIII., Währing, Schulgasse 32.
Syndelař Anna — Pfaidler — XIV., Schellingergasse 18.
Zimmermann Marie — Pfaidlerin — VII., Mariahilferstraße 120.
Spitzer Magdalena — Posamentierergewerbe — VII., Burggasse 104.
Heikerlik Josef — Schuhmacher — V., Pilgramgasse 17.
Moravec Karl — Schuhmacher — XII., Meidling, Breitenfurterstraße 92.
Reppich Balthasar — Schuhmacher — IX., Viriotgasse 7.
Bum Max — Schuhwaren-Verschleiß — I., Freisingergasse 5.
Gaßamas Johann — Selchwaren-Verschleiß — VI., Stumpergasse 15.
Ohly Albert Heinrich — Spediteur — VI., Amerlingstraße 8.
Schönherz Beile Gittel — Spirituosen-Verschleiß — I., Tiefer Graben 24.
Nickel Franz — Stadtlohnfuhrwerk — XVII., Josefigasse 44.
Eisner Hermann — Trödler — VIII., Kochgasse 19.
Feigl Jakob — Trödler — XIV., Plankengasse 34.
Wolf Siegmund — Verschleiß von Chromolithographien, Reliefs, Städteansichten, Photographien, Jux- und Gratulationskarten — I., Rothenthurmstraße 26.
Quastler David — Verschleiß von Gratulationskarten, Bilderbögen und Bilderbücher ohne Text — IX., Porzellangasse 12.
Zednik Barbara — Victualien-Verschleiß — VI., Eßterházygasse 110.
Pichler Josef — Weinschank — XVIII., Währing, Herrengasse 96.
Kohut Leopold Edgar — Wein- und Spirituosenhandel — XVIII., Währing, Döblingerstraße 6.
Pokorny Mathilde Marie — Wirkwaren-Erzeugung — VII., Stiftgasse 5.
Göbel Hans — Wohnungsvermietung — I., Operngasse 16.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 12. November 1894.

Denner Therese — Blumenhandel im Umherziehen — XVI., Ottakring, Yppenplatz 8.
Oster Anton — Buchbinder — XIX., Heiligenstadt, Freihofgasse 1.
Neugebauer Anna — Dienstvermittlung für männliche und weibliche Stellensuchende jeder Kategorie — VIII., Josefstädterstraße 33.
Nosseg Josefa — Fiakergewerbe — X., Siccardsburggasse 37.
Schreiner Karl — Fleischhauer — V., Johannagasse 27.
Karasek Ida — Fleisch-Verschleiß — X., Erlachgasse 68.
Stödlinger Ignaz — Gastwirt — XIV., Rudolfsheim, Sturzgasse 45.
König Franz — Gebäck-Verschleiß — XVI., Ottakring, Eisnerstraße 22.
Hofmann Rudolf Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Margarethenstraße 38.
Kirlinger Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Heiligenstadt, Kahlenbergerstraße 8.
Kohl Franz Xaver — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Pramergasse 27.
Kröll Therese — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Hansengasse 8.
Miller Alexander — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Margarethenstr. 39.
Mouček Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Leopoldigasse 22.
Stadler Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Göthegasse 7.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 2369
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 13. November 1894.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Einladung zur Besichtigung der Pläne ꝛc. für das Project für den Bau einer städtischen Gasbeleuchtungsanstalt 2369
2. Dank und Spende der Familie Herbst 2369
3. Ergebnis der Wahl von vier Schriftführern des Gemeinderathes 2369
4. Resignation der Gem.-Räthe Gräf, Schlögl, Geyer, Vinc. Wessely und Schneeweiß auf ihre Mandate als Mitglieder der Controls-Commission in Markt- und Approvisionierungs-Angelegenheiten 2369
5. Spende des Philipp Thorsch 2369
6. Aufklärung über einen Fall, wonach eine Interpellation im stenographischen Protokolle einer öffentlichen Gemeinderaths-Sitzung nicht vollständig enthalten war 2370
7. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Gregorig, betreffend seinen Antrag wegen Petitionierung gegen die Concessionierung von sogenannten Warenhäusern 2370
8. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Purscht, betreffend die Namhaftmachung jener Experten der Gemeinde Wien, welche sich für die Zulassung der neuen Imperial-Wagentypen der Wiener Tramway-Gesellschaft ausgesprochen haben 2370
9. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Schuh, betreffend die Regulierung der Nagler- und Bognergasse 2371
Interpellationen:
10. Gem.-Rath Haßfurther, betreffend seinen Antrag wegen Aufnahme einer eigenen Rubrik für die Zinskreuzer in den Hauszinssteuerbögen 2371
11. Gem.-Rath Herrdegen, betreffend die Angriffe gegen den Marktdirector seitens einer Marktinteressentengruppe 2371
12. Gem.-Rath Maresch, betreffend die durch den Betrieb der Cassenfabrik, XVI., Payergasse 4, verursachten Belästigungen der Anrainer 2372
13. Gem.-Rath Dobes, betreffend die Verzögerung der Erledigung einer dem magistratischen Bezirksamte für den I. Bezirk erstatteten Anzeige über eine angeblich ungesetzliche Ausübung des Mechanikergewerbes 2372
Anträge:
14. Controls-Commission für Markt- und Approvisionierungswesen, betreffend Petitionierung um Förderung der Aufzucht von Jungvieh und Hintanhaltung einer übermäßigen Schlachtung von Kälbern 2372
15. Dieselbe, betreffend die Einleitung geregelter und ständiger Fischtransporte von der Adria nach Wien und die Errichtung einer Fischhalle 2373
16. Gem.-Rath Gfrorner, betreffend die Einführung der elektrischen Beleuchtung der Märkte Am Hof und Freyung 2373
17. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Übertragung der Cassageschäfte rücksichtlich der Verlagsgelder der Bezirksvorsteher an die Hauptcassa-Abtheilungen der magistratischen Bezirksämter 2373
18. Derselbe, betreffend die Persolvierung von Stiftungen durch die Armeninstitute 2373
Referate:
19. Gem.-Rath Boschan, betreffend die Bewilligung eines Zuschusscredites von 120.000 fl. zur Rubrik „Currente Erhaltung des Pflasters" 2373
20. Bürgermeister Dr. Grübl, betreffend die Überreichung einer Petition an das Abgeordnetenhaus in Angelegenheit der Fleischapprovisionierung Wiens 2378
21. Gem.-Rath Stiaßny, betreffend Verzichtleistung auf die Durchführung von Straßenzügen innerhalb des Complexes der Alserkaserne für den Fall der Verwendung desselben für Universitätszwecke 2391

Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 2393
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 7. November 1894 2393
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 8. November 1894 2397

Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 13. und 14. November 1894 2398
Pferdemarkt vom 13. November 1894 2398
Stechviehmarkt vom 14. November 1894 2398
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 12. bis 15. November 1894 . . . 2399
Gewerbeanmeldungen 2399
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Prot.-Nr. 127772 ex 1894.

IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Baumeisterarbeiten, der Lieferung der hydraulischen Bindemittel, der Steinmetzarbeiten, der Lieferung der Traversen, der Zimmermanns-, Spengler-, Schieferdeckerarbeiten, der Holzcementeindeckung, der Lieferung der Asphaltisolierplatten, der Asphaltiererarbeiten, der Herstellung der Falzziegelgewölbe, der Bau- und Möbeltischlerarbeiten, der Lieferung der Schulbänke, der Schlosser-, Anstreicher-, Glaser- und Bildhauerarbeiten, der Lieferung der Steinzeug- und Klinkerwaren, der Füllöfen, der Herstellung der Holz- und Kohlenaufzüge, der Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten, der Installation der Wasserleitung, der Closet- und Pissoirherstellung und -Bespülung für den Ausbau der allgemeinen Volksschule der Stadt Wien im VI. Bezirke, Mittelgasse 24,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Donnerstag den 6. December d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle des Rathhauses,** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jeder mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. November 1894. 3—3

Ad Prot. Nr. 136658 ex 1894.

Ref.-Nr. 2874. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der zur **Herstellung eines Schöpfwerkes für Straßenbespritzung** auf dem Grunde Cat.-Parc. 637/1 an der Ebersdorferstraße im XI. Bezirke erforderlichen Arbeiten und Lieferungen, und zwar:

1. der **Brunnenmeisterarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 1510 fl.,
2. der **Herstellung der Pumpenanlage** im veranschlagten Kostenbetrage von 500 fl.,
3. der **Lieferung und Aufstellung eines Reservoirs** im veranschlagten Kostenbetrage von 700 fl.,

wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 19. November d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Offerenten haben ein mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehenes Offert versiegelt zu überreichen.

Das Vadium beträgt 5 Percent der Kostenanschlagssumme; dasselbe ist dem Offerte anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. November 1894. 3—3

Ad Prot.-Nr. 103682 ex 1894.

Ref.-Nr. 2051. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Zimmermannsarbeiten und Lieferungen zur Erhaltung der städtischen Donau-, Donaucanal- und Wienflussbrücken vom 1. Jänner 1895 an auf die Dauer von drei Jahren** wird auf Grund der diesfälligen Bedingnisse und des städtischen Preistarifes Nr. 5 für die Zimmermannsarbeiten vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 3. December d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingnisse und den städtischen Preistarif Nr. 5 im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit den vorbezeichneten Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. November 1894. 1—3

B.-A.-Z. 25935 ex 1894.
XIV.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am 19. eventuell 20. November 1894 werden **Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, Spiegel, Bilder, Möbel, Geschäfts-Einrichtungen** 2c. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen bare Bezahlung hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich an dem genannten Tage im Auctionslocale beim magistratischen Bezirksamte für den XIV. Bezirk Rudolfsheim, XV., Gasgasse Nr. 8 und 10, ebenerdig einfinden.

Die Auctionsstunden sind **von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.**

Wien, am 15. October 1894.

Magistratisches Bezirksamt für den XIV. Bezirk. 3—3

Z. 185879.
XV.

Currende

an die Herren städtischen Kanzleipraktikanten.

Im Status des Marktamtes (Marktcommissariates) gelangt **eine Accessistenstelle der XI. Rangclasse** mit den systemisierten Bezügen zur Besetzung.

Diejenigen, für den Dienst des Marktcommissariates qualificierten Herren Kanzleipraktikanten, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, haben ihre diesbezüglichen Competenzgesuche **bis inclusive 20. November 1894 im magistratischen Einreichungsprotokolle** zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Wien, am 7. November 1894.

Der Magistrats-Director:

Krenn. 2—2

Z. 190200.
V.

Kundmachung.

(Politische Begehung.)

Laut Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 10. November 1894, Z. 88886, findet über das Project der Wiener Tramway-Gesellschaft für ein **Aufstellungsgeleise nächst dem Raimund-Theater in der Strohmayergasse** im VI. Bezirke die politische Begehung **am Montag den 19. November d. J.** unter der Leitung des k. k. Bezirkscommissärs **v. Luschin** statt.

Die Commissionsmitglieder versammeln sich um 10 Uhr vormittags beim Raimund-Theater.

Das vorbezeichnete Project liegt vom 12. d. M. an durch acht Tage im Stadtbauamte (Rathhaus, Mezzanin, Stiege 5, Bureau des Baurathes Thalhammer) während der gewöhnlichen Amtsstunden zur Einsichtnahme auf.

Dies wird mit dem Bemerken verlautbart, dass es jedem Betheiligten freisteht, bei dieser Commission zu erscheinen und seine Einwendungen oder Erinnerungen gegen dieses Project bei dieser Commission oder während der vorbezeichneten Zeit im Bureau des Magistratsrathes Linsbauer, Rathhaus, I., Magistratsstraße, Mezzanin, Stiege 4, vorzubringen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien
als politischer Behörde I. Instanz
am 12. November 1894. 1—1

G.-Z. 173993.
VI.

Kundmachung.

(Vermietungsanzeige.)

In dem von der Gemeinde Wien verwalteten neuen Kalcher'schen Stiftungshause I. Bezirk, Sterngasse 8, sind die **Parterrelocalitäten** top. Nr. 28 bis 31, Zins Nr. V, mit sieben Gassenöffnungen nebst einem Handmagazin **sofort preiswürdig zu vermieten.**

Nähere Auskünfte an Wochentagen zwischen 8 und 1 Uhr, I. Bezirk, Rathhaus, Magistrats-Departement 6, im II. Stock.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 10. November 1894. 1—3

M. Z. 385084/84.
II.

Kundmachung.

(Heinrich Knöll'sche Stiftung.)

Der Stiftbrief über die Heinrich Knöll'sche Stiftung per 6300 fl. für vier arme, ohne ihr Verschulden herabgekommene Geschäftsleute des Bezirkes Favoriten in Wien, welche einer christlichen Confession angehören, nach Wien zuständig und wenigstens zwei Jahre im Bezirke Favoriten wohnhaft sind, erhielt die stiftungsbehördliche Genehmigung.

Laut dieses Stiftbriefes sind zur Persolvierung dieser Stiftung, welche auf Lebensdauer verliehen wird, derzeit die erblasserische Witwe Frau Amalia Knöll, X. Bezirk, Himbergerstraße Nr. 33, und Herr Jakob Knöll, X. Bezirk, Himbergerstraße Nr. 32, berechtigt.

Die Auszahlung der Stiftungsbeträge soll monatlich beim Herrn Bezirksvorsteher des X. Bezirkes erfolgen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien. 1—1

Ad M.-Z. 82747.
X.

Kundmachung.

(Zwei Anton Schey'sche Künstler-Stipendien.)

Vom Studienjahre 1894/95 angefangen gelangen zwei Anton Schey'sche Künstler-Stipendien jährlicher 315 fl. ö. W. an talentierte Schüler der allgemeinen Malerschule oder Specialschule für historische Malerei, Landschaftsmalerei oder Thiermalerei an der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien zur Verleihung.

Der Genuss eines dieser Stipendien erstreckt sich in der Regel auf Studiendauer und erlischt außer mit dem Ablaufe der normalen Studiendauer nur mit dem etwa früher eintretenden Abgange von der genannten Hochschule.

Der Stipendiengenuss kann jedoch für den Fall besonders günstiger Studienerfolge über Ansuchen des Stiftlings noch um ein oder zwei Jahre behufs weiterer künstlerischer Ausbildung an einer öffentlichen oder Privat-Malerschule des In- oder Auslandes verlängert werden.

Bewerber um eines dieser Stipendien haben ihre mit einem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, sowie mit einem Sittenzeugnisse und den Nachweisen ihrer bisherigen Studienerfolge und mit Kunstproben belegten Gesuche bis **längstens 17. December 1894** bei dem Professorencollegium der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien einzureichen.

Nur die mit einem legalen Armutszeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. November 1894. 1—3

G.-Z. 157464.

III.

Kundmachung.

(Heiratsausstattungs-Stiftung.)

Aus der **Karoline Prugberger**'schen Heiratsausstattungs-Stiftung sind die zweijährigen Interessen im Betrage von 840 fl. als eine Heiratsausstattung an die Tochter eines mittellosen verdienstvollen Beamten des Wiener Magistrates zu verleihen.

Diese Stiftung kann nur an Bräute verliehen werden; der Bräutigam hat das Ansuchen um Verleihung der Stiftung auszufertigen. Die Auszahlung derselben erfolgt jedoch erst nach Vorlegung des Nachweises der geschehenen Verehelichung mit diesem Bräutigam; wird dieser Nachweis nicht innerhalb sechs Monaten vom Tage der Verleihung der Stiftung geliefert, so ist die Verleihung erloschen und ein neuerlicher Concurs auszuschreiben.

Die Gesuche sind mit dem Tauf-, respective Geburtsscheine, dem Mittellosigkeits- und Sittenzeugnisse, sowie mit dem Nachweise der Eigenschaft des Vaters als Beamter des Wiener Magistrates zu belegen und **bis Ende November 1894** im Einreichungs-Protokolle des Magistrates zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden könnte.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 30. October 1894. 3—3

Ad M.-Z. 152579 ex 1894.

XII.

Kundmachung.

(Waisenstiftung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass am **6. Februar 1895** die fälligen Interessen der **Adolf Ignaz Mautner Ritt. v. Markhof**'schen Stiftung für Wiener Waisenknaben und der **Julie Marcelline Mautner v. Markhof**'schen Stiftung für Wiener Waisenmädchen im Betrage von **2520 fl. für jede Stiftung,** nach Abrechnung der Insertions- und Druckkosten zur Vertheilung gelangen werden.

Laut des Stiftbriefes der **Adolf Ignaz Mautner Ritt. v. Markhof**'schen Stiftung für die Wiener Waisenknaben sind zur Bewerbung um diese Stiftung **alle jene armen Waisenknaben** berufen, welche in **Wien heimatberechtigt** sind, ob selbe in oder außer Waisenanstalten sich befinden, und in dem **Alter von 12 bis 16 Jahren** stehen.

Zur Bewerbung um die **Julie Marcelline Mautner v. Markhof**'sche Waisenstiftung zur Ausstattung von Wiener Waisenmädchen sind laut des Stiftbriefes **alle jene armen Waisenmädchen** berufen, welche in **Wien heimatberechtigt** sind, ob selbe in oder außer Waisenanstalten sich befinden und in dem **Alter von 10 bis 14 Jahren** stehen.

Nach den stiftbrieflichen Bestimmungen sind die Stiftungsinteressen zu gleichen Theilen, und zwar mit je 310 fl. an acht, die obigen Eigenschaften besitzenden Waisenknaben und an acht stiftbrieflich geeignete Waisenmädchen zu verleihen, von denen vier Waisenknaben und vier Waisenmädchen der katholischen Religion, zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der evangelischen Religion A. C. oder H. C. und zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der israelitischen Religion anzugehören haben.

Die Bestimmung jener acht Waisenknaben und jener acht Waisenmädchen, welchen ein Stiftungsbetrag zuzuwenden ist, erfolgt durch das Los in der durch die Stiftbriefe für die Verlosung festgesetzten Weise.

Den Waisenknaben oder Waisenmädchen, welchen ein Stiftungsbetrag zufällt, wird dieser Betrag **nicht sofort ausbezahlt,** sondern es wird derselbe fructificiert und nach Maßgabe der diesfälligen Bestimmungen der Stiftbriefe zum Beginne eines Gewerbes, Fortsetzung der Studien (als Stipendium), bei Mädchen bei der Verehelichung nach vollendetem 18. Lebensjahre ausgefolgt.

Mütter, Vormünder oder Pflegeparteien, welche für die in ihrer Obsorge befindlichen Waisen um einen Stiftungsbetrag aus einer dieser beiden Stiftungen bittlich werden wollen, haben ihre Gesuche mit dem Tauf- (Geburts-)scheine, Impfzettel der Waisen, einem Nachweise über deren Heimatberechtigung in Wien, dem Todtenscheine der Eltern oder des Vaters der Waisen und endlich mit den Schulfortgangszeugnissen (Jahreszeugnissen oder Schulnachrichten) oder den Zeugnissen über deren Fortgang in einer Berufsbildung zu belegen und bis **längstens 20. November 1894** im Einreichungsprotokolle des **Wiener Magistrates** zu überreichen.

Auf verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 1. October 1894. 3—3

G.-Z. 184976.

X.

Kundmachung.

(Stipendium für Mittelschüler.)

Aus dem **Franz Xaver Muthsam'schen Stiftungsfonde** gelangt vom Beginne des Studienjahres 1894/95 angefangen ein Stipendium im Betrage von 248 fl. für einen Schüler an einer Mittelschule (Gymnasium oder Realschule) zur Verleihung.

Der Bezug des Stipendiums dauert für die Zeit des öffentlichen Studiums an einer Mittelschule in Wien oder anderswo insolange, als sich der Stipendist jährlich zweimal mit einem Zeug-

nisse seines sehr guten Fortganges und seiner guten Aufführung ausweist.

Die Bewerber um dieses Stipendium haben ihre gehörig belegten, insbesondere mit den Zeugnissen über die mit gutem Erfolge absolvierte Volks- oder Bürgerschule, eventuell den letzten zwei Semestral-Studien-Zeugnissen belegten Gesuche **bis spätestens am 12. December d. J.** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen und müssen die Competenten im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Weinhaus geboren oder wohnhaft sein und ein tadelloses sittliches Betragen ausweisen.

Nur die mit einem legalen Armutszeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Auf verspätet einlangende oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. November 1894. 2–3

Z. 174333.
XI.

Kundmachung.

(D. L. Lothringer'sche Stiftung.)

Demnächst gelangen die Interessen der **David Leon Lothringer'schen Stiftung für christliche Wohlthätigkeits-Institute** im Betrage von 250 fl. zur Vertheilung.

Das Vertheilungsrecht steht dem Stadtrathe der Stadt Wien zu.

Den Eingaben um eine Betheilung aus dieser Stiftung sind die Statuten der Anstalt, sowie der letzte Rechenschaftsbericht anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens **bis 26. November 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates** zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. October 1894. 3–3

INSERATE.

PATENTE im In- und Auslande

Muster- u. Markenschutz in allen Ländern

besorgt das

Erste beh. autorisierte Privilegien-Bureau

H. Palm (Michalecki & Co.) Wien, I., Stefansplatz 8, Brandstätte 1.

Durch dieses Bureau wird fast der vierte Theil aller in Österreich-Ungarn ertheilten Patente erwirkt und wurden durch dasselbe bis nun über **18.000 Patentbesorgungen** durchgeführt. — Herausgabe und Redaction des **„Illustrierten österreichisch-ungarischen Patentblattes"**. — Besorgung von Copien in- und ausländischer Patentschriften. — Telegramm-Adresse: **„Patent" Wien.** — Telephon **Nr. 387.** — Preis-Courante und Probe-Nummern gratis und franco. 117

Unverwüstliche **Drahtnetzmatratzen** mit 10jähr. Garantie



von ärztlichen Autoritäten aufs beste empfohlen, werden nach Einsendung der genauen Bettgrösse billigst ausgeführt. **Maschindrahtgeflechte, Drahtgitter, Drahtgewebe** jeder Art. **Park- und Garteneinfriedungen** in bester, billigster Ausführung empfohlen

G. Bernhardt's Söhne, Wien,

Gaudenzdorf, Hauptstrasse 23. — Preislisten gratis.

Zur gefl. Aufklärung!

Trotz der vielfachen Anfeindungen und abfälligen Urtheile, welcher sich die Workman'sche patentirte Zwirnheftung von Seite der Concurrenz erfreut, erringt sich dieselbe wegen ihrer grossen Vorzüge immer weitere Freunde.

Von vielen hiesigen und auswärtigen ersten Firmen, welche Geschäftsbücher mit Workman's Patentheftung bereits längere Zeit im Gebrauche haben, sind mir über das flache Aufliegen und die unverwüstliche Dauerhaftigkeit derselben die schmeichelhaftesten Anerkennungen zugekommen.

Workman-Geschäftsbücher sind im Preise nicht höher als die Bücher von anderen Fabrikanten mit der veralteten mangelhaften Heftung.

Einband nach System Workman (Chicago).

Telephon Nr. 7931. **Telephon Nr. 7931.**



Geschäftsbücher mit Workmans Patent-Zwirnheftung

legen sich ganz flach auf, bilden keine krummen oder welligen Flächen, und ist die Haltbarkeit derselben unverwüstlich.

Geschäftsbücher-Fabrik **Jacques Fischer** I., Börsegasse 3.



Dessin-Tafeln

jeder Art für **Stiegenhäuser, Windfänge, Oberlichten, Auslage-Fenster** nach eigenen Mustern und jeder eingesandten Zeichnung, weiss und bunt geätzt und geschliffen.

Matt- und Mouslinglas

Spiegelgläser

für Schaufenster und Portale.

Musterbuch und Preisüberschläge gratis.

Herb & Schwab

Wien, XVIII., Hauptstrasse Nr. 82–84. 103

Kohle

50 Kilo Bohemia-Salonkohle 55 kr.

50 Kilo prima preussische Steinkohle 72 kr.

in plombierten Säcken franco ins Haus gestellt nach allen Bezirken Wiens. — Bei Fuhren bedeutend billiger.

J. Peter, Bergwerksbesitzer,

Wien, Stefansplatz, Jasomirgottstrasse 6.

Telephon Nr. 3495.

Zur coulanten Besorgung aller im **Coursblatte** notierten **Effecten und Valuten** bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 93. Dienstag, den 20. November 1894. Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **16. November 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Seiler entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung wegen einer Reise, Herr Gem.-Rath Zweig wegen Krankheit.

2. Herr Gem.-Rath Haßfurther hat in der letzten Sitzung eine Interpellation an mich gerichtet in Betreff der separaten Ausweisung der Zins- und Schulkreuzer für die Anlagescheine der Steuerbögen.

Ich habe die Ehre, hierüber Folgendes zu bemerken:

Über Ansuchen der Gemeinde hat die k. k. Finanz-Landes-Direction im Jahre 1889 eine Abänderung der Textierung der Hauszinssteuer-Anlagescheine bezüglich der Rubrik „Vorschreibung der Schuldigkeit an Steuern und Zuschlägen" in der Weise verfügt, dass in der Colonne „Gemeindeumlagen", in welcher früher der städtische Steuerzuschlag mit den Zins- und Schulkreuzern cumulativ vorgeschrieben war, die Berufung auf die Post der betreffenden Bemessungsgrundlage aufgenommen wurde.

Der dermalige Text dieser Colonne lautet:

„Gemeindeumlagen

1. zur Hauszinssteuer, städtischer Zuschlag 21 Percent von der landesfürstlichen Steuer (Post 5);

Zins- und Schulkreuzer 9¼ Kreuzer vom richtiggestellten Zinse (Post 2);

2. zur Grundsteuer: 21 Percent von der landesfürstlichen Steuer."

Hiedurch ist jeder Hauseigenthümer in die Lage gesetzt, durch einfache Multiplication des unter der bezogenen Post eingestellten Steuer-, beziehungsweise Zinsbetrages mit dem Percentsatze der betreffenden Gemeindeumlage die Gebür an städtischem Steuerzuschlage und an Zins- und Schulkreuzern genau zu berechnen.

Eine weitergehende Specification ist einerseits mit Rücksicht auf den in diesen Anlagescheinen zur Verfügung stehenden Raum nicht wohl möglich und andererseits mit einer sehr beträchtlichen Mehrarbeit verbunden, welche in der kurzen Zeit, in der die Steuervorschläge bearbeitet werden müssen, nicht bewältigt werden könnte.

Ich bitte um Mittheilung der Einläufe.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

3. Anfrage des **Gem.-Rathes Strobach:**

Trotzdem die Kompertgasse im V. Bezirke seit Mai d. J. vollständig ausgebaut und auf beiden Seiten das Trottoir hergestellt ist, befindet sich die Straße immer noch in einem Zustande, welcher jeder Beschreibung spottet, so dass bei regnerischem Wetter ein Verkehr unmöglich ist.

Vor drei Monaten haben sich die Hausbesitzer und Parteien bittlich an den Magistrat gewendet, diesem Übelstande abzuhelfen, was bis heute leider gänzlich erfolglos war.

Da infolge dieses Zustandes die Wohnungen schwer vermietet, daher die Hauseigenthümer und Geschäftsleute schwer geschädigt werden, stelle ich die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, diesen, einer Großstadt unwürdigen Zustand unverzüglich abzustellen und genannte Straße in einen dem Verkehre entsprechenden Zustand versetzen zu lassen, was bei dem jetzigen milden Wetter leicht möglich ist?

Bürgermeister: Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen und die Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

4. Anfrage des **Gem.-Rathes Gregorig:**

Wann gedenkt der Herr Bürgermeister das Referat über meinen Antrag bezüglich Einbringung einer Petition gegen die Errichtung von Warenhäusern in Wien und Österreich im Gemeinderathe zur Berathung zu bringen?

Nach § 52, Absatz r muss dieser Antrag im Gemeinderathe zur Verhandlung kommen.

Bürgermeister: Ich habe mir den Act vorlegen lassen und werde demnächst die Entscheidung darüber treffen, ob der Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt wird oder nicht.

Gem.-Rath Gregorig: Dann bitte ich aber um Verständigung.

Bürgermeister: Gewiss!

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

5. Anfrage des Gem.-Rathes Gregorig:

Vor zwei Jahren war es, als ein kleiner Knabe infolge gewissenlos vorgenommener Abgrabungen am Linienwalle nächst der Währingerlinie durch von demselben abstürzendes Erdmateriale verschüttet und nur durch das thatkräftige Eingreifen eines armen Mannes, welcher den Unglücksfall mit ansah, demselben das Leben gerettet wurde.

Damals beantragte ich im Gemeinderathe, dem armen, aber braven Manne, der, wegen des noch drohenden weiteren Erdeinsturzes selbst in Lebensgefahr, mit seinen bloßen Händen den von den abgestürzten Erdmassen begrabenen Knaben aus denselben befreite, sei von Seite der Commune Wien ein Ehrengeschenk zu überreichen; die Schuldigen hingegen, wie der Contrahent wegen unterlassener Abböschung, der Bezirksausschuss und die übrigen an dieser regelwidrigen Abgrabung schuldtragenden Personen seien empfindlich zu bestrafen.

Was geschah jedoch im Stadtrathe? Dieser Antrag kam ja von mir, dem † † † Antisemiten, dem durfte nicht rechtgegeben werden. Es wurde über meinen Antrag zur Tagesordnung übergegangen und der Magistratsbericht zur Kenntnis genommen, d. h. dem Lebensretter wurde kein Geschenk gemacht! Die Schuldigen, vielleicht judenliberale Parteigänger, giengen straflos aus.

Letzten Mittwoch hat sich nun infolge des äußerst verwahrlosten Zustandes, in dem sich der Linienwall befindet, und der traurigen Wirtschaft in der Beaufsichtigung des Gemeindeeigenthums, welche jedem Angehörigen der judenliberalen Partei gestattet, nach seiner Willkür zu walten und zu schalten, abermals ein großer Unglücksfall am Linienwalle ergeben. Ein Kind wurde durch abstürzende Erdmassen erdrückt.

Diesmal war kein Retter zur Hand und so musste ein armes Kind sein Leben verlieren als Opfer communaler Schlamperei. Wir sehen klagende und weinende Eltern an der Leiche ihres geliebten Kindes. Wer ist von diesem entsetzlichen Unglücksfalle nicht aufs tiefste erschüttert?

Die Gemeindeverwaltung kommt wohl in diesem traurigen Falle nicht in die Lage, einem muthigen Lebensretter den Dank vorzuenthalten, aber, frage ich, würde sich nicht doch vielleicht ein beherzter Mann gefunden haben, um wenigstens Nachschau zu halten, wenn ihm bekannt gewesen wäre, dass die Gemeinde Wien in solchen Rettungsfällen dankbar handle? Ferner würde sich der Linienwall in einem so desolaten Zustande befinden, wenn man damals die Schuldtragenden exemplarisch bestraft hätte?

Die Verantwortung für diesen Unglücksfall, sowie die Schuld daran muss daher auf den Stadtrath verwiesen werden, dessen liberale Mitglieder sich wohl des Genusses eines jährlichen Gehaltes von 3000 fl. erfreuen, die Bevölkerung jedoch der entsprechenden Gegenleistung noch nicht theilhaftig werden ließen.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister nachstehende Fragen:

1. Was gedenkt der Herr Bürgermeister gegenüber den unglücklichen Eltern des durch Nachlässigkeit der communalen Organe getödteten Knaben zu thun?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, Anordnungen zur Verhinderung ähnlicher Unglücksfälle zu treffen?

3. Und endlich ist Hoffnung vorhanden, dass die Schuldigen diesmal empfindlich gestraft werden, auch dann gestraft werden, wenn sie etwa der judenliberalen Partei angehören?

Bürgermeister: Vorerst muss ich bemerken, dass es doch nicht angeht, bevor noch die Erhebungen über einen Gegenstand abgeschlossen sind, schon die communalen Organe der Schlamperei oder irgendeines anderen Verschuldens zu beschuldigen. (Gem.-Rath Gregorig: Den Linienwall anschauen, dann werden wir darüber reden!) Meine Herren! Das geht nicht, ich bitte, das Resultat der Untersuchung abzuwarten und sich dann ein Urtheil zu bilden, aber es kann unmöglich unsere Sache sein, bevor die Erhebungen über einen Gegenstand gepflogen worden sind, schon hier zu behaupten, die communalen Organe seien schuld.

Das kann unmöglich unsere Sache sein. Es ist selbstverständlich, dass, wenn in einem solchen Falle irgendjemanden ein Verschulden trifft, die competenten Behörden einschreiten und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen und bestrafen werden. Das aber, meine Herren, ist nicht unsere Sache. Das ist Sache der Polizeibehörden und der Gerichte. Auch geht es nicht an, hier die Meinung auszusprechen, dass, wenn die Beschuldigten dieser oder jener Partei angehören, sie dann vielleicht straflos ausgehen. Das ist eine Beschuldigung öffentlicher Behörden, die ich zurückweisen muss. (Beifall rechts.)

Ich werde dieser Angelegenheit meine Aufmerksamkeit zuwenden und wenn ich in der Lage bin, gegen irgendjemanden einen Vorwurf zu erheben, werde ich das auch thun und die Acten der competenten Behörde zur Entscheidung vorlegen. (Beifall rechts. — Gem.-Rath Gregorig: Wie war es denn bei der Währinger Linie?) Über andere Fälle können wir hier nicht sprechen. (Gem.-Rath Gregorig: Von dem bin ich aber ausgegangen!) Ich kann aber nur von der Voraussetzung ausgehen und es aussprechen, dass, wenn jemanden eine strafrechtliche Verantwortung trifft, gegen denselben auch das strafrechtliche Verfahren eingeleitet und er der Bestrafung zugeführt wird. (Gem.-Rath Gregorig: Es gibt auch andere Verfahren als das strafrechtliche; gegen lässige Contrahenten wird nicht eingeschritten!) Diese Verfahren werden auch durchgeführt. Ich muss aber jede derartige Beschuldigung zurückweisen; das ist unzulässig. (Bravo! rechts. — Gem.-Rath Gregorig: Es geht halt gegen die Liberalen!) Ich bitte Sie, das ist schon so abgebraucht, dass Sie das einmal aufgeben sollten! (Gem.-Rath Gregorig: Da bin ich schuld daran!)

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

6. Antrag des Gem.-Rathes Eigner:

Durch die Einwölbung des Alsbaches im XVII. Bezirke in Dornbach wird hinter den Häusern Nr. 142 bis 160 der Dornbacher Hauptstraße das Bachbett trocken gelegt.

Nachdem sich auf demselben mit Vortheil ein Promenadeweg anlegen lässt, der auch im Falle einer Absperrung des betreffenden Theiles der Hauptstraße als Fahrstraße benützt werden könnte, so beantrage ich,

den fraglichen Theil des Alsbachbettes vorläufig bis zur Fertigstellung des General-Regulierungsplanes als Straße anzulegen und bei der Verfassung dieses Planes auf die Herstellung einer Parallelstraße zur Hauptstraße Rücksicht zu nehmen, wobei vielleicht auch das den fürstlich Schwarzenberg'schen Besitz durchziehende Alsbachbett gegen die Tullnerstraße zur Anlage dieser Straße herangezogen werden könnte.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

7. Antrag des Gem.-Rathes Eigner:

Das auf dem städtischen Materialdepot sich ansammelnde Alteisen und andere Materialien werden von Zeit zu Zeit im Licitationswege an einzelne Händler verkauft, wobei aber, da diese Händler im Einverständnisse handeln, nur sehr geringe Preise — durchschnittlich 1 fl. per Meter-Centner — erzielt werden, während der wirkliche Wert mindestens 3 fl. beträgt.

Ich beantrage daher,

dass in Zukunft das auf den städtischen Materialplätzen sich ansammelnde Alteisen und alle anderen Materialien im Offertwege veräußert werden.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

8. Antrag des Gem.-Rathes Maresch:

Herr Bezirksvorsteher Hofinger von Ottakring hat mir mitgetheilt, dass eine größere Zahl der zwischen den ehemaligen Gemeinden Ottakring und Dornbach unentbehrlich gewesenen, seit der Vereinigung mit Wien nicht mehr beachteten Grenzsteine durch unbekannte Thäter willkürlich entfernt oder verschoben worden sind. Wenn nun auch gegenwärtig diese ehemalige Gemeindegrenze für die Commune Wien keine Bedeutung mehr hat, so bilden die in derselben gelegenen und in der Catastralmappe markierten Grenzsteine doch

immer noch wichtige, ja unentbehrliche Marksteine zur Beurtheilung der Situation des anrainenden Privateigenthums, und da auch die Gemeinde Wien dabei sehr wesentlich in Betracht kommt, da sie gerade dort bedeutenden Grundbesitz hat, so wäre die genaue Erhaltung dieser Grenzsteine gewiss nicht überflüssig. Ohne Zweifel wird bei zukünftigen Grenzstreitigkeiten das Fehlen dieser Grenzsteine den Sachverständigenbeweis erschweren, und man darf beinahe annehmen, dass die bei dem Mangel jeder Controle nur zu leicht gemachte Entfernung dieser Grenzsteine geradezu auf eine Absicht der unbekannten Thäter hindeutet.

Vor der Vereinigung wurden in allen ehemaligen Vororten durch die Flurfectionen in der Regel alljährlich nach einem uralten Gebrauche Grenzbegehungen vorgenommen, bei welchen vor allem der richtige Stand der Gemeindegrenzsteine geprüft, aber auch der Privatgrundbesitz der Gemeinde revidiert wurde.

In Ottakring wurde anlässlich einer der letzten dieser Grenzbegehungen durch die Flurfection unter Zuziehung des Gemeindesecretärs und Gemeindeingenieurs an der Hand des Parcellenprotokolles und der Catastralmappe im Jahre 1889 eine genaue Revision des sämmtlichen Privatgrundbesitzes und des im Verzeichnisse des öffentlichen Gutes eingetragenen Gemeindegrundes vorgenommen. Diese äußerst sorgfältige Arbeit diente als Grundlage bei der von der hohen k. k. Statthalterei angeordneten Neuanlegung des Gemeindeinventars, und bei der Übernahme des Ottakringer Gemeindevermögens bewährte sich dieses Inventar derart, dass die Übergabe des über 500 Parcellen umfassenden Grundbesitzes in kaum einer Stunde erfolgen konnte, zu welcher Arbeit man in beiweitem kleineren Gemeinden oft mehrere Tage in Anspruch nehmen musste.

Daraus allein geht hervor, wie wichtig eine genaue Evidenzhaltung des Gemeindegrundbesitzes ist.

Aber bei Vornahme dieser Grundeigenthums-Revision machte man noch viele andere Erfahrungen, welche auch der Gemeinde Wien wertvoll werden könnten.

So fand man, dass im Laufe der Zeit bei dem raschen Fortschreiten der Verbauung ehemaligen Culturbodens häufig unterlassen worden war, die bei einer Reihe von Parcellierungen in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes übertragenen, aber vorläufig noch nicht aufs Niveau gebrachten Straßenparcellen zur Abschreibung der Grundsteuer anzumelden. Diese Straßenparcellen wurden fast stets sofort außer Cultur gesetzt, sehr häufig aber auch binnen kurzer Zeit als Straßen verwendet. Man fand bei der Revision, dass die Gemeinde wegen nicht veranlasster Grundsteuerabschreibung nicht weniger als 400 fl. jährlich an Grundsteuer (der ganze Betrag belief sich auf etwa 1200 fl.) zu viel bezahlte, so dass man mindestens ein Drittel der Grundsteuer irrthümlich entrichtet hatte.

Man fand aber auch, dass viele von diesen Grundparcellen, die oft jahrelang öde liegen blieben, von hiezu nicht berechtigten Personen, meist Anrainer, ganz willkürlich in Benützung gezogen worden waren. Auf einzelnen, durch die Parcellierung in die zukünftige Straßenrichtung gefallenen Parcellen hatten Unberechtigte ganze Materialdepots etabliert, wie dies in der Bachgasse und Roseggergasse der Fall war. Selbstverständlich meldeten sich diese Personen nicht freiwillig dazu, um für diese Parcellen irgendeinen Benützungszins zu zahlen, sondern die Gemeinde zahlte obendrein noch dafür die Grundsteuer.

Einzelne, in freier Flur gelegene, wegen ihres geringen Umfanges meist öde liegende Parcellen, insbesondere Raine und Ränge, waren von den Anrainern unbeachtet angeackert, ja sogar ganz angeeignet worden, ohne dass es ihnen darum zu thun war, hiefür einen Benützungszins anzubieten.

Alles dies sind Belege dafür, dass die Commune Wien unter gleichen Umständen namhaften Schaden erleiden kann, zumal derzeit gar kein Organ besteht, welches die Eignung hat, solche Schädigungen zu verhüten.

Es ist zwar zu gewärtigen, dass die Beamten der Bauamtsabtheilungen bei Anschüttung neuer Straßen, bei Verbauung einzelner Gemeindegrundstücke u. dgl. die Grundsteuerabschreibung veranlassen werden. Dagegen wird es ihnen nicht so leicht sein, die in freier Flur liegenden Parcellen zu überwachen. In der Regel werden aber Schädigungen des Gemeindegrundbesitzes meist nur durch den Zufall zur Kenntnis gelangen.

Um nun ein Organ zu schaffen, welches den Beruf und die volle Möglichkeit hat, den Grundbesitzstand der Gemeinde genau zu controlieren, würde es sich empfehlen, wenigstens in allen Bezirken mit ländlichem Charakter ständige Commissionen zu bilden, welche periodisch an der Hand des Parcellenprotokolles und der Grundbuchsmappe und durch Vergleichung mit der Natur eine Revision des Privat- und öffentlichen Grundeigenthumes der Gemeinde vornehmen. Diese Commissionen wären zusammenzusetzen aus Delegierten der Bezirksausschüsse und Vertretern des städtischen Bauamtes und der städtischen Buchhaltung unter Zuziehung von localkundigen Bürgern aus den vormaligen Vorortegemeinden.

Dieselben hätten mindestens jedes zweite Jahr eine genaue Begehung der Bezirksgrenzen und, so lange nicht eine einheitliche Catastralmappe vorhanden ist, auch die Grenzen der alten Gemeinden zu begehen und gleichzeitig nicht nur die in offener Flur liegenden Gemeindeparcellen, sondern auch die sämmtlichen Straßen und sonstigen Parcellen in dem verbauten Gemeindegebiete mit Bezug auf Lage, Größe und Verwendung derselben zu controlieren.

Ich stelle den Antrag,

die Bildung solcher Grundbesitz-Controls-Commissionen in den einzelnen Bezirken zu beschließen und den löblichen Stadtrath anzuweisen, so rasch als möglich hierüber an das Plenum des löblichen Gemeinderathes zu berichten.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Gem.-Rath Hawranek (zur Geschäftsordnung): Ich habe mich zur Geschäftsordnung gemeldet, weil über meine Ausführungen vom letzten Dienstag über den Central-Viehmarkt Herr Gem.-Rath Dr. Stern die geistreiche Bemerkung gemacht hat, dass sie zu dumm sind. Ich verlange vom Herrn Bürgermeister, dass Herr Gem.-Rath Dr. Stern für dieses Wort zur Ordnung gerufen wird.

Ich habe noch eine zweite Erklärung abzugeben. Es haben sich über diese Ausführungen mehrere Herren aufgehalten, unter anderen Herr Gem.-Rath Tagleicht, der das als unmanierlich bezeichnet hat, und die Herren Gem.-Räthe Dr. Friedjung, Dr. Stern, Lang, Wünsch und Frauenberger.

Ich erkläre hier öffentlich, dass ich die Herren gar nicht gemeint habe. Ich habe nur die jüdischen Zwischenhändler am Viehmarkte gemeint, nicht die Herren Gemeinderäthe.

Bürgermeister: Aber ich bitte, wir wollen diese Debatte nicht neuerlich anfangen. Das ist auch nicht zur Geschäftsordnung gesprochen.

Gem.-Rath Hawranek (fortfahrend): Ich muss nur die Erklärung abgeben, dass ich sie nicht gemeint habe. Ich weiß nicht, in welcher Beziehung sie zu denselben stehen (Heiterkeit links), dass sie sich ihrer so annehmen. Es lässt sich eben diese Judenfrage nicht mit Glacéhandschuhen aus der Welt schaffen. (So ist es! links.)

Gem.-Rath Dr. Geßmann (zur Geschäftsordnung): Es ist uns heute ein Antrag des Stadtrathes, betreffend den Haus-, Markt- und Straßenkehricht aus dem I. Bezirke, vertheilt worden.

Nun, meine Herren, weiß ich, dass ein sehr ausführlicher gedruckter Magistratsbericht schon seit längerer Zeit besteht, und ich glaube, dass die Mitglieder des Gemeinderathes ein Recht haben, in einer so wichtigen Sache die nöthige Information zu erhalten. Ich erlaube mir deshalb, die Anfrage an den verehrten Herrn Bürgermeister zu stellen, warum dieser Bericht uns nicht zugekommen ist, beziehungsweise die Bitte an ihn zu richten, dass uns dieser Bericht sofort zugestellt werde, damit wir in der Sache genau sehen.

Es sind gerade bei dieser Sache ganz eigenthümliche Verhältnisse, und es ist doppelt unsere Pflicht, darauf zu sehen, dass wir ordentlich informiert sind.

Ich muss desgleichen principiell bei dieser Gelegenheit mein Bedauern darüber aussprechen, dass man mit den Gemeinderäthen geradezu Versteckenspiel treibt. (Beifall links.) Wenn ein Bericht gedruckt vorliegt, so gebe man denselben auch den Mitgliedern des Gemeinderathes zu rechter Zeit. Entweder bekommen wir ihn überhaupt nicht, oder wir bekommen ihn erst in der letzten Minute und sind dann vollständig ohne Orientierung; das ist doch das wenigste, das man begehren kann, dass das in so wichtigen Angelegenheiten ohnehin vorliegende Materiale den Mitgliedern des Gemeinderathes zur Verfügung gestellt werde. (Beifall links.)

Bürgermeister: Aber ich bitte, Herr Gemeinderath, es ist ja gar nicht nothwendig, dass Sie sich deswegen ereifern. (Widerspruch links.) Es ist auch nicht nothwendig, von Eigenthümlichkeiten oder Sonderbarkeiten — wie Sie gesagt haben — die in dieser Sache vorgekommen seien, zu sprechen. Dies alles ist nicht der Fall gewesen. Die Drucksorte ist für den Stadtrath gemacht worden und ist im Stadtrathe zur Verhandlung vorgelegen. Wenn

es jemand aus der Versammlung für nothwendig erachtet, dass diese Drucksorte auch dem Gemeinderathe mitgetheilt werde (Hört! links), dann bitte ich, den Antrag zu stellen, und über diesen Antrag wird verhandelt werden. Ich für meine Person habe gar keine Veranlassung, aus demjenigen, was in dieser Drucksorte steht, irgendein Geheimnis zu machen. Wenn also ein solcher Wunsch ausgesprochen wird, so besteht nach meiner Ansicht gar kein Anstand, denselben auch zu erfüllen; irgendeine Absicht aber, das, was darinnen steht, zu verheimlichen, kann unmöglich angenommen werden und liegt auch nicht vor. Ich wüsste nicht, warum man daraus ein Geheimnis machen sollte.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich erlaube mir also den Antrag zu stellen, dass dieser Bericht sofort den Mitgliedern des Gemeinderathes zur Verfügung gestellt werde; ich erlaube mir aber dazu zu bemerken, dass es sehr sonderbar wäre, wenn in jedem Falle ein besonderer Antrag gestellt werden müsste. Es ist die Aufgabe des Präsidiums, den Gemeinderath entsprechend zu informieren und besonders in einer Frage, die uns seit Jahr und Tag beschäftigt, mit Recht zu langwierigen Debatten geführt hat und von einer Bedeutung und finanziellen Wichtigkeit ist. Ich erachte es für selbstverständlich, dass wir dieses Referat bekommen. Das ist sehr wichtig. Während Privatpersonen im Besitze dieses Referates sind (Rufe links: So ist es!), müssen wir im Gemeinderathe bitten und betteln, dass wir es in die Hand bekommen.

Bürgermeister: Diese Recriminationen sind ganz überflüssig. (Widerspruch und Rufe links: Aber wahr ist es!) Ich bitte sich nicht zu ereifern. Man kann über diesen Gegenstand ganz ruhig verhandeln.

Der Herr Gemeinderath wünschen, dass dieser Bericht den Mitgliedern des Gemeinderathes zugesendet werde. Ich nehme gar keinen Anstand, diesem Wunsche zu entsprechen. (Gem.-Rath Hawranek: Was ist es mit dem Ordnungsruf für Dr. Stern?) Ich habe keine Veranlassung, heute auf die Verhandlung vom vorigen Dienstag zurückzukommen. (Gem.-Rath Hawranek: Der Jude muss immer den Vorzug haben!)

Ich bitte Sie, Herr Gemeinderath, nicht fort und fort die Verhandlung zu stören. Sie sind eigentlich nicht zwei Minuten ruhig. (Heiterkeit.) Sie sprechen während der ganzen Verhandlung. Sie werden mir zugeben, dass so eine Verhandlung nicht möglich ist.

Gem.-Rath Dr. v. Billing (zur Geschäftsordnung): Ich will nur den jedenfalls vorliegenden Irrthum berichtigen, dass ein gedrucktes Referat des Magistrates oder irgendeines unserer Ämter vorliege. (Lebhaftes Gelächter links.)

Gem.-Rath Strobach: Der Bürgermeister sagte aber Ja. Wer sagt die Wahrheit? (Lebhafte Heiterkeit und Rufe links: Er war nicht im Stadtrathe!)

Bürgermeister: Aber beruhigen Sie sich doch!

Gem.-Rath Gregorig: Uns macht es ein Vergnügen, wenn der Stadtrath auch auffitzt!

Gem.-Rath Hawranek: Arme Stadt Wien!

Bürgermeister: Es liegt hier ein Missverständnis vor. Herr Dr. v. Billing hat das Referat über das Heimatsgesetz gemeint und Herr Dr. Geßmann dasjenige über die Verführung des Kehrichtes aus dem I. Bezirke.

Ich bitte Herrn Gem.-Rath Stiaßny zum Referate.

9. Referent Gem.-Rath Stiaßny (besteigt die Referententribüne).

Gem.-Rath Rosenstingl (zur Geschäftsordnung): Ich möchte mir eine Anfrage an den Herrn Bürgermeister erlauben. Es steht im stenographischen Protokolle, respective im Bürstenabzuge am Schlusse der letzten Sitzung: „Die Debatte ist geschlossen". Ich finde aber, dass in den übrigen Bogen, die ich durchgeschaut habe, nirgends steht, dass ein Antrag auf Schluss der Debatte über den gegenwärtigen Gegenstand eingelaufen und dass ein Beschluss darüber gefasst worden sei.

Ich finde auch, dass noch ein Redner zum Worte zu gelangen hat, und ich glaube doch, dass ein Irrthum des damaligen Vorsitzenden unterlaufen ist, weil immer erst Schluss der Debatte constatiert wird, wenn kein Redner vorgemerkt ist. Hier ist das aber nicht der Fall, es ist noch ein Redner vorgemerkt und der Vorsitzende hat Schluss der Debatte constatiert.

Ich glaube, dass das auf einem Irrthume beruht.

Bürgermeister: In Verhandlung steht das Referat, betreffend die Verzichtleistung auf die Durchführung von Straßenzügen innerhalb des Complexes der Alserkaserne für den Fall der Verwendung derselben für Universitätszwecke, respective Herstellung klinischer Institute. In dieser Debatte hat der Referent die in Drucksorte Nr. 260 enthaltenen Anträge namens des Stadtrathes gestellt.

Herr Gem.-Rath Friedjung hat beantragt, dass der Gemeinderath wenigstens den Wunsch ausspreche, es möge bei der Anlage und dem Ausbaue des Krankenhauscomplexes auch darauf Rücksicht genommen werden, dass ein Durchgang angelegt wird.

Herr Gem.-Rath Karl Müller hat den Antrag gestellt, es sei eine Durchfahrt zu verlangen.

Herr Gem.-Rath Ritt. v. Goldschmidt hat den Antrag auf Rückleitung des Actes an den Stadtrath und Ausarbeitung eines Projectes, in dem wenigstens eine Straße durchgeführt wird, gestellt.

Herr Gem.-Rath Dehm hat als Zusatz-Antrag in Anregung gebracht, es sei an den k. k. Krankenanstaltenfond das Ersuchen zu stellen, dass wenigstens eines der als Abschluss der Frankgasse und Schwarzspanierstraße herzustellenden Thorportale als Durchgang zu bestimmen sei, so zwar, dass die Verbindung der Frankgasse mit der Mariannengasse wenigstens für Fußgänger ermöglicht werde, dass aber zweitens unter allen Umständen darauf hingewiesen werde, dass als Abschluss der heutigen Alserkaserne gegen die neuerbauten Häuser keine Feuermauer aufgestellt werde, weil diese die Hauseigenthümer und Parteien der neuerbauten Häuser in empfindlicher Weise schädigen würde.

Der Herr Vorsitzende hat in der letzten Sitzung bei diesem Gegenstande die Debatte für geschlossen erklärt, weil sich niemand mehr zum Worte gemeldet hat außer dem Herrn Gem.-Rathe Kaiser. Es ist daher nur mehr Herr Gem.-Rath Kaiser als Redner vorgemerkt. Sollte Herr Gem.-Rath Rosenstingl den Wunsch haben, dass die Debatte wieder eröffnet wird, so wäre es nothwendig, einen derartigen Antrag zu stellen. Aber ich kann nur constatieren — und der Herr Vorsitzende ist zugegen — dass die Debatte für geschlossen erklärt wurde.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich fasse die Sache mehr vom principiellen Standpunkte auf; es kann ja sein, dass jetzt noch, während der Herr Gemeinderath spricht, sich drei oder vier Herren zum Worte melden. Ich habe immer geglaubt, dass nach dem letzten Redner, wenn sich, während der letzte Redner spricht, niemand mehr meldet, die Debatte geschlossen wird. So habe ich es

aufgefasst. Denn der letzte Redner kann ja Dinge vorbringen, welche mehrere Collegen veranlassen, zu erwidern. Der letzte Redner hat ja nicht das Schlusswort. Das Schlusswort hat der Referent. Ich glaube, dass man die Debatte nicht schließen kann, bevor nicht der letzte Redner geschlossen hat. Ich stelle nur aus Princip den Antrag auf Wiedereröffnung der Debatte.

Bürgermeister: Das ist etwas anderes. Ich kann nur constatieren, dass der Herr Vorsitzende in der letzten Sitzung die Debatte geschlossen hat, und damit muss ich rechnen.

Es ist der Antrag auf Wiedereröffnung der Debatte gestellt; ich ersuche die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte, zu zählen. (Nach einer Pause:) Der Antrag auf Wiedereröffnung der Debatte ist angenommen.

Gem.-Rath Kaiser: Gegenstand des Stadtraths-Antrages ist ein Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei, betreffend die Verzichtleistung auf die Durchführung von Straßenzügen innerhalb des Complexes der Alserkaserne für den Fall der Verbauung derselben zu Universitätszwecken, respective Herstellung klinischer Institute.

Ich habe mir erlaubt, diesen Titel hier zu wiederholen, weil einige Anträge gestellt worden sind, welche sich auf die Durchzüge innerhalb der Realität der Alserkaserne beziehen, während ich mir erlauben werde, einen Antrag zu stellen, welcher dahin geht, eine Vorkehrung außerhalb, beziehungsweise an der Grenze der Realität zu treffen. Wir im IX. Bezirke sind wirklich mit Spitälern hinreichend gesegnet und sind daselbst große Complexe, welche von dem Verkehre in jeder Richtung ausgeschlossen sind. Ich weiß nicht, ob wir das sehr schmerzlich empfinden sollten, wenn das ganze Project zu Falle käme. Eines steht aber jedenfalls fest, dass die Art und Weise, die hier in Vorschlag gebracht wird, nicht zur Durchführung kommen kann. Es wird hier geplant, dass die Frankgasse, Schwarzspanierstraße und Rothehausgasse einfach abgeschlossen werden und somit der Zugang zur Alserkaserne gesperrt wird.

Es muss allerdings zugegeben werden, dass die projectierten Straßenzüge, die Frankgasse, Schwarzspanierstraße und die Rothehausgasse eigentlich nur Aussicht hätten, bis zum Allgemeinen Krankenhause durchgeführt zu werden. Denn dieses wird in absehbarer Zeit nicht umgebaut werden. Das Unglück ist aber nicht so groß, wenn überhaupt auf die Idee eingegangen wird, die Frankgasse abzuschließen, weil diese den Zugang von der Garnisongasse und durch die Garelligasse den Ausgang in die Universitätsstraße hat. Die Schwarzspanierstraße und Rothehausgasse würden jedoch in complete Sackgassen verwandelt werden, und das wäre ein himmelschreiendes Unrecht für die dortigen Hausbesitzer, welche die Gründe theuer erworben und schöne Häuser hingebaut und nun Anspruch darauf haben, für ihre Steuerleistungen mindestens nicht in so empfindlicher Weise geschädigt zu werden.

Ich werde mir nun keinen Antrag zu stellen erlauben, der dieses Project tangieren würde, denn ich will innerhalb des Complexes des allgemeinen Krankenhauses gar nichts veranlasst wissen, sondern ich möchte nur beantragen, einen Durchgang von der Rothehausgasse bis zur Universitätsstraße, und zwar zwischen dem Complexe der Alserkaserne und dem rückwärtigen Theile der Häuser Nr. 7 und 10 Frankgasse, 4 und 7 Schwarzspanierstraße und der Parcelle VI Rothehausgasse.

Es besteht nun das Project, dass der Krankenhausfond die drei Parcellen der Rothehausgasse käuflich erwerben und zu Universitätszwecken verwenden will. Wenn das nun in einer Weise geschieht, dass die Anrainer dadurch nicht geschädigt werden, so ließe sich dagegen nichts einwenden und auch dagegen nicht, wenn die Rothehausgasse aufgelassen wird. Es würde dann eben die von mir projectierte Straße erst bei der Schwarzspanierstraße beginnen.

Ich erlaube mir nun folgenden Antrag zu stellen:

Die Vorlage des löblichen Stadtrathes wäre anzunehmen und anschließend daran folgender Zusatz bei den Worten: „unentgeltlich zu erfolgen haben" zu machen: „und dass eine Gasse zwischen dem Complex der Alserkaserne und hinter den dort befindlichen Häusern Nr. 7 und 10 Frankgasse und Nr. 4 und 7 Schwarzspanierstraße und eventuell Parcelle Nr. 6 Rothehausgasse durchgeführt wird. Letztere aber nur für den Fall, als die Parcellen Nr. 6, 5 und 4 Rothehausgasse vom Krankenhausfonde nicht erworben werden und diese Gasse somit nicht abgeschlossen würde."

Ich möchte dann noch einen Wunsch aussprechen. Ich würde es nämlich als sehr wünschenswert bezeichnen, wenn die Verbauung innerhalb des Complexes der Alserkaserne in der Weise erfolgen könnte, dass doch auf die projectierte Straße Rücksicht genommen würde.

Ich bitte die Herren Collegen, meinem Antrage zuzustimmen und dadurch eine Anzahl Mitbürger aus dem IX. Bezirke, den ich zu vertreten die Ehre habe, in Schutz zu nehmen; denn wenn der Antrag in dem Sinne beschlossen wird, wie er vom löblichen Stadtrathe vorgeschlagen wird, wären dieselben thatsächlich in ihrem Eigenthume gewaltig geschädigt. Ich bitte Sie also, in diesem Sinne meinem Antrage zuzustimmen.

Gem.-Rath Rosenstingl: Meine Herren! Ich kann mich den ersten zwei Anträgen des Herrn Vorredners nur vollinhaltlich anschließen, möchte mir jedoch noch einige Bemerkungen erlauben bezüglich der Forderung, dass innerhalb des Allgemeinen Krankenhauses gar nichts angerührt werden darf. Es ist da ein ganzes Straßennetz in Aussicht genommen — aber das ist nichts Definitives, während nur eine Straße, die zur M.-Z. 24705 vom Gemeinderathe seinerzeit definitiv festgesetzt worden ist. Es ist damals die ganze Partie vom Gemeinderathe festgesetzt worden und ich glaube, meine Herren, geradeso, wie wir immer wünschen müssen, dass unseren Beschlüssen die gebürende Achtung entgegengebracht werde, sowohl von Seiten der Behörden, als von Seiten der Bevölkerung, so müssen auch wir bestrebt sein, den Gemeinderaths-Beschlüssen aus früherer Zeit die nöthige Achtung entgegenzubringen. Ich bin überzeugt, dass der damalige Gemeinderath diese Parcellierung nicht in der Anwandlung einer Laune beschlossen hat, sondern es wohl überlegt gethan hat. Es war auch ein ganz berechtigtes Project, und nun sagt man uns, der ganze Fleck muss jetzt für Spitalzwecke reserviert werden. Nun, meine Herren, das ist etwas, wobei man sich nur schwer entschließen kann, dagegen ein Wort zu reden. Denn, wenn es heute heißt: im Interesse der Wissenschaft und im Interesse der leidenden Menschheit muss das und das gemacht werden, so werden einem alle Waffen aus der Hand genommen; man muss sagen: im Interesse der Wissenschaft, im Interesse der leidenden Menschheit muss der Gemeinderath alles Mögliche thun, was er mit seinem Gewissen vereinbaren kann, um diesen Bestrebungen nicht irgendwie hindernd entgegenzutreten oder sie zu irritieren.

Aber ich möchte doch darauf aufmerksam machen, dass auf einer anderen Parcelle — es liegt Ihnen da auch das Referat vor — bei dem Schwarzspanierhause, die beiläufig den dritten,

beinahe den vierten Theil dieser Fläche hat, vier Institute untergebracht werden, es ist nämlich das Bauproject so, dass von den sechs Instituten vier an die Ecke der Währingerstraße und Schwarzspanierstraße und zwei Institute (auf den Plan zeigend) hieher kommen sollen. Ich gestehe offen ein, dass ich keine Idee habe, wie sich die Raumverhältnisse der einzelnen Institute zu einander verhalten. Ich glaube aber, dass hier bei einer Fläche von über 20.000 m² doch gewiss Gebäude aufgeführt werden können, welche den weitestgehenden Anforderungen der Wissenschaft entsprechen werden, und dass man doch nicht so weit gehen soll, alles zu eliminieren, was der Gemeinderath seinerzeit beschlossen hat, sondern dass wir uns doch damit bescheiden sollten, etwas zu erreichen. Dieses wenige Etwas ist der Streifen von 20 m an der Grenze dieses Grundstückes — er ist bereits strichliert eingezeichnet. Wenn dieser kleine Streifen in einer Breite von 20 m abgetreten würde, so würde weder die Wissenschaft, noch die leidende Menschheit dadurch geschädigt werden. Sollte dies der Fall sein, so müsste ich verlangen, dass uns der Herr Referent ganz ausdrücklich beweise, dass unser Beschluss, wenn wir ihn in diesem Sinne fassen — und ich hoffe, dass er in dem Sinne gefasst werden wird, wie der Herr Vorredner beantragt hat — die Wissenschaft und die Menschheit schädigen würde, dann beugen wir uns in Demuth. Wir müssen aber fixe, weitestgehende Beweise dafür haben, und diesen Beweis zu erbringen, wird, glaube ich, dem Herrn Referenten nicht möglich sein. Ich begreife ja recht gut, dass seinerzeit bei der Commission die Herren möglichst weit gegangen sind. Es ist gewiss sehr wünschenswert, wenn man derartige Institute so hübsch und elegant als möglich in Gartenanlagen hineinstellen kann. Ich glaube aber, dass man nicht nur zwei, sondern sechs Institute auf diesen 20.000 m² unterbringen kann, und sogar jedes als Pavillon und nicht so, wie man in der Währingerstraße gebaut hat, als zwei Stock hohe Gebäude. Ob solche für die Wissenschaft unbedingt nothwendig sind, weiß ich nicht. Ich weiß wohl, dass mikroskopische Untersuchungen im ausgedehntesten Maße stattfinden werden. Ich bin überzeugt, dass die übrigbleibende Fläche von circa 22.000 m² weitaus groß genug ist, um allen Anforderungen der Wissenschaft zu entsprechen, und ich bitte Sie daher, meine Herren, denn doch auch ein klein wenig Rücksicht zu nehmen auf einen früheren Gemeinderaths-Beschluss und diesem die nöthige Achtung entgegenzubringen. Wir sollten dies jedesmal thun und nicht so leichthin einen früheren Gemeinderaths-Beschluss eliminieren.

Wir sollen dies uns immer zweimal überlegen; uns würde es auch verdrießen, wenn man es mit unseren Beschlüssen einmal so machen wird; was uns recht ist, ist den anderen billig. Also überlegen wir zweimal, bewilligen wir diese Anforderungen nicht in der Weise, wie sie hier gestellt werden, sondern stimmen Sie dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Kaiser bei, dass der Gemeinderath seine Zustimmung gebe, dass aber dieser Streifen von 20 m² abgetreten werden muss, damit eine Straße hergestellt werde. Sie wissen, meine Herren, es ist dort ein sehr schönes Viertel. Das ganze Viertel um die Kirche herum ist wirklich hübsch durchgeführt. Sie wissen auch, dass alle Leute, die hier und zwar sehr schöne Häuser gebaut haben, in dem guten Glauben auf den früheren Gemeinderaths-Beschluss gebaut haben; dass sie ganz bestimmt überzeugt waren, dass sie in der Schwarzspanierstraße, in der Rothehausgasse, in der Frankgasse ihre Häuser nicht in einer Sackgasse gebaut haben, sondern dass diese Straßen ihre Fortsetzung finden werden. Es ist ja richtig, wir können sagen: Ihr habt das geglaubt, ihr hättet es aber nicht glauben sollen! Ja, wo kommt man denn da hin? Wozu ist denn dann eine Baulinie überhaupt! Wie kann man dann verlangen, dass jemand vor einer Baulinie Respect habe?

Das ist auch eine Schädigung des Eigenthumes dieser Leute. Ich gebe zu, dass man im öffentlichen Interesse wirklich solche Schädigungen von Privateigenthum vornehmen kann, ja, dass man solche Schädigungen im öffentlichen Interesse auch manchmal vornehmen muss; dann aber, meine Herren, muss bewiesen werden, dass hier öffentliches Interesse wirklich, und zwar in der empfindlichsten Weise, tangiert wird. Dieser Beweis ist aber nicht erbracht worden, er wird auch nicht erbracht werden können. Es ist genügend, wenn diese 22.000 m² noch übrig bleiben, wenn wir auf alle anderen Straßenzüge verzichtleisten; aber wir verlangen, dass dieser Streifen längs der Grenze für eine Straße freigelassen werde.

Ich bitte, meine Herren, den Antrag Kaiser anzunehmen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Es ist selbstverständlich, dass ich als Vertreter des IX. Bezirkes in dieser Sache das Wort ergreife. Es hängt, ich möchte sagen, die Expansivkraft des IX. Bezirkes von dem Beschlusse ab, welchen Sie, meine verehrten Herren, in diesem Saale fassen werden. In keinem Bezirke, möchte ich behaupten, gibt es solche große verbaute Blöcke, die keine Durchfahrt und keinen Durchgang haben, als im IX. Bezirke. Ich erinnere Sie da nur an jenen Häuserblock, welcher begrenzt wird von der Waisenhausgasse, Alserbachstraße, Nussdorferstraße und Währingerstraße, an den Häuserblock, welcher begrenzt wird von der Spitalgasse, Lazarethgasse und Gießergasse, wo heute die Landes-Irrenanstalt steht; ich erinnere ferner an den Häuserblock, welcher besteht zwischen der Alserbachstraße, Liechtensteinstraße, Fürstengasse und Porzellangasse. Solche unendliche Häuserblöcke, bei denen keine Durchfahrt und kein Durchgang ist, besitzt der IX. Bezirk sehr viele. Die Herren werden vielleicht behaupten — und das ist theilweise richtig — dass dadurch unendlich große Luftreservoirs geschaffen werden. Mit diesen Luftreservoirs einzig und allein ist aber dem IX. Bezirke, der allerdings mit Humanitätsanstalten gesegnet ist, die jedoch dem IX. Bezirke finanziell nicht zum Vortheile gereichen, weil im allgemeinen die Bevölkerung in dieser Beziehung keinen Nutzen daraus zieht, wenig geholfen. Es ist selbstverständlich, dass die Bevölkerung des IX. Bezirkes, der mit solchen Instituten in Hülle und Fülle gesegnet ist, förmlich aufgeathmet hat, als sie erfuhr, dass die Alserkaserne zur Demolierung zu kommen hat. Und anstatt, dass dort wieder neuerdings Durchfahrten geschaffen werden, verlangt der Krankenhausfond noch weit mehr, als ihm überhaupt zugestanden werden kann. Die Häuser sind ja dadurch entwertet, es werden dort Sackgassen gebildet, und das hat keinen weiteren Wert; die Häuser werden geradezu finanziell heruntergebracht. Aus diesem Grunde würde ich Sie bitten — ich will mich nicht des breiteren darüber auslassen — dass Sie den Antrag des Herrn Collegen Kaiser acceptieren. Es ist dies eine Lebensfrage für den IX. Bezirk.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Referent (zum Schlusswortе): Meine sehr geehrten Herren! Ich werde bestrebt sein, in Kürze diejenigen Bemerkungen, die von Seite der geehrten Herren Redner in der letzten und in der heutigen Debatte gemacht worden sind, zu berühren und ihnen zuzustimmen oder entgegenzutreten, je nachdem sie sich zustimmend oder ablehnend gegenüber den Anträgen des Stadtrathes gestellt haben.

Vor allem will ich hervorheben, dass die Anträge des Stadtrathes im ganzen, mit Ausnahme von Seite eines einzigen Collegen, von sämmtlichen Rednern nicht bekämpft, sondern dass nur Zusatz-Anträge zu den Stadtraths-Anträgen gestellt worden sind.

Die geehrten Herren Collegen Josef Müller und Dehm haben schon in der letzten Sitzung als praktische und vernünftige Techniker sich im Sinne der vom Stadtrathe gestellten Anträge ausgesprochen. Ebenso hat Herr Collega Dr. Scholz von seinem Standpunkte als Arzt zu Gunsten der vom Stadtrathe gestellten Anträge gesprochen.

Ich will nun hervorheben, dass im Stadtrathe selbst der Beschluss einstimmig gefasst worden ist, und dass der Zusatz-Antrag, welcher den Schluss der von mir vorgebrachten Anträge bildet, nämlich: „weiters wird bedungen, dass die Abtretung des zur Verbreiterung der Alserstraße erforderlichen Grundes unentgeltlich zu erfolgen habe", von einem Mitgliede des Stadtrathes — ich glaube, dass ich kein Geheimnis verletze, wenn ich es nenne — von dem geehrten Collegen Dr. Lueger gestellt und gleichfalls vom Stadtrathe einstimmig angenommen worden ist.

Die Anregungen, wie sie von Seite der geehrten Herren Collegen Dr. Friedjung, Dehm und K. J. Müller gegeben worden sind, welche die Durchführung eines Durchganges quer durch die Realität der Alserkaserne und das allgemeine Krankenhaus bezwecken, ebenso wie der Antrag, der heute von Seite des geehrten Collegen Kaiser gestellt worden ist, und welcher einen Durchgang nach der Längenrichtung oder parallel zur Längenachse des allgemeinen Krankenhauses, aber auf dem Terrain der Alserkaserne bezweckt, sind im Interesse des Localverkehres gelegen, und es wäre ihnen nicht entgegenzutreten, weil sie im wesentlichen die Anträge des Stadtrathes gar nicht abändern.

Was von Seite des Herrn Collegen Rosenstingl heute gefragt worden ist, bin ich in der Lage, in ganz bündiger und präciser Weise beantworten zu können, indem ich aus dem Commissionsprotokolle vom 22. September die Erklärung vorlese, welche die Vertreter der Statthalterei und des Unterrichtsministeriums, das ist nämlich der Director des allgemeinen Krankenhauses, einverständlich abgegeben haben. Es ist darin von der Frage der Auflassung der auf der Area der Alserkaserne projectierten Straßenzüge die Rede, und da sagen nun die Herren (liest): „Selbstverständlich ist für die hohe Unterrichtsverwaltung" — ich kann als bekannt voraussetzen, dass der Ankauf der Alserkaserne nur dann von Seite der Unterrichtsverwaltung in Aussicht genommen ist, wenn eine Vereinbarung mit der Gemeinde erfolgt — „nothwendig, jetzt schon über diese Frage informiert zu sein, da ja die Erwerbung des oben erwähnten Grundcomplexes nur dann den Zwecken entsprechen würde, wenn die ganze Baufläche unter einem zur Krankenhausanlage einbezogen werden könnte. Mit einer nur theilweisen Auflassung der projectierten Straßenzüge in der vom Stadtbauamte projectierten Weise wäre den Interessen der hohen Unterrichtsverwaltung demnach nicht entsprochen. Nur dann, wenn sämmtliche über den Complex der Alserkaserne projectierten Straßenzüge aufgelassen würden, würde die Bauarea der Alserkaserne ausreichen, diejenigen Baulichkeiten aufzunehmen, welche auf diesem Complexe in Aussicht genommen worden sind. Selbstverständlich würde ein Auflassen der Straßenzüge ja nur in dem Falle einzutreten haben, wenn die hohe Unterrichtsverwaltung die Alserkaserne thatsächlich erwirbt und den oben erwähnten Zweck durchführt." In klarerer und präciserer Weise konnten sich die Vertreter der genannten Behörden in dieser Angelegenheit nicht aussprechen.

Von Seite eines geschätzten Collegen sind jedoch Anschauungen geäußert worden, welchen ich zu meinem Bedauern mit der größten Entschiedenheit entgegentreten muss. Es ist von Seite des Herrn Gem.-Rathes Ritt. v. Goldschmidt in der letzten Sitzung gesagt worden, dass man einen ganz neuen Plan verfassen müsse und da dieser Plan im Augenblicke nicht vorhanden sei und er erst später in die Lage komme, diesen Plan zu verfassen, beantrage er die vollständige Ablehnung des Antrages des Stadtrathes, was denn doch von keiner anderen Seite beantragt worden ist. Ich glaube, dass der geehrte Herr College sich diesen Antrag vielleicht etwas länger hätte überlegen sollen. Die Verfassung eines Planes, welcher die Disposition über die zu errichtenden klinischen Abtheilungen und wissenschaftlichen Institute enthält, ist eine ungemein complicierte Sache und erfordert eine so genaue Kenntnis und ein so sorgfältiges Studium der bezüglichen Bedürfnisse, dass nicht leicht ein Techniker, wenn er nicht gleichzeitig sich mit dem Studium der Naturwissenschaften in innigem Connex befindet, sich getrauen würde, einen derartigen Plan zu verfassen. Ich halte es überhaupt für unzweckmäßig, wenn man Straßenzüge auf dem Papiere projectiert, deren Ausführung in absehbarer Zeit gar nicht durchzusetzen ist. Ich halte es für unpraktisch — und darum habe ich mir früher erlaubt, die beiden Herren Collegen als praktische Techniker anzuführen — wenn man Straßenzüge durch die große Fläche des allgemeinen Krankenhauses projectiert. Wer dies will, wer die Pflugschar über diese größte Stätte der medicinischen Wissenschaft in Europa führen will, ist ein Feind dieser Wissenschaft, denn mit der Beseitigung des allgemeinen Krankenhauses — wir haben ja mehrere Ärzte in unserer Versammlung und diese werden mir unbedingt beistimmen — von jener Stelle, an der es sich jetzt befindet, führen Sie den Ruin der Wiener medicinischen Schule herbei, und das wird niemand unter Ihnen wollen. (Gelächter und Widerspruch. Rufe links: Das ist zu stark. Er muss selber lachen!) Ich wollte mit meinen Ausführungen nur anführen, dass gegenüber der großen Frage, um welche es sich hier handelt — und die Frage ist wirklich bedeutend, dies ist doch von allen Seiten anerkannt worden — dass gegenüber diese Frage der Ausdehnung der klinischen und der Erbauung neuer wissenschaftlicher Institute der allerdings nicht wegzuleugnende Übelstand der Bildung von Sackgassen vollständig inden Hintergrund tritt.

Es ist verlangt worden, dass durch die Realität sowohl der Alserkaserne als des allgemeinen Krankenhauses Fahrstraßen geführt werden. Viele von Ihnen werden die hervorragendsten Spitalsanlagen in ganz Europa kennen und werden mir beipflichten, dass durch kein großes Spital eine Fahrstraße geht. Weder durch das Hôpital Lariboisière in Paris, noch durch das Thomas-Hospital in London, noch durch die Charité in Berlin, noch durch das Ospedale Maggiore in Mailand führt eine Fahrstraße. Dass ein Gehweg, eine Communication für Fußgänger, wie dies von mehreren Collegen, zuletzt von Herrn Dr. Klotzberg verlangt wurde, gewünscht wird, das kommt allerdings häufig vor und das, glaube ich, wird aus administrativen Gründen auch von Seite der Spitalsverwaltung, wenn ihr gegenüber der Wunsch geäußert wird, zugestanden werden.

Durch die Anträge des Stadtrathes ist den ästhetischen Rücksichten vollkommen genügegeleistet worden. Wir stellen uns vor, dass der Abschluss der Frankgasse und der Schwarzspanierstraße mit Portalanlagen versehen wird, die den Eintritt und Austritt

ins Spital und aus dem Spitale gestatten; wir stellen uns weiter vor, dass die Institute Gassenfronten gegen die genannten Straßen erhalten werden, so dass in ästhetischer Hinsicht gar kein Bedenken obwaltet.

Zum Schlusse stehen Sie nun vor der Frage: Wollen Sie die bestehenden Übelstände beseitigen, wollen Sie zugeben, dass die klinischen Institute, insbesondere die chirurgischen Kliniken, welche bekanntlich unter dem Raummangel am empfindlichsten leiden, ausgedehnt werden? Wollen Sie herbeiführen, dass an Stelle des häßlichen Kasernenhofes, der gegen die Frankgasse und Schwarzspanierstraße gelegen ist, neue, anständige, würdige, wissenschaftliche Institute gebaut werden, wollen Sie endlich herbeiführen, dass die Alserstraße an ihrer schmälsten Stelle gegenüber dem Landesgerichte um fast 6 m verbreitert werden soll, denn um so viel rückt die Alserkaserne bei dem Umbaue gegen die gegenwärtige Baulinie zurück? Wenn Sie dies wollen, dann stimmen Sie für den Antrag des Stadtrathes. Lehnen Sie diesen Antrag aber ab, dann haben Sie die Stabilisierung der gegenwärtigen Verhältnisse und der insbesondere den geehrten Vertretern des IX. Bezirkes gewiss widerwärtigen Verhältnisse auf eine unabsehbare Zeit herbeigeführt, die Kaserne wird nicht erworben, nicht umgebaut werden. Ich bin zu Ende und empfehle Ihnen nochmals: nehmen Sie gütigst die Anträge, welche ich Ihnen vorzulegen die Ehre gehabt habe, an.

Gem.-Rath Rosenstingl (zur Berichtigung): Ich muss zuerst thatsächlich berichtigen, dass in diesem Commissions-Protokolle von einer Straße, wie sie hier beantragt worden ist, welche das ganze Grundstück nur tangiert, nicht durchschneidet, gar keine Rede ist. Ich muss zweitens constatieren, dass in diesen Erklärungen nur die Furcht sich ausdrückt, dass quer durch das Spital Straßen gelegt werden sollen, während Herr Gem.-Rath Kaiser und ich beantragen, dass längs dieses Spitales eine Gasse gelegt werden soll. Das Spital wird gar nicht berührt, es handelt sich lediglich darum: wollen Sie soviel Quadratmeter abtreten oder nicht? Sonst um gar nichts. Ich habe das constatieren müssen, weil sonst ein Irrthum in der ganzen Sache herauskommen könnte.

Gem.-Rath Ritt. v. Goldschmidt: Ich habe zu constatieren, dass sich mein Antrag von denen aller geehrten Herren Gegenredner eigentlich nicht viel unterscheidet. Ich bin dem geehrten Herrn Referenten dafür dankbar, dass ... (Bürgermeister: Ich bitte, zur Berichtigung!) ... er sich mit meinem Antrage befasst hat, er hat ihn doch nicht in dem Sinne wiedergegeben, wie er gestellt worden ist. Mein Antrag geht dahin ... (Bürgermeister: Ich bitte zu berichtigen, die Debatte ist geschlossen!) Ich berichtige die Art und Weise, wie mein Antrag von dem sehr geehrten Freunde Stiaßny dargestellt worden ist. Ich habe nicht die absolute Ablehnung des Antrages des Stadtrathes gewünscht, sondern nur eine momentane Vertagung. Nachdem niemand von uns in der Lage ist, heute neue Projecte zu machen, und während sowohl der verehrte Herr Dr. Klotzberg als Herr Collega Rosenstingl sowie alle anderen Herren specielle Wünsche geäußert haben, sah ich mich veranlasst, einen allgemeineren Antrag zu stellen. Derselbe gieng dahin: wir sollen zum großen Theile den Wünschen des Unterrichtsministeriums entgegenkommen, es möge jedoch für die Durchführung Einer Straße eine Sicherheit geschaffen werden; nicht mehr und nicht weniger habe ich beantragt, in allgemeiner Form. Wenn ich die mir gedachte Straße nennen darf, so sage ich, es ist die Linie Frankgasse—Mariannengasse; ich wollte es aber nicht aussprechen, um nicht zu präjudicieren. Ich denke, dass wir mit der von mir beantragten Vertagung nicht viel verlieren; der neue Plan kann in acht Tagen vom Bauamte gemacht sein.

In diesem Sinne bitte ich, meinen Antrag aufzufassen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Die Referenten-Anträge sind in der Drucksorte Nr. 260 enthalten. Der weitestgehende Antrag ist der des Herrn Gem.-Rathes Ritt. v. Goldschmidt. Dieser Antrag lautet: „Es sei die gänzliche Auflassung neuer Straßen nicht zu genehmigen, sondern zum mindesten die Durchführung einer Straße zu sichern; mit dieser Direction wäre das Referat an den Stadtrath zurückzuweisen."

Das ist das Gegentheil der Referenten-Anträge. Würde der Antrag Goldschmidt angenommen werden, so müsste der Gegenstand an den Stadtrath zurückgeleitet werden.

Dagegen glaube ich, dass über den Antrag Kaiser sofort meritorisch abgestimmt werden kann, und zwar deswegen, weil es sich jetzt nicht um die Bestimmung einer Baulinie handelt, sondern um die Feststellung von gewissen Grundsätzen. Herr Gem.-Rath Kaiser beantragt, es soll am Schlusse der Anträge des Referenten als Zusatz hinzugefügt werden: „und dass eine Gasse zwischen dem Complexe der Alserkaserne" — das ist also nicht eine Straße, welche über den Complex der Kaserne führt, sondern am Rande dieses Terrains — „und hinter den dort befindlichen Häusern 7 und 10 Frankgasse und 4 und 7 Schwarzspanierstraße und eventuell Parcelle VI, Rothehausgasse, durchgeführt werde. Letztere aber nur für den Fall, als die Parcellen IV, V und VI Rothehausgasse vom Krankenanstaltenfonde nicht erworben und diese Gasse sonach nicht abgeschlossen würde". Das ist ein weiterer Grundsatz, der sich den Grundsätzen anreiht, die im Referenten-Antrage zum Ausdrucke kommen. Es könnte also über den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Kaiser meritorisch abgestimmt werden.

Ebenso können alle anderen Anträge, welche Wünsche enthalten, bezüglich welcher man es also der Krankenhaus-Verwaltung überlässt, ob und inwieweit sie auf diese Wünsche eingehen will oder nicht, im Gegensatze zu den Bedingungen, welche im Referenten-Antrage enthalten sind, zur Abstimmung gelangen.

Ich schreite also zuerst zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Goldschmidt: „Die gänzliche Auflassung neuer Straßen sei nicht vorzunehmen, sondern mindestens die Durchführung einer Straße zu sichern."

Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage Goldschmidt einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Referenten-Antrag. Die Versammlung wird einverstanden sein, dass ich über diesen vorbehaltlich der Abstimmung über die weiteren Anträge unter einem abstimmen lasse. (Zustimmung.)

Jene Herren, welche mit dem Referenten-Antrage, Beilage 260, einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es kommt nun die Abstimmung über den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Kaiser, welcher die Herstellung einer Straße im rückwärtigen Theile des Complexes zwischen der Alserkaserne und den Häusern in der Schwarzspanierstraße, Frankgasse &c. verlangt. Soll ich ihn nochmals verlesen? (Rufe: Nein!)

Jene Herren, welche mit dem Antrage Kaiser einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Jetzt kommen die verschiedenen Wünsche. Herr Gem.-Rath Karl Müller hat den Wunsch ausgesprochen, es sei für den Fall,

als auf dem Terrain der Alserkaserne Spitäler errichtet werden, womöglich eine Straße durchzuführen.

Jene Herren, welche damit einverstanden sind, dass dieser Wunsch ausgesprochen werde, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Damit ist auch der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung erledigt, welcher sich ebenfalls mit der Errichtung eines Fußweges begnügt hätte.

Dann kommt der Wunsch des Herrn Gem.-Rathes Kaiser: „Als wünschenswert wäre zu bezeichnen, wenn die Verbauung innerhalb des Complexes der Alserkaserne in der Weise vorgenommen werden könnte, dass doch auf die projectierten Straßenzüge für die Zukunft Rücksicht genommen würde."

Jene Herren, welche hiemit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Endlich kommt noch der Wunsch des Herrn Gem.-Rathes Dehm. Der erste Theil desselben: „Es sei an den k. k. Krankenanstaltenfond das Ersuchen zu stellen, dass wenigstens eines der als Abschluss der Frankgasse und Schwarzspanierstraße herzustellenden Thorportale als Durchgang zu bestimmen sei, so zwar, dass die Verbindung der Frankgasse mit der Mariannengasse wenigstens für Fußgänger ermöglicht werde", ist durch den Wunsch des Herrn Gem.-Rathes Müller erledigt.

Der zweite Theil lautet: „dass aber zweitens unter allen Umständen darauf hingewiesen werde, dass als Abschluss der heutigen Alserkaserne gegen die neuerbauten Häuser keine Feuermauer aufgestellt werde, weil diese die Hauseigenthümer und Parteien der neuerbauten Häuser in empfindlicher Weise schädigen würde."

Referent: Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, dass ich in meinem Referate ausdrücklich erwähnt habe, dass es die Absicht des Stadtrathes sei, bei den Verhandlungen mit der Unterrichtsverwaltung, die vom Herrn Collegen Dehm gemachten Anregungen praktisch durchzuführen. Ich habe also von meinem Standpunkte als Referent gar nichts einzuwenden, wenn dieser Wunsch angenommen wird.

Bürgermeister: Diejenigen Herren, welche mit den vom Herrn Gem.-Rathe Dehm beantragten Directiven einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

Beschluss: Für den Fall der Erwerbung der Alserkaserne durch den k. k. Krankenanstaltenfond und der Errichtung klinischer, eventuell auch anderer Universitäts-Institute daselbst wird auf die Durchführung von Straßenzügen durch den Complex der Alserkaserne mit dem Vorbehalte verzichtet, dass beim Umbaue der bestehenden Objecte die Straßenerweiterung in der Alserstraße entsprechend der genehmigten Baulinie für diese Straße vom k. k. Krankenanstaltenfonde vorgenommen, der Abschluss der Area gegen die Frankgasse, Schwarzspanierstraße und Rothehausgasse in einer den ästhetischen Anforderungen möglichst entsprechenden Weise und im Einvernehmen mit der Gemeinde Wien hergestellt, beziehungsweise, im Falle die beabsichtigte Erwerbung der Baustellen IV, V, VI an der Rothehausgasse thatsächlich erfolgen und hiedurch die Schließung der Rothehausgasse ermöglicht werden sollte, wegen Erwerbung des Straßengrundes dieser Gasse das Einvernehmen mit der Gemeinde Wien gepflogen werde; ferner, dass auch der Abschluss gegen die Nachbargebäude im Einvernehmen mit der Gemeinde festzustellen sei.

— Weiters wird bedungen, dass die Abtretung des zur Verbreiterung der Alserstraße erforderlichen Grundes unentgeltlich zu erfolgen habe und dass eine Gasse zwischen dem Complexe der Alserkaserne und hinter den dort befindlichen Häusern Nr. 7 und 10 Frankgasse und Nr. 4 und 7 Schwarzspanierstraße und eventuell Parcelle VI, Rothehausgasse, durchgeführt werde. Letztere aber nur für den Fall, als die Parcellen IV, V und VI Rothehausgasse nicht erworben und diese Gasse sonach nicht abgeschlossen würde.

— Für den Fall, als auf dem Terrain der Alserkaserne Spitäler errichtet werden, erscheint es als wünschenswert, dass womöglich über dasselbe eine Straße durchgeführt werde.

— Als wünschenswert ist ferner zu bezeichnen, wenn die Verbauung innerhalb des Complexes der Alserkaserne in der Weise vorgenommen werden könnte, dass doch auf die projectierten Straßenzüge für die Zukunft Rücksicht genommen würde.

— Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass als Abschluss der heutigen Alserkaserne gegen die neuerbauten Häuser unter allen Umständen keine Feuermauer aufgestellt werde, weil diese die Hauseigenthümer und Parteien der neuerbauten Häuser in empfindlicher Weise schädigen würde.

Bürgermeister: Zum Referate ersuche ich Herrn Gem.-Rath Dr. v. Billing. (Gem.-Rath Dr. v. Billing tritt an den Referententisch.)

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Ich bin von meinem Club beauftragt worden, die Vertagung dieses Gegenstandes bis zur Dienstag-Sitzung zu beantragen und zugleich den Antrag zu stellen, dass die Gesetzesvorlage der Regierung den einzelnen Mitgliedern des Gemeinderathes zugestellt werde. Um die Berathung dieses Gegenstandes in der heutigen Sitzung zu ermöglichen, habe ich eine Besprechung meiner Parteigenossen veranlasst; sie haben aber sämmtlich erklärt, dass es absolut unthunlich sei, das so außerordentlich wichtige Referat ohne jedwede Information zu berathen. Dieses Referat betrifft die Frage der Abänderung des Heimatsgesetzes. Nachdem mit diesem Referate eigentlich die Frage einer kolossalen Vermehrung der Lasten der Gemeinde verbunden ist, sind sie der Meinung, dass dem Gemeinderathe doch wenigstens 24 oder 48 Stunden Zeit gegeben werden muss, um die Vorlage zu studieren. Ich bin aber auch weiters von Seite des Club beauftragt worden, dem Herrn Bürgermeister den Wunsch auszudrücken, er möge dahin wirken, dass die Verhandlung im Abgeordnetenhause mindestens um diese paar Tage verschoben werde. Es ist in unserem Club mit Recht hervorgehoben worden, dass um diese Frage schon zwölf oder mehr Jahre herumgestritten worden ist und jetzt will man binnen einigen Tagen oder Wochen die Geschichte durchpeitschen. Das geht nicht. Meine Parteigenossen sind auch der Anschauung, dass die Regierung verpflichtet ist, jeder Körperschaft, die bei dieser Frage betheiligt ist, insbesondere dem Gemeinderathe der Stadt Wien, einige Zeit zu lassen, um eine so hochwichtige Frage auch dementsprechend studieren zu können. Ich empfehle Ihnen nochmals die Annahme dieses Vertagungs-Antrages.

Bürgermeister: Der Referent über diesen Gegenstand im Abgeordnetenhause hat mich mit seinem Besuche beehrt und den Wunsch ausgesprochen, es möge dieser Gegenstand so bald als thunlich, wenn irgendmöglich am Freitag, das ist heute, im Gemeinderathe zur Berathung gelangen, damit er in der Lage sei, über den Gegenstand zu referieren. Er habe die Absicht, das Referat Montag zu erstatten. Da er nun begreiflicherweise den Wunsch hegt, dass dieser Gegenstand ein oder zwei Tage vorher an ihn komme, so ist es naheliegend, dass die Sache ihm spätestens morgen zugestellt werde.

Ich war auch der Meinung, dass es vielleicht möglich sein werde, die Angelegenheit im Stadtrathe noch Mittwoch zu erledigen, so dass es möglich gewesen wäre, die Anträge und die Vorlage vielleicht Mittwoch noch oder Donnerstag an die Herren zu senden. Nachdem sich das aber infolge verschiedener Hindernisse, insbesondere des Feiertages, als unmöglich herausgestellt hat, und es erst heute möglich war, die Vorberathungen über diesen Gegenstand zu schließen, bin ich gerne bereit, dem Wunsche der Herren Rechnung zu tragen, morgen zum Referenten hinzugehen und ihn zu ersuchen, es möglich zu machen, dass er erst nach dem Dienstag der nächsten Woche über den Gegenstand im Abgeordnetenhause referiere. Ich glaube, in der Lage zu sein, ihm bestimmt zu versprechen, dass nächsten Dienstag der Gegenstand im Gemeinderathe erledigt werden wird. (Zustimmung.) Wenn die Versammlung damit einverstanden ist, so setzen wir also den Gegenstand von der heutigen Tagesordnung ab. (Beifall und Zustimmung.)

Gem.-Rath Dr. Geßmann (zur Geschäftsordnung): Ich möchte nur die Bitte stellen, dass den Mitgliedern des Gemeinderathes der Wortlaut der betreffenden Regierungsvorlage zukomme. Ohne dieselbe kann man ja mit den Anträgen nichts machen.

Bürgermeister: Wenn es möglich sein wird, in der Staatsdruckerei Abzüge zu bekommen, werden dieselben den Herren vorgelegt werden. Sie sind schon bestellt worden, aber bis jetzt nicht zu erhalten gewesen.

Gem.-Rath Dr. Nechansky (zur Geschäftsordnung): Ich wollte nur den Gedanken anregen, dass wenigstens der Referent so gütig sei, das Referat heute zu erstatten, da er im Besitze eines statistischen Materiales ist, das er uns vorzulegen imstande ist. Und wenn die Herren darüber nachdenken wollen, so wird doch dieses statistische Material auch von Wert sein. Entweder wollen die Herren den Gegenstand ernst nehmen oder nicht. (Lebhafter Widerspruch, stürmische Unruhe und Zwischenrufe links.)

Bürgermeister: Ich bitte, es ist gar kein Anlass zu einer Aufregung. (Anhaltende und stürmische Bewegung links; lebhafte Zwischenrufe rechts; Rufe links: Er soll sich anständig benehmen! Immer muss er provocieren!) Herr Gem.-Rath Purscht, schreien Sie doch nicht so. (Erneuerter Lärm links.) Herr Gem.-Rath Strobach, ich ersuche Sie, sich jetzt ruhig zu verhalten. (Gem.-Rath Weitmann: Wir werden immer beleidigt! — Gem.-Rath Purscht ruft ebenfalls dazwischen.) Herr Gem.-Rath Purscht, jetzt bitte ich um Ruhe. (Gem.-Rath Gregorig: Ja freilich! — Rufe: Wir lassen uns vom Dr. Nechansky nicht beleidigen, weil er das selbst nicht weiß! Wir lassen uns das nicht gefallen!) Ich ersuche das letztemal um Ruhe. Wenn Sie etwas wünschen, melden Sie sich nach der Geschäftsordnung zum Worte, aber ich bitte, nicht in dieser Weise zu schreien. (Gem.-Rath Gregorig: Die thun's ja drüben auch!)

Gem.-Rath Dr. Nechansky (fortfahrend): Ich muss mich entschieden dagegen verwahren, dass in meinen Worten etwas Provocierendes gelegen ist. Ich trete durchaus nicht jemandem entgegen, der mir sagt, ich bin noch nicht gehörig informiert, er wolle sich besser informieren. Ich habe darauf aufmerksam machen wollen, dass der Herr Referent im Besitze eines statistischen Materiales ist, welches er uns bei dem Referate im Stadtrathe mitgetheilt hat und das wir auch notiert haben, und ich habe der Meinung Ausdruck gegeben, wenn man die Sache ernst behandeln will, muss man dieses Materiale kennen. (Rufe links: Gewiss, das wollen wir ja auch!) Habe ich denn gesagt, die Herren wollen es nicht thun? Wenn man den Gegenstand behandeln wird, wird einem dieses statistische Material auch von Wert sein. Daher setze ich voraus, dass es die Herren interessieren wird, dieses statistische Material zu haben, bevor Sie Dienstag in die Berathung des Gegenstandes selbst eingehen. Wenn mir jemand nach ruhiger Überlegung dieses meines Gedankenganges nachsagen kann, dass ich provociert habe, so möge er es thun.

Ich möchte aber wirklich bitten, dass die Herren diese persönliche Rancune, die seit neuester Zeit namentlich gegen meine Persönlichkeit zutage tritt, aufgeben. Ich werde es verstehen, mich jederzeit dagegen zu wehren. Ich bin von ehrlicher Gesinnung durchdrungen und habe immer die gehörige Manier gefunden. Ich brauche mir daher auch nicht nachsagen zu lassen, dass ich provociere. (Lebhafter Widerspruch links.)

Bürgermeister: Es ist der Antrag gestellt worden, es möge das statistische Material zu diesem Gegenstande mitgetheilt und dann die Verhandlung über denselben abgebrochen werden. Ich bitte, hiezu das Wort zu ergreifen.

Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing: Ich bitte, auf diesen Antrag nicht einzugehen, und zwar aus folgenden Gründen: Es geht nicht gut an, ein Referat in zwei Theile zu zerreißen. Es handelt sich nicht nur um das statistische Material, sondern in meinem Referate muss ich die Vorlage in jedem einzelnen Paragraphen besprechen, und ich wäre daher in der unangenehmen Lage, Ihnen heute ein Stück zu bringen und Sie nächstens mit bereits Gesagtem noch einmal zu belästigen. Nachdem schon die Beschlussfassung bezüglich der Vertagung vorhanden ist, so wäre es gut, wenn die Herren inzwischen das Gesetz studieren, so dass ich dann Dienstag in der Lage bin, das Referat in einem Gusse vorzutragen. Ich glaube, dass dadurch die ganze Sache klarer sein wird und Sie in der Lage sein werden, um so schneller zu einer Beschlussfassung zu kommen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Partei wünscht nicht, dass das Referat heute erstattet werde, und so spreche ich dagegen; aber eine Bemerkung muss ich doch machen. Es ist möglich, dass Herr Dr. Nechansky es nicht so gemeint, wie es aufgefasst worden ist, aber seine Worte konnten nicht anders verstanden werden, dass er uns gegenüber die Bemerkung machte, dass wir den Gegenstand nicht ernst nehmen. (Zustimmung links. — Widerspruch rechts.) Ich appelliere an das Gefühl der Herren, „wenn es Ihnen ernst ist". Ein Wiener versteht das, das ist ja nicht schwer zu verstehen.

Ich würde wohl bitten, künftig derlei Dinge zu unterlassen; denn es hat unsere Partei unmittelbar vor der Sitzung des Gemeinderathes eine Sitzung gehabt — ich weiß nicht, ob die Gegenpartei eine Besprechung darüber gehabt hat. Wir nehmen es also ernst mit der Sache. Wir lassen uns eine solche Behandlung nicht gefallen, und der Obmann einer Partei darf es unter keiner Bedingung thun.

Bürgermeister: Ich habe etwas Verletzendes in den Bemerkungen nicht gefunden. (Widerspruch links.) Meine Herren! seien wir heute nicht gar so empfindlich. (Heiterkeit.)

Gem.-Rath Silberer (zur Geschäftsordnung): Ich möchte nur constatieren, dass auf dieser (rechten) Seite des Hauses auch eine Anzahl Herren sitzen, welche schon grundsätzlich nicht geneigt sind, in die Berathung eines so wichtigen Gegenstandes einzugehen, wofür die Vorlagen noch nicht vertheilt wurden.

Ich stimme also vollkommen den Ausführungen des Herrn Referenten bei und bitte das verehrte Präsidium, dass uns diese Vorlage für die nächste Sitzung so zeitlich als möglich zugesendet werde, und dass — wenn nichts gemacht wird, so geht auch eine Stunde oder eine halbe Stunde verloren — solche Sachen nie in der Weise forciert werden, weil bei der Opposition sowohl, als auch auf dieser (rechten) Seite eine genügende Anzahl dagegen sein wird, einen solchen Gegenstand in Berathung zu nehmen, mit dem wir so überrumpelt werden.

Bürgermeister: Ich muss dagegen bemerken, dass von einer Überrumpelung nicht die Rede sein kann. (Unterbrechung links.) Ich bitte doch, nicht immer dreinzureden. Die Angelegenheit ist besonders dringlich, nicht durch uns, sondern durch die Verhandlungen im Abgeordnetenhause. Ich habe mich bemüht, diese Angelegenheit schon früher im Stadtrathe zur Beschlussfassung zu bringen; es sind aber einige Tage vorübergegangen und der Gegenstand ist nicht fertig gewesen. Ich bin überzeugt, dass, wenn das Referat vollständig erstattet würde, es wahrscheinlich möglich wäre, sich ein Urtheil zu bilden. Wenn aber solche Bedenken geäußert werden, will ich denselben Rechnung tragen und versuchen, eine Vertagung beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses durchzusetzen.

Damit ist der Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt. Es ist aber noch ein Antrag gestellt worden, heute das statistische Materiale aus diesen Acten vorzulegen.

Ich bitte jene Herren, die damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Abgelehnt.

Die Verhandlung findet in der nächsten Sitzung statt.

Gem.-Rath Dr. Nechansky (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich erkläre nur nach meinem besten Wissen und Gewissen, dass ich die Worte in dem Sinne, wie er mir imputiert worden ist, nicht gebraucht habe. Das ist mir vollkommen fern gelegen und ich kann mich darauf berufen, dass ich beim Herrn Bürgermeister oben gewesen bin und gesagt habe: „Ja, vertagen wir die Sache, wenn es die Herren wünschen, sich zu informieren." Das ist nur der Eifer der Herren, in allem, was ich sage, eine Beleidigung zu finden. Ich erkläre also, dass das nicht so gemeint war, wie es gedeutet wurde. (Unruhe und Zwischenrufe links.)

Bürgermeister: Warum die Herren heute gar so lustig sind?! (Heiterkeit.)

10. (8581.) **Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing:** Gemäß der Verpflichtung, als Einjährig-Freiwilliger, respective als Soldat zu dienen, sind acht Mitglieder der Kanzlei einberufen worden und es muss nun für den Ersatz derselben gesorgt werden, nachdem ja jede Arbeitskraft nothwendig ist. Es wird Ihnen daher vom Stadtrathe beantragt, es möge bewilligt werden, an Stelle dieser acht Kanzleibeamten acht Diurnisten aufzunehmen, beziehungsweise fünf, welche zu dem gleichen Zwecke schon im Vorjahre bestellt wurden, zu belassen und drei neue aufzunehmen. Hiezu ist die Deckung nicht vollständig vorhanden, weil der Stadtrath innerhalb seiner Competenz in berücksichtigungswerten Fällen solchen Einberufenen das halbe Adjutum beläßt. Es wäre also der Fehlbetrag von 700 fl. zu decken, zu welchem Behufe um einen Zuschusscredit gebeten wird. Ich bitte um Bewilligung desselben.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Behufs Aufnahme von Diurnisten als Ersatz für die zur activen Militärdienstleistung einberufenen Praktikanten und Beamten wird ein Zuschusscredit von 700 fl. zur Rubrik III 10 bewilligt.

11. (8854.) **Referent Gem.-Rath Stiaßny:** Der Gegenstand, über welchen ich namens des Stadtrathes zu berichten die Ehre habe, ist in der Beilage Nr. 265 enthalten. Er betrifft einen Statthalterei-Erlass vom 25. October d. J., bezüglich der Beibehaltung der alten Baulinie der k. k. Gewehrfabrik in der Schwarzspanierstraße im IX. Bezirke. (Unruhe.) Ich bitte um geneigte Aufmerksamkeit für diesen Gegenstand, welcher sich in einigem Zusammenhange mit dem früher von mir vorgetragenen befindet und der gleichfalls von großer Wichtigkeit ist. Die Unterrichtsverwaltung beabsichtigt, den noch stehen gebliebenen Theil der ehemaligen k. k. Gewehrfabrik an der Ecke der Schwarzspanier- und Währingerstraße umzubauen. An der Stelle dieses alten und zum Theile schon baufälligen Gebäudes sollen neue wissenschaftliche Institute errichtet werden, und zwar je ein Institut für Histologie, für Embryologie, für pathologische Histologie, für Physiologie und für topographische sowie für Gehirnanatomie — Institute, in welche Wissenschaften von der größten Bedeutung vorgetragen werden sollen. Diejenigen unter Ihnen, meine Herren, welche die Zustände an den bestehenden Instituten, die in jedem Jahre tausende von Studenten besuchen, kennen, werden mir beipflichten, wenn ich sage, dass es auch im Interesse der Stadt Wien, namentlich aber im Interesse der studierenden Jugend gelegen ist, wenn die gegenwärtigen Institute cassiert und an deren Stelle neue, rationelle, den Erfahrungen der Wissenschaft entsprechend aufgebaut werden. Um diesen Bau ausführen zu können, erklärt nun die Unterrichtsverwaltung, dass sie von der gegenwärtigen Area der Gewehrfabrik nichts abzutreten in der Lage sei. Der Magistrat ist gleichfalls dieser Ansicht und schlägt vor, dass die Schwarzspanierstraße, deren geradlinige Fortsetzung über die Area des allgemeinen Krankenhauses natürlich ganz ausgeschlossen ist, in derselben Breite, in welcher die Berggasse im IX. Bezirke bereits besteht, also als Fortsetzung der Berggasse jenseits der Währingerstraße, somit in einer Breite von 17·07 m durchgeführt werden soll. In diesem Sinne ist auch Seine Magnificenz der Rector der Universität in den letzten Tagen in einem Schreiben an den Bürgermeister zu Gunsten der Durchführung der 17 m breiten Straße eingeschritten.

Mit Rücksicht auf den Umstand, dass die Schwarzspanierstraße in keinem Falle und zu keiner Zeit eine Verkehrsstraße ersten Ranges werden wird, und mit Rücksicht darauf, dass es im Interesse des IX. Bezirkes und der ganzen Stadt gelegen ist, das häßliche und zum Theile baufällige Gebäude der Gewehrfabrik zu cassieren, und da es endlich auch sehr wünschenswert ist, wenn eine Erweiterung der Währingerstraße an der Stelle, an welcher sich gegenwärtig die Gewehrfabrik befindet, und zwar im Sinne des bereits erbauten anatomischen Institutes und in der Richtung desselben stattfinden würde, hat sich der Stadtrath veranlasst gesehen, Ihnen folgenden Antrag zur Beschlussfassung vorzulegen (liest):

„Die Straßenbreite der Schwarzspanierstraße in der Strecke von der Währingerstraße bis zur Garnisongasse wird anstatt mit 18·96 m mit 17·07 m bestimmt und wird dementsprechend, unter

Aufrechthaltung der Baulinie an der Seite mit den geraden Nummern, die Baulinie an der gegenüberliegenden Seite abgeändert."

Ich bitte Sie, hochgeehrte Herren, um Genehmigung dieses Antrages.

(Während vorstehender Rede hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Die Straßenbreite der Schwarzspanierstraße in der Strecke von der Währingerstraße bis zur Garnisongasse wird anstatt mit 18·96 m mit 17·07 m bestimmt und wird dementsprechend, unter Aufrechthaltung der Baulinie an der Seite mit den geraden Nummern, die Baulinie an der gegenüberliegenden Seite abgeändert.

12. (9085.) **Referent Gem.-Rath Dr. Vogler:** Im Budget für das Jahr 1894 sind für Besoldungsvorschüsse von Lehrpersonen 30.000 fl. als Präliminarpost eingestellt. Diese Post wird nun bereits überschritten durch die erfolgte Bewilligung seitens des Bezirksschulrathes, und es ist vorauszusehen, dass auch im December solche Bewilligungen erfolgen werden. Infolge dessen wird von Seite des Magistrates und des Stadtrathes der Antrag gestellt, der Gemeinderath möge einen Zuschusscredit in der Höhe von 8000 fl. zur Ausgabs-Rubrik XLIII 33 bewilligen. Ich bitte um die Genehmigung dieses Antrages.

Gem.-Rath Dr. Daum: Ich habe nur zu berichtigen, dass nicht der Bezirksschulrath das Präliminare überschritten hat; der Bezirksschulrath hat sich eng an die Schranken gehalten, welche gesetzt wurden, es hat aber in competenter Weise der Magistrat Bewilligungen vorgenommen, durch welche jetzt die Ziffer überschritten ist.

Referent: Es hat bei Beginn dieses Jahres noch ein Competenzstreit zwischen dem Bezirksschulrathe und dem Stadtrathe geschwebt. Infolge dessen ist es vorgekommen, dass Bewilligungen von Besoldungsvorschüssen einerseits vom Bezirksschulrathe, andererseits vom Stadtrathe vorgenommen wurden. Dieser Competenzconflict ist jetzt endgiltig entschieden. Es ist nun allerdings richtig, dass sich durch Zusammenziehung der beiderseitigen Posten die Überschreitung ergibt. Der Bezirksschulrath kann vielleicht sagen, er habe das Präliminare eingehalten; aber er musste sich auch sagen, dass, nachdem auch der Stadtrath auf diese Ausgabs-Rubrik Bewilligungen ertheilt hatte, diese Präliminarpost bereits erschöpft ist. Dann ist es klar, dass diese Post nicht doppelt bestehen kann, nachdem sie nur einmal im Budget vorkommt.

Gem.-Rath Dr. Daum: Ich muss berichtigen, dass der Bezirksschulrath davon nicht in Kenntnis war, sondern dass dem Bezirksschulrathe, und zwar der competenten Section desselben, jedesmal die bisherigen Bewilligungen bekanntgegeben worden sind, und erst in der letzten Sitzung bekanntgegeben wurde, dass durch die Magistratsbewilligungen die Ziffer erschöpft sei. Der Magistrat wusste, dass das Präliminare bereits erschöpft ist, der Bezirksschulrath nicht; das will ich constatieren.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich ersuche die Herren, welche dem Referenten-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Zur Rubrik XLIII 33 „Besoldungsvorschüsse an Lehrpersonen" wird ein Zuschusscredit von rund 8000 fl. bewilligt.

13. (9167.) **Referent Gem.-Rath Dr. Vogler:** Ich habe ferner zu referieren zur Beilage 271. Es handelt sich bei diesem Referate um Anträge, welche die Rectificierung der Wählerlisten betreffen. Es sind sowohl im Gemeinderathe durch verschiedene Initiativ-Anträge von Herren Gemeinderäthen, als auch von Seite des Leiters des Steuer- und Wahlcatasters Anträge gestellt worden, welche sich auf diese Angelegenheit beziehen. Heute handelt es sich nur um Folgendes: Es ist der allgemeine Wunsch, der in sämmtlichen Anträgen zum Ausdrucke kommt, dass möglichst richtige Wählerlisten hergestellt werden, und im Hinblicke auf die im nächsten Frühjahre bevorstehenden Gemeinderaths-Ergänzungswahlen ist die Angelegenheit eine sehr dringliche geworden. Um nun eine solche Rectificierung der Wählerlisten herbeizuführen, wurde von Seite des Steuer- und Wahlcatasters vorgeschlagen, folgenden Vorgang einzuhalten:

Es sollen Abschriften der Catasterblätter der Wähler der Polizei-Direction, beziehungsweise dem k. k. Central-Meldungsamte der Polizei mitgetheilt werden. Die Polizei prüft die sämmtlichen Catasterblätter, und wenn Wohnungsänderungen sich ergeben haben, so wird auf den an den Steuer- und Wahlcataster zurückgelangten Catasterblättern das von der Polizei bemerkt.

Außerdem soll aber ein Vorgang hergestellt werden, welcher in Zukunft eine fortwährende continuierliche Ergänzung und Rectificierung der Wählerlisten ermöglicht, und zwar auf folgende höchst praktische Weise:

Nachdem die Catasterblätter dem Central-Meldungsamte der Polizei mitgetheilt worden sind, ist die Polizei in Kenntnis gekommen, wer von den dort gemeldeten Personen als Wähler hier erscheint. Es wird nun auf dem betreffenden Meldzettel, der bei der Polizei im Central-Meldungsamte erliegt, dieser Umstand durch eine Stampiglie bemerkt. Es soll also auf jedem Meldzettel seitens der Polizei durch eine Stampiglie bemerkt werden, der und der ist Wähler. Wenn nun in Hinkunft irgendeine Veränderung bei diesen Personen platzgreift, dadurch, dass dieselben übersiedeln oder außer Evidenz kommen, ist die Polizei bei der Abmeldung in Kenntnis davon, dass es sich um Wähler handelt, und es kann dann das Central-Meldungsamt den Steuer- und Wahlcataster über jeden einzelnen Fall im kurzen Wege verständigen. Es wird durch diesen Vorgang ein Doppeltes erzielt. Zunächst wird eine vollständige Rectificierung der jetzigen Wählerlisten herbeigeführt, wobei ich bemerke, dass es sich um nicht weniger als 80.000 Wähler handelt, und zweitens wird für die Zukunft eine fortdauernde Richtigstellung und Evidenz herbeigeführt werden.

Nun haben diesbezüglich mit der Polizei-Direction Verhandlungen stattgefunden, und man hat erklärt, dass mit dem Personale, das der Polizei-Direction zur Verfügung steht, nicht ohneweiters diese ganze Mehrleistung bewältigt werden kann. Es müsste dies außerhalb der ämtlichen Zeit geschehen; die Beamten müssten in höherem Maße zur Thätigkeit herangezogen werden, und die Polizei-Direction verlangt infolge dessen eine Entlohnung der betreffenden Beamten. Die diesfälligen Verhandlungen haben zu folgendem Resultate geführt: Für die jetzige erste Arbeit sollen 2 kr. per Catasterblatt seitens der Gemeinde vergütet werden, und für die Zukunft soll ein Pauschalbetrag von jährlich 1000 fl. der

Polizei-Direction zur Entlohnung der betreffenden Beamten übermittelt werden.

Außerdem ergibt sich noch eine Nothwendigkeit, nämlich die Aufnahme einiger Hilfskräfte für den Steuer- und Wahlcataster; nachdem die Catasterblätter abgeschrieben werden müssen, es sich ferner um eine continuierliche fortdauernde Mehrleistung dieses Amtes handelt, wird vom Leiter des Steuer- und Wahlcatasters eine Vermehrung seiner Diurnisten um acht begehrt, welchen Antrag auch der Magistrat als vollkommen begründet erklärt.

Es ergeben sich nun folgende Anträge des Stadtrathes, welche ich mir vorzulesen erlaube (liest):

„1. Der Magistrat wird ermächtigt, zur Entlohnung des Personales des k. k. Central-Meldungsamtes für die allgemeine Revision des Wählercatasters den Betrag von 2 kr. für jedes Catasterblatt der k. k. Polizei-Direction zur Verfügung zu stellen.

2. Wegen Gewährung einer Remuneration an das genannte Personale für die permanente Evidenthaltung der Wohnungsveränderungen der Wähler ist vom Jahre 1895 an ein Betrag von 1000 fl. zu präliminieren.

3. Der Magistrat wird ermächtigt, für den Steuer- und Wahlcataster acht Diurnisten mit dem systemisierten Taggelde aufzunehmen.

4. Der an die k. k. Polizei-Direction im Jahre 1894 auszufolgende Betrag von ungefähr 1600 fl., sowie der von den Taggeldern der acht neuen Diurnisten auf das Jahr 1894 entfallende Theilbetrag des Jahreserfordernisses per 3796 fl. wird auf den Reservefond verwiesen."

Ich bitte um die Genehmigung dieser Anträge.

Gem.-Rath Steblik: Ich danke dem Herrn Referenten, dass diese Geschichte einmal in Fluss kommt, und die Wählerlisten endlich nicht mehr lückenhaft sein werden. Ich möchte aber auch bitten, dass den Wählern die Wählerlisten früher zugesendet werden, damit jemand, wenn er nicht darin steht, rechtzeitig reclamieren kann. Wenn er die Liste aber erst in den letzten Tagen erhält, ist das nicht mehr möglich. Wenn aber in den Blättern bekanntgegeben wird, dass, wenn jemand keine Wählerliste erhält, er reclamieren kann, so lässt sich das richtigstellen. Ich erwarte also, dass meiner Anschauung zugestimmt wird, damit die Lücken aufhören. Ich habe einmal — ich agitiere sehr gerne, ich habe ja Zeit dazu, ich bekenne es — gefunden, dass ein Hofrath seit drei Jahren gestorben ist und noch immer sich in der Wählerliste befindet. Man macht sich ja einen unnöthigen Gang. (Lebhafte Heiterkeit.)

Gem.-Rath Gregorig: Ich habe gegen die Vorlage eigentlich nichts einzuwenden. Aber eine kleine Freude habe ich darüber, und zwar scheint mir, dass bei der liberalen Partei das Wahlgeld ausgeht. Denn diese Richtigstellung der Wählerlisten hat die Partei sich immer selbst besorgt. Heute lässt sie es durch die Stadt besorgen. (Sehr gut! links. — Gem.-Rath Hawranek: Ah, denen geht 's Geld nicht aus!) Ah ja, mir scheint, es wird etwas kürzer. — Ich möchte aber beantragen, dass bei dieser Gelegenheit auch die Wahlkörper richtiggestellt werden und das auch der Polizei übergeben werde. Denn, wenn man gesehen hat, was bei den letzten Wahlen vorgekommen ist, wie die Leute in unrichtige Wahlkörper eingetragen waren, so hat man zu der jetzigen Verwaltung gar kein Vertrauen. Namentlich in den Vororten ist arg gesündigt worden. Das ist ein Blatt, das ich nicht aufschlagen will. Wie gesagt, ich habe gegen die Vorlage nichts einzuwenden, freue mich vielmehr darüber, dass sie da ist.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ein Hauptpunkt ist der dass auch die Wähler davon verständigt werden, und zwar ersuche ich den Herrn Vorsitzenden, dass das veranlasst werde. Bei uns im Bezirke fehlen 1400 aus der Wählerliste und wissen Sie warum? Einfach, weil ihnen die betreffenden Aufforderungen nicht zugestellt wurden. Ungefähr 500 bis 600 dieser Aufforderungen zur Reclamation sind förmlich verschwunden. Es kann nicht oft genug gesagt werden, dass solche Dinge nicht wieder vorkommen dürfen.

Gem.-Rath Bärtl: Gegen den Antrag habe ich auch nichts einzuwenden. Es ist nur zu wünschen, dass die Sache einmal ordentlich in Fluss komme und die Wählerlisten richtiggestellt werden. Selbstverständlich kostet das Geld. Nun ist es wieder derselbe Referent, dem gegenüber ich schon letzthin constatiert habe, dass der Reservefond keine Deckung mehr hat. Diese 3700 fl. finden auch keine Deckung mehr. Damals sagte der Herr Referent, die Sache werde nächstens an den Gemeinderath kommen, damit der Reservefond dotiert werde. Bis heute ist es noch nicht geschehen. Sobald ich vom Reservefonde höre, werde ich immer das Wort ergreifen und constatieren, dass der Reservefond weitaus überschritten ist. Warum verweist man nicht auf das Gebarungsresultat oder auf die betreffende Rubrik? Gegen die Vorlage hätte ich nichts einzuwenden, ich constatiere aber, dass der Reservefond keine Deckung mehr hat.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Meine Herren! Ich bin mit allen Punkten dieses Referates einverstanden, möchte mich aber den gegebenen Anregungen anschließen, es möge die ganze Action mit den Wählerlisten so gemacht werden, wie sie durch 30 Jahre von der Gemeinde gepflogen war, dass nämlich nach dem 14. Jänner die Wählerlisten hinausgegeben werden und nachdem diese den Wählern zugestellt sind, die Reclamationsfrist eintritt.

Es ist heute in den Wählerlisten naturgemäß eine ganz kolossale Unordnung. Sie sind in vieler Hinsicht vollständig unzuverlässlich und eine wirkliche Correctur ist, wenn man es ernst nehmen will, nur auf dem Wege möglich, dass, wie es früher durch 30 Jahre der Fall war, die Wählerlisten im Jänner aufgelegt werden, dann im Februar die Reclamation ausgeschrieben und das Reclamationsverfahren durchgeführt wird, sodann die Ergänzungslisten hinausgegeben werden.

Was man 30 Jahre mit Fug und Recht gethan und was sich so bewährt hat, das sollte, glaube ich, einfach beibehalten werden. (Zustimmung links.)

Ein zweiter Punkt, den ich hier berühren möchte und der mit der Frage im innigsten Zusammenhange steht, ist die Zusammenstellung des Status im heutigen Wahlcatasteramt.

Meine Herren! Das geht nicht! Ich glaube, es sind jetzt mit diesen 8 im ganzen 32 Diurnisten; und wissen Sie, wie viel Beamte dort sind? Wohlgezählte zwei Beamte (Hört! links), nämlich der Vorstand und der Official. Zufälligerweise, glaube ich, ist noch ein Kanzleipraktikant da, der eigentlich nur durch ein Missverständnis darinnen vergessen worden ist (Heiterkeit), sonst wären lauter Diurnisten darin!

Das ist ein Zustand, der in einem Amte, das in so hervorragendem Maße den Parteienverkehr zu pflegen hat, wie das beim Wahlcataster der Fall ist, gewiss unzulässig ist. (So ist es! links.)

Es müssen auch die einzelnen Beamten, beziehungsweise jetzt die einzelnen Diurnisten mit dem Publicum verkehren und das Amt repräsentieren und gerade in einer Sache, die ja naturgemäß ziemlich heiklich ist.

Ich würde deshalb hier nur die Anregung geben, dass diese Frage ins Auge gefasst werde und dass ein solches Missverhältnis, sagen wir es offen, diese unwürdige Ausbeutung menschlicher Arbeitskräfte nicht auf die Dauer fortbestehen möge.

Ich erlaube mir aber den positiven Antrag zu stellen: „Es seien die Wählerlisten im Jänner aufzulegen und an sämmtliche Wähler hinauszugeben, woraufhin das Reclamationsverfahren einzuleiten sei."

Gem.-Rath Haßfurther: Es ist eine unverkennbare Thatsache, dass bei der letzten Wahl die Wählerlisten sehr mangelhaft abgefasst waren, und es haben sich Fälle ereignet, dass Wähler, die jahrelang in einem Wahlkörper nominiert waren, ganz eliminiert worden waren oder sich in einem anderen Wahlkörper vorfanden. Sie konnten auch nicht reclamieren, weil niemand eine Verständigung bekommen hat, wie es in früheren Jahren der Fall war, wo jeder Wähler vor der Wahl einen Zettel bekommen hat, worin stand, in welchen Wahlkörper jemand eingereiht war. Hat sich nun jemand für beschwert erachtet, so konnte er sofort reclamieren.

Das war bei der letzten Wahl leider nicht und so hat sich der Fall ereignet, dass viele Wähler überhaupt nicht zur Wahl gehen konnten, weil sie in den Wählerlisten gänzlich gefehlt haben.

Ich glaube, man sollte, wie in früheren Jahren, diesen Vorgang beobachten, dass man nämlich jedem Wähler vor der Wahl einen Zettel schickt, auf welchem steht: „Herr N. N. sind im dritten, zweiten oder ersten Wahlkörper vorgemerkt", und daraufhin kann derjenige, dem ein Unrecht widerfuhr, reclamieren.

Ich würde also beantragen, diesen Vorgang bei den nächsten Wahlen wieder ins Leben treten zu lassen.

Referent: Ich möchte vor allem bemerken, dass die Anregung des Herrn Gem.-Rathes Gregorig, dass auch die Eintheilung der Wahlkörper der Polizei übertragen werden soll, absolut unthunlich ist. Der Polizei fehlen dafür alle Behelfe, das kann nur hier im Steuer- und Wahlcataster gemacht werden auf Grundlage der Steuern, die hier vorgeschrieben sind, von denen die Polizei absolut keine Kenntnis hat. Im wesentlichen ist von den anderen Herren lediglich angeregt worden, dass das frühere System der sogenannten Übergehungszettel wieder eingeführt werden soll. Diesfalls erlaube ich mir das vorzulesen, was der Leiter des Steuer- und Wahlcatasters hierüber in seinem Berichte sagt (liest):

„Die bisher geübte Manipulation mit den sogenannten Übergehungszetteln vor der Anlage der Wählerlisten hat noch einigen Wert gehabt, solange die Zahl der Wähler kaum 30.000 betrug, wobei nicht unerwähnt bleiben darf, dass damals die Fünf-Gulden-Männer, bei denen die meisten Wohnungsveränderungen vorkommen, noch nicht wahlberechtigt waren und die Wählerlisten nur für die zehn Bezirke angelegt wurden. Jedoch muss ausgesprochen werden, dass selbst damals schon die meisten Anfragezettel solcher Wähler, welche ihre Wohnungen gewechselt haben, mit der Relation „ausgezogen, unbekannt wohin" zurückkamen und daher beinahe durchwegs negatives Resultat ergaben.

Es mussten daher alle diese als „unzustellbar" oder mit mangelhaften Angaben, z. B. „in den Bezirk x übersiedelt" oder „wohnt xten Bezirk, ... gasse, Nummer unbekannt", versehenen und zurückgekommenen Anfragezettel oder Legitimationsurkunden dem Central-Meldungsamte der Polizei-Direction wegen Eruierung oder Ergänzung übermittelt werden. Daher war es schon kaum mehr möglich, in der hiezu gegebenen Zeit diese Unmasse zu bewältigen; gänzlich unmöglich wurde es jedoch, als die Fünf-Gulden-Männer wahlberechtigt wurden und die Einverleibung der Vororte vollzogen war." Unser Steuer- und Wahlcataster stellt also diese Momente als undurchführbar dar und ich kann infolgedessen die jetzt hier gegebenen Anregungen — ich glaube, ein formeller Antrag ist ja gar nicht gestellt worden — nicht empfehlen.

Von Seite des Herrn Gem.-Rathes Bärtl wurde bemängelt, dass hier eine Post auf den Reservefond überwiesen wird, obwohl derselbe bereits erschöpft ist. Ich muss zunächst bemerken, dass nicht constatiert ist, dass der Reservefond bereits erschöpft ist. Ich habe schon bei der Gelegenheit, auf welche der Herr College Bärtl anspielte, erklärt, dass man bei der Belastung des Reservefondes einerseits die effective Belastung, andererseits die Belastung durch die auf den Reservefond überwiesenen Auslagen unterscheiden muss. Es ist vielleicht möglich, dass die Auslagen, welche auf den Reservefond überwiesen worden sind, eine die nominelle Höhe desselben übersteigende Höhe erreicht haben, aber, meine Herren, viele der Auslagen, welche von Seite des Gemeinderathes und des Stadtrathes bewilligt werden, kommen im Jahre 1894 ja nicht mehr zur Auszahlung.

Ich kann Sie schließlich nur versichern, dass in dem Momente, wo der Reservefond wirklich effectiv erschöpft ist, die Buchhaltung sofort einen Bericht an den Stadtrath macht, dass sie nun nichts mehr aus dem Reservefonde auszahlen kann, weil derselbe erschöpft sei. In einem solchen Momente wird es Sache des Stadtrathes sein, einen Nachtragscredit zum Reservefonde hier im Gemeinderathe zu beantragen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich will nur bemerken, dass das Referat wegen Ergänzung des Reservefondes demnächst erstattet werden wird.

Die Anträge des Referenten sind nicht angefochten worden. Ich erkläre dieselben für angenommen.

Weiters liegt ein Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Geßmann vor: Die Wählerlisten seien im Jänner hinauszugeben, sohin ist das Reclamationsverfahren durchzuführen.

Ich bitte diejenigen Herren, welche für die Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Haßfurther hat beantragt, dass die Übergehungszettel, wie sie früher üblich waren, wieder eingeführt werden sollen.

Ich bitte jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: 1. Der Magistrat wird ermächtigt, zur Entlohnung des Personales des k. k. Central-Meldungsamtes für die allgemeine Revision des Wählercatasters den Betrag von 2 kr. für jedes Catasterblatt der k. k. Polizei-Direction zur Verfügung zu stellen.

2. Wegen Gewährung einer Remuneration an das genannte Personale für die permanente Evidenthaltung der Wohnungsveränderungen der Wähler ist vom Jahre 1895 an ein Betrag von 1000 fl. zu präliminieren.

3. Der Magistrat wird ermächtigt, für den Steuer- und Wahlcataster acht Diurnisten mit dem systemisierten Taggelde aufzunehmen.

4. Der an die k. k. Polizei-Direction im Jahre 1894 auszufolgende Betrag von ungefähr 1600 fl., sowie der von den Taggeldern der acht neuen Diurnisten auf das Jahr 1894 entfallende Theilbetrag des Jahreserfordernisses per 3796 fl. wird auf den Reservefond verwiesen.

14. (8767.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Dieses Referat behandelt die Bewilligung eines Zuschusscredites von 2646 fl. zur Rubrik XXII 1 d behufs Durchführung der Breitenfeldergasse von der Bennogasse bis zum Hernalsergürtel.

Diese Straße ist im VIII. Bezirke gelegen und erstreckt sich von der Bennogasse bis zur Gürtelstraße. Es sind in dieser Straße, welche derzeit noch eine Sackgasse ist, mehrere neue Häuser erbaut worden. Der Eigenthümer dieser Häuser hat den ihm aufgetragenen Bedingungen, und zwar der Abtretung des Grundes an Straßen und Abgrabungen dieser Straße genügegeleistet, und es handelt sich nur mehr um Durchführung dieser Straße bis zur Gürtelstraße. Es sollen daselbst die Straßenparcellen Nr. 1194 und 404/3, welche der Gemeinde gehören, abgegraben und als Straße beschottert werden, um die Communication zwischen dem VIII. Bezirke und der Gürtelstraße zu eröffnen. Auf dieser Rubrik sind bereits 33.000 fl. vorgemerkt, so dass ein Zuschusscredit nothwendig ist. Ich ersuche, dass ein Zuschusscredit von 2646 fl. bewilligt werde.

Gem.-Rath Weitmann: Ich habe gegen den Antrag nichts einzuwenden, sondern nur einen seit lange gehegten Wunsch der Bewohner der Josefstadt, sowie jener des Neubau vorzubringen, den nämlich, dass die Bennogasse endlich einmal durchgeführt werde bis in die Schottenfeldgasse. Der heutige Zustand ist ein großes Verkehrshindernis. Ich stelle heute keinen Antrag, sondern gebe nur die Anregung, dass der Herr Bürgermeister vielleicht die nöthigen Schritte unternehme, um von dem Ärar das ehemalige Bettenmagazin käuflich zu bekommen. Es wird heute ohnehin nur mehr zur Hälfte benöthigt. Ich möchte also den Herrn Bürgermeister bitten, diesbezüglich Schritte einzuleiten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Behufs Durchführung der Breitenfeldergasse von der Bennogasse bis zum Hernalsergürtel wird ein Zuschusscredit von 2660 fl. zur Rubrik XXII 1 d bewilligt.

15. (8891.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Es handelt sich hier ebenfalls um einen Zuschusscredit, und zwar in der Höhe von 12.718 fl. 60 kr. zur Sicherstellung der Arbeiten wegen Durchführung der Schöffelgasse im XVII. und XVIII. Bezirke. Es ist das eine Straße, welche eine Hauptverbindungslinie zwischen dem XVII. und XVIII. Bezirke bildet. Sie schließt sich an die Richthausengasse, die frühere Schlachthausgasse, an und führt unmittelbar neben dem Schlachthause vorbei bis zur Scheidlgasse im XVIII. Bezirke. Diese Straße ist von der früheren Gemeinde Hernals theilweise nicht durchgeführt worden. Sie ist in einem großen Einschnitte gelegen und nicht beschottert, weshalb sie auch nicht befahrbar ist. Es muss diese Straße daher abgegraben, beschottert und durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke ist der Betrag von 15.220 fl. 61 kr. nothwendig. Es ist jedoch nur eine Bedeckung von 2502 fl. 1 kr. vorhanden und es muss daher der fehlende Theil durch einen Zuschusscredit bedeckt werden. Der Betrag beziffert sich auf 12.718 fl. 60 kr. Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Behufs Durchführung der Schöffelgasse in Gersthof, XVIII. Bezirk, von der Scheidlgasse bis zur Richthausenstraße im XVII. Bezirke wird ein Zuschusscredit in der Höhe des unbedeckten Theilerfordernisses per 12.718 fl. 60 kr. zur Rubrik XXII 1 d bewilligt.

16. (1359.) **Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann:** Hier handelt es sich um einen Antrag des Stadtrathes, betreffend die Abänderung der Baulinien, wie sie das Ministerium für die Gürtelstraße in Aussicht genommen hat, und zwar im XI. Bezirke, beziehungsweise beim Übergange zum X. Bezirke. Gelegentlich des Ansuchens um Baulinienbestimmung in der Rinnböckgasse musste der Stadtrath sich die Frage stellen, ob die vom Ministerium bisher bestimmten Tracen für die Gürtelstraße in diesem Stadttheile zu belassen seien oder nicht. Die geehrten Herren sehen im Plane mit schraffierten Linien die projectierten Linien eingezeichnet, wie sie das Ministerium genehmigt hat. Aus diesem Plane ergibt sich, dass die Überführung der Gürtelstraße aus jener Trace, welche nahezu parallel mit dem Viehmarkte gelegt ist, nach jenen Theil der Gürtelstraße, welcher parallel dem Arsenale geführt wird, in schiefwinkeliger Weise projectiert erscheint. Eine solche schiefwinkelige Übersetzung ist in ästhetischer Beziehung ungünstig.

Es bilden sich dadurch an der Simmeringer Hauptstraße spitzwinkelige Baublöcke; es wird die Aspangbahn in schiefer Linie traversiert; die schiefe Traversierung des Canales ist ebenfalls ungünstig, und es war daher der Stadtrath der Ansicht, es solle hier eine Abänderung platzgreifen. Es wurde nun das Stadtbauamt beauftragt, einen anderen Vorschlag vorzulegen. Der Antrag des Stadtbauamtes gieng dahin, die beiden Richtungen der Gürtelstraße unvermittelt aneinanderstoßen zu lassen, und zwar, wie die Herren hier im Plane mit punktierten Linien eingezeichnet finden, rechtwinkelig gegeneinander. Eine solche rechtwinkelige Verbindung in der Gürtelstraße entspricht gewiss nicht dem Charakter der Gürtelstraße. Eine derartige rechtwinkelige Verbindung ist nicht entsprechend für den Verkehr und ungünstig in ästhetischer Hinsicht. Es hat daher der Stadtrath einen anderen Vorschlag acceptiert, welcher dem geehrten Gemeinderathe zur Annahme empfohlen wird. Dieser Vorschlag ist aus dem Regulierungsprojecte des Baudirectors Stübben entnommen; ein ähnlicher Vorschlag ist auch in dem Projecte des Architekten Baumann — gleichfalls einem prämiierten Projecte für den General-Regulierungsplan — enthalten. Der Vorschlag geht dahin, die Verbindung beider Richtungslinien durch eine Curve zu projectieren. Die Herren sehen hier im Plane die Curve A A' B eingezeichnet. Dadurch ist den Verkehrsansprüchen Rechnung getragen; die Übersetzung der Bahn und des Canales wird in einer günstigen Weise erfolgen, die Baublöcke bei der Simmeringerstraße werden besser verbaubar, und auch in schönheitlicher Hinsicht ist eine derartige Krümmungslinie für die Gürtelstraße zu empfehlen.

In Übereinstimmung mit diesem Principe wird auch bei dem Punkte E E' F, welcher in denjenigen Theil der Gürtelstraße fällt, der längs des Viehmarktes gelegt wird, vorgeschlagen, statt einer ungünstigen polygonalen Abbiegung soll die Verbindung mittels einer Curve durchgeführt werden.

Bei dieser Anordnung, wie Sie der Stadtrath sowohl an dem einen als an dem anderen Punkte vorschlägt, wird allen Bedingungen, die zu stellen sind, entsprochen und es empfiehlt sich

daher die Annahme seitens des geehrten Gemeinderathes. Ich erlaube mir daher folgenden Antrag zu stellen:

„Es seien die ministeriell genehmigten Baulinien der Gürtelstraße im XI. Bezirke dahin abzuändern, dass an den Bruchpunkten die Kreislinien A A' B — C C' D einerseits und E E' F — G G' H andererseits einzuschalten sind."

Ich bitte um Annahme des Antrages.

Gem.-Rath Dr. Linke: Vor allem muss ich mein Bedauern darüber aussprechen, dass ein so wichtiger Gegenstand, das Referat, betreffend das Project für die Verlegung der Trace der Gürtelstraße in der Strecke Donaucanal—Arsenal, jetzt, einige Minuten vor Schluss der Sitzung, zur Verhandlung gelangt.

Was den Gegenstand selbst betrifft, so ist es sehr nothwendig, in Kürze die Entstehungsgeschichte der Gürtelstraße bezüglich dieser Trace zu kennen.

Ich bin in diese Angelegenheit sehr eingeweiht, weil ich bei den meisten Commissionen selbst interveniert habe und genaue Aufzeichnungen darüber besitze. Die Frage bezüglich der Anlage der Gürtelstraße datiert schon seit der Allerhöchsten Entschließung vom 28. Juni 1861; seit dieser Zeit wurde bezüglich dieser Trace sehr viel gezeichnet, sehr viele Projecte gemacht, aber nichts ausgeführt. Im Jahre 1864 wurde die Trace von der Mariahilferlinie bis zum Arsenal bestimmt. Erst bei der Commission vom 21. Juli 1868 hat die Wiener Commune ein Project über die Trace vom Arsenal bis zum Donau-Canal vorgelegt. Es konnte aber, weil damals das Schicksal des Wiener-Neustädtercanales als Schiffahrtscanal noch nicht bestimmt war, vorläufig nur über die Trace von der jetzigen Simmeringer Hauptstraße bis zum Donaucanal verhandelt werden und wurde auch die Trace und zwar von der Hauptstraße längs der Döblerhofgasse in gerader Linie zum Donaucanale festgestellt.

Mittels Gesuches vom 13. Juli 1872 hat sich aber die Commune Wien bereits bemüssigt gesehen, an das Ministerium des Innern heranzutreten wegen Änderung dieser Strecke der Gürtelstraße von der Hauptstraße in Simmering bis zum Donaucanale, weil die Anlage des jetzigen Central-Viehhofes, beziehungsweise die Erweiterung des damaligen Viehhofes, nothwendig geworden war und die Gürtelstraße weiter hinausgerückt werden musste. Hierüber wurden viele Commissionen abgehalten, bis es endlich soweit kam, dass auch die frühere Trace vom Arsenale bis zur Hauptstraße mit in Verhandlung gezogen werden konnte.

Damals bestand der Wiener-Neustädtercanal noch als Schiffahrtscanal und es wurde diesbezüglich ein Project vorgelegt, wonach derselbe in einer Höhe von 21 Fuß über dem örtlichen Nullpunkt überbrückt werden sollte, und infolgedessen hätte die Simmeringer Hauptstraße angeschüttet werden müssen. Hieran ist dieses Project gescheitert. Der Wiener Gemeinderath hat sich nun mit der Ausarbeitung eines neuen Projectes befasst, was lange Zeit in Anspruch nahm, und es wurde durch Zufall die Ausführung dieser Arbeit insofern erleichtert, als die Eisenbahnunternehmung Société des chêmins de fer Belges damit umgegangen ist, die Eisenbahnlinie Wien—Novi auszuführen, welche später bis Aspang wirklich ausgeführt wurde.

Infolge dieser projectierten Bahnanlage wurde der Wiener-Neustädtercanal als Schiffahrtscanal aufgelassen und war eine Überbrückung desselben für die Gürtelstraße nicht nothwendig. Dagegen erschien es aber nothwendig, den Canal durch einen Siphon zu führen, und zwar in einer lichten Weite von 77½°.

Eine Überbrückung sollte bloß für die Gürtelstraße ausgeführt werden, und zwar in zwei Theilen, welche durch Pfeiler in der Mitte getrennt sind. Die Eisenbahnunternehmung hat sich aber geweigert, die großen Kosten für die Ausführung eines so langen Siphons auf sich zu nehmen, und wurde infolge dessen die Ausführung der Gürtelstraße in dieser Strecke wieder vertagt und ein Comité eingesetzt, welches aus Vertretern der genannten Eisenbahnunternehmung, der General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen, der Eisenbahnunternehmung für Industriebahnen und des Landesausschusses bestand.

Dieses Comité hat ein Project ausgearbeitet, welches am 13. Mai 1880 zur commissionellen Verhandlung vorgelegt wurde und welches darin bestand, dass das Canalwasser nicht in einem großen Siphon in der Breite von 77½°, sondern in zwei Hälften als Doppelsiphon in einer Gesammtbreite von bloß 25° geleitet werde, infolge dessen es nothwendig wurde, dass die Wiener Commune die Breite der Gürtelstraße auf 25° reduciere, so dass nur die beiden äußeren Fahrstraßen der Gürtelstraße durch den Durchlass der Eisenbahn Wien—Aspang bei Kilometer 1·75 durchzogen werden sollten. Die Eisenbahnunternehmung, welche schon damals in die Hände der Eisenbahn-Gesellschaft Wien—Aspang gelangt ist, hat sich zu bedeutenden Concessionen herbeigelassen, im Falle die Gürtelstraße auf die Breite von 25° reduciert werde und insbesondere — und das ist festzuhalten — sich auch herbeigelassen, auf ihre eigenen Kosten diese beiden Siphons auszubauen und dann weiters noch die Grundstücke, welche der Eisenbahnunternehmung gehören und durch die Gürtelstraße tangiert werden, der Commune abzutreten und auf das Niveau zu bringen; weiters auch noch die Brückenherstellungen auszuführen, welche für nothwendig befunden wurden, allerdings nur auf Kosten der Commune Wien. Dieses Project wurde genehmigt und das ist nicht zu vergessen, weil bei allen Ausführungen, welche infolge des jetzigen Projectes zu geschehen haben, auch wieder eine derartige Überfahrt über den Wiener-Neustädtercanal ausgeführt werden muss. Die Trace der Gürtelstraße ist später noch reguliert worden, und zwar im Jahre 1889, nachdem die Commune beschlossen hatte, einen Seuchenhof anzulegen. Infolge dessen musste die Gürtelstraße wieder weiter hinausgerückt werden, so dass die Überfahrt über den Wiener-Neustädtercanal bei Kilometer 1·75 nicht mehr stattfinden kann. Aus dem Gesagten ersehen die Herren, wie weit es kommt, wenn das, was einmal geplant wurde, nicht sofort ausgeführt wird, und ich bin fest überzeugt, wenn das vorliegende Project nicht sofort zur Ausführung kommt, wird es im Laufe der Zeit unmöglich werden. Nachdem jetzt dieses Project Gegenstand der Berathung ist, begrüße ich es als sehr erwünscht, dass die spitzen Winkel bei der Kreuzung der Hauptstraße abgestumpft werden.

Allein dieses Project entspricht noch nicht allen Anforderungen, weil die Verkehrsbedürfnisse erfordern, dass die Gürtelstraße die Hauptstraße rechtwinkelig durchschneidet — und nie und nimmer unter einem spitzen Winkel — was bei genauer Erwägung möglich sein wird. Weiter muss ich, nicht bloß aus meiner eigenen Überzeugung, sondern auch auf das Gutachten hin, das ich von Fachmännern eingeholt habe, es als durchaus unzulässig bezeichnen, dass eine Straße von solcher Bedeutung und einer Breite von 40°, wie die Gürtelstraße, in einem kreisförmigen Bogen gezogen wird, weil sich eine solche Form zu Baustellen gar nicht recht verwenden lässt, sie müsste in einem Polygon gezogen werden. (Referent:

Das geschieht ohnehin!) Dieses Project ist, soweit es aus dem Plane nicht ersichtlich ist, nicht acceptabel. Ich muss aber noch bemerken, dass der Plan nicht so genau und evident ist, um vollkommen klaren Einblick zu haben und die Überzeugung zu gewinnen, dass diese Anlage wirklich allen Anforderungen entspricht. Vor allem setzt die Anlage einer so bedeutungsvollen Straße wie die Gürtelstraße nicht bloß den Entwurf eines Planes, sondern auch eine Local-Commission mit Zuziehung derjenigen Factoren voraus, welche bezüglich dieser Angelegenheit vollkommen eingeweiht sind, die Geschichte der Gürtelstraße von Anfang an kennen und wissen, was für Hindernisse eventuell entgegentreten können, was für Abmachungen bereits geschehen sind, wie die eine, die ich bereits hervorgehoben habe, bezüglich der Canal-Gesellschaft.

Es ist aber auch noch mit der aus diesem Plane nur theilweise und unvollkommen ersichtlichen Anlage noch vieles andere im Zusammenhange.

In der weiteren Strecke von der Hauptstraße in Simmering bis zum Arsenal ist der St. Marxer Friedhof und weiter das Bauverbot des k. k. Arsenals im Wege. Bevor diese zwei Angelegenheiten nicht erörtert sind, kann über diesen Plan gar nicht oder höchstens nur bedingt abgestimmt werden.

Nun ist aber dieser Plan, wie ich schon bemerkt habe, so ungenau, dass, wenn Sie denselben mit dem ausführlichen Plane, wie er hier zur Schau gestellt ist, vergleichen, bedeutende Unterschiede hervorkommen. Die projectierte Trace der Gürtelstraße zieht sich nach dem Ihnen mitgetheilten Plane **unter** der Trace vom Jahre 1892, welche geradlinig projectiert war. In diesem Plane hier aber zieht sie sich **oberhalb** desselben, folglich ist das keineswegs ein Plan, welcher den mitgetheilten Plan anschaulicher machen kann.

Zum genaueren Verständnis des Planes, sei es nun dieses oder jenes Planes, ist es also unbedingt nothwendig, dass eine Local-Commission stattfinde und dass zu dieser Local-Commission Männer beigezogen werden, welche in dieser Angelegenheit Auskunft geben können. Ich glaube mich auch zu jenen zählen zu können, nachdem ich die Angelegenheit genau kenne und immer mit Eifer verfolgt habe. Es ist aber auch nothwendig, dass, wenn heute dieses Project die Genehmigung erlangen sollte, das, was heute beschlossen wird, mit der thunlichsten Beschleunigung ausgeführt werde, weil dann wieder irgendein Hindernis in den Weg treten könnte, durch welches das Project unausführbar würde; es ist aber auch nothwendig, dass ein Organ geschaffen werde, welches diese Angelegenheit fortwährend in Evidenz hält, und die verschiedenen Fragen, welche dabei mitspielen, nicht aus dem Auge verliert.

Es ist ein großer Unterschied zwischen dem vorliegenden Plane und den anderen Plänen, denn in den Ihnen mitgetheilten Plänen wird der St. Marxer Friedhof tangiert, nach diesem Plane nicht.

Nach dem letzten Projecte vom Jahre 1880 wurde der St. Marxer Friedhof mit einer Breite von 30° durchschnitten, so zwar, dass bis zu jener Zeit, wo der St. Marxer Friedhof aufgelassen wird, d. i. bis zum 1. November 1905, die Gürtelstraße bloß auf die Breite von 10° beschränkt wäre.

Das sind so wichtige Umstände, dass man über diese nicht sofort abstimmen kann. Ich habe gar kein anderes Interesse an der Angelegenheit, als dass dieselbe auch wirklich zur Ausführung gelangt, aber auf einer Basis, wie sie wirklich den Erfordernissen entspricht. Diese unbestimmten Verhältnisse, wie sie bis jetzt gedauert haben, sind ein Grund, warum sich bisher kein Unternehmer gefunden hat, eine Eisenbahn in jener Trace anzulegen, sind auch ein Grund, warum der ganze XI. Bezirk von den Verkehrsanlagen ausgeschlossen ist.

Leider bin ich wegen der Kürze der Zeit nicht in der Lage, in diese Angelegenheit einzugehen, und ich formuliere nun meine Anträge dahin:

„1. Es sei der Gegenstand zu vertagen, eine Local-Commission zur Prüfung des Projectes anzuordnen und hievon die Gemeinderäthe zu verständigen;

2. sei ein Comité zu bestellen, welches diese Frage in Evidenz zu halten hat;

3. sei der Herr Bürgermeister zu beauftragen, die geeigneten Schritte bei der h. Regierung wegen Aufhebung des Bauverbotes bezüglich des k. k. Arsenales einzuleiten."

Referent: Ich stimme mit dem Herrn Collegen darin vollkommen überein, dass das Referat schon längst hätte erstattet werden sollen, die Angelegenheit ist eine dringliche und ich glaube daher, dass der Bezirk dem geehrten Herrn Collegen für seinen Vertagungs-Antrag nicht sehr dankbar sein wird. Die Eigenthümer wollen bauen — der Herr College hat ja gehört, dass Gesuche um Baulinien bei uns eingelangt sind — ich muss ferner constatieren, dass der Bürgerspitalsfond Gründe hat, die dort parcelliert und verkauft werden sollen. Es ist also die Entscheidung dringlich und der Vertagungs-Antrag, wie ihn der geehrte Herr College gestellt hat, jedenfalls nicht im Interesse der betreffenden Gesuchsteller.

Ich möchte dem geehrten Herrn Collegen in Erinnerung bringen, dass ja eigentlich die Tracen der Gürtelstraße bestimmt sind, und dass, wenn der Stadtrath die Sache nicht anders beurtheilt hätte, diese schiefwinkelige Verbindung, wie sie im Plane eingezeichnet ist, auch schon in Kraft getreten wäre; die Baulinien wären so herausgegeben worden. Wir haben uns aber gesagt, trotz der Dringlichkeit der Angelegenheit muss hier eine Correctur vorgenommen werden, und dass diese Correctur zweckmäßig ist, das, glaube ich, kann wohl jedermann aus dem Plane erkennen.

Der geehrte Herr College hat ferner auch gewünscht, es solle eine Local-Commission abgehalten werden. Eine solche hat ja stattgefunden, allerdings nicht über den Vorschlag des Stadtrathes, der erst nachher im Stadtrathe gefasst wurde, aber über den Abänderungs-Antrag im allgemeinen und über die Trace, wie sie im Plane eingezeichnet ist — nämlich rechtwinkelig aneinanderstoßend — der Herr Gem.-Rath Koch war, wie ich aus dem Protokolle ersehen habe, in Vertretung des Gemeinderathes bei dieser Commission anwesend. Es haben alle Factoren — ohne Unterschied — — anerkannt, dass die Vermeidung der schiefwinkeligen Übersetzung von großem Vortheile sei, dass die Traversierung im schiefen Winkel eine ungünstigere wird, sowohl bei der Bahn als beim Canal, und daher die Veränderung in diesem Sinne mit Freuden zu begrüßen sei. Der geehrte Herr College übersieht, dass alle maßgebenden Factoren darüber einvernommen wurden und sich dafür ausgesprochen haben. Es liegen die Zuschriften der austro-belgischen und der Aspang-Eisenbahn-Gesellschaft vor; alle sind damit einverstanden, dass hier eine Veränderung einzutreten habe, und zwar in der Weise, dass man möglichst rechtwinkelig die Linie ziehe. Bei dem Projecte, wie es der Stadtrath vorlegt, wird auch thatsächlich nur an jenen Partien eine Änderung projectiert, wo eine Verbauung noch nicht stattgefunden hat. Der geehrte Herr College hat weiter angeregt, es möge das Bauverbot aufgehoben werden, welches das Arsenal bedingt.

Ich glaube aber, dass das unmöglich ist. Denn, so lange das Arsenal besteht, muss seiner Natur und Bestimmung nach dieses Bauverbot aufrecht erhalten werden. Nun ist das aber auch kein so großer Schade. Das Bauverbot reicht gerade bis zu jenen Fronten der Gürtelstraße, die zur Verbauung kommen, auf der anderen Seite wird schließlich einmal ein Park errichtet werden. Das wäre ein weit zweckmäßigerer Antrag, dahin zu wirken, dass diese Partien, die mit dem Bauverbote belegt sind, zu Gartenanlagen verwendet werden, und ich würde dem geehrten Herrn Collegen rathen, seine Bestrebungen in dieser Richtung geltend zu machen. Das wäre wahrscheinlich zu erzielen, aber die Aufhebung des Bauverbotes nicht, denn die Verbauung dieses Terrains wird gewiss nicht zugegeben und wird es auch zweckmäßiger sein, ein großes Luftreservoir dauernd zu erhalten. Ich glaube daher, das vom Stadtrathe vorgelegte Project ist so einleuchtend für jedermann, dass Sie diesem Antrage zustimmen können.

Nun möchte ich noch eines erwähnen. Der Herr College hat mir schon in der vorigen Sitzung mitgetheilt, dieser Plan sei falsch. Ich habe ihn aufmerksam gemacht, dass der Plan nach seinem Maßstabe vollkommen richtig ist, und dass die Lage der Trace richtig eingezeichnet wurde. Der Herr College hat wahrscheinlich den Plan umgedreht und den Plan so verglichen, ein Irrthum, den ich ja nicht übel nehme. Wenn ich ihm aber versichere, dass der Plan richtig ist, so könnte er sich damit beruhigen. Der Plan, den die Herren Gemeinderäthe erhalten, ist groß genug zur Information. Einen Plan, wie ihn der Herr College wünscht, mit allen Häusern, Nummern und Details können wir doch nicht ohne große Kosten herschaffen. Hier am Referententische liegt ein Plan, wo die Häuser eingezeichnet sind, und jedermann, der noch Details wünscht, kann sie hier ersehen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich ersuche, die Plätze einzunehmen, und bitte die Herren Schriftführer, auszuzählen. (Nach Auszählung der Versammlung:) Die Versammlung ist nicht mehr beschlussfähig. Ich constatiere, dass noch vorgemerkt sind die Herren Gem.-Räthe Trambauer und Matthies.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 7 Uhr 50 Minuten abends.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **9. November 1894.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

(8906.) **St.-R. Rückauf** referiert über das Verkaufsanbot des Dr. Josef Unterberger nos. der Eigenthümer der Schwender'schen Realitäten Einl.-Z. 2 Rudolfsheim, XIV. Bezirk, bezüglich eines Theiles der letzteren und beantragt:

1. Von einer Betheiligung der Gemeinde Wien an der am 13. November d. J. bei dem k. k. städt.-del. Bezirksgerichte Rudolfsheim stattfindenden executiven Feilbietung des der Anna Silberbauer-Schwender gehörigen Siebentelantheiles der Realität Einl.-Z. 2 Rudolfsheim, XIV. Bezirk, wird abgesehen;

2. der Magistrat wird ermächtigt, mit den Eigenthümern der genannten Realität wegen eventuellen Ankaufes der zu derselben gehörigen Parcellen 2/1, 2/2, 2/3, 1/8, 2/5 und 2/6 seitens der Gemeinde die Verhandlungen fortzusetzen.

St.-R. v. Götz beantragt, es sei der Magistrat zu beauftragen, Bericht zu erstatten, ob nicht auf dem Heumarktplatze vis-à-vis der Rudolfsheimer Remise, beim Beginne der Linzerstraße, die Erbauung einer Markthalle für den XIII. und XIV. Bezirk in Aussicht genommen werden könnte.

Referenten-Antrag 1 angenommen.

Referenten-Antrag 2 und Antrag des St.-R. v. Götz abgelehnt.

(8932.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Ansuchen des Vereines der katholischen Arbeiterinnen um Localüberlassung im communalen Kindergarten XII. Bezirk, Schillergasse (neu Vierthalergasse), und beantragt, dem genannten Vereine bis auf Widerruf das Parterrelocale des bezeichneten Kindergartens an Sonn- und Feiertagen in der Zeit von frühestens 3 Uhr nachmittags bis spätestens 8 Uhr abends unentgeltlich, jedoch unter strengster Einhaltung der Punkte 1, 2, 5 (erster Satz), 8, 11 und 12 der vom Stadtrathe mit Beschluss vom 10. September 1891, Z. 1517, genehmigten Bestimmungen für die Überlassung von Schullocalitäten an schulfremde Personen zu überlassen. Die Kosten der Beheizung und Beleuchtung sind von der Gemeinde Wien zu tragen. (Angenommen.)

(8899.) **Derselbe** referiert über einen Trottoirpflasterungs-Kostenrückstand per 178 fl. 64 kr. bezüglich des Hauses Or.-Nr. 9 Neuwallgasse, XII. Bezirk, und beantragt die Abschreibung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(8895.) **Derselbe** referiert über die Entlohnung der Aufseher für die Controle der Stadtsäuberung mittels Kehrmaschinen bei Nacht und beantragt:

1. Die bei der Stadtsäuberung im I. Bezirke verwendeten Aufseher haben den Nachtdienst (die Überwachung der Kehrmaschinen) vom 1. November 1894 regelmäßig abwechselnd nach einem vom Bezirksvorsteher einzuführenden Turnus zu verrichten;

2. die Entlohnung der Aufseher über den normierten Taglohn von 2 fl. für die Tages- oder Nachtarbeit tritt nur im Falle der Leistung solcher Überstunden ein, welche durch die Überwachung der Stationisten erforderlich wurde.

Im Falle derartiger Überstundenarbeiten, welche ebenfalls unter die Aufseher gleichmäßig zu vertheilen sind, ist den Aufsehern für jede bei Tage geleistete Überstunde eine Entlohnung von 20 kr., für jede bei Nacht geleistete eine solche von 30 kr. zu bezahlen.

Als Nachtstunden gelten hiebei die in der Zeit von 6 Uhr abends angefangen geleisteten. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8850.) **St.-R. Mayer** referiert über den Bericht der Forstverwaltung Mannswörth, betreffend die Vergebung des diesjährigen Holztransportes und beantragt, die Abfuhr der in der Fällungsperiode

1894/95 in der Peigenau (Forstrayon Mannswörth des Fondsgutes Ebersdorf an der Donau) zur Aufarbeitung gelangenden Derb- und Bürtelhölzer von circa 2300 m³ auf den an die sogenannte Amtshauswiese angrenzenden Holzlagerplatz um den von Karl Schwarzängl offerierten Einheitsfuhrlohn von 24 kr. für einen Raummeter unter den in dem Protokolle vom 20. October 1894 ad V.-V.-Z. 231 enthaltenen Bedingungen zu genehmigen. (Angenommen.)

(8799.) **Derselbe** referiert über die Weiterverpachtung der städtischen Grundparcellen 474 und 475 in Ober-St. Veit, XIII. Bezirk, und beantragt, die Verpachtung dieser Grundparcellen an Josef Geiger, Hausbesitzer, XIII., Erzbischofgasse 6, um 60 fl. jährlich auf vier Jahre, d. i. vom 1. November 1894 bis 1. November 1898, zu genehmigen. (Angenommen.)

(8918.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Floh um Ermäßigung des Pachtzinses für die dem Wiener Bürgerspitalsfonde gehörige Spitalwiese Abtheilung 41 a, Simmering, XI. Bezirk, und beantragt, den Pachtzins ab 1. Mai 1895 von 137 fl. auf 125 fl. jährlich herabzusetzen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt die Belassung des Pachtverhältnisses unter den bisherigen Bedingungen.

Antrag Dr. v. Billing angenommen.

(8735.) **Derselbe** referiert über die Genehmigung von Zuschusscrediten zu den Schulbau-Rubriken XII 12 i, XII 12 o, XII 12 x und XII c 1 und beantragt die Bewilligung von Zuschusscrediten per zusammen 74.000 fl. (Angenommen; den Gemeinderath.)

(8736.) **Derselbe** referiert über Herstellungen im städtischen Schulhause Consc.-Nr. 591 am Geiselberg, Simmering XI. Bezirk, und beantragt die Bewilligung eines Zuschusscredites von 1128 fl. zur Ausgabs-Rubrik XLIII 2. (Angenommen.)

(8770.) **Derselbe** referiert über die Erforderlichkeit eines Zuschusscredites per 29.000 fl. zur Rubrik XXII 12 c „Löhnungen des Personales für die Erhaltung der ungepflasterten Straßen" und beantragt die Bewilligung. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8423.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über die Besetzung einer erledigten provisorischen Armenarztensstelle im X. Bezirke und beantragt, diese Stelle, mit welcher eine Remuneration jährlicher 600 fl., drei Quinquennien à 200 fl., sowie die Verpflichtung verbunden ist, im Bezirke, rücksichtlich im betreffenden Rayon zu wohnen, dem praktischen Arzte Dr. Hugo Theler unter Normierung einer gegenseitigen einmonatlichen Kündigung zu verleihen. (Angenommen.)

(8709 und 8830.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Magistrats-Gutachten, betreffend den im Abgeordnetenhause eingebrachten Entwurf eines neuen Heimatsgesetzes, und beantragt:

Es sei eine Petition an die hohe Regierung und an beide Häuser des Reichsrathes zu überreichen, in welcher an der Hand der von der städtischen Buchhaltung vorgelegten Daten nachgewiesen wird, dass durch das geplante neue Heimatsgesetz die Gemeinde Wien einerseits eine außerordentlich hohe, ja geradezu nicht erträgliche Mehrbelastung für Zwecke der Armenversorgung, andererseits ein fühlbarer Entgang an Gebüreneinnahmen treffe, und es sei in der Petition die Bitte zu stellen:

1. dass die im Art. I, § 2, in den Punkten a und b in Aussicht genommenen Aufenthaltsfristen von 5 respective 10 Jahren auf 10 respective 15 Jahre erhöht werden;

2. dass die Gemeinde Wien auch in den Fällen des Art. I, § 2, a und b berechtigt sein soll, den Fall nachgewiesener Armut ausgenommen, eine Zuständigkeitsgebür einzuheben;

3. dass der Bittsteller im Falle des Artikels I, § 2 verpflichtet sei, nachzuweisen, dass weder er noch ein Mitglied seiner Familie während der Aufenthaltsdauer der Armenversorgung der Stadt zur Last gefallen sei, und dass

4. während dieser Zeit keine ihn betreffende landesfürstliche Steuer oder gesetzliche Umlage wegen Uneinbringlichkeit in Abschreibung gekommen sei.

Endlich möge

5. das Gesetz nicht früher in Kraft treten, bis nicht von Seite der hohen Regierung der Gemeinde Wien im Gesetzgebungswege ein diesem enormen und unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen geradezu unerschwinglichen Mehraufwande entsprechendes Äquivalent gewährt sein wird, wobei auf das dem Finanzminister überreichte Memorandum des Bürgermeisters Bezug zu nehmen ist.

St.-R. Schlechter beantragt, das Referat zu vertagen und den Magistrat zur schleunigen Berichterstattung darüber aufzufordern; ob nicht

1. das System des Unterstützungswohnsitzes einzuführen wäre;

2. in welcher Weise das Land, beziehungsweise der Staat zu den Armenkosten beizutragen hätte.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, den Bürgermeister zu ersuchen, das Referat über den Städtetag puncto Vergütung des Aufwandes für die Besorgung des übertragenen Wirkungskreises in einer der nächsten Gemeinderaths-Sitzungen erstatten zu lassen.

Ferner beantragt derselbe die Wahl eines aus fünf Mitgliedern des Stadtrathes bestehenden Berathungs-Comités.

St.-R. Dr. Vogler beantragt die Vorlage eines Magistrats-Referates, welches im Magistrats-Gremium berathen wurde.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt, es sei auch die Frage in Erwägung zu ziehen, ob nicht von der Verleihung der Zuständigkeit auch solche ausgeschlossen sein sollen, welche einen unsittlichen oder ärgerniserregenden Lebenswandel führen.

Referent accommodiert sich dem Vertagungs-Antrage mit dem Zusatze, dass insbesondere das Gutachten des Armen-Referenten und ein Gremial-Beschluss (wie vom St.-R. Dr. Vogler beantragt) eingeholt werde.

St.-R. Dr. Nechansky beantragt, es sei auch die Frage einer Reichsarmenversicherung (Antrag des Gem.-Rathes Herrdegen) in Erwägung zu ziehen; falls aber dieses Referat wegen der Kürze der Zeit nicht gleichzeitig mit dem Referate über das Heimatsgesetz erstattet werden könnte, sei hierüber ein selbständiges Referat zu erstatten.

Der Vertagungs-Antrag wird mit dem Zusatze des Referenten einstimmig zum Beschlusse erhoben.

Ferner wird angenommen:

der Antrag Schlechter (Unterstützungswohnsitz),

die Anträge Dr. Klotzberg und Dr. Nechansky und

die beiden Anträge Dr. Lueger.

(8916.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Schuldieners Karl Burghart um Urlaubsverlängerung und beantragt, dem Bittsteller, dem bereits im heurigen Jahre wegen Berufsunfähigkeit ein vierwöchentlicher Urlaub ertheilt werden musste, neuerlich einen Urlaub in der Dauer von acht Wochen zu ertheilen.

(Angenommen.)

(8962.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über die seitens Josef Berger durch Einfriedung eines Theiles der städtischen Wegparcelle Nr. 1153 am Schreiberbache in Grinzing, XIX. Bezirk, erfolgte Besitzstörung und beantragt, es habe, falls nicht bis 14. November d. J. der frühere Zustand wieder hergestellt ist, der Amtsleiter den Act sofort dem Stadtanwalte zur ungesäumten Einbringung der Besitzstörungsklage zu übermitteln. (Angenommen.)

(8890.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über das Ansuchen des Leopold Pippich, Hausbesorgers an der städtischen Volksschule in Hütteldorf, um Gestattung der Entnahme von Brennmateriale aus den städtischen Vorräthen und beantragt, dem Genannten im Hinblicke auf die dermalen obwaltenden Verhältnisse in dem erst heuer erbauten Schulhause ausnahmsweise zu gestatten, dass er während der Heizperiode 1894/95, d. i. bis 15. April, das zur Beheizung seiner Naturalwohnung erforderliche Brennmateriale den für die vorbezeichnete Schule beigestellten Vorräthen unentgeltlich entnehmen dürfe.

(Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(8952.) **St.-R. Müller** referiert über die Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für die Einwölbung des Arbesbaches im XIX. Bezirke und beantragt, das von Julius Chailly im Protokolle vom 8. November 1894 enthaltene Anerbieten, wonach derselbe die verlangte Conventionalstrafe von 30 fl. pro Tag der Terminsüberschreitung anerkennt und die Arbeitsausführung in der Weise vornimmt, dass der Verkehr aufrecht erhalten werden kann, unter den von dem Unternehmer gestellten Bedingungen, dass

1. der Arbeitstermin um 40 Arbeitstage verlängert wird, und

2. dem Unternehmer für die Erschwernisse in der Arbeitsausführung, insbesondere die Numerierung der nach dem genehmigten Offerte in offenem Aushube auszuführenden Einwölbungsstrecke eine Pauschalentschädigung von 2500 fl. als Aufzahlung auf die Vertragspreise vergütet werde — anzunehmen.

Gleichzeitig wäre demselben zuzugestehen, dass, im Falle in der Einwölbungsstrecke zwischen dem Rudolfinerhause und der Sieveringerstraße schlechter Untergrund vorgefunden oder Wasserandrang eintreten sollte, diese Strecke statt durch Minierung in offenem Aushube ausgeführt werden kann. (Angenommen.)

(8927.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef und der Elisabeth Hallawitsch um Baubewilligung für Einl.-Z. 283 in Ober-Sievering und beantragt, die unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Bedingungen hinauszugebende Ertheilung der Baubewilligung zu bestätigen. (Angenommen.)

(8891.) **Derselbe** referiert über das Project für die Durchführung der Schlösselgasse in Gersthof im XVIII. Bezirke von der Scheidlgasse bis zur Richthausenstraße im XVII. Bezirke und beantragt:

1. das vorgelegte Project mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 15.220 fl. 61 kr. zu genehmigen;

2. die Auszahlung des Zehrungsbeitrages von 2 fl. täglich nach dem provisorischen Normale an den Bauinspicienten zu bewilligen, und

3. zur Bedeckung des nicht bedeckten Theiles des obigen Erfordernisses einen Zuschusscredit von 12.718 fl. 60 kr. zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 d zu bewilligen.

(Angenommen; Punkt 3 an den Gemeinderath.)

(8851.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Otto Wagner um käufliche Überlassung von Theilen der Parcellen 745, 825/1 in Hütteldorf, XIII. Bezirk, und beantragt:

Das Ansuchen des Otto Wagner um käufliche Überlassung des im Plane mit den Buchstaben A B O C X A bezeichneten Grundstreifens im Ausmaße von circa 1515·88 m², Theile der städtischen Parcellen Nr. 745 und 825/1 in Hütteldorf im XIII. Bezirke, um den Pauschalbetrag von 700 fl. wird unter den Bedingungen des Protokollaroffertes vom 29. October 1894 genehmigt.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8908.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Anstreichermeisters Josef Danielovsky um Wiederzulassung zu städtischen Arbeiten und beantragt, von der mit Stadtraths-Beschluss vom 6. September 1893, Z. 6272, angeordneten Ausschließung des Gesuchstellers von städtischen Arbeiten wieder abzusehen, somit denselben zur Bewerbung um Übertragung städtischer Arbeiten wieder zuzulassen. (Angenommen.)

(8339.) **Vice-Bürgermeister Matzenauer** referiert über die Benennung der zwischen der Dresdnerstraße und der Nordwestbahn gelegenen Straße in der Donaustadt, II. Bezirk, und beantragt die Benennung mit „Leithagasse". (Angenommen.)

(8315.) **Derselbe** referiert über den Antrag des St.-R. Rückauf auf Belassung der Bezeichnung „Pfeifergasse" im XIV. Bezirke statt der Neubezeichnung „Rebhanngasse" und beantragt die Belassung der Bezeichnung „Pfeifergasse" im XIV. Bezirke und die Neubezeichnung „Sedlitzkygasse" für die Pfeifergasse im XI. Bezirke.

(Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

(8865.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Wasserabgabe für einen Theil von Hietzing, Aufstellung von drei neuen Auslaufbrunnen daselbst und Umhängung des am Kirchenplatze befindlichen, aus der hofärarischen Leitung gespeisten Auslaufbrunnens an das Hochquellenrohrnetz und beantragt, die diesbezüglich, sowie hinsichtlich der Vergebung der Erd-, Maurer- und Maschinistenarbeiten an den Contrahenten für die Rohrlegung vom Magistrate gestellten Anträge zu genehmigen. (Angenommen.)

(8930.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Lieferung von Röhren und Maschinenbestandtheilen für die anlässlich der Wienfluss-Regulierung nothwendig werdende Tieferlegung der Unterfahrung des Wienflussbettes durch die Hochquellenleitung und beantragt, die Lieferung der Rohre der österreichisch-alpinen Montangesellschaft (8 fl. 60 kr. per 100 kg gerade Muffenrohre, 10 fl. 50 kr. per 100 kg Façonrohre mit Muffen, 13 fl. per 100 kg Façonrohre mit Flanschen), die Maschinenbestandtheile aber der Firma C. Teudloff & Th. Dittrich (25 Percent Nachlass) zu übertragen. (Angenommen.)

(8878.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über die Auflassung der Miete des Turnsaales im Hause II., Glockengasse 2, und beantragt: Es sei das zwischen der Gemeinde Wien und dem Eigenthümer, resp. Administrator des Hauses II., Glockengasse 2, hinsichtlich des zu Turnzwecken verwendeten Locales Nr. 42 (links vom Hauseingange) bestehende Mietverhältnis im Novembertermine 1894 halbjährig zu kündigen und von dieser Kündigung auch der h. k. k. n.-ö. Landesschulrath und die Direction des k. k. Staatsgymnasiums II., Taborstraße 24, unter gleichzeitigem Widerruf der gestatteten Mitbenützung, sowie der Wiener Bezirksschulrath zu verständigen. (Angenommen.)

(8915.) **Derselbe** referiert über die Vergebung der Lieferung der Ackererde für die Gartenanlage V., Matzleinsdorferstraße 21 und 23, und beantragt, das Offert des Alois Wanko, mit welchem sich derselbe erbietet, die für die Herstellung einer Gartenanlage auf der Area der demolierten Häuser Or.-Nr. 21/23 Matzleinsdorferstraße im V. Bezirke erforderliche Ackererde im Ausmaße von 1000 m³ zum Preise von 1 fl. 95 kr. per Fuhre à 1·5 m³ und die Ackererde im Ausmaße von 500 m³ zum Preise von 3 fl. per Fuhre à 1·5 m³ zu liefern, wird genehmigt. (Angenommen.)

(8855.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ansuchen des Karl Müller um Consens für den Umbau der Häuser Or.-Nr. 14 und 16 Pilgramgasse, V. Bezirk, und beantragt:

1. die Genehmigung der Risalitanlage;

2. die Überlassung des Risalitgrundes per 2·20 m² um 55 fl. per Quadratmeter, d. i. 121 fl., und Abzug dieses Betrages von der Pauschalschadloshaltung per 13.000 fl. für den zu Straßenzwecken abzutretenden Grund.

(Angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderath.)

(8820.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Donauregulierungs-Commission um Bewilligung zur Abtheilung der Baugruppe XXV B, Grundb.-Einl.-Z. 4312 des II. Bezirkes auf acht Baustellen und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(8882.) **St.-R. Wurm** referiert über die Baulinienbestimmung für die Realität VIII., Josefstädterstraße 48, Albertgasse 1, und beantragt, die Baulinie für die linke Seite der Albertgasse nach der Linie A B zu bestimmen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8887.) **Derselbe** referiert über die Abänderung der Offertverhandlungsvorschrift für den Verkauf der dem allgemeinen Versorgungsfonde gehörigen Häuser Nr. 33 und 35 Wipplingerstraße, I. Bezirk, und beantragt die Genehmigung der vom Magistrate beantragten Abänderungen. (Angenommen.)

(8893.) **Derselbe** referiert über das von der k. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen übermittelte Project für die Entwässerungsanlagen in Kilometer 5·6 bis 5·8 der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn (Dienstgebäude der Station Michelbeuern bis zur Goldschmiedgasse) und beantragt, diesem Projecte unter Vorbehalt der Austragung der Frage der Canaleinmündungsgebür und unter Genehmigung des Anerbietens der k. k. Generaldirection, die Kosten der diesbezüglich nothwendigen Tieferlegung des städtischen Haupt-Unrathscanales zu tragen, zuzustimmen. Die k. k. Generaldirection wäre jedoch einzuladen, auch diesen Canalumbau durch ihre betreffende Bauunternehmung unter Übernahme einer zweijährigen Haftung vom Tage der Schlusscollaudierung und Mitüberwachung der Arbeitsausführung durch das Stadtbauamt vornehmen zu lassen und nach Vollendung der Arbeit wegen Übernahme des Objectes in die Erhaltung der Gemeinde Wien das Erforderliche zu veranlassen. (Angenommen.)

(8925.) **Derselbe** referiert über die Entscheidung der Baudeputation vom 6. November 1894, Z. 119, über den Protest des A. Fritz und fünf Genossen gegen den Gemeinderaths-Beschluss vom 10. Juli 1894 in Betreff der Baulinienbestimmung für das Haus I., Bognergasse 1.

Es wird beschlossen, den Magistrat aufzufordern, wegen etwaiger Ergreifung von Rechtsmitteln rechtzeitig Bericht zu erstatten.

(8856.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Verwaltung des Malteser-Ritterordens-Commandos St. Johann um Bestimmung der Schadloshaltung für den vom Hause Nr. 37 Kärnthnerstraße zur Straßenverbreiterung abgetretenen Grund per 8·54 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 150 fl. per Quadratmeter zu bestimmen.

(Angenommen.)

(8834.) **St.-R. Stiaßny** referiert über die Erwerbung des dem Georg Zinner gehörigen Grundes Parcell Nr. 1777/1 in der Valeriestraße, II. Bezirk, zum Baue einer neuen Schule und beantragt die Einsetzung eines Verhandlungs-Comités.

(Angenommen.)

(8050.) **St.-R. Boschan** referiert über die Mehrbelastung der Rubrik XXII 1 a „Currente Erhaltung des Pflasters" und beantragt die Bewilligung eines Zuschusscredites von 120.000 fl.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8900.) **St.-R. Baugoin** referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungskosten nach sieben Parteien im IV. Bezirke per zusammen 24 fl. 80 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(8888.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen des Stadtbaumeisters Alois Sallatmeyer um Überlassung des zur Aufstellung von Langtennen beim Hause XII., Burggasse 124, erforderlichen Grundes ohne Aufrechnung eines Platzzinses und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

Der **Vorsitzende** theilt mit, dass gewählt wurden:

a) in das Comité zur Berathung des neuen Heimatsgesetzes die St.-R. Dr. v. Billing, Dr. Lueger, Dr. Vogler, Schlechter und Dr. Hackenberg;

b) in das Comité wegen Schaffung eines General-Regulierungsplanes die St.-R. Ritt. v. Neumann, Wurm, Müller, Stiaßny und Dr. Nechansky. (Zur Kenntnis.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **13. November 1894.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.
Bürgermeister Dr. Grübl.
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Entschuldigt: St.-R. v. Götz, Kreindl.

Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

Die St.-R. v. Götz und Kreindl entschuldigen ihr Ausbleiben von der Sitzung. (Zur Kenntnis.)

(8568.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über den Bau einer Schule für Speising-Lainz und beantragt, der Ortsschulrath des XIII. Bezirkes sei im Sinne des Stadtraths-Beschlusses vom 28. Juni 1894, Z. 1400 und 5214, zu ersuchen, sich zu äußern und nach einem geeigneten privaten Baugrunde Umschau zu halten und in Anbetracht der Dringlichkeit dieser Angelegenheit ehestens zu berichten. (Angenommen.)

(8360.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna Barthelme um Fristerstreckung zur Vorlage des intabulationsfähigen Reverses bezüglich der Vermauerung des Schaufensters V., Hundsthurmerstraße Nr. 54, und beantragt die Gewährung einer Frist bis 1. März 1895 zur Vorlage des intabulationsfähigen Reverses bezüglich der Vermauerung des obigen Fensters.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, eine Frist bis Ende 1894 zu bewilligen und den Magistrat zu beauftragen, falls diese Frist fruchtlos verstreichen sollte, den Widerruf zu vollziehen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Frist bis 1. März 1895 als letzte zu bewilligen und sodann eventuell mit der Cassierung des Fensters vorzugehen.

St.-R. Dr. v. Billing zieht seinen Antrag bezüglich der Frist zurück.

Der Referenten-Antrag wird mit der Modification Dr. v. Billing und Dr. Lueger angenommen.

(8529.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Em. und Ed. Schweinburg einverständlich mit dem Fürsten Johann Liechtenstein um Grundab- und -Zuschreibung Einl.-Z. 203, 721 IX., Porzellangasse, und beantragt die Genehmigung der angesuchten Grundab- und -Zuschreibung. (Angenommen.)

(8641.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ludwig Böck um Nachsicht der Zahlung von Verpflegskosten für Josefa Schüller per 30 fl. und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(8729.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Allgemeinen österreichischen Elektricitäts-Gesellschaft um Kabellegung im II. Bezirke und beantragt, im Sinne des Magistrats-Antrages die Bewilligung zu ertheilen, in den commissionell ausgemittelten Strecken der Negerle-, Lilienbrunn- und Antongasse im II. Bezirke Kabel behufs Leitung von Elektricität nach dem beigebrachten Planum einlegen, beziehungsweise zulegen zu dürfen.

St.-R. Müller beantragt, der Magistrat wird aufgefordert, über die Frage, wie die Versorgung durch elektrisches Licht seitens der Gemeinde geschehen kann, Bericht zu erstatten.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt den Zusatz zum Referenten-Antrage: „Der Magistrat wird beauftragt, bei Vorkommnissen wie in diesem Falle Bedacht zu nehmen, ob durch derartige Kabellegungen die Einrichtung communaler Beleuchtung mittels Gas, Elektricität, beziehungsweise Leitung der Druckluft irgendwie beeinträchtigt werde."

Referent accommodiert sich dem Antrage des St.-R. Dr. v. Billing.

Der modificierte Referenten-Antrag, sowie der Antrag des St.-R. Müller angenommen.

(8921.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Erhöhung des Pferdestandes für Stadtsäuberungszwecke.

Bürgermeister Dr. Grübl ersucht, von dem am 7. d. M. gefassten Stadtraths-Beschlusse Z. 8921 abzusehen und vorläufig für den Ersatz erkrankter Pferde durch den Pferdehändler Glaser leihweise und eventuell gegen eine mäßige Entschädigung Sorge zu tragen.

Die Debatte über diesen Gegenstand wird wieder aufgenommen und der Stadtraths-Beschluss vom 7. November aufgehoben.

Weiters wird der Beschluss gefasst, den Bürgermeister zu ermächtigen, für die marode gewordenen Pferde beim Pferdehändler Glaser im Sinne seines Anerbietens Pferde in der gleichen Zahl unentgeltlich und bei größerem Bedarfe gegen eine angemessene Entschädigung auszuleihen und über das erforderliche Personale zu verfügen.

(8685.) **Vice-Bürgermeister Matzenauer** referiert über die Benennung des von der Heugasse bis zum Donaucanale sich erstreckenden Gürtels im III. Bezirke und beantragt die Benennung Landstraße-Gürtel. (Angenommen.)

(8969.) **St.-R. Wurm** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für den Schulbau V. Bezirk, Fendi- und Diehlgasse, und beantragt:

Die Arbeiten und Lieferungen für den Bau eines neuen Schulgebäudes im V. Bezirke, Fendi- und Diehlgasse, werden in folgender Weise vergeben, wobei sich die Percentansätze auf die Einheitspreise der bauämtlichen Kostenanschläge beziehen:

1. Die Baumeisterarbeiten an Josef Spilka gegen einen Nachlass von 17·1 Percent;

2. die Lieferung der hydraulischen Bindemittel an Em. Tichy und zwar den Roman-Cement aus der Fabrik Ramsau mit einem Gewichte von 81 kg per Hektoliter zum Preise von 1 fl. 20 kr. per 100 kg und den Portland-Cement aus der Kurowitzer Fabrik mit einem Gewichte von 126 kg per Hektoliter zum Preise von 2 fl. 80 kr. per 100 kg;

3. die Lieferung der Traversen an die Firma Josef Bruckner & Söhne, welche inländische Provenienz zumeist von der alpinen Montan-Gesellschaft, ferner Kladuver und Teplitzer Erzeugnisse offeriert hat, ohne Unterschied der Längen und Höhen zum Durchschnittspreise von 10 fl. 66 kr. per 100 kg einschließlich kostenfreier Montierung der Stiegenträger, alte Eisenbahnschienen zum Preise von 5 fl. per 100 kg;

4. die Steinmetzarbeiten an Franz Aufhauser gegen einen Nachlass von 2 Percent;

5. die Zimmermannsarbeiten an Franz Bezchleba jun. gegen einen Nachlass von 21 Percent;

6. die Spenglerarbeiten an Georg Fischer gegen einen Nachlass von 18·8 Percent;

7. die Falzziegel-Eindeckung an Karl Polzer gegen einen Nachlass von 7·6 Percent;

8. die Herstellung der Falzziegelgewölbe an Eduard Schneider zu den Einheitspreisen;

9. die Bautischlerarbeiten an die Firma Brüder Schlimp gegen einen Nachlass von 16·8 Percent;

10. die Lieferung der Schulbänke an dieselbe Firma gegen einen Nachlass von 4 Percent;

11. die Schlosserarbeiten an Karl Novak gegen einen Nachlass von 22·6 Percent;

12. die Anstreicherarbeiten an Karl Weidelg gen einen Nachlass von 24·5 Percent;

13. die Glaserarbeiten an Alexander Mihaljevic gegen einen Nachlass von 31 Percent;

14. die Bildhauerarbeiten an Hans Schröfl gegen einen Nachlass von 48 Percent;

15. die Lieferung der Asphalt-Isolierplatten zum Preise von 50 kr. per Quadratmeter und der Holzcement-Eindeckung zum Preise von 81 kr. per Quadratmeter an die Firma J. Diepold & Comp. in Brunn a. G.;

16. die Asphaltiererarbeiten an die Firma Otto Grafes Nachfolger gegen einen Nachlass von 28 Percent;

17. die Lieferung der Steinzeugwaren an die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft gegen einen Nachlass von 32½ Percent, jedoch für Post 7 des Kostenanschlages und für Post 6 a des städtischen Preistarifes von 1888 gegen einen Nachlass von 31½ Percent;

18. die Herstellung des Terrazzopflasters an J. A. Fleischer gegen einen Nachlass von 6 Percent;

19. die Lieferung der Füllöfen an die Firma Alexander Herzog gegen einen Nachlass von 15 Percent;

20. die Herstellung der Küchenherde an Josef Wolf gegen eine Aufzahlung von 4 Percent;

21. die Möbeltischlerarbeiten an Andreas Oltmann gegen einen Nachlass von 12½ Percent;

22. die Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten an Julius Karasek gegen einen Nachlass von 35½ Percent;

23. die Installation der Gasleitung an Leopold Harner gegen einen Nachlass von 32 Percent;

24. die Installation der Wasserleitung, die Lieferung und Bespülung der Closets und Pissoirs an Vincenz Simmerl gegen einen Nachlass von 21 Percent.

St.-R. Schlechter beantragt, die Bildhauerarbeiten an Franz Tippel gegen einen Nachlass von 47 Percent zu vergeben.

Referenten-Antrag mit der Abänderung des St.-R. Schlechter angenommen.

(8670, 9108.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über die Grenzbegehung, Vermarkierung und Vermessung des an die Gemeinde Wien übergehenden gräflich Hoyos'schen Grundbesitzes in Naßwald und beantragt:

1. die Correctur der Grenze beim „Steinalpl" gegenüber der Herrschaft Neuberg wird dem Zeitpunkte vorbehalten, in welchem die Gemeinde Wien bücherliche Eigenthümerin des in Rede stehenden Grundcomplexes ist;

2. die Correctur der Grenze vom großen Übelthale bis zu den Geyerkluften wird genehmigt;

3. in allen übrigen Fällen hat es bei den im Vertrage beschriebenen Grenzen zu verbleiben;

4. das Ansuchen der Hoyos'schen Forstverwaltung hinsichtlich der Grenze am Schütterboden und großen Übelthale wird abgelehnt;

5. der Magistrat hat ehethunlichst die Operate über die definitive Regelung der Grenzen zur Genehmigung vorzulegen;

6. die Forstverwaltung in Naßwald wird beauftragt, ehestens Vorschläge wegen Ausübung der Jagd in dem zu erwerbenden Gebiete zu machen. (Angenommen.)

(8964.) **Derselbe** referiert über den Fortschritt und die Kosten der Rohrlegungsarbeiten für die Wasserversorgung in den neuen Bezirken und beantragt, die in nachstehender Tabelle ersichtliche Zusammenstellung zur Kenntnis zu nehmen.

Post-Nr.	Gegenstand	Veranschlagte: Baukosten in Gulden öst. Währ.	Veranschlagte: Längen der Rohrleitung in Kilometern	Bis 3. Nov. 1894 waren Rohrleitungen hergestellt in Kilometern	Somit verbleiben noch herzustellen in Kilometern	Anmerkung
1	Baulos I.	282.150	35·500	36·005	—	vollendet
2	„ II.	134.700	18·212	18·080	—	vollendet
3	„ III a	255.000	30·870	22·453	8·417	
4	„ III b	281.900	34·030	23·639	10·391	
5	„ 4 a	205.250	27·525	17·645	9·880	
6	„ 4 b	270.250	27·120	20·303	6·817	
7	„ V.	613.500	13·172	5·524	7·648	
8	„ VI.	200.000	24·284	3·230	21·054	
	Zusammen	1,692.750	210·713	146·879	64·207	

Abzweigungsleitungen zu den Häusern der ehemaligen Vororte wurden hergestellt:

Im Jahre 1893 . . . . . 152 Currentmeter
„ „ 1894 (bis inclusive 3. November) . . 2728 „
zusammen 2880 Currentmeter

und werden derzeit pro Tag 35 bis 40 Anbohrungen gemacht. (Angenommen.)

(9078.) **St.-R. Wurm** referiert über die Entscheidung der Baudeputation in Betreff der Baulinienbestimmung für die Bogner- und Naglergasse im I. Bezirke und beantragt, den Recurs an das k. k. Ministerium des Innern zu ergreifen mit Ergänzung der Motivierung.

Es wird beschlossen, den Recurs zu ergreifen und in der Recursausführung nur die formalen Gründe anzuführen unter Einziehung der unrichtigen Citierung des § 100 des Gemeindestatutes und des § 110 B.-O. in die Besprechung.

(8994.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift des Ministeriums für Cultus und Unterricht um Bekanntgabe der Schadloshaltung für die Grundabtretung I. Bezirk, Bankgasse 7, und beantragt: Es werde die Schadloshaltung für den bei einem Umbaue des obigen Hauses zu Straßenzwecken abzutretenden Grund per 230·07 m² nach Compensierung des in die Bauarea einzubeziehenden Straßengrundtheiles per 5·52 m², d. i. also 224·55 m², mit 120 fl. per Quadratmeter mit der Giltigkeitsdauer von zwei Jahren zugesichert.

(8938.) **Derselbe** referiert über die Auszahlung von Gleichengeldern anlässlich des Schulbaues III. Bezirk, Kleist- und Kölblgasse, und beantragt die Genehmigung des üblichen Gleichengeldes per 842 fl. 10 kr. (Angenommen.)

(8977.) **Derselbe** referiert über Gebrechen beim Schulbau V. Bezirk, Embelgasse, und beantragt, von den ausgewiesenen Kosten per 194 fl. 36 kr. aus Billigkeitsrücksichten dem Baumeister Alois Sallatmeyer nur den Theilbetrag von 100 fl. zur Zahlung aufzuerlegen, dagegen den Rest per 94 fl. 36 kr. auf die Gemeinde zur Zahlung zu übernehmen. (Angenommen.)

(8110.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Österreichisch-amerikanischen Gummifabriks-Actiengesellschaft um Verlegung der Straße XVIII bei ihrer Realität in Breitensee und beantragt, das Ansuchen dermalen abzuweisen. (Angenommen.)

(116, 1923.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert in Betreff der Überreichung einer Petition um Eröffnung der rumänischen Grenze und die diesbezüglich von den Gem.-Räthen Herold und Wimberger gestellten Anträge und beantragt, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich dieser Act zur Zahl 8959 des auf der Tagesordnung des Gemeinderathes stehenden Referates wegen Überreichung einer Petition an das Abgeordnetenhaus erledigt. (Angenommen.)

(9109.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des akademischen Senates der k. k. Universität in Betreff der Baulinienbestimmung für die Schwarzspanierstraße im IX. Bezirke und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8998.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Emil Wehle um Grundentschädigung II., Pappenheimstraße 49, und beantragt, die Schadloshaltung für den Grund per 79 02 m² mit 8 fl. per Quadratmeter festzusetzen. (Angenommen.)

(7571.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Simon R. Zechany v. Nacowizza um Grundentschädigung III., Strohgasse 22, und beantragt, die Schadloshaltung für den Grund per 107·31 m² mit 30 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

17. November 1894.

In der abgelaufenen Woche hat die Anzahl der bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen verwendeten Arbeiter 1421 betragen; hievon waren 625 an der Gürtel- und Vorortelinie der Stadtbahn, 465 beim Schleusencanalbau nächst Nussdorf, 331 an den Sammelcanälen beiderseits des Wienflusses beschäftigt. Außerdem standen in Verwendung beim Bahnbaue eine Dampfmaschine und 35 Fuhrwerke, beim Schleusencanalbaue vier Dampfmaschinen, beim Baue der Sammelcanäle 68 Fuhrwerke.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 11. November bis 17. November 1894.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	217.652 kg	(Davon aus Nieder-Österreich — 147.843; aus Ober-Österreich — 1841; aus Tirol — 50; aus Mähren — 4865; aus Galizien — 56.522; aus Ungarn — 3626; aus der Bukowina — 175; aus Australien — 2730 kg)
Kalbfleisch	8.368 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 3227; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren 44; aus Galizien — 4929; aus Ungarn — 138; aus der Bukowina — 30 kg)
Schaffleisch	25.238 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 1153; aus Mähren — —; aus Galizien — 15.305; aus Ungarn 309; aus der Bukowina — 8471 kg)
Schweinfleisch	82.542 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 37.054; aus Ober-Österreich — —; aus Böhmen — 680; aus Croatien — 134; aus Mähren 2715; aus Galizien 30.162; aus Ungarn — 11.437; aus der Bukowina — 360 kg)
Kälber	1.537 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 268; aus Ober-Österreich 3; aus Mähren — 10; aus Galizien — 1232; aus Ungarn — 14; aus der Bukowina — 1; aus Tirol — 3; aus Croatien — 6 St.)
Schafe	259 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 144; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren —; aus Galizien — 70; aus der Bukowina — 21; aus Croatien 24 St.)
Schweine	1.435 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 104; aus Mähren — 2; aus Galizien — 1233; aus Ungarn — 96; aus der Bukowina — — St.)
Lämmer	17 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 2; aus Galizien — 15 St.)

Die Zufuhren für den Approvisionierungsverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	15	bis	72	kr.	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	45	„	90	„	„ „
„	Australisches: vorderes	„	40	„	50	„	„ „
Kalbfleisch		von	32	bis	70	kr.	per Kg.
Schaffleisch		„	20	„	45	„	„ „
Schweinfleisch		„	36	„	66	„	„ „
Kälber		„	34	„	64	„	„ „
Schafe		„	18	„	40	„	„ „
Schweine		„	36	„	60	„	„ „
Lämmer		„	—	„	—	fl.	„ Ct.

Die Zufuhr war in der abgelaufenen Woche gegen jene der Vorwoche bedeutend geringer. Nachdem jedoch aus der Vorwoche ziemlich viel Fleischwaren restierten, die Nachfrage mit Ausnahme des letzten Tages eine flaue war und die wärmere Witterung constant anhielt, sind sämmtliche Fleischwaren im Preise zurückgegangen, und zwar erzielte Rindfleisch um 2 bis 10 kr., Kalbfleisch um 8 bis 10 kr., Schaffleisch um 3 bis 6 kr., Schweinfleisch um 2 bis 4 kr., Kälber um 6 bis 10 kr., Schafe um 2 bis 7 kr. und Schweine um durchschnittlich 10 kr. billigere Preise.

* * *

Pferdemarkt vom 16. November 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 437 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 85—520 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 15—48 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 19. November 1894.

1. Auftrieb.

Mastvieh 2900, Weidevieh 1150, Beinlvieh 1537.

Summa . 5587.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere	2656
Galizische „	955
Deutsche „	1716
Büffel „	260

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	4346
Stiere	468
Kühe	773

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von	48	bis	68	fl.	Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 35 bis 46 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung: a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung; b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt etc.; c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt etc., zugesteht.
(extrem	„	—	„	68½	„)	
Galiz. Schlachtthiere	„	53	„	63	„	
(extrem	„	—	„	—	„)	
Deutsche Schlachtthiere	„	53	„	68	„	
(extrem	„	—	„	—	„)	
Weidevieh	„	48	„	56	„	

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von	22	bis	34	fl.
Stiere	„	21	„	36	„
Kühe	„	21	„	32 (—)	„
Büffel	„	16	„	23	„
Beinlvieh	„	14	„	21	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . von 24 bis 56 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen . . . . . 384 Stück
Beinlvieh . . . . 331 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 507 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des stärkeren Auftriebes ziemlich flau, daher die Preise von Primaware um 1 bis 2 fl., von Mittel- und minderer Ware um 2 bis 3, theilweise auch um 4 fl. per 100 kg gefallen sind.

* * *

Bierpreise im Monate October 1894.

En gros.

Abzug, Wiener I.	10 bis 11½°	fl. 8.60 bis fl.	9.50
„ böhmisches, oberösterr. II. . .	9 „ 10°	„ 8.50 „ „	8.75
Lager, Wiener	12 „ 13°	„ 13.— „ „	14.—
Märzen, Wiener (Export)	13 „ 14½°	„ 14.— „ „	15.—
Böhmisches nach Pilsner Art . . .	11 „ 12°	„ 15.— „ „	16.50
Pilsner	11 „ 12°	„ 17.— „ „	17.50
Bayrisches (importiert)	— „ —	„ —.— „ „	—.—

(Diese Preise verstehen sich franco Zustellung, incl. Verzehrungssteuer, netto Cassa, ohne jeden Sconto.)

En détail.

Abzug	12 bis 14 kr.	per Liter über die Gasse,
„	12 „ 16 „	„ „ im Locale,
Lager und Märzen	20 „ 30 „	„ „ über die Gasse,
„ „ „	26 „ 32 „	„ „ im Locale,
Böhmisches (Pilsner)	— „ — „	„ „
Bayrisches (importiert)	— „ — „	„ „

Flaschenbier-Preise.

Abzug in Flaschen zu ½ Liter	per Liter 11 bis 14 kr.
Lager „ „ „ „ „	„ „ 18 „ 24 „
Pilsner „ „ „ „ „	„ „ 24 „ 30 „

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 17. November 1894.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 78—82 kg)	von 6 fl. 65 kr. bis 7 fl. 40 kr.
Roggen („ „ „ „ 71—78 „)	„ 5 „ 55 „ „ 6 „ — „
Gerste	„ 5 „ 25 „ „ 9 „ 10 „
Mais	„ 7 „ — „ „ 7 „ 25 „
Hafer	„ 5 „ 95 „ „ 6 „ 80 „

b) Mahlproducte.

Grieß	von 11 fl. — kr. bis 12 fl. 50 kr.
Weizenmehl	„ 5 „ — „ „ 12 „ 50 „
Roggenmehl	„ 6 „ — „ „ 10 „ 30 „
Weizenkleie	„ 3 „ 60 „ „ 4 „ 10 „
Roggenkleie	„ 3 „ 80 „ „ 4 „ — „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 8. bis 15. November 1894.

Waren eingelagert . . . . . 34.591 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 40.925 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 15.103 Meter-Centner.

Lagerstand vom 15. November 1894: 384.884 Meter-Centner, und zwar:

88.707	Meter-Centner Weizen,	88.837	Meter-Centner Roggen,
85.053	„ Gerste,	34.374	„ Hafer,
4.163	„ Mais,	34.380	„ Ölsaaten,
19.170	„ Mehl u. Kleie,	1.605	„ Wein,
1.226	„ Zucker,	—	Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,354.800 fl. öst. Währ.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Verbot der Einfuhr von Rindvieh aus einigen verseuchten Gegenden Deutschlands.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 7. November 1894, Z. 85659, Nachstehendes kundgemacht:

Auf Grund des Artikels 5 des Viehseuchen-Übereinkommens vom 6. December 1891 und des Punktes 5 des zugehörigen Schlussprotokolles (R.-G.-Bl. Nr. 16 ex 1892) hat das hohe k. k. Ministerium des Innern die Einfuhr von Rindvieh in die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder aus den von der Lungenseuche betroffenen nachstehenden Sperrgebieten des deutschen Reiches bis auf Widerruf unbedingt verboten, und zwar:

1. aus den Regierungsbezirken Magdeburg, Hildesheim und Köln im Königreiche Preußen;

2. aus den Kreishauptmannschaften Leipzig und Zwickau im Königreiche Sachsen;

3. aus dem Großherzogthum Sachsen-Weimar.

Dieses wird in Gemäßheit des Erlasses des hohen k. k. Ministeriums des Innern vom 24. October 1894, Z. 27230, mit dem Beifügen verlautbart, dass Übertretungen dieser auch für das h. o. Verwaltungsgebiet giltigen Anordnung, welche am Tage ihrer Verlautbarung in der „Wiener Zeitung" in Wirksamkeit tritt, nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51), wobei auch die Vorschriften des § 46 des allgemeinen Thierseuchengesetzes und der dazu erlassenen Durchführungsvorschriften (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36 ex 1880) in Anwendung kommen, bestraft werden.

Wasser-Angelegenheiten.

Reinhaltung der Wasserabflussleitungen.

Der Magistrat hat neuerlich nachstehende Kundmachung veröffentlicht:

Zur Verhinderung der Verunreinigung der Abflussröhren der Wasserleitungen in den Häusern wird das Eingießen von Spülwässer oder sonstigen verunreinigten Flüssigkeiten, sowie das Einschütten von Küchenabfällen, Kehricht ꝛc. in die Wasserablaufmuscheln untersagt.

Die Dawiderhandelnden werden nach § 7 der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854, Nr. 96 R.-G.-Bl., zur Verantwortung gezogen werden.

Öffentliche Sicherheit.

Im Monate October 1894 betrug die Zahl der vom Wiener Magistrate abgeschobenen Individuen . . . 258
dem Wiener Magistrate zugeschobenen (zuständigen) Individuen 44
Durchschüblinge 218
Gesammtzahl . 520

Gewerbe-Angelegenheiten.

(Gremium der Stein- und Kupferdrucker.) Bei der am 11. November d. J. unter Intervention des Gremial-Commissärs Magistrats-Secretärs Julius Griller abgehaltenen Gremialmitglieder-Versammlung wurde Herr Josef Eberle, Stein-, Buch- und Musikalien-Druckerei-, Lithographie- und Notenstecherei-Besitzer, VII. Bezirk, Seidengasse 5 und 7, zum Vorsteher des Gremiums gewählt.

* * *

(Gremium der Stein- und Kupferdrucker.) Bei der am 7. October d. J. unter Intervention des Gremial-Commissärs Magistrats-Secretärs Julius Griller abgehaltenen Gehilfenversammlung der Stein- und Kupferdrucker wurde Herr Richard Kügler, Steindruckergehilfe, IV. Bezirk, Alleegasse 20, zum Obmann, Herr Johann Mathea, Steindruckergehilfe, zum Obmann-Stellvertreter der Gehilfenversammlung gewählt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 15. bis 19. November 1894:

Für Neubauten:

I. Bezirk: Haus, Graben 10, von der Versicherungs-Gesellschaft „Anker", Bauführer Ferd. Dehm & F. Olbricht (8386).
" " Haus, Schulerstraße, Mittelbaustelle, von Ferd. Seif, Baumeister (8417).
" " Haus, Schulerstraße, Eckbaustelle, von Ferd. Seif, Baumeister (8418).
III. Bezirk: Haus, Khunngasse, Einl.-Z. 2660, Ecke der Kleistgasse, von Josef und Katharina Wünsch, II., Praterstraße 49, Bauführer Wenzel Schulz (8461).
IX. Bezirk: Haus, Sobieskigasse 27, von Paula Lang, VIII., Piaristengasse 41, Bauführer Anton Lang (8438).
XIII. Bezirk: Haus, Einl.-Z. 347, Parc. 300, Breitensee, Hütteldorferstraße, von Karl und Karoline Pirgmayer, Bauführer Karl Dengler (32218).

Für Umbauten:

XVI. Bezirk: Dreistöckiger Seitentract, Neulerchenfeld, Fröbelgasse 45, von Johann und Marie Boček, ebenda, Bauführer Josef Baldia (51046).

Für Zubauten:

XV. Bezirk: Schupfenbau, Fünfhaus, Grundb.-Einl. 540, C.-Nr. 559, Märzstraße 28, von Leop. Geiringer & Jos. Söldner, ebenda, Bauführer Victor Gettwert, Baumeister, XVIII., Hauptstraße 11 a (21705).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Seilerstätte 10, von Franz Klein, Baumeister (8381).
" " Kärnthnerstraße 22, von Karl Hofmeier, Bauführer M. & J. Sturany (8390).
" " Bräunerstraße 9, von Josef Mayer, Maurermeister (8419).
II. Bezirk: Praterstraße 17, Große Mohrengasse 12, von Ferdinand Guggenberger, Maurermeister (8398).
" " Brigittenauerlände 24, von Anton Brunner, Maurermeister (8477).
III. Bezirk: Hetzgasse 19, von Josef Marek, Baumeister (8370).
V. Bezirk: Kettenbrückengasse 1, von Robert Gebhard, Bauführer J. Witzmann (8383).
" " Spengergasse 25, von E. Klement, Bauführer J. Witzmann (8415).
VI. Bezirk: Haydngasse 16, von Anton Stiasny, Bauführer Chr. Gatty (8429).
VIII. Bezirk: Florianigasse 59, von Franz Maul, Bauführer Franz Prokesch (8389).
" " Langegasse 12, Trautsohngasse 10, von Franz Neumann, Baumeister (8425).
" " Wickenburggasse 23, von Kunigunde Gerstenbrand, Bauführer F. Holzer (8489).
IX. Bezirk: Mosergasse 9, von Franz Klein, Baumeister (8381).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Hauptstraße 54, von Hieronymus Anderlitzka, Bauführer Josef Hartl (31535).
XVI. Bezirk: Ottakring, Wilhelminenstraße 142, von August Gradmann, ebenda, Bauführer Leopold Roth (50767).
" " Neulerchenfeld, Gaullachergasse 20, von Georg und Marie Heidl, Bauführer Josef Seichert (30663).
" " Ottakring, Feßgasse 6, von Anna Klein, ebenda, Bauführer Franz Haslinger (50950).
XVII. Bezirk: Hernals, Stiftgasse 82, von Karl Riha, ebenda, Bauführer Johann Meidl (37383).
" " Dornbach, Hauptstraße 108, von Susanna Wichart, ebenda, Bauführer F. & H. Glaser (37464).
" " Hernals, Meißengasse 28, von Michael Niedermayer, ebenda, Bauführer Johann Binder (36913).
" " Dornbach, Hauptstraße 36, von M. Köhler, ebenda, Bauführer Johann Steinmetz (37060).
" " Dornbach, Ottakringerstraße 7, von Marie Worschak, ebenda, Bauführer Johann Steinmetz (37061).
" " Hernals, Stiftgasse 32, von Joh. Gschwandner, Hernals, Hauptstraße 37, Bauführer derselbe (37134).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Veranda, Praterhütte 11 „Czarda", von Eduard Weber, Bauführer J. Frosch (8441).
III. Bezirk: Hauptstraße 31, von Thomas Fink, Zimmermeister (8469.)
VII. Bezirk: Glühofen, Kaiserstraße 83, von C. A. Münchenmayer & Comp., Bauführer ? (8379).
XI. Bezirk: Fabriks-Dampfkessel, Simmering, Kupfer- und Messingwerk, von Choudoir & Comp., Bauführer ? (15388).
" " Werkzeughütte und Glashaus, Kaiser-Ebersdorf, Parc. 1002, 1003, von Thomas Brank, XIX., Heiligenstädterstraße 45, Bauführer ? (15242).
" " Auswechslung (Holzplanke gegen Mauer), Simmering, Raaber Bahnhof Conscr.-Nr. 439, von Wilhelm Schedivy, Bauführer Ferd. Kaindl (15243).
" " Umänderung (Gassenladen in ein Zimmer), Simmering, Revalingasse 80, von Johann Skala, Bauführer Anton Heindl (15254).
XIV. Bezirk: Auswechslung eines Fensterstockes, Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 50, von Johann Luschner, ebenda, Bauführer Ludwig Zatzka (30829).
XVII. Bezirk: Canalbau, Dornbach, Hauptstraße 104, von Johanna Krumpholz, IV., Alleegasse 51, Bauführer Johann Steinmetz (37133).
" " Canalherstellung, Dornbach, Hauptstraße 96, 98 und 100, von Franz und Heinrich Glaser, XVII., Dornbach, Hauptstraße 100, Bauführer Franz & H. Glaser (37465).

Stockwerks-Aufsetzungen:

XVII. Bezirk: Hernals, Schmerlinggasse 18 und 20, von Josef Krienbacher, XVI., Hyrtlgasse 3, Bauführer Thomas Hofer (36914).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

II. Bezirk: Schiffmühlenstraße, Grundb.-Einl. 4090, Baustelle 4 bis 10, von Ferd. Edlinger, VI., Mollardgasse 12 a (8478).
III. Bezirk: Seidlgasse 7, von Josef Drexler, Obere Weißgärberstraße 11, für Karoline Ring (8371).
" " Khunngasse, Grundb.-Einl. 2660, Ecke der Kleistgasse, von Jos. Kath. Wünsch, II., Praterstraße 49 (8459).
VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 33, von Katharina Kaftan, Engelgasse 1 (8450).
VII. Bezirk: Lerchenfelderstraße 101, von Johann Amon, VIII., Blindengasse 13 (8421).
" " Stiftgasse 25, von Rosa Stolz und Clotilde Rohrbacher, durch M. und J. Sturany (8393).
" " Stiftgasse 23 und Siebensterngasse 20, von Rosa Stolz und Clotilde Rohrbacher, durch M. und J. Sturany (8394).
IX. Bezirk: Pfluggasse 11, von Dr. Heinrich Klitsch, XIX., Hasenauergasse 37 (8395).
" " Althangasse 15 und Lichtenthalergasse 22, von Ferdinand Schaffer, Badgasse 8 (8455).
XVII. Bezirk: Hernals, Hauptstraße 17, von Alfred Wünsch, II., Praterstraße 49 (36794).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

I. Bezirk: Tuchlauben 22, von Ferd. Dehm & F. Olbricht, Baumeister (8376).

I. Bezirk: Graben 10, von Ferd. Dehm & F. Olbricht, Baumeister (8377).
„ „ Rothenthurmstraße 2, von Ignaz Hranika, Baumeister (8456).
VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 34, 36 und 38, von Karl Suchy, IX., Rögergasse 23 (8385).
VII. Bezirk: Lerchenfelderstraße 67, von Ed. Schweinburg, Baumeister (8407).
IX. Bezirk: Sobieskigasse 27, von Anton Zang, Baumeister (8401).

Gewerbeanmeldungen vom 12. November 1894.

(Fortsetzung.)

Muchitsch Rosalia — Kaffeesiederin — VIII., Josefstädterstraße 65.
Lewin Theresia — Kleidermacherin — VIII., Alserstraße 55.
Heindl Johann — Marktfahrer — V., Tichtelgasse 15.
Wodstreil Anna — Milch-Verschleiß — V., Untere Amtshausgasse 16.
Piffero Johann — Rauchfangkehrer — XIII., Hietzing, Alleegasse 21.
Guggenberger Karl — Reibsand-, Waschel- und Vogelsandhandel im Umherziehen — X., Hasengasse 58.
Herzog Josef — Sammeln von Pränumeranten — XVI., Neulerchenfeld, Burggasse 4.
Rupert Franz — Schlosser — XVI., Ottakring, Degengasse 79.
Wilburger von Wilburg Karl — Schreib- und Zeichenrequisiten- und Kurzwaren-Verschleiß — VIII., Albertgasse 27.
Braun Anna — Schuhmachergewerbe — XIX., Heiligenstadt, Himmelstraße 9.
Kurz Siegmund — Spirituosen-Erzeugung — XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 53.
Anninger Josef — Spirituosen-Verschleiß — XVI., Ottakring, Wurlitzergasse 24.
Kralik Cäcilie — Tröddlergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Habicherg. 48.
Tell Matthias — Verschleiß von Kranken- und Verwundeten-Transportmitteln und von Verbandwaren — IV., Hauptstraße 36.
Riepl Franz — Victualien-Verschleiß — IX., Georg Sieglgasse 3.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 13. November 1894.

Adler Leopold, Dr. — Advocatie — I., Habsburgergasse 9.
Hamann Max — Antiquitätenhandel — I., Naglergasse 2.
Weil Felix Julius — Bank- und Wechslergeschäft — I., Wollzeile 36.
Alexander Alexander Mayer — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Hermann Adolf — Bierschank — XIV., Rudolfsheim, Fischergasse 7.
Schmidl Alexander — Bildhauer — VII., Kaiserstraße 84.
Binder Johann — Cartonagewaren-Verschleiß — VII., Schottenfeldg. 21.
Pauli Louise — Chemische und Feinputzerei — VI., Gumpendorferstr. 88a.
Sattler Josefa — Dienstvermittlung für männliche und weibliche Dienstboten gewöhnlicher Kategorie — I., Schulerstraße 8.
Braun Jakob — Eier-Agentie — XIV., Rudolfsheim, Markt 37.
Gericke Therese — Fabriksmäßiger Betrieb der Erzeugung von Fahrrädern und Zubehörbestandtheilen — VI., Magdalenenstraße 28.
Basala Josefa — Feinputzerei und Wäscherei — XVIII., Währing, Klostergasse 17.
Schiehl Francisca — Fiakergewerbe — I., Hofsgasse.
Frank Franz — Fibrefärberei — XIV., Rudolfsheim, Wehrgasse 11.
Fabianek Josef — Fleischhauer — XVII., Hernals, Mariengasse 15.
Fleschitz Johann — Fleischhauer — VI., Gumpendorferstraße 88.
Hohenberger Christian Leopold — Flaschenwein-Verschleiß — X., Wielandplatz 11.
Brož Katharina — Gast- und Schankgewerbe — X., Brunnwegstr. 2.
Höferl Ignaz — Gastwirt — XIV., Rudolfsheim, Fischergasse 20.
Völkl Michael — Gastwirt — VII., Apollogasse 13.
Genetheim Georg — Gebäck- und Brothausierhandel — VII., Westbahnstraße 9.
Marle David — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Rothgasse 2.
Schrank Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Palffygasse 17.
Kattner Albert — Gold- und Silberarbeiter — VI., Mariahilferstr. 81.
Mandler Antonie — Goldarbeitergewerbe — VII., Burggasse 43.
Sallfert Eleonore — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — XVI., Ottakring, Friedmanngasse 47.
Broz Anton — Kaffeesieder — V., Siebenbrunnengasse 25.
Burda Johann — Kleidermacher — XVIII., Währing, Theresieng. 36.
Soukoup Leopoldine — Kleidermacherin — XVIII., Währing, Martinsstraße 56.
Heudlinger Martin — Kleinfuhrwerk — XVIII., Gersthof, Sackgasse 3.
Weber Franz — Kleinfuhrwerk — XVI., Ottakring, Ganglbauergasse 31.
Zimmermann Theophila — Kostgebung — I., Ballgasse 4.
Schimko Francisca — Kunstblumen-Erzeugung — XVI., Ottakring, Langegasse 10.
Eßlauer Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VI., Canalgasse 6.
Nachtnebel Rosina — Milch-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — V., Arbeitergasse 41.
Josephu Wenzel — Naturblumen-Verschleiß — VI., Amerlingstraße 19.
Götzl Hanni — Pfaidlerin — I., Naglergasse 5.
Weiß Marie — Pfaidlerin — I., Schottenring 8.
Lang Rosa — Privatlehranstalt für Weißnähen — VI., Windmühlg. 26.
Fremuth Franz — Schlosser — I., Fleischmarkt 10.
Lach Josef — Schlosser — III., Fasangasse 13.
Bayer Marie — Schul- und Gebetbücher-Verkauf — V., Hundsthurmerstraße 105.
Proschek Marie — Selchwaren-Verschleiß — V., Tichtelgasse 23.
Rainer Franz — Selchwaren-Verschleiß — I, Detailmarkthalle.
Rohner Marie — Spirituosen-Verschleiß — XII., Meidling, Stiegerg. 1.
Fiala Hermann — Tischler — VI., Gumpendorferstraße 115.
Nowak Anton — Tischler — X., Fernkorngasse 12.
Peycha Johann — Tischler — VI., Königseggasse 4.
Schwerdtner Leopoldine — Trödlerin — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 49.
Wiener Mode — Verlagsgeschäft — IX., Wasagasse 8.
Messinger Leopold — Victualien-Verschleiß — XVI., Ottakring, Wilhelminenstraße 4.
Kopatschek Marie — Zeitungs-Verschleiß — III., Rennweg 1.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 14. November 1894.

Vorbach Reinhold — Bäcker — XVI., Ottakring, Hubergasse 14.
Lehner Marie — Feinputzerei — V., Rüdigergasse 14.
Stadlmann Josef — Fleischhauer — IX., Berggasse 26.
Obertimpfler Karl — Gast- und Schankgewerbe — XVI., Ottakring, Sängerwarte C.-N. 637.
Brunhuber Josef — Gastwirt — VII., Kaiserstraße 100.
Palzarek Johann — Gastwirt — XVI., Neulerchenfeld, Lerchenfeldergürtel 45.
Seidl Lucas — Gastwirt — VII., Neustiftgasse 113.
Tiller Johann — Gastwirt — IX., Schlickplatz 4.
Moßler August, Köck Karl — Gemischtwarenhandel — I., Maximilianstr. 7.
Hogen Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Ziegelofengasse 14.
Seifert Bertha — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Mosergasse 7.
Wanna Wilhelmine — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Breitensee, Kuefsteingasse 46.
Zaluda Johann — Kaffee- und Feigenkaffeehandel — XVI., Ottakring, Wilhelminenstraße 7.
Ostenmann Matthias — Kastanienbrater — XV., Fünfhaus, Neubaugürtel, Ecke der Goldschlagstraße.
Pallan Cicila — Kleidermachergewerbe — XII., Gaudenzdorf, Jakobstr. 21.
Rubert Therese — Kleidermacherin — IX., Seegasse 18.
Buchwald Bernhard, Fingado Rudolf Hermann — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — VII., Lindengasse 16.
Roißl Anna — Milch- und Gebäck-Verschleiß — V., Krongasse 6.
Grünwald Marie — Modistin — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstr. 53.
Wolf Antonie — Modistin — I., Adlergasse 7.
Häutler Charlotte — Pfaidlerin — I., Rothgasse 6.
Müller Adele — Pfaidlerin — IX., Alserstraße 38.
Cernik Wenzel — Tischler — XII., Meidling, Wilhelmstraße 21.
Klier Ignaz — Wein- und Spirituosenhandel — IX., Sechsschimmelg. 22.
Gutschera Magdalena — Wolladjustierung — IX., Rothen Löweng. 5.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 16. November 1894.

Pollak Eugenie — Auskocherei mit der Berechtigung zur Verabreichung von nach mosaischem Ritus zubereiteten Speisen — II., Taborstraße 22.
Adutt Gabriel Heinrich, Adutt Ditor Heinrich — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Ginatta Bertha — Bettwaren-Verschleiß — II., Taborstraße 22.
Marian Karl — Bilder- und Rahmen-Verschleiß — IV., Margarethenstraße 25.
Kohn Anna — Brantweinschank — XVII., Hernals, Weinhauserstr. 52.
Zehetner Johanna — Brantweinschank und Verabreichung von Thee, Punsch und Erfrischungen — XI., Simmering, Hauptstraße 159 (alt).
Schneider Josefa — Conditorwaren- und Canditen-Verschleiß — II., Volkertplatz 14.
Bergmann Johann — Einspänner — I., Bellariastraße.
Schoeller Paul Eduard, Ritt. v., Schoeller Philipp Wilhelm, Ritt. v. — Fabriksmäßige Erzeugung von Rollgerste, Grieß und Mehl — II., Schüttelstraße 19.
Lutz Eduard — Farben- und Glasur-Erzeugung — X., Hansengasse 19.
Cichocky Ludwig — Futteralmacher — V., Johannagasse 31.
Bruckner Augustin — Gastwirt — VII., Westbahnstraße 2.
Roißl Anna — Gastwirtin — III., Erdbergstraße 81.
Schultes Johann — Gastwirt — III., Beatrixgasse 11.
Müller Franz — Gebäck-Verschleiß im Umherziehen — III., Obere Weißgärberstraße 20.
Winter Charlotte — Geflügelhandel — X., Eugenplatz.
Chalupka Rosalie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Marchfeldgasse 6.
Hacker Julius — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Große Sperlgasse 1.

Handler Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Rampersdorfg. 4.
Horn Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Penzing, Breitenseerstraße 76.
Kleiber Konrad — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 72.
Kuhn Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Sonnenwendg. 32.
Markovicz Adelheid — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Schwarzingerg. 5.
Roubicek Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Othmargasse 13.
Schnötzinger Thekla — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Wimmergasse 8.
Steinhauer Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neustiftg. 78.
Löbl Matthias — Getreide-Commissionshandel — II., Circusgasse 15.
Slama Leopold — Goldarbeiter — VIII., Stolzenthalergasse 5.
Czaczkes Israel Leib — Gold- und Silberwaren-Verschleiß — II., Circusgasse 38.
Farkas Michael — Grünwaren-Verschleiß — II., Othmargasse 15.
Rosenthal Alfred — Handelsagentie — I., Schottenring 30.
Schultheiß Ernst — Herausgabe der Druckschrift „Die Arbeit" — VII., Mariahilferstraße 12.
Tausig Johann Jakob, Dr. — Herausgabe der Druckschrift „Neues medicinisches Centralblatt" — I., Singerstraße 15.
Hittmann Adolf — Hutmacher — VII., Burggasse 81.
Felzmann Johann — Kaffeeschenker — II., Wallensteinstraße 46.
Meyer Josef, Steinberg Oskar — Kaufmännisches Informationsbureau — I., Börsegasse 1.
Bratter Alexander — Kleidermacher — I., Salvatorgasse 6.
Kaposi Heinrich, Kaposi Jakob, Kaposi Julius, Kaposi Alfred — Kleidermacher — VIII., Alserstraße 61 und 49.
Frankl Julie — Kleiderhandel — XVII., Hernals, Kirchengasse 13.
Klender Fanni — Kurz- und Galanteriewaren-Verschleiß — X., Himbergerstraße 14.
Kaleday Leopold — Lederwaren-Verschleiß — V., Hundsthurmerstr. 36.
Pfeifer Josefa — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VII., Hermanng. 30.
Schedl Franz — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Währing, Gürtelstraße 96.
Kuntz Amalie — Modistin — VII., Neubaugasse 71.
Nagel Jetti — Modistin — II., Circusgasse 27.
Götzl Anna — Obst-, Grünwaren-, Gebäck-, Butter- und Eier-Hausierhandel — II., Lessinggasse 27.
Reindl Katharina — Papier- und Kurzwaren-Verschleiß — VII., Burgg. 25.
Hofmeister Aloisia — Pfaidlerin — VII., Zieglergasse 35.
Schmidt Theodor — Pfaidler — V., Matzleinsdorferstraße 47.
Mannaberg Ludwig, Rozner Adam — Pfandleihanstalt — II., Glockeng. 11.
Bigler Franz Josef — Privat-Kirchenmusikschule — III., Hetzgasse 20.
Schneider Marie Christine — Privatlehranstalt für Schnittzeichnen, Kleidermachen und Nähen — II., Taborstraße 104.
Rosenberg Jakob — Provisionsbezug — II., Springergasse 3.
Domonkos Wendelin — Selchwaren-Verschleiß — V., Siebenbrunneng. 27.
Wanek Therese — Sonn- und Regenschirm-Erzeugung — XVIII., Währing, Theresiengasse 13.
Binder Mathilde — Spenglergewerbe — II., Große Sperlgasse 32.
Levi Tito — Specereiwarenagentie — II., Rembrandtstraße 11.
Abicht Wilhelm — Spediteur — I., Schwertgasse 3.
Schmutzer Rudolf — Spirituosen- und Flaschenbier-Verschleiß — X., Quellengasse 44.
Palker August — Tapezierer — VIII., Langegasse 30.
Neubauer Thomas — Tischler — VIII., Josefstädterstr., Cavallerie-Kaserne.
Pirouteк Wenzel — Tischler — XVII., Hernals, Mariengasse 34.
Wallentin Franz — Tischler — XVIII., Währing, Annagasse 48.
Weixler Sophie — Trödlerin — V., Rüdigergasse 7.
Schmidt Theodor — Übernahme zum Putzen — V., Matzleinsdorferstr. 47.
Czaczkes Israel Leib — Uhrmacher — II., Circusgasse 38.
Kollowratek Albert — Vergrößerung von Bildern auf photographischem Wege — III., Seidlgasse 23.
Mareček Josefa — Verkauf von Christbäumen und Kränzen — III., Kolonitzplatz.
Kirndorfer Anna — Verschleiß von optischen Waren — XVII., Hernals, Hauptstraße 93.
Reindl Katharina — Verschleiß von Schulheften, Preislisten, Preiszetteln 2c. — VII., Burggasse 25.
Koziste Anna — Victualienhandel — III., Mohsgasse 10.
Treschel Theresia — Victualienhandel — IV., Obstmarkt.
Kostka Elisabeth — Victualien-Verschleiß — II., Dammstraße 18.
Lettner Elisabeth — Victualien-Verschleiß — II., Rueppgasse 12.
Remeč Franz — Victualien-Verschleiß — XVIII., Währing, Michaelerstr. 29.
Reichl Anna — Victualien-Verschleiß — II., Czerningasse 16.
Limbeck Marie — Wäscheputzerin — X., Raaberbahngasse 9.
Kohn Isidor — Wein-Verschleiß — X., Staatsbahngasse 4.
Daubrawsky Rosa — Zeitungs-Verschleiß — III., Hauptstraße 67.
Strašil Karl — Zeitungs-Verschleiß — I., Tiefer Graben 36.
Stark Francisca — Ziergärtnerei — XVII., Hernals, Hauptstraße 120.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 17. November 1894.

Schicht Adolf — Agentie — IX., Kolingasse 5.
Littmann Heinrich Dagobert — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Blaimschein Karl — Eier-Verschleiß — XII., Penzing, Plankeng. 59/61.
(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 16. November 1894.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Seiler und Zweig wegen Fernbleibens . . . 2401
2. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Haßfurther, betreffend seinen Antrag wegen Aufnahme einer eigenen Rubrik für die Zinskreuzer in den Hauszinssteuerbögen . . . 2401

Interpellationen:
3. Gem.-Rath Strobach, betreffend den schlechten Zustand der Kompertgasse im V. Bezirke . . . 2401
4. Gem.-Rath Gregorig, betreffend seinen Antrag wegen Petitionierung gegen die Concessionierung von sogenannten Warenhäusern 2401
5. Derselbe, betreffend einen infolge Terrainrutschung beim Linienwalle stattgefundenen Unglücksfall . . . 2402

Anträge:
6. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Anlage eines Promenadeweges über einen Theil des Alsbachbettes im XVII. Bezirke . 2402
7. Derselbe, betreffend den Verkauf von altem Eisen und anderem Materiale aus dem städtischen Materialiendepot im Offertwege 2402
8. Gem.-Rath Maresch, betreffend die Constituierung von städtischen Grundbesitz-Controls-Commissionen . . . 2402

Referate:
9. Gem.-Rath Stiaßny, betreffend Verzichtleistung auf die Durchführung von Straßenzügen innerhalb des Complexes der Alserkaserne für den Fall ihrer Verwendung desselben für Universitätszwecke (Fortsetzung der Berathung) . . . 2404
10. Gem.-Rath Dr. v. Billing, betreffend die Aufnahme von Diurnisten als Ersatz für die zur activen Militärdienstleistung einberufenen Praktikanten und Beamten (Zuschusscredit) . . . 2411
11. Gem.-Rath Stiaßny, betreffend Baulinienbestimmung für die sogen. Gewehrfabrik in der Schwarzspanierstraße im IX. Bezirke 2411
12. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Rubrik „Besoldungsvorschüsse an Lehrpersonen" . . . 2412
13. Derselbe, betreffend die Rectificierung der Wählerlisten . . . 2412
14. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend die Durchführung der Breitenfeldergasse im VIII. Bezirke von der Bennogasse bis zum Hernalsergürtel (Zuschusscredit) . . . 2415
15. Derselbe, betreffend die Durchführung der Schöffelgasse in Gersthof, XVIII. Bezirk, von der Scheidlgasse bis zur Richthausenstraße im XVII. Bezirke (Zuschusscredit) . . . 2415
16. Gem.-Rath Ritt. v. Neumann, betreffend das Project für die Verlegung der Trace der Gürtelstraße der Strecke Donaucanal—Arsenal . . . 2415

Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 9. November 1894 . . . 2418
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 13. November 1894 . . . 2421

Allgemeine Nachrichten:
Commission für Verkehrsanlagen in Wien . . . 2424
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 11. bis 17. November 1894 . . . 2424
Pferdemarkt vom 16. November 1894 . . . 2424
Schlachtviehmarkt vom 19. November 1894 . . . 2424
Bierpreise im Monate October 1894 . . . 2425
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 17. November 1894 . . . 2425
Städtisches Lagerhaus . . . 2425
Approvisionierungs-Angelegenheiten:
Verbot der Einfuhr von Rindvieh aus einigen verseuchten Gegenden Deutschlands . . . 2425
Wasser-Angelegenheiten:
Reinhaltung der Wasserabflussleitungen . . . 2425
Öffentliche Sicherheit . . . 2425
Gewerbe-Angelegenheiten:
Gremium der Stein- und Kupferdrucker . . . 2426
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 15. bis 19. November 1894 . . . 2426
Gewerbeanmeldungen . . . 2427
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen *)

1894.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
6. December 10 Uhr	Departement VII Stiege 7 (Mag.-Rath Stadler)	Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen zur Erbauung eines Reservoirs der Hochquellenleitung** auf dem kleinen Schafberge in Dornbach, XVII. Bezirk, und zwar: a) **der Baumeisterarbeiten** im Kostenbetrage von 420.969 fl. 2 kr.; eventuell b) **der Steinlieferung für die Pfeiler** ꝛc. aus Gmündnergranit oder einem demselben gleichwertigen Steinmateriale im Kostenbetrage von 58.962 fl. 99 kr.; c) **der Façonröhren** im Kostenbetrage von 2175 fl. 90 kr. 1—3

*) Pläne, Kostenanschläge ꝛc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von **5 Percent der Kostenanschlagssumme** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Prot.-Nr. 175500 ex 1894.
Ref.-Nr. 5911. VIII.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der für die **Herstellung von einfachen und Doppelgrüften am Wiener Central-Friedhofe erforderlichen Lieferung der Gruftgewände und Gruftdeckel aus Granit sammt Gruftringen, sowie der nothwendigen Steinmetzarbeiten** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 4. December d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Lekisch**, im Rathhause (5. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die neuen Pläne und die Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen. Außerdem hat jeder Offerent zugleich mit dem Offerte ein entsprechendes, auf einer Seite rein gearbeitetes Muster des Granitsteines, welcher für diese Grüfte geliefert wird, vorzulegen und im Offerte den Bezugsort genau anzugeben.

Dem Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. November 1894. 1—3

Ad Prot.-Nr. 103682 ex 1894.
Ref.-Nr. 2051. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Zimmermannsarbeiten und Lieferungen zur Erhaltung der städtischen Donau-, Donaucanal- und Wienflussbrücken vom 1. Jänner 1895 an auf die Dauer von drei Jahren** wird auf Grund der diesfälligen Bedingnisse und des städtischen Preistarifes Nr. 5 für die Zimmermannsarbeiten vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 3. December d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingnisse und den städtischen Preistarif Nr. 5 im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit den vorbezeichneten Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 12. November 1894. 2—3

Kundmachung.

(Licitation.)

Am 3. December 1894 von 9 Uhr vormittags ab werden wegen Steuer- u. dgl. Rückständen **gepfändete Möbel, Hobelbänke u. s. w.** im Wege der öffentlichen Versteigerung gegen bare Bezahlung hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich zur angegebenen Zeit im Amtshause des magistratischen Bezirksamtes XII., Meidlinger Hauptstraße Nr. 4, im Hofe einfinden.

Vom magistratischen Bezirksamte für den XII. Bezirk.
Wien, am 29. October 1894. 1—1

Kundmachung.

(Ergänzungswahl eines Landtags-Abgeordneten für den IV. Wahlbezirk in Wien.)

Mit Beziehung auf die Kundmachung vom 17. October 1894, mit welcher die Ergänzungswahl eines Landtags-Abgeordneten für den IV. Wahlbezirk der Stadt Wien für den 26. November 1894 anberaumt wurde, wird Nachstehendes zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Die Wahlberechtigten wurden nach den Anfangsbuchstaben ihrer Namen in vier Sectionen eingetheilt und Umfang und Wahllocale in folgender Weise bestimmt:

Section	Wähler mit dem Anfangsbuchstaben	Wahlort
I	A—G	Gemeindehaus, IV., Schäffergasse Nr. 3, Hauptstiege, I. Stock, Sitzungssaal (Hauptwahlcommission).
II	H—L	Gemeindehaus, IV., Schäffergasse Nr. 3, Hauptstiege, I. Stock, Kanzlei des Bezirksausschusses.
III	M—R	Gemeindehaus, IV., Hechtengasse Nr. 6, 2. Stiege, I. Stock, großer Saal.
IV	S—Z	Kindergartenlocale, IV., Schaumburgergasse Nr. 7 a und Starhembergasse Nr. 10.

Die Stimmabgabe dauert von 8 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags.

Jeder zur Abstimmung erschienene Wähler hat unter Vorweisung seiner Legitimationskarte seinen Stimmzettel, auf welchem der Name eines Gewählten zu verzeichnen ist, der Wahlcommission zu übergeben.

Jeder Wähler kann sein Wahlrecht nur persönlich ausüben.

Sofort nach Abschluss der Stimmgebung beginnt das Scrutinium, und zwar nimmt die für jede einzelne Section bestellte Wahlcommission die Stimmenzählung für ihre Section selbständig vor. Nach Beendigung der Stimmenzählung in den Sectionen wird das in allen Sectionen erzielte Gesammtresultat von der Wahlcommission der ersten Section, welche im Sinne des § 35, Punkt 2, Absatz 2 der Landtags-Wahlordnung zur Hauptwahlcommission bestimmt wurde, ermittelt und sofort kundgemacht.

Kommt bei dem Abstimmungsacte am 26. November d. J. eine absolute Stimmenmehrheit nicht zustande, so wird am 28. November die zweite Wahl, und wenn auch bei diesem Wahlgange eine absolute Stimmenmehrheit nicht erzielt werden sollte, am 30. November 1894 die engere Wahl vorgenommen werden.

Wien, am 10. November 1894.

Seiner k. und k. Apostolischen Majestät wirklicher Geheimer Rath und Statthalter im Erzherzogthume Österreich unter der Enns:
Erich Graf von Kielmansegg m. p. 1—1

Kundmachung.

(Frist zur Behebung der Wahllegitimation.)

Nachdem infolge Kundmachung der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei vom 17. October 1894 die Ergänzungswahl eines Landtags-Abgeordneten für den IV. Wahlbezirk der Stadt Wien **am 26. November 1894** vorzunehmen ist, werden jene Herren Wähler, welchen ihre Legitimationskarten aus welchem Grunde immer längstens 24 Stunden vor dem Wahltage nicht zugestellt worden wären, nach § 26 der Landtags-Wahlordnung hiemit aufgefordert, dieselben im Steuer- und Wahlcataster, I., Rathhaus, Hochparterre, **persönlich** zu erheben.

Wien, am 19. November 1894.
Der Bürgermeister:
Dr. Raimund Grübl. 1—2

Z. 190136.
IX.

Kundmachung.

(Local-Commission.)

Über die von Herrn Louis Rößler, VII., Kaiserstraße 80, gestellte Bitte um Bewilligung zur Erbauung eines Fabrikszubaues und um Genehmigung der gewerblichen Betriebsanlage zur Ausübung des Gold- und Silber-Krätzmühlenbetriebes auf der Realität VII., Neustiftgasse 119, findet zur Erhebung der Zulässigkeit der Bauführung sowie der Betriebsanlage in Gemäßheit des § 25 der Bauordnung und der §§ 27 und 29 der Gewerbeordnung **Donnerstag den 29. November, vormittags 10 Uhr,** eine Local-Commission statt.

Die Commissions-Mitglieder versammeln sich bei dem Hause VII., Neustiftgasse 119.

Dieses wird mit dem Beisatze zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass allfällige Einwendungen gegen die Bauführung und

die Betriebsanlage entweder schriftlich bis zum obigen Tage beim Magistrate zu überreichen oder mündlich bei der Commission selbst anzubringen sind, widrigenfalls der Ausführung der Anlage stattgegeben wird, sofern sich nicht von amtswegen Bedenken dagegen ergeben.

Die Pläne liegen bis zum Commissionstage im neuen Rathhause, I. Bezirk, Lichtenfelsgasse, Mezzanin, im Magistrats-Departement IX zur Einsicht auf.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 13. November 1894. 1—3

G.-Z. 173993.
VI.

Kundmachung.

(Vermietungsanzeige.)

In dem von der Gemeinde Wien verwalteten neuen Kalcher'schen Stiftungshause I. Bezirk, Sterngasse 8, sind die **Parterre-localitäten** top. Nr. 28 bis 31, Zins Nr. V, mit sieben Gassenöffnungen nebst einem Handmagazin **sofort preiswürdig zu vermieten.**

Nähere Auskünfte an Wochentagen zwischen 8 und 1 Uhr, I. Bezirk, Rathhaus, Magistrats-Departement 6, im II. Stock.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. November 1894. 2—3

Ad M.-Z. 82747.
X.

Kundmachung.

(Zwei Anton Schey'sche Künstler-Stipendien.)

Vom Studienjahre 1894/95 angefangen gelangen zwei Anton Schey'sche Künstler-Stipendien jährlicher 315 fl. ö. W. an talentierte Schüler der allgemeinen Malerschule oder Specialschule für historische Malerei, Landschaftsmalerei oder Thiermalerei an der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien zur Verleihung.

Der Genuss eines dieser Stipendien erstreckt sich in der Regel auf Studiendauer und erlischt außer mit dem Ablaufe der normalen Studiendauer nur mit dem etwa früher eintretenden Abgange von der genannten Hochschule.

Der Stipendiengenuss kann jedoch für den Fall besonders günstiger Studienerfolge über Ansuchen des Stiftlings noch um ein oder zwei Jahre behufs weiterer künstlerischer Ausbildung an einer öffentlichen oder Privat-Malerschule des In- oder Auslandes verlängert werden.

Bewerber um eines dieser Stipendien haben ihre mit einem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, sowie mit einem Sittenzeugnisse und den Nachweisen ihrer bisherigen Studienerfolge und mit Kunstproben belegten Gesuche bis **längstens 17. December 1894** bei dem Professorencollegium der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien einzureichen.

Nur die mit einem legalen Armutszeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. November 1894. 2—3

G.-Z. 184976.
X.

Kundmachung.

(Stipendium für Mittelschüler.)

Aus dem **Franz Xaver Muthsam'schen Stiftungsfonde** gelangt vom Beginne des Studienjahres 1894/95 angefangen ein Stipendium im Betrage von 248 fl. für einen Schüler an einer Mittelschule (Gymnasium oder Realschule) zur Verleihung.

Der Bezug des Stipendiums dauert für die Zeit des öffentlichen Studiums an einer Mittelschule in Wien oder anderswo insolange, als sich der Stipendist jährlich zweimal mit einem Zeugnisse seines sehr guten Fortganges und seiner guten Aufführung ausweist.

Die Bewerber um dieses Stipendium haben ihre gehörig belegten, insbesondere mit den Zeugnissen über die mit gutem Erfolge absolvierte Volks- oder Bürgerschule, eventuell den letzten zwei Semestral-Studien-Zeugnissen belegten Gesuche **bis spätestens am 12. December d. J.** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen und müssen die Competenten im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Weinhaus geboren oder wohnhaft sein und ein tadelloses sittliches Betragen ausweisen.

Nur die mit einem legalen Armutszeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Auf verspätet einlangende oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. November 1894. 3—3

Z. 174337.
XI.

Kundmachung.

(August Zang'sche Stiftung.)

Am 4. März 1895 gelangen die Interessen der **August Zang'schen Stiftung für nothleidende Kleingewerbetreibende** im Betrage von 2175 fl. zur Vertheilung.

Auf den Genuss dieser Stiftung haben jene Kleingewerbetreibenden Anspruch, welche ohne ihr Verschulden in eine Nothlage gerathen sind, ohne Rücksicht auf ihre Confession oder Heimatsberechtigung, doch müssen dieselben in Wien wohnen und ihr Gewerbe noch betreiben.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Heimatschein, den Tauf-, respective Geburtsschein, eventuell den Trauungsschein, die Tauf-, respective Geburtsscheine der Kinder, ferner den Gewerbeschein oder das Concessionsdecret, den Erwerbsteuerschein und ein legales Mittellosigkeitszeugnis, Witwen aber außerdem den Todtenschein des Gatten beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 6. December 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates** zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. October 1894. 3—3

M.-Z. 179658.
X.

Kundmachung.

(Franz Josef Pisko'sche Lehramtscandidaten-Stiftung.)

Vom Beginne des Studienjahres 1894/95 gelangt ein Franz Josef Pisko'sches Stipendium im Betrage von vierzigvier (44 fl.) Gulden österr. Währung für einen armen in Wien absolvierten Lehramtscandidaten für Mittelschulen, welcher seine Lehramtsprüfung bereits mit gutem Erfolge abgelegt hat, noch keine mit Gehalt, Adjutum oder Remuneration dotierte öffentliche Stellung bekleidet und sittlich tadellos ist, zur Verleihung.

Unter sonst gleichen Umständen haben zunächst Verwandte des Stifters den Vorzug vor anderen Bewerbern. Der Genuss dieser Stiftung dauert ein Jahr.

Die Bewerber um dieses Stipendium haben ihre ordnungsmäßig belegten, insbesondere mit dem Lehramtszeugnisse für Mittelschulen, dem Tauf- oder Geburtsscheine, dem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, dem Impfscheine und einem Sittenzeugnisse versehenen Gesuche **bis längstens 12. December 1894** beim Wiener Magistrate zu überreichen.

Nur die mit einem legalen Armutszeugnisse belegten Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. November 1894. 3—3

Z. 174335.
XI.

Kundmachung.

(J. G. Ertl'sche Armenstiftung.)

Am 26. Februar 1895 gelangen die verfügbaren Jahresinteressen pro 1894 von dem Johann Georg Ertl'schen Stiftungscapitale zur Vertheilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben arme in Wien wohnhafte Familien, deren Familienoberhaupt oder von denen eines oder mehrere der im gemeinschaftlichen Haushalte lebenden Familienmitglieder von Krankheit betroffen sind.

Bewerber um eine Betheilung aus dieser Stiftung haben ihre Gesuche mit einem legalen Armutszeugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über die Krankheit eines Familienmitgliedes, dem Tauf- und Trauungsscheine, dem Zuständigkeitsnachweise und den Taufzetteln ihrer Kinder zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 3. December 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates** zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. October 1894. 3—3

Z. 182786.
XII.

Kundmachung.

(Antonia Wahlberg'sche Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass zu Weihnachten 1894 die Jahresinteressen der **Antonia Wahlberg'schen Weihnachts-Stiftung** im Betrage von 37 fl. 80 kr. an einen armen verwaisten Knaben ohne Unterschied der Religion, welcher sich durch Fleiß und Strebsamkeit hervorthut, zu verleihen sind.

Die Entscheidung über den zu betheilenden Knaben steht dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu.

Bewerber um diesen Stiftungsbetrag haben ihre Gesuche mit dem Tauf-(Geburts-)scheine des Kindes, für welches um die Stiftung eingeschritten wird, mit dem Todtenscheine des Vaters des Kindes, eventuell mit den Todtenscheinen beider Eltern, mit dem letzten Schulausweise des Kindes und mit einem legal ausgefertigten Armutszeugnisse für das Kind und eventuell dessen Mutter zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 30. November 1894** im Einreichungs-Protokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Wien, am 13. November 1894. 1—3

Z. 174334.
XI.

Kundmachung.

(Ignaz Baum'sche Armenstiftung.)

Am 20. Februar 1895 gelangen die verfügbaren Jahresinteressen der **Ignaz Baum'schen Armenstiftung** im Betrage von 200 fl. zur Vertheilung.

Nach den stiftbrieflichen Bestimmungen sind mit diesen Interessen zehn Arme christlicher Religion zu betheilen, welche ihre Mittellosigkeit und Unbescholtenheit ausweisen, und es soll bei der Vertheilung vor allem auf Verwandte des Stifters von väterlicher oder mütterlicher Seite, sodann auf diejenigen, welche zwar in Wien wohnen, jedoch aus der Vaterstadt des Stifters, Bielitz, gebürtig sind, endlich auf Verheiratete, mit zahlreichen Kindern Gesegnete Rücksicht genommen werden.

Die Dauer des Stiftungsgenusses ist auf ein Jahr beschränkt, jedoch steht den bereits einmal Betheilten das Recht zu, sich auch neuerlich zur Betheilung anzumelden.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 1. December 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates** zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. October 1894. 2—3

Zur coulanten Besorgung aller im **Coursblatte** notierten **Effecten und Valuten** bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 94. Freitag, den 23. November 1894. Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 27. November 1894, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 30. November 1894, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **20. November 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung wegen eines Todesfalles in seiner Familie; Gem.-Rath Markl wegen Unwohlseins; Gem.-Rath v. Götz wegen Theilnahme an einer Commission in Hütteldorf.

2. Ich habe die Ehre, der verehrten Versammlung bekanntzugeben, dass die Schätzung der englischen Gaswerke durchgeführt ist und das Schätzungselaborat demnächst zur Kenntnis der verehrten Versammlung gebracht werden wird.

3. Herr Gem.-Rath Strobach hat in der letzten Sitzung wegen Übernahme und Herstellung der Kompertgasse im V. Bezirke interpelliert. Ich habe die Ehre, auf Grund eines Berichtes des Bauamtes der Versammlung Folgendes zur Kenntnis zu bringen (liest):

„Die Fahrbahn der Kompertgasse im V. Bezirke von der Matzleinsdorferstraße bis zur Jahngasse befindet sich thatsächlich in sehr schlechtem Zustande.

In dieser Gasse bestehen fast durchwegs neue Häuser, welche auf den durch die an Peter Comploier ertheilte Parcellierungsbewilligung gewonnenen Gründen erbaut wurden.

Anlässlich der Projectsvorlage für die Canalisierung dieser neuen Gasse, welche mit M.-Z. 44905 ex 1893 genehmigt und durchgeführt wurde, hat das Stadtbauamt schon aufmerksam gemacht, dass der Straßengrund noch nicht ins richtige Niveau gebracht und in den physischen Besitz der Gemeinde übergeben ist.

Diese Übergabe ist auch bis jetzt noch nicht erfolgt, und kann selbe erst dann vorgenommen werden, bis der Straßengrund von den Baustellenbesitzern abgegraben sein wird. Erst darnach wird es der Gemeinde möglich sein, die Straße zu regulieren, zu beschottern und Rinnsale zu pflastern."

4. Herr Gem.-Rath Gregorig hat interpelliert wegen eines Unglücksfalles, welcher sich infolge einer Erdabrutschung bei der Matzleinsdorferlinie im V. Bezirke zugetragen hat. Das Bauamt legt einen Plan vor und berichtet diesfalls Folgendes (liest):

„Der in Rede stehende Unglücksfall ereignete sich, wie die vorgenommenen Erhebungen ergaben, nicht in der Nähe der Matzleinsdorferlinie, sondern auf jenem der Gemeinde Wien gehörigen Linienwalltheile, welcher zwischen der Arbeitergasse und der Ausmündung der Johannesgasse in die Siebenbrunnengasse im V. Bezirke liegt.

Es ist dies, wie aus der beiliegenden Planskizze ersehen werden wolle, ein Stadttheil, an welchem bisher absolut keine Veränderung vorgenommen wurde, d. h. weder ein Durchbruch noch eine Abgrabung oder Anschüttung. Derselbe befindet sich daher, abgesehen von muthwilligen Angriffen, noch genau in jenem Zustande, in welchem er sich seit jeher befunden hat, so dass der ganze Wall mit alter Grasnarbe überwachsen ist, daher von einer Abrutschung eines Erdkörpers ohne eine besondere Veranlassung gar keine Rede sein kann.

Die genannte Wallstrecke ist gegen die Innenseite von den Pächtern der dortigen Bürgerspitalsgründe in der ganzen Länge

abgeplankt, nach außen von der Wallmauer begrenzt. Außerhalb der letzteren befinden sich Bürgerspitalsäcker, welche verpachtet sind und sich bis an den Margarethengürtel erstrecken.

Der genannte Linienwalltheil, beziehungsweise der auf demselben befindliche ehemalige Bestreifungsweg wird von Passanten nicht benützt, höchstens dann und wann von den anrainenden Küchengärtnern.

Der erwähnte Unfall entstand dadurch, dass, wie aus den beiliegenden Skizzen ersehen werden kann, von einer Anzahl von Knaben an der Außenseite des Walles knapp oberhalb der Wallmauer eine Höhle ausgegraben wurde, welche parallel zur Wallmauer auf eine Länge von circa 3 m in Tunnelform weitergeführt, wieder ober der Wallmauer ausmündete.

Da beide Ausgänge nach außen gegen die Felder mündeten, so wurden dieselben von den nur selten den Wall passierenden Gärtnern nicht wahrgenommen.

Wie die Erkundigungen ergaben, nahmen die Knaben mehrfach Belastungsproben der Tunneldecke vor und bei einer solchen Probe, welche durch Herumspringen einer Anzahl Burschen auf der Böschung geschah, stürzte der fragliche Gang ein und bewirkte ein Nachrollen des Erdreiches oberhalb desselben, welches sich jedoch nicht bis zum Bestreifungsweg erstreckt.

Heute ist die in Rede stehende Böschung allerdings etwas steiler, allein mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit sind keine Vorkehrungen nothwendig, namentlich deshalb nicht, weil überhaupt der Wall nicht begangen wird, und die übrigen Wallstrecken in der Ausdehnung von circa 10.000 m ganz in demselben Zustande sich befinden, ohne dass bisher ein unverschuldeter Unfall zu verzeichnen wäre."

Es wird weiter bemerkt, dass nach Ansicht des Bauamtes selbst die intensivste polizeiliche Aufsicht nichts nützen würde, und dass unter solchen Umständen, wie der angegebene, ein Unglücksfall möglich wäre.

Ich bin daher im gegenwärtigen Augenblicke nicht in der Lage, die Frage 1 zu beantworten: „Was gedenkt der Bürgermeister gegenüber den unglücklichen Eltern zu thun?"

Ich müsste diesfalls eine Eingabe der Betreffenden abwarten und dann den Fall prüfen, nachdem die Untersuchung nicht abgeschlossen ist. Zur Verhinderung ähnlicher Unglücksfälle kann ich momentan keine Vorkehrungen treffen.

Es wird sich die Möglichkeit von Unglücksfällen vollends verringern, wenn die Unebenheiten, die sich dort befinden, ausgeglichen werden, d. h. der Wall ausgefüllt wird, was aber nicht sofort geschehen kann, weil ja der Wall dort eine Länge von 10.000 m hat. Was die eingeleitete Untersuchung betrifft, so bin ich selbstverständlich momentan noch nicht in der Lage, über das Resultat derselben irgendeine Mittheilung zu machen. Es muss diesfalls abgewartet werden, bis die Untersuchung sei es zu einem Strafantrage oder zur Einstellung des Verfahrens führt.

Ich bitte um Mittheilung des Einlaufes.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

5. Anfrage des Gem.-Rathes Sauerborn:

Wie das „Deutsche Volksblatt" berichtet, beabsichtigt die Krankenhaus-Verwaltung, bei der „Spinnerin am Kreuz" ein Epidemiespital zu erbauen, und zwar gerade gegenüber dem dort befindlichen Wasserreservoir der Hochquellenleitung, nur durch die Straße von demselben getrennt.

Sollte dieses Project zur Durchführung gelangen, so würde damit eine geradezu eminente Gefahr für unsere Hochquellenleitung geschaffen, da bei der meist vorherrschenden nordwestlichen Windrichtung die Ansteckungsstoffe und Miasmen durch die Ventilationsschächte des Reservoirs direct in dasselbe getrieben würden. Es ist gewiss, dass dieses die größte Gefahr und geradezu unberechenbare Folgen verursachen würde; daher befindet sich auch die Bevölkerung, namentlich jene des III., IV., V. und X. Bezirkes, in sehr begreiflicher Unruhe.

Ich erlaube mir daher an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage:

1. Ist der Herr Bürgermeister von diesem Projecte der Krankenhaus-Verwaltung in Kenntnis?

2. Gedenkt der Herr Bürgermeister, mit allen ihm zugebote stehenden Mitteln die Erbauung dieses Epidemiespitales auf diesem Platze zu verhindern?

Bürgermeister: Ich habe von der Lage der Dinge Kenntnis. Es hat auch der Stadtrath zu dieser Angelegenheit bereits Stellung genommen, und zwar im Sinne der bereits gefassten Gemeinderaths-Beschlüsse, also speciell auch in der Richtung, dass nicht in der Nähe des Reservoirs mit der Verbauung vorgegangen werde. Ich glaube, es wird sich voraussichtlich ein befriedigendes Arrangement treffen lassen, nachdem die Spitalsverwaltung weiter unten, abseits von der Triesterstraße, noch ein anderes Terrain besitzt, auf welchem es nach unserer Ansicht möglich sein wird, weitere Pavillons zu errichten.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

6. Anfrage des Gem.-Rathes Rißaweg:

Die Pflasterung der Simmeringerstraße im X. Bezirke von der Gellert- bis gegen die Laimäckergasse wurde soeben vollendet; durch die hiebei erforderliche Herstellung, respective Anschüttung der Straße in das richtige Niveau kam der mit der Straße parallel laufende, durch die Einfriedungsplanke der Österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft abgegrenzte, ungepflasterte Fußweg in der ganzen Strecke der Pflasterung um circa 0·40 m gegen die Straße tiefer zu liegen; naturgemäß hätte dieser Fußweg daher ganz einfach angeschüttet und mit der Straße auf die entsprechende Höhe gebracht werden müssen.

Es wurde mit dieser Anschüttung auch bereits begonnen, jedoch wurde dieselbe sofort wieder eingestellt, und zwar soll der Streckenchef der Österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft sich an das Stadtbauamt gewendet und gegen die Anschüttung protestiert haben mit der Begründung: Die Verwaltung der Österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft kann nicht zugeben, dass an ihrer Einfriedungsplanke der Fußweg angeschüttet werde, indem sonst jeder Fußgeher über die Planke sehen, eventuell einsteigen könnte 2c.

Nun, jedem anderen Haus- oder Grundeigenthümer würde man unter solchen Umständen ganz einfach den guten Rath ertheilt haben, seine Einfriedungsplanke, wenn es infolge der Anschüttung die Nothwendigkeit erfordert, auf seine Kosten erhöhen zu lassen; jedoch der Verwaltung, respective Direction der Österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft gegenüber —

derselben Gesellschaft, welche seit jeher gerechtfertigte Wünsche und Forderungen der Gesammtbevölkerung ganz einfach unberücksichtigt lässt;

derselben Gesellschaft, welche ohne Rücksicht auf die Bevölkerung zeitweilig die Absperrung, respective den Durchgang durch den Bahnhof anordnet, wodurch man gezwungen ist, einen halbstündigen Umweg zu machen;

derselben Gesellschaft, welche seit mehr als 20 Jahren immer Mittel und Wege zu finden weiß, um den derselben schon im Jahre 1872, trotz nachträglichen Recursen, rechtsgiltig gebliebenen Auftrag der Unterfahrung, respective Überbrückung der Staatseisenbahngeleise im Zuge der Simmeringerstraße im X. Bezirke auf eigene Kosten herzustellen, zu hintertreiben;

derselben Gesellschaft glaubte das Stadtbauamt eine Ausnahmsstellung einräumen zu müssen und ließ zu der einen Saumschar, welche das Straßenpflaster von dem Fußwege abgrenzt, nun drei weitere Saumscharen mit 0·15 m Höhe-Abständen von einer Schar zur anderen legen, wodurch das ursprüngliche Niveau des Fußweges (0·40 m) unter dem Straßenniveau erhalten bleibt und demnach die Verwaltung der Österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft ihre Einfriedungsplanke in dem früheren Zustande bestehen lassen kann.

Aus diesem einen Entgegenkommen erwuchs nun der Gemeinde eine Verpflichtung zu weiteren Auslagen aus den Steuergeldern der Gesammtbevölkerung, und zwar in nachstehender Art:

Nachdem nun der betreffende Fußweg gegen das Straßenniveau um 0·40 m tiefer, das Bahnhofterrain innerhalb der Planke noch bedeutend tiefer liegt, so würde bei anhaltendem Regen das Wasser durch die Planke auf das Bahnhofterrain geflossen sein; um nun zu verhüten, dass dies geschehe, wurden nun fünf im Straßenspiegel liegende Schachte der Wassereinläufe durchbrochen, ebensoviele Schachte, respective Wassereinläufe auf dem Fußwege neu angelegt und in die ersterwähnten Schachte eingeleitet, wodurch nun das Wasser von dem Fußwege abfließen kann, und die Gemeinde hiedurch die Gefahr, vielleicht durch das eine Entgegenkommen noch von Seite der Staatseisenbahn-Gesellschaft geklagt zu werden, beseitigt hat. Nachdem es nun erwiesen, dass die Kosten dieser Ausführungen, welche heute die Gemeinde zu tragen hat, hätten erspart werden können, stellen die Gefertigten die Anfrage:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, bekanntzugeben, wieso es kommt, dass man der Österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft

auf Kosten der Gesammtsteuerträger Begünstigungen einräumt, welche man jedem anderen Haus- oder Grundbesitzer nie gewähren würde und auch nie gewähren könnte?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die Veranlassung zu treffen, dass in Hinkunft derartige Vorkommnisse, welche geeignet sind, die Gemeindeauslagen in ungerechtfertigter Weise zu erhöhen, hintangehalten werden?

Bürgermeister: Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen und die Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

7. Antrag des **Gem.-Rathes Weitmann** und Genossen:

Die Zahl der am Central-Friedhofe bestehenden Anstandsorte ist eine völlig unzureichende, wie sich dies insbesondere in diesen Tagen, der Zeit des allgemeinen Gräberbesuches, in der unangenehmsten Weise fühlbar gemacht hat.

Es stellen daher die Gefertigten den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschließe, den Magistrat zu beauftragen, diesbezüglich das Erforderliche in dieser Hinsicht sofort zu veranlassen.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

8. Dringlichkeits-Antrag des **Gem.-Rathes Bärtl:**

Nachdem der Neubau des sogenannten „Paulanerhofes" an der Ecke der Wiedner Hauptstraße und Schleifmühlgasse im IV. Bezirke vollendet ist, sowie auch die Trottoirs bereits fertiggestellt sind, erscheint es dringend geboten, dass der Theil zwischen den Trottoirs und der Fahrstraße in die richtige Lage gebracht werde, indem sich dieser Theil in einem so schlechten Zustande befindet, dass dortselbst weder gegangen noch gefahren werden kann.

Die Gefertigten stellen daher den Dringlichkeits-Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen, das Stadtbauamt werde beauftragt, sofort das Nöthige zu veranlassen, damit der Theil um den bezeichneten Neubau, welcher jetzt zur Fahrstraße kommt, reguliert und gepflastert und dadurch gang- und fahrbar gemacht werde.

Dieser Antrag sei zur dringlichen Behandlung an den Stadtrath zu leiten.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

9. Antrag des **Gem.-Rathes Kaspar:**

Am 24. April d. J. hat der ergebenst Gefertigte im Namen der Hausbesitzer des XVIII. Bezirkes, Gersthofer Hauptstraße Or.-Nr. 107 bis 123, eine Eingabe an das dortige magistratische Bezirksamt dahin gehend gerichtet, es möge für die durch Anschüttung der Schönbrunnerstraße verloren gegangene Zufahrt zu den angrenzenden Äckern möglichst bald vorgesorgt werden.

Diese Eingabe blieb jedoch bei dem dortigen Bauamte trotz persönlicher Betreibung weit über ein Jahr unberücksichtigt.

Über eine schriftliche dringende Urgenz hat das Bezirksamt im Laufe des heurigen Sommers einen Localaugenschein anberaumt, jedoch es unterlassen, die bezüglichen Partei-Interessenten hiezu einzuladen.

Selbstverständlich war dadurch das Resultat gleich Null, höchstens dass die Wahrnehmung gemacht wurde, dass die Commune als Rechtsnachfolgerin der bestandenen Gemeinde, welche diese neue Zufuhr gewiss geschaffen hätte, sich der Pflicht nicht entschlagen könne, für diese neue Zufahrt zu sorgen, ohne so viele Besitzer in ihrem Eigenthume arg zu schädigen.

Mittlerweile hat das Bezirksamt mit 18. d. M., Z. 11884, inliegend den abweislichen Bescheid erlassen, welcher, ohne eine Kritik über ein ämtliches Schriftstück üben zu wollen, einer Berichtigung nicht entgehen kann.

Es ist nämlich thatsächlich richtig, dass diese angesuchte Herstellung der unabweislichen Zufahrt nur auf dem Privatgrunde der Orendt'schen Erben, welcher übrigens nach ihrer alten Mappe Eigenthum der vormaligen Gemeinde Gersthof war und nur auf unerklärliche Weise jetzt als Eigenthum der benannten Erben bezeichnet wird, gedacht werden kann.

Eine neue Zufahrt kann hingegen nur auf einem zu erwerbenden Streifen eines Grundes des Eigenthümers Nr. 123 gedacht werden.

Diese Zufahrt ehemöglichst zu schaffen, kann sich die Commune nicht entschlagen, ohne Anlass zu einem kostspieligen Processe zu geben, in welchem dieselbe gewiss sachfällig werden müsste, da ein altes bestandenes Recht nicht leichterdings bestritten werden kann.

Übrigens steht es außer allem Zweifel, dass die Commune bei der sonst gewohnten Munificenz eine Schädigung ihrer Mitbürger nicht aufkommen lassen wird.

In Rücksicht dieser vielversprechenden Gründe erlaubt sich der ergebenst Gefertigte folgenden Antrag einzubringen:

Der Gemeinderath wolle beschließen, dass der durch die Anschüttung der Schönbrunnerstraße im XVIII. Bezirke verloren gegangene bestandene Fahrweg zu den angrenzenden Äckern ehethunlichst, und zwar längstens bis zur nächsten Anbauperiode, auf Kosten der Commune hergestellt werde.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

10. Antrag des **Gem.-Rathes Josef Grünbeck:**

Nachdem die Abänderung der Wiener Bauordnung voraussichtlich sehr bald den Gegenstand der Berathungen des Gemeinderathes bilden wird, so stelle ich im Interesse einer möglichsten Klarstellung der bezüglichen Grundlagen den Antrag:

Das Stadtbauamt werde beauftragt:

1. eine übersichtliche, womöglich tabellarisch geordnete Zusammenstellung der wichtigsten vom Magistrate, Stadtbauamte, Ingenieurvereine und vom Ingenieur Mayer beantragten neuen Bestimmungen im Gegensatze zu den Bestimmungen der bestehenden Bauordnung zu verfassen;

2. die zukünftige Verbauungsart nach diesen verschiedenen Entwürfen sowohl in Grundrissen als in Schnitten schematisch darzustellen, und

3. auf Grund dieser Entwürfe eine entsprechende Anzahl charakteristischer Grundrisstypen gewöhnlicher Wohnhäuser zu verfassen.

Die vorstehend aufgezählten Behelfe sind in Druck zu legen und wenigstens acht Tage vor Beginn der Berathungen den Mitgliedern des Gemeinderathes zuzustellen.

Bürgermeister: Wird zur geschäftsordnungsmäßigen Berathung zugeführt.

Wir kommen zur Tagesordnung.

11. (8834.) **Referent Gem.-Rath Stiaßny:** Ich habe die Ehre, über den Antrag des Stadtrathes wegen Erwerbung einer Parcelle an der Valeriestraße im II. Bezirke für Schulbauzwecke zu berichten.

Der geehrte Gemeinderath hat anlässlich der Berathung über das Schulbau-Präliminare pro 1894 folgende Anträge dem Stadtrathe zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen:

„Es sei unter den Baugründen in der Nähe der Valeriestraße eine geeignete Bauparcelle auszuwählen, um auf derselben einen Schulbau, und zwar zum Zwecke einer Volksschule, eventuell auch einer Bürgerschule aufzuführen, und es seien zu diesem Zwecke in das Präliminare 40.000 fl. einzustellen."

Der Magistrat hat sich mit der Frage beschäftigt, unter den an der Schüttel- und Valeriestraße befindlichen Bauparcellen eine für den genannten Zweck geeignete zu finden. Als für diesen Zweck besonders passend wird die dem bekannten Banquier Georg Zinner gehörige Parcelle 1777/I bezeichnet, welche ein Ausmaß von 6065 m² oder 1686 □° besitzt. Diese Parcelle ist an der Wittelsbachstraße und an der Valeriestraße gelegen. Die Benützung dieser Parcelle für Schulbauzwecke kann nur unter Einhaltung derjenigen Servitute erfolgen, welche auf den sämmtlichen Pratergründen in dieser Gegend ruhen, Servitute, die hauptsächlich darin bestehen, dass alle Bauwerke, welche daselbst errichtet werden, einen villenartigen Charakter an sich zu tragen haben, dass Vorgärten in bestimmter Breite gegen die Straße anzulegen sind, dass diese Vorgärten mit einem eisernen, auf gemauertem Sockel befindlichen

Gitter einzufrieden sind u. s. w. Die Schwierigkeiten, welche sich der Erwerbung dieser Bauparcelle für den genannten Zweck entgegengestellt haben, wurden durch das thatkräftige Einschreiten des Herrn Bürgermeisters und durch seine Verhandlungen mit dem Obersthofmeister beseitigt. Nunmehr sind wir in der Lage, diese Parcelle erwerben zu können. Der dafür geforderte Preis beträgt 50.000 fl., was für den Quadratmeter einen Betrag von 8 fl. 24 kr., respective für die Quadratklafter den Betrag von 29 fl. 87 kr. ergibt. Ich brauche nicht zu erwähnen, dass dieser Betrag, wie ja dem geehrten Gemeinderathe einleuchten wird, ein unter den heutigen Verhältnissen mäßiger genannt werden kann.

Ich habe nun die Ehre, namens des Stadtrathes folgende zwei Anträge zur Beschlussfassung vorzulegen:

„1. Der Gemeinderath genehmige den Ankauf der Parcelle in der Valeriestraße im Ausmaße von 6065 m² um den Preis von 50.000 fl. für Schulbauzwecke.

2. Der Gemeinderath beschließe die Einstellung eines Betrages von 60.000 fl. als erste Baurate in das Budget pro 1895 für diesen Schulbau."

Ich empfehle Ihnen diese Anträge zur Genehmigung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Der Ankauf der Parcelle 1777/I in der Valeriestraße im II. Bezirke im Ausmaße von 6065·03 m² um den Preis von 50.000 fl. wird genehmigt.

In das Budget pro 1895 ist als erste Baurate ein Betrag von 60.000 fl. einzustellen.

12. (9158.) **Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing:** Das Referat, welches ich im Namen des Stadtrathes Ihnen vorzutragen die Ehre habe, trägt den Stempel außergewöhnlicher Wichtigkeit und einer tief einschneidenden Rückwirkung auf die Interessen Wiens an sich, und ich glaube daher die Erwartung aussprechen und Sie ergebenst bitten zu dürfen, meinen nothgedrungen etwas weiter ausgreifenden Ausführungen ein williges und aufmerksames Ohr zu widmen.

Es handelt sich um die Erörterung der Frage, welche Stellung die Gemeinde Wien gegenüber jener Regierungsvorlage einnehmen solle, welche dem hohen Abgeordnetenhause unterbreitet wurde, und welche den Zweck hat, einige Paragraphe des bisher giltigen Heimatsrechtes vom 3. December 1863 abzuändern.

Der erste Blick auf die Vorlage lässt deutlich erkennen, dass Wien durch diese Vorlage in hohem Maße in verschiedenen Richtungen getroffen würde, und es war daher wohl angemessen, dass einerseits aus der Mitte des Gemeinderathes durch Herrn Dr. Geßmann der Antrag gestellt wurde, dass unsere Organe über die Rückwirkung dieses Gesetzes auf die Gemeinde ein Gutachten erstatten sollen, sowie andererseits, dass unsere Organe in Ausführung dieses Antrages eingehende Berichte erstattet haben.

Gestatten Sie mir, dass ich, bevor ich auf die Vorlage selbst eingehe, zur Klarstellung der Verhältnisse einen ganz kurzen historischen Excurs mache. Es sind gerade 140 Jahre, dass mit der kaiserlichen Entschließung vom 16. November 1754 zum erstenmale grundlegende Verfügungen bezüglich des Heimatsrechtes und der Erwerbung desselben gegeben wurden.

Diese Allerhöchste Entschließung beruhte darauf, dass das Heimatsrecht erworben werden solle und könne, wenn ein Staatsbürger mindestens zehn Jahre in einer Gemeinde ohne Pass oder ohne giltigen Pass, ohne Heimatschein oder ohne giltigen Heimatschein verweile, und dass er in diesem Aufenthalte geduldet wurde; es wurde ausgesprochen, dass er damit das Recht der Sesshaftmachung, dasjenige, was wir Heimatsrecht nennen, erworben habe. Später traten verschiedenartige andere Arten der Erwerbung des Heimatsrechtes hinzu; es wurde nämlich durch eine Allerhöchste Entschließung vom Jahre 1820 ausgesprochen, dass auch durch ausdrückliche Aufnahme, durch den Beschluss der Gemeinde, das Heimatsrecht erworben werden soll; durch § 92 a. b. G.-B. wurde ausgesprochen, dass die Frau ihrem Gatten in der Heimatsberechtigung folge; endlich wurde auch im Jahre 1820 ausgesprochen, dass in gewissen Fällen von der politischen Behörde ausweislose Personen einzelnen Gemeinden zugewiesen werden.

Dieses System der Ersitzung des Heimatsrechtes findet sich nun weiterhin in den Gesetzgebungen bis zum Jahre 1862. So in der provisorischen Gemeindeordnung vom Jahre 1849, wobei die Frist zur Erwerbung des Heimatsrechtes von zehn Jahren auf vier Jahre herabgesetzt worden ist. Ebenso gilt dieses Princip in der Gemeindeordnung vom Jahre 1850 und in jener vom Jahre 1859. Erst am 5. März 1862 erschien ein Reichsgesetz, welches die Grundzüge für die Organisation des Heimats- und Gemeindewesens feststellte. In diesem Gesetze, welches wieder die Grundlage für das Heimatsgesetz vom 3. December 1863, Nr. 105 R.-G.-Bl., bildet, wurde mit dem bis zum Jahre 1862 geltenden System der Ersitzung des Heimatsrechtes gebrochen, und es wurde im § 8 des von mir citierten Heimatsgesetzes ausgesprochen, dass die Erwerbung des Heimatsrechtes außer durch Geburt, Verehelichung und durch Erwerbung eines öffentlichen Amtes nur durch eine ausdrückliche Aufnahme von Seite der Aufenthaltsgemeinde stattfinden könne, wobei diese Heimatsgemeinde vollständig autonom sei, nach ihrem Ermessen das Aufnahmsgesuch erledigen könne, und dass, während bis zum Jahre 1863 gegen die Verweigerung eines sogenannten ersessenen Heimatsrechtes durch die Aufenthaltsgemeinde der Recurs an die vorgesetzte politische Behörde zulässig war, in diesem Falle nunmehr kein solcher Recurs zulässig sei, so dass die Gemeinde frei nach ihrem Willen bewilligen, beziehungsweise ablehnen kann.

Was die Frage der Gebüren betrifft, welche von den Zuständigkeitswerbern zu zahlen sind, so ist im Heimatsgesetze die Entscheidung der Frage, ob und welche Gebüren für die Zuständigkeit erhoben werden dürfen, der Landesgesetzgebung anheimgegeben und vorbehalten, und wissen Sie ja, meine Herren, dass in Wien die Zuständigkeitswerber Gebüren zu zahlen haben, und zwar auf Grund eines Landesgesetzes aus dem Jahre 1868. Sie wissen, dass die Zuständigkeitstaxe bei uns zwischen 200 fl. und 10 fl. für Staatsbürger und zwischen 400 fl. bis 20 fl. für Ausländer variiert und nach der Anzahl der Jahre, die mindestens in der Gemeinde Wien zugebracht worden sind, abgestuft ist.

Mit diesem System, meine Herren, bricht nun der gegenwärtige Entwurf wieder vollständig. Der vorliegende Entwurf bricht damit, indem im Artikel I, § 2 ausgesprochen wird, dass, wenn auch die Aufnahme eine ausdrückliche sein muss, das heißt, wenn um die Aufnahme angesucht und darüber ein Beschluss gefasst werden muss, denn doch von Seite der Aufenthaltsgemeinde ein Ansuchen nicht abgewiesen, nicht verweigert werden dürfe, wenn der betreffende Aufnahmswerber bei Zahlung einer directen Steuer von einem unbeweglichen Gute, von einem Gewerbe oder von irgendeinem Vermögen mindestens fünf Jahre unter gewissen, im Gesetze bestimmten Bedingungen in einer Gemeinde seinen ordentlichen Wohnsitz gehabt hat, oder aber ohne Zahlung einer

solchen directen Steuer sich ununterbrochen durch zehn Jahre in der Aufenthaltsgemeinde aufgehalten hat.

Es wird weiters ausdrücklich ausgesprochen, dass, falls eine Verweigerung eines solchen Aufnahmsgesuches stattfinden sollte, eine Berufung an die vorgesetzte politische Instanz zulässig sei, so also diese in die Lage komme, gegenüber der früher autonomen Gemeinde zu entscheiden.

Es hat der Entwurf, abgesehen von anderen kleineren Fragen, die ich später zu besprechen die Ehre haben werde, noch in zwei anderen Momenten ganz wesentliche Veränderungen vorgeschlagen, und zwar beantragt derselbe, dass nicht nur der Aufnahmswerber berechtigt sein soll, um das Heimatsrecht anzusuchen und es ihm nicht verweigert werden dürfe, sondern dass dieses Recht auch seinen Nachfolgern im Heimatsrechte, also allen seinen Familiengliedern bis ins x-te Glied zustehe, ja noch mehr — und damit ist eine neue, noch nicht patentierte Erfindung gemacht worden — es wird dem Heimatsorte irgendeines Staatsbürgers das Recht gegeben, für ihn eventuell sogar ohne sein Wissen oder gegen seinen Willen bei der Aufenthaltsgemeinde um die Verleihung der Heimatsberechtigung anzusuchen.

In dritter Linie ist ein für Wien sehr bedeutsames Wort ausgesprochen worden, nämlich, dass die Gemeinde in den Fällen, wenn sie gezwungen ist, irgendeinen Heimatswerber auf Grundlage des Artikels I, Absatz a und b des § 2, aufzunehmen, nicht berechtigt sein soll, die Gebüren, wie sie die Gemeinde Wien bisher erhoben hat, einzuheben.

Ich beschränke mich vorläufig bei der allgemeinen Besprechung des Gesetzentwurfes auf diese drei Hauptpunkte, indem ich mir dann erlauben werde, auf die einzelnen Punkte des Gesetzes von Paragraph zu Paragraph einzugehen.

Es fragt sich nun, welche Stellung soll die Gemeinde diesem Entwurfe gegenüber einnehmen? Bei Erörterung dieser Frage muss man zwei verschiedene Standpunkte auseinanderhalten und von diesen beiden Standpunkten aus die Situation überblicken.

Dem ethischen Standpunkte, dem Standpunkte der Humanität, gebürt unzweifelhaft der Vortritt, und werde ich daher die Ehre haben, zu allererst diesen zu erörtern. Es kann nicht geleugnet werden, und man würde allbekannte Thatsachen übersehen, wollte man nicht zugeben, dass das Heimatsgesetz vom Jahre 1863 in seiner stricten Durchführung geradezu Härten und Unzukömmlichkeiten begründe, welche es mit sich gebracht haben, dass allseitig der Ruf nach Milderung und Besserung der Verhältnisse laut werden musste.

Es ist eine allbekannte Thatsache, dass insbesondere auf dem Lande bezüglich der Aufnahme in den Gemeindeverband wirklich mit Härte vorgegangen wird, indem die Gemeinden sich oft weigern, Aufnahmswerber, welche ihnen nicht geradezu Vortheil bringen, aufzunehmen, und Leute, welche arm sind und von denen man voraussehen kann, dass sie bald der Armenversorgung zugeführt werden müssen, abweisen.

Wien, meine Herren, hat in dieser Beziehung stets eine andere, rühmliche Stellung eingenommen. Wien hat, solange es in der Lage war, nach freiem Ermessen solche Aufnahmen zu bewilligen, Leute, die jahrelang in Wien arbeitsam und unbescholten gelebt haben, auch dann in den Gemeindeverband aufgenommen, wenn man mit Sicherheit sagen konnte, dass die Versorgungsbedürftigkeit wirklich schon vor der Thüre stehe, und es wird wohl niemand in der Lage sein, der Gemeinde Wien in dieser Richtung Härte vorzuwerfen. Aber was eben in Wien der Fall ist, geschah eben nicht überall. Ich werde mir nur erlauben, zwei Zahlen zu nennen, welche beweisen, in welch außerordentlich liberaler Weise die Gemeinde Wien mit der Verleihung der Zuständigkeit vorgegangen ist.

Die Gemeinde Wien nahm im Jahre 1892 3091 inländische Aufnahmswerber mit 7785 Familienmitgliedern auf. Ausländer wurden 438 mit 1036 Familienmitgliedern aufgenommen, zusammen somit in einem Jahre 12.350 Personen!

Im Jahre 1893 stellte sich die Sache wie folgt: Inländer wurden 4030 mit 10.146 Familienmitgliedern aufgenommen, zusammen also 14.176 Köpfe. Ausländer 470 mit 1096 Familienmitgliedern, zusammen 1566, im ganzen also 15.742 Personen. (Hört!)

Diese Ziffern, glaube ich, sind so sprechend, dass thatsächlich gesagt werden muss, die Gemeinde Wien habe wohl in einem Jahre nahezu soviele Leute in den Gemeindeverband aufgenommen, als in mancher kleinen Provinzstadt Bewohner sind. Ich glaube, dass das hervorgehoben werden muss, um die Annahme fernzuhalten, dass die Stadt Wien etwa Arme auch dann, wenn sie bereits der Armenversorgung nahestanden, von sich gewiesen und in die Heimat geschickt hätte.

Thatsache ist es aber, dass durch das Gesetz die Möglichkeit geboten war, und dass wirklich Fälle vorgekommen sind, in welchen beispielsweise Persönlichkeiten, die sich 40 oder 50 Jahre in einem Orte aufgehalten und gearbeitet hatten, wenn sie verarmten, ohneweiters in ihre Heimat geschickt wurden, in eine Heimat, wo man sie nahezu nicht einmal dem Namen nach mehr kannte, wo sie nie etwas an Steuern geleistet hatten, infolge dessen dann selbstverständlich auch die Art und Weise, in der man diese aufgedrängten Heimatsberechtigten behandelte, wahrhaftig nicht eine solche war, welche mit den Principien der Humanität und Menschenfreundlichkeit zusammenfällt. Es kam vor, dass zum Beispiele eine Wienerin, die einen Ausländer oder Nichtzuständigen geheiratet und eine Familie begründet hatte, im Falle des Todes ihres Mannes von Wien weg musste und in irgendeinen böhmischen oder polnischen Ort geschickt wurde, wo sie wahrhaftig nicht gerne empfangen wurde, und eine Existenz zu führen gezwungen war, die nicht menschenwürdig genannt werden muss. (Zustimmung.) Dass also wirklich hier Principien der Humanität, der Gerechtigkeit und Billigkeit mit ins Spiel kommen und dass diese Principien auf Grundlage des Gesetzes vom Jahre 1863 thatsächlich verletzt worden sind, das kann und das darf ein objectiver Berichterstatter nicht verhehlen, das muss ausgesprochen werden.

Der Stadtrath ist demnach der Ansicht und beantragt, der Gemeinderath solle sich mit Rücksicht auf die nicht wegzuleugnenden Härten des Heimatsgesetzes vom 3. December 1863, und mit Rücksicht darauf, dass durch das im Gesetzentwurfe wieder adoptierte Princip der Ersitzung des Heimatsrechtes durch längeren Aufenthalt in einer Gemeinde in der That diese Härten gemildert und theilweise beseitigt werden, sich nicht gegen das dem Entwurfe zugrunde gelegte Princip aussprechen, sondern nur diejenigen Änderungen und Zusätze beantragen, welche auf dem Boden dieses Principes fußen und durch die materiellen Consequenzen für die Gemeinde sich als unerlässlich nöthig herausstellen.

Allein, meine Herren, der zweite Standpunkt, der finanzielle, legt jedem, der aus wärmster Brust human und menschenfreundlich fühlt, eine gewisse Mäßigung auf, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es theoretisch recht schön ist, human sein zu wollen,

dass aber zum Humansein noch etwas anderes nöthig sei, soll das Wollen nicht eine leere Phrase sein.

Gerade so wie Graf Montecuccoli gesagt hat: „Zum Kriegführen gehören drei Dinge: Geld, Geld und wieder Geld", muss man auch hier sagen — es ist bedauerlich, aber wahr — dass auch zum Humansein drei Dinge nothwendig sind, nämlich: Geld, Geld und wieder Geld. Man muss dafür sorgen, dass der zum Wohlthun Berufene auch die nöthigen Moneten besitzt, um seinem guten Herzen auch materiellen Ausdruck geben zu können; man muss die Sache nicht vom rein ideellen, sondern nothgedrungen auch vom praktischen Standpunkte auffassen. Wo nichts ist, hat selbst der Kaiser das Recht verloren, sagt ein altes Sprichwort.

Es ist also auch eine unabweisliche Pflicht, sich neben dem ethischen Standpunkte auch die Frage vorzulegen, wie es dann bei dem Gesetzentwurfe, von dem nicht geleugnet werden soll, dass er viele Härten mildere oder beseitige, bezüglich seiner finanziellen Wirkungen stünde? Da bin ich denn genöthigt, Ihnen eine Reihe von Daten bekanntzugeben, welche die städtische Buchhaltung vorgelegt hat, und welche Ihnen Einblick geben werden, wie tief das neue Gesetz, wenn es zustande kommen sollte, die Gemeinde in Mitleidenschaft zieht.

Ich habe Ihnen bereits anticipando einige Ziffern genannt, nämlich die Ziffern über die Aufnahmen in den Jahren 1892 und 1893. In dem Gesetzentwurfe selbst wird gesagt, dass die Gemeinde Wien in 16 Jahren allein über 18.000 Personen in den Heimatsverband aufgenommen hat. Es ist aber diese Ziffer nur insofern richtig — ich habe mir die Daten geben lassen — als dies nur die Anzahl der Aufnahmswerber ist, nämlich die Anzahl der Familienväter oder einzelnstehenden Personen, dass aber, nachdem man auf jeden Bewerber gut drei Familienmitglieder rechnen kann, die Zahl der Aufgenommenen thatsächlich 56.000 bis 60.000 in 16 Jahren beträgt.

Ich komme nun zuerst zu der Frage, welche Einbuße die Gemeinde direct durch das geplante Gesetz und insbesondere durch den Artikel II desselben erleidet, welcher ausspricht, dass bei den zwangsweisen Aufnahmen — so möchte ich sie nennen — von Seite der Gemeinde keine Gebüren mehr erhoben werden sollen. Da erlaube ich mir nun, Ihnen folgende Daten mitzutheilen: Im Jahre 1892 wurden an Zuständigkeitstaxen 95.235 fl. gezahlt, hievon von den Inländern 74.235 fl., von den Ausländern 21.000 fl. Im Jahre 1893 wurden 110.465 fl. an Gebüren gezahlt, und zwar von Inländern rund 89.600 fl. und von Ausländern 20.800 fl. Der Durchschnitt gibt ungefähr 84- bis 85.000 fl. Gebüren von Inländern, und nur um die würde es sich vorläufig handeln, weil das Gesetz von den Ausländern annimmt, dass von denselben unter allen Umständen, ob sie freiwillig um die Zuständigkeit einschreiten oder ob sie uns octroyiert werden, eine Gebür bezahlt werden soll. Man kann nun annehmen, dass, insbesondere wenn die vom Gesetze angenommenen kürzeren Fristen des Aufenthaltes von fünf und zehn Jahren Gesetz werden sollten, die allerwenigsten herankommen werden, um freiwillig um die Aufnahme in den Gemeindeverband zu petitionieren, sondern sie werden wohl warten, bis die fünf oder zehn Jahre abgelaufen sind, um dann sicher und gebürenfrei die Aufnahme bei der Gemeinde zu erwirken. Man kann daher weiters annehmen, dass die Zahl derjenigen Inländer, d. i. nichtzuständigen Staatsbürger, welche die Gebür bezahlen werden, geradezu verschwindend klein werden wird, und dass die Gemeinde Wien sicherlich an Gebüren allein einen Entgang von 80.000 fl. im Jahre haben wird.

Allein, das wäre vielleicht noch zu verschmerzen. Aber die Rückwirkung in anderer Beziehung, nämlich, was die Kosten der Armenversorgung betrifft, welche durch den erweiterten Kreis der Heimatsberechtigten naturgemäß steigen müssen, ist eine solche, welche geradezu die höchsten und schwersten Bedenken hervorzurufen geeignet ist.

Die Buchhaltung hat in dieser Beziehung eine Aufstellung gemacht, welche sich auf die Ziffer der Bevölkerung vom 31. December 1890 stützt, also eine Ziffer, die heute auch schon wieder eine gewisse Veränderung nach Oben erlitten haben wird. Die Zahl der damaligen Bevölkerung betrug 1,364.545. Von dieser Zahl waren im ganzen nur 34·8 Percent, das sind 476.418, heimatsberechtigt, während 888.130 nicht heimatsberechtigt waren, das sind 65·2 Percent. Von diesen Nichtzuständigen waren wieder 737.460 nichtzuständige Staatsbürger, während 150.670 Ausländer waren. Bei diesem Stande einer einheimischen Bevölkerung von 34·8 Percent der Gesammtbevölkerung musste die Gemeinde für die Armenversorgung Brutto ausgeben 3,101.081 fl. 40 kr. Nach Abzug der Interessen und sonstigen Einkünfte, welche die Gemeinde von dem Versorgungsfonde, vom Bürgerspitalsfonde und anderen Fonden an sich ziehen kann, im Betrage von 1,858.918 fl., verblieb also eine Netto-Zubuße aus den eigenen Mitteln der Gemeinde von rund 1,276.000 fl.

Im Jahre 1893 stellen sich die Ziffern wie folgt: Brutto-Ausgabe für die Armenversorgung 3,204.730 fl.; die Einnahmen aus den verschiedenartigen Fonden nahezu unverändert — wie dies ja begreiflich ist — 1,892.289 fl., daher Netto-Daraufzahlung aus den Renten der Gemeinde 1,372.444 fl.

Es ist natürlich, dass mit dem Anwachsen der armen Bevölkerung im allgemeinen diese Ziffer sich von Jahr zu Jahr steigert, wenn nicht durch eine rationelle Änderung und Verbesserung in unserem Armenwesen Ersparungen eingeführt werden, welche nach meiner Ansicht möglich sind, ohne den wirklich Armen zur Last zu fallen, sondern vielmehr es ermöglichen, den wirklichen Armen etwas Besseres bieten zu können.

Die Buchhaltung steht nun auf dem Standpunkte, dass, wenn das Gesetz in der Fassung, wie es hier vorliegt, also mit den Fristen von fünf bis zehn Jahren, wirklich inkraft treten sollte, von den 737.000 Personen, welche hier in Wien zwar nicht zuständig, aber Inländer sind, mindestens 545.000 in fünf, beziehungsweise zehn Jahren das Heimatsrecht zwangsweise erlangen dürften. Wenn man nun auch — viele von Ihnen werden meinen, dass diese Ziffer zu hoch gegriffen sei — diese Ziffer, und zwar so weit moderieren wollte, dass man sie mit der Ziffer derjenigen Bevölkerung gleichstellt, welche heimatsberechtigt ist — das ist ungefähr 476.000 — so wird man sich andererseits wieder nicht verhehlen können, dass in diesem Kreise der Zuwachsenden gewiss der Percentsatz der Armut ein größerer sein wird als bei denjenigen, welche bereits heimatsberechtigt sind, und dass daher die Annahme der Buchhaltung, dass die Gemeinde Wien in die Lage kommen dürfte, wenn das Gesetz inkraft tritt, mindestens 3,000.000 fl. mehr als bisher für die Armenversorgung auszugeben, nicht zu hoch gegriffen ist. Ja, der Armenreferent unseres Magistrates, ein hocherfahrener Mann, hat sogar die Äußerung gemacht, dass nach seiner Auffassung auch diese Annahme der städtischen Buchhaltung eine zu geringe sei, und dass

die Mehrbelastung der Gemeinde Wien voraussichtlich den Betrag von 3,000.000 fl. übersteigen werde. (Zustimmung.)

Ich komme hier noch auf einen Punkt zu sprechen, der eigentlich bei der Erwägung vom humanitären Standpunkte hätte besprochen werden sollen, ich habe ihn aber hieher gestellt, weil er sich hier besser angliedert, denn er hat ja vom finanziellen Standpunkte aus eine kolossale Bedeutung. Es ist dies die Frage, ob nicht etwa auch der sogenannte Unterstützungs-Wohnsitz in Erwägung gezogen werden soll, wie er in Deutschland üblich ist. Es ist nämlich durch Gesetze aus dem Jahre 1870 in Deutschland angeordnet, dass auch ein fremder Inländer, wenn er sich irgendwo mindestens zwei Jahre ununterbrochen aufhält, wenn auch nicht das Heimatsrecht, so doch das Recht auf Armenunterstützung erwirbt. Wenn man auch sagen muss, dass diese Einrichtung auf dem Gebiete der Humanität ein sehr großer, sehr wichtiger, ja sehr edler Schritt ist, so ist es doch beim ersten Anblicke vollständig klar, dass die finanziellen Opfer, welche eine solche Institution erfordern würde, noch weit höhere wären als diejenigen, welche uns durch dieses Gesetz auferlegt werden sollen, und dass unter solchen Umständen auf diese Einrichtung hier keine Rücksicht genommen werden kann, umsoweniger, als auch in Deutschland bei allen Vorzügen, welche die Sache hat, aus verschiedenen Gründen eine Bewegung sich geltend macht, welche ihre Spitze gegen den Unterstützungs-Wohnsitz richtet, und dass dieselbe sichtlich im Fortschreiten begriffen ist.

Es fragt sich nun, kann Wien eine solche Mehrbelastung mit 3 Millionen und mehr ertragen oder nicht? (Rufe: Nein!) Und da muss mit aller Offenheit ausgesprochen werden, dass die Gemeinde Wien eine solche Mehrbelastung und einen solchen Entgang nicht zu ertragen in der Lage ist. Erlauben Sie mir überhaupt, dass ich in dieser Frage mich nicht mit dem diplomatischen Mantel drapiere, sondern, wie dieß meine Pflicht als Vertreter der Gemeinde Wien und Referent des Stadtrathes ist, der in dieser Beziehung gewiss einmüthig hinter mir steht, hier rückhaltlos und frei sage, wie es mit unseren Finanzen stehen wird, wenn gewisse Richtungen in der Gesetzgebung fortdauern und nicht endlich ein Ende erreichen. (Sehr gut!) Betrachten Sie das Budget des Jahres 1895. Es schwebt um die 40. Million herum. Wenn man auch sagen sollte, dass in diesen 40 Millionen Millionen stecken, welche nur einmalige transitorische Auslagen, Anlageausgaben sind, so muss doch das Geld dazu da sein, um alles zu bezahlen. Und auch wenn man diese Posten ausscheidet, so wissen wir, dass wir selbst für unsere currenten Auslagen knapp an der Grenze der Leistungsfähigkeit stehen (So ist es!), dass wir nicht in der Lage sind, alles, was gewünscht wird, und was wir alle so gerne schaffen und thun möchten, zu bezahlen, dass wir viele Wünsche, die wirklich dringend sind, beiseite schieben müssen, um nur mit unserem Budget, wie es unsere Pflicht ist, im Gleichgewichte zu bleiben. Unsere Auslagen steigen von Jahr zu Jahr. Mit jeder Straße, die wir eröffnen, übernehmen wir die Verpflichtung für ihre Reinigung, Pflasterung und Beleuchtung. Unsere currenten Auslagen steigen ununterbrochen und dem gegenüber werden unsere Mittel nur unverhältnismäßig größer. Das Größerwerden der Mittel hält nicht gleichen Schritt, steht nicht in demselben Percentverhältnisse mit der Erhöhung der Auslagen. Das weiß man ja, und was geschieht? Da wird ununterbrochen von Seite der Regierung das unselige System des Überwälzens von Lasten gepflegt (So ist es!), von Lasten, die uns eigentlich gar nichts angehen (Lebhafte Zustimmung), sondern die Regierung und den Staat angehen.

Ich werde mir erlauben, Ihnen ein Streiflicht aus einem Referate zu geben, welches Ihnen auch wird vorgetragen werden müssen, nämlich aus dem Referate über jene Kosten, welche der sogenannte übertragene Wirkungskreis uns auferlegt. In dieser Richtung erlaube ich mir, Ihnen folgende Daten mitzutheilen:

Sie wissen, dass die Gemeinde den sogenannten übertragenen Wirkungskreis und den eigenen hat. Der übertragene Wirkungskreis begreift all dasjenige, was wir an Stelle des Staates und unter seiner Aufsicht vollziehen, also Staatsgeschäfte. Außerdem haben wir noch eine andere, eine Unterart des übertragenen Wirkungskreises, wir sind nämlich verpflichtet, die Geschäfte einer politischen Behörde erster Instanz, einer sogenannten Bezirkshauptmannschaft, zu führen. Hören Sie nun, meine Herren, was diese Einrichtung, diese Überwälzung auf die Gemeinde im Jahre 1892 gekostet hat. Im Jahre 1892 sind im ganzen bei dem Magistrate 538.000 Geschäftsstücke eingelaufen. Hievon gehörten dem übertragenen Wirkungskreise nicht weniger als 383.000 an. (Hört! Hört! und Zwischenrufe.) Lassen Sie mich fortfahren, wir werden die Last erst ganz kennen lernen, wenn ich die Ehre haben werde, weitere Ziffern zu nennen. Von diesen 383.000 Nummern betrafen den übertragenen Wirkungskreis als politische Behörde erster Instanz 309.000, also 80 Percent des übertragenen Wirkungskreises. Im Jahre 1892 betrugen die Gesammtauslagen unserer Verwaltung 4,022.900 fl.; hievon entfielen auf den übertragenen Wirkungskreis 1,416.609 fl. und von diesen wieder auf den übertragenen Wirkungskreis als politische Behörde erster Instanz 1,147.000 fl.

Gehen wir weiter, wir sind noch nicht zu Ende. Wir kommen nun zur Steuerreform. In dieser Richtung wird eine Steuerreform bezüglich der Eisenbahnen geplant, welche uns ungefähr 275.000 bis 300.000 fl. Einbuße an Steuer zuführt. Man plant eine Steuerreform und will aussprechen, dass von der Personaleinkommensteuer, wohl der einträglichsten, welche sein wird, die Gemeinde Wien keine Zuschläge einheben soll. Man überlässt es ihr, eventuell von dem ohnehin schon ausgesogenen Verdienste und Einkommen noch ein paar Percente nothgedrungen für ihre Bedürfnisse, die doch befriedigt werden müssen, wegzunehmen. Dazu, meine Herren, soll nun das Heimatsgesetz kommen, mit einer Mehrbelastung von drei Millionen und mit einem Ausfalle von 80.000 fl.

Meine Herren! Da muss offen ausgesprochen werden: wenn das so fortgeht, dann wird Wien nicht in die Lage gesetzt sein, allen jenen berechtigten Anforderungen, welche an eine so große Verwaltung gestellt werden, zu entsprechen, und das ist für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien ein so kritischer, ein so ernster Moment, dass es unsere Pflicht ist, unter Vergessen von kleinen Differenzen, von Dingen, die keine Bedeutung haben, Schulter an Schulter da zu stehen und gegen ein derartiges System Front zu machen. (Rufe: Bravo! Bravo!) Wo soll es denn hinkommen, und wird nicht die Regierung selbst, vielleicht zu spät, einmal sich an eine Fabel erinnern — die ich Ihnen erzählen will — wenn schließlich Wien aufhört, jenes überaus ergiebige Steuerobject zu sein, das es bisher war, ein Steuerobject, wie in ganz Österreich kein zweites existiert? Die Fabel kennen Sie vielleicht, sie handelt von einem Manne, der ein Tragthier hat und dieses Tragthier immer mehr beladet, dafür aber seine Futterrationen beschneidet und dabei glaubt, das Thier werde immer kräftiger und noch immer mehr

tragen. Endlich bricht das Tragthier zusammen und dann steht der Besitzer da und kraut sich — zu spät — hinter dem Ohre.

Ich muß hier jenes Wort citieren — und ich wollte, es würde auch anderswo gehört werden — jenes Wort, welches unser Altbürgermeister Dr. Felder im Jahre 1871 ausgesprochen hat, dass hinter der hinfälligen Gemeinde als erster Leidtragender der Staat einhergehen werde! (Sehr richtig!) Unter solchen Umständen ist es ein Gebot unabweislicher Nothwendigkeit, wenn die Gemeinde an die Regierung herantritt und unter ungeschminkter Darstellung der Verhältnisse, wie sie sind, von ihr ein Äquivalent, eine Unterstützung fordert, damit die Gemeinde angesichts der Mehrbelastung und der Schmälerung ihrer Einkünfte in die Lage gesetzt werde, auch weiterhin ihre Position zu bewahren und ihren Verpflichtungen vollinhaltlich nachzukommen, und das ist der Tenor des Einganges und des Schlusses derjenigen Anträge, welche Ihnen der Stadtrath in der Druckforte Nr. 272 vorzulegen die Ehre hat.

Nach dieser allgemeinen Auseinandersetzung erlaube ich mir nun, auf die Details des Gesetzentwurfes einzugehen und Sie zu bitten, an der Hand dieser Anträge, welche Sie vor sich haben, mir zu folgen. Der Stadtrath beantragt zunächst ein Amendement zu dem Gesetzentwurfe, welches darauf abzielt, die Last, die der Gemeinde auferlegt werden soll, möglichst hinauszuschieben, ein Bestreben, welches gewiss nicht bemängelt werden darf.

Zum Artikel I, § 2, lit. a und b beantragt nämlich der Stadtrath, dass die Frist von fünf und zehn Jahren, nämlich fünf Jahre für Steuerträger und zehn Jahre für Nichtsteuerträger, auf zehn Jahre und fünfzehn Jahre erhöht werden soll. Es werden auch diese Zeitpunkte nur zu rasch an uns heranrücken und ihre Folgen geltend machen.

Im selben Paragraphe 2 a wird ausgesprochen, dass derjenige, welcher nach fünfjährigem Wohnsitze um das Heimatsrecht einkommen will, nachweisen muss, dass er zur Zeit der Bewerbung mit keiner landesfürstlichen Steuer oder Umlage im Rückstande ist. Dies hielt der Stadtrath nicht für genügend; es muss auch gefordert werden, dass der Betreffende während der Dauer seines Aufenthaltes nicht Steuerabschreibungen wegen Uneinbringlichkeit erlangt habe. Kurz begründet, könnte es ja sein, dass jemand durch vier Jahre ununterbrochen wegen Steuern exequiert wird, und die Steuern abgeschrieben wurden, und im fünften Jahre zahlt der gute Mann einfach die Steuer und die Gemeinde müsste ihn dann aufnehmen.

Im zweiten Absatze des § 2 ist ausgesprochen, dass nur Bewerber aufgenommen werden müssen, welche sich nicht solcher strafbarer Handlungen schuldig gemacht haben, wegen deren sie des Wahlrechtes verlustig würden. Nun ist doch zwischen Wahlrecht und Heimatsrecht ein bedeutender Unterschied, nachdem das Wahlrecht nicht den Anspruch auf Versorgung gibt, sondern nur das Heimatsrecht. Das ist doch ein wesentlicher Unterschied, und der Stadtrath beantragt, es möge verlangt werden, dass in dieser Hinsicht, sowie rücksichtlich der weiteren Bedingung des Entwurfes, dass der Betreffende für seine Person nicht der Versorgung der Gemeinde zur Last gefallen sein dürfe, die Änderung dahin vorgenommen werde, dass der Betreffende einen unbescholtenen Lebenswandel geführt habe, und weder er, noch ein in seiner Versorgung stehendes Familienmitglied der öffentlichen Mildthätigkeit zur Last gefallen sein dürfe.

Es sind das genau die Worte, welche im § 16 unseres Gemeindestatutes vorkommen, welche also schon Gesetzeskraft haben und wohl auch consequenterweise in dieses Gesetz übernommen werden sollen.

Ich komme nun zu § 3; da habe ich Ihnen bereits die Gefährlichkeit des Systems, welches hier eingeführt werden soll geschildert, nämlich, dass nicht nur der Bewerber, sondern auch alle seine Nachkommen ohne Zahl und sogar die Heimatsgemeinde einschreiten dürfen, um die Heimatsberechtigung für einen dritten zu verlangen. Abgesehen von der Gefährlichkeit widerspricht dieses Princip auch den Grundsätzen der gesetzlich gewährleisteten Freizügigkeit, und dadurch ist auch schon begründet, warum der Stadtrath den Antrag stellt, es möge dieses Heimatsenteignungsrecht der früheren Gemeinde ganz gestrichen und das Recht, für einen verstorbenen Aufnahmswerber einzuschreiten, nur auf seine nächsten Verwandten, seine Frau und minorennen ehelichen Kinder, sowie bei Frauen auch auf die unehelichen Kinder derselben eingeschränkt werden.

Was § 4 des Entwurfes betrifft, so beantragt Ihnen der Stadtrath eine Abänderung dahin, dass die Sicherung des Heimatsanspruches nicht binnen einer gewissen Frist, sondern so vorbehalten werden soll, dass eben der Anspruch als erloschen gelte, wenn derselbe nicht vor dem Aufhören des Aufenthaltes mittels eines bei der erwähnten Aufenthaltsgemeinde einzubringenden Gesuches geltend gemacht wird.

Die Änderung, die wir bei § 5 beantragen, ist sehr wichtig. Es handelt sich eben um die Ablehnung jenes Versuches, uns zwangsweise Ausländer und Ausweislose als Heimatsberechtigte zuzuführen, ganz nach den Bedingungen, welche für Inländer vorgeschrieben sind. Ich habe es bereits ausgesprochen, dass, wenn wir schon in die Lage kommen sollen, Inländer auf Grund der Heimatsrechtersitzung aufnehmen zu müssen, denn doch eine solche Verpflichtung gegenüber Ausländern und Persönlichkeiten oft suspecter Art, wie es Ausweislose sind, eine derartig weitgehende ist, dass man der Gemeinde, wenn sie sich dagegen wehrt, wahrlich nicht Härte und Unbilligkeit, sondern nur ein weises Maßhalten wird nachsagen können.

§ 6 spricht davon, dass die Gemeinde verpflichtet ist, binnen einer Frist von sechs Monaten über ein eingebrachtes Gesuch um Verleihung der Heimatsberechtigung zu entscheiden, widrigenfalls die politische Behörde an ihre Stelle tritt und über das Gesuch entscheidet. Nun ist es ganz richtig, dass in dieser Richtung eine gewisse Frist vorgeschrieben werden muss, denn es könnte ja irgendeiner Gemeinde — durchaus nicht der Gemeinde Wien — einfallen, ein solches Gesuch vier oder fünf Jahre gar nicht zu erledigen, und es käme dann eine solche Nichterledigung der Verweigerung vollständig gleich. Diese Forderung ist also berechtigt, aber ebenso berechtigt ist die Forderung der Gemeinde, gegenüber solchen Entscheidungen der politischen Behörde auch ihr Berufungsrecht zu wahren, und dahin geht der Antrag des Stadtrathes.

Bei § 7 handelt es sich nur um eine stilistische Änderung, und zwar müssen mit Rücksicht darauf, dass § 5 ganz gestrichen werden soll, auch alle Beziehungen auf diesen § 5 entfallen.

§ 8 hat dem Stadtrathe keinen Anlass gegeben, eine Bemerkung zu machen.

Wir kommen nun zu Artikel II, in welchem eben gesagt wird, dass die Gemeinde in den Fällen einer Zwangsaufnahme durch Ersitzung des Heimatsrechtes nicht berechtigt sein soll, eine Gebür einzuheben. Der Stadtrath hat das als vollständig unberechtigt erkannt, weil es ganz ungerecht wäre, zu verlangen, dass in solchen

Fällen die Gemeinde auch auf die Entrichtung der Gebür seitens der Bemittelten verzichten solle. Derjenige, der auf diese Weise in den Verband einer Gemeinde eintritt, soll doch auch etwas zu leisten verpflichtet sein, vorausgesetzt, er kann es, wie der freiwillig Eintretende, und nur der Mittellose soll frei durchgehen. Überdies hat aber der Stadtrath gemeint, dass mit Rücksicht auf das Gesetz vom Jahre 1863, welches die Frage, ob und welche Zuständigkeitsgebüren eingehoben werden dürfen, den Landtagen überantwortet, dieser Paragraph gänzlich gestrichen und die diesbezügliche Entscheidung bezüglich Wien dem niederösterreichischen Landtage überlassen werden soll. Es würde bis zu einer solchen Entscheidung das Reichsgesetz vom Jahre 1863 und das Landesgesetz vom Jahre 1868 unverrückt in Geltung bleiben.

Der Artikel III endlich besagt, dass das Gesetz mit der Kundmachung inkraft tritt und dass auch von diesem Tage an die Fristen von fünf und zehn Jahren zu laufen haben.

Hier ist es geboten, noch einmal einen Rückblick zu machen und sich zu fragen, wie wir stehen werden, wenn unsere Bemühungen durch die Petition etwa nicht zu einem Resultate führen? Wir gehen dann einer trüben Zeit entgegen. Allein, meine Herren, ich will mit einem Gedanken schließen, der, wie ich glaube, Ihre vollständige Zustimmung haben wird.

Ich kann mir nicht denken, dass, wenn der Regierung wirklich die ungeschminkte Wahrheit gesagt wird und ihr die Folgen der Richtung der Gesetzgebung, welche dermalen eingeschlagen ist, vorgestellt werden, sie darin fortfahren wird; denn sonst würde sie damit wirklich verhängnisvolle Momente zu verantworten haben und sich in einem eigenthümlichen Widerspruche befinden mit den Intentionen jener Stelle, von der das allbekannte Wort ausgegangen ist: „Für Wien muss etwas geschehen!“ (Lebhafte Zustimmung.)

Ich glaube, wir können stets mit fester, unerschütterlicher Zuversicht auf jene Stelle blicken, und ich hoffe auch, wenn wir einig sind, wir werden ein Resultat, einen Erfolg erzielen. (Beifall.)

Ich bitte Sie daher, dass Sie in Ihrem Beschlusse möglichst einstimmig sein mögen; ich bitte Sie dringlichst, so wenig wie möglich sich mit Einzelheiten zu befassen und die ganze Sache von einem höheren Standpunkte aufzufassen, so dass sowohl der Stadtrath wie der Herr Bürgermeister in der Lage sind, sich auf einen womöglich einhelligen Beschluss des Gemeinderathes stützen zu können.

Ich schließe damit, dass ich die Ihnen vorliegenden Anträge des Stadtrathes zur Annahme empfehle. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Bürgermeister: Ich eröffne die General-Debatte über den Gegenstand zunächst im allgemeinen.

Herr Gem.-Rath Dr. Stern hat das Wort.

Gem.-Rath Dr. Stern: Der Herr Referent hat seine Ausführungen unter zwei große Gesichtspunkte gestellt; er hat zuerst gesprochen von dem Gesichtspunkte der Humanität, der Gerechtigkeit, von dem aus der vorliegende Gesetzentwurf beurtheilt werden soll; und er hat Ihnen dann als zweiten den finanziellen Gesichtspunkt vor Augen geführt.

Ich werde mir bei der Besprechung der Anträge des Herrn Referenten erlauben, die umgekehrte Ordnung zu befolgen und zunächst die finanziellen Gesichtspunkte, welche die Gemeinde in dem vorliegenden Falle sich vor Augen zu halten hat, zu besprechen.

Wenn es üblich wäre, dass Gesetzentwürfe geradeso wie Bücher oder andere Schriften eine Devise tragen, so könnte man vielleicht diesem Gesetzentwurfe mit einer Variante eines bekannten Dichterwortes die Devise voransetzen: „Lasst Wien diese schwere Last zu anderen Lasten tragen.“ Es ist bereits vom Herrn Referenten erwähnt worden, welche bedeutende Lasten Wien zu tragen hat.

Ich möchte mir nun erlauben, einiges zu dem hinzuzufügen. Der Herr Referent hat den übertragenen Wirkungskreis erwähnt, und was die Belastung Wiens mit dem übertragenen Wirkungskreise betrifft, hat er uns einige Daten angeführt. Ich nehme an, dass diese Daten, welche Ihnen von Seiten des Herrn Referenten hier angeführt worden sind, nur die magistratische Gestion betreffen. Noch viel bedeutender ist aber die Gestion der Bezirksämter und in dieser Richtung kann ich Ihnen sagen, dass, wenn Sie heute die Gestion der Bezirksämter nach ihren verschiedenen Competenzen einer Prüfung unterwerfen, Sie, auch ohne dass Ihnen diesfalls statistisches Material zur Verfügung steht, mit voller Beruhigung sagen können, dass mindestens sechs Siebentel der Gestion der Bezirksämter Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises oder Geschäfte sind, welche das Bezirksamt als politische Behörde erster Instanz zu verrichten hat. Eine weitere exceptionelle Belastung Wiens, welche jedenfalls in der Eingabe, die ja hier an die Regierung oder an das Parlament zu richten beabsichtigt wird, auch angeführt werden muss, ist die Verzehrungssteuer, über welche ich nicht viel zu sagen habe. Eine weitere und dritte ganz besondere Belastung Wiens, welche von Seite des Herrn Referenten nicht angeführt worden ist, welche aber jedenfalls in der Eingabe, die wir an die Regierung oder an das Parlament zu richten haben, angeführt werden muss, ist die Belastung der Bewohner Wiens — allerdings nicht der Commune Wien — mit den Landessteuern, denn es ist eine Thatsache, dass die Bewohner Wiens heute nicht weniger als circa 85 Percent der Landessteuern bezahlen, so dass wir eigentlich sagen können, dass Wien das gesammte Land Niederösterreich zu erhalten hat, und dass hiezu nur ein Beitrag von 15 Percent der gesammten Landessteuern von den ungefähr $1^1/_4$ Millionen Bewohnern des Landes Niederösterreich außerhalb Wien geleistet wird. In neuester Zeit hat Wien wieder eine ganz wesentliche Belastung, welche wir heute ziffermäßig zu bestimmen nicht in der Lage sind, durch das n.-ö. Landesarmengesetz erfahren, welches nicht die Armenversorgung der Stadt Wien, sondern nur die Versorgung der Armen des Landes Niederösterreich betrifft. Und wenn endlich von Seite des Herrn Referenten auch der neuesten Steuergesetz-Entwürfe Erwähnung gemacht wurde, so möchte ich darauf verweisen, dass die exceptionelle Behandlung Wiens in diesen neuen Steuergesetz-Entwürfen nicht allein darin liegt, dass die Steuereinnahmen der Commune Wien sich um circa 300.000 fl. vermindern dürften, sondern auch wesentlich darin, dass für die Auftheilung der Personaleinkommensteuer auf die einzelnen Steuergattungen und für die Ermäßigung der einzelnen Steuergattungen ein Modus gewählt wurde, welcher der Stadt Wien oder deren Bewohner durchaus nicht zum Vortheile gereicht. Nun kommt auch noch das Armengesetz hinzu, welches die Stadt Wien, wie Sie von Seite des Herrn Referenten gehört haben, mit einem Betrage von 3,000.000 fl. jährlich belasten soll. Da ist es nun ganz richtig — und darin stimme ich mit dem Herrn Referenten vollkommen überein — dass der Schwerpunkt seiner Ausführungen in dasjenige gelegt wird, was am Schlusse der Anträge des Stadtrathes den Herren vorliegt, dass nämlich ausdrücklich in der von

uns zu machenden Eingabe betont werde, dass die geradezu unerschwingliche Mehrbelastung, welche die Stadt Wien durch diesen vorliegenden Entwurf, wenn er Gesetz werden sollte, treffen würde, es unbedingt nothwendig mache, dass hiefür der Stadt Wien ein entsprechendes Äquivalent geleistet werde.

Dies vorausgeschickt, wende ich mich nun zu jenen Gesichtspunkten, welche der Herr Referent als die ersten seinen Darlegungen zugrunde gelegt hat, nämlich die Grundsätze der Humanität, der Gerechtigkeit und auch die socialpolitischen Gründe, welche die Erlassung eines solchen Gesetzes, wie es im Entwurfe vorliegt, in seinen Grundzügen unbedingt rechtfertigen, so dass die Stadt Wien nicht in der Lage ist, sich überhaupt gegen dieses Gesetz auszusprechen.

In dieser Richtung scheint mir — und das ist ja bereits von Seite des Herrn Referenten betont und beantragt worden — dass gerade gegen die dem Gesetze zugrunde liegenden ethischen Grundsätze, gerade gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Humanität gefehlt wird, wenn in dem Gesetze selbst sich eine Verfügung findet, wonach die Heimatsgemeinde das Recht haben soll, jemanden gegen seinen Willen, vielleicht ohne sein Wissen seines Heimatsrechtes zu entäußern und bei einer anderen Gemeinde, in welcher er wohnt, für ihn um die Verleihung des Heimatsrechtes einzuschreiten. Dadurch wird eigentlich dieses Gesetz seines humanen Charakters vollständig entkleidet, und es ist daher ganz richtig, wenn von Seite des Herrn Referenten sich gegen § 3 des Gesetzes in der entschiedensten Weise ausgesprochen wurde. Dieser § 3 ist keine Bestimmung, welche eine humane Grundlage hat; sie hat gar keine andere, als eine finanzpolitische Grundlage, welche darin besteht, dass der Landgemeinde die Möglichkeit gegeben werden soll, die Kosten ihrer Armenversorgung der Stadtgemeinde zuzuwälzen, dass den Land- und Stadtgemeinden die Möglichkeit gegeben werden soll, die Kosten der Armenversorgung der Großgemeinde, vor allem der Gemeinde Wien zuzuwälzen. Aus diesem Grunde ist es richtig, und stimme ich mit dem Stadtrathe vollständig überein, wenn die Streichung des § 3 des Regierungs-Entwurfes beantragt wird.

Nicht so einverstanden bin ich mit dem Antrage des Herrn Referenten, beziehungsweise des Stadtrathes in einem anderen Punkte. In dem Gesetze, und zwar im § 2 des Gesetzes wird ein Unterschied gemacht, zwischen jenen Personen, welche eine Steuer leisten, und jenen Personen, welche eine Steuer nicht leisten. Auf Grund dieses Unterschiedes soll dann nach dem Gesetze eine fünfjährige oder zehnjährige Ersitzung des Heimatsrechtes platzgreifen. Nach den Anträgen des Herrn Referenten wird nun dieser Unterschied im Principe beibehalten, und es soll hienach eine zehnjährige oder fünfzehnjährige Ersitzung des Heimatsrechtes platzgreifen. Ich bin nun allerdings der Anschauung, dass die Fristen, welche von Seite des Gesetzes aufgestellt werden — fünf Jahre oder zehn Jahre — zu kurz bemessen sind, um der Commune die Möglichkeit zu geben, sich für die Übernahme einer so enormen Belastung gehörig vorzubereiten. Dagegen aber bin ich der Anschauung, dass es nicht gut angeht, dass es nicht human, nicht gerecht und dass es auch unseren heutigen socialpolitischen Grundsätzen nicht entsprechend ist, wenn ein Unterschied zwischen denjenigen gemacht wird, die eine directe Steuer leisten, und denjenigen, die eine directe Steuer nicht leisten.

Betrachten wir einmal, um was es sich in dem gegebenen Falle praktisch handelt. Die kleinste directe Staatssteuer, die wir heute in Wien haben, ist 5 fl. 25 kr., und in diesem Falle ist die Steuerleistung an die Commune mit 21 Percent beiläufig 1 fl. 80 kr. Also der Umstand, dass jemand 1 fl. 80 kr. durch je fünf oder zehn Jahre leistet, dass er im ganzen 9 fl. oder 18 fl. im Laufe von fünf oder zehn Jahren der Commune geleistet hat, soll so entscheidend ins Gewicht fallen, dass der Betreffende in der Lage sein soll, um den bedeutenden Zeitraum von fünf Jahren früher das Heimatsrecht zu erwerben. Das scheint mir nicht gerecht und auch nicht billig zu sein. Vergessen wir auch nicht, in welcher Zeit wir leben. Wie wir wissen, handelt es sich gerade jetzt um eine bedeutende Ausdehnung und Erweiterung des Wahlrechtes, um eine Verallgemeinerung desselben in dem einen oder dem anderen Sinne, sei es, dass eine eigene Wählercurie geschaffen, sei es, dass das allgemeine gleiche Wahlrecht eingeführt wird, jedenfalls aber um eine ganz bedeutende Erweiterung des Wahlrechtes. Und in einem Augenblicke, in welchem eine solche Frage auf der Tagesordnung steht, soll mit einemmale eine neue Kluft geöffnet, ein neuer Unterschied zwischen Besteuerten und Nichtbesteuerten gemacht werden, eine Kluft, eine Unterscheidung, welche eine sehr empfindliche und bedeutende ist, da es sich hier gerade um die Erwerbung des Heimatsrechtes handelt. Vergessen wir auch nicht an die Wirkung, welche die bereits früher von mir erwähnten neuen Steuern haben werden. Vermöge der Contingentierung der Erwerbsteuer, wie sie nach den neuen Steuervorlagen ins Werk gesetzt werden soll, ist die Möglichkeit gegeben, dass gewisse Erwerbsteuerclassen, und zwar die unteren, von der Erwerbsteuer vollständig befreit werden. Sollen die, welchen das Steuergesetz die Wohlthat erweist, dass sie von ihrer Erwerbsteuerleistung an den Staat, consequenterweise daher auch von den Erwerbsteuerzuschlägen an die Commune befreit werden, auf der anderen Seite dafür gestraft werden, dass sie nur nach einer um fünf Jahre länger dauernden Ersitzungsfrist das Heimatsrecht zu erwerben in der Lage seien? Das scheint mir nicht gerecht und billig zu sein. Ich würde daher wünschen, dass für direct Besteuerte und Nichtbesteuerte ein gleicher Zeitraum für die Ersitzung des Heimatsrechtes bestimmt werde; und ich trage den vom Referenten erwähnten finanziellen Bedenken dadurch Rechnung, dass ich zwischen jenen Fristen, welche hier vom Stadtrathe vorgeschlagen werden, zehn und fünfzehn Jahren, einen Mittelweg wähle und die gleichmäßige Ersitzung des Heimatsrechtes nach zwölfjähriger Dauer beantrage.

Ich stelle sonach, indem ich mich im übrigen den Stadtraths-Anträgen anschließe, den Antrag:

„Es seien die Anträge 2 und 3 des Herrn Referenten dahin zu modificieren, dass § 2 a zu streichen ist, und dass in lit. b statt: „Zehn Jahren" es zu heißen habe: „Zwölf Jahre"; ferner, dass es in Alinea 2 heißen soll: „Der Bewerber muss nach erlangter Eigenberechtigung durch zwölf der Bewerbung vorausgegangene Jahre sich freiwillig und ununterbrochen in der Gemeinde aufgehalten haben."

Mit dieser einen Modification empfehle ich Ihnen die übrigen Anträge des Stadtrathes zur Annahme.

(Während vorstehender Rede hat Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich werde mich so kurz als möglich fassen, da ja die Anträge des Stadtrathes in der heutigen Sitzung erledigt werden müssen. Ich kann daher eigentlich die einzelnen Punkte, die vielleicht einer eingehenden Besprechung würdig wären, nur markieren. In erster Linie muss hervorgehoben werden, dass das derzeitige Ministerium in der Frage, welche uns jetzt beschäftigt, gegenüber der Gemeinde Wien mit

einer seltenen Rücksichtslosigkeit vorgegangen ist. (Allgemeine Zustimmung.)

Meine Herren! Das Ministerium hat die Landtage um ein Gutachten angegangen darüber, wie sich dieselben zu einer eventuellen Erwerbung der Zuständigkeit durch längeren Aufenthalt stellen würden. Das Gesetz ist im jetzigen Sessionsabschnitte von Seite der Regierung eingebracht worden, und zu meinem persönlichen Erstaunen soll diese Regierungsvorlage noch vor Weihnachten erledigt werden. Wir verdanken es eigentlich — und ich glaube, das muss erwähnt werden — dem Entgegenkommen des Referenten über diese Angelegenheit, Herrn Dr. Weigel, dass er uns noch bis heute, respective noch bis morgen vormittags Zeit gelassen hat, die Petition der Gemeinde Wien zu überreichen! (So ist es!) Was mich aber insbesondere in Erstaunen versetzt, ist der Umstand, dass diejenigen Personen, welche, wie man mir sagte, am meisten drängen sollen, dafür der Vereinigten deutschen Linken angehören (Hört! links), einer Partei, von welcher ich glaube, dass sie dadurch speciell mit einem Punkte ihres Programmes, nämlich mit dem nationalen Punkte, in einen derartigen Widerspruch gerathen wird, dass sie kaum imstande sein wird, gegenüber ihrer Wählerschaft diesen Widerspruch aufzuklären! (Sehr richtig! links.)

Nachdem ich dem Bedauern Ausdruck gegeben habe, dass das Ministerium in einer solchen Weise uns, der Gemeinde Wien, gegenüber vorgeht, welche ja, wie von allen Seiten hervorgehoben wurde, den größten Theil der Landesausgaben bestreitet — ja eigentlich aufrichtig gesagt — beinahe sämmtliche Landesauslagen, denn es verbleiben nur 16 Percent für das übrige Land, welche zu den Einnahmen des Reiches einen ungeheuren Percentsatz beiträgt, dass das Ministerium, sage ich, einer solchen Gemeinde gegenüber derartig vorgeht, wende ich mich zur Besprechung des Gegenstandes selbst.

Es hat der Herr Referent bereits hervorgehoben, und ich theile in dieser Beziehung vollkommen seine Anschauung, dass die jetzigen Zustände in Österreich, welche durch die bestehende Heimatsgesetzgebung geschaffen wurden, geradezu trostlos sind, dass die jetzige Gesetzgebung zu unmenschlichen Härten, ja geradezu zu Grausamkeiten führt, und dass es längst Pflicht und Aufgabe der österreichischen Regierung gewesen wäre, in diesem Punkte helfend einzugreifen.

Darüber ist, wie ich glaube, auch in Ihrer Mitte nicht der geringste Zweifel vorhanden. Es hat Ihnen ja der Herr Referent auseinandergesetzt, dass jetzt in Österreich die Armenversorgung in einer Weise gehandhabt wird, dass, wenn z. B. eine Wienerin einen Polen heiratet, und der Pole stirbt, die Wienerin mit ihren Kindern, welche weder polnisch noch ruthenisch sprechen, in ihre sogenannte Heimat nach Galizien per Schub gebracht werden, um dort der Versorgung anheimzufallen.

Derartige Zustände können wohl nicht länger geduldet werden. Wenn Sie sich aber fragen, meine Herren, ob diesen Zuständen durch die Regierungsvorlage abgeholfen wird, so müssen Sie diese Frage mit „nein" beantworten. Es ist interessant und muss auch hervorgehoben werden, dass diese fünf und zehn Jahre nicht etwa schon früher beginnen, sondern erst von dem Zeitpunkte der Kundmachung, respective der Rechtskraft des Gesetzes. Fünf, respective zehn Jahre müssen also noch die trostlosen Zustände in puncto Armenversorgung weiter bestehen, warum — weiß ich eigentlich nicht, d. h. wir wissen es alle; weil der Staat Österreich nicht willens ist, jene Pflicht zu erfüllen, die einem civilisierten Staate obliegt, nämlich die Pflicht, für die Armen zu sorgen. (Beifall und Händeklatschen links.)

Meine Herren! Das Gesetz, wie es hier vorliegt, wird wieder zu unzähligen und unglaublichen Härten, Grausamkeiten und Ungereimtheiten und auch zu unzähligen Streitigkeiten führen; es wird nach meiner Überzeugung die Lage nicht verbessern, sondern sie nur verschlechtern.

Ich will das nationale Thema einem geehrten Collegen meiner Partei überlassen und mache Sie nur darauf aufmerksam, dass auch in dieser Richtung ein aufmerksames Auge auf die Folgen dieses Gesetzes geworfen werden muss, wenn nicht Überraschungen eintreten sollen, von denen wir dann sehr schmerzlich berührt sein würden. Meine Herren! Ich habe seit jeher den Standpunkt vertreten, dass die Heimatszuständigkeit und die Frage der Armenversorgung, wenn möglich, getrennt werden müssen. Ich bin der Meinung, dass die Frage der Armenversorgung endlich einmal in einer entschiedenen Weise in Angriff genommen werden muss, und bin seit jeher auf dem Standpunkte gestanden, dass es die Pflicht des Reiches ist, das Seinige zur Lösung der Frage beizutragen. Es ist eine Ungerechtigkeit, einer einfachen Landgemeinde die Versorgung von Personen aufzuhalsen, die vielleicht nie in ihrem Leben in der Gemeinde gewesen sind, dort nie bekannt waren, und von denen die Gemeinde geradezu überrascht wird. Das ist eine Ungerechtigkeit und Unbilligkeit, die beseitigt werden muss. Aber das geht nicht an, dass man die Lasten von den kleinen Landgemeinden wegzunehmen sucht und sie dann auf große Gemeinden einfach überwälzt. Das ist ebenso ungerecht und ebenso unbillig. Es muss daher gerade in diesem Punkte entschieden Widerstand entgegengestellt werden. Ich war seit jeher der Anschauung, dass die Armenversorgung nach drei Richtungen hin gelöst werden kann. Dadurch, dass ein Theil derselben auf den Schultern der Gemeinden ruhen bleibe, ein anderer Theil von den Ländern, ein dritter von dem Reiche übernommen werde.

Ich habe bereits im Stadtrathe, wenn auch nur im Privatgespräche, dieser meiner Anschauung Ausdruck gegeben. Ich habe diese Anschauung auch in meiner Partei zum Ausdrucke gebracht und freue mich, dass sie dieselbe einstimmig zum Beschlusse erhoben und mich beauftragt hat, auch hier einen diesbezüglichen Antrag vorzulegen. Ich stelle daher einen Zusatz-Antrag zu dem Antrage des Referenten, und zwar nach den Worten: „die Bitte gestellt werde" einzuschalten: „Es sei ein Armengesetz zu erlassen, in welchem folgende Grundsätze zur Geltung zu kommen haben:

1. Wenn der Unterstützungsbedürftige durch mehr als zehn Jahre ohne längere Unterbrechung, aus freiem Willen aus seiner Heimatsgemeinde abwesend war, erlischt die Verpflichtung der Heimatsgemeinde zur Unterstützung, beziehungsweise Versorgung desselben;

2. diese Pflicht geht, im Falle der Unterstützungsbedürftige in demselben Kronlande seinen dauernden Aufenthalt hat, dem auch seine Heimatsgemeinde angehört, an das betreffende Kronland, im anderen Falle an den Staat über;

3. die Unterstützung, beziehungsweise Versorgung ist nach den Verhältnissen des Aufenthaltsortes zu bemessen. Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, die Armenpflege über jene Personen, welche in Wien ihren Wohnsitz haben, und bezüglich deren der Staat die Verpflichtung zur Armenversorgung hat, auf Rechnung des Staates durch ihre eigenen Organe durchzuführen."

Der Übergang wird in folgender Weise gefunden werden: „Sollte auf diesen Vorschlag nicht eingegangen werden, so wird gebeten, an dem Regierungsentwurfe folgende Änderungen vorzunehmen."

Dann würden jene Anträge des Stadtrathes kommen, welche von Seite des gechrten Plenums zum Beschlusse erhoben werden. Das ist der Antrag, den ich in der General-Debatte zu stellen habe.

Meine Herren! Sie erlauben, dass ich noch einige Bemerkungen beifüge. Es hat mir der Herr Referent aus dem Herzen gesprochen, als er die Geschichte der Kosten des übertragenen Wirkungskreises uns erzählt hat. Auch der Herr Vorredner hat das nämliche Lied in ganz guten Accorden gesungen. Meine Herren! Ich kenne ein altes Sprichwort, welches lautet: „Vorher gethan, dann nachbedacht, hat manchem schon viel Leid gebracht!" und wenn die geehrten Herren das Lied, welches Sie heute meisterhaft gesungen haben, wenn Sie dieses Lied etwas früher gesungen hätten, so wäre vielleicht die Gemeinde Wien von schweren Lasten befreit gewesen. Es ist dieses Lied damals den Herren vorgesungen worden, aber, meine Herren, Sie haben das Lied nicht mitgesungen, sondern haben damals den Sänger des Liedes ausgelacht und verhöhnt. Jetzt kommen Sie auf die Folgen. Sehen Sie: „Vorher gethan, dann nachbedacht, hat manchem schon viel Leid gebracht!"

Ich stimme auch vollständig überein mit den Klagen, welche bezüglich der Verzehrungssteuerlast vom unmittelbaren Herrn Vorredner erhoben worden sind. Aber, meine Herren! Auch dieses Lied hätten Sie früher singen sollen, denn „Vorgethan und nachbedacht, hat manchem schon viel Leid gebracht!" (Heiterkeit.) Ich habe Ihnen auch damals dieses Lied vorgesungen, ich habe Ihnen das Lied vorgesungen: dass der Staat mindestens jenen Überschuss der Verzehrungssteuer, welchen er über die frühere in Wien und den Vororten eingegangene Verzehrungssteuer erzielen wird, der Gemeinde zur Verfügung stellen soll. Sie haben den Sänger des Liedes damals ausgelacht, man hat ihn verhöhnt und jetzt kommen Sie erst zur Erkenntnis! Zu spät ist es; zu spät ist es in der Richtung, und ich möchte nur wünschen, dass Sie die Einigkeit, welche vielleicht heute zutage treten wird, auch dann bewahren, wenn Ihnen jemand zu einer Zeit, wo Sie es vielleicht noch nicht einsehen, dasjenige sagt, was kommen wird. Man darf Warnungen auch von politischen Gegnern nicht so in den Wind schlagen, wie Sie es gethan haben. (Zwischenrufe.) Ich weiß, warum Sie es gethan haben; ich will es Ihnen heute nicht sagen, das werde ich ein anderesmal thun. (Heiterkeit.)

Das muss man immer früher bedenken und darf jetzt nicht so reden, wie Sie jetzt geredet haben, außer Sie klopfen auch immer reuig an Ihre Brust und sagen vor der gesammten Bevölkerung: Mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa! (Gem.-Rath Frauenberger: Amen!) Ja wohl Amen, denn so bleibt es immer und immer Ihre Schuld. Amen heißt auf deutsch: So möge es immer, so soll es immer bleiben. Und so wird's auch immer bleiben, diese Schuld werden Sie von Ihrem politischen Gewissen nie abwälzen können; so lange Sie leben, meine Herren, und so lange Ihre Partei besteht, werden Sie diese Schuld zu tragen und auch zu büßen haben. Leider muss auch die Bevölkerung mitbüßen, das ist eben das Unglückliche bei der Geschichte.

Es ist auch vom Landesarmengesetze gesprochen worden. Meine Herren, auch da mögen Sie immer daran denken, dass Ihre Partei dabei ebenfalls mitgewirkt hat. Übrigens sind die Lasten des Landesarmengesetzes gewiss keine so großen als diejenigen, welche uns eventuell durch diese Regierungsvorlage werden auferlegt werden. Und darum müssen Sie wirklich alle zusammenwirken, um sobald als möglich diesen Stein, der auf uns gewälzt wird, wegzubringen.

Ich empfehle Ihnen nur, sprechen Sie es nicht bloß hier, sondern wenn Sie die Abgeordneten Ihrer Partei sehen, auch wenn Abgeordnete aus den Kronländern, welche Ihrer Partei angehören, zu Ihnen kommen und über ihre Liebe zu Wien sprechen, wenn sie in Versammlungen, die sie einberufen, der Bevölkerung sagen: „Wir gravitieren nach Wien, wir lieben Wien" — ah, dann nehmen Sie doch gefälligst einmal diese Herren Abgeordneten etwas beim Worte und verlangen Sie von ihnen, dass sie ihre Liebe nicht bloß in Worten äußern, sondern diese ihre Liebe auch durch Thaten bekunden. (Beifall links.) Verlangen Sie von Ihrer Partei, dass sie nicht in einer so ungeheuerlichen Weise Wien belasten helfe, verlangen Sie von Ihrer Partei, dass sie Wien gegenüber Gerechtigkeit walten lasse, verlangen Sie von Ihrer Partei, welche sich ja mit Vorliebe als eine Staatspartei bezeichnet, dass sie auch dafür eintritt, dass der Staat jene Verpflichtungen übernimmt, die ihm gebüren. Der Staat soll die Armen versorgen, welche die Gemeinden nicht mehr versorgen können; das aber ist eigentlich ein Rabenvater, der seine Verpflichtungen nicht erfüllt, sondern dieselben auf einen anderen überwälzt, wie es hier in dem Gesetzentwurfe zu thun versucht wird. Das, meine Herren, ist keine Kunst, zu sagen: „O, dem armen Teufel geht es schlecht; das ist ein Jammer, wie es dem geht!" — und dann in den Sack des anderen zu greifen, um ihm etwas zu schenken. Nein, meine Herren, das ist keine Humanität, das ist keine christliche Liebe, sondern sagen Sie den Vertretern und den Angehörigen Ihrer Partei, wenn sie Wien lieben, so sollen sie alles daran setzen, dass Wien nicht ungerecht behandelt wird, wie es hier versucht wird. Damit schließe ich und empfehle Ihnen die Annahme meines Antrages.

Gem.-Rath Dr. Aechansky: Meine Herren! Ich habe nicht die Absicht, bereits Gesagtes zu wiederholen. Ich bin eben von der Anschauung durchdrungen, dass eine kurze Debatte für den Gegenstand, welcher in Verhandlung steht, das Allerbeste nach außen ist, das Allerbeste auch, um beim Parlamente die nöthige Wirkung hervorzubringen. Der Herr Referent hat in wirklich erschöpfender Weise alle Gesichtspunkte geltend gemacht, welche in diesem Falle angeführt werden müssen. Es ist richtig und wir müssen das von allen Seiten betonen: gegen den Grundsatz selbst haben wir nichts einzuwenden. Wir müssen vielmehr sagen, dass dieser Grundsatz in der historischen Entwicklung des Heimatsrechtes ein Fortschritt ist, ja, dass dies ein Grundsatz ist, welcher modernen Anschauungen und modernen Verhältnissen entspricht. Eigentlich haben wir jetzt nach dem Bestande der Freizügigkeit, und nachdem dieselbe in Fleisch und Blut der Staatsbürger übergegangen ist, seit langem das Gefühl, das das einzig richtige ist, dass jeder dort, wo er seine wahre Heimat, das heißt, wo er seinen Erwerb gefunden hat, bleiben möge und auch im Falle der Noth zu versorgen ist. Es ist gewiss nicht zu leugnen, dass die Grundsätze des Heimatsgesetzes von 1863 den wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie jetzt bestehen, nicht entsprechen, dass sie nicht mehr der Entwicklung der Gemeinde als Erwerbsgemeinschaft entsprechen und dass die Aufnahme dieses Hauptgrundsatzes in diesen Entwurf den modernen Verhältnissen viel besser entspricht als bisher. Aber es ist auch nicht zu leugnen — und in dieser Beziehung befinde ich mich mit dem Herrn Vorsprecher in

einer gewissen Übereinstimmung — dass dies nicht der letzte Schritt in der Entwicklung des Heimatsrechtes sein kann.

Der weitere Schritt in der Entwicklung des Heimatsrechtes wird die Lostrennung der Armenversorgung vom Heimatsrechte sein. In Deutschland hat man es schon versucht, aber man hat dort eine Form gefunden, welche sich bisher noch nicht bewährt hat. Es mag das vielleicht die Folge davon sein, dass unsere menschlichen Einrichtungen überhaupt an Schwäche leiden, wie die Menschheit selbst; wir sind immer in der Lage, als ob wir unter einer zu kurzen Decke liegen würden, und wenn wir eine Blöße bedecken, so tritt irgendwo anders eine andere Blöße hervor. So ist es auch mit den menschlichen Einrichtungen; wenn man einem Übel abzuhelfen trachtet, so enthüllt sich ein anderes Übel. So ist es mit dem Unterstützungs-Wohnsitze gewesen, welcher, wie der Herr Referent erwähnt hat und wie auch im Motivenberichte der Regierung bemerkt ist, in Deutschland gewichtige Einwendungen erfahren hat.

Wir würden mit dem Gesetze gewiss auch traurige Erfahrungen machen, wenn der Grundsatz bliebe, dass die frühere Heimatsgemeinde das Recht habe, in den Willen des Betreffenden einzugreifen, und dass sie das Recht habe, falls der X. oder Y. von der Heimatsgemeinde soundsoviele Jahre fort ist, in seinem Namen anzusuchen, dass ihm nun das Heimatsrecht in diesem oder jenem Orte zukommen solle; denn dann wird dasselbe Spiel der Gemeinden untereinander, dasselbe Zuschieben und Zurückwerfen eines Staatsbürgers von einer Gemeinde in die andere vorkommen, wie es in Deutschland mit dem Unterstützungs-Wohnsitze gewesen ist.

Dieser Grundsatz würde wirklich den sonst unleugbar guten Gedanken der Regierungsvorlage umbringen und würde das ganze Gesetz meines Erachtens für alle Orte, ob Industrieorte oder Landgemeinden, zu einem Unglücke machen. Für Wien hätte es die ganz besondere Folge, dass Wien nicht in der Lage ist wie eine kleine Landgemeinde, ihre Inwohner und Heimatsberechtigten so in Evidenz zu halten, so dass wir nicht zurückschießen könnten, dass wir allerdings diejenigen in Evidenz halten können, die nach Wien gewandert sind, dass wir aber diejenigen nicht in Evidenz halten können, die aus Wien sich in andere Orte begeben und dort einen Zeitraum verbracht haben, welchen das Gesetz bestimmt.

Ich möchte gleich, weil ich vom Zeitraume gesprochen habe, mich über den Antrag des Herrn Dr. Stern äußern.

Es sind die Motive, welche ihn dabei leiten, ja gewiss anzuerkennen. Wenn er eine Nivellierung der Staatsbürger damit bezweckt, wenn er damit bezweckt, dass ein Unterschied zwischen Steuerträgern und Nicht-Steuerträgern nicht gemacht werde, so ist das gewiss sehr löblich. Ich kann aber nicht verhehlen, dass das meines Erachtens nicht im Interesse der Gemeinde Wien ist, und dass ich überzeugt bin, dass wir zunächst in dieser Frage die Interessen der Gemeinde Wien vor allem anderen stellen müssen, und dass wir uns in einer Frage, welche gegen das Interesse Wiens ist, auf den Standpunkt stellen müssen, welcher dem Interesse der Stadt Wien günstiger ist, und dieser Standpunkt ist der des Stadtraths-Antrages.

Es ist nicht zu leugnen, dass der Gedanke des Stadtraths-Antrages hervorgegangen ist aus der historischen Entwicklung der Dinge. Man soll den Faden der historischen Entwicklung nicht gleich abschneiden!

Es ist, meine Herren, die Steuerzahlung, also der Ausdruck des Erwerbes, den einer hat, ein viel kräftigeres Symptom für den Willen des Betreffenden dort seine wirtschaftliche Niederlassung zu haben. Wenn einer einmal an einem Orte seinen Erwerb begründet hat, dann schlagen die Wurzeln viel tiefer als bei einem, der heute da und morgen dort sein kann, der keinen Erwerb hat, der ihn an die Scholle bindet, und der keine Steuer zahlt. Dieser Unterschied ist immer gemacht worden und auf diesem Unterschiede hat bisher die Abstufung der Bürgerschaft in einer Stadt beruht, und wenn sich auch da von Zeit zu Zeit Änderungen ergeben haben, so war doch der Hauptgedanke der: Ich suche mir ein Symptom für meine Bürger darin zu verschaffen, dass sie die Absicht haben, bei mir zu bleiben und nicht mehr fortzuziehen.

Es hat der Herr Referent sowie alle Sprecher bisher auf die finanziellen Folgen dieses Gesetzes für die Stadt Wien hingewiesen. Ich will da auch nicht viel Worte verlieren, halte es aber für die Pflicht eines jeden Redners, in dieser Sache diesen Punkt nicht zu übergehen, denn er ist von besonderer Wichtigkeit, und es ist unsere Pflicht, die Regierung bei jedem Anlasse darauf aufmerksam zu machen, dass es die Entwicklung der Dinge mit sich gebracht hat, dass Wien eine Änderung der finanziellen Basis, auf welcher es steht, benöthigt.

Ich will das durchaus nicht in Zusammenhang mit dem, was der Herr Vorsprecher gesagt hat, bringen, und will auch nicht auf die in diesem Saale so oft erörterten Fragen zurückkommen; ich will nur erwähnen, was ich in jedem solchen Falle gesagt habe: Die Vereinigung von Wien mit den Vororten war eine Naturnothwendigkeit, und dafür werden wir auch die Mittel finden. Darin liegt es auch nicht. Wenn auch Wien nicht mit den Vororten vereinigt worden wäre, so muss denn doch eine gesunde Stadt, welche in der Entwicklung begriffen ist, sich immer weiter ausgestalten, und das braucht immer mehr Geld. Wenn wir in die Verwaltungsausweise vor 40 oder 50 Jahren zurückblicken, so sehen wir, dass einmal die Bedürfnisse von Wien mit drei bis vier Millionen bestritten worden sind, und in 40 Jahren sind daraus 30 bis 40 Millionen geworden. Das liegt im Laufe der Zeit.

Wir haben heute vom Referenten ein Wort citieren gehört, ein Wort des Altbürgermeisters Dr. Felder — dieser Ehrentitel möge ihm bleiben und so möge er immer genannt werden — dass, wenn einmal die Commune in Bedrängnis kommt, der Staat der erste Leidtragende sein werde. Damals waren offenbar dieselben Verhältnisse. Man hat von Seite der Commune die Nothwendigkeit gesehen, an den Staat zu appellieren, dem Staate die Augen zu öffnen über die bedrängten Verhältnisse. So wird es immer sein und so ist es auch jetzt; das steht im Zusammenhange mit der Entwicklung der Dinge.

Worauf wir insbesondere Gewicht legen müssen, ist, dass die ganze Grundlage unserer finanziellen Wirtschaft den Bedürfnissen und Verhältnissen nicht mehr entsprechend ist. Die Zeit wird kommen, wo wir — und ich hoffe, in voller Einigkeit — unseren Standpunkt in dieser Richtung geltend machen werden können. Das darf aber die Regierung nicht thun, dass sie immer nur Gesetze gibt und keine Rücksicht nimmt auf denjenigen, der die Mittel zur Durchführung dieser Gesetze herbeischaffen soll. Da wird das Landsturmgesetz gemacht. Natürlicherweise, das Landsturmgesetz ist für die Regierung sehr leicht gemacht, die Kosten der Durchführung tragen die Gemeinden. Ich bin überzeugt, wir hätten schon längst eine neue Civilproceß-Ordnung, wenn noch die Gemeinde die Gerichtsbarkeit hätte. Es würde der Staat ein neues Gesetz machen, die Durchführung des Gesetzes, die Vermehrung

der Richter würde die Gemeinde tragen. Da muss man auch der Gemeinde die nöthigen Mittel zur Verfügung stellen. Wir sprechen jetzt den Gedanken zum erstenmale aus und wollen ihn energisch aussprechen.

Ich habe es für meine Pflicht gehalten, da ich in dieser Sache schon das Wort ergriffen habe, das auch zu sagen und zu erklären, dass ich mich diesbezüglich in voller Übereinstimmung befinde mit allen Rednern, welche bisher gesprochen haben.

Ich werde mir erlauben, in der Special-Debatte noch einige Abänderungs-Anträge zu stellen. In der General-Debatte, nachdem eine solche einmal geführt worden ist, habe ich nichts zu bemerken, als das eine noch, dass ich glaube, dass der allgemeine Antrag, welchen Herr Dr. Lueger gestellt hat und von dem ich wohl gewünscht hätte, dass er im Stadtrathe und im Comité, dem er angehört hat, gestellt worden wäre, dem Stadtrathe zugewiesen werden soll. Das ist wieder ein ganz neuer Gedanke, und das ist wieder eine ganz neue Sache, die eigentlich mit diesem Heimatsrechtsgesetze nicht im Zusammenhange steht. Denn dann müsste man dieses Heimatsgesetz überhaupt nicht geben. Dann müsste man auch das Heimatsgesetz vom Jahre 1863 in dem Hauptpunkte abändern, in der Hauptbestimmung, welche sagt, das Heimatsrecht ist in Verbindung mit der Armenpflege, d. h. . . . (Zwischenrufe links: Das wollen wir ja!) . . . Das ist ja richtig. Das ist aber eine Frage, welche sehr schwierig ist und sehr schwer zu lösen ist, über welche Vorstudien gemacht werden müssen. Wenn die Regierung sich vielleicht darüber entschließen kann, wir können uns jetzt schwer darüber entschließen, welche Vorschläge wir machen sollen, um die Trennung des Heimatsrechtes von der Armenpflege durchzuführen. Ich stimme in merito mit Herrn Dr. Lueger überein, sage aber offen, dass ich dies für die zukünftige Entwicklung halte, dass ich es aber auch für eine ungeheuer schwierige Sache halte, welche große Vorstudien braucht und nicht sobald geklärt werden kann. In dieser Beziehung möchte ich beantragen, dass dieser Antrag dem Stadtrathe zugewiesen werde.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Meine Herren! Es hat der verehrte Herr Vorsprecher eigentlich gegen den Antrag des Collegen Dr. Lueger Stellung genommen und dies damit motiviert, dass man nicht in der Lage sei, im Augenblicke sich ein klares Bild von dem Grundsatze zu bilden, ob denn eine solche Trennung des Heimatsrechtes von dem Armenversorgungsrechte auch wünschenswert sei.

Nun wird mir der geehrte Herr Vorredner zugeben, dass die praktische Bedeutung unseres heutigen Heimatgesetzes in allererster Linie nur in der Armenversorgung liegt. Das Gesetz hat ja eine praktische Bedeutung eigentlich nur noch für die Frage des Schubes, aber der eigentliche Inhalt unseres heutigen Heimatsgesetzes liegt in der Verpflichtung der Gemeinde zur Versorgung ihrer Armen.

Nun, was ist denn der praktische Zweck des jetzigen Gesetzes? Dieses Gesetz — und darüber dürfen wir uns nicht täuschen und dürfen uns gar nichts vormachen — soll eine Entlastung der kleineren Gemeinden herbeiführen. Auf wessen Kosten soll diese Entlastung stattfinden? Es ist dies bereits betont worden, dass dies nur auf Kosten der großen, insbesondere der ganz großen Gemeinden geschehen soll.

Nun bin ich weit entfernt, den heutigen Zustand als einen billigen bezeichnen zu wollen: er ist im Gegentheile im höchsten Grade unbillig und eines civilisierten Staates absolut unwürdig; und dass ich dieser Anschauung schon lange war, möchte ich dadurch beweisen, dass ich schon vor mehr als zehn Jahren im Wiener Gemeinderathe den Antrag gestellt habe, es möge endlich die Gemeinde Wien zu dieser Frage des Heimatsrechtes, beziehungsweise der Armenversorgung Stellung nehmen. Damals, meine Herren, sind über meine Anregung wiederholt Commissionen eingesetzt worden. Man hat aber die Sache einfach im Sande verrinnen lassen, weil die damalige Majorität überhaupt keine besondere Geneigtheit zeigte, sich mit derlei Dingen zu befassen. Es war dies — das muss heute constatiert werden — ein grobes und schweres Versäumnis.

In welcher Situation befinden wir uns heute? Heute kommt am 10. oder 16. d. M. ein Heimatsgesetz, das bis Weihnachten, also in weniger als zwei Monaten erledigt werden soll! Eine Änderung des Heimatsgesetzes, die von den tiefgreifendsten finanziellen Folgen speciell für die Gemeinde Wien ist!

Hätte damals der Gemeinderath auf Grund der ihm wiederholt gegebenen Anregungen seine Pflicht gethan, so wäre er heute nicht in der Lage, in der er sich befindet, in der sich wenigstens Herr Dr. Nechansky befindet, indem er sagt, er habe sich über die Frage des Zusammenhanges zwischen dem Heimatsrechte und der Armenunterstützung gar kein Bild gemacht. Es hätte die Gemeinde Wien nicht nur Commissionen einsetzen sollen, die schließlich gar keine Sitzung abhielten und zu gar keinem Resultate führten, sondern sich schon längst praktisch mit der Frage befassen sollen, weil vorauszusehen war, dass eines schönen Tages die heutigen Zustände als absolut unhaltbar auch von den maßgebenden Factoren anerkannt werden und zu einer Änderung derselben geschritten werden würde!

Allein, meine Herren, ich betone es nochmals, der Zweck der Vorlage ist, eine Verminderung der — das muss zugegeben werden — ungerechtfertigt hohen Kosten der Land- überhaupt der kleineren Gemeinden herbeizuführen.

Es stellt uns nun der Stadtrath eine Reihe von Abänderungs-Anträgen, bezüglich deren ich ja in einer ganzen Reihe von Punkten einverstanden bin, bezüglich anderer Punkte jedoch entgegengesetzter Meinung bin.

Es wird sich ja Gelegenheit finden, in der Special-Debatte darauf zurückzukommen; stellen wir uns aber die Frage, was alle diese Anträge des Stadtrathes finanziell für eine Bedeutung haben, wenn der Gesetzentwurf selbst mit diesen Abänderungen Gesetz wird? Meine Herren! Wenn wir alles approximativ zusammenrechnen — es ist doch nur eine höchst oberflächliche Schätzung möglich — was die Gemeinde Wien durch die Abänderungs-Anträge des Stadtrathes ersparen soll, so sind das gegenüber einer Summe von $3^1/_2$ Millionen vielleicht im ganzen 150.000 fl.! (Widerspruch und Ah-Rufe rechts.) Ich bitte, gehen Sie die Sache nur mit mir durch, da gibt es kein „Ah", da heißt es, Punkt für Punkt durchgehen und bei den einzelnen Punkten sehen, welcher Unterschied ist.

Meine Herren, worin besteht denn der Unterschied? Der Unterschied besteht im § 5 durch den Ausschluss der Ausländer — und das ist eine verhältnismäßig sehr geringe Post, denn die Einbürgerung der Ausländer nimmt ja nicht einen so großen Umfang an — und den Gewinn an Taxen für die Einbürgerungen.

Damit sind wir bezüglich dieser Abänderungen mit dem finanziellen Effecte so ziemlich fertig. Es mag vielleicht hie und da eine kleine Post dazukommen. Ich würde aber nur die Herren Nachsprecher

bitten, ungefähr anzugeben, um wie viel circa die dreieinhalb oder dreieinviertel Millionen Gulden, die nach den Erhebungen des Magistrates falls Mehrkosten für Armenversorgung ausgerechnet sind, durch diese Anträge herabgemindert werden. Das ist die einzige Cynosur auf den finanziellen Effect dieser Anträge und der muss ins Auge gefasst werden. Sie erreichen also praktisch mit den Anträgen des Stadtrathes, denen ich übrigens ja, wie gesagt, in einer ganzen Reihe von Details eventuell zustimme, eigentlich im großen und ganzen nichts. Wird der Gesetzentwurf in der Form, selbst mit den Abänderungen des Stadtrathes, wirklich Gesetz, so treten alle jene Folgen ein, die der Herr Referent in so glänzender Weise — für uns sind sie traurig — in so richtiger und vollständig erschöpfender Weise geschildert hat. Es gibt also keinen anderen Weg, als denjenigen, den der Herr Dr. Lueger hier charakterisiert hat. Die Frage hat die größte Bedeutung und wenn Sie nicht den Vorwurf auf sich nehmen wollen, in einer so hochwichtigen Angelegenheit die Interessen der Stadt Wien wirklich zu leicht genommen zu haben, müssen Sie für den Antrag Lueger stimmen. Es ist eine alte Thatsache und es ist nachgewiesen, dass die Frage in allen Staaten mehr oder weniger praktisch sich bethätigt, dass das Heimatsrecht mit der Armenversorgung in einer Zeit, wo die Freizügigkeit so kolossale Dimensionen angenommen hat, auf die Dauer nicht verquickt bleiben darf, und dass sich, wenn das Heimatsrecht die Basis für die Armenversorgung bleibt, gar keine Modalität findet, in gerechter Weise eine Abänderung herbeizuführen.

Wie Herr Dr. Lueger gesagt hat: es werden Querelen und Schwierigkeiten in unglaublichem Maße kommen. Ich bitte nur zu bedenken, was die Erhebungen, was der bureaukratische Apparat kosten wird, der nothwendig sein wird, wenn beispielsweise die Gemeinde sich dagegen zu wehren haben wird, dass eine andere Gemeinde ihr solche Fremde einfach zuschiebt. Das sind lauter Dinge, die, wenn der Gesetzentwurf auch mit den Abänderungs-Anträgen des Stadtrathes angenommen wird, die Schwierigkeiten dennoch fortbestehen lassen, sie in mancher Hinsicht geradezu vermehren, und an den finanziellen Ergebnissen zu Gunsten der Stadt Wien nicht das allergeringste ändern.

Ich möchte da nur eines sagen. Es ist von dem ersten Sprecher in dieser Debatte ein Abänderungs-Antrag gestellt worden. Ich habe mich schon vorher bei dem Herrn Schriftführer gemeldet, indem ich auch sage, dass dieser § 2 in dem Punkte unbedingt geändert werden muss, weil die Form, in der das im Gesetze niedergelegt ist, ein Widersinn ist, wie man sich ihn nicht ärger denken kann, aber auch die Änderung, die der Stadtrath da vorgenommen hat und die sich einfach darauf beschränkt hat, aus fünf zehn und aus zehn fünfzehn Jahre zu machen. Nehmen Sie die praktischen Consequenzen dieses Entwurfes auch in der Abänderung des Stadtrathes bezogen auf die eben heute bestehenden gesellschaftlichen Schichten: Der Arbeiter, der zehn oder eventuell fünfzehn Jahre ununterbrochen in Wien wohnt, bekommt — wenn er nicht gegen die im Absatze 6 enthaltenen Bedingungen etwas gethan hat — ohneweiters, wenn er ansucht, das Heimatsrecht und damit auch die Armenversorgung. Der kleine Geschäftsmann aber, der entweder mit der l. f. Steuer im Rückstande ist oder gar, wie der Stadtrath sagt, einmal eine solche Steuerabschreibung bekommen hat, ist einfach von den Vortheilen dieses Gesetzes vollständig ausgeschlossen. (So ist es! links.) Das will man unseren Gewerbetreibenden anthun?! Ich bin nicht dagegen, dass die Arbeiter dieses Recht bekommen; sie sollen es und sie müssen es haben, aber man darf nicht so einseitig vorgehen und denjenigen, der ohnehin durch die directen Steuern noch größere Lasten hat, eine solche harte Bestimmung entgegenhalten, und es ist bedauerlich — ich muss es schon sagen — dass der Stadtrath auf diesem Wege, der ja gegen die elementarsten Grundsätze der politischen Gerechtigkeit schon in der Regierungsvorlage verstoßen hat, noch solche Verschärfungen hinzunimmt, wonach infolge des Umstandes, dass ein gewiss armer Teufel die Steuer nicht gezahlt hat — er wird ja ohnehin vom Steuerexecutor früher ordentlich ausgequetscht, ehe die Steuer abgeschrieben wurde — demselben eine solch unerhörte und ungerechte Entziehung eines so wichtigen Rechtes zugefügt wird.

Ich werde über die Details nicht weiter sprechen, weil, wie gesagt, in der Special-Debatte der geeignete Ort ist, um concrete Anträge in der Richtung zu stellen. Aber eines muss ich noch sagen. Es hat Herr Dr. Rechansky mit Recht darauf hingewiesen, dass bei jeder und jeder Gelegenheit der Staat rücksichtslos ist bei der Hinaufwälzung neuer Lasten. Ich bitte aber dabei nicht zu vergessen, dass wir in einem constitutionellen Staate leben und dass dergleichen Gesetze nur unter Zustimmung des Abgeordnetenhauses zustande kommen können. Er hat auch speciell das Landsturmgesetz angezogen, das auch neue schwere Lasten den Gemeinden und speciell auch der Gemeinde Wien aufbürdet, und ich frage Sie: wer hat allein im Abgeordnetenhause gegen dieses Gesetz gestimmt? Wir waren es, weil wir auch diesen Gesichtspunkt mit ins Auge gefasst haben. Vor allem durch die Mithilfe der Vereinigten deutschen Linken sind diese Gesetze angenommen worden. Wenn die Angehörigen Ihrer Partei, wie Herr Dr. Lueger sagt, mit noch so schönen Worten erklären: „Wir gravitieren nach Wien, wir wollen für die Reichshauptstadt etwas thun", so hat das gar keine Bedeutung, wenn praktisch in jedem einzelnen Falle die Reichshauptstadt Wien in der allerschwersten Weise geschädigt wird. Ich will nicht auf die Frage der Vereinigung der Vororte zurückkommen, obwohl durch die Ausführungen des sehr verehrten Herrn Referenten in der Richtung gerade eine sehr verlockende Perspective geschaffen worden ist, aber in Zukunft muss doch wenigstens etwas gethan werden, um weitere und zwar so kolossale Mehrbelastungen hintanzuhalten. Das geschieht aber nicht durch Stadtraths-Anträge; damit ist, wie ich gesagt habe, verdammt wenig gethan, durch dieselben wird vielleicht die Summe, welche die Stadt Wien zu zahlen hat, um 5 und wenn es hoch kommt — aber so hoch kommt es nicht — um 10 Percent herabgemindert, sondern es muss wenigstens in diesem Augenblicke der Regierung und dem Abgeordnetenhause gesagt werden, die Stadt Wien ist nicht willens, sich in solcher Weise schädigen zu lassen, die Stadt Wien, die ohnehin niedergedrückt ist durch das Übermaß der Lasten, ist nicht willens, Pflichten auf sich zu nehmen, die unbedingt dem Staate zufallen (Zustimmung) und die in anderen Staaten, welche in der Richtung pflichtbewusster vorgehen, längst schon auch im Wege staatlicher Ingerenz geregelt worden sind.

Ich schließe also, indem ich Sie bitte, den Antrag des Herrn Dr. Lueger anzunehmen. Er ist ein solcher, der durchaus nicht den Anträgen des Stadtrathes präjudiciert, der aber den eigentlichen wirklichen Kernpunkt der Sache allein trifft, der ganz allein imstande ist, die Stadt Wien wirklich vor jener ungeheuren Mehrbelastung zu bewahren, mit der sie durch diesen Gesetzentwurf bedroht ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Tomola: Meine Herren! Ich habe mich zum Worte gemeldet, um in Kürze meinen und den Standpunkt meiner engeren Gesinnungsgenossen in der Frage der Heimatsgesetzgebung zu kennzeichnen.

Ich will, um Missverständnissen vorzubeugen, gleich von vornherein erklären, dass von unserer Seite gegen eine Reform der Heimatsgesetzgebung gewiss nichts eingewendet, sondern dass dieselbe vielmehr gewünscht wird, weil wir ja davon überzeugt sind, dass in einer Zeit unbeschränkter Freizügigkeit sich die engherzigen Bestimmungen des Gesetzes vom 3. December 1863 nicht mehr halten lassen. Nun hat sich, meine Herren, das Heimatsgesetz als solches nach zweifacher Richtung historisch entwickelt. Die wichtigsten Bestimmungen des Heimatsgesetzes sind zweifach, einerseits für die Gemeinde, auf der anderen Seite für das Individuum. Das Individuum erhält durch die Zuständigkeit die Pflicht, an seinem Wohnsitze mit aller Liebe festzuhängen und für denselben jederzeit einzutreten, andererseits aber das Recht, von demselben eine Unterstützung zu fordern. Auch die Gemeinde als solche, welcher das Individuum angehört, darf die Erwartung hegen, dass alle ihre Mitglieder mit Liebe und mit allen ihren Gedanken an ihr festhalten, andererseits freilich hat die Gemeinde wieder die Pflicht, ihre Mitglieder, wenn sie in Noth und Elend gerathen sind, zu unterstützen. In seiner ältesten Form hat das Heimatsrecht bloß den idealen Begriff; der Inhalt der Armenversorgung ist erst viel später hinzugekommen.

Die gegenwärtige Petition befasst sich indessen bloß mit dem finanziellen Theile des Gesetzes. Mir aber ist die Hauptsache das, was die Petition verschweigt. Sie verschweigt vollständig die Besorgnis, dass nach der Regierungsvorlage binnen wenigen Jahrzehnten mit Naturnothwendigkeit der Fall eintreten muss, dass die Stadt Wien ihren historischen Charakter vollständig verliert. Sie verschweigt vollständig die Besorgnis, dass von der Million Wiener, welche durch dieses Gesetz neu creiert werden, die Hälfte, vielleicht noch ein größerer Theil, nicht mit jener Liebe an der Scholle der Stadt festhaften, wie man es wohl von ihnen erwarten soll. Aber Ideale und Principien sind eben Dinge, die man von den Parteien, welche heute die Majorität haben, nicht erwarten kann, und so sucht man dergleichen Sachen auch in unserer Petition vergebens. Während auf dem Lande die fleißige Hand noththut, füllen die Straßen unserer Stadt Arbeitslose; die einen laufen nach Wien, weil ihnen die Arbeit mit der Pflugschar und der Sense zu ordinär geworden ist, die Mägde vermeinen sich nobler, wenn sie in der Stadt den Fußboden reiben oder die Windeln waschen, als wenn sie am Lande den Stall säubern oder die Kühe melken. Ja, manche glauben sogar einen Terno gemacht zu haben, wenn sie als Ammen hier eine Unterkunft finden oder gar, wenn sie unsere Nachtkaffeehäuser füllen. Die Bauherren, die Fabrikanten, die Eisenbahnen suchen jeden Erdenwinkel ab, um billige Arbeitskräfte zu finden. Auf diese Weise kommen Italiener, Croaten, Slovaken, kurzum Leute der verschiedensten Nationen hieher. Anfangs freuen sich sich, dünken sich etwas Besseres zu sein, aus dem einzigen Grunde, weil sie in Wien sind. Aber die Täuschung bleibt bei ihnen nicht aus. Sehen macht hungrig und darben macht unzufrieden. Und nun kommen sie mit der Zeit zu der einen Überzeugung, dass sie die alte Heimat verloren und dass sie eine neue Heimat nicht gewonnen haben.

Sehen Sie, meine Herren, das sind die Folgen des sogenannten wirtschaftlichen Fortschrittes unserer Zeit, dass mehr als die Hälfte heimatslos geworden ist, heimatslos nicht in dem Sinne von „ortsfremd", sondern heimatslos dem höheren und edleren Sinne nach, dass sie das Gefühl der ethischen Wertschätzung der Heimat verloren haben. Nach der Locomotive kommt der Landstreicher. Armenhäuser und Gefängnisse sind ein ebenso sicheres Zeichen unseres materiellen Fortschrittes, wie die reich geputzten Wohnungen, die gefüllten Waarenhäuser und die prunkvollen Kirchen. Während auf unseren hellerleuchteten Straßen uniformierte Polizisten auf und nieder wandeln, kauern in den Winkeln die Bettler, in dem Schatten unserer Hochschulen, Museen, Bibliotheken warten schon längst jene Gestalten, von welchen Macaulay sagt, dass sie noch viel ärger sein werden, als die Vandalen, noch schlimmer als die Hunnen.

Nun sollen alle diese unglücklichen zerstörten Existenzen nach dem Spruche des Gesetzes der Stadt Wien eigenthümlich zugesprochen werden, sie erhalten das Heimatsrecht! In dem höheren und edleren Sinne, dass ihnen damit eine Heimat gegeben werde, an welcher sie mit aller Liebe ihres Herzens, mit allen ihren Gedanken festhalten, wird kein Gesetz ihnen jemals eine Heimat geben können.

Denn hier hat der alte Ernst Moriz Arndt recht, wenn er sagt: „Wo das erste Menschenauge sich liebend über deine Wiege neigt und eine Mutter dich zum erstenmale auf dem Schoße herumtrug, und wo dein Vater die Weisheit und die Lehren des Christenthums ins Herz gegraben hat, dort ist deine Liebe, dort ist dein Vaterland!" (Beifall.)

Dieses Gesetz macht aber Leute zu Wienern, denen das Heimatsrecht nur insoweit erstrebenswert ist, als damit eine Versorgung für Alter und für den Fall der Noth erreicht ist. Ob für diese massenhafte Neucreierung von Wienern drei Millionen Gulden und mehr, welche sie uns jährlich kosten soll, ein äquivalentes Opfer sind, ist die Frage! Nach reiflicher Überlegung wird diese Frage niemand anders als mit Nein beantworten können. Denn wer als Deutscher immer seine Vaterstadt liebt, wird nie und nimmer zugeben können, dass infolge dieses Gesetzes Wien, bisher eines der herrlichsten Kleinode deutscher Lande, herabsinkt zu einem österreichischen Babel. (Beifall.) Dies wird eine Folge dieses Gesetzes sein.

Der Fremde, welcher am Nordbahnhofe ankommt, wird sich wohl staunend fragen, ob die Gestalten, welche er dort arbeiten sieht, die Gestalten mit dem weiten Mantel und den weiten Hosen Wiener Nationaltracht tragen; wenn er weiter hineinkommt in die Kaffeehäuser der Leopoldstadt, wird er auch dort eine neue Nationaltracht finden, dieselbe, in welche Gustav Freytag den Itzig Feitl und den Schmeie Finkeles sich kleiden lässt. Durch dieses Gesetz werden Leute zu Wienern creiert, deren eigentliche Heimat vor nicht langer Zeit das Ghetto gewesen, wenn sie durch fünf Jahre hier Hausiererdienste geleistet. Durch dieses Gesetz werden öffentliche Dirnen, wenn sie durch zehn Jahre ihr Schandgewerbe betrieben haben, der städtischen Armenversorgung an den Hals geworfen, und wie entsittlichend wird dieses Gesetz auf die leichtsinnigen Existenzen wirken, welche bis jetzt ihr Schamgefühl wenigstens so weit gewahrt haben, dass sie sich vor dem Schub gefürchtet haben, weil daheim jeder mit den Fingern auf sie wies und sie mit Verachtung strafte. Das alles werden sie nun freilich nicht zu fürchten haben, denn in Wien kennen sie nur wenige, und werden sie infolge dessen auch nur von wenigen verachtet werden.

Ich werde zu den Anträgen des Dr. Lueger noch einen Zusatz-Antrag stellen, welcher sich auf ein Gesetz der Alters- und Invalidenversorgung bezieht: „Zum Zwecke der Entlastung der Armenversorgung durch Gemeinde, Land und Reich erachtet der Gemeinderath der Stadt Wien die Schaffung eines Gesetzes, betreffend die Alters- und Invalidenversorgung für dringend und nützlich." (Beifall.) Denn, meine Herren, neben dem vollen Heimatsrechte hat und muss noch jeder das Recht auf eine Altersunterstützung genießen. Ja, ich meine, die Motive, welche die Einbringung dieses Gesetzes veranlassten, waren nicht so sehr das Bewusstsein, dass ein großer Theil, dass die Hälfte der Bevölkerung der Scholle entfremdet worden ist, sondern vielmehr die Schwierigkeit der Folge der Altersversorgung, und ich meine, dass auch für jene, welche nur das Heimatsrecht erwerben wollen, nicht so sehr das Motiv maßgebend ist, dass sie eine Heimat gewinnen, als vielmehr das Motiv einer gewissen Beruhigung für den Fall der Noth und des Elendes. Ich theile die Ansicht jener, welche meinen, dass das Heimatsrecht an sich und die Armenversorgung zwei Dinge sind, welche jedes einzeln für sich behandelt werden sollen, insbesondere in dem nach Sprache und Sitte so verschiedenen Österreich, und dass sie infolge einzelner Behandlung an innerem Werte nur gewinnen.

Ich begreife und billige es vollkommen, wenn die Landgemeinden sich weigern, Mitglieder, welche durch Jahrzehnte nicht mehr in ihrem Orte ansässig waren, zu unterstützen. Ich begreife es, dass sie als einfachsten Weg die Abwälzung des Heimatsrechtes auf die Städte verlangen. Ob aber das vorliegende Gesetz die Frage damit am besten löst, dass es einfach das Dictum aufstellt: Nach fünf-, beziehungsweise zehnjährigem Aufenthalte sind die Leute den Städten an den Hals geworfen, ist eine andere Frage.

Es ist ausgerechnet worden, dass Wien dadurch um drei Millionen Gulden mehr bezahlt. Während dies auf der einen Seite geschieht, verkürzt man auf der anderen Seite im Wege der Steuerreform die Städte aufs schärfste. Denn auch bei der bevorstehenden Steuerreform dürfen Sie auf die Regierung nicht rechnen.

Aber wir fragen, warum soll Wien, gerade Wien die Kosten tragen? Hat Wien die Massen arm gemacht? Nein, gewiss nicht! Alle, welche nach Wien kommen, haben theilgenommen an den Wohlthaten und allen Einrichtungen der Stadt. Das hat Millionen gekostet. Wir haben die Kinder der Armen unentgeltlich unterrichtet, ihnen außerdem Wohlthaten erwiesen; das hat auch Millionen gekostet. Wohl aber waren es die Menschen, nicht die Dinge, nicht die Städte, welche schuld sind an dem Elend. Diese Menschen, wir finden sie überall herumlaufen. Es sind jene, die nicht säen und doch Millionen in ihrer Tasche herumtragen. Sie tragen ganze Stadtviertel in ihren Taschen, sie beherrschen durch ihr Geld die Wahlen, und obwohl sie weder säen noch spinnen, tragen sie die besten Kleider und geben Geld in Masse aus.

Wer sind die Leute? Sind es die Edlen, Guten, Braven, solche, welche durch die Reichheit ihrer Talente sich auszeichnen, oder durch die Reinheit ihres Charakters im politischen Leben das Vertrauen ihrer Mitbürger erworben haben? Nichts von alledem. Speculanten sind es, Wucherer, Lohnschinder sind es und noch viel Schlimmeres, in deren Dienste tausende verarmen und zugrunde gegangen. Sie verstehen die freche Kunst, aus dem Schweiße des arbeitenden Volkes Gold und Edelsteine für sich zu erzeugen. Gerecht ist es, die ausgemergelten Existenzen der Stadt vor die Füße zu werfen. Aber dieses Recht ist ein Unrecht. Weil es ein Unrecht ist, so sollten wir den Muth haben, uns dagegen zu wehren. Wir sollten den Muth haben, um die Alters- und Invalidenunterstützung und um all das zu bitten, was Dr. Lueger in seinen Anträgen gewünscht hat.

Meine Herren! Ich eile zum Schlusse. Wenn dieses Gesetz angenommen wird, so bedeutet es wiederum einen Schritt weiter in dem socialen, immer tiefer und schlimmer werdenden Elend. Der Bürger, welcher unter den gegenwärtigen Lasten ohnehin schon zusammenzubrechen droht, wird dadurch neu belastet. Die Plutokratie aber, welche sich mit Diamanten und Perlschnüren behängt, geht dabei leer aus, und doch trägt sie ganz allein die Schuld an dieser Verarmung. Die verehrte Mehrheit des Gemeinderathes aber, welche berufen wäre, der Noth und dem Elende zu steuern, sucht durch diese Petition mit Lackstiefeln darüber hinwegzugehen. sie kommen mir vor, wie jene palermitanische Procession, von welcher Goethe erzählt, dass sie durch den Schmutz und Unrath einer Straße einen mühsam zurecht gefegten Weg hinanschreitet: sie sieht nicht, will nicht sehen rechts und links vom Wege. Sie will einen kostbaren Teppich über den Schmutz und Kehricht breiten, um ihn dem Auge zu entziehen. So ist der Inhalt dieser Petition — etwas Veraltetes, Unvollständiges; es ist versäumt worden, auf die nationale Schädigung hinzuweisen; es ist auch versäumt worden, den richtigen Weg zu weisen, auf welchem die Alters- und Armenversorgung allein geregelt werden könnte, mit einem Worte, die Petition entspricht vollständig jener Partei, welche sie verfasst hat. (Beifall und Händeklatschen links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich gebe bekannt, dass zum Worte noch vorgemerkt sind die Herren Gem.-Räthe Dr. Huber, Herrdegen, Dr. Mittler und Frauenberger.

Die Fortsetzung der Debatte findet in der nächsten Sitzung statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um 8 Uhr abends.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 27. November 1894.
Mittwoch, den 28. November 1894.
Donnerstag, den 29. November 1894.
Freitag, den 30. November 1894.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **14. November 1894** (vormittags).

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Dr. Lederer, Boschan, Dr. Lueger, v. Götz, Matthies, Dr. Hackenberg, Mayer, Dr. Huber, Müller, Dr. Klotzberg, Dr. Nechansky, Kreindl, v. Neumann,

Rückauf,	Baugoin,
Schlechter,	Dr. Vogler,
Schneiderhan,	Witzelsberger,
Stiaßny,	Wurm.

Experte: Oberingenieur Kindermann.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

(9041.) **St.-R. Mayer** referiert über die Berichte der Forstverwaltungen Groß-Enzersdorf und Mannswörth, betreffend den Holzfällungs-Ausweis pro 1893/94 und die Holzfällungs-Anträge und Preis-, resp. Lohntarife pro 1894/95, und beantragt:

1. Die buchhalterisch geprüften Ausweise über die in der Fällungsperiode 1893/94 erfolgte Holzfällung werden genehmigend zur Kenntnis genommen.

2. Die Anträge auf Abstockung von 31·15 Joch im Forstrayon Groß-Enzersdorf und von 17·06 Joch im Forstrayon Mannswörth mit einem Gesammtquantum von Holz per 15.021 m³ pro 1894/95 werden genehmigt.

3. Die Preistarife und Lohntarife werden nach den beiliegenden bezüglichen Tabellen genehmigt.

4. Die Forstverwaltung in Groß-Enzersdorf wird ermächtigt, das in die I. Wertclasse eingereihte Holz in Königshausen eventuell um die Preise der II. Wertclasse hintanzugeben, ferner die weichen Prügel und Moderhölzer nach den Licitationen, wenn für diese Holzgattungen keine Anbote gestellt werden, auch unter den Taxpreisen, jedoch unter Bedachtnahme auf einen möglichst geringen Taxnachlass, zu verkaufen. (Angenommen.)

(8986.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Gewerbeschul-Commission um Benützung des Turnsaales am Communal-Gymnasium im II. Bezirke für das Lehrlingsturnen und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(5663.) **St.-R. v. Götz** referiert über die Herstellung einer neuen Überbrückung des Westbahnhofes zwischen der Schmelzbrücke und dem Viaducte Rudolfsstraße und beantragt, der Herr Bürgermeister werde ersucht, in geeignet scheinender Weise direct bei Ihren Excellenzen dem Herrn Handelsminister und dem Herrn Präsidenten der General-Direction der k. k. österr. Staatsbahnen die Angelegenheit wegen dieser Überbrückung, sowie wegen eventueller Errichtung einer Haltestelle am Markte daselbst zu betreiben.

Referenten-Antrag puncto Überbrückung angenommen.

Referenten-Antrag puncto Errichtung einer Haltestelle abgelehnt.

(8798.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines der Gärtner und Gartenfreunde in Hietzing um Überlassung eines Locales in der Volksschule in Hietzing, XIII. Bezirk, und beantragt, diese Überlassung auf drei Jahre gegen Widerruf und unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Modalitäten zu genehmigen.

St.-R. Dr. Huber beantragt, das Local auf unbestimmte Zeit gegen Widerruf zu überlassen.

Dieser Antrag, welchem sich Referent conformiert, wird angenommen.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(8892.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Vorstehers des XVII. Bezirkes in Betreff des Umbaues des Canales in der Hernalser Hauptstraße vom Hause Nr. 51 bis zur Bergsteiggasse und beantragt, den Magistratsbericht, wonach diese Herstellung vom Magistrate im eigenen Wirkungskreise genehmigt und die bezüglichen Arbeiten bereits in Angriff genommen wurden, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(8515.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Richard Witkowitsch, Regenschirm-Erzeugers (XIII. Bezirk) um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(8862.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über die Herstellung der Waghütte am Eugenplatz, X. Bezirk, und beantragt die Ertheilung des Bauconsenses. (Angenommen.)

(8675.) **Derselbe** referiert über die Aufstellung der Riegelwandhütte am Central-Viehmarkte im III. Bezirke bei der Station St. Marx der Schlachthausbahn der priv. österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft und beantragt die nachträgliche Ertheilung des Bauconsenses im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(8397.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Ober-Sievering um Ausfolgung von Ausrüstungsgegenständen und um Subvention und beantragt:

1. Für die freiwillige Feuerwehr Ober-Sievering sind 10 Stück Druckschläuche Nr. 6 sammt Kuppelungen, ferner Pionnierwerkzeuge, eine dreitheilige Anstelleiter, 15 Zwilchhosen, eine Krankenbahre auf Rädern und eine Charnier-Hakenleiter anzuschaffen. Hingegen wird die Beistellung von Tuchblousen, einer Signallaterne (sog. Commandanten-Laterne) und von Reservegurten abgelehnt.

Weiters ist der genannten Feuerwehr aus dem Wagenparke der städtischen Feuerwehr ein brauchbarer Mannschaftswagen zu überlassen.

Als Ersatz dafür ist für die städtische Feuerwehr ein neuer Mannschaftswagen sammt Schlauchhaspel anzuschaffen.

Die Gesammtkosten obiger Anschaffungen betragen laut Kostenanschlag 2028 fl. 50 kr. und sind zu den Rubriken XX, XXII 6 b und XXXVI 1 a budgetmäßig bedeckt.

Die Lieferung des Mannschaftswagens wäre der Firma W. Knaust und die der Krankentrage dem Moriz Esterlus unter den im Magistrats-Protokolle angeführten Bedingungen zu übertragen.

2. Behufs Bestreitung kleinerer Auslagen für Reparaturen und Requisitenreinigung wird der genannten Feuerwehr pro 1894 eine Baarsubvention per 150 fl. gegen nachträgliche Verrechnung bewilligt.

Dieser Betrag ist zur Rubrik XX nicht bedeckt und wäre daher zu dieser Rubrik ein Zuschusscredit in dieser Höhe zu bewilligen, wobei bemerkt wird, dass zur Rubrik XX Zuschusscredite im Ausmaße von 2725 fl. 90 kr. genehmigt wurden.

3. Das Ansuchen um Einführung der Gasbeleuchtung in das Depot wäre abzulehnen.

(Angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderath.)

(8801.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Hietzing um Anschaffung von 30 Stück Mänteln und beantragt, für diese Feuerwehr 30 Stück russischgraue Mäntel um den Einheitspreis von 12 fl. 64 kr. per Stück anzuschaffen und zu diesem Zwecke einen Betrag von 379 fl. 20 kr. zu bewilligen. (Angenommen.)

(9084.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Kaiser-Ebersdorf um Subvention und beantragt, der genannten Feuerwehr zur Besoldung einer verlässlichen Person, der die Reinigung und Instandhaltung aller Geräthe, sowie der Depot- und Wohnräume übertragen ist, eine Subvention von 150 fl., und zur Bestreitung kleinerer Auslagen eine Subvention von 100 fl., zusammen

von 250 fl. pro 1894 zu gewähren und hiefür einen Zuschusscredit in der gleichen Höhe zur Ausgabs-Rubrik XX 11 zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8804.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Dornbach um Subvention und beantragt, der genannten Feuerwehr zur Instandhaltung der Löschgeräthe und sonstigen Requisiten eine Subvention von 200 fl. unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten zu gewähren und zu diesem Zwecke einen Zuschusscredit in der gleichen Höhe zur Ausgabs-Rubrik XX 11 zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt wieder den Vorsitz.)

(8886 und 8903.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Pfarramtes Fünfhaus um Bewilligung einer Remuneration für die Abhaltung des Gottesdienstes in der Kapelle des Kindergartengebäudes in der Beingasse in Fünfhaus und beantragt die Bewilligung einer Remuneration jährlicher 250 fl. ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung zu dieser Leistung für so lange, bis die im Baue begriffene Kirche in Rudolfsheim benützungsfähig vollendet ist.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8698.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Kirchenmusik-Vereines „zur heil. Maria vom Siege" in Fünfhaus um Subventionierung und beantragt, dem genannten Vereine auch pro 1894 eine Subvention von 60 fl. ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8501.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma Michael Winkler & Sohn um Belassung einer Gaslaterne bei dem Geschäfte XV. Bezirk, Michaelergasse 17, und beantragt die Belassung.

(Angenommen.)

(8614.) **Derselbe** referiert über den Ausweis, betreffend die Pferdeschlachtungen im III. Quartale 1894 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(9007.) **Derselbe** referiert über die Marktgebürenrückstände per 67 fl. 84 kr. nach Marie Patzak und per 5 fl. 89 kr. nach Karl Hembach, XV. Bezirk, und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(8896.) **Derselbe** referiert über die Zuwendung des von dem Executivcomité der Internationalen Ausstellung für Volksernährung 2c. für die Pensionscassa der städtischen Feuerwehr gespendeten Betrages per 500 fl. nnd beantragt, diese Spende dem „Unterstützungsfonde für die städtische Feuerwehr" zuzuführen. (Angenommen.)

Derselbe referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XV. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

(8556.) Kronfuss Josef, Gemischtwaren-Verschleißer;

Thallinger Josef Bartholomäus, Gastgewerbepächter;

König Josef, Victualienhändler;

Susan Ignaz, Kutscher;

Novotny Johann, Schuhmachermeister;

Jelinek Franz, Posamentierergehilfe;

Stařik auch Staržik und Starzek Anna, geb. Novotny, Bedienerin;

Bohutinsky Wenzel, Packmeister im Lebensmittelmagazine der k. k. österr. Staatsbahnen;

(8946.) Theuer Josef, Conducteur der k. k. österr. Staatsbahnen;

Kadleč Franz, Magazinsarbeiter der k. k. österr. Staatsbahnen;

Schogger Johann, Bäckermeister;

Skorpik Josef, Gemischtwaren-Verschleißer;

Philipp Karl, Cartonagewaren-Erzeuger;

Mrwka Anton, Schneidermeister;

Fuchs Marie, Hilfsarbeiterin;

Bruckner Vincenz, Fabriksarbeiter;

Oppel Josef, Badediener. (Angenommen.)

(8438 und 8902.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Ertheilung der Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XV. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung bei nachstehenden Bewerbern:

Paulowits Melchior, Hilfsarbeiter;

Kozany Josef, Schneidermeister;

Landsberger Arnold, Malerleinwandgrundierer;

Taskotzy (Taskoczy) geb. Fiedler Theresia, Dienstmagd;

Moser Ludwig Robert, prov. Ingenieur im Stadtbauamte.

(Angenommen.)

(8924.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Einleitung gerichtlicher Schritte puncto Zahlung des Übernahmspreises für den bei dem Umbaue des Hauses I., Stephansplatz 11, einbezogenen Straßengrund und beantragt, den Stadtanwalt Dr. Schmitt zur Einleitung der gerichtlichen Klage puncto dieser Zahlung anzuweisen.

(Angenommen.)

(9069.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Wagner, Magistratssecretärs, um Ertheilung eines Urlaubes und beantragt, dem Genannten vom 1. November 1894 vorläufig einen Urlaub in der Dauer von drei Monaten zu ertheilen. (Angenommen.)

(8948.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Josefa Kinast (IV. Bezirk) um Nachsicht der Einbürgerungstaxe und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(8954.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Accessisten Alfred Herrmann um Urlaubsverlängerung und beantragt, dem Bittsteller den mit 31. October d. J. abgelaufenen Urlaub auf weitere zwei Monate zu verlängern. (Angenommen.)

(9037.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen um Bewilligung einer Subvention zur Weihnachtsbescherung der Zöglinge des communalen Kindergartens im XII. Bezirke, Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 37, und beantragt, zu diesem Zwecke einen Betrag von 100 fl. zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9005.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Antonie Czepka, Kanzleiofficials-Witwe, um Anweisung der Pension und beantragt, der Genannten die normalmäßige Witwenpension von 400 fl. vom 1. November 1894 an unter gleichzeitiger Einstellung der Pensionsbezüge ihres verstorbenen Gatten anzuweisen.

(Angenommen.)

(8396.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Speising um Subvention und beantragt, der genannten Feuerwehr zur Bestreitung von Auslagen für Depot- und Requisitenreinigung, sowie für kleinere Reparaturen eine Subvention von 150 fl. zu gewähren und zu diesem Behufe einen Zuschusscredit zur Ausgabs-Rubrik XX 11 in der gleichen Höhe zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8824.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über einen Gehaltsvorschussrest per 97 fl. 50 kr. nach dem verstorbenen Volksschullehrer Franz Imhof und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(8682.) **Derselbe** referiert über Schulgeldbefreiungsverluste am Leopoldstädter Communal-Real- und Obergymnasium nach dem

II. Semester 1893/94 und beantragt, die in dem Magistratsberichte angeführten Schüler wegen ihrer nicht entsprechenden Fortgangs-, respective Fleiß- und Sittennoten der genossenen Schulgeldbefreiung für verlustig zu erklären. (Angenommen.)

(8642.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wolfgang Feil um Bewilligung zur Tischaufstellung vor dem Hause VII., Stiftgasse 21, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(8845.) **Derselbe** referiert über die vom Bezirksschulrathe veranlasste provisorische Versetzung von Lehrkräften des XVII. und XVIII. Bezirkes und beantragt, die Zustimmung hiezu zu ertheilen. (Angenommen.)

(8806.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des J. Ritt. v. Widmann um Nachsicht des Schulgeldes, respective Bewilligung von Ratenzahlung und Ausfolgung des Zeugnisses für das II. Semester 1894, betreffend den gewesenen Schüler der Wiedener Realschule J. Skalitzky und beantragt, dem Gesuchsteller die Zahlung des Schulgeldes in Monatsraten à 5 fl. vom November 1894 an zu bewilligen und sohin die Direction der genannten Anstalt zu ersuchen, das erwähnte Zeugnis auszufolgen. (Angenommen.)

(8889.) **Derselbe** referiert über die Verlegung der Unterrichtsstunden für das Lehrlingsturnen der gewerblichen Fortbildungsschule Döbling, Pantzergasse 25, und beantragt, das bezügliche Ansuchen der Gewerbeschul-Commission zu bewilligen. (Angenommen.)

Derselbe referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem V. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

(8559.) Denk Matthias, Bierabtrager;
Sartori Karl, Buchbindergehilfe;
Saltberger Josef, Spitzenarbeiter;
Hrdina Marie, Wäscherin;
Mundl Katharina, Bedienerin;
Hurich Johann Marcus, Marmorschleifer;
(8558.) Loucky Adalbert, Werkführer in einer Blechwarenfabrik;
Rajek Karl, Tischlermeister;
Matous Josef, Schuhmachergehilfe;
Thür Georg, Monteur;
Ernst Laurenz, Maurergehilfe;
Egerer Karl, k. k. Sicherheitswach-Inspector;
Stöberich Leopold, Tischlergehilfe;
Wallner Josef Alois, Hausdiener;
Sakann Julius Anton, Mechaniker. (Angenommen.)

(8976.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Ansuchen der Marie Obermayer durch Dr. Alois Löwy um Löschung der wasserrechtlichen Servituten bezüglich der Realität Nr. 19 Quellengasse in Unter-Meidling und beantragt, die Ausstellung der vorgelegten Löschungserklärung mit dem Bemerken zu bewilligen, dass selbstverständlich anlässlich dieser Löschung die Gemeinde Wien keine Kosten treffen dürfen. (Angenommen.)

(9054.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Gemeinde Weikersdorf am Steinfelde um Abtretung einer Theilfläche von der der Gemeinde Wien gehörigen Grundparcelle Nr. 1411 in Weikersdorf zur Anlage eines Feldweges und beantragt:

Es sei dem gestellten Ansuchen stattzugeben und die unentgeltliche Abtretung des fraglichen Grundstreifens im Ausmaße von 357 m^2 = 100 □° unter nachstehenden Bedingungen zu bewilligen:

1. die Abtretung erfolgt ausschließlich zu Zwecken der geplanten Wegherstellung und zwar erst dann, wenn die Gemeinde Weikersdorf den Nachweis erbringt, dass die Herstellung dieses Weges vollkommen gesichert ist;

2. wenn keine Terrainschwierigkeiten bestehen, ist der projectierte Feldweg, soweit derselbe auf der Parcelle 1411 hergestellt wird, nicht längs der Parcelle 1474, sondern längs des Fußes des auf der Parcelle 1411 bestehenden Hochwasserdammes zu führen. Die definitive Wegtrace wäre seinerzeit nur im Einvernehmen mit den Organen der Stadt Wien zu bestimmen;

3. da die Parcelle 1411 derzeit bis zum Jahre 1899 verpachtet ist, hat die Gemeinde Weikersdorf sich mit dem Pächter wegen Rücklassung des benöthigten Grundstreifens und Entschädigung hiefür auseinanderzusetzen, so dass hieraus die Gemeinde Wien keinerlei Ersatzpflichten treffen;

4. die bücherliche Abtrennung des zum Feldwege benöthigten Theiles der Parcelle 1411 hat auf Kosten der Gemeinde Weikersdorf zu geschehen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9057.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ersten Mariahilfer Kindergartenvereines um Subventionierung und beantragt, dem genannten Vereine pro 1894 eine Subvention im Betrage von 500 fl. zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8516.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem VI. Bezirke und beantragt, den Bewerbern:

Kadletschek Georg, Schuhmachermeister;
Schuch Josef, Kaufmann;
Falter Johann, Gastwirt;
Schaschek Johann, Schlossermeister, und
Kugler Johann, Blumenmacher,

das Bürgerrecht zu verleihen. (Angenommen.)

(8686.) **Derselbe** referiert über die neuerliche Eingabe des Rectorates der k. k. technischen Hochschule in Wien, betreffend die Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebüren per 987 fl. 20 kr. und beantragt, auf dieses Ansuchen nicht weiter einzugehen und das Rectorat lediglich auf das über Stadtraths-Beschluss vom 24. August 1894, Z. 6830, erflossene Magistrats-Decret vom 31. August 1894, Z. 53737, zu verweisen. (Angenommen.)

Derselbe referiert über Ansuchen um Abschreibung, beziehungsweise Reducierung von Wassermehrverbrauchsgebüren, und zwar von:

(8701.) 1 Partei aus dem X. Bezirke,
(8646.) 3 Parteien aus dem V. Bezirke,
(8703.) 11 „ „ „ IV. „
(8771.) 5 „ „ „ VI. „

und beantragt die Genehmigung der bezüglichen Magistrats-Anträge. (Angenommen.)

(8812.) **Derselbe** referiert über Bezirksausschuss-Sitzungsprotokolle der Bezirke I bis VII, X bis XV, XVII bis XIX und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8821.) **St.-R. Matthies** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 26. October 1894, Z. 82813, puncto Baubewilligung für einen Arbeiterabort in der Station Wien der Südbahnlinie Wien—Triest und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8857.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Ferdinand Schindler um Grundentschädigung für das Haus III., Apostelgasse 24, und beantragt, die Schadloshaltung mit 13 fl. per Quadratmeter, sohin mit dem Gesammtbetrage von 1911 fl. zu bestimmen. (Angenommen.)

(8863.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Hammingschen Erben um Consens zur Herstellung von Aborten und einer Senkgrube im XI. Bezirke, Kaiser-Ebersdorf, Hauptstraße 13, und

beantragt, die nach § 90 der Wiener Bauordnung in Anspruch genommenen Bauerleichterungen zuzugestehen. (Angenommen.)

(9000.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des A. Schuhmacher um Consens für die Mauerabtragung vor dem Hause III., Rennweg 33 a, und beantragt, den Magistrats-Antrag auf Ertheilung des Bauconsenses unter Ausstellung der dortselbst formulierten Erklärung seitens der Gemeinde zu bestätigen. (Angenommen.)

(9112.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert in Anwesenheit des Oberingenieurs Kindermann als Experte über die Vereinbarungen mit dem Obersthofmeisteramte, betreffend die Ablagerung des bei der Wienfluss-Regulierung gewonnenen Erdaushubes auf der Weidlingauer Wiese im kaiserlichen Thiergarten und beantragt, diese Vereinbarung mit den hiedurch begründeten Mehrauslagen von 8500 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(9043.) **St.-R. Matthies** referiert über das neuerliche Offert der Eigenthümer des Hauses Nr. 14 Landstraße Hauptstraße im III. Bezirke auf Ankauf dieser Realität seitens der Gemeinde und beantragt die Wahl eines Verhandlungs-Comités.

(Angenommen.)

In das Comité werden die St.-R. Dr. Klotzberg, Matthies und Stiaßny gewählt.

(9044.) **Derselbe** referiert über den Kostenanschlag für die Neupflasterung der Dorotheergasse von Or.-Nr. 37 bis zur Hernalser Hauptstraße im XVII. Bezirke und beantragt die Genehmigung des betreffenden Kostenanschlages mit dem Erfordernisse von 4249 fl. 17 kr. die Enthebung der Firma Franz Daxelmüller und Rudolf Kauz und des Eduard Rzehaczek von der vertragsmäßigen Haftung für das Cunettenpflaster gegen die angebotenen Beitragsleistungen von 25 fl., beziehungsweise 40 fl. zu dem gegenständlichen Erfordernisse, die Erwirkung eines Zuschusscredites in der obangeführten Höhe zur Ausg.-Rubr. XXII 1 c beim Gemeinderathe und die Übertragung der Erd- und Pflasterungsarbeiten an Julius Stribel unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Modalitäten.

St.-R. Boschan beantragt, den Referenten-Antrag abzulehnen und den erforderlichen Kostenbetrag in das Präliminare pro 1895 einzusetzen.

Antrag Boschan angenommen.

(8974.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über die Offerte der Aurelie Redlich und Julie Edinger auf käufliche Überlassung von Theilen der Linienwallparcelle 547/1, Einl.-Z. 52, IX. Bezirk, und beantragt:

1. der Offerentin Aurelie Redlich wird zur Arrondierung der Realität Or.-Nr. 4 Säulengasse, IX. Bezirk, ein Theil der obgenannten Parcelle Figur t v u t im Ausmaße von 37·85 m² um den Pauschalbetrag von 500 fl. und gegen Bezahlung der Vertragskosten und Übertragungsgebüren käuflich überlassen.

Der Kaufschilling ist binnen acht Tagen nach Verständigung der Käuferin vor der Genehmigung ihres Offertes durch den Gemeinderath fällig;

2. mit der Offerentin Julie Edinger ist durch ein Comité in Verhandlung zu treten;

3. das bezüglich eines Theiles der Linienwallparcelle 547/1 zwischen der Gemeinde und Otto Rammel bestehende Pachtverhältnis ist sofort einmonatlich zu kündigen.

(Angenommen; Punkt 1 an den Gemeinderath.)

In das Comité werden die St.-R. Dr. Klotzberg, Stiaßny und Matthies gewählt.

(6307.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Leiters der städtischen Volksschule für Knaben IX., Gemeindegasse 11, um Herstellung eines geräuschvermindernden Pflasters vor dem genannten Schulgebäude in der Nussdorferstraße und Gemeindegasse und beantragt, diese Pflasterung derzeit abzulehnen. (Angenommen.)

(8732.) **Derselbe** referiert über den Magistrats-Bericht, betreffend die im Sinne des gelegentlich der Budgetberathung gefassten Gemeinderaths-Beschlusses vom 19. April 1894, Z. 7560, vom Magistrate angeordneten wöchentlichen Streifungen seitens des Wasenmeisters in den Bezirken XI bis XIX behufs Einsammlung von Ässern und beantragt, den bezüglichen Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

(9042.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Anschaffung von Schotter und beantragt, die Anschaffung des für die Anlage an der Breitenfurterstraße im XII. Bezirke erforderlichen Schotters um den Kostenbetrag per 80 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(9045.) **Derselbe** referiert über die Herstellung einer Telephonlinie „Feuerwehr-Centrale—Stadtsäuberungskanzlei—Depotplatz II. Bezirk, Obere Augartenstraße 14" und beantragt, die Herstellung dieser Telephonlinie in eigener Regie mit einem Kostenaufwande von 400 fl., sowie die Installation der elektrischen Beleuchtung für den Depotplatz II., Obere Augartenstraße Nr. 14, in eigener Regie mit einem Kostenbetrage von 480 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(9058.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des I. Wiener Volksbildungsvereines im V. Bezirke um Subventionierung und beantragt, dem genannten Vereine auch für das Jahr 1894 eine Subvention von 100 fl. zu bewilligen, welche mangels Deckung im Budget des Jahres 1894 erst nach dem 1. Jänner 1895 zur Auszahlung zu gelangen hätte. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2695 ex 1893.) **St.-R. Stiaßny** bringt den Buchhaltungsbericht, betreffend die Zusammenstellung der aufgelaufenen Kosten für den Rathhausbau vom Jahre 1864 bis einschließlich 1892, zur Kenntnis und beantragt, von den Nachweisungen der Einheitspreise abzusehen.

(Angenommen.)

(8972.) **St.-R. Mayer** referiert über die Weiterverpachtung von Grundstücken des Fondsgutes Ebersdorf an das k. u. k. Oberstjägermeisteramt und beantragt:

Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, die laut Pachtvertrages vom 20. August 1888, Z. 231682, beziehungsweise Stadtraths-Beschlusses vom 26. Jänner 1893, Z. 402, M.-Z. 8495, vom k. u. k. Oberstjägermeisteramte in Bestand genommenen Wiesen, Rodeäcker und Grasereien in der Lobau im Ausmaße von 960 Joch 678 □°, beziehungsweise unter Einbeziehung der in der Lobau gelegenen Plättenwiese per 3 Joch und des Ackers Nr. 51 per 3 Joch 511 □° und unter Ausscheidung des im nächsten Jahre zu cultivierenden Ackers in der Kothau IV 26 per 2 Joch 1148 □° im Gesammtausmaße von 946 Joch 41 □° dem k. u. k. Oberstjägermeisteramte um einen Jahrespachtzins von 7349 fl. 40 kr., ferner die Rodeäcker in der Schusterau per 4 Joch 1360 □° um einen Jahrespachtzins von 50 fl., endlich die Grasereien in Könighausen, großen Rohrwörth und Gänshaufen per 30 Joch 560 □° um einen Jahrespachtzins von 75 fl. vom 1. November 1894 auf sechs Jahre, das ist bis 1. November 1900, unter den bisherigen Bedingungen in Bestand zu überlassen;

weiters ist die Gemeinde Wien bereit, die in dem Berichte der Forstverwaltung in Groß-Enzersdorf vom 12. October 1894, Z. 233, M.-Z. 173980, verzeichneten Rodegründe per 9 Joch 586 □° um einen Jahreszins von 93 fl. 60 kr. und die ebendaselbst verzeichneten Augrasereien per 174 Joch 431 □° um den Jahresbestandzins von

224 fl. vom 1. November 1894 bis 1. November 1900 dem k. u. k. Oberstjägermeisteramte bestandweise unter den im Vertrage vom 20. August 1888 für die Gründe und Grasereien in der Lobau festgesetzten Bedingungen zu überlassen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8978.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Aigner um pachtweise Überlassung der Abtheilung 2 der Bürgerspitalsfonds-Parcellen 1336 bis 1339 in Simmering auf sechs Jahre um den Jahrespachtzins von 95 fl. und beantragt die Genehmigung dieser Offerte unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Bedingungen.

(Angenommen.)

(9068.) **Derselbe** referiert über Auslagen für die Lieferung von Gassenaufschrifts- und Hausnummertafeln und beantragt, zu diesem Zwecke einen Zuschusscredit von 570 fl. zur Ausg.-Rubr. XLVII 2 zu genehmigen. (Angenommen.)

(8937.) **Derselbe** referiert über die Beschwerde des R. Dittelbach in Betreff des Bestandes der Weiner'schen Annoncensäule an der Ecke der Kasernengasse und Mariahilferstraße im VI. Bezirke und beantragt, die Säule zu belassen. (Angenommen.)

(8134.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Bezirksausschusses für den XVI. Bezirk um Bestellung von Parkwächtern für die Gartenanlagen daselbst und beantragt, diesem Ansuchen keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(7323.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Sebastian Grünbeck in Betreff der weiteren Verwendung der auf dem Schulbauplatze in der Stiftgasse in Hernals, XVII. Bezirk, befindlichen Bäume und Sträucher und beantragt, den Magistratsbericht, demzufolge ohnehin im Sinne dieses Antrages vorgegangen wird, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(8481.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vorstehers des VI. Bezirkes, um nachträgliche Genehmigung der Überschreitung der Dotation für Gartenanlagen und Alleen pro 1892 um den Betrag von 58 fl. 61 kr. und beantragt, diese Mehrauslage nachträglich zu genehmigen. (Angenommen.)

(8876.) **Derselbe** referiert über den Bericht der städtischen Hauptcassa, betreffend die Abschreibung und Rückvergütung von Portoauslagen des I. und II. Quartales 1894 und beantragt die Abschreibung dieser Auslagen im Betrage von 2 fl. 59 kr. und Ergänzung des bezüglichen Verlages der städtischen Hauptcassa auf den Betrag von 400 fl. (Angenommen.)

(9066.) **Derselbe** referiert über rückständige Zins- und Schulkreuzer im Betrage von 37 fl. 15 kr. nach Martin Uchazius (III. Bezirk) und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(8213.) **Derselbe** referiert über die weitere Einhebung der Musikimpostgebür von Wirten, Weinschenkern ꝛc. und beantragt, auf den gelegentlich der Budgetberathung im Gemeinderathe am 10. April 1894 gestellten Antrag, von Wirten, Weinschenkern und Vergnügungs-Etablissementsbesitzern in Hinkunft eine Musikimpostgebür nicht mehr einzuheben, nicht einzugehen.

Ferner sei zur Kenntnis zu nehmen, dass in die im December 1894 zu erlassende bezügliche Kundmachung bei der ersten Abstufung nach dem Worte „Tanzunterhaltungen" noch das Wort „Musikunterhaltungen" eingeschaltet werden wird.

(Angenommen, beziehungsweise zur Kenntnis genommen.)

(8800.) **St.-R. Rückauf** referiert über die Mehrkosten für die Neupflasterung der Michaelergasse im XV. Bezirke und beantragt, diese Mehrkosten im Betrage von 151 fl. 48 kr. zu genehmigen.

(Angenommen.)

(8990.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Rudolf Denk um Belassung des Steckschildes vor dem Geschäftslocale XV. Bezirk, Schönbrunnerstraße 19, und beantragt die Gesuchsgewährung unter der Bedingung, dass das Schild um 0·15 m hineingerückt wird.

(Angenommen.

Derselbe referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) bezüglich der Bewerber aus dem XIV. Bezirke:

die Verleihung der Zuständigkeit an:

(8176.) Hemolka Johann, Maurergehilfe;
Lauda Alois, Goldarbeitergehilfe;
Kramer Karl, Bahnschlosser;
Breyer Ignaz, Weichenwächter;
Žáček Wenzel, Hausknecht;
Koranda Franz, Ziegeldeckergehilfe;
Hustnik Josef, Gemischtwaren-Verschleißer;
Rygr Johann Nep., Gürtlergehilfe;
Thalbauer Karl Georg, Einspänner-Eigenthümer;
Chromy Adalbert, Zimmermeister;
Hovarka Anton, Schuhmachermeister;
Bruderhans Wenzel, Werkführer;
Sonntag Franz, Schlossergehilfe;
Pichler Josef Andreas, Tischlergehilfe;
Hutter Josef, Buchbindergehilfe;
Muhr Paul, Stellwagenkutscher;
Scheibel Albert, Fleischergehilfe;
Knorr Emanuel, Rothgerbergehilfe;
Nowak Josef Anton, Magazineur;
Pichler Matthias, Maurer und Heizer;
Bakula Josef, Heizer der k. k. Staatsbahnen;
(8557.) Nemluvil Jakob, Hausdiener;
Hruby Josef, Fabriksbeamter;
Peter Wenzel, Tischlermeister;
Rašima Wenzel, Geschäftsdiener;
Kitlicza Johann, Drechslergehilfe;
Cihak Franz, Tischlermeister;
Tikal Karl, Schneidermeister;
Fucik Johann, Schuhmachergehilfe;
Schkolnik Emanuel, Schleifer;
Piša Franz, Schlossergehilfe;
Toischer Theresia, Wäscherin;
Schönberger Josefa, Wäscherin;

die Ertheilung der Zusicherung an:

(8177.) Holly Anton, Commis;
Stefan Georg, Friseur;
Kridlik Johann, Aushilfs-Kanzleidiener;

b) bezüglich der Bewerber aus dem XVI. Bezirke:

die Verleihung der Zuständigkeit an:

(8903.) Grüner Antonie, Hutstaffiererin;
Seidlhuber Anton, Speditionsgeschäftsbediensteter;
Hink Josef, Drechslermeister;
Beck Franz, Hausierer;
Scheim Leopold, Steinpappe-Dachdeckermeister;

Klug Franz, Werkführer in einer Holzpfeifen-Fabrik;
Mitschka Franz Andreas, Stahl- und Metallschleifermeister;
Hanusik Johann, Hemdenputzer;
Hanke Josef, Schlossergehilfe. (Angenommen.)

(8951.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem XIV. Bezirke und beantragt:

die Gesuchsgewährung bei:
Sedlak Josef, Tischlermeister;
Gruber Karl, Tischlermeister. (Angenommen.)

Derselbe referiert über rückständige Commissions- und Kanzlei- beziehungsweise Licenzgebüren, und zwar:

(8616.) nach Johann Benesch aus dem XIV. Bezirke im Betrage von 6 fl. 30 kr.;

(8617.) nach Therese Szokoll aus dem IV. Bezirke im Betrage von 4 fl.;

(8618.) nach Johann Weiß aus dem X. Bezirke im Betrage von 4 fl. 20 kr.;

(8769.) nach Gustav Adolf Nebrzensky aus dem VII. Bezirke im Betrage von 126 fl. und beantragt die Abschreibung dieser Beträge. (Angenommen.)

(9002.) **St.-R. Vaugoin** referiert über das Ansuchen des Johann und der Theresia Welz um Ermäßigung der Renovationsgebür für ein Einzelgrab am Hernalser Friedhofe und beantragt, dem Ansuchen zu willfahren und die Renovationsgebür auch für dieses Grab noch mit 30 fl. anzunehmen; es sei weiters der Magistrat zu ermächtigen, in ähnlichen Fällen, wenn das betreffende Grab noch besteht, über derartige Gesuche im Sinne des Stadtraths-Beschlusses vom 24. August 1894, Z. 958/93, im eigenen Wirkungskreise zu entscheiden. (Angenommen.)

Derselbe referiert über rückständige Beerdigungskosten, und zwar:

(9062.) nach fünf Parteien aus dem XV. Bezirke im Betrage von 20 fl. 25 kr.,

(9061.) und nach 23 Parteien aus dem IX. Bezirke im Betrage von 58 fl. 5 kr. und beantragt die Abschreibung dieser Beträge aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(8979.) **Derselbe** referiert über den Magistrats-Bericht in Betreff der Verwendung von Gipssärgen für Beerdigungszwecke und beantragt:

1. Es sei die Verwendung von Gipssärgen zur Beerdigung von Leichen mit Rücksicht auf die bisher gemachten Wahrnehmungen nicht zu gestatten;

2. es sei von der Vornahme neuerlicher Exhumierungen von in Gipssärgen beerdigten Leichen Umgang zu nehmen und der Gesuchsteller daher von der weiteren Beistellung solcher Särge für Gratisleichen zu entheben. (Angenommen.)

(8691.) **St.-R. Kreindl** referiert über die eventuelle Beitragsleistung der Gemeinde Wien zur projectierten fliegenden Brücke über den Donaustrom zwischen Jedlesee und Nussdorf und beantragt, es sei seitens der Gemeinde Wien principiell die Bereitwilligkeit zur Leistung eines nach ihrem Ermessen zu bestimmenden Beitrages zu den Kosten der Herstellung dieser Brücke auszusprechen, dessen Höhe jedoch erst dann bestimmt werden wird, wenn die genauen Kosten dieser Brücke feststehen werden und die Zweckmäßigkeit des diesfälligen Detailprojectes erkannt werden wird.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, auf die Angelegenheit derzeit nicht einzugehen, nachdem das bezügliche Ansuchen nicht an die Gemeinde Wien, sondern an den Ausschuss des XIX. Bezirkes gerichtet ist und dieser nicht in der Lage ist, mit dem Bürgermeisteramte Jedlesee zu verhandeln.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, den Act mit dem Bemerken zurückzuweisen, dass der Stadtrath erst dann schlüssig werden kann, wenn ein vollständig fertiges Project vorgelegt werden wird.

Im Sinne der Anträge Dr. Lederer und Dr. v. Billing wird beschlossen, den Act mit dem Bedeuten zurückzuweisen, dass der Stadtrath erst dann schlüssig werden kann, wenn demselben ein spruchreifes, mit den nöthigen Vorverhandlungen ausgestattetes Project in entsprechender Weise vorgelegt wird.

(8864.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Michael Stirling um Bewilligung der Rückzahlung der rückständigen Gemeindeumlagen für die Häuser Or.-Nr. 10, 12 und 14 Pantzergasse, XIX. Bezirk, in Raten und beantragt, dem Genannten zur Rückzahlung der bezüglichen Umlagen im Betrage von 803 fl. 35 kr. monatliche Raten per 30 fl. vom 15. November d. J. an zu bewilligen. (Angenommen.)

(8867.) **Derselbe** referiert über die Cassierung des Auslaufbrunnens XVIII., Sechsschimmelgasse 2, Ecke der Gürtelstraße, und beantragt, die Bewilligung hiezu zu ertheilen. (Angenommen.)

Derselbe referiert über Offerte auf käufliche Überlassung von Steinplatten aus dem XIX. Bezirke und beantragt:

(8934.) dem Johann Maly 300 Stück um à 25 kr., zusammen 75 fl., und

(8935.) dem Leop. Hengl 150 Stück um à 25 kr., zusammen 37 fl. 50 kr., zu überlassen. (Angenommen.)

(8897.) **Derselbe** referiert über einen rückständigen Platzzins per 9 fl. 12½ kr. nach Marie Hofmann für den Kiosk VII., Stiftgasse, und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

Derselbe referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung bei nachstehenden Bewerbern:

(8961.) a) aus dem XIX. Bezirke:
Schleicher Johann, Gemischtwaren-Verschleißer;
(8950.) b) aus dem XVIII. Bezirke:
Rauter Josef, Gemischtwaren-Verschleißer;
Holleczek Franz, Wagner;
Meller Karl, Ofenfabrikant;
Halberstadt Anton, Schlosser. (Angenommen.)

(9060.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen des St. Josef Kinder-Asyles in Breitensee um Subventionierung und beantragt, der genannten Anstalt zum Zwecke der Erweiterung derselben einen einmaligen Beitrag von 1000 fl. zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(7657.) **St.-R. v. Götz** referiert über den neuerlichen Bericht puncto Baumpflanzung auf dem Gehwege längs des Schönbrunner Vorparkes in der Tegetthoffstraße in Penzing, XIII. Bezirk, und beantragt, die Herstellung dieser Allee mit dem Betrage von 415 fl. 38 kr. zu genehmigen. Die Alleebäume sind aus der Baumschule in Maxing zu entnehmen. (Angenommen.)

Antrag des St.-R. v. Götz, das Bauamt möge mit thunlichster Beschleunigung die Aufstellung von Gaslaternen in der Reichgasse in Hietzing veranlassen. (An den Magistrat.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **14. November 1894** (nachmittags).

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Boschan, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm, Bürgermeister Dr. Grübl.

Entschuldigt: St.-R. Dr. v. Billing.

Experten: Gem.-Rath Frauenberger, Magistratsrath Linsbauer, Magistrats-Concipist Dr. Thetschel, Baurath Schiebek, Oberingenieur Ehrret.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung und theilt mit, dass St.-R. Dr. v. Billing sein Ausbleiben von der heutigen Stadtraths-Sitzung wegen gleichzeitigen Stattfindens einer Plenarsitzung des Landesschulrathes (von 6 Uhr ab) und einer Sitzung der III. Section desselben (4 bis 6 Uhr) entschuldigt.

(9103.) **St.-R. Boschan** referiert über den Kostenanschlag für die Herstellung gepflasterter Übergänge und Rinnsale im XVI. Bezirke und beantragt:

1. den vorgelegten Kostenvoranschlag mit dem adjustierten Erfordernisse von 1259 fl. 68 kr. zu genehmigen, und

2. zur Bedeckung des nicht bedeckten Theilerfordernisses von 936 fl. 31 kr. einen Zuschusscredit in dieser Höhe zur Ausg.-Rubrik XXII 1 a „Currente Erhaltung des Pflasters" zu bewilligen.

Punkt 1 angenommen; die Bedeckung wird auf Rubrik XXII 1 a verwiesen.

(9094.) **Derselbe** referiert über die Anschaffung der für die neuzubestellenden 20 Buchhaltungspraktikanten und 5 Beleuchtungsrevisoren erforderlichen Amtsmöbelstücke und beantragt die Bewilligung eines Zuschusscredites in der Höhe des Erfordernisses per zusammen 1069 fl. 75 kr. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

Bürgermeister Dr. Grübl gibt bekannt, dass die österreichische Gasbeleuchtungs-Actiengesellschaft in Wien durch Dr. August Periz gegen die Gemeinde Wien die Klage um Erkenntnis auf Nichtberechtigung zur Übertragung der Beleuchtung der Badgasse und eines Theiles der Schönbrunnerstraße in Gaudenzdorf, XII. Bezirk, mit Wassergas, sowie um Erkenntnis auf Verpflichtung zur Einstellung dieser Beleuchtung und auf Ersatz der Gerichtskosten überreicht hat. (Zur Kenntnis.)

(8861.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Resultat der Verhandlungen wegen Verfrachtung und Verwertung des Haus-, Markt- und Straßenkehrichtes aus dem I. Bezirke und beantragt:

1. Der Magistrat wird ermächtigt, mit sämmtlichen Interessenten der in den vorliegenden Offerten bezeichneten Gruppe Stammersdorf und Consorten auf Grund der vorliegenden Anbote Verträge abzuschließen, in welchen sich die genannten Interessenten unter Solidarhaftung verpflichten, Wiener Haus-, Markt- und Straßenkehricht zum Preise von 3 fl. 29 kr. per Waggonladung à 80 Meter-Centner franco Stammersdorf in einem Jahresquantum von mindestens 14.000 Waggons à 80 Meter-Centner (nach Belieben der Gemeinde Wien jedoch auch in jedem höheren oder geringeren Quantum) loco Abladestation Wien durch zehn Jahre zu beziehen, wobei der Gemeinde Wien das Recht zustehen soll, den Vertrag jederzeit auf drei Monate zu kündigen und denselben nach Verlauf von drei Monaten nach erfolgter Kündigung als aufgelöst zu betrachten. Die Ratification des Vertrages wäre dem Wiener Stadtrathe vorzubehalten.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, sogleich den Vertrag mit der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. bezüglich des Kehrichttransportes nach Stammersdorf auf zehn Jahre dahin abzuschließen, dass die Gemeinde Wien bei einem Minimalquantum von 4500 Waggon à 80 Meter-Centner jährlich, welches durch zwei Jahre zu verfrachten wäre, der Gesellschaft einen Frachtsatz von 3 fl. 29 kr. per Waggon à 80 Meter-Centner zu bezahlen hätte, dass ferner die Gemeinde Wien nach Ablauf der ersten beiden Vertragsjahre für den Fall der dauernden Auflassung des Kehrichttransportes auf den gesellschaftlichen Linien als Entschädigung, und zwar für die auf die zehnjährige Periode noch erübrigende Zeit von acht Jahren den Betrag von 1000 fl. pro Jahr in der Weise zu bezahlen hat, dass dieser Betrag zu fünf Percent auf acht Jahre capitalisiert, mit 6463 fl. sofort nach Einstellung des Kehrichttransportes zu Handen der Gesellschaft erlegt wird.

Sollte der Transport indessen unter den gleichen Bedingungen wie in den beiden ersten Vertragsjahren noch fortdauern, so bezahlt die Gemeinde Wien jeweilig nur den capitalisierten Betrag jährlicher 1000 fl. für die auf die zehnjährige Periode jedesmal noch fehlenden Jahre.

Die ad 1 und 2 genannten Verträge hätten mit der Fertigstellung der Schleppgeleise und der Abfahrtsstation, respective mit dem Beginne der Verfrachtung in Kraft zu treten.

3. Die Offerte der Gemeinden Probstdorf, Orth, Straudorf, Breitenstetten, Mannsdorf, Kopfstetten, Pframma, Wittau und des Allerhöchsten Fondsgutes Orth, sowie jene der Gemeinden Leopoldsdorf, Tattendorf, Trumau, Göllersdorf und der freiherrlich Moser'schen Gutsverwaltung Ebenfurth sind abzuweisen.

St.-R. Schlechter beantragt:

Es sei der Magistrat aufzufordern, bezüglich der Verwertung des aus den übrigen 18 Bezirken nach dem 1. Juli 1895 zu gewinnenden Kehrichtes die entsprechenden Anträge zu stellen und dabei namentlich auch Rücksicht zu nehmen auf die Verführung des Kehrichtes auf das hintere Marchfeld.

St.-R. Dr. Lueger stellt folgende Anträge:

1. Es seien die Verhandlungem mit der Gemeinde Orth unverweilt fortzusetzen und hierüber dem Stadtrathe, beziehungsweise Gemeinderathe schleunigst Bericht zu erstatten.

2. Es sei der Magistrat, beziehungsweise die Stadtbuchhaltung aufzufordern, sich bezüglich der vom Gem.-Rathe Frauenberger bekanntgegebenen Ziffer von 64.500 fl. für die bei Verführung des Kehrichtes per Eisenbahn in das hintere Marchfeld gegenüber der derzeitigen Verführung desselben nach dem Bruckhaufen sich ergebenden Minderfracht zu äußern.

Der Bürgermeister beantragt folgende Formulierung des Antrages Schlechter:

„Da vom 1. Juli 1895 an ein größeres Quantum Kehricht zur Verfügung steht, wird der Magistrat beauftragt, wegen Verwertung

dieses Kehrichtes mit der Gruppe Orth im Sinne ihres Offertes die Verhandlungen fortzusetzen."

Bei der Abstimmung werden angenommen:

1. die Referenten-Anträge 1 und 2 (mit allen gegen eine Stimme);

2. Antrag Schlechter nach der Formulierung des Bürgermeisters;

3. Antrag Dr. Lueger puncto Minderfracht.

Während des vorstehenden Referates fungierten als Experten:

Gem.-Rath Frauenberger,
Magistratsrath Linsbauer,
Magistrats-Concipist Dr. Thetschel,
Baurath Schiebek,
Oberingenieur Ehrret.

(9128.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über den Bericht des Stadtanwaltes in der Angelegenheit gegen die Firma Josef Heller & Comp. wegen Straßengrundabtretung bezüglich Einl.-Z. 1188 und 1849, III. Bezirk, und beantragt, dem Stadtanwalte Dr. Schmitt die Ermächtigung zu ertheilen, der für den 19. d. M. über Ersuchen der genannten Firma anberaumten Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtnisse, vorbehaltlich aller Einwendungen im Hauptprocesse, sowie der Bestellung des Theodor Neumayer und Oskar Laske als Sachverständige seitens der gesuchstellerischen Firmen zuzustimmen.

(Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

(Handbuch für den politischen Verwaltungsdienst.) Soeben ist im Verlage der Manz'schen k. u. k. Hof-Verlags- und Universitäts-Buchhandlung, I. Bezirk, Kohlmarkt 20, das erste Heft der fünften, ergänzten und berichtigten Auflage des Ernst Mayerhofer'schen Handbuches für den politischen Verwaltungsdienst in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern erschienen. Das Werk wird in circa 40 Lieferungen à 75 kr. ö. W. erscheinen und soll alle 14 Tage eine Lieferung im Umfange von fünf Bogen zur Ausgabe gelangen.

Schul-Angelegenheiten.

Bezirksschulrath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Sitzung vom 21. November 1894.

Zwei neugewählte Mitglieder werden in die Fachsectionen gewählt.

Weiters werden Gesuche um Gehaltsvorschüsse bewilligt.

Ein Antrag auf Errichtung eines k. k. österr. Museums für Erziehung und Unterricht in Wien wird angenommen.

Ferner wird mehreren Lehrpersonen die Anerkennung ausgesprochen und es werden mehrere Anträge auf Auszeichnung von Lehrpersonen und mehrere Disciplinar-Angelegenheiten erledigt.

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 20. und 22. November 1894.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	3062	Stück
Fettschweine	6114	„
Summa .	9176	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	7762	Stück
für das Land	—	„
unverkauft blieben	1414	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine .	von	33	bis	39 (—)	kr.	per Kg. Lebendgewicht
Fettschweine . .	„	36	„	38 (—)	„	

Der Geschäftsverkehr war ziemlich lebhaft und haben sich am Dienstag-Hauptmarkte die Preise der Vorwoche nicht geändert. Am heutigen Nachmarkte wurden Jungschweine um 1 kr. per Kilogramm billiger gehandelt.

* * *

Pferdemarkt vom 20. November 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 450 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 85—500 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 17— 80 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 22. November 1894.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 2591, Kälber lebend 103, Lämmer Waidner 449, Lämmer lebend 40, Schafe Waidner 404, Schafe lebend 5856, Schweine Waidner 1616.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per	Kg.	von	40 (—)	bis	64 (—)	kr.
Kälber lebend	„	„	„	30 (—)	„	56 (—)	„
Schweine Waidner	„	„	„	36 (—)	„	50 (—)	„
Schweine lebend junge . .	„	„	„	—	„	—	„
Schweine lebend fette . .	„	„	„	—	„	—	„
Lämmer Waidner	„	Paar	von	5	bis	11	fl.
Lämmer lebend	„	„	„	10	„	12	„
Schafe Waidner	„	Kg.	von	24 (—)	bis	38 (—)	kr.
Schafe lebend	„	„	„	24	„	30	„
Schafe lebend	„	Paar	von	5	bis	24	fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 155 Stück Kälber weniger zugeführt. Bei ruhiger Tendenz ist in den vorwöchentlichen Preisen keine Änderung eingetreten.

Auf dem Schafmarkte wurden um 360 Stück Schafe mehr aufgetrieben. In den vorwöchentlichen Preisen ist keine Änderung eingetreten.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 22. d. M. 520 Stück Mast- und 732 Stück Beinlvieh aufgetrieben und zu den Preisen des Hauptmarktes gehandelt.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Bericht des Marktamtes

über die im Monate October 1894 zum Consume nach Wien eingeführten Thiere und Fleischwaren, die vorgenommenen Schlachtungen und die in Ausübung der Markt-, Sanitäts- und Veterinärpolizei von den Beamten des Marktcommissariates und der Veterinärabtheilung vorgenommenen Confiscationen nachstehender Artikel:

Geschlachtet wurden:

21.292 Rinder, 3782 Kälber, 4570 Schafe und Lämmer, 39.473 Schweine und 1841 Pferde.

Eingeführt wurden:

30.024 Rinder, 14.301 ausgeweidete und 4234 lebende Kälber, 5938 ausgeweidete und 42.103 lebende Schafe und Lämmer, 9219 ausgeweidete und 57.173 lebende Schweine, 599 Spanferkel, 1,199.086 kg Rindfleisch, 24.130 kg Kalbfleisch, 91.696 kg Schaffleisch und 272.022 kg Schweinfleisch.

Confisciert wurden:

Nach Stücken: 41 Rinder, 41 Kälber, 33 Schafe, 395 Schweine, 1 Spanferkel, 2 Pferde, 6 Rothwild, 156 Hasen, 160 Federwild, 469 Hausgeflügel, 19 Tauben, 676 Lungen und Lebern, 14 Milze, 7 Nieren, 7 Herzen, 9 Zungen, 1 Kiefer, 4 Euter, 4 Magen und Gedärme, 447 Föten, 13 Ganslebern, 10 Würste, 57 Krebse, 12 Sardellen, 50 Büchsen Sardinen, 10 Russen, 11 Häringe, 310 geräucherte und marinierte Fische, 230 frische Fische, 4981 Eier, 125 Käse, 214 Gläser Obst- und Gemüseconserven, 823 Citronen und Orangen, 356 Gurken, 265 Gewürzgurken, 2 Gläser Senf, 300 Brausepulver, 1 Flasche Sodawasser, 500 leicht zerbrechliche Liqueurfläschchen für Kinder, 300 Feuerwerkskörper, 20½ Bogen Fliegenpapier, 6 Butterdrähte und 4 Salzsägen aus Messing, 23 Sprudler, 70 Wagen, Maße und Gewichte.

Nach Kilogramm: 4985·35 Rindfleisch, 2809·4 Kalbfleisch, 1387 Schaffleisch, 1536·5 frisches und 9·7 geräuchertes Schweinfleisch, 32·25 Pferdfleisch, 409·4 Fleisch von diversem Wild, 3869·6 Lungen und Lebern, 21 Milze, 5 Nieren, 4·5 Zungen, 32·5 Gehirn, 42 Magen und Gedärme, 153 diverse Organtheile, 108 diverses Fleisch, 72·85 Würste, 1·7 Russen, 0·5 Häringe, 8·5 geräucherte und marinierte Fische, 20.061·15 frische Fische, 174·9 Topfen, 18·5 Käse, 3·5 Butter, 1·7 Schweinschmalz, 0·3 Speck, 40 Fettwaren überhaupt, 31.114·75 diverses Obst, 2·5 Melonen, 7 Nüsse, 6633·45 Grünwaren, 221·5 Paradiesäpfel, 3 Gurken, 8·7 Gewürzgurken, 454 Kartoffel, 208.67 Schwämme, 18·5 Hülsenfrüchte, 5·5 Zwetschken und Birnen gedörrt, 0·35 Gewürze, 2·5 Pflaumenmus, 1·2 Chocolate, 620 Brot, 7·3 Bäckereien, 10·05 Zuckerwaren, 164 Presshefe, 0·4 Thee, 11·3 Medicinalkräuter, 1·1 Maculaturpapier.

Nach Litern: 380·5 Milch, 2·5 Rahm, 4 Hülsenfrüchte, 14°6 Bier, 3 Wein.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 19. bis 22. November 1894:

Für Neubauten:

I. Bezirk: Haus, Rothenthurmstraße 9, von der Allgem. österr. Baugesellschaft (8491).
III. Bezirk: Haus, Hainburgerstraße, Baustelle II, Grundb.-Einl. 726, von Wendelin Kühnel, V., Gießaufgasse 2, Bauführer Heinrich Winkler (8512).
" " Haus, Keinergasse 6, von Wendelin Kühnel, Gießaufg. 2, Bauführer Heinrich Winkler (8513).
XVI. Bezirk: Dreistöckiges Haus, Ottakring, Hauslabgasse 20, Einl.-Z. 2573, von Friedrich Grüll, Kirchstetterngasse 6, Bauführer Theodor Weninger (51421).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Engerthstraße 199, von der Intern. Elektricitäts-Gesellschaft, Bauführer Al. Schumacher (8532).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Walfischgasse 12, von Florian Bauer, Maurermeister (8488).
" " Bäckerstraße 13, Postgasse 7, von Franz Wanke, Baumeister (8511).
" " Bäuerlegasse 15, von Joh. Kreutzer, Maurermeister (8517).
II. Bezirk: Wallensteinstraße 55, von Jos. Pöschko für Joh. Oßwald, Maurermeister (8498).
" " Antonsgasse 5, von Theodor Hoppe, Baumeister (8515).
III. Bezirk: Hauptstraße 20, von Richard Schleucher, Bauführer Rudroff & Hübschmann (8520).
V. Bezirk: Einsiedlergasse 56, von Anton und Ludwig Böck, Bauführer Ed. Schätz (8546).
VI. Bezirk: Strohmeyergasse 4, von Simon Lenz, Bauführer? (8500).
VII. Bezirk: Burggasse 68, von Johann Seitl & Al. Klee, Baumeister (8482).
VIII. Bezirk: Florianigasse 1, von Jakob Seidl, Bauführer M. Göd (8508).
" " Josefstädterstraße 27, von K. Quidenus, Baumeister (8539).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Ehrenfelsgasse 14, von Alois Peutl, Bauführer Josef Neuwirth (31772).
XIII. Bezirk: Dippelbaumherstellung, Penzing, Winkelmannstraße 34, von Anton Zellhofer, Bauführer? (32454).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Burggasse 44, von H. Henich, I., Schottengasse 6, Bauführer Anton Klement (51420).
" " Neulerchenfeld, Burggasse 58, von Georg Lutter, IX., Glasergasse 17, Bauführer Vincenz Haschek (51535).
" " Ottakring, Wilhelminenstraße 104, von Eduard Fichtner, ebenda, Bauführer Franz Roth (51661).
XVII. Bezirk: Haus, Dornbach, Hauptstraße 117, von Leopold Wöginger, ebenda, Bauführer Heinrich Sikora (37814).
" " Haus, Dornbach, Hauptstraße 101, von Joh. Büringer, ebenda, Bauführer Heinrich Sikora (37815).
" " Haus, Dornbach, Hauptstraße 92, von Vincenz Zabsky, ebenda, Bauführer Heinrich Sikora (37816).
" " Haus, Dornbach, Hauptstraße 125, von Julius Schuster, ebenda, Bauführer H. & F. Glaser (37939).
" " Haus, Dornbach, Hauptstraße 88, von Paul Fink, ebenda, Bauführer H. & F. Glaser (37940).

Für diverse (geringere) Bauten:

III. Bezirk: Gewächshaus, Leonhardgasse 3/5, von Dr. Wilh. Svetlin, Bauführer Frauenfeld & Berghof (8518).
VII. Bezirk: Backofen, Burggasse 40, von Dr. Ignaz Neumann, noe. Anton Keller, Bauführer L. Witzmann (8490).
VIII. Bezirk: Schupfen, Kochgasse 13, von Franz Lang, Bauführer F. Sonnenburg (8535).
" " Rauchfang, Alserstraße 38, von Donat Zifferer, Baumeister (8547).
XI. Bezirk: Senkgrube, Simmering, 6. Landengasse, Gartenhütte XI, Nr. 96, von Anton Urbanek, Bauführer Anton Kurz (15452).
" " Gasthauslocal-Umänderung, Simmering, Simmeringer Hauptstraße, von Michael Wanko, Bauführer Anton Heindl (15555).
XIII. Bezirk: Windfang-Herstellung, Baumgarten, Friedhofstraße 29, von Magdalena Protiwinsky, Bauführer? (32422).
XVII. Bezirk: Abstechkammer, Hernals, Hauptstraße 56, von Benedict Urban, Bauführer Franz Kaindl, ebenda (37574).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

III. Bezirk: Erdbergstraße 27, von Karl Quidenus, Baumeister (8538).
IV. Bezirk: Technikerstraße 1, von Alexander Diamantidi, durch Dr. Matth. Thumm (8536).
VI. Bezirk: Mollardgasse 67 und Ufergasse, von Josef Mraz (8506).
IX. Bezirk: Müllnergasse 3, von Ferd. Strobl und Johann Ziak, Berggasse 11 (8531).
XI. Bezirk: Haus, Simmering, Hugogasse, Parc. 678/7 und 679/4, von Franz und Theresia Schmid (15451).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 17, von Adolf Langer, Baumeister (8493).

Gewerbeanmeldungen vom 17. November 1894.

(Fortsetzung.)

Sirowy Franz — Fischhandel — XV., Fünfhaus, Markt am Neubaugürtel.
Mazelli Maximilian — Fleischselcher — VIII., Lerchengasse 2.
Höllweger Christine — Fragnerin — VI., Thurmburggasse 6.
Blau Hermann — Gast- und Schankgewerbe — X., Quellengasse 23.
Hollinger Anton — Gebäck-, Butter- und Obst-Verschleiß — VI., Amerlingstraße 6.
Bnoschowitz Albert — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Fischergasse 34.
Brezina Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Steinergasse 8.
Frey Eduard — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Himmelpfortgasse 19.
Kampfmüller Ottilie — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Stumpergasse 27.
Polster Gottlieb — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Blindengasse 3.
Reschofsky Samuel — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Rothenthurmstr. 4.
Schneider Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Glasergasse 4.
Stelzner Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Märzstraße 17.
Stückl Martin — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Karmeliterhofgasse 10.
Thormann Hermine — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Lercheng. 22.
Wald Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Eßterházygasse 15 a.
Bornstein Salomon — Gold-, Silber- und Juwelenarbeiter — I., Werderthorgasse 17.
Fürst Samuel — Gold- und Silberwaren-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 8.
Lanzer Heinrich — Handelsagentie — I., Schottenbastei 14.
Györi Gustav — Handelsagentie und Commissionsgeschäft — I., Mayfedergasse 6.
Kwayßer Emil — Herstellung von Anlagen zur Erzeugung und Leitung von Elektricität — I., Getreidemarkt 10.
Maringer Anna Marie — Holz- und Kohlenhandel — XV., Fünfhaus, Würfelgasse 8.
Jauner Mathilde — Kaffeesiederin — IX., Porzellangasse 22.
Konvicka Adalbert — Kleidermacher — IX., Pramergasse 15.
Landesberger Amalie Antonia — Kleidermacherin — I., Brandstätte 1.
Nettel Josefine — Kleidermacherin — VI., Damböckgasse 8.
Hammerschmid Anna Marie — Kostgebung — VII., Stuckgasse 3.
Lewy Richard — Kunst- und Musikalienhandel und Musikalien-Leihanstalt — IX., Währingerstraße 17.
Knopfmacher Fanni — Miedermacherin — VII., Neustiftgasse 50.
Breit Ignaz — Musiker — III., Rennweg 78.
Jorde Franz — Musiker — VI., Kurzgasse 1.
Prohaska Ferdinand — Papier-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 79.
Fritscher Ludwig — Papiersäcke-Erzeugung — VI., Magdalenenstr. 64.
Slouka Augustin — Schuhmacher — VII., Myrthengasse 4.
Postrang Beile — Spirituosenhandel — I., Wildpretmarkt 3.
Sedelmayer Juliana — Spirituosenhandel — IX., Liechtensteinstr. 131.
Klem Ludwig — Victualienhandel — I., Am Schanzl.
Pospisil Francisca — Victualienhandel — III., Fasangasse 29.
Löwenstein Ludwig Adolf — Verschleiß von Perlen und Edelsteinen — I., Hotel „Stadt Frankfurt".
Gall Marie — Wein-Verschleiß — VI., Eßterházygasse 28.
Heiling Karoline — Wildbret- und Geflügelhandel — IX., Glaserg. 28.
Kminek Josef — Zuckerbäcker — V., Mittersteig 12.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 19. November 1894.

Koentzer Wihelm, Dr. — Advocatie — I., Annagasse 3 a.
Kokesch Ofer, Dr. — Advocatie — I., Dorotheergasse 7.
Tischler Mathilde — Anstreichergewerbe — II., Praterstraße 68.
Knoll Marie — Bäckergewerbe — XVI., Ottakring, Hauptstraße 132.
Fußenegger Engelbert — Baumwollwaren-Commissionshandel — I., Börsegasse 12.
Bader Bernhard — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Seidl Johann — Bildhauer — V., Blechthurmgasse 3.
Brad Ludmilla — Brantwein- und Bierschank — XVI., Neulerchenfeld, Lerchenfelderstraße 73.
Herterich Georg — Brantweinschank — VII., Neubaugasse 59.
Wurm Josef m., Wurm Marie m., Wurm Rosa m. (Burghaber Josef als Vormund) — Brantweinschank — XVI., Ottakring, Herbststraße 11.
Greiner August — Buchdrucker — XIX., Heiligenstadt, Greinergasse 33.
Smasal Josef — Cantinenbetrieb — II., Engerthstraße 167.
Pfeiffenberger Ignaz — Fleischhauer — XVI., Ottakring, Marktplatz.
Weiß Fanni — Fleischhauer — II., Klosterneuburgerstraße 18.
Spellitz Johann — Fleischselcher — XVII., Hernals, Sterngasse 60.
Eichlinger Anton — Fleisch-Verschleiß — II., Kremserstraße 10.
Kollarovics Agnes — Fleisch-Verschleiß — II., Salzachstraße 35.
Brenner Mina — Friseurgewerbe — II., Große Schiffgasse 11.
Löw Georg — Gast- und Schankgewerbe — XVI., Ottakring, Rittergasse 23.
Weninger Johann — Gastwirt — III., Gärtnergasse 2.
Weber Johann — Gastwirt — II., Nordbahnstraße 44.
Engel Emanuel — Gas- und Wasserleitungs-Installateur — II., Schreigasse 9.
Ferschitz Ursula — Geflügel- und Wildbrethandel — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse, Markt.
Dreßler Hersch — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Novaragasse 37.
Bisselichs Sarah — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Untere Augartenstraße 20.
Ficht Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Gürtelstraße 76.
Frey Siegmund — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 20.
Gausterer Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Franzensbrückenstraße 11.
Großmann Ludwig — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, Hauptstraße 92.
Hacker Julius — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Große Sperlgasse 1.
Haller Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Penzing, Hollerg. 21.
Katz Chaim Feiwel — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Miesbachg. 12.
Kozel Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Leipzigerstraße 46.
Pollak Selma — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kaiser Josefstr. 36.
Prutki Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kronprinz Rudolfbrücke (unter dem Verbindungsbahn-Viaduct).
Sommer Samuel — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Rabenplatz 3.
Soukal Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Wallensteinstr. 63.
Stöger Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kleine Sperlg. 3.
Borauer Gustav — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 8.
Weiß Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Am Bergel 1.
Wildner August — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Westbahnstraße 6.
Wolf Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Mittersteig 14.
Heskia Nathan Abraham, Levy Mauricin — Handel mit elektrotechnischen Bedarfsartikeln — II., Praterstraße 7.
Hauser Heinrich — Handel mit Schneider- und Modistenzugehör — II., Kleine Sperlgasse 9.
Back Julius — Handelsagentie — II., Taborstraße 18.
Sam Rudolf — Handschuhmacher — XVI., Ottakring, Hauptstraße 131.
Hein Eduard — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — II., Pillersdorfg. 9.
Horvath Marie — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — X., Waldgasse 29.
Diamant Rosalie — Kastanienbraterin — II., Klosterneuburgerstraße 18.
Blazek Josef — Kleidermacher — II., Zwerggasse 4.
Jokisch August — Kleidermacher — II., Springergasse 20.
Kmonicek Vincenz — Kleidermacher — XIII., Penzing, Linzerstr. 241.
Nedelka Franz — Kleidermacher — XVI., Ottakring, Haberlgasse 42.
Stahler Moriz — Kleidermacher — II., Karmelitergasse 7.
Weiß Michael — Kleiderhandel — XVIII., Währing, Hauptstraße 30.
Weber Karl Rudolf — Kleinfuhrwerk — XVI., Ottakring, Gablenzg. 19.
Schuh Ida — Leder- und Lederabfälle-Verschleiß — II., Leopoldsg. 43.
Paschek Josef — Leihbibliothek — II., Praterstraße 25.
Pollak Betti — Leinwand-Verschleiß — II., Darwinstraße 18.
Seidl Josef — Lichtpauseanstalt und Erzeugung lichtempfindlicher Papiere — V., Hundsthurmerstraße 12.
Triger Regine — Manufacturwaren-Verschleiß — II., Obere Donaustr. 67.
Eisenstein Pauline — Miedermacherin — II., Ferdinandsstraße 18.
Ružiczka Anna — Milchmeiergewerbe — II., Freudenau, Donauquai, Bahnwächterhaus Nr. 4.
Löw Adolf — Milchverschleiß — II., Brigittenauerlände 34.
Leeb Pauline — Milch-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — V., Gießaufg. 11.
Zirring Franz — Milch-, Gebäck-, Eier-, Butter-, Zuckerbäckerwaren- und Canditen-Verschleiß — II., Wasnergasse 17.
Kluwick Leopold — Musiker — V., Untere Bräuhausgasse 65.
Thyam Johann — Musikinstrumenten- und Saitencommissions-Verschleiß — II., Taborstraße 7.
Grotter Max — Pfaidler — XVI., Neulerchenfeld, Lerchenfeldergürtel 42.
Rezniček Johanna — Pfaidlerin — II., Glockengasse 3.
Silberstein Jonas — Pfaidler — II., Praterstraße 23.
Schlesinger Amalie — Pfandleihanstalt — XVI., Neulerchenfeld, Lerchenfelderstraße 41.
Lehnert Marie — Privat-Einzelunterricht in Handweberei — I., Wollzeile 20.

Wiener Alfred — Privilegiumsausübung — III., Rennweg 41.
Dadak August — Sammeln von Pränumeranten — II., Brigittag. 15.
Kreidl Johann — Schuhmacher — III., Schützengasse 9.
Ledl Josef — Schuhmacher — II., Klanggasse 7.
Schmejda Josef — Schuhmacher — XVI., Neulerchenfeld, Burggasse 6.
Springinsfeld Rudolf — Schuhmacher — XIII., Gallgasse 12.
Hofbauer Robert — Schuhwichs-Erzeugung — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße 29.
Geis Barbara — Slibowitz-Verschleiß — X., Simmeringerstraße 154.
Löv Adolf — Spengler — II., Obere Augartenstraße 22.
Frommer Jakob — Spirituosenhandel — II., Obere Dammstraße 77.
Goldsand Alexander Max — Spirituosenhandel — II., Novarag. 46.
Kölbl Johann — Tischler — II., Brigittenauerlände 22.
Kraft Wilhelm — Tischler — II., Erzherzog Karlplatz 12.
Roleschek Francisca — Übernahme von Kleidern und Wäsche zum Putzen — II., Kleine Sperlgasse 9.
Weigensamer Philipp — Verkauf von Öldruckbildern — III., Erdbergstr. 51.
Buchbinder Michael — Verschleiß von altem Eisen und Glasscherben — II., Prager Reichsstraße 8.
Trager Regine — Verschleiß von gebrannten geistigen Getränken — III., Invalidenstraße 53.
Kohn Moriz — Verschleiß von Gold- und Silberwaren und Pretiosen — II., Brigittaplatz 16.
Rosenberg Max — Verschleiß von Gold- und Silberwaren und Pretiosen — II., Taborstraße 55.
Chemela Ludwig — Victualienhandel — II., Karmelitermarkt.
Grünbek Josef — Victualienhandel — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteing. 18.
Skamperls Marie — Victualienhandel — XII., Altmannsdorf, Breitenfurterstraße 1.
Ehart Johann — Victualien-Verschleiß — II., Rueppgasse 12.
Fauland Marie — Victualien-Verschleiß — II., Scholzgasse 2.
Stöglecker Josef — Wildbret-Verschleiß — XVI., Ottakring, Yppenplatz.
Volk Alexander — Zeitungs-Verschleiß — VII., Westbahnstraße 30.
Kubarth Alexander — Zuckerbäcker — II., Kaiser Josefstraße 36.
Peter Rosina — Zuckerbäckerwaren- und Canditen-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 47.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 20. November 1894.

Fahrbach Josefine — Bronzepulver-Verschleiß — XV., Schönbrunnerstr. 22.
Glathe Anton — Fleischhauer — VI., Schmalzhofgasse 19.
Superina Karl — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XIX., Ober-Döbling, Friedlgasse 14.
Nägele Alois — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Heiligenstadt, Gärtnergasse 29.
Zeisel Ida — Gast- und Schankgewerbe — XII., Unter-Meidling, Meidlinger Hauptstraße 14.
Bauer Rosalia — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Gießaufgasse 6.
Lust Pinkas — Gemischtwaren-Verschleiß — Unter-Meidling, Wilhelmstraße 54.
Rauscher Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Michaelergasse 695.
Schlesinger Siegfried — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Eßterházygasse 31.
Fürth Eduard — Handschuhmacher — VI., Gumpendorferstraße 40.
Langer Theresia — Holz- und Kohlenkleinhandel — XVII., Hernals, Weinhauserstraße 3.
Tonolli Theresia — Holz- und Kohlenverschleiß — XVII., Hernals, Frauengasse 2.
Lutz Johanna — Kleider- und Wäsche-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Hauptstraße 40.
Seitlhuber Marie — Papier-, Schreib- und Zeichenrequisiten und Kurzwaren-Verschleiß — VII., Zieglergasse 71.
Katerschafka Marie — Pfaidlerin — V., Schlossgasse 11.
Haas Eduard — Provisionsagent — XV., Pelzgasse 16.
Grichbaum Therese — Schul-, Gebetbücher- und Kalender-Verschleiß — XV., Zinkgasse 9.
Mager Marie — Schulbücher- und Kalenderverkauf — XV., Zinkg. 17.
Dichter Rifke — Spiel- und Kurzwaren-Verschleiß — XV., Neubaugürtel 21.
Hofer Andreas — Tischler — V., Siebertgasse 10.
Faber Alfred — Verschleiß von Reliefbildern, Gesellschaftsspielen und Gratulationskarten in artistischer Ausführung — VII., Neubaugasse 80.
Hoffmann Aloisia — Victualienhandel — III., Klimschgasse 4.
Schwarz Alexander — Wirkwarenerzeugung — VII., Neubaugasse 86.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 21. November 1894.

Schneck Ida — Brantwein-, Bier- und Theeschank — X., Himbergerstraße 83.
Nowotny Franz — Drechsler — XIV., Rudolfsheim, Ullmannstraße 29.
Ledl Agnes — Dürrkräutlergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Reindorfg. 9.
Jokl Moriz — Fleisch-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Arnsteing. 30.
Quirschfeld Magdalena — Gast- und Schankgewerbe — XIII., Baumgarten, Hütteldorferstraße 111 (neu 315).
Deim Josef — Gastwirt — VII., Kaiserstraße 70.
Fößleitner Anton — Gastwirt — II., Franzensbrückenstraße 8.
Röder Thekla — Geflügel-Verschleiß — I., Weihburggasse 13.
Blaschek Bernhard — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Porzellang. 10.
Falb Paul — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hauslabgasse 5.
Gluchnik Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kleine Pfarrgasse 28. (Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 2429

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 20. November 1894.

Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Dr. Klotzberg, Markl und v. Götz wegen Fernbleibens 2429
2. Beendigung der Schätzung der englischen Gaswerke 2429
3. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Strobach, betreffend den schlechten Zustand der Kompertgasse im V. Bezirke 2429
4. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Gregorig, betreffend einen infolge Terrainrutschung beim Linienwalle stattgefundenen Unglücksfall 2429

Interpellationen:
5. Gem.-Rath Sauerborn, betreffend Stellungnahme gegen die beabsichtigte Erbauung eines Epidemiespitales zunächst des Hochquellen-Wasserreservoirs bei der „Spinnerin am Kreuz" . 2430
6. Gem.-Rath Rißaweg, betreffend Begünstigungen der österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft anläßlich der Regulierung der Simmeringerstraße im X. Bezirke 2430

Anträge:
7. Gem.-Rath Weitmann, betreffend die Errichtung von Anstandsorten auf dem Central-Friedhofe 2431
8. Gem.-Rath Bärtl, betreffend die Regulierung der Straßen zunächst des „Paulanerhofes" im IV. Bezirke 2431
9. Gem.-Rath Kaspar, betreffend die Herstellung des durch die Anschüttung der Schönbrunnerstraße im XVIII. Bezirke verloren gegangenen Fahrweges zu den angrenzenden Äckern . . . 2431
10. Gem.-Rath Josef Grünbeck, betreffend die Verfassung von Behelfen für die Berechnungen wegen Abänderung der Wiener Bauordnung 2431

Referate:
11. Gem.-Rath Stiaßny, betreffend die Erwerbung eines Schulbaugrundes in der Valeriestraße im II. Bezirke 2431
12. Gem.-Rath Dr. v. Billing, betreffend Stellungnahme zur Regierungsvorlage über die Abänderung einiger Bestimmungen des Heimatsgesetzes 2432

Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 2445
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 14. November 1894 (vormittags) 2445
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 14. November 1894 (nachmittags) 2452

Allgemeine Nachrichten:
Handbuch für den politischen Verwaltungsdienst 2453
Schul-Angelegenheiten:
Bezirksschulrath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien . . 2453
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 20. und 22. November 1894 2453
Pferdemarkt vom 20. November 1894 2453
Stechviehmarkt vom 22. November 1894 2453
Approvisionierungs-Angelegenheiten:
Bericht des Marktamtes über die im Monate October 1894 zum Consume nach Wien eingeführten Thiere und Fleischwaren, die vorgenommenen Schlachtungen und die in Ausübung der Markt-, Sanitäts- und Veterinärpolizei von den Beamten des Marktcommissariates und der Veterinärabtheilung vorgenommenen Confiscationen 2454
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 19. bis 22. November 1894 . . . 2454
Gewerbeanmeldungen 2455
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich Edler v. Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen *)

1894.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
28. Novemb. 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M.-Z. 180468. 1. Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 4184 fl. 14 kr. und 2. **Lieferung von 863·64 m³ Gebirgsschlägelschotter u. 215·91 m³ Gebirgsrieselschotter** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von zusammen 4188 fl. 66 kr. für die Herstellung der Schöffelgasse von der Scheidlstraße in Gersthof im XVIII. Bezirke bis zur Richthausenstraße im XVII. Bezirke. 1—2
6. December 10 Uhr	Departement VII Stiege 7 (Mag.-Rath Stadler)	Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen zur Erbauung eines Reservoirs der Hochquellenleitung** auf dem kleinen Schafberge in Dornbach, XVII. Bezirk, und zwar: a) **der Baumeisterarbeiten** im Kostenbetrage von 420.969 fl. 2 kr.; eventuell b) **der Steinlieferung für die Pfeiler** ꝛc. aus Gmündnergranit oder einem demselben gleichwertigen Steinmateriale im Kostenbetrage von 58.962 fl. 99 kr.; c) **der Façonröhren** im Kostenbetrage von 2175 fl. 90 kr. 2—3

*) Pläne, Kostenanschläge ꝛc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von **5 Percent der Kostenanschlagssumme** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Ad Prot.-Nr. 103682 ex 1894.
Ref.-Nr. 2051. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Zimmermannsarbeiten und Lieferungen zur Erhaltung der städtischen Donau-, Donaucanal- und Wienflussbrücken vom 1. Jänner 1895 an auf die Dauer von drei Jahren** wird auf Grund der diesfälligen Bedingnisse und des städtischen Preistarifes Nr. 5 für die Zimmermannsarbeiten vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 3. December d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingnisse und den städtischen Preistarif Nr. 5 im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit den vorbezeichneten Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 12. November 1894. 3—3

Prot.-Nr. 175500 ex 1894.
Ref.-Nr. 5911. VIII.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der für die **Herstellung von einfachen und Doppelgrüften am Wiener Central-Friedhofe erforderlichen Lieferung der Gruftgewände und Gruftdeckel aus Granit sammt Gruftringen, sowie der nothwendigen Steinmetzarbeiten** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 4. December d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Lekisch**, im Rathhause (5. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die neuen Pläne und die Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen. Außerdem hat jeder Offerent zugleich mit dem Offerte ein entsprechendes, auf einer Seite rein gearbeitetes Muster des Granitsteines, welcher für diese Grüfte geliefert wird, vorzulegen und im Offerte den Bezugsort genau anzugeben.

Dem Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. November 1894. 2—3

G.-Z. 173993.
VI.

Kundmachung.

(Vermietungsanzeige.)

In dem von der Gemeinde Wien verwalteten neuen Kalcher'schen Stiftungshause I. Bezirk, Sterngasse 8, sind die **Parterre-localitäten** top. Nr. 28 bis 31, Zins Nr. V, mit sieben Gassenöffnungen nebst einem Handmagazin **sofort preiswürdig zu vermieten.**

Nähere Auskünfte an Wochentagen zwischen 8 und 1 Uhr, I. Bezirk, Rathhaus, Magistrats-Departement 6, im II. Stock.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. November 1894. 3—3

G.-Z. 113809.
VI.

Kundmachung.

(Verkauf städtischer Häuser.)

Wegen Verkaufes der dem Wiener allgemeinen Versorgungsfonde gehörigen und zum Umbaue bestimmten **Häuser im I. Bezirke, Wipplingerstraße** Or.-Nr. 33, Grundb.-Einl.-Z. 1433, und Or.-Nr. 35, Grundb.-Einl.-Z. 1434, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 4. December d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Furch, im Rathhause** (5. Stiege, 2. Stock), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne und die für diese Verhandlung geltenden Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **sind die vorgeschriebenen Vadien anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag derselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Dem Stadtrathe steht vorbehaltlich der endgiltigen Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung durch den Wiener Gemeinderath die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten zu.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. November 1894. 1—3

Z. 190136.
IX.

Kundmachung.

(Local-Commission.)

Über die von Herrn Louis Rößler, VII., Kaiserstraße 80, gestellte Bitte um Bewilligung zur Erbauung eines Fabrikszubaues und um Genehmigung der gewerblichen Betriebsanlage zur Ausübung des Gold- und Silber-Krätzmühlenbetriebes auf der Realität VII., Neustiftgasse 119, findet zur Erhebung der Zulässigkeit der Bauführung sowie der Betriebsanlage in Gemäßheit des § 25 der Bauordnung und der §§ 27 und 29 der Gewerbeordnung **Donnerstag den 29. November, vormittags 10 Uhr,** eine Local-Commission statt.

Die Commissions-Mitglieder versammeln sich bei dem Hause VII., Neustiftgasse 119.

Dieses wird mit dem Beisatze zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass allfällige Einwendungen gegen die Bauführung und die Betriebsanlage entweder schriftlich bis zum obigen Tage beim Magistrate zu überreichen oder mündlich bei der Commission selbst anzubringen sind, widrigenfalls der Ausführung der Anlage stattgegeben wird, sofern sich nicht von amtswegen Bedenken dagegen ergeben.

Die Pläne liegen bis zum Commissionstage im neuen Rathhause, I. Bezirk, Lichtenfelsgasse, Mezzanin, im Magistrats-Departement IX zur Einsicht auf.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 13. November 1894. 2—3

Kundmachung.

(Frist zur Behebung der Wahllegitimation.)

Nachdem infolge Kundmachung der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei vom 17. October 1894 die Ergänzungswahl eines Landtags-Abgeordneten für den IV. Wahlbezirk der Stadt Wien **am 26. November 1894** vorzunehmen ist, werden jene Herren Wähler, welchen ihre Legitimationskarten aus welchem Grunde immer längstens 24 Stunden vor dem Wahltage nicht zugestellt worden wären, nach § 26 der Landtags-Wahlordnung hiemit aufgefordert, dieselben im Steuer- und Wahlcataster, I., Rathhaus, Hochparterre, **persönlich** zu erheben.

Wien, am 19. November 1894.

Der Bürgermeister:

Dr. Raimund Grübl. 2—2

Ad M.-Z. 82747.

X.

Kundmachung.

(Zwei Anton Schey'sche Künstler-Stipendien.)

Vom Studienjahre 1894/95 angefangen gelangen zwei Anton Schey'sche Künstler-Stipendien jährlicher 315 fl. ö. W. an talentierte Schüler der allgemeinen Malerschule oder Specialschule für historische Malerei, Landschaftsmalerei oder Thiermalerei an der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien zur Verleihung.

Der Genuss eines dieser Stipendien erstreckt sich in der Regel auf Studiendauer und erlischt außer mit dem Ablaufe der normalen Studiendauer nur mit dem etwa früher eintretenden Abgange von der genannten Hochschule.

Der Stipendiengenuss kann jedoch für den Fall besonders günstiger Studienerfolge über Ansuchen des Stiftlings noch um ein oder zwei Jahre behufs weiterer künstlerischer Ausbildung an einer öffentlichen oder Privat-Malerschule des In- oder Auslandes verlängert werden.

Bewerber um eines dieser Stipendien haben ihre mit einem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, sowie mit einem Sittenzeugnisse und den Nachweisen ihrer bisherigen Studienerfolge und mit Kunstproben belegten Gesuche bis **längstens 17. December 1894** bei dem Professorencollegium der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien einzureichen.

Nur die mit einem legalen Armutszeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. November 1894. 3—3

Z. 174335.

XI.

Kundmachung.

(J. G. Ertl'sche Armenstiftung.)

Am 26. Februar 1895 gelangen die verfügbaren Jahresinteressen pro 1894 von dem Johann Georg Ertl'schen Stiftungscapitale zur Vertheilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben arme in Wien wohnhafte Familien, deren Familienoberhaupt oder von denen eines oder mehrere der im gemeinschaftlichen Haushalte lebenden Familienmitglieder von Krankheit betroffen sind.

Bewerber um eine Betheilung aus dieser Stiftung haben ihre Gesuche mit einem legalen Armutszeugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über die Krankheit eines Familienmitgliedes, dem Tauf- und Trauungsscheine, dem Zuständigkeitsnachweise und den Taufzetteln ihrer Kinder zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 3. December 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates** zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. October 1894.

Z. 174334.

XI.

Kundmachung.

(Ignaz Baum'sche Armenstiftung.)

Am 20. Februar 1895 gelangen die verfügbaren Jahresinteressen der **Ignaz Baum'schen Armenstiftung** im Betrage von 200 fl. zur Vertheilung.

Nach den stiftbrieflichen Bestimmungen sind mit diesen Interessen zehn Arme christlicher Religion zu betheilen, welche ihre Mittellosigkeit und Unbescholtenheit ausweisen, und es soll bei der Vertheilung vor allem auf Verwandte des Stifters von väterlicher oder mütterlicher Seite, sodann auf diejenigen, welche zwar in Wien wohnen, jedoch aus der Vaterstadt des Stifters, Bielitz, gebürtig sind, endlich auf Verheiratete, mit zahlreichen Kindern Gesegnete Rücksicht genommen werden.

Die Dauer des Stiftungsgenusses ist auf ein Jahr beschränkt, jedoch steht den bereits einmal Betheilten das Recht zu, sich auch neuerlich zur Betheilung anzumelden.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 1. December 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates** zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. October 1894. 3—3

Z. 182786.

XII.

Kundmachung.

(Antonia Wahlberg'sche Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass zu Weihnachten 1894 die Jahresinteressen der **Antonia Wahlberg'schen Weihnachts-Stiftung** im Betrage von 37 fl. 80 kr. an einen armen verwaisten Knaben ohne Unterschied der Religion, welcher sich durch Fleiß und Strebsamkeit hervorthut, zu verleihen sind.

Die Entscheidung über den zu betheilenden Knaben steht dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu.

Bewerber um diesen Stiftungsbetrag haben ihre Gesuche mit dem Tauf-(Geburts-)scheine des Kindes, für welches um die Stiftung eingeschritten wird, mit dem Todtenscheine des Vaters des Kindes, eventuell mit den Todtenscheinen beider Eltern, mit dem letzten Schulausweise des Kindes und mit einem legal ausgefertigten Armutszeugnisse für das Kind und eventuell dessen Mutter zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 30. November 1894** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Wien, am 13. November 1894. 2—3

Zur coulanten Besorgung aller im **Coursblatte** notierten **Effecten und Valuten** bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN I. Bezirk, **Stephansplatz Nr. 11** Parterre.

Local-Veränderung.

Die **seit 1832** in Wien, **I. Bez., Kärnthnerstrasse 20** bestandene **Wechselstube des Bankhauses**

Schelhammer & Schattera

befindet sich ab **12. November**

I., Stefansplatz Nr. 11, Parterre

(gegenüber dem St. Stefansdome).

Infolge Demolierung des Hauses I. Bez., Kärnthnerstrasse Nr. 20, wurden wir genöthigt, unsere seit 62 Jahren dortselbst bestehende Wechselstube in ein anderes Local zu verlegen. Bei der Wahl eines solchen waren wir darauf bedacht, im Centrum der Stadt und des Verkehres zu bleiben und haben demnach mit **12. November** unsere Wechselstube **I., Stefansplatz Nr. 11, Parterre,** eröffnet. So wie wir bisher unser Geschäft nur auf solidester Basis führten und bestrebt waren, unsere P. T. Committenten durch reelles und coulantes Gebaren zufriedenzustellen, werden wir auch in Zukunft im neuen Locale unseren Principien getreu bleiben, um den guten Ruf unseres alten Geschäftes zu bewahren.

Indem wir für das uns bisher geschenkte Vertrauen unseren Dank aussprechen, bitten wir, uns dasselbe auch fernerhin zu erhalten und bei Bedarf über unsere Dienste zu verfügen.

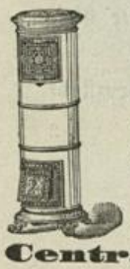
Vom Erfinder Prof. Dr. Meidinger ausschl. autoris. Fabrik für

MEIDINGER-OEFEN

H. HEIM, Wien, I., Kohlmarkt 7

k. und k. Hoflieferant

Patente in allen Staaten. — Mit ersten Preisen prämiiert auf allen Ausstellungen.



Vorzüglichste Regulir-, Füll- u. Ventilations-Oefen.

Ueber 40.000 Oefen in Verwendung.

In Oesterreich-Ungarn werden von **449 Unterrichtsanstalten 3747 unserer Oefen** verwendet, darunter

in 121 Schulen der Commune Wien 988 Oefen, in 95 Schulen der Commune Budapest 599 Oefen.

Wir warnen vor Nachahmung unter Hinweis auf nebenstehende, auf der Innenseite der Ofenthüren eingegossene Schutzmarke.

MEIDINGER-OFEN H. HEIM

Schutzmarke.

„Hestia" - Oefen.

Centralheizungen aller Systeme

mit rauchfreier Feuerung, für jedes Brennmaterial.

Luftheizungen, Warmwasserheizungen, Heisswasserheizungen, Dampfheizungen, Dampfniederdruckheizungen mit selbstthätiger Regulierung **eigenen Systems.**

Billige und praktische Einfriedungen.



Franz

Koczor

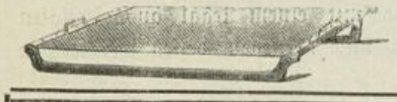
Wien,

XI., Simmering,

Leberstr. 24.

Fabrication von Drahtgeflechten, Drahtgittern, Drahtgeweben jeder Art, verzinkte Stahlstacheldrähte und Stahldrahtlitzen, Funkenfänger, Blumenrabatten, Einfassungen, Stahldrahtfussmatten und wie immer Namen habende Drahtwaren.

Specialität: Die anerkannt besten Drahtmatratzen und massiven Drahtnetzbettstellen, von welchen viele Tausend Stück in Civil- und Militärkranken- und sonstigen Anstalten in Verwendung sind.



Illustrierte Preiscourante und Kostenberechnungen gratis und franco.



Dessin-Tafeln

jeder Art für **Stiegenhäuser, Windfänge, Oberlichten, Auslage - Fenster** nach eigenen Mustern und jeder eingesandten Zeichnung, weiss und bunt geätzt und geschliffen.

Matt- und Mouslinglas

Spiegelgläser

für Schaufenster und Portale.

Musterbuch und Preisüberschläge gratis.

Herb & Schwab

103

Wien, XVIII., Hauptstrasse Nr. 82—84.

Kohle

50 Kilo Bohemia-Salonkohle 55 kr.

50 Kilo prima preussische Steinkohle 72 kr.

in plombierten Säcken franco ins Haus gestellt nach allen Bezirken Wiens. — Bei Fuhren bedeutend billiger.

J. Peter, Bergwerksbesitzer,

Wien, Stefansplatz, Jasomirgottstrasse 6.

Telephon Nr. 3495.

Telephon Nr. 7109.

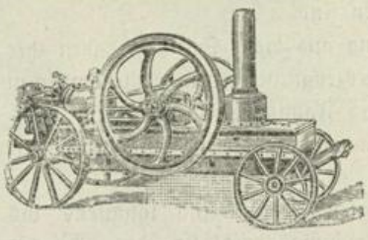
Stadt-Steinmetzmeister

WULKAN & NEUBRUNN

Wien, III./1, ausser der St. Marxer Linie

empfehlen sich zur 127

Ausführung aller Steinmetz-Arbeiten für Bauten wie auch für Grab- und Gruft-Monumente.



G. Bernhardt's Söhne

WIEN

Gaudenzdorf, Hauptstr. 23

empfehlen ihre bestanerkannten

Sicherheits - Petroleummotoren

für gewöhnliches Lampenpetroleum, stabil und fahrbar auf Rädern.

Gasmotoren und Dampfmotoren

für alle technischen Betriebe.

Preislisten gratis.

Die besten Referenzen liegen zur Einsicht auf.

Verhütung von Brandunglück.



Ein Zugiessen von Petroleum ins Feuer unmöglich, keinerlei Holz, Späne etc. mehr nothwendig zum Feuermachen. Man bediene sich nur der k. k. a. priv.

Vulkan-Kohlen-Unterzünder,

welche sofort ein mächtiges Kohlenfeuer entzünden und von welchen 500 Stück Einfache für kleine Kohlenfeuer oder 250 Stück Doppelte für grössere Kohlenfeuer nur 2 fl. kosten, **spesenfrei** ins Haus gestellt. Probe-Pakete mit 100 Einfachen oder 50 Doppel-Vulkans 50 kr. Provinz per Nachnahme.

Josef Weiss,

Vulkan-Fabrik

Wien, III., Hauptstrasse 122.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 95. Dienstag, den 27. November 1894. Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **23. November 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Wimberger entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung mit einer Geschäftsreise. Die Herren Gem.-Räthe Markl und Dr. Linke entschuldigen ihr Ausbleiben mit Unwohlsein.

2. Herr kaiserl. Rath Ruthmayer widmet 100 fl., wie alljährlich, zur Gutschreibung eventuell Löschung von Steuerrückständen der zehn allerärmsten Geschäftsleute des VIII. Wiener Gemeindebezirkes Josefstadt.

3. Die Administration der „Neuen Freien Presse" übersendet für die vom Hagelschlag betroffenen Bewohner der Bezirke Simmering, Währing, Hernals und Ottakring eine Spende im Betrage von 797 fl. 85 kr. mit dem Ersuchen, diese Beträge ihrer Bestimmung zuzuführen.

4. Herr Dr. Meisl theilt mit (liest):

„Der am 11. November zu Wien verstorbene Metallwarenfabrikant Josef Steiner, Schottenfeldgasse 63 wohnhaft gewesen, hat in seinem Testamente de dato Wien 7. September 1894 nachfolgendes Legat verfügt: „Den Armen des Bezirkes Neubau legiere ich einen Beitrag von 300 fl., in Worten dreihundert Gulden."

Indem ich von diesem Legatsanfalle Euer Hochwohlgeboren hiemit verständige, habe ich gleichzeitig die Ehre, Euer Hochwohlgeboren in der Anlage den Betrag von 300 fl. in Vertretung der Erbin Frau Amalia Steiner hiemit zu überreichen und hieran die Bitte zu knüpfen, in Ausführung jener testamentarischen Verfügung das Geeignete vorkehren zu lassen."

Ich erlaube mir hiebei die Bemerkung, dass nach den Intentionen des Erblassers die Vertheilung dieses Betrages durch den Herrn Vorstand des VII. Bezirkes erfolgen wolle.

Sämmtlichen Spendern wird der Dank ausgesprochen.

5. Herr Gem.-Rath Rißaweg hat in der letzten Sitzung wegen Herstellung eines Fußweges längs der Staatsbahnplanke im X. Bezirke, Simmeringerstraße, interpelliert. Ich habe die Ehre, hierüber Folgendes mitzutheilen:

Die Höhe der Staatsbahnplanke längs der im Zuge befindlichen, mit Stadtraths-Beschluss vom 14. Juni 1894, Z. 4547, genehmigten Pflasterung der Simmeringerstraße (mit alten Steinen) im X. Bezirke beträgt circa 1·70 m; diese Höhe hätte sich stellenweise auf circa 1·30 m reduciert, wenn der Gehweg längs dieser Planke in das Niveau der Fahrbahn gelegt worden wäre.

Eine solche Verschüttung der Planke könnte von der Staatseisenbahn-Gesellschaft als eine Beschädigung oder Beschränkung ihres Eigenthumes angesehen und deshalb eine eventuelle Plankenerhöhung auf Kosten der Commune Wien verlangt werden.

Mit Rücksicht auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes, nach welcher Einschränkungen des Privateigenthumes aus öffentlichen Rücksichten nicht stattfinden dürfen und nur im Wege der Enteignung statthaben können (Entscheidung vom 17. Juni 1891, Nr. 2093), hat das Stadtbauamt schon bei der Projectsverfassung für diese Pflasterung sich bestimmt gefunden, den vorerwähnten Umständen Rechnung zu tragen und daher den Gehweg tiefer als die Straßenfahrbahn zu belassen, zur Verbindung des Gehweges mit der Fahrbahn Stufen aus Pflastersteinen einzulegen und zur Entwässerung des ersteren kleine Wasserläufe einzubauen; diese Art der Ausführung wurde auch im Projectsplane ersichtlich gemacht.

Die Pflasterung wird nun im Sinne dieses genehmigten Projectes durchgeführt und wird hiezu bemerkt, dass die Herstellung der Doppelsäume und der kleinen Wasserläufe einen im Vergleiche zu der Gesammtkostensumme dieser Pflasterung per 7264 fl. nur unbedeutenden Betrag von circa 250 fl. erforderten, während eine eventuelle Plankenerhöhung der Gemeinde Wien die hohe Summe von über 900 fl. gekostet hätte.

Aus dem Vorstehenden ist zu ersehen, dass die vom Stadtbauamte ausgeführte Gehwegherstellung gerade in ökonomischer Beziehung vorzuziehen war.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

6. Herr Gem.-Rath Gräf hat vor einigen Wochen interpelliert über angebliche Äußerungen der Marktcommissariats-Beamten Bauer und Weinlich bei dem Bezirksgerichte Hernals über die Verwendung des sogenannten Bierhansel.

Hierüber berichtet das Marktcommissariat Folgendes (liest):

„Der Gefertigte erlaubt sich, auf Grund der eingeholten Äußerung des Vorstandes des Marktamtes zu berichten, dass die in der Strafsache gegen den Gastwirt Johann Rotter wegen Verkaufes verdorbenen Bieres vom k. k. städt.-deleg. Bezirksgerichte Hernals am 25. v. M. einvernommenen Marktbeamten Anton Bauer und Hans Weinlich unaufgefordert an dem der Verlesung der Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Gräf im Gemeinderathe folgenden Tage, das ist am 31. v. M., die beiliegende Zuschrift an die Marktdirection gerichtet haben. In dieser Zuschrift erklären sie, dass sie sich, wie dies auch aus den Verhandlungsberichten aller Tagesblätter mit Ausnahme des „Illustrierten Wiener Extrablattes" hervorgehe, in ihren Aussagen lediglich auf den vorliegenden concreten Fall Rotter beschränkt, keineswegs aber die allgemeine Äußerung: „Es herrsche in Wien der Brauch, auch das sogenannte Tropfbier als ‚Hansel' in das zu verkaufende Bier zu mengen, ohne Rücksicht, ob es sauer ist oder nicht" gethan haben."

Infolgedessen ist die aufgestellte Behauptung nicht richtig. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Wir kommen nun zur Tagesordnung. Wir werden erst ein paar dringliche Gegenstände vor dem Hauptgegenstande in Verhandlung nehmen und ich bitte den Herrn Gem.-Rath Müller zum Referate.

7. (9171.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Ich habe die Ehre, Bericht zu erstatten über das Ersuchen der Commission für Verkehrsanlagen um Bekanntgabe des Jahreserfordernisses pro 1895 hinsichtlich der Erhaltung und des Betriebes der Haupt-Sammelcanäle am Donaucanale ꝛc. Die Commission tritt in der Zuschrift vom October, Z. 438, wie alljährlich an den Herrn Bürgermeister heran mit der Bitte: „Es möge die Gemeinde die approximativen Ziffern bekanntgeben, welche zur Herstellung der ihr übertragenen Arbeiten erforderlich sind, und zwar erstens bezüglich des Haupt-Sammelcanales, zweitens bezüglich der Regulierung des Wienflusses, und drittens bezüglich Aufstellung eines Contierungsschemas über das Erfordernis für den Betrieb der Sammelcanäle." Die Ausweise A, B, C werden hier von dem Bauamte wie alljährlich vorgelegt und sind darin die Zahlen enthalten, mit welchen jedenfalls das Auskommen gefunden werden wird, und zwar besteht das Erfordernis laut Ausweis A in Folgendem:

1. Bezüge des Personals	23.000 fl.
2. Gratificationen, Aushilfen ꝛc.	1.000 fl.
3. Bauzulagen, Commissionsgebüren, Diäten ꝛc.	10.000 fl.
4. Beheizung, Beleuchtung, Einrichtung von Kanzleilocalitäten	1.000 fl.
5. Kanzlei- und Zeichnungsrequisiten, Pläne, Instrumente	3.000 fl.
6. Bestandzinse (Miet- und Pachtzinse)	3.000 fl.
7. Grund- und Häusereinlösungen	100.000 fl.
8. Bau des rechtsseitigen Haupt-Sammelcanales	1,580.000 fl.
9. Bau des linksseitigen Haupt-Sammelcanales	59.000 fl.
Summe	1,780.000 fl.

Hiezu kommt $^1/_2$ Percent für die Centralverwaltung per 8900 fl., in Summa 1,788.900 fl.

Der Ausweis B enthält die Ziffern der Beträge, welche im Jahre 1895 für die Durchführung der Wienfluss-Regulierung eingestellt sind und betragen dieselben 4,646.000 fl. Die einzelnen Rubriken sind folgende:

1. Bezüge des Personales	34.800 fl.
2. Gratificationen, Aushilfen, Abfertigungen	1.200 fl.
3. Bauzulagen, Commissionen, Diäten, Zehrungsbeiträge	16.000 fl.
4. Beheizung, Beleuchtung, Kanzlei-Einrichtungen	2.000 fl.
5. Kanzlei- und Zeichenrequisiten	3.000 fl.
6. Bestandzinse	1.000 fl.
7. Grund- und Häusereinlösungen	100.000 fl.
8. Straßenherstellungen	60.000 fl.
9. Demolierung, Brücken ꝛc.	60.000 fl.
10. Verlegen von Straßen und sonstigen Provisorien	40.000 fl.
11. und 12. Herstellungen der Widerlager	1,972.000 fl.
13. Bassinanlagen	800.000 fl.
14. Brückenanlagen	500.000 fl.
15. Sammelcanäle sammt Nothausläße	900.000 fl.
16. Hochwasserschäden ꝛc.	100.000 fl.
17. Verschiedene Auslagen und Rückvergütungen	10.000 fl.
zusammen	4,600.000 fl.
1 Percent Verwaltungskosten	46.000 fl.
Totale	4,646.000 fl.

Weiters ist hier vorgelegt ein Ausweis, enthaltend das Contierungsschema bezüglich der Gebarungen aus Anlass der Erhaltung und des Betriebes der Haupt-Sammelcanäle beiderseits des Donaucanales; das ist ein neues Conto, welches eröffnet und genehmigt werden soll. Dasselbe enthält an der linken Seite die Einnahmen, an der rechten Seite die Ausgaben, und besteht aus nachstehenden Rubriken:

Einnahmen.

1. Canaleinmündungsgebüren	1000 fl.
2. Bestandzinse, Anerkennungszinse	15 „
3. Erlös für verkaufte Gründe und Realitäten	— „
4. Conventionalstrafen	— „
5. Verschiedene Einnahmen und Rückersätze	— „
Die Einnahmen pro 1895 erscheinen daher präliminiert mit zusammen	1015 fl.

Die Ausgaben bestehen aus nachfolgenden Rubriken:

Ausgaben.

1. Bezüge des Aufsichtspersonales:	
a) Löhnungen	720 fl. — kr.
b) Monturskosten	20 „ — „

2. Beheizung und Beleuchtung des Wächterhauses	40 fl.	— kr.
3. Requisiten für die Erhaltung und den Betrieb	840 „	— „
4. Erhaltung der Objecte	— „	— „
5. Räumungskosten	18.400 „	— „
6. Bestandzins (Miet- und Pachtzinse)	801 „	— „
7. Sonstige Ausgaben und Rückvergütungen .	— „	— „
zusammen	20.821 fl.	— kr.
Der ½percentige Beitrag zu den Kosten der Central-Verwaltung der Gemeinde Wien .	104 „	11 „
Gesammt-Erfordernis	20.925 fl.	11 kr.
ab die Einnahmen	1.015 „	— „
bleibt Netto-Erfordernis	19.910 fl.	11 kr.

Ich ersuche um die Genehmigung zur Vorlage dieser Ausweise an die Verkehrs-Commission.

Gem.-Rath Bärtl: Ich erlaube mir eine bescheidene Anfrage, und zwar in Bezug auf die ersten zwei Vorlagen, wo sich nämlich die Bedeckung für diese Auslagen findet?

Referent: Sie findet sich in den Anlehensgeldern, welche die Verkehrs-Commission präliminiert hat. Die Gemeinde hat für diese Auslagen nicht aufzukommen.

Bürgermeister: Gegen die Referenten-Anträge sind keine Einwendungen erhoben worden; ich erkläre dieselben für angenommen.

Beschluss: Das Rubrikenschema für die Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben anlässlich der Erhaltung und des Betriebes der Haupt-Sammelcanäle am Donaucanale nach dem vorliegenden Ausweise C wird genehmigt. Der Commission für Verkehrsanlagen sind die von der Stadtbuchhaltung richtiggestellten Ausweise A B C zur weiteren Verfügung und Genehmigung des erwähnten Rubrikenschemas im Sinne des Art. IV, Punkt 1 des Übereinkommens vom 24. November, beziehungsweise 15. December 1893 mitzutheilen.

8. (8882.) **Referent Gem.-Rath Wurm:** Ich habe die Ehre, zur Beilage Nr. 267 zu referieren. Es betrifft dies eine dringende Baulinienbestimmung, nämlich für das Eckhaus Josefstädterstraße 48 und Albertgasse 1. Das Ansuchen ist wiederholt gestellt worden, wurde aber früher vom Stadtrathe mit der Motivierung abgelehnt, dass es zweckmäßiger sei, mit der Baulinienbestimmung für dieses Haus zu warten, bis die Baulinienbestimmung für die Josefstädterkaserne erfolgt ist. Nachdem nun diesbezüglich ein Vertagungs-Antrag gestellt ist, um nämlich zu untersuchen, ob es nicht möglich wäre, die Josefstädterstraße und Florianigasse an dem der Stadt zugekehrten Theile breiter zu halten, so ist es nothwendig, für das Haus Nr. 48 Josefstädterstraße — Albertgasse 1 die Baulinie jetzt schon zu bestimmen. Den Parteien ist schon gekündigt, da das Haus umgebaut werden soll; doch ist selbstverständlich eine Planverfassung nicht möglich, bevor nicht die Baulinie feststeht. Um eben aus diesem Dilemma herauszukommen, beantragt nun der Stadtrath, nur auf der einen Seite, wo sich das Haus befindet — (Unruhe. — Gem.-Rath Gregorig: Das ist ja die reinste Judenschule!)

Bürgermeister: Ich bitte, unterlassen Sie doch solche Zwischenrufe. (Gem.-Rath Hawranek: Aber es schaut so aus!) Wenn jeder von den Herren ruhig ist, so wird es sehr leicht möglich sein, den Herrn Referenten zu vernehmen.

Referent (fortfahrend): . . . . . wird beantragt, die Baulinie nur für jene Seite zu bestimmen, auf der sich das Haus befindet, für welches dieses Bauliniengesuch anhängig ist. Es ist dann immerhin möglich, auf der anderen Seite noch die Einmündung der Florianigasse beliebig zu gestalten. Es wird demnach der Antrag gestellt: „Es sei die Baulinie für die Albertgasse nach der Linie A B zu bestimmen." Ich bitte, den Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Der Referenten-Antrag ist angenommen.

Beschluss: Anlässlich der Baulinienbestimmung für die Realität VIII. Bezirk, Albertgasse 1, Josefstädterstraße 48, wird die Baulinie für die linke Seite der Albertgasse nach der Linie A B bestimmt.

9. (8848.) **Referent Gem.-Rath Wurm:** Beilage 264. Es betrifft dies die Bestimmung der Baulinie in der Quaistraße von der Kaiser Franz Josefbrücke in Hietzing aufwärts. Die Herren werden sich zu erinnern wissen, dass von Seite des Stadtrathes und des Gemeinderathes der Beschluss gefasst wurde, es sei anzustreben, die Quaistraße bis zur Franz Josefbrücke durchzuführen. Gegenwärtig ist dort, wo die Station der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. sich befindet, die Wiengasse gegen die Badhausgasse zu abgeschwenkt, bildet dann einen rechten Winkel und dann einen zweiten rechten Winkel, bis sie wieder an die Wien gelangt. Es ist dies ein Zickzack, das für einen großen Straßenzug selbstverständlich nicht passt. Ich muss ihn einen großen Straßenzug nennen, weil diese Straßenentwicklung bis zum Auhof geplant ist. Es ist also sehr wünschenswert, dass der Antrag, welcher vom Gemeinderathe gestellt wurde, wirklich zur Ausführung gelange. Da ist aber eine große Schwierigkeit zu überwinden, da eine Menge widerstreitender Interessen bestehen.

Vor allem wollte die Dampftramway-Gesellschaft Krauß & Comp. durchaus nicht von der Idee abstehen, unmittelbar an der Stadtbahn ihren gegenwärtigen Bahnhof zu belassen, ja noch zu erweitern. Wenn also die Bahnhofanlage der Dampftramway unmittelbar anschließend ist an die Wienthallinie, so ist selbstverständlich die Durchführung der Quaistraße unmöglich.

Es sind bei den Verhandlungen die verschiedenartigsten Anträge gestellt worden. Eine Version war die Anlage des Bahnhofes der Dampftramway-Gesellschaft unmittelbar oberhalb des Bahnhofes der Wienthallinie anzubringen. Bekanntlich geht die Wienthallinie als Tiefbahn, so dass es möglich gewesen wäre, den Bahnhof der Tramway darüber zu errichten. Die nöthigen Abstellgeleise wären von der Curve der Badhausgasse ganz gut zugänglich gewesen. Dieser Modus wurde lange aufrecht erhalten, aber wieder aufgegeben, weil man es für bedenklich gefunden hat, die Badhausgasse überflüssig durch Geleise zu überschreiten. Dann wurde eine zweite Alternative beantragt: Die ganze Cunette der regulierten Wien etwas gegen das Penzingerufer zu verschieben, um auf Seite der ehemaligen Gemeinde Hietzing mehr Platz zu gewinnen, was ermöglicht hätte, dass der Bahnhof der Dampftramway durch eine Straße von der Anlage des Bahnhofes der Wienthallinie getrennt wird, und für diesen Fall wurde eine unterirdische Verbindung geplant und angenommen, dass ein Theil des Perrons überdeckt wird, so dass dadurch ein Verkehr von einer Anlage zur anderen möglich wird.

Bei der zweiten Form der Anlage war noch der Übelstand, dass das Aufnahmsgebäude der Station der Wienthallinie vor der

Baulinie vorgesprungen wäre, an einer Stelle also die Quaistraße verengt hätte. Um auch diesen Übelstand zu beseitigen, hat man sich endlich dahin geeinigt, dass es zweckmäßiger wäre, die ganze Bahnhofanlage der Wienthallinie anstatt oberhalb der Kaiser Franz Josefbrücke unterhalb derselben zu legen, das Aufnahmsgebäude selbstverständlich unmittelbar anschließend an die Brücke zu errichten und die weitere Anlage daran anschließend herzustellen. Für den Verkehr ist es ganz gleichgiltig, ob die Anlage oberhalb oder unterhalb der Brücke stattfindet. Nach vielen Verhandlungen hat sich endlich auch die Dampftramway-Gesellschaft damit zufrieden gegeben, obwohl es jedenfalls eine gewisse Belästigung ist, wenn das Umsteigen nicht so direct stattfinden kann, als es der Fall wäre, wenn die Bahnhofanlagen noch näher aneinander liegen würden.

Es sind auch von Seite der Dampftramway-Gesellschaft wiederholt Kaufanbote an die Gemeinde Wien gekommen wegen Erwerbung von großen Grundflächen, welche der Gemeinde gehören und welche von der Dampftramway-Gesellschaft eben zur Ausgestaltung ihrer Bahnhofanlagen gewünscht werden. Der Stadtrath hat sich auch in dieser Hinsicht vollkommen ablehnend verhalten, da diese Gründe zum Theile in die verlängerte Quaistraße fallen, und hat erklärt, er könne nur eine pachtweise Überlassung beantragen, nicht aber einen Verkauf. Das wurde wieder seitens der Dampftramway-Gesellschaft nicht acceptiert, denn auf Grund des Eisenbahnconcessions-Gesetzes ist die Gesellschaft berechtigt, durch eine Expropriation diese Fläche zu erwerben. Also es war sehr schwierig, diese Einigung herbeizuführen, die aber doch schließlich in der von mir angedeuteten Weise gelungen ist.

Die Quaistraße ist in ihrer ganzen Länge mit 16 m Breite projectiert und die daran befindlichen Vorgärten mit einer Breite von $7^1/_2$ m. Der verbleibende Theil der Wiengasse, eine ganz secundäre Gasse, ist mit 12 m beantragt und an dem noch unverbauten Theile mit Vorgärten von 4 m Breite. Die Badhausgasse, welche bis jetzt den Zugang der Quaistraße gebildet und doch eine gewisse Bedeutung hat, weil sie in der Richtung der Lainzerstraße gelegen ist, wurde mit einer Breite von 23 m angenommen.

Verschiedene Eigenthümer von Gründen haben sich darüber beschwert, dass die Quaistraße 16 m erhalten soll, und dass das Niveau stellenweise über 3 m gehoben wird. Nun, die Breite von 16 m für eine so bedeutende Straße, welche in Zukunft doch imposant sein wird und im weiteren Verlaufe sich vom Schönbrunner Schlosse bis zum Auhof entwickeln wird, ist gewiss nicht zu viel, ebenso auch die Vorgartenbreite von $7^1/_2$ m nicht zu groß. Ich will nur darauf hinweisen, dass auf der anderen, auf der Penzinger Seite eine nahezu ebenso breite Straße gegenwärtig schon besteht und es auch geplant wird, sie fortzuführen. Auch das Niveau ist nicht zu ändern, denn, würde man eine Tieferlegung des Niveaus beantragen, so würden alle jene Bahnübergänge, welche wir anstreben, nicht möglich sein, oder es müsste in der Quaistraße ein fortwährender Rampenwechsel sein, wo man hinauf- und wieder hinuntergeht, um die Überbrückungen zu erreichen. Also das sind die Gründe, warum es nicht möglich ist, die Wünsche der verschiedenen Grundeigenthümer zu berücksichtigen.

Demzufolge werden vom Stadtrathe folgende Anträge gestellt (liest):

„Es werden folgende Baulinien bestimmt:

1. Für die Quaistraße (oberer Theil) die Linie A B von der Verbindungsbahnbrücke bis zur Kirchengasse;

für die Quaistraße (oberer Theil) die Linie C D E von der Kirchengasse bis zur Fleischgasse;

für die Quaistraße (oberer Theil) die Linie F G von der Fleischgasse bis zur Josefigasse; mit 7·50 m breiten Vorgärten.

2. Für die Badhausgasse zwischen der neuen Quaistraße und der Wienstraße die Linien L' L" und M O (23 m Breite; Vorgärten bei L' L" 5 m)."

Ich will nur bemerken, dass die Punkte M O und A C identisch sind. Es ist nämlich dieser Plan aus drei Plänen zusammengesetzt, daher sich diese Buchstaben manchmal geändert haben. (Liest:)

„3. Für die Quaistraße (unterer Theil) die Linie H' I' von der Josefigasse bis zur Wienflussgasse;

für die Quaistraße (unterer Theil) die Linie K' L' von der Wienflussgasse bis zur Badhausgasse; mit 7·50 m breiten Vorgärten.

4. Für die Quaistraße von der Badhausgasse bis zur Einmündung der Wiengasse die Baulinie a b mit der Abkappung b c und der Breite von 15 m, von da bis zur Hauptstraße die Baulinie e" f mit einer Abkappung bei f und mit 4 m breiten Vorgärten;

für die Wiengasse parallel zu den Straßenfronten bei Nr. 7, 9, 11, 13 die Baulinie c' d" bei einer Breite von 12 m und die Baulinie c d e einerseits und d" e" andererseits (in letzterer Strecke mit 4 m breiten Vorgärten).

5. Der Platz bei der Kaiser Franz Josefbrücke wird symmetrisch auszubilden sein.

6. Die Niveaux nach dem Längenprofile, beziehungsweise den eingezeichneten Coten des Lagerplanes."

Ich habe schon bemerkt, dass stellenweise eine Hebung von über 3 m erforderlich ist. (Liest:)

„7. Die Verbauungsart mit geschlossenen Fronten in der Vorgartenlinie.

8. Verweisung der Einwendungen der Anrainer auf die Nothwendigkeit, eine genügende Breite der Verkehrsstraße und die Möglichkeit einer Überbrückung durch Niveauhebung zu schaffen, hinsichtlich der Vorgärten aber auf die im § 82 der Bauordnung und im Charakter dieses Gebietstheiles gelegene Angemessenheit einer solchen Anordnung von Vorgärten, hinsichtlich der übrigen Anforderungen aber auf die seinerzeitige Straßendurchführung, beziehungsweise Niveauherstellung, endlich bezüglich der Änderung der Stationsanlage das Ersuchen an die Commission für die Wiener Verkehrsanlagen zu richten, das Erforderliche wegen Änderung des Bahnprojectes einleiten zu wollen, wobei sich die Gemeinde Wien selbstverständlich die Stellung der erforderlichen Bedingungen bei der einzuleitenden politischen Begehung vorbehält."

Ich will nur in Erinnerung bringen, dass die Gemeinde Wien bei der politischen Begehung der Strecke von der Badhausgasse bis zur Kaiser Franz Josefbrücke vorläufig nicht beigestimmt hat.

Ich bitte Sie, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Dies ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Die vorstehenden vollinhaltlich zur Verlesung gebrachten acht Punkte des Referenten-Antrages.

10. (9158.) **Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing:** Meine Herren! In der letzten Sitzung hat Herr Gem.-Rath Dr. Lueger in der Debatte über das Heimatsgesetz folgenden Antrag gestellt: „Es sei ein Armengesetz zu erlassen, in welchem folgende Grundsätze zur Geltung zu kommen haben:

1. wenn der Unterstützungsbedürftige durch mehr als zehn Jahre ohne längere Unterbrechung aus freiem Willen aus seiner Heimatsgemeinde abwesend ist, erlischt die Verpflichtung der Heimatsgemeinde zur Unterstützung, beziehungsweise Versorgung desselben;

2. diese Pflicht geht, im Falle der Unterstützungsbedürftige in demselben Kronlande seinen dauernden Aufenthalt hat, dem auch seine Heimatsgemeinde angehört, an das betreffende Kronland, im anderen Falle an den Staat über;

3. die Unterstützung, beziehungsweise Versorgung ist nach den Verhältnissen des Aufenthaltsortes zu bemessen;

4. die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, die Armenpflege über jene Personen, welche in Wien ihren Wohnsitz haben und bezüglich welcher der Staat die Verpflichtung zur Armenversorgung hat, auf Rechnung des Staates durch ihre eigenen Organe durchzuführen.

Sollte auf diesen Vorschlag nicht eingegangen werden, so wird gebeten, an dem Regierungs-Entwurfe folgende Änderungen vorzunehmen (folgen die Beschlüsse des Stadtrathes)."

Dieser Antrag wurde von Seite des Bürgermeisters zuerst dem Magistrate, beziehungsweise dem städtischen Armen-Referenten zur Begutachtung zugemittelt. Das Gutachten wurde erstattet, und es hat über dasselbe eine Sitzung des vom Stadtrathe eingesetzten Comités stattgefunden. Sowohl dieses Comité als der Stadtrath haben heute darüber berathen, und ich habe die Ehre, Ihnen namens des Stadtrathes mitzutheilen, dass derselbe sich nach eingehenden Erörterungen, so weit dies — wie ich mit Bedauern hervorhebe — mit Rücksicht auf die kurze Frist möglich war, mit überwiegender Majorität, ja, beinahe mit Einhelligkeit dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger mit einigen Modificationen angeschlossen hat. (Lebhafter Beifall links.)

Es liegt Ihnen, meine Herren, eine Drucksorte vor, in welcher der Wortlaut jenes Antrages niedergelegt ist, welchen Ihnen nunmehr der Stadtrath stellt.

Dieser Antrag lautet (liest):

„In Abänderung des Stadtraths-Beschlusses vom 16. November 1894, Z. 9158 (Nr. 272 der Beilage für den Gemeinderath) ist nach den Worten des Einganges: „Die Bitte gestellt werde", einzuschalten: „Es seien die Bestimmungen des Heimatsgesetzes vom 3. December 1863, Nr. 105 R.-G.-Bl., bezüglich der Verpflichtung der Armenversorgung unter Aufrechthaltung seines sonstigen Inhaltes nach folgenden Grundsätzen zu ändern:

1. wenn der Unterstützungsbedürftige durch mehr als zehn Jahre aus freiem Willen aus seiner Heimatsgemeinde abwesend ist, erlischt die Verpflichtung der Heimatsgemeinde zur Unterstützung, beziehungsweise Versorgung desselben;

2. diese Pflicht geht, im Falle der Unterstützungsbedürftige in demselben Kronlande seinen dauernden Aufenthalt hat, dem auch seine Heimatsgemeinde angehört, an das betreffende Kronland, im anderen Falle an den Staat über;

3. die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, die Armenpflege über jene Personen, welche in Wien ihren Wohnsitz haben und bezüglich welcher der Staat oder das Land die Verpflichtung zur Armenversorgung hat, auf Rechnung des Staates, beziehungsweise des Landes durch ihre eigenen Organe durchzuführen.

Sollte auf diesen Vorschlag nicht eingegangen werden, so wird gebeten, an dem Regierungs-Entwurfe folgende Änderungen vorzunehmen."

Sodann bleiben sämmtliche Anträge des Stadtrathes intakt. Ich bitte Sie, von diesem Beschlusse des Stadtrathes Kenntnis zu nehmen und auch diesem Antrage Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Gem.-Rath Dr. Huber: Sehr geehrte Herren! Es ist wohl selten, dass ich Sie mit Reden plage, aber heute möchte ich Sie sehr bitten, meinen Ausführungen einige Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ich stehe noch unter dem Eindrucke der Darstellung des Herrn Referenten hinsichtlich der Folgen, welche die Regierungsvorlage für das Gemeindewesen nach sich ziehen würde, wenn dieselbe angenommen werden sollte.

Diesen Eindruck kann ich umsoweniger verwischen, als er auf Ziffern beruht, von welchen ich annehmen muss, dass sie wahr, dass sie richtig sind. Man sagt: Steine sprechen. Ziffern sprechen noch viel mehr! Steine sprechen nur Vergangenheit, Ziffern aber sprechen Vergangenheit und Zukunft, und hier wird Zukunft gesprochen. Der Herr Referent hat uns ausgeführt, dass die Annahme dieses Gesetzes im Parlamente die Folge hätte, dass die Armenversorgung Wiens drei bis dreieinhalb Millionen mehr kosten würde. Es ist ausgeführt worden, was uns an Zuständigkeitstaxen entgeht. Es wurde aus dem Jahre 1893 die Summe von 110.000 fl. genannt, es ist auf jene schweren Folgen hingewiesen worden, welche die Steuervorlagen nach sich ziehen. Hier sind einige hunderttausend und achtzigtausend Gulden separat genannt worden. Es schwirrt mir fast der Kopf von diesen Zahlen.

Ich glaube nun, dass diese Ziffern den vollsten Ernst jedes Einzelnen von uns, die wir ja verpflichtet sind, die Interessen der Gemeinde zu wahren und zu schützen, die wir ja zu diesem Zwecke hieher gesandt sind, hervorrufen müssen, um dieser Sache an den Leib zu rücken.

Sie können sich wohl keinen Zweifel darüber machen, dass die Stadt Wien diesen Zustand der Dinge in finanzieller Hinsicht wohl nicht zu ertragen vermag. Denn ertragen könnte dieser Zustand nur dann werden, wenn neue Einnahmsquellen geschaffen und gefunden würden. Man schaut sich aber vergebens nach neuen Einnahmsquellen um, und es ist gewiss niemand von uns, der es — nach meinem Erachten wenigstens — verantworten könnte, die Gemeinde-Umlagen, sei es auf diese oder jene Weise, zu erhöhen. (Sehr richtig!)

Was will ich nun mit alledem? Ich will mit alledem sagen, dass es unsere Pflicht ist, den Zustand, der auf diese Weise geschaffen werden soll, wennmöglich, zu verhindern. Wir müssen wenigstens alles daran setzen, dass es nicht dazu komme. Und da glaube ich, dass man auch die passenden Mittel wählen soll und sich davon nicht durch Betrachtungen abhalten lassen darf, die nicht so sehr das Ergebnis des Verstandes als der Ausdruck der Empfindung des Gefühles sind. (Zustimmung.)

Der Stadtrath glaubte nun, Ihnen die Vorlage machen zu sollen, die Ihnen bekannt ist, und er suchte in seinen Anträgen doch ein Mittel zu finden, diesen schlechten Zustand der Zukunft zu verhindern.

Nun ist aber hier wohl in ganz tüchtiger und ausgezeichneter Weise ausgeführt worden, dass diese Regierungsvorlage eine ethische Grundlage habe, dass sie auf dem Boden der Humanität stehe.

Meine Herren! Das kann nicht geleugnet werden, das ist wohl richtig. Aber, meine Herren, etwas muss vor allem Geltung haben und das ist: Ethik, Moralität, Humanität; das sind Begriffe von Idealen. Praktisch genommen tritt das nur dann zur Erscheinung, zur Wirklichkeit, wenn es angewendet wird, und man

muss sich sehr hüten, die Mittel der Anwendung vielleicht auch dieserhalb ethisch, moralisch oder human zu nennen. Die Mittel müssen die entsprechenden, richtigen sein, dass nicht in den Mitteln selbst Unmoralisches oder Inhumanes gelegen ist.

Meine Herren! Sie werden wohl nicht bezweifeln, dass das Gemeinwesen, die Staatenbildung als solche, ethischer Art ist. Das kann nicht bezweifelt werden, weil der Mensch nur hierin zu jener Entwicklung und Gestaltung gelangen kann, welche seiner Natur entspricht, welche, wenn man gläubig ist, als von Gott bestimmt gilt. Wenn nun das Gemeinwesen selbst ethischer, moralischer Art ist, so dürfen Sie ganz gewiss nicht bei irgendeiner Sache Mittel anwenden, welche geeignet sind, Humanität zu verhindern, statt Humanität zu pflegen, Moralität zu schwächen, statt sie zu stärken.

Ich halte es daher für vollkommen ethisch und human, wenn wir den Haushalt der Gemeinde ordentlich wirtschaftlich gestalten. Das halte ich für moralisch, und zwar in Gemäßheit des von mir vorausgehend ausgesprochenen Satzes.

Wenn ich nun, meine Herren, Mittel anwende, welche diesen Haushalt stören, welche diesen Haushalt zu untergraben geeignet sind, so ist das durchaus nicht ethisch und durchaus nicht human. Wenn die Gemeinde nicht die nöthigen Mittel hat, kann sie jene Aufgaben, die zu lösen, die zu erfüllen sie verpflichtet ist, nicht lösen, nicht erfüllen; sie kann jenen Aufwand für Schule und Erziehung, wie auf kirchliche und andere humane Zwecke nicht bestreiten, weil ihr die Mittel fehlen. Daher ist alles jene nicht geeignet, zur Humanität zu führen, was verursachen kann, dass der Haushalt der Gemeinde so geschwächt wird, dass sie dieser hohen Aufgabe nicht mehr gerecht werden kann.

Meine Herren! Ich bin immer der Ansicht gewesen und bin es noch, dass Humanität und Moralität überall auf der Tagesordnung stehen müssen, und gewiss auch in der Gemeinde. Wir müssen das immer vor Augen halten, wir dürfen dabei nie in den Fehler verfallen, derartige Zustände zu schaffen, dass wir die Humanität nicht oder viel weniger pflegen können als sonst.

Nun ist Folgendes bei der Sache eigenthümlich: Alle Herren, welche bisher gesprochen haben, haben erkannt, dass diese Vorlage von immensem Schaden für das Gemeindewesen wäre, aber trotzdem glaubten sie aus Gründen der Humanität, aus Gründen der Ethik die Vorlage, wie sie gemacht ist, noch mehr zu schwächen. Ihre Ausführungen laufen alle darauf hinaus, das Zuständigwerden zu erleichtern, statt zu erschweren, und zwar aus Humanität.

Nun, das ist eben ein Irrthum, in welchem sich die Herren befinden. Ich erinnere auch an das, was der letzte Herr Redner gesprochen hat, der allerdings in seinem Urtheile, durch die Parteischattierung getrübt, ein ziemlich crasses Bild von den Zuständen entwarf. Aber etwas ist doch an dieser Sache daran (Unruhe links), das kann man nicht so schlechtweg von sich weisen.

Nun sehen Sie, meine Herren, die Ausführungen, welche darauf hinauslaufen, dass die Erwerbung der Zuständigkeit noch mehr erleichtert wird, als nach der Vorlage des Stadtrathes, sind nach meinem Erachten nicht gut, und ich bitte Sie sehr, lassen Sie sich nicht von Gefühlen und Empfindungen hinreißen. Betrachten Sie diese Sache mit trocken-realistischem Verstande, und Sie werden dazukommen, dass man ja nicht noch mehr erlangen kann als nach den Referenten-Anträgen. Charakteristisch ist in dieser Beziehung, was der Herr College Dr. Geßmann sagte. Er hat ausgeführt, das Erschweren des Zuständigwerdens durch Festsetzung eines Zeitraumes von 10 bis 15 Jahren bedeute nicht viel weniger Ersparnis als höchstens 150.000 fl. Gesetzt, es wäre so; dann müssen wir desto mehr erschweren — diese Folge ziehe ich daraus —, damit jene crassen Zustände nicht eintreten, deren ich kurz vorher Erwähnung gethan habe. So, glaube ich, stellt sich die Sache heraus, wenn man ihr näher auf den Grund sieht.

Meine Herren! Es ist sehr schwer, diesen Gegenstand des näheren zu verfolgen. Man weist auf die Strömungen der Zeit hin, auf die Pflichten, die in der Zeit liegen. Ganz gewiss, das kann man thun; aber man darf diesen Strömungen nur insoweit Rechnung tragen, als sie eben selbst ethischer Natur sind, als sie nicht geeignet sind, Ethik und Humanität zu schädigen, anstatt sie zu fördern, und das ist das Krebsübel unserer Tage, dass gerade diejenigen, welche, von Idealen getragen, diese Ideale predigen, selbst sich gar nicht klar sind über die Mittel der Anwendung und die Folgen, wie sie sich im wirklichen Leben zeigen, das ist der große Irrthum. Die Welt und jedes Gemeinwesen ist ein reales Verhältnis, leider nicht ein ideales, obwohl wir froh sein müssen, dass wir real sind; als Ideale könnten wir nicht da sitzen.

Die Ideale, insbesondere jene hohen Principien der Ethik, setzen in ihrer Verwirklichung voraus, dass man die Factoren findet, welche die Ethik zu tragen vermögen. Ich frage Sie nun, meine Herren, ob die Welt diese Factoren bietet, ob die Menschen so sind, um die Ideale zu begreifen, die Ideale zu fassen, ob sie den Willen und die Kraft haben, dem sittlichen Ideale nachzuleben. Wenn ich Ihnen das vorhalte, so werden Sie sagen müssen: Ja, das ist leider nicht der Fall; und darum dürfen wir die Zustände dieser Welt nicht nach Idealen formen, sondern auf realem Boden, und darum werden wir der Ethik und Humanität vielmehr genützt haben als anderswie. Diese allgemeinen Betrachtungen — darum muss ich Sie wirklich bitten — wollen Sie ein wenig würdigen, und zwar zu dem Zwecke, damit Sie sich nicht hinreißen lassen, in Ansehung der Erwerbung des Heimatsrechtes noch weitere Erleichterungen zu beantragen, als sie schon im Referate enthalten sind. Täuschen Sie sich nicht; es ist so, wie ich Ihnen sage, und ich habe noch anzuführen, dass es nicht angezeigt und nicht richtig ist, wenn man einen allzu starken Nachdruck auf die Härten legt, welche im Heimatsgesetze oder auch in dieser Vorlage enthalten wären. Meine Herren! Die Sache steht nicht so. Es ist erwähnt worden, wie traurig es sei, wenn eine Wienerin, die einen Nichtzuständigen geheiratet hat, ihren Mann verliert. Sie sitzt nun mit den Kindern da und wird fortgeschafft. Ja, meine Herren, haben Sie das in Wien schon erlebt? Ich bin schon eine geraume Zeit in der Vertretung dieser Stadt und habe auch die Ehre, im Stadtrathe an diesen Fragen ein bisschen mitzuthun — aber das thut man nicht. (Widerspruch links.) Nein — das thun wir nicht.

Ich bitte, meine Herren, haben Sie denn nicht eine Vertretung, die auch aus dem Volke gewählt ist? Die Annahme ist nicht berechtigt, dass jene Männer, welche die Bevölkerung in die Stadtvertretung schickt, des Wiener Herzens entbehren. Ich glaube, dass niemand hier im Saale ist, der nicht von sich sagen kann, dass auch in ihm ein Wiener Herz schlägt. Sie können daher ganz getrost sein: es wird nie eine solche Vertretung geben, die den Regungen des guten Wiener Herzens nicht Raum geben wird. Es ist daher der Hinweis auf diese Härte meines Erachtens nicht richtig. Von Seite eines Herrn Redners ist auch darauf hingewiesen worden: Ja, mein Gott, der arme Geschäftsmann! Wenn der einmal das Malheur gehabt hat, seine Steuer nicht zahlen zu können, wenn ihm etwas abgeschrieben werden musste,

dann kann er das Heimatsrecht nicht mehr erlangen. Haben Sie denn kein Vertrauen zu sich selbst, zu ihrer Vertretung? Sie müssen doch den Stadtrath als einen Theil Ihrer selbst ansehen. Der sollte solche Verhältnisse schaffen? (Zwischenruf links.) Mit Zwischenrufen, die ich Ihnen zwar verzeihe, werden Sie nicht überzeugen. Nur Gründe können überzeugen. Ich bitte, doch Beispiele anzuführen, welche diesfalls vorhanden sind, dann kann man darüber sprechen, aber es bezweifeln — das, glaube ich, solle der College dem Collegen gegenüber nicht thun, solange er nicht in den Fehler des Aufschneidens verfällt, was Sie mir gewiss nie werden vorwerfen können.

Die Dinge liegen also so, wie ich gesagt habe, und nicht anders. Die Gemeindevertretung hat es in ihrer Hand, gnädig oder hart zu sein. Die Wiener Gemeindevertretung wird nie hart sein, sie wird immer ihre Augen offen halten und milde auch gegenüber denjenigen sein, die sich in solchen Verhältnissen befinden.

Meine Ausführung scheint Ihnen schon etwas zu lang zu sein. Ich werde daher schließen. Ich bitte Sie jedoch, meine Herren, glauben Sie meinen Worten, es ist so, wie ich sage. Weiter gehen Sie keinesfalls, als die Vorlage und der Stadtrath Ihnen vorschlägt! (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Herrdegen: Ich habe mich bemüht, den vorliegenden Gesetzentwurf von drei Gesichtspunkten aus zu beurtheilen: 1. vom socialpolitischen, der mir der wichtigste erscheint, 2. vom Standpunkte der Gemeindefinanzen, insbesondere der Finanzen der Stadt Wien, und 3. vom ethischen Standpunkte, unter welchen ich auch die nationalen Erwägungen stellen möchte.

Das Resultat meiner Beurtheilung des vorliegenden Gesetzentwurfes war kein günstiges. Ich gestehe, dass ich von keinem Gesichtspunkte aus von der Vorlage befriedigt sein kann. Vor allem muss ich bemerken, dass sich mir oft die Frage aufgedrängt hat, wo denn eigentlich der gesetzgeberische Ernst in dieser Vorlage zu treffen ist. Nach meiner Meinung hat dieser Gesetzentwurf, trotz der eingehenden und sowohl vom Herrn Referenten als wie den Herren Vorrednern — ich will den letzten Vorredner ausnehmen — ausgesprochenen trefflichen Kritik, immerhin eine günstigere Beurtheilung erfahren, als er nach meiner Auffassung verdienen würde. Unverkennbar ist es, dass alle Herren bemüht waren, aus dem Gesetzentwurfe gewissermaßen den sittlichen Kern, den eigentlichen socialpolitischen Wert herauszufinden, zu erforschen. Ich glaube, dass man sich mit dem nicht zufrieden geben kann, dass man in Dingen der Gesetzgebung nicht zufrieden sein darf mit dem Willen des Gesetzgebers, sondern dass man die That, das Werk fordern muss.

Wenn man nun die Frage vom socialpolitischen Standpunkte beurtheilt, so kommt hier vor allem die eine Erwägung in Betracht, dass ein Unterschied gemacht wird zwischen den verarmten Staatsbürgern, welche eine directe Steuer zahlen, und jenen, welche in indirecter Weise besteuert sind. Es wurde ja darüber bereits gesprochen und dieser Punkt auch gewürdigt in Anträgen, welche höchstwahrscheinlich angenommen werden dürften. Aber auch andere Umstände, meine Herren! Das Gesetz hat nur dann Wirksamkeit, wenn der Betreffende sowohl mit seinen Steuern nicht im Rückstande geblieben ist, wenn er nicht der öffentlichen Armenpflege anheimgefallen ist, wenn er einen vorwurfsfreien Lebenswandel geführt hat — eine ganze Menge von Qualificationen wird gefordert. Es ist also von diesem Gesichtspunkte aus wohl erlaubt, zu sagen, dass das Gesetz eigentlich nur für Personen berechnet ist, welche wirtschaftlich und sittlich vollkommen aufrecht stehen, und dass das Gesetz keine Rücksicht auf jene Personen genommen hat, welche ihren wirtschaftlichen und sittlichen Stützpunkt verloren haben, sei es nun durch eigene Schuld oder durch die Schuld anderer. Ich glaube, mit diesen Erwägungen muss man wohl zur Überzeugung kommen, dass der Gesetzentwurf vom socialpolitischen Standpunkte keineswegs ein solcher ist, dass man sich für ihn begeistern könnte.

Nach meiner Meinung müssen vor allem anderen jene Qualificationen wegfallen. Denn es unterliegt gar keinem Zweifel, dass der Arme naturgemäß unterstützt werden soll vermöge der Armut, in der er sich befindet, und aus keinem anderen Grunde, und selbst wenn die Gesellschaft sich humanitärer Erwägungen in diesem Sinne entäußert, so müsste sie zu demselben Resultate kommen rein nur im Interesse ihrer selbst, im Interesse der Gesellschaft als solcher. Ich glaube, dass eigentlich ein ungeheurer Widerspruch in allen diesen Beschränkungen liegt zwischen dem Willen des Gesetzgebers, der hier zum Ausdrucke kommen soll, und der Wirkung des Gesetzes, welche wir erwarten müssen. Eine der ungeheuerlichsten Bestimmungen ist wohl die, dass das Gesetz erst Giltigkeit erlangen wird im nächsten Jahrhunderte. Wir haben es also mit einer Anweisung auf ein anderes Jahrhundert zu thun. Nehmen wir einzelne praktische Beispiele vor. Was wird dann geschehen, wenn dieses Gesetz kundgemacht wird? Es kommt beispielsweise in ein Armeninstitut die Witwe eines Mannes, der 40 Jahre hier gelebt, 40 Jahre Steuer gezahlt hat, die Zuständigkeit aber aus Nachlässigkeit oder aus anderen Gründen nicht erworben hat. Die Frau befindet sich, vielleicht mit Kindern, in einer kritischen Situation; sie wendet sich an den Armenrath oder den Obmann eines Armenrathes und der wird ihr erklären müssen: ja, liebe Frau, kommen Sie im nächsten Jahrhunderte, in diesem Jahrhunderte haben wir noch keine Gelegenheit, Sie zu unterstützen, kommen Sie in 10, 15 Jahren, dann wird man Sie unterstützen, dann wird die Wiener Gemeinde auch ihr goldenes Wiener Herz wieder zeigen.

So geht es nicht; die Fonde, die für Nichtzuständige zur Verfügung sind, reichen nicht aus. Es wird thatsächlich vorkommen, was der Herr Vorredner nicht annimmt, und es ist auch schon vorgekommen, obwohl ich gleich hinzufüge und es mit voller Überzeugung ausspreche, dass von keiner anderen Stadt, was Milde der Auffassung in der Armenpflege betrifft, Wien übertroffen werden kann — aber vorkommen kann und wird es auch vielleicht, dass derartige Personen dann abgeschoben werden. Das wird die Wirkung des Gesetzes bis nach 10, 15 Jahren sein.

Im Hinblicke auf die finanzielle Bedeutung des Gesetzes wurden vom Herrn Referenten wie von den übrigen Herren Vorrednern bereits eingehende Äußerungen gebracht. Dass auch von diesem Gesichtspunkte aus die Erwägungen keineswegs beruhigend sind, ist ja klar. Es liegt dies nicht allein darin, dass die großen Stadtgemeinden durch das Gesetz, wenn es so zur Ausführung gebracht wird, wie es gedacht ist, wesentlich bedroht werden in ihrer finanziellen Lage, sondern es wird auch eine Reihe von kleineren Gemeinden betroffen, insbesondere solche, in deren Nähe Fabriken sind.

Nun muss doch zugegeben werden, dass hierin wahrhaftig keine Beruhigung liegen kann, sondern dass man zu dem Resultate kommen muss, es sei eigentlich gegenüber den jetzigen traurigen Verhältnissen durch die Annahme dieses Gesetzes gar nichts gebessert. Nun lässt sich auch behaupten, dass in der Übergangszeit

von der Annahme des Gesetzes bis zur Wirksamkeit desselben gewiss alle Gemeinden bestrebt sein werden, in ihrem eigenen Interesse strenger vorzugehen als bisher, nachdem ja die Bestimmung vorgesehen ist, deren Streichung allerdings der Stadtrath beantragt, dass der früheren Heimatsgemeinde die Möglichkeit gewahrt werden soll, sich ihrer verarmten Angehörigen zu entäußern. Halten wir uns vor Augen, dass die kleineren Gemeinden höchstwahrscheinlich sich sofort auf diesen Punkt werfen und mit aller Entschiedenheit und Raschheit sich vor der Gefahr der Armenversorgung ihrer Angehörigen, welche in anderen Städten leben, wahren werden, dass aber die größeren Städte in dieser Angelegenheit schon aus rein verwaltungstechnischen Gründen wenig machen können, und Sie werden zugeben, dass auch hierin eine große Unbilligkeit liegt. Ich glaube, dass der Verfasser dieses Gesetzentwurfes die Frage, inwieweit er in Bezug auf die finanzielle Seite desselben gehen kann, wirklich, ich möchte sagen, unverantwortlich leicht genommen hat. Es ist auch gar kein Äquivalent den Gemeinden geboten, sie werden einfach auf die Competenz der Landtage gewiesen; darin soll die ganze Beruhigung liegen? Ich komme also zu dem Schlusse, dass auch vom finanziellen Standpunkte der vorliegende Gesetzentwurf unannehmbar erscheint.

Wenn ich nun auf den letzten Punkt komme, nämlich auf den ethischen Gesichtspunkt, unter welchen ich auch den nationalen stellen würde, so möchte ich vor allem bemerken, dass im Entwurfe der Begriff Heimat nur mehr ein juristischer Begriff ist. Ethisch bedeutet er in dem Gesetzentwurfe gar nichts. Nun kommt die Vorlage hier mit dem eigenen Motivenberichte in Widerspruch, denn in letzterem wird ausdrücklich gesagt — und zwar an der Stelle, wo man sich gegen den Unterstützungsfond ausspricht — dass dieser Unterstützungswohnsitz angeblich das Heimatsgefühl tödte und dass mit Rücksicht auf diesen Umstand es nicht ersprießlich und empfehlenswert erscheine, die Armenpflege von der Heimatsgesetzgebung loszulösen.

Meine Herren! Ich glaube, dass wir nicht sagen können, der Begriff „Heimat" sei lediglich ein juristischer Begriff. Ich glaube vielmehr, der Begriff „Heimat" ist auch ein ethischer Begriff, und wir würden ja mit der Geschichte, mit unserer Literatur und dem lebendigen Empfinden des Volkes, ja, man könnte sagen, dem lebendigen Empfinden aller sesshaften Völker uns in Widerspruch setzen, wenn wir dem Begriffe „Heimat" alle Ethik absprechen. Beweist uns nicht die Gegenwart, dass es anders ist? Richtig ist allerdings, dass die Freizügigkeit und unsere socialen Verhältnisse dem Heimatsgefühle nicht zuträglich sind, aber erloschen ist dasselbe gewiss nicht. Zum Heimatsgefühle gehört auch nicht viel; es gehört dazu nur die Erinnerung an die Kindheit, die erste Jugendzeit, es gehört dazu das Vermögen, sich daran zu erinnern, dass man Eltern, Geschwister und Spielgenossen gehabt hat, dann wird der Begriff der Heimat im Herzen festsitzen und nicht so leicht ausgerottet werden können. Es wird freilich zugegeben werden müssen, dass das Kind des industriellen Arbeiters wohl von diesem Gefühle weniger in sich aufnehmen und es auch schwerer als andere Menschen im Herzen bewahren wird. Ausgeschlossen ist es gewiss in diesen Kreisen auch nicht, und gewiss wird das Gefühl lebendig, wenn die Lebensverhältnisse sich günstiger gestalten.

Wurzelt nicht in dem Heimatsgefühle der Patriotismus, der vom Staate in seinen Geld- und Kriegsnöthen so oft angerufen wird? Wenn das Heimatsgefühl nicht mehr als ethischer, sondern nur mehr als juristischer Begriff existieren würde, so würde wahrscheinlich der Patriotismus auch nur mehr ein juristischer und kein ethischer Begriff sein.

Nun, meine Herren, ich möchte auch wissen, wie beispielsweise jene Herren, welche dem Lehrerstande angehören, es zuwege brächten, ihren Schülern, was ja auch ihre Aufgabe ist, das warme Gefühl für das Vaterland einzuflößen, ihr Heimatsgefühl, ihren Patriotismus schon in der jungen Kinderseele wachzurufen, wenn wir den ethischen Begriff der Heimat nicht gelten lassen, sondern lediglich von dessen juristischen Begriffe sprechen. Ich weiß wohl, dass die Juristen, welche anwesend sind, glauben werden, es sei das eine ganz überspannte Gefühlsäußerung, der ich hier Ausdruck gebe. Aber ich glaube, sie kommen zu diesem Urtheile nur als Juristen, gewiss nicht als Menschen, und als Juristen, glaube ich, können sie über das Heimatsgefühl nicht mit mehr Competenz urtheilen, ob es berechtigt ist oder nicht, als vielleicht der berühmteste Anatom uns wird nachweisen können, welche Gefühle das Herz beseelt haben, das vor ihm auf dem Seciertische liegt. Ich glaube, meine Herren, dass wir auch vom ethischen Standpunkte nur zu einer Ablehnung dieses Gesetzentwurfes kommen müssen.

Betrachten wir, welche Wirkungen es in nationaler Beziehung haben wird, und hier braucht man keineswegs auf dem Standpunkte des Deutschnationalen zu stehen, das ist eine Frage, welche ja nicht uns Deutsche und Österreicher, sondern auch alle anderen österreichischen Völkerschaften in gleicher Weise berührt. Dieses Gesetz, losgelöst von dem ethischen Begriffe und eingeführt so wie es gedacht ist und in der Wirkung, wie sie unausbleiblich erscheint, wird das Heimatsgefühl und auch die nationalen Gesinnungen in abträglicher Weise beeinflussen, andererseits wird man doch zugeben müssen, dass das nationale Leben, wie es ja uns Deutschen die Geschichte lehrt und wie wir auch in der Gegenwart aus dem Völkerleben wahrnehmen können, Sitte und Thätigkeit der Völker nur zu fördern vermag, wenn auch mitunter große Überspanntheiten hervortreten und des Guten zuviel geschieht. Gewiss aber ist es ein moralischer Factor, der im öffentlichen Leben nicht entbehrt werden kann und vor allem von dem Gesetzgeber mehr gewürdigt werden sollte, als es in diesem Gesetzentwurfe geschehen ist.

Wenn ich nun dazu komme, mich darüber zu äußern, was eigentlich dem Gesetzentwurfe mangelt — auf Details will ich mich ja nicht einlassen — so kann ich mich kurz fassen und muss mich dahin aussprechen, dass man die Armenversorgung nicht loslöse von der Zuständigkeit, von dem Heimatsrechte. Die Armenversorgung muss auf eine andere Grundlage gestellt werden. Solange sie auf der Grundlage besteht, wie sie heute ist oder wenn sie auf jener Grundlage aufgebaut wird, wie sie in diesem Gesetzentwurfe geplant ist, werden stets Härten, grobe Einschränkungen und Fälle vorkommen, welche für unsere Zeit gewiss nicht angemessen sind. Es ist überhaupt falsch, die Armenpflege vom Standpunkte der Humanität aufzufassen; wir haben mit Humanität in erster Linie nichts zu thun, sondern hier handelt es sich um ein socialpolitisches Pflichtbewusstsein der Gesellschaft, welches von dem einzelnen Individuum von seiner Geburt bis zu seinem Tode Leistungen verlangt. Diese organisierte Gesellschaft, der Staat, ist gewiss verpflichtet, in dem Momente, wo das Individuum nichts mehr leisten kann, wenn es erwerbsunfähig ist, sei es für eine

gewisse Zeit oder bleibend, einzutreten. Und da sind alle anderen Verclausulierungen, ob hier ein Aufenthalt in einer Gemeinde von soundsoviel Jahren sein muss oder ein längerer, nach meiner Meinung gleichgiltig; die Thatsache allein, dass der Betreffende verarmt ist, die Thatsache allein, dass er hier einer Unterstützung bedarf, um menschlich zu existieren, muss für die Gesellschaft genügen, und die Gesellschaft muss die Mittel aufbringen, um hier Abhilfe zu schaffen, sie muss die Mittel aufbringen, um den Betreffenden wirklich in einer Weise zu unterstützen, welche unserer Zeit, unserem Jahrhunderte, welches man das Jahrhundert der Humanität nennt, auch würdig erscheint. (Beifall.)

Dazu aber, meine Herren, kann es gewiss nicht kommen, dass derartige Einrichtungen von einer Gemeinde — und sei es die größte — geschaffen werden; denn diese Gemeinde würde naturgemäß von allen anderen ausgenützt werden, es würde ein ganz unmoralisches Treiben eintreten. Es muss eine größere Organisation geschaffen werden, eine Organisation, welche das ganze Reich umfasst. (Beifall.)

Ich kann mich daher auch, obwohl nur grundsätzlich, dem Antrage des Herrn Dr. Lueger anschließen — ich sage nur grundsätzlich — welcher mehr oder weniger auch in dem veränderten Stadtraths-Antrage Berücksichtigung erfahren hat. Ich glaube aber doch berechtigt zu sein, die geehrten Herren aufmerksam zu machen, dass ich schon am 20. Februar d. J. einen Antrag bezüglich der Reform der Armenpflege eingebracht habe. Dieser Antrag ist eigentlich gewiss bescheiden gehalten, denn er gipfelt in dem Vorschlage: zur Reform der Armenpflege sei eine Preisausschreibung vorzunehmen. Es sind aber für die Preisausschreibung, beziehungsweise für die Arbeiten, welche zu liefern sein werden, in einer Reihe von Punkten in ganz bestimmter Weise jene Gesichtspunkte angeführt, von welchen aus eine derartige Arbeit geführt werden soll. Ich glaube auch, dass es der einzige richtige Weg ist, mag man es zugestehen oder mag man es nicht, dass in Wien die Armenpflege nicht günstig gehalten ist; das Herz thut es nicht allein; ich stimme hier mit dem unmittelbaren Herrn Vorredner überein, es muss auch der Verstand mitwirken, und der Verstand bleibt bei der Armenpflege in Wien mitunter weit zurück. Das muss in Zukunft anders sein. Wir können aber diese Organisation allein nicht schaffen; wir werden sie wohl verbessern, aber eine radicale Abhilfe werden wir nicht schaffen können. Es muss eine Organisation eintreten, welche das ganze Reich umfasst, und in diesem Sinne sollte sich die Gemeinde Wien aussprechen.

Wenn uns nun heute ein abgeänderter Antrag des Stadtrathes vorliegt, so muss ich sagen, dass dieser Antrag, so gut er gemeint ist, und so gerne ich zugebe, dass er eine Verbesserung gegenüber dem uns in der letzten Sitzung vorgelegenen Antrage enthält, mir dennoch übereilt erscheint, denn ich glaube nicht, dass wir in der Lage sind, mit voller Überlegung heute im Laufe der Debatte eine derartige große Frage, ein derartig großes Reformwerk in einer vollständig zweckdienlichen Weise anzubahnen, beziehungsweise anzuregen und darüber Beschlüsse zu fassen. Hier ist reiflichere Arbeit nothwendig, und ich würde sehr gerne sehen, wenn in dieser Beziehung eine Abänderung getroffen würde. Es dürfte auch kaum angehen, dass die Gemeinde Wien sich hier in einer kurzen Weise in einem Antrage, der nach meiner Meinung einerseits zu allgemein gehalten ist, andererseits wieder zu viel Details enthält, sich über diese Frage ausspricht, sich gewissermaßen an einen Beschluss bindet, der ein reifliches Studium erfordert und vor allem eine bessere Vorbereitung des ganzen Materiales nothwendig erscheinen lässt. (Sehr richtig! rechts.)

Nun, meine Herren, ich glaube, dass wir in dieser ganzen Frage, die uns jetzt zwei Sitzungen beschäftigt, nicht so sehr gefügig sein sollten, nicht so sehr uns bescheiden sollten, das zu nehmen und das mit gutem Willen herauszufinden, was allenfalls Gutes in dieser Vorlage enthalten ist, sondern dass wir einen entschiedeneren Standpunkt einnehmen sollten, und zwar einen entschiedenen Standpunkt im Sinne der Ablehnung.

Ich glaube, dass man immerhin bei einem entschiedenen, einigen Auftreten mit dem Willen der Gemeindevertretung von Wien wird rechnen müssen, und es werden sich vielleicht andere große Gemeinden in gleicher Weise äußern und sich unserem Vorgehen anschließen.

Ferner wirft sich die Frage auf: Ist es nicht doch geboten, dass wir diesen Gesetzentwurf trotz aller seiner Mängel annehmen, beziehungsweise uns dafür erklären, weil wir gegenwärtig ein Heimatsgesetz haben, das ungeheure Mängel und Härten in seiner Anwendung zulässt. Diese Frage ist gewiss berechtigt. Ich komme aber über diese Frage mit einer einzigen Erwägung hinaus. Für mich ist die Erwägung ausschlaggebend, dass man, wenn wir diesen Gesetzentwurf nun annehmen, welcher ja erst in zehn bis fünfzehn Jahren seine Wirksamkeit erlangen wird, dann dieses Gesetz fortbestehen lassen wird mit allen seinen Mängeln und Härten, und dass man uns vor allem anderen sagen wird: Wir müssen vorerst die Wirkungen dieses Gesetzes kennen lernen, bevor wir Neuerungen oder Abänderungen vornehmen. Wir werden also auf ein Vierteljahrhundert vertröstet werden. Wenn hingegen die Ablehnung dieses Entwurfes im Reichsrathe erfolgt, dann — glaube ich — wird die Regierung wohl nicht in der Lage sein, sich der Aufgabe zu entziehen, die Reform der Heimatsgesetzgebung und der Armenpflege ernstlich und in kürzester Zeit zum Gegenstande ihres Studiums und einer eingehenden Behandlung zu machen. Diese Erwägungen bestimmen mich, nicht für den Antrag des Stadtrathes, selbst in der Form, wie er uns heute vorliegt, zu stimmen.

Ich habe mich nun allerdings gefragt: Sollte ich meine Ausführungen mit einem Antrage abschließen? Ich weiß wohl, dass hier die beiden großen Clubs bereits Beschlüsse gefasst haben, und ich, der mit einer kleinen Anzahl von Collegen außerhalb dieser Clubs steht, kann wohl nicht auf eine Unterstützung meines Antrages rechnen, der übrigens ein ganz allgemeiner ist. Trotzdem will ich ihn stellen, in der Überzeugung, dass er der Erwägung wert ist, und dass er wenigstens den einen Vorwurf nicht verdienen wird, dass er nach der einen oder anderen Richtung sich für etwas Unrichtiges entschieden hat. Mein Antrag lautet (liest): „Es sei an das Abgeordnetenhaus eine Eingabe mit der Bitte zu richten dasselbe möge den von der hohen Regierung eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Heimatsgesetzes vom 3. December 1863, ablehnen und die Regierung auffordern, mit aller Dringlichkeit eine Reform der Armenversorgung und die Loslösung derselben vom Heimatsrechte, beruhend auf der Schaffung eines Reichsarmenfondes, in Angriff zu nehmen." (Beifall.)

Meine Herren, es ist vielleicht nur eine Form, wenn ich Ihnen diesen Antrag zur Annahme empfehle. Ich täusche mich nicht, Sie werden ihn nicht annehmen. Aber, meine Herren, verkennen Sie das eine nicht: unsere Zeit bedarf, ich möchte sagen, eines nackenstarken Bürgerthums. Zeigen wir einmal, dass wir in

einer solchen Frage uns nicht alles aufoctroyieren lassen, zeigen wir einmal, dass wir auch einig und fest sein können, verhalten wir uns diesem Gesetzentwurfe gegenüber ablehnend. Die Position der Stadt Wien wird dadurch gewiss keine Verschlechterung erfahren. Wir werden es vielleicht dazu bringen, namentlich, wenn sich uns andere größere Stadtgemeinden anschließen, dass uns nicht mehr der gute Wille des Gesetzgebers geboten wird, sondern dass wir wirklich ein gutes, unseren Zeitverhältnissen entsprechendes Gesetz erhalten. (Beifall.)

(Während vorstehender Rede hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Gem.-Rath Dr. Mittler hat das Wort.

Gem.-Rath Dr. Mittler: Angesichts des Frontwechsels, welchen die Anträge des Stadtrathes involvieren und welcher eine gewisse Compromissluft naturgemäß athmet, ist die Stellung der Redner zu diesem Gegenstande wesentlich erschwert. Es kann sich daher in diesem Zeitpunkte nicht mehr so darum handeln, gewisse in der Debatte hervorgekommene Gesichtspunkte im einzelnen zu widerlegen, als vielleicht nur einige hauptsächliche Bemerkungen, welche von der einen oder der anderen Seite ausgegangen sind, in entsprechender Weise zu begegnen. Da muss denn zunächst constatiert werden, dass durch die Reden, wie wir sie gehört haben, bei aller ihrer Sachlichkeit und Gründlichkeit denn doch ein gewisser Zug des Widerspruchsvollen gegangen ist, ein Zug, welcher sich am besten dahin ausprägt, dass man auf der einen Seite von der Nothwendigkeit der Reformen, von der Traurigkeit der zu reformierenden Umstände überzeugt ist, auf der anderen Seite aber die Mittel, welche vorgeschlagen werden, bekämpft.

Bis zu einem gewissen Grade ist das berechtigt, aber man kann, glaube ich, nicht einer Regierung den Vorwurf machen, dass sie ein solches Heimatsgesetz vorgelegt hat, welches ja, so wie es ist, in den wesentlichen Punkten kaum anders sein könnte, wenn man so lebhafte und laute Klagen darüber erhebt, dass die Zustände, die geregelt werden sollen, geradezu traurige und grausame sind. Denn eine Lösung dieser Frage ohne Belastung der Reichshaupt- und Residenzstadt ist meiner Ansicht nach geradezu undenkbar. Wie immer Sie das Gesetz anpacken, ob Sie die Gemeinde, das Reich, das Land oder alle zusammen nach einem gewissen Verhältnisse als denjenigen Factor betrachten, welchem die Executive in der Armenpflege obliegt, wird immer die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien in der einen oder anderen Weise die Hauptlast tragen. Wenn Sie die Lasten auf das Land repartieren, so ist Wien der größte Steuerträger des Landes, wenn Sie die Lasten auf das Reich repartieren, ist Wien doch gewiss einer der größten Steuerträger des Reiches. Es wird sich dann für Wien nicht nur darum handeln, die eventuelle Last der Armenversorgung Niederösterreichs percentuell auf sich zu nehmen, sondern die Kosten der Armenversorgung des ganzen Reiches auf sich zu nehmen, an welchen Wien Antheil haben wird. Die Frage ist unlösbar ohne finanzielle Mehrbelastung und wo ethische und culturelle Interessen auf dem Spiele stehen, ist es gerechtfertigt, dass Wien einen Theil dieser Lasten auf sich nimmt. Strittig ist nur die Grenze, bis zu welcher da gegangen werden soll, sowie das Maß der Compensationen.

Die Ausführungen, welche mich eigentlich dazu bewogen haben, das Wort zu ergreifen, waren die des letzten Redners in der letzten Debatte; ich will aber denn doch vorher einige Bemerkungen des Collegen Dr. Geßmann zu widerlegen mir erlauben. Er hat bemerkt, dass die Ersparungen, welche erzielbar sind, wenn die Wünsche der Gemeinde vom Abgeordnetenhause berücksichtigt werden, sich wohl nicht annähernd beziffern lassen, dass sie aber gewiss nicht mehr wie 150.000 fl. ausmachen würden. Er meint, die ganze Ersparung, beziehungsweise die finanzielle Differenz zwischen dem, was die Regierung, und dem, was die Gemeinde will, liegt nur darin, dass wir wünschen, dass die Taxen uns belassen werden, und dass wir negieren, dass auch Ausländer Heimatsrecht sollen erwerben können unter den in der Regierungsvorlage vorgezeichneten Bedingungen. Aber, meine Herren, ich glaube, dass die finanzielle Tragweite auch in dem zu erblicken ist, was in der Abänderung der §§ 2 und 3 der Regierungsvorlage gelegen ist. Wenn die Regierung darauf eingeht, dass nicht der fünfjährige, sondern der zehnjährige Aufenthalt directer Steuerträger, und nicht der zehnjährige, sondern der 15jährige Aufenthalt von Nichtsteuerträgern die Voraussetzung der Erwerbung des Heimatsrechtes sein soll, so glaube ich, wird das finanziell noch in einer anderen Weise zum Ausdrucke kommen, als der Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann glaubt. Ich glaube, das ist eine Ersparung, welche sich momentan nicht berechnen lässt — ich wenigstens verfüge nicht über die Daten — aber ich glaube wohl, dass das eine bedeutende Entlastung der Gemeinde bedeutet, ganz abgesehen davon, dass der Zeitpunkt viel später beginnen würde, wo die Gemeinde ihre Verpflichtung gegenüber den Heimatsrechtswerbern zu erfüllen hätte, was sich ja auch capitalisieren lässt.

Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann hat auch eine Behauptung aufgestellt, welche ich mich verpflichtet fühle zu widerlegen. Ich spreche da zwar von einer Periode, in welcher ich dem Gemeinderathe nicht angehört habe, aber ich glaube verpflichtet zu sein, in dieser Richtung zu sagen, was ich weiß. Er hat nämlich die Meinung ausgesprochen, dass seitens der Gemeinde Wien die Anträge, welche von seiner Seite und von ihm befreundeter Seite gestellt worden sind, nicht genügende Würdigung erfahren haben. Er hat es so dargestellt, als ob man die Sache hätte versumpfen lassen, als ob seine Anträge wirkungslos verhallt wären.

Dem gegenüber muss ich mich auf die Protokolle des Gemeinderathes aus früherer Zeit beziehen, und ich widme diesem Umstande Aufmerksamkeit, weil wir mit Recht besorgen können, das solche Argumente, hier und auch anderswo vorgebracht, dazu benützt werden, um über die Majorität des Gemeinderathes die Meinung zu verbreiten, als würde sie so wichtige Fragen vernachlässigen und sich um dieselben nicht weiter bekümmern.

Im Jahre 1882, in der Sitzung vom 30. December, hat richtig Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann einen Dringlichkeits-Antrag gestellt, in welchem er gebeten hat, dass eine Enquête eingesetzt werden möge, welche sich mit der Frage des Heimatsrechtes, beziehungsweise der Armenversorgung beschäftigen soll.

Dieser Dringlichkeits-Antrag wurde angenommen; es hat sich die Commission mit dieser Sache beschäftigt und es wurde kurze Zeit darauf — am 16. März 1883 — von der damaligen I. Section ein Referat erstattet über den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Geßmann, welcher beantragt hatte, es möge eine Enquête eingesetzt werden, die diese Frage zu prüfen hat.

Es wurde über Antrag des damaligen Referenten beschlossen, dass die Commission, welche damals bestand, verstärkt werden und diesen Gegenstand behandeln solle.

Ein Jahr darauf wurde über diesen Gegenstand referiert, und zwar in einer vollständig erschöpfenden Weise.

Ich glaube, es ist nicht uninteressant zu constatieren, dass der Berichterstatter der damaligen Commission, welcher den Bericht derselben vertreten und die Anträge gestellt hat, Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann selbst gewesen ist, unter dessen Mitwirkung ein Beschluss des Gemeinderathes in dieser Richtung zustande gekommen ist, ein Beschluss, der heute, sozusagen, durch die Regierungsvorlage Actualität gewonnen hat.

Es wurde nämlich, nachdem sich Herr Dr. Geßmann den anderen Anträgen conformiert hatte, der Beschluss gefasst: „Der Gemeinderath von Wien richtet an den nied.-österr. Landtag das Ersuchen — es lag damals ein Gesetz über den Landesarmenfond vor — den vorliegenden Gesetzentwurf auf Gründung eines Landesarmenfondes abzulehnen und mit der Regelung des Armenwesens so lange zuzuwarten, bis durch die Reichsgesetzgebung die im Zuge befindliche Revision des Heimatsgesetzes vom 3. December 1863 erfolgt ist."

Jetzt ist also dieser Moment gekommen, wo der damalige Beschluss des Gemeinderathes, wie ich sagte, Actualität gewonnen hat. Die Gemeinde hatte keine Ingerenz auf die Herbeiführung des Reichsgesetzes. Der Moment ist heute gekommen, und heute feiert der Berichterstatter von damals die Genugthuung, dass der Moment da ist, von dem er gesagt hat, dass er abgewartet werden müsse, bevor wir überhaupt über die Sache etwas entscheiden können.

Ich glaube also, es ist der Vorwurf nicht begründet, dass man der Frage nicht genügend Aufmerksamkeit zugewendet habe; wenn wir bedenken, welche Erhebungen und Studien nothwendig gewesen sind zur Herbeiführung des Materiales, welches dem Gesetze zugrunde liegt, welche Tabellen und Gutachten ꝛc. in Betracht zu ziehen waren, so wird man zur Erkenntnis kommen, dass man es mit Dingen zu thun hat, die sich nicht von selbst machen und die man nicht ins Blaue hinein machen kann. Ich glaube, dass auch die Anträge des Dr. Lueger nicht so einfach durchführbar sind. Sie werden Erhebungen fordern, von deren Umständlichkeit wir uns heute keinen Begriff machen. Man kommt zur Erkenntnis, dass in der Frage nicht gerade mit dem für manchen wünschenswerten Tempo gearbeitet, dass aber nichts Wesentliches versäumt wurde. Ich kann Sie übrigens versichern, dass auch die Gesetzgebungen anderer Staaten dieses Ressort in einem gewissen liquiden Zustande erhalten, denn es ist nicht möglich, solche Dinge, die mit soviel anderen zusammenhängen, wo ganze Complexe von Fragen des öffentlichen und des Privatrechtes aufgeworfen werden, summarisch zu behandeln. Deutschland hat es gethan im Jahre 1870. Man hat dort damals im Trubel des Enthusiasmus ein Gesetz geschaffen, welches sich aber heute schon als sehr verbesserungsbedürftig herausstellt, und die hervorragendsten Rechtslehrer und Praktiker auf dem Gebiete des Gemeindewesens sind zur Erkenntnis gekommen, dass die Basis dieses Gesetzes, welches übrigens ja eine exemte Stellung für Baiern und Elsass-Lothringen zugelassen hat, sehr verhängnisvoll sei, dass dasselbe mit Lasten und anderen Unzukömmlichkeiten verbunden sei, welche man jetzt dadurch zu verbessern trachtet, dass man sich anschickt, Compromisse zwischen der Idee des Unterstützungswohnsitzes und des Heimatsrechtes zu schaffen.

Ich habe nur noch einige Bemerkungen gegenüber der Rede des Gem.-Rathes Tomola zu machen. Herr Gem.-Rath Tomola wurde uns vom Führer seiner Partei als jener Redner bezeichnet, welcher die Aufgabe habe, die Rückwirkung dieses Gesetzes vom nationalen Gesichtspunkte zu begutachten. Wir haben die Ausführungen seiner unter solcher Autorität gehaltenen Rede mit gebürender Aufmerksamkeit verfolgt, aber ich glaube, dass für jeden, der sich nicht durch kunstvoll gefügte Worte und absichtliche Zurückhaltung in der Wahl der Ausdrücke täuschen lässt, diese Rede höchst traurig war, traurig in dem Sinne, dass sie uns wieder die große Conflictslinie vor Augen führte, welche die Humanitätsidee auf der einen Seite und die nationale Idee auf der anderen Seite darbietet.

Wir wissen alle, dass unter dem Prätexte der nationalen Idee manche Bestrebungen sich breit machen, welche dem Gedanken der Humanität entgegenstehen, aber es war nicht vorauszusehen, dass in diesem speciellen Gebiete, um das es sich heute handelt, dieser Conflict wieder zum Ausdrucke kommen werde.

Ich weiß nicht, ob Herr Gem.-Rath Tomola ein Recht dazu gehabt hat und ob er selbst von seinem Standpunkte als nationaler Politiker es für seine Pflicht gehalten hat, von vornherein, ehe noch dieses Gesetz in Wirksamkeit getreten, ehe noch auf Basis desselben „neue Wiener" entstanden sind — wie er sich ausdrückt — die Hälfte dieser präsumtiven neuen Wiener des Mangels an echtem wahren Gefühle für diese Stadt, der Liebe zur Scholle dieser Stadt zu beinzichtigen. Aus dem Percentsatze, den er angewendet hat, muss man schließen, dass dieser Vorwurf, den er anticipando erhebt, sich gegen einen größeren Kreis richtet, als gegen die Gruppe, die er vielleicht zunächst im Auge hat.

Wenn man von einer halben Million spricht, der man von vornherein imputiert, dass sie ihrer neuen Heimatsberechtigung keine Ehre machen wird, zieht man den Kreis schon ziemlich weit bezüglich derjenigen, von welchen man glaubt, dass sie einmal unserer Wienerstadt zugeführt, sich derselben gegenüber nicht entsprechend verhalten werden. Ich glaube, dass eine solche Auffassung der richtigen Beurtheilung des Wesens und Charakters einer Großstadt vollständig entbehrt; ich glaube überhaupt, es ist eine Irrlehre, dass sich das, was man specifisch-nationalen Charakter nennt, einer Großstadt erhalten lässt, und dass eine Großstadt überhaupt Wert darauf legen soll, einen ausgeprägt exclusiv-nationalen Charakter anzunehmen. (Oho-Rufe links.) Ich bitte, mich gütigst anzuhören. Ich bin nicht der Ansicht, dass der Grundzug, das Wesen einer Stadt, die historisch überkommene Gestaltung derselben leichterdings der Verwischung anheimgegeben werden soll. Aber ich glaube, dass man die Majoritätsverhältnisse, die Populationsziffern, die Proportionen, nicht als entscheidend bei der Beurtheilung dieser Frage ansehen kann. Dass der Stadt Wien ihr Charakter als der eines deutschen Culturcentrums erhalten bleiben soll, ist ein Wunsch, in dem sich viele miteinander begegnen, welche mit Herrn Gem.-Rath Tomola auch nicht einverstanden sind.

Ich glaube weiters, dass, wenn wir Paris, London und vielleicht selbst das deutsche Berlin betrachten, wir nicht sagen können, dass die Ziffernverhältnisse der dort repräsentierten Nationalitäten zu einander derartige sind, dass man schon deshalb diesen Städten einen französischen, englischen oder deutschen nationalen Charakter von vornherein imputieren muss. (Widerspruch links.) Das sind Richtigkeiten, an denen sich nicht zweifeln lässt. In der Stadt Paris beispielsweise leben alle Nationen beisammen, und wenn Sie heute eine Zählung veranstalten würden, so weiß ich nicht, ob gerade die Franzosen in jener imposanten Majorität sich befinden, welche Herr Gem.-Rath Tomola geradezu für Wien festzuhalten wünscht, und es wird doch niemandem einfallen, den französischen Charakter dieser Stadt zu bestreiten, ihr zu bestreiten, dass sie Herz und Kopf von Frankreich zugleich ist. So weit können wir, glaube ich, nicht gehen,

und wenn wir derartige Bestrebungen an den Tag legen würden, so wäre damit der erste Schritt zur Erschütterung jener Position gethan, welche unsere vielsprachige und an Nationalitäten so reiche Stadt einnimmt. (Gem.-Rath Hawranek: Er hat ja nur die Juden gemeint!)

Nun möchte ich eine Bemerkung machen, welche ich denjenigen schuldig bin, zu denen ich gehöre, und welche eine Antwort sein soll auf den Schimpf, welchen Herr Gem.-Rath Tomola meinen Glaubensgenossen durch seine Bemerkungen hat zufügen wollen. (Gem.-Rath Gregorig: Die Glaubensgenossen kümmern uns gar nichts!)

Wenn es gestattet ist, solche Bemerkungen zu machen, so muss auch eine kurze — und ich will hoffen, dass sie auch würdig ausfallen wird — eine ruhige Antwort gestattet sein. Herr Gem.-Rath Tomola mag über die Sache denken wie er will. Eines aber kann ich ihm versichern, dass auch unter dem Kaftan, und möge er noch so missfällig in seiner äußeren Erscheinung sein, ein warmes und gutes Herz für dieses Reich und diese Stadt schlagen kann. (Zwischenrufe links.)

Niemand kann dieser Thatsache entgegentreten, und diese Thatsache ist durch die höchste Potenz in diesem Staatswesen anerkannt, welche erklärt hat, dass sie einen Unterschied nicht anerkennt, dass sie jeden Unterthan, er möge welcher Rasse, welcher Confession, welcher Nationalität immer angehören, als gleichwertigen Unterthan ansieht. (Beifall rechts.)

Solche Worte sind entschieden ein Trost und eine Beruhigung gegenüber den Insinuationen und Bemerkungen, wie sie vom Herrn Gem.-Rathe Tomola vorgebracht worden sind. (Beifall rechts.)

Ich schließe, indem ich mich auf diese Bemerkungen beschränke, weil ich nicht der Meinung bin, dass bei der Stimmung, die gegenüber dem Stadtraths-Antrage herrscht, eine detaillierte Auseinandersetzung des Gegenstandes, die nothgedrungen einen polemischen Charakter in dem einen oder anderen Punkte annehmen müsste, stattfinden soll. Wir wollen nicht in dieser Frage polemisieren. Es wird der Zeitpunkt noch kommen, wo eines oder das andere wird vorgebracht werden können, da die heute zur Discussion stehende Frage noch bei verschiedenen anderen Debatten den Gegenstand der Erörterung wird bilden müssen. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Dr. Aechansky (zur Geschäftsordnung): Es ist aus Umständen, welche ja bekannt sind, wünschenswert und nothwendig, dass wir mit der Berathung dieses Gegenstandes zu Ende kommen. Nun ist aber noch eine Reihe von Rednern vorgemerkt, welche Gelegenheit haben werden, ihre Anschauungen von verschiedenen Gesichtspunkten aus zur Geltung zu bringen. Ich beantrage daher Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Debatte beantragt. Ich ersuche jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zum Worte sind noch vorgemerkt die Herren Gem.-Räthe Frauenberger, Dr. Daum, Dr. Friedjung, Dr. Lueger, Dr. Geßmann, Beutnitz, Dr. Stern, Herrdegen, Lang, Noske. (Rufe: Generalredner!)

Gem.-Rath Frauenberger: Meine geehrten Herren! Viel wichtiger als die vorliegende Petition, von welcher ich mir nur eine sehr geringe Wirkung verspreche, scheint mir das Verhalten der Wiener Abgeordneten im Abgeordnetenhause zu sein, welche ja in der Lage sein werden, die Stadt Wien vor solch enormen Auslagen zu schützen, wenn es überhaupt möglich ist. Wenigstens werden die Wiener Abgeordneten Gelegenheit haben, die Verhältnisse zu schildern, welche eintreten müssten, wenn man der Reichshauptstadt eine solche Belastung an den Hals hängen würde, und ich bin daher in hohem Grade neugierig, wie denn unsere Vertreter sich im Abgeordnetenhause in dieser Frage benehmen werden, ob wir denn da nicht endlich das freudige Schauspiel erleben werden, dass sie, welcher politischen Anschauung auch immer sie sonst sein mögen, in dem einen Punkte Schulter an Schulter gehen werden, wenn es gilt, ein bedrohliches Ereignis von der Reichshauptstadt und schwere Lasten von der Bevölkerung abzuwälzen.

Ich glaube, dass sie Hand in Hand zum Schutze für Wien in dieser Frage vorgehen werden. Es ist ja gar nicht zu fassen, wie man der Stadt Wien eine neuerliche Ausgabe, eine bleibende Ausgabe von drei, ja vielleicht von vier Millionen Gulden zumuthen kann in einer Zeit, wo alles unter dem Drucke der Verhältnisse schmachtet, wo Handel und Gewerbe darniederliegen, wie noch niemals (Rufe links: Aha!), wo der kleine Mann zugrunde geht und der größere Geschäftsmann klein wird. In dieser Zeit soll man wenigstens sehen, dass es unmöglich ist, die Bevölkerung der Reichshauptstadt noch weiter zu belasten. Aber, meine Herren, glauben Sie denn, dass dies die Regierung nicht ohnehin weiß? Wir sagen der Regierung gewiss nichts Neues! Daher glaube ich, dass unser Petitionieren auch nicht viel helfen wird. Was werden die Vertreter der anderen großen Städte sagen, die ebenfalls so belastet werden, und es gibt außer Wien auch noch andere Städte, welche so große Lasten nicht vertragen. Man sollte daher meinen, dass sich heute schon im Abgeordnetenhause — ich möchte sagen — ein Club von Städtevertretern gebildet hätte, welche energisch und zielbewusst vorgehen, um diese Vorlage zu Falle zu bringen.

Aber das geht wahrscheinlich nicht, meine Herren. Es handelt sich in erster Linie doch um Wien und bei Wien versucht man es. Ich glaube, dass man dieses Gesetz, welches Wien in einer so enormen Weise belasten soll, den Landgemeindenvertretern versprochen hat. Man hat es ihnen versprochen, und daher muss es auch mit einer so großen Eile durchberathen werden, weil die Landgemeindenvertreter dieses Gesetz schon zu Weihnachten mit nach Hause bringen wollen, das soll ein „Christkindl" sein; auf Kosten der großen Städte will man die Landgemeinden entlasten. Meine Herren! Die ganze Geschichte ist eine Postarbeit und muss daher noch vor Weihnachten fertiggemacht werden.

Wenn wir uns dieses Gesetz ansehen, um wie viel wird es denn eigentlich für den armen Teufel besser werden? Ich sage wenn wir aus unserem gegenwärtig bestehenden Gesetze die gewissen hervortretenden Härten herausnehmen, dann ist mir unser altes Heimatsgesetz noch lieber wie das neue, weil das alte Heimatsgesetz wenigstens eine gesunde Grundlage hat. Und sehen Sie, meine Herren, wie wird es denn den kleinen Gemeinden auf dem Lande ergehen? Sie wissen ja, dass unsere Fabriken heute größtentheils auf dem Lande sind, dass in einer Gemeinde drei oder vier Fabriken sind, dass Sie dort 2000 Arbeiter in einer Gemeinde beschäftigt haben. Was wird denn nun geschehen, wenn von diesen drei oder vier Fabriken plötzlich 500 bis 600 Personen das Heimatsrecht ersessen haben, was wird diese kleine Gemeinde mit diesen Leuten machen? Da muss ja diese kleine Gemeinde auch zugrunde gehen und kann diesen nichts geben. Diese Ersitzung des Heimatsrechtes in kleinen Gemeinden wäre für solche Leute ein

reines Unglück. Solange die Leute arbeitsfähig sind und in diesen Fabriken arbeiten, solange können sie dort bleiben; wenn sie dann nicht mehr arbeitsfähig sind, müssen sie entweder schauen, dass sie weiter kommen, oder vielleicht gelingt es ihnen, rechtzeitig zu sterben; denn auf eine Versorgung können sie nicht warten.

Nun noch das Schönste! Der eigenen Heimatsgemeinde ist es überlassen, wenn jemand zehn Jahre von seiner Heimatsgemeinde weg ist, denselben quasi auszuschulen; sie sucht bei einer anderen Gemeinde, wo sich der Betreffende aufhält, an, damit diese ihn aufnimmt. Meine Herren! Das ist eine geradezu grausame Bestimmung des Gesetzes, die macht den Menschen heimatlos gegen seinen eigenen Willen; unter solchen Umständen muss auch wirklich die Liebe zur Heimat aufhören, ich weiß ja im Augenblicke nicht, gehöre ich noch zur Gemeinde oder haben sie mich schon hinausbugsiert? (Heiterkeit.) Die kleine Gemeinde wird sich sehr vorsichtig erkundigen, und wenn sie weiß, ich bin inzwischen ein reicher Mann geworden, dann wird man mir gestatten, meine alten Tage in dieser Gemeinde zu verleben; wenn sie aber hört, dass ich nichts bin und nichts habe, werden sie schauen, dass sie mich los bekommen.

Meine Herren, für solche Gesetze danke ich und petitioniere gar nicht, dass solche Gesetze zustande kommen. Diese ungeheure Last, welche hier der Gemeinde Wien zugemuthet wird, kann sie nicht vertragen, und wenn Sie darauf hinweisen, dass die Regierung möglicherweise der Gemeinde ein Äquivalent bietet, so bin ich in dieser Richtung sehr misstrauisch, wenn die Regierung es nicht gleich thut. Wenn sie das will, so soll sie es gleich aussprechen; die Regierung soll sagen: das Gesetz geht durch, dafür bekommt aber die Gemeinde Wien, sagen wir, die Einnahmen aus der Verzehrungssteuer. Dann werden wir mit uns reden lassen. Aber uns etwas versprechen, darauf gebe ich nichts; ja nicht einmal versprechen, denn die Regierung verspricht uns ja gar nichts, sondern legt uns einfach den Gesetzentwurf vor, und wir petitionieren nun, dass dieses oder jenes ausgemerzt werde. Meine Herren! Ich stehe daher auf dem Standpunkte des Collegen Herrdegen, dessen Antrag mir äußerst sympathisch ist. Wir müssen einmal der Regierung zeigen, dass wir nicht immer Ja zu sagen haben (Heiterkeit links), und das Parlament soll auch sehen, dass die Gemeinde Wien und ihre Bürgerschaft ein Factor ist, mit dem man rechnen muss, und daher brauchen wir nicht zu allen Dingen Ja und Amen zu sagen. Ich werde daher in erster Linie für den Antrag Herrdegen stimmen. Sollte dieser abgelehnt werden, so erlaube ich mir einen Zusatz-Antrag zum Referenten-Antrage, welcher folgendermaßen lautet:

„Der Gemeinderath wolle noch beschließen, es sei in dieser Petition die bestimmte Erklärung anzuschließen, dass die Gemeinde Wien nicht in der Lage sei, mit Rücksicht auf ihre ohnehin bis auf das äußerste angespannten finanziellen Mittel diese neuerliche Last der Armenversorgung zu übernehmen, und erwartet mit Zuversicht entweder eine andere Lösung dieser Frage oder aber volle Vergütung der betreffenden Auslagen durch den Staat."

Im Falle Sie den Antrag des Collegen Herrdegen nicht annehmen, bitte ich, meinen Zusatz-Antrag zum Beschlusse zu erheben. (Bravo!)

Gem.-Rath Dr. Daum: Wir sind alle darüber einig, dass hier gegen einen Übelstand Abhilfe geschaffen werden soll, der unserer Stadt gewiss nicht zur Ehre gereicht. Der Übelstand ist ja vielfach berührt worden, dass in Wien 65 oder 66 Percent der Bewohner nicht zuständig sind und dass gerade unter diesen Nichtzuständigen der größere Percentsatz unterstützungsbedürftig ist, also Menschen, welche heute zu unterstützen sozusagen gar keine Gemeinde verpflichtet ist. Insofern durch die Regierungsvorlage eine Abhilfe in dem Sinne geschaffen werden soll, müssen wir sie ja begrüßen. Es handelt sich aber nur darum, wie diese Abhilfe geschaffen wird.

Es ist von vielen Seiten heute schon der Ausdruck „Compromiss" gebraucht worden. Ein solches Compromiss ist an und für sich nichts Tadelnswertes; anders als auf dem Compromisswege kann eine Abhilfe überhaupt nicht zustande kommen, und anders können divergierende Interessen an einer Gesetzgebung nicht theilnehmen.

Wie sieht aber dieses Compromiss aus? Es ist zum größten Theile aus dem baierischen Gesetze vom Jahre 1872 — sagen wir — abgeschrieben. Dieses Gesetz ist allerdings unter ganz anderen Voraussetzungen zustande gekommen und ist für Baiern in einem anderen Sinne wichtiger gewesen als für uns, weil Baiern seinerzeit auf dem Standpunkte verbleiben wollte, dass die Gemeinde den Eheconsens zu ertheilen habe. — Die Heimatsgemeinde habe den Eheconsens zu ertheilen; darum wollte Baiern sein altes Heimatsrecht aufrecht erhalten, und ein Compromiss zwischen diesem alten baierischen Standpunkte und dem des Reichs-Unterstützungswohnsitzes sollte damit geschlossen werden. Die Verhältnisse liegen bei uns ganz anders. Überdies unterscheiden sich beide Gesetze in dem Punkte sehr wesentlich darin, dass nach dem baierischen Gesetze ipso jure das Heimatsrecht erworben wird durch fünf- respective zehnjährigen Aufenthalt, während nach diesem Gesetzentwurfe der zu Unterstützende erst bei der Heimatsgemeinde einzuschreiten und das Heimatsrecht zu bescheinigen hat.

Von vielen Seiten ist darauf hingewiesen worden — ich will das nicht wiederholen — dass der eigentliche Zweck des Gesetzes in ziemlich unvollkommener Weise erreicht wird. Sie wissen ja, dass das Einschreiten nothwendig ist, dass ein ununterbrochener Wohnsitz nothwendig ist, dass hier eine strenge Unterscheidung zwischen Steuerzahlenden und Nichtsteuerzahlenden gemacht wird, während doch meistens eine große Zahl der Nichtsteuerzahlenden in Wien Arbeit leistet.

Sie wissen vor allem, dass erst im nächsten Jahrhunderte das ganze Gesetz in Wirksamkeit treten soll. Es wird also der Zweck des Gesetzes nur in einer ziemlich unvollkommenen Weise erreicht.

Ein für uns noch weit wichtigerer Übelstand ist der, dass die Armenlast Wiens in einer Weise erhöht wird, welche geradezu unerträglich ist. Von mancher Seite ist allerdings darauf hingewiesen worden, dass im nächsten Jahrhunderte die Gasfabrication in den Händen der Gemeinde sein wird. Wir wissen aber schon so viel von den Ziffern, die hier in Betracht kommen, dass, wenn ich auch auf eine so opferwillige und gemeinnützige Gemeindevertretung rechne, dass die Gaspreise dieselben bleiben, und wenn ich auf den Bestand der heutigen Kohlenpreise rechne, immerhin die zu übernehmenden Lasten bedeutend größer sein werden als das Erträgnis, welches aus der Gaserzeugung zu erwarten ist.

Ich frage weiter: Ist es denn gerechtfertigt und billig — und das ist die Hauptsache — dass einer Gemeinde, und der ersten des Reiches, nach welcher der Zuzug aus allen Ländern der Monarchie stattfindet, solche Lasten auferlegt werden, und ist es nicht Sache eines ganz anderen Factors, diese Armenlast auf sich zu nehmen? Das wurde von mehreren Seiten gesagt und ich will nur ein Moment, welches nicht unwichtig ist, anführen. Ich bitte zu bedenken, dass eine große Reihe jener Momente, welche die

Armut befördern, welche geradezu die Armut herbeiführen, solche sind, die ausschließlich in der Gesetzgebung des Staates, vor allem in der Steuergesetzgebung des Staates liegen. Ist nicht einerseits das Wohnungselend, welches in allen großen Städten, nicht nur in Österreich, aber besonders in Österreich herrscht, Ursache der Verarmung, andererseits aber auch eine Folge derselben? Und hängt dieses Wohnungselend in Wien nicht zum großen Theile mit der ganz exceptionellen Mietsteuer zusammen, welche ja gerade die Häuser in Wien, die Hausbesitzer und durch sie wieder im Wege der Überwälzung die Mieter zu tragen haben? Es können eben gesunde und billige Wohnungen bei den Mietzinsen und bei den Bedingungen, die für Wien bestehen, nicht erbaut werden. Hängt nicht die Armut vielfach mit den hohen Preisen der Lebensmittel zusammen, der Lebensmittel, welche ja jedenfalls unter einer drückenden Besteuerung seitens des Staates zu leiden haben? Hängt nicht die Armut vielleicht zusammen mit der Spielsucht und mit der Trunksucht, welche durch die Gesetze des Staates geradezu gefördert werden?

Ich spiele hier auf das Lotto an, über das eine Kritik nur jenseits der Stadiongasse gefällt werden kann. (Sehr richtig!) Ich spiele auf die Brantweinpest an, über welche ein Gesetz schon seit dem Jahre 1887 in Berathung steht und bis heute noch nicht zur Erledigung im hohen Hause der Abgeordneten gelangt ist. Das sind lauter Momente, die zur Verarmung beitragen und welche nur der Staat in seiner Hand hat. Nur der Staat hat es in der Hand, für die ausgiebige Altersunterstützung zu sorgen, wie sie ja im Deutschen Reiche längs besteht, eine Altersunterstützung, welche geradezu die Pflichten der Armenversorgung um einen großen Theil vermindert.

Ich glaube also, dass die Richtung, in welcher die Abhilfe getroffen werden kann, ausschließlich — und da hat ja der Herr Gem.-Rath Dr. Lueger bereits seinen Antrag gestellt — in der Richtung liegt, dass der Staat, sei es unmittelbar oder suppletorisch, die Armenunterstützung übernimmt. Hier stimme ich auch vollkommen mit demjenigen überein, was Herr College Herrdegen bereits erwähnt hat. Nun ist es allerdings richtig, dass bis jetzt noch in keinem Staate Europas — und wahrscheinlich auch nicht außerhalb Europas — eine solche staatliche Armenfürsorge als solche besteht. Richtig ist es allerdings, dass zur Zeit der französischen Revolution ein solcher Antrag im französischen Parlamente gestellt worden ist, dass dort auch eine ganz kurze Zeit eine staatliche Armenversorgung bestanden hat, die sich aber sofort als unmöglich erwiesen hat und aufgegeben wurde. Ein ganz schüchterner Versuch wurde später — ich glaube, im Jahre 1812 — in Baiern gemacht, welcher jedoch auch nach vier Jahren schon aufgegeben werden musste. Nun kann es gewiss nicht unsere Aufgabe sein, hier die Grundsätze zu einer solchen staatlichen Armenpflege zu entwerfen und ich glaube — der Herr Gem.-Rath Dr. Lueger wird mir verzeihen, wenn ich sage, dass auch seine Anträge, so durchdacht sie auch sind, so sehr man für sie eingenommen sein muss, doch nicht derart sind, dass sie heute zur Grundlage einer Armengesetzgebung sofort genommen werden könnten. Sie sind, wenn ich so sagen darf, ein Kind des Momentes und in keiner Weise einer solchen Berathung unterzogen worden, dass sie als Basis einer Gesetzgebung dienen könnten. Ich glaube also, dass es sehr schwer sein wird, unmittelbar sich für diese Anträge zu begeistern und der Regierung gegenüber die Verantwortung gerade für diese Anträge zu übernehmen.

Es scheint mir daher nichts übrig zu bleiben als dasjenige, was Herr College Herrdegen angedeutet hat: dass man in erster Linie dafür stimmt, die Vorlage als unannehmbar seitens der Stadt Wien zu erklären. Ich weiß nun allerdings, dass dieser Antrag keine große Majorität haben wird; denn es sind ja die bekannten Verhältnisse, welche dies verhindern. Wenn also dieser Antrag nicht durchgehen wird, so glaube ich, dass es zweckmäßiger wäre, im Sinne des Gem.-Rathes Dr. Lueger zu stimmen, weil hier eine ganz entschiedene Richtung eingeschlagen wird und weil ja auch der Stadtrath sich schließlich diesen Anträgen angeschlossen haben wird. Ich kann mich aber mit denselben nicht identificieren, weil ich glaube, dass sie noch zu wenig überdacht sind. (Unruhe.) Ich bin gleich fertig, erlauben Sie mir nur ganz kurz ein Detail anzuführen.

Wenn nun die Gesetzgebung trotzdem sich bewogen fühlen sollte, auf die Berathung des Gesetzentwurfes einzugehen, so habe ich nur noch ein Anliegen auf dem Herzen, und das ist folgendes: Die Mehrbelastung der Stadt Wien bei Annahme dieses Heimatsgesetzes ist, wie wir ja wissen, eine ziffermäßig kolossale. Demgegenüber müssen wir auf eine Abhilfe bedacht sein. Die Ursache, warum die Armenlast schon heute eine so große ist, ist die, dass die Armenverpflichtung Wiens in einer fürchterlichen Weise missbraucht wird, und dass wir eigentlich schutzlos sind gegenüber dem Missbrauche dieses Armenrechtes. Unser heutiges Heimatsgesetz gibt uns nur eine sehr schwache Abhilfe in den §§ 23 und 26. Darin ist allerdings erklärt, dass die Angehörigen, welche verpflichtet sind, einen anderen zu unterstützen, dazu herangezogen werden können, und dass die Gemeinde berechtigt ist, von ihnen den Rückersatz zu fordern. Dieser Rückersatz ist aber nicht auf dem kurzen politischen Wege, sondern nur auf dem höchst umständlichen und selten rasch genug zum Ziele führenden Wege der gerichtlichen Klage zu erlangen. Dagegen müsste Abhilfe geschaffen werden, wenn uns so große Armenlasten aufgebürdet werden.

Der zweite Punkt ist der, dass das Heimatsgesetz allerdings der Gemeinde gestattet, diejenigen, welche arbeitsfähig sind und dennoch um Unterstützung einschreiten, zur Arbeit zu zwingen. Die Mittel aber, die wir dazu haben, sind sehr geringfügig. Die Gemeinde ist nicht in der Lage, wie andere Städte, z. B. Dresden, es im ausgebildeten Maße sind, eine städtische Arbeitsanstalt in dem Sinne zu führen, dass Personen auf bestimmte Zeit hineingesteckt und verhalten werden können, dort zu bleiben und an der Arbeit theilzunehmen. Die Gemeinde muss den Arbeiter jeden Moment entlassen, wenn er es will.

Ich glaube also, dass dies nicht zweckmäßig ist, sondern dass diejenigen, die durch eigenes Verschulden unterstützungsbedürftig geworden sind, wie in anderen Städten zwangsweise verhalten werden sollen, auf bestimmte Zeit in der Arbeitsanstalt zu bleiben und dort zu arbeiten.

Ich werde mir daher für den Fall, als die Regierungsvorlage in der Fassung des Stadtrathes zur Annahme kommt, noch den Zusatz zu stellen erlauben, dass die Regierung gebeten werde, die §§ 23 und 26 des Heimatsgesetzes dahin zu ergänzen, dass der Gemeinde gewährt wird:

1. die politische Execution für Rückersatzforderungen wegen von der Gemeinde gewährten Unterstützungen,

2. das Recht zur Anhaltung zur Arbeit auf bestimmte Zeit, wenn die Unterstützten durch Arbeitsscheu oder Trunksucht mittellos

wurden und ihrer gesetzlichen Erhaltungspflicht nicht genügt haben und dadurch ihre Angehörigen der öffentlichen Armenpflege anheimfallen ließen.

Ich bitte Sie um Annahme dieses Zusatz-Antrages. (Beifall links.)

Gem.-Rath Dr. Mechansky (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage die Wahl von Generalrednern.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist die Wahl von Generalrednern beantragt. Jene Herren, welche zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich erlaube mir nun, die Herren zu fragen, ob Sie pro oder contra sprechen wollen.

Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung? (Gem.-Rath Dr. Friedjung: pro!) Herr Gem.-Rath Dr. Lueger? (Gem.-Rath Dr. Lueger: Gewohnheitsmäßig contra! — Heiterkeit.)

(Ferner erklären pro sprechen zu wollen die Herren Gem.-Räthe Beutnitz, Dr. Stern und Lang, contra Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann.)

Ich bitte also die Herren Gem.-Räthe Dr. Friedjung, Beutnitz, Dr. Stern und Lang, einen Generalredner zu wählen, ebenso die Herren Gem.-Räthe Dr. Lueger und Dr. Geßmann. (Nach einer Pause:) Zum Generalredner contra erscheint gewählt Herr Gem.-Rath Dr. Lueger, pro Herr Gem.-Rath Dr. Stern.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe erwähnt, dass ich gewohnheitsgemäß mich contra gemeldet habe, und zwar deswegen, damit mir Gelegenheit geboten wird, über die Angelegenheit zu sprechen. Wenn ich mich pro gemeldet hätte, wäre ich eben nur ein Redner gewesen und hätte nicht die Möglichkeit gehabt, einiges, was vorgebracht wurde, entkräften zu können.

Ich habe aber das Gefühl, dass im vorliegenden Falle wir auf der linken Seite vielmehr pro sind als die Herren auf der anderen Seite (rechts). Ich habe auch das Gefühl, dass wir vielmehr geneigt sind, einen einheitlichen Act in dieser Angelegenheit zustande zu bringen, als dies auf der rechten Seite der Fall zu sein scheint. Ich war überrascht über die Anzahl von Anträgen, die gestellt wurden. Ich habe den letzten Antrag des Herrn Collegen Dr. Daum leider nicht genau vernommen und kann ich mich daher darüber nicht äußern; über die anderen werde ich bei Gelegenheit sprechen.

Vor allem danke ich dem Stadtrathe, dass er den von uns gestellten Antrag in reifliche Erwägung gezogen und auch zum Beschlusse erhoben hat. Ich ziehe meinen Antrag zu Gunsten des Stadtraths-Antrages zurück, um womöglich eine einheitliche Abstimmung hier im Gemeinderathe bei dieser außerordentlich wichtigen Frage zustande zu bringen. (Bravo! links.) Ich bemerke, dass einige Änderungen wirklich Verbesserungen sind; nur eine Änderung scheint mir keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung zu sein, aber damit kein Mistton in die Sache hineinkomme, ziehe ich trotzdem meinen Antrag zurück.

Erlauben Sie nun, dass ich auf einige Punkte zu sprechen komme, welche die einzelnen Redner zur Sprache gebracht haben. Was in erster Linie den Collegen im Stadtrathe Dr. Huber betrifft, so hat er davon gesprochen, dass es ungerecht sei, hier im Gemeinderathe vom Schub, von Witwen und Waisen zu sprechen.

Er meinte, nie werde der Gemeinderath oder der Stadtrath so hartherzig sein, Witwen und Waisen auf den Schub schicken zu lassen. Diesbezüglich beschränke ich mich auf die kurze Bemerkung, dass weder der Stadtrath noch der Gemeinderath den geringsten Einfluss darauf haben.

Das geschieht nicht von unserer Seite, sondern, wenn jemand in Wien unterstützungsbedürftig ist und in Wien nicht heimatsberechtigt ist, so wird er einfach der Polizei übergeben und diese befördert ihn dann in seine Heimatsgemeinde, auch dann, wenn die unterstützungsbedürftige Person eine Witwe oder Waise ist, ohne Unterschied kommt sie auf den Schub.

Was den Herrn Collegen Herrdegen betrifft, so hat er mit vielen seiner Auseinandersetzungen, ich könnte sagen mit allen, vollständig recht. Richtig ist insbesondere, was er über den Begriff Heimat gesagt hat.

Es ist wahr, dass das Wort Heimat durch die Armenversorgung eigentlich zu einem juridischen Begriff umgewandelt wird. Man verwechselt Heimatsrecht und Armenversorgung. Das ist etwas, was auch ich missbillige. Darum stehe ich auf dem Standpunkte, diese beiden Gegenstände von einander zu trennen, und im wesentlichen ist der Standpunkt, den Herr College Herrdegen einnimmt, von dem Standpunkte, den ich einnehme, nicht verschieden. Wir beide stehen auf dem Standpunkte, dass es eigentlich die Pflicht der Gesammtheit des Staates ist, für die Armen zu sorgen, ein Standpunkt, der gewiss, wenn er auch jetzt noch nicht sich allseitig Geltung errungen hat, sich diese Geltung erringen wird.

Wenn ich seinen Antrag nicht rundweg acceptieren kann, so ist dies deswegen, weil er in seinem Antrage von einem Reichsarmenfonde spricht. So wie man von einem Fonde spricht, hat man immer ein begrenztes Vermögen vor Augen. Ich bin der Anschauung, dass man nicht einen Reichsarmenfond gründen soll, sondern dass das Reich die Armen, deren Versorgung ihm eventuell obliegt, versorgen soll, ob ein Fond vorhanden ist und ob er hinreicht oder nicht. So wie das Reich verpflichtet ist, die Universitäten zu erhalten, ohne Rücksicht darauf, ob der Fond hinreicht oder nicht, so wie es verpflichtet ist, das Militär, die Invaliden zu erhalten, ohne Rücksicht darauf, ob der Fond hinreicht oder nicht, so ist, nach meiner Anschauung, das Reich verpflichtet, jene Armen zu erhalten, von denen ich der Meinung bin, dass ihre Erhaltung und Versorgung dem Reiche, dem Staate obliegt.

Wenn sich nun College Herrdegen fragt, ob seine Vorwürfe gegen meinen Antrag gerechtfertigt sind, so wird er bei genauer Prüfung darauf kommen, dass seine Anschauung, als ob ich zu sehr ins Detail eingehe und andererseits zu allgemein bin, nicht richtig ist.

Ich schaffe drei Kategorien von Armen. Die erste Kategorie von Armen ist diejenige, welche in der Versorgung der Gemeinde bleiben, und die Herren werden daher zugeben, wenn jemand immer in einer Gemeinde ist, so ist es naturgemäß, dass er auch in der Gemeinde die Armenversorgung finde. Es könnte nur gestritten werden um die Zeit, ob zehn oder fünf Jahre.

Ich sage weiter, wenn ein Armer nicht mehr in seiner Gemeinde ist, sondern zehn Jahre aus derselben abwesend ist — er befindet sich aber noch im nämlichen Kronlande — so trage das Land für ihn die Lasten. Das ist ebenfalls wieder ein richtiger und, nach meiner Meinung, speciell den österreichischen Verhältnissen entsprechender Grundsatz. Es ist hier — und ich erwähne es nur vorübergehend oder einschaltungsweise — entgegengehalten worden: Da zahlt ja die Gemeinde 84 Percent. In Niederösterreich wird es noch soweit kommen, dass die Gemeinde Wien 84 Percent aller Armen oder wenigstens einen großen Theil derselben zu versorgen

haben wird; in Niederösterreich, wo durch das neue Landes-Armengesetz die Armenversorgung den Gemeinden ganz abgenommen wurde. Es ist dasselbe eingeführt worden, was in England mit den sogenannten Armenbezirken der Fall ist. Nach dem Gesetze hat der Armenbezirk die Umlagen aufzuschreiben, jedoch nur bis zu einer gewissen Grenze. Wenn die Erfordernisse des Armenbezirkes größer sind, dass sie also durch die Umlagen nicht gedeckt werden können, dann tritt der Landesfond ein, und was heißt Landesfond? 84 Percent zahlt die Stadt Wien, also wir müssen ohnehin fast alle Armen des Landes Niederösterreich erhalten, ebensogut, wie wir eigentlich die Straßen in Niederösterreich gebaut haben und erhalten, und wie wir die meisten Schulhäuser in Niederösterreich gebaut haben und erhalten.

Nun kommt die dritte Kategorie. Das sind Diejenigen, die zehn Jahre aus der Heimatsgemeinde abwesend sind und nicht mehr im nämlichen Kronlande wohnen. Nun sage ich: Hier tritt der Staat ein, und soll eintreten; das ist ein gerechter Grundsatz. Ich habe mir den Antrag wohl überlegt, weil der von mir gestellte Antrag der alleinige ist, den die Vertreter der Landgemeinden annehmen können; denn die Landgemeinden beklagen sich mit Recht darüber, dass sie Personen zur Armenversorgung erhalten, die sie gar nicht kennen, nie gekannt haben, ja gar nicht kennen können. Nun sage ich den Landgemeinden: Ihr seid befreit von den Lasten, die Euch jetzt ungerechterweise aufgelastet werden; aber wir wollen es nicht auf eine andere Gemeinde überwälzen, auf die Gemeinde Wien, sondern wir wollen denjenigen substituieren, der einzig und allein imstande ist, diese Lasten zu tragen, das ist der ganze Staat. Ich bin überzeugt, wenn das in richtiger Weise ausgeführt wird, wird es auch bei den Landgemeinden Anklang finden.

Was den Herrn Collegen Dr. Mittler betrifft, so muss ich schon sagen, ich halte es für zweckmäßig, wenn ich mich auf eine Widerlegung seiner Behauptungen nicht einlasse. Nur eines gestatte ich mir: Wenn er sagt, dass London, Paris und Berlin keinen nationalen Charakter haben, so befindet er sich in einem ganz unglaublichen Irrthume, wenigstens bezüglich zweier Städte, die ich genau kenne, nämlich bezüglich der Stadt Paris und der Stadt Berlin. Wenn Herr Dr. Mittler in Paris die Behauptung aufstellen würde, dass Paris nicht einen französischen Charakter hat, dann, glaube ich, würde er nicht lebendig Paris verlassen (Heiterkeit), das sage ich ganz offen. (Rufe rechts: Das hat er ja gar nicht gesagt!) Ja, so ist es gesagt worden; er hat beigefügt, dass es nicht Franzosen sind, die dort wohnen. Wenn er auch nur das gesagt hat, so ist dies vollständig unrichtig.

Nun erlaube ich mir, mich zum Herrn Collegen Frauenberger zu wenden — ich hätte bald gesagt, zu meinem politischen Freunde Gem.-Rath Frauenberger. (Lebhafte Heiterkeit.) Herr College Frauenberger hat in der Zeit, während welcher ich ihn zu kennen die Ehre und Gelegenheit habe, unglaubliche Wandlungen vorgenommen.

Ich kann mich an eine Rede erinnern, die er gelegentlich der Vereinigung der Vororte mit Wien hier gehalten hat, sein ganzes Herz hat er zu Füßen des damaligen Ministeriums, des Ministeriums Taaffe, gelegt; es war eine förmliche Liebeserklärung, so feurig, ich könnte sagen, mit einer solchen Hingebung, wie sie kaum jemals in Volksliedern geschildert worden ist — und heute hören Sie eine geharnischte Kriegserklärung, nicht etwa gegen das Ministerium Taaffe, sondern gegen das Ministerium seiner eigenen Partei. (Gem.-Rath Frauenberger: Ja freilich! — Lebhafte Heiterkeit.)

Ich kann mich auch erinnern, dass er sich in einer anderen Beziehung geändert hat. So weiß ich, dass er einmal die Sache so dargestellt hat, als ob es in dem neuen, großen, erweiterten Wien außerordentlich glänzend gehen, dass Handel und Wandel blühen werden, dass, mit einem Worte, Gottessegen über Wien hereinströmen wird. Und heute, meine Herren, hat er uns die Lage der Wiener Bevölkerung in den düstersten Farben geschildert und dargestellt, wie es absolut unmöglich ist, eine weitere Belastung auf die Bevölkerung zu laden.

Ich glaube, er hat heute recht, und ich beglückwünsche ihn dazu. Ich huldige immer dem Grundsatze, der schon im Evangelium zum Ausdrucke kommt, ich habe immer viel mehr Freude über einen reuigen Sünder (Heiterkeit, Beifall und Händeklatschen links) als an 100 Gerechten.

Er hat uns weiter aufgefordert, die Vertreter der Stadt Wien und der großen Städte im Reichsrathe sollten einen Club der Städtevertreter bilden.

Meine Herren! Ich bin kein Freund des Grundsatzes, den Gegensatz zwischen Stadt und Land immer mit solcher besonderer Schärfe hervorzuheben. Ich glaube im Gegentheile, dass jeder Abgeordnete verpflichtet ist, zu suchen, wie es möglich ist, den oft wirklich bestehenden Widerstreit zwischen den Interessen des Landes und der Stadt in entsprechender Weise zu beseitigen.

Aber was die Haltung zu diesem Gesetze betrifft, da weiß ich nur einen, der mit uns der nämlichen Meinung ist; es ist das mein sonst intimer Feind Herr Noske, der die gleiche Anschauung hat, dass das Gesetz nicht anzunehmen ist. Die anderen Vertreter aber, welche der liberalen Partei angehören, sind anderer Anschauung, und einer ihrer berühmtesten Führer, meine Herren, ein Mann, dem ich nicht das Zeugnis versagen kann, dass er in schwunghafter Weise seine Anschauungen zu entwickeln versteht, der ist ein begeisterter Verehrer dieses Gesetzes und an ihn sollte eigentlich College Frauenberger sein Mahnwort richten. Ich habe es bereits früher gesagt: Wirken Sie auf Ihre Partei ein, damit das Gesetz wenigstens in einer solchen Weise gestaltet werde, dass Wien nicht zugrunde gerichtet wird.

Der Herr College Frauenberger meinte, der Gesetzentwurf sei eine Art „Christkindl" für die Landgemeinden; kaum hatte er es aber ausgesprochen, hat er auch gleich richtig auseinandergesetzt, dass auch eine Landgemeinde gleich zugrunde geht, wenn sich eine Fabrik in derselben befindet. Er hat vollständig recht; darum ist es unsere Pflicht, bei dieser Gelegenheit nicht den Gegensatz zwischen Stadt- und Landgemeinden hervorzukehren, sondern es ist unsere Pflicht, hervorzuheben, dass überhaupt die Frage der Armenversorgung nur durch die Intervention des Staates in einer alle Theile befriedigenden Weise gelöst werden kann. Das ist der Grundsatz, der meinen Antrag durchzieht, das ist der Grundsatz, dem ich huldige.

Der Herr College Frauenberger hat auch von einer Verzehrungssteuer gesprochen, er hat auch davon gesprochen, dass sich die Gemeinde Wien oder der Gemeinderath aufraffen möge, der Regierung die Zähne zu zeigen — ich weiß den Wortlaut nicht, aber — das war wenigstens der Gedankengang. — Ja, meine Herren, da muss man immer ein gewisses Maß einhalten, sowohl im Angriffe oder Hasse als auch in der Liebe. Aber einmal so glühende Liebe und dann so lichterloher Hass — das erweckt

die Vermuthung, dass man sich weder über die Liebe noch über den Hass vollständig klar ist.

In dem vorliegenden Falle ist es unsere Aufgabe, der Regierung ruhig die Wahrheit zu sagen, dann werden wir auch die gesammte Bevölkerung hinter uns haben. Darum bin ich nicht dafür, dass wir uns rein ablehnend verhalten, sondern wir müssen der Regierung sagen, wie wir glauben, dass diese Frage in grundlegender Weise gelöst werden kann. Es ist nicht unsere Aufgabe, detaillierte Gesetzesvorschläge zu machen; aber unsere Aufgabe ist es, zu sagen: „Du, Staat, hast nicht das Recht, die Last der Armenversorgung auf uns arme Wiener zu wälzen, sondern Du bist verpflichtet, diese Frage selbst in die Hand zu nehmen und aus den Mitteln der Allgemeinheit diese allgemein drückende Frage richtig zur Lösung zu bringen." Das ist, wie gesagt, meine Anschauung in der Angelegenheit. Ich weiß nicht, welchen Antrag Herr Dr. Daum gestellt hat, ich habe ihn nicht gut verstanden, da seine Stimme nicht bis hieher reicht; aber ich glaube, dass er etwas Ähnliches wie die Verpflichtung des Staates zum Ausdrucke gebracht hat, weil ich seine diesbezüglichen Anschauungen kenne.

Ich will meine heutigen Bemerkungen schließen und bitte Sie nochmals, nehmen Sie den von mir gestellten Antrag — über die Anregung des Stadtrathes wird ohnehin noch die Specialdebatte durchgeführt werden — an. Er ist die einzig würdige Antwort auf die Insinuation, welche die Regierung gegenüber dem Reichsrathe gestellt hat. Wir sagen offen: „Wir anerkennen die jetzigen Schwächen der gesammten wirtschaftlichen Ordnung, wir anerkennen, dass die derzeitige Behandlung der Armen in vielen Fällen eine grausame und eine harte ist, aber ebenso grausam und hart ist es, andere zu bedrücken, während man selbst die Pflicht hat, helfend einzugreifen." Mit diesen Worten empfehle ich Ihnen nochmals den Antrag, den ich gestellt habe. (Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Dr. Stern: Ich bin beauftragt, folgenden Antrag des Herrn Gem.-Rathes Beutnitz zur Kenntnis der Herren zu bringen (liest): „Nachdem jährlich hunderttausende von der Gemeinde Wien an Arme gegeben werden, welche indirect durch das kleine Lotto in die Staatscassen fließen, so wäre als Äquivalent ein percentueller Antheil an dem Ertrage des kleinen Lotto der Gemeinde Wien abzulassen." (Heiterkeit.) Ich übergebe den Antrag dem Herrn Präsidenten und habe mich damit meiner Pflicht, denselben zur Kenntnis zu bringen, entledigt.

Was nun meine Stellung zu den vorliegenden Anträgen betrifft, so habe ich dieselbe gegenüber jenen Anträgen, welche uns in der letzten Plenarsitzung hier vorgelegt wurden, bereits gekennzeichnet und ich beharre auch bei dieser meiner Ansicht, die ich hier das letztemal in diesem Saale ausgesprochen habe. Ich halte es für ein Postulat der Gerechtigkeit, der Humanität, dass ein Recht auf die Verleihung der Heimatsberechtigung durch ein Gesetz statuiert, dass das Verleihen des Heimatsrechtes nicht dem Belieben der Gemeinden, ebenso unserer Gemeinde wie aller anderen Gemeinden überlassen werde, obschon ich es vollständig anerkenne, wie bereits von Seite des Referenten ausgeführt worden ist, dass die Gemeinde Wien bei Verleihung der Heimatsberechtigung stets mit großer Liberalität vorgegangen ist. Das ist eigentlich der Succus des Gesetzentwurfes, der uns zur Begutachtung vorgelegt wurde und worüber wir uns bisher ausgesprochen haben. Nun stehen wir heute von einer ganz neuen Situation.

Nachdem von Seite des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger, welcher ja ebenfalls dem Stadtrathe angehört, weder in den Sitzungen des Stadtrathes und auch nicht in dem Comité, welchem er auch angehört hat und welches aus der Mitte des Stadtrathes gebildet wurde, irgendein wesentlich neuer Antrag gestellt worden ist und ein solcher wesentlich neuer Antrag erst in der letzten Plenar-Sitzung vorgebracht wurde, befinden wir uns nun in einer ganz neuen Situation und hat, ich möchte sagen, binnen 48 Stunden der Stadtrath die sociale Frage gelöst.

So scheinen mir jene Anträge zu sein, welche uns heute im Detail vorgelegt werden. Und wenn Sie wissen wollen — ich bitte um Entschuldigung, ich sage das Wort gewiss nicht in irgendeiner bösen Absicht — wie flüchtig diese Anträge gearbeitet sind, so bitte ich Sie, einmal mit mir den Schlusssatz der Anträge zu lesen und mir denselben dann zu erklären. Da heißt es im Schlusssatze dieser Anträge: „Sollte auf diesen Vorschlag nicht eingegangen werden, so wird gebeten, an dem Regierungs-Entwurfe folgende Änderungen vorzunehmen." Wenn aber eingegangen wird auf diese Anträge, was dann? Sind wir dann damit einverstanden, dass der Heimatsgesetzentwurf unverändert so bleibt, oder sind wir damit einverstanden, dass überhaupt der ganze Heimatsgesetzentwurf verworfen und ganz etwas Neues ausgearbeitet wird? (Zwischenruf: Natürlich!) Das, scheint mir, müsste doch gesagt werden. Ich muss sagen, ich habe mit meinem schwachen Verständnisse diesen Satz nicht verstanden. Nun, meine Herren, wenn sich diese Anträge einfach auf die Aufstellung des Principes beschränkt hätten, wie es von Seite des Herrn Dr. Lueger eben jetzt in seiner Schlussrede aufgestellt wurde, für eine gewisse Kategorie von Unterstützungsbedürftigen habe die Armenhilfe seitens des Staates einzutreten, es sei unrecht und unbillig, dieselbe irgendeiner Gemeinde, sei es auch einer großen Gemeinde, sei es auch der Stadt Wien, zuzuweisen — dann könnte man sich unbedingt für ein solches Princip, wenn nur dieses Princip und weiter nichts ausgesprochen würde, aussprechen und sagen, dieses Princip scheint richtig zu sein und in diesem Sinne wollen wir bei der Regierung vorstellig werden. (Rufe links: Das steht nicht drin!) Dieses Princip steht allerdings auch darin, aber auch eine detailliert sein sollende Ausarbeitung dieses Principes. Ich bitte, sich den ersten Satz anzusehen, darin heißt es:

„Wenn der Unterstützungsbedürftige durch mehr als zehn Jahre aus freiem Willen aus seiner Heimatsgemeinde abwesend ist, erlischt die Verpflichtung der Heimatsgemeinde zur Unterstützung, beziehungsweise Versorgung desselben."

Da ist eine ganz andere Sachlage, da erlischt das Interesse der Heimatsgemeinde. Da tritt nicht die Staatshilfe subsidiär ein, sondern die Staatshilfe tritt ausschließlich ein. Und das ist ein ganz anderes Princip, als das, welches vom Herrn Gem.-Rathe Dr. Lueger in seiner Schlussrede ausgesprochen wurde oder nur ausgesprochen worden zu sein scheint. Man kann ja über die Art und Weise der Armenversorgung verschiedener Anschauung sein; ich meine, auch wenn man das Princip, dass die Hilfe des Staates für die Armenversorgung einzutreten habe, annimmt, kann man darüber verschiedener Anschauung sein. Die eine Anschauung geht dahin — und sie ist sehr weit verbreitet und hat auch schon in Gesetzgebungen ihren Ausdruck gefunden — dass die Hilfe des Staates nur subsidiär einzutreten habe, nämlich insoweit die Kräfte der betreffenden Heimatsgemeinde nicht reichen. Eine andere An-

schauung, die ich hier ausgesprochen finde, geht dahin, dass der Staat sofort, ohneweiters einzutreten habe.

Das sind Grundsätze, über welche man sich binnen 48 Stunden unmöglich einigen kann, deren Tragweite in ihrer Ausführung man binnen 48 Stunden nicht übersehen kann. (Sehr richtig! rechts.) Mir scheint es daher viel richtiger zu sein, dass wir allerdings bei den ursprünglichen Anträgen des Stadtrathes bezüglich des vorliegenden Gesetzentwurfes, bezüglich der Modificationen, welche derselbe zu erleiden hat — dieses Gesetzentwurfes, dessen wesentlichster Inhalt darin besteht, dass man die Willkür der Gemeinden bei Verleihung in ein Recht des Betreffenden auf Erwerb des Heimatsrechtes verwandelt — ich sage, dass wir bei dem ursprünglichen Antrage des Stadtrathes bleiben, und wünsche, dass wir die neuen Anträge, die allerdings einer gewissen Erwägung wert sein mögen, die wir aber, wie sie heute formuliert sind, in Pausch und Bogen in Rücksicht ihrer Tragweite nicht übersehen können, dem Stadtrathe zur nochmaligen eingehenden Berathung zurückweisen. (Widerspruch.)

Ich bitte, sich noch Folgendes gegenwärtig zu halten. Ich habe hier vor mir ein Gesetz, welches noch kein Jahr alt ist, und womit sich — ich weiß nicht, ob es im Gemeinderathe berathen wurde oder ob darüber eine Äußerung des Gemeinderathes eingeholt wurde — aber womit sich jedenfalls der Gemeinderath vollkommen einverstanden erklärt hat, und die Vertreter der Gemeinde im Landtage ebenfalls, dieses Gesetz ist das Armengesetz vom 13. October 1893, welches schon vom unmittelbaren Herrn Vorredner besprochen wurde. (Ruf: Es ist noch nicht in Rechtskraft!) In diesem niederösterreichischen Landesarmengesetze wird ausdrücklich — und darauf hat die Gemeinde Wien großen Wert gelegt — die Armenversorgung der Gemeinde Wien ausgenommen. Die Gemeinde Wien hat großen Wert darauf gelegt, dass sie, obgleich sie zu diesem Landesarmenfonde, wie bereits erwähnt, den größten Theil, circa 84 Percent beiträgt, doch rücksichtlich der Gebarung mit ihrem Armenvermögen und rücksichtlich ihrer Armenversorgung selbständig bleibt.

Nun wird aber hier ausdrücklich erklärt, dass diese Armenversorgung unter Umständen ohneweiters den Kronländern, wie es im zweiten Absatze heißt, zugewiesen wird, eine Bestimmung, welche, wie mir scheint, geradezu im Widerspruche steht mit jener, welche im Landesarmengesetze enthalten ist.

Ich erkläre offen, dass das Princip, der Staat habe für die Armen einzutreten, es habe eine Reichs-Armenversorgung einzutreten, mir ganz richtig erscheint. Eine andere Frage aber ist es, ob man diese Verpflichtung als primäre oder nur als subsidiäre Pflicht aufzufassen habe und in welcher Weise überhaupt diese Reichs-Armenunterstützung geregelt werden soll. Es gibt da ganz verschiedene Anschauungen; die einen meinen, dass diese Regelung im administrativen Wege stattfinden solle, andere wieder meinen, dass dazu die autonomen Behörden geeignet seien. Um sich aber in der einen oder anderen Richtung auszusprechen, bedarf es sorgfältiger Studien und eingehender Erwägungen, vor allem aber eines sorgfältig ausgearbeiteten statistischen Materiales. Binnen 48 Stunden aber mit einer derart weittragenden Frage vor den Gemeinderath zu treten und ein vom Stadtrathe beschlossenes Referat damit vollkommen umstürzen zu wollen, das begreife ich nicht, und daher bin ich dafür, es möge der Antrag, wie er jetzt vorliegt, nochmals dem Stadtrathe zur eingehenden Berathung zugewiesen werden.

Referent: Meine Herren! Ich kann über die Debatte nicht ganz schweigen, doch will ich Sie nicht lange aufhalten. Vor allem erlaube ich mir zu constatieren, und zwar mit Befriedigung, dass von keiner Seite für das Gesetz, wie es die Regierung vorgelegt hat, irgendein befürwortendes Wort gefallen ist, und ich glaube, wenn wir das Gesetz einfach anzunehmen oder abzulehnen hätten, so wäre es schon längst abgelehnt. Wir befinden uns aber in einer ganz anderen Situation, und es ist daher in gewisser Beziehung durchaus verfehlt, wenn man bei den Plaidoyers pro und contra den Standpunkt einnimmt, wir hätten etwas abzulehnen oder anzunehmen. Darüber haben andere Competenzen zu entscheiden, und es ist die traurige Situation, in der wir uns befinden, bereits sehr deutlich gekennzeichnet worden. Selbst diejenigen, welche wir als unsere Freunde, als unsere Vertreter anzusehen alle Ursache haben, stehen in der Frage, wie es scheint — vielleicht tritt noch ein Umschwung ein — nicht auf unserer Seite, und wir sind thatsächlich, ich möchte sagen, an die Wand gepresst und haben nur einen geringen Spielraum vor uns, um alles zu thun, um dieses Gesetz in der vorliegenden Form, in welcher es uns zum Ruine gereichen würde, unmöglich zu machen. Das soll nun mit Hilfe des Antrages Dr. Lueger, beziehungsweise des gegenwärtigen Stadtraths-Antrages auf doppelte Weise geschehen, auf eine negative und eine positive.

Der Antrag des Stadtrathes, welcher sich dem Gedanken des Herrn Dr. Lueger angeschlossen hat, ist kein Gesetzentwurf. Er enthält nur einen leitenden Gedanken, welcher der Regierung vorgelegt werden soll, damit dieselbe sich im Principe mit ihm beschäftige, und wenn sie den Gedanken als discutierbar anerkennt, einfach das vorgeschlagene Heimatsgesetz zurückziehe. Das ist die natürliche Folge. Denn das Gesetz vom Jahre 1863 und der neue Gesetzentwurf können selbstredend — das wird jeder, der nicht sehr leichtfertig über die Sache hinweggeht, begreifen müssen — nebeneinander nicht bestehen, sondern wenn die Regierung ein Armengesetz auf Grundlage der geäußerten Idee vorlegen will, so ist es selbstverständlich, dass der neue Gesetzentwurf zurückgezogen werden muss. Diese Frage ist also, wie mir scheint, vollkommen klar.

Was nun den Antrag des Herrn Dr. Lueger betrifft, so hat der Stadtrath den gesunden Gedanken, der darin liegt, man solle die Gemeinden — und nicht nur die Gemeinde Wien — dadurch entlasten, dass man einen Theil der Armenversorgung auf die Länder überwälzt, aber auch zugleich im Principe den Staat heranzieht, ohne feinere Unterscheidung, ob subsidiär oder primär, umso williger erfasst, als dadurch, dass man an den Reichsrath mit einem solchen Vorschlage kommt, wieder ein neuer Hebel angesetzt wird, um den in seinen Consequenzen so traurigen neuen Gesetzentwurf zu beseitigen.

Das ist der Grund, und ich würde alle diejenigen, welche wirklich wollen, dass wir kein Mittel unversucht lassen, um von der Gemeinde Wien eine ungemessene Belastung abzuwälzen, dringlichst bitten, sie mögen zu diesem Zwecke alle anderen Rücksichten beiseite lassen und womöglich alles acceptieren, was geeignet ist, in dieser Richtung als ein Hebel, als ein Vorstoß zu dienen.

Ich spreche daher mit vollster Überzeugung für die Annahme des Stadtraths-Antrages, den ich Ihnen vorgebracht habe, umsomehr, als durch denselben die übrigen Anträge des Stadtrathes durchaus nicht erschüttert werden: Wenn von Seite der Regierung auf

die erste Anregung nicht eingegangen wird, bleiben dieselben vollständig aufrecht und sollen dann ihre volle Wirkung thun.

Ich möchte nur noch ein Wort weiter bemerken bezüglich eines Ausspruches, welchen Herr Dr. Geßmann gethan hat. Herr Dr. Geßmann hat nämlich gemeint, alle Amendements, die der Stadtrath hier vorschlage, würden nur einen verhältnismäßig geringen Effect haben.

Ja, wenn man diese Punkte allein liest und bei dem Wichtigsten aufhört (So ist es! rechts), dann hat Herr Dr. Geßmann vollkommen recht, allein das Wichtigste und Entscheidende liegt im Schlusse und im Eingange. In diesen Punkten wird ferner auch schon das gesagt, was College Frauenberger will. Es wird ausgesprochen, dass die weitere Belastung eine unerschwingliche ist. Es ist das wohl dasselbe, was er meint, nur ist es in der richtigen Form ausgedrückt. Und zum Schlusse wird es ganz offen ausgesprochen, dass thatsächlich ein solches Gesetz nicht in Kraft treten könne, ohne die Gemeinde zu ruinieren, wenn nicht von Seite der Regierung entsprechende Äquivalente geboten werden. Darin liegt der Schwerpunkt der ganzen Sache, nicht in den übrigen Punkten, welche — ich gestehe es zu — untergeordneter Natur sind.

Ich habe mich jetzt in der General-Debatte nur noch kurz über die gestellten Anträge zu äußern.

Was den Antrag des Collegen Herrdegen betrifft, so zerfällt derselbe in zwei Punkte: 1. eine Petition an die Regierung, es möge das jetzige Gesetz zurückgezogen werden; 2. es möge ein Gesetz gegeben werden, bei welchem Heimatsrecht und Armenrecht von einander getrennt werden. Ich erkläre, dass diese beiden Anträge sinngemäß vollständig in dem Antrage des Stadtrathes, beziehungsweise des Herrn Dr. Lueger gelegen sind und daher keiner speciellen Annahme bedürfen.

Dagegen ist aber das Princip, dass ein Reichsarmenfond begründet wird, in der That so weittragend und bedarf solcher statistischer Daten aus der ganzen Monarchie, dass ich Sie warnen möchte, ohne eine solche Vorarbeit, welche übrigens beim Magistrate im Zuge ist, diesen Antrag anzunehmen.

Was den Antrag des Herrn Collegen Frauenberger anbelangt, so erkläre ich mich gegen denselben, weil er überflüssig ist. Ich habe Ihnen bereits nachgewiesen, dass eingangs und am Schlusse der Stadtraths-Anträge diese Erklärung in sehr positiver Weise abgegeben ist, und dieselbe in die Form einer Drohung zu bringen, die man kaum ausführen könnte, dem möchte ich mich nicht anschließen.

Herr Gem.-Rath Dr. Stern hat den Antrag gestellt, es möge nur eine einheitliche Aufenthaltsfrist — wenn ich mich nicht täusche, von zwölf Jahren — aufgestellt werden. Ich erkläre mich namens des Stadtrathes dagegen, weil der Stadtrath und ich der Ansicht sind, dass man denn doch einen Unterschied zu machen habe zwischen Personen, welche irgendwo einen ordentlichen Wohnsitz, also den ethischen Willen und die Absicht haben, dauernd in der Heimat zu verbleiben, welche außer der Consumtionssteuer auch noch separate Leistungen zum Wohle der Gemeinde des Heimatsortes, in der sie wohnen, beitragen, und solchen, welche nur mehr oder minder freiwillig einen längeren Aufenthalt ohne solche Leistungen aufweisen. Der Stadtrath spricht sich gegen eine Nivellierung dieser verschiedenen Kategorien aus, umsomehr, als ja diejenigen, welche etwa mit einer Steuer rückständig sein sollten, deshalb nicht der Wohlthat der Zuständigkeitsersitzung verlustig, sondern lediglich ganz so behandelt werden wie diejenigen, welche überhaupt keine Steuer zahlen, was auch thatsächlich richtig ist.

Was ferner den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Tomola betrifft, so gehe ich auf die Begründung desselben mit Rücksicht darauf, dass es $^3/_4$8 Uhr ist, nicht ein. Ich müsste sehr lange darüber sprechen. Ich bemerke aber, dass der Antrag selbst sachlich in den Antrag Dr. Lueger fällt, und ich bitte Sie daher, denselben abzulehnen.

Was endlich den Antrag des Herrn Collegen Beutnitz anbelangt, so bitte ich, denselben auch abzulehnen (Heiterkeit links), weil vor dem Lotto denn doch noch andere Reserven da sind, welche der Staat hat, aus welchen wir Entschädigungen und Äquivalente begehren; das sind die Überschüsse der Personal-Einkommensteuer, das ist die Verzehrungssteuer, das sind die richtigeren Quellen, aus welchen der Staat die Städte, welche hart betroffen werden, entschädigen soll und voraussichtlich auch entschädigen wird.

Ich beantrage daher das Eingehen in die Special-Debatte. (Lebhafter Beifall.)

Gem.-Rath Dr. Geßmann (zur thatsächlichen Berichtigung): Der sehr verehrte Herr Gemeinderath des ersten Bezirkes hat den Vorwurf, den ich in der letzten Sitzung erhoben habe, und der dahin gegangen ist, es hätte sich die Gemeinde, beziehungsweise der Gemeinderath früher nicht allzu eifrig mit der Angelegenheit befasst, damit zu entkräften gesucht, dass er angeführt hat, es sei seinerzeit ein Referat erstattet worden und ich habe selbst als Referent fungiert. Diese Thatsache steht vollständig aufrecht, aber ebenso steht es aufrecht, dass ich nachträglich zu wiederholtenmalen Anregungen in der gleichen Richtung gegeben habe, dass aber eine wirkliche Action — das beweisen die Thatsachen — in dieser Richtung weiter nicht erfolgte, ja dass nicht einmal Bestrebungen, in dieser Hinsicht statistisches Material zu schaffen, geäußert worden sind. Das war dasjenige, was ich in der letzten Sitzung gesagt habe und was auch heute noch aufrecht steht.

Gem.-Rath Tomola (zur thatsächlichen Berichtigung): Herr College Dr. Mittler hat mir Dinge unterschoben, welche ich denn doch nicht so gesagt und auch nicht so gemeint habe. Ich habe in der letzten Sitzung bloß von der Tracht gesprochen, welche in Wien ortsüblich werden könnte, und habe dabei zwei Figuren genannt, welche, wie Herr College Dr. Mittler wissen dürfte, in Freytags „Soll und Haben" vorkommen. Von Liebe und Hass, welche in irgendeiner Kleidung herumgetragen werden, habe ich nicht gesprochen. Ich möchte ersuchen, mir nicht Dinge zu unterschieben, die ich nicht gesprochen habe.

Gem.-Rath Frauenberger (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich muss doch meinen neuesten politischen Freund Herrn Gem.-Rath Dr. Lueger bitten (Gem.-Rath Gregorig: Das ist ein billiger Spass!), mir gelegentlich jene Stelle gedruckt zu zeigen, wo ich die Regierung des Grafen Taaffe gelobt hätte; um das werde ich bitten. Wenn ich dem Statthalter von Niederösterreich hier meine Anerkennung ausgesprochen habe, so hat das mit der Regierung des Grafen Taaffe nichts zu thun. (Oho! links.)

Auf seine Frozzelei wegen der politischen Collegialität zu ihm gehe ich nicht ein, aber ich glaube, es passt nicht für den Führer einer so großen Partei, wie er immer behauptet, dass er hier im

Gemeinderath so billige Späße macht. Das möchte ich dem Herrn Dr. Lueger gesagt haben. (Gem.-Rath Hawranek: Gengen S' baden!)

Gem.-Rath Dr. Mittler (zur Berichtigung): Der Herr Gem.-Rath Dr. Lueger hat meine Bemerkungen, die ich über andere große Städte gemacht habe, in nicht richtiger Weise wiedergegeben. Ich fühle mich veranlasst, das, was ich gesagt habe, in Kürze, und zwar in berichtigender Weise, zu wiederholen. Ich habe lediglich behaupten wollen, dass, ungeachtet es in Paris, London und auch in Berlin eine nach hunderttausenden zählende Menge von nicht zum Staate gehörigen, nicht daselbst heimatsberechtigten Personen gibt, der französische, englische, deutsche Charakter dieser Städte nicht berührt wird.

Was die Berichtigung betrifft, die Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann vorgebracht hat, so erscheint die Sache nicht ganz so, wie er sie heute darstellt. Er hat sich in der vorigen Sitzung darüber beschwert, dass sein vor mehr als zehn Jahren gestellter Antrag auf Einsetzung einer Enquête in der gegenständlichen Frage wirkungslos geblieben ist, und dass einfach gar nichts in dieser Frage geschehen ist. Dem gegenüber habe ich nachgewiesen, dass sogar er selbst die Resultate der diesbezüglichen Sections- und Commissions-Sitzungen referiert hat.

Was die Erklärungen des Herrn Gem.-Rathes Tomola betrifft, so glaube ich allen Anlass zu haben, die abschwächende Bemerkung, welche er heute vorgebracht hat, zur befriedigenden Kenntnis zu nehmen, wenn er wirklich nichts anderes beabsichtigt hat, als was er heute zugibt. Aber ich glaube, niemand, der seine Rede liest, wird derselben diesen Charakter beimessen; und ich kann nicht umhin, zu bemerken, dass der Ton, in welchem er die Dinge vorgebracht hat, ein solcher gewesen ist, der meine Bemerkungen provocieren musste.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es kann eine Special-Debatte nicht beginnen, bevor nicht über einige Anträge entschieden ist. Es liegt nämlich zunächst ein Antrag vor, welchen die Herren in Händen haben. Dieser ist vom Stadtrathe gestellt und beginnt mit jenem Theile, welcher über die Anregung des Dr. Lueger formuliert wurde. Nun wurde vom Herrn Gem.-Rathe Herrdegen beantragt, es sei an das Abgeordnetenhaus zu petitionieren, dasselbe möge den von der hohen Regierung eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Heimatsgesetzes vom 3. December 1863, ablehnen. Weiters liegt ein Antrag Dr. Stern vor, es möge der Antrag des Stadtrathes — ursprünglich der Antrag Dr. Lueger — nochmals an den Stadtrath zur Vorberathung gewiesen werden.

Ich bringe nun den von mir verlesenen Theil des Antrages Herrdegen zur Abstimmung. Wird derselbe angenommen, so ist die ganze Angelegenheit erledigt. (Widerspruch.) Ich bitte, es heißt: „Der Gemeinderath spricht sich gegen die Änderung des Heimatsgesetzes aus"; damit wäre die Sache erledigt. Würde der Antrag abgelehnt, so kommt der Antrag Dr. Stern zur Abstimmung, welcher sich auf die nochmalige Zuweisung bezieht. Wird dieser Antrag abgelehnt, dann kommt der Antrag des Stadtrathes mit dem Antrage Dr. Lueger zur Abstimmung, dann erst folgen die Detailbestimmungen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Abstimmung): Ich würde doch bitten, nochmals den Antrag Herrdegen zu verlesen. Er spricht sich nur gegen das Gesetz aus und er bittet, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: „möge den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Heimatsgesetzes ablehnen." Weiter heißt es: „und die Regierung auffordern, mit aller Dringlichkeit eine Reform der Armenversorgung und die Loslösung derselben vom Heimatsrechte, beruhend auf Schaffung eines Reichs-Armenfondes, in Angriff zu nehmen." Das sind Dinge, die heute ohne Vorberathung nicht zur Erledigung kommen können. Es ist nicht möglich, über diese Dinge zu sprechen. Sie gehören zur Reform der Armengesetzgebung. Darüber wird später entschieden.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Wenn der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Herrdegen in dem Sinne aufzufassen wäre, dass durch die Annahme desselben nicht auch die Annahme der anderen Anträge, also der Stadtraths-Anträge, verhindert wird, dann könnte ich für ihn stimmen. Ich glaube aber, dass das nicht der Fall ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir können nicht die Regierung, sondern das Abgeordnetenhaus bitten, den Gesetzentwurf abzulehnen und überdies an dem Gesetzentwurfe Abänderungen vorzunehmen. Das eine schließt das andere vollständig aus.

Ich bringe also den verlesenen Theil des Antrages Herrdegen zur Abstimmung:

„Es wird das Abgeordnetenhaus ersucht, den Gesetzentwurf abzulehnen."

Ich bitte die Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist die Minorität. Abgelehnt.

Nun kommt der Antrag Dr. Stern zur Abstimmung: „Der Antrag des Stadtrathes, ursprünglich Antrag Dr. Lueger, wird nochmals zur Berathung an den Stadtrath zurückgewiesen."

Ich bitte die Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist die Minorität. Abgelehnt.

Nun kommt der Antrag des Stadtrathes, welcher über Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger gefasst und heute vertheilt wurde, zur Abstimmung.

Ich bitte die Herren, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Ich bitte den Herrn Referenten, mit der Verlesung der Special-Anträge zu beginnen.

Referent: Soll ich auch die Paragraphe des Gesetzes verlesen? (Rufe: Nein!) Punkt 1 der Stadtraths-Anträge geht dahin, „dass die im Artikel I, § 2 a und b beantragten Aufenthaltsfristen von fünf respective zehn Jahren, auf zehn respective fünfzehn Jahre erhöht werden".

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Es ist schon vom Herrn Gemeinderathe aus dem II. Bezirke mit Recht betont worden, dass der Gegensatz zwischen denjenigen, welche eine directe Steuer zahlen, und solchen, die keine directe Steuer zahlen, eine ganz kolossale Ungerechtigkeit gerade gegenüber den eine directe Steuer Zahlenden involviert. Ich bin dafür, dass in der Richtung kein Unterschied gemacht werde. Vom Herrn Gem.-Rathe Dr. Stern ist der Antrag auf zwölf Jahre gestellt worden. Ich erlaube mir den Antrag zu stellen, dass die Frist von 10 Jahren für beide Kategorien festgesetzt werde, so zwar, dass es im § 2 der Vorlage einfach heißt: „Der Bewerber muss nach erlangter Eigenberechtigung durch zehn der Bewerbung vorausgehende Jahre sich freiwillig und ununterbrochen in der Gemeinde aufgehalten haben." Es wäre eine ganz crasse Ungerechtigkeit, wenn der selbständige Geschäftsmann, der einmal, wie es im Stadtraths-Antrage heißt, zurückgeblieben ist mit seiner Steuer und bei dem dieselbe infolge von Unein-

bringlichkeit abgeschrieben worden ist, von dem Rechte der Armenversorgung vollständig ausgeschlossen werden sollte, während der andere, der gar keine Steuer gezahlt hat, bei dem also die Möglichkeit dieses Ausschließungsgrundes absolut nicht eintreten kann, dieses Recht genießt.

Referent: Ich habe hinsichtlich dieses Antrages bereits meine Erklärung abgegeben und bitte Sie, diesen Antrag nicht anzunehmen, weil es im Gegentheile geradezu ungerecht ist, Persönlichkeiten, welche doppelt Steuer zahlen — und man wird bei aller Nivellierungssucht nie dahin kommen, keinen Unterschied zwischen solchen zu machen, welche besteuert sind, und solchen, die es nicht sind — geradezu schlechter zu behandeln als diejenigen, welche dermalen keine Steuer zahlen. Auch ist die Auffassung des Herrn Gem.-Rathes Dr. Geßmann über den Verlust des Ersitzungsanspruches durch Abschreibungen unrichtig; der Betreffende wird durchaus nicht von der Erwerbung des Heimatsrechtes ausgeschlossen, sondern er erwirbt es nur unter jenen Bedingungen, wie derjenige, der keine Steuer zahlt.

Gem.-Rath Dr. Stern: Vor allem möchte ich eine Bemerkung des Herrn Referenten richtigstellen. Er hat früher erwähnt, dass zu jenen, die nicht directe Steuer zahlen, die ich gemeint habe, auch diejenigen gehören, welche nur einen vorübergehenden Aufenthalt haben. Das ist nicht der Fall, denn ich beantrage ausdrücklich, dass die lit. b im § 2 bleibe, wonach sich der Bewerber durch zehn Jahre, beziehungsweise — nach meinem Antrage — zwölf der Bewerbung vorausgegangene Jahre freiwillig und ununterbrochen in der Gemeinde aufgehalten haben muss.

Ich möchte zur Unterstützung meines Antrages noch auf Folgendes aufmerksam machen: Wie Sie wissen, steht jetzt eine neue Steuergesetzgebung in Berathung. Durch diese neue Steuergesetzgebung wird die Erwerbsteuer contingentiert. Es sollen auch je nach dem Ergebnisse der Personal-Einkommensteuer namentlich die untersten Erwerbsteuersätze vermindert, ja sogar die untersten Kategorien möglicherweise ganz aufgelassen werden. Ich frage Sie nun, wie halten Sie es mit denjenigen, die heute allerdings zur Erwerbsteuer vorgeschrieben sind, denen aber vermöge der neuen Steuergesetzgebung infolge des günstigen Ergebnisses der Personal-Einkommensteuer die Erwerbsteuer gänzlich nachgelassen werden wird. Soll das Beneficium, welches die neue Steuergesetzgebung dem Gewerbemanne gibt, indem es ihm die Steuer ganz nachlässt, auf einmal in ein onus verkehrt werden, indem er erst nach einem fünf Jahre länger dauernden Aufenthalte das Heimatsrecht erwirbt? Das ist nicht gerecht. Ich gestehe offen, ich hätte gleich ursprünglich den Antrag gestellt, dass zehn Jahre bestimmt werden sollen. Mit Rücksicht aber auf die schwere Belastung, welche der Gemeinde aus diesem Gesetzentwurfe droht, habe ich die Mitte zwischen den beiden vom Stadtrathe beantragten Sätzen, nämlich zehn und fünfzehn Jahre, ziehen müssen und demzufolge zwölf Jahre beantragt.

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Ich bitte nur ganz kurz, für den Stadtraths-Antrag zu stimmen. Den Irrthum, in welchem sich Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann befindet, hat bereits der Herr Referent aufgeklärt. Meines Erachtens besteht kein Zweifel. Sollte ein solcher bestehen, so muss derselbe im Abgeordnetenhause durch einen entsprechenden Zusatz gelöst werden. Für mich besteht aber kein Zweifel, dass 15 Jahre in jedem Falle gelten. Wenn er die Steuer pünktlich zahlt, hat er die Prämie, dass er schon nach zehn Jahren das Recht erwirbt, wenn er aber nicht pünktlich zahlt, erwirbt er es jedenfalls nach 15 Jahren.

Ich bitte Sie im Interesse der Gemeinde Wien, den Stadtraths-Antrag in dieser Richtung anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Ich habe nichts zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Hält Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann seinen Antrag aufrecht? Wenn dies der Fall ist, so mache ich aufmerksam, dass sich da die Sonderbarkeit ergeben würde, dass in Alinea a und b immer „zehn Jahre" stehen würde; der Herr Gemeinderath beantragt, in Alinea a das Wort „fünf" durch „zehn" zu ersetzen. So lautet der Antrag; da wären a und b der Zeit nach vollkommen gleich.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich habe ausdrücklich beantragt, es soll die Fassung dahin gehen: „Der Bewerber muss nach erlangter Eigenberechtigung" — dann fällt Alinea a vollständig weg — „ununterbrochen durch zehn der Bewerbung vorausgehende Jahre sich freiwillig und ununterbrochen in der Gemeinde aufgehalten haben."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte nur im Protokolle nachzusehen. Das ist ein neuer Antrag. Herr Gemeinderath haben gesagt, es soll heißen nach erlangter Eigenberechtigung entweder durch zehn Jahre ꝛc. Punkt a. Ich bitte nun, ich glaube es lässt sich der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Geßmann, wenn er so lautet, wie er zuletzt gestellt wurde, vom Antrage des Herrn Dr. Stern nur hinsichtlich der Zeit unterscheiden.

Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Stern ist ein Gegen-Antrag folgenden Inhaltes: Punkt a sei vollkommen zu streichen und bei Punkt b sei zu sagen: „Der Bewerber muss nach erlangter Eigenberechtigung durch zwölf der Bewerbung vorausgehende Jahre sich frei und ununterbrochen in der Gemeinde aufgehalten haben." Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann will anstatt zwölf Jahre zehn Jahre setzen.

Ich bringe also zuerst den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Stern zur Abstimmung. Jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Nun kommt der Antrag mit der Zeitbestimmung von zehn Jahren, also der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Geßmann. Ich bitte jene Herren, welche dafür stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es sind 28 Herren dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist ebenfalls abgelehnt.

Nun bringe ich zur Abstimmung Punkt 1 der Referenten-Anträge, dass die im Artikel I, § 2 a und b beantragten Aufenthaltsfristen von fünf, respective zehn Jahren, auf zehn, respective fünfzehn Jahre erhöht werden. Ich bitte jene Herren, die für diesen Antrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu Punkt 2 ist keine Einwendung; er ist daher angenommen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte um die Abstimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte also jene Herren, welche Punkt 2 acceptieren, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu Punkt 3 hat Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung das Wort.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Dieser Punkt 3 enthält einige Beschränkungen der Rechte des Aufnahmswerbers, insbesondere dadurch, dass er nicht nur abgelehnt werden kann wegen eines Vergehens aus Gewinnsucht oder gegen die Sittlichkeit, sondern auch, wenn er bescholten ist.

Er könnte nun auch wegen eines politischen Vergehens beschollen sein, und ich bin dagegen, dass er auch in diesem Falle von der Gemeinde abgelehnt werden könne. Schon jetzt hat die Polizei einen größeren Einfluss auf die Aufnahme als gut ist, und es ist ganz gewöhnlich, dass die Äußerung der Polizei für den Stadtrath maßgebend ist. Ich möchte mich also zur Aufrechthaltung der politischen Freiheit auf das beschränken, was die Regierung beantragt und die weitere Beschränkung des Stadtrathes nicht acceptieren. Es genügt, dass alle jene ausgeschlossen werden können, welche wegen eines Vergehens aus Gewinnsucht oder gegen die Sittlichkeit eine Strafe erhalten haben.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Meine Herren! Ich bin in dieser Hinsicht mit dem Herrn Vorredner vollkommen einverstanden. In einer politisch und social so bewegten Zeit muss in dergleichen Gesetzen aller Anstoß vermieden werden, welcher es ermöglicht, dass in unbilliger und ungerechter Weise zu Gunsten des einen oder zum Schaden des anderen eine Auslegung erfolgen kann. Ich glaube, es genügt hier vollständig der Wortlaut der Regierungsvorlage, und ich beantrage deshalb, dass Punkt 3 der Stadtraths-Anträge zu entfallen habe.

Gem.-Rath Dr. Daum: Um die Sache auszugleichen, beantrage ich den Zusatz „sittlich unbescholten".

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich bitte, dieser Punkt wurde über meine Initiative aufgenommen. Es ist mir auch nichts anderes vorgeschwebt als „sittlich unbescholten", denn, wenn wir diesen Passus nicht aufnehmen, werden Sie staunen, was wir alles aufnehmen müssen; das verträgt die Stadt Wien nicht. Aus diesem Grunde erkläre ich mich auch mit dem Zusatze des Herrn Gem.-Rathes Dr. Daum „sittlich unbescholten" einverstanden und bitte, ihn anzunehmen.

Referent (zum Schlusswortе): Ich habe nur zu erklären, dass wir nicht Ursache haben, uns in dieser Richtung mehr als nothwendig die Hände zu binden. Der Stadtrath hat sich hier vollständig an die Nomenclatur gehalten, welche im § 16 des Gemeindestatutes vorkommt.

Ich empfehle Ihnen daher, hier keine Discrepanz zu machen, sondern bei dem Ausdrucke, wie er im Statute steht, zu verbleiben und den Stadtraths-Antrag anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Anschauung, welche geäußert wurde, wird dadurch Rechnung getragen, dass die Abstimmung über den Referenten-Antrag erfolgt vorbehaltlich der Einfügung des Wörtchens „sittlich" vor dem Worte „unbescholten". Ich ersuche jene Herren, welche den Referenten-Antrag annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich ersuche nun jene Herren, welche dafür sind, dass vor den Worten „unbescholtenen Lebenswandel" das Wort „sittlich" eingefügt werde, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Es sind 35. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Die Einfügung des Wortes „sittlich" ist angenommen.

Wir kommen zu Punkt 4. Keine Einwendung? — Angenommen.

Punkt 5. Keine Einwendung? — Angenommen.

Punkt 6. Keine Einwendung? — Angenommen.

Punkt 7. Keine Einwendung?

Gem.-Rath Dr. Rechansky: Zu Punkt 7 erlaube ich mir den Zusatz-Antrag zu stellen: In der vierten und fünften Zeile habe es zu heißen: „innerhalb der Frist von einem Jahre".

Zur Erläuterung dieses Antrages erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, dass nach § 6 die Frist, innerhalb welcher die Gemeinde ein Gesuch zu entscheiden hat, mit sechs Monaten fixiert ist. Dies erscheint mit Rücksicht auf die große Anzahl von Gesuchen, die nach der Bestimmung von den 10, beziehungsweise 15 Jahren bei der Commune Wien zur Erledigung kommen werden, zu kurz gefasst. Ich beantrage daher die Erweiterung dieser Frist auf ein Jahr.

Referent: Ich habe die Ehre, namens des Stadtrathes zu erklären, dass derselbe sich diesem Amendement anschließt.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Namens des Stadtrathes kann sich der Herr Referent wohl nicht anschließen; für seine Person kann er eine Erklärung abgeben.

Referent: Ich habe in der heutigen Stadtrathssitzung die Ermächtigung eingeholt; der Herr College war nicht in der Sitzung des Stadtrathes.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bringe zunächst den Antrag des Herrn Dr. Rechansky zur Abstimmung, die Frist von sechs Monaten auf ein Jahr zu erweitern, dann den Referenten-Antrag. Diejenigen Herren, welche für die Fristerweiterung stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Punkt 7 der Referenten-Anträge ist sonst nicht angefochten worden. — Angenommen.

Punkt 8. Keine Einwendung? — Angenommen.

Es kommt Punkt 9.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich beantrage, dass es im Artikel II der Regierungsvorlage heißen soll: „Für die ausdrückliche Aufnahme in den Heimatsverband, welche auf Grund der Bestimmungen der §§ 2 bis 4 des vorstehenden Artikels erfolgt, darf von mittellosen Bewerbern eine Gebür nicht erhoben werden."

Referent: Ich habe auf Grundlage der in der heutigen Sitzung des Stadtrathes eingeholten Ermächtigung zu erklären, dass sich der Stadtrath diesem Amendement anschließt.

Gem.-Rath Dr. Rechansky: Ich hatte beabsichtigt, denselben Antrag zu stellen. Übrigens muss da der Vorantrag gestellt werden, dass Artikel III restituiert werde. Denn im Punkt 9 der Stadtraths-Anträge heißt es: „Die Gemeinde spricht sich gegen die Aufnahme des Artikel II aus mit Rücksicht darauf, dass dieser Gegenstand in die Competenz der Landtage fällt."

In Ergänzung des Antrages Dr. Geßmann beantrage ich also, dass Artikel II restituiert werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Das ist nicht nothwendig. Die Versammlung muss, wenn sie dieser Anschauung beipflichtet, den Referenten-Antrag ablehnen; das ist das einfachste.

Gem.-Rath Dr. Rechansky (fortfahrend): ... und dass in demselben in der Schlusszeile nach den Worten „eine Gebür" einzuschalten seien die Worte: „von mittellosen Bewerbern".

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Nun kommt zur Abstimmung Punkt 9 der Referenten-Anträge. Dieser Punkt würde bedeuten, dass Artikel II ganz zu streichen wäre. Wird der Referenten-Antrag abgelehnt, dann kommt der Antrag Dr. Geßmann zur Abstimmung.

Ich bitte jene Herren, welche Punkt 9 der Referenten-Anträge, betreffend die Streichung des Artikel II annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Punkt 9 ist abgelehnt.

Nun kommt zur Abstimmung das Amendement des Artikel II, welches dahin geht, dass von mittellosen Bewerbern keine Gebür eingehoben werden darf.

Ich bitte jene Herren, welche dieses Amendement annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Dasselbe ist angenommen.

Nun ersuche ich jene Herren, welche den übrigen Theil des Artikel II annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Derselbe ist angenommen.

Nun kommen wir zu Punkt 10 der Referenten-Anträge. Wird dagegen eine Einwendung erhoben? (Nach einer Pause:) Angenommen.

Nun kommt der Eingang: „Es sei eine Petition zu richten" zur Abstimmung. Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Angenommen.

Es gelangt nunmehr der Antrag Frauenbergrr — das wäre ein Zusatz nach Punkt 10 — zur Abstimmung, welcher lautet (liest):

„Der Gemeinderath wolle noch beschließen:

Es sei dieser Petition eine bestimmte Erklärung anzuschließen, dass die Gemeinde Wien nicht in der Lage sei, mit Rücksicht auf ihre ohnehin bis aufs äußerste angespannten finanziellen Mittel diese neuerliche Last der Armenversorgung zu übernehmen, und erwarte mit Zuversicht entweder eine andere Lösung dieser Frage oder aber volle Vergütung der betreffenden Auslagen durch den Staat."

Ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Nun kommen wir zur Entscheidung über den zweiten Theil des Antrages Herrdegen und über den Antrag Dr. Daum.

Der Antrag Herrdegen lautet: „ ... und die Regierung aufzufordern, mit aller Dringlichkeit eine Reform der Armenversorgung unter Loslösung derselben vom Heimatsrechte und beruhend auf der Schaffung eines Reichs-Armenfondes in Angriff nehmen zu lassen."

Gem.-Rath Herrdegen: Ich halte diesen Theil des Antrages für gegenstandslos und ziehe ihn zurück.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es entfällt also die Abstimmung hierüber.

Der Antrag Dr. Daum lautet: „Die §§ 23 und 26 des Heimatsgesetzes seien dahin zu ergänzen, dass den Gemeinden gewährt wird:

1. politische Execution für Rückersatzforderung wegen von der Gemeinde gewährten Unterstützungen,

2. ein Recht zur Anhaltung zur Arbeit auf bestimmte Zeit, wenn die Unterstützten durch Arbeitsscheu oder Trunksucht mittellos wurden oder ihrer gesetzlichen Erhaltungspflicht nicht genügt haben und dadurch Angehörige der öffentlichen Armenpflege anheimfallen ließen."

Ich bitte jene Herren, welche der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung ist genehmigt, der Gegenstand erledigt.

Beschluss: Es ist eine Petition an die hohe Regierung und an die beiden Häuser des Reichsrathes zu richten, in welcher an der Hand der von der städtischen Buchhaltung gelieferten statistischen Daten nachgewiesen wird, dass die Gemeinde Wien durch das geplante neue Heimatsgesetz einerseits eine außerordentlich hohe, ja unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen derselben geradezu unerschwingliche Mehrbelastung insbesondere für Zwecke der Armenversorgung, andererseits ein fühlbarer Entgang von Gebüren treffen würde, und in welcher die Bitte gestellt wird:

Es seien die Bestimmungen des Heimatsgesetzes vom 3. December 1863, Nr. 105 R.-G.-Bl., bezüglich der Verpflichtung der Armenversorgung unter Aufrechthaltung seines sonstigen Inhaltes nach folgenden Grundsätzen zu ändern:

1. Wenn der Unterstützungsbedürftige durch mehr als zehn Jahre aus freiem Willen aus seiner Heimatsgemeinde abwesend ist, erlischt die Verpflichtung der Heimatsgemeinde zur Unterstützung, beziehungsweise Versorgung desselben.

2. Diese Pflicht geht, im Falle der Unterstützungsbedürftige in demselben Kronlande seinen dauernden Aufenthalt hat, dem auch seine Heimatsgemeinde angehört, an das betreffende Kronland, im anderen Falle an den Staat über.

3. Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, die Armenpflege über jene Personen, welche in Wien ihren Wohnsitz haben und bezüglich welcher der Staat oder das Land die Verpflichtung zur Armenversorgung hat, auf Rechnung des Staates, beziehungsweise des Landes durch ihre eigenen Organe durchzuführen.

Sollte auf diesen Vorschlag nicht eingegangen werden, so wird gebeten, an dem Regierungsentwurfe folgende Änderungen vorzunehmen:

1. Dass die im Art. I, § 2, a und b beantragten Aufenthaltsfristen von fünf respective zehn Jahren auf zehn respective fünfzehn Jahre erhöht werden.

2. Dass im Art. I, § 2, Abs. a, nach den Worten „nicht im Rückstande haften" eingeschaltet werde: „und eine ihn betreffende landesfürstliche Steuer oder gesetzliche Umlage während der Zeit seines Aufenthaltes nicht wegen Uneinbringlichkeit in Abschreibung gebracht worden sei.

3. Ferner möge der Absatz 2 des Punktes b dahin abgeändert werden, dass der Bewerber während der sub a und b festgesetzten Aufenthaltsfristen einen sittlich unbescholtenen Lebenswandel geführt haben müsse und dass weder er, noch ein in seiner Versorgung stehendes Mitglied seiner Familie während dieser Aufenthaltsfrist der öffentlichen Mildthätigkeit zur Last gefallen sein dürfe.

4. Dass der § 3 des Gesetzes zu lauten habe: „Zur Geltendmachung des Anspruches auf die ausdrückliche Aufnahme in den Heimatsverband im Sinne des § 2 ist nicht bloß der Anspruchsberechtigte selbst, sondern im Falle seines Ablebens auch die hinterlassene Ehegattin und die ehelichen minderjährigen Kinder, bei Frauenspersonen auch die minderjährigen unehelichen Kinder berechtigt."

5. Im § 4 möge das Wort „weder" in „nicht" verändert, ferner der Satz „noch innerhalb einer Frist von zwei Jahren nach dem Aufhören des Aufenthaltes von dem Betreffenden selbst oder von dessen Heimatsgemeinde (§ 3)" entfallen, ebenso wie die Worte „beim Vorstande" statt deren zu setzen ist „bei ...".

6. Der § 5 der Gesetzesvorlage habe gänzlich zu entfallen.

7. Im § 6 hätten vorerst in der dritten und vierten Zeile die Worte „beziehungsweise die Zusicherung derselben (§ 5)" und in den Schlusszeilen ebenfalls „beziehungsweise die Zusicherung derselben" und „beziehungsweise 5" zu entfallen. Ferner habe es in der vierten, beziehungsweise fünften Zeile statt „innerhalb einer Frist von sechs Monaten" zu heißen „innerhalb der Frist von einem Jahre".

Am Schlusse des § 6 sei die Bestimmung aufzunehmen: „Der letzteren steht gegen solche Entscheidungen die Berufung an die höhere Instanz mit aufschiebender Wirkung zu."

8. Im § 7 wären die Worte „beziehungsweise 5" zu streichen.

9. Im Artikel II sei der Schlusssatz dahin abzuändern, dass derselbe laute: „darf von der Gemeinde von mittellosen Bewerbern eine Gebür nicht erhoben werden".

10. Solle gebeten werden, dass das Gesetz nicht früher in Kraft trete, bis nicht von der hohen Regierung im Gesetzgebungswege der Gemeinde Wien ein der enormen und unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen derselben geradezu unerschwinglichen Mehrbelastung entsprechendes Äquivalent gewährt sein wird, wobei auf das vom Herrn Bürgermeister dem Herrn Finanzminister überreichte Memorandum Bezug zu nehmen ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um 1/2 9 Uhr abends.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **16. November 1894.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Neumann, v. Götz, Rückauf, Dr. Huber, Schlechter, Dr. Klotzberg, Schneiderhan, Kreindl, Stiaßny, Dr. Lederer, Baugoin, Dr. Lueger, Dr. Vogler, Mayer, Witzelsberger, Müller, Wurm, Dr. Nechansky, Bürgermeister Dr. Grübl.

Entschuldigt: St.-R. Boschan, Dr. Hackenberg, Matthies.

Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

Ihr Ausbleiben von der Sitzung entschuldigen die St.-R. Dr. Hackenberg, Matthies und Boschan.

(9124.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Project für die Errichtung eines Schöpfwerkes an der Pressburger Reichsstraße, XI. Bezirk, und beantragt:

1. das vorliegende Project für die Errichtung eines Schöpfwerkes auf Cat.-Parc. 887/1 an der Pressburger Reichsstraße, XI. Bezirk, mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 10.300 fl. zu genehmigen;

2. von den zur Ausführung des Projectes erforderlichen Arbeiten und Lieferungen sind die Brunnenmeisterarbeiten, die Herstellung der Pumpenanlage und die Lieferung und Aufstellung der Reservoirs im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung, die Lieferung des Gasmotors und die Gasinstallationsarbeiten im Wege einer beschränkten Offertverhandlung unter Einladung der vom Bauamte namhaft gemachten Firmen zu vergeben und dieser Sicherstellung die vorliegenden allgemeinen und besonderen Bedingnisse zugrunde zu legen;

3. für dieses Project wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Local-Commission der Bauconsens ertheilt;

4. für die Ausführung dieses Projectes ist der Betrag von 10.300 fl. zur Rubrik XXII 11 in das Budget pro 1895 einzustellen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8834.) **St.-R. Stiaßny** referiert über die Erwerbung der dem Georg Zinner gehörigen Parcelle 1777/1 in der Valeriestraße im II. Bezirke im Ausmaße von 6065·03 m² und beantragt:

1. Die dem Georg Zinner gehörige Grundparcelle Nr. 1777/1, Gruppe B, in der Valeriestraße, II. Bezirk, im Ausmaße von 6065·03 m² zum Zwecke der Erbauung einer Doppel-Volksschule daselbst um den Pauschalbetrag von 50.000 fl. käuflich zu erwerben.

Diese Parcelle ist der Gemeinde mit Ausnahme der zu Gunsten des k. u. k. Hofärars einverleibten Reallast vollkommen lastenfrei zu übergeben.

2. Es sei der Kaufschilling aus den Cassabeständen zu bedecken.

3. Es sei wegen der Art der Verwendung des neuen Schulgebäudes, insbesondere auch hinsichtlich der eventuellen Einrichtung von Bürgerschulclassen daselbst vorerst die Wohlmeinung des Bezirksschulrathes einzuholen und sohin das Stadtbauamt zu beauftragen, eine Projectskizze für diesen Schulbau unter Rücksichtnahme auf den grundbücherlich auf der Bauarea vorgemerkten und auf die vom h. k. k. Oberstthofmeisteramte in seiner Note vom 5. October 1894, Z. 6463, gestellten Bedingungen und unter Angabe der approximativen Kosten ehestens vorzulegen, damit mit dem Baue im Frühjahre 1895 begonnen werden kann.

4. Es sei in das Budget pro 1895 der Betrag von 60.000 fl. als erste Baurate einzustellen.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt: Der Magistrat wird beauftragt, die Projectskizze derartig einzurichten, dass auch an der Wittelsbach- und Valeriestraße Vorgärten angelegt werden.

Referenten-Antrag und Antrag Ritt. v. Neumann angenommen; an den Gemeinderath.

(9104.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Matthäus und der Marie Karwautz um Baubewilligung Einl.-Z. 195 in Baumgarten, Berggasse, XIII. Bezirk, und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung unter der Bedingung, dass der von der Cat.-Parc. 15/5 zur Verbreiterung der Hochsatzengasse (Fig. g k t h g des Planes) und der zur Durchführung der Schulgasse (Felbigergasse) erforderliche Grund (Fig. a b c d a) im Ausmaße von circa 420·985 m² unentgeltlich und lastenfrei und im seinerzeit zu bestimmenden Niveau über jedes-

maliges Verlangen der Gemeinde Wien abgetreten und für die weitere Benützung dieser Grundstreifen ein jährlicher Anerkennungszins von 1 fl. entrichtet und die erstere Verpflichtung auf der Realität Cat.-Parc. 15/5, Einl.-Z. 195, Ober-Baumgarten, grundbücherlich als Reallast noch vor Ausfertigung des Bauconsenses sichergestellt werde. (Angenommen.)

(9126.) **St.-R. Wurm** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 22. October 1894, Z. 76836, betreffend die Ertheilung des Bauconsenses für eine Infanteriekaserne auf der Schmelz im XVI. Bezirke, und beantragt, gegen diese Ertheilung des Bauconsenses die Vorstellung, eventuell den Recurs im Sinne des Magistrats-Antrages zu ergreifen. (Angenommen.)

(9049.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Guido Rütgers um Genehmigung der Überschreitung des Arbeitstermines für die Holzstöckelpflasterung in der Spiegelgasse, I. Bezirk, und beantragt, von der Vorschreibung eines Pönales in diesem Falle Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(9167.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Rectificierung des Wählercatasters und beantragt:

1. Der Magistrat wird ermächtigt, zur Entlohnung des Personales des k. k. Central-Meldungsamtes für die allgemeine Revision des Wählercatasters den Betrag von 2 kr. für jedes Catasterblatt der k. k. Polizei-Direction zur Verfügung zu stellen.

2. Wegen Gewährung einer Remuneration an das genannte Personale in dem in Aussicht genommenen Betrage von 1000 fl. für die permanente Evidenthaltung der Wohnungsveränderungen der Wähler ist vom Jahre 1895 an vor Jahresschluss die Genehmigung des Stadtrathes einzuholen.

3. Der Magistrat wird ermächtigt, für den Steuer- und Wahlcataster acht Diurnisten mit dem systemisierten Taggelde aufzunehmen.

4. Der an die k. k. Polizei-Direction im Jahre 1894 auszufolgende Betrag von ungefähr 1600 fl., sowie der von den Taggeldern der acht neuen Diurnisten auf das Jahr 1894 entfallende Theilbetrag des Jahreserfordernisses per 3796 fl. wird auf den Reservefond verwiesen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9083.) **Derselbe** referiert über den Beschluss des Bezirksschulrathes vom 13. Juli 1892, Z. 4638, resp. Landesschulraths-Erlass vom 28. August 1892, Z. 7872, in Betreff der Remunerierung von in aushilfsweiser Verwendung stehenden Lehrkräften während der Ferialmonate und beantragt:

1. von der Ergreifung einer Beschwerde gegen obigen Beschluss, betreffend die Remunerierung von in aushilfsweiser Verwendung stehender Lehrkräfte während der Ferienmonate werde abgesehen und ertheilt der Stadtrath zu diesem Beschlusse die Zustimmung. Hievon ist der Bezirksschulrath mit dem Beifügen zu verständigen, dass nach Ansicht des Stadtrathes dessen Zustimmung zu jenem Beschlusse schon seinerzeit hätte eingeholt werden sollen;

2. in Erledigung der Note des Bezirksschulrathes vom 28. Juli 1894, Z. 5158, ertheilt der Stadtrath ferner seine Zustimmung zur Flüssigmachung der Remunerationen an die darin erwähnten 54 provisorischen Unterlehrer, beziehungsweise Unterlehrerinnen für die Ferienmonate 1894 vorbehaltlich der sofort einzuholenden Genehmigung des k. k. Landesschulrathes.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, den Recurs zu ergreifen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, der k. k. Landesschulrath sei im Recurse zu ersuchen, die nöthigen Schritte einzuleiten, dass eine Änderung des Gesetzes bezüglich der Auszahlung der Remunerationen erfolge.

Die Anträge der St.-R. Dr. v. Billing und Dr. Lueger werden angenommen.

(9039.) **Derselbe** referiert über den Beschluss des Bezirksschulrathes wegen Zuerkennung einer Remuneration für die Ferialmonate an die Arbeitslehrerin an der Mädchenschule III., Erdbergstraße 76, Hermine Roboch, und beantragt, von der Ergreifung eines Recurses wird abgesehen und die Zustimmung zur Flüssigmachung der Remuneration für den Fall ertheilt, als der Landesschulrath den Beschluss des Bezirksschulrathes genehmigt. Der Act ist daher vorerst im Wege des Bezirksschulrathes dem k. k. Landesschulrathe zu unterbreiten.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, den Recurs zu ergreifen, der Hermine Roboch jedoch den Betrag auszubezahlen.

Es wird beschlossen, den Recurs zu ergreifen und der Hermine Roboch eine Aushilfe von 50 fl. zu gewähren.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt die Wiederaufnahme der Debatte bezüglich des Referates Z. 9083. (Abgelehnt.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(9158.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Regierungsvorlage, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 3. December 1863, R.-G.-Bl. Nr. 105 (Heimatsgesetz), und beantragt, es sei eine Petition an die hohe Regierung und an die beiden Häuser des Reichsrathes zu richten, in welcher an der Hand der von der städtischen Buchhaltung gelieferten statistischen Daten nachgewiesen wird, dass die Gemeinde Wien durch das geplante neue Heimatsgesetz einerseits eine außerordentlich hohe, ja unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen derselben geradezu unerschwingliche Mehrbelastung insbesondere für Zwecke der Armenversorgung, andererseits ein fühlbarer Entgang von Gebüren treffen würde, und in welcher die Bitte gestellt wird:

1. dass die im Art. 1, § 2 a und b beantragten Aufenthaltsfristen von 5 resp. 10 Jahren, auf 8 resp. 12 Jahre erhöht werden;

2. dass im Art. I, § 2, Abs. a, nach den Worten: „nicht im Rückstande haften" eingeschaltet werde: „und eine ihn betreffende landesfürstliche Steuer oder gesetzliche Umlage während der Zeit seines Aufenthaltes nicht wegen Uneinbringlichkeit in Abschreibung gebracht worden sei";

3. ferner möge der Abs. 2 des Punktes b dahin abgeändert werden, dass der Bewerber während der sub a und b festgesetzten Aufenthaltsfristen einen unbescholtenen Lebenswandel geführt haben müsse, und dass weder er, noch ein in seiner Versorgung stehendes Mitglied seiner Familie während dieser Aufenthaltsfrist der öffentlichen Mildthätigkeit zur Last gefallen sein dürfe;

4. dass der § 3 des Gesetzes zu lauten habe: „Zur Geltendmachung des Anspruches auf die ausdrückliche Aufnahme in den Heimatsverband im Sinne des § 2 ist nicht bloß der Anspruchsberechtigte selbst, sondern im Falle seines Ablebens auch die hinterlassene Ehegattin und die ehelichen minderjährigen Kinder, bei Frauenspersonen auch die minderjährigen unehelichen Kinder berechtigt";

5. im § 4 möge das Wort „weder" in „nicht verändert", ferner der Satz: „noch innerhalb einer Frist von zwei Jahren nach dem Aufhören des Aufenthaltes von dem Betreffenden selbst oder von dessen Heimatsgemeinde (§ 3)" entfallen, ebenso wie die Worte: „beim Vorstande" statt letzterer ist zu setzen „bei ...."

6. der § 5 der Gesetzesvorlage habe gänzlich zu entfallen;

7. im § 6 hätten vorerst in der 3. und 4. Zeile die Worte: „beziehungsweise die Zusicherung derselben (§ 5)" und in den Schlusszeilen ebenfalls: „beziehungsweise die Zusicherung derselben" und „beziehungsweise 5" zu entfallen.

Am Schlusse des Paragraphes sei die Bestimmung aufzunehmen: „der letzteren steht gegen solche Entscheidungen die Berufung an die höhere Instanz zu."

8. Im § 7 wären die Worte: „beziehungsweise 5" zu streichen;

9. im Artikel II sei der Schlusssatz dahin abzuändern, dass derselbe laute: „darf die Gemeinde von mittellosen Bewerbern eine Gebür nicht einheben", und endlich

10. solle gebeten werden, dass das Gesetz nicht früher in Kraft rete, bis nicht von der hohen Regierung im Gesetzgebungswege der Gemeinde Wien eine den enormen und unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen derselben geradezu unerschwingliche Mehrbelastung entsprechendes Äquivalent gewährt sein wird, wobei auf das vom Herrn Bürgermeister dem Herrn Finanzminister überreichte Memorandum Bezug zu nehmen ist.

St.-R. Dr. Huber beantragt ad Punkt 1 am Schlusse statt „auf 8 resp. 12 Jahre erhöht werden": „auf 10 resp. 15 Jahre rhöht werden".

St.-R. Schlechter beantragt ad 7 bei dem Passus: „Der letzteren steht gegen solche Entscheidungen die Berufung an die höhere Instanz zu" den Zusatz: „mit aufschiebender Wirkung".

St.-R. Schlechter stellt ad 9 den Gegen-Antrag: „Dem Art. II kann seitens der Gemeinde nicht zugestimmt werden, es wäre daher wie bisher der Landesgesetzgebung vorzubehalten, die Höhe der Gebüren im abgestuften Betrage nach der Länge des ununterbrochenen Aufenthaltes des Bewerbers in der Gemeinde zu genehmigen. Bis zu einer gesetzlichen Abänderung in diesem Sinne sollen die bestehenden gesetzlich genehmigten Aufnahmsgebüren in den einzelnen Gemeinden aufrecht bleiben."

St.-R. Witzelsberger beantragt im Referenten-Antrage Punkt 9 die Einschaltung „nur" von Mittellosen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt die Weglassung des Art. II.

Der Antrag des St.-R. Schlechter (ad Punkt 9) wird zurückgezogen.

Der Antrag des St.-R. Dr. Huber (ad Punkt 1) und der Antrag des St.-R. Schlechter (ad Punkt 7) werden angenommen.

Weiters wird gegen den Referenten-Antrag Punkt 9 beschlossen: „Die Gemeinde spricht sich gegen die Aufnahme des Art. II aus mit Rücksicht, dass dieser Gegenstand in die Competenz der Landtage fällt." Im übrigen wird der Referenten-Antrag angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(9113.) **Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über die zur Errichtung städtischer Gaswerke in der Zeit vom 15. September bis 15. November 1894 durchgeführten Actionen und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9085.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Rubrik XLIII 33 „Besoldungsvorschüsse an Lehrpersonen" und beantragt, einen Zuschusscredit von rund 8000 fl. beim Gemeinderathe zu erwirken.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9006.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Pensionsanweisung für die Magistratsraths-Witwe Marie Örtl und beantragt die Anweisung der normalmäßigen Witwenpension im Jahresbetrage von 600 fl. vom 1. November 1894 an unter gleichzeitiger Einstellung der Bezüge des verstorbenen Gatten Nikolaus Örtl.

(Angenommen.)

(8929.) **St.-R. Müller** referiert über die Projecte für die Verlegung der Rohrstränge der Hochquellen- und Kaiser Ferdinands-Wasserleitung am Neubaugürtel von der bestandenen Mariahilferlinie bis zur Czermakgasse im XVIII. Bezirke anlässlich des Stadtbahnbaues und beantragt die Genehmigung der vorliegenden Projecte des Stadtbauamtes hinsichtlich der Rohrverlegung am Neubaugürtel und von der Gaullacher- bis zur Czermakgasse auf Grund des Kostenanschlages und Bedingnisse des Stadtbauamtes mit der von der städtischen Buchhaltung an den letzteren angebrachten Änderungen und Vergebung der erforderlichen im Magistratsreferate specificierten Arbeiten und Lieferungen im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8849.) **Derselbe** referiert über die Herstellung einer Blitzableiteranlage am Schulgebäude Unter-St. Veit, Auhofstraße 27, und beantragt:

1. im vorliegenden Falle wird von den Bestimmungen des Gemeinderaths-Beschlusses vom 14. October 1879, Z. 4415, wonach die Anbringung von Blitzableitern auf sämmtlichen Schulgebäuden Wiens principiell abgelehnt wurde, Umgang genommen, und die Errichtung einer Blitzableiteranlage auf obigem Schulhause in Würdigung der obwaltenden localen Umstände mit dem Kostenbetrage von 387 fl. 40 kr. genehmigt;

2. die Installationsarbeiten für diese Anlage werden dem Nicola Bostelmann zu dem offerierten Kostenbetrage von 237 fl. 40 kr. unter Festsetzung der dreijährigen Haftzeit übertragen;

3. die übrigen zur Herstellung derselben erforderlichen Arbeiten und Lieferungen (veranschlagt im Pauschalbetrage von 100 fl.) durch die betreffenden mit den Stadtraths-Beschlüssen vom 25. Mai 1893, Z. 3375, und 12. Juli 1893, Z. 4632, für diesen Schulbau bestimmten Unternehmer auszuführen;

4. behufs Ausführung einzelner in dem Offerte Nicola Bostelmann nicht vorgesehenen Installationsarbeiten wird ein Pauschalbetrag von 50 fl. bewilligt;

5. die ständige Beaufsichtigung und die jährlich mindestens einmal vor Beginn der Gewitterperiode vorzunehmende genaue Untersuchung der ganzen Blitzableiteranlage wird dem Nicola Bostelmann gegen eine jährliche Pauschalvergütung von 10 fl. auf die Dauer von fünf Jahren, vom Tage der Übernahme der fertiggestellten Blitzableiteranlage in die Benützung der Gemeinde angefangen gerechnet, übertragen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

(8975.) **Derselbe** referiert über das neuerliche Ansuchen des Eduard Hasenörl um käufliche Überlassung eines Theiles der Parcelle Nr. 45 in Nussdorf und beantragt, das Ansuchen des Eduard Hasenörl um käufliche Überlassung des in der bauämtlichen Skizze mit den Buchstaben A B C bezeichneten Theiles der im Grundbuche für Nussdorf als öffentliches Gut eingetragenen Parcelle Nr. 45 in Nussdorf im Ausmaße von 303·6 m² um den Pauschalbetrag von 2500 fl. wird unter den Bedingungen der Protokolle vom 25. September und 3. November 1894 genehmigt.

St.-R. Dr. Lueger beantragt 10 fl. per Quadratmeter.

Dieser Antrag wird abgelehnt; der Referenten-Antrag angenommen. (An den Gemeinderath.)

(8933.) **Derselbe** referiert über die Normierung der Anlage von Vorgärten in einem Theile der Feldgasse in Gersthof, XVIII. Bezirk, und beantragt, in der Feldgasse in Gersthof, XVIII. Bezirk, von der Alseggergasse aufwärts, und zwar an der ungeraden Nummernseite derselben die Anlage von 4·75 m breiten Vorgärten innerhalb der Baulinie festzusetzen und die freistehende, beziehungsweise zu zweien Objecten gekuppelte Bauweise im Minimalabstande von 2 m gegen die Nachbargrenze in dieser Strecke zu bestimmen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9004.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über das Ansuchen der Wilhelmine Goldmann, Oberlehrerswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe für ihre Tochter Clementine und beantragt, derselben die Gnadengabe jährlicher 50 fl. vom 15. October 1894 auf drei Jahre, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8917.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung einer Concretalpension für den Sohn des verstorbenen Oberlehrers Gustav Mühlberger und beantragt, dem am 16. November 1878 geborenen Oberlehrerssohn Gustav Mühlberger vom 1. September 1894 an nach Einstellung des Pensionsbezuges des verstorbenen Vaters des Oberlehrers Gustav Mühlberger mit Ende August 1894 eine Concretalpension per 283 fl. 33 kr. jährlich bis zum vollendeten 20. Lebensjahre oder bis zu dem Tage einer noch früher eintretenden anderweitigen Versorgung aus der Wiener Lehrerpensionscassa gegen seinerzeitig entsprechende Abrechnung mit der n.-ö. Landes-Lehrerpensionscassa zuerkannt und dieser Betrag zu Handen des gerichtlich bestellten Vormundes Johann Krakowitzer auf die sonst übliche Art flüssig gemacht werde. (Angenommen.)

(8936.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Hütteldorf um Lehrzimmer-Überlassung in der neuen Volksschule in Hütteldorf, XIII. Bezirk, und beantragt, derselben ein Lehrzimmer der neuen städtischen Volksschule in Hütteldorf zur Veranstaltung eines unentgeltlichen Curses über erste Hilfe bei Unglücksfällen unentgeltlich bei freier Beleuchtung und Beheizung, und zwar an jedem Donnerstage von 7 bis 8 Uhr abends in den Wintermonaten jeden Jahres von October bis März inclusive, auf Widerruf zu überlassen. (Angenommen.)

(9092.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Lieferung von Wassermesserschutzkästen und beantragt, die Lieferung von Wassermesserschutzkästen per 5790 fl. dem mindestbietenden Zimmermeister Josef Mayer (22 Percent Nachlass) zu übertragen. Das Stadtbauamt ist aufmerksam zu machen, dass bei der Lieferung auf die vorgeschriebene Holzgattung strenge zu sehen sei. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Donauregulierungs-Commission.

(Plenarsitzung vom 21. November 1894.)

In der am 21. November 1894 unter dem Vorsitze des Herrn k. k. Statthalters für Niederösterreich, Erich Grafen Kielmansegg, stattgehabten CXCV. Plenarsitzung der Donau-Regulierungs-Commission wurde ein von der Oberbauleitung vorgelegtes Project für die umfassende Regulierung des Donauufers bei Melk unter thunlichster Offenhaltung des Melker Armes genehmigt und wird ein beträchtlicher Theil der hiezu erforderlichen Arbeiten schon im kommenden Jahre zur Ausführung gelangen.

Weiters wurde beschlossen, bei der Herstellung des Alimentierungscanales oberhalb der Schleuse in Nussdorf unbedingt die pneumatische Fundierungsmethode in Anwendung zu bringen, dann den bisherigen Bestandvertrag mit der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp., betreffend die Benützung der Kaiser Franz Josefsbrücke unter Festsetzung eines an den Donauregulierungsfond zu entrichtenden Brückenabnützungs-Pauschales jährlicher 4200 fl. ö. W. zu erneuern.

Endlich wurden einige Personal-Angelegenheiten erledigt.

* * *

Commission für Verkehrsanlagen.

24. November 1894.

In der abgelaufenen Woche waren bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen 1541 Arbeiter verwendet; hievon waren 631 beim Bau der Gürtel- und Vorortelinie der Stadtbahn, 583 am Schleusencanal nächst Nussdorf, 327 an den Sammelcanälen beiderseits des Wienflusses beschäftigt. Außerdem standen in Verwendung beim Bahnbau 24 Fuhrwerke und 1 Dampfmaschine, beim Schleusencanalbau 4 Dampfmaschinen, beim Bau der Sammelcanäle 65 Fuhrwerke.

* * *

(Ein neues Ortslexikon der Länder der ungarischen Krone.) Von dem k. ungar. statistischen Bureau wurde ein neues „Ortslexikon der Länder der ungarischen Krone" in zwei Theilen verfasst, dessen Preis sich geheftet auf 3 fl. und im steifen englischen Leinwandbande auf 3 fl. 50 kr. beziffert. Eventuelle Bestellungen sind an das k. ungar. statistische Bureau, Budapest, V, Rudolfrakpart 6 sz, zu richten. Bei vorheriger Einsendung des Pränumerationspreises gelangt das Werk portofrei zur Versendung.

* * *

(Auftreten der Reblaus.) In den Gemeinden Suttenbrunn, Pernersdorf und Haslach im politischen Bezirke Oberhollabrunn wurde das Auftreten der Reblaus (Phylloxera vastatrix) constatiert. Infolgedessen wurde mit Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 5. November 1894, Z. 86996, in Gemäßheit des Gesetzes vom 3. April 1875, R.-G.-Bl. Nr. 61, die Ausfuhr von Reben, Pflanzen, Pflanzentheilen und anderen Gegenständen, welche als Träger dieses Insectes bekannt sind, aus dem ganzen Gebiete der genannten Gemeinden strengstens verboten.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 18. November bis 24. November 1894.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . . 246.100 kg (Davon aus Nieder-Österreich — 196.716; aus Ober-Österreich — 695; aus Tirol — —; aus Mähren — 3514; aus Galizien —

		35.554; aus Ungarn — 6772; aus der Bukowina — —; aus Australien — 2796; aus Croatien — 53 kg)
Kalbfleisch . . .	7.334 kg	(Davon aus Nieder-Österreich — 2099; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren —; aus Galizien — 5235; aus Ungarn — —; aus der Bukowina — — kg)
Schaffleisch . . .	20.289 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 503; aus Mähren — —; aus Galizien — 9.642; aus Ungarn 310; aus der Bukowina - 9834 kg)
Schweinfleisch .	73.140 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 44.520; aus Ober-Österreich — —; aus Böhmen — 559; aus Croatien — —; aus Mähren 793; aus Galizien 22.413; aus Ungarn — 4.855; aus der Bukowina — kg)
Kälber	1.167 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 102; aus Ober-Österreich 2; aus Mähren — 33; aus Galizien — 943; aus Ungarn — 44; aus der Bukowina — 20; aus Tirol — 11; aus Croatien — —; aus Salzburg — 12 St.)
Schafe	491 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 295; aus Ober-Österreich — --; aus Mähren —; aus Galizien — 73; aus der Bukowina — 3; aus Croatien — —; aus Kärnten — 3; aus Ungarn — 117 St.)
Schweine . .	1.083 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 138; aus Mähren — 6; aus Galizien — 928; aus Ungarn — 11; aus der Bukowina — — St.)
Lämmer	15 „	(Davon aus Nieder-Österreich — —; aus Galizien — 5; aus Ungarn — 10 St.)

Die Zufuhren für den Approvisionierungsverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	25	bis	72	kr.	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	45	„	95	„	„ „
„	Australisches: vorderes .	„	—	„	40	„	„ „
„	„ hinteres				50	„	„ „
Kalbfleisch		von	40	bis	75	„	„ „
Schaffleisch		„	25	„	46	„	„ „
Schweinfleisch		„	46	„	75	„	„ „
Kälber		„	38	„	62	„	„ „
Schafe		„	25	„	40	„	„ „
Schweine		„	40	„	60	„	„ „
Lämmer		„	—	„	—	fl.	„ St.

Die dieswöchentlichen Zufuhren waren jenen der Vorwoche nahezu gleich, der Marktverkehr war ein sehr lebhafter und es erzielten Rindfleisch, Schweinfleisch und Schafe infolge lebhafter Nachfrage eine Preissteigerung von 4 bis 10 kr. Kalbfleisch und Kälber erlitten eine Preisreduction von 2 kr., während die übrigen Fleischwaren zu den vorwöchentlichen Preisen verkauft wurden.

* * *

Pferdemarkt vom 23. November 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 379 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 80—520 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 15— 75 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 26. November 1894.

1. Auftrieb.

Mastvieh 2175, Weidevieh 857, Beinlvieh 1468.

Summa . 4500.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	2475
Galizische „ . . .	909
Deutsche „ . . .	972
Büffel „ . . .	144

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3423
Stiere	325
Kühe	752

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht **mit** Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von	50	bis	69	fl.	Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 34 bis 45 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung: a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung; b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt 2c.; c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt 2c., zugesteht.
(extrem .	„	—	„	—	„)	
Galiz. Schlachtthiere .	„	55	„	63	„	
(extrem .	„	—	„	—	„)	
Deutsche Schlachtthiere	„	55	„	68	„	
(extrem .	„	69	„	70	„)	
Weidevieh	„	50	„	57	„	

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht **ohne** Percentabzug:

Ochsen	von	23	bis	34	fl.
Stiere	„	24	„	38	„
Kühe	„	23·5	„	34 (—)	„
Büffel	„	17	„	23·5	„
Beinlvieh	„	14	„	22	„
Weidevieh	„	—	„	—	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . von 24 bis 60 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen	8 Stück
Beinlvieh	81 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 1087 Stück Schlachtthiere weniger aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des verminderten Auftriebes ziemlich lebhaft, daher die Preise in Primaqualität eine Steigerung von 1 bis 2 fl., in Mittelware eine solche von 1 bis 3 fl. per 100 kg erfahren haben.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 24. November 1894.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 78—82 kg)	von	6	fl.	70	kr.	bis 7 fl. 40 kr.
Roggen („ „ „ „ 71—78 „)	„	5	„	50	„	„ 5 „ 95 „
Gerste	„	5	„	25	„	„ 9 „ 10 „
Mais	„	6	„	90	„	„ 7 „ 25 „
Hafer	„	5	„	90	„	„ 6 „ 80 „

b) Mahlproducte.

Grieß	von	11	fl.	—	kr.	bis 12 fl. 50 kr.
Weizenmehl	„	5	„	—	„	„ 12 „ 50 „
Roggenmehl	„	6	„	—	„	„ 10 „ 30 „
Weizenkleie	„	3	„	60	„	„ 4 „ 10 „
Roggenkleie	„	3	„	80	„	„ 4 „ — „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 15. bis 22. November 1894.

Waren eingelagert . . . . . 38.440 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 35.503 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 12.324 Meter-Centner.

Lagerstand vom 22. November 1894: 387.821 Meter-Centner, und zwar:

84.480	Meter-Centner	Weizen,	94.348	Meter-Centner	Roggen,
83.244	„	Gerste,	36.507	„	Hafer,
2.531	„	Mais,	34.339	„	Ölsaaten,
19.602	„	Mehl u. Kleie,	1.953	„	Wein,
1.029	„	Zucker,	— Hektoliter à 100% Spiritus.		

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,374.280 fl. öst. Währ.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Verkauf von Kunstbutter und Kunstfetten.

Der Wiener Magistrat hat unterm 8. November 1894, M.-Z. 167761/XV, Nachstehendes kundgemacht:

Im Grunde des § 93 des Gesetzes vom 19. December 1890, L.-G.-Bl. Nr. 45, findet der Magistrat Nachstehendes zu verordnen:

1. Die Gewerbetreibenden, welche sich mit dem Verschleiße von Butter befassen, haben in ihrem Verkaufslocale oder bei ihrem Marktstande in leicht ersichtlicher Weise auf einer Tafel mit deutlichen, nicht verwischbaren Lettern die Gattung der zum Verkaufe gelangenden Butter als „Echte Butter" oder „Kunstbutter" bekanntzugeben.

Werden beide Buttergattungen geführt, so ist jede auf einer besonderen Tafel zu notieren und separat zu lagern.

Sowohl bei der einen als bei der anderen Gattung ist der Preis per Kilogramm anzugeben.

Dasselbe gilt von Fettgemischen, welche als „Kunstfett" oder „Kunstschmalz" zu bezeichnen sind.

2. Die Kunstbutter darf nur in Ziegelform in Verkehr gebracht werden und muss jedes Stück mit der Bezeichnung „Kunstbutter" versehen sein.

Die Bezeichnung „Kunstbutter" hat durch Eindrücken mittels einer Form (aus Holz oder Metall) zu geschehen, wobei sich die Buchstaben auf die ganze Länge des Stückes zu erstrecken haben.

3. Die Verordnung tritt mit 1. Jänner 1895 in Wirksamkeit.

Das städtische Marktamt ist beauftragt, den Verkauf auf das strengste zu überwachen.

Die Außerachtlassung dieser Verordnung wird nach dem eingangs citierten Gesetze mit Geldstrafen bis zum Betrage von 200 fl. oder Arreststrafen bis zu 14 Tagen und nach Umständen auch nach den Bestimmungen des Strafgesetzes geahndet werden.

* * *

Ausdehnung des Lungenseuche-Sperrgebietes in Ungarn auf das Comitat Pest-Pilis-Solt-Kis-Kun einschließlich der Stadtgebiete von Budapest und Stuhlweißenburg.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 2. November 1894, Z. 86616, Nachstehendes kundgemacht:

Da in jüngster Zeit die Lungenseuche des Rindes wieder in je einem Hofe des Budapester Stadtgebietes und des Comitates Pest-Pilis-Solt-Kis-Kun constatiert worden ist, sowie im Hinblicke darauf, dass diese Seuche auch in Wien bei einem am Budapester Viehmarkte erworbenen und aus dem Comitate Fejer provenierenden Rinde nachgewiesen wurde, findet die k. k. Statthalterei zum Schutze der hierländischen Rindviehbestände, beziehungsweise zur Hintanhaltung der Einschleppung der erwähnten Seuche nach Niederösterreich das Comitat Pest-Pilis-Solt-Kis-Kun einschließlich des Stadtgebietes von Budapest und des Budapester Viehmarktes, sowie das Comitat Fejer einschließlich des Gebietes der königl. Freistadt Stuhlweißenburg (Székesfehérvár) in das in h. o. Kundmachungen vom 1. Juli 1893, Z. 45081, und 14. Mai 1894, Z. 35927, bezeichnete zusammenhängende Lungenseuche-Sperrgebiet einzubeziehen.

Demnach sind bis auf weiteres Rinder aus den erwähnten Gebieten für das h. o. Verwaltungsgebiet ausschließlich nur nach dem Wiener Central-Viehmarkte zu St. Marx zur Aufstellung auf der dortigen Contumazabtheilung behufs Verwertung und Schlachtung in den Wiener Schlachthäusern zur Einfuhr (Eintrieb) zugelassen. Übertretungen dieser Bestimmungen, welche am 6. November 1894 in Wirksamkeit treten, werden nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51), wobei auch die Vorschriften des § 46 des Thierseuchengesetzes und der dazu erlassenen Durchführungsvorschrift (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36 ex 1880) in Anwendung kommen, bestraft.

* * *

Verbot der Einfuhr von Schweinen aus dem Comitate und der Stadt Raab nach Niederösterreich.

Die k. k. Statthalterei für Niederösterreich hat unterm 15. November 1894, Z. 90741, Nachstehendes kundgemacht:

Nachdem in letzterer Zeit bei aus der königlichen Freistadt Raab in Ungarn nach Wien zugeführten Schweinen die Maul- und Klauenseuche constatiert worden ist, so findet die k. k. Statthalterei zum Zwecke der Verhütung einer weiteren Einschleppung der genannten Seuche bis auf weiteres die Einfuhr von Schweinen aus dem Comitate und der königlichen Freistadt Raab nach Niederösterreich zu verbieten.

Übertretungen dieser Anordnung, welche am 17. November 1894 in Wirksamkeit tritt, werden nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 5), wobei auch die Vorschriften des § 46 N. S.-G. und der dazu erlassenen Durchführungsvorschriften (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36 ex 1880) in Anwendung kommen, bestraft.

* * *

Beschränkung der Einfuhr von Schafen, Ziegen und Schweinen aus den Comitaten Arva und Trentschin in Ungarn nach Niederösterreich.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 1. November 1894, Z. 85852, Nachstehendes kundgemacht:

Nachdem ämtlichen Nachrichten zufolge die Maul- und Klauenseuche in mehreren Orten der Comitate Arva und Trentschin in Ungarn besteht und diese Seuche in letzterer Zeit in Wien bei aus den genannten Comitaten zugeführten Schweinen nachgewiesen worden ist, findet die k. k. Statthalterei zum Zwecke der Verhütung der Verschleppung dieser Seuche im unterstehenden Verwaltungsgebiete die Einfuhr von Schafen, Ziegen und Schweinen aus den

bezeichneten Comitaten, einschließlich der dortigen Stadtgebiete nach Niederösterreich dahin einzuschränken, dass solche Thiere bis auf weiteres nur nach Wien auf die Contumaz-Abtheilungen des Central-Viehmarktes zu St. Marx behufs Verwertung und Schlachtung im Stadtgebiete von Wien gebracht werden dürfen. Die hinsichtlich der Verwertung der aus den in Rede stehenden Comitaten nach Wien zugeführten Rinder, mit der Kundmachung vom 1. Juli 1894, Z. 45081, angeordneten besonderen veterinärpolizeilichen Maßregeln werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

Übertretungen dieser Anordnung, welche am 4. November d. J. in Wirksamkeit tritt, werden nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51), wobei auch die Vorschriften des § 46 des allgemeinen Thierseuchengesetzes und der dazu erlassenen Durchführungsvorschriften (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36) in Anwendung kommen, bestraft.

* * *

Verbot der Einfuhr von Schafen, Ziegen und Schweinen aus einigen Comitaten Ungarns.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 9. November 1894, Z. 86763, Nachstehendes kundgemacht:

Im Hinblicke auf die zunehmende Verbreitung der Maul- und Klauenseuche in den Comitaten Arva, Trentschin, Neutra, Gömör-Kishout, Jasz-Nagy, Kun-Szolnok, Heves und Sohl, und nachdem bei aus einigen dieser Comitate zugeführten Schweinen die Maul- und Klauenseuche auf dem Wiener Borstenviehmarkte zu St. Marx constatiert worden ist, findet die k. k. Statthalterei — unter Behebung ihrer Kundmachung vom 1. November d. J., Z. 85852, bis auf weiteres die Zufuhr von Schafen, Ziegen und Schweinen aus den obengenannten Comitaten nach Niederösterreich gänzlich zu verbieten, die Zufuhr von Rindern aus diesen Comitaten aber auf die Einbringung solcher Thiere ausschließlich nur nach Wien auf den Contumazplatz des Central-Viehmarktes zu St. Marx behufs Verwertung und Schlachtung in den Schlachthäusern des Stadtgebietes von Wien zu beschränken.

Die hinsichtlich der Zufuhr und Verwertung der aus den zu dem zusammenhängenden Lungenseuchen-Sperrgebiete gehörigen Comitaten Neutra, Arva, Trentschin und Sohl mit der Kundmachung vom 1. Juli 1893, Z. 45081, angeordneten besonderen veterinärpolizeilichen Maßregeln werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

Übertretungen dieser Anordnung, welche am 10. d. M. in Wirksamkeit tritt, werden nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51), wobei auch die Vorschriften des § 46 des Thierseuchengesetzes und der dazu erlassenen Durchführungs-Vorschriften (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36 ex 1880) in Anwendung kommen, bestraft.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 22. bis 26. November 1894:

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Engerthstraße 189, von Franz Weininger, XVIII., Pötzleinsdorfer Hauptstraße 1, Bauführer G. Kirchem (8623).

V. Bezirk: Schulbau, Fendigasse, von der Stadt Wien, Bauführer J. Spilka (8630).

XIV. Bezirk: Zwei Stock hohes Wohnhaus, Rudolfsheim, Rustengasse 11, von Adalbert Michldrexler, ebenda, Bauführer Johann Schrepfer (24441).

" " Herstellung einer Wagenremise, Rudolfsheim, Rudolfsstraße 22, von Leopold Grestenberger, Rudolfsstraße 21, Bauführer Johann Schrepfer (24442).

Für Zubauten:

XIII. Bezirk: Ein Stock hoher Zubau, Hietzing, Auhofstraße 52/54, von Joh. Saborsky, Bauführer Josef Kopf (32631).

XVIII. Bezirk: Gemauerter Aufbau an der Ostseite und einen Anbau im Souterrain, Parterre und Stockwerke an der Nordseite, Währing, Frankgasse 18, von Friedrich Schütz, Bauführer derselbe (25144).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Marc Aurelstraße 9, Salzgries 5, von Franz List, Baumeister (8591).

II. Bezirk: Franzensbrückenstraße 6, von Johann Kreutzer, Maurermeister (8597).

IV. Bezirk: Belvederegasse 40, von Fritz Dobner von Dobenau, Theresianumgasse 33, Bauführer J. Jostal (8555).

V. Bezirk: Zentagasse 13, von M. Meixner, IV., Schleifmühlgasse 7, Bauführer J. Hable (8637).

VI. Bezirk: Ägydigasse 6, von Otto Helly, Bauführer Eduard Schätz (8631).

VII. Bezirk: Seidengasse 42, von Alois Rudroff und Th. Hübschmann, Baumeister (8578).

" " Burggasse 6—8, von A. Winterhalter, Bauführer J. Schobesberger (8618).

VIII. Bezirk: Kochgasse 13, von Franz Lang, Bauführer Fr. Sonnenburg (8632).

XVI. Bezirk: Ottakring, Abelegasse 5, von Ernst Pfeiffer, ebenda, Bauführer derselbe (51936).

" " Ottakring, Bachgasse 21, von Karl Weinisch, ebenda, Bauführer Thomas Hofer (52112).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Windfang, Teinfaltstraße 10, von Joh. Keip, Bauführer ? (8587).

II. Bezirk: Reconstruction der Wasserläufe, Pazmanitengasse 5, von Ludwig Schoderböck, Baumeister (8553).

" " Schupfe, Kronprinz Rudolfstraße 9, von M. Steckerl, Bauführer Thomas Fink (8571).

III. Bezirk: Atelier, Rennweg 69, von Josef Meninger, Herminengasse 18 (8585).

" " Hütte, Kleistgasse, Ecke der Gerlgasse, von Philipp Hirschron, Apostelgasse 5, Bauführer ? (8586).

V. Bezirk: Schupfe und Dampfkessel-Aufstellung, Lainzerstraße 27, von Ludwig Letz, Zimmermeister (8571).

" " Atelier, Margarethenstraße 38, von Anton Huber, Bauführer Joh. Ludwig (8590).

IX. Bezirk: Hauscanal, Nussdorferstraße 33, von Ludwig Schoderböck, Baumeister (8553).

XIII. Bezirk: Rauchfang-Aufführung, Ober-St. Veit, Schweizerthalstraße 18, von E. G. Spitzer, Bauführer Josef Kopf (32866).

XVI. Bezirk: Canalbau, Ottakring, Wilhelminenstraße 117, von Josef Novotny, ebenda, Bauführer Betonbauunternehmung H. Neller & Comp., durch Josef Groß (51794).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

I. Bezirk: Spiegelgasse 10 und Dorotheergasse 11, von Jg. Fleischer und Salom. Stein, Kantgasse 1 (8579).

" " Johannesgasse 13, vom Rectorat der k. k. Universität (8619).

" " Johannesgasse 11, vom Rectorat der k. k. Universität (8620).

III. Bezirk: Fasangasse 6, von Ferdinand Pottinger (8577).

" " Pfarrhof 2, Sechskrügelgasse 3, von Rudolf Fischer und Ferd. Erm, Erdbergerlände 2 (8638).

VII. Bezirk: Spittelberggasse 34, von Karl Settler, Ch. M. Cabos und Al. Schweinburg (8601).

" " Burggasse, Grundb.-Einl. 134, von Ch. M. Chabos & Al. Schweinburg (8602).

IX. Bezirk: Bindergasse 4, von Franz Karl Stohandl durch Dr. Vinc. v. Berger (8665).

" " Sobieskigasse, Grundb.-Einl. 1609, Baustelle VII, von Emil Wehle, Kolingasse 9, für Karl Edinger (8627).

XI. Bezirk: Simmering, Simmeringer Hauptstraße 10, von Michael Wanko (15737).

XIII. Bezirk: Parc. 13/25, Unter-St. Veit, Auhofstraße, von Ferdinand Stadler und Rosa Leser (32938).

" " Consc.-Nr. 8, Breitensee, Breitenseerstraße 11 und Dreihausengasse 8, von Josef Wiesner (32939).

XIII. Bezirk: Consc.-Nr. 228, Hietzing, Auhofstr. 52, von J. Saborsky (32867).
XVIII. Bezirk: Währing, Scheidlgasse, Parc. 127/29, von Paul Oberst (35268).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

IX. Bezirk: Sechsschimmelg. 3, von Josef Tischler, Baumeister (8558).

Gewerbeanmeldungen vom 21. November 1894.

(Fortsetzung.)

Kaiser Netti — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Circusgasse 16.
Petzner Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Griesgasse 35 a.
Raab Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Hauptstraße 72.
Weiß Hermine — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Große Mohreng. 6.
Grünsfeld Adolf — Gold- und Silberwaren-Verschleiß — IV., Favoritenstraße 52.
Kaplan Karoline — Grünzeughandel — IV., Starhemberggasse 4.
Wessely Emil — Handelsagentie — IX., Müllnergasse 6.
Mühlfeit Franz Xaver — Kaffeesieder — XVI., Ottakring, Thaliastr. 19.
Buggmayer Josef — Kaffeeschank — XVIII., Salmannsdorf, Celtesg. 1.
Plisch Karl — Kaffeeschank — XIV., Rudolfsheim, Schönbrunnerstr. 76.
Fleißner Auguste — Kerzen-, Seifen- und Parfumeriewaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hauslabgasse 1.
Holly Josefine, v. — Kleidermacherin — IX., Währingerstraße 72.
Neyländer Katharina — Kleidermacherin — II., Greiseneckergasse 21.
Hebenstreiht Josef — Kleinfuhrwerk — XII., Meidling, Jakobstraße 8.
Stadler Franz — Kleinfuhrwerk — XVI., Ottakring, Veronikagasse 16.
Bartsch Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Ottakring, Langegasse 19.
Regenhart Anton — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IX., Markig. 28.
Hugel Anton — Naturblumenbindergewerbe — VII., Zieglergasse 70.
Dinzsik Katharina — Obst- und Gemüsehandel im Umherziehen — XVI., Ottakring, Elisabethgasse 16.
Gotthilf Josefine — Pfaidlerin — II., Novaragasse 20.
Stepan Karl — Provisionsagent — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 5.
Breindl Adolf — Schlosser — XVI., Ottakring, Rittergasse 9.
Hos Adalbert — Schlosser — XVI., Ottakring, Römergasse 25.
Brezina Franz — Schuhmacher — XII., Meidling, Ruckergasse 25.
Houzim Franz — Schuhmacher — XVI., Neulerchenfeld, Lerchenfelderstraße 17.
Jordan Johann — Schuhmacher — IX., Bindergasse 8.
Přihoda Franz — Schuhmacher — XVIII., Gersthof, Scheidlstraße 9.
Rakousky Franz — Schuhmacher — XVII., Hernals, Mayßengasse 28.
Reichl Johann — Schuhmacher — X., Muhrengasse 24.
Richter Franz — Selchwaren-Verschleiß — II., Klosterneuburgerstr. 1.
Schwänzl Antonia — Selchwaren-Verschleiß — X., Laxenburgerstr. 11.
Drill Simon Löb — Trödler — IV., Hauptstraße 85.
Glaßl Anton — Uhrenhandel — XVI., Neulerchenfeld, Neulerchenfelder Hauptstraße 19.
Kohn Leopold — Verschleiß von Bettfedern, Roßhaaren und getrockneten Fellen — II., Negerlegasse 2.
Weißberg Lazar — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten und Kurzwaren — II., Taborstraße 26.
Krupp Rosalie — Victualienhandel — I., Am Hof.
Morkovsky Barbara — Victualienhandel — XVIII., Währing, Anastasius Grüngasse 23.
Schmied Marie — Wäscheputzerin — XVII., Hernals, Weinhauserstr. 40.
Steiskal Anna — Wäscheputzerin — XVI., Neulerchenfeld, Neumayergasse 24.
Bimüller Antonie — Zeitungs-Verschleiß — X., Himbergerstraße 81.
Notz Theresia — Zeitungs-Verschleiß — X., Hasengasse 26.
Wakor Franz — Ziergärtner — XIII., Penzing, Reinlgasse 65.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 22. November 1894.

Huber Hermann — Agentie mit Colonialwaren — XVIII., Währing, Wienerstraße 15.
Baß Karl — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Chiger Ludwig — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Veit Johann — Brantwein-, Thee- und Punschschank — XVI., Neulerchenfeld, Lerchenfelderstraße 17.
Posch Anna — Einspännergewerbe — XV., Fünfhaus, Mariahilferlinie.
Probst Franz — Einspänner — III., Hauptstraße bei Nr. 60.
Roßkopf Karoline — Einspännergewerbe — VIII., Schlösselgasse 8.
Nikodem Raimund — Erzeugung von Flondin und Salondix — I., Am Gestade.
Haubenberger Josef — Fiaker — VII., Mariahilferstraße, Ecke der Stiftgasse.
Karl Hugo — Fiaker — I., Regierungsgasse.
Buchheim Johann — Fleisch-Verschleiß — X., Himbergerstraße 149.
Schröder Pauline — Fransenknüpferei — XVI., Ottakring, Sechshauser Hauptstraße 15.
Lauer Marie — Friseurgewerbe — V., Siebenbrunnengasse 39.
Schmid Michael — Gastwirt — XVIII., Währing, Kirchengasse 44.
Schmidt Josef, Shaniel Emanuel, Fial Karl — Gemischtwarenhandel — I., Seilerstätte 1.
Fischer Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 45.
Herberich Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Stammgasse 15.
Klein Salomon — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Tuchlauben 14/16.
Luttinger Basin — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Hauptstraße 112.
Mayringer Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Alsbachstraße 20.
Singer Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Stolzenthalerg. 14.
Wähner Theodor, Dr. — Herausgabe der Druckschrift „Deutsche Zeitung" — III., Beatrixgasse 14 b.
Dalla-Bona Lorenz — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 6.
Kaspar Vincenz — Kaffeesieder — VII., Neustiftgasse 24.
Geltner Apollonia — Kleidermacherin — III., Erdbergerstraße 8.
Alteneichinger Anna — Maschinstrickerei — V., Mittersteig 20.
Filzer Ursula — Milch-Verschleiß — XVIII., Währing, Fürstengasse 5.
Hemer Jakob — Milch- und Gebäck-Verschleiß — V., Kompertgasse 3.
Harusthak Stephan — Obst- und Grünwarenhandel — XVI., Neulerchenfeld, Gaullachergasse 30.
Haruszka Eva — Obst- und Grünwarenhandel im Umherziehen — XVI., Gaullachergasse 30.
Haack Francisca — Pfaidlerin — VIII., Lerchenfelderstraße 34.
Mieses Lea — Pfaidlerin — II., Jägerstraße 5.
Kammer Ludmilla — Schlosser — VIII., Tigergasse 31.
Handl Karl — Schul- und Gebetbücher-Verschleiß — XIX., Döbling, Hauptstraße 70.
Schmuck Karoline — Seifensiederei und Talgschmelzerei — XVI., Ottakring, Breitenseerstraße 21.
Mihldrexler Josef — Spengler — XIV., Rudolfsheim, Steinergasse 17.
Zadrny Josef — Tapezierer — II., Kleine Schiffgasse 10.
Prokesch Franz — Tischler — V., Embelgasse 44.
Spechter Adelheid — Trödlerin — VIII., Schlösselgasse 19.
Kratochwill Johann — Verkauf von Gratulationskarten und Reliefs in artistischer Ausführung — III., Erdbergstraße 57.
Martonfalvy Louis Cornel — Vermittlung von Annoncen durch Anbringung und Schaustellung derselben auf Tricycles — III., Erdbergerlände 6.
Goldmann Aloisia — Verschleiß von Canditen und Bäckerei — VIII., Lerchenfelderstraße 80.
Schönfeld Therese — Verschleiß von Canditen und Zuckerbäckerwaren — VII., Neubaugasse 49.
Schmuck Karoline — Verschleiß von Seifen, Kerzen und Petroleum — XIII., Penzing, Breitenseerstraße 21.
Werner Johann — Verschleiß von Würsteln und Brot im Umherziehen — X., Quellengasse 50.
Billa Johann — Victualien-Verschleiß — X., Neilreichgasse 23.
Hanzlik Marie — Victualien-Verschleiß — V., Leitgebgasse 17.
Moizis Peter — Victualien-Verschleiß — XIX., Döbling, Hauptstr. 63.
Mühlböck Matthias — Victualien-Verschleiß — VIII., Josefsgasse 1.
Pelleschek Marie — Vitualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Neumayrgasse 17.
Turner Genovefa — Victualien-, Gebäck- und Würstel-Verschleiß — I., Hoher Markt.
Fell Barbara — Wildbret- und Geflügelhandel — VII., Lindeng. 23.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 23. November 1894.

Stritzl Hans — Ausfertigung und Herstellung von Copien aller Art, von Plänen, Projecten, Skizzen u. dgl. — I., Spiegelgasse 4.
Teweles Elisabeth — Canditen- und Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — VI., Stumpergasse 27.
Ryba Franz — Drechsler — XVI., Römergasse 27.
Wolf Camilla — Errichtung und Leitung eines Knabenpensionates — XVIII., Währing, Cottagegasse 30/32.
Foller August — Fleischhauer — VIII., Alserstraße 13.
Pawlik Josef — Fleischhauer — III., Großmarkthalle.
Wörthmann Georg — Fleisch-Verschleiß — XIII., Hietzing, Schwendergasse 47.
Gasparek Pauline — Fransenknüpferin — VI., Matrosengasse 6.
Boisseau Ludwig — Friseur — XVI., Lerchenfeldergürtel 45.
Kalis Karl — Friseur — XV., Fünfhaus, Robert Hamerlinggasse 27.
Scherich Karl — Friseur — VII., Neubaugasse 36.
Mosat Franz — Gast- und Schankgewerbe — X., Oberlaa 171.
Strohschneider Lorenz — Gebäck- und Brot-Verschleiß — VII., Mariahilferstraße 56.
Drab Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Schmalzhofgasse 14.
Gorge Paula — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Eisengasse 30.
Grubert Ernst — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Fischergasse 4.
Lenz Gustav — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 30.

Mlczoch Juliana — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Bandgasse 36.
Schneider Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Landong. 14.
Sieß Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Hundsthurmerstraße 41.
Wlk Josefa Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Landgutg. 8.
Lipnowski Gerson — Glaserdiamanten-Verschleiß — IX., Porzellangasse 52.
Agostino Giannini — Gipsfiguren-Erzeuger — V., Ziegelofengasse 11.
Bauer Felix — Handel mit erlaubten Hieb- und Stichwaffen — I., Kärnthnerstraße 35.
Chemel Emerich Geyya — Herausgabe der Druckschrift „Groß-Wien" — XVII., Hernals, Kirchengasse 39.
Klaus Josefa — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — XVI., Neulerchenfeld, Lerchenfelderg ürtel 26.
Salaba Wenzel — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — I., Auerspergstraße 2.
Klement Johann — Holz- und Kohlen-Verschleiß — III., Hainburgerstr. 46.
Brtilek Marie — Kaffeesiederin — I., Singerstraße 9.
Berl Wilhelmine — Kleidermacherin — X., Himbergerstraße 29.
Melichar Anton — Kleidermacher — XIV., Rudolfsheim, Schwieglerstraße 18.
Skoda Marie — Kleidermacherin — IX., Sobieskygasse 9.
Žižka Ludmilla — Kleidermacher — VI., Marchettigasse 16.
Popp Johanna — Milch-Verschleiß — I., Schellinggasse 5.
Burzynski Antonia — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Gerstl hof, Salierigasse 4.
Zima Antonie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — V., Embelgasse 39.
Krazmer Marie — Milch-, Gebäck-, Butter- und Eier-Verschleiß — III., Stammgasse 9.
Majtasz Adam — Obst- und Grünwarenhandel im Umherziehen — XVII., Hernals, Stiftgasse 9.
Szlavik Martin — Obst- und Grünwarenhandel — XVIII., Währing, Czermakgasse 7.
Sticha Therese — Obst-, Milch- und Canditen-Verschleiß — XVIII., Währing, Kreutzgasse 78.
Vogl Anna — Pfaidlerin — IX., Höfergasse 3.
Schmidt Roman — Provisionsagent — III., Central-Viehmarkt.
Fürst Anton — Schuhmacher — VII., Neubaugasse 51.
Hawliczek Franz — Schuhmacher — VI., Bürgerspitalgasse 3.
Justh Johann Alfons — Schuhmacher — XVII., Herrengasse 11.
Jungbauer Margarethe — Spirituosenhandel — XVI., Ottakring, Liebhartsgasse 6.
Jessich Rosina — Tischlergewerbe — IX., Marktgasse 42.
Gabriel Sigismund — Uhrenhandel — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 42.
Schramm Friedrich Karl Benjamin — Verkauf von Lack, Firnis und Lackwaren — I., Nibelungengasse 5.
Schramm Friedrich Karl Benjamin, Schramm Anna Marie Katharina — Verkauf von Lack, Firnis und Farbwaren — I., Nibelungengasse 4.
Stritzl Hans — Verschleiß von Bedarfsartikeln für Zuckerfabriken und Brauereien und von Magnesiumfackeln — I., Spiegelgasse 4.
Rosenberger Nikolaus — Victualienhandel — XVIII., Währing, Gürtelstraße 49.
Schier Theresia — Victualienhandel — III., Erdbergstraße 148.
Skliba Therese — Victualienhandel — IX., Porzellangasse bei Nr. 9.
Kostan Francisca — Victualien-Verschleiß — VI., Mollardgasse 94.
Kräutler Elisabeth — Victualien-Verschleiß — VIII., Florianigasse 66.
Mrazek Martin — Victualien-Verschleiß — XIII., Hietzing, Penzingerstraße 80.
Graßer Marie — Wäscheputzerin — VI., Brauergasse 5.
Leß Josef — Wein- und Cognachandel — I., Franciscanerplatz 1.
Gibs Eduard — Zimmermaler — XVI., Ottakring, Reinhartsgasse 38.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 24. November 1894.

Karony Josef — Bäcker — XIII., Auhofstraße 136.
Handl Johann — Betrieb eines Eislaufplatzes — VIII., Josefstädterstraße 53.
Mayer Karl — Betrieb eines Eislaufplatzes — III., Lustgasse 6.
Wesecky Karl — Christbaum-Verschleiß — XVI., Rudolfsheim, Centralmarkt.
Antensteiner Johann — Eisengießerei — XVI., Ottakring, Kulmgasse 1.
Rausch Eduard — Fleischhauer — III., Schlachthaus St. Marx.
Wirth Anna — Fleisch-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Stiegergasse 10.
Fiala Elisabeth — Fragnerin — X., Landgutgasse 15.
Amon Andreas — Friseur — XVI., Neulerchenfeld, Hippgasse 1.
Jacobi Robert — Friseur — III., Hauptstraße 151.
Mayer Rudolf — Gast- und Schankgewerbe — Altmannsdorf, XII., Breitenfurterstraße 42.
Hobersdorfer Clara — Gastwirtin — X., Raaberbahngasse 2.
Hofer Michael — Gastwirt — X., Hasengasse 16.
Kiesler Johann — Gastwirt — X., Puchsbaumgasse 33.
Ott Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Hundsthurmerstraße 47.
Schlenk Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Johannesgasse 7.
Tobisch Josef — Glaser — X., Schröttergasse 27.
Konrath Josef — Großfuhrwerk — XVII., Dornbach, Hauptstraße 127.
Karony Josef — Mehl-, Grieß- und Preßhefe-Verschleiß — XIII. Hietzing, Auhofstraße 136.
Merlet Henriette — Modistin — V., Pilgramgasse 12.
Ulbel Konrad — Schlosser — V., Embelgasse 34.
Fröhlich August — Schuhmacher — VIII., Lerchenfelderstraße 114.
Mildner Katharina — Schwarzbäckergewerbe — XV., Fünfhaus, Haidmannsgasse 2.
Huef Michael — Selchwaren-Verschleiß — X., Laxenburgerstraße 44.
Struska Marie — Stadtlohnfuhrwerk — X., Buchengasse 142.
Brezina Wenzel — Tischler — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 26.
Kinn Johann — Victualienhandel — III., Augustinermarkt.
Walter Marie — Victualienhandel — XV., Fünfhaus, Kranzgasse 3.
Goltes Juliana — Wäscherin — XXII., Hernals, Wilhelmsgasse 40.

Inhalt:

Seite
Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 23. November 1894.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Wimberger, Markl und Dr. Linke wegen Fernbleibens . . . 2457
2. Spende des kaiserlichen Rathes Ruthmayer . . . 2457
3. Spende der Administration der „Neuen Freien Presse" . . . 2457
4. Legat nach Josef Steiner . . . 2457
5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Rißaweg, betreffend die Begünstigungen der österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft anläßlich der Regulierung der Simmeringerstraße im X. Bezirke . . . 2457
6. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Gräf, betreffend eine seitens städtischer Marktorgane angeblich gemachte Äußerung, betreffend die Verwendung von saurem Tropfbier in den Wiener Gasthäusern . . . 2458
Referate:
7. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend die Feststellung des approximativen Jahreserfordernisses pro 1895 für die Herstellung der seitens der Verkehrsanlagen-Commission der Gemeinde übertragenen Arbeiten . . . 2458
8. Gem.-Rath Wurm, betreffend die Bestimmung der Baulinie für die Realität VIII. Bezirk, Albertgasse 1 . . . 2459
9. Derselbe, betreffend die Bestimmung der Baulinie für die Quaistraße im XIII. Bezirke, von der Kaiser Franz Josefbrücke aufwärts . . . 2459
10. Gem.-Rath Dr. v. Billing, betreffend Stellungnahme zur Regierungsvorlage über die Abänderung einiger Bestimmungen des Heimatsgesetzes; Überreichung einer Petition . . . 2460
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 16. November 1894 . . . 2480
Allgemeine Nachrichten:
Donauregulierungs-Commission . . . 2483
Commission für Verkehrsanlagen in Wien . . . 2483
Ein neues Ortslexikon der Länder der ungarischen Krone . . . 2483
Auftreten der Reblaus . . . 2483
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 18. bis 24. November 1894 . . . 2483
Pferdemarkt vom 23. November 1894 . . . 2484
Schlachtviehmarkt vom 26. November 1894 . . . 2484
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 24. November 1894 . . . 2484
Städtisches Lagerhaus . . . 2485
Approvisionierungs-Angelegenheiten:
Verkauf von Kunstbutter und Kunstfetten . . . 2485
Ausdehnung des Lungenseuche-Sperrgebietes in Ungarn auf das Comitat Pest-Pilis-Solt-Kis-Kun einschließlich der Stadtgebiete von Budapest und Stuhlweißenburg . . . 2485
Verbot der Einfuhr von Schweinen aus dem Comitate und der Stadt Raab nach Niederösterreich . . . 2485
Beschränkung der Einfuhr von Schafen, Ziegen und Schweinen aus den Comitaten Arva und Trentschin in Ungarn nach Niederösterreich . . . 2485
Verbot der Einfuhr von Schafen, Ziegen und Schweinen aus einigen Comitaten Ungarns . . . 2486
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 22. bis 26. November 1894 . . . 2486
Gewerbeanmeldungen . . . 2487
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen *)

1894.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	Gegenstand
28. Novemb. 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M.-Z. 180468. 1. Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 4184 fl. 14 kr. und 2. **Lieferung von 863·64 m³ Gebirgsschlägelschotter u. 215·91 m³ Gebirgsrieselschotter** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von zusammen 4188 fl. 66 kr. für die Herstellung der Schöffelgasse von der Scheidlstraße in Gersthof im XVIII. Bezirke bis zur Richthausenstraße im XVII. Bezirke. 2—2
6. December 10 Uhr	Departement VII Stiege 7 (Mag.-Rath Stadler)	Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen zur Erbauung eines Reservoirs der Hochquellenleitung** auf dem kleinen Schafberge in Dornbach, XVII. Bezirk, und zwar: a) **der Baumeisterarbeiten** im Kostenbetrage von 420.969 fl. 2 kr.; eventuell b) **der Steinlieferung für die Pfeiler** ꝛc. aus Gmündnergranit oder einem demselben gleichwertigen Steinmateriale im Kostenbetrage von 58.962 fl. 99 kr.; c) **der Façonröhren** im Kostenbetrage von 2175 fl. 90 kr. 3—3

*) Pläne, Kostenanschläge ꝛc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von **5 Percent der Kostenanschlagssumme** anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Prot.-Nr. 175500 ex 1894.
Ref.-Nr. 5911. VIII.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der für die **Herstellung von einfachen und Doppelgrüften am Wiener Central-Friedhofe erforderlichen Lieferung der Gruftgewände und Gruftdeckel aus Granit sammt Gruftringen, sowie der nothwendigen Steinmetzarbeiten** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 4. December d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Lekisch,** im Rathhause (5. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die neuen Pläne und die Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen. Außerdem hat jeder Offerent zugleich mit dem Offerte ein entsprechendes, auf einer Seite rein gearbeitetes Muster des Granitsteines, welcher für diese Grüfte geliefert wird, vorzulegen und im Offerte den Bezugsort genau anzugeben.

Dem Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. November 1894. 3—3

Ad Prot.-Nr. 103682 ex 1894.
Ref.-Nr. 2051. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Zimmermannsarbeiten und Lieferungen zur Erhaltung der städtischen Donau-, Donaucanal- und Wienflussbrücken vom 1. Jänner 1895 an auf die Dauer von drei Jahren** wird auf Grund der diesfälligen Bedingnisse und des städtischen Preistarifes Nr. 5 für die Zimmermannsarbeiten vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 3. December d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingnisse und den städtischen Preistarif Nr. 5 im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit den vorbezeichneten Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 12. November 1894.

Prot.-Nr. 127772 ex 1894.
IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Baumeisterarbeiten, der Lieferung der hydraulischen Bindemittel, der Steinmetzarbeiten, der Lieferung der Traversen, der Zimmermanns-, Spengler-, Schieferdeckerarbeiten, der Holzcementeindeckung, der Lieferung der Asphaltisolierplatten, der Asphaltiererarbeiten, der Herstellung der Falzziegelgewölbe, der Bau- und Möbeltischlerarbeiten, der Lieferung der Schulbänke, der Schlosser-, Anstreicher-, Glaser- und Bildhauerarbeiten, der Lieferung der Steinzeug- und Klinkerwaren, der Füllöfen, der Herstellung der Holz- und Kohlenaufzüge, der Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten, der Installation der Wasserleitung, der Closet- und Pissoirherstellung und -Bespülung für den Ausbau der allgemeinen Volksschule der Stadt Wien im VI. Bezirke, Mittelgasse 24,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Donnerstag den 6. December d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle des Rathhauses,** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jeder mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. November 1894.

Z. 243.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 21. d. M., Z. 31259, wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate März 1894** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 10062 bis inclusive Pfand-Nr. 15089 und **Effecten** von Pfand-Nr. 18157 bis inclusive Pfand-Nr. 27610 **am 13. December 1894, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5,** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,
am 24. November 1894. 1—3

G.-Z. 194548 ex 1894.

Kundmachung.

(Aufforderung.)

Im Sinne des § 80, 6 der Wehrvorschriften I. Theil werden die nachbenannten, nach Wien zuständigen Personen, welche im Jahre 1858 geboren sind, somit im Jahre 1894 das 36. Lebensjahr vollstrecken, und ihrer Stellungspflicht bisher entweder gar nicht oder nur theilweise entsprochen haben, **neuerlich aufgefordert,** vor der Stellungs-Commission zu erscheinen und sich zu diesem Zwecke **unverzüglich** im Conscriptionsamte des Magistrates (Rathhaus, Rathhausstraße Nr. 12, ebener Erde) einzufinden.

Zugleich wird darauf aufmerksam gemacht, dass nach § 80, 2 der Wehrvorschriften I. Theil jene Stellungsflüchtlinge, welche bis zum Ende des Jahres, in dem sie das 36. Lebensjahr vollstrecken, vor der Stellungs-Commission nicht erschienen sind, gemäß der strengeren Strafbestimmungen mit Arrest von fünfzehn Tagen bis zu zwei Monaten und an Geld von 50 bis zu 300 Gulden zu bestrafen sind.

Adler Anton, Andacher Friedrich, Brezina Heinrich, Cima Paul Johann, Drescher Friedrich, Drejazek Ludwig, Eberl Karl, Fiedler Alexander, Fischer Bernhard, Forster Jakob, Frankl Rudolf, Fenzl Anton, Frey Karl, Fritzl Rudolf, Fux Friedrich Wilhelm, Gasteiner Josef, Genero Josef, Groihofer Julius, Gschwandtner Karl, Handschur Karl, Hatwey August, Häußler Alexander, Heilmann Karl, Heller Ludwig, Herold Franz, Hof Johann, Hofbauer Christof, Hofmann Franz, Hradetz Friedrich, Hubalek Julius, Huber Anton, Humperstätter Johann, Jakesch Josef, Jaroschek Franz Alois, Jawurek Victor, Kahl Leopold, Kainz Anton, Kastel Karl, Kierschner Alfred,

Köstler Franz, Langguth Bohuslav, Leipold Heinrich, Müller Leopold, Müller Otto, Nett Franz, Reisinger Franz, Richter Ignaz, Riedl Ernst, Ruck Georg, Saltzer Hermann, Seifert Franz, Seitter Karl Leopold, Sigorisgie Christian, Sosna Franz, Schebesta Augustin, Schelhorn Josef, Schmidt Johann Ludwig, Schmidt Johann, Schußer Anton, Steininger Josef, Stessel Maximilian, Topf Johann, Uhl Alfred, Umlauf Christian, Urbanek Adolf, Vogl Franz, Wagner Ignaz, Wagner Leopold, Walka Franz, Wallauer Anton, Walter Franz, Wappenstein Franz, Wasservogel Abraham, Wawa Rudolf, Weiß Joachim, Wessely Anton, Wessely Josef, Wieser Ferdinand Anton, Wilhelm Karl, Wohl Leopold, Wolf Gustav, Wolf Rudolf, Zeilinger Alexander.

Aus den einbezogenen Gemeinden:

Bachus Georg, Barocka Adolf, Barta Franz, Bartl Karl, Berger Georg, Drögsler Wilhelm, Förstel Friedrich, Gebhart Anton, Girz Michael, Gruber Thomas, Guntera Ignaz, Hardwig Franz, Kada Johann, Kreitner Johann, Kubasek Edmund, Lutzenburger Josef, Pfandler Karl, Sommer Franz, Spina Johann, Süßenböck Johann, Schenk Karl, Tiferna Johann, Vinczur Johann.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien
als politischer Behörde I. Instanz
am 19. November 1894. 1—3

Z. 190136.
IX.

Kundmachung.

(Local-Commission.)

Über die von Herrn Louis Rößler, VII., Kaiserstraße 80, gestellte Bitte um Bewilligung zur Erbauung eines Fabrikszubaues und um Genehmigung der gewerblichen Betriebsanlage zur Ausübung des Gold- und Silber-Krätzmühlenbetriebes auf der Realität VII., Neustiftgasse 119, findet zur Erhebung der Zulässigkeit der Bauführung sowie der Betriebsanlage in Gemäßheit des § 25 der Bauordnung und der §§ 27 und 29 der Gewerbeordnung **Donnerstag den 29. November, vormittags 10 Uhr,** eine Local-Commission statt.

Die Commissions-Mitglieder versammeln sich bei dem Hause VII., Neustiftgasse 119.

Dieses wird mit dem Beisatze zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass allfällige Einwendungen gegen die Bauführung und die Betriebsanlage entweder schriftlich bis zum obigen Tage beim Magistrate zu überreichen oder mündlich bei der Commission selbst anzubringen sind, widrigenfalls der Ausführung der Anlage stattgegeben wird, sofern sich nicht von amtswegen Bedenken dagegen ergeben.

Die Pläne liegen bis zum Commissionstage im neuen Rathhause, I. Bezirk, Lichtenfelsgasse, Mezzanin, im Magistrats-Departement IX zur Einsicht auf.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 13. November 1894. 3—3

Z. 196952.
V.

Kundmachung.

(Politische Begehung.)

Laut Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 21. November 1894, Z. 89233, findet über die von der Wiener Tramway-Gesellschaft geplante Umwandlung des in der Matzleinsdorferstraße im V. Bezirke bestehenden Arbeitsgeleises in eine Betriebsstrecke unter gleichzeitiger Verlegung der Kopfstation der Linie Matzleinsdorf die politische Begehung am **Freitag den 30. November 1894** unter der Leitung des k. k. Bezirks-Commissärs Hans Hruschka statt.

Die Commissions-Mitglieder versammeln sich um ½10 Uhr vormittags an Ort und Stelle.

Das vorbezeichnete Project liegt bis zum 30. d. M. im Stadtbauamte (Rathhaus, Mezzanin, Stiege 5, Bureau des Baurathes Thalhammer) während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsichtnahme auf.

Dies wird mit dem Bemerken verlautbart, dass es jedem Betheiligten freisteht, bei dieser Commission zu erscheinen und seine Einwendungen oder Erinnerungen gegen dieses Project bei dieser Commission oder während der vorbezeichneten Zeit im Bureau des Magistratsrathes Linsbauer (Rathhaus, I., Magistratsstraße, Mezzanin, Stiege 4) vorzubringen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 24. November 1894. 1—1

G.-Z. 113809.
VI.

Kundmachung.

(Verkauf städtischer Häuser.)

Wegen Verkaufes der dem Wiener allgemeinen Versorgungsfonde gehörigen und zum Umbaue bestimmten **Häuser im I. Bezirke, Wipplingerstraße** Or.-Nr. 33, Grundb.-Einl.-Z. 1433, und Or.-Nr. 35, Grundb.-Einl.-Z. 1434, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 4. December d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Furch, im Rathhause** (5. Stiege, 2. Stock), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne und die für diese Verhandlung geltenden Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **sind die vorgeschriebenen Vadien anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag derselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Dem Stadtrathe steht vorbehaltlich der endgiltigen Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung durch den Wiener Gemeinderath die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten zu.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 14. November 1894. 2—3

Pr.-Z. 1035.

Kundmachung.

(Besetzung einer Stelle im Stenographenbureau des Wiener Gemeinderathes.)

Im Stenographenbureau des Wiener Gemeinderathes kommt eine Stenographenstelle, eventuell eine Hilfsstenographenstelle zur Besetzung:

Bewerber um eine dieser Stellen können die für die Organisation des gemeinderäthlichen Stenographenbureaus geltenden Normativbestimmungen vom 26. November bis inclusive 4. December 1894 täglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes, I. Bezirk, Rathhaus, 1. Stock, Zimmer Nr. II, einsehen.

Die bezüglichen Gesuche sind **bis längstens 4. December d. J.** im Einreichungsprotokolle des Gemeinderaths-Präsidiums zu überreichen, wobei gleichzeitig bemerkt wird, dass die im § 4 der Instruction für das gemeinderäthliche Stenographenbureau vorgesehenen **Probeaufnahmen am 6. December d. J., um 6½ Uhr abends, im Sectionszimmer IV im Gemeinderaths-Präsidialbureau** stattfinden werden, und dass sich die Herren Competenten zu denselben rechtzeitig einzufinden haben.

Vom Wiener Gemeinderaths-Präsidium
am 22. November 1894. 1—3

Ad M.-Z. 82747.
X.

Kundmachung.

(Zwei Anton Schey'sche Künstler-Stipendien.)

Vom Studienjahre 1894/95 angefangen gelangen zwei Anton Schey'sche Künstler-Stipendien jährlicher 315 fl. ö. W. an talentierte Schüler der allgemeinen Malerschule oder Specialschule für historische Malerei, Landschaftsmalerei oder Thiermalerei an der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien zur Verleihung.

Der Genuss eines dieser Stipendien erstreckt sich in der Regel auf Studiendauer und erlischt außer mit dem Ablaufe der normalen Studiendauer nur mit dem etwa früher eintretenden Abgange von der genannten Hochschule.

Der Stipendiengenuss kann jedoch für den Fall besonders günstiger Studienerfolge über Ansuchen des Stiftlings noch um ein oder zwei Jahre behufs weiterer künstlerischer Ausbildung an einer öffentlichen oder Privat-Malerschule des In- oder Auslandes verlängert werden.

Bewerber um eines dieser Stipendien haben ihre mit einem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, sowie mit einem Sittenzeugnisse und den Nachweisen ihrer bisherigen Studienerfolge und mit Kunstproben belegten Gesuche bis **längstens 17. December 1894** bei dem Professorencollegium der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien einzureichen.

Nur die mit einem legalen Armutszeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 3. November 1894.

Z. 182786.
XII.

Kundmachung.

(Antonia Wahlberg'sche Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass zu Weihnachten 1894 die Jahresinteressen der **Antonia Wahlberg'schen Weihnachts-Stiftung** im Betrage von 37 fl. 80 kr. an einen armen verwaisten Knaben ohne Unterschied der Religion, welcher sich durch Fleiß und Strebsamkeit hervorthut, zu verleihen sind.

Die Entscheidung über den zu betheilenden Knaben steht dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu.

Bewerber um diesen Stiftungsbetrag haben ihre Gesuche mit dem Tauf-(Geburts-)scheine des Kindes, für welches um die Stiftung eingeschritten wird, mit dem Todtenscheine des Vaters des Kindes, eventuell mit den Todtenscheinen beider Eltern, mit dem letzten Schulausweise des Kindes und mit einem legal ausgefertigten Armutszeugnisse für das Kind und eventuell dessen Mutter zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 30. November 1894** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Wien, am 13. November 1894. 3—3

Z. 174335.
XI.

Kundmachung.

(J. G. Ertl'sche Armenstiftung.)

Am 26. Februar 1895 gelangen die verfügbaren Jahresinteressen pro 1894 von dem Johann Georg Ertl'schen Stiftungscapitale zur Vertheilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben arme in Wien wohnhafte Familien, deren Familienoberhaupt oder von denen eines oder mehrere der im gemeinschaftlichen Haushalte lebenden Familienmitglieder von Krankheit betroffen sind.

Bewerber um eine Betheilung aus dieser Stiftung haben ihre Gesuche mit einem legalen Armutszeugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über die Krankheit eines Familienmitgliedes, dem Tauf- und Trauungsscheine, dem Zuständigkeitsnachweise und den Taufzetteln ihrer Kinder zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 3. December 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates** zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. October 1894.

Zur coulanten Besorgung aller im **Coursblatte** notierten **Effecten und Valuten** bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 96. Freitag, den 30. November 1894. Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 4. December 1894, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 7. December 1894, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **27. November 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe Dr. v. Billing und Dr. Linke entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Plenarsitzung. Herr Gem.-Rath Dolainski entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung wegen einer Geschäftsreise.

2. Der Obmann des Armeninstitutes des VII. Bezirkes Neubau theilt mit, dass Herr Johann Prazlik, Bürger und Hausbesitzer, VII., Bandgasse 41, für die Armen des VII. Bezirkes Neubau den Betrag von 100 fl. ö. W. gespendet hat.

Dem Spender wird der Dank ausgesprochen.

Ich bitte um die Mittheilung des Einlaufes:

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

3. Interpellation des **Gem.-Rathes Kaspar:**

Durch die Verführung des Erdreiches auf der Ringstraße sind die Promenadewege in einen dissoluten Zustand gerathen.

Bei dem letzten Unwetter sind seitens des Publicums gerechte Klagen vorgekommen, weshalb eine ehemögliche Abhilfe dringend nothwendig ist.

Demzufolge erlaubt sich der ergebenst Gefertigte an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten,

ob derselbe geneigt wäre, den städtischen Organen aufzutragen, die Promenadewege auf der Ringstraße baldmöglichst in den vorigen guten Zustand zu bringen?

Bürgermeister: Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen und Abhilfe treffen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

4. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner:**

In der Nummer 405 des „Stammgast" vom 3. August 1894 ist ein Aufsatz unter dem Titel: „Ein leerer Wahn" (Beiträge zur Handhabung der Bestimmungen bezüglich des Localbedarfes) erschienen, welcher geradezu unglaubliche Vorgänge bei Schankgewerbe-Concessions-Transferierungen zum Gegenstande hat.

In der Bevölkerung cursiert das Gerücht, dass ein gewisser Heubinder, Kleebinder oder Fassbinder derjenige sei, welcher bei den in dem genannten Blatte erwähnten Gewerbetransferierungen die Hauptrolle spielen soll.

Nachdem die Lage der Schankgewerbetreibenden in allen Bezirken Wiens, insbesondere aber in den neu angegliederten Vorortebezirken eine äußerst traurige ist und durch derartige Machinationen die sesshaften Schankgewerbetreibenden auf das empfindlichste geschädigt werden, nachdem es Pflicht des Stadtoberhauptes ist, die Schädigung einer so hervorragenden Gruppe von Mitbürgern, wie sie die Angehörigen des Schankgewerbes repräsentieren, hintanzuhalten, stelle ich die Anfrage:

Was ist dem Bürgermeister bezüglich der in der eingangs bezogenen Nummer des „Stammgast" enthaltenen Vorfälle bei Transferierungen von Schankgewerben bekannt, und was gedenkt derselbe zu thun, um derartige Vorkommnisse in Zukunft hintanzuhalten?

Bürgermeister: Von derartigen Vorgängen, wie sie in den Ausführungen der Interpellation angegeben sind, ist mir nichts bekannt. Ich bin auch nicht in der Lage, über derlei allgemeine Behauptungen und Erzählungen hier etwas zu verfügen. Es wäre Sache der Betreffenden, welche sich durch irgendeine Verfügung der Behörde gekränkt erachten, den bestimmten Fall anzugeben, dann werde ich auch in der Lage sein, Erhebungen zu pflegen. Übrigens muss ich bemerken, dass diese Angelegenheit in den Wirkungskreis der Gewerbebehörde gehört, dass ich diese Interpellation als Anzeige behandeln werde, dass ich aber nicht in der Lage bin, hier in das Meritum dieser Angelegenheit näher einzugehen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

5. Antrag des **Gem.-Rathes Dobeš** und Genossen:

Der zwölfte Wiener Gemeindebezirk ist gewiss, was Marktwesen anbelangt, von allen Wiener Bezirken am schlechtesten daran.

Die früheren autonomen Gemeinden, welche denselben jetzt bilden, kamen infolge ihrer raschen Vergrößerung nie dazu, etwas für das Marktwesen zu thun, da dieselben mit Pflasterungen, Schulbauten, Canalisation 2c. vollauf zu thun hatten. In diesem Bezirke haben sich infolge dessen mit der Zeit ein Geflügelmarkt in Ober-Meidling und der Taubenmarkt in Gaudenzdorf in privaten Händen entwickelt, und es wäre auch an der Zeit, diese zwei Marktzweige in communale Hände zu nehmen, und zwar spricht für diesen Antrag Nachstehendes:

1. Der jetzige Detailmarktplatz in Unter-Meidling ist dermalen noch für eine Erweiterung sehr günstig gelegen, indem er sich einerseits durch die Erwerbung des sogenannten Rollingergartens oder andererseits des aufgelassenen Eisgewinnplatzes in der Matzleinsdorferstraße erweitern lässt.

2. Ist es Pflicht der Commune, alle etwa bestehenden Privatmärkte mit der Zeit in eigene Hände zu nehmen, um sich eine neue Einnahmsquelle zu schaffen, und die genaue Überwachung derselben durch städtische Amtsorgane zu ermöglichen.

Ich stelle daher den Antrag:

Das löbliche Präsidium des Gemeinderathes wolle den Magistrat beauftragen, die Angelegenheit der Privatmärkte zu studieren und über die beantragte diesbezügliche Erweiterung des Meidlinger Marktplatzes durch Verstadtlichung der obbenannten zwei Specialmärkte ehethunlichst Bericht zu erstatten.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

6. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Friedjung** und Genossen:

Seit Jahren steht die Frage der Versicherung der Gemeindearbeiter Wiens wegen Krankheit auf der Tagesordnung, ohne dass sie der Lösung zugeführt wäre. Von den mehr als 3000 städtischen Arbeitern ist nur etwa ein Drittel kraft der staatlichen Gesetze versicherungspflichtig; der größte Theil genießt noch nicht die Wohlthat der Krankenversicherung. Endlich haben die städtischen Arbeiter mit lobenswerter Energie die Initiative ergriffen und die Gründung eines Kranken- und Leichenvereines der Gemeindearbeiter Wiens beschlossen. Die Statuten dieses Vereines wurden durch den Statthalterei-Erlass vom 15. November 1894 genehmigt und in das Hilfscassen-Register eingetragen. Die Arbeiter sind bereit, wöchentliche Beiträge von 12 kr. aufwärts von ihrem Lohne zu leisten. Sie rechnen hiebei auf die bewährte Humanität der Gemeinde Wien und hoffen, dass diese ein Drittel des gesammten wöchentlichen Beitrages von 18 kr. aufwärts, also mindestens 6 kr. für jeden Arbeiter, beisteuern werde. Die Gemeinde Wien würde damit jenen Zuschuss leisten, welchen das Gesetz jetzt schon nahezu jedem gewerblichen Privatunternehmer auferlegt. Schon seit Wochen sind die Gemeindeämter dank der auf Anregung des Gefertigten erfolgten Verfügung des Herrn Bürgermeisters damit beschäftigt, statistisches Materiale zur Schaffung einer städtischen Krankenversicherung zusammenzustellen. Da nach § 9 der von der Statthalterei genehmigten Statuten des Kranken- und Leichenvereines der städtischen Arbeiter dieser Verein erst dann in Wirksamkeit treten kann, wenn der Drittelbeitrag der Gemeinde dem Vereine zugesichert ist, und da die Arbeiter zu Beginn des Winters mit Sehnsucht der Entschließung des Gemeinderathes entgegenharren, so stellen die Gefertigten nachstehenden Antrag:

1. Der Gemeinderath erklärt sich bereit, für jeden der in den Kranken- und Leichenverein der Gemeindearbeiter Wiens eingeschriebenen Arbeiter ein Drittel des Gesammtbeitrages zu leisten;

2. der Gemeinderath spricht gemäß den Wünschen des mit der Gründung des Kranken- und Leichenvereines betrauten Ausschusses von Arbeitern, für alle ihre Arbeiter die Verpflichtung zum Beitritte in den genannten Verein aus. Es sollen demnach auch alle bereits nach den bisherigen Gesetzen versicherungspflichtigen städtischen Arbeiter in die neugegründete Krankencassa eingeschrieben werden;

3. die städtischen Ämter werden angewiesen, die im § 17 der Statuten des genannten Vereines ausgesprochene Anregung, die Verwaltung des Vereinsvermögens sei von der Gemeinde zu übernehmen, zu prüfen und hierüber geeignete Vorschläge zu machen. Insbesondere soll festgestellt werden, in welcher Weise der Abzug des wöchentlichen Krankengeldes erfolgt und die Ausbezahlung von fälligen Krankengeldern durch städtische Organe am zweckmäßigsten durchgeführt werden könne;

4. der Magistrat wird aufgefordert, zu berichten, ob die Gemeinde Wien das ihr im § 33 der Vereinsstatuten eingeräumte Recht, Mitglieder in den Vereinsausschuss zu entsenden, ausüben wolle;

5. der Leitung des Kranken- und Leichenvereines der Gemeindearbeiter Wiens wird in einem städtischen Gebäude ein geeignetes Local als Amtssitz angewiesen.

Bürgermeister: Wird geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

7. Antrag des **Gem.-Rathes Maresch:**

Der Bau der k. k. Tabakfabrik im XVI. Bezirke ist vollendet und ein fast ebenso bedeutender Ergänzungsbau begonnen. Auf den nahegelegenen Schmelzgründen wird der Kasernenbau vorbereitet. Die Erweiterung des Wilhelminen-Spitales ist beschlossene Sache. An der Kreuzung der Gablenzgasse (neu Hasnerstraße) mit der Breitenseerstraße (neu Enenkelstraße) wird sich demnächst der große Bahnhof der Verbindungsbahn erheben. Die Expropriation des an der Kaiserstraße vorliegenden Hauses wird hoffentlich schon im Frühjahre 1895 das letzte Hindernis der Verlängerung der Tramwaylinie aus Altlerchenfeld durch die Thaliastraße bis Ende Ottakring beseitigen. Nach Vollendung des Wasserreservoirs bei der amerikanischen Windmühle wird das große Gebiet zwischen Neulerchenfeld und der Montleartstraße mit Hochquellenwasser versehen werden können.

Es ist bei diesen äußerst günstigen Vorbedingungen nicht daran zu zweifeln, dass die weitläufigen Baugründe zwischen der Thaliastraße und dem Schmelzer Exercierplatze sehr rasch zur Verbauung gelangen werden. Deshalb ist es Pflicht einer umsichtigen Verwaltung, rechtzeitig alle Hindernisse zu beseitigen, die sich der Entfaltung der Verbauung entgegenstellen.

Bis zum Habsburgplatze, beziehungsweise bis zur Höhe der Possingergasse können die südlichen Parallelstraßen der Thaliastraße sofort verlängert werden. Die weitere Fortsetzung derselben bis zur Montleartstraße ist aber davon abhängig, dass die in Betracht kommenden Grundbesitzer die Parcellierung ihrer Grundstücke erwirken. Sie würden sich wahrscheinlich auch rasch dazu entschließen, wenn die Commune durch Regulierung des sogenannten Breitenseer Winkels am Flötzersteig in unmittelbarer Nähe des Habsburgplatzes hiezu den Anstoß geben würde.

Die Zustände daselbst dürfen schon aus sanitären Gründen nicht länger geduldet werden. Die Ruinen der dort gestandenen demolierten Gärtnerhütten, die wie Ruinen aussehenden zum Theile unbewohnten Häuschen am Flötzersteig, die mit Jauche gefüllten Gräben und Gruben, die bei nassem Wetter ganz unfahrbaren Feldwege daselbst bieten einen eigenthümlichen Contrast zu der benachbarten, in einer schönen Gartenanlage stehenden Bürgerschule auf dem Habsburgplatze und den modernen Bauten in der Possingergasse, überdies aber einen Seuchenherd, welcher denselben wie eine stete Drohung vor Augen liegt.

Nachdem dieses in das Gebiet des XVI. Bezirkes bis dicht an den Habsburgplatz hineinragende Dreieck zur ehemaligen Gemeinde Breitensee, also zum XIII. Bezirke Hietzing gehört, so ist es der Bezirksvertretung und dem magistratischen Bezirksamte Ottakring nicht möglich, daselbst Ordnung zu schaffen.

Deshalb erlaube ich mir den Antrag zu stellen:

Die Bezirksvorsteher und Bezirksämter des XIII. und XVI. Gemeindebezirkes seien zu beauftragen, im gegenseitigen Einvernehmen alles zur Abstellung der längs der Bezirksgrenze am Flötzersteig bestehenden sanitären, baulichen und Verkehrsmängel sofort zu veranlassen, gegebenen Falles Demolierungsaufträge zu erlassen und die bei Durchführung der projectierten Straßenzüge südlich von der Thaliastraße in Betracht kommenden Grundeigenthümer unter Hinweis auf die eingangs erläuterte Sachlage und die zu gewärtigende baldige Verbauung dieses Gebietes aufzufordern, dass sie die Parcellierung ihrer Gründe, wo dies nicht schon geschehen ist, unverweilt einleiten mögen, damit die Gemeinde Wien in der Lage ist, die durch die Parcellierung gewonnenen Straßengründe im Bedarfsfalle ohne Verzug zur Verlängerung der projectierten Straßenzüge zu verwenden.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Wir schreiten zur Tagesordnung.

8. (6347.) **Referent Gem.-Rath v. Götz:** Ich habe die Ehre, bezüglich des Projectes zur Durchführung der Rettichgasse

in Hütteldorf von der Kirchengasse abwärts bis zur Alleegasse im XIII. Bezirke zu referieren. Die Durchführung und Regulierung dieser Gasse wurde, um dieselbe wenigstens auf halbe Straßenbreite zu bringen, mit einem Kostenerfordernisse von 2474 fl. 73 kr. genehmigt, welcher Betrag jedoch aus dem für den XIII. Bezirk für Straßenherstellung im Präliminare eingestellten Betrage von 5000 fl. nur theilweise bedeckt werden könnte, so dass der Restbetrag von 905 fl. 91 kr. noch aushaftend ist. Nachdem sich die Herstellung dieser Straße aus Sicherheitsrücksichten als nothwendig herausgestellt hat, wird von Seite des Stadtrathes beantragt: die Bewilligung eines Zuschusscredites in der Höhe des unbedeckten Theilbetrages per 905 fl. 91 kr. zur Rubrik XXII 1 d, Gruppe VI, für die Durchführung der Rettichgasse in Hütteldorf von der Kirchengasse abwärts bis zur Alleegasse.

Ich bitte, den Antrag zu genehmigen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Für die Durchführung der Rettichgasse in Hütteldorf von der Kirchengasse abwärts bis zur Alleegasse wird ein Zuschusscredit in der Höhe des unbedeckten Theilbetrages von 905 fl. 91 kr. zur Rubrik XXII 1 d, nachträglich genehmigt.

9. (8678.) **Referent Gem.-Rath Mayer:** Das Unwetter am Morgen des 7. Juni hat an vier verschiedenen Gebäuden der Stadt Wien erheblichen Schaden angerichtet, der dadurch gutgemacht worden ist, dass man die Feuermauern verputzte. Es sind dies das Amts- und Schulgebäude im XVI. Bezirke, Neulerchenfeld, Hauptstraße 52, das Schulgebäude im XVI. Bezirke, Neulerchenfelder Hauptstraße 52, das Schulgebäude im XVI. Bezirke, Ottakring, Wagnergasse 27, Hauptstraße 158, und das Schulgebäude im XVI. Bezirke, Langegasse 32. Der Schaden konnte an diesen vier Gebäuden mit 800 fl. gutgemacht werden, und ich bitte, diesen Betrag, da derselbe keine Bedeckung mehr findet, in der betreffenden Rubrik mittels eines Zuschusscredites zu bewilligen. (Gem.-Rath Bärtl: Ist das schon gemacht?) Es ist schon durchgeführt, weil es dringend war.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Für die Herstellungen im städtischen Amts- und Schulgebäude XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 52/54, und in dem Schulgebäude XVI., Ottakring, Wagnergasse 27, Hauptstraße 158, und XVI., Langegasse 32, wird ein Zuschusscredit von 800 fl. zur Rubrik XII 4 d bewilligt.

10. (8735.) **Referent Gem.-Rath Mayer:** Es betrifft einen Zuschusscredit in einem höheren Betrage, und zwar mit 74.000 fl. Es involviert dieser Betrag keine Überschreitung, sondern er rührt aus einem rascheren Fortschritte des Baues her, und zwar an der Doppel-Bürgerschule in der Steinbauergasse, V. Bezirk, mit 22.000 fl., und des Zubaues zur Werkmeisterschule im X. Bezirke mit 8000 fl., an dem Schulgebäude im XIII. Bezirke (Hütteldorf) mit 22.000 fl. und bei der Doppel-Bürgerschule auf der Area des ehemaligen Sechshauser Bezirksspitales im XIV. Bezirke mit 22.000 fl. Der Betrag kommt darum früher zur Auszahlung, weil die Arbeiten rascher fortgeschritten sind.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Zu den Schulbau-Rubriken XII 12 f, 12 o, 12 x und 12 c_1 wird ein Zuschusscredit von 74.000 fl. bewilligt.

11. (8770.) **Referent Gem.-Rath Mayer:** Hier wird um einen Zuschusscredit von 29.000 fl. gebeten, nämlich für Löhnungen des Personales, für die Erhaltung ungepflasterter Straßen. Nach dem Ausweise der Buchhaltung per 31. August ist auf diese Rubrik bereits ein Betrag von 60.146 fl. 18 kr. zur Gebür erwachsen. Voraussichtlich dürften nach den bisherigen Erfahrungen bis Ende dieses Jahres noch 30.218 fl. 15 kr. nothwendig sein, so dass ein Gesammterfordernis von 90.364 fl. 33 kr. sich ergibt. Präliminiert ist für diese Post nur ein Betrag von 61.300 fl.; es soll daher die Fehlsumme von 29.000 fl. bedeckt werden. Die Überschreitung findet darum statt, weil durch die abnormen Witterungsverhältnisse, und weil man immer nach dem Durchschnitte von zwei früheren Jahren das Präliminare zusammenstellt, einerseits zu wenig präliminiert ist und andererseits, namentlich in den Vororten, eine Reihe von Arbeiten, die eigentlich auf die Rubrik: „Herstellung neuer Straßen" gehören, auf diese Rubrik verrechnet worden sind. Es wird dies also in der anderen Rubrik erspart werden. Weiters war durch die neuerlichen Durchbrüche von Linienwällen eine Mehrarbeit nothwendig, weshalb gleichfalls ein Mehrbetrag erforderlich wurde, der jedenfalls im nächsten Jahre in Ersparnis gebracht wird.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Zur Rubrik XXII 12 c „Löhnungen des Personales für die Erhaltung ungepflasterter Straßen" wird ein Zuschusscredit von 29.000 fl. bewilligt.

12. (9095.) **Referent Gem.-Rath Dr. Kloßberg:** Ich habe die Ehre, bezüglich der Anschaffung von zwei Tonnenschiffen zum Festhalten der Fischkalter am Fischmarkte am Donaucanale zu referieren. Unter den vielen Schiffen im Donaucanale befinden sich auch zwei, welche der Gemeinde Wien gehören. Diese beiden Tonnenschiffe dienen dazu, die Fischkalter festzuhalten.

Diese Tonnenschiffe sind leider durch längeren Gebrauch schadschaft geworden und es ist unbedingt nothwendig, neue Schiffe anzuschaffen, denn die jetzigen drohen mit den Kaltern unterzugehen. Eine Reparatur ist nicht mehr möglich.

Diese Schiffe haben sich durch den längeren Gebrauch längst bezahlt, obwohl die Einnahme jetzt nicht mehr so reichlich ist wie in den früheren Jahren, weil diese von der Fischzufuhr aus dem Neusiedlersee abhängig ist. Nachdem aber zu den hohen Festtagen, Weihnachten und Ostern, diese Tonnenschiffe unbedingt benöthigt werden, so beantragt der Stadtrath diese Anschaffung um den Betrag von 424 fl. zu genehmigen und, nachdem diese Post nicht bedeckt ist, zugleich einen Zuschusscredit in dieser Höhe zu bewilligen.

Ich bitte um die Annahme.

Gem.-Rath Bärtl: Der Herr Referent hat uns mitgetheilt, dass eine Ausbesserung nicht mehr möglich sei; vielleicht kann uns der Herr Referent sagen, warum diese Schiffe nicht mehr ausgebessert werden können? Die neuen Schiffe kosten 424 fl., vielleicht könnte man die alten Schiffe mit circa 100 fl. ausbessern?

Ich bitte also, uns mitzutheilen, warum diese Schiffe nicht ausgebessert werden können.

Referent: Ich habe die Schiffe selbst gesehen. Der Betrag von 424 fl. betrifft nicht nur die Schiffe, sondern auch sämmtliche Fischkalter, welche ebenfalls schadhaft geworden sind; das Holz ist zum Theile verfault und heute müssen die Schiffe schon mit Werg verstopft werden. Das geht aber auf die Dauer nicht, weil sie sonst unterzusinken drohen. Eine Reparatur steht nicht dafür, nachdem

die Neuanschaffung nicht viel kostet und, wie erwähnt, die Schiffe längst bezahlt sind.

Gem.-Rath Seiler: Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Herrn Referenten fragen, was denn eigentlich mit dem Antrage geschehen ist, der vor ungefähr vier Jahren gestellt wurde, betreffend die Errichtung eines neuen Fischmarktes. Der Fischmarkt muss bekanntlich von dort wegkommen, denn es kommt, wie ich glaube, ein Bahnhof der Stadtbahn hin und es muss daher vorgesorgt werden, den Fischmarkt anderweitig unterzubringen. Ich möchte also den Herrn Referenten fragen, ob er sich vielleicht in dieser Frage informiert hat?

Referent: Es wurde diesfalls vom Magistrate ein Referat erstattet, welches in den nächsten Tagen im Stadtrathe berathen werden wird.

Bürgermeister: Gegen den Antrag ist keine Einwendung, er ist daher angenommen.

Beschluss: Für die Herstellung von zwei Tonnenschiffen zum Festhalten von Fischkaltern am Fischmarkte am Donaucanale wird ein Zuschusscredit von 421 fl. zur Rubrik XXVIII 6 a bewilligt.

13. (9172.) **Referent Gem.-Rath Wurm:** Beilage 278. Es handelt sich um die Überlassung von acht städtischen Parcellen in Heiligenstadt zur Anlage des großen Rangierbahnhofes daselbst.

Dieser Gegenstand hat schon einmal den Gemeinderath beschäftigt. Es wurde nämlich von der Generaldirection das Ersuchen gestellt, diese Parcellen zum Preise von 7 fl. per Quadratmeter zu überlassen, das ist zu demselben Preise, wie die Gemeinde seinerzeit die anstoßende große Fläche überlassen hat. Der Stadtrath hat aber erklärt, es wäre zweckmäßig, hier einen höheren Preis zu fordern, nachdem die nun verlangten Parcellen näher der Nussdorferstraße gelegen sind, und hat zuerst einen Preis von 10 fl., später von 9 fl. per Quadratmeter beantragt. Hierauf hat die Generaldirection abermals angesucht, diese Flächen zum Preise von 8 fl. 33 kr. zu überlassen, das ist nämlich jener Preis, welchen die Gemeinde zuerst für die frühere Fläche ausgerechnet hatte; die Gemeinde hat aber damals den Preis mit Rücksicht auf die Transaction mit den Linienwallgründen auf 7 fl. ermäßigt. Nun wird von Seite des Stadtrathes der Antrag gestellt, diesem zweiten Ansuchen zu willfahren und die Fläche um den Preis von 8 fl. 33 kr. per Quadratmeter zu überlassen. Das ist ein Preis, welcher sich daraus construiert. Wenn man die Ankaufssumme mit Zinseszinsen capitalisiert bis zu dem Zeitpunkte, zu welchem der erste Theil der Fläche angekauft wurde. Es wird bei dieser Gelegenheit das Ersuchen an die Generaldirection gestellt, ein weiteres Entgegenkommen seitens der Bahnunternehmung gegenüber der Gemeinde zu bekunden, nachdem die Gemeinde der Ansicht ist, dass dieser Preis, welcher nun von ihr verlangt wird, ein sehr mäßiger sei.

Der Antrag, welchen der Stadtrath stellt, ist folgender:

„Der Gemeinderath wolle beschließen:

Die Gemeinde Wien erklärt sich in Abänderung des Gemeinderaths-Beschlusses vom 19. Juni 1894, Z. 4050, unter der bestimmten Erwartung, dass die k. k. Generaldirection der österr. Staatsbahnen in Würdigung der von der Gemeinde Wien aus Anlass des Stadtbahnbaues übernommenen, außerhalb des Programmes für die Verkehrsanlagen stehenden Lasten (Einlösung der halben Straßenbreiten längs der Stadtbahn 2c.) weiterhin ihr Entgegenkommen gegenüber der Stadtgemeinde zeigen werde, bereit die in diesem Gemeinderaths-Beschlusse bezeichneten Theile der städtischen Parcellen 575, 577/1, 3, 4, 578 bis 581 und 1010/1 im XIX. Bezirke, Heiligenstadt, gegen Einhaltung der in diesem Beschlusse enthaltenen Bedingungen 1 bis 3 um den Einheitspreis von 8 fl. 33 kr. per Quadratmeter, sohin um den Gesammtpreis von 45.923 fl. 29 kr. an die k. k. Generaldirection der österr. Staatsbahnen als Machthaberin der Commission für Verkehrsanlagen in Wien zu veräußern.

Gleichzeitig wird unter den oberwähnten Bedingungen 1 bis 3 die sofortige Occupierung dieser städtischen Parcellentheile zu Stadtbahnzwecken vorbehaltlich der nachträglich zu erfolgenden schriftlichen Kaufvertragsausfertigung gestattet."

Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Gem.-Rath Bärtl: Es ist hier von einem Gemeinderaths-Beschlusse die Rede, welcher seinerzeit gefasst wurde. Ich erlaube mir nun die Frage, welcher Preis damals beschlossen wurde? (Referent: 9 fl.! Das ursprüngliche Angebot war 7 fl.!) Wie der Herr Referent sagt, ist damals vom Gemeinderathe der Preis von 9 fl. beschlossen worden, heute reduciert der Stadtrath und wahrscheinlich auch der Magistrat den Preis auf 8 fl. 33 kr. Es handelt sich um den sogenannten Hagengrund, welcher seinerzeit der Gemeinde Wien 600.000 fl. gekostet hat.

Es wäre sehr interessant, zu wissen, ob bei dem Preise, zu dem wir hier verkaufen sollen, auch wieder — abgesehen von den Interessen, die auf diesem Grundcomplexe liegen — dasjenige eingenommen wird, was die Stadt Wien damals bar ausgezahlt hat. Es ist schon 20 Jahre her; getragen hat dieser Complex nichts. Ich möchte also die Bitte stellen, dass darauf gesehen werde, dass zum mindesten die genannte Summe für die Gemeinde Wien wieder hereingebracht werde.

Ich stimme dem Referate nicht zu. Erstens ist es eine Abänderung eines Gemeinderaths-Beschlusses, wenn auch die Differenz nur 67 kr. per Quadratmeter ausmacht. Warum soll diese Abänderung erfolgen? Der Herr Referent sagt: Wir müssen der Staatsbahn entgegenkommen. Ich kann mich an keinen einzigen Fall erinnern, in welchem uns jemals die Staatsbahn oder der Staat in irgendetwas entgegengekommen wären. Niemals, immer müssen wir das Opfer sein. Warum sollen wir jetzt wieder von 9 fl. auf 8 fl. 33 kr. herabgehen?

Ich stelle daher den Antrag: Der Gemeinderath wolle diesen Beschluss, den er damals gefasst hat, nämlich nicht 8 fl. 33 kr., sondern 9 fl. zu verlangen, aufrechthalten.

Referent: Es handelt sich nur um einen kleinen Theil der Hagenwiese, welche sich nicht längs der Nussdorferstraße erstreckt. Der kostbarste Theil ist jedenfalls der an der Straße gelegene; um diesen handelt es sich aber nicht, sondern um jenen Theil, welcher über den Nesselbach hinüber gelegen ist. Was hier im Plane blaß lasiert ist, wurde von der Gemeinde um den Preis von 7 fl. per Quadratmeter verkauft. (Gem.-Rath Bärtl: Vor 20 Jahren!) Nein, vor einem Jahre ist es geschehen. Wenn man einen Ankaufspreis von 3 bis 4 fl. nimmt und diesen Betrag verinteressiert mit Zinseszinsen, so berechnet sich der Wert auf 8 fl. 33 kr., und das ist der Wert, den wir heute beanspruchen. Es ist also durchaus nicht eine Verschleuderung des Gemeindegutes, nachdem dieser Preis von 8 fl. 33 kr. gerechnet als durchschnittlicher Wert gilt, während es sich heute nur um den minderwertigeren, nicht an der Straße gelegenen Theil handelt.

Der Theil, welcher an der Nussdorferstraße gelegen ist, ist gewiss viel höherwertig, und was das Entgegenkommen der Commission für Verkehrsanlagen betrifft, so muss ich darauf hinweisen, dass bei den Einlösungen in der Regel mehr eingelöst wird, als wozu die Commission verpflichtet ist; bei allen Bahnhofanlagen und selbst in der Strecke werden Grundstücke expropriiert und infolgedessen dem öffentlichen Verkehre übergeben, welche jedenfalls der Gemeinde sehr zugute kommen, weil jedenfalls eine größere Fläche in den Verkehr eingeflochten wird, als unbedingt nothwendig ist. Unter anderem werden beispielsweise in langen Strecken Parallelstraßen eröffnet. Man kann also nicht sagen, es herrscht von der anderen Seite kein Entgegenkommen, und der Preis, den ich beantrage, kann ein entsprechender genannt werden.

Gem.-Rath Gregorig: Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Bärtl nur anschließen. Der Grund ist viel zu billig verkauft um den Preis, der angeschlagen wird. Es ist auch der andere Theil geradezu um einen Schandpreis hergegeben worden, aber damals hat die liberale Partei die Gunst der hohen Regierung gebraucht. Sie ist daher entgegenkommend gewesen und hat den Grund um ein billiges Geld abgetreten. Sie werden zugeben, Herr Bürgermeister, dass der Grund bei einem Preise von 6 bis 7 fl. per Quadratmeter geradezu verschenkt wurde; das soll aber nicht geschehen. Wenn wir von der Regierung etwas brauchen, müssen wir zahlen, dass uns die Augen übergehen, wenn es sich aber darum handelt, dass die liberale Partei eine Gefälligkeit von der Regierung braucht, wird das Gemeindevermögen billig abgegeben. So war es damals, als der Grund um 7 fl. per Quadratmeter übergeben wurde; heute ist aber der restliche Theil des Grundes noch wertvoller, wird aber noch immer so billig verkauft. Ich will keinen Antrag stellen, sondern schließe mich dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Bärtl an, dass der Grund um 9 fl. verkauft werde.

Bürgermeister: Ich bitte, um Gefälligkeiten handelt es sich nicht, dass ist eine reine Geschäftsangelegenheit.

Gem.-Rath Brauneiß: Sehr geehrte Herren! Die Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen tritt bei jeder Gelegenheit an die Commune Wien heran, dass sie ihr ein Entgegenkommen zeigen soll. Ich muss bei dieser Gelegenheit, weil heute wieder ein Referat bezüglich der Direction der österreichischen Staatsbahnen erstattet wird, darauf hinweisen, dass die Generaldirection der Gemeinde Wien in keiner Weise entgegenkommt. Ich habe kürzlich in den Protokollen des Stadtrathes gelesen, dass die Verbindung, die wir im XIV. Bezirke zwischen den beiden Bezirkstheilen der alten und neuen Bezirke brauchen, von der Generaldirection rundweg abgelehnt wurde. Ich kann daher gar nicht einsehen, warum die Commune Wien der Generaldirection der Staatsbahnen immer freundlich entgegenkommt, die Generaldirection aber nichts thun soll. Dass eine Überbrückung, ein Übergang über die Bahn in unserem Bezirke geschaffen werde, ist dringend nothwendig, weil wir sonst von den alten Bezirken abgesperrt wären, und es ist unerhört, dass man nicht darangeht, endlich einmal eine Communication zu schaffen. Bei dieser Gelegenheit nun, wo wieder über ein solches Referat verhandelt wird, nach welchem die Direction der Staatsbahnen an uns herantritt, dass wir den Verkauf genehmigen sollen, möchte ich bitten, dass dieser Wunsch meines Bezirkes nicht unerhört bleibe und dass baldigst dort eine Überbrückung hergestellt werde.

Bürgermeister: Über diesen Gegenstand werden die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte.

Bürgermeister: Es ist Schluss der Debatte beantragt worden. Ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Meine Herren, es ist eine eigenthümliche Sache. Braucht die Regierung etwas von uns, so will sie es billig haben. Gerade bei dieser Gelegenheit, wo die Direction der österreichischen Staatsbahnen zu uns kommt, muss man das betonen. Schauen Sie sich den Scandal bei der Mariahilferlinie an.

Bürgermeister (unterbrechend): Ich möchte bitten, bei der Sache zu bleiben.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck (fortfahrend): Es ist höchste Zeit, dass diese Bretterbude dort wegkommt. Nun, das ist auch ein wunder Punkt, die Wiener rein als Wurzen zu benützen. Es ist sehr zu bedauern, dass diese Bretterbude, welche gewiss gefährlich ist, bei der Mariahilferlinie nicht wegkommt. (Gem.-Rath Gregorig: Sie gehört einem Juden!) Aber leider wird gerade vom löblichen Gemeinderathe nichts gemacht, und darum wird dieser Holzplatz noch sehr lange dort bleiben.

Ich schließe mich ganz den Ausführungen des Herrn Collegen Bärtl an und werde auch für seinen Antrag stimmen.

Referent (zum Schlusswortе): Ich will nur darauf hinweisen, dass in der Eingabe der Generaldirection der Staatsbahnen darauf hingewiesen wird, dass bei den gerichtlichen Schätzungen der Nachbargründe ein Kaufpreis von 4 bis 8 fl. erzielt wurde, also nicht 8 fl. 33 kr. Dieser Preis von 8 fl. 33 kr. ergibt sich aus einem Mittelpreise für die ganze Wiese, wie ich gesagt habe, und jetzt verlangen wir für den rückwärtigen und schlechter gelegenen Theil denselben Preis, den wir als Durchschnittspreis ermittelt haben, also auch für jene Gründe, welche unmittelbar an der Nussdorferstraße gelegen sind. Es ist also klar, dass der Preis von 8 fl. 33 kr. ein angemessener ist.

Ich bitte daher, den Stadtraths-Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Der Herr Referent beantragt namens des Stadtrathes, den in der Vorlage 278 bezeichneten Grund zum Einheitspreise von 8 fl. 33 kr. an die Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen zu verkaufen.

Dem gegenüber beantragt Herr Gem.-Rath Bärtl den Einheitspreis von 9 fl. Diesen Gegen-Antrag bringe ich zuerst zur Abstimmung.

Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage Bärtl einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es sind 44 dafür.

Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause: Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh: 44. — Rufe links: Die Schriftführer stimmen nicht überein!)

Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Die Abstimmung ist zweifelhaft, ich werde die Abstimmung wiederholen.

Der Referenten-Antrag geht dahin, der Quadratmeter soll mit 8 fl. 33 kr. bestimmt werden. Das ist der Stadtraths-Antrag.

Nach dem Gegen-Antrage soll es beim früheren Gemeinderaths-Beschlusse bleiben und der Preis mit 9 fl. per Quadratmeter bestimmt werden.

Zuerst kommt zur Abstimmung der Antrag Bärtl: „9 fl. per Quadratmeter."

Ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Es sind 46 dafür.

Ich bitte um die Gegenprobe. (Während der Auszählung: Gem.-Rath Dr. Lueger: Die Schriftführer sind früher auch gestanden, die dürfen jetzt nicht gezählt werden! — Nach einer Pause:) Nachdem die Abstimmung wieder zweifelhaft ist, werde ich die namentliche Abstimmung vornehmen.

Zuerst kommt zur Abstimmung der Antrag Bärtl: „Bestimmung des Preises mit 9 fl."

Die Herren, welche für 9 fl., dem früheren Gemeinderaths-Beschlusse, stimmen, bitte ich mit Ja, die Herren, die dagegen sind, mit Nein zu stimmen.

Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Schrenckh stimmen mit Ja die Gem.-Räthe:

Bärtl, Becker, Beutnitz, Brauneiß, Dr. Daum, Dobeš, Dürbek, Edlhofer, Eigner, Frauenberger, Geitler, Dr. Geßmann, Geyer, Glasauer, Ritter v. Goldschmidt, Gregorig, Grünbeck Josef, Grünbeck Sebastian, Hawranek, Hipp, Hörmann, Dr. Kupka, Latschka, Dr. Lueger, Maresch, Pollak, Purscht, Rauscher, Rißaweg, Röhrl, Rosenstingl, Sauerborn, Scheidl, Schlögl, Schneeweiß, Schoderböck, Dr. Scholz, Schuh, Seidler, Silberer, Stehlik, Steiner, Strobach, Trambauer, Dr. Uhl, Wessely Vincenz, Wimberger, Winter.

Mit Nein stimmen die Gem.-Räthe:

Adam, Altenberg, Bachofen v. Echt, Dehm, Erndt, Fuchs, Gerhardus, Gierster, v. Götz, Bürgermeister Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Haßfurther, Dr. Huber, Kaiser, Kaspar, Kirchmayer, Dr. Klotzberg, Kreindl, Lang, Dr. Lerch, Luksch, Matthies, Vice-Bürgermeister Matzenauer, Mayer, Dr. Mittler, Müller Josef, Vice-Bürgermeister Dr. Richter, Schenzel, Schieferl, Schneiderhan, Schrenckh, Simon, Dr. Stern, Stiaßny, v. Stummer, Tagleicht, Taubler, Vaugoin, Dr. Vogler, Wessely Ignaz, Winker, Witzelsberger, Wünsch, Wurm, Dr. Zimmermann, Zweig. (Zwischenrufe: Gem.-Rath Dr. Lueger: 47 gegen 46! — Gem.-Rath Rauscher: Die können noch alleweil nicht zählen!)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Rauscher, ich rufe Sie zur Ordnung. (Nach einer Pause:) Das Resultat ist folgendes: 48 Ja, 46 Nein. Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Der Einheitspreis für die an die k. k. Generaldirection der österr. Staatsbahnen noe. der Commission für die Wiener Verkehrsanlagen zu veräußernden Parcellen, respective Parcellentheile im XIX. Bezirke, Heiligenstadt, Nr. 575, 577/1, 3, 4, 578 bis 581 und 1010/1 wird mit 9 fl. per Quadratmeter bestimmt.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, es wird zu wiederholtenmalen angezweifelt, dass wir mit der Behauptung uns im Rechte befinden, dass von Seite der hochverehrten Herren Schriftführer nicht richtig gezählt wird. Wenn es einen eclatanteren Beweis gibt, als den, der jetzt erbracht worden ist, für die Richtigkeit unserer Behauptung, dann will ich gerne die Segel streichen. Es ist früher gezählt worden 46 mit Ja, 46 mit Nein. Mittlerweile sind noch ein paar Nein hervorgekeimt.

Es ist also offenbar, dass ein Theil der Herren Schriftführer an doppeltem Gesichte leidet; nämlich dann, wenn sie Parteigenossen sehen, sehen sie doppelt, wenn sie uns sehen, nicht. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Bürgermeister: Das ist eine Beschuldigung, die ich entschieden zurückweisen muss. (Lebhafter Lärm und Rufe links: Aber wahr ist es! Gem.-Rath Dr. Lueger: Das ist ein unwiderleglicher Beweis!) Das ist ein Vorwurf, den ich absolut nicht zugeben kann. Es ist sehr leicht möglich, bei einer Versammlung von über 90 Herren sich um einen zu irren. Man kann aber auch nicht weiter gehen, als dass, wenn der geringste Zweifel sich ergibt, namentliche Abstimmung vorgenommen wird. Ich glaube, in loyalerer Weise kann nicht mehr vorgegangen werden. Ich muss daher eine solche Beschuldigung entschiedenst zurückweisen. (Lebhafter Beifall rechts und Lärm links.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung.

Bürgermeister: Es ist jetzt das Resultat der Abstimmung constatiert.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, ich habe dem Herrn Bürgermeister keinen Vorwurf gemacht, im Gegentheile, ich anerkenne, dass er den richtigen Ausweg gefunden hat. Meine Herren, der Irrthum kann nicht so groß sein bei einer Zählung; er kann nicht so groß sein, behaupte ich, und wenn ich der Schriftführer Schrenckh wäre, würde ich das Mandat als Schriftführer niederlegen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.) Wenn er wirklich, was ich annehmen will, im guten Glauben gehandelt hat, so kann er nicht zählen und soll noch in die Schule gehen. (Erneuerter Beifall links. — Gem.-Rath Sebastian Grünbeck macht Zwischenrufe.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Grünbeck, Sie haben jetzt nicht das Wort! Herr Gem.-Rath Dr. Lueger, ich muss auch diese Behauptung zurückweisen. Während des Aufrufes sind Herren auf dieser (rechten) Seite hereingekommen. Ich glaube mich zu erinnern, es war der Herr Gem.-Rath Tagleicht dabei. (Zwischenruf seitens des Gem.-Rathes Sebastian Grünbeck.) Herr Gem.-Rath Grünbeck, ich bitte um Ruhe. Es ist also sehr leicht möglich, dass sich während der Abstimmung eine Veränderung ergibt. (Lärm links.) Aber, darf ich um Ruhe bitten!

Gem.-Rath Dr. Hackenberg (zur Geschäftsordnung): Ich möchte mir nur die Bemerkung erlauben, dass ein Herr, der früher mit Nein gestimmt hat, sich bei der namentlichen Abstimmung der Stimmenabgabe enthalten hat. Ich kann den Namen ja nennen, der Herr College wird einverstanden sein, es war College Herold, (Zwischenrufe links.)

Bürgermeister: Ich bitte, nicht immer dreinzuschreien.

Gem.-Rath Silberer (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, ich möchte mir auch ein Wort zur Sache erlauben. Ich schicke voraus, dass ich selbst mit Ja gestimmt habe, und es hat mich gefreut, dass bei dieser Abstimmung, an der ich theilgenommen habe, diese Partei die Majorität davongetragen hat. Aber ich erkläre Ihnen offen, dass ich nicht im mindesten die Idee gehabt habe, unseren Schriftführern irgendeine böse Absicht oder auch nur einen Irrthum zuzumuthen.

Es kann beidemale vollständig richtig gezählt worden sein, wenn es sich aber um einen eigentlich doch so unwesentlichen

Gegenstand, wie es dieser ist, handelt, so kann man oft schon beobachtet haben, dass während der Abstimmung mehrere Herren hinausgehen und andere hereinkommen. Ich bin hereingekommen — die erste Abstimmung war schon vorbei, an dieser habe ich nicht theilgenommen — und doch hat die Abstimmung das gleiche Resultat ergeben.

An der zweiten Abstimmung habe ich theilgenommen, und, trotzdem neue Herren dazu gekommen sind, war das Resultat dasselbe. Jetzt kam die namentliche Abstimmung, und da haben zwei Herren nicht theilgenommen, die mit Ja gestimmt hatten. Sie sind hinausgegangen, weil sie an der namentlichen Abstimmung nicht theilnehmen wollten, und trotzdem haben Sie gesehen, dass mehr Stimmen mit Ja waren. Ein Beweis, dass diverse Herren hereingekommen sind. Wie ich gekommen bin, war eine Gruppe von sieben Herren draußen, davon sind aber diverse Herren hereingekommen.

Ich schließe damit, dass ich auch zu denen gehöre, die mit Ja gestimmt haben, dass ich aber in den guten Willen und die ehrliche Absicht unserer Schriftführer, von denen ich das Beste denke, nicht den mindesten Zweifel setze, und es ist nicht gerecht, wenn Sie glauben, die Schriftführer handeln vom Parteistandpunkte aus. Es ist nicht recht, meine Herren, die Collegen in solcher Weise zu verdächtigen. (Widerspruch und Lärm links.) Das wäre ein Verbrechen in den Augen eines verständigen Menschen, und eine so schlechte Meinung werde ich nie von Collegen haben, ob er Ihrer Partei (links) oder dieser Seite (rechts) angehört. Das können Sie mir, der ich sehr objectiv Ihnen (links) gegenüber bin, vollständig glauben.

Gem.-Rath Rosenstingl (zur Geschäftsordnung): Ich möchte nur eines constatieren. Es wird ein furchtbarer Lärm erhoben, die Herren werden verdächtigt, dass sie schlecht zählen, aber, meine Herren, Herr Gem.-Rath Dr. Lueger hat bei der namentlichen Abstimmung auch schlecht gezählt und sich geirrt; ich constatiere das. Herr Gem.-Rath Dr. Lueger hat sich geirrt und erst eine Ja-Stimme weniger gezählt. Stellen Sie sich nun vor, meine Herren, wenn diese Sache anders ausgefallen wäre, wenn Herr Dr. Lueger sich auch geirrt und eine Stimme mehr gehabt hätte, wie wir, was wir dann für einen Krawall erlebt hätten. Glücklicherweise hat er sich so geirrt, dass er eine seiner Stimmen weniger gehabt hat. Ich constatiere also, dass man sich auch bei namentlicher Abstimmung irren kann.

Gem.-Rath Purscht (zur Geschäftsordnung): Wenn es sich wirklich nur um einen Irrthum handelt, so wäre der Irrthum auch manchmal zu unserem Vortheile. Bis jetzt aber war bei jedem Irrthume das Gegentheil. Das muss ich constatieren, und gerade bei Herrn Gem.-Rath Schrenckh ist dieser Fall schon sehr häufig vorgekommen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Purscht, ich muss Sie zur Ordnung rufen. (Lebhafter Beifall rechts und stürmische Oho-Rufe links.) Es geht durchaus nicht an, in dieser Weise mit Vorwürfen herumzuwerfen. Ich weise das entschieden zurück. (Unruhe und Widerspruch links. — Gem.-Rath Gregorig: Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung!)

Gem.-Rath Hawranek (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Wenn wir eine Wahrheit behaupten, so werden wir immer zur Ordnung gerufen. (So ist es! links.) Ich constatiere, dass, nachdem schon die namentliche Abstimmung war, der Herr Gem.-Rath Tagleicht hereingekommen ist, wo er gar nicht gewusst hat, um was es sich handelt. Weil es geheißen hat Nein, so hat er mit Nein abgestimmt. Er weiß nicht, für was er gestimmt hat. (Heiterkeit.)

Bürgermeister: Das ist nicht zur Geschäftsordnung. (Widerspruch links.)

Gem.-Rath Hawranek: Ich möchte nur, dass Sie sich überzeugen, dass die Herren Schriftführer nicht zählen können. Auf dieser Seite eher noch, aber dort wird immer schlecht gezählt. (Lebhafte Unruhe.)

Gem.-Rath Schrenckh (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, meine Herren, in aller Ruhe! Dass man sich irren kann, hat Herr Dr. Lueger soeben selbst bewiesen. Ich habe früher gezählt 44 Ja, 44 Nein, mithin war ich im Zweifel und habe dem Herrn Bürgermeister gemeldet: „Ich zähle 44 Ja, 44 Nein." Bei der zweiten Abstimmung habe ich gezählt: 46 Ja, 46 Nein. Ich bin zum Herrn Bürgermeister hinaufgegangen und habe gesagt: „Die Abstimmung ist wieder nicht klar. Es stimmen 46 dafür und 46 dagegen," weil einige Herren mittlerweile hereingekommen. Wie die Herren dazu kommen, mich deshalb anzublasen, begreife ich nicht. Ich habe meine Pflicht, dem Herrn Bürgermeister zu melden, dass die Abstimmung zweifelhaft ist, erfüllt, mehr kann ich nicht thun. (Zustimmung rechts.)

Bürgermeister: Und mit Rücksicht darauf, dass sich verschiedene Ziffern ergeben haben, ist die namentliche Abstimmung vorgenommen worden. Es ist auch jetzt kein Zweifel mehr. Eine halbe Stunde hat eine Debatte zur Geschäftsordnung stattgefunden. Ich glaube, wir gehen jetzt zum nächsten Gegenstande der Tagesordnung über. (Lebhafte Zustimmung. — Widerspruch.)

Gem.-Rath Tagleicht (zur Geschäftsordnung): Ich constatiere wahrheitsgemäß, dass ich während des Berichtes des Herrn Referenten Kenntnis von dem Gegenstande, den er vortrug, erlangt, mich dann einige Minuten draußen aufgehalten habe, zur Abstimmung erschienen bin und ordnungsgemäß abgestimmt habe.

Der Vorwurf des Herrn Gem.-Rathes Hawranek ist ganz ungerechtfertigt.

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Herr College Purscht hat hier einige Vorfälle, von denen wir alle Zeugen sind, aufgeführt, und der Herr Bürgermeister hat ihn dafür zur Ordnung gerufen. Dass das geschehen ist, dass von dieser Seite falsch gezählt worden ist, können wir alle bestätigen. Das ist wiederholt geschehen. Wenn man also hier jemandem Fehler vorwirft, wenn ein anderer Fehler begangen hat und man sie anführt und dafür den Ordnungsruf bekommt, so ist das — nach meiner Ansicht — Herr Bürgermeister, nicht gerechtfertigt, und ich bitte, den Ordnungsruf zurückzunehmen, weil ich ihn für ungerechtfertigt halte. (Zustimmung links. — Widerspruch rechts.)

Bürgermeister: Ich hoffe, diese Debatte zur Geschäftsordnung, die gar nicht zur Geschäftsordnung gehört, ist zu Ende. Wenn auf einzelne Fälle hingewiesen wird, so habe ich nichts dagegen. Wenn aber daraus dann jemandem eine Absicht imputiert wird (So ist es! rechts), die eine Beleidigung enthält, so bin ich verpflichtet, dieselbe zurückzuweisen, weil wir den Collegen Schrenckh als Ehrenmann kennen (Beifall rechts) und Derartiges nicht zugeben können. Ich werde Beleidigungen nicht dulden, von welcher Seite sie immer erfolgen. (Unruhe links.)

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Herr College Purscht hat die persönliche Ehrenhaftigkeit des Herrn Schriftführers von jener Seite nicht berührt (Rufe rechts: O ja!), er

ist ihr nicht nahegetreten; er hat nur Facten angeführt, dass nämlich dort thatsächlich falsch gezählt wurde. Für diese Constatierung von Thatsachen, die wir alle bestätigen können, wurde ihm der Ordnungsruf des Herrn Bürgermeisters zutheil, und ich muss den Herrn Bürgermeister entschieden bitten, diesen ungerechtfertigten Ordnungsruf zurückzunehmen. (So ist es! links.)

Bürgermeister: Ich habe schon erklärt, dass ich das nicht thue, dass ich auch die Bemerkung des Herrn Gem.-Rathes Purscht anders aufgefasst habe. Wenn Herr Gem.-Rath Purscht erklären wird, dass er nicht die Absicht gehabt hat, irgendwie dem Herrn Gem.-Rathe Schreneckh nahezutreten, dann werde ich meine Auffassung als eine missverständliche erklären. (Beifall rechts. — Gem.-Rath Gregorig: Eine solche Haarspalterei gibt's nicht; das ist ungerecht! — Unruhe links.)

Gem.-Rath Purscht: Ich erkläre hier öffentlich, dass ich über die Person des Herrn Gem.-Rathes Schreneckh gar nichts gesagt habe (Zustimmung links), sondern nur, dass er sich als Schriftführer hier schon einigemale geirrt hat. (Widerspruch rechts.) Das ist eine Thatsache, und für diese habe ich den Ordnungsruf erhalten.

Gem.-Rath Gregorig: Das ist ungerechtfertigt, das darf nicht sein, es muss hier Gerechtigkeit herrschen! (Große Unruhe.) Da geht jede Achtung vor dem Präsidium verloren, wenn so vorgegangen wird. Ich bedauere es lebhaft.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gregorig, mäßigen Sie sich!

Gem.-Rath Gregorig: Ich bitte, ich kann mich nicht mäßigen, Gerechtigkeit will ich hier haben. Hier ist keine Paschawirtschaft, Gerechtigkeit muss herrschen.

Bürgermeister: Es gibt hier keine Paschawirtschaft, es muss aber Ordnung sein!

Gem.-Rath Gregorig: Die üben Sie nicht!

Bürgermeister: Mäßigen Sie sich!

Gem.-Rath Gregorig: Ich kann mich nicht mäßigen, ich lasse nicht einen Collegen ungerecht bestrafen. (Heiterkeit rechts, lebhafte Unruhe links.)

14. (8455, 8833.) **Referent Gem.-Rath Wurm:** Es handelt sich um das Ersuchen des Leiters der Bezirkshauptmannschaft Hietzing Umgebung wegen Instandsetzung seiner Wohnung. Der frühere Amtsleiter der Bezirkshauptmannschaft hat von dieser Wohnung keinen Gebrauch gemacht. Darum war dieselbe auch nicht in Stand gesetzt, als vor zwei Jahren die Localitäten der Bezirkshauptmannschaft an die Gemeinde übergiengen.

Die Instandsetzung erfordert die Herstellung eines Brettelbodens, verschiedene Reparaturen an Fenstern und Thüren, dann an Tapeten und Malereien, zusammen Kosten von 302 fl. 92 kr. Die betreffende Rubrik bietet keine Deckung mehr, daher ist es nothwendig, einen besonderen Credit für diese Rubrik zu eröffnen. Der Antrag geht dahin: „Bewilligung eines Zuschusscredites von 302 fl. 92 kr. zur Rubrik XII 4 d behufs Renovierung der Amtswohnung der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing Umgebung." Ich bitte den Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: Bewilligung eines Zuschusscredites von 302 fl. 92 kr. zur Rubrik XII 4 d behufs Renovierung der Amtswohnung der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing Umgebung.

15. (9485.) **Referent Gem.-Rath Dr. Hackenberg:** Ich habe die Ehre, zu referieren zur Beilage Z. 281 über eine Petition, welche an die Regierung wegen Abänderung des von ihr eingebrachten Gesetzes über die Bestimmungen wegen Concessionierung von Local- und Kleinbahnen zu richten ist.

Mit dem Ende dieses Jahres läuft das gegenwärtig in Kraft bestehende Localbahngesetz vom Jahre 1887 in seiner Wirksamkeit ab. Es tritt daher an die Regierung die Aufgabe heran, dem Abgeordnetenhause ein neues Localbahngesetz in Vorlage zu bringen, um auf diesem Gebiete keinen Zustand zu schaffen, der eine Verzögerung in der Ausgestaltung des Localbahnwesens zur Folge hat. Wie sich die Herren zu erinnern wissen, hat der Gemeinderath bereits im Sommer d. J. über Antrag des Stadtrathes eine Petition an die Regierung gerichtet, in welcher um Erlassung eines neuen Localbahngesetzes und insbesondere um die Berücksichtigung folgender Wünsche gebeten wird: Dass in diesem neuen Localbahngesetze das Heimfallsrecht und das Betriebs-Einlösungsrecht der Gemeinde gewährleistet sei, dass für das Peagerecht und den Correspondenzdienst Vorsorge getroffen werden könne. Die Regierungsvorlage ist eine große Erweiterung der Erleichterungen des bestehenden Localbahngesetzes, insbesondere auf dem Gebiete des Steuer- und Gebürenwesens. Die Regierungsvorlage stellt auch insofern eine Änderung gegenüber dem bisherigen Zustande vor, als die Regierung erklärt, ihren Einfluss auf bestimmte Punkte beschränken zu wollen, so dass das Unternehmerwesen sich frei zu entwickeln in die Lage käme.

Das gegenwärtige Gesetz ist auch insofern ein Novum, als gleichzeitig besondere Bestimmungen bezüglich jener Bahnen getroffen werden, welche die Regierung als Kleinbahnen, Tertiärbahnen bezeichnet; für diese Bahnen sollen die allgemeinen Bestimmungen des Localbahngesetzes Geltung haben, aber auch noch weiter reichende Erleichterungen, welche Sie in der Abtheilung b genau aufgeführt finden.

Der Stadtrath hat sich mit dieser Angelegenheit, nachdem früher bereits ein Comité die Sache sehr gründlich durchberathen hat, befasst und legt Ihnen nun den Entwurf über diejenigen Änderungen vor, welche der Stadtrath im Interesse der autonomen Körperschaften für nothwendig erachtet.

Der Stadtrath stellt sich nämlich bei dieser Angelegenheit nicht auf den specifischen Wiener Standpunkt, weil dadurch die Besorgnis erweckt würde, dass die Vertreter der Königreiche und Länder sich damit nicht einverstanden erklären würden, sondern vertritt überhaupt den Standpunkt der autonomen Körperschaften der Königreiche, Länder, Bezirke und einzelnen Gemeinden, und nur in einem einzelnen Falle bezüglich der Kleinbahnen ist eine Ausnahme in der Richtung geplant, dass die Gemeinde Wien für den Fall, als eine Kleinbahn von Wien sich auch in andere Gemeinden erstrecken sollte, das Entscheidungsrecht haben soll. Diese Principien, die hier vorgelegt wurden, planen eine Erweiterung der Steuer- und Gebürenfreiheit für den Fall, als autonome Körperschaften Concessionäre und Unternehmer sind; sie intendieren insbesondere, dass diejenige Lücke auf dem Gebiete des öffentlichen Rechtes, welche dadurch entsteht, dass der Staat seine Einflusssphäre beschränkt, ausgefüllt werde durch die Entscheidung und Competenz der autonomen Körperschaften.

Ich weiß nicht, ob ich die einzelnen Bestimmungen vorlegen soll; es wäre vor allem dazu nothwendig, dass auch die Bestimmungen des Gesetzes verlesen würden.

Nachdem sich aber die Herren seit einigen Tagen im Besitze dieser Anträge befinden, glaube ich — vorläufig wenigstens — davon Umgang nehmen zu sollen, wenn nicht ein bestimmter Wunsch in dieser Richtung geäußert würde; im letzteren Falle würde ich mir vorbehalten, die einzelnen Anträge des Stadtrathes speciell zu begründen.

Bürgermeister: Wird diesfalls ein Wunsch ausgesprochen? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. In der General-Debatte hat das Wort Herr Gem.-Rath Dr. Lueger.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich will mich darauf beschränken, bloß eine Erklärung abzugeben. Wenn ich auch nicht mit allen Anträgen, welche der Stadtrath Ihnen unterbreitet, vollständig einverstanden bin — der Herr Referent weiß schon, in welchen Punkten ich von den Anschauungen der Majorität des Stadtrathes differiere — so werde ich doch für die Anträge des Stadtrathes stimmen, damit in dieser Angelegenheit womöglich ein einstimmiger Beschluss des Gemeinderathes erzielt werde. Ich halte mich nur verpflichtet, die geehrten Herren darauf aufmerksam zu machen, dass Sie nicht etwa glauben sollen, dass der Gesetzentwurf, den die hohe Regierung vorgelegt hat, und welcher die Bestimmungen für die Anlage und den Betrieb der Localbahnen und Kleinbahnen enthält, vielleicht ein Gesetzentwurf ist, der im Interesse der Gemeinde Wien von Seite der hohen Regierung vorgelegt worden ist; wenn Sie einen solchen Glauben hätten, so wären Sie von einem sehr starken Irrglauben, von einem Irrwahne befangen.

Durch dieses Gesetz werden dem Staate und eventuell auch dem Lande große Lasten auferlegt werden, und was das für uns Wiener bedeutet, das wissen die Herren sehr genau. Wir Wiener werden sowohl an den zu den einzelnen Ländern zu erbauenden Klein- und Tertiärbahnen als insbesondere an den Localbahnen beträchtlich mittragen müssen, und deshalb ist es wünschenswert, dass auch wir unsere Stimme erheben, um wenigstens jene Concessionen zu erlangen, von denen wir glauben, dass sie im Interesse der Gemeinde gelegen sind.

Es hat sich der Stadtrath nicht auf den Standpunkt gestellt, dass für die Gemeinde Wien besondere Begünstigungen erwirkt werden sollen — es ist dies nach meiner Meinung auch der richtige Standpunkt — er hat sich nur auf den Standpunkt gestellt, dass dann, wenn öffentliche Corporationen, also wenn das Land, Straßenbezirke oder Gemeinden selbst die Concession erwerben, besondere Begünstigungen von Seite des Staates gewährt werden sollen. Das ist auch unbedingt nothwendig, denn ich bin der Anschauung, dass, wenn in Wien elektrische Bahnen gebaut werden sollen, nicht ein Fremder die Concession zu erwerben hat, sondern die Gemeinde Wien selbst. (Bravo! links.) Bei dieser Gelegenheit will ich mittheilen, dass heute im Stadtrathe ein hochinteressanter Erlass der k. k. Statthalterei, betreffend die Tramwayverhältnisse, zur Verlesung gebracht worden ist. Ich weiß nicht, ob er auch im Plenum des Gemeinderathes verlesen wurde, ich habe heute nichts vernommen. So sehr ich es begrüßt habe, dass der Erlass im Stadtrathe bekanntgegeben wurde, so sehr hätte ich es auch begrüßt, wenn dieser Erlass dem Gemeinderathe bekanntgegeben worden wäre. (Rufe links: Ist für uns nicht nothwendig!) Meine Herren! In diesem Erlasse wird theilweise die Schuld an den tristen Zuständen des Tramwaybetriebes auf die Gemeinde Wien geschoben. (Hört! links.) Das wird damit begründet, dass die Gemeinde Wien der Einrichtung des elektrischen Betriebes auf den sogenannten Transversallinien nicht zustimmt. Meine Herren! Wenn im Wiener Gemeinderathe einer wäre, der dieser Bitte der Wiener Tramway-Gesellschaft zustimmen würde, so würde derselbe entweder sofort ins Narrenhaus oder ins Strafhaus gesteckt werden müssen. Denn ein Mitglied des Gemeinderathes der Stadt Wien, welches eventuell einer solchen Bitte der Tramway-Gesellschaft Gehör schenken würde, ist nicht bei Sinnen oder von der Tramway gekauft. Ein Drittes gibt es nicht.

So steht's und in der Weise werden wir von Seite der Staatsbehörden behandelt. Darum ist es nothwendig, dass bei solchen Gelegenheiten der Gemeinderath in einstimmiger Weise vorgeht und dass bei derartigen Fragen jeder Unterschied der Parteien verschwindet. Darum soll auch in diesem Falle ein möglichst einstimmiger Beschluss des Gemeinderathes erzielt werden. Ich werde nicht meine abweichenden Anträge hier im Plenum stellen, weil ich an anderer Stelle Gelegenheit haben werde, meine diesbezüglichen Anschauungen bekanntzugeben, und ich möchte Sie alle ersuchen, für die Anträge des Stadtrathes zu stimmen, damit das Ministerium und überhaupt die staatlichen Behörden sehen, was wir verlangen und von welchem Geiste unsere Körperschaft durchdrungen ist. (Beifall links.)

Bürgermeister: In der General-Debatte ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Dieselbe ist daher geschlossen.

Wünscht jemand in der Special-Debatte das Wort? (Niemand meldet sich.) Das ist auch nicht der Fall; ich werde sämmtliche Anträge en bloc zur Abstimmung bringen (Zustimmung) und ersuche die Herren, welche mit den Anträgen 1 bis 11 des Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Die Anträge sind einstimmig angenommen. (Beifall.)

Beschluss: Es ist an die hohe Regierung und an die beiden Häuser des Reichsrathes eine Petition zu richten, mit welcher um Abänderung der Regierungsvorlage über ein Gesetz, womit Bestimmungen für die Anlage und den Betrieb von Localbahnen und Kleinbahnen getroffen werden, in nachstehender Weise gebeten wird:

1. Die im Art. 5, lit. d enthaltene Beschränkung der Steuerbefreiung auf die Zeit, als die eigenen Erträgnisse der Localbahn nach Abrechnung der gesetzlich zu entrichtenden Steuern sammt Zuschlägen ausreichend sind, um das gesammte genehmigte Anlagecapital, und zwar die Anlehen mit höchstens 4, das Actiencapital mit höchstens 5 Percent zu verzinsen und planmäßig zurückzuzahlen, habe dann zu entfallen, wenn eine autonome Körperschaft die Concession erworben hat.

Wenn dies unter keiner Bedingung möglich wäre, so wird gebeten, in dem Falle, als eine autonome Körperschaft die Concession erworben hat, die Steuerbefreiung wenigstens bis zur Grenze einer 5percentigen Verzinsung des gesammten Anlagecapitales zu gewähren.

2. Die im Art. VI den Königreichen und Ländern zugestandene Befreiung von den Stempeln und Gebüren sei auch den Bezirken und Gemeinden einzuräumen.

3. Im letzten Absatze des Art. VIII sei zu bestimmen, dass auch den von anderen autonomen

Körperschaften aufgenommenen Anlehen die Pupillarsicherheit zugestanden werde. Es ist sonach in der Gesetzesvorlage letztes Alinea, Art. VIII, nach den Worten „Königreichen oder Ländern" einzuschalten: „Bezirken oder Gemeinden".

4. Das im Art. XII den im Staatsbetriebe befindlichen Bahnen eingeräumte Peagerecht ist auch den im Betriebe der Königreiche, Länder, Bezirke und Gemeinden stehenden Bahnen einzuräumen.

Darüber, ob und unter welchen Bedingungen Privatbahnunternehmungen gegenseitig sich die Peage einzuräumen haben, entscheidet im Falle des Nichtzustandekommens eines Übereinkommens das k. k. Handelsministerium.

5. Im Art. XVI seien die Worte „von ganz untergeordneter Bedeutung", ferner die Worte „ohne Verbindung mit einer Eisenbahn höherer Ordnung oder lediglich mit einseitigem Anschlusse an eine solche Eisenbahn" auszulassen; dagegen sei am Schlusse des Alinea 2 dieses Art. XVI ein Zusatz folgenden Inhaltes zu machen: „Ausnahmsweise kann dieselbe, wenn die Concession von einzelnen Königreichen oder Ländern, Bezirken und Gemeinden erworben wird, bis zu 90 Jahren verlängert werden."

6. Im Art. XVII ist das Wort „Betriebseinrichtung" durch das Wort „Betrieb" zu ersetzen und Alinea 5 dieses Artikels zu streichen.

7. Die Bestimmung im Art. XVIII der Gesetzesvorlage, wonach „im übrigen aber abgesehen von der Verpflichtung zur unentgeltlichen Beförderung der im Dienste reisenden, gehörig legitimierten Staatsaufsichtsorgane und ihres Gepäckes von allen unentgeltlichen Leistungen für öffentliche Zwecke (Post- und Telegraphen-Verwaltung, Polizei-, Finanzwache 2c.) enthoben sind", ist dahin abzuändern, dass die Möglichkeit besteht, diese Enthebung bloß eintreten zu lassen".

8. Art. XIX des Entwurfes sei in folgender Weise zu ändern. Am Schlusse des Alinea 1 sei hinzuzusetzen: „welche jedoch in dem Falle, als zur Anlage und zum Betriebe der Kleinbahn eine öffentliche Straße benützt wird, vor Feststellung der Fahr- und Frachtpreise die Zustimmung jener autonomen Körperschaft zu denselben einzuholen hat, in deren Verwaltung sich die betreffende Straße befindet". In Alinea 3 desselben Artikels sei an Stelle des Wortes „Erträgnissen" das Wort „Betriebserträgnissen" zu setzen und die zweimal vorkommenden Worte „Actien" zu streichen und statt des Wortes „fünfpercentigen" das Wort „sechspercentigen" zu setzen und am Schlusse dieses Artikels eine Bestimmung aufzunehmen, „dass der Staatsverwaltung ein solches Recht dann nicht zusteht, wenn der Betrieb der Kleinbahn durch eine autonome Körperschaft stattfindet".

9. Es sei eine Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen, durch welche normiert wird:

Alle jene nach den bestehenden Gesetzen der Staatsverwaltung zustehenden Befugnisse öffentlich rechtlicher Natur, die nach Abschnitt B dieses Gesetzes der staatlichen Einflussnahme entzogen sind, werden der Competenz jener autonomen Körperschaft (Königreiche, Länder, Bezirke, Gemeinden) zugewiesen, in deren Gebiete sich die Bahn befindet. Durchzieht die Bahn mehrere Bezirke oder Gemeinden, so stehen diese Befugnisse dem Landesausschusse zu. Im Falle eine solche Bahn das Gemeindegebiet von Wien berührt, so stehen diese Befugnisse der Gemeinde Wien zu.

10. Im Art. XX möge die Bestimmung Aufnahme finden, dass auch den Kleinbahnen die im Art. V d normierte Steuerbefreiung von 30 Jahren gewährt werde.

Weiters möge eine, dem Gesetze vom 11. Mai 1871, R.-G.-Bl. Nr. 39, und vom 30. März 1875, R.-G.-Bl. Nr. 42, analoge Bestimmung für sämmtliche Arten von Kleinbahnen ohne Beschränkung auf die Höhe des Fahrpreises festgesetzt werden.

11. Im Art. XXIII sei die weitere Beschränkung aufzunehmen, dass die Bestimmungen dieses Gesetzes nur dann auf bestehende Bahnen der im Art. I und XVI dieses Gesetzes bezeichneten Art angewendet werden können, wenn jene autonomen Körperschaften, in deren Verwaltung sich die öffentlichen Straßen befinden, welche für die Anlage und den Betrieb der betreffenden Bahnen verwendet werden, ihre Zustimmung ertheilen.

16. (8861.) **Referent Gem.-Rath Schneiderhan:** Ich habe die Ehre, zu referieren zur Beilage Nr. 270. Es handelt sich hier um die Verwertung des Haus-, Markt- und Straßenkehrichtes aus dem I. Bezirke. Zu diesem Zwecke haben mit den Interessenten, das ist die Gruppe Stammersdorf — sieben Gemeinden und mehrere Private — die Gemeinde Orth, sechs Gemeinden und das kaiserliche Fondsgut Orth und die Verwaltung der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. Verhandlungen unter dem Vorsitze und unter der Intervention des Bürgermeisters stattgefunden. Das Ergebnis der Verhandlungen haben die Herren in dem gedruckten Referate zur Hand. Ich glaube nicht alle Ziffern, die darin enthalten sind, wiederholen zu sollen. Ich will nur die Schlussziffern der einzelnen Gruppen zum Vortrage bringen. Die Gruppe I Stammersdorf hat sich verpflichtet, 14.000 Waggons, nach Belieben der Gemeinde Wien auch mehr, per Waggon zu 3 fl. 29 kr. zu übernehmen und erklären sich sämmtliche Gemeinden und Private als solidarisch haftbar. Die Dampftramway begehrt für den Waggon 3 fl. 29 kr. Fracht, genau dieselbe Summe 14.805 fl., welche wir für den Kehricht von der Gruppe erhalten, kein Gewinn, kein Verlust. Die zweite Gruppe ist Orth. Die Gruppe Orth besteht aus sechs Gemeinden und dem Fondsgut, das ich schon erwähnt habe; diese verpflichten sich, durch zehn Jahre hindurch 296.700 Meter-Centner in ausgeklaubtem und gemengtem Zustande zu übernehmen, und zwar zahlen zwei Gemeinden für den Meter-Centner 10 kr., die anderen für den Meter-Centner 13 kr., was einen Durchschnitt von 11·95 kr. gibt. Die Einnahme beträgt 31.079 fl., dazu kommt noch das Erträgnis eines Offerenten, welcher für das Ausklauben der verwertbaren Gegenstände 2000 fl. geboten hat, das ist 33.070 fl. Die Bahnfracht beträgt hier — den Waggon mit 6 fl. und 9 kr. für Stempelgebür berechnet — 28.014 fl.

Es ergibt sich also ein Erträgnis von über 5056 fl. Um dieses Geschäft aber durchführen zu können, sind verschiedene Anlagen und Vorrichtungen draußen nothwendig. Es müssen zwei Brückenwagen aufgestellt, die betreffenden Wagemeister angestellt werden und es sind Arbeiter nothwendig, welche die nicht verwertbaren Gegenstände wegtransportieren und planieren. Die Auslagen werden vom Bauamte mit 5028 fl. festgestellt, so zwar, dass auch aus dieser Art der Verwertung nur ein kleiner Reingewinn von 28 fl. resultiert.

Die Gruppe III betrifft einen Antrag von derselben Gruppe Orth, welche sich bereit erklärt, den Kehricht unausgeklaubt, sowie Stammersdorf, per Waggon mit 80 Meter-Centner um 6 fl. 50 kr. zu übernehmen. In diesem Falle würde ein Reinerträgnis von 1236 fl. resultieren. Es scheint also, dass dieses Offert eigentlich das beste wäre. Dem ist aber nicht so; denn dieser Einnahmsziffer gegenüber steht die Forderung der Bahn. Die Bahn fordert von der Commune Wien für die Verführung und Errichtung der Schleppgeleise nach Stammersdorf eine Garantie der Verfrachtung durch zehn Jahre, und zwar jährlich 1000 fl., im zweiten Falle aber, wenn die Bahn nach Orth gebaut werden soll, eine Garantie von 28.014 fl., und zwar auf 16 Jahre. Das ist der Grund, warum der Stadtrath beantragt, auf die erste Alternative, auf den Antrag der Gruppe Stammersdorf, zurückzukommen und den Dünger nahezu ohne jedes Risico in die Gemeinde Stammersdorf zu verführen. Es ist zweifellos, dass irgendwelche Zufälligkeiten, z. B. der Ausbruch einer Epidemie, es herbeiführen könnten, dass die Gemeinde Wien ihren Dünger nicht nach Orth verführen könnte, und die Gemeinde Wien müsste trotzdem die Zahlung von 28.014 fl. an die Dampftramway durch 16 Jahre fortleisten. In Berücksichtigung dieses Umstandes stellt nun der Stadtrath folgenden Antrag (liest):

1. Der Magistrat wird ermächtigt, mit sämmtlichen Interessenten der in den vorliegenden Offerten bezeichneten Gruppe Stammersdorf und Consorten auf Grund der vorliegenden Anbote Verträge abzuschließen, in welchen sich die genannten Interessenten unter Solidarhaftung verpflichten, Wiener Haus-, Markt- und Straßenkehricht zum Preise von 3 fl. 29 kr. per Waggonladung à 80 Meter-Centner franco Stammersdorf in einem Jahresquantum von mindestens 14.000 Waggons à 80 Meter-Centner (nach Belieben der Gemeinde Wien jedoch auch in jedem höheren oder geringeren Quantum) loco Abladestation Wien durch zehn Jahre zu beziehen, wobei der Gemeinde Wien das Recht zustehen soll, den Vertrag jederzeit auf drei Monate zu kündigen und denselben nach Verlauf von drei Monaten nach erfolgter Kündigung als aufgelöst zu betrachten. Die Ratification des Vertrages wäre dem Wiener Stadtrathe vorzubehalten;

2. der Magistrat wird ermächtigt, sogleich den Vertrag mit der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. bezüglich des Kehrichttransportes nach Stammersdorf auf zehn Jahre dahin abzuschließen, dass die Gemeinde Wien bei einem Minimalquantum von 4500 Waggons à 80 Meter-Centner jährlich, welches durch zwei Jahre zu verfrachten wäre, der Gesellschaft einen Frachtsatz von 3 fl. 29 kr. per Waggon à 80 Meter-Centner zu bezahlen hätte, dass ferner die Gemeinde Wien nach Ablauf der ersten beiden Vertragsjahre für den Fall der dauernden Auflassung des Kehrrichttransportes auf den gesellschaftlichen Linien als Entschädigung, und zwar für die auf die zehnjährige Periode noch erübrigende Zeit von acht Jahren den Betrag von 1000 fl. pro Jahr in der Weise zu bezahlen hat, dass dieser Betrag zu 5 Percent auf acht Jahre capitalisiert, mit 6463 fl. sofort nach Einstellung des Kehrichttransportes zu Handen der Gesellschaft erlegt wird.

Sollte der Transport indessen unter den gleichen Bedingungen wie in den beiden ersten Vertragsjahren noch fortdauern, so bezahlt die Gemeinde Wien jeweilig nur den capitalisierten Betrag jährlicher 1000 fl. für die auf die zehnjährige Periode jedesmal noch fehlenden Jahre.

Die ad 1 und 2 genannten Verträge hätten mit der Fertigstellung der Schleppgeleise und der Abfahrtsstation, respective mit dem Beginne der Verfrachtung in Kraft zu treten;

3. da vom 1. Juli 1895 an ein größeres Quantum Kehricht zur Verfügung steht, wird der Magistrat beauftragt, wegen Verwertung dieses Kehrichtes mit der Gruppe Orth im Sinne ihres Offertes die Verhandlung fortzusetzen.

Ich bitte um Annahme dieses Stadtraths-Antrages.

(Während dieses Referates hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

Gem.-Rath Silberer (zur Geschäftsordnung): Meine sehr geehrten Herren! Ich vermisse an der Seite des Herrn Stadtraths-Referenten den Referenten der Commission, welche vom Gemeinderathe für diesen Gegenstand eingesetzt wurde.

Wie Ihnen allen bekannt ist, wurde für diesen Gegenstand aus dem Plenum eine eigene Commission gewählt. Dieselbe hat ihre Arbeit vollbracht, es wurden sodann weitere Arbeiten durch unsere Ämter und den Stadtrath gemacht, und es wäre selbstverständlich, dass die Commission wieder eine Sitzung gehalten hätte, in der ihr das Material vorgelegt worden wäre, und dass der Referent der Commission von seinem Standpunkte, der ja, wie Sie wissen, vollkommen divergierend von jenem des Stadtraths-Referenten ist, darüber sprechen würde. (Sehr richtig! links.)

Ich erlaube mir also die Anfrage an den geschätzten Herrn Präsidenten, weshalb der Referent der Commission nicht am Referententische platznimmt?

Bürgermeister: Die Commission ist auf Grund des § 49 Geschäftsordnung gewählt worden. Dieser Paragraph lautet (liest): „Der Gemeinderath kann, wenn er es für nothwendig findet, zur weiteren Vorberathung eines vom Stadtrathe erstatteten oder auf der Tagesordnung stehenden Berichtes eine Commission einsetzen, welche aus seiner Mitte gewählt wird ꝛc."

Der Fall ist also ganz genau gegeben; es muss ein vom Stadtrathe erstatteter Bericht oder ein auf der Tagesordnung stehender Gegenstand die Grundlage sein. Findet der Gemeinderath nicht sofort in das Meritorische des Gegenstandes einzugehen, sondern eine Commission für die Vorberathung einzusetzen, so steht ihm dies frei. Der Gemeinderath hat einen solchen Beschluss bei einem früheren Anlasse gefasst und hat einen auf der Tagesordnung stehenden Gegenstand einer Commission zur Vorberathung zugewiesen und diese Commission gewählt. Die Commission hat sich mit dem Gegenstande beschäftigt, darüber Bericht erstattet und damit ihre Aufgabe vollständig erfüllt. Sie besteht daher heute nicht mehr. (Widerspruch links.) Das ist meine Anschauung, es ist ja möglich, dass jemand anderer Anschauung ist. Wünscht der Gemeinderath heute in die Berathung dieses Referates nicht einzugehen (Rufe links: O ja!), sondern zur weiteren Vorberathung dieses Gegenstandes eine Commission zu wählen, so steht diesem Wunsche nach § 49 kein Hindernis im Wege. Es wäre aber durchaus nicht thunlich gewesen, ja, mir selbst wäre es unmöglich

gewesen, diesen Gegenstand einer Commission zuzuweisen, welche ihres Amtes bereits gewaltet hat. Das ist mein Standpunkt in dieser Sache.

Gem.-Rath Silberer (zur Geschäftsordnung): Ich füge mich vollkommen der autoritativen Erklärung des Herrn Bürgermeisters, stelle aber nunmehr auf Basis seiner Erklärung den Antrag, dass die Anträge des Stadtrathes wieder einer Commission aus dem Plenum zugewiesen werden.

Gem.-Rath Geitler (zur Geschäftsordnung): Ich wollte zum Schlusse meiner Ausführungen dasjenige sagen, was Herr Collega Silberer gesagt hat, aber ich möchte doch glauben, dass der Herr Bürgermeister mit seiner Auslegung der Geschäftsordnung nicht vollkommen recht hat. § 51 der Geschäftsordnung lautet: „Hat die Commission ihre Arbeiten beendet, so hat der Obmann derselben hievon dem Bürgermeister die Anzeige zu erstatten."

Ich gehöre zwar der Commission an, ich weiß aber nicht, ob der Herr Obmann der Commission dem Bürgermeister die Anzeige erstattet hat, dass die Commission ihre Arbeiten beendet habe. Ich war selbst Obmann der Budget-Commission und habe, als unsere Arbeiten beendet waren, dem Herrn Bürgermeister gesagt, unsere Arbeiten sind beendet, die Commission sonach im Sinne des § 49 der Geschäftsordnung als aufgelöst zu betrachten. Meiner Ansicht nach hat aber in dem Falle, als eine Commission ihre Arbeiten noch nicht beendet hat, und sie dem Bürgermeister davon keine Mittheilung gemacht hat, die Commission noch zu bestehen. Ich füge mich natürlich der Ansicht der Herren, hauptsächlich der des Herrn Bürgermeisters, wenn ich mich irre, aber ich glaube, im großen und ganzen recht zu haben.

Gem.-Rath Herrdegen (zur Geschäftsordnung): Es besteht hinsichtlich dieser Commission entschieden ein Irrthum. Die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters sind vollständig zutreffend. In Angelegenheit dieser Frage sind zwei Commissionen vom Gemeinderathe gewählt worden. Die erste war gewählt zur Berathung der Frage, ob überhaupt die Straßenreinigung in eigener Regie übernommen werden soll.

Diese Commission hat in einer Reihe von Sitzungen getagt, ihr Referat abgeschlossen, und es wurde hier durch den Herrn Collegen Frauenberger im Gemeinderathe referiert. Folglich war die Sache abgethan.

Die zweite Commission wurde in der Frage der Systemisierung des Personales für die Übernahme der Straßenreinigung im I. Bezirke in eigene Regie gewählt. Die Commission hat diese Frage ebenfalls einer sehr eingehenden Berathung unterzogen, es waren ja von beiden Parteien des Hauses Mitglieder in der Commission. Die Sache ist vollständig zum Abschlusse gebracht worden. Ich habe damals hier zu referieren gehabt, und damit ist auch diese zweite Frage vollständig und correct nach der Geschäftsordnung abgethan. Jetzt liegt uns eine dritte Frage vor, welche bisher offen geblieben ist: die Verwertung des Kehrichtes. Daher kann heute neben dem Stadtraths-Referenten unmöglich der Referent einer Commission fungieren, weil thatsächlich eine Commission nicht mehr besteht.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich eröffne die Debatte über den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Silberer, es sei eine Commission nach § 49 der Geschäftsordnung einzusetzen und derselben das Referat zuzuweisen.

Bürgermeister: Meine Herren! Ich will auf den löblichen Gemeinderath durchaus keine Pression üben, obwohl es höchst wünschenswert ist, dass wir zu einem Definitivum gelangen. Wenn Sie finden, dass der Gegenstand nicht gründlich bearbeitet ist, wenn noch irgendwelche Zweifel in der Sache vorhanden sind, dann ist es für Sie viel besser, wenn Sie eine Commission zur neuerlichen, gründlichen Berathung wählen. Wenn Sie aber solche Zweifel nicht hegen, dann thun Sie es nicht, und zwar aus folgenden Gründen:

Es sind, ob nun dieser oder jener Antrag wegen Verwertung des Kehrichtes angenommen wird, noch gewisse Vorbereitungen nothwendig. Ich glaube, dass die Durchführung dieser Vorbereitungen nicht lange dauern wird, kaum über einige wenige Wochen. Das könnte jetzt noch im December geschehen (Gem.-Rath Hawranek: Das ist schon eine zu kurze Zeit!); wenn Sie aber den Gegenstand noch einmal einer Commission zuweisen, wird es nicht mehr möglich sein, die Sache im Winter durchzuführen, dann muss man den Kehricht weiter noch den ganzen Winter auf den Bruckhaufen führen, was eine bedeutende Mehrbelastung der Gemeinde involviert. Vor allem möchte ich den Herrn Collegen Silberer bitten, den gestellten Antrag zurückzuziehen und zu warten, wie sich die Debatte entwickelt. Wenn die Redner dahin gelangen, die Sache als zweifelhaft und unklar hinzustellen, dann kann der Gemeinderath noch immer beschließen, den Gegenstand einer Commission zuzuweisen. Nach meiner Ansicht ist aber die Angelegenheit vollkommen klar, und die Versammlung wird, wie ich glaube, sehr leicht in der Lage sein, schon heute einen definitiven Beschluss zu fassen. Sollte ich mich aber täuschen und sollte das nicht der Fall sein, so kann die Versammlung ja noch immer vor der Beschlussfassung in merito eine Commission wählen.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich kann mich nur den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters anschließen, weil ich auch der Meinung bin, dass dieser Gegenstand einer Berathung in einer Commission, noch dazu in einer neuen Commission, welche wir jetzt wählen müssten, nicht bedarf.

Meine persönliche Meinung, meine persönliche Anschauung war es allerdings, dass die Commission, welche die Gemeinde seinerzeit gewählt hat, so lange in Permanenz bleibt, bis dieser Gegenstand erledigt ist.

Ich füge mich aber vollständig der Auslegung, welche der Herr Bürgermeister in dieser Angelegenheit gegeben hat, und ich möchte Sie bitten, von der Wahl einer neuen Commission, welche die Angelegenheit neuerlich verschleppt, abzusehen. Wir müssen endlich in dieser Frage zu einem Schlusse kommen, und das wird am besten dadurch herbeigeführt, wenn wir sofort in die Berathung des Gegenstandes eingehen. Ich bitte Sie also, von der Wahl einer neuen Commission abzusehen.

Gem.-Rath Silberer: Das Entgegenkommen, welches der Herr Bürgermeister an den Tag legt, veranlasst mich, dem mich zu fügen und den Antrag zurückzuziehen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Gegenstand ist erledigt. In der Sache hat das Wort Herr Gem.-Rath Steiner.

Gem.-Rath Steiner: Sehr geehrte Herren! Dass dieses so wichtige Referat doch endlich den Gemeinderath beschäftigt, glaube ich, ist nur dem rücksichtslosen Drängen der Opposition und dem geehrten Herrn Collegen Frauenberger zu danken.

Ich will gleich bemerken, dass ich die Frage nicht vom politischen Parteistandpunkte aus besprechen werde, weil mir diese Motive unterschoben werden könnten. Ich will aber auch weiters bemerken, dass wir, wenn Herr College Dr. Geßmann nicht in

einer der letzten Sitzungen darauf gedrungen hätte, dass uns dieser gedruckte Magistratsbericht, welcher dem Stadtrathe übermittelt worden ist, zugeschickt werde, eigentlich nach den Ausführungen des Referenten, wie er den Antrag begründet hat, ganz im Unklaren sein würden.

Denn nach den Ausführungen des Herrn Referenten wäre niemand hier imstande gewesen, sich darüber ein Urtheil zu bilden. Über die Art, wie die Frage bis jetzt behandelt worden ist, gestatten Sie mir eine Bemerkung.

Als im vergangenen Jahre hier das Referat bezüglich der eigenen Regie im I. Bezirke zur Erledigung kam, sagte der Referent des Bauamtes entgegen den Behauptungen des Herrn Collegen Gregorig, dass der Kehricht zu verwerten sei, das ist nicht wahr, er ist nichts wert. Die geehrten Herren der Majorität haben dazu gelacht. Der Referent des Magistrates hat gesagt: Nein, dieser Kehricht ist nicht zu verwerten.

Und der Referent des Stadtrathes hat uns von Glasscherben und allem Erdenklichen etwas vorgefaselt und sagte auch, der Kehricht ist nichts wert.

Ich bin in solchen Fragen immer praktisch und für mich gelten immer nur praktische Erwägungen, und so hat ein Wirtschaftsbesitzer namens Josef Rösner, Grinzing, Sandgasse wohnhaft, auf Parcelle Nr. 600 der Ortsried Obere Sanderl, Grinzing, einen Straßenkehricht von gepflasterten mit ungepflasterten Straßen vermengt und diesen Grund damit gedüngt, und sehen Sie (eine große Rübe vorweisend), meine Herren, das ist ein Zeichen, wie schlecht dieser Kehricht sein muss, wenn solche Rüben wachsen, welche im Spätsommer gesetzt wurden. (Lebhafte Heiterkeit.) Man hat immer gesagt, alles ist schlechter Kehricht und ist gar nicht zu verwerten! Meine Herren, es sind noch größere Rüben vorhanden, die durch diese Düngung erzielt wurden.

Nach genauer Prüfung des Berichtes, welcher von Seite des Magistrates dem Stadtrathe vorgelegt wurde, gibt es kein anderes Urtheil, als dass der ganze Bericht ein sprachliches Saltomortale ist. Es kennt sich niemand aus, der nicht an Ort und Stelle Gelegenheit gehabt hat, sich über die Angelegenheit zu informieren.

Es wird vom Herrn Referenten behauptet, dass sich die Gruppe Stammersdorf verpflichtet hat, ein Quantum von 14.000 Waggons zu nehmen, und angefügt, dass die Ortsgemeinde Orth und Consorten bedeutend weniger nehme; er hat aber vergessen, uns zu sagen — denn er wird vielleicht diesen Bericht wieder bei Tag und Nacht studiert haben, wie im vorigen Jahre — warum Orth und Consorten weniger nehmen. Deshalb Herr Referent, weil ihnen nicht mehr offeriert worden ist; die Gemeinden konnten nicht mehr zeichnen. Ich habe hier ein Verzeichnis sämmtlicher Gemeinden mit dem Gemeindestempel, welche die Erklärung abgeben, dass die gefertigten Wirtschaftsbesitzer aus den Gemeinden so und so sich bereit erklären, 100 kg Dünger aus dem Depot um 13 kr. per Meter-Centner zu nehmen, z. B. Gemeinde Wagram a. d. Donau 8760, Ortsgemeinde Orth a. d. Donau 49.250 Meter-Centner.

Ich will Sie mit den einzelnen Gemeinden nicht aufhalten, es sind noch mehrere Gemeinden, z. B. Eckartsau u. s. w. Hier, meine Herren, konnten nur große Wirtschaftsbesitzer berücksichtigt werden; weil von Seite der Gemeinde Wien nicht mehr offeriert worden ist, so konnten doch die Bürgermeister der genannten Gemeinden nicht mehr verlangen, weil sie nicht mehr an die Bevölkerung abzugeben imstande waren. Es wurden ferner die Gemeinden Stammersdorf, Enzersfeld, Minnichsthal, Königbrunn, Hagenbrunn, Ulrichskirchen, Gerasdorf und Klein-Enzersdorf erwähnt und eine große Reihe von Wirtschaftsbesitzern aus diesen Gemeinden; bei Orth und Consorten sagt man, es wären keine rechtsverbindlichen Verträge zustande gekommen. Nun muss ich mich aber an den Herrn Referenten des Magistrates wenden. Wie hat er das gemacht? Nach Stammersdorf ist er persönlich hinausgefahren und nach Orth hat der Magistrat der Stadt Wien am 15. October eine Zuschrift gesendet (Hört! Hört! links), welche die Gemeinden am 17. October bekommen haben und in der sie aufgefordert werden, binnen drei Tagen sich zu erklären. (Hört! Hört! links.) Meine Herren! Ist es möglich, in drei Tagen von sämmtlichen Gemeinden bindende Beschlüsse zu bekommen? Einseitig darf der Magistrat der Stadt Wien nicht vorgehen, dagegen muss ich mich hier im Plenum entschieden verwahren. (Bürgermeister: Über meinen Auftrag! Rufe links: Umso besser!) Verzeihen Sie, Herr Bürgermeister, ich habe eingangs erklärt, dass ich gehört habe, dass Herr Bürgermeister dieser Angelegenheit objectiv gegenübergestanden sind; das ist aber kein Vorgehen, zehn Gemeinden aufzufordern, binnen drei Tagen bindende Beschlüsse zu fassen. Das muss ich auf die Bemerkung des Herrn Bürgermeisters sagen. (Hört! Hört! links.) In jenen Gemeinden, welche hier im Stammersdorfer Gebiete genannt werden, ist vorherrschend Weinbau, und glauben Sie, dass dieser Dünger zum Weinbau geeignet ist? Nein, wogegen im unteren Marchfeld jährlich 18.000 Joch infolge Düngermangels brach liegen müssen und es von großer Bedeutung für das untere und hintere Marchfeld wäre, wenn sie diesen Dünger erhalten, schon mit Rücksicht darauf, weil die Entfernung von Orth und Eckartsau eine solche ist, dass wir immer sichere Abnehmer für den Kehricht haben werden, was bei Stammersdorf nicht vorausgesagt werden kann, weil es in der Nähe von Wien ist und es ihnen leicht möglich ist, den Vertrag zu kündigen und sich einen anderen Dünger zu verschaffen. Dieser Dünger eignet sich, wie ich gezeigt und im vorigen Jahre ausgeführt habe, besonders für Rüben und Knollenfrucht. Böhmen produciert gegenwärtig 40 Millionen Meter-Centner Rübe. Auf diesen 18.000 Joch, welche infolge des Düngermangels brach liegen müssen, und auch auf anderen ließe sich nach der Berechnung von Fachmännern ein Quantum von $3^1/_2$ Millionen Meter-Centner Rübe producieren. Welchen Vortheil, glauben Sie, hätten da die dortigen Bauern, und welchen Gewinn die Stadt Wien selbst, wenn ihr ein productionsfähiges Hinterland in dem hinteren Marchfelde erstehen würde?

Das Vorgehen des Magistrates ist auch eigenthümlich. Voran steht das kaiserliche Fondsgut in Orth, und mir ist mitgetheilt worden, dass das kaiserliche Fondsgut bis heute auf sein Offert noch keine Antwort erhalten hat. (Hört! Hört! links.) Noch keine Antwort erhalten! Das ist doch kein Vorgehen! Wenn der Herr Referent des Magistrates nach Stammersdorf gefahren ist und mit der Gemeinde Verhandlungen gepflogen hat, so hätte er auch die Pflicht gehabt, nach Orth zu fahren, um sich zu informieren. (Zustimmung links.) Und was glauben Sie, meine Herren, welchen Einfluss dies auf die Approvisionierung von Wien selbst hätte, wenn heute das hintere Marchfeld mit Dünger versorgt wird? Es wurde mir von verlässlicher Seite gesagt, dass man selbst daran gehen würde, Zuckerfabriken zu bauen. Durch die Abfälle von den Rüben könnte eine bedeutend größere Viehzucht eingeführt werden, was mit Rücksicht auf die Verhältnisse am Viehmarkte

— die Klagen hören wir ja allwöchentlich — von großem Vortheile wäre. Aber das kennt man nicht. Man hat sich in die Idee verrannt, die Stammersdorfer sind die einzig richtigen, und beantragt, den Stammersdorfern den Dünger zu geben.

Ich komme nun zu der — wie hier steht — „so gefundenen Einnahme per 2000 fl.", welche seitens eines Unternehmers für das Ausklauben offeriert wird, und dies ist ein sehr delicater Punkt in diesem Berichte. Die geehrten Herren, welche der Commission im Vorjahre und auch heuer angehört haben, werden mir bestätigen, dass der gegenwärtige Inspector der Straßenreinigung und seinerzeitige Inspector der Transport-Gesellschaft bestimmt die Erklärung abgegeben hat, dass von Seite des Herrn Contrahenten Engel für das Ausklauben und die Verwertung des Kehrichtes ein Jahresbeitrag von 12.000 fl. an die Transport-Gesellschaft bezahlt worden ist. (Hört! Hört! links.) Und was ist jetzt geschehen? Engel führte vom 1. bis 22. November den Kehricht vom Bruckhaufen weg, ohne dass derselbe sein Eigenthum gewesen wäre. (Hört! Hört! links.) College Frauenberger war vor 14 Tagen am Bruckhaufen und ich war einigemale früh morgens und nachmittags dort, habe davon Kenntnis erhalten und den Bürgermeister verständigt, und was hat der Stadtrath gethan? Der Stadtrath hat in seiner am 23. November d. J. stattgefundenen Sitzung unter Geschäftszahl 3169 beschlossen, diesen Kehricht dem Engel um den Betrag von 6100 fl. zu übergeben. (Hört! links.) Da frage ich — das musste doch dem Magistrats-Referenten und dem Stadtraths-Referenten bekannt sein, weil es hier in öffentlicher Sitzung gesagt worden ist — heißt das das Interesse der Steuerträger vertreten, wenn man einen Mann, der ohnehin ein halber Millionär geworden ist, auf Kosten der Gemeinde derartig begünstigt? (Beifall und Rufe: Hört! links.)

Das wäre aber noch nicht das Ärgste. Man wird sagen: „Der Mann verdient nichts." — Sehen Sie, ich war unten. Das erstemal waren 24 Bauern hier, das war um circa $^1/_2$8 Uhr, es waren eine Unmasse schon fort. Ein anderesmal waren 31 Bauern dort und haben geladen. Per Fuhre bekommen sie — ich nenne gleich den Namen eines Bauern, weil ich ihn aufgeschrieben habe: Wirtschaftsbesitzer Seidl aus Gerasdorf — 1 fl. 20 kr. bis 1 fl. 30 kr. Es wurde mir mitgetheilt, dass täglich 150, sogar 200 Fuhren verführt werden. Ich frage: Ist das ein Betrag, die 6100 fl., den der Stadtrath bestimmt? Wäre es nicht Pflicht des Herrn Referenten gewesen, sich an Ort und Stelle zu informieren? (Lebhafte Zwischenrufe links. — Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe es ja im Stadtrathe gesagt! — Gem.-Rath Dr. Geßmann: Das ist eine Schweinerei!) Man wird behaupten, er verdient nichts. Heute mittags war ich eine Stunde unten, um mich zu informieren. Er bezahlt jetzt seit neuerer Zeit für das Ausklauben derjenigen Gegenstände aus dem ganzen Kehrichtwagen, welche zu industriellen Zwecken verwendet werden können, 40 kr. per Fuhre. (Hört! links.) Meine Herren! Für das, was er für das Ausklauben bekommt, bezahlt er 40 kr., mithin hat er den anderen Kehricht geschenkt.

Und wenn Sie darüber urtheilen, wie ich Ihnen auseinandergesetzt habe, welches Quantum er in den Herbstmonaten verkauft — im Sommer ist es schwächer — dann ist die Summe von 12.000 fl., welche der Contrahent an die Transport-Gesellschaft bezahlt hat, ganz angemessen.

Meine Herren! Die Zustände dort sind unglaublich. Kinder im Alter von acht, zehn, zwölf Jahren werden zum Ausklauben verwendet. (Hört! Hört! links.) Dafür nun, dass ihnen dieser Jude Engel das Coaksausklauben gestattet, müssen sie das Futter schneiden für die Kühe des Herrn Engel. (Rufe: Hört! Hört! Kolossal! Pfui Teufel!) Und wissen Sie, meine Herren, wie das kommt? Ich habe mich an die Ortsschulbehörde gewendet und es wurde mir in Donaufeld mitgetheilt, dass diese Kinder durch eine längere Zeit die Schule nicht besuchen — und es muss der Wahrheit die Ehre gegeben werden: die Polizei hat ein scharfes Auge auf die Kinder. Ich habe mich heute an zwei Knaben gewendet und habe den einen gefragt: „Kleiner, wie alt bist Du denn?" Er sagte: „Vierzehn Jahre." Aber das Aussehen war so, dass er nicht vierzehn Jahre alt sein konnte. Da sagte ich: „Lüg' nicht, Du bist nicht vierzehn Jahre alt!" Da sagte er: „Mein lieber Herr, das müssen wir immer sagen wegen der Polizei, sonst werden wir eingesperrt." (Rufe links: Hört! Scandal!) Solche Zustände sind dort, und da informiert sich nicht der Magistrat und nicht der Referent des Stadtrathes darüber!

Meine Herren, ich habe hier einen Artikel des „Volksfreund" vom 11. Juli 1893, wonach diese armen Kinder misshandelt worden sind. Nichts ist geschehen!

Sehen Sie, solche Zustände sind unten, und der Stadtrath bietet dazu die Hand. Nachdem ich nicht weiß, mit welchem Rechte — da der Vertrag erst am 23. November abgeschlossen wurde — der Kehricht vom Bruckhaufen genommen worden ist, so erlaube ich mir, folgenden Antrag zu stellen (liest):

„Der Herr Bürgermeister wird beauftragt, sofort an die k. k. Staatsanwaltschaft in Wien die Anzeige zu erstatten, dass in der Zeit vom 1. November bis 22. November 1894, als dem Tage, an welchem der Stadtrath beschlossen hat, dem Offerenten Engel die Kehrichtverwertung am Bruckhaufen zu übergeben, der Verkauf des Straßenkehrichtes von unbefugter Seite stattgefunden habe, und hieran die Bitte um Einleitung der Vorerhebungen zur Eruierung der Schuldigen zu knüpfen."

Diesen Antrag bitte ich zum Beschlusse zu erheben, weil es nicht angeht, dass jemand etwas nimmt, was Eigenthum der Gemeinde Wien ist. (Beifall links.)

Weiters habe ich einen zweiten Antrag, welcher dahin geht (liest):

„Nachdem in der am 23. November 1894 stattgefundenen Sitzung des Stadtrathes beschlossen wurde, dem Offerenten Engel die Kehrichtverwertung um den jährlichen Betrag von 6100 fl. gegen einmonatliche Kündigung zu übergeben, fasst der Gemeinderath den Beschluss: Der Magistrat werde beauftragt, den Vertrag mit dem Offerenten Engel sofort zu kündigen und eine Offertverhandlung für die Verwertung des Kehrichtes am Bruckhaufen bis zu jener Zeit, zu welcher über die Kehrichtverwertung anderweitig verfügt wird, sofort auszuschreiben."

Dies sind die Anträge, welche ich bezüglich des Bruckhaufens zu stellen mir erlaube.

Nun, meine Herren, gehen wir weiter, wie die Angelegenheit behandelt worden ist. Da finden Sie auf Seite 7 einen Passus (liest):

„Nun hat sich aber weiter ergeben, dass das Stammersdorfer Project, welches früher mit 7605 fl. jährlich passiv war, heute ohne Einnahmenüberschuss, aber auch ohne einen Verlust durchführbar ist."

Nun, meine Herren, gestatten Sie mir auch zu sagen, wem dieses Verdienst gebürt. Das Verdienst gebürt ausschließlich dem Gem.-Rathe Frauenberger. (Zustimmung links.)

Derselbe Herr Referent des Stadtrathes hat im Stadtrathe beantragt, den Kehricht um 1 fl. 60 kr. abzugeben. Über Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger wurde Herr Gem.-Rath Frauenberger zur Berathung im Stadtrathe beigezogen und da wurde schon eine Erhöhung bis auf 2 fl. 50 kr. erzielt. Nun frage ich Sie, Herr Referent des Stadtrathes: War das gewissenhaft oder nicht, wenn Herr Gem.-Rath Frauenberger mit Leichtigkeit den Betrag auf 2 fl. 50 kr. und später durch die Verhandlung auf 3 fl. 29 kr. gebracht hat?

So handelt der Stadtrath, und darin liegt eben der Schaden, dass der Stadtrath hinter geschlossenen Thüren Sitzungen hält. Wäre nur für die Berichterstatter der Zutritt gestattet, so wäre das schon nicht mehr möglich gewesen.

Der Herr Referent hat im Eingange seiner Ausführungen auch etwas erwähnt, was mir unbegreiflich ist. Er sagte, die Gemeinde Wien hätte die Garantie von 450.000 fl. in 16 Jahren und jährlich 28.000 fl., wenn sie den Kehricht nicht anbringt. Meine Herren, das Fondsgut Orth reflectiert auf ein jährliches Quantum von 80.000 Meter-Centner à 13 kr., das ergibt einen Betrag von 10.400 fl. (Hört! links.) Ja, glaubt der Herr Referent, dass die Gutsverwaltung Orth passiv wird und nicht zahlt? (Heiterkeit links.) Baron Taverner reflectiert auf ein Quantum im Preise von circa 4000 fl. Ja, glaubt der Herr Referent, dass der passiv wird? (Heiterkeit links.)

Der Herr Referent scheint nicht zu wissen, dass eine Fuhr Dünger da unten dem Bauer von Wien aus 8 bis 10 fl. kostet, und dass man mit Leichtigkeit 2 fl. bis 2 fl. 50 kr. dafür bekommt, wenn die Bauern noch dazu ein größeres Erträgnis haben und ihre wegen Düngermangel brachliegenden Felder bewirtschaften können. So etwas uns vorzulegen, ist stark!

Im Berichte steht aber auch darin: Bei den Frachtsätzen sind 4600 Waggons verrechnet, bei den Einnahmen aber nur 4500 Waggons. Man sagt, Orth hat sich nur für 4500 Waggons verpflichtet; auch hier sei nicht mehr offeriert worden als 4500 Waggons. Hätte man denn nicht 4600 Waggons offerieren können? Sie wären ja mit Leichtigkeit weggegangen. So steht die Angelegenheit!

Zum Schlusse aber noch eine Bemerkung. Der Herr Referent des Stadtrathes spricht von einem Projecte, welches uns 43.000 fl. Schaden gemacht hätte. Er spricht auch immer von einem Projectanten. Ja, meine Herren, uns ist weder ein Project noch ein Projectant bekannt; zu welchem Zwecke wird uns denn das vorgelegt, wenn man uns das Project selbst nicht zur Beurtheilung gibt! Da möchte ich doch bitten; es ist ein Projectant hier, der es aber besser machen wird als die Herren am Bruckhaufen, viel besser! Denn, wenn Sie sagen, compostierten Mist — wissen Sie, was der Mann am Bruckhaufen macht? Er klaubt nur aus und die Bauern kaufen ihm das wieder ab, ohne dass etwas compostiert wird, und der Betreffende erzielt Einnahmen. — 1 fl. 20 kr. bis 1 fl. 30 kr., je nach der Quantität des Mistes!

Nun hätte man doch gedacht, dass der Herr Referent auf dies alles eingehen und uns erklären würde, warum Stammersdorf in Aussicht genommen ist. Jetzt wissen wir soviel wie früher und vielleicht noch weniger! Man hätte sich eben an Ort und Stelle überzeugen sollen!

Ich stimme auch gegen Stammersdorf, weil ich überzeugt bin, dass der Dünger sich für den Weinbau nicht eignet, und weil wir im Marchfelde ein großes Hinterland haben, wo der Dünger besser verwendet werden kann, umsomehr, wenn vom 1. Juli an das größere Quantum zur Verfügung steht.

Aber noch eines; vielleicht kann der Herr Referent darüber Auskunft geben — die Herren behaupten ja alle, die Interessen der Stadt Wien zu vertreten — wie kommt der Stadtrath von Wien dazu, nachdem er wissen musste, dass der Straßenkehricht von gepflasterten Straßen einen Wert hat, den Kehricht vom II. bis X. Bezirke an einen Contrahenten zur Abfuhr zu verschenken? (Sehr richtig! links.) Wie ist der Stadtrath dazu gekommen? Weiß er nicht, dass eine solche Fuhr am Platze mindestens 1 fl. 20 kr. wert ist und von den Gärtnern sehr gerne gekauft wird, also nicht einmal aufs Land zu kommen braucht? Sie sehen eben, dass alles darangesetzt wird, den Kehricht zu entwerten und die eigene Regie zu discreditieren! (Lebhafter Beifall links.) Wenn aber das Referat über die eigene Regie da sein wird, werden wir noch über die ganze Geschichte discurieren. Das ist eine Zigeunerwirtschaft und nicht im Interesse der Stadt. Aber da müssen die Herren Referenten, und wenn sie auch einmal in der Stadtraths-Sitzung nicht sind, an Ort und Stelle sich überzeugen und uns nicht zehn Worte über ein so wichtiges Referat sagen, wo diejenigen, welche die Sache nicht studiert haben, sich einfach nicht auskennen.

Ich stimme absolut gegen den Antrag des Herrn Referenten und erlaube mir, den Antrag zu stellen:

„Der Gemeinderath beschließt: Der Magistrat werde beauftragt, die Verhandlungen wegen der Übernahme des Kehrichtes nicht mit den Gemeinden Stammersdorf und Consorten, sondern mit den Gemeinden Orth und Consorten und dem kaiserl. Fondsgut in Orth zu pflegen und dem Gemeinderathe binnen vier Wochen über das Resultat Bericht zu erstatten."

Nach dem, was ich gesagt habe, ist es nothwendig, dass noch einmal die Sache genau geprüft werde. Wir können uns an Stammersdorf nicht ausliefern, weil in Stammersdorf das Hinterland nicht vorhanden ist, und wir Gefahr laufen, dass sie den Kehricht nicht übernehmen. Das ist meine Überzeugung bezüglich Stammersdorf, nicht aber bezüglich Orth. Wer etwas von Landwirtschaft kennt, wird zugeben, dass, wenn im Hinterland jährlich 18.000 Joch braches Feld wegen Mangel an Dungmitteln liegen bleiben muss, es auch unsere Pflicht ist, im Interesse der Finanzen Niederösterreichs dort den Kehricht hinzuführen, wo er nützlich und gut angewendet werden kann. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Bürgermeister: Meine verehrten Herren! Diese Angelegenheit muss mit größter Ruhe und Objectivität behandelt werden, ohne Vorliebe für den einen oder den anderen Bezirk. Man muss sich in erster Linie fragen: Was entspricht am allermeisten dem Interesse der Gemeinde, die wir zu vertreten haben? Ich habe von Anfang an dieser Angelegenheit die größte Aufmerksamkeit und, ich kann auch sagen, die größte Objectivität entgegengebracht.

Es sind bei den früheren Verhandlungen über diesen Gegenstand wiederholt Worte gefallen und es ist der Vorwurf erhoben worden: Die Organe der Gemeinde wollen die eigene Regie nicht, sie wollen sie discreditieren. Meine Herren! Auf Grund der von mir gemachten Erfahrungen habe ich die vollste Überzeugung gewonnen, dass dieser Vorwurf nicht gerechtfertigt ist, sondern dass die Organe der Gemeinde mit allen Kräften bemüht sind, die Beschlüsse des Gemeinderathes auszuführen, soweit dies nur immer möglich ist.

Ich habe mich aber weiter überzeugen wollen, dass wirklich in dieser Angelegenheit alles Mögliche geschieht, und dass alles aufgewendet wird, um die Beschlüsse des Gemeinderathes gewissenhaft auszuführen und dasjenige zu thun, was im Interesse der Gemeinde liegt. Infolgedessen leitete ich von Anfang an die Verhandlungen in dieser Sache selbst, ich habe sämmtliche Interessenten und Personen, welche dieser Angelegenheit Aufmerksamkeit entgegenbringen, welche in der Lage sind, der Gemeinde mit Rath und That zur Seite zu stehen, eingeladen, diese Persönlichkeiten zu einem Comité vereinigt, und von Anfang an bis zur Berichterstattung wurde diese Angelegenheit in diesem Comité verhandelt. Ich habe jedem Offerenten, jedem Interessenten Gelegenheit geboten, sich in Anwesenheit aller übrigen auszusprechen und so die Behauptungen, die Offerte jedes einzelnen unter die Controle aller übrigen gestellt. (Beifall rechts.)

Damit die Herren sehen, in wie gewissenhafter Weise vorgegangen worden ist, führe ich an, dass an diesen Verhandlungen die Vertreter der Gruppe Stammersdorf, das sind die Vertreter der Gemeinden und der Privaten, die auf den Kehricht reflectieren, theilgenommen haben, dass an diesen Verhandlungen in ganz gleicher Weise die Vertreter der Gruppe Orth theilgenommen haben, dass eine Bevorzugung der einen oder der anderen Gruppe in gar keiner Weise stattgefunden hat, dass zu jeder Sitzung, zu jeder Versammlung beide Gruppen eingeladen waren, und dass ich es ihnen vollkommen überlassen habe, wieviel Personen von der einen und von der anderen Gruppe erscheinen.

Es hat an diesen Verhandlungen theilgenommen der Herr Gem.-Rath Frauenberger, der von Anfang an — das will ich constatieren — der Sache Aufmerksamkeit und Interesse entgegengebracht hat. Ich habe ihn eingeladen in der Voraussetzung und in der Erwartung, dass er auch weiter der Angelegenheit seine Aufmerksamkeit entgegenbringt und, soweit es ihm möglich ist, dazu beiträgt, die Sache zu fördern. Es hat nicht eine Sitzung stattgefunden, an der er nicht theilgenommen hat.

Ich habe weiter einen Vertreter der Dampftramway eingeladen, weil diese Unternehmung einerseits in genauer Kenntnis aller Details und aller Offerte sowie in der Lage war, uns an die Hand zu gehen und uns zu sagen: Wie geht die eine Verbindung, wie geht die andere Verbindung; was ist da, was ist dort zu machen; wie lange dauert die eine, wie lange die andere Verbindung? Es haben an diesen Verhandlungen Sachverständige des Transportwesens theilgenommen, es haben theilgenommen Beamte, es haben theilgenommen diejenigen Persönlichkeiten, welche jetzt das Kehrichtgeschäft für den I. Bezirk besorgen. Es hat ferner theilgenommen der Bezirksvorsteher des I. Bezirkes, so dass auch diejenigen Personen, welche berufen waren, die Sache durchzuführen und daran mitzuwirken, aus diesen Verhandlungen die erforderliche Information erhalten konnten. Ich hätte factisch nicht gewusst, wen ich noch einladen soll. Ich glaube, es ist in der Zusammensetzung dieser Commission keine Lücke gewesen.

So haben wir unsere Verhandlungen begonnen. Es sind die Offerte vorgelegt worden. Über diese Offerte wurde eine Besprechung eingeleitet. Das erste Offert der Gruppe Stammersdorf war, wie ich schon erwähnt, 1 fl. 60 kr. Die Herren von Stammersdorf erklärten, sie könnten nicht mehr bezahlen. Ich bin nicht in der Lage, zu untersuchen, ob das richtig ist oder nicht. Ich habe den Herren von der Gruppe Stammersdorf erklärt, dass ich nicht in der Lage bin, dem Stadtrathe oder Gemeinderathe ein solches Offert zu empfehlen.

Als Preis für den Waggon wurde 1 fl. 60 kr. angeboten. Der Tarif für den Transport von Wien nach Stammersdorf beträgt 3 fl. 29 kr. Ich habe die Herren aufmerksam gemacht, dass dieses Geschäft passiv sei, passiv bleibe, ob wir weniger oder mehr verfrachten, dass im Brutto das Deficit noch größer ist, wenn der Geschäftsgang ein größerer wird, und dass auf das Geschäft nicht wird eingegangen werden können.

Die Stammersdorfer haben sich endlich entschlossen, 3 fl. 29 kr. per Waggon anzubieten. Auf diese Weise resultiert — und das betone ich — beim Transporte von Wien nach Stammersdorf kein Gewinn, kein Verlust. Die Stammersdorfer übernehmen den Kehricht so wie er fällt; die einzige Bedingung ist, dass das Gewicht entsprechend ist, dass der Waggon 80 Meter-Centner enthalte. Diese Offerte ist also eine vollkommen glatte. Die Eisenbahn zur Beförderung des Kehrichtes ist vorhanden, es ist lediglich eine Rampe in Wien herzustellen, in jedem Falle herzustellen, und diese ist, wohin wir auch diesen Kehricht führen wollen, und es wird weiters ein Abladegeleise in Stammersdorf zu errichten sein.

Die Bahn hat für den Fall, als dieses Geschäft zustande kommt, sich lediglich eine zweijährige Garantiefrist ausbedungen; dagegen haben die Stammersdorfer eine vierteljährige Kündigung zugestanden, wir sind daher, wenn uns aus welchem Grunde immer — und das betone ich — das Geschäft nicht conveniert, in der Lage, einvierteljährig zu kündigen und — das Geschäft ist zu Ende.

Dagegen sind die Stammersdorfer auf zehn Jahre, glaube ich, gebunden, haben sich aber auch bereit erklärt, sich für einen längeren Termin zu verpflichten. Ich glaube, dass, nachdem uns daran gelegen war, das Geschäft sobald als möglich zustande zu bringen, diese Offerte eine unvergleichlich bessere ist, als die frühere und da das Geschäft jederzeit auch gelöst werden kann, wenn sich herausstellen sollte, dass dasselbe der Gemeinde aus irgendeinem Grunde nicht conveniert, diese Offerte unter allen Umständen acceptabel war.

Prüfen wir die Offerte Orth. Orth ist, wie die Herren wissen, einmal weiter gelegen, und ist heute mit Wien durch eine Eisenbahn nicht verbunden. Es müsste also, damit der Transport von Wien nach Orth und den umliegenden Ortschaften stattfinden könnte, erst diese Bahn hergestellt werden. Meine Herren! Sie werden mir zugeben — mögen Sie welche Meinung immer von dem Einflusse des Herrn Handelsministers haben — dass die Herstellung einer Bahn, die noch gar nicht gesichert ist, über welche eine schlüssige Verhandlung zwischen dem Handelsministerium und den eventuellen Concessionswerbern noch gar nicht stattgefunden hat, bezüglich welcher die juristischen und technischen Details noch gar nicht festgestellt worden sind — dass also die Herstellung einer solchen Eisenbahn nicht in wenigen Wochen oder wenigen Monaten vor sich gehen kann. Die Fracht nach Orth beträgt 6 fl. 9 kr. und die Orther haben sich bereit erklärt, für den Waggon 6 fl. 50 kr. zu bezahlen. Es wäre daher in diesem Falle ein Gewinn von 41 kr. per Waggon, d. i. von 41 kr. bei 80 Meter-Centner. Ich habe schon früher gesagt, dass bei Stammersdorf dieser Gewinn von 41 kr. nicht vorhanden ist. Dagegen verlangt die Eisenbahn, dass ihre Rentabilität gesichert erscheint. Die Eisenbahn sagt ja mit Recht: Ich muss wissen, woraufhin ich die Eisenbahn bauen soll; ich muss eine entsprechende Verzinsung des bei der Herstellung dieser Eisenbahnen zu investierenden Capitales vor mir sehen. Diese

Verzinsung und Amortisation muss mir garantiert sein. Nur unter solchen Umständen kann ich die Bahn bauen, nur unter solchen Umständen ist auch der Handelsminister in der Lage, die Herstellung dieser Bahn im Sinne der Concessionsurkunde von mir zu verlangen. Die Eisenbahn rechnet, dass diese Garantie, welche nothwendig ist zur Verzinsung des Anlagecapitales, wenigstens pro Jahr 28.014 fl. betragen muss, und dass diese Verzinsung wenigstens durch 16 Jahre sichergestellt sein muss.

Ich habe eine private Besprechung mit dem Referenten im Handelsministerium gehabt, und er hat mir auch wieder privatim, nicht officiell, mitgetheilt, dass er dieses Verlangen der Eisenbahn entsprechend finde. Wenn wir also die Offerte Orth annehmen wollen, so setzt dies voraus, dass von irgendjemandem der Eisenbahn die Garantie einer Einnahme von jährlich 28.014 fl. durch 16 Jahre, das macht 450.000 fl., gegeben wird.

Meine Herren! Wenn man das Geschäft machen muss, dann muss man auch die Garantie übernehmen; wenn man aber das Geschäft nicht machen muss, dann muss man auch die Garantie nicht übernehmen. Ein Betrag von 450.000 fl. ist auch für uns keine Kleinigkeit. Man kann nur einwenden, wir müssen unseren Mist ja doch verführen, wir müssen ja fahren; wenn wir fahren müssen, dann brauchen wir die Bahn, und wenn die Bahn sagt, sie verlangt eine Garantie von 450.000 fl., dann müssen wir eben die Garantie übernehmen. Meine Herren, wir müssen aber nicht, und damit, glaube ich, steht oder fällt die Sache. (Gem.-Rath Hawranek: Ganz wie der Prix!)

Ich unterbreche niemals jemanden und störe niemanden in seinem Vortrage. Ich glaube, es ist unangenehm, wenn man in einer solchen gewiss nicht dankbaren Sache einen Antrag zu vertreten hat, fortwährend durch mehr oder weniger gute Witze unterbrochen zu werden.

Es wird gesagt die Stammersdorfer sind bevorzugt worden gegenüber den Orthern. Das ist nicht richtig; ich bitte, nur zu sagen, inwiefern; sie sind nicht bevorzugt worden. Ich habe schon gesagt, sie sind ebenso eingeladen worden wie die Orther, und die Orther ebenso wie die Stammersdorfer. Zu jeder Sitzung sind beide Gruppen eingeladen worden, und ich habe jede Gruppe überdies, so oft es gewünscht wurde, empfangen. Ich habe mit jeder Gruppe verhandelt, jeder Gruppe habe ich die Offerte der anderen Gemeinden mitgetheilt und habe auseinandergesetzt, worin ich eine Schwierigkeit erblicke, und was ich weiter wünsche. Ich bin in der offensten Weise gegenüber beiden Gruppen vorgegangen, und mir ist es auch vollständig gleichgiltig, wer den Kehricht bekommt und wer das Geschäft macht, wenn nur die Interessen der Gemeinde Wien gewahrt sind. Es wurde gesagt und als etwas Ungeheuerliches hingestellt: das Fondsgut hat keine Antwort auf die Offerte erhalten. Ein Vertreter des Fondsgutes war bei mir; ich habe auch specielle Verhandlungen mit diesem Fondsgute geführt, weil dasselbe nur eine bestimmte Qualität Kehricht haben wollte. Ich habe gesagt, das geht nicht, wir können uns bei diesem Geschäfte nicht auf Qualitäten einlassen; gehen Sie davon ab, schließen Sie sich dem an, was überhaupt von uns verlangt wird und was zu leisten ist, und modificieren Sie Ihr Offert. Eine Antwort auf das Offert kann doch nicht früher erfolgen, bevor nicht der Gemeinderath Beschluss gefasst hat, das ist ja selbstverständlich. Wir schreiben keine Liebesbriefe, meine Herrschaften, sondern erledigen die Sachen, und bei Dingen, die abhängig sind von Entscheidungen des Gemeinderathes, können wir eine Erledigung erst mittheilen, bis die Entscheidung erfolgt ist. Jetzt wird gesagt: Ja, das Gebiet in Orth ist viel aufnahmsfähiger wie das in Stammersdorf, das hat ein kolossales Hinterland, dort werden Zuckerfabriken errichtet, und dort wird eine große Viehzucht etabliert werden. Ganz gut, das kann alles sein, und ich wünsche auch der ganzen Orther Gruppe das allerbeste Gedeihen.

Ich habe bei Erstattung des Referates im Stadtrathe erklärt: wenn es mir möglich ist, die Herstellung der Eisenbahn von Wien nach Orth zu fördern und diese Eisenbahn zustande zu bringen, so freut mich das außerordentlich, erstens vom Standpunkte der Gemeinde Wien, für die es sehr gut ist, wenn sie möglichst viele Wege in ihrer Umgebung hat; es freut mich aber auch außerordentlich vom Standpunkte der Gruppe Orth, weil es sehr wünschenswert ist, wenn diese nothleidende Gegend eine Verbindung mit Wien bekommt und in der Lage ist, den Mist hinauszuführen und die Producte, die sie draußen gewinnt, hereinzubringen. Aber nicht allein auf Kosten der Gemeinde Wien soll das alles geschehen, sondern es sollen alle beitragen, welche sich vernünftigerweise für die Sache interessieren und interessieren müssen. Es müssen sich dafür interessieren der Staat, das Land, die Gruppe Orth. Es wird sich gewiss auch die Gemeinde interessieren, jeder nach Maßgabe des Vortheiles, den er dabei hat. Und es müssen sich weiter interessieren die einzelnen Interessenten.

Diesfalls hat die Dampftramway darauf hingewiesen, dass es ihr sehr angenehm wäre, darüber beruhigt zu werden, dass sie das zur Herstellung ihrer Eisenbahn nothwendige Terrain billig, angemessen oder umsonst — ich weiß das nicht und es geht mich auch nichts an — bekommt, und dass es ihr nicht etwa passiert, dass sie dann, wenn die Vorverhandlung geschlossen ist und sie die Concession hat, gezwungen ist, um theueren Preis das nöthige Terrain einzulösen, was auch schon vorgekommen sein soll.

Nun kommt aber noch Folgendes in Betracht. Heute handelt es sich um den Kehricht aus der Inneren Stadt; das sind circa 4500 Waggons. Am 1. Juli nächsten Jahres werden sehr bedeutende Quantitäten wieder fällig, über die wir zu verfügen in der Lage sind. Ich habe selbst darauf hingewiesen, die Initiative ergriffen und aufmerksam gemacht, dass es nicht gut ist, dass wir ein einziges beschränktes Absatzgebiet für diesen Artikel haben (Zustimmung), sondern dafür sorgen müssen, dass dieses Absatzgebiet möglichst groß wird, damit wir nicht von einem Contrahenten abhängig sind (Bravo! rechts) und uns gefallen lassen müssen, was der uns dictiert. (Bravo! rechts.)

Nachdem die Bahn nach Stammersdorf schon fertig ist und uns ein Risico — wenigstens ein nennenswertes — dabei nicht erwächst, war ich dafür, dass wir jetzt auf dieser Bahn transportieren. Hier liegt ein Vertrag vor, bei dem der andere Contrahent gebunden ist und wir das Recht vierteljähriger Kündigung haben; wir können sofort in diese Verhandlungen eintreten. Damit aber auch die Linie Orth unter Heranziehung aller Interessenten zustande kommt, wobei ich nochmals erkläre: ich wäre dafür, dass auch die Gemeinde Wien ein Opfer bringt, soweit es ihr vernünftigerweise zugemuthet werden kann, sollen die Verhandlungen rücksichtlich der Linie Orth fortgesetzt werden. Aber das fände ich wenigstens, der ich objectiv der Sache gegenüberstehe, unrecht, dass die Gemeinde Wien allein das ganze Risico tragen soll, nur damit die Gruppe Orth etwas bekommt. (Zustimmung rechts.)

Meine Herren, ich glaube damit eigentlich den Gegenstand erschöpft zu haben. (Ruf links: Bruckhausen!) Ja, meine Herren, Bruckhausen! Die Sache ist ganz klar; diese Details gehören

eigentlich auch nicht .... (Gem.-Rath Steiner: Ah, 6000 fl. jährlich wären Details? Danke schön!) Wir wollen davon sprechen, aber es ist die Frage, ob gerade ich allein verpflichtet bin, die Sache zu vertreten; wir haben Fachmänner hier, Herren, welche sich angelegentlich mit der Sache beschäftigt haben; ich bin aber für meine Person bereit, meine Meinung darüber abzugeben. Von Tag zu Tag, von einer Woche zur anderen warten wir darauf, dass der löbliche Gemeinderath dazu kommt — ich will keinen **Vorwurf** machen, es waren sämmtlich dringende Gegenstände und es war nicht möglich, früher als heute den Gegenstand zur Verhandlung zu bringen — eine Entscheidung zu fällen. Wenn diese fällt, werden wir in kürzester Zeit in der Lage sein, das Geschäft zustande zu bringen und den Kehricht nach Stammersdorf hinauszuführen. Wir haben für den Transport nach Stammersdorf keine irgendwie nennenswerten Auslagen. Dann hört die Geschichte mit dem Transporte zum Bruckhaufen auf.

Der Transport auf den Bruckhaufen ist theuer und nimmt die Pferde und das Personal außerordentlich in Anspruch. Das conveniert uns daher nicht, und es ist wünschenswert, dass mit dem Bruckhaufen eine Verfügung getroffen wird, die jederzeit widerrufen werden kann. Infolgedessen wird eben der Antrag gestellt, dem Herrn Engel, der schon früher den Kehricht bei der Transport-Gesellschaft und zwar um einen höheren Betrag gekauft hat, den Kehricht zu überlassen gegen vierwöchentliche Kündigung. Der Mann wird also die Quote bezahlen, welche auf diese Zeit entfällt, und wir werden in der Lage sein, sobald wir den Bruckhaufen nicht mehr brauchen, das Geschäft aufzulassen und dasjenige durchzuführen, was der Gemeinderath beschließen wird. Es ist also der Gemeinde dadurch in gar keiner Weise präjudiciert und es kann sich auch nach meiner Ansicht nur um einen sehr kurzen Zeitraum handeln.

Bei der Commission wurde uns in Anwesenheit sämmtlicher Herren — und jedenfalls auch in Gegenwart des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger — mitgetheilt, dass der Preis von 12.000 fl., der allerdings seinerzeit gezahlt wurde, schon bei dem bestandenen Vertrage mit der Transport-Gesellschaft wesentlich zurückgegangen ist, weil gewisse Artikel, welche ausgeklaubt werden, einen geringeren Preis bekommen haben.

Wie viel Engel zuletzt gezahlt hat, weiß ich nicht, das werden die Herren vom Magistrate angeben, die diese Details genau notiert haben. Aber dasjenige, was Engel zahlte, ist wesentlich reduciert. Dagegen hat er mit der Transport-Gesellschaft einen Vertrag auf längere Zeit gehabt, während er mit uns mit Rücksicht auf die obschwebenden Verhandlungen nur den Vertrag auf vier Wochen hat, was ja gewiss in finanzieller Beziehung zum Ausdrucke kommen muss.

Meine Herren, ich glaube, dass auch in dieser Richtung vernünftig vorgegangen wurde, und dass man gethan hat, was man überhaupt thun konnte, nämlich ein Engagement zu schaffen, das jederzeit gelöst werden kann und bei dem man möglichst viel herausschlägt. Es ist ja sehr leicht zu behaupten, 6000 fl. sind zu wenig, man hätte mehr verlangen können; dass ist eine Frage, über welche man immer streiten kann; nach meiner Ansicht war aber mehr nicht zu erlangen.

Ein Herr Gem.-Rath von dieser Seite (links) — und damit will ich schließen — hat Lob und Preis einem Gemeinderathe der anderen Seite (rechts) gespendet. Meine Herren, das freut mich außerordentlich; ich habe bei jeder Gelegenheit die Verdienste des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger rückhaltslos anerkannt und ich werde überhaupt jedem Collegen danken, wenn er sich um eine Sache annimmt, Anregungen gibt und die Sache fördert, ohne Rücksicht darauf, ob das gerade momentan persönlich annehmlich ist oder nicht; das ist ganz gleichgiltig; es handelt sich hier um den Dienst, um die Pflicht. Also in dieser Beziehung stehe ich ganz auf demselben Standpunkte; ich weiß nicht, ob der Herr College von dieser Seite (links) wirklich den Collegen von jener Seite (rechts) so sehr liebt, aber die eine Erfahrung habe ich gemacht, seine Ziffern hat er gerne. Heute hat er allerdings von diesen Ziffern keinen Gebrauch gemacht, und zwar mit Recht, weil diese Ziffern, welche Herr Gem.-Rath Frauenberger seinem früheren Referate beigab, überholt sind, weil die Offerenten-Gruppen Stammersdorf und Orth seinerzeit Offerte überreichten, die heute nicht mehr bestehen, nachdem diese beiden Gruppen unter dem Drucke der gepflogenen Verhandlungen ihre Offerte wesentlich geändert und so modificiert haben, dass sie für uns leichter zu behandeln sind.

Meine Herren, das ist dasjenige, was ich vorläufig in dieser Sache zu sagen habe. Ich glaube, was ich vorgebracht habe, dürfte genügen (Rufe links: O nein!), um die Sache klar zu machen; wenn sie nicht ohnehin klar ist. Ich dürfte auch gezeigt haben, dass keinerlei Voreingenommenheit besteht, sondern die Absicht, für unseren Kehricht ein möglichst großes Terrain zu gewinnen. Wir haben auch noch mit anderen Gemeinden verhandelt, welche längs der Aspangbahn liegen und wieder mit anderen Gruppen.

Wir sind aber mit diesen Gruppen, die entschieden viel schwerer zu behandeln waren und andere Ansichten über diesen Kehricht haben, zu einem Entschlusse in dieser Richtung noch nicht gekommen. Wir werden auch diese Verhandlungen fortsetzen. Das eine, meine Herren, möchte ich bitten, gehen Sie in der Sache vorurtheilslos vor. Entêtieren Sie sich nicht auf eine bestimmte Gruppe, auf irgendeine bestimmte Gemeinde, auf irgendeinen bestimmten Ort. Wenn es möglich sein wird, so werden wir auch mit Orth einig werden. Ich habe den Herren schon einmal erklärt und ich erkläre es hier öffentlich, dass ich mich sehr freuen würde, diese Bahn nach Orth zustande zu bringen. Ich habe auch die Überzeugung, sie wird zustande kommen. Es ist ja möglich, dass sie im Juli oder August zustande kommt — so genau lässt sich natürlich so etwas nicht sagen, weil man nicht weiß, woran solche Sachen oft Hindernisse finden, sie wird aber, denke ich, im nächsten Jahre zustande kommen. Sie wird aber dann unter sehr großen Kosten für die Gemeinde Wien zustande kommen, wenn Sie heute beschließen: „sie muss zustande kommen". (Beifall rechts.) Ich möchte Sie dringend bitten — diese Eventualität, mit der Gruppe Orth einig zu werden, ist ja ins Auge gefasst, sie findet ihren Ausdruck im Punkte 3 — gehen Sie nicht weiter, als dieser Punkt 3. Dieser deutet ja an, dass der Gemeinderath principiell geneigt wäre, auch dieser Gruppe Kehricht zu verkaufen. Ich bin auf Grund dieses Beschlusses dann in der Lage, die bereits eingegangenen Verhandlungen fortzusetzen, und kann das Versprechen abgeben, ich werde mich bemühen, diese Verhandlungen zu einem ersprießlichen positiven Resultate zu führen. (Beifall rechts.) Ich bitte Sie, meine Herren, stimmen Sie für die Anträge des Herrn Referenten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Ich muss mich vor allem gegen einen Vorwurf wenden, den Herrn Gem.-Rath Steiner am Beginne seiner Ausführungen gegen mich erhoben hat.

Er hat gesagt, ich wäre am Bruckhaufen gewesen, ich habe dort gesehen, wie der Kehricht aus dem I. Bezirke verkauft wird und ich hätte davon dem Herrn Bürgermeister Mittheilung gemacht.

Meine Herren! Das ist auch richtig und ich habe das für meine Pflicht gehalten, in loyaler Weise vorzugehen und den Herrn Bürgermeister darauf aufmerksam zu machen, dass das geschieht. (Ruf links: Das ist ja auch kein Vorwurf!) Der Herr Bürgermeister hat auch sofort darüber verfügt, und es ist jener Stadtraths-Beschluss entstanden, der ja auch hoffentlich im Interesse der Gemeinde Wien gelegen ist, weil jetzt der Dünger verkauft wird.

Einige Worte muss ich bei dieser Gelegenheit über den vielbesprochenen Magistratsbericht hier sagen, von welchem ich hervorhebe, dass es eigentlich kein Magistratsbericht ist, sondern die Arbeit eines einzelnen, welche nicht überprüft ist. Meine Herren! Sie dürfen daher, wenn Sie mit diesem Magistratsberichte nicht einverstanden sind, nicht den Magistrat verantwortlich machen, sondern den Verfasser. Ich würde aber wünschen, dass solche Arbeiten — wenigstens große Referate — jedesmal ehe sie hier vorgelegt werden, dem Gremium des Magistrates unterbreitet werden.

Meine Herren! Die vorliegende Angelegenheit ist eine Frage, welche man hier nicht gerne bespricht; sie wird von vielen der Herren für kleinlich gehalten. Viele der Herren haben — und namentlich am Anfange, als ich dieser Sache nachgegangen bin — mich geradezu ausgelacht, wie man sich denn mit einer solchen Sache eigentlich beschäftigen kann. Es mag ja an und für sich die Straßenreinigung von Wien und die Verführung und Verwertung des Kehrichtes zu den kleineren Fragen der Gemeinde gehören, das will ich ja gar nicht ableugnen. Aber eines muss man dabei immer im Auge haben, dass nämlich die Einsammlung des Hauskehrichtes, dass die Straßenreinigung und die Verführung des Kehrichtes der Gemeinde Wien ungeheure Lasten auferlegt; dass diese Arbeiten große Summen beanspruchen, und es ist daher von diesem Standpunkte, vom finanziellen Standpunkte diese Frage für die Gemeinde Wien von ungeheurer Wichtigkeit. Die Transport-Gesellschaft, meine Herren, hat früher die Straßenreinigung der Inneren Stadt, um die es sich ja hier in diesem Referate auch handelt, besorgt. Die Herren wissen, dass die Transport-Gesellschaft bis in die letzte Zeit für die Straßenreinigung des I. Bezirkes 370.000 fl. bezogen hat. Die Transport-Gesellschaft hat vor Ablauf des Contractes gesagt: es sind einige neugepflasterte Straßen hinzugekommen, ich muss jetzt mehr verlangen. Die Transport-Gesellschaft hat also 425.000 fl. verlangt und hat sich im Wege der Unterhandlungen herbeigelassen, das Geschäft mit 420.000 fl. wieder zu übernehmen. Meine Herren, die Sache war so weit gediehen, dass schon der Referent hier am Referententische gestanden ist und uns beantragt hat, den Beschluss der Ämter und des Stadtrathes, der Transport-Gesellschaft dieses Geschäft wieder auf sieben oder zehn Jahre mit 420.000 fl. zu überlassen, anzunehmen. (Rufe links: Hört! Hört! Noske!)

Meine Herren! Es war schon alles fertig in dieser Richtung, man war ganz im klaren mit sich, es war schon abgemacht, dass die Transport-Gesellschaft dieses Geschäft wieder bekommen soll (Rufe links: So? — Hört!) und es war nur noch nöthig, eine kleine Formalität zu erfüllen, nämlich die Bewilligung des Gemeinderathes einzuholen. (Heiterkeit links.)

Nun, der Gemeinderath hat aber diesen Antrag abgelehnt. (Gem.-Rath Geitler ruft dazwischen.) Es war gut, lieber Herr Geitler, weil wir in dem einen Jahre, wo wir es in eigener Regie durchführen, bereits 130.000 fl. erspart haben. (Rufe links: Hört!) Meine Herren! Wenn wir auch nichts dabei erspart hätten, das ist nicht das Princip, welches mich in diesem Falle leitet. Wenn wir auch genau dasselbe ausgeben, so brauchen wir wenigstens zwischen uns und dem armen Teufel, der die Straße reinigt, keine Zwischenperson. Dazu braucht man niemand, dazu braucht man kein Genie. Weil wir aber auch soviel ausgeben, so sollen die Arbeiter das haben, was die Gemeinde bezahlt, nicht aber, dass jemand mühelos das Geld einsteckt und nichts leistet. Soviel bezüglich der Straßenreinigung, und nun kommt ein neues Capitel und dieses heißt: Verführung und Verwertung des Kehrichtes.

Es wurde das eigentlich schon hervorgehoben. Es geht jetzt alles Fuhrwerk nach dem Bruckhaufen. Das ist ein sehr theueres Fuhrwerk, und damit die Herren einen Begriff davon haben, wie theuer uns dieses Fuhrwerk zu stehen kommt, will ich Ihnen Folgendes bemerken. In der Inneren Stadt fallen im Jahre 360.000 Meter-Centner Kehricht ab. Es ist das jene Ziffer, welche ich zum erstenmale, als ich die Ehre gehabt habe, hier über diesen Gegenstand zu referieren, ausgesprochen habe, und sie ist nicht bestritten worden; von den Ämtern gilt sie heute als Grundlage der Berechnung. Demnach ist sie gewiss richtig. Für die Verführung dieser 360.000 Meter-Centner aus dem I. Bezirke haben wir an die Fuhrleute 85.000 fl. bezahlt. Diese Ziffer ist auch richtig. Wir bezahlen daher heute für 100 kg Kehricht, die nach dem Bruckhaufen geführt werden, 23·64 kr. Meine Herren, das ist viel Geld, das ist ein sehr theueres Fuhrwerk! Wenn wir heute den Kehricht in die Brigittenau und von dort ins Marchfeld führen, so haben wir ihn ins Marchfeld viel billiger geliefert, als die Verführung auf den Bruckhaufen kostet.

Meine Herren! Dieser Bruckhaufen ist eine interessante Erscheinung, und wenn Sie ihn gesehen haben, werden Sie sagen: man muss sich nur wundern, dass dieser Bruckhaufen solange bestanden hat. Es ist das ein großes Feld mit Ausgrabungen, wo die Fuhren Kehricht von allen Seiten ankommen, wo wie in einem Etablissement gearbeitet wird, wo die Glasscherben, die Blech-, die Eisen-, die Wollsachen &c. sortiert werden — kurz und gut, es ist wirklich interessant, es anzusehen. Man hat ja sonst keine Vorstellung davon; man glaubt, was der Mistwagen verführt, das hat gar keinen Wert — und siehe da, das wird dort alles sortiert, der Mist bleibt liegen; da stehen aber schon die Wägen, laden ihn auf und führen ihn fort. So habe ich z. B. Körbe gesehen, wo die Krautstengel verpackt werden, die gehen wieder zurück, denn sie sind ein Futter für das Vieh. Die anderen Gegenstände machen auch wieder größtentheils den Weg nach Wien zurück, wenigstens auf die Bahnhöfe, und daher glaube ich auch, ist eigentlich dieser Bruckhaufen unter Umständen eine sanitäre Gefahr für Wien, und ich wundere mich, dass die hohe Behörde diesen Bruckhaufen solange geduldet hat.

Meine Herren! Jetzt komme ich zu den neuen Absatzgebieten Marchfeld und Stammersdorf. Nehmen wir zuerst Stammersdorf.

Stammersdorf bezieht jetzt schon theilweise vom Bruckhaufen den Dünger, und es ist sehr interessant, diese Ziffern zu hören. Die Bauern aus Stammersdorf holen sich dort den Dünger und geben für diese Fuhre, Bauernfuhre möchte ich sagen, je nachdem sie groß oder klein ist, 1 fl. 20 kr., 1 fl. 30 kr. bis zu 1 fl. 50 kr. Nehmen wir das wenigste an, meine Herren, sagen wir 1 fl. 20 kr. und sagen wir, der Knecht braucht keinen ganzen, sondern nur einen halben Tag, d. i. mit zwei Pferden, einem Kutscher und

einem Wagen, und sagen wir nur, ich rechne 2 fl. 80 kr. Fuhrlohn, so haben Sie schon für dieses Bauernfuhrwerk 4 fl., was dieser Bauer sehr gerne für die Fuhre Dünger bezahlt.

Nun, meine Herren, wie viel enthält denn ein Eisenbahn-Waggon? Vier Fuhren; aber ich sage nur drei, ich nehme, damit ich ja nicht übertreibe, immer das wenigere. So zahlen jetzt die guten Stammersdorfer 12 fl. für den Waggon, und siehe da, als die Unterhandlungen mit der Gemeinde Wien begonnen haben, haben sie der Gemeinde Wien für den Waggon 1 fl. 60 kr. offeriert, wenn man ihn nämlich franco Stammersdorf beistellt. Da kommt der Herr Referent, der heute auch hier sitzt, und sagt, der Magistrat hat beschlossen, man solle der Gemeinde Stammersdorf den Waggon um 1 fl. 60 kr. franco hinausführen. (Ruf links: Großartig!) Der Herr Referent hat hinzugefügt, er halte das für das Beste und er schließe sich dem Antrage des Magistrates an. Er hat sich also schon damals dem Antrage des Magistrates angeschlossen, und wenn der Magistrat noch zehnmal referiert, so bin ich überzeugt, dass sich der Herr Referent immer anschließt. (Heiterkeit und So ist es! links.)

Dann haben weitere Verhandlungen stattgefunden, Verhandlungen unter der Leitung des Herrn Bürgermeisters. Ich muss sagen, meine Heren, dass der Herr Bürgermeister in der loyalsten Weise vorgegangen ist und dass er die Sache auf das gründlichste untersucht hat. Ich habe seine Anschauungen freilich nicht getheilt, weil ich gesehen habe, dass der Herr Bürgermeister nicht die richtigen Ziffern in der Hand hat. Und wenn er nicht die richtigen Ziffern in der Hand hat, so kann er natürlich nur schlecht informiert sein. Aber der Herr Bürgermeister ist vom besten Willen beseelt, die Sache durchzuführen zum besten der Gemeinde, und zum besten der anderen Gemeinden, welche den Dünger brauchen. Ich kann nur sagen, dass der Herr Bürgermeister in der loyalsten Weise vorgegangen ist.

Nun, meine Herren, endlich haben die Gemeinden Stammersdorf gesagt, sie geben 2 fl. 50 kr., dann im Laufe der Verhandlung haben sie erklärt, sie geben 3 fl. 29 kr., weil ihnen der Herr Bürgermeister gesagt hat, das geht nicht, dass man ein solches Geschäft macht, bei dem man verliert. Sie müssen doch mindestens soviel bieten, dass die Fracht gedeckt ist. Daher kommen diese 3 fl. 29 kr.

In einem Punkte irrt sich aber der geehrte Herr Bürgermeister, er nennt nämlich das Geschäft ein glattes, wo man 3 fl. 29 kr. ausgibt und 3 fl. 29 kr. einnimmt. Ja das ist freilich ein glattes Geschäft, da wird nämlich gar nichts verdient, eigentlich im Grunde genommen, wird bei einem solchen Geschäfte noch daraufgezahlt. Die Fracht beträgt per Waggon 3 fl. 29 kr.; wir hätten also, wenn wir damals nach dem Antrage des Referenten um 1 fl. 60 kr. den Stammersdorfern den Kehricht überlassen hätten, wenn wir das famose Geschäft abgeschlossen hätten, einen Verlust gehabt gegen heute von 7774 fl. bloß bei den 4600 Waggons aus der Inneren Stadt. Es war also die Opposition, welche sich gegen den Magistrats-Antrag gewendet hat, nicht eine oberflächliche, die man gar nicht zu beachten braucht, die man ruhig übergehen kann, sondern diese Opposition war eine vollbegründete und findet ihren Ausdruck in den Ziffern. Man sollte eigentlich glauben, dass man, wenn man bei Stammersdorf nichts verdient, man für Stammersdorf nicht diese Vorliebe haben soll. Denn ein Geschäft, wobei ich nichts verdiene, das hat ja für mich keinen Wert und doch, warum gehen wir nach Stammersdorf? Die Antwort ist gleich da: weil wir nach Stammersdorf die Bahn haben. Ja natürlich, die Bahn, die wir nach Stammersdorf haben, führt bekanntlich auch ins Marchfeld — man braucht sie nur etwas zu verlängern. Ich ließe mir das alles noch gefallen, wenn wir in Stammersdorf auch wirklich abladen könnten.

Ich habe so wie ich mir alles angesehen habe, auch den Abladeplatz in Stammersdorf angesehen und habe in Stammersdorf gefragt, wo da der Mistabladeplatz ist. Das haben die gar nicht gewusst; endlich erfahre ich: in Gerasdorf, in Gerasdorf ist das. Es wird dies wohl im Referate flüchtig erwähnt, aber selbstverständlich kommt man nicht darauf. Es sollte nämlich im Referate stehen, dass dieses sogenannte kurze Schleppgeleise in Gerasdorf ist, damit wenigstens derjenige, der der Sache nachgehen will, sich informieren kann.

Nun, meine Herren, Gerasdorf ist nicht ganz 2 km von Stammersdorf entfernt. Dorthin müssen Sie das Schleppgeleise legen (So ist es! links); die Kosten für dieses Schleppgeleise, die Interessen, das Risico hat die Commune Wien zu tragen. (Hört! Hört!) Ganz anders aber steht es, wenn wir die Eisenbahn veranlassen, bis Probstdorf auszubauen. Bis Probstdorf hat die Eisenbahn, und zwar bis zum Abladeplatz — denn ich habe mir auch den angesehen — 3 km. Da ist es ja doch vortheilhafter, man baut die Eisenbahn bis Probstdorf aus, als dass man solche Schleppgeleise hinauslegt.

Meine Herren, wir haben über die Verlängerung der Eisenbahn und über die Schleppgeleise Herrn Director Hallama wiederholt gehört, und Herr Director Hallama hat sich nicht recht klar ausgedrückt — natürlich, er möchte lieber das Geschäft machen, das für ihn am einfachsten ist: keine Bahn bauen und doch ein Geschäft machen; andererseits hat er hier aus den Äußerungen immer entnommen, dass man selbst auch hier bestrebt ist, lieber nach Stammersdorf zu gehen als da hinunter, und so hat er sich immer sehr unklar ausgedrückt. Aber auch Director Hallama stellt Wien gegenüber ganz andere Forderungen, als er seinerzeit an die Gemeinde Orth und Consorten gestellt hat. Früher, wie noch kein Unternehmer da war, der die Geschichte in die Hand nehmen wollte, da hat Herr Director Hallama erklärt, schon bei einer Garantie von 200.000 Meter-Centner Bahnfracht würde er die Eisenbahn bauen.

Ich bitte, meine Herren, was verlangt er denn heute von der Commune? 720.000 Meter-Centner will er garantiert haben. Früher hat er gar 960.000 Meter-Centner garantiert haben wollen bis Orth, oder in einer Summe ausgedrückt 72.000 fl. Selbstverständlich ist er dann im Laufe der Unterhandlungen herabgegangen und verlangt jetzt bis Probstdorf eine Garantie von 28.000 und einigen hundert Gulden. Wenn wir aber mit dem Herrn Director Hallama noch lange unterhandeln, so wird er auch die Beistellung der Kohle beanspruchen, so dass er dann vielleicht nur die Fracht eincassiert. Ich glaube, derartige Verhandlungen führen zu nichts, man muss einfach sagen: hier ist das Frachtquantum, das geht in diese Gegend, und dann muss man jemand anderen dafür sorgen lassen, der ihm aufträgt, nachdem die Zinsen bereits garantiert sind, die Bahn zu bauen.

Meine Herren! Und nun komme ich in das Marchfeld, unser zweites Absatzgebiet. Es ist ja den Herren bekannt, dass das Marchfeld früher die Kornkammer von Österreich genannt worden ist. Durch die vielen Überschwemmungen, durch die starken Heimsuchungen, welche diese Gegend durch Hochwasser erlitten hat, ist

das Marchfeld mehr oder weniger verarmt. Sie haben dort infolgedessen heute die Dreifelderwirtschaft eingeführt, trotzdem Grund und Boden im Marchfelde ein sehr guter ist. Aber durch die fortwährenden Überschwemmungen sind die Gründe derart herabgekommen, dass sie zu Zeiten brachliegen müssen, und so hat man dort die Dreifelderwirtschaft. Es fehlt an Dünger. In der Gegend um Orth herum haben Sie 20.000 Joch düngerarme Felder; wir hier haben den Dünger und sträuben uns sozusagen dagegen, damit dieser Gegend aufzuhelfen? Es wurde früher ganz richtig ausgeführt, dass diese Gegend dadurch ertragsfähig würde, und dass dies wieder einen günstigen Rückschlag auf die Approvisionierung Wiens äußern würde. (Sehr richtig! links.)

Man sollte und man muss daher mit dem Kehrichte in jene Gebiete gehen, wo auch Absatz dafür vorhanden ist. Stammersdorf und Umgebung sind nicht düngerarm, die führen ihn von der Nähe zu; es sind auch Fabriken ꝛc. dort. Dort hat also der Dünger nicht jenen Wert, als im Marchfelde.

Glauben Sie vielleicht, dass der Preis von 10 und 13 kr., die von den Gemeinden im Marchfelde offeriert werden, ein hoher ist? O nein! Nehmen Sie die Analyse der chemischen Untersuchungsstation zur Hand — Sie haben dieselbe ja auch zugeschickt bekommen — mit Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden werde ich die betreffende Stelle verlesen:

„Unter der Annahme, dass die Phosphorsäure einen Wert von 80 kr., der Stickstoff von 65 kr. und das Kali von 80 kr. per Percent und Meter-Centner besitzt, würde der Dünger im lufttrockenen Zustande ab des Verbrauchsortes einen Durchschnittswert von circa 80 kr. per Meter-Centner besitzen. Für den natürlichen feuchten Zustand würde der Wert des Kehrichtes, falls ein Durchschnittsgewicht von 20 Percent Wasser angenommen wird, entsprechend reduciert werden."

Es wird dies dann noch näher ausgeführt. Meine Herren, von diesem Preise wollen wir ja nicht reden, aber dass ein Preis von über 20 kr. mit compostiertem Dünger in nächster Zeit leicht zu erzielen sein wird, das steht außer Frage, weil Stickstoff heute mit 13½ kr. gehandelt wird und nachgewiesen ist, dass der Wiener Haus- und Straßenkehricht 3 Percent Stickstoff enthält.

Nun will ich noch einige Worte über den compostierten und nicht compostierten Dünger sprechen. Meine innerste Überzeugung ist, dass wir einen viel höheren Preis erzielen werden, wenn wir den Dünger compostiert den Gemeinden übergeben, schon deswegen, weil wir dann auch in der Lage sind, den Preis später erhöhen zu können. Das Compostieren kostet uns nichts, wie Sie ja gehört haben, denn der Dünger muss ausgesucht werden, und wenn wir ihn den Gemeinden per Waggon liefern, müssen sich diese ihn auch aussuchen und compostieren lassen.

Meine Herren, auf den vorliegenden Bericht des Magistrates will ich nicht näher eingehen; aber das eine muss ich sagen: er beruht auf einer ganz falschen Grundlage, und es ist in diesem Magistratsberichte nicht eine einzige Ziffer richtig. (Hört! links.) Das spreche ich unumwunden aus. Die darin enthaltenen Ausfälle aber, welche gegen meine Person gerichtet sind, weise ich hiemit als ganz ungehörig zurück. (Bravo! links.)

Meine Herren! Ich muss sehr vieles übergehen, weil ich Ihnen ja nicht zumuthen kann, dass Sie bis 10 Uhr hier bleiben. (Rufe links: O ja! Wir bleiben schon!) Ich werde wahrscheinlich ohnedies noch einmal das Vergnügen haben, über diesen Gegenstand zu sprechen.

Ich muss noch constatieren, dass von der Annahme des Referenten-Antrages, der Gemeinde Stammersdorf und Consorten den Dünger zuzuschlagen, wegen des geringen Preises nicht die Rede sein kann. Um 3 fl. 29 kr. wird man nicht einen Waggon Kehricht verkaufen, für dessen Hinausführung man 3 fl. 29 kr. bezahlt, und wo jeder Mensch weiß, dass die Fuhre davon heute mit 1 fl. 20 kr. gekauft wird. Wenn wir das beschließen, wenn wir den Antrag des Referenten annehmen, dann wird man allerdings sagen, dass wir auch von der Landwirtschaft nichts verstehen.

Ich stelle daher folgenden Antrag: „Der Gemeinderath beschließe, es sei das Offert der Gemeinde Orth und Consorten auf jährliche Abnahme von 4600 Waggons Kehricht aus dem I. Bezirke zum Preise von 6 fl. 50 kr. per Waggon à 80 Meter-Centner franco Probstdorf zu genehmigen, und habe die Lieferung desselben von dem Zeitpunkte an zu beginnen, wo es den betreffenden Gemeinden gelungen sein wird, die Dampftramway vormals Krauß & Comp. zu veranlassen, ihre Linie von Groß-Enzersdorf bis Orth auszubauen; es wäre denn, dass dieselben bereit wären, den Kehricht schon jetzt franco Abladestelle Groß-Enzersdorf zu übernehmen."

Durch diesen Antrag haben Sie auch Folgendes aus der Welt geschafft. Es wird immer von einem großen Risico der Gemeinde gesprochen. Die Gemeinde Wien muss eine Garantie für eine Eisenbahn von 28.000 und so viel Gulden übernehmen. Das rechnet man uns schon auf 16 Jahre vor, nur damit man erschrecken soll. Ja, meine Herren, ist denn das eine Garantie? Das ist keine Garantie. Was haben wir denn bisher gezahlt? Jetzt haben wir 85.000 fl. gezahlt.

Das macht nichts, das war kein Risico, das kann die Gemeinde thun! Aber die 28.000 fl., das ist ein Risico! Das wäre freilich ein Risico, wenn wir nicht sicher wären, dass der Artikel im nächsten Jahre auch noch geht. (Heiterkeit links.)

Aber wir wissen ja, dass wir im nächsten Jahre auch so viel Kehricht zu verführen haben. Das ist ja kein Modeartikel (Heiterkeit), der vielleicht aufhört, und wir können ja den Kehricht auch im nächsten Jahre nicht auf dem Stephansplatze ablagern, wir müssen ihn hinausführen. Wir wissen also genau, was wir zu verführen, was wir zu bezahlen haben. Damit man nun endlich einmal von der Garantie aufhöre, sage ich Folgendes. Der Gemeinderath sagt einfach: ich beschließe, der Gemeinde Orth und Consorten den Kehricht aus dem I. Wiener Bezirke von dem Zeitpunkte an zu geben, bis es diesen Gemeinden gelungen sein wird, die Bahn auszubauen. Wissen Sie, meine Herren, was dann die Bürgermeister vom Marchfelde thun werden? Die haben dann ein Instrument in der Hand und werden sagen: Herr Minister, ich bitte, der Gemeinderath hat beschlossen, er gibt uns 4600 Waggons Kehricht, bitte, lassen Sie das nachrechnen, dadurch ist nunmehr die Bahnfracht gesichert — und dann bekommt die Eisenbahn einfach den Auftrag, zu bauen.

Aber dieses Instrument, meine Herren, müssen wir der Gemeinde Orth und Consorten in die Hand geben, sonst können sie ja nichts machen. Wenn wir hier unsere Wünsche aussprechen, wenn wir sagen, ja, wir wünschen, dass die Orther die Eisenbahn bekommen; wenn wir aber beschließen, wir fahren nicht nach Orth mit unserem Kehricht, sondern nach Stammersdorf — wenn die dann zum Minister kommen, so wird er sagen: „Ja, sehen Sie, meine Herren, da ist halt wieder die Geschichte verfahren; wenn der Gemeinderath

beschlossen hätte, dass er Ihnen den Kehricht gibt, wenn Sie die Fracht hätten, dann könnten wir die Bahn gleich bauen."

Meine Herren, mit der Liebe kommen Sie mir nicht, indem Sie sagen: „Ich liebe das Marchfeld, aber bis die Bahn da ist." Das geht nicht, wir müssen auch das unserige dazu beitragen und wir arbeiten da gar nicht vielleicht nur für Orth und diese Gemeinden, sondern wir arbeiten im Interesse der Gemeinde Wien. (Rufe links: Sehr richtig!) Wir bekommen so einen größeren Preis; der Preis nach Stammersdorf ist nicht annehmbar. Wir schaffen auch für die Stammersdorfer geradezu ein Monopol; denn, wenn wir diesen Beschluss nicht fassen, dass wir Orth und Consorten dieses Kehrichtquantum geben, dann kommt die Eisenbahn bis zum nächsten Jahre nicht zustande, und dann müssen wir sagen: „Geehrte Stammersdorfer, nicht wahr, jetzt werdet Ihr auch gestatten, dass wir Euch das andere große Quantum noch franco herausführen"; und die werden sich dabei den Magen verderben, weil sie nicht soviel brauchen können. Dann geht das Malheur an und der Karren ist verfahren (Sehr richtig! links) und es ist dann jenes Ziel erreicht, welches man sich hier vor anderthalb Jahren gestellt hat, nämlich den Nachweis zu erbringen, dass man es nicht besser machen kann, als man es bisher gewacht hat. (So ist es! links.)

Ich glaube nicht, dass der Gemeinderath auf diesen Antrag eingehen wird, und ich bitte Sie auch sehr, nehmen Sie im Interesse der Stadt Wien, im Interesse des Marchfeldes und im Interesse einer besseren Verwendung des Kehrichtes meinen Antrag an. (Lebhafter Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 7 Uhr 20 Minuten abends)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 4. December 1894.
Mittwoch, den 5. December 1894.
Donnerstag, den 6. December 1894.
Freitag, den 7. December 1894.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **20. November 1894.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Müller, Boschan, Dr. Nechansky, v. Götz, v. Neumann, Dr. Hackenberg, Rückauf, Dr. Huber, Schlechter, Kreindl, Schneiderhan, Dr. Lederer, Stiaßny, Dr. Lueger, Vaugoin, Matthies, Dr. Vogler, Mayer, Wurm.
Bürgermeister Dr. Grübl.
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Klotzberg, Witzelsberger.
Experten: Baudirector Berger, Oberingenieur Helmreich.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

St.-R. Dr. Klotzberg entschuldigt sein Ausbleiben für Dienstag und Mittwoch, eventuell Donnerstag dieser Woche wegen des gestern erfolgten Ablebens seiner Mutter.

St.-R. Stiaßny entschuldigt sein Späterkommen wegen Theilnahme an einer Commission bei der Kaiser Josefbrücke.

St.-R. Witzelsberger entschuldigt sein Fernbleiben wegen Unwohlseins. (Zur Kenntnis.)

(9127.) **St.-R. Kreindl** referiert über die Weitervergebung der Abfuhr der Asche und Schlacke von der Dampfkesselheizung im neuen Rathhause und beantragt, dieselbe dem Eduard Kadisch, Großfuhrmann, IX., Lazarethgasse 6, zu dem Preise von 60 kr. per Kübel unter den Bedingungen der aufgestellten Vorschrift auf die Dauer von fünf Jahren, d. i. vom 1. Jänner 1895 bis 31. December 1899, zu übertragen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Abfuhr nur auf zwei Jahre zu vergeben und den Magistrat zu beauftragen, zu erheben, ob diese Abfuhr nicht in eigener Regie durchführbar wäre.

Antrag Dr. Lueger angenommen.

(9097.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma J. C. Löwenfelds Witwe um Übernahme von 3000 Stück 7zölligen Zwickelsteinen aus dem Granitbruche in Skuč um den Preis von 190 fl. per Mille und beantragt die Genehmigung dieses Anbotes. (Angenommen.)

(9098.) **Derselbe** referiert über die Aufnahme eines Hausmaurers und Haustischlers zur Besorgung von Reparatursarbeiten im städtischen Versorgungshause am Alserbache in Wien und beantragt, diese Aufnahme in eigener Regie mit einem Lohne von je 9 fl. pro Woche vom 1. Jänner 1895 an zu genehmigen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, den bisherigen Vorgang zu belassen.

Antrag Dr. Lueger angenommen.

(9099.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Heinrich Abeles um käufliche Überlassung von 400 Stück Trottoirplatten aus dem XIX. Bezirke und beantragt die Genehmigung dieses Verkaufes um 25 kr. per Stück, sohin um den Gesammtbetrag von 100 fl.

Angenommen; der Magistrat hat zu berichten, wie viele solcher Platten noch vorhanden sind.

(9014.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johannes Wilhelm Auernheimer, besteuerter Handelsagent (XIX. Bezirk), um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Ertheilung der Zusicherung an den Genannten. (Angenommen.)

Derselbe referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

(8795.) 1. bezüglich der Bewerber aus dem XVIII. Bezirke die Verleihung der Zuständigkeit an:

Baumholzer Elisabeth, Bedienerin;
Puchinger Michael, Diener;
Freudenberger Franz, Hausbesitzer;
Burschik Franz, Schneider;
Teufel Georg, Gasarbeiter;
Jung Anna, Handarbeiterin;
Rasovsky Johann, Bäckergehilfe;
Diemberger Franz, Bäcker;

Roßmüller Anton, Kutscher;
Slama Anton, Taglöhner;
Carmine Hugo, Steindrucker;
Halla Elisabeth, Conducteurs-Witwe;
Pattermann Peter, Dienstmann;
Machacek Josef, Trafikant;
Albert Gregor, Schneidergehilfe;
Zweschper Josef, Monteur;
Lehner Hugo, k. u. k. mil.-techn. Official;
Bospel Franz, Tischler;
Konecky Franz, Schneidergehilfe;
Schmid Josef, Kapellen-Vorstand;
Vorberg Karl, Kaufmann;
Anton Gustav, Brauergehilfe;
Huber Florian, Kutscher;
Reindl Anna, Kleidermacherin;
Simanek Josef, Schneider;
Wokorka Martin, Holzhändler;
Lischka Thomas, Spenglergehilfe;
Krejčiřik Nikolaus, Fabriksarbeiter;
Röhrich Johann, k. k. Briefträger;
Täubl Josef, Milchmeier;
Krivsky Franz, Schneider;
Müller Georg, Brauergehilfe;
Svoboda Felix, Bäcker;
Pischlöger Leopold, Geschäftsdiener;
Kubat Anton, Installateur;
Fenz Matthias, Sicherheitswachmann;
Schödel Anna, Bedienerin;
Wagner Johann, Secretär;
Boberski Marie Anna, Private;
Baumgartner Johann, Installateur;
Rath Georg, Postconducteur;
Glück Johann, Pfaidler;
Kominek Johann, Lederwalker;
Pfeiffer Franz, Gemischtwaren-Verschleißer;
Liebl Vincenz, Fleischhauer;
Ipser Marie, Bedienerin;
Wasserbauer Francisca, Obsthändlerin;

(8947.) 2. bezüglich der Bewerber aus dem XVII. Bezirke die Verleihung der Zuständigkeit an:

Pour Barbara, Handarbeiterin;
Hnatek Franz, Geschäftsführer beim Fleischselchergewerbe;
Klasek Karl, Maschinenbau-Fabrikant;
Fiedler Thomas, Bäckergehilfe;
Schulz Josef, Pferdewärter;
Gamauf Magdalena, Milchmeierei-Besitzerin;
Kaßhofer Franz, Hausdiener;
Lanner Johann, Pfaidler;
Pivnička Franz, Schneidermeister;
Haslinger Georg, Maurergehilfe;
Fitz Anton, Schuhmachergehilfe;
Miksch Jakob, Taglöhner;
Berkovec Ferdinand, Schneidermeister;
Klazar Wenzel, Schneidergehilfe. (Angenommen.)

Über Antrag des St.-R. Dr. Lueger wird beschlossen, den Magistrat anzuweisen, bei Ansuchen von gewerblichen Hilfsarbeitern um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband immer auch zu erheben, wo und wie lange dieselben in Arbeit gestanden sind, damit klargestellt werde, wie sich die Betreffenden verwendet haben.

(9065.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Blank, Taglöhners (III. Bezirk), um Nachsicht der Hundesteuerstrafe per 12 fl. und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

Derselbe referiert über rückständige Hundesteuern, und zwar:

(9008.) nach fünf Parteien aus dem XV. Bezirke im Betrage von 18 fl. 50 kr.

(8901.) und nach einer Partei aus dem V. Bezirke im Betrage von 8 fl. und beantragt die Abschreibung dieser Rückstände aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(9171.) **St.-R. Müller** referiert über die Zuschrift der Commission für Verkehrsanlagen wegen Bekanntgabe des Jahreserfordernisses pro 1895 hinsichtlich der Erhaltung und des Betriebes der Haupt-Sammelcanäle am Donaucanale und beantragt, das Rubrikenschema für die Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben anlässlich der Erhaltung und des Betriebes der Haupt-Sammelcanäle am Donaucanale nach dem vorliegenden Ausweise C sei zu genehmigen und der Commission für Verkehrsanlagen die von der Stadtbuchhaltung richtiggestellten Ausweise A B C zur weiteren Verfügung und Genehmigung des erwähnten Rubrikenschemas im Sinne des Art. IV, Punkt 1 des Übereinkommens vom $\frac{\text{24. November}}{\text{15. December}}$ 1893 mitzutheilen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Bei diesem Referate fungiert Baudirector Berger als Experte.)

Der Bürgermeister theilt das Ergebnis der Schätzung der Gaswerke der Imperial-Continental-Gas-Association, sowie der Gasvertheilung mit:

I. Schätzziffer für die Objecte, welche eventuell auf Verlangen der Stadtgemeinde Wien von der Gesellschaft abzutreten sind:

A. Schätzziffer nach dem Istwerte (reducierter Nennwert):

1. Grundstücke der Gaswerke	2,632.000 fl.
2. Bebauung derselben	7,620.800 „
a) Summe Gaswerke . .	10,252.800 fl.
b) Summe Gasrohrnetz .	4,756.900 „
Total-Schätzziffer nach dem Istwerte .	15,009.700 fl.

B. Schätzziffer nach dem Neunwerte:

1. Ofeneinbau auf sämmtlichen Werken	430.900 fl.
2. Mobilien und Werkzeugs-Inventar .	168.700 „
Total-Schätzziffer nach dem Nennwerte .	599.600 fl.
Summe der Schätzziffern für die Objecte, deren Übergabe die Stadtgemeinde Wien eventuell von der Gesellschaft verlangen kann	15,609.300 fl.

II. Summa der Schätzziffern für die Objecte der öffentlichen Beleuchtung ꝛc., deren Übernahme die Gesellschaft eventuell von der Stadtgemeinde Wien verlangen kann . . . . . 549.900 „

Gesammtsumme der Schätzungsziffern . 16,159.200 fl.

(Zur Kenntnis.)

St.-R. Dr. Huber referiert über Neu- und Ergänzungswahlen in die Armenräthe des XI., XVI., V., VI., XIX., XVII. und XII. Bezirkes und beantragt die Wahl der Nachbenannten, und zwar:

(9010.) für den XI. Bezirk:

Bottoli Bartholomäus, Happich Vincenz, Marx Anton, Mohl (Moll) Karl, Sailer Leopold, Schenk Andreas, Weiß Karl;

(9089.) für den XVI. Bezirk:

Albert Franz, Aufreither Franz, Baudera Johann, Bayer Ferdinand, Beuren Alois, Blaschko Josef, Bocek Franz, Böhm Matthias, Brandl Josef, Brandtner Johann, Brauch Karl, Braun Johann, Braun Gustav, Brunner Johann, Czermak Johann, Dalla Bonna Lorenz, Danzinger Karl, Derhowsky Adolf, Deppich Franz, Diwis Josef, Dolcher Adalbert, Drbal Josef, Endlicher Franz, Fidrant Wenzel, Frank Johann, Freisinger Leopold, Fritsch Sebastian, Fuchs Eduard, Gebauer Josef, Gned Josef, Gold Richard, Gollner Alois, Graf Franz, Gumpmann Anton, Güntner Wenzel, Haubner Konrad, Hauke August, Hauke Eduard, Hauptmann Karl, Hartleben Ignaz, Häußler Eduard, Heffemeyer Matthias, Hennig Karl, Hlinka Adalbert, Hofer Karl, Hornaczek Franz, Hoschek Franz, Janda Adalbert Koller Josef, Koratschetz Anton, König Johann, Kramer Leopold, Kranzl Franz, Kraus Johann, Krehon Anton, Kreutz Max, Kruschka Anton, Kuhn Valentin, Kühmeyer Karl, Landkammer Wenzel, Leitermann Josef, Lindenthal Eduard, Lischka Peter, Lorenz Franz, Löffler Anton, Mahel Karl, Matras August, Marchhart Ferdinand, Melzer Johann, Meixner Julius, Migl Josef, Miller Karl, Moser Franz, Moser Leopold, Mill Josef, Müllner Josef, Nagelreiter Karl, Nekham Karl, Neuner Matthias, Nicoladoni Johann, Niederleitner Karl, Nos Philipp, Nouak Julius, Panoch Johann, Peichl Johann, Perthold Ferdinand, Pitsch Wenzel, Pluhar Josef, Prechtl Franz, Priegl Lorenz, Prüll Josef, Hausbesitzer; Prüll Josef, Schuhwarenfabrikant; Ramharter Josef, Rehak Josef, Reinwein Johann, Reitter Hilarius, Riegler Franz, Ringberger Franz, Ritter Paul, Rossak Josef, Röhrich Ferdinand, Röhrich Rudolf, Samek Johann, Schandl Josef, Schellenberger Franz, Schimko Paul, Schmalhofer Karl, Schmalhofer Josef, Schmidt Franz, Schuster Josef, Schwab Ferdinand, Seeburger Josef, Smekal Anton, Späth Josef, Summerer Andreas, Stanzel Anton, Stögbauer Eberhard, Steindl Josef, Steiner Anton, Streihammer Josef, Strizl Josef, Tauer Wilhelm, Titera Franz, Trenter Wenzel, Trawniczek Wilhelm, Türk Wilhelm, Winely Friedrich, Wagner Karl, Waldhauser Leopold, Waltner Robert, Wawerka Karl, Wendlberger Prokop, Wittek Josef, Wittmann Franz, Wolf Franz I, Wolf Anton, Wolf Franz II, Zahule Jakob, Ziegler Johann;

(9072.) für den V. Bezirk:

Adam August, Ausim Rudolf, Benda Jakob, Binder Franz, Buck Friedrich, Bičak Ignaz, Buczek Josef, Brunner Heinrich, Chilar Franz, Cermak Anton, Deifel Johann, Fiala Karl, Gastegger Rudolf, Gartner Matthias, Glänzer Josef, Gaßner Franz, Heinz Vincenz, Heinz Anton, Hermann Franz, Hofmann Melchior, Heisler Johann, Hartmann August, Janda Jakob, Jenner Johann, Janacek Anton, Klenner Franz, Knepperges Karl, Kalous Josef, Kaltner Michael, Klatscher Victor, Lauterkranz Karl, Linninger Rudolf, Lukács Matthias, Maczejka Martin, Petschacher Wilhelm, Reinbacher Karl, Rauth Ernst, Richter Franz, Hausinhaber, Richter Franz, Zimmermaler, Rath Johann, Schiep Josef, Swoboda Rudolf, Schneider Rudolf, Staudigl Oskar, Steyringer Vincenz, Schmolek Gustav, Schneeweiß Franz, Siegl Matthias, Schall Stephan, Schall Anton, Torka Emil, Uhlmann Johann, Weber Ernst, Wallner Ernst, Wallner Josef, Weinhofer Josef, Zirinn Heinrich;

(9013.) für den VI. Bezirk:

Hofmannrichter Franz, Auinger Ludwig, Schmidt Friedrich, Mausberger Rudolf, Hugl Michael, Schäfer Franz, Rieck Karl, Fastenbauer Johann, Apeldauer Lorenz, Hartenbach Eduard, Burian Liborius, Richter Wilhelm, Schreyer Matthias, Radirewiz Franz, Litschke Moriz, Reiner Anton, Bader Karl, Mayer Johann, Pfitzner Gregor, Popp Josef, Prochaska Wenzel, Weber Heinrich, Hainser Peter, Rott Josef, Mandl Josef, Adrigan Franz, Naprawnik Karl, Kaplan Karl, Neumann Nikolaus, Hanus Franz, Tomaschek Johann, Geßler Eduard;

(9012.) für den XIX. Bezirk:

Berger Josef, Denk Anton, Drösler August, Halwachs Johann, Kerschbaum Franz, Mißlik Thomas, Muth Johann, Niederhofer Sebastian, Reimer Alois, Weber Eduard, Werner Wilhelm, Wimmer Franz;

(9073.) für den XVII. Bezirk:

Back Nikolaus, Bayer Alois, Benda Franz, Bohunovsky Ferdinand, Böhm Rudolf, Brosenbauer Franz, Bulin Anton, Bügkel Karl, Deinhart Hermann, Dressa Karl, Eigner Franz, Franz Josef, Friedl Ferdinand, Fuß Ignaz, Grünbeck Josef, Günter Anton, Hassel Friedrich, Hauke Josef, Hausmann Franz, Heyek Josef, Heilinger Rudolf, Heilinger Stephan, Helbling Franz, Hätzl Karl, Häußler Karl, Huber Karl, Jäger Leopold, Kaithan Franz, Kahr Franz, Korothwitschka Hugo, Kranich Josef, Kietschek Karl, Kubiczek Thomas, Lanzenberg Josef, Laube Franz, Lieb Karl, Littloch Johann, Martini Hermann, Matauschek Lambert, Meißner Anton, Militky Josef, Gastmüller Ferdinand, Neustifter Josef, Ochs Josef, Paseka Johann, Perschinka Franz, Petter Leopold, Pfregner Josef, Rauscher Ferdinand, Reimann Johann, Reinlein Heinrich, Riedler Franz, Schebek Friedrich, Schuh Theodor, Soukal Alexander, Steininger Leopold, Stenzl Josef, Storch Anton, Stuma Wenzel, Tergovics Rudolf, Timmel Anton, Tugendsam Ferdinand, Weber Richard, Weitzner Franz, Wirth Otto, Zimmer Franz, Stehlik Wenzel;

(9011.) für den XII. Bezirk:

Mader Rupert, Kronus Georg, Lang Wilhelm, Ritschel Karl, Kasson Josef, Wawra Alois, Tils Martin, Lang Josef, Huber Franz, Liecher Karl, Kubik Vincenz, Mender Adalbert, Albrecht Roman, Saatzer Josef, Stingl Anton, Zörkler Wilhelm, Zitterbart Franz, Wels Georg, Holub Andreas, Beier Isidor, Ripka Michael, Klepač Johann, Hejek Bernhard, Tinhof Josef, Mayerhofer Leopold, Buschenhagen Wilhelm, Gratzl Ignaz, Lücke Ludwig, Mäckel Ferdinand, Donner Karl, Splichal Clemens, Wizlsberger Franz, Zieger Dominik, Schmeikal Georg, Heybey Karl, Gollubitsch Franz, Kail Jakob, Mayer Anton, Kubitschek Josef, Binder Alexander, Wallner Raimund, Wallner Franz, Schmekal Josef, Neudecker Franz, Wenusch Franz, Dienstl Franz, Rohrhofer Johann, Hoch Adalbert, Peyfuß Ignaz, Raukl Leopold, Schwarzinger Franz, Wlasati Franz, Hanauska Josef, Straßky Franz, Wehofer Anton, Gärtner Karl — zu Armenräthen zu bestätigen. (Angenommen.)

(9232.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über Anträge in Betreff der ohne Erlaubnis der Gemeinde seitens des Peregrin Zimmermann in Angriff genommenen Abgrabung des Linienwallgrundes Ecke der Sechsschimmel- und Lustkandlgasse im IX. Bezirke und beantragt, das nunmehr vorgebrachte Ansuchen um Gestattung der weiteren Abgrabung unter den im Magistratsberichte enthaltenen Bedingungen, jedoch unter Bewilligung einer achtwöchentlichen Arbeitsdauer, zu genehmigen. (Angenommen.)

(9120.) **St.-R. Schlechter** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 27. October 1894, Z. 82728, betreffend die Entscheidung des Handelsministeriums vom 12. October 1894, Z. 22476, in der Angelegenheit der Vorstellung der Gemeinde Wien gegen die Aichung und Stempelung der Wassermesser der Wiener Hochquellen-Wasserleitung und beantragt, diesen Erlass im Sinne des Magistrats-Antrages zur Kenntnis zu nehmen und ist daher ein Referat bezüglich der im Erlasse gegebenen Anregungen, und zwar auch wegen eventueller Auflassung der städtischen Wassermesser-Probierstation zu erstatten. (Angenommen.)

(9125 und 9266.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Lieferung von 1700 Stück Wassermessern. s wird beschlossen, von denselben zu übertragen:

1. der Firma Teirich & Leopolder (System Leopolder) 700 Stück;

2. der Firma A. C. Spanner (Capacitäts-Wassermesser) 500 Stück;

3. der Firma G. Bernhardts Söhne unter Annahme der in der Eingabe vom 19. November 1894 gestellten Offertpreise und unter Annahme der Offertbedingnisse, wie sie von der Gemeinde Wien aufgestellt sind (System Bernhardt), 300 Stück;

4. der Firma Heß, Wolff & Comp. (System Frager) 200 Stück.

Weiters wird über Antrag des St.-R. Mayer der Magistrat beauftragt, dem Stadtrathe längstens binnen einem Jahre einen genauen Bericht über die Wirksamkeit und Brauchbarkeit eines jeden einzelnen Systemes zu erstatten.

(8973.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über die Offerte des Heinrich Fischer auf käufliche Überlassung der Straßenparcelle IV. Bezirk, Schleifmühlgasse Einl.-Z. 1602 im Ausmaße von 59·50 m² um den Einheitspreis von 35 fl. per Quadratmeter und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(8711.) **Derselbe** referiert über das Project für die Wasserableitung anlässlich der vierten Erweiterung des Central-Friedhofes.

(Oberingenieur Helmreich fungiert als Experte.)

Referent beantragt:

1. es sei die definitive Ableitung der Niederschlagswässer vom Central-Friedhofs-Territorium nach der vom Stadtbauamte in Aussicht genommenen Alternative 3, wonach diese Wässer mittels eines Rohrcanales nach der vorliegenden Projectskizze in die Liesing abgeleitet werden sollen, mit einem Gesammtkostenbetrage von rund 60.000 fl. zu genehmigen;

2. es seien die von den betheiligten Eisenbahnen von der Gemeinde Kledering und von dem Brauereibesitzer Anton Dreher laut den vorliegenden schriftlichen Erklärungen gestellten Bedingungen, unter welchen der Ausführung der Rohrleitung zugestimmt wird, zur Kenntnis zu nehmen und die im Magistratsberichte erwähnten Modificationen zu acceptieren;

3. es sei insbesondere zu genehmigen, dass das bei Kilometer $1^3/_4$ des Schwechater Flügels der Aspangbahn projectierte Unterfahrungsobject von dieser Bahn, jedoch auf Kosten der Gemeinde Wien, hergestellt und erhalten werde, dass weiters von dieser Bahn die Remanenzflächen Cat.-Parc. 2493 (Unter-Laa) und 2001 (Kledering) zum angebotenen Preise von 1 fl. 25 kr. per Quadratklafter eingelöst werden; endlich

4. es seien die von mehreren Interessenten bereits angesprochenen Entschädigungen, beziehungsweise Recognitionszinse zu genehmigen, und zwar:

a) von der Gemeinde Kledering eine einmalige Entschädigung von 1 fl. 25 kr. per Quadratklafter für die Benützung der erforderlichen Fläche von der Gemeindeparcelle 111/5;

b) von der Eisenbahn Wien—Aspang ein jährlicher Recognitionszins von 1 fl.;

c) von der priv. österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft ein jährlicher Recognitionszins von 10 kr.;

d) von der k. k. Eisenbahn-Betriebsdirection ein jährlicher Recognitionszins von 50 kr. zu genehmigen und letzterer Bahnverwaltung der geforderte intabulationsfähige Revers auszustellen.

Nach den Ausführungen des genannten Experten wird der Referenten-Antrag mit dem im Sinne des Antrages des St.-R. Dr. Lederer formulierten Zusatze genehmigt, dass dem Projecte unter der Bedingung zugestimmt werde, dass der Bestand der Leitung durch Bestellung von Servituten sichergestellt werde.

Derselbe referiert über rückständige Beerdigungskosten, und zwar:

(9192.) nach vier Parteien aus dem VIII. Bezirke im Betrage von 10 fl. 35 kr., und

(9107.) nach 115 Parteien aus dem XII. Bezirke im Betrage von 260 fl. 73 kr.,

und beantragt die Abschreibung dieser Beträge aus den von den betreffenden magistratischen Bezirksämtern angeführten Gründen. (Angenommen.)

(9273.) **St.-R. v. Götz** referiert über die Verpachtung der Eisgewinnung aus dem auf der städtischen Grundparcelle 349 in Hadersdorf, XIII. Bezirk, befindlichen aufgelassenen Platten-Steinbruche und beantragt, diese Verpachtung für den Winter 1894/95 um den Pachtschilling von 20 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(9274.) **Derselbe** referiert über die Verpachtung der städtischen Ackergründe Cat.-Parc. 278 und 342 in Breitensee, XIII. Bezirk, und beantragt, die Verpachtung dieser Gründe auf die Dauer von vier Jahren, d. i. vom 1. November 1894 bis 1. November 1898, um den jährlichen Pachtzins von 10 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(802.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über die angeregte Übertragung der Leiche des Dr. Adolf Fischhof in ein Ehrengrab am Central-Friedhofe und beantragt, den Magistratsbericht, demzufolge die Verwandten des Verstorbenen erklärt haben, auf diese Übertragung nicht eingehen zu können, demnach die Angelegenheit gegenstandslos sei, zur Kenntnis zu nehmen.

Hiedurch erledigt sich der bezügliche Antrag des Gem.-Rathes Lang. (Zur Kenntnis.)

(8152.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Bibliotheksdirectors, betreffend den Ankauf von zwei dem Maler Konrad Grefe ausgeführten Blättern, darstellend die Stadt Wien im XVII. Jahrhunderte, und beantragt, den Ankauf beider Blätter um den Betrag von je 120 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **21. November 1894.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Schlechter, Schneiderhan, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger. Wurm.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Lederer, Rückauf, Stiaßny.
Experte: Magistrats-Commissär Appel.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

Die St.-R. Dr. Lederer und Stiaßny entschuldigen ihr Ausbleiben wegen Theilnahme an einer Sitzung der Donauregulierungs-Commission, St.-R. Rückauf wegen Unwohlseins; die St.-R. Dr. v. Billing und Dr. Huber entschuldigen ihr späteres Erscheinen. (Zur Kenntnis.)

Interpellation des St.-R. Schlechter, betreffend die Verzögerung der angesuchten Wassereinleitung in mehrere Häuser des XVII. Bezirkes.

(Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.)

(9190.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Einsammlung und Abfuhr des Hauskehrichtes in Neustift a. W. und Salmannsdorf und beantragt:

1. Für die Kosten der Kehrichteinsammlung in Neustift a. W. und Salmannsdorf vom 18. März bis inclusive 30. September d. J. wird ein Zuschusscredit von 166 fl. zur Rubrik XXII 5 d bewilligt.

2. Die Kehrichteinsammlung in diesen Bezirkstheilen wird für die Zeit vom 1. Mai bis inclusive 30. Juni 1895 dem Contrahenten Franz Hirschauer gegen eine Entschädigung von 6 fl. pro Woche übertragen.

Über Antrag des St.-R. Dr. Lueger wird folgender Beschluss gefasst:

1. Der beantragte Zuschusscredit wird bewilligt;

2. Der Magistrat wird aufgefordert, bezüglich der Manipulation im nächsten Jahre ein eingehenderes Referat zu erstatten.

(9204.) **Derselbe** referiert über rückständige Trottoirherstellungskosten per 10 fl. 61 kr. nach Josef Ziegler für das Haus XII., Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 72, und beantragt die Abschreibung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(9121.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Anschaffung von Kleidung, Wäsche und sonstigen Gegenständen für die Zöglinge der städtischen Waisenhäuser pro 1895 und beantragt:

Der Stadtrath wolle die Anschaffung der in den Buchhaltungs-Ausweisen A bis H angeführten Kleidungsstücke und sonstigen Gegenstände für die Zöglinge der acht städtischen Waisenhäuser pro 1895 mit dem Gesammtkostenbetrage von 17.822 fl. 35 kr. genehmigen und weiters bewilligen, dass die neuen Stoffe für die Kleidung der Waisenhaus-Zöglinge pro 1895 nach folgenden, von der Musterprüfungs-Commission gewählten Mustern bezogen werden:

A. Für Mädchenkleider:

1. für Waschkleider, Bedarf 900 m, das Muster Nr. 412 von Regenhart & Raymann, 78 cm breit, zu 34 kr.;

2. für Schürzen, Bedarf 360 m, das Muster Nr. 2 von Regenhart & Raymann, 78 cm breit, zu 34 kr.;

3. für Barchentkleider, Bedarf 700 m, das Muster von Regenhart & Raymann Nr. 1386, Qualität 14, 66 cm breit, zu 40 kr.;

3. für farbigen Barchent für Unterkleider, Bedarf 377·5 m, das Muster von Regenhart & Raymann, 66 cm breit, zu 36 kr.;

5. für weißen Barchent, Bedarf 42 m, das Muster Z. P. P. (Schnürlbarchent), 79 cm breit, zu 44 kr. von T. M. Hämmerle.

B. Für Knabenkleidung:

1. für Paletots für Zöglinge, Bedarf 170 m, das Muster mohrengrau, Commistuch, von A. Pollaks Söhne & Comp., 136 cm breit, zu 2 fl. 90 kr.;

2. für Paletots für austretende Zöglinge, Bedarf 147·6 m, das Muster C. von Josef Hamsa, 130/132 cm breit, zu 2 fl. 60 kr.;

3. für Winterhosen, Bedarf 478 m, das Muster Nr. 1 von Hugo Scholz zu 2 fl. 70 kr., 136 cm breit;

4. für Sommerkleidung der Zöglinge, Bedarf 827·5 m, das Muster von A. Pollaks Söhne & Comp., 140 cm breit, zu 2 fl. 45 kr., etwas dunkler als das Muster zu liefern;

5. für Sommerkleidung für die austretenden Zöglinge, Bedarf 360·2 m, das Muster von A. Pollaks Söhne & Comp., 136 cm breit, zu 2 fl. nach Muster ex 1894;

6. für Kalmuk, Bedarf 576 m, das Muster von Fr. Liebisch Söhne, glatt Kalmuk E, 59/60 cm breit, zu 34 kr.;

7. für Futterkattun, Bedarf 1669·2 m, das Muster von Abeles, 76 cm breit, zu 17½ kr. (Angenommen.)

(9181.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Karl und der Marie Krauß um Schadloshaltung für den bei dem Hause VI., Stumpergasse 27, abzutretenden Grund per 38·80 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit dem Pauschale von 690 fl. zu bestimmen. (Angenommen.)

(8993.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wiener Taubstummen-Turnerclubs um Überlassung eines städtischen Turnsaales und beantragt, dem genannten Vereine den Turnsaal der städtischen Volksschule für Mädchen VI., Sonnenuhrgasse 3, zur Benützung am Mittwoch und Samstag in jeder Woche von 7 bis 9 Uhr abends unter den mit den Stadtraths-Beschlüssen vom 10. September 1891, Z. 1517, und vom 3. Jänner 1893, Z. 7208, festgesetzten Bedingungen und gegen Erlag von 20 fl. zu überlassen. (Angenommen.)

(8318.) **Derselbe** referiert über die Verlegung der in Mädchenschulen untergebrachten gewerblichen Vorbereitungscurse und beantragt, es sei der Magistrat zu ermächtigen, an die Gewerbeschul-Commission mit dem Ersuchen heranzutreten, bezüglich sämmtlicher gewerblicher Vorbereitungsschulen für männliche Lehrlinge im Wiener Schulbezirke, welche dermalen in Gebäuden von Mädchenschulen untergebracht sind, einen Vorschlag zu erstatten, in welche Knabenschulen dieselben — nach eingeholter Zustimmung des Stadtrathes — zu transferieren wären. (Angenommen.)

(9245.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Reducierung von Wassermehrverbrauchsgebüren bezüglich mehrerer Objecte im I. Bezirke und beantragt die Genehmigung der diesbezüglichen Anträge des magistratischen Bezirksamtes für den I. und VIII. Bezirk. (Angenommen.

(9129.) **St.-R. Müller** referiert über das Ansuchen des Anton und der Ludmilla Hauser um Bewilligung zur Theilung der Parcelle 770/1, Einl.-Z. 529 Ober-Döbling, Neustiftgasse, und beantragt die Genehmigung im Sinne des Magistrats-Antrages.

(Angenommen.)

(5615.) **Derselbe** referiert über das Ergebnis der Verhandlungen mit Moses Löw, puncto Grundentschädigung I., Bauernmarkt 10 und Kramergasse 1, und beantragt, in Genehmigung des von dem Genannten laut Protokolles vom 13. November 1894 gestellten Anbotes die Entschädigung für den abzutretenden Grund per 126·14 m² unter Compensation der Grundeinbeziehung per 2·57 m² mit 16.000 fl. zu bestimmen. (Angenommen.)

(9051.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der deutsch-österreichischen Mannesmann-Röhrenwerke um Zulassung ihrer Röhrenerzeugnisse zu den Gas- und Wasserleitungen der Gemeinde Wien und beantragt, zu bewilligen, dass kostenlos und franco beizustellende sechs Stück solcher Röhren zu je zwei Stück in drei verschiedenen Terrains behufs ihrer Erprobung eingebaut werden. (Angenommen.)

(5244.) **Derselbe** referiert über die Baulinien- und Niveaubestimmung für mehrere Straßen in Lainz und beantragt:

1. die mit Erlass der ehemaligen k. k. Bezirkshauptmannschaft Sechshaus vom 28. April 1888, Z. 30461, bestimmten Baulinien der Einsiedelei-, Saurau-, Gärtnergasse und der Parallelstraße zwischen der Saurau- und Gärtnergasse in Lainz werden aufrecht erhalten, letztere Straße (Parallelstraße) aber bei einer Straßenbreite von 12 m nach den Linien O Z und P P¹ verlängert;

2. die mit demselben Erlasse der k. k. Bezirkshauptmannschaft Sechshaus genehmigten Baulinien der Ober-St. Veitergasse (längs des Weges Cat.-Parc. 406) werden unter Beibehaltung der Straßenbreite von 12 m und unter Beibehaltung der Linien a¹ c¹ und d¹ e¹ im oberen Theile nach den Linien J K L M und N O P Q (Straße II) abgeändert;

3. für die Parallelstraße zur Einsiedeleigasse (Straße I) werden die Linien A B C D und H G F E als Baulinien mit einer Straßenbreite von 12 m bestimmt;

4. der Anschluss der Ober-St. Veitergasse an die mit Gemeinderaths-Beschluss vom 24. April 1894, M.-Z. 22582, genehmigten Baulinien in St. Veit, rücksichtlich an die in der Richtung der Kreuzstraße projectierten Brücke über die Verbindungsbahn wird nach der Linie X X¹ in Aussicht genommen, beziehungsweise werden in der Strecke a¹ b¹ und N x y z diese Linien bei einer Straßenbreite von 12 m als Baulinien bestimmt;

5. für den nördlichen Theil der Einsiedeleigasse zwischen der Saurau- und Gärtnergasse werde die bestimmte Vorgartenbreite von 2·50 m beibehalten, für die übrigen Straßen dagegen die Herstellung von beiderseitigen 4 m breiten Vorgärten bestimmt;

6. für die Realität Einl.-Z. 207, sowie für die vorgenannten Straßen überhaupt wird die freistehende Bauweise in der Art festgesetzt, dass gegen die Nachbargrenze ein Grundstreifen von 3 m Breite unverbaut bleibt, wobei aber die Kuppelung zweier Gebäude als zulässig erklärt wird;

7. für dieses Gebiet werde die Bauführung unter erleichterten Bedingungen nach Abschnitt VIII der Bauordnung für Wien, jedoch mit Ausschluss gemeinschaftlicher Feuermauern, auf die Dauer von zehn Jahren gewährt;

8. die genehmigten, im Plane eingezeichneten Niveaux der Einsiedelei- und Sauraugasse werden aufrecht erhalten und für die neue Parallelstraße I zur Einsiedeleigasse, die neue Straße II, der obere Theil der Gärtnergasse und die östliche Parallelclasse zu denselben eingetragenen Niveaucoten genehmigt.

Das Niveau für den Straßenzug ad 4 und für die Verlängerung der Parallelstraße zwischen der Sauraugasse und Gärtnergasse ergibt sich aus dem Anschlusse der angrenzenden Straßen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8091.) **Derselbe** referiert über Kaufsofferten auf Theile der Linienwallparcelle 1696/4, Einl.-Z. 431, VII. Bezirk.

Über Anregung des Vorsitzenden, Vice-Bürgermeisters Matzenauer wird beschlossen, die vorliegenden Anbote abzulehnen und eine neuerliche Verhandlung mit den Eigenthümern des Hauses, Kaiserstraße 81, wegen Restringierung des Anbotes auf die Grundfläche I, II, III, IV (J) einzuleiten. (Angenommen.)

(8763.) **St.-R. Matthies** referiert über den Plenarbeschluss vom 20. April 1894, ad Z. 7360 ex 1893, betreffend die Ausmittlung eines Platzes in der Hasen- und Dampfgasse, X. Bezirk, für den Bau einer Schule als Ersatz für die eingemietete Schule X., Himbergerstraße 30, und beantragt, den Magistratsbericht, wonach in den genannten Gassen ein geeigneter Platz nicht gefunden werden konnte, mit dem Beisatze genehmigend zur Kenntnis zu nehmen, dass der Magistrat aufgefordert wird, bei Durchführung der Parcellierung der Tschinkel'schen Realität Anträge wegen Ankauf eines Schulbauplatzes zu stellen. (Angenommen.)

(8913.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Julius Granichstädten um Consens zur Herstellung eines Einfriedungsgitters XVI., Ottakring, Schottengasse 49, und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung nach dem Bezirksamts-Antrage.

(Angenommen.)

(9170.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Katharina Dirnberger um Consens zur Herstellung einer Vorlegestufe und der Radabweiser bei dem Neubau Einl.-Z. 540 in Kaiser-Ebersdorf, Dreherstraße, XI. Bezirk, und beantragt die Zustimmung gegen Entrichtung einer jährlichen Recognitionsgebür per 1 fl. für die Vorlegestufe. (Angenommen.)

(9189.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen von Dienstmännern auf dem Standplatze III., Hauptstraße, Ecke der Sechskrügelgasse, um Nachsicht des Platzzinses für die Aufstellung von sechs Handwägen und drei Schiebkarren und beantragt die Bewilligung der unentgeltlichen Aufstellung dieser Handwägen und Schiebkarren auf dem gepflasterten Zwischenplatze neben dem Gehwege am Augustinermarkte gegen Widerruf, resp. die Abschreibung des vom 1. Mai 1893 vorgeschriebenen Platzzinses von jährlich 15 fl. (Angenommen.)

(9269.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Lieferung von Leder, Kerzen, Seife, Soda für die städtischen Humanitätsanstalten und beantragt, die Lieferung von Kerzen, Seife und Soda der Firma Uiblein & Sohn in Genehmigung ihres Offertes zu übertragen, nach welchem dieselbe bereit ist, unter Einhaltung von Lieferungsvorschrift:

100 Pakete Stearinkerzen, hochprima, à 500 g
6 oder 8 um . . . . . 33 fl. — kr.,
100 kg Talgkerzen, prima um . . . . . 50 fl. — kr.,
100 kg Kernseife, prima um . . . . . 25 fl. 50 kr.,
100 kg Soda, kryst., prima um . . . . . 4 fl. 75 kr.
netto Cassa ohne Sconto franco in das Depot der städtischen Versorgungsanstalt und ab Bahnhof Wien bezüglich der auswärtigen Anstalten mustergemäß zu liefern.

Die Artikel: Schmierseife und Dochte sind wie bisher im Handeinkaufe zu beschaffen.

Was die Lieferung von Leder betrifft, so wäre der Magistrat zu ermächtigen, mit dem Offerenten F. Figdor zu verhandeln, ob er bereit wäre, Kalbleder anstatt um 290 fl., um 280 fl. per 100 kg zu liefern. Für diesen Fall wäre dem Genannten unter Annahme seines Offertes die Lieferung von Terzenleder um 130 fl. per 100 kg und Kalbleder um 280 fl. per 100 kg zu übertragen.

(Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(1453.) **St.-R. Dr. Aechansky** referiert über das Ansuchen des Johann Olivo, Bediensteten des k. k. Hof-Burgtheaters, im IX. Bezirke wohnhaft, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

Derselbe referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung für:

(8626.) VIII. Bezirk:

Liebl Josef, Milchmeier;

Kovařik Johann, Tischlermeister;

Baumgartner Johann, k. k. beeideter Schätzmeister;

Kausky Alois, Damenkleidermacher;

(8329.) I. Bezirk:

Kretsch Jakob, Kaufmann. (Angenommen.)

(9048.) **St.-R. Wurm** referiert über den Ablauf der der Firma Siemens & Halske ertheilten Bewilligung zur Beleuchtung des Kohlmarktes mit elektrischem Lichte und beantragt:

Wegen Aufrechthaltung der elektrischen Beleuchtung des Kohlmarktes ist sowohl mit der Firma Siemens & Halske als mit der Imperial-Continental-Gas-Association zu verhandeln, jedenfalls aber die Beleuchtung dieser Straße ab 5. December 1894 sicherzustellen. (Angenommen.)

(9168.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Herstellung der Centralheizanlage (combinierte Niederdruck-Dampfheizung) für die neue Schule V., Fendigasse, und beantragt, die Herstellung dieser Heizanlage der Firma B. und E. Körting auf Grund ihres vorgelegten Projectes um den Maximalkostenbetrag von 12.464 fl. 55 kr. zu übertragen. Die Rohrleitungen in den Geschossen sind bis 2 m über dem Fußboden mit Holzkästen zu schützen, ohne dass diesbezüglich eine Erhöhung der Maximalkostensumme eintritt.

(Angenommen.)

(9172.) **Derselbe** referiert über eine Zuschrift der k. k. Generaldirection der österr. Staatsbahnen, betreffend die Überlassung von acht städtischen Parcellen in Heiligenstadt zur Anlage der Stadtbahn (Bahnhof Heiligenstadt) und beantragt, der Gemeinderath wolle beschließen:

Die Gemeinde Wien erklärt sich in Abänderung des Gemeinderaths-Beschlusses vom 19. Juni 1894, Z. 4050, unter der bestimmten Erwartung, dass die k. k. Generaldirection der österr. Staatsbahnen in Würdigung der von der Gemeinde Wien aus Anlass des Stadtbahnbaues übernommenen, außerhalb des Programmes für die Verkehrsanlagen stehenden Lasten (Einlösung der halben Straßenbreiten längs der Stadtbahn 2c.) weiterhin ihr Entgegenkommen gegenüber der Stadtgemeinde zeigen werde, bereit, die in diesem Gemeinderaths-Beschlusse bezeichneten Theile der städtischen Parcellen 575, 577/1, 3, 4, 578 bis 581 und 1010/1 im XIX. Bezirke, Heiligenstadt, gegen Einhaltung der in diesem Beschlusse enthaltenen Bedingungen 1 bis 3 um den Einheitspreis von 8 fl. 33 kr. per Quadratmeter, sohin um den Gesammtpreis von 45.923 fl. 29 kr., an die k. k. Generaldirection der österr. Staatsbahnen als Machthaberin der Commission für Verkehrsanlagen in Wien zu veräußern.

Gleichzeitig wird unter den oberwähnten Bedingungen 1 bis 3 die sofortige Occupierung dieser städtischen Parcellentheile zu Stadtbahnzwecken vorbehaltlich der nachträglich zu erfolgenden schriftlichen Kaufvertragsausfertigung gestattet.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9179.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wendelin Kühnel um Bewilligung zur Grundab- und Zuschreibung bezüglich Einl.-Z. 726, III. Bezirk, Cat.-Parc. 1864/3 Hainburgerstraße, und beantragt die Genehmigung nach dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen.)

(9180.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wendelin Kühnel um Genehmigung der Parcellierung der Realität Einl.-Z. 728, III. Bezirk, Cat.-Parc. 1866/1, 1866/2 und 1867 Kainergasse 6, und beantragt die Genehmigung unter den vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingungen. (Angenommen.)

(9185.) **Derselbe** referiert über die Magistrats-Anträge wegen Verwendung der Wohnung des zweiten Portiers des neuen Rathhauses für Amtszwecke des Stadtbauamtes (Abtheilung für Beleuchtungswesen) und beantragt die Genehmigung derselben. (Abgelehnt.)

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

(9173.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Theodor Ritt. v. Taussig um Enthebung von der Herstellung eines Trottoirs vor der Gartenanlage längs der Gloriettegasse und des Promenadeweges in Hietzing, XIII. Bezirk.

Über Anregung des Vorsitzenden, Vice-Bürgermeisters Matzenauer beantragt Referent:

Es sei das magistratische Bezirksamt für den XIII. Bezirk zu beauftragen, mit dem Gesuchsteller dahin zu verhandeln, dass dieser nur gegen dem von der Herstellung des Trottoirs enthoben werden könnte, dass er bereit ist, zur Straßenregulierung vor dem Bruche der Gloriettegasse bis zur Lainzerstraße einen entsprechenden Beitrag zu leisten. (Angenommen.)

(9259.) **Derselbe** referiert über die Abänderung der Baulinie für die Verlängerung der Mittelgasse, VI. Bezirk, und beantragt in Abänderung des Gemeinderaths-Beschlusses vom 2. October 1891, Z. 491, die Baulinie für die Verlängerung der Mittelgasse, VI. Bezirk, von der Wallgasse bis zur Gürtelstraße unter Beibehaltung der Straßenbreite von 15·17 m nach den Linien a b und c d zu bestimmen, beziehungsweise abzuändern.

Ferner sei an die Generaldirection der Staatsbahnen das Ersuchen zu stellen, bei Ausarbeitung des Detailprojectes der Gürtellinie die Eindeckung der Bahn in der ganzen Breite des Kirchenplatzes vor der Kirche „Marie vom Siege" in Aussicht zu nehmen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Während dieses Referates fungierte Magistrats-Commissär Appel als Experte.)

(9233.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über die Eingabe des Bezirksausschusses Josefstadt und jene des Vereines der Hausbesitzer im VIII. Bezirke gegen den Wiederaufbau des abgebrannten Depots im k. u. k. Verpflegsmagazine und beantragt, der Bürgermeister werde ersucht, im Sinne des Magistrats-Antrages beim k. u. k. Reichs-Kriegsministerium vorstellig zu werden.

(Angenommen.)

(9038.) **Derselbe** referiert über die auszuführende Verbreiterung der Trottoire vor den Häusern Or.-Nr. 11, 13, 15, 16, 17, 18,

20, 75, 77, 79, 81, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 94 Martinsstraße und Or.-Nr. 22, 24, 26, 31 Johannesgasse im XVIII. Bezirke und beantragt, diese Trottoirverbreiterung mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 2218 fl. 75 kr. als Mehrarbeiten zu dem mit Stadtraths-Beschluss vom 4. September 1894, Z. 6993, genehmigten Projecte für die Um- beziehungsweise Neupflasterung der genannten Straßen zu genehmigen.

Die Ausführung dieser Mehrarbeiten ist dem zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 16. October 1894, Z. 8199, mit den Erd- und Pflasterungsarbeiten für das erwähnte Project betrauten Ersteher zu übertragen. (Angenommen.)

(9287.) **Derselbe** referiert über die Schlussrechnung für den Canalbau in der Sechsschimmel- und Lustkandlgasse im IX. und und XVIII. Bezirke und beantragt, das vom Stadtbauamte motivierte Mehrerfordernis von 1404 fl. 37 kr. zu genehmigen und die Überschreitung des genehmigten Arbeitstermines von 35 Tagen um fünf Arbeitstage nachzusehen. (Angenommen.)

(8995.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ch. Mörzinger-Cabos und A. Schweinburg um Schadloshaltung für den von der Realität Or.-Nr. 10 Lerchenfelderstraße, 2 Langegasse im VIII. Bezirke zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von circa 166 m².

Es wird beschlossen, ein Verhandlungs-Comité einzusetzen; in dasselbe werden gewählt die St.-R. Ritt. v. Neumann, Dr. Rechansky und Matthies.

(8615.) **Derselbe** referiert über Mehrarbeiten bei dem Umbaue des Canales in der Hernalser Hauptstraße zwischen Or.-Nr. 52 und der Alsbachstraße und beantragt, den diesfalls erforderlichen (bedeckten) Kostenbetrag von 660 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(8879.) **Derselbe** referiert über einen Vergleichs-Antrag in der Rechtssache des Jakob Strauß und Aaron Traub durch Dr. Jakob Engel, Hof- und Gerichtsadvocat, contra Gemeinde Wien puncto Straßengrundentschädigung VI., Hofmühlgasse 23, Gumpendorferstraße 77, und beantragt, im Sinne des zweiten Ausgleichs-Antrages des Dr. Engel eine Schadloshaltung von 50 fl. per Quadratmeter des abzutretenden Grundes im Ausmaße von 121·75 m² zu bewilligen. (Angenommen.)

(8987.) **Derselbe** referiert über die eventuelle Einbeziehung der in dem Mädchenschultracte des Volksschulgebäudes IV., Alleegasse 11, bestehenden Oberlehrer- (Natural-) Wohnung in den Plan für die Adaptierung von Localitäten behufs Eröffnung von Bürgerschulclassen in dieser Schule und beantragt die Belassung der erwähnten Naturalwohnung. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

(Wiener Communal-Sparcassa in Hernals.) Montag den 3. December d. J., vormittags, findet unter Intervention des Bürgermeisters Dr. Grübl die Eröffnung des für die Zwecke der Wiener Communal-Sparcassa in Hernals angekauften Hauses, XVII. Bezirk, Elterleinplatz, statt.

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 27. und 29. November 1894.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	2900 Stück
Fettschweine	7762 „
Summa .	10662 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8304 Stück
für das Land	750 „
unverkauft blieben	1608 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 33 bis 41 (—) kr.
Fettschweine . . „ 36 „ 40 (—) „ } per Kg. Lebendgewicht

Der Geschäftsverkehr war am Dienstagmarkte lebhaft und haben Jungschweine 2 bis 3 kr.; Fettschweine 2 kr. per Kilogramm im Preise gewonnen; am Donnerstagnachmarkte haben von diesen Avancen beide Gattungen wieder 1 kr. per Kilogramm eingebüßt.

* * *

Pferdemarkt vom 27. November 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 475 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 80—460 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 19— 50 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 29. November 1894.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 3451, Kälber lebend 69, Lämmer Waidner 477, Lämmer lebend —, Schafe Waidner 478, Schafe lebend 4911, Schweine Waidner 1686.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg.	von	30 (—)	bis	60 (62)	kr.
Kälber lebend	„ „	„	30 (—)	„	60 (64)	„
Schweine Waidner	„ „	„	35 (—)	„	50 (—)	„
Schweine lebend junge . .	„ „	„	—	„	—	„
Schweine lebend fette . .	„ „	„	—	„	—	„
Lämmer Waidner	„ Paar	von	6	bis	11	fl.
Lämmer lebend	„ „	„	—	„	—	„
Schafe Waidner	„ Kg.	von	22 (—)	bis	38 (—)	kr.
Schafe lebend	„ „	„	24	„	26	„
Schafe lebend	„ Paar	von	5	bis	22	fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 826 Stück Kälber mehr zugeführt. Diese starke Vermehrung des Angebotes drückte bei sehr flauem Geschäfte die Preise der Waidner-Ware um gut 6 bis 10 kr. per Kilogramm herab.

Auf dem Schafmarkte wurden um 948 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust war etwas lebhafter und sind daher die besseren Qualitäten um 1 bis 1½ fl. per Paar gestiegen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 29. November 1894 30 Stück Mast-, 112 Stück Weide- und 222 Stück Beinlvieh aufgetrieben und zu den Preisen des Montagsmarktes verkauft.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Theilweise Aufhebung des Lungenseuche-Sperrgebietes rücksichtlich der Comitate Pest-Pilis-Solt-Kis-Kun und der Stadtgebiete Budapest und Stuhlweißenburg.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 23. November 1894, Z. 92319, Nachstehendes kundgemacht:

Amtlicher Mittheilungen zufolge haben die in den Gemeinden Márton-ráśár und Vaál (Comitat Feyer) anläßlich der Constatierung der Lungenseuche im Wiener Schlachthause zu St. Marx bei einem aus der Gemeinde Vaál stammenden und über den Budapester Viehmarkt auf den Wiener Central-Viehmarkt gebrachten Rinder durch Staats-Thierärzte vorgenommenen eingehendsten Nachforschungen nach dem Bestande der Lungenseuche ein negatives Resultat ergeben.

Nachdem ungeachtet der gänzlich negativen Erfolge dieser Nachforschungen über die genannten Gemeinden die strengste Sperre verhängt wurde, insolange nicht der Verdacht der Lungenseuche gänzlich behoben sein wird, und da von Seite des königl. ung. Ackerbauministeriums die strengsten Maßnahmen zur Überwachung des Budapester Viehmarktes verfügt wurden, um eine Verschleppung der Lungenseuche von demselben hintanzuhalten, hat sich das h. k. k. Ministerium des Innern laut Erlasses vom 19. November d. J., Z. 30162, bestimmt gefunden, die mit dem Erlasse vom 30. October 1894, Z. 27642 (h. o. Kundmachung vom 2. November 1894, Z. 86616) verfügte Einbeziehung der Comitate Pest-Pilis-Solt-Kis-Kun und Feyer (Weißenberg), dann der königlichen Freistädte Budapest (mit Einschluss des dortigen Viehmarktes) und Stuhlweißenburg (Szekesfehervár) in das ungarische Lungenseuchen-Sperrgebiet sowie die Anordnung, dass Rinder dieser Provenienzen ausschließlich nach dem Wiener Central-Viehmarkte zu St. Marx zur Aufstellung auf der Contumazabtheilnng und sofortigen Schlachtung in einem der Wiener Schlachthäuser zur Einfuhr gelangen dürfen, vom 24. November 1894 angefangen mit der Beschränkung außer Kraft zu setzen, dass die Provenienzen aus den Gemeinden Márton-Vasár und Vál (Vaal) des Stuhlweißenburger Comitates, dann aus den seitens der königl. ung. Regierung unter strenge Sperre gestellten Mastungen des Grünwald in Altofen und des Egyedy in Neupest auch nach dem 24. November 1894 nur nach Wien auf die Contumazabtheilung des Central-Viehmarktes zu St. Marx behufs der sofortigen Schlachtung in einem der Wiener Schlachthäuser gebracht werden dürfen.

Hievon erfolgt mit dem Beifügen die Verlautbarung, dass Übertretungen der im Schlusssatze dieser Kundmachung enthaltenen Bestimmungen nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51), wobei auch die Vorschriften des § 46 Th.-S.-G. und der dazu erlassenen Durchführungsvorschrift (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36 ex 1880) in Anwendung kommen, bestraft werden.

* * *

Bedingungsweise Gestattung der Zufuhr von Schweinen aus der königlichen Freistadt Raab nach Wien.)

Die k. k. Statthalterei für Niederösterreich hat unterm 23. November d. J., Z. 92780, Nachstehendes kundgemacht:

Nachdem ämtlichen Mittheilungen zufolge die wegen Maul- und Klauenseuche bedenklichen Szállásen einige Kilometer von der Stadt Raab entfernt gelegen sind und unter strenger Sperre stehen, findet die k. k. Statthalterei in Abänderung des mit der Kundmachung vom 15. November d. J., Z. 90741, verfügten Verbotes der Einfuhr von Schweinen aus dem Comitate und der Stadt Raab in Ungarn nach Niederösterreich zu gestatten, dass bis auf weiteres aus den dem königl. Veterinäramte unterstehenden Szálläsen der Stadt Raab stammenden Schweine nach Wien auf die Contumazabtheilungen des Borstenviehmarktes behufs Verwertung und unverzüglicher Schlachtung in den Schlachtstätten des Wiener Stadtgebietes unter der Bedingung zugeführt werden dürfen, dass die betreffenden Thiere in den fraglichen Szálläsen in Raab mindestens 14 Tage lang von seuchenbedenklichen Klauenthieren abgesondert gehalten wurden und unmittelbar vor ihrer Verladung von den Organen des Veterinäramtes untersucht und in Bezug auf Maul- und Klauenseuche unbedenklich befunden wurden, welche Umstände auf den betreffenden Viehpässen ausdrücklich anzuführen sind.

Das Verbot der Zufuhr von Schweinen aus dem Comitate Raab und den dem genannten Veterinäramte nicht unterstehenden Szálläsen im Stadtgebiete von Raab nach Niederösterreich bleibt bis auf weiteres in Wirksamkeit.

Übertretungen dieser Anordnung, welche am 25. November d. J. in Wirksamkeit tritt, werden nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51), wobei auch die Vorschriften des § 46 Th.-S.-G. und der dazu erlassenen Durchführungs-Vorschriften (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36 ex 1880) in Anwendung kommen, bestraft.

* * *

Erleichterungen hinsichtlich der beschränkten Verwertung und Abfuhr von Schweinen von dem Borstenviehmarkte zu St. Marx.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 22. November 1894, Z. 92671, Nachstehendes kundgemacht:

Nachdem die Zufuhr von Schweinen aus einigen derzeit wegen Maul- und Klauenseuche besonders bedenklichen Provenienzgebieten nach Niederösterreich, beziehungsweise Wien durch Erlassung entsprechender Einfuhrsverbote verhindert wurde, am Wiener Borstenviehmarkte sämmtliche maul- und klauenseucheverdächtigen Schweine geschlachtet wurden und der Wiener Magistrat zweckdienliche Vorkehrungen und Einrichtungen behufs Ermöglichung der rechtzeitigen Eruierung und sofortigen Unterdrückung von etwa vorkommenden Maul- und Klauenseuchefällen in weiters zugeführten Schweinepartien getroffen hat, findet die k. k. Statthalterei die mit den Erlässen vom 8. und 12. November d. J., Z. 88463 und 89955, erflossenen Verfügungen, nach welchen anläßlich des Vorkommens von einzelnen Fällen von Maul- und Klauenseuche bei Schweinen am Wiener Borstenviehmarkte die Abfuhr von lebenden Schweinen von Wien außerhalb des Wiener Stadtgebietes verboten wurde, abzuändern und zu gestatten, dass bis auf Widerruf auf dem Wiener Borstenviehmarkte erworbene lebende Schweine nicht nur in das übrige Stadtgebiet von Wien, sondern auch, jedoch gleichfalls nur zum Zwecke der sofortigen Schlachtung in die nachbenannten größeren Consumorte des hiesortigen Verwaltungsgebietes abgegeben werden dürfen, und zwar nach Atzgersdorf, Liesing, Inzersdorf bei Wien und Purkersdorf des politischen Bezirkes Hietzing Umgebung; Baden, Brunn am Gebirge, Mödling, Perchtoldsdorf, Rodaun und Vöslau des politischen Bezirkes Baden; Bruck a. d. Leitha, Hainburg und Schwechat des politischen Bezirkes Bruck a. d. Leitha; Donaufeld des politischen Bezirkes Groß-Enzersdorf; Floridsdorf, Korneuburg und Stockerau des politischen Bezirkes Korneuburg; Krems und

Stein des politischen Bezirkes Krems; Klosterneuburg und Tulln des politischen Bezirkes Tulln; endlich Melk, Pöchlarn und St. Pölten des politischen Bezirkes St. Pölten.

Dieses Zugeständnis wird jedoch an folgende Bedingungen geknüpft:

1. Zur Versendung in die oben aufgeführten Orte dürfen nur solche Schweine gelangen, welche bei der unmittelbar vor ihrer Verladung am Borstenviehmarkte vorzunehmenden genauen thierärztlichen Untersuchung als gesund und unbedenklich befunden wurden und mit vorschriftsmäßig ausgestellten Viehpässen, in welchen die Stückzahl, die Race und sonstigen Merkmale der Thiere, sowie deren Eigenthümer und Bestimmungsorte deutlich angegeben erscheinen, gedeckt sind.

2. Die im directen Eisenbahnverkehre für die genannten Orte bestimmten Schweine müssen bei der Ausladung auf der betreffenden Eisenbahnstation der thierärztlichen Beschau auf Kosten der Partei unterzogen werden.

3. In die an das Stadtgebiet von Wien angrenzenden, beziehungsweise demselben näher gelegenen Orte Schwechat, Inzersdorf bei Wien, Purkersdorf, Atzgersdorf, Liesing, Brunn am Gebirge, Perchtoldsdorf, Rodaun, Mödling, Donaufeld, Klosterneuburg und Floridsdorf können solche Schweine auch in mittels Pferden bespannten Wagen abgeführt werden.

Die Absendung der Schweine wird fallweise seitens der Wiener Marktbehörde rechtzeitig dem Gemeindeamte des Schlachtortes bekanntgegeben werden, und sind die Eigenthümer gehalten, das Einlangen der Thiere im Schlachtorte dem Gemeindeamte daselbst ohne Verzug zu melden.

4. Das Schlachten dieser Thiere, welche in den betreffenden Schlachtstätten von Wiederkäuern und Nutzschweinen abgesondert zu halten sind und im lebenden Zustande nicht außerhalb der genannten Orte gebracht werden dürfen, ist längstens innerhalb fünf Tagen nach dem Einlangen im Schlachtorte durchzuführen.

Etwa an der Maul- und Klauenseuche erkrankte Schweine jedoch sind ohne Verzug zu schlachten.

Übertretungen dieser Anordnungen, wegen deren genauesten Überwachung an die betreffenden Behörden die erforderlichen Weisungen ergangen sind, werden nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51) bestraft.

Sanitäts-Angelegenheiten.

(Eröffnung des städtischen Volksbades im XIV. Bezirke.) Samstag den 1. December d. J., vormittags 9 Uhr, findet die Eröffnung des städt. Volksbades im XIV. Bezirke, Heinickengasse Nr. 3 (ehemalige Sechshauser Spitalsrealität) statt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 26. bis 29. November 1894:

Für Neubauten:

I. Bezirk: Haus, Riemergasse 12, von Julius Mraczek und Marie Lenoch, Gärtnergasse 4, Bauführer Ferd. Baldia (8654).
VI. Bezirk: Haus, Gumpendorferstraße 34, 36, 38, von Karl Suchy, Rögergasse 22, Bauführer ? (8659).

Für Zubauten:

XVI. Bezirk: Einstöckiger Seitentract, Ottakring, Hyrtlgasse 9, von Bertha Charbusky, Koppstraße 2, Bauführer Franz Lehninger (52747).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Augustinerstr. 2, von Adolf Hofbauer, Baumeister (8639).
" " Rothenthurmstraße 31, von Theodor Deutschland und Schlesinger, Bauführer R. Jäger (8695).
" " Wipplingerstraße 8, von Heinrich Ohrner, Baumeister (8696).
" " Weihburggasse 22, von N. Offenheim, Bauführer L. Pötzelmayer (8698).
II. Bezirk: Praterstraße 66, von G. Ritt. v. Melasea, Bauführer Ant. Ipser (8650).
V. Bezirk: Mittersteig 16, von Heinrich Kirschmann, Bauführer Josef Hartl (8689).
VI. Bezirk: Dominikanergasse 3, von Theresia Thurgy, Bauführer Karl Graf (8648).
" " Stumpergasse 41, von Leopold Mendl, Bauführer Rudolf Graf (8669).
" " Mollardgasse 45 bis 47, von Wilhelm Neuber, Bauführer Ed. Schätz (8702).
XIII. Bezirk: Hoftract-Adaptierung und Depotbau, Lainz, Einl.-Z. 105, Hauptstraße Consc.-Nr. 12, von J. Weiner, Lainzerstraße 147, Bauführer? (33321).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 7 und 9, von Elis. Illing, ebenda, Bauführer Josef Bayer (52327).
" " Ottakring, Wilhelminenstraße Consc.-Nr. 301, von Moriz Edl. v. Kuffner, ebenda, Bauführer A. Zagórski (52686).
" " Neulerchenfeld, Fröbelgasse 49, von Wilhelm Klor, VII,. Kaiserstraße 81, Bauführer Josef Drbal (52753).
XVII. Bezirk: Hernals, Stiftgasse 30, von Karl Gunsheimer, XVIII., Gürtelstraße 23 a, Bauführer Thomas Mann (38102).
" " Hernals, Schmerlinggasse 34, Bauführer Johann Scheidl, Bauführer ? (38517).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Stützmauer, Riemergasse 8, von Dr. Karl Grehs & Dr. J. Bricht a, noe. Graf Spangen, Bauführer? (8690).
II. Bezirk: Wächterhaus, Kronprinz Rudolfstraße, Parc. 1633 und 4026/2, von Rudolf Reichelt, Baumeister (8651).
V. Bezirk: Backofen, Kompertg. 5, von Josef Jostal, Baumeister (8660).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 38, von Karl Suchy, Rögergasse 22 (8659).
" " Mariahilferstraße 112, von Friedrich Chwalla, Apollog. 4, (8680).
VII. Bezirk: Siebensterngasse 15, von Josef Nick, Siebensterng. 23 (8680).
IX. Bezirk: Alserbachstraße 27, von Ferd. Dehm & H. Olbricht, Baumeister (8662).
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Krölleg. 15, von Franz und Eugenie Houdek (31881).
XVII. Bezirk: Umbau, Hernals, Hauptstraße 118, von Martin Twaroch (38516).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

I. Bezirk: Bauernmarkt 12, von Kupka & Orglmeister, Baumeister (8671).

Gewerbeanmeldungen vom 26. November 1894.

Fauta Josef — Börseeffecten-Commissionsverschleiß — I., Wipplingerstraße 45.
Rittmüller Anton — Cantinenbetrieb — XI., Simmering, Nächst dem Central-Friedhofe.
Fleischmann Johann — Cartonagewaren-Erzeugung — XIV., Rudolfsheim, Goldschlagstraße 51.
Szelinger Philipp — Conditorwaren- und Sodawasser-Verschleiß — II., Leopoldsgasse 11.
Giacomelli Karoline — Einspännergewerbe — XVI., Ottakring, Wattg.
Zeleny Franz — Faßbinder — XVI., Ottakring, Wurlitzergasse 2.
Trautenberger Marie — Fischhandel — X., Eugenplatz.
Winkler Franz — Gastwirt — X., Laxenburgerstraße 80.
Hensel Geza — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Rochusgasse 15.
Reich Emanuel — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Wintergasse 11.
Schreiber Leo — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Löwengasse 25.
Sieberer Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Taborstraße 41.
Pissl Emanuel — Glaser — IX., Nußdorferstraße 8.
Neusinger Johann — Gold- und Silberarbeiter — VIII., Albertplatz 1.
Hindls Samuel — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — II., Czerning. 16.
Wolf Julie — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — II., Miesbachgasse 10.
Braun Gustav — Kaffeesieder — XVI., Ottakring, Hauptstraße 129.
Kohn Marie — Kaffeesiederin — II., Taborstraße 38.

Menzel Karoline — Kranken- und Leichenvereinsagentie — XV., Fünfhaus, Michaelergasse 4.
Seidl Marie — Maschinstrickerei — XIV., Rudolfsheim, Arnsteing. 25.
Mayer Leopold — Milchmeier — XI., Simmering, Dorfgasse 47.
Loumann Marie — Milch-, Gebäck- und Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — V., Tichtelgasse 13.
Fleischmann Sarina — Pfaidlerin — I., Milchgasse 2.
Ružička Anna — Pfaidlerin — XIV., Rudolfsheim, Goldschlagstr. 36.
Rißner Eduard — Pretiosen-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Reindorfgasse 42.
Buchta Eduard — Schuhmacher — II., Marchfelderstraße 6.
Groll Therese — Selchwaren-Verschleiß — III., Thongasse 3.
Brückner Franz — Spirituosen-Erzeugung — IX., Liechtensteinstr. 105.
Vogt Adolf, Bachmann Josef Franz, Liebscher Josef Franz — Verschleiß von elektrischen Artikeln — I., Lothringerstraße 5.
Moravec Barbara — Weißnäherin — XV., Fünfhaus, Sperrgasse 14.
Holzner Johann — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 20.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 27. November 1894.

Cellerin Heinrich — Aufstellen und Zusammensetzen von Saug- und Pumpvorrichtungen an Brunnen — VI., Mollardgasse 21.
Manhart Franz — Ausführung von Gas- und Wassereinleitungen — XIX., Heiligenstadt, Gatterburggasse 16.
Hajek Innocenz Johann — Bäcker — III., Erdbergstraße 78.
Taschmann Gittel — Brantwein- und Theeschank — IV., Margarethenstraße 10.
Brandl Franz — Gastwirt — XVIII., Währing, Neuegasse 6.
Neuburg Hermine — Geflügelhandel — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse, Markt.
Kayser Ferdinand, Grutsch Gustav Paul — Gemischtwarenhandel — I., Singerstraße 3.
Feiler Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Schellinggasse 5.
Kielberger Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Walfischgasse 6.
Lang Ludwig — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Kolschitzkygasse 10.
Walfisch Bertha — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Erdbergerlände 12.
Weiser Friedrich — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Favoritenstr. 62.
Wiener Leopold — Gratulationskarten-, Modellier- und Bilderbögen-Verschleiß — VI., Brückengasse 16.
Engel Hugo — Handelsagentie für Maschinen und maschinelle Artikel — IX., Wasagasse 31.
Gerich Karl — Herausgabe der „Architekten- und Baumeister-Zeitung — VI., Magdalenenstraße 27.
Werber Isidor, Dr. — Herausgabe der Druckschrift „Die Essigindustrie" — III., Schützengasse 9.
Limlei Petronella — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — VI., Webgasse 2.
Maleček Francisca — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — III., Beatrixg. 1.
Schwarz Marie — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — XVIII., Währing, Blumengasse 12.
Wanke Julius — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — VI., Windmühlg. 40.
Franz Marie — Kleidermacherin — VI., Magdalenenstraße 32.
Kuhner Julie — Kleidermacherin — III., Untere Viaductgasse 15.
Mendl Marie — Kleidermacherin — VI., Fügergasse 3.
Schmidt Anton — Kleidermacher — XVIII., Währing, Wienerstraße 4.
Fischbein Victor — Montierung, Reparatur und Ausfertigung von Apparaten für Kellereiwirtschaft — I., Grillparzerstraße 5.
Gleich Friederike — Pfaidlerin — VI., Stumpergasse 54.
Kohaut Anna — Pfaidlerin — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 58.
Kramer Anna — Pfaidlerin — VI., Gumpendorferstraße 118.
Bergauer Pauline — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — V., Obere Amtshausgasse 45.
Makowitza Wilhelm — Privat-Zitherschule — IV., Goldegggasse 18.
Dwořak Christine — Schuhmachergewerbe — IX., Marktgasse 14.
Mayer Albert — Schuhmachergewerbe — XII., Meidling, Ehenfelsg. 3.
Wiener Leopold — Schul- und Gebetbücher-Verschleiß — VI., Brückengasse 16.
Denninger Johann — Selchwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Goldschlagstraße 51.
Onska Josef — Tischler — X., Laxenburgerstraße 87.
Sperk Adolf — Vertreter der Hutbänderfabrik Stohr & Kubier in Eberfeld gegen Provision — VI., Wallgasse 15.
Czech Georg — Victualienhandel — IV., Phorushalle.
Müller Margarethe — Victualienhandel im Umherziehen — XII., Meidling, Gemeindegasse 1.
Pribyl Rosalie — Wäscheputzerin — X., Engengasse 26.
Wohlfahrt Robert — Weinhandel — I., Singerstraße 4.
Stierschneider Leopold — Weinschank — IX., Schlagergasse 9.

* * *

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 2489

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 27. November 1894.

Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Dr. v. Billing, Dr. Linke und Dolainski wegen Fernbleibens 2489
2. Spende des Johann Praxlik 2489
Interpellationen:
3. Gem.-Rath Kaspar, betreffend die Instandsetzung der Promenadewege auf der Ringstraße 2489
4. Gem.-Rath Steiner, betreffend angebliche Unzukömmlichkeiten bei Transferierungen von Schankgewerbe-Concessionen 2489
Anträge:
5. Gem.-Rath Dobes, betreffend die Verstadtlichung des Geflügel- und des Taubenmarktes im XII. Bezirke 2490
6. Gem.-Rath Dr. Friedjung, betreffend die Förderung des Kranken- und Leichenvereines der Gemeindearbeiter Wiens . . 2490
7. Gem.-Rath Maresch, betreffend die Abstellung verschiedener Übelstände längs der Grenze des XIII. und XVI. Bezirkes . 2490
Referate:
8. Gem.-Rath v. Götz, betreffend die Durchführung der Rettichgasse in Hütteldorf von der Kirchengasse bis zur Alleegasse im XIII. Bezirke (Zuschussredit) 2490
9. Gem.-Rath Mayer, betreffend Herstellungen an mehreren städt. Gebäuden des XVI. Bezirkes (Zuschussredit) 2491
10. Derselbe, betreffend die Bewilligung eines Zuschussredites zu den Schulbau-Rubriken XII 12 f, 12 o, 12 x und 12 c_1 . . . 2491
11. Derselbe, betreffend die Bewilligung eines Zuschussredites zur Rubrik „Löhnungen des Personales für die Erhaltung ungepflasterter Straßen" 2491
12. Gem.-Rath Dr. Klotzberg, betreffend die Anschaffung von zwei Tonnenschiffen für Fischkalter am Fischmarkte am Donaucanale 2491
13. Gem.-Rath Wurm, betreffend das Ersuchen der k. k. Generaldirection der österr. Staatsbahnen namens der Verkehrsanlagen-Commission um Überlassung von acht städtischen Parcellen der Hagengründe zu ermäßigtem Preise 2492
14. Derselbe, betreffend die Renovierung der Amtswohnung des Leiters der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing Umgebung (Zuschussredit) 2496
15. Gem.-Rath Dr. Hackenberg, betreffend die Überreichung einer Petition in Betreff des Gesetzentwurfes über die Anlage und den Betrieb von Localbahnen und Kleinbahnen 2496
16. Gem.-Rath Schneiderhan, betreffend die Verwertung des Haus-, Markt- und Straßenkehrichtes aus dem I. Bezirke . . 2498

Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 2510
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 20. November 1894 2510
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 21. November 1894 2514

Allgemeine Nachrichten:
Wiener Communal-Sparcassa in Hernals 2517
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 27. und 29. November 1894 2517
Pferdemarkt vom 27. November 1894 2517
Stechviehmarkt vom 29. November 1894 2517
Approvisionierungs-Angelegenheiten:
Theilweise Aufhebung des Lungenseuche-Sperrgebietes rücksichtlich der Comitate Pest-Pilis-Solt-Kis-Kun und der Stadtgebiete Budapest und Stuhlweißenburg 2518
Bedingungsweise Gestattung der Zufuhr von Schweinen aus der königl. Freistadt Raab nach Wien 2518
Erleichterungen hinsichtlich der beschränkten Verwertung und Abfuhr von Schweinen von dem Borstenviehmarkte zu St. Marx . . . 2518
Sanitäts-Angelegenheiten:
Eröffnung des städt. Volksbades im XIV. Bezirke 2519
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 26. bis 29. November 1894 . . . 2519
Gewerbeanmeldungen 2519
Kundmachungen.
Beilage:
Verordnungen und Entscheidungen, sowie Normativbestimmungen des Gemeinderathes, Stadtrathes und des Magistrates 2c. (XI.)

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß). Wien, I., Walfischgasse 10.

Ad Prot. Nr. 129959 ex 1894.
Ref.-Nr. 2739. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung folgender, für den Bau von Anlagen der Wienflussregulierung in Hadersdorf—Weidlingau erforderlichen Arbeiten und Lieferungen, und zwar:

1. der **Erd- und Pflasterungsarbeiten,** Dammschüttungen, Zimmermannsarbeiten und Pflanzungen nach dem Kostenanschlage I;

2. der **Mauerungsarbeiten** und der durch dieselben bedingten Erdarbeiten sammt Herstellung des Zubehörs zu den gemauerten Objecten (jedoch mit Ausschluss der Lieferung der hydraulischen Bindemittel), der Lieferung eiserner Pontonverschlüsse und Stege, sowie sonstiger Eisenbestandtheile sammt den hiezu gehörigen Ausstattungsgegenständen, ferner der Stein- und Thonwarenlieferung nach dem Kostenanschlage II;

3. der **Lieferung hydraulischer Bindemittel** nach dem Kostenanschlage III,

wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 28. December d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle des Rathhauses,** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen Bedingnisse im Stadtbauamte (Bureau für Wienflussregulierung) während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der Bedingnisse und Kostenanschlags-Formularien können bei der städtischen Hauptcassa sammt Übersichtsplan gegen Erlag von 5 fl., die Bedingnisse allein um 50 kr. per Stück, das Kostenanschlags-Formulare III um 10 kr. per Stück bezogen werden.

Offerenten haben ein Exemplar der Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit den gemäß § 5 der Bedingnisse ausgefüllten Kostenanschlags-Formularien, sowie den Zeichnungen über die mechanische und maschinelle Installation versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Das Vadium beträgt 5 Percent der Summe, um welche der Offerent diejenigen Arbeiten und Lieferungen, worauf sein Offert sich bezieht, zur Besorgung übernehmen will; dasselbe ist bei der städtischen Hauptcasse zu erlegen und es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. November 1894. 1—3

M.-D.-Z. 1707.

Currende

für die sämmtlichen Diurnisten des Wiener Magistrates.

Die am 4. Jänner 1892 in Rudolfsheim verstorbene Frau Josefa Beutnitz hat in ihrem Testamente ddto. 2. September 1891 unter anderen Verfügungen nachstehende Anordnung getroffen:

„Den Rest des Capitales, welcher nach Abzug der Gebüren und Erbsteuern noch übrig bleibt, bestimme ich auf Theile, jeder zu 50 fl., in Worten fünfzig Gulden, an **arme magistratische Diurnisten,** die **verheiratet** sind und **Kinder** haben, als Weihnachtsgeschenk."

Nach dem Stande der nunmehr beendigten Verlassenschaftsabhandlung wird dieses Legat mit dem Betrage von circa 1500 fl. zur Auszahlung gelangen, und wird die Vertheilung dieses Betrages im Sinne der letztwilligen Anordnung im heurigen Jahre zu Weihnachten erfolgen.

Nach dem Wortlaute der testamentarischen Verfügung, welche ausdrücklich von **magistratischen** Diurnisten spricht, und nach dem abhandlungsbehördlich genehmigten Antrage des für dieses Legat bestellten Curators können hiebei nur jene Diurnisten in Betracht kommen, **die bereits vor der Erweiterung des Gemeindegebietes von Wien innerhalb der alten zehn Gemeindebezirke in der Verwendung bei der Gemeinde Wien gestanden sind.**

Jene Diurnisten, die der eben erwähnten Voraussetzung genügen und die infolge Vorhandenseins der weiters von der Erblasserin geforderten Bedingungen der Armut, der Verheiratung und des Besitzes von Kindern einen Anspruch auf Betheilung aus dem obigen Legate zu erheben beabsichtigen, haben ihre diesbezüglichen mit den zur Begründung des Anspruches erforderlichen Nachweisen belegten Gesuche **bis längstens den 10. December 1894 bei dem Herrn Vorstande der Kanzlei persönlich zu überreichen.**

Auf verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Wien, am 28. November 1894.

Der Magistrats-Director:

Krenn. 1—1

M.-Z. 193441 ex 1894.
XVI.

Kundmachung.

(Hinausgabe von Dienstpferden der k. u. k. Cavallerie in die Privatbenützung.)

Im Sinne der Instruction für die Hinausgabe von Dienstpferden der k. u. k. Cavallerie in die Privatbenützung gelangen am **1. März 1895** beim Ersatz-Cadre-Commando des Husaren-Regimentes Wilhelm II. deutscher Kaiser und König von Preußen Nr. 7 in der Josefstädter Cavallerie-Kaserne zu Wien, VIII. Bezirk, **60 abgerichtete und eingefahrene Dienstpferde** im Alter von fünf bis sieben Jahren zur Hinausgabe in die Privatbenützung.

Jeder Bewerber, der ein ärarisches Pferd in die Privatbenützung übernehmen will, hat sich, unter Beibringung eines von der Gemeindebehörde (Stadt-Magistrat) bestätigten **Certificates** an das **Ersatz-Cadre-Commando obigen Regimentes** (Ersatz-Cadre-Kanzlei VIII., Josefstädter Cavallerie-Kaserne, 2. Stiege, I. Stock Thür Nr. 328, mündlich oder schriftlich zu wenden.

*

Das **Certificat** (ad § 2 der Bedingungen) hat in ganz bestimmter Weise zu enthalten, dass der Bewerber eine gesicherte Lebensstellung bekleidet, über einen Grundbesitz oder über ein anderes Vermögen verfügt, oder endlich ein ständiges Geschäft betreibt, kurz in Verhältnissen ist, welche voraussetzen lassen, dass er das Pferd stets in einem kriegsdiensttauglichen guten Zustande aus eigenem erhalten kann.

Es wird in Erinnerung gebracht, dass sich die Bewerber in ihrem eigenen Interesse schon früher beim Ersatz-Cadre-Commando vormerken lassen können, und dass Bewerber bei der Übernahme des Pferdes entweder selbst zu erscheinen, oder sich durch einen Bevollmächtigten hiebei vertreten zu lassen haben und muss ein solcher Bevollmächtigter mit einer legalisierten Vollmacht versehen sein.

Die Bedingungen können in der Ersatz-Cadre-Kanzlei eingesehen werden, eventuell wird über Aufforderung ein Exemplar derselben an die betreffende Gemeindebehörde zur Einsicht gegen seinerzeitigen Rückschluss erfolgt.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. November 1894. 1—1

G.-Z. 113809.
VI.

Kundmachung.

(Verkauf städtischer Häuser.)

Wegen Verkaufes der dem Wiener allgemeinen Versorgungsfonde gehörigen und zum Umbaue bestimmten **Häuser im I. Bezirke, Wipplingerstraße Or.-Nr. 33,** Grundb.-Einl.-Z. 1433, und **Or.-Nr. 35,** Grundb.-Einl.-Z. 1434, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 4. December d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Furch, im Rathhause** (5. Stiege, 2. Stock), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne und die für diese Verhandlung geltenden Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte **sind die vorgeschriebenen Vadien anzuschließen** oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag derselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Dem Stadtrathe steht vorbehaltlich der endgiltigen Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung durch den Wiener Gemeinderath die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten zu.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 14. November 1894. 3—3

Pr.-Z. 1035.

Kundmachung.

(Besetzung einer Stelle im Stenographenbureau des Wiener Gemeinderathes.)

Im Stenographenbureau des Wiener Gemeinderathes kommt eine Stenographenstelle, eventuell eine Hilfsstenographenstelle zur Besetzung:

Bewerber um eine dieser Stellen können die für die Organisation des gemeinderäthlichen Stenographenbureaus geltenden Normativbestimmungen vom 26. November bis inclusive 4. December 1894 täglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes, I. Bezirk, Rathhaus, 1. Stock, Zimmer Nr. II, einsehen.

Die bezüglichen Gesuche sind **bis längstens 4. December d. J.** im Einreichungsprotokolle des Gemeinderaths-Präsidiums zu überreichen, wobei gleichzeitig bemerkt wird, dass die im § 4 der Instruction für das gemeinderäthliche Stenographenbureau vorgesehenen **Probeaufnahmen am 6. December d. J., um 6½ Uhr abends, im Sectionszimmer IV im Gemeinderaths-Präsidialbureau** stattfinden werden, und dass sich die Herren Competenten zu denselben rechtzeitig einzufinden haben.

Vom Wiener Gemeinderaths-Präsidium
am 22. November 1894. 2—3

Z. 195091.
XI.

Kundmachung.

(Dietz'sche Stiftung.)

Am 28. Februar 1895 gelangen die verfügbaren Interessen des Adolf **Dietz v. Weidenberg**'schen Stiftungscapitales per 1370 fl. zur Vertheilung.

Anspruch auf eine Betheilung aus dieser Stiftung haben zwanzig arme in Wien heimatsberechtigte Witwen christlicher Confession, welche im IX. Bezirke, und zwar in den ehemaligen Vorstadtgemeinden Althan, Himmelpfortgrund, Rossau oder Thury wohnen.

Unter den Bewerberinnen haben jene den Vorzug, welche die meisten Kinder besitzen.

Die Vertheilung dieser Stiftungsinteressen steht dem Herrn Bürgermeister von Wien zu.

Bewerberinnen um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen ein Armutszeugnis, den Heimatsrechtnachweis, den Tauf- und Trauungsschein und die Taufzettel der Kinder, endlich den Todtenschein ihres Mannes anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 5. Jänner 1895** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 23. November 1894. 1—3

Zur coulanten Besorgung aller im **Coursblatte** notierten **Effecten und Valuten** bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz Nr. 11
Parterre.